

Manfred Weißbecker

Geschichte & Gesellschaft

**Vorträge,
Aufsätze,
Rezensionen
1990-1999**

Jena 2025

Manfred Weißbecker

**Vorträge,
Aufsätze, Rezensionen
1990-1999**

Jena 2025

Inhaltsverzeichnis

„... da ist ein guter Stahlhelm und die Faust das beste Mittel“	7
Laudatio zur Verleihung der Würde eines Dr. h. c. der Philosophie an die Schriftstellerin Inge von Wangenheim	15
Die entsetzlichen Tage und Nächte vom November 1938.....	19
Von Weltkrieg zu Weltkrieg: Die friedlose NSDAP	23
Gedanken zur Verantwortung des Historikers in seiner Zeit	48
Rezension	62
Das Rätsel Hitler im Rätsel Mensch gelöst?	64
Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg.....	66
Biographie Gottfried Feder	70
Biographie Wilhelm Frick	71
Biographie Rudolf Heß	72
Biographie Adolf Hitler	73
Biographie Alfred Hugenberg.....	75
Biographie Wolfgang Kapp	77
Biographie Erich Ludendorff	78
Biographie Walther Lüttwitz	79
Biographie Hermann Rauschning	80
Biographie Ernst Röhm.....	81
Biographie Fritz Sauckel.....	82
Biographie Heinrich Schnee	83
Biographie Hans Steinacher.....	84
Biographie Adam von Trott zu Solz	85
Gedanken zum Antifaschismus-Verlust in der Geschichte der DDR	86
Rezension	92
Rezension	95
Vom unzureichenden Umgang mit den Schatten der Vergangenheit	97
Rezension	101
Rezension	103
Rezension	106
Wahrheit und Irrtum in den Faschismusforschungen der DDR.....	108
Rezension	121
Die Partei des Schreckens	124
Frick – nur ein treuer Beamter?	129
Fremden- und Feindbilder nach dem 30. Januar 1933 in Deutschland.....	130
Wider die „Abwicklung“ des Antifaschismus	135
Trunkenbold Robert Ley	142
Der Mann an der Spitze der Marschierer in den Abgrund	143
„Haltet Frieden und tötet den Krieg!“	146
Paul Levi (1883-1930)	148

Die Geschichte der NSDAP – ein aufschlußreicher, umstrittener und aktueller Gegenstand der Faschismusforschung	158
Und die Rechten zollten den Rechtsextremen Beifall	170
Stets wurden Ängste und Besorgnisse mobilisiert.....	172
„Verordneter“ Antifaschismus und Rechtsextremismus.....	174
„Wenn hier Deutsche wohnten ...“	177
Das Ende von Weimar	207
„... bis die Saat reif ist“	209
Die Verantwortung der Eliten	211
Ein halbes Jahrhundert danach – und umstritten wie eh und je	212
Zum Geleit	214
Zur „Geschichtspolitik“ deutscher Parteien in gesellschaftlichen Umbrüchen des 20. Jahrhunderts	215
Nachdenken über den Antifaschismus	229
Verlorene Chancen.....	238
Eröffnung der Tagung „Rußland und Europa – Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems“	246
Großmacht- und kriegsbesessen.....	248
Von Hitler befreit oder mit ihm besiegt?*	255
Zum Geleit	260
Antifaschismus und Befreiung.....	261
Geleit.....	270
50 Jahre danach: Befreiung – wovon, wodurch, wofür?.....	271
Einführung	280
Vorwort	283
„... da ist ein guter Stahlhelm und die Faust das beste Mittel“	285
Die Religion der Rechten	290
Wertvolle Forschungsgrundlage	291
Verbrechen der Wehrmacht	292
Ohne Waffen gegen Hitler	297
Wider alte und neue Mythen.....	298
Gegen „Historisierung“ des Faschismus.....	299
Hitler, ein Opfer der Deutschen?	300
Wilhelm Keitel.....	301
Alfred Rosenberg	320
Fritz Sauckel	343
Im Streit um Hitler – Nach dem Schreiben einer Biographie	365
Nach dem 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD	377
Nürnberg war kein Tribunal der Sieger	381
Wurzeln der Ausländerfeindlichkeit	382
Einem bedeutenden Historiker gewidmet	383
Die „graue Eminenz“ von Gestapo und SD	384
„Frei und unbefangen“?	385
Informativ, aber unzureichend	386

Herbst wirft interessante Fragen auf, aber er bietet nur vage Antworten	387
Einzel Täter – Einzelmeinung?	388
Goldhagens Suche und die Reaktionen.....	390
Die Berichte der Gruppe Neu Beginnen	393
Für die Mörder waren sie nur Juden	394
Das Nürnberger Urteil – rechte Zweifel und Eindeutigkeiten, ein halbes Jahrhundert später	395
Vom Umgang mit einer Lebenslüge	399
Der Nürnberger Prozeß und die Verurteilung der Hauptkriegsverbrecher	400
Eröffnung	407
Ein Wort zuvor.....	409
Das deutsche Parteienwesen nach den Revolutionen von 1917/18	411
Ein Denkmal für Göring und Co?	416
Geschichte des Kampfbundes	417
Eine Mär vom Meister und seinen Gesellen	418
Ein denunziatorischer Rundumschlag, zudem unzumutbar oberflächlich.....	421
Eine unvollständige Sicht.....	422
Polemisch	423
Freispruch für die Industriellen.....	424
Medienkurse und politische Rechtstendenzen	425
Über Fakten und Mythen	427
Weder Parzival noch Tor – der Stellvertreter	428
Rassismus ist wie Rost – er zerfrißt die Gesellschaft	431
„Leider sind so scharfe Mittel nur an der Front üblich“	432
Kontinuitäten von Macht und Wahn	434
Keine rosige Perspektive.....	435
Verdienstvoll und kritikwürdig.....	437
Sündenabweisung und Selbstvergottung	439
Wie Vorurteile wirken	444
Erneuter Versuch, die Nazis zu entlasten.....	445
Der König ist tot, es lebe der König!	446
Die Muse Klio und die Syphilis.....	450
Das gescheiterte Parteikonzept und der Weg „linker“ Parteien ins 21. Jahrhundert	457
Wie rechts war der „Rechtssozialismus“?	462
Warnender Blick von außen.....	463
Unüberhörbare Warnungen.....	465
Von Balken und Splintern.....	466
Notwendiger „Rückruf in die Geschichte“	468
Erwin Eckert (1893 bis 1972), Pfarrer und revolutionärer Sozialist.....	483
Ein politischer Kampf begriff	487
Simple Erklärungsmuster	488
Verdammungsurteil oder Diskussionsangebot?	490
Unfähigkeit wird kaum benannt.....	491

Hitlers Generale im Porträt	492
„Amerikadeutsche“ in den Staaten im Visier der NSDAP	493
Eine folgenreiche Fälschung	494
Das inszenierte „Plebiszit“	495
Vorwärts in die Vergangenheit?	496
Aktion „Tannenbaum“	498
Kritik und Polemik gegen Goldhagen.....	499
Saubere Militärs ohne eigenen Willen?	500
Fiktive Unverträglichkeit?	502
Gespentisches Vorspiel	505
„Fort mit dem Schlafrock, die Stiefel her ...“	506
Debatte um Präventivkrieg.....	508
Die Geschichte der NSDAP als Erfahrung für die Gegenwart	509
Die Weimarer Republik und ihr Platz in der Bilanz des Jahrhunderts: Ein Versuch	516
Wider die Gleichsetzung von „Rechts-“und „Linksextremismus“	524
Vorwort	529
Rechtsextreme am Ende?	530
Nicht Geistesheroen, Ruhe und Ordnung lockten.....	532
Politische Bildung und die Forderung nach „Demokratisierung der Demokratie“	534
Das Radio als „SA der Propaganda“	538
Vom deutschen „Durchschnittssoldaten“	539
Die Geschichte der NSDAP (1920-1945).....	540
Weimar 1919 – eine gute Verfassung, aber zu wenig Demokraten?	550
Zur Entstehung der Verfassung von 1919 und des Weimarer Parteienstaates	554
Der Überfall	563
Vielgeschundener Mythos.....	564
Zwanzig kritische Essays	565
Vorwort	566
Tarnkappe oder aber leere Worthülse?	568
Die Saat für den nächsten Krieg	571
Ein besonderes Nachschlagewerk.....	573
„Da sind Tränen nicht genug ...“	574
Lebendig unterm Schutt begraben	576
Grundrechte – nur eine salatähnliche Komposition?	577
Von „Tiefen“ und Höhen	581
Gedanken zur Thälmann-Ehrung am 18. August 1999 in der Gedenkstätte Buchenwald	582
Die Formkraft der Münchener Käseglocke.....	585
Die Lebenslüge	586
Ohne Not kein Gebot	588
Des Guten zuviel getan? – nun ja, Kollege Kocka	591
Besser vergessen als benutzen	593
Das Rätsel Hitler im Rätsel Mensch gelöst?	594
Antifaschismus – gestern, heute und morgen	596

Krieg an der „inneren Front“	601
Personenregister	602

„... da ist ein guter Stahlhelm und die Faust das beste Mittel“

Zu einigen Wurzeln und Entwicklungstendenzen des NSDAP-Terrors in der Weimarer Republik

Terror – ein Begriff, der auf den ersten Blick wenig an Gemeinsamkeit mit dem zu haben scheint, was der Titel der Gerhard Riege gewidmeten Publikation ausweist. Dennoch entschloss sich der Verfasser, den vorliegenden Beitrag¹ zur Ehrung eines Wissenschaftlers zur Verfügung zu stellen, dem er sich in der strikten Ablehnung allen Unrechts und in der konsequenten Auseinandersetzung mit dem persönlichkeitsdeformierenden Terror eng verbunden weiß.

In der bisherigen Geschichte der Menschheit gab es stets unzählige Varianten politischer Herrschaftssysteme. Von Land zu Land sowie von Periode zu Periode unterschieden sich die einzelnen Regierungsformen, der Staatsaufbau, die Gestaltung des Machtapparates, das Erscheinungsbild der jeweiligen staatlichen Institutionen oder der Parteien und Verbände. Die politischen Machtverhältnisse existieren selbst dort in einer außerordentlich „bunten Formverschiedenheit“, wo sie auf einer gleichen ökonomischen Basis beruhen.² In ihrer Unterschiedlichkeit stellen sie jeweils ein konkretes Resultat von ökonomischen, politischen, rechtlichen und ideologischen Auseinandersetzungen dar. Dabei spielen historische Traditionen ebenso eine große Rolle wie eigengesetzliche Entwicklungsprozesse nach bestimmten Entscheidungen, die im Kampf um die politische Macht getroffen worden sind.

Eine der auffälligsten und folgenreichsten Herrschaftsformen in unserem Jahrhundert war die des deutschen Faschismus. Dessen Partei befand sich zwar lediglich in dem historisch kurzen Zeitraum von zwölf Jahren an der Macht, aber sie prägte in hohem Maße die damalige Situation auf dem europäischen Kontinent sowie in vielen anderen Teilen der Welt. Sie ist auch Gegenstand der seit 1945 andauernden und sich gegenwärtig vertiefenden Auseinandersetzungen, die selbstverständlich nicht mit dem Federstrich irgendeines Politikers oder Historikers beendet werden können.

In der Faschismusforschung der DDR wird das Herrschaftssystem, das in Deutschland am 30. Januar 1933 errichtet und am 8. Mai 1945 von den Streitkräften der Anti-Hitler-Koalition militärisch zerschlagen wurde, als eine „offene terroristische Diktatur“, als ein „Regierungssystem des politischen Banditentums“ und des staatlich organisierten Verbrechens bezeichnet. Wir sagen ferner, dass es sich um eine offene terroristische Diktatur im Interesse der „reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ gehandelt hat.³ Jedoch möchte ich hier auf diese strittige Frage des Klassencharakters sowie auf die vielfach anzutreffenden Fehlinterpretationen dieser marxistischen Grundthese nicht näher eingehen. Das Thema meines Beitrages fordert andere Fragen heraus. Solche Fragen, die den Terrorismus der NSDAP betreffen, lauten:

- Was unterscheidet den faschistischen Terror von der politischen Gewalt, wie sie in jedem Herrschaftssystem ausgeübt wird?
- Lassen sich die Unterschiede allein anhand der Kriterien Quantität und Intensität erfassen?
- Wo sind die sozialökonomischen Quellen und weitere politische, ideologische, rechtliche, geistig-moralische und auch psychologische Wurzeln des Terrors der NSDAP zu suchen?
- Wie bildete sich der faschistische Terror nach dem ersten Weltkrieg heraus?
- In welchen Formen trat der Terror der NSDAP in den einzelnen Etappen der Weimarer Republik in Erscheinung?

¹ Siehe auch Manfred Weißbecker: Die NSDAP – eine Massenpartei für den Krieg der Eliten. In: Deutscher Faschismus – Terror und Widerstand. Zur 2. Tagung der IREX-Unterkommission „Faschismus -Theorie und Praxis“ von Historikern der USA und der DDR in Princeton, N. J., im Mai 1989. Beiträge der Historiker der DDR. Hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1989, S. 56-70.

² Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms. In: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1971, S. 28; ders., Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie, in: Ebenda, Bd. 25, Berlin 1964, S. 800.

³ Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. 2. August 1935. In: VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen, Berlin 1975, S. 93.

- Wie war er beschaffen, bevor er zum Staatsprinzip konstituiert wurde?
- Waren alle nationalsozialistischen Teilorganisationen in gleicher Weise vom terroristischen Wesen des Faschismus geprägt?
- In welchem Maße trugen die Gewaltandrohung und die brutale Gewaltausübung, der Veranstaltungsterror, der Straßenterror und letztlich auch der politische Mord zum Scheitern der Weimarer Republik bei?
- Worin bestehen die konkreten Wirkungsmechanismen terroristischer Aktionen auf die davon mittelbar oder unmittelbar betroffenen Menschen? War schon vor 1933 zu erkennen, dass die NSDAP nach einer offenen terroristischen Diktatur strebte?
- War zu erkennen, welche schlimmen Folgen dieser Terrorismus für das deutsche Volk und für viele andere Völker mit sich bringen würde?

Die letzte Frage lässt sich im Unterschied zu den anderen relativ leicht beantworten. Wir kennen aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine Fülle von grundsätzlichen Absagen an den Terror als eines untauglichen Mittels des eigenen Kampfes und der eigenen Propaganda.⁴ Erst recht erhoben ihre Führer und Theoretiker ihre Stimme gegen jeden Versuch der Herrschenden, die Arbeiterbewegung gewaltsam zu unterdrücken. Wir kennen zahlreiche tiefgründige Analysen, Mahnungen und Warnungen. In vielen Reden und Schriften, Briefen und Dokumenten ist seit 1918 auf die drohenden Gefahren von rechts hingewiesen worden, mit terroristischen Mitteln die Novemberrevolution wieder rückgängig zu machen. Dafür sollen hier lediglich zwei Beispiele angeführt werden. Das erste stammt aus der deutschen Sozialdemokratie. Eduard Bernstein schrieb am 26. Juli 1924 einen in dieser Hinsicht besonders aufschlussreichen Brief an Karl Kautsky. Dabei stand er offensichtlich unter dem Eindruck der kurz zuvor stattgefundenen Wahlen, bei denen fast zwei Millionen Wähler für die Ersatzorganisationen bzw. für die Partner der offiziell verbotenen NSDAP votiert hatten und damit 32 Faschisten die Möglichkeit boten, ihre Politik im Reichstag zu vertreten. In diesem Brief hieß es: „Wir gehen dem Staatsstreich der Nationalisten entgegen [...] Bekommen sie auch nur zeitweilig das Heft in die Hand, dann gibt es, das ist sicher, einen Terrorismus, wie ihn sich die meisten nicht träumen lassen. Kapp war ein Doktrinär, die aber diesmal obenauf kommen, sind skrupellose, brutale Schurken.“⁵ Dieser Vergleich zwischen dem führenden Kopf des Putsches vom März 1920 und dem neuen „Nationalisten“ ist in mehrerer Hinsicht aufschlussreich. Die soziale Zuordnung erscheint dabei ebenso eindeutig wie die Bestimmung des verbrecherischen Elements im Charakter der faschistischen Bewegung.

Das zweite Beispiel wähle ich aus dem Programm der KPD, das von Rosa Luxemburg formuliert und vom Gründungsparteitag am 31. Dezember 1918 bestätigt worden ist. Fast könnte man sagen, Rosa Luxemburg habe geahnt, was der Faschismus, von dem sie damals noch nichts wissen konnte, später einmal im einzelnen für das deutsche Volk bedeuten wird: „Alle herrschenden Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen. Die römischen Patrizier wie die mittelalterlichen Feudalbarone, die englischen Kavaliere wie die amerikanischen Sklavenhändler, die walachischen Bojaren wie die Lyoner Seidenfabrikanten – sie haben alle Ströme von Blut vergossen, sie sind über Leichen, Mord und Brand geschritten, sie haben Bürgerkrieg und Landesverrat angestiftet, um ihre Vorrechte und ihre Macht zu verteidigen. Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Spross der Ausbeuterklasse die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die

⁴ Siehe Iring Fetscher: *Terrorismus und Reaktion*. Mit einem Anhang: August Bebel, Attentate und Sozialdemokratie, Köln/Frankfurt a. M. 2/1977, S. 50 ff.; Rosa Luxemburg formulierte für das Programm der KPD ebenfalls eine klare Absage an die terroristische Gewaltanwendung: „Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors. Sie hasst und verabscheut den Meuchelmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft“. Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (30. Dezember 1918-1. Januar 1919), Berlin 1972, S. 317 f.; Ähnlich äußerte sich Paul Levi gegen den Mord an Matthias Erzberger. Paul Levi: *Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie*. Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, Frankfurt a. M. 1969, S. 232.

⁵ Zit. in Heinrich August Winkler: *Die verdrängte Schuld*. In: *Die Zeit*, Nr. 12 v. 17.3.1989, S. 50.

sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkrieg an den Tag gelegt hat. Sie wird Himmel und Hölle gegen das Proletariat in Bewegung setzen. Sie wird das Bauerntum gegen die Städte mobil machen, sie wird rückständige Arbeiterschichten gegen die sozialistische Avantgarde aufhetzen, sie wird mit Offizieren Metzeleien anstiften, sie wird jede sozialistische Maßnahme durch tausend Mittel der passiven Resistenz lahmzulegen suchen, sie wird der Revolution zwanzig Vendéen auf den Hals hetzen, sie wird den äußeren Feind, das Mordeisen der Clemenceau, Lloyd George und Wilson als Retter als Land rufen – sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln als freiwillig die Lohnsklaverei preisgeben.“⁶ Auch zahlreiche Pazifisten, humanistische Schriftsteller und Künstler, Christen, demokratische Kräfte des Bürgertums und andere Antifaschisten erblickten von Anfang an im offenen und Schrecken verbreitenden Terror sowohl ein wesentliches Merkmal der NSDAP als auch ein spezifisches Kennzeichen ihres neuartigen Auftretens im politischen Alltagsleben der Weimarer Republik. Sie sahen in ihm ein bisher in diesem Umfang und in dieser Form noch unbekanntes Phänomen der Politik, ein neues und ungewöhnliches Mittel der politischen Auseinandersetzungen.

Das gewalttätige Erscheinungsbild der NSDAP konnte tatsächlich wohl von keinem übersehen werden. Offen und unverhüllt erhob die NSDAP von Anfang an eine „tierische Bestialität“ zum „Aktionsprinzip“⁷, das facettenreich auf jeder Stufe ihrer an Barbarei so reichen Geschichte zum Vorschein kam. Zunächst trat der Terror der NSDAP als rücksichtslose Gewaltanwendung in ihren eigenen Organisationen und Versammlungen auf. Er richtete sich gegen Personen, die kritische Fragen stellten oder andere Meinungen zum Ausdruck brachten. Jedoch lag darin allein noch keine größere Besonderheit. Nach dem ersten Weltkrieg zeigte sich eigentlich in allen politischen Auseinandersetzungen eine gegenüber früheren Zeiten gewachsene kämpferische Militanz und Intoleranz. Traditionelle humanistische Werte der bürgerlichen Gesellschaft schienen generell außer Kraft gesetzt zu sein. Der Kriegszustand bewirkte auch über den Krieg hinaus eine Entmenschlichung des alltäglichen Lebens. In ihm wurden Leben und Tod von vielen Menschen geringschätzig behandelt. Es wuchs die Gewöhnung an das scheinbar Unvermeidliche, das man vier Jahre lang Tag für Tag erlebt hatte. Gleichzeitig traten eine Idealisierung des Opfers und der Kult um die gefallenen Krieger in den Vordergrund.

Insofern ist George L. Mosse völlig zuzustimmen, wenn er für die damalige Zeit von einer allgemeinen „Brutalisierung der Politik“⁸ spricht und erklärt: „Der Krieg wurde zum Bestimmungselement für das normale Leben.“⁹ Mit Recht betont er jedoch gleichzeitig, dass es nicht nur eine allgemeine „Brutalisierung der Politik“ gegeben habe, sondern dass dies gerade bei den rechten Parteien von der Deutschnationalen Volkspartei bis zur NSDAP festzustellen sei. Nach seiner Auffassung sind diese Parteien geradezu „das zwingendste Beispiel für den Prozess der Brutalisierung und der Einbeziehung des Krieges in das alltägliche Leben“ gewesen.“¹⁰ Ebenso wie Mosse betont auch Karl Dietrich Bracher die Tatsache, dass die „demonstrativsten Akte der Gewalt und der Philosophien des Terrors [...] aus dem nationalistischen Rechtsextremismus“ kamen. Im Grunde rückt er auch von seiner allgemeinen totalitarismustheoretischen Sicht ab, wenn er weiter schreibt: „Es war das nationalistisch oder militaristisch motivierte und ideologisierte Gewaltdenken, das den Kampf gegen Rechtsstaat und Demokratie in der Weimarer Republik antrieb:

⁶ Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (30. Dezember 1918–1. Januar 1919), Berlin 1972, S. 318 f.

⁷ Hans Günther: Der Herren eigener Geist. Die Ideologie des Nationalsozialismus. In: ders., Der Herren eigener Geist. Ausgewählte Schriften, Berlin/Weimar 1981, S. 78.

⁸ George L. Mosse: Der Erste Weltkrieg und die Brutalisierung der Politik. Betrachtungen über die politischen Rechte, den Rassismus und den deutschen Sonderweg. In: Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa, hrsg. von Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen, Hans-Helmuth Knütter und Hans-Peter Schwarz, Bonn 1987, S. 127 ff.

⁹ Ebenda, S. 136.

¹⁰ Ebenda, S. 128. Siehe auch Jörg Stange: Zur Legitimation der Gewalt innerhalb der nationalsozialistischen Ideologie. Ein Beitrag zur Erklärung der Verfolgung und Vernichtung der Anderen im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1987.

Ihr Fanal waren die Morde am radikalen politischen Gegner, an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (15.1.1919), aber auch an den Repräsentanten des demokratischen Systems – an Matthias Erzberger (26.8.1921) und Walther Rathenau (24.6.1922).¹¹ Von Anfang an spielte auch das Ziel eine große Rolle, bereits gewonnene Mitglieder daran zu hindern, die NSDAP wieder zu verlassen. An „Abtrünnigen“ wurde Rache geübt, in politischer Selbstjustiz die mittelalterliche Institution der Feme wiederbelebt: „Verräter verfallen der Feme“ – unter diesem Motto wurden politische Gegner, unliebsame Mitwisser und Konkurrenten im Machtgerangel einzelner Organisationen ermordet. Wer auch immer davon betroffen sein mochte – Arbeiter, Juden oder eigene Anhänger – der NSDAP-Terror zielte stets bis zur allerletzten Stufe der Gewaltanwendung. 1922 formulierte die Hauptgeschäftsstelle der NSDAP in einer Anweisung an die Ortsgruppen, dass „Ruhestörer“ in den Versammlungen so „mit Brachialgewalt zu behandeln“ sind, dass ihnen die Lust dazu „ein für alle Mal vergeht.“¹²

Über die wachsende Verwendung von Gewalt als Mittel der deutschen Rechten zu ihren jeweiligen politischen Zwecken hinaus geriet die Gewalttätigkeit der NSDAP dieser Partei zum eigentlichen Ziel und Grundsatz. Diese Tatsache wurde zugleich zynisch gerechtfertigt und demagogisch verbrämt. Am 25. März 1923 erklärte Hitler bei einer Veranstaltung der SA, der ersten parteipolitischen Terrororganisation, die es in Deutschland überhaupt gab und die eine neue Entwicklungsstufe gegenüber den zahlreichen Freikorps, Einwohnerwehren und sonstigen paramilitärischen Bürgerkriegsgarden darstellte: „Alles, was den jungen Leuten heute gelernt“¹³ wird, Bildung, Anstandslehre usw., ist dummes Zeug, wir brauchen heute eine tüchtiges nationalgesinntes Volk, um den Kampf gegen den inneren Feind siegreich aufnehmen zu können. Die Waffe des jungen Deutschen soll die Faust sein und nicht die Zunge. Das Reden wollen sie gereiften Männern, die mindestens über 30 Jahre alt sind, überlassen. Es wird bald eine Zeit kommen, in welcher die Parteikämpfe nicht mehr mit der Zunge, sondern mit der Faust geführt werden.“¹⁴ Gegen die „Novemberverbrecher“ – so bezeichnete er grundsätzlich diejenigen, die im November 1918 die Monarchie gestürzt und der Weimarer Republik zum Leben verholfen hatten – dürfte es „keine gedämpfte Vornehmheit, keine Kompromisse, keine Fleißzettel der Hochanständigkeit“ geben. „Wo die geschliffenste Rede nichts mehr ausrichtet, da ist ein guter Stahlhelm und die Faust das beste Mittel.“¹⁵

Eine Analyse der Äußerungen aller Führer der NSDAP und vor allem des Buches „Mein Kampf“ würde Beleg um Beleg dafür erbringen, dass im eigenen Terror das Allheilmittel gegen die „jüdisch-bolschewistische“ Revolution, gegen alle Teile der Arbeiterbewegung, gegen die „unzuverlässigen“ Pazifisten und gegen die „schlappen“ Demokraten gesehen worden ist. In allen ihren Feinden sahen die Nazis Juden, und gleichermaßen in allen jüdischen Menschen ihre Feinde. Der politische Antisemitismus erweiterte sich zum rassistischen Terror. Schon frühzeitig wurde davon gesprochen, dass es gelte, den Marxismus zu vernichten und „das Gift außer und in uns auszumerzen.“¹⁶ Am 6. April 1920, wenige Wochen nach dem gescheiterten Kapp-Putsch, verkündete Hitler seine „unerbittliche Entschlossenheit, das Übel an der Wurzel zu packen und mit Stumpf und Stiel auszurotten. Um unser Ziel zu erreichen, muss uns jedes Mittel recht sein, selbst wenn wir uns mit dem Teufel verbinden müssten.“¹⁷

Die strikte Anwendung des Prinzips „Diktat statt Diskussion“, die physische Ausschaltung von politisch-weltanschaulichen Gegnern und rassistisch Andersartigen sowie die Ausrichtung aller Beteiligten auf eine einzige zentrale Autorität dominierten als prägende Merkmale bereits im Terror des

¹¹ Karl Dietrich Bracher: Geschichte und Gewalt. Zur Politik im 20. Jahrhundert, Berlin 1981, S. 107.

¹² Zit. in Führer befiehlt ... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP. Dokumentation und Analyse, hrsg. von Albrecht Tyrell, Düsseldorf 1969, S. 43 f.

¹³ So im Original.

¹⁴ Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924. Hrsg. von Eberhard Jäckel zusammen mit Axel Kuhn, Stuttgart 1980, S. 848.

¹⁵ Ebenda, S. 849.

¹⁶ Ebenda, S. 123.

¹⁷ Ebenda, S. 120.

frühen Faschismus. Sie nahmen in ihrem innerparteilichen Rahmen alles das vorweg, was in der späteren Massenorganisation der NSDAP und in den politischen Herrschaftsstrukturen des „Dritten Reiches“ seinen grauenvollen Niederschlag fand.

Fragen wir nun nach den sozialen Quellen und geistigen Wurzeln der frühen faschistischen Gewalttätigkeit. Dabei ist als erstes wieder an den Krieg zu erinnern, der zunächst einen regelrechten Rausch von Barbarei und unmenschlicher Bereitschaft zum Massenmord hervorgebracht hatte. Die Niederlage Deutschlands entzog zusätzlich vielen professionellen Militärs und zahlreichen jungen Menschen, die nichts anderes als das Kriegshandwerk verstanden, fast jegliche soziale Existenzgrundlage und Statussicherheit. Mit besonderem Hass wandten sich diese Kreise gegen jene, die in ihren Augen schuldig waren am militärischen Debakel und an der Revolution. So fand das Potential der Konterrevolution 1919/20 reichlich Nahrung: sozial entwurzelte Offiziere, von Arbeitslosigkeit bedrohte Soldaten, Teile der Studentenschaft, stockreaktionäre Abenteurer und arbeitsscheue Landsknechte waren nur allzu gern bereit, ihren eigenen Unterhalt und Lebenssinn auf Gedeih und Verderb mit dem des deutschen Militarismus zu verknüpfen. Sie sogen begierig das in sich auf, was ihnen von extrem reaktionären Kräften suggeriert wurde. „Kampf bis aufs Messer“ gegenüber allen revolutionären Organisationen und Persönlichkeiten forderte beispielsweise der gemeinsam mit Wolfgang Kapp putschende General Walther von Lüttwitz im März 1920.¹⁸ Der einflussreiche Großindustrielle Hugo Stinnes hatte wenige Wochen vorher erklärt, es sei „das Zeichen einer wahren Demokratie, dass sie in Zeiten der Todesgefahr ihren Diktator findet [...] Wenn Deutschland anders handelt in der heutigen Lebensgefahr, wird es kaum wieder hochkommen.“ Von der Reichsregierung forderte er: „Es muss gehandelt, nicht verhandelt werden“.¹⁹

Das gewalttätige Handeln gegen die deutsche Revolution von 1918/19 gebar den faschistischen Terrorismus. Dieser war ferner ein Ergebnis der politischen Wende nach rechts, die sich im Sommer 1920 nach dem Kapp-Putsch sowie im Zusammenhang mit den Reichstagswahlen vom 6. Juni vollzog. In der politischen Organisiertheit der Bourgeoisie verbreiteten und festigten sich die Rechtskräfte. In keinem anderen Jahr der Weimarer Republik entstanden so viele neue Verbände, in denen militaristisch-terroristisches und chauvinistisch-revanchistisches Gedankengut dominierte. Ich erwähne lediglich den *Jungdeutschen Orden*, die *Organisation Escherich*, die *Organisation Consul*, die *Organisation Kanzler*, den *Bayerischen* und den *Norddeutschen Ordnungsbund*, den *Deutschen Hochschulring*, den *Arbeitsausschuss Deutscher Verbände* und viele andere konservative, monarchistische, völkische und antisemitische Vereine mehr.²⁰

Auch die offizielle Rechtsprechung der deutschen Justiz förderte den neuen Terrorismus. Ihre Rechtslastigkeit ist vielfach analysiert, beschrieben und in bitterer Satire dargestellt worden. Der bekannte Sozialdemokrat, Pazifist und Antifaschist Emil Julius Gumbel hat für die Jahre 1919 bis 1921 aus den damals zur Verfügung stehenden Quellen berechnet, dass 314 politische Morde von rechtsextremen Kräften an Arbeitern und linken Politikern begangen wurden. Die Mörder, sofern überhaupt gegen sie ermittelt und verhandelt worden ist, wurden einmal mit einer lebenslänglichen Haftstrafe, ansonsten mit insgesamt 31 Jahren und 3 Monaten Gefängnis bestraft.²¹ Etwas mehr als zwei Monate Gefängnis betrug also die „Strafe“ für einen Mord von rechts. Man kann auch sagen: Auf jeden zweiten Tag der Jahre 1919 und 1920 kam ein Mord von rechts, der ungesühnt blieb.²² Demgegenüber verhängten deutsche Richter für 13 politische Mordtaten, die von linken Kräften begangen worden sind, 8 Todesurteile sowie 176 Jahre und 10 Monate Gefängnis.²³ Hierfür lässt sich kaum ein Durchschnitt errechnen, es sei denn, man setzt ein Todesurteil mit 30 Jahren Haft

¹⁸ Zit. in: Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz, Berlin 1971, S. 10.

¹⁹ Zit. in Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966, S. 582.

²⁰ Siehe Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker, Leipzig 1983-1986.

²¹ Emil Julius Gumbel: Zwei Jahre Mord. Mit einem Vorwort von Prof. G. E Nicolai, Berlin 1921, S. 52 f.

²² Ebenda, S. 54.

²³ Ebenda.

gleich. Der Durchschnitt würde dann 384 Monate Haft pro Mord betragen, und das Verhältnis zwischen beiden statistischen Angaben de sich auf 1 : 164 belaufen.

Die von Gumbel überlieferten Zahlen machen noch etwas anderes deutlich. Sie beweisen, dass es sich um eine offensichtliche und bewusste Irreführung handelte, wenn der Terror von rechts mit der Notwendigkeit einer Abwehr des „roten Terrors“ begründet wurde. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Die Novemberrevolution vollzog sich nämlich zunächst außerordentlich gewaltarm. Sie zählt zu den unblutigsten Revolutionen der Geschichte. Am 3. November starben acht Demonstranten, als ein Marineoffizier in Kiel auf sie schießen ließ. Am 9. November wurde in Berlin ein junger Kommunist vor der Maikäferkaserne erschossen. Blut begann in größerem Maße zu fließen, als am 7. Dezember ein erster Putschversuch gegen die Revolution stattfand und als die berüchtigten Plakate gegen die Spartakusgruppe auftauchten: „Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht! Dann werdet ihr Frieden. Arbeit und Brot haben!“²⁴ Als konterrevolutionäre Truppen den sogenannten Weihnachtsputsch gegen die Volksmarinedivision organisierten und sich diese im Berliner Marstall verteidigte, gab es 67 Tote. Darunter befanden sich 11 Matrosen und 56 Angehörige der gegen sie eingesetzten Soldaten.

Beide Putschaktionen bildeten ein Fanal für die nunmehr beginnenden und sich rasch verstärkenden bewaffneten Auseinandersetzungen. In ihrem Verlauf sind bis zum Mai 1919 Tausende von Arbeitern brutal ermordet worden, die meisten in Berlin nach dem Generalstreik von Anfang März und in Bayern nach der Münchener Räterepublik vom Ende April.²⁵ Das Schreckgespenst des „roten Terrors“ – von Hitler und den anderen Führern der NSDAP immer und immer wieder beschworen²⁶ – war in dieser Zeit wie auch danach weitgehend eine Erfindung derjenigen, die selbst kein anderes Mittel als das des Terrors kannten, um ihre Ziele – sowohl real als auch präventiv – gegen die Revolution, gegen die junge Weimarer Republik durchsetzen zu können. Die in diesem Zusammenhang häufig zitierten Lichtenberger Beamtenmorde stellten sich schon damals als ein Schwindel heraus.²⁷ Von 60 bis 150 Ermordeten war in der Presse die Rede. Tatsächlich waren zwei Kriminalbeamte ums Leben gekommen: einer in den bewaffneten Auseinandersetzungen, und über die Todesart des anderen konnte offiziell nichts festgestellt werden.²⁸ Die Aburteilung von sieben Mitgliedern der reaktionären Thule-Gesellschaft und weiterer drei Personen (bei denen Waffen und gefälschte Stempel von Institutionen der Räterepublik gefunden worden waren und die sich in anderer Weise gegen die Räterepublik betätigt hatten) durch ein in arger Bedrängnis handelndes Revolutionstribunal der Münchener Räterepublik erfuhr in der gesamten bürgerlichen Presse und erst recht in der nationalsozialistischen Propaganda als „Geismord“ eine völlig unzulässige Überhöhung.²⁹ Im Übrigen gab es während der Räteherrschaft lediglich 12 politische Morde, die Rache forderte danach mindestens 505 Opfer.³⁰

Fragen wir nun nach dem Entwicklungsprozess des Terrors in der Geschichte der NSDAP während der Weimarer Republik. Er wurde in unterschiedlicher Intensität angewandt. Dennoch war er für die NSDAP stets ein konstitutiver und ein immanent wirksamer Faktor. In jeder Etappe bildeten sich auch weitere Funktionsbereiche und neue Bestandteile des faschistischen Terrors heraus. Zweifellos handelte es sich beim Hitler-Putsch vom 8.19. November 1923 um einen seiner ersten Höhepunkte. In der Mitte der zwanziger Jahre ordnete die Führung der NSDAP den Terror ihrer Legalitätstaktik zu, ohne jedoch auf ihn und ihre Taktik eines zielorientierten Schürens von Spannungen völlig zu verzichten. Mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise und in der Phase ihres Aufstiegs trat er vor-

²⁴ Wolfgang Ruge: Revolutionstage November 1918, Berlin 1978, S. 36.

²⁵ Bis heute sind die genauen Zahlen nicht ermittelt. Die hier vertretene These geht offensichtlich auch aus dem zeitgenössischen Fotomaterial hervor. Siehe Revolution und Fotografie Berlin 1918/19, Berlin 1989. In einer Rezension schrieb Sibylle Wirsing in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 22.2.1989: „Erst der Gegen-schlag beschwor das Blutbad herauf.“

²⁶ Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen, S. 128 und pass im.

²⁷ Siehe Ingo Materna: Der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte 1918/19, Berlin 1978, S. 207 f.

²⁸ Gumbel, S. 15.

²⁹ Siehe Hans Beyer: Die Revolution in Bayern 1918/19, Berlin 1982, S. 133 ff.

³⁰ Gumbel, S. 36 f.

wiegend als Demonstrations- und Straßenterror in Erscheinung, wobei Planmäßigkeit und heimtückisch zu nennende Zielorientiertheit dominierten. Verbunden war dies häufig mit sogenannten Strafexpeditionen in solche Viertel der deutschen Großstädte, in denen vorwiegend Kommunisten und Sozialdemokraten wohnten. Diese hauptsächlichsten Erscheinungsformen des faschistischen Terrors wurden ergänzt und unterstützt von Gewaltakten und terrorähnlichen Radauszenen in den Parlamenten. Wie das Beispiel der im November 1931 bekannt gewordenen Boxheimer Dokumente belegt, gab es darüber hinaus auch sehr detaillierte Vorstellungen über die Anwendung terroristischer Herrschaftsmethoden nach einer Eroberung der politischen Macht durch die NSDAP. „In scharfen Konturen trat das blutige Bild hervor, das der faschistische Staat 14 Monate später bot.“³¹ Der Verfasser der Boxheimer Dokumente, Werner Best, wird am 6. März 1933 zum Sonderkommissar für das Polizeiwesen in Hessen ernannt. Derjenige, der die Dokumente ans Licht der Öffentlichkeit brachte, starb am 17. Juli 1933 eines unnatürlichen Todes.

Insbesondere in den letzten Jahren der Weimarer Republik entwickelte sich der nationalsozialistische Terror sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht; 1930 forderte er fast ebenso viele Todesopfer wie in den Jahren 1924 bis 1929 zusammen³², wobei sich die Zahlen der politischen Morde 1931 und 1932 jeweils fast verdoppelten.³³ Der faschistische Terror entfaltete sich mit einer Art innerer Logik und Zwangsläufigkeit. Je erfolgreicher die NSDAP war, desto mehr verstärkte sie auch ihren Terror, um noch größeren Einfluss auf das politische Leben erpressen, um ihre Gegner noch stärker und ungehinderter einschüchtern oder ausschalten zu können. So dehnte sich der Terror schon vor 1933 fast unermesslich aus. Es wuchsen jene Teilorganisationen der NSDAP, deren spezifische Aufgabenstellung vom Terror geprägt war. Das terroristische Kampfmittel fand funktionale Anwendung auf immer mehr Gebieten politisch-praktischer Tätigkeit. Erkennbar war schon damals, z. B. beim Mord von Potempa, dass mit dem des Terrors auch dessen irrationale und selbstzerstörerische Züge hervortraten.

Abschließend möchte ich noch folgenden Gedanken äußern: Das 1933 errichtete Herrschaftssystem, der Zweite Weltkrieg, der Holocaust und die 1944/45 ebenfalls beabsichtigte Preisgabe der Lebensgrundlagen des deutschen Volkes standen am Ende einer langen und hier nicht im einzelnen darzustellenden Kette des Terrors. Die einzelnen Glieder dieser Kette hatten sich stets ausgeweitet und verstärkt, um ihre jeweils situationsgebundene Funktion realisieren zu können. Auch zu ihrer eigenen Befestigung und zu ihrer legitimatorischen Rechtfertigung bedurfte diese Kette immer neue, immer stärkere und immer barbarischere Glieder. Ich denke vor allem an den Ausbau des KZ-Systems, an den 30. Juni 1934, an den Aufstieg der SS, an die Konzentration des Terrorapparates im Reichssicherheitshauptamt und nicht zuletzt an die „Aktion Gitter“ nach dem 20. Juli 1944.

Vielleicht wäre es angebracht, für die gesamte Geschichte der NSDAP von 1919 bis 1945 von einem Prozess des ständigen Expandierens und einer ununterbrochenen Brutalisierung des Nazi-Terrors zu sprechen. Die Kontinuität des Terrors und seiner Steigerung wäre daher ebenfalls als wesentliches Merkmal zu bezeichnen. Obwohl sich diese Steigerung des faschistischen Terrors keineswegs linear vollzog und das quantitative Ausmaß der einzelnen terroristischen Aktionen unter-

³¹ Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker: Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens, Berlin 1981, S. 151.
³² Siehe „Lasst Köpfe rollen“ Faschistische Morde 1924–1931. Im Auftrage der Deutschen Liga für Menschenrechte e. V. dargestellt von E. J. Gumbel, Berlin 1921, S. 23: „Die von uns dargestellten politischen Morde sind nur ein Teilausschnitt aus einem umfangreichen Gebiet. Schon die tatsächliche Häufigkeit der Morde ist viel größer. Dazu kommen Hunderte von Leicht- und Schwerverletzten, die Zerstörungen von Versammlungslokalen, die täglichen Schlägereien, die Bedrohungen, unter denen wir alle leiden. Ordnet man diese Taten zeitlich, so erhält man folgende Tabelle: 1924 – 3, 1925 – 3, 1926 – 4, 1927 – 5, 1928 – 6, 1929 – 4, 1930 – 20, Halbjahr 1931 – 18. Summe 63. Diese Zahlen verlaufen ungefähr parallel dem Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung, von 1924 bis 1929 sehr langsam, dann sprunghaft rasch. In diesen Bluttaten offenbart der Faschismus sein wahres Gesicht. Er zeigt dem deutschen Volk die Methoden, deren er sich bedienen wird, wenn er zur Macht kommen sollte.“

³³ In der Literatur der DDR wird für 1930 von 77, für 1931 von 114 und für 1932 von 219 Opfern des faschistischen Mordterrors gesprochen. Siehe Kurt Pätzold: Sturm-Abteilung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (SA). In: Lexikon zur Parteigeschichte, Bd. 4, Leipzig 1986, S. 162.

schiedlich war, kann nicht von Diskontinuität, von Wandel oder von irgendeiner „Normalität“³⁴ des Terrors der NSDAP gesprochen werden. Diese Erkenntnis würde andere, bereits vielfach gezogene Lehren erhärten, die uns die Geschichte der NSDAP vermittelt: Jede antifaschistische Strategie muss bei den Wurzeln des Faschismus beginnen und möglichst bereits den Anfängen wehren. Sie darf dem faschistischen Terror auch nicht den kleinsten Erfolg einräumen, ihn in keiner Situation unterschätzen, soll er nicht doch seinen Zweck erreichen.³⁵

Geringfügig überarbeiteter Vortrag, den der Vf. am 5. Mai 1989 in Princeton N. J./USA gehalten hat. Veröffentlicht in: Sozialistische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Persönlichkeit und staatsbürgerliche Mitgestaltung (Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 1990), Jena 1990, S. 93-107.

³⁴ Siehe Sebastian Haffner: Anmerkungen zu Hitler, München 4/1978, S. 37.

³⁵ Iring Fetscher (S. 50 und 58) macht mit Recht darauf aufmerksam, dass „demokratische und sozialistische Bewegungen durch Terrorakte regelmäßig Schaden erleiden“, während sie umgekehrt „in der Tat häufig den gewünschten Zweck erreichen“.

Laudatio zur Verleihung der Würde eines Dr. h. c. der Philosophie an die Schriftstellerin Inge von Wangenheim

Wenn sich unsere Alma mater Jenensis anschickt, heute am 230. Geburtstag ihres Namenspatrons und ehemaligen Professor für Geschichte Friedrich Schiller einer Schriftstellerin unseres Landes die ihr zugedachte akademische Würde zu überreichen, geschieht das voll und ganz im Wissen um den damit verbundenen hohen geistigen und kulturellen Anspruch, den die zu Ehrende und die Ehrennden miteinander verbindet.

Zunächst heißt das: Inge von Wangenheim steht als eine bedeutende Schriftstellerin und Essayistin, die vielfältige und interessante Beiträge zur Entfaltung der sozialistischen deutschen Literatur geleistet hat, seit langem eng auch mit dem geistigen Leben der Jenaer Universität in wechselseitiger Beziehung. In ihrem erzählerischen Werk und vor allem in ihren Essays nehmen Darstellungen und Erörterungen zum untrennbaren, ja konstitutiven Zusammenhang von Kunst und Wissenschaft, von ästhetisch-bildhafter Gestaltung und ideell-weltanschaulicher Durchdringung der widersprüchlichen Wirklichkeit unserer Epoche, des partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen Künstlern und Wissenschaftlern als integrative, von echter Modernität gespeiste Elemente unserer Kultur einen nahezu bestimmenden Platz ein. Diese Leitlinie ihres Schaffens verdankt die Schriftstellerin in beträchtlichem Maße auch ihrer seit den fünfziger Jahren gewachsenen Vertrautheit mit dem Leben und den Traditionen der Friedrich-Schiller-Universität Jena, dem immer anregenden Gedankenaustausch und Meinungsstreit mit deren Gelehrten und Studierenden.

Das ausgeprägte Interesse Inge von Wangenheims am humanistischen Erziehungs-, Bildungs- und Forschungsauftrag der Wissenschaften unter den fördernden und fordernden Bedingungen unserer Gesellschaft, ihre Aufmerksamkeit für den kreativen Leistungsanspruch, der mit diesem Erfordernis notwendig verknüpft ist, umreißen freilich nur einen der gedanklich-künstlerischen Stränge ihres weitgefächerten literarischen Werkes. Sie sind mit dem ständigen Bemühen der Autorin verwoben, in gehaltvollen Büchern unterschiedlicher Genres für eine große Leserschaft ein Bild unseres Zeitalters und seiner Menschen zu entwerfen, in dem die vielschichtige und oft höchst komplizierte Dialektik individueller und kollektiver Lebensprozesse erregend spürbar ist, ein Bild, das zugleich dem sozialistischen Wertbewußtsein tragfähige Impulse verleiht.

Solche Grundhaltung und solcher Schaffensgestus bestimmen gleichermaßen Inhalt und Form der literarischen Produktion Inge von Wangenheims. So begann es 1950 mit der Autobiographie „Mein Haus Vaterland. Erinnerungen einer jungen Frau“, so ist es auch in ihrem jüngsten Werk, in dem 1988 vorgelegten Reise-Essay „Der goldene Turm. Eine Woche Paris“ festzustellen. Von ihrer reichen und immer bewußter reflektierten Lebenserfahrung zeugen Romane wie „Professor Hudebraach“, „Das Zimmer mit den offenen Augen“, „Spaal“, „Deutsch und Geschichte“, das autobiographisch-kulturhistorisch intentionierte Lessing-Porträt „Hamburgische Elegie“ und die anekdotisch-episodisch strukturierten Bücher wie „Die tickende Bratpfanne. Kunst und Künstler aus meinem Stundenbuch“ und „Station 5. Romanze einer Genesung“, Reisebilder wie „Reise ins Gestern. Blick auf eine Stadt“, „Kalkutta liegt nicht am Ganges“. Davon zeugen auch ihre erbe- und kunsttheoretisch gerichteten Essays wie „Die Geschichte und unsere Geschichten“, „Die Verschwörung der Musen“ oder „Genosse Jemand und die Klassik. Gedanken eines Schriftstellers auf der Suche nach dem Erbe seiner Zeit“. Und alle diese Titel künden eindrucksvoll von der Schaffenskontinuität einer Schriftstellerpersönlichkeit, deren Botschaft an ihre Zeitgenossen im Ensemble der sozialistischen Gegenwartsliteratur unverwechselbar und gewichtig ist.

Die von Inge von Wangenheim oft eruierte und hinterfragte Beziehung zur geistigen Welt der Weimarer literarischen Klassik, vor allem zum Gesamtwerk Johann Wolfgang Goethes und Friedrich Schillers als den Dioskuren bürgerlich-kultureller Emanzipation im Zeitalter der Großen Französischen Revolution, läßt uns an einem Anlaß wie dem heutigen auch nach dem Erbe- und Traditionsverständnis dieser Autorin fragen. Ohne Zweifel besitzt es für ihr Denken und Fühlen, für ihre künstlerische Motivation und Methode eine zentrale Bedeutung. Sie weiß diese Konstellation jederzeit mit der Modernität ihrer Fragestellungen und literarischen Vergegenständlichungen organisch

zu verbinden; ein steriler Traditionalismus widerspricht ihrem Naturell, ja er wäre ihm zutiefst wessensfremd.

Inge von Wangenheim geht es stets um produktive Bewältigung und Aufhebung der Vergangenheit in ihrer ganzen Widerspruchsfülle – um ein Verhältnis zur Geschichte also, das immer aufs Neue an der Lösung gegenwärtiger und am rechtzeitigen Erkennen künftiger Aufgaben, an der Goetheschen „Forderung des Tages“ gemessen werden muß. Tiefe des historischen Sinnes und Spannweite des Weltgehalts, das Erfassen der Epochendialektik als Triebkraft des Menschheitsfortschritts sind in diesem Zusammenhang, in ständigem Bezug zu den befragten Werten des geschichtlichen und kulturell-künstlerischen Erbes, tragende konzeptionelle Ideen für die Bildwelten ihrer erzählerischen Werke, für die Argumentationsrichtung ihrer Essays und Aufsätze.

Das lebendige Ineinander von Vergangenem, Gegenwärtigem und Zukünftigem gestaltet sie thematisch und kompositorisch zugleich sinnhaft und erlebbar, dabei den streitbaren Dialog mit ihren Lesern und Freunden suchend und fördernd.

Die nach Gorkis Auffassung für das künstlerische Schaffen in unserer Epoche elementar bedeutsame „Dreieinigkeit der Zeiten“ ist bei Inge von Wangenheim allgegenwärtig und immer im Spiel, ist der Nährboden für die weltanschaulich-philosophische Substanz ihrer Bücher. Ganze Welten geistig-kultureller Tradition hat sich Inge von Wangenheim für ihren Schaffensprozeß erobert, sie entsprechend ihrer jeweiligen literarischen Intentionen aufbereitend und schöpferisch verarbeitend: Die Klassiker des Marxismus-Leninismus zunächst und vor allem; die bürgerlich-klassische deutsche Philosophie, die Anschauung der großen europäischen Aufklärer und der russischen revolutionären Demokraten; die Werke der kritisch-bürgerlichen und sozialistischen Weltliteratur des 19. und 20. Jahrhunderts und immer wieder: Lessing, Goethe, Schiller und Heine. Spuren der Auseinandersetzung mit diesen Traditionswelten begegnen wir im Gesamtwerk Inge von Wangenheims allenthalben. Dabei geht sie stets von der Voraussetzung aus, daß kulturelles Erbe nur dann produktiv zu werden vermag, wenn es als Agens in die gesellschaftlich-geschichtlichen Kämpfe der Gegenwart integriert wird.

Besonders nachdrücklich hat Inge von Wangenheim mit ihrem 1981 veröffentlichten Essay „Genosse Jemand und die Klassik. Gedanken eines Schriftstellers auf der Suche nach dem Erbe seiner Zeit“ in diese Debatte eingegriffen. Mit subtiler, engagierter Sachkenntnis und erfrischend polemischer Schärfe erörtert die Autorin hier – alle subjektiven und objektiven Möglichkeiten des Genres der Essayistik kühn ausschreitend – zentrale Problemkreise einer schöpferischen Aneignung des künstlerischen Erbes insbesondere der deutschen literarischen Klassik. Die Intentionen dieser Erörterungen zeigen, daß Inge von Wangenheim mit hohem Verantwortungsbewußtsein die substantiell wesentliche gesamtgesellschaftliche Bedeutsamkeit der Erbeaneignung in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen stellt. So untersucht sie Kontinuität und Diskontinuität zwischen dem klassisch-bürgerlichen und dem sozialistischen Humanismus und hebt dabei sowohl den untrennbaren dialektischen Zusammenhang, als auch die sozialhistorisch begründeten qualitativen Unterschiede zwischen ihnen hervor. Interessant und den produktiven Meinungsstreit belebend wirkt in diesem Kontext ihre These vom „politischen Humanismus“, der als solcher erst unter sozialistischen Bedingungen machbar sei und der als objektiver Sachverhalt insbesondere den Künstler in einem sozialistischen Land notwendig zu Schaffenskonsequenzen auf der Höhe dieser Problemstellung zwingt.

Bedenkens- und diskussionswürdig ist auch die temperamentvoll bekundete Auffassung der Essayistin, wie notwendig es sei, stets von der objektiv-historisch bestimmten und damit geschichtlich konkret fundierten ästhetisch-ideellen Wertigkeit einer künstlerischen Leistung der Vergangenheit auszugehen und aus dieser Prämisse die Verpflichtung der Werktreue im heutigen Umgang mit diesem Erbe abzuleiten. Wenn sie sich dabei sowohl von langweiligen, undialektisch-traditionalistischen Harmonisierungsbestrebungen als auch von pseudomodernen, laxen Entstehungen des künstlerischen Erbes eindeutig abgrenzt, so ist dies ein gültiger Ausdruck der Grundposition Inge von Wangenheims, daß in unserer geistigen Kultur ein Weltbewußtsein von neuer Qualität entsteht, in dem sich der klassische mit dem sozialistischen Humanismus vereinigen wird.“ Wir alle

sind Zeitzeugen dieses weltanschaulich und weltpolitisch erregenden Vorganges. dieses herangereiften Verschmelzungsprozesses allgemeinmenschlicher, geschichtlich übergreifender und klassenmäßig spezifischer Werte als dringlichem Erfordernis zur Erhaltung der Gattung Mensch und deren Vernunftanspruches in der Dynamik unserer Epoche.

Diese intensive, immer präsente intellektuelle und emotionale Beziehung Inge von Wangenheims zum Erziehungs- und Bildungswert der Geschichte und des Geschichtlichen, diese ihre beherzigenswerte Botschaft von der Traditionsfindung und Erbeaneignung als persönlichkeits- und kollektivförderndem Prozeß findet in der autobiographischen Komponente ihres Gesamtwerkes eine tiefe Entsprechung. In der Vorbemerkung zu ihrem interessanten Text-Bild-Band „Schauplätze. Bilder eines Lebens“ aus dem Jahre 1983 sagt die Schriftstellerin-Malerin zu diesem Wechselspiel von Geschichtlichem und Individuellem folgendes: „Man muß ein Leben lang lernen, immer wieder neu und anders, genauer und unbetrogener hinzusehen auf das, was ist. Wie sollte sonst die Entdeckung zustande kommen, die erforderliche? ... Am Ende vom Ganzen, nach immerhin sieben Jahrzehnten, sammeln sich die unzähligen Zu- und Einflüsse vom Bach zum Strom, der eine ins Ferne strebende Wirkung kräftig bestätigt. Aus der dichten Fülle der Zufälle arbeitet sich ein Kind heraus in die Helle des erhöhten überblicks- und solcherweise wird das Abenteuer seines Daseins schließlich mittelbar – eigentlich das schönste Ergebnis eines jeglichen Lebensversuchs ... Einen wichtigeren Versuch auf Erden als eben jenes Wagnis, ein menschlicher Mensch zu werden, gibt es im Grunde nicht. Schauen wir nach, wie das in einem einzigen unbeachteten ‚Fall‘ aus der Traumhöhe in die Wirklichkeitstiefe des Lebens vor sich ging.“

Diese programmatische Äußerung zum möglichen Stellenwert des Autobiographischen in einem schriftstellerischen Lebenswerk erhellt, warum Inge von Wangenheims Leben exemplarische Bedeutung für ihr geistig-künstlerisches, für ihr weltanschaulich-politisches Profil beizumessen ist. Zu fragen ist daher, welche Schauplätze die Schriftstellerin und Kommunistin hat durchschreiten müssen, auf denen sie im Prisma ihres Lebens Bedeutsames der historischen Zeitläufe, politische Kulminationspunkte unserer Epoche in weit voneinander entfernten Erfahrungswelten und Milieubedingungen erleben und immer bewußter in sich aufnehmen konnte?

In proletarisch-kleinbürgerlicher Umwelt lernte Inge Franke als Kind einer alleinstehenden Schneiderin all das von Grund auf kennen, was sie in ihrem literarischen Erstling, der autobiographischen Darstellung ihrer Kindheit und Jugend in „Mein Haus Vaterland“ so aufrüttelnd künstlerische Gestalt gewinnen ließ: den Untergang der preußisch-deutschen Hohenzollernmonarchie in der Endphase des ersten imperialistischen Weltkrieges und die bürgerlich-demokratische Weimarer Republik bis zu ihrer Agonie im Zeichen der hitlerfaschistischen Machtübernahme 1933.

Berlin – das war ein Brennpunkt dieser folgenreichen Kräfteverschiebungen; hier konzentrieren sich auch alle Polarisierungstendenzen der Klassenkräfte, hier fand Inge Franke nach vielen Wirrnissen und immer bewußterem Suchen als junge Schauspielerin den Weg zur Kommunistischen Partei Deutschlands. In der „Truppe 31 unmittelbar am Aufbau einer proletarisch-revolutionären Theaterkultur mitwirkend, mußte sie schließlich gemeinsam mit ihren Gesinnungsgenossen trotz politisch-künstlerischer Erfolge die bittere Erkenntnis gewinnen, daß ihre Durchschlagskraft im Kampf gegen die wohlorganisierte Reaktion und insbesondere gegen die schrittweise die Staatsmacht unterhöhrende Nazibarbarei nicht ausreichte, zu wenig Massenbasis erlangte. Wie für Tausende demokratischer und kommunistischer Mitkämpfer war auch für die Kulturarbeiter der „Truppe 31“ unter Leitung Gustav von Wangenheims die Emigration die einzige Rettung vor einer unmenschlichen Diktatur und ihrer Vernichtungsmaschinerie.

Über Paris kam Inge von Wangenheim 1933 nach Moskau. Sie nahm auch hier mit vielen emigrierten deutschen Genossen aktiven Anteil an der antifaschistischen Arbeit. Als Sprecherin deutschsprachiger Sendungen des Moskauer Rundfunks, als Schauspielerin in Theatergruppen sowie in Filmen deutscher Emigranten sowie in politischen Funktionen trug sie selbstlos dazu bei, den Hitlerfaschismus zu entlarven und immer wirksamer, zuletzt im breiten Bündnis des Nationalkomitees „Freies Deutschland, zu bekämpfen. Es waren unsagbar schwere, von den Deformationen des Sozi-

alismus unter Stalin tragisch überschattete, aber letztlich sinnerfühlte Jahre, die im Sommer 1945 mit der Rückkehr in die befreite Heimat ihr ersehntes Ziel fanden.

Auch hier, wiederum in Berlin, begann für die wenigen zurückkehrenden Antifaschisten eine schwere, zugleich aber schöne Zeit. Inge von Wangenheim fand als Schauspielerin, Regisseurin, Journalistin und Kulturpolitikerin weitreichende Tätigkeitsfelder, die sie mit dem ihr eigenen Elan ausfüllte und als Erkenntnisquelle für das Neue im Leben nutzte. 1950 markierte ihr erstes, gleich vielbeachtete Buch die Wende zur vorwiegend schriftstellerischen Arbeit; zunächst in Berlin, dann seit 1962 in Rudolstadt und seit 1974 in Weimar.

Überblickt man Werk und Lebensleistung Inge von Wangenheims in seiner Gänze, so verdient hervorgehoben zu werden, daß sie in ständiger Ausprägung ihrer für viele Menschen im In- und Ausland vorbildhaften Persönlichkeit, im bewußten Erleben und Mitgestalten ihrer Epoche, bleibende Leistungen bei der Festigung der Einheits- und Volksfrontpolitik im Kampf gegen den Hitlerfaschismus, beim Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und bei der schöpferischen Entfaltung einer dem Sozialismus wesenseigenen deutschen Kultur vollbrachte. Vor allem mit ihrer Autobiographik und mit ihrer Essayistik gab sie der Literaturentwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik wesentliche, unverwechselbare Impulse. Dabei griff sie immer wieder neue Fragestellungen der geistigen und materiellen Lebensprozesse, die für den Sozialismus und seine ständige Entfaltung von substantieller Bedeutung sind, weltanschaulich und ästhetisch vorwärtsweisend auf.

Im soeben erschienenen Tagebuch eines anderen Weimarer Schriftstellers kann ein Geständnis nachgelesen werden, das die streitbare Gefährtin unserer Zeit ihren Freunden machte, als diese zum 75. Geburtstag gratulierten. „So ringe ich denn bis zur Stunde“, sagte sie, mit einem „Zwiespalt in meiner Brust. Meine Pflicht: ich muß den Menschen die Wahrheit sagen. Meine Lust: ich will ihnen gute Laune machen.“ Armin Müller, der das notierte, fügte hinzu, gleichsam auch für unsere Laudatio zusammenfassend: „Zwischen diesen beiden Ansprüchen findet ein Leben statt, in dieser Verklammerung auch: die lustvolle Annahme der Pflicht.“

In Ansehung all dessen ist es der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Friedrich-Schiller-Universität zu Jena eine hohe Ehre, Ihnen, sehr verehrten Frau Inge von Wangenheim, die Würde eines Dr. h. c. zu verleihen. Erlauben Sie bitte, Sie und ein wenig auch uns dazu auf das herzlichste zu beglückwünschen.

Ehrenpromotion Inge von Wangenheim. Ausgewählte Vorträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1990, S. 5-12.

Die entsetzlichen Tage und Nächte vom November 1938

7. November 1938, gegen 9.30 Uhr: Ein siebzehnjähriger jüdischer Emigrant, der ganz unter dem Eindruck einer Postkarte mit der Nachricht steht, daß Eltern und Geschwister in Hannover verhaftet und mit rund 17.000 ehemaligen polnischen Staatsangehörigen über die Grenze abgeschoben worden sind, verschafft sich Zutritt zur deutschen Botschaft, schießt auf einen Diplomaten und verletzt ihn lebensgefährlich. Danach läßt er sich widerstandslos festnehmen.

Was *Herschel Grynszpan* tat, war nicht mehr als das verzweifelte Aufbegehren eines Einzelgängers. Er befand sich in einer fast ausweglosen Lage. Ähnlich hatte am 4. Februar 1936 *David Frankfurter* gehandelt, als er in der Schweiz den NSDAP-Landesgruppenleiter *Wilhelm Gustloff* tötete. Wie zweieinhalb Jahre zuvor behaupteten auch jetzt die faschistischen Machthaber, das Attentat sei Ausdruck und Ergebnis einer „Verschwörung des Weltjudentums“. Der Anschlag habe zwar einen jungen Deutschen getroffen, aber ganz Deutschland gegolten. Die Beweise blieb man schuldig; selbstverständlich, es gab ja auch keine. Jedoch stieß die Tat ganz offensichtlich auf lang gehegte Pläne der Nazi-Führer. Für deren Realisierung schien ihnen ein solcher Anlaß willkommen zu sein, so daß sich Antifaschisten die Frage vorlegten, ob es sich nicht sogar um eine bestellte Provokation gehandelt habe. Prompt gaben die Nazis ihr eigenes rassistisch-terroristisches Agieren als ein angeblich notwendiges und gerechtfertigtes Reagieren aus. Die Schüsse paßten haargenau in das 1938 verfolgte Konzept der forcierten Kriegsvorbereitung und deren friedensdemagogische Verbrämung. Auf allen Ebenen wollten sie die ohnehin beabsichtigten neuen politischen, geistigen und wirtschaftlichen Schritte zum Krieg durchsetzen.

8. November 1938: Die Nachricht vom Attentat verbreitete sich in Windeseile. Die Presse der Faschisten begann zu schäumen. Reichspropagandaminister *Goebbels* ließ seinen Apparat auf Hochtouren laufen. Im „Völkischen Beobachter“ schrieb der Leitartikler am 8. November die Unheil verkündenden Sätze:

„Es ist klar, daß das deutsche Volk aus dieser neuen Tat seine Folgerungen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden¹ noch ganze Ladenstraßen beherrschen, Vergnügungsstätten bevölkern und als ‚ausländische‘ Hausbesitzer das Geld deutscher Mieter einstecken, während ihre Rassegenossen draußen zum Krieg gegen Deutschland auffordern und deutsche Beamte niederschießen.“

Gleichzeitig drohte das offizielle Zentralblatt der Nazi-Partei den „Beginn einer neuen deutschen Haltung in der Judenfrage“ an.

In einzelnen Städten kam es zu ersten Ausschreitungen, was angesichts der aufputschenden Hetze der Nazipresse und der jahrelang betriebenen rassistischen Politik gegenüber den 400.000 noch in Deutschland lebenden Juden kaum anders erwartet werden konnte. Lokale SA-Einheiten handelten dabei nicht auf direkte Anweisung der Nazi-Oberen, aber ganz in deren Sinne. Die faschistischen Führer zögerten mit einem Befehl zur Aktion im gesamten Reichsgebiet, denn hinter verschlossenen Türen wurde noch überlegt, wie die Schüsse von Paris am besten für alle Zwecke der faschistischen Politik genutzt werden könnten.

München, 9. November 1938, in den späten Abendstunden: Den Beschluß zur Auslösung eines Pogroms faßten *Hitler* und *Goebbels* endgültig bei einem kurzen Gespräch, das beide in München führten, nachdem sie gegen 21 Uhr die Mitteilung vom Tode des verletzten deutschen Diplomaten erhalten hatten. Der Zeitpunkt erschien ihnen nunmehr als äußerst günstig. In München war die Naziprominenz versammelt. Sie sollte wie jährlich in schwülstig-pathetischer Atmosphäre der Opfer ihres gescheiterten Putsches vom 9. November 1923 gedenken. Bei einem solchen Spektakel der „alten Kämpfer“ konnte jedes Wort aus berufenem Munde wie ein Funke im Pulverfaß wirken. Die

¹ In Wirklichkeit hatte es 1933 nur 60.000 Geschäfte von jüdischen Bürgern gegeben. Bis zum Juli 1938 war diese Zahl auf 9000 (davon 3637 in Berlin) reduziert worden. Von den 100.000 jüdischen Betrieben, die im Jahre 1933 existiert hatten, gab es 1938 lediglich noch 39.532; mehr als 60 Prozent waren also bereits der „Arisierung“ zum Opfer gefallen.

Regie übernahm *Goebbels*. Mit einer aufreizenden Rede, deren Text leider nicht im einzelnen überliefert ist, vollzog er den Schritt von den verschleierte Aufforderungen zum antijüdischen Pogrom hin zu dessen direkter Auslösung und Organisation. Noch in den letzten Stunden des Tages ergingen telefonisch die Befehle an die SA-Führer in allen Teilen Deutschlands, daß jetzt loszuschlagen sei. Überall, so lautete die Order, sollten die Mannschaften alarmiert, die jüdischen Synagogen in Brand gesetzt, Einzelhandelsgeschäfte jüdischer Bürger demoliert werden. Die Aktion sei als Akt der „Rache“ und in ziviler Kleidung durchzuführen. Alles lief darauf hinaus, den Anschein einer spontanen Aktion des „Volkszornes“ zu erwecken.

Die Telefonate der in München versammelten Gauleiter und Gaupropagandaleiter fanden zwischen 23 und 24 Uhr statt. Zwei Stunden später ließ *Goebbels* zusätzlich entsprechende Fernschreiben an die Gaupropagandaämter hinausgehen. Diese wurden ermächtigt, alle Aktionen der Nazipartei und ihrer Gliederungen zu koordinieren. Zur gleichen Zeit, um Mitternacht, verabredeten *Hitler* und *Himmler* weitere Maßnahmen, die ebenfalls von kaltem Kalkül der Faschisten zeugten. SS und Ordnungspolizei sollten Sorge tragen, daß der Pogrom tatsächlich in den vorgegebenen Bahnen verlief und die Brände nicht auf benachbarte Wohnungen „arischer Deutscher“ übergriffen. Sie hätten so viele männliche Juden zu verhaften, wie in den Konzentrationslagern unterzubringen wären. Von 20.000 bis 30.000 war da die Rede ...

10. November 1938: Noch im Dunkel der Nacht begann der widerwärtige Pogrom, der alle bisherigen antijüdischen Aktionen der braunen Barbaren an Grausamkeit und Brutalität in den Schatten stellte. Mit Steinen, Eisenstangen und Gummiknüppeln bewaffnet, zogen überall die SA-Banden los. In München, wo sich die paramilitärischen Formationen der Nazipartei nach einer mitternächtlichen „Vereidigung“ noch auf den Beinen befanden, loderten die Flammen an den Synagogen als erste empor. Je nach der Länge der Wege, die die Befehle zu überbrücken hatten, setzten SA-Leute mit ihrem rabiaten Zerstörungswerk ein. Aber überall handelten sie nach einem gleichen Schema, vom Überfall auf jüdische Heiligtümer und deren Verbrennung bis hin zur raschen Beseitigung der Spuren des Verbrechens. Juden wurden gezwungen, die Straßen und Bürgersteige vor ihren Geschäften zu reinigen und die demolierten Schaufenster mit Brettern zu vernageln.

Das Ergebnis des Pogroms war erschütternd. Er forderte mindestens 91 Todesopfer. In einem ersten offiziellen Bericht, der nach eigenen Angaben bei weitem nicht alle Schandtaten erfaßte, sprach die Gestapo davon, daß 191 Synagogen gebrandschatzt, weitere 75 völlig zerstört, 815 Geschäfte und Restaurants demoliert, 29 Warenhäuser verwüstet und 171 Wohnhäuser zertrümmert worden waren.² Der materielle Schaden belief sich auf mehrere hundert Millionen Mark. Rund 26.000 jüdische Bürger wurden verhaftet und nach Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen gebracht. Sie gingen einem schrecklichen Los entgegen.

Am 10. November, dem Tag des Pogroms, hielt *Hitler* eine seiner berüchtigsten Reden. Vor Vertretern der deutschen Presse beklagte er die Umstände, die ihn gezwungen hätten, „jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden“. Dadurch hätte sich aber in den Gehirnen vieler Menschen die defätistische Auffassung festgesetzt, er wolle „den Frieden unter allen Umständen ... bewahren“. Um dem entgegenzuwirken, müsse das deutsche Volk allmählich „psychologisch“ umgestellt werden, müßten nunmehr bestimmte außenpolitische Vorgänge so beleuchtet werden, „daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien“ beginne.

Daß die Daten des Pogroms und dieser richtungsweisenden Rede übereinstimmen, läßt sich nicht als historischer Zufall abtun. Vielmehr wird gerade dadurch offenbar, wie alles im faschistischen Deutschland jener Jahre und Monate einem einzigen Gedanken untergeordnet wurde. Unzählige Dokumente belegen, wie zielstrebig und konsequent auf die Entfesselung eines neuen Krieges hingewirkt worden ist. Der Pogrom gegen die jüdischen Bürger verfolgte Kriegszwecke. und zwar auf ideologisch-psychologischem Gebiet ebenso wie auf materiell-wirtschaftlichem. Vom Pogrom zum Krieg vergingen dann auch nur noch 295 Tage.

² Insgesamt sind mindestens 7500 Geschäfte, etwa 200 Gebäude und 281 jüdische Gotteshäuser zerstört worden.

11. November 1938: Hartnäckig darum bemüht, die faschistische Propaganda vom „spontanen“ Vergeltungswillen der Bevölkerung glaubhaft zu machen, setzte das Regime den offenen Aktionen ein Ende. Zynisch wurde schon in den Nachmittagsstunden des Vortages an die „gesamte Bevölkerung“ appelliert, von weiteren Ausschreitungen abzusehen. Der beabsichtigte Zwang war erreicht, nun wollte man selbst wieder makellos und zivilisiert erscheinen. Außerdem gab die reservierte Haltung vieler Deutscher den Machthabern Grund, die Dinge im Moment nicht zu weit zu treiben.

Aber die antisemitischen Aktionen sollten auf jeden Fall vorangetrieben werden. Davon sprach auch der „Völkische Beobachter“, der an diesem Tage einen Bericht veröffentlichte, in dem es selbstentlarvend-prophetisch hieß, die Juden sollten trotz der Beendigung des Pogroms wissen, „daß mit den rauchenden Trümmerhaufen der Synagogen und den geborstenen Schaufenstern der Judenzentren die Erbitterung des deutschen Volkes über die jüdischen Schandtaten nicht besänftigt ist“. Jeder sollte, ja mußte diesen Satz als Ankündigung weiterer Verbrechen verstehen, die in der Tat nicht auf sich warten ließen.

Berlin, 12. November 1938: Eine interministerielle Sitzung, die im Luftfahrtministerium bei *Hermann Göring* als dem Beauftragten für den Vierjahresplan stattfand, leitete die Fortsetzung des Pogroms und gleichzeitig den letzten Akt der seit langem betriebenen wirtschaftlichen Aktionen gegen die deutschen Juden ein. Der Beschluß lautete, den Juden alle Kosten des Pogroms aufzuerlegen, die fälligen Versicherungssummen in Höhe von 225 Millionen Mark in die Kassen des Staates zu leiten und darüber hinaus als „Sühneleistung“ von den deutschen Juden eine Milliarde Mark zu verlangen. Die Konferenz bereitete ferner eine regelrechte Flut von Verordnungen vor, die den Zwangsverkauf des jüdischen Eigentums von Kapitalisten und kleinen Warenproduzenten, ihrer Grundstücke und Wertgegenstände bestimmten sowie eine völlige Entrechtung der jüdischen Bürger bedeuteten. Bereits im April 1938 war die offizielle „Anmeldung“ jüdischer Vermögen erzwungen worden. Die Nazis wollten genau wissen, welche Beträge sie im Ergebnis der „Arisierung“ der Rüstungsindustrie für die weitere wirtschaftliche Kriegsvorbereitung zur Verfügung stellen konnten. Nach einer geheimen Übersicht des Reichswirtschaftsministeriums belief sich das jüdische Vermögen in den damaligen Reichsgrenzen auf 8,5 Milliarden Mark. Denen, die sich dieses Vermögen aneigneten, kam der Pogrom also gerade recht. Sie ermöglichten mit ihren Bestrebungen ein Gangsterstück, das in der kapitalistischen Gesellschaft ohne Beispiel war. Ihre Interessen brachte *Göring* zum Ausdruck, als er zynisch zu den Geschehnissen vom 9. und 10. November bemerkte:

„Mir wäre lieber gewesen, ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet ...“

Wie auch immer der Pogrom verlaufen war, er festigte die Bindungen zwischen den nazifaschistischen Politikern und den „arischen“ Unternehmern auf dem Weg in den Krieg um noch größere Profite! Am Ende dieses Weges stand schließlich der millionenfache Mord, standen Auschwitz und die anderen Vernichtungslager.

14. November 1938: Auf die Konferenz bei *Göring* zurückschauend und frohlockend, daß „jetzt tabula rasa gemacht“ wird, schrieb *Goebbels* in sein Tagebuch:

„Die neuen Judengesetze beherrschen vollkommen Presse und öffentliche Meinung. Das deutsche Volk ist ganz damit einverstanden ...“

Bis heute bewegt die Frage nach Umfang und Grad dieses „Einverständnisses“ die Forschung. Sprach *Goebbels* die Wahrheit aus? Was wir heute an Quellen, Erinnerungsberichten und aussagekräftigen Analysen kennen, erlaubt berechtigte Zweifel.

Zahlreiche Menschen waren entsetzt und empört, ohne es laut artikulieren und zur Grundlage antifaschistischen Handelns machen zu können. Auf jeden Fall mißbilligten stillschweigend den Pogrom mehr Deutsche, als es jenen recht sein könnte, die in ihrem Namen zu handeln vorgaben. Der antifaschistische Widerstand verstärkte sich. „Gegen die Judenpogrome! Für den Frieden! Für den Sturz Hitlers!“ – so lautete der Titel einer Erklärung der Rhein-Ruhr-Abschnittsleitung der KPD. In ihr vor allem wurde die Lüge der Faschistenführer entlarvt, das deutsche Volk habe spontan Vergel-

tung geübt. Wenige Tage später erschien eine Sonderausgabe der „Roten Fahne“, die sich strikt gegen die „Schmach der Judenpogrome“ wandte und nachdrücklich forderte, Funktion und Wurzeln des Rassismus der Nazis aufzudecken. Das Zentralkomitee der KPD appellierte an alle Antifaschisten und alle „anständigen und ehrbewußten Deutschen“, den gequälten jüdischen Mitbürgern zu helfen:

„Isoliert mit einem Wall der eisigen Verachtung das Pogromistengesindel von unserem Volk! Klärt die Rückständigen und Irreführten, besonders die mißbrauchten Jugendlichen, die durch die nationalsozialistischen Methoden zur Bestialität erzogen werden sollen, über den wahren Sinn der Judenhetze auf.“

Zugleich forderte es die Schaffung einer breiten Volksfrontbewegung zum Sturz der Hitlerdiktatur.

Auch in Artikeln von *Wilhelm Pieck* und anderen kommunistischen Funktionäre sowie in Sendungen des „Deutschen Freiheitssenders 29,8“ wurde zur Solidarität aufgerufen. Der Kampf gegen die Verfolgung der Juden wurde als ein „untrennbarer Teil des deutschen Freiheits- und Friedenskampfes gegen die nationalsozialistische Diktatur“ betrachtet. Ebenso wie die Kommunisten blieben auch Sozialdemokraten und Gewerkschafter dem Grundsatz der Arbeiterbewegung treu, sich gegen jede Unmenschlichkeit zu wenden, aktiv für Freiheit und Menschlichkeit, für Mitgefühl und Solidarität einzutreten. Für eine Reihe bürgerlicher Kreise war mit dem Pogrom das Maß überschritten, das sie bis dahin der faschistischen Politik zugebilligt hatten. Der 9. November 1938 spielte beispielsweise in der Abwendung *Claus Graf Schenk von Stauffenberg*s vom Nationalsozialismus eine wichtige Rolle, aber auch bei vielen anderen.

Die deutsche Geschichte ist reich an Höhepunkten und glanzvollen Leistungen, auf die zurückzublicken stets lohnt. Sie ist auch reich an Ereignissen, die nichts anderes als Empörung, Entsetzen und Scham hervorzurufen vermögen, die – wie der Pogrom vor 50 Jahren – zu antifaschistischer Verpflichtung mahnen und in unseren Taten gegen Krieg und Rassismus immer wieder aufs Neue konsequent zu bewältigen sind.

Judenhaß und Judenmord – Unerklärlich! Unbegreiflich? Beiträge einer Veranstaltung der Friedrich-Schiller-Universität Jena und des Bezirkskomitees Gera der Historiker-Gesellschaft der DDR am 29. September 1988. Jenaer Reden und Schriften, 1990. Friedrich-Schiller-Universität, S. 81-85.

Von Weltkrieg zu Weltkrieg: Die friedlose NSDAP

Am Ende des vor einem halben Jahrhundert entfesselten weitemspannenden Krieges stand für alle Partner der Antihitlerkoalition eine ihrer gemeinsamen Entscheidungen außerhalb jeden Zweifels: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) sowie ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände sollten kurzerhand verboten werden. Die entsprechenden Maßnahmen der Siegermächte erfolgten auf der Grundlage ihrer Vereinbarungen von Teheran und Jalta, die in dieser Hinsicht völlig schnörkellos und unzweideutig ausgefallen waren.

Das Potsdamer Abkommen – insbesondere die Übereinkunft der Alliierten zu den politischen Grundsätzen, die für die künftige Behandlung Deutschlands gelten sollten – ging ebenfalls strikt von der Auffassung aus, daß es im Interesse aller Völker und ihrer friedlichen Zukunft notwendig ist, den deutschen Militarismus und Nazismus auszurotten. Es seien Maßregeln zu treffen, „damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann“.¹ Die Konferenz von Potsdam bekräftigte das Verbot der NSDAP und die Auflösung aller nationalsozialistischen Ämter. Sie verband dies mit der Forderung, solche Sicherungen zu schaffen, daß ähnliche Parteien, Verbände und Institutionen „in keiner Form wieder auferstehen“ können.²

Über die unmittelbaren Verbots- und Zerschlagungsaktionen hinaus klagte der Internationale Militärgerichtshof das Korps der Politischen Leiter der NSDAP an, entsprechend Punkt 6 des Londoner Statuts³ eine „verbrecherische“ Organisation gewesen zu sein und als der „innere Kern“ der Verschwörung gegen den Frieden gewirkt zu haben.⁴ Das von der Anklageschrift lediglich in einigen Punkten abweichende Urteil⁵ führte damit einen neuen und eigenständigen Straftatbestand in das Völkerrecht ein: Erstmalig wurden nicht nur Personen angeklagt und verurteilt, sondern auch einige der von ihnen ins Leben gerufenen Einrichtungen. Seither kann die Verurteilung einer Organisation oder Institution als verbrecherisch auch für jedes einzelne Mitglied der betreffenden Organisationen und Institutionen entsprechende Folgen haben. Das Prinzip der persönlichen strafrechtlichen Verantwortlichkeit für internationale Verbrechen gegen den Frieden, für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurde in weiteren Prozessen gegen Politische Leiter der NSDAP, Angehörige der SS und des Sicherheitsdienstes sowie der Gestapo angewandt.⁶ Es fand keine Anwendung auf jene Personen, die als einfache Mitglieder und Anhänger, als Mitläufer und „kleine Pg's“ zu bezeichnen und nicht direkt an den Verbrechen beteiligt waren.

Mit dem Verbot der NSDAP, der Verurteilung ihres Führungskorps und der Bestrafung der NS-Hauptkriegsverbrecher zogen die Siegermächte einen ersten bedeutungsvollen und zukunftsweisenden Schlußstrich unter die grauenvolle Bilanz der fünfundzwanzigjährigen Geschichte einer Partei, deren Wirken einzig und allein von unverhüllter, aber auch vielfach verschleieter Friedlosigkeit, von erbarmungsloser Kriegsideologie und schließlich auch von den erbärmlichsten Kriegsverbrechen aller Art gekennzeichnet war. Auf ihrem Schuldkonto standen die nach Millionen zählenden Opfer aller Völker, die durch eine beispiellose aggressiv-revanchistische und expansionistische Kriegspolitik in den verderbenbringenden Strudel des zweiten weltumfassenden Völkermordens während unseres 20. Jahrhunderts hineingerissen worden sind.

Auf das Schuldkonto der NSDAP kamen auch die unsägliche Not und das bittere Elend des deutschen Volkes. Wie nach 1918 hatte allein die werktätige Bevölkerung die Lasten zu tragen, die sich aus Niederlage und Kriegsfolgen ergaben. Es mußte nun auch dafür zahlen, in seiner überwiegenden Mehrheit dem Regime nahezu blind und ohne machtvollen Widerstand gefolgt zu sein. Große

¹ Zit. nach Das Potsdamer Abkommen. Dokumentensammlung, Berlin 1975, S. 218.

² Siehe ebenda, S. 219 f.

³ Ebenda, S. 242 f.

⁴ Zit. nach Der Nürnberger Prozeß. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Ausgew. und eingel. von P. A. Steiniger, Bd. I, Berlin 1957, S. 69.

⁵ Siehe ebenda, S. 213 f.

⁶ Siehe Wieland, Günther, Der Jahrhundertprozeß von Nürnberg. Nazi- und Kriegsverbrecher vor Gericht, Berlin 1986, S. 26 ff.

Teile der Bevölkerung hatten die Barbarei nicht nur geduldet, sondern in vielfältiger Weise getragen, ja sich selbst sogar als handlungswilliges Instrument für den Weg in die Katastrophe hergegeben. Dennoch gehörte auch das deutsche Volk gleich allen anderen Völkern mit zu den Opfern nationalsozialistischer Politik und Ideologie.

Von der Mehrheit der Massen geduldet, hingenommen und unterstützt, setzten die Naziführer bis fünf Minuten nach zwölf alles, sogar die Existenz des deutschen Volkes aufs Spiel. In jeder Phase der unheilvollen Geschichte der NSDAP galt ihre abenteuerliche Parole „Alles oder nichts!“. Mit menschenverachtender Skrupellosigkeit erstrebte sie alles Erdenkliche an Macht und Profit, sich dabei von allen anderen an politischer Macht und kapitalistischem Profit interessierten Kreisen der bürgerlichen Gesellschaft im Deutschen Reich hauptsächlich durch das enorme, ja vielfach direkt absonderliche Ausmaß ihres aggressiven und expansionistischen Konzepts unterscheidend. In völliger Verkennung des realen Kräfteverhältnisses in der Welt wollten die Nazis über Europa und auf anderen Kontinenten herrschen, wollten sie den ersten sozialistischen Staat vernichten, die organisierte deutsche Arbeiterbewegung zerschlagen, den Parlamentarismus, die Demokratie und jeglichen Humanismus in den Staub eines „Tausendjährigen Reiches“ treten. Sie gaben vor, dem deutschen Volk neue Geltung in der Welt verschaffen, es aus der Situation eines „Habenichtss“ befreien und zum „Herrenvolk“ machen zu können.

Nichts war davon zu verwirklichen nichts war zu gewinnen, lediglich alles zu verlieren. Woraus resultierte dann aber die totale, so aufs Ganze gehende und die Existenz des deutschen Volkes gefährdende Kriegspolitik? Wer konnte überhaupt an solchen Risiken ein Interesse haben? Die alles wagende Kriegspolitik wurzelte nicht in den Massen, sie entsprang weder ihrem Willen noch ihren Bedürfnissen. Wohl aber war sie im Ergebnis ihres Verhaltens möglich geworden. Die mehr oder weniger bewußt vollzogene Akzeptanz des Faschismus führte schließlich dazu, daß sich dessen Politik und ihre Folgen auch gegen sie selbst richteten. Der rigide Kurs auf eine Revision der Ergebnisse des ersten Weltkrieges auch mit militärischen Mitteln, getragen von Revanchegeist und den die Pläne der Alldeutschen weit übertreffenden Expansionsbeschreibungen wurzelte eher in der NSDAP und in den Interessen ihres Führungskorps. Jedoch stellte deren apodiktischer und schließlich auch apokalyptische Züge annehmender Marsch in den Krieg keine Erscheinung sui generis dar.

Programmatik und Politik der NSDAP-Führer waren mit der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland durch mehr als tausend Fäden verbunden. Sie waren in diese Gesellschaft eingebettet, von dieser hervorgebracht und gefördert, auf sie zurückwirkend und ihre konkrete Gestalt ebenso beeinflussend wie alle anderen in ihr agierenden politischen Kräfte. Existenz und Entwicklung der NSDAP widerspiegeln Bedürfnisse und Interesse von führenden Kreisen dieser Gesellschaft, von Großindustriellen, Bankiers, Großagrariern, Militärs, hohen Beamten, Diplomaten, Partei- und Verbandspolitikern Mediengewaltigen und anderen sozialen Gruppen, von denen hier als den traditionellen Eliten der bürgerlichen Gesellschaft die Rede sein soll, von denen in der marxistischen Terminologie als der Klasse der Bourgeoisie gesprochen wird.

Die militärische Zerschlagung des Hitlerregimes und die Befreiung des deutschen Volkes von den Fesseln, in die es die NSDAP geschlagen hatte, lagen daher aus vielen objektiven Gründen auch im Interesse der Massen. Das galt in besonderem Maße für jene Festlegungen der Alliierten, die eine Wiederkehr von Faschismus und Krieg für alle Zeiten ausschließen sollten. Mit ihrer Hilfe hätten für die weitere Existenz und Entwicklung des deutschen Volkes antifaschistisch-demokratische Verhältnisse geschaffen werden können, d. h. solche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die eine erneute Beeinflussung der Massen durch extrem reaktionäre und aggressive Kräfte, darüber hinaus aber auch eine Wiederholung eigenen Fehlverhaltens unmöglich machten.

In dieser Hinsicht bestand 1945 eine völlige Übereinstimmung zwischen dem auf internationaler Ebene getroffenen Urteil gegen die NSDAP einerseits und dem von leidvollen Erfahrungen getragenen Hoffen und Willen deutscher Antifaschisten andererseits. Das galt im Grunde für alle Antifaschisten. Als beispielsweise die Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands am 5. April 1945 „Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetz-

ten deutschen Gebiet“ beschloß, orientierte sie vorrangig auf die „Organisierung des Kampfes für die politisch-moralische Ausrottung des Nazismus ...“. Der Bevölkerung seien „die Ursache der Katastrophe, der Kriegsschuld Deutschlands, die Verbrechen des Nazisystems und die Mitverantwortung des deutschen Volkes zu erklären“. Sie sei davon zu überzeugen, daß „die Vernichtung des Nazismus im Lebensinteresse des deutschen Volkes ist und deshalb alle aufrichtigen Deutschen mithelfen müssen bei der Aufspürung und Vernichtung von Kriegsverbrechern, faschistischen Terroristen, Provokateuren und Saboteuren.“⁷

Im bekannten Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 stand die „vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei“⁸ an der Spitze aller Forderungen. Auch im ersten programmatischen Dokument des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der sich am 10. Juni 1945 in Berlin konstituiert hatte, wurde die „völlige Beseitigung aller Reste der faschistischen Gewaltherrschaft“ verlangt und von einer „Haftpflcht der Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen für die durch das Naziregime verursachten Schäden“ gesprochen.⁹

Die Christlich-Demokratische Union stellte sich in ihrem Gründungsaufwurf vom 26. Juni der Verpflichtung, mit dem schuldbeladenen Volke den „Weg der Sühne, den Weg der Wiedergeburt zu gehen“. Die Schuldigen und ihre Helfershelfer seien „unnachtsichtig, in strenger Gerechtigkeit, jedoch ohne Rachsucht, zur Rechenschaft zu ziehen“.¹⁰ Auf der Suche nach dem „richtigen Ausgangspunkt für die Arbeit an unserem Volk und für unser Volk“ stellte sich die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands das Ziel: „Äußere und innere Befreiung des deutschen Volkes von den letzten Spuren der Schmach und Schande des Nationalsozialismus. Bestrafung aller derjenigen, die sich im Kriege und in der Vorkriegszeit gegen Gesetz und Menschlichkeit vergangen haben, sowie derjenigen, die die politische Verantwortung für die Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten seit 1933 tragen.“¹¹

Dieser antifaschistische Konsens, der sich keineswegs in solchen Forderungen erschöpfte und den es nicht nur auf dem Boden der damaligen Sowjetischen Besatzungszone gab¹², zielte auf eine gründliche „Entnazifizierung“, gleichsam auf einen politisch-ideologischen Nachvollzug der militärisch erreichten Befreiung, auf die Verankerung antifaschistischen Denkens unter den Massen. Trotz unterschiedlicher Betonung einzelner Aspekte sahen die neuen Parteien darin eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die erstrebte Zukunft ohne Faschismus und Krieg. Anders sahen es viele jener Politiker und Militärs in Deutschland, die selbst zu den Triebkräften der NS-Politik gehörten, die den menscheitsgefährdenden Krieg zu führen geholfen und an der Macht der NSDAP partizipiert hatten, die nun zu den Überlebenden zählten und nichts mehr als eine demokratische Entwicklung Deutschlands befürchteten. Karl Dönitz, Nachfolger Hitlers im Amt des Reichspräsidenten, bezeichnete es am 9. Mai in einer Rede, in der er die NSDAP selbst mit keinem Wort erwähnte¹³, als das „Wichtigste“, nicht nur die unterschriebenen Kapitulationsbedingungen „aufs loyalste ... zu erfüllen“, sondern „... die eifrigsten Wächter zu sein über das Schönste und Beste, was uns der Nationalsozialismus gegeben hat, die Geschlossenheit unserer Volksgemeinschaft“. Mit einem Rückblick auf den November des Jahres 1918, auf die revolutionäre Erhebung breiter Massen des deutschen Volkes gegen die kriegsschuldbeladene Monarchie, orientierte er: „Mögen wir auch manche Form des Nationalsozialismus selbst abschaffen oder mögen andere Formen vom

⁷ Zit. nach Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 1 (1847 bis 1945), Berlin 1981, S. 399 f.

⁸ Zit. nach Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 2 (1945 bis 1971), Berlin 1986, S. 12 f.

⁹ Zit. nach Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949, Berlin 1968, S. 69.

¹⁰ Ebenda, S. 79.

¹¹ Ebenda, S. 88 f.

¹² Siehe Doerry, Thomas, Antifaschismus in der Bundesrepublik. Vom antifaschistischen Konsens 1945 bis zur Gegenwart, Frankfurt a. M. 1980, S. 5 ff.

¹³ Wie in seiner Umgebung darüber jedoch gedacht wurde, zeigt das Memorandum „Zur politischen Lage“ von Helmut Stellrecht, in dem lediglich davon gesprochen wird, daß die „Propagandamaschine des nationalsozialistischen Staates ... still“ stehe und die „Arbeit der weltanschaulichen Schulung der NSDAP“ ruhe. Zit. nach: 1945. Das Jahr der endgültigen Niederlage der faschistischen Wehrmacht. Dokumente, ausgew. und eingel. von Förster, Gerhard/Lakowski, Richard, Berlin 1975, S. 405.

Gegner abgeschafft werden, so ist doch der beste Inhalt des Nationalsozialismus, die Gemeinschaft unseres Volkes, unter allen Umständen zu wahren.“¹⁴

Für die weitere Entwicklung des politischen Verhaltens der Massen stand also 1945 nach wie vor die Auseinandersetzung zwischen Nazismus und Antifaschismus auf der Tagesordnung. Die Bewältigung des furchtbaren Erbes und der Aufbau einer Zukunft ohne Krieg und NS-Barbarei verknüpften zwangsläufig jede politische Entscheidung mit der Suche nach Antworten auf die drängenden Fragen der Geschichte des Faschismus, seiner gesellschaftlichen Wurzeln, Strukturen und Wirkungsmöglichkeiten.

Eine der wichtigsten, zugleich wohl auch am schwersten zu beantwortenden Fragen galt dabei dem Verhältnis von NSDAP und Massen. So eindeutig die auf einen Krieg zielenden Absichten der Nazisführer, deren Bereitschaft zu barbarischster Kriegführung und ihre überreichen Fähigkeiten zur verderbenbringenden Manipulation großer Teile des Volkes zu erkennen waren und sind, so kompliziert stellte und stellt sich das Problem der Mitverantwortung, der Verführbarkeit von irrezuleitenden Millionen deutscher Menschen dar. Auch heute, trotz einer kaum noch zu überschauenden Fülle an Forschungsarbeiten zur deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, erscheint noch immer das Phänomen einer so umfangreichen, mobilisierungsfähigen und stabilen Massenbasis des Hitlerregimes fast unerklärlich.

Fragen über Fragen stellen sich in diesem Zusammenhang: Das häufig zitierte Bild jubelnder, fanatisierter Massen – auf welchen Gehalt und Grad nationalsozialistischen Massenbewußtseins läßt es Schlußfolgerungen zu? In welchem Maße stimmten in ihm Erscheinung und Wesen überein? Aus welchen Situationen stammt es und auf welche Quellen sind wir bei seiner Bewertung angewiesen? Welchen Entwicklungsprozeß gab es in dieser Hinsicht? Lassen sich die widersprüchlichen „Welträtsel“, von denen Zeitgenossen in diesem Zusammenhang sprachen¹⁵, auflösen? Lassen sich rationale Erklärungen finden, die sinnvolle und handlungsorientierende Schlußfolgerungen anstelle menschenverachtender Thesen irrationalen und elitären Charakters¹⁶ erlauben?

Jede im Allgemeinen verharrende Antwort verbietet sich. Erklärungen können nur historisch-konkret ermittelt werden. Sie fallen daher zwangsläufig für jede Phase in der Geschichte der NSDAP anders aus. Eine parteiengeschichtlich angelegte Forschung – auf ihr beruht der vorliegende Beitrag¹⁷ – vermag vielleicht eine Reihe von Antworten zu geben, die mit vielen anderen zu einem komplexen und einleuchtenden Bild der historischen Realität zusammengeführt werden kann: Antworten, die sich erstens aus einer – hier nur exemplarisch möglichen – Analyse von Genese und Aufstieg der NSDAP, zweitens aus der Untersuchung der von ihr betriebenen massenbetrügerischen Friedensdemagogie sowie drittens aus der Darstellung ihrer Rolle für die herrschenden Eliten in der deutschen Gesellschaft jenes Vierteljahrhunderts von 1919 bis 1945 ableiten lassen.

Partei wider Niederlage und Revolution

Ein ganzes Bündel von Faktoren unterschiedlichsten Ranges ließ am 5. Januar 1919, mitten in der Novemberrevolution, die Deutsche Arbeiterpartei, den unmittelbaren Vorläufer der NSDAP, entste-

¹⁴ Ebenda, S. 387 und 420 f.

¹⁵ In seiner 1934/35 erarbeiteten Analyse der Ideologie des Nationalsozialismus schrieb Hans Günther: „Konnten die Herrschenden je Besseres erträumen, als daß die von ihnen selbst ruinierten Schichten ihre eigene Avantgarde würden? Opfer, die freiwillig die Ketten schmiedeten, die sie weiterhin fesseln sollten! Ein Widerspruch, so unerhört, phantastisch und grotesk, daß er ohne Beispiel in der Geschichte ist. Wirklich ein Welträtsel!“ Günther, Hans, Der Herren eigener Geist. Ausgewählte Schriften, Berlin-Weimar 1981, S. 59.

¹⁶ Anlässlich der Saarabstimmung schrieb z. B. William Schlamm 1935: „In Wahrheit ist eine Epoche vorbei, in der es den Anschein hatte, als ließen sich Massen der Gesellschaft von der Vernunft und von der Einsicht in ihre Lebenslage zum Aufstieg aus eigener Kraft lenken. In Wahrheit ist es mit der gesellschaftsformenden Funktion der Masse vorbei. Sie erweist sich als total formbar, knetbar, bewußtlos und fähig zur Anpassung an jegliche Macht, an jegliche Niedertracht. Sie hat keinen geschichtlichen Auftrag. Im 20. Jahrhundert, im Jahrhundert der Tanks und des Radios, ist dieser Auftrag unzustellbar, ist die Masse aus dem gesellschaftlichen Formungsprozeß ausgeschaltet worden.“ Zit. nach Reich, Wilhelm, Die Massenpsychologie des Faschismus, Hamburg 1979, S. 200.

¹⁷ Der Vf. stützt sich dabei auf Ergebnisse und Teile eigener Veröffentlichungen (Siehe Anm. 18, 37, 40, 49, 83, 89) und klammert hier Fragen von Mentalität, Faschismus-Affinität und sozialpsychologischen Wirkungsfaktoren der einzelnen Klassen und Schichten aus, ohne sie unterschätzen zu wollen.

hen. Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, gründete eine Handvoll nationalistisch und antisemitisch beeinflusster kleinbürgerlicher Möchtegern-Politiker eine neue Organisation, in solchem Tun einem damals weit verbreiteten Trend unzähliger Kreise folgend, zugleich von den Möglichkeiten der Vereins- und Koalitionsfreiheit unter den neuen Verhältnissen profitierend. Die Organisation der Drexler, Harrer und Lotter – Hitler stieß ein dreiviertel Jahr später hinzu – bemühte sich von Anfang an, die Ergebnisse des verlorenen Krieges zu revidieren und alle fortschrittsträchtigen Resultate vom November 1918 so rasch wie möglich rückgängig zu machen. Ihnen erschien es als unerträglicher Dorn im Auge, sehen zu müssen, daß die bis dahin beherrschten, beherrschbaren und – wie der Jubel vom August 1914 bewiesen hatte – selbst für einen Krieg mobilisierbaren Massen nunmehr zu eigener geschichtlicher Aktion fanden.

Nach dem 9. November 1918 hatten sich die Herrschenden damit abzufinden, daß das über Jahrhunderte hinweg stabile monarchistische System von den Massen gestürzt worden und wie ein Kartenhaus in sich zusammengebrochen war. Das Ende des ersten Weltkrieges war gegen ihren Willen erzwungen worden, selbst der schüchterne Versuch zu einer „levée en masse“ scheiterte kläglich. Die bürgerliche Gesellschaft wankte in ihren Grundfesten. Die Massen eroberten sich demokratische und soziale Rechte wie nie zuvor in der deutschen Geschichte. Für viele Menschen schien die erstrebte soziale Demokratie, schien selbst der Sozialismus bereits realisiert zu sein und über die bürgerliche Gesellschaft hinauszudeuten. Trotz der errungenen sozialen und politischen Rechte erlaubte die Unzulänglichkeit der Revolution auch die Formierung alter und neuer Gegenkräfte, führte die Begrenztheit des Fortschritts zu einer fast grenzenlosen Möglichkeit der Reaktion, neue Wege zur Aufrechterhaltung und Festigung der bürgerlichen Macht im allgemeinen sowie zur Durchsetzung ihrer spezifischen Interessen im konkreten suchen zu können.

Ohne Berücksichtigung dieses geschichtlichen Hintergrundes bleibt die NSDAP-Entstehung in jedem Analyseversuch eine lediglich subjektiv-individuelle Angelegenheit von Kräften, die nicht mehr als nur sich selbst repräsentierten. Es war das breite Feld der militant-antikommunistischen, friedensfeindlichen und rassistisch gefärbten Konterrevolution, auf dem sich die Deutsche Arbeiterpartei gleich einer Vielzahl ähnlicher Organisationen formierte und der Nationalsozialismus als Bestandteil und schließlich profilprägende Erscheinungsform des deutschen Faschismus sein Haupt erhob. Der weiße Terror gegen die Revolution gebar den Nazi-Terrorismus. Enttäuschung und Wut über das „unbotmäßige“ Verhalten der Massen, aber auch über die als schlappe Nachgiebigkeit und vermeidbare Anpassungssucht diskreditierte Politik liberaler, bürgerlich-parlamentarisch orientierter Parteien bewirkten eine fieberhafte Suche nach neuen Konzepten, nunmehr mit den Massen bzw. mit bestimmten größeren Teilen der Massen Politik für massenfeindliche Ziele betreiben zu können. Ausführlich wurde im Alldeutschen Verband, in der Deutschen Vaterlandspartei und in allen Organisationen, aus denen die Gründer der DAP kamen und von denen sie sich leiten ließen, darüber beraten, wie am besten „die Massen einzufangen“ wären, wie es beispielsweise mit Hilfe des Antisemitismus besser als bisher ermöglicht werden könne, „an das Volk heranzukommen“.¹⁸

Die Naziartei entstand fern von den Massen, sie war in den ersten zehn Jahren ihrer Existenz auch keine Massenpartei. Entscheidend für ihren Platz in der Gesellschaft und im Spektrum aller Parteien war ihre Programmatik. Ihre Entstehung vollzog sich – darin der Genese fast aller Parteien, Verbände und Vereine vergleichbar – spontan, jedoch keineswegs zufällig oder „klassenunabhängig“. Sie verdeutlichte einen allgemeinen Reflex grundlegender Bedürfnisse der in ihrer Macht schwer erschütterten herrschenden Klasse; zugleich war sie Reflex jener Kräfte innerhalb der Bourgeoisie, für die eine Wiedergewinnung außen- und innenpolitischer Stärke auf einer Grundlage wie der des parlamentarischen Herrschaftssystems der Weimarer Republik unmöglich zu sein schien.

Die Entstehung der NSDAP widerspiegelte die krisenhafte Situation der Herrschenden, aus der objektiv ein neues und gleichsam verdoppeltes Bedürfnis gegenüber der Arbeiterklasse und ihren Or-

¹⁸ Diese Formulierungen stammen von Heinrich Claß, dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes. Zit. nach Pätzold, Kurt/Weißbecker, Manfred, Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens, Berlin 1981, S. 19; siehe auch Petzold, Joachim, Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, Berlin 1982, S. 47 ff.

ganisationen resultierte.¹⁹ Da gab es zum einen das Bedürfnis, die Arbeiterbewegung – über deren Teile, die ein Räte-System errichten wollten und unmittelbar den Sozialismus erstrebten, zu triumphieren in der Zeit der Novemberrevolution ihnen doch recht schwer gefallen war – als Hauptträger künftiger Revolutionen präventiv auszuschalten. Und es gab zum anderen das wachsende Bedürfnis, große Teile der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen als eine eigene, eine „entrevolutionierte“ und willenlos manipulierbare Massenbasis zu gewinnen. Dies sollte vor allem durch ein in seiner Wirksamkeit noch zu erprobendes Gemisch von Terror und Demagogie, von nationalistischem und pseudosozialistisch-antibürgerlich drapiertem Ungeist erfolgen, weniger durch politische und soziale Zugeständnisse, zu denen sich die liberalen Parteien in der Revolution mit machtsicherndem Erfolg bereit gefunden hatten.

Die eigenen Interessen mit denen Deutschlands identifizierend, erklärte der deutschnationale Politiker Hans Schlange-Schöninghen geradezu apodiktisch: „Entweder wird es in Deutschland gelingen, die Seele des deutschen Arbeiters in dem Kampf um Deutschlands Zukunft zu gewinnen, oder wir werden überhaupt keine deutsche Zukunft mehr erleben.“²⁰

Die politisch am weitesten rechts stehenden Teile der traditionellen Eliten benötigten für diese zweifache, von Widersprüchlichkeiten aller Art getragene Orientierung eine völlig neue Organisation am rechten Rand des bürgerlichen Parteienwesens. Zugleich zielte dieses Streben auf die Schaffung eines neuen Organisationstyps, der alle Merkmale von Parteien und militaristischen Verbänden, von Wählervereinigung und festgefühter Massenorganisation in sich vereinte.

In dieser Hinsicht charakterisierte Palmiro Togliatti, der sich als einer der ersten unter den Führern der kommunistischen Bewegung intensiv mit Wesen und Form faschistischer Organisationen befaßte, die italienische faschistische Partei als eine „bürgerliche Partei besonderen Typs“, als eine Partei „neuen Typs“ der Bourgeoisie. Ihr wichtigstes Kennzeichen erblickte er in den Voraussetzungen, die sie „für eine offene Diktatur der Bourgeoisie über das Proletariat und über die werktätigen Massen erfüllt“. Darin sah er außerdem jenen Beitrag, den der Faschismus „auf dem Gebiet der politischen Organisation der Bourgeoisie“ zu leisten vermochte.²¹ Diese Erkenntnis verband er mit der zukunfts-gewissen These, es werde den Herrschenden auch mit Hilfe einer solchen Partei nicht gelingen können, „den grundlegenden Antagonismus zwischen dem Klassengehalt der faschistischen Diktatur und den Interessen und Erwartungen der Arbeiterklasse, die zu täuschen und zu unterwerfen er (d. h. der Faschismus) sich bemüht, zu beseitigen“.²²

Von einer schlagkräftigen und wirkungsvollen Partei, die alle Mittel politischer Unterdrückung und ideologischer Massenbeeinflussung in neuer Einheitlichkeit beherrscht, hatten rechte Politiker in Deutschland bereits in den ersten Tagen der Novemberrevolution geträumt. Eduard Stadtler, Gründer und Chef der berüchtigten Antibolschewistischen Liga, betrachtete den Neuformierungsprozeß der bürgerlichen Parteien während der Monate November und Dezember 1918 lediglich als eine Reihe „ganz minderwertige(r) taktische(r) Änderungen“, wodurch sie weder innen- noch außenpolitisch dem „Bolschewismus“ gewachsen seien. Seine Forderung lief auf die Bildung einer großen, einheitlichen Partei sowie auf die „Umwälzung“ des gesamten Parteienwesens hinaus.²³ Dabei spielte auch die Überlegung eine Rolle, daß ein rein negierendes Programm sowie ein lediglich defensiv geführter Kampf ihre Wirkung verfehlten, wenn nicht ein eigenständiges massenwirksames Programm entwickelt und mit einer politisch-ideologischen Offensive verbunden wird.

Stadtler formulierte: „Wir müssen all das, was Deutschland in der Vergangenheit großgemacht hat – und davon steckt auch viel im konservativen Preußen –, verbinden mit dem, was das Lebendigste

¹⁹ Siehe Gossweiler, Kurt, Faschismus und Arbeiterklasse, in: Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik. Hrsg. Eichholtz, Dietrich/Gossweiler, Kurt, Berlin 1980, S. 122.

²⁰ Schlange-Schöninghen, Hans, Massengunst oder Staatspolitik. Rede, gehalten am 10. Oktober 1925 in Stettin, o. O. 1925, S. 3.

²¹ Togliatti, Palmiro, Lektionen über den Faschismus, Frankfurt/Main 1973, S. 125 f.

²² Ebenda, S. 128. Einen ähnlichen Gedanken hatte Clara Zetkin bereits 1923 geäußert. Siehe Zetkin, Clara, Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, Leipzig 1974, S. 299.

²³ Stadtler, Eduard, Die Revolution und das alte Parteiwesen, Berlin (1919), S. 4 ff.

ist an der deutschen und an der russischen Revolution: das ist der sozialistische Gedanke, damit durch die Zusammenfassung dieser beiden Grundgedanken die deutsche Revolution, etwas Eigenartiges nach dem Osten und nach dem Westen darstellt.“²⁴ An anderer Stelle wurde von der Liga demagogisch behauptet: „Die Arbeiterkreise sollten wissen, hören und erleben, daß unser Antibolschewismus unter keinen Umständen nur negativ sei oder gar eine Spitze gegen die Arbeiterschaft enthalte.“²⁵ Stadler betrachtete sein Programm als das einer „nationalsozialistischen Vereinigung“, einer „Partei der Zukunft“, in die alle alten Parteien „eingeschmolzen“ würden.²⁶

Der deutschnationale Publizist Paul Herre beklagte im April 1919 den „unfesten Aggregatzustand“ der bürgerlichen Parteien. Diese würden „in unbestimmten Farben“ schillern. Nach seiner Auffassung wäre eine „neue revolutionäre Umwälzung“ nötig, um das Parteienwesen zu verändern.²⁷ Die Großdeutsche Freiheitspartei, eine der zahlreichen Splitterorganisationen jener Zeit, warf den großen bürgerlichen Parteien vor, sie würden „die wahre Meinung der breitesten Schichten des deutschen Volkes keineswegs richtig zum Ausdruck“ bringen. Ihr Führer Ernst Grosse forderte daher den Aufbau einer Partei, in der „Kapital und Arbeit zusammengespannt werden, um Deutschland zu retten“.²⁸ Harald Schultz-Hencke versuchte, die „Überwindung der Parteien durch die Jugend“ zu erreichen. Die Jugendlichen aus allen bestehenden Parteien sollten sich zu einer neuen „Partei der Zukunft“ vereinigen.²⁹ Ähnliche Gedanken zur Bildung einer großen einheitlichen Partei der Rechten verfochten die konservativ-preußischen und jungkonservativen Kreise um Heinrich von Gleichen-Rußwurm, Max Hildebert Boehm und Arthur Moeller van den Bruck. Sie griffen insbesondere den Liberalismus an, an dem die Völker zugrunde gingen, wenn er und seine parteipolitische „Einfalt“ nicht entschieden bekämpft würden.³⁰

Die Pläne einiger extrem reaktionärer und antikommunistischer Gruppen waren in den ersten Jahren der Weimarer Republik uneinheitlich in bezug auf Platz und Gestalt der neuen Partei. Eine Reihe von Ideologen wollte die Parteien zusammen mit dem Parlamentarismus abschaffen. Eine „Bewegung“ größerer Teile des deutschen Volkes sollte an die Stelle der Partei treten. Der Begriff „Bewegung“ wurde bewußt dem der „Partei“ entgegengesetzt. Diese Form der politischen Massenorganisation sollte vor allem den „volksgemeinschaftlichen“ Zusammenschluß von Arbeitern und Kapitalisten, von Unterdrückten und Unterdrückern ermöglichen.

Die Forderung, eine „Bewegung“ zu schaffen, wurde auch deshalb hochgespielt, weil sie geeignet schien, die „Überdrüssigkeit des Volkes am Parteileben“ aufzufangen und sich dienstbar zu machen. Die „Bewegung“ sollte durch ihre Tätigkeit die „Kraft und die Macht“ gewinnen, „in den Parlamenten allmählich das zu tun, was zur Rettung des deutschen Volkes notwendig ist“.³¹ Es gab zu dieser Zeit jedoch noch keinerlei Vorstellungen über die Möglichkeit eines antiparlamentarischen Einparteiensystems, in dem die einzige bestehende Partei eng mit dem Staatsapparat verschmilzt. Weit verbreitet war dagegen die Auffassung, daß sich der bürgerlich-demokratische Parlamentarismus am besten in Form eines Zweiparteiensystems überwinden bzw. einschränken lasse.³² So formulierte z. B. eine deutsch-nationale Flugschrift, daß der Weg zu vernünftigen politischen Zuständen unter einer parlamentarischen Regierung „nur über das Zweiparteiensystem, über die politische Gliederung in eine „große Rechte und eine große Linke“ führe.“³³

²⁴ Derselbe, Der kommende Krieg – bolschewistische Weltrevolutionspläne, Berlin (1919), S. 15.

²⁵ Derselbe, Als Antibolschewist 1918!19. Lebenserinnerungen, Bd. 3, Düsseldorf 1935, S. 76 f.

²⁶ Ebenda, S. 28.

²⁷ Der Tag, Berlin, 5.4.1919.

²⁸ Grosse, Ernst, Die fehlende politische Richtung, Berlin 1920, S. 1 f.

²⁹ Schultz-Hencke, Harald, Die Überwindung der Parteien durch die Jugend, Gotha 1921, S. 38.

³⁰ Die neue Front, hrsg. von Moeller van den Bruck, Arthur/von Gleichen, Heinrich/Boehm, Max Hildebert, Berlin 1922, S. 13 ff.

³¹ Schlange-Schöningen, S. 9.

³² Beispielsweise Sevin, Ludwig, Die Elemente der Parteibildungen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Hamburg (1919).

³³ Kaufhold, Joseph, Die Geschichte des deutschen Parteiwesens, Berlin (1921), S. 83.

Die gegen die Novemberrevolution und gegen die Weimarer Republik gerichteten Pläne zur Bildung einer einheitlichen, großen Partei aller rechten Kräfte gingen am stärksten in die Nazipartei ein, die alle Ideen von der „dritten Partei“ und oder „über den Parteien“ stehenden Organisationen einige Jahre später –unter anderen Bedingungen, aber im Interesse der gleichen Klassenkräfte – zu realisieren trachtete. Diese parteipolitischen Pläne verkörperten erste faschistoide, frühfaschistische Tendenzen im bürgerlichen Parteienwesen der Weimarer Republik. In ihnen reflektierten sich einige Elemente jener gesellschaftlichen Wurzeln, aus denen sich der deutsche Faschismus und seine wichtigste Organisation, die NSDAP, entwickeln konnten. Verbunden war dies auch mit der Herausbildung einer neuen Gruppe im Kreise der traditionellen Eliten sowie mit ihrem Bestreben, sich selbst zu einer Macht im Kreise der Mächtigen zu entwickeln.

Anwärter auf eine solche, im traditionellen Parteienspektrum fehlende und zugleich auf die Überwindung der Zersplitterung unter den bürgerlichen Parteien ausgerichtete Organisation schossen in den ersten Monaten und Jahren der Weimarer Republik wie Pilze nach einem warmen Regen aus dem Boden. Heinrich Claß, Chef des Alldeutschen Verbandes, hatte sich schon am 3. Oktober 1918 nachdrücklich für die Schaffung „einer großen, tapferen und schneidigen Nationalpartei“ ausgesprochen und zu diesem Zweck auch den „rücksichtslosesten Kampf gegen das Judentum, auf das all der nur zu berechnete Unwille unseres guten und irregeleiteten Volkes abgelenkt werden muß“, gefordert.³⁴

Gerade im Antisemitismus, im Hervorkehren eines „Sündenbocks“, sahen die Rechtsten unter den bürgerlichen Reaktionären eine erfolgsversprechende Möglichkeit, die für sie so bedrohlich aufgebrochenen Konflikte zu überspielen, aus Klassengegensätzen solche der Rassen zu konstruieren sowie leichtgläubige, unwissende und haltlose Menschen irrezuführen. Ihnen schien sich darin eine Überwindung der Krise des Kapitalismus abzuzeichnen, und zwar auf Kosten der jüdischen Bürger, die nicht einmal ein Prozent der Bevölkerungszahl in Deutschland ausmachten. Die Verfechter des objektiv aus einigen Herrschafts- und Profitinteressen resultierenden faschistischen Rassenantisemitismus wollten den Massen einreden, nur in der Verfolgung, Vertreibung und schließlich auch in der Vernichtung der Juden liege die Voraussetzung für einen grundlegenden Wandel der sozialen und politischen Verhältnisse.

Bestandteil des massenpolitischen Interessengeflechts bürgerlicher Organisationen der Nachkriegszeit

In diesem Umfeld entstand also in München die Deutsche Arbeiterpartei, die – personell und auch organisationsmäßig vom berüchtigten Alldeutschen Verband initiiert – an die Deutsche Vaterlandspartei und an zahlreiche andere völkisch-antisemitische Gruppen anknüpfte. Zur gleichen Zeit formierten sich auch eine „Deutschsozialistische Partei“ sowie der „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund“, dem sich fast 200.000 Mitglieder anschlossen. Insgesamt umfaßte dieses Spektrum am rechten Rand der bürgerlichen Gesellschaft mehr als 200 Vereine und ähnliche Organisationen, die jedoch häufig nur lokale oder regionale Bedeutung erlangten. Dennoch war unverkennbar: Hier bildeten sich neue rechtsextreme terroristische Potentiale heraus, die alle reaktionären Leitbilder der kapitalistischen Gesellschaft aufgriffen und als Mobilisierungsideologie³⁵ für die kommenden Kämpfe aufbereiteten.

Der Schwerpunkt frühfaschistischer Organisationen lag in Bayern. Hier hatten die ökonomische und soziale Rückständigkeit, das Überwiegen einer bäuerlich-mittelständischen Struktur der Bevölkerung, die Traditionen eines weißblauen Partikularismus und wittelsbachisch geprägten Antipreußentums sowie der starke klerikale Einfluß eine rasche Polarisierung der Klassenkräfte bewirkt. Gefördert von Unternehmern, die sich durch die Münchener Räterepublik besonders in Angst und Schrecken versetzt fühlten, und unter der Schirmherrschaft militaristischer Kräfte, die wie in keinem anderen Land entscheidenden Einfluß auf die innere Politik ausübten, tummelten sich in Bayern Dutzende von nationalistischen und pseudosozialistischen Demagogen, „Trommlern“ und „Führer“-

³⁴ Zit. nach Pätzold/Weißbecker, S. 19.

³⁵ Siehe Heise, Wolfgang, Aufbruch in die Illusion. Zur Kritik der bürgerlichen Philosophie in Deutschland, Berlin 1964, S. 319 ff.

Kandidaten. Ein als „Aufklärer“ getarnter Spitzel und Handlanger der bayerischen Reichswehrführung tat sich dabei besonders hervor: Adolf Hitler. Er hatte in seinen Jugendjahren willig den Geist des groß deutschen Chauvinismus und des Rassismus in sich aufgesogen. Sein Denken und Handeln, auch seine zynische Verachtung der Massen waren von den verbrecherischen Zielen und Ideen der reaktionärsten Kräfte Deutschlands geprägt – von Anfang an bis zum bitteren Ende.

Die Reichswehr, der er bis zum 31. März 1920 offiziell angehörte, bot ihm im Rivalitätsgerangel der nach einer politischen „Karriere“ strebenden Kräfte eine Chance. Er verstand sie, ehrgeizig, geschickt und skrupellos zu nutzen. Gerade darin wurde er später offensichtlich zum Vorbild für zahlreiche Deutsche aus den unterschiedlichsten Klassen und Schichten. Auch sie strebten nach einem höheren sozialen Status, nach Annäherung an die Eliten der Gesellschaft. Hitler bot sich gleichsam als Personifizierung neuer Aufstiegsmöglichkeiten an – von ganz unten nach ganz oben, und damit zugleich als eine deutsche Variante des nicht nur in den USA lautstark gepriesenen Weges vom Tellerwäscher zum Millionär.

In einem späteren Brief an den Putschistenführer Kapp stellte Hauptmann Karl Mayr, Leiter der Propaganda- und Presseabteilung des Münchener Reichswehrgruppenkommandos, die DAP als eine „Organisation des nationalen Radikalismus“, vor allem aber als eigene Schöpfung hin.³⁶ Gerade die den Kapp-Putsch vorbereitenden Generäle und Offiziere der Reichswehrführung suchten mit großer Intensität nach einer willfährigen Massenbasis, ohne die sie weder bei der unmittelbar geplanten Aktion noch bei der beabsichtigten weiteren Entwicklung nach rechts auskommen konnten. Mag es ein Zufall gewesen sein, aber die Tatsachen spiegelten deutlich einen situationsbedingten Zusammenhang in der Entwicklung der militaristisch-konservativen und der faschistischen Kräfte in Deutschland wider: Vor dem Startschuß der antirepublikanischen Verschwörer um Kapp und Lüttwitz fand am 24. Februar 1920 in München jene erste öffentliche Massenveranstaltung der Deutschen Arbeiterpartei statt, in der ihr 25 Punkte umfassendes Programm vorgestellt sowie die Namensänderung der Organisation in „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ bekannt gegeben wurden. Damit war ein ideologisch drapiertes Bedürfnis von Eliten der bürgerlichen Gesellschaft erkennbar geworden, größere Teile der Arbeiterklasse und anderer Schichten des werktätigen Volkes gegen die kommunistisch-revolutionäre, aber auch gegen die sozialdemokratisch-reformistische Arbeiterbewegung sowie gegen alle demokratischen und humanistischen Kräfte zu formieren.

Die Entstehungsgeschichte der NSDAP widerspiegelt in ebenso hohem Maße das Bewußtsein der Herrschenden vom Verlust bisheriger Allmacht. Die Einflußmöglichkeiten des Staates und der bürgerlichen Parteien auf die Massen hatten sich als anfällig erwiesen. Das Volk war nicht länger ein Objekt gesellschaftlichen Handelns der Herrschenden geblieben, im Gegenteil: Es nahm im Rahmen der allgemeinen Demokratisierungsbestrebungen, des in der Revolution von 1918 eröffneten Weges in eine neue Gesellschaft, immer mehr eine Subjektposition ein. Ungleich stärker als vorher bestand daher die Hauptfunktion derjenigen Parteien, Verbände und Vereine, die auf dem Boden und zugunsten der bürgerlichen Gesellschaft agierten, in der Gewinnung, Erhaltung und Festigung eines stabilen Einflusses auf die Massen, insbesondere auf die Arbeiterklasse.

Bereits zu Beginn des Jahres 1918 hatte der Nationalliberale Friedrich Thimme in einem vielbeachteten Artikel über die Zukunft seiner Partei geschrieben: „Klar zutage liegt ja, daß eine Partei nur dann eine große Zukunftsbedeutung haben kann, wenn sie sich nicht allein in den oberen Zehntausenden und Hunderttausenden, sondern zugleich und mehr noch in den Millionen der breiten Massen festzusetzen und zu verankern weiß.“³⁷

Es ist ein empirisch abgesicherter Befund der Parteiengeschichtsforschung, daß seit dem Ende des ersten Weltkrieges alle bürgerlichen Parteien in Deutschland – unabhängig von ihrer demokratischen, liberalen, konservativen oder faschistischen Grundorientierung – das Ziel verfolgten, sich

³⁶ Siehe Gossweiler, Kurt, Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919-1924, Berlin 1982, S. 556.

³⁷ Zit. nach Bertsch, Herbert/Weißbecker, Manfred, Die bürgerlichen Parteien in Deutschland und die Große Sozialistische Oktoberrevolution, in: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und Deutschland, Bd. 1, Berlin 1967, S. 227.

endgültig aus dem alten Rahmen von Honoratiorenparteien und Wählervereinigungen zu lösen. Ohne einen wachsenden politisierten Massenanhang und dessen organisationsmäßige Bindung konnte keine Partei mehr ihrem sozialen Auftrag gerecht werden. Nur als integrationsfähige Massenorganisation konnte jede von ihnen die vorrangigen Ziele der Herrschenden in ihr Visier nehmen: künftig einen 9. November 1918 zu verhindern und die Ergebnisse des ersten Weltkrieges zu revidieren. Diese Tatsache bedeutete auch, daß der Umfang ihres Masseneinflusses den Grad ihrer jeweiligen Bedeutsamkeit für die Eliten in der bürgerlichen Gesellschaft bestimmte.

In der Zeit der Novemberrevolution und der Herausbildung des parlamentarischen Herrschaftssystems der Weimarer Republik paßten sich die bürgerlichen Parteien dieser Situation an. Im Prozeß ihrer Neuformierung entstanden „Volksparteien“, die recht vordergründig mit ihrem Namen zum Ausdruck bringen wollten, daß sie nicht mehr – wie ihre unverkennbar klassen- und schichtengebundenen Vorgänger – allein die Interessen einzelner Teile des Volkes oder gar nur der herrschenden Klasse zu vertreten bereit seien.³⁸

Ferner gab es verstärkte Anstrengungen, mehrere der früheren bürgerlichen Parteien zu wenigen großen zusammenzuschließen. In allen Parteien entstanden neue Apparate mit einer bis dahin unbekannten Zahl an hauptamtlichen Mitarbeitern. Es wuchs das Bestreben fast aller bürgerlichen Parteien, sich an der Gründung und Tätigkeit militanter und sog. überparteilicher Organisationen zu beteiligen (z. B. der Freikorps, der Bürgerräte, der Einwohnerwehren und der Antibolschewistischen Liga).

1918/19 dominierte bei allen großen bürgerlichen Parteien nicht nur das Bemühen, Mitglieder in möglichst großer Zahl zu gewinnen: Sie versuchten darüber hinaus auch, sozusagen um sich herum und auf der Grundlage ihrer jeweiligen politisch-ideologischen Linie, weitere Massenorganisationen zu schaffen. Dabei spielte nicht zuletzt der Blick auf die erfolgreiche Entwicklung von proletarischen, aber auch von christlichen Massenorganisationen eine nicht unbeträchtliche Rolle. Sowohl die DDP als auch die DNVP verfügten nach relativ kurzer Zeit über parteinahe Organisationen und Institutionen in einer breit gefächerten Anlage.

Entsprechend den großen Parteiströmungen gab es jeweils bürgerliche Gewerkschaftsverbände für Arbeiter und Angestellte, Organisationen für Angehörige anderer sozialer Schichten und Gruppen, Organisationen für Jugendliche, Studenten und Frauen, berufsorientierte und „ständische“ Organisationen, Organisationen für einzelne religiöse, ethnische und regionalgebundene Gruppen der Bevölkerung, militaristisch-paramilitärische Verbände und Kriegervereine, Organisationen mit vorwiegend außenpolitischen Ambitionen, Organisationen mit spezifischen politisch-weltanschaulichen Orientierungen, ideologieproduzierende und -verbreitende Organisationen, Klubs und Gesellschaften sowie eine Vielzahl anderer Organisationstypen.

Die damit einhergehende Zersplitterung des bürgerlichen Organisationswesens in der Weimarer Republik verstärkte wiederum die von Anfang an feststellbare Tendenz zur Bildung einheitlicher Dachorganisationen zu häufig nur kurzzeitig funktionierenden Zusammenschlüssen aller Art. Für die ökonomisch Mächtigen verknüpfte sich dieses Problem nicht zuletzt auch mit der Frage eines möglichst effektiven Einsatzes jener Gelder, die sie immer gezahlt hatten und weiterhin erst recht zu zahlen bereit waren, um mit ihrer Hilfe ebenfalls Politik und Politiker beeinflussen zu können.

Unmittelbar vor dem Kapp-Putsch, am 29. Februar 1920, und ohne dabei die NSDAP im Auge zu haben, orientierte Alfred Hugenberg die Unternehmer des Industriebezirks Essen erneut darauf, mit ihren finanziellen Mitteln nicht nur eine einzelne Partei zu fördern: „Die Industrie hat vielmehr nach der ganzen Vielgestaltigkeit ihrer Zusammensetzung die Aufgabe, möglichst viele Parteien zu durchdringen und alsdann auf ihren politischen Zusammenschluß hin zu arbeiten, damit wir endlich

³⁸ Siehe dazu wie auch zu den folgenden Angaben: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden, hrsg. von Fricke, Dieter (Leiter des Herausgeberkollektivs), Fritsch, Werner/Gottwald, Herbert/Schmidt, Siegfried/Weißbecker, Manfred, Leipzig 1983-1986.

zu einer regierungsfähigen, staatserhaltenden Parteibildung gelangen ...³⁹ Was sich in dieser Hinsicht wie eine harmlose Attacke gegen die Vielfalt im bürgerlichen Parteiwesen ausnahm, zielte jedoch inhaltlich viel weiter. Die Aussage galt der Regierungsfähigkeit, der Staatserhaltung und einer einheitlichen Partei als grundlegender Voraussetzung völlig uneingeschränkter, offen diktatorischer Macht.

Ökonomische und politische Faktoren des Aufstiegs zur Massenpartei

Wie die Entstehung und das Anliegen ist auch der Aufstieg der NSDAP grundsätzlich aus den objektiven Bedürfnissen abzuleiten, die in der bürgerlichen Gesellschaft nach 1918 für die in ihrer Macht gefährdete herrschende Klasse zutage getreten waren. Durch sie wurde der allgemeine Charakter der faschistischen Organisationen geprägt, bestimmte sich deren sozialer Platz in der Gesellschaft, prägten sich ihre generellen Ziele. In gewisser Weise ergab sich daraus auch die demonstrative Antibürgerlichkeit der NSDAP, mit deren Hilfe sie neue, auch von den nichtbürgerlichen Massen gestützte Voraussetzungen für die weitere Existenz der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse anstrebte.

Natürlich gibt es in der Gesellschaft keine Organisation, die nicht von Allgemeinem und von Besonderem gekennzeichnet wären, die nicht zugleich Merkmale des Logischen und des Historischen in sich vereinten. Daher ist bei jeder Organisation sowohl nach ihrem allgemeinen Charakter als auch nach ihren spezifischen Kennzeichen sowie nach dem Verhältnis zwischen beiden Merkmals-ebenen zu fragen. Die Spezifika der nationalsozialistischen Organisationen lagen weniger in ihrem Streben nach einem großen Masseneinfluß, eher schon darin, wie sie ihn später zu erreichen vermochten. Was die NSDAP eine faschistische Organisation sein ließ, war ihr extrem reaktionäres und revanchistisch-chauvinistisches Programm, war das Ziel einer vollständigen Durchsetzung militäristisch-terroristischer Herrschaftsformen in der Gesellschaft, war die lautstark herausgestellte und praktizierte Ablehnung jener Organisations- und Führungsprinzipien, die den Bedingungen eines parlamentarischen Herrschaftssystems entsprachen.

Trotz des großen Gewichts ihrer Spezifika ist die NSDAP generell in jene Bestrebungen bestimmter Gruppen der traditionellen Eliten Deutschlands einzuordnen, für ihren in Krieg und Revolution erschütterten Staat – gleichsam neben diesem und um ihn herum – einen zusätzlichen, komplementären und die gesamte Gesellschaft in neuer Qualität durchdringenden Mechanismus ihrer politischen Macht zu schaffen.⁴⁰ Aus dem wachsenden Miteinander von Staat und bürgerlichen Organisationen erwuchs insbesondere den ökonomisch dominierenden Kreisen ein beträchtliches politisches Einfluß- und Machtpotential.⁴¹ Das Gegeneinander in diesem Mechanismus, die Ungleichmäßigkeit in der Entwicklung seiner Träger sowie die zunehmende Kompliziertheit seines Funktionierens eröffneten zwar einen breiten Spielraum für gesellschaftswirksame Bewegungen unter den Massen, gleichzeitig aber auch für deren manipulative Beeinflussung und Lenkung sowie für die Wirksamkeit von Parteien und herausragenden Politikern.

Der hier gewählte gesellschafts- und parteiengeschichtliche Forschungsansatz zielt auf eine komplexe, alle Seiten der historischen Realität erfassenden Antwort auf die zentralen Fragen nach dem Klassencharakter der faschistischen Organisationen, nach dem Wesen der NSDAP als einer Partei besonderen Typs sowie nach der Diskrepanz zwischen dem Charakter einerseits und der überwiegend nichtbürgerlichen Massenbasis des Nationalsozialismus andererseits. Damit ist vor allem das gravierende, in allen theoretischen Auseinandersetzungen um den Faschismus dominierende methodologische Problem des Verhältnisses von Ökonomie, Politik und Ideologie in der Geschichte angesprochen, ohne dessen Be-

³⁹ Zit. nach Feldman, Gerald D., Die Großindustrie und der Kapp-Putsch, in: Derselbe, Vom Weltkrieg zur Wirtschaftskrise, Göttingen 1984, S. 196.

⁴⁰ Siehe Weißbecker, Manfred u. a., Die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft. Strukturen und Wandlungsprozesse in der Novemberrevolution 1918/19 und in der Weimarer Republik, in: Klassen – Parteien – Gesellschaft. Dieter Fricke zum 60. Geburtstag. Hrsg. Weißbecker, Manfred/Gottwald, Herbert, Jena 1987, S. 94 f.

⁴¹ Die damit verbundenen Erscheinungen und Prozesse sind mit den in der Literatur bisher verwendeten Begriffen (staatsmonopolistisches Parteiensystem, Parteienstaat, Dualismus von Partei und Staat, Verstaatlichung der Parteien bzw. Verparteilichung des Staates u. a. m.) offensichtlich nur unzureichend zu erfassen.

rücksichtigung die innere Einheitlichkeit ebensowenig wie die Widersprüchlichkeit von erfolgreicher Massenbeeinflussung und erfolgsmöglichender Massenbasis zu klären sein dürfte.

Das von der geschichtswissenschaftlichen Forschung vorgelegte Material – das hier nicht ausbreitet werden kann, weshalb ein theoretischer Exkurs erlaubt sein sollte – läßt in hinreichendem Maße erkennen, daß sich das Verhältnis von Ökonomie, Politik und Ideologie letztlich als ein kausales darstellt. Es bestätigt die Rolle, die nach dem Selbstverständnis von marxistischer Geschichtstheorie und der darauf aufbauenden Faschismusforschung die Gesamtheit ökonomischer Verhältnisse in der Gesellschaft, in ihren großen Epochen und Entwicklungslinien als Ursprüngliches und letztlich Dominierendes spielen. Diese Gesamtheit ökonomischer Verhältnisse bestimmt jedoch stets die politischen Verhältnisse einer Gesellschaft in Einheit mit vielfältigen anderen Faktoren. Aus deren Vielfalt und vielgestalteter Verflochtenheit resultiert erst der konkrete Geschichtsverlauf; und dieser stellt keineswegs eine monokausale „Resultante“ dar, wie Engels in seinen Altersbriefen wiederholt betont hat.⁴² Politisches ergibt sich nicht mechanisch und linear aus Ökonomischem, weder unvermittelt direkt noch in einem alles umfassenden Sinne. Die letztliche Bestimmtheit der Politik durch die Ökonomie schließt immer zweierlei in sich ein: zum einen die Möglichkeit konkreter Determination der Politik durch die Ökonomie wie auch zum anderen die der konkreten Determination der Ökonomie durch die Politik.

So sind Ökonomie und Politik in gegenseitiger Bedingtheit und Verschränkung verbunden. Die einzelnen ökonomischen, politischen, rechtlichen, moralischen, kulturellen sowie andere Verhältnisse existieren nicht als voneinander isolierte Faktoren mit allenfalls äußerlicher, vordergründiger Verknüpfung. Sie stellen eine Gesamtheit dar, wobei sich in jedem Teil das Ganze nachweisen läßt. Mit Recht hat ein Wirtschaftstheoretiker der DDR auf die Notwendigkeit verwiesen, über die zahlreichen geschichtswirksamen Faktoren hinaus auch zur Frage vorzudringen, ob es in jener Mannigfaltigkeit von Verhältnissen nicht ganz bestimmte Relationen gibt, ob diese Verhältnisse nicht ein System darstellen, ob es darin nicht „Primäres und Sekundäres, Determinierendes und Abgeleitetes gibt“.⁴³

Die Transformation ökonomischer Interessen der herrschenden Klasse in Politik, Ideologie und Organisation erfolgt ferner als Resultat bewußter Aktivität organisierender und organisierter Kräfte. Daher schließen sich die Axiome von der letztlichen Dominanz der Ökonomik einer Gesellschaft sowie vom Primat der Politik im Klassenkampf nicht gegenseitig aus, im Gegenteil: Ihre dialektischen Wechselbeziehungen⁴⁴ sind bei der Erforschung und Darstellung der Geschichte der politischen Parteien sorgfältig zu berücksichtigen. Sie zu erfassen ermöglicht, über die Fülle und die Widersprüchlichkeit der geschichtlichen Faktoren hinaus einen rationalen Zugang selbst zu den kompliziertesten Erscheinungen in der deutschen Geschichte zwischen den beiden Weltkriegen zu gewinnen. Das gilt wohl besonders für eine Antwort auf die bohrende Frage, weshalb es der ursprünglich so kleinen und bedeutungslosen NSDAP gelingen konnte, sich im Nachkriegsdeutschland über die Vielzahl der anderen rechtsextremen, völkisch-antisemitischen Verbände zu erheben, weshalb sie später in eine ernsthafte Konkurrenz zu den traditionellen bürgerlichen Parteien treten und schließlich diese in den Jahren 1932/33 überflügeln konnte. Das Ergebnis ihrer Entwicklung zur faschistischen Massenpartei gleicht jener „Resultante“, von der Friedrich Engels meinte, sie gehe aus unzähligen einander durchkreuzenden Kräften, aus einer unendlichen Gruppe von Kräfteparallelogrammen hervor.⁴⁵

Die Ursachen des Aufstiegs der faschistischen Organisationen bilden ein vielgestaltiges und kompliziertes Geflecht ökonomischer, politischer, ideologischer, rechtlicher, kultureller, sozialpsychologischer und individueller Faktoren. In diesem Geflecht spielten neben der allgemeinen Ermögli-

⁴² Siehe insbesondere den Brief an Joseph Bloch vom 21.9.1890 und den an Franz Mehring vom 14. 7. 1893, in: Karl Marx und Friedrich Engels, Werke, Bd. 37, Berlin 1967, S. 462 ff. und Bd. 39, Berlin 1968, S. 96 ff.

⁴³ Söder, Günter: Ökonomie – Politik – Wirtschaftspolitik. Weltanschaulich-philosophische Aspekte des Verhältnisses von Politik und Wirtschaft im Sozialismus, Berlin 1977, S. 52.

⁴⁴ Siehe auch derselbe, Determination in letzter Instanz, in: Beiträge zum marxistisch-leninistischen Grundlagensstudium, H. 3/1980, S. 9.

⁴⁵ Engels an Bloch, a. a. O., S. 464.

chung und Förderung des Nationalsozialismus durch die bürgerliche Gesellschaft auch die großen Erfolge in der „Werbung“ der NSDAP unter den Massen eine große Rolle. Solche Art parteipolitischer und -organisatorischer „Bewährung“ führte zu erweiterter Förderung. Programm und Ergebnis, Bewährung und Förderung, Gewinn und Investitionen schaukelten sich so in den Jahren der Weltwirtschaftskrise gleichsam gegenseitig auf. Daher kann auch die Finanzierung der NSDAP durch Großindustrielle, die es unbestreitbar gegeben hat und in der sich der allgemeine Charakter der Partei spiegelte, nur als ein Faktor neben vielen anderen gelten.

Über die Höhe der Gelder, die aus den Kassen der Unternehmer und ihrer Verbände in die der NSDAP geflossen sind, wird in der Forschung nach wie vor gestritten; wahrscheinlich kann sogar angesichts der komplizierten Quellensituation kein vollständiges Bild gewonnen werden. Fest steht jedoch, daß der Faktor „Finanzierung“ als ein außerordentlich wichtiger zu betrachten ist. Seine unmittelbare Bedeutung ergibt sich nicht vordergründig aus dem Umfang und aus den Summen:

Hinter den Beträgen standen Macht und Intentionen von Herrschenden. Ein solches Gewicht konnte keine „Selbstfinanzierung“ aufbringen, mag sie auch größer und massenwirksamer als bei anderen bürgerlichen Parteien gewesen sein.⁴⁶ Insgesamt vollzog sich die Transformation ökonomischer Interessen in Politik und Organisation des Nationalsozialismus sowohl über direkte Forderungen und Initiativen, über materielle Förderung unterschiedlichster Art als auch über Beteiligung und ideelle Unterstützung, ja auch über widerspruchslose Duldung und Inkaufnahme der NSDAP, ihrer Führer und ihrer Eigenheiten.

Die NSDAP konnte schließlich bei der Zerstörung der Weimarer Republik als entscheidender parteipolitischer Faktor in Erscheinung treten, nachdem sie sich unter Nutzung aller gebotenen Unterstützungen – im Gegensatz zu den traditionellen Rechtsparteien der Weimarer Zeit – einen großen, stabil erscheinenden und ausbaufähigen Masseneinfluß zu schaffen vermocht hatte. Dabei kamen ihr die verheerenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, die Zerstrittenheit der Arbeiterbewegung, die anziehungskräftige Dynamik ihrer eigenen Organisation und in hohem Maße auch die Schwächen der anderen bürgerlichen Parteien zugute.

Es ist z. B. bekannt, welche Gründe es sowohl für die Deutschnationale Volkspartei als auch für das Zentrum gab, ihren Schatten (sprich: die Grenzen ihrer Mitglieder- und Wählerzahlen) nicht überspringen zu können. In der Zeit der Weltwirtschaftskrise, angesichts neuer Anforderungen bourgeoiser Krisenbewältigungs- und Krisennutzungsstrategie, war beispielsweise das Zentrum bereits bei dem dieser Partei möglichen Maximum an Einfluß unter dem katholischen Bevölkerungsteil Deutschlands angekommen. Bei nüchternem Kalkül durfte nicht erwartet werden, daß sich dieser noch erweitern lassen würde. Aber gerade in der Notwendigkeit einer wesentlichen Erweiterung und Vereinheitlichung der Massenbasis bestand während der Endphase der Weimarer Republik das Problem aller Gruppen und Schichten der herrschenden Klasse. Daraus ergaben sich schließlich auch Veränderungen in den Beziehungen zwischen den traditionellen und den neu entstandenen Eliten in der bürgerlichen Gesellschaft Deutschlands, im Wechselverhältnis von Förderern und Geförderten, von ökonomisch Mächtigen und politischen Machträgern.

Friedensdemagogische Täuschung der Massen

Den Weg zur mitglieder- und wählerstärksten Partei markierten die vielfältigsten Mittel und Methoden nationalsozialistischer „Werbung“ unter den Massen. Gerade sie sind es, die zweifelsfrei die Diskrepanz zwischen den Zielen der Nationalsozialisten und den Interessen der nur scheinbar durch sie repräsentierten Massen erkennen lassen. Die Verschwommenheit des NSDAP-Programms, die unlogisch-gegensätzlichen sozialen Versprechungen an alle Kreise der Bevölkerung, die pseudoso-

⁴⁶ Der Zusammenhang von Finanzierung und „Selbstfinanzierung“ der NSDAP ist in der satirischen Zeitschrift der KPD („Eulenspiegel“ Nr. 5/1932, S. 4) in einer treffenden Karikatur erfaßt worden. Dargestellt ist ein Schöpfrad, das Geld aus den Taschen Werkstätiger in den Zylinder eines Unternehmers befördert. Gleichzeitig werden Hitler die Worte „Schade – na, die Masse muß es bringen ...“ in den Mund gelegt. Damit antwortet er auf die Entschuldigung des Unternehmers, der einen Scheck übermittelt und gleichzeitig erklärt, er könne leider nicht so viel wie seine „Kollegen Deterding und der selige Ivar“ spenden.

zialistische Revolutionsphraseologie sowie fast alle anderen Elemente der vielfarbig schillernden NS-Ideologie zielten auf einen Mißbrauch von Hoffnungen und Idealen der Massen, keineswegs auf deren Erfüllung. An ihre Interessen und Wünsche wurde lediglich angeknüpft, mehr nicht: Die NSDAP-Führung strebte nach einer bewußten Identifikation national und patriotisch denkender Menschen mit ihren eigenen chauvinistisch-revanchistischen Vorstellungen. Sie bemühte sich, anti-kommunistisch gestimmte Teile der Bevölkerung für ihr eigenes militantes Programm einer „Ausrottung des Marxismus“ und für ihren friedensbedrohenden Antisowjetismus zu gewinnen. Sie nutzte die breite Empörung über soziale und politische Unzulänglichkeiten der Weimarer Republik zur Bekämpfung ihres Ringens um eine vollständige Beseitigung des „Systems“. Die Massen hätten, so erklärte Hitler unverblümt, das Wesen der faschistischen Zielstreben „weniger im Buchstaben unserer Leitsätze“ zu suchen, als „vielmehr in dem Sinne, den wir ihnen zu geben imstande sind“.⁴⁷

Demagogie war selbst da nötig, wo die Naziführer am deutlichsten formulierten, d. h. bei ihren weitgespannten außenpolitischen und durch einen neuen Krieg zu realisierenden Postulaten. Von Anfang an betrieb die Führung der NSDAP eine konsequente Politik zur Vorbereitung eines neuen Krieges. Die „NS-Weltanschauung“ wäre nichts anderes als „ein Zweckprodukt, ein Präparat eigens für den Krieg“.⁴⁸ Den Widerspruch, der zwischen der offenen Kriegsideologie der NSDAP und dem sich davon erheblich unterscheidenden Hoffen und Wollen einer großen Mehrheit des deutschen Volkes bestand, bemühte sich die Propaganda friedensdemagogisch zu überdecken. Dabei mißbrauchte sie den Friedensgedanken nicht erst seit dem 30. Januar 1933; auch vorher war er der NSDAP als ein Vehikel des Aufstiegs zur Massenpartei unentbehrlich.⁴⁹

Die nationalsozialistische Ideologie für den Krieg stützte sich vor allem auf die Friedensdemagogie, ohne die in den ersten Jahren nach 1918 weder eine Rechtfertigung noch eine Verherrlichung des Krieges möglich war. Der Mißbrauch des Friedensbegriffs zielte auf den Krieg, für den die aggressivsten Kräfte in Deutschland eine offene Diktatur ebenso wie eine Partei mit stabiler Massenbasis und ausgedehntem Manipulationsapparat benötigten. Jedes Streben nach Profitmaximierung und jeder neue Krieg hätten anderenfalls ihren Sinn verloren, wenn nicht gleichzeitig gesichert werden konnte, das bürgerliche Gesellschafts- und Wirtschaftssystem am Ende des Krieges – gleich ob bei Sieg oder Niederlage – aufrechtzuerhalten und einen neuen 9. November 1918 zu verhindern.⁵⁰

Kriegsideologie und Friedensdemagogie der Nazis stellten in allen ihren historisch-konkreten Erscheinungsformen eine logische Einheit zweier wesensadäquater, sich gegenseitig bedingender und ergänzender Elemente ihrer Politik und Ideologie dar. Der Versuch, die Kluft zwischen Taten und Worten, zwischen den praktischen Kriegsvorbereitungen und den heuchlerischen Friedensbeteuerungen zu überbrücken, prägte die Geschichte der NSDAP ebenso wie der Widerspruch, den der amerikanische Philosoph John Dewey 1931 in die Worte faßte: „Je schauervoller ein unpersönlicher wissenschaftlicher Massenkrieg wird, um so notwendiger wird es, allgemein wirkende, ideale Beweggründe aufzufinden, die ihn rechtfertigen ... Je prosaischer die wirklichen Ursachen sind, um so nötiger ist es, erhabene Motive von glühenden Farben zu finden.“⁵¹

Seit dem Ende des ersten Weltkrieges, der in seiner Brutalität und in seinen Folgen alle vorhergehenden Kriege in den Schatten stellte, verlor die bis dahin nicht nur in Deutschland übliche und offen praktizierte Kriegsverherrlichung schlagartig und weitgehend an Massenwirksamkeit. Von nun an bedurfte in der bürgerlichen Gesellschaft jede Kriegspolitik, ja selbst die der Nazis, ständig einer auf Täuschung und ideologischer Verstrickung der Massen bedachten Tarnung. Die friedensdema-

⁴⁷ Hitler, Adolf, Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe. 390/394. Auflage, München 1939, S. 514.

⁴⁸ Günther, Der Herren eigener Geist, S. 91.

⁴⁹ Siehe Weißbecker, Manfred, Kriegsideologie und Friedensdemagogie in der NSDAP 1919-1933, in: Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg. Friedensdemagogie und Kriegsvorbereitung in Geschichte und Gegenwart. Hrsg. von Reinhard Kühnl und Karen Schönwälder, Köln 1986, S. 137 ff.

⁵⁰ Siehe Olschewski, Christa/Demps, Laurenz/Pätzold, Kurt, Die Novemberrevolution als Trauma in der faschistischen Kriegsplanung, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Sprach- und gesellschaftswissenschaftliche Reihe 1980, H. 3/4, S. 317 ff.

⁵¹ Dewey, John, Die menschliche Natur. Ihr Wesen und ihr Verhalten, Stuttgart – Berlin 1931, S. 117 ff.

gogische Umhüllung von aggressivem Denken und Handeln erfolgte in vielfältiger Variationsbreite. Diese reichte von Bedrohungslügen und Selbstverharmlosung bis zu chauvinistischer Kriegsschuldabwälzung und Rechtfertigung von „Verteidigungs“-Kriegen, von verbaler Verständigungsbereitschaft bis zur Theorie von der Rechtmäßigkeit eigener Präventivkriege. Sie umfaßte eine breite Palette skrupellos verwendeter „Sophismen“, mit deren Hilfe „das Geheimnis ..., in dem der Krieg geboren wird“ konstruiert und zugleich versucht wurde, die Menschen erneut in einen Krieg „hineinzuziehen“. Vor den folgenschweren Wirkungen solcher „Sophismen“ und den Gefahren ihrer Unterschätzung wurde nachdrücklich gewarnt.⁵²

Die militärische Niederlage von 1918 sowie die enormen Lasten im Gefolge des Krieges und des Versailler Friedensvertrages hatten die Friedenssehnsucht unter den Massen sprunghaft anschwellen lassen. Die totale Ablehnung des Krieges artikuliert sich am deutlichsten in der Novemberrevolution 1918/19 sowie in dem Bestreben der deutschen Arbeiterbewegung, mit dem Ende des ersten Weltkrieges zugleich alle Wurzeln von Kriegen und Kriegsgefahren zu beseitigen.⁵³ Es bildeten sich neue Grundlagen für eine breite Friedensbewegung heraus, in der objektiv (was sich leider zu oft nicht im subjektiven Selbstverständnis der handelnden Kräfte widerspiegelte!) kommunistische, sozialdemokratische, gewerkschaftliche, pazifistische, bürgerlich-demokratische und christlich gebundene Kräfte miteinander ein gemeinsames Ziel verfolgen konnten.

Konservative Theoretiker, wie Oswald Spengler, Arthur Moeller van den Bruck, Max Hildebert Boehm, Eduard Stadtler u. a., beklagten immer wieder die Tatsache, daß „ganze Klassen und Schichten der Bevölkerung des Krieges müde werden“.⁵⁴ Frieden und Sozialismus – das waren damals die wichtigsten Schlagworte, die das Sinnen und Trachten einer überwiegenden Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse bestimmten. Die Forderung „Nie wieder Krieg“ entsprach dem antimilitaristischen und pazifistischen Denken vieler Millionen Menschen.

Wollte die herrschende Klasse auch nur einigermaßen realistisch und sinnvoll an die Verwirklichung ihres Strebens nach einer Revision des Friedens von 1919 und an die Vorbereitung einer Revanche herangehen, sah sie sich unabweislich mit dieser Friedenssehnsucht konfrontiert. Jeder Gedanke eines neuen, künftigen „Griffs nach der Weltmacht“ – und davon gab es mehr als genug⁵⁵ – stieß unmittelbar auf aktiven Widerstand oder passive Ablehnung des vom ersten Weltkrieg so arg betroffenen deutschen Volkes.

Angesichts dieser Antikriegsstimmung und des wachsenden antimilitaristischen, antiimperialistischen Denkens unter den Massen verknüpften sich für die deutsche Bourgeoisie die außen- und innenpolitischen Ziele in einer qualitativ neuen Weise. Das Ringen um die Beseitigung jener Schranken, die der Friedensvertrag von Versailles ihrem Konkurrenzkampf gegen die imperialistischen Siegermächte auferlegt hatte, und der Kampf um die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 sowie für die Erreichung weiterer Ziele, setzten eine erfolgreiche Bewältigung der inneren Probleme, insbesondere die „Entrevolutionierung“ der Arbeiterklasse, die „Entpazifizierung“ der Massen voraus.

Keineswegs zufällig standen außenpolitische Forderungen an der Spitze des NS-Parteiprogramms. Die ersten drei der 25 Punkte verlangten den „Zusammenschluß aller Deutschen ... zu einem Großdeutschland“, die „Gleichberechtigung des deutschen Volkes“ gegenüber den anderen Nationen und

⁵² Lenin, W. I., Bemerkungen zu den Aufgaben unserer Delegation im Haag, in: Werke, Bd. 33, Berlin 1982, S. 434.

⁵³ Siehe dazu aus der reichhaltigen Literatur vor allem Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/19, Berlin 1978; Ruge, Wolfgang, Novemberrevolution. Die Volkserhebung gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus 1918/19, Berlin 1978; Drabkin, J. S., Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin 1968; Deutsche Demokraten. Die nichtproletarischen demokratischen Kräfte in der deutschen Geschichte 1830 bis 1945. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, Berlin 1981, S. 224 ff.

⁵⁴ So z. B. Spengler, Oswald, Preußentum und Sozialismus, München 1919, zit. nach Günther, Der Herren eigener Geist, S. 94.

⁵⁵ Siehe Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945. Hrsg. und eingel. von Wolfgang Schumann/Ludwig Nestler unter Mitarbeit von Willibald Gutsche und Wolfgang Ruge, Berlin 1975; Europastrategien des deutschen Kapitals, hrsg. von Reinhard Opitz, Köln 1977.

Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain“ sowie den Erwerb von „Land und Boden (Kolonien)“. In wenigen, nahezu lapidaren Sätzen machte die NSDAP für Deutschland die größten Gebietsansprüche geltend, die niemals anders als durch Krieg realisiert werden konnten. In dieser aggressiven und chauvinistisch-revanchistischen Orientierung blieb kein Platz für eine Äußerung zum Friedenswunsch der Massen oder für eine Verurteilung des Krieges. Punkt 12 bezeichnete lediglich „die persönliche Bereicherung durch den Krieg“ als ein „Verbrechen am Volke“ und postuliert mit einem demagogischen Blick „auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg am Volke fordert“, eine „restlose Einziehung der Kriegsgewinne“.⁵⁶

Die charakteristische Übereinstimmung mit den propagandistischen Leitlinien der Reichswehr, Hindenburgs, Ludendorffs u. a. m. kam in der nationalistischen Verherrlichung der „Leistungen“ des deutschen Heeres in den Schlachten des ersten Weltkrieges zum Ausdruck. Sie führte stets zu der Aussage, der deutsche Soldat sei eigentlich „im Felde unbesiegt“ geblieben und nur dem Verrat der Heimat, dem „Dolchstoß“ in den Rücken des kämpfenden Heeres, zum Opfer gefallen. Es gehörte zu den ständig wiederholten Behauptungen, die deutschen Armeen seien während des Krieges allen anderen Armeen überlegen gewesen, lediglich das deutsche Volk habe sich selbst besiegt.⁵⁷

Im Verlauf der ersten Jahre seiner politischen Tätigkeit verfeinerte und präzierte Hitler die Aussagen zu diesem Thema, wobei sich volksfeindliche, elitäre Gedanken verstärkten. In seiner Rede „Nieder mit den Novemberverbrechern“ diskreditierte er am 11. Januar 1923 die für das Ende des Krieges verantwortlichen Massen: „Ein Volk, das wie das deutsche nach dem 8. November 1918 seine Führer preisgibt, das es fertigbringt, seinen eigenen Führern die Achselklappen und Kokarden herunterzureißen, gleichzeitig aber vor feindlichen Führern präsentiert, das seine große Vergangenheit von sich wirft wie wertlosen Ballast, ein solches Volk hat alle Voraussetzungen für einen inneren Zerfall geschaffen, hat uns für ewig unerfüllbare wirtschaftliche Lasten aufgebürdet, hat Deutschland zu einer Kolonie der Feindesstaaten herabgedrückt ...“⁵⁸

Gleichsam leitmotivisch kehrte Hitler immer wieder und in unzähligen Variationen zu der Frage zurück, wer – wenn nicht die militärischen Gegner – über Deutschland gesiegt habe, um zu antworten: „Wir haben unsere bittere Not zum größten Teil selbst verschuldet.“⁵⁹ Und diese Argumentationslinie endete gewöhnlich in wüsten Ausfällen gegen die „Novemberverbrecher von 1918“ sowie in der Forderung, nunmehr sei eine „zweite“ Revolution vorzubereiten, die sich gegen „die eigentlichen Urheber am Elend: gegen die Juden“ zu richten habe und die „mit dem Judenpack gründlich aufräumt“.⁶⁰

Das Verflochtensein von Kriegsideologie und Friedensdemagogie äußerte sich auch in den verschwommenen, substanz- und haltlosen Auslassungen über die Ursachen des ersten Weltkrieges: „Die Schuld am Kriege trug weder der Kaiser noch der deutsche ‚Militarismus‘. Kriege wird es geben, solange die Welt besteht ... Die Urschuld der Kriege ist England.“⁶¹ Selten ließ sich die NSDAP auf eine Beweisführung ein, stereotyp schob sie alles auf den Versailler Vertrag. Aus ihm leitete sie den Kriegswillen und die Kriegsziele der Entente ab, die auch ihr Friedensdiktat gegenüber Deutschland bestimmen würden.

Dem Kriegsstreben der anderen stellte die NS-Propaganda die deutsche Friedensliebe gegenüber. Hitler verglich zu diesem Zweck immer wieder den von der Reichsleitung Sowjetrußlands aufgezwungenen Frieden von Brest-Litowsk mit dem Versailler Vertrag. Den ersteren behandelte er als ein wahres Musterbeispiel deutscher Friedens-Verständigung, empört darüber, daß er dennoch ein „Schandfrieden“ genannt werde.⁶²

⁵⁶ Zit. nach Pätzold/Weißbecker, S. 33 ff.

⁵⁷ Hitler, Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924. Hrsg. von Eberhard Jäckel zusammen mit Axel Kuhn, Stuttgart 1980, S. 123.

⁵⁸ Ebenda, S. 781.

⁵⁹ Ebenda, S. 101.

⁶⁰ Ebenda, S. 128.

⁶¹ Ebenda, S. 147.

⁶² Ebenda, S. 93.

Im Unterschied zu Brest-Litowsk sei Versailles kein „Friede der Versöhnung und Verständigung, sondern Friede der Gewalt und des Betruges“. ⁶³ In Brest hätte Rußland keine entehrenden Bedingungen zu unterschreiben gehabt, wäre ihm keine Lebensnotwendigkeit geraubt worden, während Versailles die Deutschen auf ewige Zeiten „entehren und versklaven“ würde. ⁶⁴ Der knapp vier Druckseiten umfassende Text des Vertrages mit Sowjetrußland und jeder der einzelnen Artikel würden „Liebe, Versöhnung und Verständigung“ atmen, und alles wäre von „deutscher Gutmütigkeit“ geprägt. ⁶⁵

Gelegentlich ergänzte Hitler seine Reden sogar mit allgemeinen Äußerungen gegen den Krieg als eine Erscheinung in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft, in deren Gefolge stets „Hunger und Pest“ aufgetreten wären und durch die die Völker „schwer heimgesucht“ worden seien: „Politik ist grausam, der Krieg ist grausamer. Pestilenz, Hunger und Krieg sind drei unzertrennliche Faktoren.“ Seine Schlußfolgerung lautete: „Die Sehnsucht nach Frieden ist begreiflich.“ ⁶⁶

In welchem chauvinistisch-antihumanistischen Sinne solche Äußerungen tatsächlich zu verstehen waren, verdeutlichte er in einem Artikel, der am 6. März 1921 im „Völkischen Beobachter“ erschien: „Ja, ja der Krieg war in seiner Art sicherlich ein ungeheuerliches Erlebnis dieser Erde, aber noch wesentlich ungeheuerlicher ist die Art der Belügung und Begaunerung unseres Volkes seit Beendigung dieses Krieges.“ ⁶⁷ Diese Art allgemeinsten Verurteilung des Krieges, so wenig sie auch am Wesen der NS-Kriegsideologie änderte, unterschied sich dennoch von jenen kriegsverherrlichenden Ergüssen in Ernst Jüngers Büchern „In Stahlgewittern“ (1920) und „Der Kampf als inneres Erlebnis“ (1922) und denen zahlreicher anderer konservativer Autoren. ⁶⁸

Es handelte sich offensichtlich auch um friedensdemagogische Elemente in der Nazipropaganda, wenn – verquickt mit antikapitalistischen Vokabeln – die Kriege und insbesondere der von 1914/1918 als Ergebnis des Wirkens der jüdischen Menschen bezeichnet wurden. So sei der erste Weltkrieg ein „Krieg des jüdischen Leihkapitals“ gewesen, und seit den Zeiten des Alten Testaments hätten „die Juden immer nur Krieg geführt, um sich die Völker zinsbar zu machen, um andere für sich arbeiten zu lassen ...“

Generalisierend heißt es bei Hitler, der Jude „finanziert Kriege und ‚macht‘ in Revolution – kurz: er hat seine Hand überall im Spiele und beutet alle aus zu seinem Vorteil“. ⁶⁹ Am 13. April 1923 veranstaltete die NSDAP im Münchener Zirkus Krone eine Großveranstaltung unter dem Titel „Weltjude und Weltbörse, die Urschuldigen am Weltkriege“ ⁷⁰, der stillschweigend die zunächst vertretene These von der „Urschuld Englands“ korrigierte und das Krieg-Frieden-Problem in den nazistisch-rassistischen Antisemitismus einordnete.

Die Ursachen des „deutschen Zusammenbruchs“ richtig zu erfassen, so formulierte Hitler 1924 in „Mein Kampf“, sei von „*ausschlaggebender Bedeutung*, vor allem für eine politische Bewegung, deren Ziel ja eben die *Überwindung der Niederlage* sein soll“. ⁷¹ Folgerichtig diene sein Werk dem Versuch, solche Ziele ins Visier zu nehmen, die allein durch neue Kriege realisiert werden konnten. Das aber bedeutete de facto, den ersten Weltkrieg zugunsten eines zweiten bewältigen zu wollen. Es läßt erkennen, in welch hohem Maße die Friedenssehnsucht breiter Teile der Bevölkerung ebenso wie die Vorstellungen einiger Gruppen „der herrschenden Klasse hinsichtlich einer realistischen Außenpolitik einen bevorzugten Gegenstand der nationalsozialistischen Polemik darstellten.

Immer wieder rieb sich Hitler am Begriff des Pazifismus. Dieser sei nur für den gut, der sich „zum alleinigen Herren dieser Erde macht“. In chauvinistisch-demagogischer Manier identifizierte er „die

⁶³ Ebenda, S. 101 ff.

⁶⁴ Ebenda. S. 140.

⁶⁵ Ebenda. S. 149 und 234.

⁶⁶ Ebenda, S. 221 ff.

⁶⁷ Ebenda, S. 331.

⁶⁸ Siehe dazu Günther, *Der Herren eigener Geist*, S. 84.

⁶⁹ Hitler, *Sämtliche Aufzeichnungen*, S. 689.

⁷⁰ Ebenda. S. 885.

⁷¹ Hitler, *Mein Kampf*, S. 247. Hervorhebung vom Vf.

Deutschen“ in mehrfacher und dem Anschein nach sogar in positiver Hinsicht mit dem Pazifismus: „Wer ... den Sieg des pazifistischen Gedankens in dieser Welt wirklich von Herzen wünschen wollte, mußte sich mit allen Mitteln für die Eroberung der Welt durch die Deutschen einsetzen; denn wenn es umgekehrt kommen sollte, würde sehr leicht mit dem letzten Deutschen auch der letzte Pazifist aussterben, da die andere Welt auf diesen natur- und vernunftswidrigen Unsinn kaum je so tief hereingefallen ist als leider unser eigenes Volk.“⁷²

Gegen wen auch immer gerichtet: Hitler malte eine regelrechte Schreckensvision vom Untergang der Menschheit „im ewigen Frieden“.⁷³ Dies bedeutete eine totale Absage an den klassischen bürgerlichen Humanismus. Der NSDAP-Führer griff damit auch alle friedensfeindlichen Thesen feudaler und bürgerlicher Ideologen – von Johann Valentin Embser, Heinrich von Treitschke, Hellmuth von Moltke, Friedrich Nietzsche bis Carl Lüder und Erich Kaufmann – auf. Der Abscheu vor den „Greueln eines ewigen Friedens“, die „notwendig die Erde zur Mördergrube und Hölle umschaffen“ würden⁷⁴, herrschte in der NS-Propaganda vor.⁷⁵ Vom Frieden wurde lediglich gesprochen, wenn er als beschönigende Chiffre chauvinistischen Macht- und Überlegenheitsstrebens benutzt bzw. mißbraucht werden konnte.⁷⁶ Die nazistische Friedensdemagogie diente daher nichts anderem als der Schaffung neuer massenbeeinflussender Voraussetzungen für einen Krieg, später der Schaffung günstiger außenpolitischer Bedingungen für die aktive Vorbereitung des Krieges und schließlich für dessen Entfesselung.

Wie ein roter Faden durchzieht „Mein Kampf“ die Frage nach den geeignetsten Methoden zur Herstellung und Sicherung der dazu erforderlichen innenpolitischen Voraussetzungen. Der permanenten Kriegserklärung an die Sowjetunion und an Frankreich ging die des Bürgerkrieges an das deutsche Volk, an die Arbeiterbewegung und an alle friedliebenden Kräfte voraus. Deren Notwendigkeit leitete Hitler aus der Kritik an den innenpolitischen „Halbheiten“ des Kaiserreichs ab. Als entscheidende Frage formulierte er: „Wie erzeugen wir den Geist, der ein Volk befähigt, Waffen zu tragen?“ Daran knüpfte er folgende Gedanken an: „Wenn dieser Geist ein Volk beherrscht, findet der Wille tausend Wege, von denen jeder bei einer Waffe endet! ... Begreift man aber, daß die Wiedererhebung der deutschen Nation eine Frage der Wiedergewinnung unseres politischen Selbsterhaltungswillens darstellt, so ist es auch klar, daß dem nicht genügen wird durch eine Gewinnung von an sich schon wenigstens dem Wollen nach nationalen Elementen, sondern *nur nach die Nationalisierung der bewußt antinationalen Masse*.“⁷⁷ Ihm und anderen Naziführern stand dabei vor Augen, mit welcher Begeisterung große Teile der Massen im August 1914 in den Krieg gezogen waren.

Den damaligen Hurratriotismus stilisierte ein Otto Strasser zur „Deutschen Revolution“ hoch⁷⁸, während Alfred Rosenberg nach einer Synthese des „Baldur- und Siegfried-Mythus... mit dem Wesen des deutschen Soldaten von 1914“ sowie nach einer heroischen „Lösung“ suchte, für die erneut „Millionen und aber Millionen ... zum Opfertod bereit gemacht werden“ könnten.⁷⁹

⁷² Ebenda, S. 315.

⁷³ Ebenda, S. 149.

⁷⁴ Diese Worte Embsers von 1779 sind zit. nach Janssen, Wilhelm, Friede, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Hrsg. von Otto Brunner/Werner Conze/Reinhard Kosellek, Bd. 2 (E-G), Stuttgart 1975, S. 576 ff.

⁷⁵ Siehe z. B. Fritz Sauckels Kampfreden. Dokumente aus der Zeit der Wende und des Aufbaus, Weimar 1934, S. 58.

⁷⁶ In Hitlers zweitem Buch verstärkte sich die ausschließlich negative Bewertung des Friedens. Eine „grundsätzlich friedliche Politik“ wurde als „Geißel“ deklariert. Es heißt sogar: „Während der Krieg im höchsten Fall einen Bruchteil der Gegenwart tötet, mordet er (der Frieden, M. W.) die Zukunft.“ (Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928. Eingel. und kommentiert von Gerhard L. Weinberg, Stuttgart 1961, S. 50 und 48). Wahrscheinlich lag darin auch eine Ursache der Nichtveröffentlichung, zumal sich 1928 der antimilitaristische Kampf gegen die Wiederaufrüstung erheblich gesteigert hatte.

⁷⁷ Hitler, Mein Kampf, S. 365 f.

⁷⁸ Siehe Weißbecker, Manfred, Kampfgemeinschaft Revolutionäre Nationalsozialisten, in: Lexikon zur Parteigeschichte, Bd. 3, Leipzig 1985, S. 172 ff.

⁷⁹ Rosenberg, Alfred, Der Mythus des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, München 1930, S. 685 und 698.

Machteroberung, Machtmißbrauch und der Marsch in den zweiten Weltkrieg

Am Ende der Weimarer Republik sah sich die NSDAP als mitglieder- und wählerstärkste Partei noch nicht an ihrem eigentlichen Ziel. Als sie am 30. Januar 1933 die Regierungsgewalt erhielt, stand ihr immerhin eine Mehrheit des deutschen Volkes entgegen. Auch bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 verfehlte sie die absolute Mehrheit. In Schritt für Schritt gefestigten Macht verstand sie es allerdings relativ rasch, über den bisherigen Anhängerkreis der Partei hinaus dem Regime eine breite, fast alle Teile des Volkes umfassende Massenbasis zu schaffen.

Dies gelang zunächst vor allem durch die schwere Niederlage, die sie der organisierten deutschen Arbeiterbewegung und der gesamten Arbeiterklasse beibringen konnte. Dadurch veränderte sich das politische Kräfteverhältnis grundlegend zu ihren Gunsten. Die Art und Weise, in der dies von den betroffenen Parteien und Gewerkschaften hingenommen werden mußte, verstärkte zwar bei bewußten und willensstarken Kräften die Entschlossenheit, nunmehr im illegalen antifaschistischen Widerstandskampf den objektiv keineswegs verschwundenen Gegensatz von Kapital und Arbeit, von Diktatur und Demokratie, von Reaktion und Fortschritt auszufechten. Dennoch: Enttäuschung, Verwirrung, Ratlosigkeit, aber auch Resignation sowie eine Bereitschaft zum Sichabfinden und Sicheinrichten in den neuen Verhältnissen führten zu einem wachsenden Einfluß der braunen Machthaber auch in der Arbeiterklasse.

Die Wurzeln der quantitativen und qualitativen Erweiterung der faschistischen Massenbasis lagen hauptsächlich in den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen. Es bedurfte dazu des NS-Herrschaftssystems mit seiner unheiligen Dreieinigkeit von offenem Terror, von nationaler und sozialer Demagogie sowie von materiell-sozialer und politisch-moralischer „Bestechung durch Erfolg“.⁸⁰ Hinzu trat das alles durchdringende, überwölbende und die angeblich klassenlose „Volksgemeinschaft“ vorgaukelnde Organisationssystem, das es bislang weder in diesem Ausmaß noch in seiner Wirkungsintensität gegeben hatte.

So erreichte das Regime schließlich einen hohen, bislang nicht gekannten Masseneinfluß. Diesen betrachteten führende NSDAP-Funktionäre für einen Krieg als unabdingbar, jedoch noch nicht als ausreichend. Infolge dieser vor allem internen Einschätzungen hielt die NSDAP-Führung, je näher der Krieg heranrückte und je konkreter ihre Kriegspläne wurden, ein ganzes Bündel neuer Orientierungen für ihre Propaganda für notwendig.

Wiederum und sogar in erheblich verstärktem Maße bediente sich die Führung des Regimes auch einer massenbetrügerischen, nach außen und innen gerichteten Friedensdemagogie. Die Hitlersche „Friedensrede“ vor dem Deutschen Reichstag eröffnete am 17. Mai 1933 eine bis in den zweiten Weltkrieg reichende Serie so oder ähnlich bezeichneter Dokumente. 1936 behauptete Hitler von sich selbst, kein Mann in der Welt habe mehr als er „von Frieden und für den Frieden geredet und gerungen ...“⁸¹ Tatsächlich gelang der Naziführung ein einzigartiges Täuschungsmanöver, das ihre Rüstungspolitik und Kriegsvorbereitung in den 30er Jahren ständig begleitete. Gleichzeitig belegte seine Notwendigkeit ein hohes Maß an elementarem Friedensdenken, das z. B. im Schulaufsatz eines dreizehnjährigen Mädchens aus Eisenach seinen Niederschlag fand. Es schrieb 1936 zum verordneten Thema „Jungmädel im Wahlkampf“ einen fiktiven Brief an seine Großmutter: „Daß Du ‚ja‘ wählst ist ja selbstverständlich, denn Du willst ja keinen Krieg.“⁸²

⁸⁰ Zu diesen drei Faktoren siehe Pätzold, Kurt, Die faschistische Manipulation des deutschen Volkes. Zu einem Forschungsproblem, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 45 (Februar 1981), S. 22 ff.; siehe auch derselbe, „Faustisches Volk oder Räuberhorde?“ Faschistische Politik und Propaganda 1933-1940, in: Sie reden vom Frieden ..., S. 174 f.

⁸¹ Zit. nach Domarus, Max, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. I, Zweiter Halbband, München 1965, S. 614.

⁸² Der Thüringer Erzieher. Pädagogische Halbmonatsschrift des NSLB Gau Thüringen, Weimar 1936, S. 177. Der Text des Schulaufsatzes lautete weiter „... und Du bist ja für Hitler. Alle Leute, die ‚nein‘ oder gar nicht wählen, sind gegen Hitler und für Krieg. In dieser Wahl soll den anderen Völkern gezeigt werden, daß das deutsche Volk hinter Adolf Hitler steht, und nicht, wie die anderen Völker sagen, Adolf Hitler knechtet und zwingt das deutsche Volk ... Die Leute, die nicht zur Wahl gehen, sind Landesverräter und nicht wert, daß sie Deutsche heißen.“

In der zweiten Hälfte der 30er Jahre zeichnete sich in den Denkstrukturen vieler Menschen mehr und mehr der Frieden als eine „pax germanica“, als ein Frieden gegen die anderen Völker ab. Vordergründig-agitatorisch, losgelöst von jeder Orientierungssuche nach sinngebenden Lebenswerten entleerte die NS-Propaganda in zunehmendem Maße den Friedensbegriff. Sie drängte die Friedenshoffnungen und -vorstellungen unter den Massen zurück. Unter ihrem Einfluß, dem sich kaum jemand entziehen konnte und nur wenige ermutigende Alternativen entgegensetzen wußten, veränderten sich Bewußtseinsstrukturen und Verhaltensformen der Massen. Das historische Entwicklungsniveau ihres Denkvermögens nahm in erschreckendem Maße ab. Es gelang der Naziführung zwar nicht, in der deutschen Bevölkerung eine neue Welle von Kriegsbegeisterung und Hurrapatriotismus auszulösen, aber sie erreichte die Akzeptanz solcher nationalistischen Positionen, denen zufolge der Frieden nur als Sicherheit für sich selbst, als zu rechtfertigende Unsicherheit anderer Völker gelten durfte.

Die große Rolle, die der NSDAP in der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges zufiel und die sie zu spielen vermochte, leitete sich aus ihrem Platz im gesamten NS-Herrschaftsmechanismus und ihren Funktionen bei der Massenbeeinflussung ab. Sie entwickelte sich nach 1933 aus einer Regierungspartei zu einer Staatspartei. In dieser verkörperte sich bald eine neue Qualität von Herrschaft über das eigene Volk. Diese Partei, eine neuartige Form von gesellschaftlicher und staatsmonopolistischer Dachorganisation im Zentrum des gesamten Herrschaftssystems, war damit zu einer integrativen Nahtstelle, zu einem Verbindungsglied zwischen den verschiedensten Bestandteilen dieses Systems geworden. Ohne die NSDAP vermochte es nicht zu funktionieren, obwohl sie selbst keineswegs seinen ausschließlichen Sinn und Zweck darstellen konnte.⁸³

Die NSDAP „erhob“ sich nicht über die Grundinteressen der reaktionärsten und aggressivsten Kreise der deutschen Bourgeoisie. Selbst die weitreichendsten Veränderungen des politischen Herrschaftssystems bedeuteten keine Beseitigung der Fundamente, auf denen die bürgerliche Gesellschaft beruhte. Dennoch modifizierten sich die konkreten Existenz- und Wirkungsbedingungen vieler Gruppen der traditionellen Eliten recht beträchtlich. Diese vermochten nach der Errichtung der braunen Diktatur, vor allem nach deren Konsolidierung nicht mehr, ihre allgemeinen oder die jeweiligen spezifischen Interessen ohne oder gegen die mit der NSDAP an die Spitze des gesamten politischen Machtapparates gelangten Kräfte durchzusetzen. Das NS-Herrschaftssystem war zum alleinigen Bezugsrahmen für die Artikulation politischer Interessen geworden. Im Wechselverhältnis der verschiedenen Gruppen und Kräfte der herrschenden Klasse hatten sich die Gewichte zugunsten jener verschoben, die unmittelbar und direkt über die politischen Machtinstrumente, darunter auch über die nationalsozialistischen Organisationen verfügten. Das erhöhte die Möglichkeiten und Fähigkeiten der NSDAP-Führung sowie des „Führers“, dem konkreten Leben der Gesellschaft ihren eigenen Stempel aufzudrücken.

In diesem Sinne besaß das von der NSDAP repräsentierte Regime mehr politische Kraft, sah es sich mit größeren Befugnissen ausgestattet, als dies jemals bei einer anderen Partei oder Regierung der Fall gewesen war. Die relative Selbständigkeit des politischen Machtapparates, die in der bürgerlichen Gesellschaft stets zu beobachten und als eine allgemeine, „gewöhnliche“ bezeichnet worden ist, nahm zu und sogar außergewöhnliche Formen an.⁸⁴

Nach 1933 führten die „Gleichschaltung“, die weitgehende Zentralisierung des bürgerlichen Organisationswesens sowie die vollständige Durchsetzung des antidemokratischen Führer-Gefolgschafts-Prinzips zu einer bis dahin unbekannten, von Terror, Ideologie, sozialer Korruption und Organisiertheit gestützten Möglichkeit der Massenmanipulation. Damit erhöhten sich (zumindest für eine historisch kurze Frist) die innen- und außenpolitischen Potenzen der herrschenden Kreise

⁸³ In dieser Hinsicht läßt sich die Bedeutung der NSDAP vielleicht mit der eines Katalysators vergleichen, der bei chemischen Prozessen beschleunigend bzw. hemmend wirkt oder sie überhaupt erst ermöglicht. Siehe Weißbecker, Manfred, Thesen zu Rolle und Funktion der NSDAP im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 37/38 (Mai 1976), S. 13 f.

⁸⁴ Siehe dazu u. a. Gulijew, W. E., Der imperialistische Staat der Gegenwart, Berlin 1976, S. 66 ff.

Deutschlands in erheblichem Maße. So boten sich dem Hitlerregime ein großer Spielraum und taktische Manövrierfähigkeit bei der Realisierung seiner Ziele, selbst wenn dabei auch neue Widersprüche und offene Ungereimtheiten zutage traten. Hinsichtlich der Auswirkungen dieser Probleme, die wohl das Regime nicht nur negativ beeinträchtigt haben dürften, ist in der Forschung noch lange nicht das letzte Wort gesprochen worden.

Ein solches Desiderat betrifft beispielsweise das Verhältnis von langfristiger Kriegsvorbereitung, zielorientierter Massenbeeinflussung und den strikt hierarchisch-personalisierenden Grundstrukturen des politischen Herrschaftssystems in Deutschland. Ein Bericht⁸⁵ über die Tagung der NSDAP-Gauleiter und die Rede Hitlers vom 2. Februar 1934 läßt dazu einige Schlußfolgerungen zu, denn die Rede vor den Gauleitern geriet Hitler in mancher Hinsicht sehr offenherzig; in öffentlichen Reden zum gleichen Thema wählte er andere Formulierungen. Sie widerspiegelte die damals heranreifende innenpolitische Krise und den Versuch, die Probleme des Tages mit Veränderungen des politischen Systems zugunsten der strategischen Ziele zu lösen. Mit Abscheu und direkt gegen Ernst Röhm gerichtet, sprach er von den „Narren, die da behaupteten, die Revolution sei nicht beendet ...“ Als die wesentlichsten Aufgaben der NSDAP im Prozeß der zukunftsbestimmenden Verschmelzung von Partei und Staat definierte er:

- „1. Für die beabsichtigten Maßnahmen der Regierung das Volk aufnahmefähig zu machen,
2. angeordneten Maßnahmen der Regierung im Volk zur Durchsetzung zu verhelfen,
3. die Regierung in jeder Art und Weise zu unterstützen.“

Die insgesamt inneren Problemen gewidmete Rede gipfelte in folgender Aussage: „Gerade für außenpolitische Fragen ist es notwendig, das ganze Volk hypnotisch hinter sich zu haben.“ Er setzte einen Gedanken hinzu, der wohl für ihn und seine spezifische Individualität charakteristisch sein dürfte: „... die ganze Nation muß geradezu mit Sportgeist, mit Spielerleidenschaft an diesem Kampf interessiert sein; dies ist notwendig. Nimmt die ganze Nation an dem Kampf teil, so verspielt auch sie. Ist sie desinteressiert, verspielt nur die Führung. In einem Fall entsteht eine Wut des Volkes über den Gegner, im anderen über den ‚Führer‘.“

Unter solchen Aspekten entwickelte Hitler einige Grundsätze nationalsozialistischer Verwaltung bzw. Menschenführung. Es müsse für das Verhältnis von Macht und Massen erstens „Grundsatz bleiben, daß nicht mehr Befehle und Pläne, als die Apparatur verdauen könne, gegeben und erörtert würden, nicht mehr Befehle und Pläne, als in das Volk weitergetragen und in die Wirklichkeit umgesetzt werden könnten.“ Man dürfe auch nur jeweils einen Kampf führen. „Ein Kampf nach dem anderen ... Demgemäß müssen wir das ganze Volk immer nur mit einem Gedanken erfüllen, es auf einen Gedanken konzentrieren.“

Danach betonte Hitler die Notwendigkeit seines Führer-Gefolgschafts-Prinzips: „Führer, der vom Schicksal und nicht von einer Hausmacht auserwählt sei, könne immer nur einer sein; wer das ist, ist gar nicht so wesentlich, das Wesentlichste ist, daß alle hinter dem zweiten und den weiteren Führern stehen.“ Für Hitler war zwar ganz sicher wesentlich, daß er selbst nicht nur zweiter oder irgendein weiterer Führer war, dennoch ist seine komplexe Hierarchiesicht aufschlußreich. Hitler verstand sich offensichtlich nicht nur als Person, sondern auch als Modell, als Typ, als Systemfaktor zur größtmöglichen Mobilisierung der Massen wie zu deren Beherrschung in Krisenzeiten.

Unmittelbar aus der Krise von Anfang 1934 abgeleitet, verkündete Hitler auch folgenden Grundsatz nazistischer Führung und Verwaltung: „Wir dürfen keinen Kampf untereinander führen ...“, sonst könne das Volk „uns nicht blindgläubig vertrauen ...“ Daher dürfe es auch „keine überflüssigen Diskussionen geben.“ Er setzte hinzu: „Probleme, über welche die einzelnen Führungsstellen noch nicht im klaren sind, dürfen in der Öffentlichkeit keinesfalls diskutiert werden, denn sonst würde man dadurch der Masse des Volkes die Entscheidung zuschieben. Das war der Wahnwitz der Demokratie, aber dadurch verpraßt man den Wert jeder Führung. Der die Entscheidungen zu treffen

⁸⁵ Gauleitertagung am 2.2.1934 in Berlin. Ungezeichneter Durchschlag einer Niederschrift zur Rede Hitlers, in: Bundesarchiv Koblenz, NS 26/1290. Alle weiteren Angaben sind diesem vier Schreibmaschinenseiten umfassenden Dokument entnommen.

hat, muß sie treffen und alle anderen haben dahinter zu stehen. Die Autorität selbst des letzten Führers ist die Summe der Autorität aller Führer und – umgekehrt.“

Überschaut man diese Aussagen – sie könnten vielfach ergänzt und erweitert werden – dann wird deutlich, daß die Sicht der Naziführer auf den „Reifegrad“ der Massen für den Krieg von nahezu ausschlaggebender Bedeutung für ihre konkreten Entscheidungen über den kriegsvorbereitenden Einsatz der NSDAP war. Auf dem Weg in den Krieg spielte aus dieser Sicht heraus das faschistische Organisationssystem in seiner Gesamtheit eine wesentliche Rolle für die beabsichtigte Schaffung der dafür erforderlichen politisch-ideologischen und geistig-moralischen Voraussetzungen unter den Massen. Seit 1935/36 verlagerten sich seine Aufgaben und Funktionen immer stärker vom Mißbrauch der Massen für die Machtkonsolidierung hin zu ihrer Ausnutzung und Mobilisierung für die Machtexpansion. Im wesentlichen kristallisierten sich dabei folgende Merkmale und Aufgabengebiete der nazistisch organisierten und beeinflussten Massen heraus:

Alle nationalsozialistischen Organisationen waren erstens durch den hohen Grad ihrer Orientierung an den allgemeinen terroristischen Funktionen der Diktatur gegenüber den Massen gekennzeichnet. Sie fungierten auf allen Ebenen und in allen Bereichen des gesellschaftlichen Leben als eine den Staatsapparat ergänzende, dessen Kräfte potenzierende Bespitzelungs- und Verfolgungsinstanz, als ein politisch-soziales Kontrollorgan. Ihre Bedeutung ergab sich im einzelnen aus dem jeweiligen Beitrag, den sie beim Aufbrechen der traditionellen gesetzlichen und moralischen Schranken bürgerlicher Macht, bei deren Ersetzung durch bürokratisch-perfektionierte Willkür, bei der Demonstration von Allgewalt und Alltäglichkeit des Regimes zu leisten vermochten.

Zweitens stellten die NSDAP und ihre Organisationen ein stets einsatzbereites und rasch wandlungsfähiges Instrument dar, das zeitweilig sogar die grundsätzliche Diskrepanz zwischen den weitgespannten annexionistischen Zielen des Hitlerregimes und deren unzureichenden Realisierungschancen überdecken konnte. Angesichts der Anforderungen des Herrschaftssystems (Machtsicherung, Kriegsvorbereitung, Kriegführung, Okkupationsapparat u. ä. m.) erweiterten und radikalisierten sich die Kompetenzen zahlreicher NS-Organisationen. Diese Tatsache stärkte das Herrschaftssystem und schwächte es zugleich. Sie vertiefte den generell in der bürgerlichen Gesellschaft existierenden Dualismus von Parteien und Staat.

Das NS-Organisationssystem widerspiegelte drittens die mit der Errichtung der Hitlerdiktatur keineswegs beseitigte innere Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft und der herrschenden Klasse. Dies führte auch zu Organisationspartikularismus und schuf Möglichkeiten, einzelne Organisationen für Rivalitäten und persönliches Machtstreben zu nutzen. Die 1935 fixierte Struktur des Organisationssystems entstand im Rahmen des Konsolidierungsprozesses der Diktatur und insbesondere als Ergebnis der Auseinandersetzungen um den Platz ihres größten Verbandes, der Deutschen Arbeitsfront. Sie schrieb lediglich fest, was von den einzelnen Organisationen hinsichtlich ihrer rechtlichen, insbesondere ihrer finanziellen Unterstellungsverhältnisse bis dahin erreicht worden war. Die Zuordnung von sieben Organisationen zur NSDAP als deren Gliederungen, die Kennzeichnung von acht Organisationen als „angeschlossene Verbände“ der NSDAP sowie die später erfolgte Rubrizierung von „betreuten Organisationen“ – all das war widersprüchlich, situationsgebunden und geeignet, die (häufig allerdings überbewerteten) Kompetenzrängeleien zu fördern.⁸⁶

Den Mitgliedern der Organisationen kamen viertens unabhängig von deren jeweiligen Spezifika im wesentlichen gleiche Funktionen für die Mobilisierung im Krieg zu. Sie hatten als „Herrenmenschen“ willfähige, gehorsame und eigenem verantwortungsbewußten Denken entfremdete Verhaltenskontrollen durchzuführen, Menschen anderer oder nichtkonformer Gesinnung zu denunzieren sowie das normale Maß übersteigende „Leistungen“ aller Art bei der Kriegsvorbereitung und später bei der totalen Kriegführung zu vollbringen. Sie sollten den Eindruck von Dynamik, Aktivität und Ergebnisreichtum ihres Einsatzes erwecken, die Alltagserfahrungen der Menschen mit dem Herr-

⁸⁶ Zu diesem verwirrenden Bild vermochte sich selbst ein so logischer Denker wie Carl Schmitt nur formelhaft-nebulös zu äußern: „Partei und Staat sind unterschieden, aber nicht getrennt, verbunden, aber nicht verschmolzen.“ Schmitt, Carl, Staat, Bewegung, Volk, Berlin 1934, S. 21.

schaftssystem prägen sowie über die erstarrten neuen Strukturen und die grundlegenden Schwächen des Regimes hinwegtäuschen. Sie hatten in gleicher Weise mobilisierender Vermittler und „vorbildlicher“ Repräsentant der NS-Ideologie zu sein, noch mehr aber für plebiszitär angelegte Akklamationsakte aller Art zur Verfügung zu stehen. Schließlich sollten mit ihrer Hilfe die wachsenden personellen Anforderungen des Apparates, im Krieg auch die der Okkupationsinstanzen erfüllt werden.

Die NSDAP richtete in der zweiten Hälfte der 30er Jahre alle Tätigkeit sowie ihren gesamten Apparat immer stärker auf die Bedürfnisse eines neuen Aggressionskrieges aus. Sie lockerte die 1933 eingeführte Sperre und nahm 1937 zwei Millionen neue Mitglieder auf.⁸⁷ Gleichzeitig verstärkte sie unter den Beamten, unter einigen Gruppen der Intelligenz sowie in bestimmten Territorien⁸⁸ den Zwang zum Beitritt in eine ihrer Gliederungen oder einen angeschlossenen Verband. Die Hitlerjugend wurde mit dem Gesetz vom 1. Dezember 1936 zu einer Staatsjugendorganisation erklärt, die sogenannte Flieger-SA 1937 zum eigenständigen Nationalsozialisten Fliegerkorps umgebildet. Die Auslands-Organisation der NSDAP erhielt zur gleichen Zeit einen neuen Rang, als ihr Leiter Ernst Wilhelm Bohle zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt ernannt wurde. Vor allem schob sich die SS – seit dem 30. Juni 1934 wichtigste terroristische Organisation – schrittweise in das Zentrum des gesamten zentralisierenden Repressivapparates. Ihre Bedeutung wuchs parallel zu den immer konkretere Gestalt annehmenden Plänen für die einzelnen militärischen Überfälle. Ausdruck und Grundlage dieser Prozesse bildete die Ernennung Heinrich Himmlers zum „Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei“ am 17. Juni 1936. Gleichzeitig gerieten ab Mitte der dreißiger Jahre alle deutschums- und kolonialpolitischen Organisationen, die 1933 dadurch der „Gleichschaltung“ entgangen waren, daß sie von selbst in den braunen „Gleichschritt“ verfielen, unter den zentralisierenden und auch auf neue Ziele orientierenden Einfluß der NSDAP. Der Volksbund für das Deutschtum im Ausland erlebte ebenso wie der erst 1933 geschaffene Bund Deutscher Osten und der Reichskolonialbund eine strikte Zuordnung zur Volksdeutschen Mittelstelle als einer neuen und unter der Führung der SS stehenden Koordinationsstelle der „NS-Volkstumspolitik“. Anfang 1938 übernahm Hitler den direkten Oberbefehl über die Wehrmacht. Mit Joachim von Ribbentrop und Walther Funk gelangten zwei weitere NSDAP-Führer an die Spitze des Auswärtigen Amtes bzw. des Reichswirtschaftsministeriums.

Neben solchen spektakulären Revirements fand auch – sozusagen im stillen – ein erheblicher Ausbau der innerparteilichen Machtinstrumentarien statt, der im folgenden nur angedeutet werden kann. So erweiterte die NSDAP 1937 den Apparat ihrer Reichsleitung beispielsweise durch die Einrichtung einer „Abteilung M“ im Stab des Stellvertreters des Führers.⁸⁹ Das Kürzel stand für den Begriff der Mobilmachung. Deren Prinzipien und Leitlinien wurden aus der Wehrmacht übernommen und unter der Leitung eines SS-Offiziers auf alle Bereiche der NSDAP übertragen. Ihre ersten Weisungen und Anordnungen unterlagen den höchsten Geheimhaltungsstufen, weil unter allen „Umständen eine Kriegspsychose“ zu vermeiden sei.⁹⁰

⁸⁷ Am 1.1.1935 verfügte die NSDAP über 2.493.890 Mitglieder. Dabei kamen auf ein Parteimitglied 26,4 Einwohner bzw. 5,38 Wahlberechtigte des Deutschen Reiches. Siehe Partei-Statistik, Stand 1.1.1935 (ohne Saargebiet), Bd. I: Parteimitglieder. Hrsg. Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, S. 36 ff. Im Oktober 1936 forderte Hitler sogar, jeden 10. Einwohner parteiorganisatorisch zu erfassen. Joseph Goebbels schrieb am 22.10.1936 in sein Tagebuch: „Der Führer will die Partei auf 7 Millionen Mitglieder bringen, 10% des Volkes. Das ist richtig. Frisches Blut in die Organisation. Sonst wird sie sensil.“ Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-194 I. Bd. 2: 1.1.1931-31.12.1936, München u. a. 1987, S. 703.

⁸⁸ Die NSDAP-Reichsleitung stellte fest, „daß sich eine Mitgliederaufnahme für die Partei zuerst in folgenden Gauen notwendig macht: Westfalen-Nord, Groß-Berlin, Pommern, Schlesien, Westfalen-Süd, Baden, München-Oberbayern usw.“ Partei-Statistik, S. 314.

⁸⁹ Siehe Demps, Laurenz, Dokumente zur Funktion der faschistischen Partei (NSDAP) bei der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges (1937-1939), in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, Nr. 3/4/1977, S. 52 ff. Siehe auch Weißbecker, Manfred! Noack, Gert, „Die Partei als Rückgrat der inneren Front“. Mobilmachungspläne der NSDAP für den Krieg (1937-1939), in: Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939), Hrsg. Dietrich Eichholtz/Kurt Pätzold, Berlin 1989, S. 67 ff.

⁹⁰ Rundbrief von SS-Brigadeführer Kurt Knoblauch, Leiter der Abteilung M, an alle M.-Beauftragten vom 25.6.1938, in: Bundesarchiv Koblenz, NS 6/355, Bl. 75.

Hand in Hand mit der Ausarbeitung der Pläne zur „Mobilmachung der NSDAP für den A-Fall“ erfolgten weitere Sicherungsmaßnahmen, die ein bezeichnendes Licht sowohl auf die Absichten als auch auf die Situation der Nazi-Partei vor dem zweiten Weltkrieg werfen. So erging am 1. Juli 1938 ein von der „Abteilung M“ ausgearbeitetes und von Rudolf Heß unterzeichnetes „Geheimes Material betr. Abwehrmaßnahmen der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände“, das die „Zuverlässigkeit auch der kleinsten Parteidienststelle“ forderte.⁹¹ Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß der „Reichsverteidigungsreferent der NSDAP und Leiter der Mob.-Abteilung“ im Stab des Stellvertreters des Führers auch die Funktion eines Abwehrbeauftragten der Partei übernommen habe. Dem folgten am 1. März 1939 „Richtlinien für die abwehrmäßige Überprüfung von Arbeitskräften bei Behörden und Dienststellen außerhalb der Wehrmacht“.⁹²

Im Sommer 1938 arbeitete der Heß-Stab mit Nachdruck an einer präzisierten Fassung der „Disziplinarstrafordnung für die Politischen Leiter der NSDAP“. Auch das erfolgte mit dem Blick auf die Mobilmachung für den Krieg. In diesem Zusammenhang äußerte sich Reichsamtseiter Albert Hoffmann über die Notwendigkeit, auch durch die Nazi-Partei Freiheitsstrafen verhängen zu können. Im Kriegsfall komme man „um eine derartige Maßnahme“ nicht herum. Seine aufschlußreiche Begründung lautete: „Die Ausstoßung disziplinloser Parteigenossen aus der Gemeinschaft der Partei wird in unruhigen Zeiten ungenügend sein, da diese Geister dann froh sind, wenn sie der Kontrolle der Partei nicht mehr unterstehen und freiweg meckern können. Eine Inhaftierung von Parteigenossen in staatlichen Strafanstalten kann natürlich in keinem Fall in Frage kommen, es können nur Arrestlokale verwandt werden, die in parteieigenem Besitz sind (z. B. in der SS-Verfügungstruppe) ...“⁹³ Gleichzeitig wurde überlegt, im Interesse der „Menschenführung“ den Reichsnährstand und die Reichskulturkammer“ in die Partei zu übernehmen“ und zu Organisationen umzugestalten.⁹⁴

Die „Abteilung M“ übernahm schließlich im Rahmen der Sicherungsmaßnahmen für die Mobilisierung der NSDAP auch die Aufgabe, für deren „Selbstschutz“ Sorge zutragen. Ihr Leiter versandte am 29. Juli 1939 eine detaillierte „Anweisung für den Aufbau und die Durchführung des erweiterten Selbstschutzes und Selbstschutzes in den Dienststellen der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände“. Als sogenannte Selbstschutzreferenten bei den Gau- und Kreisleitungen der NSDAP waren hauptamtliche SA-Führer vorgesehen, die in enger Zusammenarbeit mit den Dienststellen des Reichsluftschutzbundes wirken sollten.⁹⁵

* * *

Alle Maßnahmen dieser und ähnlicher Art belegen, daß die Führung der NSDAP 1938/39 das Resultat ihrer politisch-ideologischen Anstrengungen zur Mobilisierung der Massen als unzureichend und unbefriedigend einschätzte.⁹⁶ Offensichtlich hatte sie noch nicht ihre eigene Friedlosigkeit und menschenverachtende Kriegsbereitschaft als alleinige Grundlage allen Denkens und Handelns in Deutschland durchsetzen können, obwohl sich der größte Teil der Bevölkerung weitgehend mit dem Regime und insbesondere mit seinem obersten Repräsentanten identifizierte. In der Volksstimmung existierte ein widersprüchliches Gemisch von Friedensgläubigkeit und Kriegsangst, von völligem Einverständnis mit der so friedfertig erscheinenden Außenpolitik und Hoffnung auf weitere „groß-deutsche“ Eroberungen ohne Krieg. Da solche Stimmungen weder präzise bewertet noch ihre Entwicklungsrichtungen genau bestimmt werden konnten, breiteten sich im Macht- und Propagandaapparat Unsicherheiten aus. Mit dem wachsenden Tempo kriegsentsesselnder Politik nahm auch die pragmatisch-kurzatmige Hektik in der politisch-ideologischen Beeinflussung der Massen zu.

⁹¹ Ebenda, NS 6/454, Bl. 22 ff.

⁹² Ebenda, Bl. 26 ff.

⁹³ Briefe von Helmut Friedrich, Hauptamtsleiter im Stab des Stellvertreters des Führers, bzw. an Pannenborg, Stellenleiter im Stab des Stellvertreters des Führers, vom 31.8.1938, in: Ebenda, NS 6/380, Bl. 66 und 139.

⁹⁴ Brief von Pannenborg an Hoffmann vom 27.7.1938, in: Ebenda, Bl. 141.

⁹⁵ Ebenda, NS 6/453, Bl. 7 ff.

⁹⁶ Siehe Pätzold/Weißbecker, S. 297 f.

Als schließlich der neue Weltkrieg vom Zaun gebrochen war und sich alle Befürchtungen, man werde die Massen nicht so ohne weiteres zum bedingungslosen Marschieren bringen, als unbegründet herausgestellt hatten, konnte das Führungskorps der NSDAP in aller Öffentlichkeit bekennen, eine Partei des Krieges und für den Krieg zu sein. Robert Ley plauderte im September 1939 freimütig aus, die Partei sei von Hitler in erster Linie aus der „Erkenntnis“ heraus geschaffen worden, daß ein moderner Krieg keineswegs „nur eine Angelegenheit der Soldaten“ sein werde.⁹⁷ Er postulierte die Notwendigkeit einer „inneren Front“. Die „Heimatfront“ habe die gleiche Bedeutung wie die militärische gegen den äußeren Feind. Die NSDAP verstand sich selbst als stärkendes und schützendes „Rückgrat“ dieser Front im Innern, einer Front gegen das eigene Volk.⁹⁸

In solchen Einschätzungen und Maßnahmen widerspiegeln sich die Erfahrungen, daß bis 1938/39 die friedensdemagogische Propaganda einer der ausschlaggebenden systemstabilisierenden und die Massen mobilisierenden Faktoren gewesen war, und besorgte Fragen, wie es jetzt in dieser Hinsicht weiter gehen sollte. Es ist hier nicht der Platz, den Entwicklungsprozessen im Verhältnis der Massen zum NS-Regime während der Kriegsjahre nachzuspüren. Da wäre sicher zunächst von einer Erweiterung und Vertiefung des Masseneinflusses nach den erfolgreichen Blitzkriegen zu reden, aber auch von den ersten Tendenzen einer Lockerung im Vertrauen zur NSDAP nach dem Überfall auf die UdSSR und den einsetzenden unverkennbaren militärischen Niederlagen. Da wären weiter jene Faktoren des herausgeforderten Nationalgefühls und des aufkeimenden Schuldbewußtseins zu analysieren, die nach der Kriegswende neu zugunsten des Regimes wirkten, das außerdem die terroristischen Fesseln enger und enger ziehen ließ. Ebenso wären neuerliche Veränderungen im Wechselverhältnis zwischen den traditionellen Eliten und der nationalsozialistischen Parteiführung festzustellen. Sie führten nicht zuletzt zum Anwachsen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler sowie zum Versuch eines antifaschistischen Aufstandes am 20. Juli 1944, worin ein regelrechtes Aufsprengen jenes hohen Grades an innerer Verflechtung unter den herrschenden Kreisen Deutschlands, der sich seit der Mitte der dreißiger Jahre und insbesondere in den ersten Kriegsjahren herausgebildet hatte, zum Ausdruck kam.

Welche Antworten die Forschung dazu auch im einzelnen bereit hält, auf eine Tatsache würde man bei allen weiteren Untersuchungen immer wieder stoßen: Die entscheidenden Schritte der NSDAP in den Krieg, die nationalsozialistische Kriegsideologie in Aktion und die Erfüllung des Ziels, eine Partei des Krieges und für den Krieg sein zu wollen, – alles das bedeutete den Anfang vom Ende ihrer Existenz, bedeutete gleichsam den Auftakt zu ihrer Zerschlagung und ihrem Verbot, die 1945 von den Siegermächten vollzogen wurden.

Die NSDAP – aus dem ersten Weltkrieg erwachsen und selbst von Krieg zu Krieg treibend – geriet in dem mit ihrer Hilfe entfesselten zweiten Weltkrieg zwangsläufig in den Strudel einer von vornherein absehbaren und unvermeidbaren Katastrophe. In diese riß sie die betrogenen, getäuschten und dennoch mitschuldig gewordenen Massen hinein. In ihre totale Niederlage verstrickte sie aber auch jene Kräfte der über die Massen herrschenden Schichten, die es – wider alle Vernunft und ohne jeglichen Realitätssinn – für möglich, ja sogar für notwendig gehalten hatten, die Zukunft der bürgerlichen Gesellschaft Deutschlands einem neuen mörderischen Weltkrieg anzuvertrauen und das deutsche Volk einer solchen friedlosen, menschenverachtenden Partei wie der NSDAP zu unterwerfen.

Ludwig Nestler (Hrsg.), Der Weg der Eliten in den zweiten Weltkrieg. Akademie-Verlag, Berlin [1990], S. 327-381.

⁹⁷ Ley, Robert, Die Partei als Rückgrat der inneren Front, in: Völkischer Beobachter vom 23.9.1939. Der Artikel erschien auch etwas variiert unter dem Titel „Die innere Front tut ihre Pflicht“, in: Der Schulungsbrief. Hrsg. Der Reichsorganisationsleiter. 9. Folge 1939, S. 330 ff.

⁹⁸ Siehe Heydrich, Reinhard, Der Volksmeldedienst. Die Mobilmachung gegen Verrat und Denunziation, in: Ebenda, S. 338 f.

Gedanken zur Verantwortung des Historikers in seiner Zeit¹

Nur wenige Worte sind es, die im Titel der ersten Heinrich-Luden-Vorlesung an der Jenaer Universität stehen: Worte, mit denen wir alle tagaus, tagein umgehen, Begriffe, die wir häufig im Munde führen, und die dennoch mitunter zu geistloser Alltäglichkeit geraten. Gewählt wurden sie – dem heutigen Anlaß und den drängenden Herausforderungen unserer Zeit gemäß –, weil sie ständiger Beachtung, immer wieder einer gründlichen Interpretation und erst recht der Pflicht zu ihrer Erfüllung bedürfen.

Sicher wird das Wort Gedanken aus der Reihe jener im Titel verwendeten Begriffe am wenigsten den Anspruch des Themas repräsentieren. Allenfalls kann – und soll – es vor Anmaßung und allzu hohen Vollständigkeitserwartungen bewahren, die ohne seine Verwendung zu vermuten wären. Gemeint sind damit vor allem Teile und Resultate eines unaufhörlichen, ununterbrochenen Denkprozesses in der menschlichen Gesellschaft, in dem sich Allgemeines und Einzelnes, Wesentliches und Unwesentliches, Notwendiges und Zufälliges in bunter Mannigfaltigkeit vereinigen. Gleichermaßen aber sind Gedanken zu verstehen als hervorhebenswerte Sätze, als Leitsätze, die in ihrer sozialen Bedingtheit dem historischen Aspekt jeglichen Denkens entspringen, aus geschichtlichen Erfahrungen stammen und die – richtig angewandt – künftige Geschichte bewirken zu helfen vermögen.

Verantwortung – ein Begriff, der gerade heute überall und immer wieder auftaucht, mit Recht, so meine ich; ein Begriff mit vielen Gesichtern, von dem ich persönlich in der Zeit meiner Ausbildung wenig gehört habe und von dem ich hoffe sagen zu können, daß er doch meine ganze Tätigkeit bestimmt, nicht zuletzt deshalb, weil ich ihn vorgelebt und demonstriert, ja verkörpert fand in einem Lehrer, Genossen, Kollegen und Freund, den heute zu ehren allen Versammelten ein Bedürfnis ist, auch mir mit den gewiß bescheidenen Mitteln dieser Vorlesung, in deren Mittelpunkt ein anderer Geschichtsschreiber und allgemeine Anforderungen an uns alle stehen werden.

Von den Begriffen der Überschrift bleiben noch Historiker und Zeit. Ersterer zielt nach meinem Verständnis nicht nur auf den Geschichtswissenschaftler, auf ihn zwar besonders und auch in allen seinen individuellen Temperamenten und persönlichen Denkweisen, aber daneben auch auf den Geschichtslehrer, den Hobby-Forscher, den historisch interessierten Laien, den Studiosus des Faches ebenso wie auf den angehenden Jünger unserer Muse Klio. Am schwierigsten dürfte zu definieren sein, worin die Zeit des Historikers, worin seine Zeit besteht, von welcher Art also seine Epochen- und Zeitverbundenheit zu sein hat. Vielleicht genügt an dieser Stelle zunächst ein Hinweis auf Altmeister Heinrich Ludens Wort, das als Motto unserer Einladung für den Start der geplanten Reihe von Traditionsvorlesungen vorangestellt worden ist, und demzufolge die Geschichte nicht mehr, aber auch nicht weniger als eine „Nachzeichnung der Erscheinungen des Lebens in der Zeit“ sei.²

Dem einen oder anderen mag der Begriff der Nachzeichnung nicht recht behagen. Was Luden damit meinte, erläuterte er 1806 – soeben in Jena angekommen – in einem Gespräch mit Goethe, der ihn neckte, ja provozierte und der das „Geschichte lehren“ auf „Geschichte erzählen“ zu beschränken versuchte. Es klingt schon etwas boshaft, wenn Goethe zu Luden bemerkte: „Warum sollte das Lehren der Geschichte Ihnen nicht gelingen? Sie haben eine reine, wohlklingende Stimme und gute Manieren.“ Der damals 57jährige Minister, neugierig auf den neuen, 28 Jahre jungen Universitätsprofessor und interessiert an dessen Meinung, fuhr fort: „Sie werden gut erzählen und das Erzählen ist leicht. Und wer hört nicht gern guten Erzählungen zu? Das Kind liebt es, sich was erzählen zu lassen, und der Greis hat noch dieselbe Lust oder dieselbe Schwachheit, gleichviel.“³ Darauf gab Luden mit Bedacht und nicht ohne leisen Trotz zur Antwort: „Eine Erzählung, welcher Jung und

¹ Vortrag im Rahmen der Heinrich-Luden-Vorlesung an der Sektion Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der zugleich anlässlich des 60. Geburtstages von Prof. Dr. phil. habil. Dieter Fricke am 22. Juni 1987 gehalten wurde. Der Vf. ist Prof. Dr. Herbert Gottwald zu großem Dank für die Unterstützung und Förderung des Manuskripts verpflichtet.

² Zit. nach Hans Ehrentreich: Heinrich Luden und sein Einfluß auf die Burschenschaft, Heidelberg 1913, S. 49.

³ Heinrich Ludens Gespräche mit Goethe. Hrsg. von Erich Rosendahl, Hildesheim/Leipzig 1932, S. 43 f.

Alt ein geneigtes Ohr leiht, die Erzählung einer Anekdote nämlich, mag leicht sein, und doch gibt es nicht viele Menschen, die eine Anekdote gut zu erzählen wissen. Die Erzählung großer und komplizierter Ereignisse hingegen, wie sie im Leben der Völker und Staaten vorkommen, hat denn doch wohl einige Schwierigkeiten, die nicht oft überwunden werden. Wenigstens wüßte ich nicht, daß es viele große Lehrer der Geschichte gegeben hätte, d. h. solche Lehrer, welche die Gegenstände der Geschichte klar und anschaulich zu entwickeln und ein lebendiges Interesse in ihren Zuhörern zu erregen und zu erhalten verstanden hätten. Und alsdann ist ja auch die bloße Beschreibung geschichtlicher Dinge oder die bloße Erzählung der Begebenheiten nicht die Hauptsache bei dem Lehren der Geschichte: es soll vielmehr durch die Erzählung der Sinn und die Bedeutung der Begebenheiten erkennbar gemacht werden.“

Voller Stolz und Selbstachtung setzte Luden hinzu; „Was aber das Studium der Geschichte betrifft, so ist dasselbe, weil das Feld unermesslich ist, gewiß das schwierigste von allen Studien.“⁴

An anderer Stelle bezeichnete er das Studium der Geschichte sogar als „das Thermometer des wissenschaftlichen Geistes auf einer Universität“⁵, woran – mit Verlaub gesagt, und ohne Naturwissenschaftlern zu nahe treten zu wollen – eigentlich auch heute noch ein interessanter interdisziplinärer Disput anknüpfen könnte.

Heinrich Luden: Ihm stiftete die Alma mater jenensis 1983 ein Denkmal in der Goethe-Allee. Sie nahm ihn damit gleichsam in ihre *via triumphalis* auf, sich mit Stolz an jenen Historiker erinnernd, der für vier Jahrzehnte in Jena Geschichte lehrte und der ebenso wie Friedrich Schiller, Johann Gottlieb Fichte, Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Friedrich Wilhelm Schelling und viele andere mehr die Jenaer Universität zur geistig führenden Hochschule der damaligen Zeit erhob.

Heinrich Luden hatte eine seiner bedeutungsvollen Vorlesungen mit den heute als Motto gewählten Worten begonnen. Sie trug die Bezeichnung „Bemerkungen über das Wesen der Geschichte eines einzelnen Volkes“ und kam auf uns durch Kolleghefte, die 1823 von der preußischen Polizei bei burschenschaftsverbundenen Studenten beschlagnahmt wurden. Luden stellte, seine progressiven Maßstäbe für die Bewertung von Geschichte sowie seiner Zeit hervorkehrend, die Frage nach der „Grundwahrheit, nach welcher die Erscheinungen im Leben eines Volkes gemessen werden müssen“ und beantwortete sie damit, daß jedes Volk „alle Kräfte und Gaben entwickeln“ solle, „die es in sich hat“, daß das Volk „alles aus sich machen soll, was es werden kann“.⁶

Sind wir damit aber nicht bereits bei der zentralen Frage nach der Verantwortung des Historikers für ein sinnvolles Leben des Menschen, für das menschliche, das menschwürdige Leben? Steht die Arbeit des Historikers also, um sowohl mit Luden als auch mit dem der Jenaer Universität ebenfalls eng verbundenen Johannes R. Becher zu sprechen, in einem für alle Zeiten gültigen humanistischen „Zeichen des Menschen und der Menschheit“?⁷ Die unmittelbar zeitgebundenen Dimensionen solcher Aussagen treten allerdings deutlich hervor, nennt man für Ludens Sentenz die Jahreszahl 1819, für die Bechers das Jahr 1935. Erstere muß vor dem Zeithorizont gesehen werden, der vielfach von den Bemühungen um eine spätf feudale Restauration geprägt war, aber auch von aufflackernden Oppositionsbewegungen. Letztere fiel in einer Zeit, in der vieles – insofern der unseren noch stärker vergleichbar – auf existenzielle Belange hinauslief, das Leben vieler Völker faschistischer Bedrohung und Sklaverei ausgesetzt war.

1819 – das war das Jahr der Karlsbader Beschlüsse und damit der Höhepunkt der Restaurationspolitik in Deutschland, als insbesondere die preußische, österreichische und russische Reaktion daran ging, die gefährlichen Flammen der französischen Revolution auszulöschen. Es war die Zeit, in der durch strenge Überwachung aller Universitäten, durch Verbot von Studentenverbindungen, durch

⁴ Ebenda, S. 44.

⁵ Zit. nach Elisabeth Reissig: Heinrich Luden als Publizist und Politiker. In: Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichts- und Altertumskunde. Neue Folge, 23. Bd., Jena 1918, S. 209.

⁶ Zit. nach Ehrentreich.

⁷ Johannes R. Becher; Im Zeichen des Menschen und der Menschheit. In: ders., Publizistik I, 1912-1938 (Gesammelte Werke, Bd. 15), Berlin/Weimar 1977, S. 451.

verschärfte Zensur für Zeitschriften und Bücher und durch die Einsetzung einer Zentralkommission zur Untersuchung aller „revolutionären Umtriebe“ jedes freiheitliche politische Leben erstickt und die Entfaltungsmöglichkeiten der antifeudalen Opposition in den deutschen Staaten beträchtlich eingeschränkt wurden. Auch über den Zustand der Jenaer Universität wurden Untersuchungen durchgeführt, Lorenz Oken, Jakob Friedrich Fries und auch Heinrich Luden in eine Reihe von Prozessen verwickelt, die bei Oken 1819 zur Dienstentlassung führte, bei Fries und Luden Verwarnungen zur Folge hatten. Unter dem Druck der Reaktion mußte Luden 1818 die Herausgabe seiner politischen Zeitschrift „Nemesis“ einstellen.

Jene 12 Jahre faschistischer Barbarei in unserem Jahrhundert, mit denen ein Goebbels – wie vor ihm bereits Mussolini – das Jahr 1789 ganz und gar aus der Geschichte „ausstreichen“ wollte, brachten noch unsägliches Leid, noch größere Opfer, noch höhere Verantwortung für die, die sich mit der Geschichte beschäftigten. Wir wollen: fast alle aus unserer Zunft sind ihrer Verantwortung gerade in dieser Zeit nicht gerecht geworden. Sie ließen sich in den Dienst an der extrem reaktionären, antibürgerlich firmierten Bürgerlichkeit treiben, sie stellten sich dem sogenannten „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“⁸, als 1940/41 die „Neuordnung Europas“ auch einer geschichtlichen Interpretation faschistischer Vorherrschaftsbestrebungen und historisierender Rechtfertigungen des neuen Weltkrieges bedurfte.

Der antifaschistische Widerstand kennt demgegenüber zahllose Beispiele verantwortungsbewußten Umgangs mit der Geschichte, ja er ist in der Bestimmung seiner einzelnen Schritte und seiner Ziele ohne sie nicht recht vorstellbar.

Welches Wort wäre wohl heute angebracht, in einer Zeit, die wie keine andere jemals zuvor zu verantwortungsvoller Mitwirkung aller an der Lösung eines geschichtlichen Problems herausfordert, an der Erhaltung des Friedens als dem wichtigsten Menschenrecht zum Leben, als Voraussetzung weiteren Fortschritts überhaupt! Auf jeden Fall muß es auch das Wort des Historikers sein, will er nicht in verantwortungsloser Duldsamkeit die Geschichte auf einen atomaren Friedhof führen lassen.

Doch zunächst noch einmal zurück zu Heinrich Luden, für den „ein Volk gar nicht denkbar“ war, würde ihm nicht jene „Eigentümlichkeit“ – so nannte er es – zugebilligt, in Freiheit und Selbständigkeit sich selbst zu entfalten, seine Gaben vollständig zu entwickeln und zu nutzen, seine Kräfte im „Verhältnis der Natur und der Zeit“ produktiv und menscheitsdienlich zu gebrauchen. 1809 und 1819 hielt Luden Vorlesungen über Politik, die zu seinen besten Leistungen zählten, die seinen ausgeprägten demokratischen und dem historischen Fortschritt in seiner Zeit verpflichteten Standpunkt erkennen ließen. In enger Anlehnung an Jean-Jacques Rousseau sprach Luden von der Souveränität des Volkes. Überliefert ist der klare, apodiktisch anmutende Satz: „Die Personen, welche die Regierung bilden sollen, werden ohne Zweifel von den sämtlichen Staatsbürgern frei gewählt werden, mithin wird die Regierung Gewalt nur durch den Willen des Volkes erhalten.“⁹

In einem Polizeibericht – man spürt förmlich das Unbehagen und elitäre Naserümpfen der Verfasser – wurde Ludens Grundsatz betont, daß alle Menschen gleiche Rechte besäßen. Er habe die Lehre aufgestellt, „1. ‚daß es Gebot der Menschheit und Pflicht des Menschen sei, die bestehenden Staats-Verfassungen nach jenen Theorien zu verändern und einzurichten‘; 2. daß quod vodum hierbei allerdings mit ‚Vorstellungen und andern Mitteln der Güte anzufangen‘ sei; daß aber 3. ‚wenn, die Personen, welche die Regierung führen‘, auf diese Mittel nicht achten, wie er sich wörtlich ausdrückt, ‚Gewalt gegen Gewalt zu setzen‘ und ‚das Volk an seine eigenen Kräfte gewiesen sei‘, wobei der Luden metaphysisch entwickelt, daß dies nicht unrecht sei, weil die Regierung unrecht handle, wenn sie den Forderungen der Vernunft das Gehör versage, und also aufhöre, eine gesetzmäßige Regierung zu sein, und ihre Anordnungen, Gesetze usw. nichtig und unverbindlich seien.“¹⁰

⁸ Siehe Karen Schönwälder: Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften. In: Forum Wissenschaft. Hrsg. vom Bund demokratischer Wissenschaftler, Marburg, H. 2/1985, S. 28 f.

⁹ Zit. nach Karl Obermann: Heinrich Luden. In: Die deutsche Geschichtswissenschaft vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Reichsgründung von oben. Hrsg. von Joachim Streisand, Berlin 1965, S. 98.

¹⁰ Zit. nach ebenda, S. 98 f.

Wen wundert es nach solchen Worten, auch beim alten Luden ein Geschichts- und Zeitverständnis anzutreffen, in dem Fortschrittsbejahung und Revolutionseinsichten dominierten. Ende der dreißiger und Anfang der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts schrieb er – entgegen dem Geist der Zeiten und der Herren eigener Geist – jene Zeilen, die sich in der erst nach Ludens Tod veröffentlichten Schrift „Rückblicke in mein Leben“ finden: Revolutionen, so meinte er, „... sind Wirkungen von Ursachen, welche in dem Gange, in den Verhältnissen des Lebens lagen, und werden Ursachen von Wirkungen in demselben Leben. Unsere Abscheu wird nichts ändern und nichts bessern; sie ist unnütz, eitel, albern. Wem daher das Leben der Menschen nicht überhaupt gleichgültig und wer im besonderen ein Urteil über Revolutionen haben will, der muß sie zu verstehen, zu erklären und zu begreifen trachten. Er muß die Ursachen erforschen, die Veranlassung untersuchen, den Gang beobachten, die Resultate erwägen“.¹¹

Diesen methodischen Vorschlägen ist kaum etwas hinzuzufügen. Es darf auch nichts gestrichen werden, weil etwa – was verständlich ist – luden noch nicht im Kampf der Klassen, im Kampf des Neuen gegen das Alte den entscheidenden Entwicklungsgang der Geschichte zu sehen vermochte. Leben, Zeit, Menschheit – das waren für ihn Begriffe, in denen Allgemeines und Konkretes sich gleichzeitig spiegelten, in denen aber die Grundpositionen gegen den Feudalismus immer präsent blieben. Das galt auch für seine Aussage „von dem freien, selbständigen und entscheidenden Urteile des Historikers, das aus den Gesetzen der Natur, aus dem Wesen des menschlichen Geistes, aus den edelsten Gefühlen in der menschlichen Brust, aus der ganzen Stellung der Zeit, aus der Lage der Länder und Völker, aus allen politischen, religiösen und sittlichen Verhältnissen der Menschen, von welchen die Überlieferung spricht, hervorgegangen ist, und deswegen auf Wahrheit Anspruch macht.“¹²

Wo steht der Historiker in seiner Zeit? Wo stehen wir als Geschichtswissenschaftler in unserer Zeit? Welchem Wahrheitsanspruch sind wir verpflichtet? Vielleicht wäre es exakter und sinnvoller zu fragen: wofür steht ein Historiker in seiner Zeit ein? Denn unbestritten ist es wohl, daß jeder in seiner Zeit lebt, mit der Gesellschaft seiner Zeit durch mehr als tausend Fäden verbunden ist, sich als ihr Spiegel und Ergebnis zu betrachten hat. Jedes Individuum, so lesen wir bei Marx und Engels, verkörpert in sich das „Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“.¹³ Aber mehr noch: Da in der Klassengesellschaft das soziale Dasein des Menschen auf der Spaltung der Menschen in Klassen beruht, war und ist jeder seinem sozialen Wesen nach unter diesen Verhältnissen ein Klassenindividuum. Erst recht gilt das für den, der sich wissenschaftlich mit der Geschichte, mit dem Leben des Menschen in der Klassengesellschaft beschäftigt. Die Geschichte bietet nun einmal, je nach dem klassenmäßigen Standort, unterschiedliche Lehren an. Die *historia magistra vitae* ist selbst von sozialer Natur und Gebundenheit. Dem kann sich kein Historiker entziehen. In seiner Tätigkeit hängt bereits die Auswahl der Fakten, erst recht natürlich deren Interpretation in hohem Maße vom Ort des Forschers in der Gesellschaft ab, vom Eingebundensein in seine Zeit. Seine Weltanschauung, seine ideologisch-theoretische Grundorientierung, sein persönliches Verantwortungsbewußtsein vor der Gesellschaft und vor den Wissenschaften von der Gesellschaft bestimmten und bestimmen weitgehend den Weg zum tieferen Sinn der historischen Fakten. Jeder positivistische Versuch, ein angebliches Recht auf freie Deutung der Fakten wahrnehmen zu wollen, öffnet dem Subjektivismus Tür und Tor. Dann besteht die Gefahr, willentlich oder unwillentlich Irrtümer zu verbreiten. Der Historiker ist nun einmal kein schlichter Registrator von Gewesenem, was ja so nicht einmal für Ranke zutrifft¹⁴, auf den sich alle berufen, die allein vom Gewesenen zu reden vorgeben. Er muß dessen Gesetzmäßigkeiten, gleichsam die innere Logik der Geschichte erschließen, um Lehren ziehen zu können, um gegenwarts- und zukunftsirksame Ideale zu fixieren, die seinen Lebenssinn und den seiner Klasse in der Gesellschaft ausmachen.

¹¹ Heinrich Luden: Rückblicke in mein Leben, Jena 1847, S. 233 f.

¹² Ebenda, S. 237.

¹³ Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1969, S. 6.

¹⁴ Siehe Gerhard Lozek: Der Epochebegriff bei Ranke. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 4/1987, S. 291 ff.

Dieses „Auf du und du mit der Geschichte“ sein – das hat grundsätzlich „nichts gemein mit irgendeiner beschaulichen Reminiszenz“. Die Kenner unter uns wissen sicher, daß ich diesen letzten Satz aus einer kleinen, aber originellen und daher geschichtspropagandistisch besonders wertvollen Schrift Dieter Fricke zitiert habe. Sie entstand anläßlich des 30. Jahrestages der Gründung der DDR und enthielt auch das Wort, die Geschichte sei „entscheidendes Rüstzeug für das Heute und Morgen“.¹⁵ Vielleicht darf sich der Historiker, gerade wenn nach seiner Verantwortung gefragt wird, als ein Träger und Vermittler der wissenschaftsethischen Mission der Geschichte verstehen.

Nur wissenschaftsgeschichtliche Ignoranten, Dummköpfe oder politisierende Scharlatane können diese Tatsache verkennen. Es gibt sie auch unter Historikern oder sagen wir lieber: es gibt sie unter jenen, die die Geschichte mißbrauchen und mißhandeln, um den Massen Absurdes plausibel machen zu können. Von ihnen soll hier weniger die Rede sein, mehr von jenen, die ernsthaft forschen, empirisch teilweise Hervorragendes leisten und gleichzeitig für sich in Anspruch nehmen, losgelöst von den Zeiten und über ihnen schwebend, ein „Ideal des freien, schöpferisch arbeitenden, aus eigenem persönlichen Antrieb und in eigener Verantwortung forschenden Historikers“¹⁶ zu verkörpern.

Ganze Bände ließen sich mit Beispielen dieser Art füllen. In der Zeit des Kalten Krieges postulierte beispielsweise Reinhart Beck, ein konservativer Historiker der BRD, in seiner Arbeit über die „sowjetzonale Geschichtsschreibung“ dieses hehre und zugleich hohle Ideal, das er einem düster gezeichneten Bild vom Historiker in der Deutschen Demokratischen Republik gegenüberstellte. Dieser stehe „ganz im Dienste der Staats-Partei“, schreibe nur in ihrem Sinne Geschichte und erhalte „Aufgabe und Methode von ihr vorgeschrieben“.¹⁷ Die Zeit solcher strikten Schwarz-weiß-Malerei ist noch nicht vorbei. Wir finden sie auch nicht allein bei den Konservativen in den Reihen der BRD-Historiker. Erst im März dieses Jahres – Dieter Fricke wird wie ich diese Töne noch im Ohr haben – formulierte Jürgen Kocka auf einer Geschichts-Konferenz in Bonn ein Ideal, genauer die angeblich idealen Bedingungen eines idealen Staates für die wertfrei forschenden Historiker der Bundesrepublik. Diese seien nicht mit einer „verbindlichen und homogenen Staatsideologie“ konfrontiert.

„Das hiesige System hat geschichtsphilosophische Legitimation weder nötig noch zur Verfügung. Entsprechend geringer sind die legitimatorische Indienstnahme und die gesellschaftliche Bedeutung der Geschichtswissenschaft entwickelt. Deren relative Autonomie ist vergleichsweise gesichert, auch dann, wenn sie Traditionen und Geschichtsbilder kritisiert, die im eigenen Lande stark sind. Der Pluralismus historischer Fragestellungen, Theorien und Deutungen ist nicht nur geduldet, sondern konstitutiv und programmatisch. Weder wird uns, i. d. R., die Herstellung eines einheitlichen Geschichtsbildes zugemutet, noch ist es für uns riskant, solche Zumutung, wenn sie denn auftritt, zurückzuweisen. Traditionspflege ist in der Bundesrepublik – anders als in der DDR – nicht eine Hauptaufgabe der Historiker.“¹⁸

Ich habe hier so ausführlich zitiert, weil darin so vieles so grundsätzlich angesprochen und zugleich dem herrschenden Geist der bürgerlichen Gesellschaft verhaftet erscheint, weil es uns so demonstrativ herausfordert und nach einer aktuellen Bekräftigung unseres Selbstverständnisses von Parteilichkeit, von Partei-, Sozialismus-, Fortschritts- und Friedensverbundenheit verlangt. Ich erspare es mir darauf einzugehen, in welchem Umfang seit 1945 in der BRD Geschichte bemüht – nein: strapaziert worden ist, um eine wirkliche und konsequente Bewältigung des Faschismus zu verhindern, um den weit verbreiteten Antifaschismus in einen sogenannten antitotalitären Konsens umzubiegen,

¹⁵ Dieter Fricke: Auf du und du mit der Geschichte, Gera 1979, S. 47 f.

¹⁶ Reinhart Beck: Die Geschichte der Weimarer Republik im Spiegel sowjetzonalen Geschichtsschreibung, Bonn/Berlin (West) 1966, S. 66. Siehe auch Werner Maibaum: Geschichte und Geschichtsbewußtsein in der BRD. Eingeleitet von Peter Christian Ludz, München 1971, S. 187.

¹⁷ Beck, S. 66.

¹⁸ Jürgen Kocka: Geschichtswissenschaft und Geschichtsbewußtsein. Thesen zum Vergleich zwischen Bundesrepublik und DDR. In: Erben deutscher Geschichte. Bundesrepublik und DDR. Forum der Historischen Kommission der SPD, 12.-13. März 1987, Bonn 1987, S. 6.

um das parteiisch zu praktizieren, was Michael Stürmer als Leitartikler der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zum orientierenden Motto erhob: „Die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.“¹⁹

Es spricht selbstverständlich gegen Zeit und Staat, wenn solch ein Anspruch an den Historiker erhoben wird, wenn faktisch von ihm verlangt wird, mit gespaltener Zunge zu reden, für sich das eine zu reklamieren und dennoch das andere zu unternehmen. Es spricht im übrigen auch gegen das Selbstverständnis bürgerlicher Historiker, wenn sie mit ihrer Sinndeutung der Zeit ihrer Gesellschaft dienen und gleichzeitig davon reden, gerade dies nicht zu tun. Ich bleibe bei Jürgen Kocka: Erst kürzlich fand unter seiner Leitung eine Konferenz zum Thema „Professionalisierung und Bürgertum“ statt. Gewiß ist das ein anregendes, sozialgeschichtlich sehr bedeutsames Thema. Und doch diene es der in Bielefeld „vorangetriebene(n) umfassende(n) Neubewertung der Geschichte des Bürgertums“, von der die „Frankfurter Allgemeine“ schrieb, dies zähle zu den „auftragendsten geschichtswissenschaftlichen Unternehmen der Gegenwart“. An Deutlichkeit ließen Kocka und die FAZ es nicht fehlen: „Es gibt vielleicht kein zweites historisches Thema, das so unmittelbar zur geschichtlichen Selbstbedeutung dieser Gegenwart beitragen kann.“²⁰

Dennoch handelt es sich wohl um Widersprüchlichkeiten, die – ohne sie zu verdecken – unserer heutigen Verantwortung unter- und zugeordnet werden können. Es kommt auf den zeitdienlichen Inhalt, auf den friedenspolitischen Gehalt, auf die politischen Konsequenzen solcher Aussagen für unsere Politik des Dialogs und einer Koalition der Vernunft an. Diese stellen sich bei Kocka ganz anders dar als bei Ernst Nolte, hinter dessen Postulat vom Nur-Wissenschaftlertum – jüngst im sogenannten Historikerstreit der BRD formuliert²¹ – die verantwortungslose Maskerade alter faschistischer und neonazistischer Argumente steckt.

Unwillkürlich denke ich in diesem Zusammenhang an den Satz aus Goethes „Maximen und Reflexionen“, der da heißt: „Wer die Menschen betrügen will, muß vor allen Dingen das Absurde plausibel machen.“ Unwillkürlich erinnert mich dies auch an den bitteren Ausspruch Max von der Grün, der in seinem neuesten Roman „Die Lawine“ eine seiner lebensverbundenen Figuren sagen läßt: „Ja, die Wirtschaft ist frei und der Arbeiter vogelfrei.“²²

Zu fragen ist heute, ob es sich um eine Unterstellung handelt, wenn behauptet wird, die Parteilichkeit für den historischen Fortschritt und für den Frieden sei mit wissenschaftlicher Objektivität unvereinbar. Die marxistisch-leninistische Auffassung dazu wurde bereits oft dargelegt, was – mit einer rühmlichen und außerordentlich anregenden Ausnahme²³ – seit den bekannten Aufsätzen Ernst Engelbergs und Gerhard Brendlers aus den Jahren 1969 und 1972²⁴ nicht mehr erfolgt ist und leider auch in der heutigen Ausbildung unserer Geschichtslehrerstudenten eine zu geringe Rolle spielt. Angesichts vielfältiger neuer Anforderungen, angesichts der Erfordernisse eines „neuen Denkens“ in unserer Zeit reicht das Vorhandene nicht aus: Unsere Auffassung von der dialektischen Einheit zwischen Objektivität und Parteilichkeit ist immer wieder neu zu beweisen sowie in ihrer

¹⁹ Michael Stürmer: Geschichte in geschichtslosem Land. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.4.1986.

²⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.6.1987.

²¹ Siehe dazu zusammenfassend Reinhard Kühnl; Ein Kampf um das Geschichtsbild. Voraussetzungen – Verlauf – Bilanz. In: Reinhard Kühnl (Hrsg.): Vergangenheit, die nicht vergeht. Die „Historiker-Debatte“. Darstellung, Dokumentation, Kritik, Köln 1987, S. 200 ff.

²² Max von der Grün: Die Lawine, Darmstadt/Neuwied 1986, S. 26.

²³ Siehe Gerhard Lozek: Das Problem von Objektivität und Parteilichkeit und die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Geschichtsschreibung. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 5/1983, S. 387 ff. Seiner Feststellung, daß es darum gehen müsse, „den Begriff der Parteilichkeit eindeutiger als Wissenschaftsbegriff zu erfassen“, kann ebenso zugestimmt werden wie der Forderung an die Philosophen und Historiker der DDR, vorhandene Lücken zu schließen und „manche Ungenauigkeiten“ in der Darstellung des Verhältnisse von Objektivität und Parteilichkeit zu überwinden. (S. 389 f.)

²⁴ Siehe Ernst Engelberg; Parteilichkeit und Objektivität in der Geschichtswissenschaft. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 1-2/1969, S. 74 ff.; Gerhard Brendler, Zum Prinzip der Parteilichkeit in der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft. In: Ebenda, H. 3/1972, S. 277 ff.; Ders., Zur Rolle der Parteilichkeit im Erkenntnisprozeß des Historikers. In: Probleme der Geschichtsmethodologie. Hrsg. von Ernst Engelberg, Berlin 1972, S. 103 ff.

Kreativität und Ergiebigkeit zu demonstrieren. Zum einen natürlich deshalb, weil die heranwachsende und sich den Marxismus erst aneignende Generation den Beweis – und das ist ihr gutes Recht selbst antreten und nicht nur mit seinem Ergebnis konfrontiert sein will. Zum anderen besitzt die Forderung eigengesetzlich wirkende wissenschaftsgeschichtliche Quellen. Jeder Fortschritt in der Geschichtserkenntnis, jede Erweiterung, jede Vertiefung und Weiterentwicklung unseres Geschichtsbildes verlangt nicht nur nach einer Überprüfung an unserer Theorie, sondern auch nach deren Vervollständigung und Bereicherung.

Wenn beispielsweise in der Gegenwart gesamtgesellschaftliche, klassen- und systemübergreifende, epochenumspannende und auch die allgemein-menschlichen Fragen an Bedeutung gewonnen haben – Philosophen unseres Landes prognostizierten übrigens, daß dies in Zukunft noch stärker der Fall sein werde –, dann stellt sich der Zusammenhang zwischen allen Faktoren, die Geschichte bewirken, auch als ein geschichtstheoretisches Problem in neuer Qualität. Dann stellt sich die Interdependenz des entscheidenden Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit mit allen anderen auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft bzw. in der Welt von heute existierenden Gegensätze anders als in jenen Zeiten dar, in denen als Losung, gleichsam als Schlachtruf „Klasse gegen Klasse“ be-rechtigt gewesen sein mag.

Mehr als jemals zuvor ist heute die Komplexität geschichtswissenschaftlicher Analyse gefordert. Ich greife noch einmal auf Johannes R. Becher zurück, dem im antifaschistischen Kampf „große Linien-Räusche ohne exakte Detailkenntnisse ... zu nichts nütze“ erschienen. Seine Polemik zielte in keiner Weise gegen die große Linie der Partei, und Bechers Parteilichkeit kann wohl als völlig unbestritten gelten. Dennoch ist aufzugreifen, was er in diesem Zusammenhang weiter ausführte: „Die Kunst, den Gegner zu treffen, besteht darin, das ganze Geheimnis der Unterdrückung aufzu-spüren, die Lehre von der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen bis in alle Einzelheiten und Winkelzüge hinein auszuarbeiten, denn gerade die unsichtbaren und klug versteckten Formen der Unterdrückung sind es, die am Ende das große Unheil anrichten.“²⁵

Jawohl, alles und jedes, auch das Unsichtbare, ist zu berücksichtigen, wenn nicht lediglich ein kleiner Angriff, ein geringer Erfolg, ein nur wenig dauerhaftes Ergebnis erzielt werden soll. Wir bewegen uns damit auf den Bahnen marxistischer Wissenschaftstraditionen und folgen beispielsweise der Forderung Rosa Luxemburgs, die mitten in der Novemberrevolution schrieb, es gelte eine „wissenschaftliche Blendlaterne an die verborgensten Triebfedern des ökonomischen und politischen Räderwerkes der bürgerlichen Gesellschaft“ zu halten sowie deren „Tun und Gehaben bis in die feinste Veränderung ihres Fühlens und Denkens“ auszuleuchten, und zugleich alles zu erkennen „als Ausfluß der großen Grundtatsache, daß sie (die herrschende Klasse, M. W.) ihr Leben wie der Vampir vom Blute des Proletariats fristet“.²⁶

Damit ist die Verantwortung des Historikers heute, in unserer Zeit, unmittelbar berührt. Anders, drängender und noch lebensnotwendiger als in den Zeiten Ludens oder auch in den Jahren des Kampfes gegen die braune Barbarei ist von ihm die strikte Wahrung der Einheit von Objektivität und Parteilichkeit gefordert. Dies setzt gewachsenes und wachsendes Selbstverständnis seiner gesellschaftlichen Funktion, seines Lebens in der Gesellschaft und für die Gesellschaft, voraus.

Höchste Wissenschaftlichkeit bei der Gewinnung des Bildes von der Geschichte *und* parteiliches Geschichtsbild für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft, für die Durchsetzung der welthistorischen Mission der Arbeiterklasse – diese Einheit und ihre bewußte Nutzung zeichnen uns aus. Der historische Materialismus will die Welt, wie sie ist und wie sie geworden ist, nicht nur erklären, er will sie verändern.

Vielleicht lassen sich in diesem Zusammenhang alte und bewährte Erkenntnisse bekräftigen sowie mit neuen Gedanken weiterführen. Natürlich kann es sich nur um eine kleine Auswahl mich bewe-

²⁵ Becher, a. a. O., S. 460.

²⁶ Rosa Luxemburg: Nationalversammlung oder Räteregierung? In: Dies., Gesammelte Werke, Bd. 4, August 1914 bis Januar 1919, Berlin 1974, S. 463.

gender Gedanken handeln. Einer betrifft die Tatsache, daß das Prinzip der Einheit von Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit auf objektiv-realen und damit auf historischen Verhältnissen beruht. Es entspringt also keineswegs irgendwelchen frommen Wünschen oder einem vorgefaßten Meinen. Die Materialität des Geschichtsprozesses selbst führt zur objektiv notwendigen Parteilichkeit für die Durchsetzung der ihm eigenen Gesetzmäßigkeiten. Insofern war Parteilichkeit auch für die Ideologen des aufstrebenden Bürgertums etwas Selbstverständliches, ohne das Wissenschaft, geistiges Leben überhaupt, nicht möglich ist. Sie wußten noch nicht jenen Punkt anzugeben, in dem Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit zusammenfließen, aber mit klarem Blick ist von der gesamten europäischen Aufklärungsbewegung Partei ergriffen und jeder Mangel an Parteilichkeit verurteilt worden. Sollte jemand zu keiner Partei gehören, so kann im „Allgemeinen Handwörterbuch der philosophischen Wissenschaften“ von 1833 nachgelesen werden, würde dies „eine völlige Indolenz und Indifferenz verraten“.²⁷ Und was sagte Luden? Auch er gab eine eindeutige Antwort, als er seine „Nemesis“ als das politische Gewissen seiner Zeit konzipierte und schrieb: „... unparteiisch in Rücksicht dessen, was geschehen ist, aber durchaus parteiisch für Freiheit und Recht: das sei der Wahlspruch.“²⁸

Parteilichkeit stellt sich daher keineswegs als eine Erfindung marxistischer Historiker dar, eher als ein Erbe aus allen Zeiten, in denen besonders aktiv um den gesellschaftlichen Fortschritt gerungen worden ist. Wer also die Parteilichkeit – wie ich sie verstehe – bezweifelt, stellt damit ein Grundprinzip geschichtswissenschaftlichen Arbeitens überhaupt in Frage. Betrachtet man nach dem historischen Aspekt den logischen, dann ist unverkennbar, daß Objektivität und Parteilichkeit mehr darstellen als das Ergebnis einer bloßen Additionsaufgabe. Parteilichkeit tritt nicht einfach zur Objektivität hinzu. Sie bildet nicht nur einen immanenten, sondern auch tragenden, konstitutiven Bestandteil allen geschichtswissenschaftlichen Erkennens und davon abgeleiteten Handelns. Parteilichkeit ist in diesem Sinne auch mehr als eine bloß subjektive Zutat zur „eigentlichen“ geschichtswissenschaftlichen Forschung. Die Konjunktion „und“ zwischen den Begriffen Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit vermag tatsächlich ihre innere, ihre untrennbare Einheit nur sehr schwach zum Ausdruck zu bringen.²⁹ Die marxistische Geschichtswissenschaft läßt sich vielmehr als eine parteiliche Wissenschaft, getragen zugleich von wissenschaftlicher Parteilichkeit, charakterisieren. Die Aufhebung auch nur einer Seite dieser dialektischen Wechselbeziehung würde alles aufheben. Parteilichkeit kann von Objektivität nicht losgelöst werden, soll sie dadurch nicht zu einer Angelegenheit subjektiven Ermessens und gewisser Zufälligkeiten geraten. Parteilichkeit würde dann nicht mehr Widerspiegelung der objektiven Realität des Geschichtsprozesses sein, sondern ein bloßes, vom Subjekt ausgehendes Bewerten einzelner gesellschaftlicher Erscheinungen darstellen. Dies aber wäre letztlich bürgerliche Parteilichkeit, wäre parteiisches und parteiegoistisches Denken und Handeln gegen die Geschichte, gegen den Fortschritt in ihr. Zu beachten wäre nach meiner Auffassung vor allem die Tatsache, daß sich unsere marxistisch-leninistische Parteilichkeit in erster Linie auf die objektiven Klasseninteressen, die in den grundsätzlich-langfristigen Zielen und weniger in unmittelbaren, notwendigerweise pragmatischen Tagesinteressen zutage treten, und deren Priorität orientiert.

Das Thema Verantwortung legt ferner nahe, die Einheit von Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit zugleich als Einheit von Denken und Handeln, von Erkennen und Verhalten zu betrachten. Alle Geschichte vollzieht sich notwendig, jedoch notwendig über das Handeln des Menschen, der natürlich auch individuelle, jedoch vor allem – seinem sozialen, klassengebundenen Standort zufolge – jeweils *bestimmte* Ziele verfolgt. Es wäre geradezu ahistorisch, anders vorzugehen. Bereits in der „Heiligen Familie“ betonten Marx und Engels unmißverständlich: „Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen *vorstellt*. Es handelt sich darum, *was es ist* und was es diesem *Sein* gemäß geschichtlich zu tun gezwungen

²⁷ Zit. nach Manfred Buhr, Eingriffe – Stellungnahmen – Äußerungen. Zur Geschichte und gesellschaftlichen Funktion von Philosophie und Wissenschaft, Berlin 1987, S. 158.

²⁸ Zit. nach Reissig, S. 239.

²⁹ Siehe Buhr, S. 145.

sein wird. Sein Ziel und seine geschichtliche Aktion ist in seiner eigenen Lebenssituation wie in der ganzen Organisation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sinnfällig, unwiderruflich vorgezeichnet.“³⁰

Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit sind unteilbar.³¹ Alle Wissenschaften, auch die Geschichtswissenschaft, entspringen bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen. Sie sind nichts Autonomes. Keine Wissenschaft ist als Selbstzweck zu betreiben. Sowohl als soziale Institution als auch als System von Erkenntnissen ist Wissenschaft aufs engste mit der Gesellschaft verbunden, in deren Auftrag und Interesse sie wirkt. Je bewußter dieser Sachverhalt gesehen wird, um so fruchtbarer und produktiver kann sich die Einheit von Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit in der wissenschaftlichen Arbeit selbst entfalten. Das aber setzt mit Notwendigkeit ein „Bewußtsein vom Ganzen“ voraus, vom Sinn des ganzen Lebens und aller seiner einzelnen Erscheinungen. Jede konkrete und spezialisierte Geschichtsforschung bedarf daher immer, erst recht aber heute solcher Grundlegung, der Weite des Blicks, der allgemeinen weltanschaulich-theoretischen Fundierung. Jeder Historiker kann nach meiner Auffassung nur so seiner Verantwortung entsprechen, dabei wohl wissend, daß er Verantwortung trägt und vor ihm lediglich die Frage steht, wie er sie wahrnimmt und erfüllt.

Für mich ergibt sich aus allem bisher Gesagten vorrangig die Frage nach der Verantwortung des Historikers für das wichtigste Menschheitsproblem der Gegenwart. Lassen Sie mich daher bitte noch einige Gedanken äußern, die den Platz unserer marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR im Ringen um die Verhinderung eines nuklearen Infernos, ihren Anteil am Ringen um eine friedenspolitisch unabdingbare Koalition der Vernunft betreffen.

Stand für einen Heinrich Luden der Gedanke an die Möglichkeit einer besseren Zukunft ohne jedes einschränkende Fragezeichen, so tauchte bereits in den Zeiten des Kampfes gegen den Faschismus die Warnung auf, daß derjenige einem „geschichtslosen Vergessen anheimfällt“, der im „großen Frage-und-Antwort-Spiel der Geschichte ... schweigt oder die richtige Antwort schuldig bleibt ...“³² Wir sind dagegen heute in ein Zeitalter eingetreten, das unsere Antwort sowohl im Interesse aller als auch rechtzeitig verlangt. Im Nachhinein wären Geschichtsbetrachtungen nicht mehr möglich, der Nutzen von Geschichte und ihr Sinn für das Leben gegenstandslos.

In einer Zeit, in der die Menschheit wie noch nie bedroht ist und ihre Existenz auf dem Spiel steht, gilt alle gesellschaftswissenschaftliche und damit ebenfalls die geschichtswissenschaftliche Arbeit dem großen Ziel, unsere Zukunft überhaupt zu bewahren. Es gilt, auch mit ihrer Hilfe eine radikale Abrüstung durchzusetzen und atomwaffenfrei die Schwelle zum neuen Jahrtausend zu überschreiten. Gesellschaftswissenschaftliche Forschungen zur marxistisch-leninistischen Konzeption des Friedens und der friedlichen Koexistenz, zur Einheit von Sozialismus und Frieden, zu den Traditionen der Friedensidee und des Friedenskampfes sowie zu neuen Erscheinungen in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft und nicht zuletzt zur Frage nach der neuen Dimension von Verantwortung für Geschichte, Gegenwart und Zukunft stellen aus meiner Sicht einen wesentlichen Bestandteil sozialistischer Friedenspolitik dar. Sie gehören zu den unentbehrlichen Grundlagen einer erfolgreichen Realisierung des Friedensprogramms der UdSSR und der anderen Staaten des Warschauer Vertrages.³³

Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik leistete in den letzten Jahren eine Reihe wichtiger Beiträge zur Erhellung der Krieg-Frieden-Problematik. Viele Titel wären zu nennen, viele Namen, viele Debatten.³⁴ Dennoch hat sie bisher

³⁰ Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 2, Berlin 1974, S. 38.

³¹ Siehe Buhr, S. 151.

³² Johannes R. Becher: Aus der Welt des Gedichts. In: Ders., Publizistik I, S. 477.

³³ Siehe Hannes Hörnig/Gregor Schirmer: Ergebnisse und Aufgaben gesellschaftswissenschaftlicher Forschung. In: Einheit, H. 8/1986, S. 695.

³⁴ Siehe z. B. Fritz Klein: Aufgaben der Historiker im Friedenskampf. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 12/84, S. 1097 ff.; Kriegsgefahren und Friedens Chancen im 20. Jahrhundert. Hrsg. von Fritz Klein, Berlin 1985; Geschichte – Frieden – Wissenschaft. Beiträge zur Krieg-Frieden-Problematik in historischer Sicht. Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1983, Jena 1983. Siehe auch die Beiträge von Eberhart Schulz, Peter Schaper und Manfred Weißbecker in: Pro pace mundi. Gesellschaftswissenschaftler der

den Stand anderer gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen nicht erreichen können, jenen Stand, der sich z. B. in der „Philosophie des Friedens“³⁵ widerspiegelt oder der von Juristen, Psychologen, Literatur- und Kunsthistorikern unseres Landes erreicht worden ist. Die Verantwortung der Geschichtswissenschaft unseres Landes für die historische Dimension aller friedenswissenschaftlichen Arbeit läßt sich jedoch – angesichts der Fülle von historischen Problemen – kaum ermessen. Völlig richtig ist daher von Ernst Diehl bemerkt worden, daß gerade die Historiker gegenwärtig eine außerordentlich große Verantwortung wahrzunehmen haben, eine Verantwortung wie sie bisher noch keiner Generation von Geschichtswissenschaftlern übertragen worden sei.³⁶

Im Zentralen Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR 1986 bis 1990 sind die grundlegenden Orientierungen friedenswissenschaftlicher Arbeit fixiert.³⁷ Davon ausgehend und den erreichten Stand kritisierend halte ich eine Verständigung unter uns über die künftige friedenswissenschaftliche Tätigkeit des Historikers für dringend geboten. Obwohl sich alle über die unabdingbare Notwendigkeit klar und auch darüber einig sind, die geschichtswissenschaftliche Forschung und Lehre wirksamer als bisher in den Dienst des Friedenskampfes zu stellen, wird zum theoretisch-methodologischen Herangehen ebenso wie zu den Inhalten und Formen parteilicher Verantwortungswahrnehmung des Historikers in unserer Zeit noch viel zu überlegen und zu debattieren sein.³⁸

Die Notwendigkeit von Meinungsstreit und konstruktiver Suche erklärt sich nicht zuletzt auch aus der Tatsache, daß in der bisherigen mehrtausendjährigen Geschichte die Kriege, Aggressionen und bewaffneten Konflikte einen breiten Raum eingenommen haben. Die Geschichte der Klassengesellschaft war nun einmal mit militärischen Auseinandersetzungen aller Art angefüllt. Der Krieg gehörte stets zum Alltag der Völker, ebenso wie Ausbeutung und Unterdrückung, wie Elend und Not.³⁹ Darin ist die Kenntnis vom allzu häufig ergebnislosen Bemühen aller humanistischen Kräfte um die Bewahrung und um die Sicherung des Friedens eingeschlossen. Auch in unserem Jahrhundert wurden die Warnungen allzu oft überhört, und erwiesen sich die Friedenskräfte – noch! – als zu schwach, die Entfesselung von mehr als 200 Kriegen zu verhindern.⁴⁰ Pessimistische oder gar fatalistische Geschichtsdeutungen entsprechen jedoch nicht der vollen historischen Wahrheit. Im Gegenteil: gerade die unser Jahrhundert erfüllende Geschichte des Kampfes gegen imperialistische Aufrüstung und Kriegsvorbereitungspolitik vermittelt eine Reihe wesentlicher, optimistisch stimmender Lehren. Diese können als Erfahrungen für jeden einzelnen dienen, der heute verantwortungsbewußt seinen eigenen Platz in der weltweiten Friedensbewegung sucht.

Das Wissen um jene geschichtlichen Fakten zu erweitern, die in dieser Hinsicht besonders relevant sind, stellt einen wichtigen und grundlegenden Bestandteil unseres Geschichtsauftrages dar. Das Wissen um diese Fakten, aber auch um ihre Wurzeln und Zusammenhänge sowie über die unmittel-

Friedrich-Schiller-Universität Jena über Frieden und Friedenskampf. Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1985, Jena 1985. Siehe ferner die Beiträge von Willibald Gutsche, Wolfgang Ruge, Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker in: Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg. Friedensdemagogie und Kriegsvorbereitung in Geschichte und Gegenwart. Hrsg. von Reinhard Kühnl/Karin Schönwalder, Köln 1986, Siehe Wider den Krieg. Sieben Jahrzehnte im Zeichen sozialistischer Friedenspolitik. Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Gesellschaftswissenschaftliche Reihe, H. 2/1987. Siehe neuerdings auch Friedliche Koexistenz. Erfahrungen – Chancen – Gefahren. Hrsg. vom Forschungsbereich Gesellschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1987, besonders S. 9 ff.

³⁵ Siehe Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges. Hrsg. von der Militärakademie „Friedrich Engels“, Berlin 1984; Philosophie im Friedenskampf. Hrsg. von Wolfgang Eichhorn I und Hans Schulze, Berlin 1983; Philosophen im Friedenskampf, Berlin 1986.

³⁶ Siehe Ernst Diehl: Geschichte – ein Kraftquell weiteren Voranschreitens. In: Einheit, H. 8/1986, S. 727.

³⁷ Siehe ebenda, S. 681 ff.

³⁸ Diese Diskussion wird sicher die Vorbereitung des VIII. Historiker-Kongresses der DDR, der dem Thema „Frieden und Fortschritt in der Geschichte“ gewidmet ist, weitgehend bestimmen.

³⁹ Siehe Manfred Weißbecker: Kriege in der Geschichte – Geschichte für den Frieden. In: Geschichte – Frieden – Wissenschaft, S. 7 ff.

⁴⁰ Siehe Lokale Kriege. Geschichte und Gegenwart. Unter der Redaktion von Armeegeneral I. J. Schawrow, Berlin 1983, S. 278 ff.

baren Wirkungen des Friedenskampfes im 19. und 20. Jahrhundert, gehört unabdingbar zu unserem friedensorientierten Geschichts- und Gegenwartsverständnis. Aus der bewußten, wissenschaftlichen Aufnahme und Verarbeitung der historischen Lehren, der Erfahrungen mehrerer Generationen von Aufrüstungsgegnern und Friedenskämpfern lassen sich mobilisierende weltanschauliche Normen für lebensbewußtes Denken und aktives Handeln in unserer Zeit ableiten.

Die friedenspolitische Nutzung aller geschichtlichen Lehren und Erfahrungen wird um so wirkungsvoller sein, je mehr der Historiker in die gewaltigen geistigen Auseinandersetzungen der Gegenwart einzubringen hat⁴¹ und je wirksamer dies insbesondere der Geschichtslehrer der jungen Generation zu vermitteln vermag.⁴² Die gesellschaftlichen Wirkungsmöglichkeiten solcher Lehren und Erfahrungen wachsen vor allem dann, wenn Geschichte sehr konkret dargestellt wird, wenn im Konkreten das Allgemeine und im Historischen das Logische aufzudecken möglich ist, wenn die Lehren auf die Analyse möglichst vieler gleichartiger und ähnlicher Erscheinungen gestützt sind, wenn sie langfristige Prozesse und geschichtliche Entwicklungslinien in ihrem jeweiligen Alternativzusammenhang reflektieren, wenn sie beim Vergleich zwischen den unterschiedlichen Erscheinungen sowohl deren Gemeinsamkeiten als auch ihre jeweiligen spezifischen Bedingungen sorgfältig berücksichtigen.

Friedenswissenschaftliches Denken und Handeln verlangen geradezu die historische Dimension, die von der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft auf drei Ebenen zu erarbeiten sein dürfte:

Erstens geht es darum, die Untersuchungen zur Geschichte von Kriegen, Kriegsursachen, Friedensschlüssen, Friedensvertragsbrüchen, bewaffneten Konflikten, auch der sogenannten Friedenszeiten und vor allem von Antikriegsaktionen der werktätigen Massen erheblich zu verstärken. Dabei handelt es sich um einen *direkten* Beitrag zur Erhellung der Krieg-Frieden-Problematik in der Geschichte. Ob der Begriff einer historischen Friedensforschung, der von progressiven Historikern der BRD vorgeschlagen bzw. verwendet worden ist⁴³, dafür adäquat sein kann, wird sich erst noch zeigen. Schließlich geht es weniger um den Begriff, mehr um das Anliegen, die Geschichte unter den heute dominierenden Fragestellungen der Gesellschaft zu erforschen. Allerdings gilt es zu verhindern, daß sich historische Friedensforschung – oder wie immer sie heißen mag – lediglich als eine neue Spezialdisziplin der Geschichtswissenschaft entwickelt, die neben den anderen Gebieten steht und nicht alles durchdringt. Von besonderer Bedeutung wird es sein, das stetige Anwachsen aller Friedenskräfte darzustellen und die Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen ihnen und denen, die den Frieden bedrohten und bedrohen, zu verdeutlichen.⁴⁴ Den Frieden herzustellen und zu bewahren – das ist heute zu einer *realen* Möglichkeit geworden. Aus dieser unbestreitbaren Tatsache ergibt sich für den Historiker nicht zuletzt auch die in ihrem Wesen neue Aufgabe, von der geschichtswissenschaftlichen Demaskierung des Krieges überzugehen zur Entschleierung des Geheimnisses (in Anlehnung an die berühmte Formulierung Lenins⁴⁵), was Frieden ist, wie Frieden sein kann und muß.⁴⁶

Eine zweite Ebene historisch-friedenswissenschaftlichen Arbeitens betrifft den Beitrag, den die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft als eine in sich geschlossene Wissenschaftsdisziplin und in ihrer Gesamtheit zu leisten hat. Analog zur „Philosophie des Friedens“ sollte sich auch die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft als Friedensforschung verstehen. Dabei wird es vor

⁴¹ Siehe Erfahrungen und Probleme einer wirksamen Geschichtspropaganda. Hrsg. vom Institut für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1986.

⁴² Dies ist auch Gegenstand der Diskussion zum Entwurf eines neuen Lehrplans für den Geschichtsunterricht. Siehe Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, H. 11/1986, S. 823 ff. Interessante Hinweise enthält auch der Artikel von Gerhard Schneider: „Krieg“ als Gegenstand des Geschichtsunterrichts. In: Gewalt in der Geschichte. Beiträge zur Gewaltaufklärung im Dienste des Friedens. Hrsg. von Jörg Calließ, Düsseldorf 1983, S. 85 ff.

⁴³ Siehe z. B. Jost Dülffer/Karl Hell (Hrsg.): Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Beiträge zur historischen Friedensforschung, Göttingen 1986.

⁴⁴ Siehe Manfred Weißbecker: Kriege in der Geschichte – Geschichte für den Frieden, S. 16 ff.

⁴⁵ Siehe W. I. Lenin: Bemerkungen zu den Aufgaben unserer Delegation im Haag. In: Werke, Bd. 33, Berlin 1982, S. 433.

⁴⁶ Siehe Roland Meister: Gedanken zur friedenswissenschaftlichen Arbeit. In: Sozialistische Universität, Jena, Nr. 11 v. 10.2.1987, S. 4.

allem darum gehen, von allen Teildisziplinen und -gebieten her unser Geschichtsbild zu vervollständigen und seine Komplexität anzustreben. Die Nachteile einer vorrangig auf die politische Geschichte bzw. auf einzelne Segmente orientierten Betrachtungsweise liegen auf der Hand; erst durch die Einbeziehung der Wirtschafts-, Sozial-, Kultur-, Militär-, Wissenschafts- und Alltagsgeschichte wird ein gesellschaftlich wirksames Geschichtsbewußtsein zu schaffen sein. Die friedenswissenschaftliche Arbeit des Historikers hat darüber hinaus alle Perioden der Geschichte einzubeziehen, da es sich nun einmal bei der Krieg-Frieden-Problematik um einen formations- und epochenübergreifenden Untersuchungsgegenstand handelt. Die weltanschaulich-theoretischen Ergebnisse historisch-friedenswissenschaftlicher Forschung werden – vielleicht läßt sich dies als eine Faustregel formulieren – immer dann von besonderem Gewicht sein, wenn es gelingt, die in unserer Forschungs- und Lehrpraxis leider vorhandenen relativ engen Grenzen jeweiliger Spezialthemen zu überwinden.

Die großen Lebensfragen unserer Zeit erfordern vor allem eine neue Sicht auf weltgeschichtliche Zusammenhänge und Entwicklungslinien, auf den höchst widersprüchlichen, aber letztlich doch aufsteigenden und bisher unaufhörlichen Prozeß der Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts. Bei aller seiner Eigenart und Selbständigkeit, bei seiner spezifischen Bedeutung kann der heutige Kampf um die Sicherung des Weltfriedens nicht aus den sozialökonomischen und politisch-ideologischen Grundprozessen unseres Jahrhunderts herausgelöst werden.⁴⁷ Ein der Zukunft verpflichtetes Geschichtsbewußtsein benötigt und bewirkt zugleich ein der Menschheit, ihrer Existenz und ihrem Fortschritt dienendes dialektisch-materialistisches Gesellschaftsverständnis. Wir heutigen Historiker sind daher zu breiter geschichtstheoretischer Arbeit geradezu verpflichtet, wollen wir unserer Verantwortung in unserer Zeit gerecht werden. Es gibt Anlaß und Gründe genug, insbesondere den revolutions- und gesellschaftstheoretischen Problemen nachzuspüren. Dazu gehört auch das geschichtswirksame Zusammenspiel von gesellschaftlichen Widersprüchen unterschiedlichen Ranges und Ausmaßes. Die neuen Fragen unserer Zeit überdecken keineswegs den vorhandenen Zusammenhang mit dem antagonistischen Gegensatz von Kapital und Arbeit, von Bourgeoisie und Arbeiterklasse, von Imperialismus und Sozialismus. Das unabdingbare Gegeneinander der beiden Hauptklassen, die in der bürgerlichen Gesellschaft und in der Welt existieren, ist generell und auf vielfältige Weise mit nichtantagonistischen Widersprüchen, mit Widersprüchen innerhalb der beiden Klassen sowie zwischen diesen und anderen sozialen Schichten und Gruppen, mit Widersprüchen allgemeiner Natur verwoben. Eine bürgerlich-pluralistische, d. h. vom Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat losgelöste Betrachtung der Vielfalt gesellschaftlicher Verhältnisse und Beziehungen kann es für marxistisch-leninistische Historiker selbstverständlich nicht geben. Wohl aber ist eine sorgfältige Berücksichtigung der Pluralität aller Kräfte auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft erforderlich. In dieser existieren nun einmal *eine* ökonomische Basis sowie übergreifende *Rahmenbedingungen* staatlicher, nationaler und organisationsmäßiger Art. Die Dialektik von Ganzheit und Widersprüchlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft, auf die ja gerade der heute zu ehrende Jubilar mit verantwortungsbewußtem Nachdruck und parteilichem Engagement aufmerksam gemacht hat⁴⁸, erweist sich somit für historisch-friedenswissenschaftliche Arbeit als ein unentbehrliches methodologisches Prinzip. Damit scheint zugleich ein produktiver Ansatz für den vom Historiker zu leistenden Beitrag für die geistige Wegbereitung einer Koalition der Vernunft, des politischen Dialogs über System- und Klassengrenzen hinweg, gegeben zu sein. Letztlich bedeutet dies auch eine Möglichkeit der Wegbereitung für eine Variante des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in der die Friedenspolitik über ökonomisches Rüstungsinteresse zu dominieren vermag, in der politische Organisiertheit zugunsten gemeinsamer Abrüstung und gleicher Sicherheit wirksam wird bzw. werden muß, wenn das im Nuklearzeitalter erforderliche neue Denken und Handeln dort durchgesetzt werden soll, wo sein Fehlen bisher zu Hochrüstung und Konfrontation führte.⁴⁹

⁴⁷ Siehe Erich Hahn: Herausforderung an die Philosophen unseres Landes. In: Einheit, H. 8/1986, S. 716.

⁴⁸ Siehe dazu vor allem das Heft 49 aus der Schriftenreihe „Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte“.

⁴⁹ Siehe Max Schmidt: Vom X. zum XI. Parteitag der SED. Ergebnisse und Aufgaben marxistisch-leninistischer Imperialismusforschung der DDR. In: IPW-Berichte, H. 4/1986, S. 9.

Imperialismusforscher der DDR wie Max Schmidt, Werner Paff u.a. sprechen von den wachsenden Interdependenzen der Staaten und Völker bei gleichzeitiger Entwicklung und zum Teil auch Verschärfung der Widersprüche in einer ganzheitlichen Welt.⁵⁰ Interdependenzen, gegenseitige Abhängigkeiten und Wechselbeziehungen, sind aber in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft stets vorhanden gewesen. Sie waren und sind das Ergebnis der objektiv gegebenen Vielfalt politischer Verhältnisse und ihrer Entfaltung auf der Grundlage ihrer gesetzmäßig ungleichmäßigen Entwicklung. Ihre geschichtswissenschaftliche Analyse vermag wahrscheinlich wichtige Erfahrungen zu erschließen und bietet viele Möglichkeiten, diese für die zahlreichen aktuellen Fragen der komplizierten Einheit von Widersprüchlichkeit und Ganzheitlichkeit in der Welt von heute nutzbar zu machen.⁵¹ Eine solche historisch-friedenswissenschaftliche Arbeit kann auch dazu beitragen, zu sicheren Erkenntnissen der Imperialismusforschung über tatsächlich *neue* Erscheinungen zu gelangen und oberflächliche Vergleiche mit geschichtlichen Prozessen zu vermeiden.

Für den Historiker ist wahrscheinlich die dritte Ebene seiner friedenswissenschaftlichen Möglichkeiten ein schwierigsten zu bewältigen. Das enthebt ihn aber keineswegs der Aufgabe, die Geschichtswissenschaft in die neue Wissenschaftsdisziplin, die sich im Ensemble aller Wissenschaften herausgebildet hat⁵², in die marxistisch-leninistische Friedensforschung, einzubringen. Damit sind seine Fähigkeit und Verantwortung zur Interdisziplinarität⁵³ gefordert. Probleme, die beispielsweise mit der geschichtlichen und künftigen Rolle der Volksmassen im Friedenskampf zusammenhängen, werden sich wahrscheinlich nur gemeinsam von marxistisch-leninistischen Philosophen und Historikern erfolgversprechend behandeln lassen.⁵⁴ Geschichtswissenschaft und Imperialismusforschung sollten nicht weiter getrennt die Fragen der Differenziertheit im Lager unseres Klassegegners, ihres Ausmaßes, ihrer Entwicklungstendenzen und ihrer Grenzen, untersuchen. Fragen des Verhältnisse von Unvernunft *der* Bourgeoisie und Vernunft *in* der Bourgeoisie warten geradezu auf eine interdisziplinäre Beantwortung. Das gilt in gleicher Weise für die „Sprache des Friedens“ und den Kampf gegen jeglichen friedensdemagogisch-manipulativen Mißbrauch der Sprache.

Das wachsende Bemühen der Geschichtswissenschaftler der DDR, das historische Erbe in seiner Ganzheit und Differenziertheit zu erschließen, erfordert eine fruchtbare Wechselwirkung mit anderen gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen und enge Zusammenarbeit mit Kunst und Literatur.⁵⁵ Die Gesamtheit aller revolutionären, progressiven, humanistischen Traditionen der Geschichte läßt sich wohl nur erfassen, wenn die verschiedensten gesellschaftlichen Lebensbereiche in ihrer Komplexität berücksichtigt werden. Schließlich sei noch erwähnt, daß gerade die neuen Erfordernisse der politisch-ideologischen Auseinandersetzung mit bürgerlichen Gesellschafts- und Geschichtstheorien eine entsprechende historisch-friedenswissenschaftliche Interdisziplinarität benötigen.

Insgesamt wird man sagen können, daß sich die Frage des Friedens und seiner Erhaltung in der Welt von heute für uns in keiner Weise vordergründig-aktuell stellt. Sie ist vielmehr eine Frage nach dem Lebenssinn, nach dem sinnvollen und verantwortungsbewußten Leben in der Geschichte. Sie offenbart sich als eine vom Historischen nicht zu lösende Orientierungssuche nach den eigenen

⁵⁰ Siehe z. B. Max Schmidt/Wolfgang Schwarz: Frieden und Sicherheit im nuklear-kosmischen Zeitalter (I). In: IPW-Berichte, Ei. 9/1986, S. 1 ff.

⁵¹ Max Schmidt: Forschung im Dienste des Friedens und des Fortschritts. In: Einheit, H. 8/1986, S. 729, erklärt dies sogar zu einem zentralen Problem unserer Forschungsarbeit.

⁵² Siehe dazu die entsprechende Feststellung von Hannes Hörnig/Gregor Schirmer, S. 695.

⁵³ Es muß bedenklich stimmen, wenn der Anteil der Historiker an interdisziplinären friedenswissenschaftlichen Publikationen sehr gering ist. Siehe z.B. Dem Frieden verpflichtet. Friedensforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1985. An diesem ersten Band des Interdisziplinären Zentrums Friedensforschung an der Humboldt-Universität beteiligte sich ebenso wie am zweiten Band kein Geschichtswissenschaftler. Ähnlich – mit Ausnahme eines Beitrages von Jürgen Kuczynski – bei dem Band: Frieden ohne Alternative. Hrsg. von Herbert Meißner und Karlheinz Lohs, Berlin 1985.

⁵⁴ Siehe Frank Rupprecht: Die wachsende Rolle der Volksmassen und die geschichtliche Qualität des gegenwärtigen Friedenskampfes. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Ei. 2/ 1986, S. 97 ff.

⁵⁵ Siehe Ernst Diehl, S. 724 f.

Lebenswerten und dem eigenen Standort in der Gesellschaft. Die Geschichte läßt sich vielleicht – ohne das Bild mit einem allzu hohen Anspruch versehen zu wollen – als ein geistiger Trainingsplatz für die existentiell notwendige Bewältigung aller weltanschaulich-theoretischen und praktischen Fragen unseres Friedenskampfes betrachten. Alle Erfahrungen vergangener Generationen aufzuarbeiten sowie daraus die richtigen Lehren für unsere Gegenwart und Zukunft abzuleiten – dies dürfte die wichtigste und zugleich vornehmste Aufgabe historisch-friedenswissenschaftlicher Forschung bzw. einer historischen Friedensforschung sein. Wissenschaftliche Parteilichkeit und parteiliche Wissenschaft für den Frieden – so könnte, nein: so muß die Frage nach der Verantwortung des Historikers in unserer Zeit beantwortet werden. Verantwortung heute wahrzunehmen beinhaltet eine Aufgabe von wahrhaft historischer Bedeutung. Verantwortung in unserer Zeit ist zu einer umfassenden Verantwortung *für* die Zeit geworden.

1813 äußerte Hinrich Luden den Herzenswunsch, selbst Soldat zu werden und im Krieg gegen Napoleon die Waffen zu führen. Er entschied sich, als akademischer Lehrer und Schriftsteller dem Vaterlande zu nützen. Er wollte der Jugend seine Grundsätze so tief in die Herzen eingraben, „daß sie nimmer verlöschen können“. Auf diesem Felde, so riet ihm ein Freund, „wird noch mancher Kampf zu bestehen sein“.⁵⁶ Die Zeitschrift „Nemesis“ erwuchs daraus, ja sie sollte ursprünglich sogar eine politische Tageszeitung werden. In ihr und mit ihr ging Luden von der „Notwendigkeit“ aus, „gerade jetzt eine bessere Zukunft zu begründen, und von der heiligen Pflicht eines jeden guten Menschen, nach seiner Stellung und nach seinen Kräften mitzuwirken zur Benutzung dieser großen Tage des neuen Heils“.⁵⁷ Der „Nemesis“ ab Luden den Untertitel „Zeitschrift für Politik und Geschichte“.⁵⁸ Er selbst verstand sich als Gelehrter und als Politiker, als einer der „rückwärts gewandte(n) Propheten und vorwärts schauende(n) Politiker“ seiner Zeit.⁵⁹

In bewundernswerter Vielseitigkeit und Redlichkeit nahm Heinrich Luden zu allen brennenden Fragen seiner Zeit Stellung. Niemals begnügte er sich mit oberflächlicher Beurteilung, immer suchte er in tiefster Gründlichkeit das wahre Wesen der Erscheinungen des Lebens und ihre geschichtliche Bedeutung zu erfassen. In seinem siebenten Lebensjahrzehnt stehend, schrieb er schließlich von sich: „Ich habe ... eine Zeit durchlebt, welcher keine andere, soweit die Geschichte der Menschen reicht, an großen Begebenheiten, an merkwürdigen Ereignissen, an Zerstörungen und Gründungen, an Glück und Unglück gleichkommt ... ich habe an allem, das geschehen ist, den innigsten Teil genommen und nichts mit Gleichgültigkeit an mir vorübergehen lassen.“⁶⁰

Von Heinrich Luden war die Rede, ebenso von den Forderungen unserer Zeit an den Historiker. Mithin stehen Kriterien im Raum, an denen sich jeder zu messen hat und jeder gemessen wird. Eigentlich war wohl auch die Rede von Dieter Fricke.

Meine Gedanken galten jedenfalls vielfach ihm; und wie das Urteil über den Historiker Dieter Fricke ausfällt, darin besteht Einmütigkeit bei den Herausgebern und Autoren eines kleinen Bandes, der dem Jubilar gewidmet worden ist⁶¹ und der ein wenig Zeugnis ablegen soll von der Bereitschaft der Historiker in unserer Zeit, ihre Verantwortung wahrzunehmen.

Studien zur Kulturgeschichte, Sprache und Dichtung. Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller- Universität Jena 1990, S. 4-30.

⁵⁶ Zit. nach Reissig, S. 215.

⁵⁷ Heinrich Ludens Gespräche mit Goethe, S. 69.

⁵⁸ Josef Pfitzner: Heinrich Luden und František Palacký. Ein Kapitel deutsch-slavischer Kulturbeziehungen. In: Historische Zeitschrift, Bd. 141, München/Berlin 1930, S. 75.

⁵⁹ Dieses Wortspiel ist von Karl Lamprecht geprägt und auf Luden angewandt worden. Siehe ebenda. Lamprecht griff dabei den Satz von Friedrich Schlegel: „Der Historiker ist ein rückwärts gekehrter Prophet“ auf. Siehe Friedrich Schlegel: Werke in zwei Bänden, Bd. 1, Berlin und Weimar 1980, S. 199.

⁶⁰ Luden; Rückblicke in mein Leben, Jena 1847, S. VI.

⁶¹ Klassen – Parteien – Gesellschaft. Dieter Fricke zum 60. Geburtstag. Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller- Universität Jena 1987, Jena 1987.

Rezension

Peter Longerich, *Die braunen Bataillone*. Geschichte der SA. München: Beck 1989. 285 S., mit 31 Abb. 1. Text 8° DM 39,80.

Der aus dem militärsprachlichen Bereich entlehnte Titel des aner kennenswerten und gelungenen Versuchs, die Gesamtgeschichte der nationalsozialistischen „Sturmabteilung“ darzustellen, ist pro grammatischer Natur. Während von anderen Historikern der Bundesrepublik bisher häufig die Funktion der SA auf die einer Hilfs- und Schutztruppe der faschistischen NSDAP begrenzt worden ist, betrachtet Peter Longerich, am renommierten Institut für Zeitgeschichte in München tätig, die SA als „das Terror- und Propagandainstrument der Partei“ (S. 7), als paramilitärischen Kampfverband und als Parteiarmee. Für ihn ist der Grundkonflikt, der sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der SA und der NSDAP ziehe, in der Zweigleisigkeit dieser Organisation angelegt: einerseits „Propaganda zu betreiben und sich mit den politischen Gegnern schlagkräftig auseinanderzusetzen“ sowie – zumindest bis 1933 – andererseits als „wehrhafter“ Arm des Nationalsozialismus „fehlende staatliche Machtmittel zu ersetzen“ (S. 9).

Entlang der Stationen dieses vielfach in Hitler und Röhm personifizierten Phänomens gleichzeitiger und einander widersprechender Funktionen zeichnet L. den Weg der SA nach. Dieser führte zunächst in den frühen 20er Jahren von der Ordnertruppe zum Wehrverband, danach von der reorganisierten Parteitruppe zur Parteiarmee. Für die Jahre 1933/34 gilt ihm die SA als eine „verhinderte Revolutionsarmee“, für die Zeit danach als „gezähmte Parteiarmee“, als Wehrsportorganisation und Veteranenverband sowie schließlich im zweiten Weltkrieg als eine bloße „Hilfstruppe der Wehrmacht“.

Dieser entwicklungsgeschichtliche Strang der Darstellung ermöglicht dem Verf. eine weitgehende Einordnung seines Untersuchungsgegenstandes in den historischen Kontext. Das zeigt sich bereits in Kap. 1, das zahlreiche interessante Details und Fragestellungen zu den sozialen und politischen Verhältnissen Bayerns, zu Entstehung und Aufbau der SA sowie zu ihren ersten und im Putsch vom November 1923 gipfelnden Einsätzen enthält. Sorgfältig werden die Beziehungen Hitlers und der SA zu den anderen, mit vielfältigen konterrevolutionären Aktivitäten hervortretenden Geheimbünden, paramilitärischen Organisationen und politischen Kampfverbänden herausgearbeitet, wobei auffällt, daß das aus der DDR stammende und international beachtete Parteien-Lexikon kaum berücksichtigt worden ist.¹ Der Verf. behauptet mit Recht, daß die Gründung und Entwicklung der SA nur „in dem komplizierten Geflecht aus bayerischer Regierungspolitik, Wehrverbandsaktivitäten und illegaler Reichswehrrüstung“ möglich waren und daß das „politische Klima in der Kahr’schen Ordnungszelle ... den idealen Nährboden für das Wachstum der SA“ bildete (S. 14).

Noch deutlicher zeigt sich diese Intention des Verfs. in Kap. 2, das die Geschichte der SA in den Jahren 1924 bis 1928 erhellt. Anhand der Auseinandersetzungen zwischen Röhm und Hitler behandelt er den historisch notwendig gewordenen und generell erfolgenden Umbau der Wehrverbände sowie die „Hinwendung zu modernen Formen der Massenmobilisierung“, deren Folgen als eine gleichzeitige „Politisierung der Wehrverbände“ und „Militarisierung der Politik“ aufscheinen (S. 48 f.). Der im Rahmen des Legalitätskurses der NSDAP zunächst notwendigen Abgrenzung zwischen SA und Wehrverbänden folgte jedoch relativ rasch eine Neubestimmung des Verhältnisses zu diesen, was L. als Doppelstrategie („Sympathie für die Verbandsmitglieder, Kritik an Verbandsführern“ wegen deren politischer Hilflosigkeit) und „eine Politik begrenzter Kooperation“ bezeichnet (S. 77). Von besonderem Interesse sind hierbei die Aussagen über die „latente Gewalttätigkeit der Verbände“ und deren hohen Anteil an der innenpolitischen Radikalisierung der Weimarer Republik, was die Verbände selbst zum „Vorreiter“ und zur „Reserve“ der SA werden ließ (S. 65 ff.). Es ist daher wohl kein Zufall, daß ein Rezensent der konservativen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“

¹ Der Verf. verweist zwar gelegentlich (S. 252) auf die Artikel über den Wehrwolf und den Bund Wiking, der aus der Feder von Kurt Pätzold und Peter Rüssig stammende Beitrag über die SA scheint ihm jedoch entgangen zu sein. Siehe Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), in vier Bänden, hrsg. von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker, Bd. 4, Leipzig 1986, S. 159-170.

dem Verf. „schiefe Urteile“ ausgerechnet über die Wehrverbände sowie fehlende „Grundkenntnisse“ vorgeworfen hat.²

Der zweite Darstellungsstrang des vorliegenden Bandes zeigt sich im umfangreichsten und fast 100 S. umfassenden Kap. 3 sowie in zahlreichen anderen Abschnitten. Der Verf. erläutert wichtige sozialstrukturelle, organisationspolitische und mentalitätsgeschichtliche Aspekte in der zur Massenorganisation gewordenen SA während der Jahre 1929 bis 1933. Dabei finden die Erfolgs- und Rekrutierungsmuster in den ländlich-kleinstädtischen protestantischen Gebieten, Mitgliederstruktur und -fluktuation, Aktionsformen, Finanzierung, soziale Betreuungsmaßnahmen und der SA-Geist“ eine materialreiche und differenzierende, mitunter auch etwas schlaglichtartige Beleuchtung. In der NS-Parteiarmee sieht L. „einen Zusammenschluß von vorwiegend Jugendlichen oder jüngeren Männern ..., die zum geringeren Teil aus der Arbeiterschaft stammten und zum größeren Teil der Proletarisierung zusteuern Angehörige der Mittelschichten waren“ (S. 88). Die besondere Attraktivität der SA für diese Kreise beruht für ihn im sozialen Versorgungsnetz und in einer eigenständigen, bizarre Formen aufweisenden „SA-Subkultur“, im paramilitärischen Aktionismus sowie im allgemeinen „Niedergang der Wehrverbände“ während der Jahre 1929/30 (S. 89 ff.). Ausführlich legt der Verf. dar, welches die nach seiner Auffassung „konstituierenden Elemente“ der SA-Subkultur gewesen sind. Dabei beschäftigt er sich – vorwiegend anhand späterer Selbstdarstellungen aus der SA – mit den terroristischen und propagandistischen Einsätzen der SA, deren gesamtes öffentliches Auftreten von einer „latente(n) Aggressivität“ zeuge, mit der Rolle der Sturmlokale und SA-Heime, in denen eine „SA-Innenwelt“ ganz besonderer „Gemütlichkeit“ (S. 126), für viele „eine Art Ersatz-Zuhause“ (S. 242) geschaffen werden konnte, mit den aufwendigen sozialfürsorgerischen Leistungen sowie mit dem in den Bürgerkriegszuständen wachsenden „Zusammengehörigkeitsgefühl“, das einer „bandenähnlichen Mentalität“ glich und weniger in politisch-inhaltlicher Hinsicht ausgeprägt war (S. 137 ff.).

Die beiden letzten Kapitel, die leider nicht die gleiche Dichte und Beweiskraft wie die vorangegangenen aufweisen, behandeln vor allem das große Gewaltpotential in der SA, das sich nach der Errichtung der faschistischen Diktatur relativ ungehindert Bahn gebrochen habe und durch die Ereignisse des 30. Juni 1934 nicht beseitigt, sondern lediglich verringert worden wäre. Bei zahlreichen Aktionen sei die Gewaltbereitschaft zum Vorschein gekommen, insbesondere am 10. November 1938. Den Pogrom wertet der Verf. nicht als „Rückkehr zum Terror“, sondern als eruptiven „Ausbruch eines in den vergangenen Jahren durch Beschäftigungstherapie, Ablenkungsmanöver, soziale Befriedigung und Dezimierung nur mühsam unter Kontrolle gehaltenen Gewaltpotentials“. Die während des Pogroms so massiv in Erscheinung tretende Brutalität erklärt er „aus der in der Parteiarmee aufgestauten Verbitterung, die nach einem für die Organisation typischen Wechsel-Mechanismus von Frustration und Aggression nach einem Ventil“ gesucht habe, sowie aus dem Gefühl, jetzt „die Chance zur Rehabilitierung der Parteiarmee“ nutzen zu können (S. 230). Unangenehm fällt auf, daß L. für die Darstellung und Wertung sowohl des 30. Juni 1934 als auch des 10. November 1938 keine Fragestellung aus der Geschichtswissenschaft der DDR berührt. Die Arbeit von Kurt Gossweiler³ nicht zu kennen, muß als peinlich betrachtet werden; zumindest hätte er hinter seine überzogene These, am 30. Juni sei es „im Kern um die Frage des Verhältnisses zwischen Nationalsozialismus und paramilitärischer Bewegung gegangen“ (S. 240), ein Fragezeichen setzen können.

Den Schlußbetrachtungen des Verfs. ist demgegenüber voll und ganz zuzustimmen. Die sich „unpolitisch“ gebende SA war tatsächlich nicht der „harmlosere“ Teil des Nationalsozialismus, sondern von besonderer Gefährlichkeit. Die SA sollte keineswegs „als bloße Manövriermasse der Parteiführung“ betrachtet werden, da die „in der SA so deutlich hervortretende Bereitschaft zur Gewalt“ als „wesentliches Grundelement des Nationalsozialismus“ in seiner Gesamtheit zu gelten habe (S. 245).

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Hrsg. im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 111, Heft 10 – Oktober 1990, Spalte 759-762.

² Henning Köhler: Wehrverband und Schlägertruppe. Ein Buch über die Geschichte der SA, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 24.8.1989.

³ Siehe Kurt Gossweiler: Die Röhm-Affäre. Hintergründe – Zusammenhänge – Auswirkungen, Köln 1983.

Das Rätsel Hitler im Rätsel Mensch gelöst?

Eine „Schreckensgestalt“ und das erschreckende Ende der „Spiegel“-Serie

Nun, gespannt konnte man schon sein: Was würde im Wochenmagazin „Der Spiegel“ wohl den krönenden Höhepunkt jener Artikelreihe bilden, die sich bislang den wichtigsten Ereignissen und Entwicklungen im zu Ende gehenden Säkulum gewidmet sah? Immerhin fiel auf, dass gelegentlich vom „Jahrhundert des Faschismus“ gesprochen worden ist, obwohl landauf und landab gerade dieser Begriff offiziöser Verabscheuung unterliegt. Das Anspruchsniveau sollte hoch sein. Tatsächlich vermittelten einzelne Beiträge bedenkenswerte und diskussionswürdige Aussagen. Trifft ein solches Urteil aber auch auf die abschließende Meditation zu (s. „Der Spiegel“, Nr. 43), in der Joachim Fest „Das Böse als reale Macht“ zum Thema machte?

Zweifel und Kritik schüttelt Fest ab

1973 veröffentlichte der langjährige Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ seine umfangreiche, von vielen gelesene Hitler-Biographie. In ihr stellte er den „Führer“ der deutschen Faschisten als ein Phänomen an sich dar, so als habe es keinen Nährboden, keine Partner, kein Umfeld gegeben. Das stieß bereits damals auf viel Kritik, und seither hat sich in der geschichtswissenschaftlichen Forschung viel bewegt.

Doch davon scheint den Autor nichts erreicht zu haben. Weder von den zahlreichen Zweifeln gegenüber seiner ausschließlich Hitler-zentrierten Sicht auf die Geschichte noch vom neuen Wissen über die gesellschaftlichen Wurzeln der NSDAP, des „Dritten Reiches“ und des Zweiten Weltkrieges ist etwas zu spüren. Alles, was andere zutage gefördert haben, prallte offensichtlich an ihm ab wie Regen an einer wasserdichten Pelerine. Damit nicht genug: Alle anderen Auffassungen werden zusätzlich mit dem Verdikt belegt, Theorien zu stützen, die „von einem vorgefassten Ausgangspunkt her“ entwickelt worden seien. Fest bleibt bei seinen einseitig psychologisierenden Deutungsmustern der Geschichte, natürlich ohne sich zu fragen, ob nicht er ebenfalls von einer „vorgefassten“ Meinung ausgehe und wie es um seine eigene Lernfähigkeit bestellt sei. Hitler gilt ihm trotz aller Forschungsergebnisse als „Meister der Bewegung“, als Zentrum allen Geschehens und zugleich als eine Symbolfigur des allgemeinen „Kulturbruches“. Statt zu fragen, welche Faktoren dazu beitrugen, dass so sein konnte, was gewesen ist, verbreitet er in gewohnt feinsinnig klingendem Stile Nebelschwaden und nimmt letztlich irrationale Schuldzuweisungen vor.

Das beginnt bereits mit der Interpretation der Hitlerschen Ziele. Die Rede ist keineswegs von imperialistischen Weltherrschaftsbestrebungen, wie sie bereits im ersten Punkt des Parteiprogramms der NSDAP formuliert worden waren. Da hieß es bekanntlich, man fordere ein „großdeutsches Reich aller Deutschen“, also einen Staat für die rund 60 Millionen, die in Deutschland wohnten sowie für jene 35 Millionen Menschen deutscher Nationalität, die in anderen Teilen Europas oder gar in Übersee lebten.

Von solchen profanen, aber realen Groß- und Weltmachtinteressen will Fest nicht reden, schon gar nicht von jenen Kräften der Gesellschaft, die in Deutschland das Sagen hatten und sich mit vielen Mitteln darum bemühten, ihre Ziele der Politik aufzuprägen. Stattdessen erfährt der Leser, dass das, was Hitler „einzigartig machte und den mit seinem Namen verbundenen Schrecken nicht enden lässt“, in der Radikalität seines Aggressionswillens bestanden hätte, in der „Unverhohlenheit, mit der er alle Gesittungsnormen eines Kulturzusammenhangs“ verworfen habe. Hitlers Programm sei die Formulierung einer Kriegserklärung gegen die bestehende Weltauffassung gewesen. Und weiter: Beim „Aufstieg“ Hitlers zur Macht soll „mehr Täuschung im Spiel“ gewesen sein, als sich „standpunktfeste Klugheit von heute“ träumen lasse. Niemand sei sich auch nur halbwegs bewusst gewesen, was da kommen würde.

Offensichtlich kann die eigene Geschichtsbetrachtung nur existieren, wenn Tatsachen, die nicht ins Bild passen, schlicht ausgeblendet werden: Hat es denn keine Warnrufe, keine Mahnungen gegeben? Und es waren doch nicht allein die Kommunisten, die da erklärten, käme Hitler an die Macht, würde dies Krieg bedeuten. Antifaschismus kommt bei diesem Autor in keiner Variante vor. Allen Deutungen, die nicht die seinen sind, unterstellt Fest „Hilflosigkeit“. Ausdrücklich benennt er in

diesem Zusammenhang auch die „jüngeren, der sozialgeschichtlichen Richtung entstammenden Deutungen“. Diese würden Hitler als „bloßen Vereinigungspunkt gesellschaftlicher Strömungen“ oder als „Mittelsmann und Repräsentanten übermächtiger Gruppen“ interpretieren. Grobschlächtig – wie nicht nur das irreführende Wörtchen „bloß“ verrät – trifft sein Bannstrahl selbstverständlich zunächst marxistische Historiker. Sie würden, so behauptet er wider besseres Wissen, Kapitalismus und Faschismus gleichsetzen. Über Zusammenhänge zwischen beiden zu reden, ist für ihn von vornherein obsolet.

Auch andere bekommen ihr Fett weg, z. B. Hans Mommsen, Martin Broszat und Daniel Goldhagen. Den britischen Hitler-Biographen Ian Kershaw verschweigt er vorsichtshalber, hatte der sich doch jüngst bemüht, im unaufhörlichen Streit zwischen Historikern, die sich – benannt als „Intentionalisten“ – auf Hitler konzentrieren und aus seiner Persönlichkeit heraus den Geschichtsverlauf zu erklären versuchen, und jenen, die eher von den gesellschaftlichen Strukturen sowie von den Funktionen Hitlers für die Gesellschaft sprechen, eine vermittelnde Position einzunehmen. Sowohl als auch – so lautete der von ihm vertretene methodische Grundsatz für eine Synthese der unterschiedlichen Betrachtungsweisen. Dazu bezog Kershaw sich sogar auf Karl Marx, der bekanntlich davon gesprochen hatte, dass die Menschen ihre eigene Geschichte machen würden, dies aber nicht unter selbstausgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Nicht einmal das jüngst erschienene Buch Ron Rosenbaums (Europa Verlag) findet bei Fest Erwähnung, obgleich dieser US-Historiker die Geschichte der Debatten über Hitler als Suche nach den Ursprüngen des Bösen angelegt hat.

Die einsame Masse, die nach dem Diktator dürstet

Die Festsche Zurückweisung allen Wissens um Interessen und Ziele wirtschaftlicher, militärischer, politischer und geistiger „Eliten“ der deutschen Gesellschaft überrascht kaum wegen ihres Inhalts, eher wegen ihrer Plumpheit, die selbst geschliffenste Wortwahl des erprobten Journalisten kaum verdeckt. Beachtenswert erscheint allerdings, mit welcher Beharrlichkeit unternommen wird, die außerhalb Hitlers liegenden Verantwortlichkeiten für Diktatur und Krieg den Menschen schlechthin zuzuschreiben. Zu suchen sei, „woher selbst in hoch entwickelten Nationen das Hordenglück unter flatternden Fahnen, bei Gemeinschaftsgelöbnissen oder vor rußigen Eintopfküchen „komme. Denn die „einsame Masse“ suche nun einmal stets nach „einem gebieterischen Willen, nach Gemeinschaft, Dramatik, Hingebung und allem nach einem fremdbestimmten Dasein“.

In Hitler habe das Menschenbild der Aufklärung seine Widerlegung gefunden, so lautet der anthropologisierende Befund Fests. Der Mensch schlechthin sei es, dem Schlechtes und Böses von Natur aus eigen ist. Erkundet werden müsse daher, „wie die totalitäre Sehnsucht überhaupt entsteht“ und wie „der Mensch“ von heute sich nach wie vor in Hitler „eine zeitgerecht umgeformte Gestalt des Bösen zu erschaffen sucht“. Das Rätsel Hitler löse sich also im Rätsel Mensch auf. Das Schreckensbild des „Führers“ zwingt zum Erschrecken vor dem Menschen – so muss wohl der Gedanke interpretiert werden, dass dank Hitler auf lange Zeit dem zivilisatorischen Grundvertrauen in den Menschen der Boden entzogen worden sei. Eine Aussage aus dem Beitrag von Fest stimmt: Hitler hat ein beispielloses Zerstörungswerk angerichtet. Sein Wirken darf als „Gipfel“ des an Diktatoren, Kriegen und Massenverbrechen so reichen 20. Jahrhunderts gelten. Doch es genügt nicht die Beschreibung der reinen Tatsache. Ein geistiger Tiefpunkt markierte das Ende der „Spiegel“-Serie.

Neues Deutschland, Montag, 1. November 1990, S. 3.

Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg

Sammelbände zu besprechen ist stets und für jeden Autor ein ziemlich schwieriges Unterfangen. Nur selten kann es ihm gelingen, allen Beiträgen genügend Aufmerksamkeit zu widmen und den Verfassern in ihren jeweiligen Intentionen volle Gerechtigkeit des Urteils widerfahren zu lassen. Im Falle des vorliegenden Bandes scheint eine Rezension jedoch besonders kompliziert zu sein. Das sonst übliche Referieren, Loben und Kritisieren reicht keineswegs aus. Die sieben Beiträge von Martin Broszat, dem leider viel zu früh verstorbenen Münchner Historiker und einem der Initiatoren des Unternehmens, von Ludolf Herbst, Heinz Hürten, Peter Krüger, Klaus-Jürgen Müller, Klaus Schwabe und Hans-Erich Volkmann bieten mehr als nur neue Erkenntnisse und darauf aufbauende weitere Fragen. Der Band wollte eigentlich mehr bieten, durfte es allerdings nicht und geriet dadurch selbst zu einem Zeugnis erst jüngst vergangener Wissenschaftspolitik. Es muss also zunächst – und gerade von mir als einem Historiker aus der DDR, der noch dazu beteiligt sein sollte (und wollte!) – über die eigentümliche Vorgeschichte des Bandes gesprochen werden.

Das Werk ist bedauerlicherweise ein Torso geblieben. Martin Broszat hat in seinem Vorwort „Erfolg und Scheitern eines deutsch-deutschen Zeitgeschichts-Dialogs“ alle Fakten und Ursachen korrekt beschrieben, die dazu geführt haben, dass in vorliegendem Band dem Leser weitere sieben Beiträge vorenthalten wurden. Herausgeber und Autoren hatten ursprünglich ein anderes Anliegen verfolgt, ein größeres, das – wäre es realisiert worden – gerade gegenwärtig als außerordentlich sinnvoll und wohl auch als wegweisend bezeichnet werden müsste. Geplant war, dass der Band gemeinsam mit Beiträgen DDR-Historikern gleichzeitig in beiden deutschen Staaten zum 50. Jahrestag der Entfesselung des zweiten Weltkrieges erscheint. Aus der Sicht jeweils zweier Autoren sollte der Frage nachgegangen werden, ob und inwieweit einzelne Elitegruppen der deutschen Gesellschaft in den zwanziger und dreißiger Jahren den Weg in den zweiten Weltkrieg zu verantworten oder mit zu verantworten haben. Neben der Naziführung – von allen Beteiligten verstanden als eine neue und direkt zum Krieg treibende Elite – galt die Frage dem jeweiligen Beitrag, den die sogenannten traditionellen Eliten, d. h. die großindustriellen Unternehmer, die Großagrarier, Militärs, Diplomaten, Akademiker und Kirchenführungen zur geistigen, materiellen und organisatorischen Vorbereitung bzw. zur Ermöglichung des 1939 beginnenden Krieges geleistet haben, eines Krieges, aus dem sich für die Deutschen, in West wie in Ost, eine drückende historische Erblast sowie eine besondere Verpflichtung zur Friedenssicherung in der heutigen Welt ergaben.

Der hier zu besprechende Band enthält die Antworten der am Projekt beteiligten bundesdeutschen Historiker. Jeder würde unmittelbar in dem Band selbst sicher gern vergleichen, Unterschiede und Gemeinsamkeiten aufspüren, Erkenntnisfortschritte hüben wie drüben auf ihre Tragfähigkeit prüfen wollen. Dies ist leider so nicht möglich. Eine wissenschaftsfeindliche, von den DDR-Autoren zwar mit Empörung aufgenommene, aber letztlich doch akzeptierte Entscheidung der ehemaligen Abteilung Wissenschaft im Zentralkomitee der SED verhinderte das Erscheinen des verlagsreifen Gesamtmanuskripts. Als offizielle Begründung diente das nahezu lächerliche und billige Taktik zu Strategie erhebende Argument, eine Gemeinschaftsarbeit von Historikern der DDR und der BRD würde das ohnehin gestörte Verhältnis zur sowjetischen Historiographie belasten. Verwiesen wurde auch auf einzelne kritische Wertungen in einigen Beiträgen der westdeutschen Historiker, die nicht in das Klischee einer von allen Problemen gereinigten Darstellung zur Geschichte der KPD passten.

Inzwischen sind die Beiträge der DDR-Autoren nach mehr als einem Jahr Verzug doch noch erschienen¹, so dass sich der Leser zwar verspätet, aber sicher nicht ohne Gewinn ein Bild über Kontroversen und Offenes, über Neues und Weiterführendes in der deutschen Zeitgeschichtsforschung machen kann. Der Vergleich zwischen unterschiedlichen Grundpositionen wird sich, dessen bin ich gewiss, als produktiv erweisen, nicht zuletzt deshalb, weil die DDR-Faschismusforschung schon seit langem nicht mehr als Ausdruck eines simplen ökonomistisch-mechanistischen Geschichtsverständnisses und einer bloßen „Agententheorie“-Entäußerung bezichtigt werden darf.

¹ Siehe: Der Weg deutscher Eliten in den zweiten Weltkrieg. Nachtrag zu einem verhinderten deutsch-deutschen Zeitgeschichtsdialog. Hrsg. von Ludwig Nestler, Berlin: Akademie-Verlag 1990.

Auch ohne die Möglichkeit des unmittelbaren Vergleichs bietet der vorliegende Band eine Fülle neuer Einsichten und anregender Fragestellungen. Eines seiner wichtigsten Ergebnisse sehe ich darin, dass nun wohl kaum noch die Verantwortung für den Weg in den Krieg auf die unmittelbare Vorkriegspolitik in den dreißiger Jahren sowie auf die Person Hitlers beschränkt werden kann, wenn Geschichtsforschung und -deutung ernsthaft betrieben werden sollen. Die in den Beiträgen ausgebreitete Materialfülle spricht sehr deutlich für jene Thesen, die im Streit um die wohl immer aktuelle Frage:

„Wie konnte es geschehen ...?“ das Moment der Kontinuität in den nationalistischen und revisionspolitischen Antworten aller traditionellen Eliten auf die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg sowie auf den Versailler Friedensvertrag hervorheben. Hitler kann nicht für sich allein, ohne den gesellschaftlichen Hintergrund gesehen und bewertet werden. Möglicherweise offenbart sich in dieser Hinsicht sogar so etwas wie eine weitgehende Annäherung der seriösen Zeitgeschichtsforschung beider deutscher Staaten. So wie sich nach dem Urteil Martin Broszats in der Bundesrepublik während der zweiten Hälfte der sechziger Jahre eine Abkehr vom „Vorrang ideologie- und personenbezogener politischer Geschichtsschreibung [...] bei der Erforschung des Nationalsozialismus und seiner bis in die Wilhelminische Zeit reichenden Voraussetzungen“ (S. 9) vollzogen hat, so ist auch festzuhalten, dass sich in DDR-Publikationen differenziertere Urteile über Hitler und keinesfalls mehr solche Begriffe wie „Werkzeug“ oder „Marionette in den Händen des Monopolkapitals“ finden. Der Streit geht daher schon lange nicht mehr um die Frage, ob Hitler als der Alleinschuldige zu verurteilen ist oder nicht. Der Streit rankt sich vielmehr um die Frage, *wie* groß sein unbezweifelbarer persönlicher Anteil an der Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg konkret und im einzelnen gewesen ist, in *welche* historische Zusammenhänge und Strukturen er einzuordnen ist und *worin* die Ermöglichung seines Wirkens bestand. Im übrigen kann auch festgestellt werden: Die Front des wissenschaftlichen Diskurses dazu verläuft keineswegs entlang der Fronten zwischen „marxistischer“ und „bürgerlicher“ Historiographie, sie geht mitten durch alle Denkrichtungen und Schulen hindurch; die sogenannten Intentionalisten oder Funktionalisten finden sich hüben wie drüben.

Von besonderem Belang dürften daher für beide Seiten die von Broszat eingebrachten Überlegungen zur „Rolle Hitlers auf der Grundlage der führerstaatlichen Struktur des NS-Regimes“ im letzten Teil seines Beitrages sein. Broszat spricht – für mich überzeugend – von drei Faktoren, die sich als Elemente eines breiten Bedingungsgefüges gegenseitig *ergänzten* und *stützten*. Als solche sieht er erstens die alten, traditionellen Eliten, zweitens die neuen politischen Eliten des Nationalsozialismus und drittens den „Faktor“ Hitler. Er hält es für wichtig, Hitlers Rolle nicht nur als einen „Personen-Faktor“, sondern „selbst als eine Struktur, zu begreifen und zur Darstellung zu bringen.“ (S. 66) Darüber hinaus sieht Broszat in den führerstaatlichen Umstrukturierungen des nationalsozialistischen Regimes seit 1937/38 „zweifelloso entscheidende institutionelle, prozedurale und machtpolitische Voraussetzungen dafür, dass Hitler sich bei seinen außenpolitischen Schritten in den Jahren vor Beginn des Zweiten Weltkrieges mehr und mehr von der Staats- und Parteiorganisation absetzte und mit Hilfe persönlicher Stäbe und ihm besonders ergebener Sonderbevollmächtigter und Sonderinstitutionen eine Form der verabsolutierten Führerherrschaft begründen konnte, die sich deutlich von der Struktur des nationalsozialistischen Regimes in den ersten Jahren nach 1933 unterschied.“ (S. 70 f.)

Eine solche Sicht erlaubt, die Dynamik des Geschichtsprozesses, gleichsam die innere Logik der Entwicklung in dem hohen Maße zu berücksichtigen, das mir notwendig zu sein scheint. Ein einmal eingeschlagener Weg kann immer zu mehreren, d. h. aber auch zu extremen Lösungen führen, die außer Kontrolle geraten sind oder sogar zum Gegenteil des Beabsichtigten treiben. Wer nationalistisch dachte und handelte, wer im militärischen Debakel Deutschlands von 1918 und im Versailler Vertrag die Wurzel aller Übel sah, für den war also ohne Zweifel die Schwelle hin zu einer Anerkennung chauvinistisch und revanchistisch geprägter Politik der Naziführung niedriger als zu einer alternativen Position. Mit Recht spricht Klaus-Jürgen Müller in seinem Beitrag über die „Deutsche Militär-Elite in der Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges“ vom unaufhebbaren Dilemma, in das

sich die Militärs hineinmanövriert hatten und das schließlich für sie nach 1933 lediglich die Alternative „funktionieren oder konspirieren“ (S. 285) zuließ. Ähnlich sieht es wohl auch Peter Krüger, der seinem Beitrag über „Die Diplomaten und die Eskalation der Gewalt“ den für 1936 verbürgten Ausspruch Bernhard Wilhelm von Bülow, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, voranstellt: „Man lässt nicht sein Land im Stich, weil es eine schlechte Regierung hat.“

Während Hans-Erich Volkmann eindeutig vom „Revisions- und Expansionskurs“ der deutschen Agrarelitens spricht und nachweist, wie Konservative ihr agrarprogrammisches Gedankengut der NSDAP „nachgerade angetragen“ und die Politik der Naziführung „schließlich mitgetragen“ haben (S. 375), läuft die Argumentation von Ludolf Herbst in seinem Beitrag „Der Krieg und die Unternehmensstrategie deutscher Industrie-Konzerne in der Zwischenkriegszeit“ darauf hinaus, das Konzept der klassischen rheinisch-westfälischen Großindustrie zwar als expansionistisch zu bewerten, ihm jedoch jeden „militanten und schon gar [...] kriegerischen Sinn“ abzusprechen (S. 102). Folgerichtig spricht Herbst von einem Prozess der „Einpassung der Großindustrie in die Kriegsvorbereitung“ und davon, dass demgegenüber sich eine neue und äußerst dynamische nationalsozialistische Fraktion der Schwerindustrie als kriegsbereite „Partei-Wirtschaft“ entwickelt habe. Dieser Ansatz – im Beitrag allerdings nicht weiter ausgeführt – wird die Diskussion um das Maß der Verantwortung von großindustriellen Unternehmern ganz sicher positiv befördern. Allein der Vergleich zu den von Dietrich Eichholtz in dem Band „Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939)“² entwickelten Thesen würde sich bereits lohnen. Eichholtz bezeichnet die Analyse der expansiven Zielvorstellungen der Industriekonzerne, Großbanken usw. als „ein Forschungsdesiderat ersten Ranges“ und erklärt eindeutig, dass Expansionsziele dann die Qualität von Kriegszielen hätten, „wenn der Krieg als Mittel ihrer Verwirklichung einkalkuliert und vorbereitet wird.“³

Alle Versuche zu differenzieren, nicht mehr vordergründig in rein individuellen oder grobschlächtigen Kollektivschuldzuweisungen steckenzubleiben und überflüssige Pauschalurteile zu vermeiden, sind m. E. nur zu begrüßen. Hinsichtlich einer vollständigen Behandlung des Themas Verantwortung der alten Eliten für den Weg in den Krieg befindet sich die Geschichtswissenschaft tatsächlich erst im Beginn einer jetzt auch durch die Einzeluntersuchungen des vorliegenden Bandes neu möglich gewordenen komplexen Analyse. Dabei werden Abstufungen und Entwicklungstendenzen historischer Verantwortung deutlich. Zwischen direkter Schuld und indirekter Mitschuld ist mehr als bisher zu unterscheiden. Das jeweilige Maß an Verstrickung in das faschistische Herrschaftssystem ist genauer zu bestimmen. Für den konkreten Verlauf der Geschichte bietet sich, wie Friedrich Engels in einem seiner Altersbriefe bemerkte, der Vergleich mit einer Resultante an, die sich aus einem Kräfteparallelogramm einer unendlichen Zahl von Faktoren ergibt. Jeder dieser Faktoren bewirkt also etwas für das Ganze, was nicht nur vom Ganzen her, sondern ebenso in seiner Spezifik erkannt werden muss. Jeder Faktor ermöglicht andere, selbst wenn er nicht zu den primär bedeutsamen Ursachensträngen gehört. Verantwortung und Mitschuld sind daher als Begriffe noch viel zu allgemein. Sie enthalten noch zu viele Undeutlichkeiten und interpretationsbedürftige Ansätze. Sie umfassen eigentlich eine viel breitere Palette von Begriffen wie Unterstützung, Begünstigung und Schützenhilfe oder bewusste Verletzung und leichtfertige Preisgabe eigener Positionen. Darunter wären ebenso risikofolle Ermunterung und fahrlässiges Gewährenlassen wie eine begrenzte Akzeptanz der Diktatur und die von Gewöhnung getragene Anpassung an ihren Kriegskurs zu verstehen. Hinsichtlich der Transformation ökonomischer Interessen in die Politik und Organisation des Nationalsozialismus schrieb ich in meinem ursprünglich für den vorliegenden Band erarbeiteten Artikel, dass sie sich insgesamt sowohl über direkte Forderungen und Initiativen, über materielle Förderung unterschiedlichster Art als auch über Beteiligung und ideelle Unterstützung, ja auch über widerspruchslose Duldung und Inkaufnahme der NSDAP, ihrer Führer und ihrer Eigenheiten“ vollzogen

² Dietrich Eichholtz: Das Expansionsprogramm des deutschen Finanzkapitals am Vorabend des zweiten Weltkrieges, in: Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939), hrsg. v. Dietrich Eichholtz u. Kurt Pätzold, Berlin: Akademie-Verlag 1989, S. 1-39.

³ Ebenda, S. 1.

habe. Das war zwar sehr grundsätzlich gemeint, hilft aber sicher auch nur bedingt weiter. Konkrete Forschungen sind erforderlich.

Bei künftigen Analysen von Mitschuld der Eliten an der Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges wird sicher noch stärker verglichen werden müssen. Es liegt auf der Hand, dass Industrielle und Agrarier ein anderes Maß wie auch eine andere Art an Wirksamkeit zugunsten des von der Naziführung organisierten Weges in das Verderben einzubringen hatten als beispielsweise die vom Mitheerausgeber Klaus Schwabe behandelten Hochschullehrer oder die von Heinz Hürten untersuchte katholische Kirche. Kriterium der jeweils anderen Maße konnte z. B. die jeweilige Nähe der einzelnen Eliten zu den politikentscheidenden Zentren der Macht sein. Diese ist doch wohl bei Militärs und Diplomaten deutlich größer gewesen als bei Industriellen oder Akademikern. Weniger hilfreich scheint mir demgegenüber zu sein, wenn einer in der Gesellschaft führenden Gruppe der Status als Elite für den Fall abgesprochen wird, dass sie sich nicht oder nicht mehr an den zentralen politischen Entscheidungen beteiligt sehen dürfte. Ein solches Spielen mit Begriffen verlagert die Probleme, beantwortet sie jedoch nicht.

Zu dem hier vorgeschlagenen Kriterium sollte aus meiner Sicht auch das in den Zeiten verhaftete allgemeine Denken gehören. Ich frage beispielsweise, ob damals nicht für alle Eliten die Kategorien von Aufrüstung und Krieg als eine Art gesellschaftlicher Normalität und geschichtlicher Selbstverständlichkeit galten. Zahlreiche Bedenken, wie sie Martin Broszat nicht zuletzt innerhalb der Naziführung festzustellen vermag, waren gegen konkrete Konstellationen und Kriegsrisiken gerichtet, gegen die Möglichkeit eines Zweifrontenkrieges, gegen Abweichungen von eigentlichen rüstungs- und bündnispolitischen Konzepten.

Nirgends fand der Krieg als solcher und überhaupt eine Verurteilung. Die bereits erwähnte Alternative „funktionieren oder konspirieren“ fand stets eine letzten Endes nationalistische Lösung, die Peter Krüger in der Zusammenfassung seines Beitrages andeutet. Die Mehrheit der deutschen Diplomaten, so heißt es bei ihm, „war nicht bereit, die deutschen Ansprüche auf völlige Revision des Versailler Vertrages und auf neue nationale Größe zurückzustellen oder Einbußen an Macht zuzulassen [...] Es war diese Form des Nationalismus, diese besondere deutsche Tradition des deutschen Nationalstaats seit dem 19. Jahrhundert, die auch später den konservativen Widerstand [...] am stärksten behindert hat.“ (S. 225)

Ich sprach eingangs von den besonderen Schwierigkeiten dieser Rezension. Zu ihnen gehört auch, dass ein Fazit zu ziehen nicht möglich ist. Es bleibt die Hoffnung auf die neugewonnenen Möglichkeiten der wissenschaftlichen Diskussion, es bleibt der Wunsch nach ihrer Fortsetzung und nach konstruktiven Ergebnissen.

Diese Rezension zum Buch „Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg“. Hrsg. v. Martin Broszat u. Klaus Schwabe. München 1989 erschien in der Deutschen Literaturzeitung H. 11/12, 1990, Sp. 884-889.

Biographie Gottfried Feder

Feder, *Gottfried*, * 27.1.1883 Würzburg, † 24. 9. 1941 Murnau (Oberbayern). Sohn einer bayr. Beamtenfamilie. Studium in München, Charlottenburg und Zürich, Abschluß als Bauingenieur. Seit 1908 mit geringem Erfolg als Bauunternehmer, u. a. in Bulgarien, tätig. Nach finanzpolit. Studien über das Geldwesen trat F. 1917 großspurig als Wirtschaftstheoretiker auf. Seine demagog.-verworrene und antisemit. Forderung nach „Brechung der Zinsknechtschaft“ fand 1919/20 Eingang in das NSDAP-Programm. Gründer und Vors. des Dt. Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft (1920-1923). F. beteiligte sich am faschist. Putsch (8./9.11.1923), hob jedoch zuvor sein eigenes (nach seiner Lehre die „Zinsknechtschaft“ stärkendes) Bankdepot (in Höhe von 11.366,67 RM) ab. Lange galt F., der rege publizierte (u. a. „Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage“, 1923; „Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken“, 1927) und ausgedehnte Vortragsreisen unternahm, in der Öffentlichkeit als Wirtschaftsexperte der Faschisten. Seit 1927 Hrsg. der „Nationalsozialistischen Bibliothek“, beschränkte sich F.s Rolle auf die eines geduldeten Demagogen. Führende Nazis verspotteten ihn als „Aufwertungskaktus“ und als „alte Kokotte“, die nur noch von „ihren früheren Reizen lebe“. Von 1924 bis 1933 MdR und anschließend bis 1936 Mitgl. des faschist. Reichstages. Seit 1930 als Vertreter der NSDAP Beisitzer des Staatsgerichtshofes. 1931 einflußloser Vors. des Wirtschaftsrates der NSDAP. Vertrat die NSDAP. Nach Errichtung der faschist. Diktatur für kurze Zeit Staatssekr. im Reichswirtschaftsministerium (Juni 1933-Nov. 1934), gleichzeitig Reichskommissar für das Siedlungswesen (Apr.-Nov. 1934). Danach übte F. nur noch unbedeutende Ämter aus (u. a. im Reichsbund dt. Technik). Seit Nov. 1934 war er Prof. an der Techn. Hochschule Berlin.

Lexikon. Biographien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1991, S. 136-137.

Biographie Wilhelm Frick

Frick, *Wilhelm*, * 12.3.1877 Alsenz (Pfalz), † 16.10.1945 Nürnberg. Der Sohn eines Lehrers besuchte das Gymnasium in Kaiserslautern und studierte von 1896 bis 1900 Jura in München, Göttingen und Berlin; 1901 Promot. in Heidelberg. Danach begann seine Laufbahn als Verwaltungsjurist in pfälz. und bayr. Städten (u. a. Bezirksamtsassessor in Pirmasens, Oberamtmann, 1919-1921 Leiter der Polit. Polizei in München). F. unterstützte frühzeitig die NSDAP (Mitgl. offiziell seit 1925). An deren Putsch (9.11. 1923) beteiligt, wurde er zu einem Jahr und drei Monaten Festungshaft verurteilt, ohne die Strafe antreten zu müssen. Von 1926 bis Jan. 1930, von 1932 bis Jan. 1933 Beamter beim Obergewerbungsamt München. Mai 1924 bis 1933 MdR, von 1933 bis 1945 Mitgl. des faschist. Reichstages, seit 1928 Fraktionsvors. der NSDAP. Als die Faschisten erstmals an einer Reg. beteiligt wurden, avancierte F. zum thür. Innen- und Bildungsmin. (23.1.1930-1.4.1932). Nach Machtübergabe an die Faschisten Reichsinnenmin. (30.1.1933-20.8.1943), seit Mai 1934 als Nachfolger ↑ Görings auch preuß. Innenmin., 1943 durch ↑ Himmler abgelöst; danach Reichsmin. ohne Geschäftsbereich. F., der relativ wenig in der Öffentlichkeit auftrat, galt als kenntnisreicher Verwaltungsfachmann. Er spielte eine einflußreiche und verhängnisvolle Rolle, indem er für den faschist. Terrorismus den staatl.-bürokrat. organisierten Rahmen schuf und den Polizeiapparat auszudehnen und zu zentralisieren half. F. gliederte die NSDAP in den Staat bei Beibehaltung einer funktionsmäßigen Trennung beider ein. 1934 publizierte er zwei Schriften zum „Neuaufbau des Reiches“. F. war an der innenpolit. Gesetzgebung der faschist. Diktatur, insbes. auch der antisemit., und an der Eingliederung der annektierten Gebiete führend beteiligt. Am 4.9.1938 wurde F. zum Generalbevollmächtigten für die Verwaltung des Reiches ernannt. Er war Mitgl. des Reichsverteidigungsrates und für den Einsatz dt. Beamter in den okkupierten Ländern zuständig. Ihm unterstanden die Einrichtungen, in denen von 1939 an ca. 275.000 kranke Menschen, deren Leben von den Faschisten als „lebensunwert“ erklärt worden war, ermordet wurden. Als „Reichsprotektor“ trug F. von 1943 bis 1945 die unmittelbare Verantwortung für die Ausplünderung der böhm. und mähr. Teile der ČSR, für den Terror gegen ihre Bevölkerung und für die Verschickung der in diesem Gebiet lebenden jüd. Menschen in Vernichtungslager. Der Internat. Militärgerichtshof verurteilte ihn als Kriegsverbrecher und wegen seiner Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tode.

Lexikon. Biographien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1991, S. 153.

Biographie Rudolf Heß

Heß, *Rudolf*, * 26. 4. 1894 Alexandria, † 17. 8. 1987 Berlin (West). Sohn eines dt. Großkaufmanns in Ägypten, wo er bis zum 14. Lebensjahr lebte. Schulbesuch in Godesberg (1908-1911) und Neuchâtel (1911/12), seit 1912 kaufmänn. Lehre in Hamburg, 1914 Kriegsfreiwilliger (1916 Verwundung, 1918 Leutnant im Flieger-Korps). H. beteiligte sich als Student der Volkswirtschaft und Mitgl. der konterrevolutionär-antisemit. Thule-Gesellschaft aktiv an der Zerschlagung der Münchener Räterep. 1919 Mitgl. des Freikorps ↑ Epp, enge Bekanntschaft mit dem Geopolitiker Karl Haushofer. 1920 Mitgl. der NSDAP, 1921 Mitbegr. der SA. 1921/22 gewann H. mit einem ↑ Hitler verherrlichenden Aufsatz ein Preisausschreiben („Wie wird der Mann beschaffen sein, der Deutschland wieder zur Höhe führt?“). Nach dem faschist. Putschversuch in München (9.11.1923) Flucht nach Österreich. Später Rückkehr und milder Urteilsspruch auf 7 Monate Haft in der Festung Landsberg/Lech, wo er Hitler bei der Abfassung von „Mein Kampf“ intensiv unterstützte. Nach kurzer Assistentenzeit bei Haushofer wurde H. im Frühjahr 1925 Privatsekr. Hitlers und dessen unentbehr. rechte Hand in organisator. und finanziellen Fragen. Da er geheime Dossiers führte und Streitigkeiten zwischen Naziführern zu schlichten und Affären zu vertuschen hatte, avancierte er in der NSDAP zu einer Schlüsselfigur und wurde daher mitunter als „graue Eminenz“, wegen seiner Ergebenheit gegenüber Hitler als „Fräulein H.“ bezeichnet. Er trat in der Öffentlichkeit wenig hervor, bis er Nachfolger ↑ G. Strassers (Leiter der Polit. Zentralkommission der NSDAP, Dez. 1932), Stellv. des NSDAP-Führers (21.4.1933) und Min. ohne Geschäftsbereich („Parteiminister“) in der Reg. (2.12.1933) wurde. H. war aktiv an der Ausarbeitung und Durchsetzung aller Gesetze der faschist. Reg., an der blutigen Aktion gegen die SA (↑ Röhm) sowie an der polit. und ideolog. Vorbereitung auf den 2. Weltkrieg beteiligt. 1933 wurde ihm auch die Auslandsorganisation der NSDAP und der irredentist. Volksdt. Rat unterstellt. 1938 Mitgl. des Geh. Kabinettrates, 1939 des Ministerates für Verteidigung, am 1.9. 1939 offiziell zu Hitlers bzw. 1 Görings Nachfolger designiert. H.' Machtstellung war geringer, als der Titel „Stellvertreter des Führers“ aussagte und sein repräsentatives Amtieren, z. B. bei Eröffnung der sog. Reichsparteitage der NSDAP, vermuten ließen. Der sensationell wirkende Flug von H. nach England (11.5.1941), der höchstwahrscheinl. mit Hitler abgestimmt war, zielte auf eine antisowjet. Verständigung des dt. mit dem brit. Imperialismus, wurde aber nach seinem Scheitern als Alleingang in „geistiger Zerrüttung“ ausgegeben. Von 1943 bis 1945 gab H. den Verlust seines Erinnerungsvermögens vor, was er während der Verhandlungen des Internat. Militärgerichtshofs am 30.11.1945 aufgab und herausfordernd als „großes Theater“ charakterisierte. Selbstmordversuche, Hungerstreik, Aussageverweigerung, Verfolgungswahn und hypochondr. Anfälle dienten gleichen Zwecken. In Nürnberg wurde H., abweichend vom Antrag des sowjet. Anklagevertreters, wegen Verbrechen gegen den Frieden zu lebenslanger Haft verurteilt. H. bezeichnete sich in seinem ausführl., teilweise verworrenen Schlußwort (31.8.1946) als Hitlers „treuen Gefolgsmann“, der nichts bereue. Dem entsprach sein Verhalten in der Haft in Spandau (Berlin-West), wo er als letzter Verurteilter des Hauptkriegsverbrecher-Prozesses gefangengehalten wurde und Selbstmord beging. Seine Befreiung galt zahlreichen neofaschist. Gruppen in der BRD als wesentl. symbolhaftes Ziel im Rahmen der Rehabilitationsversuche des Faschismus.

Lexikon. Biographien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1991, S. 233-234.

Biographie Adolf Hitler

Hitler, *Adolf*, * 20.4.1889 Braunau (Österreich), † 30.4.1945 Berlin. Sohn des österr. Zollbeamten Alois H. (bis 1876 Schicklgruber). H. besuchte die Volks- und Realschule, verließ letztere 1905 ohne Abschluß. 1907 übersiedelte er nach Wien, seine Bewerbung an der Kunstakademie wurde 1908 abgewiesen. Er brauchte sein kleines Vermögen auf, arbeitete gelegentl., wohnte zeitweilig in Obdachlosenasylen und Männerheimen. Geistig geriet er unter den Einfluß der antisemit., sozialdarwinist., großdt.-nationalist. Strömungen um Karl Lueger, Jörg Lanz v. Liebenfels und Georg v. Schönerer. Um sich dem österr. Militärdienst zu entziehen, ging H. 1913 nach München. Am 1. Weltkrieg nahm er freiwillig in einem bayr. Regiment teil (Gefreiter). Kriegsende und Novemberrevolution erlebte er, gasvergiftet im Pasewalker Lazarett, in haßerfüllter phys. und psych. Ohnmacht. Seit März 1919 wieder in München, an den konterrevolutionären Aktionen gegen die Räte-rep. beteiligt, als „Bildungsoffizier“ für die polit. Agitation des bayr. Reichswehrgruppenkommandos ausgebildet und für die Bespitzelung zahlreicher Vereine eingesetzt. H. trat im Sept. 1919 der Dt. Arbeiterpartei (DAP), einer kleinen völk.-antisemit. Gruppe, als Mitgl. Nr. 55 bei; seine fanat.-aktivist. Haltung und Rednerbegabung machten ihn zu deren Werbeobmann. In der DAP setzte H. die polit. Konzeption seiner militarist. Hintermänner (↑ Röhm, ↑ Ludendorff) und anderer extrem reaktionärer Kräfte durch. Sie wollten eine Organisation, in der größere Teile der Werktätigen, vor allem Arbeiter, von der revolutionären Bewegung isoliert und nationalist. und chauvinist. verhetzt werden sollten, um für den Revanchismus des dt. Imperialismus eine neue, stabile Massenbasis aufzubauen. Im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch formierte sich die DAP zur NSDAP um (24.2.1920), deren Vorsitz H. offiziell im Juli 1921 übernahm. Sie war der faschist. Bestandteil einer breiten militarist., monarchist., völk.-antisemit. und partikularist. Front, die den Putsch vom 8./9.11.1923 vorbereitete. Nach dessen Scheitern erhielt H. 5 Jahre Festungshaft. Auf der Festung Landsberg (Lech) schrieb er das Buch „Mein Kampf“, das persönl. Erlebnisse, Geschichte und Programm des „Nationalsozialismus“ sowie die Darlegung künftig einzuschlagender Taktik der aggressivsten und reaktionärsten Teile des dt. Imperialismus vermischte; bis 1945 etwa 10 Mill. Exemplare. Vorzeitig entlassen (Dez. 1924), gründete H. die NSDAP neu (27. 2. 1925), die, durch Großindustrielle und Bankiers (↑ Kirdorf, ↑ Hugenberg, ↑ Schacht) gefördert, seit 1929 in der Weltwirtschaftskrise zum Sammelbecken antikomunist., antiparlament. und rassist.-antisemit. Kräfte wurde. H. bewältigte takt. geschickt innerparteil. Auseinandersetzungen (↑ Röhm, ↑ O. und ↑ G. Strasser). Er knüpfte enge Beziehungen zu Industriellen, Bankiers und Großgrundbesitzern, die die Beseitigung der Rep. und ein offenes terrorist. Regime anstrebten. Durch die katastrophalen Auswirkungen der Krise, den autoritär-konservativen Kurs der Präsidialreg. ↑ Brüning, ↑ Papen und ↑ Schleicher sowie durch die Spaltung der Arbeiterklasse begünstigt, erhielt die NSDAP enormen Zulauf, der insbes. den Mittelschichten entstammte sowie Arbeitslose und Jugendliche umfaßte. Für H. stimmten bei den Reichspräsidentenwahlen (13.3./10.4.1932) 11,3 bzw. 13,4 Mill. Wähler (30,1% bzw. 36,8%). Nach eklatantem Rückgang der NSDAP-Stimmen bei der Reichstagswahl am 6.11.1932 – Ergebnis nicht zuletzt des Kampfes der von der KPD initiierten Antifaschist. Aktion – wurde H. am 30.1.1933 von ↑ Hindenburg zum Reichskzl. berufen und die faschist. Diktatur als neue Form staatsmonopolist. Machtausübung errichtet. Unter H.s Führung begannen SA und SS einen beispiellos terrorist. Feldzug gegen die Arbeiterbewegung und alle anderen demokr. Kräfte, deren Organisationen verboten wurden. In KZ wurden ihre Funktionäre gefoltert und viele ermordet. H.s Programm (verbrämt durch Formeln vom „Volk ohne Raum“, vom „arischen Herrenmenschen“ und von der angebl. klassenlosen dt. „Volksgemeinschaft“) zielte auf neue Raubkriege, die dem dt. Imperialismus die Vorherrschaft in Europa und in der Welt bringen sollten. Das System der faschist. Machtausübung wurde immer stärker auf II. ausgerichtet und auch von ihm bzw. vom Kult um ihn geprägt. Unter der Bezeichnung „Führer“ fungierte H. als Nachfolger ↑ Hindenburgs auch als Staatsoberhaupt (seit 2.8.1934), wurde Oberbefehlshaber der Wehrmacht (3.2.1938), des Heeres (19.12.1941) und „Oberster Gerichtsherr“ (26.4.1942). Alle Aktionen zur Stabilisierung des Regimes, zur Vorbereitung der Aggressionen gegen Österreich, die CSR und Polen sowie der gesamte 2. Weltkrieg waren eng mit H.s unheilvollem Wirken verknüpft. Die außenpolit. Erfolge, auch durch die kurzsichtige antisowjet. Politik der Westmächte ermöglicht, und die blitzkriegsartige

„Neuordnung Europas“ ließen H. 1939/40 den Gipfel von Macht und Masseneinfluß erreichen. Mit dem Überfall auf die UdSSR (22.6.1941) und der Niederlage vor Moskau (Dez. 1941) begann die Wende zugunsten der Antihitlerkoalition. H. antwortete darauf mit einer weiteren Eskalation seiner hemmungslosen Terror- und Mordpolitik, so den bodenlosen moral. Verfall jener Schichten widerspiegelnd, deren Interessen er mit seiner Kriegspolitik verfolgte. Seine abenteuerl. Überschätzung der Ressourcen des dt. Imperialismus, die barbar. Politik der „Germanisierung“ erobelter Gebiete mit dem Völkermord an Slawen und Juden, sein Kurs militär. Durchhaltens sowie die Ausweitung des Terrors gegen die Bevölkerung Dtl.s und der okkupierten Gebiete konnten die Zerschlagung des dt. Faschismus und H.s persönl. Bankrott verzögern, nicht verhindern. Am 20.7.1944 scheiterte ein von patriot. Offizieren (↑ Stauffenberg) organisiertes Attentat auf H., das einen Staatsstreich einleiten sollte. Danach verstärkte sich H.s nervl. und körperl. Zerrüttung. Er trat kaum noch öffentl. auf. Seine Weisungen zur Kriegführung bis „fünf Minuten nach zwölf“ erteilte H. schließl. aus dem Bunker der Reichskanzlei. Mehr und mehr isoliert, von einem wachsenden Kreis seiner nach Überlebensmöglichkeiten suchenden Paladine (↑ Göring, ↑ Himmler u. a.) verlassen, übertrug H. testamentar. die Staatsführung an ↑ Dönitz und die Führung der NSDAP an ↑ Bormann, ehe er sich, als sowjet. Truppen in das Zentrum Berlins eingedrungen waren (mit seiner Lebensgefährtin Eva Braun), umbrachte und so der Anklage vor einem Gericht, dem sicheren Todesurteil und der Hinrichtung entging.

Lexikon. Biographien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1991, S. 243-244.

Biographie Alfred Hugenberg

Hugenberg, *Alfred*, *19.6.1865 Hannover, † 12.3.1951 Kükenbruch (b. Rinteln). Einer konservativen Beamtenfamilie entstammend, trat H. bereits nach dem Studium in Göttingen, Heidelberg, Berlin (Jura) und Straßburg (Volkswirtschaft, Promot. 1888) als reaktionärer Nationalist hervor. 1890/91 Mitbegr. („Vater“) des ADV und Freund von ↑ Claß, dessen chauvinist., expansionist. und antisemit. Programm sich H. für sein polit. Konzept zu eigen machte. Stand von 1894 bis 1899 und von 1903 bis 1907 (Geh. Finanzrat) im preuß. Staatsdienst und betrieb in Posen eine antipoln. Siedlungspolitik. Als Generaldirektor des Krupp-Konzerns (1909-1918) und Vors. bzw. Vorstandsmitgl. namhafter westdt. Wirtschaftsverbände (u. a. Vors. des Vereins für die bergbaul. Interessen im Oberbergamtsbez. Dortmund) beteiligte er sich 1914/15 an der Ausarbeitung eines weitgespannten annexionist. Kriegszielprogramms, das Grenzen des Dt. Reiches zwischen Dünkirchen und Marseille bzw. Riga und Odessa vorsah. H. war bei Krupp u. a. verantwortl. für das Konzern-Nachrichtenbüro („Kalkulationsbüro für öffentl. Meinung“), bekämpfte auch mit diesen Mitteln Arbeiterbewegung und bürgerl. Parlamentarismus. H. schuf sich seit 1916 einen eigenen Konzern, den er dank sicherem Gespür für die neuen Möglichkeiten zur polit. Manipulation der Massen, skrupelloser Geschäftstüchtigkeit und organisator. Fähigkeiten („Silberfuchs“) Schritt für Schritt zu einem modernen Medien-Imperium erweiterte. Der für die damalige Zeit einzigartige und kompliziert aufgebaute Konzern bestand hauptsächl. aus der Allgemeinen Anzeigen-GmbH, der Telegraphen-Union, der VERA-Verlagsanstalt, dem Scherl-Verlag und (seit 1927) der Universum-Film-AG (UFA). H. verfügte damit über ein wirksames Annoncenmonopol, mehrere Tagesztg. (u. a. „Berliner Lokal-Anzeiger“, „Der Tag“), zahlreiche Maternengesellschaften und über 1/3 der dt. Regionalpresse, zahlreiche illustrierte Zschr., Spielfilmproduktion- und -verleih u. a. m. Den monopolist. Konzentrationsprozeß der Presse betrieb H. vorwiegend im Interesse, z. T. auch direkt im Dienste der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr, deren Vertreter (u. a. ↑ Kirdorf, ↑ Vögler, Frh. Hans von und zu Loewenstein) in der führenden Zwölf-Mann-Dachgesellschaft des Konzerns (Wirtschaftsvereinigung zur Förderung der geistigen Wiederaufbaukräfte) saßen. Seine „nationale“ Presse war militant antikommunist., chauvinist.-revanchist., friedens- und demokratiefeindl., jedoch auch geschickt für vielfältige Bedürfnisse kleinbürgerl. Schichten aufgemacht. Sie unterstützte die DNVP, der H. seit 1919 angehörte, sowie die polit. Rechtsentwicklung der Weimarer Rep. und den Faschierungsprozeß. H. war bestrebt, alle antikommunist., antisozialdemokr. und antirepublikan. Kräfte zu einer sozial-reaktionären und konterrevolutionären Sammlungsbewegung zusammenzufassen, die unsichtbar für die Öffentlichkeit vom industriellen Monopolkapital und mit Hilfe der Massenmedien gelenkt wurde („System Hugenberg“). Auch finanziell unterstützte H. die DNVP, u. a. bei den preuß. Landtagswahlen 1921 mit 1,2 Mill. Mark. Am 20.10.1928 zum Vors. der DNVP gewählt, setzte H. die extrem reaktionäre, profaschist. Politik deutschnationaler Kreise durch („Block – nicht Brei!“) und provozierte Abspaltungen gemäßigter konservativer Gruppen von der DNVP. Unter seiner Leitung („Führer“, Kampfruf „Heil Hugenberg“) wurde die bis dahin größte Partei der Reaktion zum Juniorpartner der NSDAP. H. organisierte 1929 gemeinsam mit ↑ Claß und ↑ Seldte eine chauvinist. Massenbewegung gegen den Young-Plan (Volksentscheid, 22. 12. 1929), in deren Rahmen er 1 Hitler förderte und die Nazipartei „hoffähig“ machte. 1931 führte er die polit. Regie bei der Formierung der Harzburger Front (11/12.10.), die jedoch rasch zerbrach. H. geriet 1932 bei der Wahl des Reichspräs. in Gegensatz zu Hitler, da er mit ↑ Duesterberg einen eigenen Kandidaten protegierte (nazist. Beschimpfung H.s als „sturer Bock“ und „Hugenzwerg“). Er unterstützte ↑ Papen, wandte sich jedoch nach dessen Niederlage bei der Wahl des Reichstages (6. 11. 1932) wieder stärker der NSDAP zu. H. beteiligte sich aktiv an der Errichtung der faschist. Diktatur, trat am 30.1.1933 als Reichsmin. (zugleich preuß. Min.) für Wirtschaft und Ernährung in die Reg. der „Nationalen Konzentration“ ein. Er vermochte nicht, seine Stellung als „Wirtschaftsdiktator“ zu halten. Der Zerfall der DNVP war trotz Umbildung (10.2.1933) in die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot durch H. unaufhaltsam (Selbstaflösung 27.6.1933). Nach einem provokator. Auftritt auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz Rücktritt als Min. (27.6. 1933). H. zog sich aus der Politik und auf seinen Großgrundbesitz Rohbrake (Lippe) zurück. Bereits in der Weimarer Rep. MdR (1920-1933), gehörte H. dem faschist. Reichstag bis 1945 an. Während sein Propaganda-Konzern zerfiel, kaufte

er sich in die Vereinigten Stahlwerke und die Gelddiskontbank ein, deren Aktienwert sich nach der Niederlage des dt. Faschismus im 2. Weltkrieg vervielfachte. H. wurde im Okt. 1946 verhaftet, 1947 aus brit. Internierung entlassen und 1949 entnazifiziert.

Lexikon. Biographien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1991, S. 250-251.

Biographie Wolfgang Kapp

Kapp, *Wolfgang*, *24.7.1858 New York, † 12.6.1922 Leipzig. K. kam 13jährig nach Dtl. Jura-Studium in Tübingen, Göttingen und Berlin, Promot. 1886. Danach begann der konservative Agrarpolitiker eine preuß. Verwaltungslaufbahn (u. a. Landrat in Guben 1891-1900), Vortragender Rat im Landwirtschaftsministerium (1900-1906). Seit 1890 Gutsbesitzer in Preuß. Eylau, 1906 Wahl zum Generaldirektor der Ostpreuß. Landschaft (bis 1920, mit Unterbrechung 1916). Während des 1. Weltkrieges trat K. mit weitgespannten Kriegszielforderungen auf und propagierte die verschärfte Kriegführung im Sinne eines „totalen“ Krieges. In der Denkschrift „Die nationalen Kreise und der Reichskanzler“ (1916) griff er ↑ Bethmann Hollweg scharf an, forderte den uneingeschränkten U-Boot-Krieg und einen „starken Frieden“, um so im Innern dem „demokratischen Sumpf“ entgegen zu können. Mit der von ihm initiierten Dt. Vaterlandspartei (2.9.1917) und als deren 2. Vors. versuchte K. eine rechtskonservative außerparlament. Massenpartei der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte der dt. Monopolherren und Junker zu schaffen. Seit Febr. 1918 MdR. Nach dem Scheitern seiner nationalist. und annexionist. Politik des „Durchhaltens“ im Kriege und dem Zerfall der Dt. Vaterlandspartei (10.12.1918) ging K. während der Novemberrevolution zur DNVP über, deren Vorstand er seit Juli 1919 angehörte. Er gründete im Juni 1919 die Nationale Vereinigung, das polit.-organisator. Zentrum zur Vorbereitung eines Putsches gegen die Weimarer Rep. K. trat während des nach ihm und ↑ Lüttwitz benannten Putsches vom 13. bis 17.3.1920 als Reichskzl. auf und floh bei Beginn des Generalstreiks in Frauenkleidern nach Schweden. Als er jurist. Bestrafung nicht mehr zu gewärtigen hatte, stellte er sich im Apr. 1922 dem Reichsgericht. K. starb in Untersuchungshaft.

Lexikon. Biographien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1991, S. 268.

Biographie Erich Ludendorff

Ludendorff, *Erich* v., * 9.4.1865 Kruszczwia (Posen), † 20.12.1937 Tutzing. Der Sohn eines preuß. Rittergutbesitzers begann früh eine militär. Laufbahn. Von 1894 bis 1896, 1904 und von 1908 bis 1913 Offizier im Großen Generalstab. 1914 Oberquartiermeister im Armeeoberkommando 2; Generalmajor. L. trat 1901 mit seiner ersten militärtheor. Publikation hervor. Für seinen Anteil an der Eroberung von Lüttich (23.8.1914) erhielt L. als zweiter dt. Soldat den Orden „Pour le mérite“. Gemeinsam mit ↑ Hindenburg wurde er als Sieger in der Schlacht von Tannenberg (Sept. 1914) gefeiert und mit diesem an die Spitze der III. OHL berufen (29.8.1916). Diese verfocht das weitgespannte expansionist. Kriegszielprogramm des dt. Imperialismus, strebte eine völlige Beherrschung des gesellschaftl. Lebens durch den Militarismus an und zentralisierte die Kriegswirtschaft weiter („Hindenburg-Programm“). L. setzte den uneingeschränkten U-Boot-Krieg durch (Jan. 1917) und erzwang die Absetzung von Reichskzl. ↑ Bethmann Hollweg. Nach dem Scheitern der Frühjahrs- und der Sommeroffensiven von 1918 forderte L., die Aussichtslosigkeit der militär. Lage anerkennend, sofortigen Waffenstillstand (28.9.1918) und trat als Generalquartiermeister zurück (26.10.1918). Während der Novemberrevolution floh er nach Schweden (16.11.1918-21.2.1919). Zurückgekehrt, beteiligte er sich vehement und führend an der Konterrevolution, an der Vorbereitung des nach ↑ Kapp und ↑ Lüttwitz benannten Putsches gegen die Weimarer Rep. sowie an der Schaffung monarchist.-faschist. Verbände. L. publizierte „Meine Kriegserinnerungen“ (1919), „Kriegsführung und Politik“ (1921) und andere Bücher, in denen er seine Forderung nach einem künftig „total“ zu führenden Krieg darlegte, den er 1935 in seinem Werk „Der totale Krieg“ beschrieb. Die Dolchstoßlegende propagierend, stellte er alle seine militarist. Bemühungen unter das Motto: „Machet die Seele des Volkes stark!“ L. nahm 1921 Verbindung zu ↑ Hitler und zur NSDAP auf, an deren Putsch (8./9.11.1923) er aktiv teilnahm. Im Unterschied zu den anderen Angeklagten wurde er vom bayr. Volksgerichtshof 1924 freigesprochen. 1924/25 Führer der Nationalsozialist. Freiheitsbewegung, die eine Dachorganisation der zerstrittenen faschist. Gruppen aus der NSDAP und der Deutschvölk. Freiheitspartei sein wollte. Von 1924 bis 1926 Schirmherr des Frontbanns, der als Ersatz für die SA galt. Von 1925 bis 1933 Führer des militarist.-monarchist. Tannenbergbundes; 1924 MdB. 1925 ergebnislose Kandidatur bei den Reichspräsidentenwahlen (1,1 Prozent). Takt. Differenzen in Kernfragen des rechtsextremist. Kampfes, überhöhte Führungsansprüche und persönl. Streitereien ließen L. immer mehr zu einer Randfigur des dt. Faschismus und zu einem Konkurrenten Hitlers mit sinkender Popularität werden. L. bemühte sich intensiv um eine Verstärkung und mystizist. Verbrämung seiner Angriffe auf das Papsttum, die Juden und die Freimaurer, die er als „höllische Dreieinigkeit“ und als „System der überstaatlichen Mächte“ bezeichnete. Unter dem Einfluß seiner zweiten Frau (Mathilde v. Kemnitz) ging es ihm ferner um die Schaffung und Durchsetzung einer antichristl.-german. Religion. Seit 1925 Hrsg. der Zschr. „Ludendorffs Volkswarte“, die 1933 verboten und durch die Zschr. „Am heiligen Quell deutscher Kraft“ ersetzt wurde. Trotz seiner gelegentl. heftigen Kritik an der NSDAP söhnte sich L. nach dem Übergang des dt. Faschismus zu forcierter Kriegsvorbereitung mit Hitler aus (30.3. 1937), was u. a. zur offiziellen Anerkennung der „Deutschen Gotterkenntnis“ als gleichberechtigte Religionsgemeinschaft führte. L. wurde mit einem Staatsakt beerdigt. Seine Anhänger (in den 20er und 30er Jahren schätzungsweise 100.000) betrieben einen Kult um den „Feldherrn“ und seine Frau und versuchten nach 1945 beide als konservative Antifaschisten herauszustellen und neue rechtsextremist. Organisationen zu gründen.

Lexikon. Biographien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1991, S. 320-321.

Biographie Walther Lüttwitz

Lüttwitz, *Walther* Frh. v., * 2.2.1859 Bodland (Schles.), † 20.9.1942 Breslau. Sohn eines kgl. Oberförsters. Nach Besuch der Kriegsakademie (1887-1890) militär. Laufbahn vor allem im Stab verschiedener Armeekommandos (Berlin 1894 und 1898-1904, Straßburg 1895-1898, Baden 1904-1907, Hannover 1908-1911). 1912 Oberquartiermeister. Im 1. Weltkrieg zunächst Chef der 4. Armee und Divisionskommandeur, 1916 Generalstabschef der Heeresgruppe „Kronprinz“, danach Chef des 3. Armeekorps. Während der Novemberrevolution Ernennung zum Oberbefehlshaber in den Marken, 1919/20 Chef der Reichswehrgruppenkommandos 1 und 2. L. beteiligte sich führend am Kampf der militarist. Konterrevolution, am Aufbau der Reichswehr und der Zeitfreiwilligenverbände. Gemeinsam mit ↑ Kapp bereitete er einen Putsch gegen die Weimarer Rep. vor, der drei Tage nach L.' Entlassung aus der Reichswehr (10.3.1920) begann. Während der Putschtage galt er als Reichswehrmin. Nachdem die dt. Arbeiterklasse die Putschisten mit der Waffe des Generalstreiks geschlagen hatte, entzog L. sich als „Geheimrat Knappe“ strafrechtl. Verurteilung, u. a. durch zahlreiche Reisen ins Ausland. L. lebte seit Aug. 1925 (Amnestie) in Breslau. Er unterstützte die DNVP und den Monarchismus, 1931 war L. an der deutschnational-faschist. Harzburger Front beteiligt. Schrieb 1933 an ↑ Frick: „Meine Freude darüber, daß der nationalsozialistischen Partei gelungen ist, was ich heiß erstrebte: die Revolutionäre von 1918 zu stürzen und mit ihnen abzurechnen, war und bleibt groß.“ Erinnerungen: „Im Kampf gegen die Novemberrevolution“ (1934).

Lexikon. Biographien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1991, S. 328.

Biographie Hermann Rauschning

Rauschning, *Hermann*, *7.8.1887 Thorn, † 8.2.1982 Portland (USA). Sohn einer westpreuß. Grundbesitzerfamilie. Absolvent eines Kadettenkorps. Seit 1906 Studium der Germanistik, Geschichte, Philosophie und Musikwissenschaft in München und Berlin. 1911 Promot. Im 1. Weltkrieg Offizier. Danach Leben als Gutsbesitzer und Tätigkeit als Mitgl. nationalist. dt. Organisationen (u. a. des Deutschtumsbundes zur Wahrung der Minderheitsrechte) in Polen (Posen und Umgebung). Hrsg. der „Deutschen Wissenschaftlichen Zeitschrift für Polen“ und der „Deutschen Blätter in Polen“. 1926 Übersiedlung nach Danzig; 1931 Mitgl. der NSDAP. 1932 SS-Standartenführer und Vors. des Danziger Landbundes. 28.5.1933 Wahl zum Präs. des Senats der Freien Stadt Danzig durch NSDAP und Zentrum. Ein fraktionsinternes Mißtrauensvotum, wobei polit. und persönl. Gegensätze zum NSDAP-Gauleiter ↑ A. Forster ausschlaggebend waren, zwang R. zum Rücktritt (23.11.1934). Nach seiner Flucht lebte er in Polen (1935/36), Zürich (1937), Frankreich (1938/39), England (1939-1941), seit 1941 in den USA. R. war konservativen Kreisen der dt. Emigration (↑ Brüning, ↑ Treviranus) eng verbunden und arbeitete gemeinsam mit dem früheren Zentrums Politiker Carl Spiecker in der Dt. Freiheitspartei. Verschiedentl. traf er sich auch mit ↑ Goerdeler und Rudolf Pechel. In viel beachteten Büchern (Revolution des Nihilismus, 1938; Gespräche mit Hitler, 1939/40; Die konservative Revolution, 1941) kritisierte er aus konservativ-nationalist. Sicht die „Entartung“ der an sich befürworteten nationalsozialist. Ideologie sowie als „verwerflich“ bezeichnete Methoden nazifaschist. Praxis. 1945 lehnte er es ab, vor dem Internat. Militärgerichtshof als Zeuge der Anklage aufzutreten. Mitte der 50er Jahre besuchte R. mehrfach die BRD; in Vorträgen und Publikationen mißbilligte er die Politik der Adenauer-Reg. als antinational; plädierte für eine polit. Öffnung auch gegenüber der UdSSR und für einen neutralen, wiedervereinigten und starken dt. Staat in einem von den USA unabhängigen Europa. Zeitweilig war R. Mithrsg. der „Blätter für deutsche und internationale Politik“, in denen er sich für einen „dialektischen Konservatismus“ aussprach. Seit 1956 lebte er als Farmer und polit. Publizist in den USA.

Lexikon. Biographien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1991, S. 411.

Biographie Ernst Röhm

Röhm, *Ernst*, * 28.11.1887 München, † 1.7.1934 München. Aus einer Beamtenfamilie stammend, schlug R. nach dem Abitur (1906) die Offizierslaufbahn ein. 1917 Hauptmann. Von 1919 bis 1923 als monarchist. und faschist. Konterrevolutionär im Stab des bayr. Reichswehrkommandos tätig, unterstützte R. mit den der Reichswehr zur Verfügung stehenden Mitteln militarist. Wehrverbände und polit. Organisationen, darunter die NSDAP (Mitgl. seit 1920), die lange als sein „Werkzeug“ galt. 1922/23 stellv. Führer der Reichsflagge, 1923 Mitbegr. des Dt. Kampfbundes. R. schied nach seiner Teilnahme am Putsch (8./9.11.1923) aus der Reichswehr aus (16.11.1923), 1924 MdR, Organisator des Frontbann (Ersatzorganisation der SA). ↑ Hitlers takt. Wendung nach der Neugründung der NSDAP nicht billigend, trat R. von der Leitung des Frontbann zurück (1.5.1925). 1928 Veröffentlich. seiner Memoiren („Geschichte eines Hochverräters“). Von 1928 bis 1930 Militärinstrukteur (Oberstleutnant) in Bolivien. Seit 5.1.1931 Stabschef der SA (Ende 1932 ca. 300.000 Mitgl.). An ihrer Spitze spielte R. in der terrorist. Politik zur Vorbereitung der faschist. Diktatur und vor allem im Kampf gegen die Selbstschutzformation der dt. Arbeiterklasse eine blutig-verbrecher. Rolle. Während der Konsolidierung der Naziherrschaft verfolgte R. (seit 1.12.1933 Reichsmin. ohne Geschäftsbereich) das ehrgeizige Ziel, die SA zur entscheidenden polit. und militär. Organisation zu machen. Im Rivalitätskampf mit der Reichswehrgeneralität und bei Auseinandersetzungen an der Spitze des faschist. Staates unterlegen, wurde er während der sog. Röhm-Affäre (30.6.1934) mit anderen höchsten SA-Führern unter dem Vorwand umgebracht, sie hätten gegen Hitler putschen wollen.

Lexikon. Biographien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1991, S. 424.

Biographie Fritz Sauckel

Sauckel, *Fritz*, * 27.10.1894 Haßfurt (Unterfranken), † 16.10.1946 Nürnberg. Sohn eines Postbeamten. Als Fünfzehnjähriger ohne Gymnasialabschluß zur norweg.-schwed. Handelsmarine. Seit Beginn des 1. Weltkrieges frz. Zivilinternierung. Nach 1918 Werkzeugschlosserlehre in Schweinfurt. 1919 Mitgl. des Dt. völk. Schutz- und Trutzbundes, 1922 der SA, 1923 der NSDAP. 1924 gründete S. das antisemit. Blatt „Der deutsche Aar“ und erhielt den Posten eines Gaugeschäftsführers der NSDAP in Thür. Von 1927 bis 1945 Gauleiter. 1929 Mitgl. des thür. Landtages, Fraktionsführer der NSDAP. Nach dem Scheitern von ↑ Fricks erster nazist. Regionalreg. (1930/31) stand S. seit Aug. 1932 an der Spitze der thür. Landesreg. Von ↑ Hitler zum Reichsstatthalter von Thür. (5.5.1933, von 1935 bis 1937 auch von Braunschweig/Anhalt) und Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis IX/Kassel (1.9.1939, ab 1.12.1942 nur für Thür.) ernannt. S. betrieb in Thür. eine skrupellose Politik zur Festigung und zum Ausbau der faschist. Diktatur. Er zeichnete verantwortl. für die Errichtung mehrerer KZ (u. a. Buchenwald 1937), beteiligte sich an der Enteignung jüd. Kapitalisten („Arisierung“) und am Aufbau des Gustloff-Rüstungskonzerns. Als nach dem Überfall auf die UdSSR und dem Scheitern der dt. Blitzkriegsstrategie die Krise des faschist. Regimes begann, wurde S. mit der Schaffung des neuen staatsmonopolist. Regulierungsorgans zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz ernannt (21.3.1942). Mit größtem Einsatz und in nazist. Herrenmenschenmanier organisierte der ehrgeizige S. als „Menschenkommissar“ die massenweise Ausbeutung ausländ. Bürger in den besetzten Gebieten und ihre Verschleppung zur Zwangsarbeit in der dt. Kriegswirtschaft. Seine Tätigkeit ermöglichte den dt. Monopolen große Profite und half, den 2. Weltkrieg zu verlängern. S.s Verantwortung für die Deportation von 5 Mill. Menschen bewertete der Internat. Militärgerichtshof folgerichtig als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen den Frieden und verhängte die Todesstrafe.

Lexikon. Biographien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1991, S. 437-438.

Biographie Heinrich Schnee

Schnee, *Heinrich*, * 4.2.1871 Neuahaldensleben, † 23.6.1949 Berlin. Besuch des Gymnasiums in Nordhausen. Studium in Heidelberg, Kiel, Berlin. 1897 Regierungsassessor. Seit 1898 kolonialpolit. Beamter: Ksl. Richter und Gouverneur des Bismarckarchipels (1898-1900), stellv. Gouverneur von Samoa (1900-1903), Mitarbeiter der Kolonialpolit. Abt. im AA (1903-1912), Gouverneur von Dt.-Ostafrika (1912-1919). Hrsg. des Dt. Koloniallexikons (1920). Mitgl. der DVP (bis 1932). Sch. entwickelte sich in der Weimarer Rep. zu einem der führenden Revanchisten, der die Tätigkeit der zahlreichen kolonial- und deutschumpolit. Organisationen koordinieren und zentralisieren wollte. Von 1924 bis 1932 MdR. Er leitete von 1925 bis 1937 den Arbeitsausschuß Dt. Verbände (Dachverband der gegen den Versailler Vertrag gerichteten Organisationen), von 1926 bis 1933 den Bund der Auslandsdeutschen, von 1930 bis 1933 die Dt. Kolonialgesellschaft und von 1931 bis 1933 die nationale Arbeitsgemeinschaft für Freiheit und dt. Volkstum. 1932 Mitgl. der Mandschureikommission des Völkerbundes. Nach der Errichtung der faschist. Diktatur stand er bis 1936 an der Spitze des faschist. Reichskolonialbundes, von 1933 bis 1945 führte er die Dt. Gesellschaft für Völkerbundfragen und die Dt. Weltwirtschaftl. Gesellschaft. Von 1933 bis 1945 war Sch. Mitgl. des faschist. Reichstages. Differenzen in Fragen der kolonialpolit. Taktik brachten ihn vor 1939 in Gegensatz zur NSDAP, der er fälschl. Kolonialfeindlichkeit vorwarf. Im 2. Weltkrieg hielt Sch. zahlreiche Vorträge. Er kam bei einem Verkehrsunfall um. Veröffentl.: „Bilder aus der Südsee“, 1904; „Deutsch-Ostafrika im Weltkrieg“, 1919; „Nationalismus und Imperialismus“, 1928; „Erinnerungen“, postum 1963.

Lexikon. Biographien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1991, S. 451.

Biographie Hans Steinacher

Steinacher, *Hans*, * 22.5.1892 Bleiberg (Kärnten), † 10.1.1971 Miklauthof (Kärnten). Einer kleinbürgerl. Bergarbeiterfamilie entstammend, absolvierte St. nach Schulbesuch (1898-1906) die Evang. Lehrerbildungsanstalt in Bielitz (Schles.) und war von 1911 bis 1914 Lehren in Meran. Er kam früh unter den Einfluß des chauvinist. ADV und dessen antislaw. Politik, 1914 Dienst als Kriegsfreiwilliger und Offiziersaspirant, 1917 Beförderung zum Oberleutnant. Von 1918 bis 1920 Mitgl. bewaffneter Formationen und Teilnahme am Kampf gegen die Slowenen. Nach Verwundung einer der Führer des Kärntner Heimatdienstes, den durch Terror und nationalist. Demagogie in den Abstimmung vom 10.10.1920 ein Verbleiben dieses Gebiets im österr. Staat erreichte. Seine Erfahrungen im sog. Grenzlandkampf zum Schutze des „Deutschtums“ wandte er 1921 auch in Oberschles., Tirol und im Burgenland an. 1923 Teilnahme an Aktionen nationalist. Kräfte gegen frz. Truppen im Rhein-Ruhrgebiet. 1925 Promot., zeitweilig Leiten des Dt. Schulvereins Südmark. Von 1926 bis 1930 intensive Reisetätigkeit im Auftrag des preuß. Innenmin., um revanchist. Verbände in Eupen-Malmedy, Luxemburg, Südtirol und Österreich zu aktivieren. 1930 Umzug nach Berlin, wo er Leiter der Zentralstelle für Auslandsbüchereien (beim AA) wurde. Sept. 1932 Aufnahme in den Hauptvorstand des Vereins (ab Mai 1933 Volksbund) für das Deutschtum im Ausland. Nach der von ihm begrüßten Errichtung der faschist. Diktatur ließ sich St. an die Spitze des Vereins schieben (30.4.1933) und übernahm die Geschäftsführung des von ↑ Heß Ende Okt. 1933 gebildeten Volksdt. Rates. St. verstärkte die irredentist. Arbeit und trug wesentl. zur Konsolidierung des faschist. Regimes bei. Seine Beurlaubung als Bundesleiter des Volksbundes erfolgte 1937, als die dt. Faschisten eine neue Phase der Kriegsvorbereitung begannen und den Volksbund der Volksdt. Mittelstelle der SS unterordneten. Dabei spielten auch Differenzen in takt. Fragen eine Rolle, die u. a. Südtirol betrafen, auf das ↑ Hitler zugunsten des faschist. Italiens verzichtete. Dies bezeichnete St. als „etatistisches“ Denken und als Gegensatz zu seinen „volklichen“ Auffassungen. Von 1939 bis 1945 Offizier der faschist. Wehrmacht, 1945 engl. Gefangenschaft. Danach Mitgl. der Österr. Volkspartei, von 1953 bis 1958 österr. Generalkonsul in Mailand. St. beteiligte sich nicht an der Wiederbelebung des Volksbundes in der BRD. Er verfaßte 1970 Memoiren („In Kärntens Freiheitskampf“).

Lexikon. Biographien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1991, S. 488-489.

Biographie Adam von Trott zu Solz

Trott zu Solz, *Adam v.*, * 9.8.1909 Potsdam, † 26.8.1944 Berlin. Sohn einer preuß. Beamtenfamilie. Seit 1927 Studium der Rechtswissenschaft, Philosophie und Ökonomie in München, Göttingen, Berlin und Oxford. 1931 Promot. T. vertrat frühzeitig sozialreformer. Ansichten und publizierte in einer Zschr. der religiösen Sozialisten. Seit 1933 Referendar in Rotenburg (Fulda), Hanau und Kassel. Von 1937 bis 1939 Studienreisen ins Ausland (u. a. Großbritannien). Seit 1940 Legationsrat im AA. T.s geistiger Gegensatz zum Faschismus gründete sich auf christl. Ethik und humanist. Empfinden und verstärkte sich während des 2. Weltkrieges in der engen Freundschaft mit † H. J. Gr. v. Moltke, in Diskussionen mit † Leber und mit einzelnen Kommunisten. T., zur Tarnung seiner antifaschist. Arbeit 1941 der NSDAP beigetreten, wurde führendes Mitgl. des bürgerl.-demokr. Kreisauer Kreises und 1943/44 außenpolit. Berater † Stauffenbergs. Die sofortige Beendigung des Krieges fordernd, verfolgte er aufmerksam die Tätigkeit des NKFD. Kontakte besaß er vor allem zu einigen Kreisen in London und Washington, wobei er eine Reise in die Schweiz (Apr. 1944) für die Übermittlung von Vorschlägen nutzte. Seine Absicht, Verbindungen zur sowjet. Botschaft in Stockholm herzustellen, ließ sich im Juli 1944 nicht mehr realisieren. T. beabsichtigte nach † Hitlers Sturz relativ weitgehende demokr. und soziale Reformen und befürwortete eine Regierungseteiligung der KPD unter einem Reichskzl. † Niemöller. Am 25.7.1944 verhaftet, wurde T. aufgrund eines Urteils des faschist. Volksgerichtshofes (15.8.1944) hingerichtet.

Lexikon. Biographien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1991, S. 516.

Gedanken zum Antifaschismus-Verlust in der Geschichte der DDR

Der Beitrag von Rolf Richter¹, dessen Grundpositionen ich teile, fordert neue theoretische Überlegungen und historische Rückblicke heraus, selbstverständlich auch neue Fragen. Obwohl ich kein Spezialist für die Geschichtsschreibung über den ehemaligen zweiten deutschen Staat bin, möchte ich mich an der allgemeinen Debatte über den Antifaschismus beteiligen.

Die Geschichte hat die DDR zu den Akten gelegt und wird sie zu einer ihrer Fußnoten werden lassen, wie Stefan Heym sarkastisch bemerkte. Für Historiker und historisch Interessierte dürfte demgegenüber die Geschichte der DDR neues Gewicht erhalten. In Übereinstimmung mit Hermann Weber sehe ich dank der Ereignisse vom Herbst 1989 den „Weg frei für eine kritische Aufarbeitung der Geschichte“² des Staates DDR und damit auch für die deutsche Nachkriegs-Zweistaatlichkeit im geteilten Europa. Direkte Arbeit an den Quellen scheint nunmehr möglich geworden zu sein, wissenschaftliche Arbeit nicht länger an den Auftrag gebunden, die DDR auf jeden Fall und auf allen Gebieten, in jeder Hinsicht und ohne Rücksicht auf die Realität als unüberwindlichen Höhepunkt und nahezu gesetzmäßiges Ergebnis der deutschen Geschichte darzustellen.

Das zu erahnende große und auf absehbare Zeit auch wachsende Interesse an der Geschichte der DDR, an der Frage nach ihren geschichtswirksamen Grundzügen und nach ihrem Versagen sowie das Interesse an der Bestimmung ihres Platzes in der deutschen und europäischen Zeitgeschichte gilt in besonderem Maße dem Antifaschismus.

Meine Hauptthese lautet in diesem Zusammenhang, dass die Geschichte der DDR in hohem Maße von der Ambivalenz eines in sich äußerst widersprüchlichen Antifaschismus geprägt war; von einem Antifaschismus, der sich sowohl in seinen politisch-moralischen Wertvorstellungen als auch in seinen strukturell-genetischen Grundschwächen von großer Geschichtswirksamkeit erwiesen hat, von einem Antifaschismus, der einerseits als offizielles Tarnschild missbraucht werden konnte und der andererseits unter großen Teilen der Bevölkerung einen relativ hohen Grad der Verinnerlichung erreicht haben dürfte. Es gab den Antifaschismus gleichsam auf zwei Ebenen und in doppelter Gestalt. Die Verschiebung der Fronten zwischen beiden Antifaschismen, dem administrativen und dem natürlichen, macht einen wesentlichen Teil der DDR-Geschichte aus. Antifaschismus – das betrachte ich als Antwort unterschiedlicher Kräfte auf das Hervortreten des Faschismus, in Deutschland auf die Bewegung und Ideologie des Nationalsozialismus, das betrachte ich als ein aktives Eintreten für die mittels Terror und Demagogie beseitigte politische und geistige Freiheit der Menschen, als demokratische und friedenswillige Alternative zu totaler Diktatur und innen- wie außenpolitischer Friedlosigkeit. Ich verwende bewusst eine sehr weit gefasste Definition³, die wohl zugleich jener unersprißlichen Debatte enthebt, ob es einen generalisierenden Faschismusbegriff geben sollte oder nicht: Ich nehme ihn als eine in der Geschichte selbst geborene und benutzte Kategorie an, auch im Bewusstsein ihrer Mängel und Probleme.

Die Motive für antifaschistisches Denken und Handeln waren in der Zeit der braunen Barbarei außerordentlich vielfältig. Die Diktatur der NSDAP richtete sich nicht nur gegen Kommunisten, auch gegen Sozialdemokraten und Gewerkschafter, deren Organisationen sie zerstörte. Sie vernichtete die parlamentarische Demokratie von Weimar und die sich um sie bemühenden Parteien. Sie verfolgte alle Pazifisten, die ihrem Drang zum Krieg im Wege standen. Sie bekämpfte erbarmungslos die Vertreter humanistischer Kultur und jene Gläubigen, die den totalen Ausschließlichkeitsan-

¹ Vgl. R. Richter: Antifaschismus vor neuen Anforderungen. In: BzG, H. 6/1990, S. 772. ff.

² Vgl. H. Weber: Die DDR-Geschichtswissenschaft im Umbruch? Aufgaben der Historiker bei der Bewältigung der stalinistischen Vergangenheit. In: Deutschlandarchiv, H. 7/1990, S. 1070.

³ Siehe dazu auch die früheren Beiträge des Verfassers zu diesem Thema: Antifaschismus und Friedenskampf. Versuch eines thesenartigen Vergleichs zwischen der Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes und dem gegenwärtigen Ringen um die Verhinderung eines dritten Weltkrieges. In: Geschichte – Frieden – Wissenschaft. Beiträge zur Krieg-Frieden-Problematik, Jena 1983, S. 101 ff.; ders., Vom antifaschistischen deutschen Widerstandskampf zum Staat des konsequenten Antifaschismus. In: Zwyciestwo nad Faszyzmem i jego Skutki. Pod redakcją Lubomira Zyblikiewicza, Krakow (1988) S. 375 ff.

spruch ihrer eklektizistischen „Weltanschauung“ nicht akzeptieren wollten. Sie drangsalierte die Angehörigen von Minderheiten nationaler und insbesondere rassistischer Art.

Antifaschistisch motiviert konnte daher im Grunde jeder sein; jeder, dessen Gefühle für Gerechtigkeit und menschlichen Anstand sich nicht mit der politischen Unmoral der faschistischen Machthaber vertragen, dessen Vernunft sich gegen den Irrationalismus faschistisch geprägter Geisteshaltung, um nicht zu sagen Geistlosigkeit sträubte; jeder, dessen Verantwortung für die menschliche Zivilisation das existenzgefährdende Abenteuerium nicht ertrug; jeder, der humanistisch und nicht rassistisch-genozidal und terroristisch-expansionistisch zu denken oder gar zu leben bereit war.

Tatsächlich erwies sich der Antifaschismus als außerordentlich doppelsinnig und multipolar. Einerseits darf man ihn als ein an und für sich mögliches geschichtswirksames Bindeglied zwischen unterschiedlichen sozialen, politischen, religiösen, weltanschaulichen und nationalen Kräften im Ringen gegen einen gemeinsamen Gegner betrachten. Andererseits gehört zu seinem Wesen, dass er letztlich doch eine unzureichende Basis für gemeinsame Zielsetzungen über das unmittelbare Ziel hinaus besitzt. So groß die alle Differenzen überbrückende Spannweite des Antifaschismus auch gewesen sein mochte, wenn es z. B. um den Sturz Hitlers durch den deutschen Widerstand oder die rasche Beendigung des Zweiten Weltkrieges durch die Anti-Hitler-Koalition ging, so zerbrechlich zeigte er sich, als diese Aufgaben erfüllt waren.

1945 trat daher folgerichtig das alte Grundproblem der Mehrgleisigkeit des Antifaschismus in neuer Qualität und mit unmittelbarer Geschichtswirksamkeit zutage. Diese Tatsache sei hier mit Hilfe einer Episode erläutert: Anna Seghers berichtete dem Schriftstellerkongress des Jahres 1937 vom Gespräch mit einem spanischen Soldaten, der Madrid gegen die heranziehenden Franco-Truppen freiwillig verteidigen half. Überzeugt von seinem antifaschistischen Auftrag, fragte er, der selbst Madrid noch niemals gesehen hatte, ob sie denn eigentlich schön sei, diese Stadt. Anna Seghers verwies sogleich auf das doppelte Anliegen des Soldaten wie des Antifaschismus überhaupt: einerseits „Anti“ zu sein, also destruktiv gegen etwas zu kämpfen, und andererseits auch ein „Pro“, den Kampf für etwas, für die Konstruktion einer neuen gesellschaftlichen Ordnung, kämpfen zu müssen. zwischen „Anti“ und „Pro“ gab und gibt es jedoch ein breites Feld. Und dieses trat in seiner ganzen Spannung und Heterogenität erst recht hervor, als 1945 das Dritte Reich militärisch zerfallen war. Aus den einigenden Momenten der „Anti“-Haltung entfalteten sich nun die Schranken der selbstverständlich ungeklärten Frage „Wofür?“.

Unterschiedliche, divergierende Interpretationen blieben jedoch zunächst im Hintergrund, solange das politische und gesellschaftliche Leben im besiegten Deutschland von einer unmittelbaren Notwendigkeit zur Überwindung der drückendsten Folgen des Krieges und der Hitlerdiktatur in Anspruch genommen wurde. Da dominierte durchaus Parallelität: Neben dem gegensätzlichen Stand die Übereinstimmung mit dem antifaschistischen Konsens der Anti-Hitler-Koalition, wie er sich noch im Potsdamer Abkommen und in den Prinzipien des Internationalen Militärtribunal von Nürnberg äußerte. Davon war ebenso das bewusste Lernen-wollen aus den leidvollen Erfahrungen des antifaschistischen Widerstandes bestimmt: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ – so lautete eine der wichtigsten Losungen jener Tage. Vertreten nicht nur von deutschen Kommunisten, sondern auch von Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Christen und bürgerlichen Demokraten. Aber diese Losung richtete sich im Prinzip rückwärts, sie negierte und zielte mehr auf einen Umsturz der alten Verhältnisse als auf deren geschichtliche „Aufhebung“, wie man mit Hegelschen Kategorien sagen könnte.

In ersterem und den Konsens betreffenden Sinne reichte es zunächst, alle Erscheinungsformen des Faschismus beseitigen, die Nazi- und Kriegsverbrecher bestrafen und die Trümmer wegräumen zu wollen. Was darüber hinausging, überstieg den Grad antifaschistischer Konsensfähigkeit. Bereits der an und für sich verständliche Wunsch, nicht nur die politischen Verhältnisse zu ändern, sondern auch sozialökonomische Wurzeln von Faschismus und Krieg anzutasten, d. h. im Sinne Bertolt Brechts den „Schoß“ unfruchtbar zu machen, aus dem die braune Barbarei gekrochen war, riss Gräben auf. Für deren Auffüllung bot sich den damals handelnden Kräften, denen das Verständnis für

die historische Notwendigkeit einer Umdeutung des Antifaschismus abging, vielfach nichts anderes als reinste Machtpolitik an. Die 1945/46 einsetzende Spaltung Deutschlands und Europas begann mit einer Teilung und Verengung des ursprünglichen Antifaschismus, die diesen überall – hüben wie drüben – einer neuen Instrumentalisierung unterwarfen.

In der Sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR äußerte sich dieser Prozess vor allem in der Tatsache, dass es eine dialektische Wechselbeziehung von Befreiung, die noch dazu kaum als solche empfunden worden ist, und auf ihr aufbauender Einbindung in fremdbestimmte Machtstrukturen, in solche von stalinistischem Typ gab. Der für solchen widersprüchlichen Tatbestand von Ralph Giordano verwendete Begriff des „verordneten Antifaschismus“⁴ ist meines Erachtens zu schwach. Der jüngst von Wolfgang Ruge vorgeschlagene Begriff eines „epigonalen Stalinismus“⁵ ist für diese Frühzeit wohl zu stark. In beiden steckt jedoch ein realer Kern. Zur weiterführenden Diskussion stelle ich – ohne Anspruch auf eine völlig zutreffende Begrifflichkeit – meine Sicht auf einen subjektiv begrenzten, weil von Utopien und bloßen „Umkehrungs“-Absichten getragenen Antifaschismus. Die „Umkehrungs“-Denkstruktur unterlag sowohl einer externalen als auch internalen Logik. Faschismus und Stalinismus forderten sozusagen gemeinsam ihren Tribut.

Nach meiner Auffassung waren Erfahrung und Mentalität der damals agierenden Kräfte emotional von der Erinnerung an ihre schlimme Niederlage von 1933 geprägt, die man noch dazu der Macht der „anderen“ als dem eigenen Fehlverhalten zuschrieb. Als eigenes Denkschema galt: Die Gesellschaft besteht allein aus zwei Teilen, zwei Klassen, zwei Systemen. Wie 1928 der VI. Weltkongress der Kommunistischen Internationale den Kampf gegen den Faschismus mit der Losung „Klasse gegen Klasse“ fehlorientiert hatte, so nahm sich die Welt in diesem Denken so aus: Hier die Sieger, dort die Besiegten; jetzt sind wir die Sieger. Und Sieger sein, das hieß für sie vor allem, nunmehr selbst Macht auszuüben und so alle Probleme der eigenen Vergangenheit und der Gegenwart lösen zu wollen. Eine neue Misserfolgsvariante des Verhältnisses von Macht und Massen war damit aber regelrecht programmiert. Denn jeder Versuch zur Schaffung solider Fundamente einer antifaschistisch-demokratischen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse verlangte unerbittlich antifaschistisches Denken und Handeln – bis 1945 nur bei absoluten Minderheit des deutschen Volkes vorhanden – unter den Massen zu verbreiten und durchzusetzen.

Die Ausgangssituation des Antifaschismus war 1945 außerordentlich zwiespältig. Die Chance, die militärische Befreiung vom Diktaturregime der NSDAP für eine demokratisch-antifaschistische Revolution zu nutzen, erstickte in neuen antidemokratischen Strukturen, in denen mehr und mehr antifaschistisch verbrämte Zwecke selbst die Mittel zur Deformation und Sinnentleerung des Antifaschismus heiligen sollten. Dies erfolgte allerdings keineswegs schlagartig, weder linear noch widerspruchsfrei, so dass auch nach den Alternativen zur stalinistischen Ausbildung des Herrschaftssystems in der DDR zu fragen ist. Schon gar nicht wird man pauschal behaupten dürfen, die bereits in der Anfangs- und Gründungszeit der DDR angelegten Hauptschwächen des Antifaschismus hätten sein späteres Scheitern automatisch bedingt. Angesichts der generellen Ambivalenz seiner Inhalte wären die Formierung einer breiten und wirklich demokratisch-antifaschistischen Massenbewegung und die Schaffung eines von ihr getragenen Staates durch aus möglich gewesen; ohne diesen Faktor hätte übrigens die DDR nicht vier Jahrzehnte existieren können. Der Kalte Krieg, die Spaltung Deutschlands und die traditionelle Ohnmacht der Arbeiterbewegung in der nationalen Frage boten den Rahmen für eine Entwicklung, in deren Verlauf das im Widerstandskampf geborene Prinzip der „Überparteilichkeit“ des Antifaschismus durch Einseitigkeit und bündnissprengende Hervorkehrung der Kommunisten verschwand.

Der Antifaschismus begann seine unbestreitbare Geschichtswirksamkeit zu verlieren, als ihm unter dem Zeichen einer sich gegen ihn selbst richtenden „Konsequenz“ neue Inhalte aufgeprägt wurden. Er geriet bereits 1948 in eine erste Krise und vermochte auch seine große Bewährungsprobe 1952/53 nicht zu bestehen. In der zweiten Hälfte der 50er Jahre, als die Losung „Deutsche an einen

⁴ R. Giordano: Die zweite Schuld oder Von der Last ein Deutscher zu sein. Hamburg und Zürich 1987, S. 215 ff.

⁵ W. Ruge: Die Doppeldroge. Zu den Wurzeln des Stalinismus. In: Sonntag, 2/1990.

Tisch!“ zurückgezogen wurde und schließlich selbst die Idee einer deutschen Konföderation scheiterte, verlor der Antifaschismus auf deutschem Boden auch noch seine ohnehin recht problematische nationale Dimension. In der Honecker-Ära, die an und für sich mit einer zarten Wiederbelebung der Antifaschismuspropaganda begann, war dies dann mit dem Bestreben verbunden, alle nationalen Aspekte durch theoretische Konstruktionen und Surrogate zu ersetzen. Das in den 60er Jahren geschaffene „Loch“ in der Geschichte des Antifaschismus der DDR blieb dennoch offen.

Was also hinsichtlich des offiziellen Antifaschismus in der DDR stattfand, war eine zunehmende Einengung seiner politisch-ideologischen und seiner weltanschaulich-moralischen Basis. Einzelne, auch geschichtswissenschaftliche Bemühungen⁶, erneut die soziale, politische und weltanschauliche Breite des antifaschistischen Widerstandes zu betonen – beispielsweise im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag des Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 – setzten zu spät ein und blieben in Ansätzen stecken. Die Preisgabe des Antifaschismus betraf solche Werte wie die Gleichberechtigung aller antifaschistischen Kräfte, Toleranz, ausgewogene Machtteilung, Verständnis und Respekt gegenüber Andersdenkenden, kritische Selbsteinschätzung im immer wieder neuen Zugehen auf den Anderen. Auch das muss als Folge einer voluntaristischen Beseitigung der demokratischen Inhalte des Antifaschismus sowie der ungehemmten Orientierung auf das Prinzip der „führenden Rolle“ der SED in der Gesellschaft gesehen werden.

Dennoch gilt es realgeschichtlich festzustellen, dass diese Veränderungen in den 50er, 60er und frühen 70er Jahren die Wirkungsfähigkeit auf das Denken und Fühlen großer Teile der Bevölkerung zwar beeinträchtigten, jedoch nicht gänzlich verlieren ließen. Auch wenn es schwer fallen will, unter dem Eindruck jüngster Entwicklungsprozesse damalige Bewusstseinsinhalte und Mentalitäten anders zu fassen, darf nicht übersehen werden, dass es durchaus eine Entfaltung des „natürlichen“, des elementaren Antifaschismus im Rahmen der ihm verordneten Grenzen gab. Wenn gegenwärtig viele Menschen angesichts der existentiellen politischen Orientierungs- und Entscheidungsprozesse solche Differenziertheit verschmähen, kann Verständnis obwalten; die erforderliche geschichtswissenschaftliche Redlichkeit darf an ihr nicht vorüber gehen. Vielleicht ist es daher kein Zufall, dass ausgerechnet ein Historiker, Jürgen Kocka, erklärt hat, die DDR werde „heute im Rückblick ‚unter Wert‘ beurteilt.“ Seine Fragestellung lautet: „Wenn es wirklich so schlimm war, wie erklärt sich dann die jahrelange Ruhe?“⁷ Ja, es gab sogar Phasen, in denen eine Zunahme der Identifikationsbereitschaft mit dem antifaschistischen Anspruch erkennbar war. Zu erinnern ist an die breite Welle der Solidarität mit den Opfern und Verfolgten des Pinochet-Regimes nach dem Putsch vom 11. September 1973, in jüngster Zeit an das große Interesse für die Ausstellung „Topographie des Terrors“ sowie an die häufig spontanen Reaktionen auf die verstärkt zutage tretenden Tendenzen des Rechtsextremismus.

Zufriedenheit und Akzeptanz, ja auch ein gewisser Stolz galten dem Signum Antifaschismus, als dieses durch die diplomatische Anerkennungswelle international aufgewertet wurde und sich bei dem ehemaligen Widerstandskämpfer Honecker Politiker aller Couleur und aus allen Teilen der Welt gegenseitig die Klinke in die Hand gaben. In dieser Hinsicht – wenigsten in dieser – sind wir besser als die Bundesrepublik, so dachten viele Menschen, die zugleich allem wie neuem Revanchismus, alter wie neuer Ausländerfeindlichkeit und Kriegspolitik keinerlei Chancen einzuräumen bereit waren. Dabei schenkten sie der These vom Bollwerk DDR gegen neue Gefahren dieser Art willig Glauben. Für viele Menschen nahm das Wissen um die antifaschistische Grundorientierung den Charakter einer Überzeugung und des Selbstverständlichen an. Kritisches Hinterfragen tatsächlicher Vorgänge konnte so erfolgreich verhindert werden. Die bohrenden Fragen kamen von außen

⁶ So formulierte R. Richter nachdrücklich auf dem VIII. Historiker-Kongress der DDR am 1.2.1989: „Es gibt für die DDR keinen Sozialismus ohne Antifaschismus.“ (R. Richter, H. Simon, E. Schumann, M. Weißbecker: Antifaschismus in der DDR. Traditionswurzeln, geschichtliche Leistungen, neue Anforderungen. In: Bewährte Strategie – erfolgreiche Praxis. Beiträge zur Geschichte der SED und der DDR in den siebziger und achtziger Jahren. Hrsg. von R. Richter, E. Geyer, R. Leonhardt, H. Meier. Berlin 1989, S. 43.

⁷ Zit. in H. Jäckel: Schiefe Bilder und der getrübbte Blick aufs Ganze. Die DDR-Berichterstattung: Anmerkungen zu einem publizistischen Sündenfall. In: Frankfurter Rundschau vom 11.8.1990.

und erschienen allein deshalb als fragwürdig. Das, was selbst als konsequente Bewältigung der braunen Vergangenheit empfunden wurde, fand eine emotionale, in demonstrativen Stolz eingehüllte Verteidigung. Alle Diskussionen über den Antifaschismus, die ernsthaft erst 1987/88 einsetzten, verliefen in den Gleisen einer inneren Logik von Positionen der in diese Form des Antifaschismus Hineingewachsenen und an ihr Beteiligten.

In ihrer Mentalität muss wohl die übergroße Mehrheit der DDR-Bevölkerung als antifaschistisch gesinnt eingeschätzt werden. In den Strukturen des politisch-moralischen Bewusstseins, soweit dies aus den spärlichen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung hervorgeht⁸, traten Ende der 70er Jahre stagnative und rückläufige Trends bei bestimmten politischen Einstellungen zutage und verlief der Verfall einzelner „sozialistischer“ Überzeugungen und Werte zeitlich inkongruent.

Bedeutsamer als die temporäre Verschiebung im Prozess des Werteverfalls, die sich natürlich bei den einzelnen sozialen und politischen Gruppen sehr unterschiedlich vollzog, ist m. E. ein gewisser Beharrungseffekt in den Denkstrukturen selbst. Wiederum soll zur Erläuterung dieses Gedankens die Hilfe einer Episode in Anspruch genommen werden. Georg Lukács erwähnt in „Geschichte und Klassenbewusstsein“ ein Gleichnis: Brahmanen, die über Jahrhunderte geglaubt hatten, dass die Erde von einem großen Elefanten getragen würde, fragten eines Tages beunruhigt den Oberbrahmanen, worauf denn der Elefant stehe. Dessen Antwort lautete nur, auf einer Riesenschildkröte, worauf alle Brahmanen wieder beruhigt an ihre Tätigkeit gingen.⁹ Letzte Annahmen, auf denen ganze Ideologien und Systeme beruhen, sind also oft trivial und werden trivial erneuert oder neu fundiert, sollten sie doch einmal hinterfragt werden.

In solcher Brahmanen-Haltung befanden sich m. E. auch jene, die in der DDR ein kritisches und oppositionellen, gleichzeitig aber antifaschistisches Potential darstellten. Handelte es sich um Blindheit oder „nur“ um den begrenzten Blickwinkel der in diese Bedingungen Hineingewachsenen? War es tatsächlich eine systemstabilisierende Haltung, wenn Mängel und Diskrepanzen zwar erkannt worden sind, ihre Erklärung aber systemimmanent erfolgte, so dass sich in der Regel auch alternatives Denken im Rahmen des Systems bewegte?

Die eigentliche und entscheidende historische Diskreditierung des Antifaschismus auch im Bereich der subjektiven Interpretation erfolgte aus meiner Sicht parallel zur „realsozialistischen“ Realitätsverschleierung seit Mitte der 70er Jahre. Der bis dahin durchaus dominierende und nach 1961 sogar gestärkte antifaschistische Konsens in der DDR wurde in jenem Zwiespalt zerrieben, der sich zwischen den von der DDR aktiv unterstützten weltweiten Entspannungstendenzen (Helsinki, INF-Vertrag usw.) einerseits und dem offiziell fixierten Kurs auf Verweigerung jeglichen politischen Dialogs im Inneren andererseits auftrat. Die dadurch bedingte Begrenzung des Antifaschismus auf die Außenpolitik und seine innenpolitisch-konzeptionelle Entleerung verhinderten seine an und für sich unabdingbare Fortentwicklung, seine mögliche Anpassung an die neuen Verhältnisse. Hinzu kam die ohnehin vorhandene, anfänglich sogar schwer durchschaubare Tendenz zur Ritualisierung des Andenkens an den antifaschistischen Kampf im Widerstand. Sie potenzierte sich nicht zuletzt mit der offensichtlichen Missachtung der neuen Generationsprobleme sowie mit jenen allgemeinen Erscheinungen, die im Herbst 1989 als „politbürokratische Arroganz der Macht“ gekennzeichnet worden sind.

So wird man – sicher etwas zugespitzt und verabsolutiert, aber vielleicht nicht ganz unzutreffend – sagen können: Die DDR und mit ihr auch das Ideal einer gerechten Gesellschaft auf neuen sozialen Grundlagen sind neben den gravierenden ökonomischen Problemen und den internationalen Entwicklungsprozessen auch ganz wesentlich an der Verwendung und schließlich am Verluste des An-

⁸ Vgl. W. Friedrich: Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 16-17, 13.4.1990, S. 25 ff.; Vgl. auch Ch. Köhler: Die Widerspiegelung des antifaschistischen Widerstandskampfes im Geschichtsbewusstsein dargestellt am Bezirk Leipzig), Diss. A., Berlin 1980.

⁹ Georg Lukács: Geschichte und Klassenbewusstsein. In: Werke, Bd. 2, Neuwied und Berlin 1968, S. 286.

tifaschismus gescheitert. Die Selbstpreisgabe eines ihrer wichtigsten Fundamente vollzog sich in langer Zeit, was verbal und rituell überspielt werden konnte. Als die Probleme für die SED-Führung nicht mehr lösbar waren, sah sie nur noch einen Ausweg in der „Umkehrung“ des Antifaschismus durch flächendeckende Staatssicherheitsaktionen. Dies beschleunigte den Zusammenbruch, weil für die Bürger der DDR gerade auf diesem für sie so wichtigen und elementaren Identifikationsfeld Anspruch und Realität auseinander fielen.

Umso erstaunlicher bleibt die Tatsache, dass sich die lebenskräftigen Spuren des so arg missbrauchten Antifaschismus, genauer: die seiner unveräußerlichen Inhalte verstärkten, als im Herbst 1989 die Fesseln einer erstarrten Bindung an die offizielle Staatspolitik fielen. Sie fanden Eingang in die Programmatik der meisten politischen Bewegungen und Parteien, die sich nach dem Oktober 1989 neu formierten. Aus dem elementaren antifaschistischen Denken erwuchs m. E. auch das eigentliche „Wunder“ in der Wende: die Gewaltlosigkeit, die friedliche Revolution, deren Bedeutung wohl erst von künftigen Historikergenerationen erkannt werden wird.

Heute stellt sich die Situation des Antifaschismus anders als im Herbst 1989 dar. Angesichts einer breiten nationalen Euphorie und gleichzeitig dominierender sozialer Beunruhigung lassen sich kaum Indikatoren finden, die zutreffende Aussagen erlauben. Der Antifaschismus ist als Begriff und als politisch-moralische Lebensorientierung maßlos diskreditiert. Bedrückende, ja geradezu schmerzhaft Erfahrungen führten dazu, dass viele Menschen heute das Wort nicht einmal hören möchten. An eigenständiger Ritualisierung und Ikonisierung, an Monumentalköpfen auf hohem Sockel sind letztlich auch seine visionären Inhalte gescheitert. Darüber leidet selbstverständlich die von linken Kräften in der DDR bereits seit vielen Jahren¹⁰ und jetzt verstärkt durchgeführte Debatte¹¹ um eine Erneuerung des Antifaschismus.

Für meinen Gedanken, dass es möglich sein muss, den veralteten und in Verruf geratenen Begriff beiseite zu lassen und sich unbelasteter, ja auch unvoreingenommener auf unveräußerliche Inhalte zu konzentrieren, führe ich abschließend bewusst eine Stimme an, die in keinem Verdacht stehen dürfte, das Geschäft des gescheiterten „Realsozialismus“ betreiben zu wollen. Heinz Abosch gelangt in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 13. Februar 1990 bei seinen äußerst kritischen Betrachtungen über das Verhältnis der Kommunisten zum Antifaschismus zu einer in meinen Augen sehr bemerkenswerten Schlussfolgerung. Diese lautet: „Der Antifaschismus ist nicht überholt als Ausdruck *demokratischer Wachsamkeit*, wohl aber die kommunistische *Manipulation* des Begriffs.“¹²

In diesem Sinne muss die Frage erlaubt sein: Wie antifaschistisch wird die neue Bundesrepublik sein, wie antifaschistisch das künftig geeinte Europa? Weitere Fragen drängen sich ebenfalls auf: Was wird passieren, wenn erneut für die Gestaltung von gesellschaftlichen Verhältnissen sowie für Staatenbündnisse das einigende Band gemeinsamer Gegnerschaft, gemeinsamer Ängste und Abwehr-Blickrichtungen entfällt? Wie tragfähig werden neue sicherheitspolitische Konzepte sein, die zumindest in Europa nicht mehr vom Gegeneinander ausgehen können, sondern vom Miteinander und auf gegenseitig akzeptierter Kooperationsbereitschaft und Konfliktlösungsfähigkeit beruhen müssen? Wohin wird der wirtschaftliche und politische Machtzuwachs in Europa führen, wie kann er konstruktiv als demokratische Schubkraft einer gesamteuropäischen Integration genutzt werden?

Fragen über Fragen! Sie dürfen nicht ohne Antwort bleiben, soll der Antifaschismus nicht erneut Verlust erleiden, sollen seine Verfechter nicht wiederholtem Sich-Verlieren entgegengehen.

Veröffentlicht in der Rubrik „Diskussion“ der Zeitschrift *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Heft 2/1991, S. 194-201.

¹⁰ Vgl. K. Gossweiler: Was ist Antifaschismus? Welche Bedeutung hat er heute? In: Jenaer Beiträge zur Parteigeschichte, H. 47/1984, S. 89 ff.; Stefan Hermlin: Es ist ein Schicksal der Antifaschisten: Sisyphus sein. In: Junge Welt, 16.9.1988.

¹¹ Vgl. R. Richter: Antifaschismus vor neuen Anforderungen, S. 777 f.

¹² Heinz Abosch: Die Kommunisten und der Antifaschismus. Ein Erbe mit vielen Fragen. In: Neue Zürcher Zeitung, 13.2.1990.

Rezension

Dieter Rebentisch, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg*. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939-1945. Stuttgart: Franz Steiner Verlag Wiesbaden 1989. XIII, 587 S. gr. 8° (Frankfurter historische Abhandlungen. Hrsg. v. Johannes Fried, Lothar Gall [u. a.]. Bd. 29.) DM 98,00.

In der Geschichtswissenschaft der DDR, die sich in den vier Jahrzehnten ihrer Existenz in großem Umfang mit zahlreichen Aspekten des Faschismus und des Zweiten Weltkrieges beschäftigt hat, war das nationalsozialistische Herrschaftssystem kaum Gegenstand der Untersuchungen. Aber auch in der bundesdeutschen Historiographie sind gediegene, überzeugende Ergebnisse bisher rar geblieben. Das funktionale und strukturelle Zusammenspiel zwischen allen Bestandteilen des Machtapparates der Nazis in seinem vielgestaltigen Miteinander und Gegeneinander sowie dessen dynamische Entwicklung in den zwölf der geplanten tausend Jahre sind bei weitem noch nicht vollständig erfaßt worden. Allzu häufig ist es bei antifaschistisch-vereinfachenden oder bei verabsolutierenden hitlerzentrierten Aussagen über das Wesen und die politisch-verwaltungsmäßigen Funktionen des Faschismus in Deutschland geblieben.

Solchen Unzulänglichkeiten begegnet die auf einer Frankfurter Habilitationsschrift von 1987 fußende Arbeit von Dieter *Rebentisch* in hervorragender Weise. Seit den Arbeiten von Martin Broszat¹ und Hans Mommsen² dürfte es keine vergleichbare Arbeit gegeben haben. Die Vorzüge der gedanklich breit angelegten Publikation überwiegen eindeutig. Zu ihnen gehört vor allem das konsequent am Quellenmaterial orientierte minutiöse Darstellungsprinzip, gehören ferner die umfassende Kenntnis der Literatur sowie eine klare Diktion und breit gefächerte Problemsicht.

Der Band gliedert sich in sieben Kapitel, die in der Einleitung und der Zusammenfassung eine sinnvolle bilanzierend-theoretische Ergänzung finden. Seinen dort dargestellten Grundpositionen entsprechend, stellt R. an den Anfang des ersten Kapitels: „Die oberste Reichsverwaltung von der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Zweiten Weltkrieg“ (S. 29 bis 116) umfangreiche Betrachtungen zum Platz, den der Staat und die Verwaltung im Denken Hitlers einnahmen. Dabei fällt auf, daß alle programmatischen Äußerungen Hitlers aus den 20er, alle Verdicts über die Beamten und die Verwaltung aus den frühen 40er Jahren stammen. Die Herausbildung des „Führerstaates“ und der „absolutistischen“ Herrschaft Hitlers erscheint daher wohl sehr viel stärker, als es der Verf. wahrhaben möchte, als Ergebnis konkreter historischer Umstände und situationsbedingter Entscheidungen. Deutlich werden demgegenüber die wesentlichen Merkmale des neuen Machtgefüges und seiner Entwicklung herausgearbeitet: Bedeutungsverlust des Kabinetts und Umbildung von einem kollegialen Beschlußorgan zur Exekutive des Führerwillens, institutionelle Verselbständigung der Reichskanzlei, wachsende Selbständigkeit der Fachminister bei gleichzeitiger Isolierung voneinander, die Schaffung einer Verfassungssituation, die einem permanenten Ausnahmezustand gleichkam, die Mitwirkung des „Partei-Ministeriums“ an Regierungsgesetzgebung, Beamtenernennung und -beförderung, die institutionellen Verschränkungen von Staatsbehörden und Parteiinstanzen, die Abnahme politischer Einwirkungsmöglichkeiten und der Autoritätsverlust des Reichsinnenministeriums.

Während sich das folgende Kapitel: „Die Umstellung der Verwaltung auf die Bedingungen der Kriegführung 1939“ (S. 117-162) mit den neu eingerichteten Institutionen des Ministerrates für die Reichsverteidigung, der Reichsverteidigungskommissare und des Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung und die Vereinfachung der Verwaltung befaßt – wobei die eigentliche „Umstellung“ des faschistischen Machtapparates in seiner Gesamtheit auf den Krieg leider außerhalb des Blickfeldes bleibt –, wendet sich das dritte Kapitel den Verwaltungsproblemen zu, die durch die Okkupation polnischer Gebiete sowie durch wiederbelebte territoriale Reformgedanken im „Alt-

¹ Siehe Martin Broszat: *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München 1969.

² Siehe Hans Mommsen: *Beamtentum im Dritten Reich*, Stuttgart 1966; ders.: *Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*, in: *Der „Führerstaat“: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches*, hrsg. von Gerhard Hirschfeld und Lothar Kettenacker, Stuttgart 1981.

reich“ hervorgerufen worden sind. Bei Hitler, so lautet R.s Grundaussage, sei durch den „Rausch des schnellen Kriegserfolges ein ideologischer Schub zum Durchbruch“ gekommen, der den Rassenwahn und die völkerbiologische Fixierung des Nationalsozialismus radikalisiert habe. In Anlehnung an Klaus Hildebrand³ formuliert er: „In den Augen des Diktators, der sich von seinem Fernziel der Zertrümmerung und Germanisierung Rußlands vorübergehend abgelenkt sah, gewann das eroberte polnische Terrain die Ersatzfunktion eines vorläufigen Experimentierfeldes für die künftige raum- und bevölkerungspolitische Neuordnung des Kontinents.“ (S. 163 f.) Im Unterschied zur übergreifenden Sicht Werner Röhrs⁴ auf die faschistische Okkupationspolitik bleiben wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Aspekte bei R. unterbelichtet. Seinem anhand zahlreicher Beispiele belegten Eindruck, daß sich fast alle Versuche territorialer Umschichtungen und exakter administrativer Grenzziehungen zwischen den Gauen „im Antagonismus der Partikulargewalten festliefen“ (S. 195), falls sie nicht einer ganzen Reihe von Bedingungen entsprachen, muß jedoch völlig zugestimmt werden. Anstöße zu Neugliederungen einzelner Gebiete gingen in der Regel von personalpolitischen Querelen und Notwendigkeiten aus, wobei R. die Auffassung vertritt, daß die tatsächlich erfolgten Veränderungen von Binnengrenzen trotz aller Halbherzigkeit und trotz des Hinausschiebens der Reichsreform in die Nachkriegszeit letztlich der Hitlerschen „Zielvorstellung von der Binnengliederung des nationalsozialistischen Großreiches“ (S. 227) untergeordnet gewesen seien.

Im vierten Kapitel beschäftigt sich der Verf. ausführlich mit dem „Partikularismus der Mittelinstanzen“ sowie mit deren vielgestaltigen Attacken gegen die Zentralverwaltung in den Jahren 1938 bis 1942; das fünfte gilt dem Ressortpartikularismus und den Kompetenzkonflikten in der obersten Reichsverwaltung von 1940 bis 1942; das sechste trägt den Titel „Der Führer, die Herrschaft der Kanzleien und die innere Verwaltung unter dem Diktat der Menschenersparnis 1941-1943“; das letzte und zugleich knappste Kapitel befaßt sich mit dem Zerfall des Führerstaates im letzten Kriegsjahr. Es ist hier kein Platz, das ausgebreitete Material und den Gedankenreichtum der Darlegungen auch nur andeutungsweise zu referieren. Statt dessen soll auf einige Probleme eingegangen werden, die der Verf. in der Zusammenfassung unter dem Titel „Der Führerstaat: Das organisierte Chaos“ (S. 533-553) behandelt.

Gegen Thesen gerichtet, die bei Hans Mommsen, Manfred Rauh, Reinhard Bollmus u. a. m. zu finden sind und die von einer Tendenz der „Selbstzerstörung“ des nationalsozialistischen Regimes ausgehen, konstatiert der Verf.: „Erst das außenpolitisch-imperiale und militärstrategische Scheitern ließ die prinzipiell unbestrittene, wenngleich bisweilen unterlaufene Allmacht des Diktators nach und nach erlahmen und jene Kräfte schwinden, die die polykratische Führungsstruktur überwölbten und zusammenbanden. Das sichtbare Nachlassen der ideologischen Schubkräfte, die Autoritätseinbußen und Verluste an Integrationsfähigkeit in der Spätphase erklären sich weniger aus der Sprengkraft der inneren Antagonismen als aus der militärischen Überlegenheit der alliierten Armeen und Bomberflotten ... Noch am Ende erwies sich ‚der Führer‘ als der zentrale Bezugspunkt des gesamten Herrschaftsgefüges.“ (S. 533 f.) Auf der Grundlage dieser kaum zu bestreitenden Aussage fragt R. folgerichtig nach der „inneren Konsistenz der führerstaatlichen Herrschaft“, die er in einer ideologisch motivierten „Zielstrebigkeit zur Vermehrung und Vollendung der Führerherrschaft und ... zur Durchsetzung und Verwirklichung weltanschaulicher Programmpunkte des Nationalsozialismus“ sieht. Fünf Bestandteile haben nach seiner Auffassung „mit fast dogmatischer Kraft“ die Verfassungsentwicklung des Dritten Reiches bestimmt: „... erstens eine grundsätzliche Mißachtung der Rechts- und Staatsordnung, gegen die es selbst bei größter Vorsicht keine zuverlässigen Sicherungen gab, zweitens das Führerprinzip, das diskursive Entscheidungsfindung durch Sachberatung und Kollegialbeschlüsse eliminierte, drittens das Persönlichkeitsprinzip, das an die Stelle der Aufgabenverteilung und institutionellen Verantwortung in den modernen Verfassungsstaaten die atavistische Konstruktion des Personenverbandes setzte, viertens das Kampf- und Ausleseprinzip, welches die darwinistischen Selektionskriterien zur Legitimation der Raubtiermoral mißbrauchte, und fünftens

³ Klaus Hildebrand: Deutsche Außenpolitik 1933–1945. Kalkül oder Dogma, Stuttgart 1971.

⁴ Siehe: Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939-1945). Dokumentenauswahl und Einleitung von Werner Röhr, Berlin 1989.

die besondere Methode der nationalsozialistischen ‚Menschenführung‘, wodurch die kollektive Begeisterung für die normenzerstörenden Führungsakte des Regimes erzeugt werden sollte“ (S. 535 f.).

Der Verf. wehrt sich allerdings mit einer letztlich nicht recht verständlichen Vehemenz, dies als Ausdruck und Erscheinungsform eines „politischen Systems“ zu bewerten. Tatsächlich spricht er stets von einem Herrschaftsgefüge, von der Struktur des Regimes usw. Der Systembegriff impliziert für ihn ein zu hohes Maß an irgendeiner Art von Ordnung, Stabilität, Logik, Berechenbarkeit und schlüssiger Wirkungszusammenhänge. Der Rez. sieht darin eigentlich kein Problem, wenn der Systembegriff in einem allgemeinen, politikwissenschaftlichen Sinne verwendet wird; wie anders wäre sonst bei R. der Titel „organisiertes Chaos“ zu verstehen? Problematisch würde die Ausschließung des Systembegriffs nur dann, wenn allein der vielfach zitierte „traditionelle“, der bürgerlich-parlamentarische Staat zum geschichtlichen Normalfall erhoben und zugleich als Normsetzungsfall betrachtet werden sollte. Die Vielzahl autoritärer und totalitärer Herrschaftsformen in der jüngeren und jüngsten Geschichte läßt einen solchen eingeschränkten Staatsbegriff einfach nicht zu.

Wenn es am vorliegenden Band trotz der dominierenden Verdienste etwas direkt zu kritisieren gibt, dann betrifft dies die weitgehende Ausklammerung von Wirtschaft und Militär aus fast allen der behandelten Strukturen und Entwicklungsprozesse des faschistischen Führerstaates, ferner die Unterbelichtung zahlreicher NSDAP-Institutionen und deren „zweiter Reihe“ (z. B. des Reichsorganisationsleiters) sowie die Negierung des Ersten Weltkrieges als einer allgemeinen Wurzel für das Bemühen, das Führer-Gefolgschafts-Prinzip auf Politik und Gesellschaft zu übertragen.

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Hrsg. im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 112, Heft 3 – März 1991, Spalte 179-182.

Rezension

Gerhard Th. Mollin, *Montankonzerne und „Drittes Reich“*. Der Gegensatz zwischen Monopolindustrie und Befehlswirtschaft in der deutschen Rüstung und Expansion 1936-1944. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1988. 394 S., zahlr. Tab. gr. 8° (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. Hrsg. v. Helmut Berding, Jürgen Kocka, Hans-Ulrich Wehler. Bd. 78.)

Seit eh und je muß die Tatsache bedauert werden, daß es in den Faschismusforschungen aller Richtungen voneinander getrennt entweder wirtschafts- und unternehmensgeschichtliche Arbeiten oder Analysen der politischen Institutionen und Aspekte des nationalsozialistischen Herrschaftssystems in Deutschland gibt. Wäre der vorliegende Band, hervorgegangen aus einer Bielefelder Dissertation, lediglich als eine rein wirtschaftshistorische Publikation anzusehen, sähe sich der Rez. außerstande, sie zu besprechen. Gerhard Th. Mollin verfolgt jedoch in aner kennenswerter Weise ein umfassendes, anspruchsvolleres Ziel. Man könnte fast vom Versuch einer Gesellschaftsgeschichte sprechen, zumindest für den gesellschaftsrelevanten Bereich des Zusammenhanges von Ökonomie und Politik, von wirtschaftlicher Macht und politischer Herrschaft, obwohl davon mit Recht nicht ausdrücklich die Rede ist.

In den Denklinien von Max Weber, Franz Neumann und Hans-Ulrich Wehler bemüht sich M. in seiner materialreichen Fallstudie um empirische Analysen auf der in bisherigen Forschungen vernachlässigten Konzern- und Kartellebene. Damit orientiert sich der Verf. grundsätzlich an den Strukturen realgeschichtlicher Erscheinungen und nicht an den von ihm als „abstrakte“ Komplexe bezeichneten Industrie- und Monopolgruppen. Auf diese Weise möchte er „das Verhältnis zwischen NS-Staat und Großindustrie auf einer neuen, sichereren Grundlage“ erhellen. Seine Fragestellung lautet: „Hat sich dieses Verhältnis unter einem Primat der Ökonomie entwickelt, d. h. ist die Richtung der Rüstungs- und Expansionspolitik letztlich von großen Konzernen und mächtigen Wirtschaftsverbänden bestimmt worden? Oder haben sich nationalsozialistische Herrschaftsträger mit ihrer Ideologie und ihren Zielen auch die Industrie unterworfen, in dem direkten Sinne, daß sie ihre Produktions- und Investitionspolitik bestimmten?“ (S. 19)

Der Verf. beginnt mit einer knappen Querschnittsanalyse zur Situation der deutschen Montanindustrie Anfang 1936, wobei der Vereinigte Stahlwerke-Konzern besonders berücksichtigt wird. Dieser Einstieg beruht auf der These, daß 1936 der „Herrschaftskompromiß“ zwischen NSDAP und Großindustrie von ersterer „aufgekündigt“ worden sei und eine Art ökonomischer Machtergreifung durch die nationalsozialistische Führung eingesetzt habe (S. 276). Der zweite Teil, zugleich der umfangreichste (S. 52-147), enthält eine längsschnittartige Darstellung der zwei bedeutendsten Montankonzerne in der deutschen Rüstungswirtschaft: der Vereinigten Stahlwerke und der Reichswerke Hermann Göring. Ohne beide Konzerne mit den von ihm verwendeten Begriffen „Monopolindustrie“ (gemeint sind damit herkömmliche, kapitalistische Elemente der Wirtschaft) und „Befehls-“ bzw. „Parteiwirtschaft“ zu identifizieren, beleuchtet der Verf. an ihrem Beispiel „die Wurzeln des Konflikts zwischen Monopolindustrie und NS-Wirtschaftsbükratie“ (S. 26). Teil III untersucht „Die ökonomischen Beziehungen zwischen ‚Ruhrwerken‘ und ‚Reichswerken‘“ (S. 148-173), Teil IV die „Expansion der deutschen Montankonzerne in die Besatzungsgebiete des Dritten Reiches“ (S. 174-251). Alles erscheint sauber recherchiert, wobei die Bestände des Duisburger Archivs der Thyssen AG und des Konzernarchivs der Salzgitter AG weitgehend genutzt werden konnten.

Zusammenfassend behandelt M. den Strukturwandel der Montanindustrie in den Jahren 1936 bis 1944 (S. 252 bis 275). Nach seiner Auffassung habe sich in dieser Zeit eine bilaterale Konzernstruktur entwickelt, die von der sogenannten Monopolgruppentheorie nicht erfaßt werden könne. Die Binnendifferenzierung der Industrie nimmt er „zwischen einer – zahlenmäßig sehr kleinen – Gruppe von markt- und kapitalmäßigen Weltkonzernen, im Kern: I. G., VSt, Siemens und dem großen Rest“ vor (S. 254), was der zeitgenössischen Unterscheidung durch Coudenhove-Kalergi in eine paneuropäische Monopolindustrie und in nationale Schutzzollindustrien entspricht. Eine solche Sicht auf das weltmarkt- bzw. binnenmarktorientierte Doppelgefüge der Montanindustrie, das zudem noch mit dem Anspruch eines antagonistischen Gegensatzes versehen wird, vermag nicht zu

überzeugen, wenn sie sich mit der Unterscheidung von „privater“ Monopolindustrie und von partei-dominierter Befehlswirtschaft verknüpft: Der Verf. muß selbst einige Grenzen seiner Auffassungen konstatieren, wenn er beispielsweise auf die mehr als nur erzwungen oder kooperativ zu deutende Teilnahme aller industriellen Gruppen an der „Arisierung“ bzw. auf den Einsatz von Zwangsarbeitern in der gesamten Industrie verweist (S. 256). Mit dem Stichwort, die Industrie habe sich in einem weiten Bereich „von Konflikt und Kooperation“ (S. 256) bewegt, ist das Problem sicher nicht zu lösen.

Demgegenüber ist den Feststellungen über die Politisierung der monopolistischen Montanindustrie voll zuzustimmen. Diese vollzog sich, wie M. herausarbeitet, auf „vier Ebenen: 1. der ‚Nazifizierung‘ der Unternehmer, 2. dem wachsenden Einfluß wirtschaftspolitischer Ziele und Maßnahmen auf die ökonomische Entwicklung der Unternehmen, 3. der gewandelten Art und Weise der Interessenvertretung, 4. der nachlassenden Bedeutung des Kapitalbesitzes für die Verfügung über Produktionsmittel“ (S. 265). Aber auch hier schießt M. über das Ziel hinaus, wenn er behauptet, daß „das Privateigentum seine legitimatorische Kraft für die Verfügungsgewalt über industrielle Produktionsmittel“ eingebüßt (d. h. verloren!?) und daß die „Politisierung des Kapitalismus bis an die Grenze seiner Negation“ geführt habe (S. 269). Alle imperialistische Expansion und alle „Politik zur Hegemonisierung unterlegener Gebiete und Staaten“ (S. 270) hätten unter dem Primat der nationalsozialistischen Politik gestanden, der den langfristigen Interessen der Monopolindustrie nicht gedient habe. Man könne also sogar davon sprechen, daß sich „die ökonomische Struktur der deutschen Gesellschaft“ zwischen 1936 und 1944 aufzulösen begonnen habe. Da die NS-Führung in der Lage gewesen sei, „den deutschen Industriekapitalismus bis zu einem extremen Grad politisch auszurichten und für ihre destruktiven Ziele einzusetzen“, sei im Kriege „ein kurzlebiges Monstrum von imperialistischem Herrschaftssystem“ entstanden, das „zwar in seiner ökonomischen Grundstruktur unter den bekannten Systemen dem Kapitalismus noch am nächsten kam, aber alle bisher erfahrenen imperialistischen Ausbildungen dieser Gesellschaftsform in den Schatten stellte und ihre Grenzen partiell und zeitweilig überschritt“ (S. 275 f.).

M. wendet sich damit sowohl gegen totalitarismustheoretische Deutungen von einer „Wirtschaft unter Zwang“ und von einem totalen Primat der Politik als auch gegen marxistische Theorien, die den Primat der Ökonomie undifferenziert dogmatisieren wurden. Letzterem ist auch zu folgen, gerade unter dem Eindruck der jüngsten Entwicklungen im Gebiet der ehemaligen sozialistischen Länder. Pauschale Vorwürfe (z. B. S. 18) erscheinen dennoch unangebracht. Die Transformation ökonomischer Interessen in Politik und Organisation stellt einen komplizierten, vielgestaltigen und keineswegs linear verlaufenden Prozeß dar, was seit langem in marxistischen Arbeiten hervorgehoben worden ist.¹ Tatsächlich läßt sich das Verhältnis zwischen Ökonomie und Politik nicht auf das zwischen Industrie und Staat, Verbänden und Ministerien, Finanziers und finanzierten Politikern reduzieren, wie dies in einer Reihe von faschismusgeschichtlichen Publikationen und sonstigen Darstellungen erfolgt ist. Dennoch wäre es unzulässig, nur dies als marxistisch bewerten zu wollen und eine auf der marxistischen Theorie beruhende Kritik daran zu übersehen.²

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Hrsg. im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 112, Heft 4 – April 1991, Spalte 277-279.

¹ Siehe die differenzierte Arbeit von Günter Söder: Macht und Ohnmacht der Politik? Zur Rolle von Politik, Ökonomie und Ideologie in der Geschichte, Berlin 1981.

² Siehe Manfred Weißbecker: Die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland am Beginn unserer Epoche – Aktualität und ausgewählte geschichtstheoretische Aspekte, in: Jenaer Beiträge zur Parteigeschichte, Nr. 49, 1987, S. 109 ff.

Vom unzureichenden Umgang mit den Schatten der Vergangenheit

Vorbemerkung

Ein Kreis von Historikern aus 12 Staaten bemüht sich z. Z. um ein Projekt, das den Arbeitstitel „Wege und Irrwege marxistischer Faschismusforschungen. Beiträge aus einzelnen Ländern“ trägt. Wie die beteiligten Autoren aus den ehemaligen sozialistischen Ländern, steht auch der Herausgeber des geplanten Sammelbandes und Autor des Beitrages über die Geschichte der Faschismusforschung in der DDR vor den Trümmern eines bislang als kunstvoll gefügt empfundenen Denkgebäudes. Zugleich sieht er sich persönlich betroffen von neuen Erscheinungen, die das notwendige Aufarbeiten der vielgestaltigen offenen Fragen des früheren „geteilten“ Umgangs mit der Geschichte durch den gegenwärtigen Umgang der „zusammenwachsenden“ deutschen Gesellschaft mit der Geschichtswissenschaft überlagern und „abwicklungsspezifische“ auf jeden Fall zukunftsbeeinträchtigende Probleme hervorzurufen geeignet sind.

Da die Geschichte des Nationalsozialismus und die seiner unzureichenden Bewältigung nach wie vor einer der wichtigsten Bezugspunkte historischen Denkens bleibt, wird vom weiteren Umgang mit ihr auch wesentlich abhängen, in welchem Maße Schatten über unserer Zukunft liegen werden. Im Rahmen der Suche nach einer akzeptablen Geschichtskultur des neugeordneten Deutschlands sollen hier erste bilanzierende Gedanken zur Geschichte der Faschismusforschung in der DDR zur Diskussion gestellt werden.

* * *

Nirgendwo wird wohl ernsthaft bestritten, daß sich einige der als marxistisch zu bezeichnenden Ansätze in den weltweit betriebenen Forschungen zur Geschichte einzelner faschistischer Bewegungen und Regimes sowie in den Deutungen dieser Phänomene als fruchtbar und anregend erwiesen haben. Auf ihrer Grundlage entstandene Publikationen nehmen in der Historiographie einen unverkennbaren Platz ein. Dennoch haftet dem, was hier – sicher zu pauschal – marxistische Faschismusforschung genannt wird, der Makel ihrer politischen Instrumentalisierung und einer wissenschaftsfremden „sozialistischen Parteilichkeit“ an, der selbstverständlich auch den wissenschaftlichen Wert ihrer Ergebnisse enorm beeinträchtigt hat.

Wer auf diesem Gebiet eine Bilanz anstrebt, darf sich von vornherein nicht als Apostel irgendeiner „linken Rechthaberei“ verstehen. Wer könnte dies auch – angesichts des Scheiterns der sozialistischen Diktaturen und unzähliger neuer Kenntnisse über deren Strukturen und Wirkungen – mit wissenschaftlicher Objektivität und Wahrhaftigkeit vereinbaren! Herausgeber und Verfasser des geplanten Sammelbandes unternehmen auch keinerlei Versuch einer auf bloße Ehrenrettung bedachten pragmatischen Schadensbegrenzung, nachdem jene Regimes gescheitert sind, die nicht müde wurden, sich auf Karl Marx und sein dialektisch-materialistisches Denkgebäude zu berufen. Stattdessen gilt ihre Absicht einem ersten Versuch kritischer Aufarbeitung und selbstkritischer Bewältigung eines 1989/90 abgeschlossenen Kapitels marxistischer Geschichtswissenschaft das auf der ganzen Linie und mit immer noch unübersehbaren Folgen stalinistisch geprägt war, wenngleich eine Reihe von unverkennbar antistalinistischen Zügen und ungenutzten Chancen nicht übersehen werden kann.

Bevor notwendige Urteile und möglicherweise neue Vorurteile gefällt werden, gilt es empirisch-analytisch zu prüfen, was überhaupt marxistische Faschismusforschungen gewesen sind, was sie sein wollten und welche ihrer Ergebnisse bleibenden Wert behalten werden. Was also vermochten Forschungen zu leisten, die sich als marxistisch, teilweise auch als neomarxistisch verstanden, jedoch vor allem in den ehemaligen sozialistischen Staaten in ein politisch-ideologisches System des „Marxismus-Leninismus“ eingeordnet sahen, das eigentlich Marx'sches und marxistisches Denken mißbrauchte. Für die Bewertung der in solchem Rahmen erreichten Ergebnisse ist heute relativ unerheblich, ob dieses System einschließlich der in seinem Namen agierenden kommunistischen Parteien als ein „verordnetes“ empfunden oder auch weitgehend als ein antifaschistisch-gerechtes verinnerlicht worden ist. Das in den letzten Jahren diskutierte Stichwort von der „Historisierung des Nationalsozialismus“ gilt voll und ganz für die Forschungen zur Geschichte von Faschismus und

Antifaschismus sowie zur Historiographie, gleich welcher politisch-ideologischen, weltanschaulich-moralischen oder wissenschaftsmethodischen Strömungen sich diese zuzuordnen bereit war.

Worauf könnte sich ein Versuch zur „Historisierung“ der marxistischen Faschismusforschungen stützen? Vor allem wären entstehungs- und entwicklungsgeschichtliche Faktoren sowie das jeweilige Ausmaß von Politikverbundenheit und Theorielosigkeit zu berücksichtigen.

Unsicher, vielgestaltig und äußerst kontrovers reagierten alle geistes- und sozialwissenschaftlichen Strömungen, als nach dem ersten Weltkrieg in zahlreichen Ländern eine. neuartige und ungewöhnliche Erscheinung auf die Bühne des politischen Lebens trat. Orientiert am italienischen Beispiel der „fasci di combattimento“ galt der von den Anhängern Mussolinis selbst gewählte Name rasch als Begriff für die neuen Bewegungen. Diese charakterisierten sich dadurch, daß sie mit brachialer Gewalt, militärischen Mitteln und einer pseudosozialistischen Ideologie in die lebhaft aufgebrochenen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eingriffen, sich an aggressiv-nationalistische Vorstellungen berauschten, expansionistischen Zielen huldigten, rassistische Herrenmenschen-Allüren in ein barbarisches Extrem steigerten und insgesamt selbst als die von der „Vorsehung“ berufenen Retter der Gesellschaft vor einer kommunistischen Revolution verstanden werden wollten.

Der Faschismus erfuhr, sobald er in Erscheinung getreten war, eine Fülle unterschiedlichster Deutungen. Sie zeugten in der Regel eher vom geistigen und politischen Standort ihrer jeweiligen Verfechter als von einer gediegenen, wissenschaftlich exakt erarbeiteten und gesicherten Position.

Eine wirkliche Forschung über den Faschismus fand, wenn überhaupt, unter Soziologen. Juristen und Staatswissenschaftlern statt. Die Zeitgeschichte befand sich demgegenüber stets in der Situation eines sofortigen Nachvollzuges, dessen politische und methodische Grenzen zu überwinden stets erhebliche Mühe bereitet.

Die umfangreichsten Bemühungen zur Erfassung der neuen Erscheinungen faschistischer Ideologie und Politik gab es vor allem in jenen Kreisen der Gesellschaft, die sich in besonderem Maße, ja auch existentiell, vom Faschismus bedroht sahen und ihm aktiv zu begegnen trachteten. Seit dem ersten Hervortreten des Faschismus regte sich ernsthafter Widerstand gegen ihn, sahen sich Betroffene und Gegner als Antifaschisten gefordert. Fast ohne Ausnahme erwuchs daher die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Faschismus zunächst aus unmittelbaren politischen Bedürfnissen.

Die Politikgebundenheit der zeitgenössischen wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Faschismus erscheint in der Rückschau als unvermeidbar. Auf ihrer Grundlage entstanden dennoch einzelne Arbeiten, die als hervorragende wissenschaftliche Leistungen zu bewerten sind. Eine eigen- und selbständige Wissenschaft vom Faschismus konnte sich dagegen erst konstituieren, als in der gesellschaftlichen Realität dessen Dominanz gebrochen sowie ein ausreichender zeitlicher Abstand erreicht worden waren. Doch sollten auch nach dem 8. Mai 1945 noch Jahrzehnte vergehen, noch dazu die des fürchterlichen Kalten Krieges zwischen Ost und West, bevor sich der Faschismus aus einem Gegenstand politischer Auseinandersetzungen in ein überwiegend geschichtlich interessierendes Objekt von Forschung und Darstellung wandelte. Die einzelnen historiographischen Strömungen folgten diesem Prozeß zu verschiedenen Zeiten und in unterschiedlichstem Maße.

Die Entwicklung jener Faschismusforschungen, die sich selbst als marxistisch verstanden oder in irgendeinem gedanklichen Konnex mit dem Denkgebäude des Marxismus verbunden waren, unterlag in diesem Prozeß der Verwissenschaftlichung des Gegenstandes spezifischen und folgenreichen Hemmnissen: Sie widerspiegeln die bitteren Konsequenzen sowohl einer besonders ausufernden als auch einer fortdauernden Politikgebundenheit.

Wenn in jeder Hinsicht grundsätzlich von „Wegen und Irrwegen“ als Prinzip gesprochen werden kann, so bedürfen der Titel des vorliegenden Bandes und dessen Anliegen doch einiger Erläuterungen und Einschätzungen. Es muß heute als erwiesen gelten, daß die marxistischen Faschismusforschungen über eine Reihe von Erklärungsansätzen nicht hinaus gelangten und auch keine Gesamtdarstellung von Belang hervorzubringen sich imstande zeigten. Dies spricht zunächst einmal weni-

ger gegen den wissenschaftlichen Wert der marxistischen Theoreme, sondern wohl eher gegen den von ihren Verfechtern selbst- bzw. mitverschuldeten Rahmen eines letztlich wissenschaftsfeindlichen politischen Systems.

Relativ knapp lassen sich jene Ansätze beschreiben, die ein produktives marxistisches Denken in den Faschismusforschungen repräsentieren. Sie betreffen insbesondere das Wirken aller ökonomischen Faktoren in Politik und Organisation der Gesellschaft sowie die Wirksamkeit sozialökonomisch determinierter Widerspruchsfelder für die Entwicklung der Gesellschaft. Wirtschaftliche Interessen von Großindustriellen, Bankiers, Großagrariern u. a. m. gegenüber den von ihnen beschäftigten Arbeitskräften oder für den Konkurrenzkampf untereinander gerieten durch sie in das Blickfeld der Wissenschaft, in dem andere Deutungsmuster – personalistische, psychologische, anthropologische, rechts- und ideengeschichtliche, sozialstrukturelle usw. – dominierten und allzu häufig jeder Versuch, ökonomische Faktoren in die geschichtswissenschaftliche Forschung einzubringen, als „ökonomistisch“ diskreditiert worden ist.

Unübersehbar bleibt, daß allein auf solcher Grundlage niemand unter den marxistischen Faschismusforschern in der Lage war, die eigenen theoretischen Ausgangspunkte umfassend und überzeugend zu realisieren. Der offiziell und unbescheiden-lautstark formulierte Anspruch fand bisher keine Einlösung. Zu sehr standen sie unter dem Druck einer politisch erzwungenen Verabsolutierung und Vereinseitigung. Aus der Instrumentalisierung – zunächst für den antifaschistischen Widerstand und für die Bedürfnisse der sowjetischen Außenpolitik, später für eine stalinistisch geprägte Überwindung der Folgen von Diktatur und Krieg sowie schließlich für eine halsstarrige, realitätsfeindliche Politik des „malen Sozialismus“ – fand marxistisches Denken keinen Ausweg, allenfalls einige begrenzte alternative Modelle.

Eine Liste, auf der Beschränktheiten und Versagen der marxistischen Faschismusforschungen zu verzeichnen wären, gerät demgegenüber zu beträchtlicher Länge. Vor allem für die entsprechenden geschichtswissenschaftlichen Bemühungen in den ehemaligen sozialistischen Ländern müßten wohl insbesondere folgende Stichpunkte gelten:

- Die (häufig verkürzt rezipierte) Definition vom Faschismus an der Macht als der „offen terroristischen Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und imperialistischen Teile des Finanzkapitals“ aus dem Jahre 1933 bzw. 1935 bot keine ausreichende Grundlage zu einer komplexen Erfassung aller Wurzeln und Erscheinungsformen des Faschismus.
- Mit der Verabsolutierung der Kriterien „Klassencharakter“ und „soziale Funktion“ verbot sich faktisch auch jede Bemühung, die Geschichtlichkeit des Phänomens Faschismus zu erfassen. So blieb die theoretische Quintessenz von 1935 selbst nach dem Holocaust und dem Zweiten Weltkrieg hinsichtlich ihrer Konsequenzen für die „Definition“ unüberprüft. Marxistischem Denken wurde damit Ahistorizität abverlangt, was de facto bedeutete, sich selbst aufzuheben; Marx'sches Denken ohne Berücksichtigung der Veränderungen und der Entwicklung historischer Erscheinungen schließen einander aus. Mit der gegebenen allgemeinsten Charakteristik einer Seite des Faschismus erklärt sich aber allenfalls Allgemeines, jedoch kein konkretes Ereignis, kein Schritt in den geschichtlichen Abläufen, keine Struktur und ebensowenig das Wirken der Individuen in den Prozessen. Die „Definition“ blieb in höchstem Maße abstrakt und trug das Moment von Statik gleichermaßen wie den Ausschließlichkeitsanspruch in sich. Politisch motiviertes Theorie-Reglement konnte darauf aufbauen und über sachbezogene Forschung triumphieren.
- Die Fixierung auf die „Definition“ und die Verabsolutierung der Frage nach dem „Klassenwesen“ des Faschismus ermöglichten einerseits pauschale Etikettierungen nichtkommunistischer Parteien und Bewegungen als faschistisch, sie verhinderten andererseits innermarxistische Diskussionen und eine produktive Vielfalt marxistischer Sicht auf die Vielgestaltigkeit der Gesellschaft. Sie bedingten auch die Ablehnung anderer Faschismusforschungen, mit denen kaum eine inhaltliche Auseinandersetzung stattfand, nachdem deren politische und antimarxistische Funktion „bestimmt“ worden war. Die Sorge der Herrschenden um den Bestand der „Definition“ wirkte ebenso erstickend wie die Furcht vor Gralsbeschädigungen und vor einer kritisch-wissenschaftlichen Erhellung eigener Verantwortlichkeiten.

- Marxistisch zu nennende Forschungen waren eigentlich nur möglich, wenn die Grenzen stalinistischer Dogmatisierungen zumindest in Frage gestellt wurden oder sogar überwunden werden konnten. Alle Innovationsversuche marxistischer Faschismusforschungen unterliegen daher nicht erst in unseren Tagen einem Bewertungskriterium, das ihr kritisches Verhältnis zu den politischen Rahmenbedingungen einer grundsätzlich innovationsunwilligen Theorie mit der Bezeichnung „Marxismus-Leninismus“ fordert.
- Zu den Punkten, die hier besonders kritisch zu benennen sind, gehört nicht zuletzt die fast als paradox zu wertende Tatsache, daß es in den sozialistischen Ländern nicht gelungen ist, eine eigenständige und die konkreten Forschungsergebnisse zusammenführende Faschismustheorie zu erarbeiten. In gesellschaftswissenschaftlichen Forschungsplänen tauchte dies auch niemals ab Aufgabenstellung auf, vereinzelte Bemühungen blieben im Ansatz stecken.

Die Unfähigkeit marxistischer Faschismusforschungen zur Einlösung ihrer Ansprüche resultiert jedoch keineswegs allein aus den politischen Rahmenbedingungen. Sie beruht auch auf strukturell-genetischen Schwächen des Marxschen Denkgebäudes und erst recht des auf seinen Fundamenten geschaffenen Marxismus, der nicht mehr allein Weltanschauung und wissenschaftsbefördernde Methode, sondern zugleich bzw. sogar hauptsächlich Ideologie sein sollte. Jede Theorie verliert jedoch an Wert und Nutzen, wenn aus ihr selbst möglich wird, sie oder sogar nur Teile ihrer Elemente absolut zu setzen.

* * *

Für die weder heute noch in der Zukunft abzuschließende Beschäftigung der Geschichtswissenschaft mit dem Faschismus streben die Autoren des geplanten Bandes auf beschränktem Raum und unter striktem Verzicht auf bibliographische Vollständigkeit neue Möglichkeiten für die weitere historiographisch-bilanzierende Erhellung politik- und wissenschaftsgeschichtlicher Zusammenhänge an. Die Einblicke in die Geschichte der Faschismusforschungen einzelner Länder vermitteln sicher unterschiedliche Eindrücke, in denen sich Leistung und Grenzen, dogmatische Enge und thematische Vielfalt, theoretische Substanzlosigkeit und Erkenntnisgewinn spiegeln. Ein äußerst widersprüchliches Bild wird sich daraus ergeben, doch gerade dies rechtfertigt wohl die Hoffnung von Herausgeber und Autoren, daß dadurch weitere wissenschaftliche Beschäftigung und objektive Auseinandersetzung mit allen schlimmen Schatten der Vergangenheit angeregt werden können.

Historische Orientierung und Geschichtskultur im Einigungsprozeß. Herausgeber: Jörg Calließ. Loccumer Protokolle 8/91. Dokumentation einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 5. bis 7. April 1991, Regburg-Loccum 1991, S. 116-121.

Rezension

Ralf Georg Reuth, *Goebbels*. München, Zürich: Piper 1990. 760 S., 33 Abb. auf Taf. 8° DM 68,00.

Offensichtlich gehören die Demagogie und die Empfänglichkeit für sie zu allen Zeiten und in allen politischen Systemen in das Arsenal der Machtmittel von Herrschenden bzw. zu jenen Voraussetzungen, die von den Beherrschten dafür geboten werden. Daher ist es wohl kaum verwunderlich zu nennen, daß ein Mann wie Joseph Goebbels – ein wahrer Meister der Demagogie und der Volksbeeinflussung – immer und immer wieder zum Gegenstand der historisch-politischen Forschung erwählt worden ist. Nach den Büchern von Werner Stephan (1949), Curt Riess (1950, Neuauflage 1989), Heinrich Fraenkel/Roger Manvell (1960), Helmut Heiber (1962), Friedrich Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe (1963), Viktor Reimann (1971) und Wilfred von Oven (1987) liegt nun eine weitere und zugleich wohl die bisher umfassendste Biographie über Goebbels vor, der neben Hitler zu den bekanntesten und berüchtigsten Repräsentanten der NSDAP und des Dritten Reiches gehörte, der „jedes Unrecht zu tun bereit war“ und dessen „fanatischer Wille auf nichts anderem als auf grenzenloser Menschenverachtung und Haß basierte ...“ (S. 197).

An der Berechtigung des vorliegenden Buches von Ralf Georg *Reuth* ist allerdings nicht zu zweifeln. Seit einigen Jahren steht der Forschung neues und umfangreiches Quellenmaterial zur Verfügung, darunter die erst 1987 von Elke Fröhlich veröffentlichten Tagebücher von 1924 bis 1941¹ sowie die bisher unzugänglichen, aber sehr umstrittenen Teile der Tagebuchnotizen bis 1945.² R. konnte darüber hinaus auch den gesamten Goebbels-Nachlaß aus den Jahren 1914-1925 benutzen. Dieser befindet sich in Besitz des Schweizer Rechtsanwaltes François Genoud, einem offenen Anhänger des Naziführers und etwas dubiosen Geschäftemacher. Leider hat R. nicht dargelegt, welche Bedingungen er erfüllen mußte, um diese Unterlagen einsehen und verwenden zu können.³ Im übrigen könnte heute bereits eine Fortsetzung des von Koch herausgegebenen Bandes über den Umgang mit den nachgelesenen Goebbels-Papieren aller Art geschrieben werden. Es hätte auch ein trübes Kapitel zu enthalten, das die „Verwaltung“ der Tagebücher aus den Jahren 1944/45 in der Hand des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR darstellen müßte.

Zwei alte und bekannte Grundprobleme sind es, die sich wie ein roter Faden durch die neueste Bibliographie hindurch ziehen. R. sucht zum einen wie Heiber den Schlüssel zum Verständnis Goebbels, in dessen frühen Jahren, die ganz im Schatten des körperlichen Makels und der daraus abzuleitenden quälenden Minderwertigkeitsgefühle gestanden hätten. Zum anderen befaßt er sich mit der bedingungslosen, gläubigen und immer wieder euphorisch bekundeten Unterwürfigkeit des NS-Propagandachefs gegenüber Hitler. „Wer war nun Joseph Goebbels wirklich?“ (S. 7) Diese Frage beantwortet der Verf. mit seiner „vorwiegend an den Quellen orientierte[n] Chronik über das Leben von Joseph Goebbels“ (S. 9) allerdings auch nicht. Nach wie vor kann man mit Rolf Hochhuth in Goebbels den „mitreißenden, weil mitgerissenen Gläubiger“ sehen oder mit Joachim C. Fest vom „Machiavellisten der letzten Konsequenz“ sprechen. Nach wie vor bleibt manches im dunkeln und ist eine Deutung in beide Richtungen möglich.

Der Verf. sieht im Leben von Goebbels vor allem einen ständig vollzogenen gewaltigen Selbstbetrug, der entscheidend zunächst zur deutschen, dann zur europäischen und zur Weltkatastrophe beigetragen habe, und zwar dadurch, daß er es vor allem gewesen sei, der den Mythos vom „Führer“ herbeigeredet und stets befördert habe:

„Ohne jemals eine Entscheidung in Politik und Kriegsführung beeinflußt zu haben, war es Goebbels, der die Voraussetzung für Hitlers schrankenlose Eroberungskriege, für die Umsetzung der Visionen vom ‚Großgermanischen Reich‘ mit

¹ Vgl. meine Rezension in DLZ 110, 1989, H. 5/6, Sp. 434-437.

² Siehe: Die Tagebücher des Doktor Joseph Goebbels. Geschichte und Vermarktung. hrsg. von Peter-Ferdinand Koch, Hamburg. München 1988; Ralf Georg Reuth: Zeitgeschichte als Zankapfel. An der Freien Universität Berlin soll eine Parallel-Edition der Goebbels-Tagebücher entstehen, in: Frankfurter Allgemeine, 03.11.1989; ders.: Die Totgeburt des Stasi. Zur Problematik der Goebbels-Tagebücher, in: Frankfurter Allgemeine, 15.12.1989.

³ Aus jüngster Zeit stammt die Mitteilung, daß R. dem Stadtarchiv Mönchengladbach ca. 5000 Dokumente aus der Jugendzeit von Goebbels übergeben habe, die jetzt allen Forschern zur Verfügung stünden (Frankfurter Allgemeine, 20.11.1990).

dem Lebens- und Ergänzungsraum im Osten schuf [...] Dieser ‚Erfolg‘ Goebbels‘ wurde abgesehen von den Zufällen und Unwägbarkeiten der Zeit auch deshalb möglich, weil derjenige, der Hitler als ‚Werkzeug der Vorsehung‘ pries, niemals aufhörte, selbst an ihn zu glauben. Je tiefer das Reich in die Krise trieb, desto mehr stahl sich Goebbels in den Irrationalismus seines Glaubens davon und desto exzessiver zelebrierte er ihn“. (S. 612)

Der Band ist ausschließlich chronologisch aufgebaut. In 15 Kapiteln gliedert R. den Lebensweg Goebbels von 1897 bis 1945. Jedem Kapitel ist ein markanter Satz des sprachgewaltigen Propagandisten zugeordnet; dem letzten ein Abschiedswort von Magda Goebbels an ihren Sohn Harald: „Die Welt, die nach dem Führer und dem Nationalsozialismus kommt, ist nicht wert, darin zu leben ...“ (S. 604), mit dem sie auch den Mord an ihren Kindern begründete. Solche Einblicke in die Denk- und Verhaltensstrukturen überzeugter gläubiger Nationalsozialisten bietet das Buch in Hülle und Fülle. Hierin besteht auch sein eigentlicher Wert. Psychogramme dieser oder jener Art erhellen den Alltag der führenden NS-Kreise, in ihrer Machtbesessenheit gleichermaßen wie in ihrer Skrupellosigkeit und in ihrer persönlichen Habgier. Da sich Goebbels in seinen Tagebüchern zu allem und jedem geäußert hat, entsteht ein lebendiges und zugleich makabres Bild vom inneren Zustand der ‚Eliten‘ des Dritten Reiches. Darüber hinaus vermag R. eine Reihe von bisher offenen Problemen punktuell zu klären bzw. bisherige Sichtweisen zu korrigieren. Das gilt weniger für den offensichtlich doch unergiebigem Nachlaß von Horst Wessel, dessen Entdeckung durch R. in der Presse besonders hervorgehoben worden ist,⁴ vor allem jedoch für den überzeugenden Nachweis eines originären Judenhasses bei Goebbels. Dieser war häufig radikaler als der Hitlers, triebkraftwirksam und keineswegs nur ein zynisches Lippenbekenntnis oder allein von „überwiegend opportunistischen oder machttaktischen Erwägungen“ bestimmt.⁵ Eine kausale Erklärung bietet R. mit der Formulierung an, Goebbels habe in kritischen Situationen, gleich ob politischer oder persönlicher Art, und dann, „wenn sich ihm der Blick auf die moralischen und ethischen Werte auftat“, eine entschlossene „Flucht“ in seinen schrankenlosen Antisemitismus (S. 383) gesucht.

Angesicht zahlreicher aktueller Debatten stellt sich dem Rez. die Frage, ob und inwieweit der vorliegende Band als Beitrag zu der von Martin Broszat geforderten „Historisierung der wissenschaftlichen Forschungen über den Nationalsozialismus“⁶ betrachtet werden kann. Manches spricht dafür; so der erzählende und beinahe detailverliebte Stil, die erhellende Verwendung unendlich vieler Zitate – die Goebbels auch als einen Meister in der ungehemmten Verwendung von Fäkalsprache zeigen⁷ – sowie die sparsame Hinführung des Lesers zu Verallgemeinerungen und eigenständigen Schlußfolgerungen. Anderes spricht dagegen. Mitunter überwiegt der Eindruck, R. habe ein Itinerar aller Stationen des Goebbelsschen Lebensweges bzw. seiner Reden und Auftritte sowie seiner Begegnungen mit Hitler verfaßt. Der Verf. unterscheidet häufig nicht, ob es sich um wesentliche Ereignisse oder unwesentliche Geschehnisse gehandelt hat. Dies ergibt sich auch aus der Art und Weise, wie die Biographie in die Geschichte, in deren Strukturen, Entwicklungsprozesse und Hintergründe eingeordnet wird. Lediglich ein paar belanglose Nebensätze gelten solchen großen historischen Ereignissen wie der Hyperinflation von 1923, der Weltwirtschaftskrise oder der Tatsache, daß die Weimarer Justiz auf ihrem rechten Auge blind war. Die anderen Parteien erscheinen in der Regel nur in der Optik der Nationalsozialisten. Die traditionellen Eliten der deutschen Gesellschaft kommen kaum vor.

Alles in allem: Ein lesenswerter Band, dessen Materialfülle und geschickter Stil beeindrucken, der jedoch noch nicht das letzte Wort der Geschichtswissenschaft darstellen sollte.

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Hrsg. im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 112, Heft 7/8 – Juli/August 1991, Spalte 473-475.

⁴ Enrico Syring: NS-Forschungen. Wider Legenden und Vorurteile, in: Das Parlament, 28.09/05.10.1990.

⁵ So Joachim C. Fest: Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft, München 1969, S. 113 f.

⁶ Siehe: Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von Martin Broszat, hrsg. von Hermann Graml und Klaus-Dieter Henke, München 1987, S. 159 ff. (vgl. DLZ 110, 1989, H. 1, Sp. 70-74).

⁷ Darauf geht R. leider nicht ein. Auch die treffende Aussage von Karl Kraus scheint ihm entgangen zu sein: „Goebbels ist ein Kenner aller einschlägigen Terminologie, deren Verwendung dem Asphaltschrifttum nicht mehr möglich ist.“ (Karl Kraus: Die dritte Walpurgisnacht, München 1952, S. 41.)

Rezension

Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus. Hrsg. v. Uwe Backes, Eckhard Jesse, Rainer Zitelmann. Frankfurt/M., Berlin: Propyläen 1990. 655 S. 8° DM 48,00.

In der historisch-politischen Publizistik zur Geschichte des Nationalsozialismus sowie zu dessen Gegenwärtigkeit hat kaum ein Beitrag so anregend, widerspruchsfördernd und weiterführend gewirkt wie der von Martin Broszat, der 1985 unter dem Titel „Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus“ erschien.¹ Mit sicherem Gespür für die mit dem wachsenden zeitlichen Abstand sich verstärkende Notwendigkeit, ein „historisch gerechtes, weder von Apologie noch von Anklage gefärbtes Bild von der Wirklichkeit des Dritten Reiches“² zu schaffen, sprach sich Broszat für ein höheres Maß an Wissenschaftlichkeit und Komplexität in den Forschungen zum Nationalsozialismus aus. Auf die Ambivalenz des sicher etwas unglücklich gewählten und interpretationsheischenden Begriffs „Historisierung“ ist in der rasch ausufernden Debatte frühzeitig aufmerksam gemacht worden; im Grunde kann der lautstarke „Historikerstreit“ als Teil dieser Debatte betrachtet werden.

Der vorliegende Band, dem 1989 verstorbenen Martin Broszat gewidmet, reagiert auf eine Reihe von Tendenzen und Versuchen,³ die „Historisierung“ auf keinen Fall zu einer Relativierung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus sowie zu einer politisch-moralischen Tendenzwende im Umgang mit der Geschichte geraten zu lassen, in dreifacher Hinsicht. Dementsprechend gliedert er sich in drei Komplexe. Der erste Teil „Orientierungsversuche“ gilt theoretisch-historiographischen Aspekten des Historisierungsthemas, der zweite enthält ein Dutzend interessanter Fallstudien zu strittigen Ereignissen und Erscheinungen in der Geschichte des Nationalsozialismus, der dritte verfolgt die bisherige Geschichte der „Vergangenheitsbewältigung“. Insgesamt äußern sich 23 Autoren in 25 Beiträgen.

Den Herausgebern und Autoren geht es nach eigener Bekundung „vor allem um die Eliminierung wissenschaftsfremder Einflüsse“ (S. 11). Sie wenden sich strikt gegen „eine legitimatorische, identitätsstiftende, demonstrative, volks- oder moralpädagogische Intention“, die sie in der allgemeinen Behandlung der nationalsozialistischen Vergangenheit ausmachen zu können meinen. „Dogmatische Vorgaben, inquisitorische Praktiken, konformistischer Meinungsdruck“ würden den Fortschritt wissenschaftlicher Erkenntnis blockieren und „leisetreterisches Verhalten“ fördern (S. 12). Ständig wiederholen sie ihre Vorwürfe gegen eine „von moralisierenden Gesinnungsstatements und manichäischen Schwarz-Weiß-Bildern bestimmte Geschichtsbetrachtung“ (S. 27). In den einleitenden Beiträgen der Hrsg. sowie von Helmut Fleischer, die ein Rezensent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ als unverdaulichen „geisteswissenschaftlichen Griesbreiwall“ charakterisierte,⁴ wird mit solchen Verdikten gegen eine von Antifaschismus aller getragene Geschichtsposition der tatsächlich vorhandene, aber auch manch ein vermeintlicher Historisierungserläutert.

Die Spannweite der im vorliegenden Band kritisierten „Volkspädagogik und Frageverbote“ (S. 37), Tabus und subjektiven Verzerrungen bisheriger Geschichtsschreibung erweist sich in den konkreten Fallstudien, die im Mittelpunkt des Bandes stehen und dessen Wert bestimmen, als außerordentlich groß. Uneingeschränkte Anerkennung und Beachtung finden die Beiträge, die anhand neuer Quellen oder mit Hilfe neuer quellenkritischer Methoden unser Wissen um die Geschichte des Nationalsozialismus konkretisieren und bereichern. Dabei werden Fehler aufgedeckt, Einschätzungen korrigiert und neue Thesen postuliert oder sachlich fundierte Auseinandersetzungen auch mit Auffas-

¹ In: Merkur, H. 5, 1985, S. 373-385. Der Beitrag erschien erneut in: Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von Martin Broszat. Hrsg. von Hermann Graml und Klaus-Dieter Henke, München 1986. S. 159-173 (vgl. dazu meine Rez. in DLZ 110, 1989, H. 1, Sp. 70-74).

² Ebenda, S. 16.

³ Siehe z. B. Dan Diner (Hrsg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt/M. 1987. In vieler Hinsicht dürfte dieser Band den gedanklichen Kontrapunkt zu den Positionen von U. Backes usw. enthalten.

⁴ Volker Zastrow: Gegen Legenden und Tabus. Beiträge zur Historisierung des Nationalsozialismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 23.11.1990.

sungen rechtsextremer Herkunft geführt. Als Beispiel sei hier der Beitrag von Fritz Tobias herausgegriffen, der den häufig zitierten Ludendorff-Brief vom 30. Januar 1933 und dessen prophetische Aussage, Hitler werde Deutschland in den Abgrund stürzen und ein unfäßbares Elend bringen, beweiskräftig als ein Phantasieprodukt, einen „simplen Erinnerungsfehler“ (S. 334) und als „gedankliche Fehlleistung“ (S. 339) von Hans Frank aus den Jahren 1945/46 darstellt.

Ähnlich sind die Beiträge von Gunther Mai: „Arbeiterschaft zwischen Sozialismus, Nationalismus und Nationalsozialismus. Wider gängige Stereotype“, Albrecht Ritschl: „Zum Verhältnis von Macht und Staat in Hitlers Weltbild. Überlegungen zu einer Forschungskontroverse“, Jürgen W. Falter: „Mythen über die Wähler der NSDAP“, Franz W. Seidler: „Lebensborn e. V. der SS. Vom Gerücht zur Legende“, Hans-Heinrich Wilhelm: „Offene Fragen der Holocaust-Forschung. Das Beispiel des Baltikums“, Margers Vestermanis: „Der lettische Anteil an der ‚Endlösung‘. Versuch einer Antwort“ und von Werner Wegner: „Keine Massenvergasungen in Auschwitz. Zur Kritik des Leuchter-Gutachtens“ angelegt.

Die ambivalent-problematischen Möglichkeiten, über einen tatsächlichen (und im Gang der Wissenschaft auch fast normal zu nennenden) Historisierungsbedarf hinauszugehen, d. h. einer tatsächlichen Relativierung der historischen Rolle des Nationalsozialismus bewußt oder unbewußt Vor Schub zu leisten, lassen sich an anderen Beiträgen erkennen. So kann einerseits den Überlegungen von Bernd-Jürgen Wendt: „Durch das ‚strategische Fenster‘ in den Zweiten Weltkrieg. Die Motive Hitlers“ zugestimmt werden, seinen Vorschlägen zur Nichtverwendung des Begriffs „Entfesselung“ des Krieges dagegen wohl kaum. Seine richtigen Aussagen über den „improvisatorische[n] und spielerhafte[n] Vabanquecharakter der nationalsozialistischen Aggressionspolitik und Kriegsvorbereitung“ (S. 361) und über die Eigendynamik des internationalen Rüstungswettlaufes haben mit der den Beitrag eröffnenden Polemik gegen den Begriff der „Entfesselung des Zweiten Weltkrieges“ kaum etwas gemeinsam. Bezeichnenderweise unternimmt der Verf. keinen Versuch, einen anderen Begriff zu konstituieren, würde dies doch alternativ an Thesen vom „aufgezwungenen“ Krieg oder von einem „Krieg wider Willen“ heranzuführen. Daß Hitler sich „bis Ende August noch alle Optionen offen [hielt], auch die des Rückzuges in letzter Minute, sofern es doch noch zu einer britisch-französisch-sowjetischen Militärallianz gekommen wäre ...“, ändert nichts am vielfach belegten Willen zum Krieg und auch zu seiner Entfesselung. Der vom Verf. geforderte und völlig gerechtfertigt zu fordernde „Blick für die europäischen und die weltgeschichtlichen Dimensionen des Kriegsbegins 1939 (S. 345) hebt die kriegsuchenden und kriegsauslösenden Grundelemente der nationalsozialistischen Politik in keiner Weise auf. Sollten eventuell andere als wissenschaftliche Motive die aus der Sicht des Rez. unhaltbare Polemik gegen den Begriff „Entfesselung“ bestimmen? Geht es vielleicht nur um einen anderen Inhalt der so stark gebeutelten „volkspädagogischen“ Normen? Solche Fragen tauchen auch deshalb auf, weil die Hrsg. ausgerechnet den Entfesselungsbegriff zum hauptsächlichen Kriterium einer „überzeugenden“ Historisierung des Nationalsozialismus erheben (S. 45).

Ein umfangreicher Sammelband kann sicher von vornherein nicht alle Ansprüche einlösen, die von den Hrsg. erhoben werden. Die Qualität der einzelnen Beiträge wird wohl immer sehr unterschiedlich sein. Das gilt auch für die Beiträge, die unter dem Stichwort „Vergangenheitsbewältigung“ zusammengeführt worden sind.

So stehen sich hier die anregenden Beiträge von Andreas Maislinger: „‚Vergangenheitsbewältigung‘ in der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Österreich. Psychologisch-pädagogische Maßnahmen im Vergleich“⁵ und Michael Wolffsohn: „Das Bild als Gefahren- und Informationsquelle. Von der ‚Judensau‘ über den ‚Nathan‘ zum ‚Stürmer‘ und zu Nachman“ sowie die von Uwe Backes: „Objektivitätsstreben und Volkspädagogik in der NS-Forschung. Das Beispiel der Reichstagsbrand-Kontroverse“ und Wolfgang Kowalsky: „Die Vergangenheit als Crux der Linken. Zur Auseinandersetzung um ‚antifaschistische‘ Strategien und die ‚nationale Frage‘“ gegenüber.

Dennoch kann und soll dem gesamten Band ein hohes Maß an nützlichen, anregenden, hilfreichen und die Geschichtswissenschaft befördernden Gedanken bescheinigt werden. Gerade weil er in ei-

⁵ Die angekündigte und mit Spannung zu erwartende Habilitationsschrift von M. soll in den Vergleich auch die UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Niederlande und Israel einbeziehen. Ob sich die vom Verf. bisher gesetzten Bewertungskriterien für einen Vergleich von „Vergangenheitsbewältigung“ (Verbrechen, Beendigung der Verbrechen, Demokratisierung) als ausreichend erweisen können, wird erst noch zu zeigen sein.

nigen Aussagen zum Widerspruch reizt, ja sogar provoziert, ist den Hrsgn. Dank und Beifall zu zollen. Ebenso verdienen die historiographische Aufarbeitung zahlreicher Kontroversen zur Geschichte des Nationalsozialismus wie auch die Bestimmung eigener Positionen in den noch laufenden Auseinandersetzungen Anerkennung.

Das gilt u. a. für den Beitrag von Enrico Syring: „Intentionalisten und Strukturalisten. Von einem noch immer ausstehenden Dialog“, für die Argumentation von Rainer Zitelmann: „Nationalsozialismus und Antikommunismus. Aus Anlaß der Thesen von Ernst Nolte“, ebenso für den von Ernst Nolte selbst beigesteuerten Beitrag „Abschließende Reflexionen über den sogenannten Historikerstreit“ sowie für die wahrhaft weltgeschichtlich angelegte und impulsbietende Abhandlung von Imanuel Geiss: „Massaker in der Weltgeschichte. Ein Versuch über die Grenzen der Menschlichkeit“.

Eine Frage stellt sich allerdings, die den Hrsgn. keiner Beachtung wert zu sein schien. Sie fordern – mit Recht, wie der Rez. noch einmal betonen möchte, um allen Fehldeutungen seiner Auffassungen begegnen zu können – eine „Historisierung des Nationalsozialismus“. Gemeint ist eigentlich eine „Historisierung“ der geschichtswissenschaftlichen Forschungen und Darstellungen zu diesem Thema, dessen besonderer Platz in den politischen und geistigen Auseinandersetzungen der Gegenwart unbestreitbar sein dürfte. Es müßten also auch geschichtswissenschaftliche Methoden und Instrumentarien gemeint sein, die über das normale Maß an Objektivität und „subjektiver Distanz“ des Historikers zum Gegenstand seiner Untersuchungen hinausreichen. Eine Forderung an jeden Historiker besagt, daß er die Komplexität des historischen Geschehens zu erfassen trachten muß. Ist es aber wirklich komplex, d. h. gesamtgesellschaftlich in Zeit und Raum gedacht, wenn die Forderung nach einer „Historisierung“ so prononciert auf den Nationalsozialismus beschränkt wird? Auch die Geschichte des Antifaschismus muß künftig „historisiert“ werden. Dieser kann nicht allein und lediglich als Nährboden, Ausgangspunkt und Triebkraft der kritisierten Tabus, Legenden und Fehlurteile aufscheinen. Vielleicht wäre der Geschichtswissenschaft schon gedient, wenn sich ein Kreis von Historikern fände, um parallel zur „Historisierung des Nationalsozialismus“ nun auch eine „Historisierung des Antifaschismus“ zu betreiben. Die konkrete historische Situation, die Gesamtheit der Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, die aufklärerische Funktion sowie das „strategische Fenster“ (um in der Bildsprache von B.-J. Wendt zu bleiben) des Antifaschismus dürfen nicht unbeachtet bleiben, auch dann nicht, wenn berechtigt gegen deren überhöhte, verabsolutierte und simplifizierte Erscheinungen zu Felde gezogen wird. Sonst würden Schatten der Zwiespältigkeit und des Mißtrauens auf die Bemühungen derer fallen, die auch die Schatten der nationalsozialistischen Vergangenheit bewältigen und sie nicht erneut heraufbeschwören wollen.⁶

Möglicherweise liest ein Rezensent, der in der DDR geforscht und gelehrt hat, den vorliegenden Band mit anderen Augen als ein Leser, für den der Antifaschismus in allen seinen Ansprüchen und in seinem Versagen nicht so hautnah erlebbar war. Aus dieser Perspektive ist daher ein Satz der Hrsg. zu unterstreichen, der auf eine besondere Aktualität des Themas zielt: „Auch die künftige Geschichtsschreibung über die DDR wird vielleicht vor ähnlichen Fragen stehen, wie gegenwärtig die NS-Historiographie, obgleich die Ausgangspunkte verschieden sind.“ (S. 49)

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Hrsg. im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 112, Heft 10/11 – Oktober/November 1991, Spalte 651-654.

⁶ An zahlreichen Stellen beteuern alle Autoren, daß sie keinesfalls den Nationalsozialismus verharmlosen, relativieren oder rechtfertigen wollen. Wenn dies mehr als nur ein verbaler Ausdruck ihrer Anerkennung antifaschistisch-„volkspädagogischer“ Realitäten im Denken der deutschen Bevölkerung sein soll, bedarf es gerade einer komplexen geschichtswissenschaftlichen Sicht, die in jeder Hinsicht und jeder geschichtlichen Erscheinung gegenüber frei von Anklage und Apologie ist.

Rezension

Peter Reichel, *Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus*. München, Wien: Hanser 1991. 452 S., 50 Abb. auf Taf. 8, DM 68.00.

Georg Lukács erwähnt in seinem Werk „Geschichte und Klassenbewußtsein“ (1923) ein Gleichnis, das von Brahmanen handelt. Diese, so heißt es, hätten über Jahrhunderte hinweg geglaubt, die Erde würde von einem großen Elefanten getragen. Unruhe unter den Brahmanen sei nur einmal eingetreten, als jemand gefragt habe, worauf denn der Elefant stünde. Sie gingen jedoch beruhigt wieder an ihre Arbeit, als die Antwort des Oberbrahmanen auf eine Riesenschildkröte verwies. Hier führte also – wie sich leicht schlußfolgern läßt – eine nachdenkliche, das geläufige Denksystem antastende Frage lediglich zur neuerlichen Bestätigung bekannter Aussagen und nicht zu einer Erneuerung des Denkens.

Der Verfasser des vorliegenden informativen und außerordentlich anregenden Buches erwähnt dieses Gleichnis nicht. Dennoch kann sein Werk durchgehend als Versuch eines Beitrages zur Erschütterung solcher Brahmanenhaltung in der bisherigen Faschismusforschung gelten: eine neue und paradigmatischen Charakter beanspruchende Antwort vermag es noch nicht zu bieten. Es will lediglich „die geschönte Wirklichkeit des nationalsozialistischen Regimes“ darstellen und das behandeln, was damals auf große Teile der Bevölkerung „eine anziehende, wenn nicht faszinierende Wirkung ausgeübt hatte: die Mythisierungen, Dekorationen und Inszenierungen des Regimes in einer Vielzahl kultureller und politischer Veranstaltungen“ (S. 7). Das widersprüchliche Doppelgesicht des Faschismus wird mit Wolfgang F. Haug im „Hinüberschillern der äußeren in die inneren Zwangsmittel“ gesehen. Die vielgestaltigen Mechanismen von Täuschung der Massen und weniger die, die deren Selbsttäuschung bewirkten bzw. ermöglichten, bilden den Gegenstand der Analyse.

Die ersten einleitenden Kapitel beschreiben historiographische, wissenschaftsgeschichtliche und politische Sachverhalte. Auf die eigene Zielstellung bezogen wird etwas apodiktisch konstatiert, daß im Laufe der Jahre zwar „die bloß moralische Verurteilung des zutiefst verbrecherischen Nazi-regimes zugunsten einer differenzierten Analyse der Bedingungen seiner Entstehung und Wirksamkeit zurückgedrängt worden sei, daß aber dennoch „Werturteile und politisch motivierte Erkenntnisinteressen den wissenschaftlichen Diskurs in hohem Maße beeinflusst und zu einer Blickverengung beigetragen“ hätte (S. 13). Wie die Faschismusforschung im allgemeinen, so seien auch die ästhetischen Dimensionen des Faschismus durch „subjektive Wertungen und Vorurteile, Verdrängung und Legendenbildung“ verzerrt und daher kaum richtig erfaßt worden.

Große Aufmerksamkeit widmet Peter Reichel bei der Darlegung seiner theoretischen und methodologischen Ausgangspositionen jenen marxistischen Intellektuellen aus dem Umkreis des Horkheimerschen Instituts für Sozialforschung, die frühzeitig auf den Funktionszusammenhang von Ästhetik und Politik aufmerksam gemacht haben. Bei Walter Benjamin, Ernst Bloch, Bertolt Brecht und Siegfried Kracauer findet er ideengeschichtliche Wurzeln seiner Auffassung, die in der Tat bereits erstaunlich klar und treffend formuliert sind. Deren programmatische Perspektive sei nach 1945 weder von der Politologie noch von der Zeitgeschichtsforschung aufgenommen worden. Dies dürfte allerdings nach Auffassung des Rez. ganz offensichtlich weniger ideengeschichtliche als vielmehr politische Ursachen gehabt haben. Nebenbei: Daß es nach 1945 auch so etwas wie die Faszination durch die Überwindung von Krieg und Faschismus gegeben hat, spielt in den Überlegungen von R. leider keine Rolle. Der Rez. wäre jedoch sehr froh, wenn sich endlich unter den Zeithistorikern die wohl kaum zu bezweifelnde Erkenntnis durchsetzen würde, daß zu der angestrebten „Historisierung“ des Nationalsozialismus notwendigerweise auch eine differenzierende und komplexe Betrachtungsweise der Geschichte des Antifaschismus gehört.

Mit großer Sachkenntnis behandelt R. in den folgenden Teilen seines Buches die Kulturpolitik und deren Platz im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, die Selbstinszenierung der Reichsparteitage und die Entfaltung des Führer-Mythos, die Propaganda und die Unterhaltung als wirkungsvolle Bestandteile einer multimedialen Massenmobilisierung, die politische Magie und die Ästhetik der militärischen Macht und der „politischen Soldaten“ der SS sowie die von den Nationalsozialisten

angestrebte bzw. erreichte Faszination in den Arbeitsprozessen, in der Freizeit, im Bauwesen und in der Wohnkultur. Ein letztes Kapitel befaßt sich mit der künstlerischen Erbauung und der Repräsentation des Regimes in der Dichtung, im Theater, in der Musik und in der bildenden Kunst. Ein gediegenes Schlußwort faßt auf 9 S. den Ertrag thesenartig zusammen. Knapp 50 kommentierte Abbildungen unterstützen optisch den Aussagewert des Bandes.

Aus allem geht der außerordentlich große organisatorische, finanzielle und personelle Aufwand hervor, den das nationalsozialistische Regime zu seiner Ästhetisierung betrieb. Förderung und Lenkung, Unterstützung und Kontrolle der kulturellen Lebensprozesse gingen ineinander über. Kein anderes Herrschaftssystem dürfte sich im 20. Jh. tatsächlich in so hohem Maße über seine Kunst und Massenkultur selbst zu definieren und sogar zu legitimieren versucht haben. Dem Verf. ist vor allem zuzustimmen, wenn er schreibt: „Die Ästhetisierung erschien für die Bearbeitung der nationalen und sozialen Frage deshalb so unentbehrlich, weil die Realisierung dieser [nationalsozialistischen] Ziele entweder nur mit repressiven Mitteln möglich oder überhaupt illusorisch war. Diese Strategie diene nicht der Veränderung der Wirklichkeit, sondern nur der Veränderung ihrer Wahrnehmung oder der Täuschung über die wahren Absichten des Regimes. Dafür nutzten die Nazis vielfältige Instrumente und Techniken, die sie überwiegend im Fundus der Selbstdarstellung bürgerlicher und proletarischer Akteure vorfanden, die sie perfektionierten und zugleich pervertierten und die im übrigen mit dem Dritten Reich nicht einfach untergegangen sind.“ (S. 373)

Bestreiten wird man dagegen können, ob die Annahme von R. zutrifft, es habe (lediglich?) vier Konzepte zur operativen Umsetzung der nationalsozialistischen Ästhetisierungs-Strategie (paßt ein solcher auf Planmäßigkeit und Zielklarheit reflektierender Begriff?) gegeben: das Konzept einer Personifizierung der Politik, das der Mythisierung der Politik, das einer Inszenierung, Dekoration und Ritualisierung von Politik sowie das einer Typisierung des Individuums (S. 373 f.). Nicht allein auf diesem Wege sind „Scheinwelten über zahlreichen Feldern des politisch-gesellschaftlichen Lebens errichtet“ (S. 375) worden. Der deutsche Faschismus war in besonderem Maße auch auf seinen Terror angewiesen, zu dem der Verf. so gut wie keine Aussagen trifft.

R. verklammert – gerade das macht insgesamt das Lesenswerte des Buches aus – Widersprüchliches miteinander. Er verfolgt sowohl die gesellschaftliche Totalität von kulturellen Prozessen als auch den instrumentellen Charakter der nationalsozialistischen Kulturpolitik. Er nimmt sowohl das Spezifische der NS-Kultur in den Blick, ihre relative oder reaktionäre Modernität, als auch die historische Kontinuität der Moderne (was immer das auch heißen, geschweige denn bedeuten mag!), in die der Nationalsozialismus eingeordnet erscheint bzw. von der Forschung noch einzuordnen ist.

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Hrsg. im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 113, Heft 1/2 – Januar/Februar 1992, Spalte 100-102.

Wahrheit und Irrtum in den Faschismusforschungen der DDR¹

Historiographische und andere Reminiszenzen

Der Umgang mit der faschistischen Vergangenheit, mit der Erinnerung an die nationalsozialistische Diktatur, an den Zweiten Weltkrieg sowie an den antifaschistischen Widerstandskampf und seine Opfer, gehört offensichtlich zu den wichtigsten, möglicherweise sogar zu den aufschlußreichsten Kapiteln in der Geschichte der DDR und ihres Scheiterns. Umfassende „Aufarbeitung“ ist auf diesem Gebiet wie auf vielen anderen dringend erforderlich; der Verfasser des vorliegenden Beitrages hat sich dazu mehrfach bekannt.² Kritisch-gerechte Urteile und selbstkritisch-verantwortungsbewußte Reflexionen stehen noch aus. Auch die wissenschaftlichen Faschismusforschungen in der Sowjetischen Besatzungszone und in der von 1949 bis 1990 existierenden DDR sind bisher noch nicht eingehend bilanziert worden. Sie – überwiegend im Zeichen eines „konsequenten“ Antifaschismus und auf marxistischer Grundlage betrieben – befinden sich heute sozusagen in ihrer existenziellen „Bewährungsprobe“, deren Verlauf und Ergebnis mehr als nur sie selbst betreffen, da sie maßgeblich zu einer wirklichen Geschichtskultur im vereinten Deutschland führen und das internationale Ansehen der deutschen Geschichtswissenschaft wesentlich beeinflussen können.

Von einer tatsächlichen „Aufarbeitung“ der Vergangenheit³ kann leider noch nicht die Rede sein. Die Realität weist vor allem in den neuen Bundesländern trotz einer Reihe bemerkenswerter Ansätze eher Gegenteiliges, Widersprüchliches und auch Abnormes aus, im historiographischen Umfeld ebenso wie in vielen Bereichen der Gesellschaft. Mit Vehemenz wird „abgewickelt“ statt „aufgearbeitet“, wird entlassen, Vorruhestand erzwungen usw., werden ganze Gruppen von Wissenschaftlern pauschal, d. h. ohne jede rechtsstaatsgemäße Einzelfallprüfung diskriminiert,⁴ lassen politische Interessen und egoistische Machtbestrebungen neuer und alter Parteien die kritische Rückschau wiederum zu einem Vehikel politisch dominierter Entscheidungen geraten. Erneut bilden Wahrheit und Irrtum eine Einheit, werden sowohl richtige Wege als auch Irrwege beschritten, letztere vielfach kaschiert durch den verabsolutierenden Anspruch, für 40 Jahre eines Teils der deutschen Nachkriegsgeschichte einzig und allein die These von einem schrecklichen und der Terrorherrschaft des Nationalsozialismus gleichzusetzenden Irrweg konstatieren zu müssen.

Zu einer sinnvollen, gerechten und zukunftssträchtigen „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte können zahlreiche Wege beschritten werden. Einer von ihnen ist sicherlich jener, der methodisch bereits mit der Formel von der „Historisierung“ für die Geschichte des Nationalsozialismus gefunden worden ist und der trotz der Ambivalenzen seiner inhaltlichen Orientierung als außerordentlich produktiv bewertet werden kann.⁵ Es bedarf hoffentlich nicht erst neuer „1968er Ereignisse“ und ihrer Lang-

¹ Der Beitrag widerspiegelt die Grundlinie eines Vortrages, den der Verfasser auf Einladung der Ost-Akademie Lüneburg am 5.3.1991 in Gera in einem Seminar mit der Vereniging van docenten in geschiedenis en staatsinrichting in Nederland gehalten hat.

² Siehe Manfred Weißbecker: Gedanken zum Antifaschismus – Verlust in der Geschichte der DDR. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 2/1991, S. 194-201; ders.: Verantwortung und Wahrhaftigkeit von Historikern heute – Stellungnahme zu einem Interview. In: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR, H. 1/1990, S. 36-40; ders.: Stalinismus. Begriff – Geschichte – Überwindung, Bericht über ein Kolloquium vom März 1990. In: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft e. V., H. II-III/1990, S. 67-70; ders.: Vom unzureichenden Umgang mit den Schatten der Vergangenheit. In: Historische Orientierung und Geschichtskultur im Einigungsprozeß (= Loccumer Protokolle 8/91), S. 116-121.

³ Der häufig anzutreffende Begriff „Bewältigung der Vergangenheit“ wird hier vermieden, da er irreführend ist und höchstens im Sinne einer das Geschichtsbild umkehrenden, überwältigenden bzw. sogar vergewaltigenden Zielsetzung verstanden werden muß.

⁴ Die Konzentration auf die Veränderung personeller Strukturen erweist sich im Gesamtprozeß der weltweiten Veränderungen seit 1989/90 als eine deutsche Spezifik. In keinem anderen der ehemaligen sozialistischen Staaten kann von einem solchen totalen Austausch der „systemnahen“ Personen und Schichten gesprochen werden, nirgendwo hat sich das „Stasi“-Syndrom in einem solchen Ausmaß entwickelt wie in den neuen Bundesländern. Keine zeitgeschichtliche Forschung wird künftig die Frage nach den Ursachen dieser Spezifik ausklammern dürfen.

⁵ Der Begriff „Historisierung“ wurde 1985 von Martin Broszat eingeführt. Aufschlußreich über die Diskussion des Begriffs: Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus. Hrsg. von Uwe

zeitfolgen, eines mehrfachen Generationsabstandes und des Auftretens eines führenden Historikers (der in Analogie zu Martin Broszat wiederum eine Debatte auslöst), bis eine „Historisierung“ der DDR-Geschichte und ihres antifaschistischen Anspruchs möglich wird. Die Notwendigkeit, das Geschehene in seiner gesamtgesellschaftlichen Komplexität – in seinen nationalen und internationalen Zusammenhängen, in seinen Interdependenzen mit säkularen Entwicklungsprozessen, in seinen vielfältigen Alltagserscheinungen sowie in seiner subjektiven Dimension von Erfahrungen, Motiven, Hoffnungen, Ressentiments und Ängsten – zu analysieren, gilt wohl für jede geschichtswissenschaftliche Untersuchung. Ja, selbst die von Verfechtern einer relativierenden „Historisierung des Nationalsozialismus“ vorgetragene strikte Ablehnung sogenannter volkspädagogischer Intentionen und die Vorwürfe an Praktiken wie die Ausklammerung von Tabuthemen und die Dämonisierung des Untersuchungsgegenstandes lassen sich durchaus auf das Anliegen übertragen, die Geschichte des Antifaschismus und des Versuchs seiner „Bewältigung“ der Geschichte allseitig zu erforschen. Eventuell stehen neben solchen Überlegungen, die zu gewissen Parallelisierungen von Erscheinungen in den Zeiten „nach Hitler“ und „nach Honecker“ führen,⁶ auch generelle Schlußfolgerungen ins Haus. Diese könnten eine ganze Reihe politischer Strukturen, allgemeiner Denk- und Verhaltensweisen in allen größeren und kleineren „Wende“-Zeiten des in dieser Hinsicht so reichen 20. Jahrhunderts betreffen.⁷

Einem Historiker wie dem Verfasser dieses Beitrages, der sich in keiner Weise als Apostel irgendeiner linken Rechthaberei versteht und um sachlich-sachdienliche Diskussion bemüht ist, sollte es heute möglich sein, die Notwendigkeit wissenschaftlicher Objektivität gegenüber der DDR-Geschichtsschreibung anzumahnen und vor neuen parteipolitisch geprägten Vor-Urteilen zu warnen. Per Abwicklung und Ausgrenzung läßt sich keine „Aufarbeitung“ betreiben, läßt sich nicht einmal empirisch-analytisch exakt prüfen, was überhaupt die Faschismusforschungen in der DDR gewesen sind, was sie sein wollten und welche ihrer Ergebnisse die Geschichte wahrhaftig widerspiegeln oder welchen stimulierenden Wert sie behalten werden. Ebenso wenig läßt sich auf solche Weise die Frage beantworten, was Forschungen zu leisten vermochten, die sich als antifaschistisch und marxistisch verstanden, die jedoch in das politisch-ideologische System des „Marxismus-Leninismus“ eingeordnet waren, in ein System, das eigentlich Marxsches und marxistisches Denken mißbrauchte.

* * *

Die Faschismusforschungen in der DDR unterlagen in besonderem Maße den Interessen der Politik und einer wissenschaftsfremden „Parteilichkeit“. Sie hatten nicht nur politikverbunden, was für viele Bereiche wissenschaftlicher Tätigkeit normal sein dürfte, sondern regelrecht politikgebunden zu sein. Sie ließen sich instrumentalisieren, wofür vielfältige, unterschiedlichste und weit in die Geschichte zurückreichende Ursachen festzustellen sind. Im folgenden sollen einige der Wurzeln und Gründe benannt, vor allem aber zur Diskussion gestellt werden.

Bei einer Verwendung des „Historisierungs“-Ansatzes wären zunächst einmal entstehungs- und entwicklungsgeschichtliche Faktoren zu berücksichtigen. Solche Faktoren zeigen sich unter anderem in der Tatsache, daß alle geistes- und sozialwissenschaftlichen Theoretiker unsicher reagierten und im Rahmen bisheriger Denkrichtungen blieben, als nach dem Ersten Weltkrieg eine neuartige und ungewöhnliche Erscheinung auf die Bühne des politischen Lebens getreten war. Orientiert am italienischen Beispiel der „fasci di combattimento“ galt der von den Anhängern Mussolinis selbstgewählte Name rasch als zusammenfassender Begriff für die neuen Bewegungen. Diese charakterisierten sich dadurch, daß sie mit brachialer Gewalt, militärischen Mitteln und einer pseudosozialis-

Backes, Eckhard Jesse und Rainer Zitelmann, Frankfurt a. M./Berlin 1990 (siehe meine Rezension in: Deutsche Literaturzeitung, H. 10-11/1991, Sp. 651-654).

⁶ Siehe Ludwig Elm: Nach Hitler. Nach Honecker. Zum Streit der Deutschen um die eigene Vergangenheit, Berlin 1991.

⁷ Vergleiche lassen sich beispielsweise zwischen dem Anschluß des Saargebietes 1935 und der Entwicklung in den neuen Bundesländern herstellen auf der Grundlage des Buches von Klaus-Michael Mallmann und Gerhard Paul: Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich, Bonn 1991 (siehe meine Rezension, die demnächst in der Deutschen Literaturzeitung erscheint).

tischen Ideologie in die lebhaft aufgebrochenen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eingriffen, sich an aggressiv-nationalistischen Vorstellungen berauschten, expansionistischen Zielen größten Ausmaßes huldigten, rassistische Herrenmenschen-Allüren in ein barbarisches Extrem steigerten und als die von der „Vorsehung“ berufenen Retter vor einer kommunistischen Revolution verstanden werden wollten.

Der Faschismus erfuhr, sobald er in Erscheinung getreten war, eine Fülle unterschiedlichster Deutungen. Sie zeugten in der Regel eher vom geistigen und politischen Standort ihrer jeweiligen Verfechter als von einer gediegenen, wissenschaftlich exakt erarbeiteten und gesicherten Position. Eine wirkliche Forschung über den Faschismus fand, wenn überhaupt, vereinzelt unter Soziologen, Juristen und Staatswissenschaftlern statt. Die Zeitgeschichte befand sich demgegenüber stets in der Situation eines sofortigen Nachvollzuges, dessen politische und methodische Grenzen zu überwinden stets erhebliche Mühe bereitet.

Die umfangreichsten Bemühungen zur Erfassung der neuen Erscheinungen faschistischer Ideologie und Politik gab es vor allem in jenen Kreisen der Gesellschaft, die sich in besonderem Maße, ja auch existentiell, vom Faschismus bedroht sahen und ihm aktiv zu begegnen trachteten. Seit dem ersten Hervortreten des Faschismus regte sich ernsthafter Widerstand gegen ihn, sahen sich Betroffene und Gegner als Antifaschisten gefordert. Fast ohne Ausnahme erwuchs daher die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Faschismus zunächst aus unmittelbaren politischen Bedürfnissen.

Diese Politikverbundenheit der zeitgenössischen wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Faschismus erscheint in der Rückschau als unvermeidbar. Auf ihrer Grundlage entstanden Arbeiten, die als hervorragende wissenschaftliche Leistungen zu bewerten sind.⁸ Eine eigen- und selbständige Wissenschaft vom Faschismus konnte sich dagegen erst konstituieren, als in der gesellschaftlichen Realität dessen Dominanz gebrochen sowie ein ausreichender zeitlicher Abstand erreicht worden waren. Doch sollten auch nach dem 8. Mai 1945 noch Jahrzehnte vergehen, noch dazu die des fürchterlichen Kalten Krieges zwischen Ost und West, bevor sich der Faschismus aus einem Gegenstand politischer Auseinandersetzungen in ein überwiegend geschichtlich interessierendes Objekt von Forschung und Darstellung wandelte. Die einzelnen historiographischen Strömungen und Theorien⁹ folgten diesem Prozeß zu verschiedenen Zeiten und in unterschiedlichstem Maße.

Die Entwicklung jener Faschismusforschungen, die sich selbst als antifaschistisch-marxistisch verstanden oder in irgendeinem gedanklichen Konnex mit dem Denkgebäude des Marxismus verbunden waren, unterlag in diesem Prozeß der Verwissenschaftlichung des Gegenstandes spezifischen und folgenreichen Hemmnissen: Sie widerspiegeln die bitteren Konsequenzen sowohl einer besonders ausufernden als auch einer fortdauernden Politikverbundenheit. Ein Blick in die drei Sonderbände der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ von 1960, 1970 und 1980 kann die Notwendigkeit, im Sinne einer „Historisierung“ die innere Logik eines Entwicklungsprozesses zu berücksichtigen, exemplarisch belegen. Hier steht ein aussagekräftiges und in seiner Art offenherzig-offiziöses Material zur Verfügung, das konkrete und allgemeine Einblicke in die hier zu behandelnden Probleme erlaubt.

Den Herausgebern und Autoren des ersten Sonderbandes, der immerhin 33 Artikel umfaßte, war das Thema Faschismus kein eigenständiger Beitrag wert. Informiert wurde in getrennten Beiträgen von Heinz Schumann und Wilhelm Wehling über die Literatur zum antifaschistischen Widerstandskampf¹⁰ sowie von Gerhard Förster über die zum Zweiten Weltkrieg.¹¹ Im Faschismus selbst, für

⁸ Zu denken ist beispielsweise an die Arbeiten von Otto Bauer, Hermann Heller, Otto Kirchheimer, August Thalheimer, Palmiro Togliatti, Clara Zetkin u. a. m. Siehe dazu auch den von Helga Grebing und Klaus Kinner herausgegebenen Protokollband: Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung, Essen 1990.

⁹ Siehe die informative Übersicht bei Reinhard Kühnl: Faschismustheorien. Texte zur Faschismusdiskussion 2. Ein Leitfadens, Reinbek bei Hamburg 1979.

¹⁰ Heinz Schumann/Wilhelm Wehling: Literatur über Probleme der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung. In: Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte. Zum XI. Internationalen Historikerkongress, Berlin 1980.

dessen Darstellung und Deutung ausschließlich ein „Historiker“ namens Walter Ulbricht zitiert wird, sahen die Autoren kaum mehr als eine beträchtliche Erschwernis für die „Entfaltung der Volksbewegung gegen Faschismus und Krieg“.¹² Der Name Hitler taucht lediglich als Epitheton ornans auf, immer dann, wenn ganz allgemein vom Regime, von der Diktatur oder dem Terror die Rede war.

In auffälliger Weise wurden die brisanten Probleme heruntergespielt, die in der Debatte um Albert Schreiners „Disposition für das Lehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes (1918-1945)“¹³ aufgetaucht sind. Sie waren übrigens für Walter Schmidt auch nicht existent, als er 1983 über die Geschichtswissenschaft der DDR in den 50er Jahren und ihre Konstituierung als sozialistische deutsche Geschichtswissenschaft schrieb.¹⁴ Dabei lohnt es sich zu lesen, welche Position Albert Schreiner in seiner Kritik an den Kritikern vertrat. Er wehrte sich u. a. gegen die vielfach erhobenen Vorwürfe, „die Proportion zwischen der Darstellung des Faschismus und der Widerstandskräfte“ sei bei ihm zugunsten des ersteren verschoben, der Krieg sei überbetont „im Verhältnis zur Darstellung des Widerstandskampfes“.¹⁵ Fast in schwejscher Manier stimmte er den Forderungen nach einer breiteren Aufnahme von Aussagen zur Geschichte der KPD und des Widerstandes zu: „... wenn dem Lehrbuchumfang nicht Grenzen gesetzt wären“. In anderer Hinsicht äußerte er sich pointierter: „Es ist sehr wichtig für unseren heutigen Kampf, aus den Erfahrungen des Widerstandskampfes die richtigen Schlüsse zu ziehen. Deshalb müssen *alle* Widerstandskräfte gewürdigt werden, wann und wo sie während der Hitler-Zeit in Erscheinung getreten sind.“¹⁶ Alle – das hieß im Klartext, daß es nicht nur kommunistische Widerstandskämpfer gab. Offensichtlich war es ihm wichtiger, die soziale, politische und weltanschauliche Breite des Antifaschismus in einer Zeit zu fordern, in der sie bereits auch historiographischer Einschränkung und dem Entzug ihrer nationalen Dimension unterlag. Allgemeine Debatten über Proportionen einzelner und segmentierter Klassen-Geschichten innerhalb der deutschen Geschichte schienen ihm sinnlos zu sein. Was sollte es eigentlich auch bringen, festlegen zu wollen – wie noch bei der Erarbeitung des geplanten und nicht mehr fertiggestellten Bandes VII der „Deutschen Geschichte“ geschehen –, daß sich mindestens 40 Prozent des Textes mit der KPD befassen müßten?! Aber das war eben ein Ergebnis der inneren Logik eingeschlagener Schritte, die, obwohl an und für sich politischer Zielsetzung entsprungen, dennoch auch richtige Inhalte besaßen. Ich rechne dazu nicht zuletzt den weichenstellenden Beschluß des Politbüros über „Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 5. Juli 1955, der eine wesentlich zu verstärkende Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung forderte, diese jedoch bereits allein als Geschichte der KPD und der SED verstanden wissen wollte.¹⁷ Wenn ich es richtig sehe, war die Diskussion um die Lehrbuch-Disposition übrigens die erste und letzte Debatte größeren Umfangs, die um solche den Nerv berührende Probleme öffentlich geführt worden ist.

Im eigentlichen Sinne gab es in den 50er Jahren lediglich Ansätze einer Faschismusforschung, die

greß in Stockholm August 1960, Berlin 1960 (= Sonderheft der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft), S. 381-402.

¹¹ Gerhard Förster: Der Stand der Erforschung der Geschichte des zweiten Weltkrieges in der DDR. In: Ebenda, S. 403-425.

¹² Z. B. ebenda, S. 384.

¹³ Siehe Albert Schreiner: Disposition für das Hochschullehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes (1918-1945). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 5/1954, S. 701 ff.

¹⁴ Siehe Walter Schmidt: Die Geschichtswissenschaft der DDR in den fünfziger Jahren. Ihre Konstituierung als sozialistische deutsche Geschichtswissenschaft. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 6/1953.

¹⁵ Albert Schreiner: Zu einigen Fragen der neuesten deutschen Geschichte. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 3/1955, S. 421 und 427.

¹⁶ Ebenda, S. 427 und 421.

¹⁷ Siehe: Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik. In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. 5, Berlin 1956, S. 337-368.

sich auf die dokumentarische Erhellung der opferreichen Terrormaschinerie¹⁸ und der „Wegbereiter“-Problematik¹⁹ konzentrierten. Zwei Bereiche wurden durch diese Methode aus der komplexen Ursachenvielfalt herausgelöst, so daß umfassende und wirklich befriedigende Antworten auf die Frage „Warum?“ und erst recht auf die nach dem „Wie?“ nicht gegeben werden konnten. Das nationalsozialistische System der Macht blieb außerhalb des offiziellen Gesichtsfeldes, erst recht blieben es die psychologischen Fragestellungen. Bezeichnenderweise ist der bis heute einzige Versuch einer Gesamtdarstellung von Walter Bartel „Deutschland in der Zeit der faschistischen Diktatur 1933 bis 1945“ aus dem Jahre 1955 in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ nicht einmal besprochen worden. Das gilt auch für die kleinere Schrift von Dietfried Müller-Hegemann „Zur Psychologie der Faschisten“ (Rudolstadt 1955).

Eine große und folgenreiche Rolle spielten für die Einengung der Forschungsfelder die Konferenzen der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR von 1957 und 1959.²⁰ Die umfangreichen Materialien, vorwiegend von der Auseinandersetzung mit nichtsowjetischen Argumentationen getragen, enthalten nur wenige Beiträge, die sich mit dem nationalsozialistischen Herrschaftssystem befaßten. Aber selbst die Beiträge über den Reichsverteidigungsrat, die SA und die NS-Führungsoffiziere fanden keine Aufnahme in die von Walter Bartel, Leo Stern und Stefan Doernberg besorgte populärwissenschaftliche Reihe, die 1960 als Konferenzergebnis erschien und immerhin acht Hefte mit ca. 850 Druckseiten umfaßte.²¹

Inhaltlich ist für sie eine Formulierung W. T. Tomins typisch, der alle Staatsinstitutionen schlicht als „Exekutivorgane der deutschen Monopole“ bezeichnete.²² Im Sonderband von 1970 lautet die entsprechende Formulierung geringfügig verfeinert so: „Der faschistische Staatsapparat war seinem Wesen nach ein Instrument der terroristischen Innenpolitik der Monopole.“²³ Zur Rolle Hitlers wurde immer noch nichts gesagt. Unter Innenpolitik verstanden die Autoren, die ihren Beitrag zwar „Forschungen zur deutschen Geschichte 1933-1945“ betitelten, aber darunter kaum anderes als Widerstand und Krieg ins Auge faßten, lediglich Terror und Meinungsmanipulation. Hierbei handelt es sich um eine Tendenz, die auch in den an und für sich sehr verdienstvollen sechs Bänden „Deutschland im Zweiten Weltkrieg“ spürbar ist.²⁴

An die Seite der unzulänglichen und eingeengten Problemsicht traten 1970 außerdem bereits Selbstzufriedenheit und Eigenlob. Sie dienten als Mittel der Verdrängung aller Zweifel am Wahrheitspostulat der realsozialistischen Ideologie, aber auch als Mittel für eine engere, „parteilichere“ Bindung der geschichtswissenschaftlichen Faschismusforschungen an die Strukturen des Herrschaftssystems in der DDR. Der oben zitierte Satz findet nämlich folgende beleglose Fortsetzung:

¹⁸ Siehe u. a. Walter Bartel: Deutschland in der Zeit der faschistischen Diktatur (1933-1945), Berlin 1955; Günther Schmerbach: Dokumente zum faschistischen Terror gegen die Arbeiterbewegung (1933-1934). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 3/1955, S. 433 ff.; Heinz Kühnrich: Der KZ-Staat. Rolle und Entwicklung der faschistischen Konzentrationslager 1933-1945 (= Wahrheiten über den deutschen Imperialismus, Bd. 1), Berlin 1960.

¹⁹ Siehe u. a. Fritz Klein: Zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur durch die deutsche Großbourgeoisie (1929-1932). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft H. 6/1953, S. 872 ff.; Albert Schreiner: Die Eingabe deutscher Finanzmagnaten, Monopolisten und Junker an Hindenburg für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler (November 1932). In: Ebenda, H. 2/1956, S. 366 ff.

²⁰ Zur ersten wissenschaftlichen Tagung der Deutsch-Sowjetischen Historikerkommission siehe den Bericht in: Ebenda, H. 1/1958, S. 1-6. Zur zweiten Tagung siehe: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg. Materialien der wissenschaftlichen Konferenz der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR zum Thema: „Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg“ vom 14. bis 19. Dezember 1959 in Berlin. Hrsg. von der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR, 5 Bde., Berlin 1960-1962.

²¹ Siehe die Schriftenreihe: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, H. 1-8, Berlin 1960.

²² Vgl. W. T. Fomin: Das geheime Kriegskabinett und seine Rolle bei der Vorbereitung des Aggressionskrieges durch das faschistische Deutschland (1933-1939). In: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, Bd. 2, S. 317-331.

²³ Gerhard Förster, Bruno Löwel und Wolfgang Schumann: Forschungen zur deutschen Geschichte 1933-1945. In: Historische Forschungen in der DDR 1960-1970. Analysen und Berichte. Zum XIII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau 1970. Sonderband der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin 1970, S. 583.

²⁴ Siehe Kurt Pätzold: Zum Erscheinen des abschließenden Bandes von „Deutschland im Zweiten Weltkrieg“. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 12/1986, S. 1096-1102.

„Seiner Funktion, die Werktätigen brutal zu unterdrücken und auszubeuten sowie jede Form des antifaschistischen Widerstandes zu beseitigen, schenken die Historiker der DDR besondere Aufmerksamkeit.“ An anderer Stelle wird zu den Bänden 11 und 12 der Lehrbuchreihe zur deutschen Geschichte erklärt, ihre Autoren hätten „das faschistische Regime in allen Teilbereichen dargestellt“.²⁵ Wie man dies auch immer erklären mag – Ausdruck des allgemeinen Strebens nach Anerkennung, politisch motivierte Geltungssucht –, es bleibt der fatale Beigeschmack von politischer Verdrängung der Prinzipien wissenschaftlicher Problemsicht und zweifelnder Redlichkeit.

Der Bericht über die Literatur der 70er Jahre konstatierte eine Vielzahl von Arbeiten zur inneren Differenziertheit der herrschenden Klasse sowie zur faschistischen Innenpolitik. Alles blieb jedoch dem Punktuellen verhaftet. Die kritische Forderung nach einer komplexen Betrachtungsweise galt damals nur für „eine Gesamtschau der faschistischen Außenpolitik als Teil der Kriegsvorbereitung“.²⁶ Erneut stellt sich die Geschichte des Faschismus in völlig entpersonifizierter Form dar. Neben Hitler werden konsequent auch alle Namen anderer NSDAP-Führer verschwiegen, wobei eine konträre Sichtweise deutlich wird: Der Widerstand erscheint als eine Angelegenheit handeln-der Menschen, der Faschismus dagegen in einer nahezu absoluten Anonymität. Der fehlende Band von 1990 hätte sicher einen umfangreichen Beitrag zur Darstellung der Geschichte des deutschen Faschismus enthalten. Tatsächlich ist fast alles erst seit Beginn der 80er Jahre erschienen, was aussagekräftig, differenzierend und vorwärtsweisend gewesen ist.²⁷ So manches wird Bestand haben, wenn man sich der substanziellen internationalen Anerkennung für zahlreiche Arbeiten erinnert, die lediglich verbunden waren mit den – auch in umgekehrter Richtung verwendeten – Floskel: zwar am Marxismus orientiert, ansonsten aber sauber recherchiert, akrib und interessant ... Innerhalb der Faschismusforschungen kristallisierten sich neue Arbeitsgebiete heraus, die sich teilweise stark spezialisierten. Mit ihrer Hilfe gewannen die Forschungen an neuen Fragestellungen und an Problemsicht, wobei sich letztere mehr in Diskussionen und kleineren Schriftenreihen²⁸ als in monographischen Publikationen niederschlug. Wirtschaftshistorische²⁹, ideologiekritische³⁰ und parteiengeschichtliche³¹ Aspekte erweiterten punktuell die offizielle Faschismustheorie. Es gab auch Präzisierungsversuche – mehr jedoch nicht. Alles bewegte sich nach wie vor im gegebenen, im selbstgewählten Rahmen, der an keiner Stelle überschritten oder grundsätzlich attackiert worden ist. Das gilt für die Versuche Kurt Gossweilers, monopolkapitalistische Einflüsse aus einem „doppelten Bedürfnis“ der Herrschenden gegenüber der Arbeiterklasse abzuleiten, die als Aufgabe von mittelständischen Kreisen wahrgenommen worden sei.³² Das gilt ebenso für Versuche zahlreicher Autoren, Ideologie und Politik der NSDAP in einen lediglich indirekten Zusammenhang mit den Bemühungen großindustrieller Kreise zu bringen.³³ Letztlich gilt das wohl auch für die sich um Differenzie-

²⁵ Förster, Löwel und Schumann, S. 574 (Anm. 23).

²⁶ Ebenda, S. 589.

²⁷ Siehe das instruktive und einfühlsame Vorwort von Rolf Richter zu Kurt Gossweiler: Aufsätze zum Faschismus, Berlin 1986.

²⁸ Siehe zahlreiche Aufsätze u. a. in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“ (Berlin). In: Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus (Rostock); in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte; in: Konservatismus-Forschung (Jena); in: Hallesche Studien zur Geschichte der Sozialdemokratie sowie in den Wissenschaftlichen Zeitschriften der Universitäten und Hochschulen der DDR.

²⁹ Siehe vor allem Lotte Zumpke: Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin 1980; Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. I, Berlin 1969/Bd. II, Berlin 1985.

³⁰ Siehe vor allem Joachim Petzold: Die Demagogie des Hitlerfaschismus: Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, Berlin 1982; ders.: Konservative Theoretiker des deutschen Faschismus. Jungkonservative Ideologien in der Weimarer Republik als geistige Wegbereiter der faschistischen Diktatur, Berlin 1978.

³¹ Siehe die Beiträge in den Jenaer Beiträgen zur Parteiengeschichte sowie im Lexikon zur Parteiengeschichte 1789-1945. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), 4 Bde., Leipzig 1983-1986; Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker: Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens, Berlin 1981.

³² Siehe Kurt Gossweiler: Aufsätze zum Faschismus, Berlin 1986, S. 438 ff.

³³ Das gilt z. B. für die Arbeiten von Kurt Pätzold, Joachim Petzold und Wolfgang Ruge. Der Vf. des vorliegenden Beitrages glaubt, dies auch für seine Publikationen behaupten zu können.

rung bemühen und darin zugleich selbstbegrenzende Monopolgruppentheorie, die einen wesentlichen Bestandteil der umfangreichen und langjährigen Debatte zum Problem des staatsmonopolistischen Kapitalismus bildete.³⁴

Gute Arbeiten sollten jetzt nicht im Orkus verschwinden, nun weil sie in der DDR erschienen, deren wissenschaftspolitisches Bedingungsgefüge widerspiegeln und über Ansätze zu neuen Wegen nicht hinaus gelangten. Vielleicht bleibe ich den Beweis schuldig, wenn ich von guten Arbeiten spreche. Ich will ihn hier auch nicht im einzelnen liefern. Wichtiger als detaillierte Angaben über die aus dem letzten Jahrzehnt stammenden Arbeiten von Werner Bramke³⁵, Dietrich Eichholtz³⁶, Kurt Pätzold³⁷, Joachim Petzold³⁸, Werner Röhr³⁹, Wolfgang Ruge⁴⁰, Lotte Zümpe⁴¹ u. a. m.⁴² und wichtiger auch als eine Analyse genutzter und vergebener Chancen z. B. des seit 1971 jährlich durchgeführten „Jenaer Faschismus-Kolloquiums“ erscheint mir die Suche nach den Ursachen der begrenzten Denk- und Verhaltensmuster.

Die Antwort auf die entscheidende Frage, warum die Ergebnisse der Faschismusforschungen in der DDR so und nicht anders waren, steht noch aus. Nach meiner Auffassung existiert ein dreigestaffelter Fehlerkreis, der unterschiedliche Verantwortungsbereiche aufweist, jedoch nur in seiner inneren Einheit gesehen werden sollte. Da existieren erstens Gründe aus dem Bereich der Politik und ihrer reglementierenden, ja sogar diskreditierenden Dominanz gegenüber der Geschichtswissenschaft. Auch Faschismusforschungen unterlagen vollständig dem Diktum der Parteiführung und deren Funktionsbestimmung für die Geschichtswissenschaft. Hier liegen meines Erachtens nicht die Hauptprobleme einer kritischen Rückschau, obwohl es schon reizvoll ist, auf einige Tatbestände zu verweisen: So konnte die einzige monographische Darstellung zur Geschichte der NSDAP⁴³ erst erscheinen, nachdem ein Mitglied des Politbüros das Manuskript gelesen, es mit einem ihm passend erscheinenden Titel versehen und durchgesetzt hatte, daß im Personenregister beim Buchstaben H nicht nur die Namen von Himmler, Hitler und Heß auftauchen, sondern auch die von Hager, Hoffmann und Honecker. Die Reihe der Beispiele läßt sich beliebig erweitern: Wolfgang Ruge wird sich wohl oft an den Streit um den Titel seiner Teilbiographie zu Hitler erinnern.⁴⁴ Der wissenschaftli-

³⁴ Siehe Anm. 27. Die Geschichte dieser Diskussion ist ebenfalls noch nicht „aufgearbeitet“. Unverkennbar ist jedoch, daß von ihr wichtige Impulse zur Präzisierung und Weiterentwicklung Marxscher Gedankengänge über das Verhältnis von Ökonomie, Politik und Ideologie in der Gesellschaft ausgingen. Diese Impulse fanden offensichtlich in anderen Ländern größere Resonanz als in der DDR.

³⁵ Siehe Werner Bramke: Vom Freistaat zum Gau. Sachsen unter der faschistischen Diktatur 1933 bis 1939. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 12/1983, S. 1067 ff.; Die Angestellten in der Weimarer Republik. In: Ebenda, H. 9/1988, S. 796 ff.

³⁶ Dietrich Eichholtz gab zusammen mit Kurt Gossweiler heraus: Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik, Berlin 1980. Mit Kurt Pätzold gab er heraus: Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939), Berlin 1989. Beide Bände widerspiegeln detailliert Leistungen und Grenzen der Faschismusforschungen in der DDR.

³⁷ Siehe Kurt Pätzold: Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933-1935), Berlin 1975; ders. (Hrsg.): Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente zum faschistischen Antisemitismus 1933-1942, Leipzig 1983; ders./Irene Ruge: Pogromnacht 1938, Berlin 1988.

³⁸ Siehe Anm. 30.

³⁹ Siehe Hans Günther: Der Herren eigener Geist. Ausgewählte Schriften. Hrsg. von Werner Röhr, Berlin und Weimar 1981.

⁴⁰ Siehe vor allem Wolfgang Ruge: Das Ende von Weimar. Monopolkapital und Hitler, Berlin 1983; den.: Hindenburg. Porträt eines Militaristen, Berlin 1980.

⁴¹ Siehe Anm. 29.

⁴² Aus der Fülle der Titel seien noch erwähnt Gerhart Hass: Münchner Diktat 1938 – Komplott zum Krieg, Berlin 1988; Heinz Bergschicker: Deutsche Chronik 1933-1945, Berlin 1981; Jürgen Kuczynski: Geschichte des Alltages des deutschen Volkes, Bd. 5 (1918-1945), Berlin 1982; Günter Hartung: Literatur und Ästhetik des deutschen Faschismus, Berlin 1983; Tradition und Traditionssuche des deutschen Faschismus. Hrsg. von Günter Hartung und Hubert Orłowski, Halle 1987.

⁴³ Siehe Anm. 31.

⁴⁴ Der ursprüngliche Titel des Buches „Das Ende von Weimar. Monopolkapital und Hitler“ lautete: „Hitler und das Ende von Weimar“. So konnte es jedoch nur in Köln erscheinen.

chen, politischen und moralischen Aufarbeitung bedarf auch, warum der oftmals von Wolfgang Schumann und anderen angemahnte „Arbeitskreis Faschismusforschung“ nicht zustande gekommen ist und wie 1975 das Erscheinen eines Buches über Hitler verhindert und dessen Autor Günter Paulus aus dem Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR entlassen worden ist. Schlimme Erfahrungen machten einige Historiker mit dem Projekt des sogenannten Elitebandes.⁴⁵ Martin Broszat hat sie in verallgemeinerter Form dargestellt: „Wir hatten uns in dem Band vorgenommen, die Mitwirkung und vor allem das Versagen der alten konservativen Eliten im Zusammenhang mit der Hitlerschen Kriegsvorbereitung zum gemeinsamen Thema zu machen und anlässlich des 50. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges herauszubringen. Der Kern der historischen Schuld und des Versagens dieser alten Eliten bestand in ihrer submissiven Erbötigkeit gegenüber den damals Herrschenden. Welche Legitimation, darüber zu urteilen und dies zu verurteilen, gibt es eigentlich, wenn im politischen Kleinbereich unseres gemeinsamen Vorhabens die Vertretenen der wissenschaftlich-geistigen Elite der DDR selbst den Rücken beugen oder vorsichtig den Mund halten? Man hätte glauben sollen, daß gerade die Beschäftigung mit diesem Thema mehr zumutbare Standfestigkeit auch bei der ehrlichen und notfalls öffentlichen Verfechtung seiner Verwirklichung erbringt. Es ist sehr betrüblich, daß die Dinge anders gelaufen sind.“⁴⁶

Gerade weil ich dieses Urteil annehme, fände ich es ungerechtfertigt, ja widerspräche es meiner Absicht, würden sich die Faschismusforscher der ehemaligen DDR allein als Opfer politischer Restriktionen hinstellen. Dies wäre der Fall, wenn die Aspekte des Dirigismus sowie von willkürlichen Planungs- und Kontrollmechanismen überhöht und verabsolutiert würden. Nein, die Realität ist komplizierter gewesen. Es gab zwar Murren und Unmut – mehr oder weniger lautstark, fast immer intern, niemals in der Öffentlichkeit –, gleichzeitig jedoch eine grundsätzliche persönliche Akzeptanz dieser Verhältnisse. Ich würde daher gern, wenn es um diese politische Seite in der Analyse unserer Bilanz geht, als einen zweiten Komplex berücksichtigt wissen wollen, daß die Geschichte der Faschismusforschungen nicht von der bis heute noch nicht aufgearbeiteten Geschichte des Antifaschismus der DDR bzw. in der DDR getrennt werden kann.

Meine Hauptthese lautet in diesem Zusammenhang, daß die Geschichte der DDR wie auch die ihrer Faschismusforschung in hohem Maße von der Ambivalenz eines in sich äußerst widersprüchlichen Antifaschismus geprägt war; von einem Antifaschismus, der sich sowohl in seinen politisch-moralischen Wertvorstellungen als auch in seinen strukturell-genetischen Grundschwächen von großer Geschichtswirksamkeit erwiesen hat, von einem Antifaschismus, der einerseits als offizielles Tarnschild mißbraucht werden konnte und der andererseits unter großen Teilen der Bevölkerung und erst recht unter fast allen Faschismusforschern einen relativ hohen Grad der Verinnerlichung erreicht haben dürfte.⁴⁷ Es gab den Antifaschismus gleichsam auf zwei Ebene und in doppelter Gestalt. Die Verschiebung der Fronten zwischen beiden Antifaschismen, einem administrativen und einem elementaren, macht einen wesentlichen Teil der DDR-Geschichte aus. Das unwissenschaftliche Verharren ihrer Faschismusforscher in einem ursprünglich gerechtfertigten humanistischen, politisch-aufklärerischen Funktionsrahmen sowie die theoretisch-methodologische Beschränkung auf *eine* der

⁴⁵ Siehe Martin Broszat/Klaus Schwabe (Hrsg.): Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, München 1989 (siehe dazu meine Rezension in der Deutschen Literaturzeitung, H. 11-12/1990, Sp. 884-889). Siehe auch: Der Weg deutscher Eliten in den zweiten Weltkrieg. Nachtrag zu einer verhinderten deutsch-deutschen Publikation. Hrsg. von Ludwig Nestler u. a., Berlin 1990.

⁴⁶ Martin Broszat: Erfolg und Scheitern eines deutsch-deutschen Zeitgeschichts-Dialogs. In: Martin Broszat/Klaus Schwabe, a. a. O., S. 23.

⁴⁷ Zu illustrieren wäre diese Tatsache am eigenen Beispiel. Siehe Manfred Weißbecker: Der deutsche Faschismus als Gegenstand geschichtswissenschaftlicher Forschungen in der DDR – unter Berücksichtigung historisch-pädagogischer Fragestellungen. In: Pädagogen und Pädagogik im Nationalsozialismus – Ein unerledigtes Problem der Erziehungswissenschaft. Hrsg. von Wolfgang Keim, Frankfurt a. M. 1988, S. 191-206. Unter Antifaschismus verstehe ich insbesondere die Antwort unterschiedlichster Kräfte auf das Hervortreten des Faschismus – in Deutschland auf die Bewegung und Ideologie des Nationalsozialismus. Zugleich betrachte ich Antifaschismus als ein aktives Eintreten für die mittels Terror und Demagogie beseitigte politische und geistige Freiheit der Menschen, als demokratische und friedenswillige Alternative zu Diktatur und innen- wie außenpolitischer Friedlosigkeit.

möglichen antifaschistischen Denkrichtungen prägte ihre eigene Vergangenheit, macht ihre persönliche Verantwortung aus.

Tatsächlich erwies sich der Antifaschismus als außerordentlich doppelsinnig und multipolar.⁴⁸ Einerseits darf man ihn als ein an und für sich mögliches und durchaus geschichtswirksames Bindeglied zwischen unterschiedlichen sozialen, politische religiösen, weltanschaulichen und nationalen Kräften im Ringen gegen einen gemeinsamen Gegner betrachten. Andererseits gehört zu seinem Wesen, daß er letztlich doch eine unzureichende Basis für gemeinsame Zielsetzungen über das unmittelbare Ziel hinaus besaß (und besitzt). So groß die alle Differenzen überbrückende Spannweite des Antifaschismus auch gewesen sein mochte, als es z. B. um den Sturz Hitlers durch den deutschen Widerstand oder um die rasche Beendigung des Zweiten Weltkriegs durch die Antihitlerkoalition ging, so zerbrechlich zeigte er sich, als diese Aufgaben erfüllt waren.

Nach 1945 trat daher folgerichtig das alte Grundproblem der Mehrgleisigkeit des Antifaschismus in neuer Qualität und mit unmittelbarer Geschichtswirksamkeit zutage. Mit Hilfe einer Episode sei hier erläutert, was gemeint ist: Anna Seghers berichtete dem Schriftstellerkongreß des Jahres 1937 vom Gespräch mit einem spanischen Soldaten, der Madrid gegen die heranziehenden Franco-Truppen freiwillig verteidigen half. Überzeugt von seinem antifaschistischen Auftrag fragte er, der selbst Madrid noch niemals gesehen hatte, ob sie denn eigentlich schön sei, diese Stadt. Anna Seghers verwies sogleich auf das doppelte Anliegen des Soldaten wie des Antifaschismus überhaupt: „Anti“ zu sein, also destruktiv gegen etwas zu kämpfen, und andererseits auch ein „Pro“, den Kampf für etwas, für die Konstruktion einer neuen gesellschaftlichen Ordnung, beinhalten zu müssen.⁴⁹ Zwischen „Anti“ und „Pro“ gab und gibt es jedoch ein breites Feld. Und dieses trat in seiner ganzen Spannung und Heterogenität erst recht hervor, als das Dritte Reich militärisch zerschlagen war. Aus den einigenden Momenten der „Anti“-Haltung entfalteten sich nun die Schranken der selbstverständlich ungeklärten Frage „Wofür“?

Unterschiedliche, divergierende Interpretationen blieben 1945/46 noch im Hintergrund, so lange das politische und gesellschaftliche Leben im besiegten Deutschland von einer unmittelbaren Notwendigkeit zur Überwindung den drückendsten Folgen des Krieges und der Hitlerdiktatur in Anspruch genommen wurde. Da dominierte durchaus Parallelität: Neben dem Gegensätzlichen stand immer noch die Übereinstimmung mit dem antifaschistischen Konsens der Antihitlerkoalition, wie er sich noch im Potsdamer Abkommen und in den Prinzipien des Internationalen Militärtribunals von Nürnberg äußerte. Davon war ebenso das bewußte Lernenwollen aus den leidvollen Erfahrungen des antifaschistischen Widerstandes bestimmt: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ – so lautete eine der wichtigsten Losungen jener Tage, vertreten nicht nur von deutschen Kommunisten, sondern auch von Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Christen und bürgerlichen Demokraten.⁵⁰ Aber diese Losung richtete sich im Prinzip rückwärts, sie negierte und zielte mehr auf einen bloßen Umsturz der alten Verhältnisse als auf deren dialektisch-geschichtliche „Aufhebung“, wie man mit Hegelschen Kategorien sagen könnte.

Im ersterem und dem Konsens betreffenden Sinne reichte es in den ersten Nachkriegsjahren zunächst, alle Erscheinungsformen zu beseitigen, die Nazi- und Kriegsverbrecher betrafen und die Trümmer wegräumen zu wollen. Was darüber hinaus ging, überstieg den Grad der bis dahin erreichbaren antifaschistischen Konsensfähigkeit. Bereits der an und für sich verständliche Wunsch, nicht nur die politischen Verhältnisse zu ändern, sondern auch sozialökonomische Wurzeln von Faschismus und Krieg anzutasten, d. h. im Sinne Bert Brechts den „Schoß“ unfruchtbar zu machen, aus dem einst die braune Barbarei gekrochen war,⁵¹ riß Gräben auf. Was bot sich für deren Auffüllung der damals handelnden Kräften an Mitteln und Alternativen an? Da ihnen das Verständnis für

⁴⁸ Siehe Anm. 2 (Gedanken ..., S. 196 f.).

⁴⁹ Zit. in Dieter Schiller: „... von Grund auf anders“. Programmatik der Literatur im antifaschistischen Kampf während der dreißiger Jahre, Berlin 1974, S. 59 f.

⁵⁰ Siehe dazu vor allem Günter Benser: Die KPD im Jahre der Befreiung. Vorbereitung und Ausbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/45 bis Herbst 1945), Berlin 1985.

⁵¹ Bertolt Brecht: Kriegsfibel, Berlin 1955.

die historische Notwendigkeit einer Neu- und Umdeutung des Antifaschismus abging, griffen sie vielfach zu nichts anderem als zu reinster Machtpolitik. Die 1945/46 einsetzende Spaltung Deutschlands und Europas begann mit einer Teilung und Verengung des ursprünglichen Antifaschismus, die diesen überall einer neuen Instrumentalisierung unterwarfen.

In der Sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR äußerte sich dieser Prozeß vor allem in der Tatsache, daß es eine dialektische Wechselbeziehung von Befreiung, die noch dazu kaum als solche empfunden worden ist, und auf ihr aufbauender Einbindung in fremdbestimmte Machtstrukturen, in solche von stalinistischem Typ, gab. Aus diesem widersprüchlichen Tatbestand ergab sich ein subjektiv begrenzter, weil von Utopie und bloßen „Umkehrungs“-Absichten getragener Antifaschismus. Die „Umkehrungs“-Denkstruktur unterlag sowohl einer externalen als auch einer internalen Logik; Faschismus und Stalinismus forderten sozusagen gemeinsam ihren Tribut.

Erfahrungen und Mentalität sowie Denk- und Verhaltensweisen der damals agierenden antifaschistischen Kräfte waren in erster Linie und noch dazu außerordentlich emotional von der Erinnerung an ihre eigene Niederlage von 1933 mit allen ihren persönlichen Folgen geprägt. Die Ursachen dieses formenden Sozialisationserlebnisses schrieb man ohnehin mehr der Macht der „anderen“ als dem eigenen Fehlverhalten zu. Die Selbstkritik der Brüsseler Konferenz hat viele Kommunisten nicht erreicht,⁵² und wenn doch, dann traf sie auf ein Politik- und Theorieverständnis, das die jeweilige Taktik gegenüber der ursprünglichen Strategie zu überhöhen gewohnt war. Als das zentrale Denkschema galt: Die Gesellschaft besteht allein aus *zwei* Teilen, *zwei* Klassen, *zwei* Systemen. Wie 1928 der VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale den Kampf gegen den Faschismus mit den Losung „Klasse gegen Klasse“ fehlorientiert hatte, so nahm sich die Welt nun in diesem Denken so aus: Hier die Sieger, dort die Besiegten; jetzt sind wir die Sieger ... Und Sieger sein, das hieß für sie vor allem nunmehr selbst Macht auszuüben und so alle alten und neuen Probleme lösen zu wollen. Eine neue Mißerfolgsvariante des Verhältnisses von Macht und Massen war damit aber regelrecht programmiert! Denn jeder Versuch zur Schaffung solider Fundamente einer antifaschistisch-demokratischen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse verlangte unerbittlich, antifaschistisches Denken und Handeln – bis 1945 nur bei einer absoluten Minderheit des deutschen Volkes vorhanden – unter den Massen zu verbreiten und durchzusetzen.⁵³

Die Ausgangssituation des Antifaschismus und der Faschismusforschung war 1945 also äußerst zwiespältig. Die Chance, die militärische Befreiung vom Diktaturregime der NSDAP für eine demokratisch-antifaschistische Revolution zu nutzen, erstickte in neuen antidemokratischen Strukturen, in denen mehr und mehr antifaschistisch verbrämte Zwecke selbst die Mittel zur Deformation und Sinnentleerung der Inhalte des Antifaschismus heiligen sollen. Die stalinistische Prägung von Antifaschismus und auf ihm beruhenden Faschismusforschungen erfolgte keineswegs schlagartig, weder linear noch widerspruchlos. Schon gar nicht wird man pauschal behaupten dürfen, die bereits in der Anfangs- und Gründungszeit der DDR angelegten Hauptschwächen des Antifaschismus hätten sein späteres Scheitern automatisch bedingt. Angesichts der generellen Ambivalenz seiner Inhalte wären die Formierung einer breiten und wirklich demokratisch-antifaschistischen Massenbewegung und die Schaffung eines von ihm getragenen Staates durchaus möglich gewesen; ohne diesen Faktor hätte übrigens die DDR wohl kaum vier Jahrzehnte existieren können ...

Unter großen Teilen der Bevölkerung der DDR gab es tatsächlich ein elementares antifaschistisches Denken und Verhalten. Der offizielle und ritualisierte Mißbrauch des antifaschistischen Anspruchs der SED-Führung beeinträchtigte den elementaren Antifaschismus im Laufe der Zeit immer stärker und ließ diesen in den jüngeren Generationen nur noch sehr begrenzt wirksam werden. Zufrieden-

⁵² Siehe: Die Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, 3.-15. Oktober 1935. Hrsg. von Klaus Mammach, Berlin 1975. Bezeichnend bleibt, daß das Protokoll in der DDR nicht vollständig veröffentlicht worden ist.

⁵³ Siehe dazu auch Manfred Weißbecker: Antifaschismus und Friedenskampf. Versuch eines thesenartigen Vergleichs zwischen der Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes und unserem gegenwärtigen Ringen um die Verhinderung eines dritten Weltkrieges. In: Geschichte – Frieden – Wissenschaft (= Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena), Jena 1983, S. 101-111.

heit und Akzeptanz, ja auch ein gewisser Stolz galten dem Signum Antifaschismus, als dieses nicht zuletzt durch die diplomatische Anerkennungswelle international aufgewertet wurde und sich bei dem ehemaligen Widerstandskämpfer Erich Honecker Politiker aller Couleur und aus allen Teilen der Welt gegenseitig die Klinke in die Hand gaben. In dieser Hinsicht – wenigstens in dieser – sind wir besser als die Bundesrepublik, so dachten viele Menschen, die zugleich allem wie neuem Chauvinismus und Revanchismus, alter wie neuer Ausländerfeindlichkeit und jeglicher Kriegspolitik keinerlei Chancen einzuräumen bereit waren. Dabei schenkten sie der offiziell verbreiteten These vom Bollwerk DDR gegen neue Gefahren dieser Art willig Glauben. Für viele Menschen nahm außerdem das Wissen um die antifaschistische Grundorientierung den Charakter einer Überzeugung und des Selbstverständlichen an. Kritisches Hinterfragen tatsächlicher Vorgänge konnte so relativ erfolgreich verhindert werden. Verdrängungs- und Beharrungseffekte prägten die Denkstrukturen auch unter den Faschismusforschern. Bohrende Fragen kamen in der Regel nur von außen. Deren Berechtigung erschien häufig genug allein durch die Herkunft in Frage gestellt. Die eigenen Einschränkungen gegenüber der These von der konsequenten Bewältigung der braunen Vergangenheit in der DDR, daß zugleich ein nüchterner Blick auf die sich immer wieder neu ergebenden antifaschistischen Aufgaben erforderlich sei,⁵⁴ mußten wohl harmlos wirken und konnten nur von jenen richtig verstanden werden, die jegliche Veränderung antifaschistischer Vorgaben und Rituale bereits für staatsgefährdend hielten. So erklärt sich m. E., daß eine Debatte über den Antifaschismus erst 1988/89 einsetzte, diese sich jedoch von vornherein nur in den Gleisen der inneren Logik von Position der in diese Form des Antifaschismus Hineingewachsenen und an ihr Beteiligten bewegte.⁵⁵

Vielleicht hilft ein Gleichnis zu verdeutlichen, was ich mit solchen Aussagen meine. Georg Lukács erwähnt es in seinem Werk „Geschichte und Klassenbewußtsein“.⁵⁶ Es handelt von Brahmanen, die über Jahrhunderte hinweg geglaubt hatten, die Erde würde von einem großen Elefanten getragen. Eines Tages fragten sie beunruhigt den Oberbrahmanen, worauf denn der Elefant stünde. Beruhigt gingen sie nach der Antwort: „Auf einer Riesenschildkröte“ wieder an ihre Arbeit. Dies besagt wohl sehr deutlich: Sogenannte letzte Annahmen, auf denen ganze Ideologien und Systeme beruhen, sind oft gedanklich sehr schlicht, um nicht zu sagen trivial. Sie werden offensichtlich auf gleichem Niveau erneuert oder neu fundiert, sollten sie doch einmal im Rahmen der betreffenden Ideologien und Systeme hinterfragt werden. Befanden wir uns in einer solchen Brahmanen-Haltung, in der sich Verordnetes und Selbstbeschränkendes zu einem unentwirrbaren Knäuel verknüpften? Mitunter haben wir mehr in bestimmte Formulierungen „hinein“ gedacht, doch was für die Bilanz zählt, das ist wohl doch allein das Geschriebene und Gedruckte. Dieses aber schloß die für jede Wissenschaft unentbehrliche Öffentlichkeit für Fragen und Zweifel aus, damit die Herrschaft legitimierend und ihr dienend, der Öffentlichkeit ebenso wie der Wissenschaft schadend.

Das Gleichnis führt weg vom Politischen, führt zu dem dritten und für mich gravierendsten Komplex einer wissenschaftsinternen Ursachenanalyse. Die damit verbundenen Fragen hängen unmittelbar mit dem wissenschaftlichen Selbstverständnis zusammen sowie mit den sich daraus ableitenden wissenschaftlichen Fehlern. Einer dieser Fehler nenne ich Theorie-Defizit und Theorie-Versagen; beides resultierte aus grundsätzlichen Schwachpunkten des Marxismus und erst recht des Leninismus. Selbst die als „gesetzt“ betrachtete bzw. zum alleinigen Ausgangspunkt erhobene Theorie – verkörpert etwa in der bekannten Definition des VII. Weltkongresses den Kommunistischen

⁵⁴ Siehe Rolf Richter, Hermann Simon, Frank Schumann und Manfred Weißbecker: Antifaschismus in der DDR. Traditionswurzeln, geschichtliche Leistungen, neue Anforderungen. In: Bewährte Strategie – erfolgreiche Praxis. Beiträge zur Geschichte der SED und der DDR in den siebziger und achtziger Jahren. Hrsg. von Rolf Richter, Erich Geyer, Rolf Leonhardt und Helmut Meier, Berlin 1989, S. 40-63.

⁵⁵ Siehe dazu Demokratie, Antifaschismus und Sozialismus in der deutschen Geschichte. Hrsg. von Helmut Bleiben und Walter Schmidt, Berlin 1988, S. 249 ff.; Die Beiträge der Historiker der DDR auf der 2. Tagung der IREX-Unterkommission „Faschismus – Theorie und Praxis“ von Historikern der USA und der DDR in Princeton, N. J., im Mai 1989. In: Deutscher Faschismus – Terror und Widerstand, Berlin 1989; Rolf Richter: Antifaschismus vor neuen Anforderungen. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 6/1990, S. 772-778.

⁵⁶ Georg Lukács: Geschichte und Klassenbewußtsein, Neuwied und Berlin 1968, S. 286.

Internationale – ist in ihrer folgenreichen Unvollständigkeit, in ihrer inneren Widersprüchlichkeit und periodengebundenen Historizität nicht erkannt worden.

Die Unvollständigkeit dessen, was marxistisch-leninistische Faschismustheorie genannt wurde, ergab sich aus einer anfänglich sehr weitgehenden Ausklammerung aller politischen, ideologischen, rechtlichen, kulturellen Faktoren. Hauptsächlich wurde nach Beweisen für die Richtigkeit vor allem des zweiten Teils der Definition vor 1935 geforscht und der politisch-moralische Schuldspruch gegen monopolkapitalistische Nazi- und Kriegsverbrecher dadurch zu erhärten versucht, daß deren Handeln automatisch und zwangsläufig aus der Existenz eines monopolkapitalistisch geprägten Gesellschaftssystems abgeleitet wurde. Auch der erste Teil der Definition stand außerhalb der Debatten. Der Terror als ein in sich geschlossenes System und als konstitutives Bindeglied zwischen allen Elementen des faschistischen Herrschaftssystems unterlag kaum eigenständigen Untersuchungen, obwohl Kurt Pätzold gerade dazu 1979 auf einem Jenaer Faschismus-Kolloquium sowie bei der Hallenser Konferenz zum Thema „Soziale Grundlagen und Herrschaftsmechanismen des deutschen Faschismus“ ein anregendes Referat gehalten hatte.⁵⁷

Unvollständig war die theoretische Ausgangsposition auch infolge des Fehlens und Verhinderns jeder historisch-materialistischen Theorie über solche Erscheinungen wie Herrschaft und Macht, Demokratie und Parlamentarismus, Recht und Unrecht, Persönlichkeit und Masse sowie generell zum Verhältnis von Individuum, Gesellschaft und Staat. Doch damit nicht genug: Alle Theorien und Erkenntnisansätze in anderen Ländern, die solche Problemkreise aufgriffen, wurden als antimarxistisch bzw. als nicht marxistisch abgetan.⁵⁸ Überheblichkeit dominierte selbst gegenüber jenen Denkrichtungen, die sich auf den Schultern von Marx stehend um Erweiterungen, Präzisierungen, Vervollkommnungen seines Denkgebäudes bemühten.⁵⁹ Was hätte unsere Faschismustheorie gewinnen können, wäre sie den konzeptionellen Ideen beispielsweise von August Thalheimer, Franz Neumann, Ernst Fraenkel, Wolfgang Abendroth oder auch von Wilhelm Reich u. a. m. mit aufgeschlossener Konstruktivität gefolgt! Unvollständigkeit und Widersprüchlichkeit der marxistisch-leninistischen Theorie erwachsen letztlich aus dem Versuch, die Ganzheit der Gesellschaft allein aus der Perspektive eines ihrer Teile erfassen zu wollen. Inhaltliche Fragmentierung und institutionelle Segmentierung der Geschichte in eine Wirtschaftsgeschichte, in Kriegsgeschichte, Parteiengeschichte, Ideologiegeschichte und alles noch getrennt in die der Arbeiterbewegung oder die der Herrschenden verhielten lange Zeit jeden sinnvollen Ansatz zu einer wirklichen Gesellschaftsgeschichte. Zwei- und Mehrgleisigkeiten waren die Folge, verbunden mit institutionellen und individuellen Egoismen. Oder anders gesagt: Die sich auf den Faschismus beschränkenden Forschungen boten wesentliche Voraussetzungen für ihre Instrumentalisierung sowie für ihre Nutzung zugunsten von Verschleierung und Rechtfertigung stalinistischer Verhältnisse.

Ein weiteres Theorie-Defizit und -Versagen sehe ich in der ahistorischen Behandlung dessen, was offiziell als Theorie galt. Natürlich trifft das in besonderem Maße auf die Definition zu, deren Leistungen und Grenzen zeitbedingt zu sehen, d. h. in die damalige Situation und in den damals möglichen Erkenntnisstand eingeordnet sind. Sie erstarrte jedoch zu einer statischen Formel, als die Geschichte des Faschismus zu Krieg und Genozid, zu Auschwitz und zu einer totalen Niederlage, zum 20. Juli 1944 und zur Notwendigkeit einer militärischen Befreiung des deutschen Volkes von außen führte, als den Nachkriegs- und Neofaschismus auftauchte usw. Die ständige Wiederholung und Beteuerung der Definition brachte nichts außer einer Unterstützung für jene, die sie selbst in ihrem berechtigten Kern schlicht als mechanistische „Agententheorie“ abqualifizieren und sozialökonomischen Faktoren als völlig bedeutungslos erscheinen lassen wollten. Einzelne Bemühungen um den

⁵⁷ Siehe auch Kurt Pätzold: Die faschistische Manipulation des deutschen Volkes. Zu einem Forschungsproblem. In: Soziale Grundlagen und Herrschaftsmechanismen des deutschen Faschismus. Der antifaschistische Kampf, Teil 1, Halle 1980, S. 48-74; ders.: Die faschistische Manipulation des deutschen Volkes. Zu einem Forschungsproblem. In: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 45, Februar 1981, S. 22-50.

⁵⁸ Siehe Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD. Leiter des Herausgeberkollektivs: Gerhard Lozek, Berlin 1977, S. 334 ff.

⁵⁹ Ebenda, S. 341 ff. In späteren Auflagen wurde dies korrigiert.

ganzen Gedankenreichtum in Dimitroffs Reden vor dem VII. Weltkongreß und um die Weiterentwicklung der Definition fielen demgegenüber nicht ins Gewicht.⁶⁰

Das in den Faschismusforschungen der DDR begrenzte Wissenschaftsverständnis führte zu einem gravierenden methodischen Fehler, zu dem des Ausgerichtetseins auf die „Auseinandersetzung“ mit der „bürgerlichen“ Theorie selbst in der empirischen Arbeit. Vielleicht paßt zur Erklärung dieses Methoden- und Empirie-Defizits und der Frage nach dessen spezifischen Wurzeln ein Hinweis auf den eigentlich in anderen Zusammenhängen verwendeten Begriff von der „Wagenburg“-Mentalität. Lange Zeit bestimmte weniger die sachbezogene Beschäftigung mit den geschichtlichen Tatsachen unser Herangehen an sie, sondern mehr die Meinung und Stimmung, daß – wenn ihre Erhellung und Darstellung von „drüben“ kommen – sie einfach nicht stimmen können. Wo ist der Haken bei der Sache – das war unausgesprochen stets eine der diese Situation charakterisierenden Fragen. Wenn sie nicht beantwortet werden konnte, setzte eher Verdrängung ein oder wurde die Tabuisierung verinnerlicht. Das betraf insbesondere Problemkreise aus der Geschichte von KPD, SED und DDR. Wenn von „weißen Flecken“ in den Faschismusforschungen der DDR die Rede ist, sind vor allem die alltags-, sozial- und mentalitätshistorischen Fragestellungen gemeint, die in der Regel mit zeitgenössischen, nun aber sakrosankt erscheinenden Einschätzungen der KPD kollidierten.

* * *

Haben antifaschistisch-marxistische Faschismusforschungen dennoch eine Zukunft? Diese Frage läßt sich hier und heute nur stellen, nicht beantworten. Irgendwelche Prophezeiungen sind fehl am Platz. Sie kämen lediglich aus unerschütterten Hoffnungen oder aus einem sich bestärkt fühlenden anti-antifaschistischen Eifer. Sie verbieten sich auch unabhängig davon, ob die von Politikern oder Verwaltungsbeamten leichtfertig gegebene Antwort ja oder nein lautet. Einerseits steht fest: Jede Wissenschaft, jede Theorie verliert an Wert und gesellschaftlichem Nutzen, wenn aus ihr selbst heraus möglich wird, sie oder Teile von ihr absolut zu setzen. Ein Wert- und Bedeutungsverlust hebt jedoch andererseits nicht den von der jeweiligen Theorie widerspiegelten jeweiligen Ausschnitt aus der Realität auf. Insofern kann eine moderne und kreative Geschichtswissenschaft wohl nur eine pluralistische sein; offen für alle Fragestellungen und Erklärungsansätze, fern von politisch geprägter Ausgrenzung und Dialog-Verweigerung, kulturvoll im Streit und in der Akzeptanz unterschiedlicher Meinungen.

Deutsche Studien. Vierteljahreshefte, Heft 116, XXIX. Jahrgang, Dezember 1992, S. 397-415.

⁶⁰ Siehe z. B. Dietrich Eichholtz: Probleme einer Wirtschaftsgeschichte des Faschismus in Deutschland. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963, Teil III, Berlin 1963, S. 107 und 125 ff.; Manfred Weißbecker: Zu einigen Ergebnissen, Problemen und Aufgaben der marxistisch-leninistischen Faschismusanalyse. In: Ludwig Elm, Manfred Weißbecker und Eberhard Fromm: Konservatismus – Faschismus – reaktionäres geistiges Erbe, Berlin 1979, S. 24 ff.

Rezension

Klaus-Michael Mallmann, Gerhard Paul, Herrschaft und Alltag. Ein Industrierevier im Dritten Reich. Unter Mitarbeit von Hans-Henning Krämer. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. 1991. 504 S. gr. 8° (Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935-1945. Hrsg. von Hans-Walter Herrmann. Bd. 2.) DM 58,00.

Den beiden Verfn. ist eine bemerkenswert gute Publikation und zugleich ein etwas merkwürdiger Beitrag zur „Historisierung des Nationalsozialismus“ gelungen. Hohes Lob einerseits und kritische Distanz andererseits, sowohl Anerkennung als auch Empfindlichkeit gegenüber widerspruchsfordernden Ergebnissen bestimmen die Sicht des Rez. auf das vorliegende Buch zur Geschichte des Saarlandes in den Jahren 1935 bis 1945. Anlaß zu solcher Ambivalenz bietet zunächst der Verlag. Er bescheinigt dem voluminösen Werk auf der Einbandrückseite, es zeichne „jenseits von Vorurteilen und Legenden ... ein gänzlich neues Bild vom Alltag eines Industriereviers im Dritten Reich“. Ferner ist vom Aufräumen mit allerlei „Mythen“ bisheriger Geschichtsforschungen beispielsweise über „Volksopposition“ und „Resistenz“ der deutschen Bevölkerung in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft die Rede. Versprochen wird schließlich eine völlige „Neubestimmung des Verhältnisses von Konsens und widerständigem Verhalten“, darüber hinaus sogar eine „Sozialgeschichte des NS-Terrors und der Denunziation, wie sie bislang in keiner anderen Studie über das Dritte Reich zu lesen ist“.

Es scheint Mode (oder tatsächlich eine marktwirtschaftliche Notwendigkeit?) geworden zu sein, derart marktschreierisch zu werben. Neben apodiktischen Neuheitsansprüchen erscheint aber auch den Autoren altes Wissen, auf dem sie selbst aufbauen, lediglich als veraltet und als „starres Bild“, resultierend aus einem „schiefen Blick“, als „Klischee“, „Legende“, „Diktum“ usw. usf. Ohne erkennbare Bereitschaft zu „historisierendem“ Hinterfragen früherer wissenschaftlicher Ergebnisse werden Urteile gefällt, die vor allem im Ton – und der macht ja bekanntlich die Musik – eher diffamieren als argumentieren. Die Verf. waren auch nicht gut beraten, auf fast jeder Seite und damit in redundanter Wiederholung ihre mehr oder weniger hehre Fahne einer Gegnerschaft zum sogenannten volkspädagogischen Herangehen an die Geschichte des Nationalsozialismus aufzuziehen. Schade, denn so wird der tatsächlich von ihnen geleistete Beitrag verdeckt, der zweifellos die Geschichtswissenschaft bereichert und sie voranbringen helfen wird, sie aber keineswegs, durch ein absolut neues Produkt zu ersetzen vermag.

An den darstellenden Teilen des Bandes fallen die außerordentliche Quellendichte, der Materialreichtum und eine gediegene, d. h. sachbezogene und von vorschnellen Folgerungen freie Arbeit mit den Fakten auf. Der Alltag wird in seiner ganzen sozialgeschichtlichen Spannweite in den Blick genommen und systematisch auf seine Konsequenzen für nonkonformes oder widerständiges Verhalten der Bevölkerung abgeklopft. Verbunden mit vielen klugen Fragestellungen entsteht ein umfassendes Bild vom regional-spezifischen „Gelände des Widerstands“, das nicht nur in der Einleitung und im thesenartigen Resümee (S. 417-427), sondern durchgängig sowie in den vielfältigsten Verästelungen des Problems und seiner bisherigen Behandlung in der Geschichtsschreibung aufscheint. Zum „Gelände des Widerstands“ gehören für die Autoren sowohl die „Hypothek des Abstimmungskampfes“, die als eine wichtige, leider nicht immer selbst berücksichtigte „Barriere der Entfaltung widerständigen Verhaltens“ verstanden wird, als auch der „stille Zwang“ jener sozioökonomischen Veränderungen, „der die bis dato rückständige Provinz in den Sog der gleichzeitigen Entwicklung zog, Modernisierungsprozesse in Gang setzte, den Trend zur sozial-räumlichen Mobilität verstärkte, Verstädterungstendenzen forcierte, durch neue Entlohnungsmethoden und Leistungsanreize die Segmentierung der Arbeiterschaft beförderte und die Zusammensetzung der Klassen und Milieus veränderte“ (S. 417). Ebenso führten außerökonomische Zwänge, die „Gleichschaltung“ und die Verstaatlichung der Gesellschaft zu loyalitätsfördernden Individualisierungsprozessen. Das wohl unbestreitbare Urteil über die Folgen lautet: „Nicht Widerstand prägte den saarländischen Alltag nach 1935, sondern die Organisation des materiellen und sozialen Lebens: das Einrichten in den neuen Verhältnissen, die Reduktion der sozialen Wahrnehmung und des sozialen Handelns auf den unmittelbaren Zusammenhang der eigenen Existenz und den Focus der Familie.“ (S. 418)

In den ersten Kapiteln werden akribisch die „Wechselbäder“ dargestellt, denen die Saarbevölkerung in ökonomischer und sozialer Hinsicht unmittelbar nach 1935 unterworfen war. Bevor ein „trügerischer Wohlstand im Schatten des Krieges“ eingesetzt habe, sei auf die nationale Euphorie der Abstimmungszeit ein regelrechter Katzenjammer gefolgt. Wichtige Feststellungen dazu lauten: die Arbeitslosenzahlen schnellten in die Höhe und waren fast doppelt so hoch wie im Reichsdurchschnitt (S. 40), mit dem Wegfall des französischen Marktes tauchten „massive Absatzprobleme“ auf (S. 43), in vielen Betrieben wurden nicht einmal die tariflichen Mindestlöhne ausgezahlt (S. 45), die Lebenshaltung verteuerte sich binnen weniger Wochen um 20 bis 25 Prozent und „noch im Januar 1936 lagen ... die Preise für Gegenstände des täglichen Bedarf erheblich über dem Reichsdurchschnitt (S. 47), in der Regel übernahmen Bergbaubeamte aus dem Ruhrgebiet freigewordene Stellen (S. 43), im öffentlichen Dienst wurde „gesäubert“, obwohl das Römische Abkommen Benachteiligungen von Status-Quo-Anhängern untersagt hatte (S. 50). Mit Recht sprechen die Autoren von einem „permanenten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandlungsprozeß“ und seinen Folgen: „Was heute noch galt, konnte schon morgen überlebt ein. Das hinterließ tiefe Spuren in den Menschen, verunsicherte bisher gültige Orientierungsmuster und Verhaltensweisen und zwang zu neuen Identifikationen und Sicherheiten.“ (S. 32) Die Parallelen liegen für den Rez. als einen betroffenen Bürger eines neuen deutschen Anschlußgebietes geradezu auf der Hand ...

In den folgenden beiden Teilen des vorliegenden Bandes erfahren die regionalen Organisationen der NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände sowie deren propagandistische Aktivitäten eine ausführliche Darstellung. Diese ist ausgesprochen lesenswert, vor allem weil sie die teilweise gespenstisch anmutende Szenerie der NS-Apparate auch personell und biographisch ausleuchtet. Die auf der regionalen und lokalen Ebene handelnden Personen erscheinen häufig in ihren charakterlichen Eigenheiten, in ihren widerspruchsvollen Lebenssituationen und Moralvorstellungen. Nicht nur am Beispiel des saarpfälzischen NSDAP-Gauleiters und Reichskommissars Josef Bürckel verdeutlichen die Verf. ihre Auffassung, daß „Strukturen durch Personen vermittelt und repräsentiert (werden), so wie umgekehrt die handelnden Akteure nicht in einem luftleeren, strukturlosen Raum agieren.“ Ihnen ist völlig zuzustimmen, wenn sie schreiben: „Daß sich der Nationalsozialismus an der Saar deutlich sozialistischer präsentierte, der Antisemitismus sich zunächst weniger terroristisch gebärdete, Integrationsangebote an die einst oppositionellen Milieus stärker akzentuiert wurden als anderswo, die Saar bei der Lösung sozialer Fragen als Vorreiter galt und das Dritte Reich in Gestalt seines Gauleiters auch regional ein persönliches Gesicht besaß, ist ohne das Selbstverständnis Bürckels nicht erklärbar. Gleichwohl wurden die großen Strukturen der Kriegsvorbereitung, der Verfolgung und der generellen propagandistischen Selbstdarstellungen des NS-Staates hierdurch nicht aufgehoben, wohl aber modifiziert und gebrochen. Auch Bürckel – keineswegs nur eine Marionette – repräsentierte nur eine spezifische Variante des NS-Hegemonialanspruchs.“ (S. 419 f.)

Am umfangreichsten und widersprüchlichsten ist das aus der Feder von Mallmann stammende Kapitel „Der improvisierte Ausnahmezustand. Institutionen und Strukturen des regionalen Maßnahmenstaates“ (S. 164-326) geraten. Hier werden die zahlreichen Kontroll- und Überwachungsinstrumente des braunen Regimes eingehend analysiert, Gestapo, Sicherheitsdienst der SS, die Grenz-, Schutz-, Kriminal- und Werkpolizei, Betriebsschutz, Gendarmerie, die NS-Organisationen, die gesamte politische Justiz, Gefängnisse und Lager. Vorgeführt werden auch die vielgestaltigen Methoden, die dieser umfangreiche und in sich keineswegs homogene Apparat entwickelte und anwendete. Breiten Raum nimmt in der Darstellung die „Flut der Denunziationen“ ein, die facettenreich und in unzähligen interessanten Einzelheiten rekonstruiert wird. Diese Darstellung des nationalsozialistischen Terrors erhärtet eigentlich alle bisher getroffenen Aussagen über den zentralen Stellenwert des Terrors im Herrschaftssystem des deutschen Faschismus. Den Verf. bewegen jedoch andere Schlußfolgerungen. Er meint, hauptsächlich mit einem bisher „sorgsam inszenierte(n) Bild einer allwissenden und allgegenwärtigen Geheimpolizei“ aufräumen zu müssen (S. 165). Seine Kritik spürt tatsächlich fehlerhafte Überzeichnungen auf und ist insofern berechtigt. Seine differenzierenden Urteile über die Rolle einzelner Elemente des Apparates bereichern die NS-Forschung in erheb-

lichem Maße. Seinem Versuch aber, mit Hilfe seiner mehr quantitativen Analysen, die die bisherigen Kenntnisse über die tatsächlichen Zahlen von Geheimpolizisten und Denunzianten sowie von Verhaftungsaktionen usw. als falsch erscheinen lassen, das terroristische Wesen der NS-Herrschaft zu relativieren und die Effizienz ihrer Gewaltausübung zu bestreiten, sollte widersprochen werden.

Das Problem des nationalsozialistischen Terrors und seiner Wirkungen läßt sich nicht auf die Frage reduzieren, ob die Allmacht der Gestapo so groß, wie bisher behauptet, oder etwas weniger groß gewesen sei. Jede „Historisierung des Nationalsozialismus“, um die sich Mallmann so angestrengt bemüht, bedarf nach Ansicht des Rez. noch weiterer, umfangreicher Fragestellungen: Beruhte die Wirkung der Gestapo (die allzuhäufig als Symbol des gesamten Unterdrückungsapparates gesehen worden ist) nicht vor allem auch darin, daß sie gegenüber früheren politischen Polizeien nicht nur etwas „normal“ Neues, sondern etwas völlig Neuartiges verkörperte? In welche Phase des sich entwickelnden Terrorsystems gehören die vom Verf. meistens nur unter systematisierten Aspekten angeführten Beispiele? Müßte nicht dem Prozeß der „kumulativen Radikalisierung“ größere Aufmerksamkeit gewidmet werden, weil er selbst zum Wesen jeder Diktatur gehört und sich nicht allein aus strukturellen Defiziten der Gestapo sowie aus deren Tendenz, „den Gegner gewissermaßen zur synthetisch erzeugten Kunstfigur“ zu machen (S. 266), erklären läßt? Inwieweit erklärt sich die furchtbar breite Denunziationsbereitschaft nicht gerade aus dem Gesamtcharakter des Regimes, aus dem funktionierenden Zusammenspiel von tatsächlicher Verfolgung und angsteinflößender Alltagsgewalt, von propagandistischer Manipulation, von Verführung und Verführbarkeit, von neuen sozialen Chancen und bislang kaum vorhandener sozialstruktureller Mobilität, von konsensbildenden Wirkungsfaktoren der nationalistisch-rassistischen Volksgemeinschafts-Ideologie, von massenhaftem Erfaßtsein in den NS-Organisationen, in deren unmittelbarer alltäglicher Tätigkeit sich vielfach der Bogen zur hypertrophierten Gewaltanwendung des Regimes schloß?

Es reicht wohl auch nicht aus, verabsolutierende Urteile zu fällen wie die, daß die Gestapo „ohne das Heer der freiwilligen Zuträger ... nahezu blind gewesen“ wäre (S. 241), daß die Beamten der Gestapo den Terror nur „verwalteten“, während die Initiative vorrangig von unten ausgegangen sei (S. 245), daß „oppositionelle Regungen und Aktionen der Arbeiterschaft ... in der Regel aus den eigenen Reihen liquidiert“ worden wären (S. 245), daß der SD „wider Willen auf das Gebiet der bloßen Meinungsforschung abgedrängt“ worden sei (S. 272). Gegenüber solchen überspitzten Formulierungen erheischt dennoch die dem Band zu verdankende Erkenntnis berechnete, wenn auch bittere Zustimmung: „Die Maschinerie, die unaufhaltsam und ungerührt Tod produzierte, war auf die Zuarbeit der Bevölkerung nicht nur fundamental angewiesen, sie besaß auch erhebliche gesellschaftliche Akzeptanz.“ (S. 318) Nach den tieferen Ursachen dieser Akzeptanz des „Staatsterrors, der damit durchaus plebiszitäre Züge trug“ (S. 423), sowie nach denen der teilweisen „Nichtdurchsetzung des Nationalsozialismus“ (S. 399) wird leider zu wenig gefragt. Vielleicht bedarf es dazu tatsächlich erst „weiterer systematisch angelegter komparativer Lokal- und Regionalstudien“, wie die Verf. abschließend (S. 427) fordern.

Deutsche Literaturzeitung für Kritik der internationalen Wissenschaft. Hrsg. im Auftrage der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 113, Heft 11/12 – November/Dezember 1992, Spalte 745-749.

Die Partei des Schreckens

Vor 60 Jahren: Der Aufstieg der NSDAP zur Massen Partei / Verführung über soziale Korrumpierung und national-rassistische Ideologie

Als vor nunmehr 60 Jahren Hitler als Chef der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ zum Kanzler des Deutschen Reiches berufen wurde, nahm das größte Verhängnis in der bisherigen Geschichte der Deutschen seinen Lauf. Jeder weiß, wohin die damaligen Entscheidungen (un)verantwortlicher Politiker sowie das Verhalten eines großen Teils des deutschen Volkes geführt haben: Dem 30. Januar 1933 folgten die Abschaffung der letzten demokratischen Weimarer Grundrechte, die Verbote zunächst der proletarischen, bald die aller anderen Parteien, der Aufbau eines braunen Diktaturregimes, die Errichtung von Konzentrationslagern, der Erlass der berüchtigten Nürnberger Gesetze, die „friedliche“ Annexion Österreichs und anderer europäischer Gebiete, der Pogrom vom 9. November 1938 und schließlich der 1. September 1939, der 22. Juni 1941, der 8. Mai 1945.

Terrorismus als oberste Doktrin

1933 kam der „Führer“ einer Partei an die Macht, die ihre Parolen und Konzepte aus militant-nationalistischer Überheblichkeit und völkisch-rassistischem Ungeist geschöpft, die den Terrorismus zur obersten politischen Doktrin erhoben hatte. Am 30. Januar 1933 übernahm jene Partei die Regierungsgewalt, in deren 25-Punkte-Programm nicht nur die Revision der Grenzen von 1914, sondern darüber hinaus der „Zusammenschluß aller Deutschen... zu einem Großdeutschland“ sowie der Erwerb von „Land und Boden (Kolonien)“ gefordert wurde. Unmißverständlich hatten die Nazis auch ihre Absicht angekündigt, „Nicht-Deutsche“, also Ausländer schlechthin, insbesondere aber die jüdischen Menschen unter diskriminierende Sondergesetze zu stellen, ihnen jede öffentliche Anstellung in Reich, Ländern und Gemeinden zu verweigern, ihnen die Existenzgrundlagen zu entziehen und sie aus dem Reichsgebiet zu vertreiben. Im Parteiprogramm hieß es unverblümt: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.“ Und ebenso offen hieß es hier: „Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen ... Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.“

Hitler war an der Ausarbeitung dieses unheilverheißenden Programms, das Ausländer zum willkommenen Sündenbock- und Aggressionsobjekt erhob, selbst nicht beteiligt gewesen. Er hat es am 24. Februar 1920 lediglich verkündet. Nachdem er eineinhalb Jahre später zum Parteivorsitzenden gewählt worden war, ist es durch ihn jedoch ausführlich begründet, vertieft und ausgebaut worden. Hitler war es auch, der es mit allen Mitteln durchzusetzen versuchte, bis zum bitteren Ende ...

Jede Bilanz zur Geschichte der NSDAP, zum Wirken ihrer Führer und Mitglieder sowie zur historischen Verantwortung ihrer Anhänger und Wähler reicht weit über die zwölf der geplanten tausend Jahre und auch über die 25 Jahre ihrer Existenz hinaus. Sowohl die Ursachen ihrer Entstehung und ihres Aufstiegs in den Jahren der großen Weltwirtschaftskrise als auch die Folgen ihrer zeitweiligen Siege über die anti- und nichtfaschistischen Kräfte in Deutschland und in Europa betreffen das ganze 20. Jahrhundert. Anders ist die historische wie auch – im Wortsinne – brennend aktuelle Frage, wie die NSDAP vom Ende der 20er bis in die Mitte der 40er Jahre – trotz eines eigentlich für jedermann erkennbaren völkisch-rassistischen Programms, trotz ihrer Militanz und ihres Terrorismus – den Zuspruch der Deutschen wie keine andere Partei erlangen konnte, nicht zu beantworten.

In der Parteiengeschichte nimmt sie einen einzigartigen Platz ein. Sie hatte nicht nur Massenzulauf wie keine andere Partei – am Ende sollen 10 Millionen Deutsche allein in ihren Reihen erfaßt gewesen sein; dazu kamen noch Millionen und aber Millionen in den Gliederungen bzw. in den sogenannten angeschlossenen Verbänden. Sie war eine Partei des erbarmungslosen Hasses auf Anders-

denkende und andersartige Menschen wie keine andere. Sie war eine auf den Krieg orientierte Partei wie keine andere. Das Ausmaß ihrer politischen und territorialen Forderungen gegenüber anderen Völkern war so extrem hoch, wie man es bei keiner anderen Organisation kennt. Die skrupellose Bereitschaft zum Einsatz aller legalen und illegalen Mittel, aller möglichen und erdenklichen Methoden, einschließlich auch der trickreichsten und verbrecherischsten, prägte ihren Weg. Schließlich besaß sie auch ein so weitläufiges Organisationssystem wie keine andere, und selbst ihr „Führer“ Adolf Hitler sowie eine ganze Schicht machtbesessener beutegieriger Politiker an dessen Seite lassen sich nicht mit jenen gleichsetzen, die ebenfalls Diktatoren und Verbrecher genannt zu werden verdienen.

Es gibt vor allem keine andere Partei, die so eng wie die NSDAP mit den beiden mörderischen Weltkriegen dieses Jahrhunderts verknüpft ist. Darüber hinaus war es auch ihr Erbe, um das es im berüchtigten Kalten Krieg zwischen den ehemaligen Partnern der alliierten Front gegen den faschistischen Mächteblock ging. Und heute scheinen ihr Programm, ihre Symbole und Traditionen Wiederauferstehung zu feiern. „Kalte“ Nachkriegs-Sieger versuchen erneut die Geschichte des „Nationalsozialismus“ zu verharmlosen und für neuerliche parteienegoistische Zwecke zu instrumentalisieren.

Doch keine noch so geschickt gewebte Tarnkappe kann die totale Friedlosigkeit, ja ausgesprochene Friedensfeindlichkeit, das gewalttätige, kriegerische Wesen der NSDAP verschleiern. Diese kamen nicht nur in ihrem Programm zur Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges zum Ausdruck, sondern vor allem in den wahnwitzigen Plänen zur Errichtung einer großgermanischen und rassenideologisch begründeten deutschen Weltherrschaft. Sie reichten von einer erbarmungslosen Kriegsideologie bis zu den erbärmlichsten Kriegsverbrechen, die im Namen der Deutschen begangen worden sind. Sie offenbarten sich in den innerparteilich-hierarchischen Organisationsstrukturen der NSDAP ebenso wie in den Prinzipien, auf deren Grundlage nach dem 30. Januar 1933 das nazi-faschistische Herrschaftssystem aufgebaut worden ist.

Brutalisierung der gesamten Politik

Diese Partei entstand aus dem Ersten Weltkrieg heraus, der zu einer allgemeinen Verstärkung von Gewaltbereitschaft auch im zivilen Leben der Gesellschaft geführt hatte. Die NSDAP erhob ins Extrem, was sich in allen politischen Auseinandersetzungen nach 1918 als eine gegenüber früheren Zeiten gewachsene Militanz und Intoleranz zeigte. Der Erste Weltkrieg hatte eine mehr oder weniger große alltägliche Entmenschlichung bewirkt. Leben und Tod wurden von vielen geringgeschätzt. Es wuchs die Gewöhnung an scheinbar Unvermeidliches, das man vier Jahre lang Tag für Tag, Nacht für Nacht erlebt hatte. In den Vordergrund ideeller Werte-Kataloge traten der Mythos des Opfers und ein Kult um die im militärischen Einsatz Gefallenen. Obwohl sich gegen diese Tendenzen der Geist eines demokratischen Humanismus erhob (was militante Auseinandersetzungen in dessen eigenen Reihen überhaupt nicht ausschloß), muß dem amerikanischen Historiker George L. Mosse weitgehend zugestimmt werden, wenn er für die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen von einer allgemeinen „Brutalisierung der Politik“ spricht und erklärt: „Der Krieg wurde zum Bestimmungselement für das normale Leben...“

Auch vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund ist die Entstehung der NSDAP zu sehen. Auf diesem Nährboden vollzogen sich ihre Entfaltung und ihr „Aufstieg“ zur größten deutschen Massenpartei. Dabei war sie zunächst nur eine unter den zahlreichen rechtsextremistischen, völkisch-nationalistischen und rassistisch-antisemitischen Organisationen. Insgesamt hatten sich in den Anfangsjahren der Weimarer Republik mehrere Hundert von ihnen formiert. Da gab es beispielsweise die Deutschvölkische Freiheitspartei, den Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, die Deutschsozialistische Partei (aus ihr kam übrigens der berühmte Antisemit Julius Streicher), der Alldeutsche Verband sowie paramilitärische Verbände aller Art. Diese besaßen sogar erheblich höhere Mitglieberscharen und mehr Einfluß. Sie propagierten ebenfalls ein antiparlamentarisches und militant-rassistisches Programm. Auch sie verfügten über große Geldmittel und geeignete Anwärter auf „Führer“-Positionen. Doch gelang ihnen kein Durchbruch. Im Gegenteil. Im Laufe weniger Jahre

wanderten ihre Mitglieder und Anhänger zur NSDAP, die alles in sich aufzusaugen vermochte, was sich damals am rechten Rand der deutschen Gesellschaft tummelte.

Der NSDAP kam ein komplexes Bedingungsgefüge von innen- wie außenpolitischen Ereignissen, von wirtschaftlichen, politischen, sozialen und ideologischen Erscheinungen, die allesamt die Lebenssituation vieler Menschen in der Weimarer Republik arg beeinträchtigten, entgegen. Ein allgemeiner Parteienverdruß und die vielgestaltigen Krisen der Weimarer Demokratie boten einen ergiebigen Boden für das Aufgehen der braunen Saat, die der Nationalismus mit seinen Versprechungen und Verheißungen ausstreute. Und im Gegensatz zu anderen Parteien verfolgte die Nazipartei ihre Ziele – Großdeutschland, erobeter und kolonialisierter „Lebensraum im Osten“ und „deutsche Größe“ über allem in der Welt – am konsequentesten. Sie schien nicht zu schwanken, anders etwa als die Deutschnationale Volkspartei, die 1924 durch ihr Verhalten im Reichstag die Annahme des von allen Rechten strikt bekämpften Dawes-Plan ermöglicht hatte. Sie schien ohne Kompromisse auskommen zu können und auch nicht in die Mißhelligkeiten des Parlamentarismus der Weimarer Republik verwickelt zu sein. So konnte sie sich über andere Gruppierungen im rechten Lager erheben, getragen von toleranter Duldung und erheblicher Unterstützung, von eigenem unermüdlichen Aktionismus sowie von einem verführerisch aufgeblasenem Bild „des Deutschen“ und seiner angeblich entscheidenden Rolle in der Welt.

Auf Kosten anderer zur Weltmacht

Für ihre Ziele, die manchem Zeitgenossen lediglich eine begrüßenswerte Neuauflage des früheren Kampfes um einen Platz Deutschlands „an der Sonne“ erschienen, sowie für die als Zeichen der Stärke gedeutete Kompromißlosigkeit gab es heimlichen und offenen Beifall, stillschweigende Duldung, förderliche Zustimmung und Ermunterung. Unterstützung – auch finanzielle – kam aus den Reihen zahlreicher Industrieller, Bankiers, Großgrundbesitzer, Militärs und ebenso von vielen deutschnational bzw. nationalistisch-begrenzt denkenden Menschen aus anderen sozialen Schichten und Gruppen. Verbote blieben unwirksam, da sie oft nur halbherzig ausgesprochen, in der Regel vorher angekündigt und kaum in enger Verbindung mit anderen notwendigen Maßnahmen praktiziert wurden. Je größer die Enttäuschung über andere Parteien und Politiker wurde – und dazu gab es in der Weimarer Republik viel Anlaß –, desto bereitwilliger wurden auch die Mittel und Methoden akzeptiert, die die Nazipartei zur Erreichung ihrer nationalistischen und sozialpolitischen Ziele anbot. Und umgekehrt: Je erfolgreicher die NSDAP auf der politischen Bühne agieren konnte, desto höher schraubten sich die Vorstellungen ihrer Führer und Mitglieder von jenem Deutschland, das sie von Marxisten und Juden zu „befreien“ sowie von parlamentarischer Demokratie und Korruption zu „reinigen“ gedachten, in dem es keine Arbeitslosigkeit und kein soziales Elend mehr geben sollte, das sie auf Kosten anderer Völker zur Weltmacht erheben wollten.

Anders, ja geradezu neuartig war auch ihr Versuch, mit den Massen und als „Partei der Massen“ Politik für Ziele betreiben zu wollen, die eigentlich nicht mit deren Lebensinteressen übereinstimmen konnten. Eine krieglerische Revision des Versailler Friedensvertrages war ohne die Bereitschaft einer großen Bevölkerungsmehrheit, einen neuen Krieg zu dulden oder sogar an ihm aktiv mitzuwirken, undenkbar. So betrieb die NSDAP von Anfang an eine Politik, bei der ihr Blick stets auf die Machbarkeit eines kommenden Krieges, aber auch auf seine Akzeptanz durch die Massen gerichtet war.

Nachdem sich die NSDAP – auch dank des Einflußverlustes der traditionellen Rechtsparteien – eine große, stabil erscheinende und ausbaufähige Massenbasis zu schaffen vermocht hatte, konnte sie zum ausschlaggebenden Faktor bei der Zerstörung der Weimarer Republik werden. Je erfolgreicher sich die Nazipartei auf diesem Gebiet propagozierte, desto größer wurden tatsächlich die Möglichkeiten ihrer Führung und vor allem auch ihres „Führers“, dem Ablauf des Geschehens, dem konkreten Leben der deutschen Gesellschaft ihren eigenen Stempel aufzuprägen. Dieser Partei boten sich so ein zunächst wachsender Spielraum und eine große taktische Manövrierfähigkeit bei der Realisierung ihrer Ziele.

Nach dem 30. Januar 1933 entwickelte sich die NSDAP sehr rasch aus einer Regierungspartei in eine diktatorische Staatspartei. In ihr verkörperte sich nun eine parteipolitische Spitze, eine neue Art von gesellschaftlicher Dachorganisation für das gesamte Herrschaftssystem. Sie war damit zu einer integrativen Nahtstelle, zu einem Verbindungsstück zwischen den verschiedenen Bestandteilen des Machtapparates geworden. Ohne die NSDAP konnte dieser nicht funktionieren.

Nach 1933 führten die rabiate Ausschaltung aller oppositionellen Kräfte und die trickreiche „Gleichschaltung“ der bürgerlichen Parteien, die weitgehende Zentralisierung des verbleibenden Organisationswesens sowie die vollständige Durchsetzung des antidemokratischen Führer-Gefolgschafts-Prinzips zu einer bis dahin unbekannten, von Terror und nationalistisch-rassistischer Ideologie, von sozialer Korruption und einem hohen Maß an Organisiertheit gestützten Möglichkeit der Massenmanipulation. Damit erhöhten sich – wenngleich für eine historisch kurze Frist – die innen- und außenpolitischen Potenzen der herrschenden Kreise in erheblichem Maße. Damit erhöhte sich auch die Eigenständigkeit der nazifaschistischen Organisationen gegenüber anderen, auch gegenüber traditionellen Bestandteilen des Herrschaftssystems.

Die unheilige Dreieinigkeit

Ihre eigentliche Bedeutung innerhalb des faschistischen Regimes erlangte die NSDAP vor allem dadurch, daß mit ihrer Hilfe die traditionellen gesetzlichen und moralischen Schranken der bisherigen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft aufgebrochen und durch eine bürokratisch perfektionierte Willkür ersetzt werden konnten. Sie war es, die dem Regime eine Alltäglichkeit verlieh.

Die erst 1935 offiziell fixierte Struktur des nazistischen Organisationsapparates entstand weniger im Ergebnis einer klaren und konsequent durchgesetzten Konzeption. Sie resultierte vielmehr aus dem innerparteilichen Kräfteverhältnis, das in der Konsolidierungsphase der Diktatur dominierte. Sie schrieb lediglich fest, was bis dahin von den einzelnen Organisationen hinsichtlich ihrer rechtlichen, insbesondere aber hinsichtlich ihrer finanziellen Unterstellungsverhältnisse erreicht worden war.

Sieben Organisationen wurden der NSDAP direkt als deren „Gliederungen“ zugeordnet: das waren SA, SS, HJ, das Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps, der Nationalsozialistische Deutsche Dozentenbund, der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund und die Nationalsozialistische Frauenschaft. Acht weitere Organisationen galten nunmehr als „angeschlossene Verbände“ der Naziartei: die Deutsche Arbeitsfront, die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, die Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung, der Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund, der Nationalsozialistische Lehrerbund, der Nationalsozialistische Rechtswahrerbund, der Nationalsozialistische Bund Deutscher Technik und der Reichsbund der Deutschen Beamten. Kurze Zeit später erfolgte die Rubrizierung zahlloser Vereine usw. als von der NSDAP „betreute Organisationen“.

All das war widersprüchlich, situationsgebunden und geeignet, die alltäglichen Kompetenzrängeleien der führenden Nazis auf allen Ebenen erheblich zu fördern. Und dennoch war die unmittelbare Geschichtswirksamkeit der nazistischen Organisationen und ihrer Mitglieder insgesamt größer, als es die aller Parteien, Verbände, Vereine usw. im parlamentarischen System der Weimarer Republik hatte sein können. Die unheilige Dreieinigkeit von offenem Terror, nationalistisch-rassistischer Ideologie und sozialer Erfolgsbestechung fand eine alles überwölbende und zugleich durchdringende Ergänzung durch die faschistischen Organisationsprinzipien der NSDAP.

Solches hatte Hitler offensichtlich im Sinne, als er am 2. Februar 1934 in einer Zusammenkunft der NSDAP-Gauleiter die wesentlichsten Aufgaben der nationalsozialistischen Partei deklarierte: „1. Für die beabsichtigten Maßnahmen der Regierung das Volk aufnahmefähig zu machen, 2. angeordneten Maßnahmen der Regierung im Volk zur Durchsetzung zu verhelfen, 3. die Regierung in jeder Art und Weise zu unterstützen.“ Gerade zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele sei es „notwendig, das ganze Volk hypnotisch hinter sich zu haben.“ Hitler fügte dem hinzu: „Die ganze Nation muß geradezu mit Sportgeist, mit Spielerleidenschaft an diesem Kampf interessiert sein; dies ist notwendig. Nimmt die ganze Nation an dem Kampfe teil, so verspielt (im Falle der Niederlage, M. W.)

auch sie. Ist sie desinteressiert, verspielt nur die Führung. In einem Fall entsteht eine Wut des Volkes über den Gegner, im anderen über den Führer.“

Zahlreiche Äußerungen faschistischer Politiker belegen, daß diese 1938/39 das Resultat ihrer Anstrengungen zur Mobilisierung der Massen für den Krieg immer noch als unzureichend und unbefriedigend einschätzten. Ganz offensichtlich war es ihnen noch nicht gelungen, ihre eigene Friedlosigkeit als alleinige Grundlage allen Denkens und Handelns in Deutschland durchzusetzen. Tatsächlich existierte eine Stimmung im deutschen Volk, die als ein widersprüchliches Gemisch aus Friedensgläubigkeit und Kriegsangst, von völligem Einverständnis mit der als friedfertig betrachteten Außenpolitik und einer Hoffnung auf weitere „großdeutsche“ Eroberungen ohne Krieg zu bezeichnen wäre. Da solche Stimmungen weder präzise bewertet noch ihre Entwicklungsrichtungen genau bestimmt werden konnten, breiteten sich in der NSDAP-Führung Unsicherheiten aus. Mit dem wachsenden Tempo ihrer kriegsentsesselnden Politik nahm auch eine pragmatisch-kurzatmige Hektik in der offiziellen „Mobilisierung“ der Parteigelegschaft für den Krieg zu.

Eine Front gegen das eigene Volk

Als schließlich der neue Krieg vom Zaun gebrochen war und sich alle Befürchtungen, man werde die Massen nicht so ohne weiteres zum bedingungslosen Marschieren bringen, als unbegründet herausgestellt hatten, konnte das Führungskorps der NSDAP endlich in aller Öffentlichkeit bekennen, eine Partei des Krieges für den Krieg zu sein. Robert Ley, seines Zeichens Reichsorganisationsleiter der NSDAP und Chef der Deutschen Arbeitsfront, plauderte im September 1939 freimütig aus, die Partei sei von Hitler in erster Linie aus der „Erkenntnis“ heraus geschaffen worden, daß ein moderner Krieg keineswegs „nur eine Angelegenheit der Soldaten“ sein werde. Er postulierte die Notwendigkeit einer „inneren Front“ und verstand die NSDAP als stärkendes und schützendes „Rückgrat“ dieser Front in der Heimat – einer Front, die sich – wie konnte es anders sein – letztlich nur noch gegen das eigene Volk kehrte.

Neues Deutschland, Dienstag, 12. Januar 1993, S. 14.

Frick – nur ein treuer Beamter?

Wilhelm Frick, der von 1933 bis 1943 dem Reichsinnenministerium vorstand, galt als versierter Verwaltungsjurist, aber auch als einer der führenden Köpfe der Nazipartei. Am 12. März 1877 im pfälzischen Alsenz als Sohn eines Lehrers geboren, hatte er in München, Göttingen und Berlin Jura studiert. Nach der 1901 in Heidelberg erfolgten Promotion begann seine Laufbahn, die schreckliches Unheil über viele Menschen in Deutschland und Europa bringen sollte.

Offiziell trat er der NSDAP erst 1925 bei; er hatte sie jedoch bereits von 1919 bis 1921 als Leiter der Politischen Polizei in München kräftig unterstützt. Seine Putschbeteiligung am 9./10. November 1923 führte zu einer Strafe von einem Jahr und drei Monaten Festungshaft, die er – wen wundert's – nicht anzutreten brauchte. Beruflich war er von 1926 bis zum Januar 1930 und 1932/33 als Beamter beim Obergewerbegericht München tätig. Auch hier regte sich nichts gegen seine politischen Aktivitäten. Bereits 1924 gelangte er für die NSDAP in den Reichstag. Als die Nazis erstmalig an einer Landesregierung beteiligt wurden, avancierte Frick zum Thüringischen Innen- und Bildungsminister (1930/31). Dem Kanzler Hitler stand er schließlich als treuer Minister zur Seite. Er spielte eine einflußreiche Rolle bei der Konsolidierung des staatlich-bürokratischen Terrorismus, war an der Gesetzgebung zum „Neuaufbau des Reiches“ (so der Titel einer seiner Schriften), an der rassistisch-antisemitischen Judenverfolgung sowie an der formellen Eingliederung annektierter Gebiete führend beteiligt. Hitler, der bekanntlich für Juristen kaum etwas übrig hatte, machte bei Frick eine Ausnahme. Am 4. Februar 1938 ernannte er ihn zum „Generalbevollmächtigten für die Verwaltung des Reiches“. Darüber hinaus war Frick; Mitglied des Reichsverteidigungsrates und für den Einsatz deutscher Beamter in den okkupierten Ländern zuständig. Ihm unterstanden in Deutschland auch jene Einrichtungen, in denen etwa 275.000 kranke und für „lebensunwert“ erklärte Menschen ermordet wurden. 1943 mußte er seinen Platz für Himmler räumen, als die offene Krise des Regimes ein noch größeres Maß an Skrupellosigkeit und Flexibilität forderte, als sie Frick aufzubringen vermochte. Danach trug er noch bis 1945 als „Reichsprotektor“ die Verantwortung für die Ausplünderung Böhmens und Mährens. Der Internationale Militärgerichtshof verurteilte ihn als Kriegsverbrecher zum Tode. Die Hinrichtung erfolgte am 16. Oktober 1946.

Neues Deutschland, 23./24. Januar 1993, S. 13.

Fremden- und Feindbilder nach dem 30. Januar 1933 in Deutschland

Angesichts brennender Aktualität geschichtlicher Erfahrungen sollte heute auch nach dem Platz des 30. Januar 1933 in der Geschichte von Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit gefragt werden. Wir wissen viel, wenngleich immer noch nicht genug über deren schlimmen Folgen für die jüdischen Menschen im faschistischen Deutschland und im okkupierten Europa, über die Entfaltung des barbarischen Rassen-Antisemitismus bis hin zum Holocaust, über den Vernichtungsterror gegen Sinti und Roma, über die brutalen Aktionen gegen Polen, Russen usw. usf. Wir wissen jedoch nach meiner Auffassung immer noch zu wenig über die sozialpsychischen Aspekte und Wirkungen des deutschen Nationalismus, über den chauvinistisch-expansionistischen Größenwahn, der einen großen Teil des deutschen Volkes erfaßt hatte und dadurch die Realisierung der nationalsozialistischen Völkermord-Absichten ermöglichte.

Daher stellen sich heute, 60 Jahre nach dem 30. Januar 1933 hinsichtlich unseres Themas insbesondere Fragen nach den adäquaten bzw. nach den gegenläufigen Denk- und Verhaltensstrukturen in der deutschen Bevölkerung, nach den jeweiligen Veränderungen in der gesellschaftlichen Akzeptanz des allgemeinen Fremdenbildes und des Bildes von sich selbst sowie nach der Mutation von Fremdenbildern in ausgesprochen gewaltmotivierende Feindbilder. Zu solchen Fragen gehört auch die, ob es damals so etwas wie eine „Wende“ gegeben hat, und wenn ja, wie diese hinsichtlich ihrer Ursachen und ihrer Entfaltungstendenzen zu deuten wäre; wenn nein, ob man dann nicht die zweifellos spezifisch nazistische Ausländerfeindlichkeit als schlichten, wenn auch weit überzogenen Ausfluß von generell vorhandenen fremdenfeindlichen Grundstimmungen im deutschen Volk interpretieren müßte? Wenn nein, wäre dann das, was die Nazis auf diesem Gebiet „leisteten“, lediglich als ein populistischer Nachvollzug und ein bloßer Indikator für kontinuierlich-unterschwellig, mehr oder weniger dumpfen, aber stets großmachtorientierten deutschen Nationalismus zu bewerten? Oder benötigte das braune Diktaturregime doch eher eine erst herzustellende „kochende Volksseele“, eine stimulierende und manipulierende Schützenhilfe für seine Politik?

Um solche und andere Fragen wenigstens im Ansatz beantworten zu können - zu mehr bietet die Gelegenheit eines Diskussionsbeitrages ohnehin nicht -, will ich hier zunächst einen Blick auf Hitlers „Bild“ von England werfen und mich dann hauptsächlich dem Rußlandbild der NSDAP zuwenden. Beide „Bilder“ stehen für allgemeine Probleme meines Themas und sind selbstverständlich aufs engste mit deren Antisemitismus verflochten, beide von Fremdenhaß und strikter Feindseligkeit einerseits und übergroßer Selbstliebe andererseits geprägt. Karl Kraus hat übrigens diesen Zusammenhang im Jahre 1933 mit der Frage angesprochen, „... ob sich die ungeheure Erfüllung des Gebots ‚Deutschland erwache!‘ so reibungslos vollzogen hätte, wenn ihm nicht die einfachere Weisung ‚Juda verrecke!‘ angeschlossen und unmittelbar befolgt worden wäre“?¹

Nun zum Englandbild, das m. E. in der Erinnerung vieler allzu sehr an das schlimme Wort von „perfiden Albion“ gebunden erscheint. Vielleicht ist zu wenig bekannt, in welchem hohem Maße die britische Kolonialpolitik Hitlers Machtstreben als beispielgebendes Leitbild diente. Das letztlich auch gegen England gerichtete Fremdenbild verwob sich allerdings so eng mit der Frage, wie denn Deutschlands neue „Größe“ in der Welt erreicht werden könne. Das „Vorbild“ England galt daher lediglich als ein Argumentationsfeld für den Weg zu einer erfolgreichen deutschen Weltmachtpolitik. Während Hitler in „Mein Kampf“ den deutschen Vorkriegspolitikern unterstellte, sie hätten „der bisherigen Gewaltpolitik ein für allemal das Genick brechen“ wollen und mit dem Gerede von einer wirtschaftsfriedlichen Eroberung der Welt den „größte(n) Unsinn ... zum leitenden Prinzip der Staatspolitik erhoben“, bewunderte er als Staatskunst der Engländer, daß diese mit „größter Brutalität“ ihre wirtschaftlichen Eroberungen „mit dem Schwerte ... vorbereitet und später verteidigt“ hätten. In diesem Sinne formulierte Hitler als ein militaristisches Credo: „England besaß immer die Rüstung, die es eben nötig hatte. Es kämpfte immer mit den Waffen, die der Erfolg verlangte. Es schlug sich mit Söldnern, solange Söldner genügen; es griff aber auch tief hinein in das wertvolle Blut der ganzen Nation, wenn nur mehr ein solches Opfer den Sieg bringen konnte; immer aber blieb die Entschlos-

¹ Karl Kraus: Die Dritte Walpurgisnacht, München 1952, S. 16.

senheit zum Kampf und die Zähigkeit wie rücksichtslose Führung desselben die gleiche.“² Das eigene Ziel wurde nicht thematisiert, sondern stillschweigend vorausgesetzt. Alle Überlegungen galten einzig und allein der Frage nach dem Weg, auf dem man am besten dahin gelangen könne.

Das Bild der Nazis von den Engländern war also durchaus kein ausschließliches Feindbild. Erst später geriet es dazu, als seine „Vorbild-Funktion gewissermaßen überflüssig geworden war und durch das antiplutokratische Zerrbild der Kriegszeit ersetzt wurde. Anders verhält es sich dagegen mit dein Bild vom französischen „Erbfeind“, erst recht mit dem Bild von den fremden Slawen im Osten, insbesondere von den Russen, das von Anfang an ein Feindbild gewesen ist. Allein dieser Unterschied läßt bereits eine *erste* wichtige Schlußfolgerung für unser Thema zu: Auch die nazistischen Fremden- und Feindbilder unterlagen einer geschichtlichen Entwicklung, wobei sie weder an sich oder für sich allein existierten; sie standen stets in einer untrennbaren Verknüpfung mit den politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Zielsetzungen, die ihrerseits aus dem Bild von sich selbst und von der deutschen „Rolle“ in der Welt resultierten.

Welche Ziele hinsichtlich der Russen gemeint waren, sei an ein paar Zitaten erläutert. So teilte z. B. ein Kriegsberichterstatte am 3. Oktober 1941 voller Empörung aus Kiew mit, es sei buchstäblich „... das Nichts, das leere, unfruchtbare Nichts“, das die russischen Machthaber den deutschen Eroberern als Vermächtnis hinterlassen hätten. Seiner ausführlichen Beschreibung der schlimmen Zustände in der Stadt am Dnjepr ließ er einen aufschlußreichen Stoßseufzer folgen: „Wenn hier Deutsche wohnten, wie schön könnte diese Stadt sein, vielleicht eine der schönsten in ganz Europa. Aber es wohnen nur armselige, gedrückte und zerlumpete Menschen darin.. Was sollten also wohl diese verkümmerten Seelen anfangen mit der schönen weißen Stadt Kiew?“³

Mit einem ähnlichen Konjunktiv – und ganz im Sinne seiner wahnhaft verfolgten Idee, das deutsche Volk könne einzig und allein auf eine zufriedenstellende Zukunft hoffen, wenn es sich genügend großen „Lebensraum im Osten“ erobert – war Hitler auf dein Reichsparteitag der NSDAP im Jahre 1936 aufgetreten. Ausgerechnet in seiner der Sozialpolitik gewidmeten Rede vor der DAF hatte er formuliert: „Wenn der Ural mit seinen unermesslichen Rohstoffschätzen, Sibirien mit seinen reichen Wäldern und die Ukraine mit ihren unermesslichen Getreideflächen in Deutschland lägen, würde dies unter nationalsozialistischer Führung im Überfluß schwimmen ... jeder einzelne Deutsche würde mehr als genug zu leben haben.“⁴

Offen war damit verkündet, was vor 1933 – nicht ohne Mühe – in der NSDAP an rußlandpolitischen Gedanken bereits hatte festen Fuß fassen können. Verkündet war, was am 3. Februar 1933 lediglich den Herren von der Reichswehr-Führung vertraulich als Programm der neuen Regierung mitgeteilt worden war: „Lebensraum im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung.“⁵

Wir kennen das Ergebnis, jenes barbarische Besatzungsregime, das mit keinem anderen während des Zweiten Weltkrieges verglichen werden kann. Aber darüber hinaus wissen wir ja leider auch, daß es von großen Teilen der Hitlerschen Gefolgschaft nicht nur akzeptiert, sondern bereitwillig praktiziert worden ist. Hier öffnet sich ein breites Forschungsfeld, denn noch längst nicht sind wir ausreichend darüber informiert, wie es dazu kommen konnte. Aus meiner Sicht war dies in erster Linie auch eine Folge der Akzeptanz des Gedankens vom schönen, reichen und begehrenswerten Land der Russen und von deren nichtarischer Minderwertigkeit, d. h. dies war das Produkt eines Gedankens, der sich eng, nahezu unauflöslich mit der rassistischen Ideologie des deutschen Faschismus sowie mit dessen extrem militanten Antibolschewismus verknüpft hatte.

In kolonialpolitischer Begehrlichkeit und in der Bereitschaft zu terroristischer Unmenschlichkeit bündelte sich das nationalsozialistische Bild vom Fremden und vom Feind im Osten. Es handelte

² Adolf Hitler: Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe. 390/394. Auflage, München 1939, S. 158.

³ Völkischer Beobachter, Norddeutsche Ausgabe, 3.10.1941.

⁴ Reden des Führers auf dem Parteitag der Ehre 1936. München 1936, S. 54.

⁵ Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935. Hrsg. von Wolfgang Ruge und Wolfgang Schumann. Bearb. von Kurt Pätzold unter Mitarbeit von Kristina Shabaviz, Berlin 1977, S. 23 f.

sich dabei sowohl um weit verbreitete, traditionell abschätzige Auffassungen über andere Völker als auch um die Feindseligkeit gegenüber dem Geist der Aufklärung und diesem entstammender ausländerfreundlicher, darunter auch slawophiler Strömungen. Die maßlos überzogenen nationalistischen und rassenideologisch-antisemitischen Wahnvorstellungen potenzierten sich vor allem dank jenes unbändigen Dranges nach deutscher „Weltmacht-Position, die sich damals in der Forderung nach einem größeren deutschen „Lebensraum“ entäußerte.

Alles in allem: Es handelte sich um ein großmachtbesessenes Mixtum compositum, um ein Feindbild-Konglomerat, das sich in erbarmungsloser Konsequenz gleichermaßen gegen „slawische Untermenschen“, „asiatische Horden“ sowie gegen den „jüdischen Bolschewismus“ richtete. Die radikalisierende Bündelung aller rassistischen Quellen und Traditionen zu einem haßerfüllten, destruktiven und militantem Feindbild sowie die brutale Konsequenz in dessen weltanschaulich-propagandistischer Handhabung bedeuteten eine qualitativ völlig neue Stufe in der allgemeinen Geschichte des „negativen“ Denkens über andere Länder und andere Völker.

Für die Zeit unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 lassen sich relativ wenig Veränderungen in den Denk- und Verhaltensstrukturen der Massen feststellen. Die nazistische Propaganda zeitigte eigentlich erst nach dem Überfall auf die UdSSR ihre erschütternden Ergebnisse. Sicher hat dann auch eine Rolle gespielt, daß den deutschen Soldaten vieles von dem, was sie in den eroberten russischen Gebieten selbst in Augenschein nahmen, als eine Bestätigung der Aussagen über Chaos, Elend, Not und äußerst bescheidene Lebensweise erschien. Zahlreiche Verfasser von Feldpostbriefen – in anderen Quellen findet sich Ähnliches – sprachen ohne jede Hemmung von den jüdisch-bolschewistischen „Untermenschen“ und von „Bestien“. Das Wort vom Russen, der sterben müsse, damit Deutschland leben könne, tauchte in vielfältigen Versionen auf. Im Brief eines flämischen Soldaten wurde immerhin gefragt, wann man wohl die 170 Millionen Russen „wieder zu Menschen“ machen könne⁶, dagegen ließ ein NDSAP-Kreisobmann aus dem schlesischen Pless nichts von solcher um die Zukunft besorgten Haltung erkennen, als er schrieb: „Ich sehe jedenfalls ein unterernährtes rachitisches Russenkind lieber als ein gut genährtes gesundes, vollbusiges Russenweib.“⁷ Offensichtlich belegte er damit auch eine Intention des Goebbels-Ministerium, die da lautete: „Erfahrungsgegemäß neigen viele Menschen dazu, das, was sie vor kurzem in der Zeitung gelesen haben, als eigene Meinung mündlich oder schriftlich von sich zu geben.“⁸

Die Vorstellungen der Nazi-Führer vom Land und Volk der Russen wurden zunächst in der NSDAP durchgesetzt. Nach deren „Aufstieg“ und ihrem schließlichen „Sieg“ von 1933 gerieten sie Schritt für Schritt zu dem in Deutschland vorherrschenden Feindbild von Rußland. Sie mußten also – obwohl es einen allgemeinen und begünstigenden Boden für sie gab – erst durchgesetzt werden, was jeweils einen längeren Zeitraum in Anspruch nahm. Mit dieser Feststellung läßt sich jedoch eine zweite Schlußfolgerung verknüpfen: Je stärker sich das Fremdenbild in ein Feindbild verwandelte, desto inhaltsleerer und realitätsferner wurde es; je radikaler und gewalttätiger sich das eine darbot, desto barbarischer wurde das andere.

Daher verrät das Fremdenbild in der Zeit der Nazi-Herrschaft kaum etwas über die Ausländer selbst, dafür umso mehr über das Selbstverständnis seiner Protagonisten. Es erlaubt tiefe Einblicke in deren Denkstrukturen und Vorstellungsmuster. In ihm kam in erster Linie das aufgeblasene und überhebliche Bild von sich selbst und von deutscher „Größe“ zum Vorschein, das so nicht einmal der eigenen Politik richtig dienlich sein konnte.

Gerade während der berüchtigten antibolschewistischen Kampagnen von 1935 bis 1937 verbauten sich die Nazis endgültig jeden einigermaßen realistischen Blick auf Rußland. Im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges mehrten sich selbst in der NSDAP kritische Stimmen. In den Akten des Amtes Ost im Außenpolitischen Amt der NSDAP findet sich z. B. eine vom 11. April 1938 stammende Analyse des deutschen Schrifttums über die UdSSR. Ihr Verfasser, Helmut Weiß, maß weder den propa-

⁶ Europas Soldaten berichten über die Sowjetunion (o. O., 1942), S. 58.

⁷ Bundesarchiv Koblenz, NS 18/139 (unpag.).

⁸ Ebenda, NS 18/451 (unpag.).

gandistischen Schriften noch den persönlichen Erinnerungen von Emigranten und Rückkehrern irgendeinen Wert bei. Der Politiker müsse auf Forschungsergebnisse zurückgreifen können, in denen „ein Wunschbild vermieden (wird), das allzu leicht eine fehlerhafte Wertung der tatsächlichen Kräfteverhältnisse verschuldet.“ Er führte zahlreiche Arbeiten zum Beleg dafür an, wie es nach seiner Auffassung nicht gemacht werden dürfe. Vielfach würden sie nur „längst bekanntes Material, meist in einer wenig guten Zusammenfassung, wiederholen.“ Fast allen Schriften solcher Machart sei nur ein „Tagesdasein“ beschieden. Seine Analyse mündete in die besorgte Feststellung: „Unser Schrifttum ist in eine Sackgasse geraten, aus der nur schwer herauszukommen sein wird: Die Erzeugung einer ständigen Erregung erzwingt die Verabreichung von immer stärker werdenden Dosen des Erregungsstoffes“, die schließlich nur noch einem „Mißtrauen begegnen“ würden. Weiß beklagte auch die Tatsache, daß es keine eigenständige „nationalsozialistische Rußlandforschung“ gebe und Ansätze für eine solche inhaltlich unzureichend wären. Er warnte nachdrücklich davor, die notwendig zu betreibende Sowjetforschung zu „einer ausschließlichen Beschäftigung mit der Judenfrage werden zu lassen. Etwas sarkastisch begründete er seinen Standpunkt: Allein „die Festlegung einer weltanschaulichen Haltung gegenüber der Sowjetunion und den sie tragenden Kräften gibt noch keine Auskunft über die Erfolgsaussichten der roten Machthaber.“⁹ Mit dieser These richtete sich der Autor direkt gegen Hermann Greife, der als Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin 1936 ein Büchlein unter dem Titel „Sowjetforschung. Versuch einer nationalsozialistischen Grundlegung der Erforschung des Marxismus und der Sowjetunion“ veröffentlicht und seinerseits das weitgehende Fehlen antisemitischer Grundlagen in der wissenschaftlichen Rußlandforschung in Deutschland als „Zustand der Verwahrlosung und wissenschaftlichen Gewissenlosigkeit“ bezeichnet hatte.¹⁰ Es ist sicher nicht uninteressant, daß schließlich Martin Bormann am 6. Februar 1939 den Funktionären der Nazipartei mitteilte, daß zur „Gewährleistung einer nationalsozialistisch zuverlässigen wissenschaftlichen Berichterstattung über die Sowjet-Union“ beim Reichsführer-SS eine entsprechende Arbeitsstelle eingerichtet worden sei.¹¹

Vorurteile und unzureichende Kenntnisse, ideologisch bedingte Beschränktheiten und ein häufig pragmatisch vorgenommener Bildwechsel – je nach aktuellem Erfordernis und situationsbedingtem Adressaten – gehören offensichtlich zu den Charakteristika aller Auffassungen von solchem Typus. Ein zunächst mehr allgemeines, von Vorurteilen und gönnerhafter Überheblichkeit gekennzeichnetes Fremdenbild wandelt sich sehr rasch in ein ausgesprochen haßerfülltes, von inhaltslosen Stereotypen und gewaltmobilisierenden Klischees geprägtes Feindbild. Dieser Prozeß vollzog sich vor 1933 in der NSDAP und nach 1933 – wiederum mit einer zeitlichen und der Dominanz innerer Probleme geschuldeten Verzögerung, aber wesensgleich – auch in der Mehrheit des deutschen Volkes. Wer schließlich „völkisch“ zu denken bereit war, akzeptierte leicht das Ziel, das hinter den propagierten Fremden- und Feindbildern der Nazis steckte, beispielsweise das Land der Russen zu kolonialisieren; für den war aber logischerweise auch akzeptabel, daß dies, da es keinesfalls friedlich erreicht werden konnte, am Ende wohl auch mit besonders barbarischen Mitteln erstrebt werden mußte.

Alle faschistischen Fremden- und Feindbilder zielten auf eine generelle Durchsetzung „völkischer“ Außenpolitik. „Völkisch“ – das hieß in der Diktion von „Mein Kampf“: Die Deutschen dürfen nie „der Anwalt anderer Völker“ sein, und sie machen sich keineswegs im Falle eines Bodenerwerbs irgendeiner „Verletzung heiliger Menschenrechte“ schuldig. Es geht einzig und allein, „... der Vorkämpfer des eigenen Volkes zu sein“.¹² An diese prinzipiellen Erwägungen schloß Hitler übrigens mit seiner bekanntesten Äußerung über Rußland unmittelbar an. Jeder kennt wohl die Folgen jener Aussage, daß die Nationalsozialisten „bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung“ der Vorkriegszeit ziehen und dort ansetzen würden, „wo man vor sechs Jahrhunderten endete.“ Weiter hieß es: „Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen

⁹ Ebenda, NS 8/217, Bl. 209 ff.

¹⁰ Berlin/Leipzig 1936, S. 13.

¹¹ Bundesarchiv Koblenz, NS 6/232, Bl. 29.

¹² Hitler, Mein Kampf, S. 740 f.

den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken.“¹³

Natürlich existierte in den allgemeinen nationalsozialistischen Fremden- und Feindbildern keinerlei „Fahrplan“, an dessen Ende etwa bereits der „Plan Barbarossa“ und der 22. Juni 1941 zu finden gewesen wären. Aber halten wir dennoch fest: Durch die Maßlosigkeit und die innere Logik dieser Bilder konnten diese zu einem eigenständigen Faktor mit elementarer Sprengkraft und eigengesetzlicher Dynamik werden. Das nationalsozialistische Denken über das Land im Osten und die eigene bis zum Genozid reichende Gewaltbereitschaft sowie der Gedanke an einen kommenden Krieg, waren bereits frühzeitig – und erst recht seit 1933 – unlöslich miteinander verkoppelt, trotz mancher parteioffizieller Äußerungen, die es unmittelbar nach der Machteroberung und im Zeichen dominierender Friedensdemagogie auch gegenüber der Sowjetunion in Hülle und Fülle gegeben hat.

Aus meiner Sicht gehört in unsere Betrachtungen eine *dritte* Schlußfolgerung notwendigerweise hinein: Die faschistischen Fremden- und Feindbilder unterlagen nicht nur ihrer außenpolitischen Funktion, sondern ebenso einer innenpolitischen, die in bisherigen Darstellungen fast immer eine untergeordnete Bedeutung eingenommen haben. Diesem Aspekt kommt wohl ein erheblicher Stellenwert zu. Möglicherweise erhellt sich der Zusammenhang aus den vertraulichen Informationsmaterialien des Goebbels-Ministeriums vom Oktober 1935 über den „Antikommunistischen Feldzug im Inland“. Dessen Zweck sei, durch die „Darstellung der Furchtbarkeit der bolschewistischen Wirklichkeit ... alle Klagen der Volksgenossen demgegenüber zu Bagatellen“ werden zu lassen. Im einzelnen wurden drei Punkte betont: „a) Eine vorübergehende Verknappung einiger Lebensmittel ist geringfügig gegenüber dem chronischen Hungerzustand des ganzen russischen Volkes, das selbst die schlechtesten und einfachsten Mittel in völlig ungenügendem Maße erhält. b) Klagen über den Partei-Apparat, über Fehler des Staates usw. können nicht aufrecht erhalten werden angesichts des gewaltigen Verdienstes, das eben Partei und Staat sich um das ganze Volk erworben haben. c) Wenn manche Kreise sich über die Konzentrationslager beschwerten, so werden sie sie jetzt verstehen, weil sie notwendig sind, um die Bazillenträger des Bolschewismus zu isolieren.“¹⁴

Abschließend darf ich vielleicht darauf verweisen, daß in den nationalsozialistischen Fremden- und Feindbildern sowie in ihren innen- und machtpolitischen Funktionen Allgemeines und Generelles zum Vorschein kommt. Sie hatten eine „Negativfolie“ für die eigenen politischen Zielsetzungen, Selbstverherrlichungen und Selbstrechtfertigungen abzugeben. Nahezu zwangsläufig, fast automatisch wurde vor einem als sehr verhangen, düster und schrecklichen dargestellten Hintergrund das lichte, hehre und unerschütterliche Bild einer Überlegenheit des „deutschen Blutes“, des Nationalsozialismus und insbesondere auch seine „Führers“ gezeichnet.

Stets wurden Besorgnisse und Ängste mobilisiert: die Sorge um das tägliche Brot, die Angst vor sozialem Elend und politischem Chaos, die Angst vor Verlust des Eigentums, die Furcht vor dem „Seelenmord“ durch „bolschewistisch-atheistische Gottlosigkeit“ und nicht zuletzt die Angst vor dem Tod. Befürchtungen solcher Art und ihre zielorientierte Nutzung sind allerdings nicht an die damaligen Bilder von anderen Völkern gebunden. Auch die deutsche Geschichte „nach Hitler“ ist reich an Beispielen für ihr Vorhandensein. So wird also aus diesen wie aus vielen anderen geschichtlichen Erfahrungen heraus zu fragen sein, ob es überhaupt ein einigermaßen adäquates, humanistisches Bild von anderen Völkern geben kann, wenn das Bild von sich selbst nationalistisch überhöht oder auch anderweitig absolut gesetzt wird, so daß es alle humanistischen Wertvorstellungen von Mensch und Menschlichkeit überlagern, schließlich sogar total verdrängen kann.

1933-1993. Fragen an die deutsche Geschichte. Fragen an Wissenschaft und Politik im neuen Deutschland. Schriften des Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena 1993, S. 81-88.

¹³ Ebenda, S. 742.

¹⁴ Bundesarchiv Koblenz, NS 43/18, Bl. 43.

Wider die „Abwicklung“ des Antifaschismus

Die Vergangenheit steht überall zur Debatte, und diese darf auch als ein wesentlicher Bestandteil allen Bemühens gesehen werden, zu einer tiefgründig-analytischen, nüchternen Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Lage von antifaschistischer Gesinnung, Position und Zielorientierung zu gelangen. Sinnvolle, überzeugende und vor allem wirkungsvolle Ergebnisse stehen noch aus.

Die Zukunft des Antifaschismus erscheint in jeder Hinsicht als völlig offen. Aber: Ein künftiges Deutschland ohne Antifaschismus würde jedoch ein völlig offenes Land für rechtsextremistische, völkisch-rassistische, großdeutsch-nationalistische, faschistoide und neue nazistische Kräfte sein. Wer kann dies wollen?

In der krisengeschüttelten und vehement nach rechts driftenden Gesellschaft der neuen deutschen Bundesrepublik nimmt gegenwärtig alles, was bisher in Ost und West mit dem Begriff des Antifaschismus bezeichnet wurde, eine relativ bedeutungslose und marginalisierte Stellung ein. Der Antifaschismus erleidet in seiner Geschichte nunmehr – nach 1932/33 – seine zweite große Niederlage. Der Versuch herrschender konservativer und liberaler Kreise, den Antifaschismus einer totalen „Abwicklung“ zu unterwerfen, erleichtert das enorme Anwachsen des geistigen und politischen Einflusses terroristischer Kräfte, ja er bedingt geradezu deren furchterregenden Aufschwung. Jede Schwächung des Antifaschismus bedeutete in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts stets eine fast zwangsläufig zu nennende Stärkung von Faschismus, gleich ob dieser in der einen oder anderen konkreten Gestalt auftrat. In unseren Tagen bestätigt sich diese historische Erfahrung leider erneut.

Die gegenwärtige Schwäche des Antifaschismus ist unübersehbar. Sie ergibt sich allerdings auch aus dessen unzureichender Selbstbesinnung, aus seiner fehlenden zukunftsorientierten Wesensbestimmung sowie aus dem – in vieler Hinsicht leider traditionell zu nennenden – törichtem Gegeneinander in seinen eigenen Reihen.

Jegliche Diskussion zu diesem – im Wortsinne – brennend aktuellen Thema könnte offensichtlich vor allem dann erfolgreich sein, wenn es mit ihrer Hilfe gelingt, zu einer konzeptionell tragfähigen Fixierung realer demokratisch-antifaschistischer Alternativen gegen den Rechtsextremismus und gegen den Rechtsruck Deutschlands beizutragen. Solches wäre durchaus möglich, setzt allerdings voraus, daß

a) möglichst alle geschichtlichen Erfahrungen des Ringens der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen um Humanismus und Toleranz, um Demokratie und Frieden aus allen Perioden des 20. Jahrhunderts berücksichtigt werden und daß sich

b) unsere antifaschistische Situations- und Gesellschaftsanalyse in solider Wissenschaftlichkeit, mit politischem Sachverstand sowie frei von bloßer Emotionalität und blindem Aktionismus erfolgt.

Meine hier formulierten Überlegungen, Thesen und Fragen können selbstverständlich das eigentlich wünschenswerte Ergebnis nicht bieten. Ich hoffe dennoch, daß sie im Sinne eines solchen Zieles zu einem produktiven Fortgang der dringend notwendigen allgemeinen Selbstverständigung unter Antifaschisten anregen bzw. zu provozieren vermögen.

Die erste meiner Feststellungen lautet:

„Abwicklung“ des Antifaschismus findet statt, und zwar in einem erschreckenden Ausmaß, in allen deutschen Bundesländern und auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens.

Die „Abwicklung“ des Antifaschismus ist eine nicht zu übersehende und erst recht nicht zu leugnende Tatsache – trotz zahlreicher gegenteiliger Behauptungen. Sie findet täglich statt und gehört zum Alltag im politischen Krisenmanagement der neuen „Sieger der Geschichte“. Daß diese seit 1989/90 kein einziges der globalen Probleme richtig anzugehen, geschweige denn zu bewältigen vermochten, verstärkt im Augenblick noch ihre Bestrebungen einer strikten Antifaschismus-„Abwicklung“. Allerdings sind gleichzeitig zahlreiche Konfliktfelder der profitorientierten Kapital-Gesellschaft in einem riesigen Ausmaß und teilweise in völlig neuer Qualität belebt worden. Auf dieser Grundlage (und nicht etwa im Ergebnis von Existenz und Zerfall der DDR!) konnte es zu

einer in der bisherigen Nachkriegsgeschichte unbekannten und von den Herrschenden so auch nicht gewollten Renaissance völkisch-rassistischen und nationalsozialistischen Gedankengutes kommen. Damit wird sich das Problem der gesellschaftlichen Akzeptanz von Antifaschismus einerseits und eines Widerstandes gegen die Antifaschismus-„Abwicklung“ andererseits möglicherweise für alle verantwortlich handelnden Politiker neu stellen.

Zur Zeit dominiert in der Strategie der herrschenden Kreise noch die „Abwicklung“ des Antifaschismus. Diese ist – entgegen allen beschönigenden Argumenten ihrer Initiatoren und Organisatoren – weder ein „nostalgisches Hirngespinnst“ überängstlicher Gemüter noch der Einbildungskraft sogenannter politikverdorbener „Panikmacher“ entsprungen. Sie hat nichts, aber auch gar nichts mit der Wiederherstellung irgendeiner historischen Gerechtigkeit gegenüber den Opfern der angeblich „volkspädagogisch“ verfestigten Antifa-Mythen, erst recht nichts mit einem für notwendig erklärten Abbau von „Linksextremismus“ oder von nationalem Nihilismus zu tun. Alle bekannten Argumente dieser Art stammen in der Regel aus offiziellen Regierungskreisen und von konservativen Parteikräften. Unüberlegtes und leichtfertiges Nachplappern solcher nichtssagenden Formeln charakterisiert auch andere politisch agierende Kräfte.

Skandalversessene Massenmedien leisten einen spezifischen Beitrag. Sie lenken mit Hilfe solcher Argumente von den eigentlichen Problemen der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Krise im heutigen Deutschland ab. Ja, die Verbreitung sowohl der verharmlosenden als auch der wahrheitswidrigen Argumente gegen die Realität der Antifaschismus-„Abwicklung“ stellen an sich bereits ein bedeutendes und leider auch wirksames Element dieser „Abwicklung“ von antifaschistischer Tradition, Gesinnung und Politik dar.

Beispiele lassen sich zuhauf benennen. Naturgemäß finden sich die bemerkenswertesten vor allem in den neuen Bundesländern. Stichworte mögen hier genügen. Daß deren Reihenfolge gewissermaßen zugleich den sich seit drei Jahren vollziehenden Entwicklungsprozeß von anfänglich „harmlos“ scheinenden zu nunmehr die gesamte Gesellschaft ernsthaft gefährdenden Phänomen beinhaltet, liegt in der Natur der Sache:

- Tilgung von Straßennamen, Entfernung oder Zerstörung von Denkmälern, womit die Erinnerung an „falsche“ Antifaschisten ausgelöscht werden soll;
- Abbau und Umfunktionierung musealer Einrichtungen;
- haßerfüllte Ausgrenzung von Personen, die sich nach wie vor zu ihrem Antifaschismus bekennen, aus dem öffentlichen Dienst, aus wissenschaftlichen Institutionen und aus dem gesamten politischen Leben;
- inhaltliche Entleerung antifaschistischer Gedanken durch oberflächliche totalitarismustheoretische Vergleiche und Verdikte;
- diffamierende Identifizierung von Antifaschismus und „Linksextremismus“;
- rentenrechtliche Benachteiligung bzw. Bestrafung ehemaliger Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus;
- Reduzierung der finanziellen und materiellen Mittel für die allgemeine und institutionelle Absicherung gesellschaftlicher Erinnerung an Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus;
- stillschweigende oder beschönigende Hinnahme von Brandanschlägen auf KZ-Gedenkstätten, von antisemitischen Schmierereien und völkerverhetzenden Aktionen;
- Verharmlosung, Relativierung und Entlastung der deutschen Schuld an Faschismus und Krieg, an Rassismus und Völkermord;
- schamlose Lobpreisung deutscher Leistungen in Technik, Wissenschaft und Kultur aus den Jahren 1933-1945
- zunehmende vorsätzliche Duldung nazistischer Symbole und Legenden sowie fragwürdige Toleranz selbst gegenüber solchen Publikationen und Veranstaltungen, in denen Hitler, die nationalsozialistische Diktatur und der faschistische Völkermord verherrlicht werden;

- faktisches Außerkraftsetzen aller grundgesetzlichen Bestimmungen (z. B. Artikel 9, Absatz 2 und Artikel 26, Absatz 1) und völkerrechtlicher Festlegungen gegen das Wiederaufleben des Nationalsozialismus;
- ein Übermaß an „Verständnis“ für die neue Welle rassistischer Ausländerfeindlichkeit und neonazistischer Ausschreitungen, das letztlich die Täter zu Opfern stilisiert;
- zielorientierte Schwächung eines erheblichen Teils von jenem Potential, das gegen die Ausländerfeindlichkeit und den Rechtsextremismus anzutreten willens und in der Lage ist.

Noch wird in der „Abwicklung“ des Antifaschismus selektierend vorgegangen. Diejenigen, die im antifaschistischen Widerstandskampf gegen die Hitlerdiktatur und deren Kriegspolitik die größte Last trugen – es waren Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter – trifft es erneut am heftigsten. Wer dies allerdings zu rechtfertigen sucht und vielleicht sogar unterstützt, sollte wissen: Der deutsche Faschismus beschränkte sich zu keiner Zeit, weder während der „Ach so! Ich dachte schon, es soll Weimarer Republik noch im Dritten Reich, allein auf seinen militant-rassistischen Antimarxismus. Auch im Visier der heutigen Anti-Antifaschisten befinden sich wiederum und selbstverständlich alle anderen Richtungen, Strömungen und Variationen des Antifaschismus.

Eine zweite These gilt einer notwendigen Ergänzung der ersten:

Neben seiner „Abwicklung“ erlebt der Antifaschismus auch eine opportunistische, „wendehälsige“ Preisgabe durch zahlreiche frühere Verfechter seiner Ideale.

Aus den unterschiedlichen Motiven bekennen sich Personen und Organisationen im Rahmen der „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte nicht mehr, wie sie es früher getan haben und noch im Herbst 1989 hervorzuheben für richtig hielten, zu ihrem Antifaschismus. Am auffälligsten ist dies bei Teilen der Bürgerbewegung zu beobachten, die mit ihren basisdemokratischen Programmen auch einen „besseren“ Antifaschismus angestrebt haben und jetzt in selbstgefällig-inquisitorischer Fixiertheit auf das „Stasi“-Thema nur noch von einer angeblichen Identität zwischen Antifaschismus und dem 40jährigen „SED-Unrechts-Staat“ auszugehen bereit sind.

Meine dritte These ist notwendigerweise selbstkritischer Art:

Der Antifaschismus-Verlust der DDR trug wesentlich zu deren unrühmlichen Ende bei. Insofern unterlag er gleichsam sich selbst. Sein heutiger Standort ist daher nicht allein von „Abwicklung“ und „Preisgabe“ durch frühere Partner, sondern auch von einer schleichenden, folgenreichen Selbstpreisgabe geprägt.

In der DDR gab es bekanntlich sowohl den offiziellen als auch einen elementaren, von großen Teilen der Bevölkerung akzeptierten und – in unterschiedlichem Ausmaß – verinnerlichten Antifaschismus. Trotz dieser Differenziertheit sollte in keiner Weise übersehen werden, daß in der Geschichte des zweiten deutschen Staates der Antifaschismus in seiner Gesamtheit erhebliche Verantwortung auf sich geladen hat. Manche unter den Antifaschisten trugen aktiv zur Erstarrung des realsozialistischen Systems bei. Sie betrieben eine – in direktem Gegensatz zu seinem eigentlichen Anliegen stehende – politische Instrumentalisierung des Antifaschismus für sehr begrenzte Ziele und politbürokratisch-egoistische Zwecke. Sie benutzten ihn, ihre Macht mißbrauchend, als Tarnkappe ihrer Staatsdoktrin und setzten ihn schließlich einer lebensfremden und sinnwidrigen Ritualisierung aus. Antifaschismus konnte so als „Spiegelbild“ und bloße „Umkehrung“, nicht mehr in seinem eigentlichen und ursprünglichen Sinne, d. h. als das humanistische Gegenteil von Faschismus, erscheinen. In solche Zwänge gepreßt, verlor der Antifaschismus seinen Charakter. Er geriet vom Traum breiter Bevölkerungskreise, die sich zur Losung „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“ bekannten, zum stalinistischen Alptraum. Schaden wurde ihm aber auch von jenen Antifaschisten zugefügt, die zwar die Notwendigkeit seiner Erneuerung gespürt und in den letzten Jahren auch häufig artikuliert haben, denen es aber nicht gelungen ist, etwas zu verändern. Die Frage nach ihrer politisch-moralischen Verantwortung ist bisher noch ohne eine gültige Antwort geblieben. Sie zu suchen und zu finden, wird heute allerdings in zunehmendem Maße durch die neuerliche sozialökonomische politische, rechtliche und geistige Polarisierung in der deutschen Gesellschaft er-

schwert. Angesichts der sinnlosen Schwarz-Weiß-Malerei in der „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte gilt manchem leider immer noch als durchaus verständliches nichtsdestoweniger äußerst schädliches Motto: „Right or wrong – it is my antifacism“.

Ein erstes Fazit konnte an dieser Stelle heißen:

Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist – folgt man meinen drei bisherigen Thesen – für Antifaschisten unserer Zeit aus mehreren Gründen eine vielfache Neubestimmung des Wesens und zeitgemäßer, realistischer Ziele von Antifaschismus unabdingbar.

Meine vierte Feststellung lautet:

Antifaschismus und der heutige Anti-Antifaschismus stehen in einem dialektischen, jedoch in keinem kausalen Zusammenhang.

Wenn es zwischen Fehlern und Schwächen des Antifaschismus einerseits und seiner gegenwärtigen generellen „Abwicklung“ andererseits abzuwägen gilt, dann vermag ich in keinerlei Hinsicht ein Gleichheitszeichen zu setzen oder eine Spur von irgendeiner „Abwicklung“-Rechtfertigung zu finden. Sowohl der Historiker in mir als auch mein politischer Sachverstand verweigern sich einer solchen Wiederbelebung des aus dem Kalten Krieg stammenden und von neuen „kalten“ Nachkriegssiegern praktizierten totalitarismustheoretischen Denkens.

Die „Abwicklung“ des Antifaschismus erfolgt weder situationsbedingt noch zufällig. Sie entspringt einer seit langem vorbereiteten und in den westlichen Bundesländern schon vor dem „Historiker Streit“ erprobten Strategie herrschender konservativer Kreise. Sie läßt sich ebensowenig als vorübergehende Profilierungssucht wildgewordener neuer „Sieger der Geschichte“ verharmlosen.

Die „Abwicklungs“-strategie der Antifaschismus-Gegner richtet sich im Prinzip gegen alles, was sich im aktuellen deutschen Parteienspektrum „links“ von den sogenannten Rechtsliberalen und Rechtskonservativen bewegt. Antifaschismus soll zu einer allgemeinen Denunziations- und Rechtfertigungsformel verkommen.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß in der nächsten Zeit die Antifaschismus-„Abwicklung“ noch schamloser und umfassender als Mittel zu parteiegoistischen Zwecken verwendet werden soll, als dies in den letzten Jahren der alten Bundesrepublik geschehen ist und auch als dies im Mißbrauch des Antifaschismus durch die Führung von SED und DDR der Fall war. Dabei wird man jedoch auch an die Grenzen einer solchen Strategie stoßen: Europäischer Einigungsprozeß nach dem Modell des DDR-Anschlusses an die BRD wird nicht funktionieren und allenfalls manche antifaschistisch-antideutsche Ressentiments benachbarter Völker mobilisieren. Insofern hat der Antifaschismus heute auch seine Positionen zum Verhältnis zwischen Patriotismus einerseits und Internationalismus andererseits neu zu bestimmen. In der Diskussion darüber wird es insbesondere um den Wert oder Unwert heutiger Nationalstaatskriterien gehen müssen. Die Frage lautet m. E., ob und inwieweit diese Kriterien als geschichtlich überholt strikt abzulehnen, vielleicht lediglich etwas zu modifizieren oder sogar im Interesse breiter, auch auf populistischer Basis beruhender Bündnisse gegen den Rechtsextremismus zu akzeptieren sind. Aus meiner Sicht kann und darf es sich nur um ersteres handeln. Um den Antifaschismus „abwickeln“ zu können, erweisen sich eine ganze Reihe der dafür zuständigen Politiker wieder einmal auf ihrem rechten und nationalistischen Auge als blind, und das trotz der bitteren Erfahrungen, die gerade dafür einige unübersehbare geschichtliche Parallelen bieten. Sie nehmen selbst das bedrohliche – und sicher subjektiv auch von ihnen als schlimm empfundene – Anwachsen rechtsextremistischer Organisationen sowie des völkisch-nationalistischen Gedankenguts ohne weiteres in Kauf. Polizei und Justiz lassen sich – unabhängig von allen offiziellen Beteuerungen, gleichermaßen gegen „rechte“ und „linke“ Terroristen vorgehen zu wollen – ganz offensichtlich von sehr unterschiedlichen Maßstäben leiten. Es dürfte mehr als eine bloße Vermutung sein, wenn einige Antifaschisten erklären, aus der bisherigen Bagatellisierung und klammheimlichen Duldung rechtsextremistischer Kräfte seien längst politisches Kalkül und instrumentalisierende Handhabung geworden.

Meine fünfte These gilt einigen Problemen der Wesensbestimmung von Antifaschismus:

Der schwer zu definierende Begriff des Antifaschismus beinhaltet die Antwort unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte auf das Hervortreten des Faschismus, d. h. in Deutschland auf die Bewegung und Ideologie des Nationalsozialismus. Er verkörpert ebenso ein aktives Eintreten für die mittels Terror und Demagogie angegriffene oder beseitigte politische und geistige Freiheit der Menschen. Er stellt eine demokratische und friedenswillige Alternative zu völliger Diktatur und zu innen- wie außenpolitischer Friedlosigkeit dar.

Begriff und Situation des Antifaschismus, der sich historisch gesehen stets in einer „Anti“-Position befand, stellen sich heute noch problembehafteter dar, als sie bislang ohnehin schon gewesen sind.

Der Zusammenbruch des Staatssozialismus hat – sicher für längere Zeit – die Wirkungskraft aller Vorstellungen und Utopien von einer neuen, wirklich menschlichen, sozial gerechten und ausschließlich an humanistischen Werten orientierten Gesellschaft erheblich beschränkt. Darüber hinaus erlitten auch jene Perspektiven der Menschheit, die auf ein Leben aller Menschen und Völker in Freiheit von rassistisch-faschistischer Barbarei und ohne die Qualen weltweiter Kriege zielten, einen heute noch nicht vollständig und richtig zu ermessenden Verlust.

Daraus erklärt sich wohl eine der dringlichsten Aufgaben, vor denen der Antifaschismus – neben der Bestimmung seines Platzes in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus – gegenwärtig in besonderem Maße steht: Er ist existentiell darauf angewiesen, seine „Anti“-Position mit einem realistischen, glaubwürdigen und überzeugenden Gesellschaftsideal zu verknüpfen. Bisher dominiert in antifaschistischen Forderungen eine sich vielfach wiederholende „verneinende“, bloß abwehrende und letztlich wohl sehr defensive Diktion.

Exkurs

Was beinhaltet eigentlich in dieser Hinsicht allein der Titel dieses Beitrages?

Bereits die Wörter wider und anti besagen, daß man lediglich gegen etwas ist: gegen den Faschismus – selbstverständlich in allen seinen historischen und aktuellen Erscheinungsformen – sowie gegen die heutigen Bemühungen der Herrschenden, diese Gegnerschaft unwirksam zu machen, sie aus dem allgemeinen politischen Leben, ja selbst aus der wissenschaftlichen Lehre und Forschung, zu vertreiben. Wo es Faschismus oder – was heute treffender, jedoch keineswegs unbesorgter zu sagen wäre – wo es rechtsextremistische Erscheinungsformen, Tendenzen und neuerdings sogar faschistoide Überfälle, Krawalle und Pogrome gibt, verweigere ich mich und bekenne ich mich zur Notwendigkeit einer politisch notwendigen und geschichtlich sinnvollen „Gegen“-Aktion.

Damit wird „negativ“ auf den Faschismus reagiert, wird ihm eine „verneinende“ Antwort erteilt. Die Wurzeln und Motive solcher Ablehnung können sehr unterschiedlich sein. Ich lehne ihn beispielsweise ab als eine allgemeine weltgeschichtliche Erscheinung des 20. Jahrhunderts, die im Gefolge des Ersten Weltkrieges auf die Bühne des politischen Lebens in mittel- und westeuropäischen Ländern trat und zu den schlimmsten Ergebnissen bisheriger Menschheitsgeschichte führte. Ich sehe in ihm eine der barbarischsten Antworten der in ihrer ökonomischen, politischen und geistigen Macht erschütterten herrschenden Kreise auf die proletarischen Revolutionsversuche, die ihrerseits eine unmittelbare Re-Aktion auf den Weltkrieg darstellten. Andere gehen in ihrer Zurückweisung des Faschismus von anderen Positionen aus. Was aber bleibt, das ist die Gemeinsamkeit von dessen Ablehnung.

Antifaschisten wandten und wenden sich also in erster Linie gegen etwas, was ihr Leben, ihre Existenz und die menschliche Gesellschaft total bedrohte. Abgesehen davon, ob diese Bedrohungssituation heute noch sinnvoll mit dem historischen Begriff des Faschismus bezeichnet werden kann, bleibt das den Antifaschismus charakterisierende Grundproblem bestehen: Um im Kampf gegen eine totale Lebens- und Existenzbedrohung überhaupt etwas erreichen zu können, wird ein breites Bündnis aller Bedrohten und Gefährdeten (d. h. in unserer bisherigen Begrifflichkeit: aller Antifaschisten und ebenso aller Nichtfaschisten) benötigt. Als „Gegner“ eines so verstandenen heutigen Faschismus bin ich aber grundsätzlich nicht in der Lage, in diesem angestrebten Bündnis eine von allen Beteiligten gleichermaßen zu akzeptierende Zukunfts-Vision sowie ein an den Idealen aller orientiertes Gesellschaftsideal anbieten zu können.

Es scheint sich somit um ein unauflösliches Dilemma zu handeln. Der Versuch kommunistisch-antifaschistischer Kräfte, dieses durch eine machtgestützte Verwirklichung ihres Anspruchs auf absolute „Führung“ innerhalb des antifaschistischen Bündnisses sowie durch eine eskalierende Handhabung des Prinzips von parteiisch-undemokratischer „Einheit und Geschlossenheit“ dennoch lösen zu können, ist historisch und mit schweren Nachteilen für den gesamten Antifaschismus gescheitert.

Auf der Suche nach einer realistischen Lösung muß sowohl nach allen gesellschaftlichen Wurzeln des Problems als auch nach den dem Antifaschismus immanenten Schwächen gesucht werden. Hinzu kommt noch folgende Tatsache: Es gab (und gibt) Faschismus in zahlreichen Ländern und in den unterschiedlichen Variationen. Faschismus ist also von vornherein ein Sammelbegriff. Demzufolge ist auch Antifaschismus ein umfassender, weitgespannter und unzählige Strömungen in sich einschließender Begriff. Ja, er macht gerade erst Sinn durch seine Breite, die ihn sozusagen überhaupt erst konstituiert. Innerhalb des Antifaschismus verbietet sich daher – auf nationaler wie auf internationaler Ebene – jeglicher Führungsanspruch irgendeines seiner Bestandteile. Alles hat lediglich dem von der „Anti“-Position her bestimmbar Ziel zu dienen: dem politischen und geistigen Kampf zur Eingrenzung faschistischer Bewegungen, zur Verhinderung ihres Sieges in der Gesellschaft, zum Sturz ihrer Herrschaftssysteme usw. Was über dieses unmittelbare Ziel hinausgeht, verlangt ein qualitativ völlig neues Maß an Partnerschaft, Toleranz und Gegenseitigkeit. Dies im Jahre 1945 nicht richtig erkannt zu haben, gehört zu den folgenreichsten Unzulänglichkeiten des Antifaschismus.

Selbst bei den Begriffen Abwicklung oder Anti-Antifaschismus treten die angedeuteten Schwierigkeiten auf. Den schlimmen Folgen und der Realität des gefährlich anwachsenden Rechtsextremismus und sich zusehend radikalisierten Rassismus – fast könnte von einer „Ver-Rostockung“ der deutschen Gesellschaft gesprochen werden – haben wir erneut nur eine inhaltlich und zeitlich begrenzte „Anti“-Konzeption entgegenzusetzen.

Trotz alledem behaupte ich sechstens:

Der Antifaschismus hat sich lediglich in seiner historischen Form, nur in seiner unmittelbaren Bezogenheit auf die faschistischen Herrschaftssysteme der 20er und 30er Jahre, jedoch keineswegs als eine allgemeine Notwendigkeit in den existentiellen Bedrohungssituationen überholt. Er wird heute sogar dringender als jemals zuvor in der ganzen deutschen Nachkriegsgeschichte benötigt.

Allerdings können ohne Erkenntnis seines begrenzten Wesens und ohne eine inhaltliche Verbreiterung seines generellen Anliegens weder die aktuellen Ziele noch seine in die Zukunft der Menschheit reichenden Gesellschaftsideale bestimmt werden.

Die Zeit drängt. Sollen sich Antifaschisten wieder erst dann auf den Positionen des kleinsten gemeinsamen Nenners zusammenfinden wenn es erneut zu spät ist?

Notwendig ist die Klärung einer weiteren Frage:

Es gilt, den Sinn und Nutzen geschichtlicher Vergleiche zwischen Weimar und Bonn, zwischen den Jahren der großen Weltwirtschaftskrise und der heutigen Situation zu erkunden.

Vielfach ist die heutige Situation mit der des Jahres 1932 verglichen worden. Mit Recht, wie ich meine, auch wenn die Vorsicht des Historikers besagt, man solle jede geschichtliche Erscheinung für sich allein betrachten und stets die Erkenntnis beherzigen, daß sich die Geschichte niemals wiederholt, auch nicht in der vereinfachenden Marxschen Sicht, daß es sich bei Wiederholungen zunächst um die Tragödie und danach um eine Farce handele.

Vergleiche sind erlaubt und notwendigerweise anzustellen zwischen den einzelnen politischen Gruppierungen, ihrer Organisiertheit und ihrer jeweiligen Stärke in den unterschiedlichen historischen Situationen. Sie führen allerdings für heutige Antifaschisten nicht zu sonderlich optimistisch stimmenden Ergebnissen.

Die Lager von Faschismus und Antifaschismus waren damals beide klar konturiert. Sie waren direkt aufeinander bezogen. Damals gab es einen starken Antifaschismus. Und es gab herausragende War-

nungen: Wer diesen Hitler und sein großdeutsch-nationalistisches Programm wählt, der wählt den nächsten Krieg – sagten die Kommunisten. Wer Hitler wählt, hilft bei der Beseitigung der Demokratie und des Parlamentarismus Weimarer Prägung – sagten viele Sozialdemokraten. Werden demagogischen Faschisten sein Ohr leiht, der wird in sozialer Hinsicht bald betrogen sein – erklärten die Gewerkschafter. Wer die Nazis will, der lehnt jegliche humanistische Kultur und menschliche Werte ab – warnten zahlreiche Schriftsteller, Maler, Künstler, Kirchenvertreter und andere mehr. Wer auf den nazistischen Rassismus hereinfällt, der landet beim modernen Antisemitismus in seiner schrecklichsten mittelalterlichen Erscheinungsform – das sagten jüdische Denker und (leider zu wenige) andere Gegner von Judenhaß und Judenverfolgung.

Wo gibt es heute ein vergleichbar starkes antifaschistisches Lager? Wer beschreibt heute mit gleicher Eindringlichkeit die neuen Gefahren, die auf uns zugekommen sind und noch weiter auf uns zukommen werden? Wer erhebt heute warnend seine Stimme? Wer steht als Hindernis bereit? Welche Vergleiche sind außerdem zwischen der „Abwicklung“ antifaschistisch-demokratischer Rechte und Freiheiten am Ende von Weimar bzw. am Anfang der NSDAP-Herrschaft und der „Abwicklung“ des Antifaschismus in heutiger Zeit möglich? Damals regierten die Sieger über die Weimarer Republik mit Feuer und Schwert. Terrorismus und nackte Gewalt triumphierten. Sie bewirkten physische Isolation (modern würde sicher von „Ausgrenzung“ zu sprechen sein) und physischer Liquidation. Der Terror sollte aber vor allem einschüchtern, abschrecken und Widerstand verhindern. Daß diese Ziele weitgehend erreicht worden sind und die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes blind in die Katastrophe marschiert ist, das wissen wir leider nur zu gut. Und: Wir sollten es keinesfalls vergessen.

Es macht (noch?) keinen Sinn, und es besteht (noch?) keine Notwendigkeit, die Gesamtsituation von 1932 ff. und die heutige über einen Kamm zu scheren. Auch die damals und heute verwendeten Methoden anti-antifaschistischen Herrschens erlauben keine Gleichsetzung. Aber in den Zielsetzungen bietet sich ein Vergleich regelrecht an. Einschüchterung ist wie damals gefragt. Linker Widerstand gilt den Herrschenden erneut als das größere Übel gegenüber jedem Aufmarsch rechtsextremistischer Gruppen. Noch mehr als damals ist die Abschreckung mit Ablenkung verknüpft. Dank der neuen Medien haben wir es gleichsam mit einer überdimensionierten „Kraft durch Freude“-Organisation zu tun, deren Tun und Lassen wir in der „ersten Reihe“ sitzend mehr oder weniger behaglich und von wohligen Schauerkitzeln erregt zuzuschauen haben.

Eine letzte und leider keine abschließende Bemerkung:

In unserer aktuellen Diskussion überwiegen die Fragen. Wer spürt nicht mit großer Sorge, daß es von ihnen mehr gibt, als es jedem interessierten Antifaschisten lieb sein kann. Ebenso lassen alle Antworten, die bereits gegeben werden können, wenig Raum für Optimismus. Arg- und Sorglosigkeit scheinen zu dominieren. Gefahren werden erneut unterschätzt. Verständnislos und hilflos stellt sich der größte Teil der deutschen Gesellschaft dar. Kräfte, die den neuen faschistischen Tendenzen aktiv entgegenzutreten willens sind und dazu auch in der Lage wären, sehen sich ausgegrenzt und an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Und dennoch: Diese quälende Situation ändert nichts an jenem Anspruch, den alle Antifaschisten – aus ihrem Wissen und Gewissen, aus ihrer Erfahrung und Verantwortung heraus – an sich selbst zu stellen haben. Es gilt für sie, die notwendigen neuen Schlußfolgerungen zu ziehen und entsprechende realistische Forderungen – möglichst unüberhörbar – an die ganze deutsche Gesellschaft sowie an die Weltöffentlichkeit zu richten. Wäre der Antifaschismus tatsächlich so „hilflos“ oder sogar „überflüssig“, wie manche behaupten und wie es mitunter auch den Anschein hat, dann müßten für seine „Abwicklung“, für die Feindschaft und für den Haß, der ihm aus dem Lager der Herrschenden entgegen schlägt, andere als die hier zur Diskussion angebotenen Erklärungen gesucht werden.

Droht uns ein neues '33? Analysen zum heutigen Rechtsextremismus. Texte aus der Arbeitsgruppe 4 des Europäischen Antirassismuskongresses des Bundesvorstandes und der PDS/Linke Liste im Bundestag, 13.-15. November 1992 in Berlin. Resolution des 3. Parteitage der PDS zum 60. Jahrestag des Beginns der Nazidiktatur. edition Ost Berlin 1993, S. 26-33.

Trunkenbold Robert Ley

„Die Teufelslehre des Juden Mardochai soll elendiglich auf dem Schlachtfeld der nationalsozialistischen Revolution krepieren“, tönte Robert Ley in einem Aufruf vom 2. Mai 1933. Wenige Tage später wurde er mit der Führung der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) belohnt. Damit stand er der mit 20 Millionen Mitgliedern größten Organisation im NS-Reich vor, die bald 44.000 hauptamtliche sowie 1,3 Millionen ehrenamtliche Mitarbeiter zählte. Im Juni 1933 verlieh ihm Hitler zudem noch den Titel eines Reichsleiters der NSDAP. Ley hatte somit mehrere wichtige Machtpositionen inne, die alle eine bestimmte Funktion besaßen: Puffer zwischen der NS-Führung und den Mitgliedern der NSDAP bzw. DAF zu sein.

Der aus dem rheinischen Niederbreidenbach stammende, promovierte Jurist hatte bis 1927 als Chemiker bei den Bayer-Farbwerken in Leverkusen bzw. bei der IG Farben AG gearbeitet (was später die These nährte, Ley sei innerhalb der NSDAP ein Interessenvertreter der Chemie-Industrie gewesen). Seit 1923 Mitglied der NSDAP, leitete er zwei Jahre später (bis 1931) den Gau Rheinland-Süd. 1928 wurde er in den Preußischen Landtag, zwei Jahre später in den Reichstag gewählt.

Sein Aufstieg innerhalb der NSDAP vollzog sich zunächst an der Seite des Hitler-Stellvertreters Gregor Strasser, den er schließlich im Dezember 1932 verdrängen half. Als Leiter des geheimen „Aktionskomitees zum Schütze der deutschen Arbeit“ trug er entscheidend dazu bei, die Gewerkschaften zu zerschlagen. Eine wirklich führende Stellung an der Spitze der Nazi-Hierarchie konnte Ley indes nie einnehmen. Für die Parolen von der deutschen „Volksgemeinschaft“, für die Wahrung des „inneren Friedens“ und zur Verhinderung von „Meutereien... hinter der Front“ schien er jedoch trotz seines Alkoholismus (daher der Spitzname „Reichstrunkenbold“) unentbehrlich zu sein. Seiner folgerichtigen Verurteilung in-Nürnberg entzog sich Ley am 25. Oktober 1945 durch Selbstmord.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 13./14. März 1993, S. 13.

Der Mann an der Spitze der Marschierer in den Abgrund

Nach seinem Selbstmord und dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der ehemals Bejubelte und Gepriesene plötzlich verdammt; über den dereinst aus Millionen Kehlen zu hören war: „Wir verdanken ihm alles Glück, die großen Siege“ – der war nun einzig und allein „an allem schuld, an der Verführung und an deutscher Niederlage“.

Auf der Lauer liegende Rechtfertigungsapostel

Wie stehen die Deutschen heute zu Adolf Hitler? Wie gehen sie mit seiner Biographie um? Zwar gibt es für den Diktator (noch) keine Denkmäler, wie sie z.B. der Neonazi Michael Kühnen 1984 gefordert hatte, schon halten es aber rechtsextremistische Organisationen für angebracht, Hitler in ihren Listen als „Ehrenmitglied“ zu führen. Und das mit dessen Namen verbundene Sieg-Heil-Geschrei ertönt nicht nur dort, wo Ausländer- und Asylantenheime in Brand gesteckt werden. Müssten wir mehr über Hitler wissen, muß mehr über seine Person geschrieben werden, um verhindern zu können, daß sein Typ wieder gefragt wird?

Über Hitler ist bereits viel publiziert worden. Kaum ein Detail seines 56 Jahre währenden Lebens ist noch nicht aufgezeichnet. Wir verfügen über zahllose Eindrücke, Empfindungen, Indizien und Bilder, aber kaum über ein bis ins letzte überzeugendes, vom Individuum Hitler handelndes und zugleich den Gesellschaftszustand seiner Zeit widerspiegelndes, alle Widersprüche und Triebkräfte erfassendes Gesamtbild. Was leisten Biographen, wenn sie zu wenig über jene Gesellschaft auszusagen bereit sind, in der eine solche Ausgeburt menschlichen Daseins ungehindert von den Mächtigen des Landes und ohne größeren Protest der Ohnmächtigen an die Spitze der Marschierer in den Abgrund treten konnte? Es scheint, als würden bislang vorhandene Urteile nebelhafter und diffuser. Und schon meint mancher, Hitler erheblich positiver als bisher, gar als „Revolutionär“ bewerten zu müssen, woran sich leicht jene ohnehin auf der Lauer liegenden neonazistischen Geschichts-„Revisionisten“ und Rechtfertigungsapostel anzuschließen vermögen ...

Bis zur Revolution von 1918/19 zeichnete sich der am 20. April 1889 in Braunau (Österreich) Geborene durch mausgraue Unauffälligkeit aus. Und doch: aus der Rückschau späterer Ereignisse sind familiäres und gesellschaftliches Umfeld wichtig. Vor allem wäre da zu untersuchen, wie und weshalb er als Jugendlicher in Linz und vor allem in Wien völkisch-großdeutschen Rassismus sowie den Antisemitismus seiner Zeit und Umgebung gierig in sich aufgesogen hat, obwohl sich in der polarisierten Gesellschaft Alternativen darboten. 1914 zog er begeistert in den Krieg; das Ende hat er 1918 giftgasgeschädigt im Pasewalker Lazarett erlebt, in haßerfüllter physischer und psychischer Ohnmacht.

Im September 1919 trat als Mitglied Nr. 55 einer, kleinen Münchner Gruppe radikalsten völkisch-antisemitischen Zuschnitts bei. Sein Fanatismus, sein über Nacht entdecktes Rednertalent sowie seine Machtgier ließen ihn rasch zu deren „Werbeobmann“ werden, zum „Trommler“ für eine sich zunächst in Bayern, bald in ganz Deutschland formierende Bewegung, der analog zu Italien die Bezeichnung Faschismus zuteil wurde. Den Vorsitz in der NSDAP übernahm er offiziell im Juli 1921. Nach dem gescheiterten Putsch vom 9. November 1923 entstand in der Festungshaft das Buch „Mein Kampf“, in dem er persönliche Erlebnisse, Geschichte und Programm des „Nationalsozialismus“ sowie eine Darlegung künftig einzuschlagender Wege zu neuer Weltmacht-Stellung Deutschlands kunterbunt vermischte. Am 27. Februar 1925 gründete er erneut die Nazipartei, um sich mit ihr über das zerstrittene Lager unzähliger völkisch-antisemitischer Gruppen erheben zu können. Er verstand es, sich die NS-Organisation nach innerparteilichen Kontroversen ganz unterzuordnen. Seitdem war er nicht mehr austauschbar: Die faschistische Bewegung war in Deutschland ohne ihn entstanden, nahm jedoch seine Züge an.

Durch mannigfaltige Unterstützungen, darunter auch finanzielle Spritzen einiger Großindustrieller, sowie ermuntert durch vielfältige Duldungsakte einer dem Konservatismus verhafteten Staatsbürokratie und einer deutschnational orientierten Justiz, gestärkt durch die Fehler und Schwächen der Republik, getragen vom Mißtrauen in Demokratie und Parlamentarismus, vom Haß auf Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Pazifisten etc. sowie bestätigt durch die allgemeine Milita-

risierung und Brutalisierung des Lebens im Deutschland nach 1918/19 und den Ruf nach autoritärer Führung – so gelang es ihm, seine Partei zur Zeit der großen Weltwirtschaftskrise zum Sammelbecken antidemokratischer, antikommunistischer, antisozialdemokratischer Kräfte zu entwickeln und diese zum Sturm auf die ungeliebte Republik zu führen. Er vermochte Heilserwartungen zu schüren und konnte seiner Partei Zulauf aus allen Schichten verschaffen, wodurch diese – damit auch er – von vielen Mächtigen als durchaus „hoffähig“, d. h. regierungsfähig, angesehen wurde.

Sein den Interessen bestimmter Kreise der krisengeschüttelten deutschen Gesellschaft entsprechendes Programm, das – verbrämt durch Formeln wie vom „Volk ohne Raum“ und „arischen Herrenmenschen“ – auf Revision der Kriegsergebnisse von 1918, Schaffung eines großdeutschen Reiches und deutsche Vorherrschaft in Europa und der Welt orientierte, versuchte er zielstrebig durchzusetzen. Den zweiten Weltkrieg brach er am 1. September 1939 vom Zaun – noch bevor, so Hitler, wieder wie im September 1938 „irgendein Schweinehund“ mit einer Friedensvermittlung dazwischen kommen könne.

Das hierarchische Herrschaftssystem der braunen Barbaren wurde immer stärker von ihm geprägt bzw. auf ihn ausgerichtet und konnte ihn zunehmend nicht mehr entbehren. Und er beförderte auch den diesem System adäquaten und es zugleich stabilisierenden Kult um seine Person. Unter der amtlichen Bezeichnung „Der Führer“ fungierte er seit dem 2. August 1934 in der Nachfolge Hindenburgs als deutsches Staatsoberhaupt, seit dem 3. Februar 1938 als Oberbefehlshaber der Wehrmacht, seit dem 19. Dezember 1941 auch des Heeres und schließlich, seit dem 26. April 1942, sogar als „Oberster Gerichtsherr“. Die politischen Erfolge in den 30 er Jahren und die siegreichen Blitzkriege zur „Neuordnung Europas“ ließen ihn zwischen 1939 und 1941 den absoluten Gipfel seiner persönlichen Macht und damit auch als ein die Politik wesentlich bestimmender Faktor erreichen. An ihm führte kein Weg vorbei, weder im Herrschaftsapparat noch in Attentatsplänen deutscher Widerständler. Jeder Kampf gegen den Faschismus mußte sich auch gegen seine Person richten.

Im Interesse der Stabilität des NS-Diktaturapparates wußte Hitler alle Versuche einer institutionellen Beschränkung seiner Macht sowie des Mythos um ihn zu begegnen. Mit Gespür für das innen- und machtpolitisch Notwendige nutzte er die mythossüchtigen Teile der Deutschen, die Massen brauchend und zugleich verachtend. Schließlich verfiel er selbst dem Kult um ihn. Die Erfolge des NS-Größenwahns bestätigten ihn im Wahn der eigenen „Größe“.

Jeder Blick auf das konkret-historische Geschehen macht deutlich, wie stark einerseits die Darstellung seiner Subjektivität und andererseits eine geschichtswissenschaftliche Analyse dieses Mythosfaktors miteinander zu verknüpfen sind. Das eine ist ohne das andere nicht zu erklären, der Mythos nicht ohne die Person und umgekehrt. Schließlich ergab sich so in der Geschichte des deutschen Faschismus eine sich ständig wiederholende Umkehrung beider Faktoren; das Ergebnis ist vielleicht mit einer Kette vergleichbar, deren Glieder gerade deshalb unabhängig von ihrem jeweiligen Anfang und Ende zu funktionieren vermögen, weil sich das Ganze als ausreichend stabil erweist. Im Ringen um die Macht besaß der „Führer“-Mythos nicht mehr als eine instrumentelle und funktionale Bedeutung. Hitler wurde jedoch mehr und mehr auch der Mythos seiner selbst. Die ihm zujubelten, die glaubten offensichtlich an ihn, das Individuum, aber viel stärker wohl an das Bild, das die Nazis von Hitler und dieser von sich selbst geschaffen hatten und das sie immer wieder verfeinerten, vertieften, erhärteten, denn auf diesem Bild basierte das Regime.

Obwohl Hitler sich bereits 1942 die militärische Niederlage eingestand, suchte er ihr mit noch größerer Unmenschlichkeit zu entkommen. Der Völkermord an den Juden, die „Germanisierungs“-Politik gegenüber den slawischen Völkern, die Ausplünderung der okkupierten Gebiete, die Ausweitung des Terrors gegen alle Andersdenkenden – all das konnte die militärische Zerschlagung des faschistischen Staates und seinen persönlichen Bankrott nur verzögern, nicht verhindern. Seine Weisungen zur Kriegführung bis „fünf nach zwölf“ erteilte er aus dem Bunker der Berliner Reichskanzlei, in dem er seinem Leben am 30. April 1945 feige ein Ende setzte.

Nationaler Größenwahn und Expansionismus

So läßt sich mit wenigen Stichpunkten der Lebensweg Hitlers umreißen. Doch seine eigentliche Biographie ist vorrangig gesellschaftlicher Natur. Sie ergibt sich erst aus der Analyse der gesamten deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und hat das ihn prägende und ermöglichende Umfeld des nationalistisch-überheblichen Größenwahns sowie das expansionistische Machtstreben deutscher Eliten zu berücksichtigen. Einer in diesem Sinne umfassenden Biographie haben sich vor allem in den 80er Jahren Autoren von unterschiedlichsten Ausgangspunkten her angenähert, dennoch ist die notwendige große Biographie Hitlers und der Deutschen noch nicht geschrieben. In Hitlers Biographie verkörpert sich ein ganzes Zeitalter, dieses sowohl spiegelnd als auch gleichzeitig bewirkend, es erhellend und zugleich verbrennend.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 15./16. Mai 1993, S. 13.

„Haltet Frieden und tötet den Krieg!“

Zum 100. Geburtstag von Erwin Eckert – Die Entscheidung eines Mannes der Kanzel

[Mitautor: Friedrich-Martin Balzer]

Wie viele andere begann er unter dem Eindruck der Kriegserlebnisse von 1914/18 nach neuen Formen menschlicher Gesellschaft zu suchen. Als junger Vikar in Pforzheim, später als Pfarrer in Meersburg und Mannheim vertrat er seinen christlichen Auftrag „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“, hielt Predigten für soziale Gerechtigkeit, für die Armen und Gequälten. Er profilierte sich als politisch denkender und handelnder Mensch zunächst in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie und an der Spitze des „Bundes der religiösen Sozialisten“, bis er von beiden Organisationen 1931 kurzerhand ausgeschlossen wurde. Er traf daraufhin am 3. Oktober 1931 seine Lebensentscheidung, wurde Mitglied der KPD. Die Rede ist von Erwin Eckert, geboren vor 100 Jahren, am 16. Juni 1893 in Zaisenhausen (Baden).

Wie kam ein Pfarrer dazu, sich jener Partei zuzuwenden und bis zu seinem Tode (er verstarb am 20. Dezember 1972 in Mannheim) Kommunist zu bleiben, über viele Klippen und Hürden hinweg, obwohl doch gerade diese Partei nicht selten als eine infernalische Verkörperung von Kirchenfeindlichkeit und Gottlosigkeit verketzert wurde? Hat sich die zeitgenössische Presse wenig um seine Gründe bemüht, so nahmen auch spätere geschichtswissenschaftliche Publikationen kaum auf seine Motive Bezug ...

Seine Predigten lassen den Schlüssel für die Lebensentscheidung erkennen. In einer am 5. Juli 1931 unter dem beziehungsreichen Titel „Der Auftrag Gottes an unsere Zeit“ gehaltenen und am 4. Oktober 1931 in dem noch von ihm redigierten Organ des „Bundes der religiösen Sozialisten“ veröffentlichten Predigt hielt er der Weimarer Gesellschaft, die auf einem Tiefpunkt ihrer wirtschaftlichen, politischen und geistigen Krise angekommen war, einen Spiegel vor: „Man vertraut dem politischen Parteigetriebe nicht mehr, dem Parlament nicht mehr ... Das Verlangen wächst ... nach einer absoluten Erkenntnis, die sich nicht wieder irrt, die uns nicht wieder enttäuscht, die nicht wieder noch größeres Elend, noch größere Sinnlosigkeit des Lebens heraufbeschwört.“

Eckert setzte all seine Hoffnungen auf „Suchende, unruhig Gewordene, Erschütterte, Erschreckte“. Doch wo konnte er sie finden? „Sind es die Gebildeten unseres Volkes, der Völker, sind es die, die Zeit haben und Geld? Sind es die Menschen in ihrer, bürgerlichen Ängstlichkeit, Naturen, die zittern vor der Zukunft, wenn eine akute Gefahr droht? Ich sage: Nein. Ach, sie sind so beruhigt, sind nicht von der Unruhe gejagt, sie suchen nicht das Kommende zu begreifen, sondern das Vergehende zu erhalten. Die Suchenden sind da, wo mit ernster Verstandesarbeit aus den Ordnungen und Gesetzen des gesellschaftlichen Lebens der Menschen, aus ihren Fehlern nach den kaum keimenden Ansätzen eines Neuwerdens, eines Andersseins gesucht wird, gesucht wird nach dem, was wichtig zu tun ist.“

Als einen Auftrag Gottes definierte Eckert das Ausschauhaltende nach einer Alternative zum Bestehenden, das aus vielen Gründen einer strikten Ablehnung zu verfallen habe: „Lasset ab von aller Ungerechtigkeit. Hört auf mit der Unterdrückung der Armen und Schwachen. Schaffet eine Ordnung, die jeden als ein Kind Gottes, als einen Menschen leben läßt. Gebt, was Gott für alle geschaffen, die Felder und Wälder, die Bergwerke und die Fabriken, allen zurück, daß es für alle verwaltet werde und keiner mehr hungern und verzweifeln muß und nicht weiß, wo er schlafen soll. Keiner sei Herr, keiner Knecht und Sklave ... Haltet Frieden, tötet den Krieg! Warum baut ihr Panzerkreuzer, warum redet ihr von Aufrüstung, warum verherrlicht ihr die Vernichtung des Lebens, der Völker? Rüstet ab, dient dem Frieden ohne Rücksicht auf die anderen Völker, was sie tun und was sie wollen. Verachtet die Verlogenheit der heutigen Kultur, die Menschen zugrunde gehen läßt, Seelen vergiftet, ja in der teuflischen Macht des Hasses, der Zwietracht versinken läßt.“

Sein pazifistisch-antimilitaristisches Denken, sein sich in der verheerenden Wirtschaftskrise bestärkender elementarer Antikapitalismus, seine zunehmende Furcht um eine unzureichende antifaschistische Gesinnung in der Kirche, der Abscheu vor allem Egoismus in der überwiegenden Mehrzahl

der deutschen Parteien sowie nicht zuletzt sein Wille, die Massen aus ihrer Gleichgültigkeit zu reißen, um nicht hilflos der sich brutalisierenden und faschisierenden Gesellschaft in Deutschland ausgeliefert zu sein – all diese Überlegungen bestimmten seine Entscheidung für die KPD, der er trotzdem nie unkritisch gegenüberstand. So lehnte er ab, vom „Sozialfaschismus“ zu sprechen und warnte vor Hoffnungen, „daß die Weltrevolution übermorgen ausbricht“ sowie vor einer Unterschätzung der Macht des Kapitals: „Das Gefährlichste für die proletarische Bewegung ist, in Selbstüberschätzung die Macht der gegnerischen Kräfte zu unterschätzen.“

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 12./13. Juni 1993, S. 13.

Paul Levi (1883-1930)

Biographische und andere Gedanken zu seinem Weg in und zwischen den Parteien der deutschen Arbeiterbewegung¹

„Blitz und Donner, was liegt itzt daran! Reue oder fit, gezwungen oder fit. Wisst Ihr denn, was Ihr getan habt? Den besten Handel, die edelste Sache, die heiligste Sache ... eine Sache, die Gott einmal in Eure Hand gab und vielleicht nimmer – in Euren Händen ist sie gewesen wie ein Kleinod im Saustall.“ Diesen zornigen Ausruf legte Gerhart Hauptmann vor 100 Jahren seinem Florian Geyer in den Mund, jenem fränkischen Ritter, der die Sache der aufständischen Bauern zu seiner eigenen gemacht hatte und schließlich deren Niederlage von 1515 auch in der Anwendung falscher, die „Sache“ schädigender Mittel und in den radikalen Irrwegen einiger der Kämpfenden sah. So erklärt sich wohl auch der Untertitel des Dramas: „Florian Geyer. Die Tragödie des Bauernkrieges“.

Als Paul Levi am 3. und 4. April des Jahres 1921 – unmittelbar nach der Niederschlagung der sogenannten mitteldeutschen Märzkämpfe – seine Sicht auf die fehlerhafte Politik des von einigen „Offensivtheoretikern“ herbeigeführten Aufstandes zu Papier brachte, verwendete er das Zitat als Motto. Des Dichters Worte zieren also das Titelblatt einer sofort und seitdem heftig umstrittenen Broschüre: „Unser Weg. Wider den Putschismus“, bei der es sich um ein in voller Empörung geschriebenes Traktat handelt, das zugleich den etwas wehmütigen Schlußpunkt unter Levis zwei Jahre währende Führungsposition und – vorausschauend – auch unter seine Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei Deutschlands setzte.

Bei meiner Suche nach einer mehr oder weniger passenden Eröffnung des heutigen historisch-politisch-biographisch angelegten Vortrages fielen mir diese Worte wieder ein, ebenso wie jene Bemerkungen, mit denen Paul Levi 1922 seine Einleitung zu dem von ihm erstmalig herausgegebenen Manuskript Rosa Luxemburgs „Die Russische Revolution“ beschloß: „Die Bolschewiki haben etwas in den Händen gehabt: den größten moralischen Fonds, den die Arbeiterklasse je gesammelt hat. Das wird keiner bestreiten, der die Jahre 1918, 1919, 1920 mit erlebte. Wir haben es schon in anderem Zusammenhange beklagt, wie von diesem Fonds *unnütz und nie wiederbringlich* geopfert wurde. Würde dieser Fonds ganz verlorengehen: es mag Leute geben, die das leichten Herzens nehmen. Wir glauben, daß die Arbeiterschaft der ganzen Welt seelisch daran verarmen würde und daß die Arbeit von vielleicht Jahrzehnten nötig sein würde, um wieder aufzubauen, was 1918 war.“

Beide Zitate – hier von vornherein wiedergegeben mit der Bitte um Verständnis und darauf beruhenden Entschuldigung, auch künftig mehr davon zu akzeptieren, als vielleicht einem ordentlichen Vortrag normalerweise zugestanden wird – bestimmen mein Nachdenken über Paul Levi, über die jüngste deutsche Geschichte, über unsere Gegenwart. Keineswegs zufällig – ich bleibe noch einmal im Bilde – steht im Vordergrund das Verhältnis von „Kleinod“ und „Saustall“, von guten Zielen und verfehlten Wegen, von realisierbarer Utopie und utopistisch-realitätsverweigernder Eiferei. Ja, es geht mir in diesem Sinne mit Florian Geyer, Paul Levi und vielen, vielen anderen, die hier ebenso aus der langen Geschichte des Kampfes gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu nennen wären, hauptsächlich um die „edelste Sache“, die – wir spüren dies heute wohl deutlicher denn je – nicht die Sache von profitheischendem Kapital und menschen-feindlicher Konkurrenz ist, die nicht die Sache von unsozialer Marktwirtschaft und nationalistischer Machtgier sein kann. Nicht zuletzt muß es mir auch um ein kleines, erhellendes Beispiel für einen vielfältig-unzulänglichen biographischen Umgang mit der Geschichte gehen, an dem sich zeigen läßt, wie denn auch in dieser Hinsicht der „beste Handel“ unwissenschaftlich, weil parteiisch verkommen konnte.

¹ Der Beitrag beruht auf einem im wesentlichen unveränderten Vortrag des Verfassers vom 29.6.1993 in einer Veranstaltung des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. Er stützt sich auf die Schriften Paul Levis (Siehe Sibylle Quack und Rüdiger Zimmermann: Personalbibliographie Paul Levi (1883-1930). In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (künftig: IWK), H. 1/1986, S. 20-62) sowie auf die im Text erwähnte, bibliographisch leicht erschließbare Literatur.

So also mehrfach zurückblickend befrage ich zunächst mich selbst, wann und wie ich früher eine Figur wie Paul Levi begegnet bin, was ich von ihr gewußt, wie ich sie gesehen habe. Die erste Bilanz ist bitter: Unvollständig-einschränkende Andeutungen, inhaltsleere Formel entsteigen meinem Gedächtnis. Da gab es durchaus das Wort vom alten Bolschewiken, der zwar irre, den man jedoch nicht von sich stoßen dürfe. Levi habe sich „... in der Zeit schlimmer Verfolgungen bewährt, er war tapfer, klug und aufopfernd“, hieß es bei Lenin. In der geschichtswissenschaftlichen Literatur der DDR wurde dies jedoch bei weitem nicht so häufig zitiert wie jener Vergleich, in dem er das Bild eines Adlers für Rosa Luxemburg in Anspruch nahm überhaupt keine Erwähnung fand Lenins Satz: „Levi hat den Kopf verloren. Er war allerdings der einzige in Deutschland, der einen zu verlieren hatte.“

In meiner Erinnerung tauchen ferner pauschale Verdammungsurteile auf, etwa in der Art, wie sie Karl Radek – wichtigster Komintern-Vertreter in Deutschland und energischer Gegenspieler des damaligen KPD-Vorsitzenden – für richtig gehalten hatte. Er charakterisierte Levi als ein „psychisches Rätsel“, als einen Menschen, der sich mit Vasensammeln und den Problemen der Cheopspyramide beschäftigt und dafür „fruchtlose Skepsis und Unglauben mit in die Partei“ gebracht habe. In den Sinn kam mir nicht zuletzt, was Stalin in seinem die Sozialfaschismus-These begründenden „Prawda“-Artikel vom 24. Oktober 1924 niedergeschrieben hatte über die „linke Levi-Gruppe“, die von der „reaktionären rechten Sozialdemokratie mit Erfolg zur Einkreisung der revolutionären Arbeiter ausgenutzt“ worden sei. Die Herausgeber des 6. Bandes der Stalin-Werke in deutscher Sprache hielten 1952 ganz in diesem Sinne folgende historisch falsche und Levi arg diskriminierende Erläuterung für nötig: „Im Oktober 1923, als die Sächsische Arbeiterregierung gebildet wurde, erklärte sich die Levi-Gruppe aus Furcht, ihren Einfluß unter den Arbeitermassen zu verlieren, zu gemeinsamer Arbeit mit den Kommunisten bereit, in der Tat aber deckte sie die konterrevolutionäre Politik der Sozialdemokratie und half der Bourgeoisie, die revolutionäre Bewegung des Proletariats zu unterdrücken.“

In solche frühe Pauschalurteile mischen sich spätere, zaghaft korrigierende Eindrücke. Aus dem Verurteilten wurde eher eine Unperson, nein: eine Randfigur, die gerade noch einer Erwähnung, wohl aber keiner argumentierenden Auseinandersetzung oder gar einer Würdigung für wert befunden wurde. Allenfalls bot sie sich für stereotype Hinweise darauf an, wie notwendig der Kampf der Kommunistischen Internationale 1920/21 gegen den „Zentrismus“ gewesen sei und wie stark Levi diesen mit seiner Kritik an den 21 Aufnahmebedingungen in der KPD behindert habe. Als 1980 das damalige Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED den an und für sich verdienstvollen umfangreichen Band „Kommunisten im Reichstag“ herausbrachte, ließ sich ihm entnehmen, daß Paul Levi zusammen mit Clara Zetkin zu den ersten Mandatsträgern der KPD gehört und glänzende Reden im Weimarer Parlament gehalten hatte, mehr allerdings nicht. Selbst das eindrucksvolle Buch „Meine liebste Mathilde“ aus dem Jahre 1985 ließ den Menschen Paul Levi – an dessen Seite Mathilde Jakob stand, so still und unentbehrlich, wie sie vorher eine stützende Hilfe für Rosa Luxemburg gewesen war – kaum hervortreten, obwohl sein Verfasser, Heinz Knobloch, durchaus mit warmen Tönen Menschliches, auch Allzumenschliches zu zeichnen versteht. Erst vor kurzem bekannte er sich zu seinen eigenen „schönen Umwegen“, die ihn zu Paul Levi und sogar in den Besitz von dessen wiederentdeckter Grabstätte führten.²

Für viele war es 1989/90 jedenfalls überraschend, Levis Name in der Liste der neuen Partei des demokratischen Sozialismus zu finden, einer Liste, die da programmatisch zeigen sollte, auf wessen Schultern man stehe. Daß dies erfolgte, belegt aber eigentlich, wieviel doch von vielen über ihn gewußt worden ist, nicht zuletzt aus Dokumentenbänden, die hierzulande selbst publiziert wurden, oder aus anderen Quellen. Schließlich war es ja bereits in der zweiten Hälfte der 60er Jahre – in einer Zeit intensiver Suche nach Alternativen gegenüber dem Bestehenden in Ost und West – zu einer regelrechten Wiederentdeckung Levis gekommen: Charlotte Beradt hatte 1969 ihre einfüh-

² Siehe Heinz Knobloch: Umwege zu Paul Levi. In: ders., Die schönen Umwege. Beobachtungen, Berlin 1993, S. 47-59.

sam geschriebene Biographie sowie einen Band mit Levi-Texten unter dem Titel „Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie“ vorgelegt.³ Zielgerichtete Suche spürte bei den Neffen Paul Levis in den USA neue Unterlagen auf Arbeiten von Sibylle Quack, Rüdiger Zimmermann und Hans-Ulrich Ludewig folgten seit Beginn der 80er Jahre.⁴ Erst vor kurzem verbreitete sich auch Walter Jens über den „Jud aus Hechingen“, dem er ein gedankenreiches Requiem widmete.⁵

Wie wenig jedoch die sogenannten Großen der westdeutschen Historiker-Zunft mit Levi anzufangen bereit waren, offenbart sich vor allem in den drei dickleibigen, von immensem Zettelkasten-Fleiß ebenso wie von voreingenommenen rechtssozialdemokratischen Positionen zeugenden Bänden des jetzt in Berlin lehrenden Heinrich August Winkler zur Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik: Levi, so heißt es da, sei auch nach seiner Trennung von der KPD „immer noch von vulgärdemokratischen (sic!) Illusionen erfüllt“ und ein „Quertreiber“ in der SPD gewesen, er habe an „nationalistische Instinkte“ appelliert – was schlicht unwahr ist – und (was allerdings der historischen Wahrheit entspricht) eine Zusammenarbeit mit einer sich kooperativ zeigenden Kommunistischen Partei für möglich gehalten. Solch eine stiefmütterlich-ablehnende Haltung gipfelt in der Aussage, die SPD hätte keine „konstruktive Rolle in der parlamentarischen Demokratie“ spielen können, wäre sie dem Oppositionskurs gefolgt, den immerhin ein Drittel der sozialdemokratischen Mitgliedschaft und die „Leviten“ er strebten und den Levi als den natürlichen Zustand der Arbeiterbewegung im kapitalistischen Staat bezeichnete.⁶

Wer sich nun mit dem Lebensweg Paul Levis beschäftigt, stößt erst einmal auf eigentlich bedeutungslose und dennoch bemerkenswerte Äußerlichkeiten: Sein Leben begann, als das von Karl Marx endete, und währte lediglich 46 Jahre. Zweifellos war es ein überaus konfliktreiches Leben, das stets im Zeichen von aktiver Politik und unermüdlichem juristischem Engagement für Frieden und Gerechtigkeit, für einen demokratischen Sozialismus stand, ein Leben, das sich eng mit der Geschichte aller großen Parteien der deutschen Arbeiterbewegung verflocht. Es war ein Leben *in* und *mit* diesen Parteien, aber auch *gegen* sie, auf jeden Fall zutiefst verwickelt in deren Konflikte und Versagen. Der Kreis seines Daseins schloß sich bereits am 9. Februar 1930, drei Jahre vor der endgültigen Zerstörung der Republik von Weimar und – in vieler Hinsicht symptomatisch – begleitet vom absonderlichen, obgleich zukunftsverheißenden Geschmier eines völkisch-rassistischen Organs, das hier nicht vorenthalten werden darf, auch wenn es – nein: weil es schmerzt. Der „Stürmer“ des Julius Streicher berichtete: „Der Fememordjude⁷ ist tot. Der Jude Paul Levi, der bekannte und berühmte Fememordjude, ist tot. Vergangenen Sonntag vormittag ist er zu seinen Vätern heimgegangen. Es war morgens um 5 Uhr, da machte Paul Levi, der an Grippe erkrankt war, einen Sprung aus seinem Fenster. Das hielt seine Wirbelsäule nicht aus. Sie brach auseinander, und das veranlaßte ihn, seinen Talmudgeist aufzugeben ... Über die Ursache seines Todes ist man verschiedener Meinung. Die einen sagen, Paul Levi hätte den eigenen Rassegeruch nicht mehr ertragen können, er sei zum Fenster gestürzt, um frische Luft zu schöpfen, und dabei sei er hinausgeflogen. Andere meinen wieder, das stetige und gewaltige Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung habe ihn so in Verzweiflung gebracht, daß er es vorgezogen habe, in Abrahams Schoß zu flüchten.“

³ Charlotte Beradt: Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt und Wien 1969; Paul Levi: Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften. Aufsätze und Briefe. Hrsg. und eingel. von Charlotte Beradt, Frankfurt und Wien 1969.

⁴ Sibylle Quack: Geistig frei und niemandes Knecht. Paul Levi – Rosa Luxemburg. Politische Arbeit und persönliche Beziehung. Mit 50 unveröffentlichten Briefen, Köln 1983; Hans-Ulrich Ludewig: Die „Sozialistische Politik und Wirtschaft“. Ein Beitrag zur Linksoption in der SPD 1923 bis 1928. In: IWK, H. 1/1981; Sibylle Quack: Rosa Luxemburg an Paul Levi. Ein Nachtrag. In: IWK, H. 2/1987; Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden in Krieg und Revolution 1914-1919. Hrsg. und eingel. von Sibylle Quack und Rüdiger Zimmermann. In: IWK, H. 4/1988.

⁵ Die angeführten Zitate finden sich in Heinrich August Winkler: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin und Bonn 1985, S. 555; ders., Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1918 bis 1924, Berlin und Bonn 1984, S. 579 und 626 f.

⁶ Walter Jens: Ein Jud aus Hechingen. Requiem für Paul Levi, Stuttgart 1992.

⁷ Levi hatte sich als Mitglied des Reichstages intensiv mit den Fememorden während der ersten Jahre der Weimarer Republik befaßt.

Soweit das Zitat aus diesem antisemitischen „Nachruf“; es stockt mir fast der Atem, hier ergänzen zu müssen, daß bei der üblichen Ehrung für verstorbene Reichstagsabgeordnete nicht nur die Nazis, nein auch die Kommunisten den Saal verließen.⁸

Die eigentliche Vita ist rasch erzählt. Paul Levi wurde am 11. März 1883 im württembergischen Hechingen geboren – sozusagen am Fuße der Hohenzollernburg, wichtiger noch: in einem der Zentren der deutschen Bauernerhebung im 16. Jahrhundert und des Kampfes gegen absolutistische Fürstenwillkür späterer Zeiten. Als Sohn einer bürgerlich-jüdischen Familie – der Vater war ein Weberei-Besitzer, nach anderen Angaben ein Getreide- und Viehhändler – genoß der aufgeweckte und blitzgescheite Junge eine gediegene Ausbildung. Paul Levi konnte nach dem erfolgreichen Gymnasialabschluß in Berlin und Grenoble Jura studieren. Er promovierte 1905 in Heidelberg. Fließend beherrschte er Französisch und Englisch. Griechische und römische Klassiker las er im Urtext. Sein Auftreten wird als kultiviert geschildert, als das eines glänzenden Juristen und begnadeten Redners. Der frühe Ansatz einer „hohen Stirn“ ließ ihn seriös erscheinen. Berichte heben ferner hervor, daß er auf Frauen sehr anziehend wirkte, obwohl er zeit seines Lebens unverheiratet blieb.

Zunächst in Limburg, seit 1908 in Frankfurt, bot sich dem Gerechtigkeitssinn des Referendars und Anwaltes so manche Gelegenheit, rebellisch zu sein gegen Willkür und Justizbürokratie. Doch erst die Begegnung mit Rosa Luxemburg brachte ihn, das junge Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, unmittelbar in die Politik. Von da an veränderte sich sein Leben von Grund auf. Rosa Luxemburg hatte ihn und Kurt Rosenfeld 1913 zu ihren Verteidigern gewählt, als gegen sie Anklage erhoben worden war wegen „Aufreizung von Soldaten zum Ungehorsam“. Gesagt hatte sie in einer ihrer zahlreichen antimilitaristischen Versammlungen, im Frankfurter Vorort Bockenheim: „Wenn uns zugemutet wird, die Mordwaffe gegen unsere französischen und anderen ausländischen Brüder zu erheben, erklären wir: Nein, das tun wir nicht.“ Die Versammelten hatten solche Worte mit tosendem Beifall aufgenommen. Die Staatsanwälte sahen darin jedoch Anlaß zum Einschreiten, ja vielleicht sogar – wie Levi später, nach dem 1. August des Jahres 1914 vermutete – zur ersten deutschen Mobilmachungsmaßnahme auf juristischem und moralischem Gebiet.

Seit diesem Prozeß und einem weiteren, der im gleichen Jahr die vehementen Attacken gegen die üble Soldatenschinderei im wilhelminischen Heer zu Fall bringen sollte, war Levis Leben mit dem Rosa Luxemburgs verknüpft, von dieser geprägt, auch über deren Tod hinaus. Sein letzter Prozeß galt dem Mord an ihr und an Karl Liebknecht, er galt der ihn kaschierenden deutschen Justiz, die in Gestalt des Kriegsgerichtsrats Jorns – später war er Reichsanwalt und Leitender Staatsanwalt an Freislers Volksgerichtshof – die Mörder ganz offensichtlich begünstigt hatte. Vieles verband Rosa Luxemburg und Paul Levi, die Liebe zur Natur ebenso wie politischer Scharfsinn, Haß gegen Ungerechtigkeit und Menschenverachtung, die strikte Ablehnung des Krieges wie auch das Streben nach Unabhängigkeit. „Geistig frei und niemandes Knecht!“ – so lautete ihr Wahlspruch und der seinige. Ihre Verbindung war für kurze Zeit, wie Sibylle Quack anhand des von ihr 1983 veröffentlichten Briefwechsels herausgefunden hat, auch sehr persönlicher und heftig-liebevoller Natur. Politisch und geistig Gemeinsames gab es während des Ersten Weltkrieges, als beide in der Spartakusgruppe wirkten, als Levi unter den Pseudonymen Hartstein und Hartlaub in ihrem Sinne Artikel schrieb. Gemeinsames dominierte auch in ihrer Stellung zur russischen Revolution und zu Lenin: Sowohl die große Freude und hoffnungsvolle Erwartung – wovon er zeit seines Lebens nicht abrückte – als auch Besorgnis und Kritik, wobei sich Levi anfänglich von größerem Optimismus leiten ließ. „Der Anschauungsunterricht in Deutschland, ach, begann ... erst nach der Ermordung Rosa Luxemburgs“, hieß es später einmal bei ihm.

Seinen eigenen Platz sah Levi übrigens stets als einen im Schatten von Rosa Luxemburg. „Ich vergleiche mich nie mit ihr“, soll er oft geäußert haben. Aus dem Jahre 1922 stammt der Stoßseufzer: „Wer wollte leugnen, daß der weite Blick, der tiefe Geist, die Kenntnisse und der Wille von Rosa Luxemburg uns in jeder Stunde fehlt.“ 1929, ein Jahr vor seinem Tode, beschrieb er noch einmal,

⁸ Siehe Knobloch, Die schönen Umwege, S. 51.

welche Gefühle ihn bewegt hatten, als ihn ein Dezennium zuvor überraschend die Nachricht von der Untat erreichte: „Es gibt Minuten, die ein langes Leben aufwiegen; die zwei Minuten nach dem Lesen dieser Zeilen sind solche Minuten gewesen.“ Gelesen hatte er die knallige Titelzeile einer ihm zufällig im Moabiter Gefängnis zugänglichen Zeitung: „Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von der Volksmenge erschlagen.“ Am Rande: Möglicherweise erklärt die Haft, daß er am Leben blieb, war doch in manchen Kreisen damals auch mit dem Blick auf ihn von den drei großen „L“ gesprochen worden. Jegliche Schlußfolgerung aus seinem Verhältnis zu Rosa Luxemburg, die ihn auf sie reduziert, verbietet sich. Levi war keineswegs nur ein gelehriger Schüler, der sich auch aus Liebe beflügelt, angeregt oder verpflichtet fühlte. Sehr wohl ist er selbst als ein origineller Denker zu sehen. Bewunderungswürdig erscheinen mir vor allem seine politische Konsequenz und Unbeugsamkeit, wenn es ihm um die „edle“ Sache des Proletariats ging, seine dem großen Ziele stets untergeordnete Streitbarkeit, seine Kreativität, ja auch seine Eigenwilligkeit in allen Fragen nach dem richtigen Verhältnis zwischen Parteien und Massen sowie nach den adäquaten parteipolitischen Organisationsformen. Vielleicht liegt gerade hierin ein Punkt des besonderen aktuellen Interesses an Paul Levi, an seinem Weg sowohl zu den Parteien als auch in diesen, an dem Platz letztlich zwischen ihnen wie auch am Kampf gegen sie.

Ein wesentlicher Lebensabschnitt umfaßt die Zeit vom Frühjahr 1919 bis zum Frühjahr 1921. Fast zwei Jahre lang stand er als Nachfolger des am 10. März 1919 ermordeten Leo Jogiches an der Spitze der jungen, von außen brutal bekämpften und innerlich arg zerstrittenen Kommunistischen Partei Deutschlands. Er schied zusammen mit Ernst Däumig am 24. Februar 1921 aus dieser Funktion aus, unterstützt von Clara Zetkin, Otto Brass und Adolph Hoffmann. Am 15. April des gleichen Jahres wurde er aus der KPD ausgeschlossen.

Die frühe Parteigeschichte ist dennoch untrennbar mit seinem Namen verbunden, vor allem mit jenen Dokumenten und Schritten, die einen anderen Weg wiesen, als ihn die KPD tatsächlich beschritt. Das begann bereits auf dem Gründungsparteitag, als er sich gemeinsam mit Liebknecht und Luxemburg für die Beteiligung der Partei an den Wahlen zur Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung aussprach, was eine radikal-aktionistische Mehrheit jedoch ablehnte. Auf dem Heidelberger Parteitag vom Oktober 1919 versuchte Levi, diesen und andere Fehler zu korrigieren. Man mag es tragisch nennen, daß er für diesen Zweck selbst keine anderen Mittel fand als Radikalität und Aktionismus, wiederum zum Nachteil für seine überaus berechtigte Forderung, die Situation und das politische Kräfteverhältnis realistisch zu analysieren und von jeglicher revoluzzerhaften Formel-Verbreiterei abzuweichen. Seine Forderungen – von einer gewissen Formelhaftigkeit selbst nicht frei – beruhten auf der Erkenntnis: „... ohne Klarheit sind wir keine Partei, sind wir ein wilder Haufen, der selbst nicht einmal geführt werden kann, geschweige denn selbst führen könnte. Nichts Schlimmeres als der Kampf zwischen feindlichen Brüdern.“

Dieses richtete sich zunächst an die Adresse der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD), die sich zur Abwehr des Levi'schen Korrektur-Kurses von der KPD abgespalten hatte und eine sektiererische, selbst das Mittel des individuellen Terrors einschließende Politik betrieb. Manches kam davon zum Vorschein in ihrem Verhältnis zum früheren Mitstreiter: Man attackierte Levi nicht nur in der Sache, sondern beschimpfte ihn: „Judas der deutschen Revolution“, „Parasit“, „Parlamentarischer Börsenmann“, „Gesinnungslump ohnegleichen“, „schamlosestes Subjekt aller Zeiten und aller Länder“, „Kreatur der Heimtücke“, „Salonkomiker“. Zwar hatte er selbst zur Abspaltung der KAPD beigetragen, zu wenig das Verbindende gesucht und zu schnell den Trennungsstrich gezogen, doch damit wollte er in der KPD den Weg frei machen für die von ihm angestrebte und Ende 1920 tatsächlich erreichte Vereinigung mit großen Teilen der USPD, aus der bekanntlich erstmals eine kommunistische Massenpartei hervorging, eine Partei, deren Kurs an dem orientiert war, was vielleicht als demokratischer Kommunismus zu bezeichnen wäre, auf jeden Fall aber eine geschichtlich leider unerprobt gebliebene kommunistische Alternative zum Stalinismus gewesen ist.

Ja, die Schaffung der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD), deren Vorsitzender er und Ernst Däumig wurden, gehört zu Levis bleibenden Leistungen, die einen erfolgverspre-

chenden Weg wiesen. Es gehört im Grunde zu den besonders beschämenden Seiten der Parteigeschichtsschreibung in der DDR, daß sie wahrheitswidrig den Eindruck erweckte, als sei dies eine Leistung der Partei ohne deren Führung gewesen, als hätten sich zwei gleich starke Parteien zusammengeschlossen. Da sollte wohl nicht publik werden, daß zur VKPD nur etwa 50.000 Kommunisten sowie ca. 300.000 unabhängige Sozialdemokraten gestoßen waren, daß eine große Mehrheit in der USPD verblieben war, vor allem aber, daß die VKPD rasch über fast eine halbe Million Mitglieder – also mehr als zu jeder anderen Zeit der Weimarer Republik – verfügte und allein bis zum Ende des Jahres 1921 drei Viertel davon wieder verlor.

Zu Levis Leistungen zählt der „Offene Brief“ der Zentrale der VKPD vom 8. Januar 1921, der sich an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, an die Arbeitsgemeinschaft freier Angestellter, an die Allgemeine Arbeiterunion, die Freie Arbeiterunion (Syndikalistin), an SPD, USPD und KAPD richtete. Dabei handelt es sich um ein programmatisch wichtiges Dokument, obwohl es eigentlich nur ein Aktionsprogramm darstellte. Man könne sich zwar nicht, so die einsichtige Auffassung Levis, über Demokratie und Diktatur miteinander verständigen, dringend sei jedoch die Einigung für den Kampf um ein Stück Brot, das für den mehrheitssozialistischen und unabhängigen Arbeiter nicht weniger notwendig sei als für den Kommunisten. Das Problem der proletarischen Einheit, das in der geschichtlichen Realität der zwanziger Jahre allen Beteiligten lediglich als das einer unterordnenden Gewinnung der jeweiligen anderen Partei galt, erfuhr hier eine damals und auch später unausgeschöpfte Orientierung. Im Grunde ging es Paul Levi um die Unterordnung von Parteiinteressen unter die unmittelbaren Interessen der Mitglieder und Anhänger aller beteiligten Parteien. Das Prinzipielle, das damit zum Vorschein kam, führte wohl auch dazu, daß dieses Dokument zwar Aufnahme in verschiedene Quellenpublikationen der DDR fand, jedoch nie ernsthaft befragt und interpretiert worden ist. Ähnlich erging es der Rede, die Clara Zetkin 1921 im Reichstag gegen den Mord an Matthias Erzberger, für den Schutz der Weimarer Republik gehalten hat und in der es hieß: „Gewiß, wir gehen mit der Mehrheit der Reichstagsabgeordneten einig in der Auffassung, daß die Republik geschützt werden muß ... Aber die Republik, wie sie ist, kann nicht das Ziel, die Erfüllung des proletarischen Kampfes sein; sie hat bis heute nicht den sozialen Gehalt bekommen, der sie erst wirklich dem Herzen des Proletariats teuer zu machen vermochte. Trotzdem sind die Arbeiter – ich darf wohl sagen, ohne Unterschied der Partei – fest entschlossen, die Republik als einen politischen Fortschritt gegen ihre Feinde zu verteidigen und zu schützen – wenn es sein muß mit dem Einsatz ihrer Freiheit, ihres Blutes, ihres Lebens.“⁹

Die unmittelbaren Ergebnisse eines solchen Denkens gaben Levi recht. So führten beispielsweise die preußischen Landtagswahlen vom 20. Februar 1921 im Regierungsbezirk Merseburg, der damals als das „rote Herz“ Deutschlands galt, zu 197.113 Stimmen für die VKPD und damit zu einem Anteil von 29,8%, während sich 70.340 für die SPD und 74 757 Wähler für die USPD entschieden. Ob nun dieser Erfolg sowjetrussische Hoffnungen auf die sehnstüchtig erwartete Unterstützung durch eine deutsche Revolution nährte – 500.000 VKPD-Mitglieder müßten genügen, um zusammen mit einer weiteren Million Arbeiter die Regierung zu stürzen, erklärte Mátyás Rákosi als KI-Vertreter im Februar 1920 gegenüber der deutschen Parteizentrale –, ob der Aufschwung revolutionären Heißspornen zu Kopf stieg oder nicht, ob der Gegner bewußt provozierte oder nicht, es bleibt festzuhalten, daß andere Funktionäre der KPD und der Komintern Levis Linie letztlich mit intriganten Mitteln zu hintertreiben versuchten und offensichtlich sogar bereit waren, die zu erwartende Niederlage zu akzeptieren, wenn sie helfen konnte, die sogenannten Parteirechten von der Führung zu verdrängen.¹⁰ Widersprüchliches breitet sich vor dem Betrachter auch für die Zeit nach dem gescheiterten Aufstand aus: Der III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale übernahm Le-

⁹ Um diese Aussage Clara Zetkins gab es keineswegs zufällig im Herausgeber- und Autorenkreis des geplanten, jedoch nicht mehr realisierten Bandes zur Geschichte der Weimarer Republik, der im Rahmen einer zwölbändigen Deutschen Geschichte in der DDR erscheinen sollte, die lebhaftesten Auseinandersetzungen.

¹⁰ Siehe Martin Finkbeiner: Das oberste Gesetz. Die 21 Aufnahmebedingungen der Komintern und die Internationalisierung der konspirativen Organisationsstruktur der Bolschewiki. In: Neues Deutschland, Berlin, 13./14.3.1993, S. 13.

vis Linie völlig und ohne inhaltliche Abstriche. Zugleich bestätigte der Kongreß noch einmal dessen Parteiausschluß. Ein bloßer Irrtum? Nein, die nahezu schizophrene Diskrepanz ist anders zu deuten. Diskutiert wurde – sofern davon überhaupt gesprochen werden kann – lediglich die Frage, ob Levi gegen die Parteidisziplin verstoßen, ob er die Partei verraten und ihr Vertrauen hintergangen habe oder nicht. Unter der Hand schlug ihm Lenin vor, er solle doch die Kritik und die Parteidisziplin anerkennen, dann wolle er dafür Sorge tragen, daß nach etwa einem halben Jahr die Sache vergessen sei und Levi rehabilitiert würde. Doch dieser ließ sich darauf nicht ein. Er wollte dem Sozialismus dienen, doch anders – so seine Worte – als „mit Ablaßbriefen und Bußfertigkeit“. Verbirgt sich hier bloße Eigenwilligkeit, ein unnötiger Stolz; ein intellektuelles Sich-Überheben über die Partei? Ich glaube, es war Levi bewußt, daß es um mehr, um Wesentlicheres ging. In seinem Visier befand sich zum einen die sogenannte „Offensivtheorie“, derzufolge ein Aufstand, ja selbst eine Revolution möglich sein sollten, ohne die proletarische Mehrheit hinter sich zu wissen. In ihrer Auseinandersetzung mit Levi formulierte die KAPD sogar, daß in revolutionären Situationen stets „der schroffe Gegensatz zwischen dem aktiv-revolutionären Teil und der großen Masse, die nicht klar ist über die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes, akut“ werde, weshalb es auch keine Massenpartei geben könne. Zum anderen lehnte Levi die Organisationsprinzipien der KI ab, die zwar in den westeuropäischen Ländern die Existenz kommunistischer Massenparteien gestatteten, jedoch die legale Arbeit der Partei einem illegalen und in der Parteiführung dominierenden Apparat unterstellten, wie es in Punkt 17 der bekannten 21 Bedingungen hieß.¹¹

Levi scherte sich wohl mehr um die proletarischen Massen als um die Partei. Deshalb stand er wohl auch konsequenter als Lenin in einer entschiedenen Frontstellung zu jeglichem Linksradikalismus, zum Sektierertum und zu den Anzeichen des herannahenden Stalinismus. Jede simplifizierende, unkonkrete und beschönigende Situationsanalyse war ihm zuwider, noch dazu, wenn sie als Grundlage politischer Aktionen dienen sollte, in deren Ergebnis dem Proletariat nichts anderes als ein langfristiger Schaden zugefügt werden konnte. Mit tiefem Ernst verwies er immer wieder auf das Marx'sche Manifest und den dort fixierten Grundsatz, daß die Kommunisten nie besondere, von den Interessen der proletarischen Klasse losgelöste Interessen zu vertreten hätten.

In der Sprache dem Zeitgeist verhaftet heißt es in der bereits erwähnten Broschüre „Unser Weg. Wider den Putschismus“: „Für einen anarchistischen Klub genügt es vollkommen, wenn der Wille der Führers befiehlt und der Todesmut der Gläubigen gehorcht. Für eine Massenpartei, die nicht nur Massen in Bewegung setzen will, sondern auch selbst Masse ist, genügt das nicht ..., nur eigener Wille, eigne Einsicht, eigne Entschlossenheit der Massen kann sie bewegen; auf Grund dieser Voraussetzungen kann eine gute Führung ... führen. Eine Aktion, die lediglich dem politischen Bedürfnis der Kommunistischen Partei und nicht dem subjektiven Bedürfnis der proletarischen Masse entspricht, ist verfehlt an sich ... Die Kommunisten haben nicht die Möglichkeit, zumal nicht, solange sie eine solche Minderheit im Proletariat sind, die Aktion anstelle des Proletariats zu machen ... Aus dieser Grundeinstellung der völligen Verkennung, der völligen Verleugnung der Stellung der Kommunisten zu den Massen ergeben sich dann alle folgenden, bewußten oder unbewußten, gewollten oder ungewollten, gezwungenen oder freiwilligen, bereuten oder nicht bereuten anarchistischen Wesenszüge dieses Märzauflandes ganz von selbst.“

Eine zweite Broschüre entstand aus dem Manuskript, das er sich für seine Rechtfertigung vor der Partei-Zentrale am 15. April 1921 erarbeitet hatte. Ihr gab er den Titel „Was ist das Verbrechen – die Märzaktion oder die Kritik daran?“ Auch hier vermag ich zahlreiche Passagen nicht ohne das Wissen um spätere Konfliktfelder in KPD und SED zu lesen: „Es ist die Kommunistische Partei und losgelöst von den Massen in die Schlacht gestürzt worden. Die besten Organisationen sind zerschlagen, und ganze, große Organisationen konnten überhaupt nicht bewegt werden ... Und da zu sagen, die Partei habe die Aktion glänzend überstanden und nur die Broschüre sei schuld an dem Mißerfolg, das ist Kinderei ... Man kann in einen Fehler hineinstolpern, man kann aber nicht aus so einem katastrophalen Fehler sich herausmogeln, um das Prestige zu wahren ... Genossen, die Geis-

¹¹ Ebenda.

ter, die ihr gerufen, die werdet ihr überhaupt nicht mehr loswerden, und die wird die Partei nicht mehr loswerden .. Die Partei hatte ihre alten Wege verlassen ... es gab nur eine einzige Methode, die Krankheit an weiteren Ausbrüchen zu hindern: ... das ganze politische Verbrechen, den ganzen Verrat an den bisherigen Grundsätzen der Partei rücksichtslos aufzudecken und zu brandmarken ... Dem Versuch, die Krankheit zu kupieren, muß sich selbstverständlich mit Gewalt entgegenstemmen, der keine Krankheit sieht ... Solch ein Spiel mache ich nicht mit.“

Politische Krankheit sah er ebenso darin, daß es die russische Revolution nicht verstanden habe, die Massen mit ihrem Schicksal zu verknüpfen. Diese stünden „beiseite und nicht in der Reihe der Kämpfer.“ Das öffentliche Leben in Sowjetrußland sei tot: „Der Geist der Demokratie, der allein den Odem der Massen bildet, ist gestorben. Eine straff zentralisierte Partei, ein glänzendes Zentralkomitee, eine schlechte Bürokratie schwebt über den Wassern. Drunten aber ist alles wüst und leer ... Da war das Schicksal der Vorhut entschieden.“ Ihm fehlten vor allem große Massenorganisationen in ihrer Funktion als notwendiges „Korrektiv“ der Partei, als eine Kraft, die verhindern könne, sich „neben die Welt zu stellen“, wenn sich eine Partei „neben“ die Massen stellen wolle. Mit dem Blick auf die Existenz mehrerer Arbeiterparteien in Deutschland ergänzte er diese Gedankengänge mit dem Hinweis, daß ohne ein solches „Korrektiv“ die Arbeiterschaft aufhöre, „ein Gegenstand der gemeinsamen Furcht der Bourgeoisie zu sein.“ Es kann nicht verwundern, daß in dieser Kritik seine Sicht auf die unterschiedlichen Verhältnisse in Rußland und in Westeuropa eine große Rolle spielte. Levi sah ganz andere Voraussetzungen hier und da, er wehrte sich gegen jedwede schematische Übertragung russischer Kriterien und Prinzipien auf den Kampf deutscher Kommunisten. Auch in dieser Hinsicht ging es ihm um mehr und um sehr Grundsätzliches: „Westeuropa und Deutschland werden zum Versuchsfeld für allerhand Staatsmänner im Duodez-Format. Ich habe nichts gegen Turkestaner, aber ich habe oft den Eindruck, diese Kräfte würden bei ihren Kunststücken dort weniger Schaden anrichten. Das Spiel mit neuen Spaltungen ist jedenfalls in ihrem Mund ein rasch gespieltes. Wir glauben, daß in allen Ländern, in denen solche Sendboten wirken, die Unzufriedenheit darüber die gleiche ist. Sie arbeiten nie mit und häufig gegen die Zentrale des einzelnen Landes. Die Exekutive wirkt nicht anders wie eine über die russische Grenze hinausprojizierte Tscheka. Die bestimmte Forderung, daß das anders werde und daß unberufene Hände unberufener Delegierter nicht die Leitung in den einzelnen Ländern an sich reißen, der Ruf nach einer politischen Führung und gegen eine Parteipolizei, ist nicht die Forderung nach Autonomie.“

Ich entnehme solchen Gedankengängen den Unmut über die realen Verhältnisse, die Kritik an Personen um der Sache willen, jedoch keinerlei pauschale Gleichsetzung von Bolschewismus und Sowjetrußland, kein schematisches Ineinandersetzen von Kommunismus und Stalinismus, keine schwarz-weiße Gegenüberstellung ost- und westeuropäischer Strukturen. Jene, die da solches glauben machen wollten und wollen, verkannten und verkennen gern die Existenz kommunistischer Alternativen zu dem als Stalinismus in Erscheinung tretenden Kommunismus. Schließlich gab es ja diese nicht allein in der westeuropäischen Arbeiterbewegung, sondern auch in Sowjetrußland, in der Partei der Bolschewiki. Erst recht muß m. E. jede Vermengung politischer Urteile und nationaler Vorurteile in die Irre führen. Levi sprach stets von der „jetzigen“ bolschewistischen Politik. Gerade weil er kein Antikommunist sein wollte, beanspruchte er beispielsweise in seiner Einleitung zu Rosa Luxemburgs Text über die russische Revolution, die Selbständigkeit der Kritik an den russischen Vorgängen zu fördern. Denn nur der, der kritisch denkt, vermag die Wahrheit von der Lüge, den Edelstein vom Schutt zu sondern.“ Levi ging es damals sehr wohl die weit verbreitete, von den Massen in Deutschland durchaus akzeptierte Parole vom „Bündnis mit Sowjetrußland“ Doch war er nicht bereit, darüber hinauszugehen, sollte dies allein der Partei und nicht der übergroßen „parteilosen“ und der Sowjets beraubten Masse zugute kommen. Doch selbst wenn er von den Massen sprach, bewahrte er sich eine realistische Sicht. Möglicherweise bewegte ihn sogar eine tiefgründige Skepsis. Er wußte keine Antwort auf die Frage, ob die russischen Arbeiter unter dem Regime der Bolschewiki nur „ihre Zunge hüten“ oder ob ihnen die „Revolution zum Ekel geworden“ sei. Auch der Blick auf die deutschen Verhältnisse in und erst recht nach der Novemberrevolution ließen ihn vorsichtig denken statt euphorisch-vorschnell handeln. Während des Kapp-Putsches analysierte er

u. a. die soziale und die politische Struktur der gegen die Weimarer Republik aufmarschierenden Wehrverbände. Das Ergebnis führte ihn dazu, das Kernproblem weniger im Offizierskorps, sondern mehr in den Mannschaften zu sehen: „Bleiben die Waffen in der Hand der Schicht, die sie jetzt haben, so werden sie jederzeit jedem reaktionären Streich zur Verfügung stehen, wenn die Staatsstreicher nur Geld haben. Denn die Schichten, die jetzt die Waffen in der Hand haben, sind sozial wurzellos.“ Ende März 1921 schrieb er an Mathilde Jakob: „Wie doch die Menschen wandlungsfähig sind und die Gesinnungen so eng im Brotkorb.“

Auch der weitere Lebensweg Levis vollzog sich bewegt:

Er gründete nach seiner Trennung von der KPD zunächst eine eigene Zeitschrift. Sie trug den Titel „Sowjet“. der jedoch bereits im Sommer 1921 in „Unser Weg“ umgewandelt wurde. Die von ihm ins Leben gerufene „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft“ verstand er nicht als eine eigenständige Partei. Sie sollte lediglich helfen, die Parteien zusammenzuführen, neue Organisationsstrukturen durchzusetzen für den Kampf um jene Themen, die Levi immer wichtiger wurden: der Schutz der Weimarer Republik vor ihren rechtsextremen Feinden sowie die Abwehr neuerlicher Aufrüstung und Kriegsgefahr.

Die Vorstellungen darüber, wie „eine andere organisatorische Gestaltung der proletarischen Gesamtbewegung zu erreichen“ sei, bleiben ihm unklar – wie konnte es auch damals anders sein. Schließlich trat er im Februar 1922 wieder in die USPD ein; widerwillig, wie seiner Begründung zu entnehmen ist: „Wir sind wieder in einer Partei. Wir sind wieder in dem Rahmen, der naturgemäß ‚gottgegeben‘, alle proletarischen Dinge umschließt und jenseits dessen die Politik aufhört und die politische Wasserheilkunde oder Mystik beginnt.“ Als er ein halbes Jahr später wieder zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stieß, leitete ihn die Hoffnung, in ihr und mit ihr proletarische Opposition gestalten zu können. Tatsächlich erwuchs der Parteilinken in ihm eine Integrationsfigur. Ihr Sprachrohr wurde die „Levi-Korrespondenz“, die eigentlich den Titel „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ trug.

Das Scheitern war dennoch programmiert. Wütend wurde er von der sozialdemokratischen Parteiführung als „Quertreiber“ bekämpft und in seinem Aktionsradius eingeschränkt. Er sah dennoch für sich keinen anderen Platz in der Parteienlandschaft der Weimarer Republik. Wie er sich entschieden hätte, als eineinhalb Jahre nach seinem Tode Freunde wie Max Seydewitz, Kurt Rosenfeld u. a. m. die Partei verließen und die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands gründeten, können wir nicht wissen. Ihm schien die SPD immer noch jene Kraft zu sein, in der die Demokratie „fast allein zu Hause“ sei – in diesem Sinne äußerte er sich jedenfalls, als die sozialdemokratische Wehrpolitik im Zentrum der Debatten stand. Das hinderte ihn in keiner Weise, seine Partei eindringlich zu warnen, als ihre Vertreter in der Reichsregierung das Wahlversprechen von 1928 „Kinderspeisung statt Panzerkreuzerbau“ brachen: „Stirbt in ihr die Demokratie ab, und sei es aus den edelsten Motiven, so ist der Faschismus der lachende Erbe. Das ist die große Verantwortung der Führer und der Geführten in der Sozialdemokratie.“ Viele Freunde fanden bei den Trauerfeiern für Paul Levi wundervolle, anerkennende, mahnende Worte: Albert Einstein, Carl von Ossietzky, Max Seydewitz, Kurt Rosenfeld, Franz Künstler, Valeriu Marcu. Unter anderem konstatierte Rudolf Breitscheid lobend und, wie ich glaube, auch mit vollem Recht, der Verstorbene sei kein „Parteimann im Durchschnittssinn des Wortes“ gewesen. Er verwies auf Levis „kritisches Gefühl allen Menschen und Dingen gegenüber“, auf den fehlenden „Autoritätsglauben“. Zweifellos, seine Charakterstärke erhob ihn über den Durchschnitt. Was aber zeichnete eigentlich in politischer und organisationstheoretischer Hinsicht den damaligen Nicht-„Parteimann“ in der Arbeiterbewegung aus? Oder konnte es sich nur um einen besseren „Parteimann“ als den durchschnittlichen handeln? Was wären solche in heutiger Zeit, in der doch so vieles an Weimarer Parteienverdrossenheit neu aufersteht und in der Parteien mehr und mehr als Organisationsgebilde erscheinen, die zwar vom Ganzen sprechen, sich selbst jedoch stets darüber stellen, die zwar von Partizipation und „Beteiligungs“-organisation¹² reden, im wesentlichen aber doch nur Funktionsorganisationen bleiben wollen?

¹² Siehe z. B. Oskar Negt: Für eine Veränderung der gewerkschaftlichen Organisationskultur. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 5/1993, S. 265-270.

Viele Parteien leben offensichtlich allein von der Diskrepanz zwischen ihrem Programm und einer pragmatischen, auf den Erfolg des Augenblicks bedachten Politik. So hat noch allemal selbst eine schlechte Organisation größere Chancen besessen als jede Ansammlung guter Theoretiker. Verstellen nun also Parteien – unabhängig von ihrem Charakter, eben weil sie Parteien sind – den Blick auf die wahren Interessen jener Bevölkerungskreise, die zu vertreten sie vorgeben? Sollen wir wünschen, hoffen oder befürchten, daß vielleicht in Bälde mit dem 20. Jahrhundert auch das der Parteien und der durchschnittlichen „Parteimänner“ zu Ende geht? Die Hoffnung würde implizieren, gerade heutzutage nicht nur nach neuen Zielen, sondern wieder einmal trotz aller schlimmen Erfahrungen nach neuen Organisationsformen zu suchen. Jeder wäre überfordert, aus der Geschichte heraus eine neue Variante vorschlagen zu sollen. Eigentlich kann es sich nur darum handeln, alle neuen Erscheinungen aufmerksam zu verfolgen und aktiv so zu begleiten, daß ihnen kein Hemmnis erwachsen kann aus den üblich-üblichen parteienegoistischen Grenzen. Es heißt ferner, Beispiele zu schaffen, vielleicht nach dem Motto klein oder fein, machtlos oder lernwillig, bedacht auf Wirkung in der Gesellschaft ohne jeden Anspruch auf Machtverdorbenheit, vielleicht ein Beispiel dafür, wie „das Minus an parlamentarischer Macht durch ein Plus an sozialer Macht“ wert gemacht werden kann – ein Gedanke, den Levi 1923 gegen die Pläne von SPD-Oberen setzte, mit der DVP zu koalieren.

Ohne Parteien ist Politik heute selbstverständlich undenkbar. Vielleicht reduziert sich angesichts dessen die Fragestellung darauf, ob eine künftige Parteiengeschichte nur noch vorstellbar unter der Bedingung erscheint, daß eine neue Qualität innerparteilicher Demokratie erreicht werden kann. Dies wäre jedoch lediglich dem Druck aus der Gesellschaft geschuldet; also einem Levi'schen Parteien-Korrektiv? Vielleicht kommt es wirklich darauf an *mit* den Parteien den Massen einen solchen höheren Partizipationsgrad zuzusprechen, der den dominierenden Parteien jegliches antidemokratische Bestreben unmöglich macht und gleichzeitig ausreichende Effektivität im Versuch zur Beherrschung der dringenden gesellschaftlichen Probleme aufweist?

Gerhart Hauptmann – Sie spüren, daß sich der Bogen um meine Gedanken schließt – verglich das deutsche Nationalgefühl angesichts des seinem „Florian Geyer“ verständnislos begegnenden Berliner Premierenpublikums mit einer zersprungenen Glocke: „Ich schlug mit dem Hammer daran, aber es tönte nicht.“ Tönt eventuell das von Paul Levi vergeblich angeschlagene Instrument erst heute oder gar morgen? Auf jeden Fall sollten seine demokratisch-sozialistischen Ziele, seine Suche nach adäquaten Organisationsstrukturen, seine Vorstellungen über den kompromißlosen Platz zwischen den Parteien sowie über den weiten Spielraum von Opposition in den Parteien ständig neu befragt werden. Mehr Demokratie *in* den *mit* den und *durch* die Parteien – das muß durchaus keine Utopie sein, an deren Unerfüllbarkeit künftig immer noch aufrechte Menschen zu zerbrechen drohen.

Geringfügig überarbeitete Fassung eines Vortrages, gehalten am 29. Juni 1993 auf einer Veranstaltung des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V.

Paul Levi – Biographische und andere Gedanken zu seinem Weg in und zwischen den Parteien der deutschen Arbeiterbewegung. Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena 1993, 24 S.

Die Geschichte der NSDAP – ein aufschlußreicher, umstrittener und aktueller Gegenstand der Faschismusforschung

Als nach dem Ersten Weltkrieg die italienischen Schwarzhemden-Organisation Mussolinis sowie vergleichbare Parteien und Verbände in anderen europäischen Ländern auf die politische Bühne traten, riefen sie nicht nur Überraschung und Furcht, Hoffnungen und Ängste aller Art, sondern zugleich eine Fülle unterschiedlichster und sich rasch weiter differenzierender Deutungen hervor. Gemeinsames lag in diesen ersten Interpretationen des Faschismus¹ lediglich in der Hervorhebung seines völlig neuartigen und vor allem seines terroristischen Charakters. Was in der Benennung von Ursachen und gesellschaftlichen Zusammenhängen darüber hinausging, zeugte in der Regel eher vom politischen Standort ihrer jeweiligen Verfasser als von deren Bereitschaft und Fähigkeit zu komplexer wissenschaftlicher Analyse. Neben den objektiv gegebenen Grenzen in der Erfäßbarkeit zeitgenössischer Erscheinungen spielten von Anfang an politisch geprägte und parteienegoistische Tendenzen eine gewichtige erkenntnisleitende und -begrenzende Rolle.

Die umfangreichsten Bemühungen um eine adäquate Erfassung der neuen Bewegungen, ihrer Mitgliederstruktur und ihrer Organisationsprinzipien stammten vor allem aus jenen Kreisen, die sich von diesen politisch und ebenso existentiell bedroht sahen, die den damit verbundenen Gefahren aktiv zu begegnen suchten. So erwuchs auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Faschismus primär aus unmittelbaren politischen Bedürfnissen, was in mancher Hinsicht als eine Besonderheit gegenüber anderen sozial- und geisteswissenschaftlichen Forschungsgebieten gelten darf. An den Faschismusinterpretationen beteiligten sich fast ausnahmslos politisch tätige Kräfte, denen allzu oft der Zugang zu wissenschaftlichen Institutionen verwehrt geblieben war. Konstituierung und Entfaltung der Faschismusforschung als ausnahmslos politisch tätige Kräfte, denen allzu oft der Zugang zu wissenschaftlichen Institutionen verwehrt geblieben war. Konstituierung und Entfaltung der Faschismusforschung als eines relativ eigenständigen und interdisziplinären Wissenschaftsgebietes ließen lange auf sich warten. Daraus folgte eine nahezu unvermeidliche Politikverbundenheit, die sich selbst in jenen Arbeiten aus den 20er und 30er Jahren widerspiegelt, die heute noch als hervorragende wissenschaftliche Leistungen zu bewerten sind.² Diesen Publikationen sind zugleich alle divergenten politischen Interessen unter den zerstrittenen nicht- und antifaschistischen Strömungen zu entnehmen.

Selbst nach 1945 sollten noch Jahrzehnte vergehen – es war zudem die Zeit des Kalten Krieges in seiner heißesten Phase –, bevor sich der Faschismus aus einem Objekt vorwiegend politischer Auseinandersetzungen in ein überwiegend geschichtswissenschaftlich interessierendes Thema wandelte. Erst seit den 60er Jahren vollzog sich ein Prozeß der Verwissenschaftlichung, ein Prozeß, für den der umstritten Begriff der „Historisierung“³ in seiner allgemeinsten Bedeutung verwendet werden kann. Die unterschiedlichen historiographischen Strömungen in West und Ost, noch mehr die einzelnen Sachgebiete der Faschismusforschungen folgten diesem Prozeß zu verschiedenen Zeiten, unter recht differenzierten und vielfach wechselnden Rahmenbedingungen sowie mit unterschiedlichen Ergebnissen. Dabei, so will es scheinen, weisen heute insbesondere die parteigeschichtlichen Forschungen immer noch einen gewissen Nachholebedarf auf ...

¹ Faschismus wird hier als ein historisch entstandener, sich aus der Selbstbezeichnung rechtsextremer Organisationen in Italien und anderen europäischen Ländern nach dem Ersten Weltkrieg ableitender Begriff verwendet. Dies schließt die erheblichen nationalen und sonstigen Spezifika ein.

² Zugang zu der Fülle solcher Arbeiten bieten u. a. Helga Grebing und Klaus Kinner (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung, Essen 1990; Theorien über den Faschismus. Hrsg. von Ernst Nolte, Köln und Berlin 1967.

³ Diesen Begriff führte Martin Broszat 1985 in die Diskussion ein. Es ist leider nicht zu übersehen, daß sich konservative Historiker bemühen, in Gegensatz zu den Intentionen Broszats eine Relativierung des Nationalsozialismus durchzusetzen. Siehe z. B. Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus. Hrsg. von Uwe Backes, Eckhard Jesse und Rainer Zitelmann, Frankfurt a. M. und Berlin 1990; Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991. dazu auch den Beitrag von K. H. Roth in diesem Heft.

Für Faschismusforschungen in der DDR machte sich das Fehlen wirklich historisch-materialistischer Theorien über die in allen Gesellschaften existierenden klassen- und systemübergreifenden Erscheinungen negativ bemerkbar. Weder aus der Geschichtswissenschaft noch aus den Faschismusforschungen allein ließen sich Theorien beispielsweise über Herrschaft und Macht, Recht und Legitimität, Demokratie und Parlamentarismus, Persönlichkeit und Massen sowie über das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft ableiten. Kreative Erkenntnisansätze in anderen Ländern, die sich um solche Theorien bemühten, wurden häufig als „antimarxistisch“ abgetan. Überheblichkeit dominierte selbst gegenüber jenen Denkrichtungen in westlichen Ländern, die – auf den Schultern von Marx stehend – Präzisierung und Vervollkommen, Erweiterung und Erneuerung des Marxismus anstrebten. Solche Unzulänglichkeiten, Fehler und Widersprüche resultierten letztlich aus dem Versuch, im Namen und nicht im Sinne des Marxismus die Totalität der Gesellschaft allein aus der „parteilichen“ Perspektive eines ihrer Teile erfassen zu wollen.

Auch die Forschungen, die sich unmittelbar auf die Geschichte der NSDAP bezogen, standen im Schatten solcher Probleme.⁴ Dennoch sollte die Tatsache nicht übersehen werden, daß es in der DDR stärkere Bemühungen als in der BRD gegeben hat, sich auf parteien- und organisationsgeschichtlichem Wege dem generellen Thema anzunähern. Ja, es muß wohl eher verwundern, daß es angesichts des ungeheuer breiten Umfangs und Spektrums der westdeutschen Forschungen keinen Versuch einer zusammenfassenden Darstellung zur Geschichte der NSDAP gegeben hat⁵ und davon sogar direkt abgeraten worden ist.⁶ Entsprechende Arbeiten aus den USA und anderen westlichen Ländern erschienen nicht in deutscher Sprache.⁷ Einer ersten parteigeschichtlichen Gesamtdarstellung wurde nicht zuletzt deshalb mißtrauisch begegnet, weil sie aus der DDR stammte.⁸

Frühe Defizite und Tendenzen der Unterschätzung

Dies alles gehört im Grunde auch zu den unübersehbaren Nachwirkungen des Parteienstreits der 20er und 30er Jahre. Vielfach wurde in den Faschismusforschungen und insbesondere in denen zur Geschichte der NSDAP nach 1945 dort angeknüpft, wo man in den Auseinandersetzungen von 1932/33 stehengeblieben war.

In der Weimarer Zeit standen vor allem die Programmatik und äußere Erscheinungsformen des Nationalsozialismus im Vordergrund des Politischen und wissenschaftlichen Interesses. Zwar galt die Aufmerksamkeit der meisten Autoren auch der Tatsache, daß die NSDAP ihre Parolen und Konzepte aus militant-nationalistischer Überheblichkeit und völkisch-rassistischem Ungeist schöpfte sowie die Gewalt nach innen und nach außen zur obersten politischen Doktrin erhob, doch vor dem allgemeinen deutschnationalen Hintergrund und angesichts der gegen den Versailler Vertrag gerichteten deutschen Außenpolitik spielten bei manchen die absehbaren Folgen eines Programms einer untergeordnete Rolle, das in und mit der NSDAP die Verwirklichung extrem nationalistischer Ziele anstrebte: Das 25-Punkte Programm dieser Partei forderte bekanntlich nicht nur die Revision der

⁴ Siehe Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker: Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens, Berlin 1981. Einer der Gutachter für den Verlag hatte allen Ernstes vorgeschlagen, die Darstellung der Geschichte der NSDAP erst mit dem Jahr 1929 beginnen zu lassen.

⁵ Die Fülle der Arbeiten über die unterschiedlichsten Aspekte der NSDAP-Geschichte kann hier nicht im entferntesten angedeutet werden. Am intensivsten wurde zur Frühgeschichte der NSDAP geforscht. Die Hoffnung im Ergebnis zahlreicher Spezialarbeiten zu einer Gesamtdarstellung gelangen zu können, blieb bis in die Gegenwart unerfüllt. Es ist allerdings auffällig, daß jüngst ein Verlag für ein Buch werben wollte mit der ausdrücklichen Erklärung, es handle sich um „die erste umfassende Darstellung der Geschichte der NSDAP“. Siehe Jochen Lang: Die Partei. Mit Hitler an die Macht und in den Untergang. Ein deutsches Lesebuch. Unter Mitarbeit von Claus Sibyll, Hamburg 1989.

⁶ Siehe die Rezension von Andreas Hillgruber zu dem Buch von Pätzold und Weißbecker. In Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, H. 1/1983.

⁷ Z. B. Dietrich Orlow: The History of Nazi Party, 2 Bde., University of Pittsburgh Press 1969 und 1973; Aryeh L. Unger: The Totalitarian Party. Party and People in Nazi Germany and Soviet Russia, Cambridge University Press 1974.

⁸ Siehe Anmerkung 6 und Johannes Tuchel: Jugend, Alltag und Gewaltverbrechen im Dritten Reich. Zu neueren Arbeiten und Wiederauflagen über den Nationalsozialismus. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, H. 1/1984, S. 48 f.

Grenzen von 1918, sondern darüber hinaus auch den territorialen „Zusammenschluß aller Deutschen ... zu einem Großdeutschland“ sowie den Erwerb von „Land und Boden (Kolonien)“. Vielfach wurde auch die eigentlich unmißverständlich formulierte Absicht der Nazis übersehen, „Nicht-Deutsche“, also Ausländer schlechthin, insbesondere aber jüdische Menschen unter diskriminierende Sondergesetze zu stellen, ihnen jede öffentliche Anstellung in Reich, Ländern und Gemeinden zu verweigern, ihnen die Existenzgrundlagen zu entziehen und sie aus dem Reichsgebiet zu vertreiben. Im Parteiprogramm hieß es unverblümt: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.“ Brutal, aber offenherzig war ebenso angekündigt worden: „Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen ... Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.“

Die geschichtswissenschaftliche Forschung hat überall, d. h. relativ unabhängig von ihren jeweiligen politischen Schranken, erst spät das Phänomen zu erfassen verstanden, daß allzu viele Deutsche ein solches Programm und die darauf basierenden Krisenbewältigungskonzepte – sofern sie nicht mit ihnen übereinstimmten – kaum zur Kenntnis und schon gar nicht ernst genommen haben. Diese Erkenntnis führte folgerichtig zu der These, daß die Weimarer Republik in hohem Maße an der Unterschätzung der faschistischen Gefahr zugrunde gegangen sei.⁹ Selbstverständlich ist es müßig fragen zu wollen, wie sich die Verhältnisse in Deutschland entwickelt hätten, wäre der anfänglichen kleinen Nazipartei mehr kritisch-besorgte Aufmerksamkeit gewidmet, ihr sogar sehr nachdrücklich der Kampf angesagt worden. Dennoch taucht dieser Gedanke mit Recht immer wieder in der Literatur auf. Viele Autoren beziehen sich insbesondere darauf, daß eigentlich jeder hätte lesen können, was z. B. in „Mein Kampf“ stand, in jenem Machwerk, das manche Antifaschisten sehr zutreffend eine „Kannibalen-Bibel“ nannten. Vielen, die auf eine Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges bedacht waren, blieb offensichtlich die folgenreiche Diskrepanz zwischen nationaler und nationalstaatlicher Außenpolitik einerseits und dem, was Hitler andererseits als seine „völkische Außenpolitik“ charakterisiert hat, verborgen: Hitler schrieb offen, daß die völkischen Politiker „... aus der Beengtheit des deutschen Lebensraumes ... zu neuem Grund und Boden“ zu führen hätten, was nicht ohne einen neuen Krieg zu bewerkstelligen war. In größter Überspitzung tatsächlicher nationaler Belange, wie sie sich im Ringen um eine Befreiung von den Lasten des Versailler Vertrages niederschlugen, und in chauvinistisch-geopolitischer Rechtfertigung der eigenen Ziele deklarierte es die NSDAP als ihre Aufgabe, „... das Mißverhältnis zwischen unserer Volkszahl und unserer Bodenfläche – diese als Nährquelle sowohl wie auch als machtpolitischer Stützpunkt angesehen –, zwischen unserer historischen Vergangenheit und der Aussichtslosigkeit unserer Ohnmacht in der Gegenwart zu beseitigen.“ Man dürfe sich nicht als „Anwalt anderer Völker“ verstehen, und Deutsche würden sich auch keineswegs im Falle eines Bodenerwerbs irgendeiner „Verletzung heiliger Menschenrechte“ schuldig machen. Es gelte ganz allein, „... der Vorkämpfer des eigenen Volkes zu sein.“¹⁰

Gerade in dieser Hinsicht sind die erwähnten Tendenzen einer Unterschätzung des Faschismus für die Parteiengeschichtsforschung bedeutsam geworden. Manchem Autor ging es nicht so sehr um die komplexe Erfassung der menschen- und menschenrechtsfeindlichen Gefährlichkeit des Faschismus, sondern eher um die Herausstellung der als „wertvoll“ betrachteten nationalen Ziele und Kräfte dieser Partei.

Stattdessen wurden andere Aspekte zum Streitpunkt erhoben: die angeblich ausschlaggebende Rolle des „Führers“ oder die der großindustriellen Förderer und Hintermänner, die „volksparteiliche“ Sozialstruktur der NSDAP bzw. die Frage nach der Rolle ihrer kleinbürgerlichen oder proletarischen Anhänger. In fast allen Fällen erschien die Partei lediglich als etwas von außen oder von oben her

⁹ Diese These geht vor allem auf die frühen Arbeiten von Karl-Dietrich Bracher zur Geschichte der Weimarer Republik zurück.

¹⁰ Adolf Hitler: Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band 390/394. Aufl., München 1939, S. 732 und 741 f.

Formbares, als Organisation ohne eigentliche Funktion, ohne Eigenleben und ohne innere Dynamik. Die NSDAP stand außerdem in der Regel am Rande der parteigeschichtlichen Betrachtungen, da sie vielfach als Sonderfall oder als eine aus dem Parteienspektrum herausfallende „Bewegung“ angesehen worden ist. In den meisten Darstellungen zur Geschichte der deutschen Parteien klafft zwischen 1933 und 1945 ein regelrechtes Loch.¹¹ Erkenntnishemmend wirkten darüber hinaus die Auffassungen über eine ökonomische Determination gesellschaftlicher Erscheinungen, ebenso aber der mit den Begriffen Demokratie und Parlamentarismus recht eng setzte Bezugsrahmen für parteiengeschichtliche Forschungen.

Über solche Grenzen hinausweisende Ansätze aus den Forschungen der 20er und 30er Jahre blieben weitgehend unberücksichtigt. Zwar wurde beispielsweise auf Sigmund Neumann, der die NSDAP als eine moderne Integrationspartei bewertete¹², sowie auf Franz Neumann und seine Darstellung der Rolle NSDAP im Herrschaftsgefüge der nationalsozialistischen Diktatur¹³ Bezug genommen, jedoch dominierte der Versuch, ihre Erkenntnisse in das totalitarismustheoretische Demokratie-Diktatur-Schema zu pressen, das im Grunde eine ebenso bipolare Entweder-Oder-Sichtweise verlangte, wie dies im Marxismus-Leninismus der Fall war.

Bestandteil der deutschen Parteiengeschichte

Eine der Fragen, die in unseren Tagen vorrangig zur Geschichte der NSDAP zu stellen ist, hat der Tatsache zu gelten, daß diese Partei vom Ende der 20er bis in die Mitte der 40er Jahre – trotz eines eigentlich für jedermann erkennbaren völkisch-rassistischen Programms, trotz ihrer Militanz und ihres Terrorismus – den hoffnungsvollen Zuspruch der Deutschen wie keine andere fand. In der Parteiengeschichte nahm und nimmt die NSDAP insbesondere aus diesem Grunde einen einzigartigen Platz ein. Sie hatte tatsächlich Massenzulauf wie keine andere – am Ende sollen 10 Millionen allein in ihren Reihen erfaßt gewesen sein; dazu kamen noch Millionen und aber Millionen in den Gliederungen bzw. in den sogenannten angeschlossenen Verbänden. Auf welche Ursachen dies auch immer zurückzuführen ist, ihr Massenanhang und der Charakter einer „virtuellen Volkspartei“¹⁴ müssen in engem Zusammenhang mit allen anderen Besonderheiten dieser Partei gesehen werden. Dazu gehört beispielsweise, daß sie wie keine andere eine Partei des erbarmungslosen Hasses auf Andersdenkende und andersartige Menschen gewesen ist. Sie war außerdem eine auf den Krieg orientierte Partei wie keine andere. Das Ausmaß ihrer politischen und territorialen Forderungen gegenüber anderen Völkern war so extrem hoch, wie man es bei keiner anderen Organisation kennt. Die skrupellose Bereitschaft zum Einsatz aller legalen und illegalen Mittel, aller möglichen und erdenklichen Methoden, eingeschlossen auch die trickreichsten und verbrecherischsten, prägte ihren Weg. Schließlich besaß sie auch ein so weitläufiges Organisationssystem wie keine andere, und selbst ihr „Führer“ Adolf Hitler sowie eine ganze Schicht machtbesessener, beutegieriger Politiker an dessen Seite lassen sich nicht mit jenen gleichsetzen, die ebenfalls Diktatoren und Verbrecher genannt zu werden verdienen.

Übereinstimmend wird in den Faschismusforschungen erkannt: Es gab und gibt keine andere Partei, deren Existenz und Entwicklung, deren Strukturen und Führungskräfte so eng wie die der NSDAP mit den beiden mörderischen Weltkriegen dieses Jahrhunderts verknüpft gewesen sind. Darüber hinaus war es auch ihr Erbe, um das es im berühmigten Kalten Krieg zwischen den ehemaligen Partnern der alliierten Front gegen den faschistischen Mächteblock ging. Nur mit Entsetzen läßt

¹¹ Siehe z. B. Heino Kaack: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971.

¹² Siehe Siegmund Neumann: Die Parteien der Weimarer Republik. Mit einer Einführung von Karl-Dietrich Bracher, Stuttgart 1965 (Originalausgabe i 932), S. 73 ff.

¹³ Franz Neumann: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, Köln und Frankfurt a. M. 1977 (Originalausgabe i 942 bzw. 1944)

¹⁴ Siehe Hans Mommsen: Zur Verschränkung traditioneller und faschistischer Führungsgruppen in Deutschland beim Übergang von der Bewegungs- zur Systemphase. In: Wolfgang Schieder (Hrsg.): Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, Hamburg 1976, S. 164 f. Ohne Einschränkung spricht Jürgen Falter in seiner Arbeit „Hitlers Wähler“ von der NSDAP als der ersten modernen Volkspartei in der deutschen Geschichte.

sich heute beobachten, wie ausgerechnet ihr Programm, wie ihre Symbole und Traditionen schreckenverbreitende Wiederauferstehung zu feiern scheinen, wie „kalte“ Nachkriegssieger erneut die Geschichte des Nationalsozialismus zu verharmlosen, aber auch für neuerliche parteienegoistische Zwecke zu instrumentalisieren bereit sind.

Die totale Friedlosigkeit, ja die ausgesprochene Friedensfeindlichkeit der NSDAP kamen nicht nur im Programm zur Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges zum Ausdruck, sondern vor allem in den wahnwitzigen Plänen zur Errichtung einer großgermanisch und rassenideologisch begründeten Weltherrschaft. Sie reichten von einer erbarmungslosen Kriegsideologie bis zu den erbärmlichsten Kriegsverbrechen, die im Namen der Deutschen begangen worden sind. Sie offenbarten sich in den innerparteilich-hierarchischen Organisationsstrukturen der NSDAP ebenso wie in den Prinzipien, auf deren Grundlage nach dem 30. Januar 1933 das nazifaschistische Herrschaftssystem aufgebaut worden ist.

Das gewalttätige und kriegsorientierte Wesen der NSDAP entfaltete sich – darin besteht Konsens – aus dem Ersten Weltkrieg heraus, der ja bekanntlich zu einer allgemeinen Verstärkung von Gewaltbereitschaft auch im zivilen Leben der Gesellschaft geführt hatte. Die NSDAP erhob ins Extrem, was in allen politischen Auseinandersetzungen nach 1918 als eine gegenüber früheren Zeiten gewachsene kämpferische Militanz und Intoleranz zutage trat. Traditionelle humanistische Werte schienen überall und generell außer Kraft gesetzt zu sein. Über seine zeitliche Grenze hinaus bewirkte der Erste Weltkrieg eine mehr der weniger große, alltägliche Entmenschlichung. Leben und Tod wurden von vielen geringschätzig behandelt. Es wuchs die Gewöhnung an scheinbar Unvermeidliches, das man vier Jahre lang Tag für Tag, Nacht für Nacht erlebt hatte. In den Vordergrund ideeller Werte-Kataloge traten der Mythos des Opfers und ein Kult und die im militärischen Einsatz Gefallenen. Obwohl sich gegen diese Tendenzen der Geist eines demokratischen Humanismus erhob (was militante Auseinandersetzungen in dessen eigenen Reihen überhaupt nicht ausschloß), muß dem amerikanischen Historiker George L. Mosse weitgehend zugestimmt werden, wenn er für diese Zeit zwischen den beiden Weltkriegen von einer allgemeinen „Brutalisierung“ der Politik als einem bestimmenden Element des normalen Lebens spricht.¹⁵

Strittig ist dagegen in den parteiengeschichtlichen Faschismusforschungen, inwieweit vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund die generellen Ursachen des Aufstiegs der NSDAP zu sehen sind. In der DDR-Geschichtswissenschaft war das Urteil eindeutig: Auf diesem Nährboden vollzog sich der Marsch zur größten deutschen Massenpartei, an die zunächst keiner zu denken gewagt hatte, als sie noch eine unter den zahlreichen rechtsextremistischen, völkisch-nationalistischen und rassistisch-antisemitischen Organisationen gewesen war. Betont wurde, daß von diesen in den Anfangsjahren der Weimarer Republik mehrere hundert existiert hatten, die zunächst sogar erheblich höhere Mitglieberscharen mobilisierten und mehr Einfluß besaßen. Sie propagierten ebenfalls ein antiparlamentarisches und militant-rassistisches Programm. Auch sie verfügten über große Geldmittel und geeignete Anwärter auf „Führer-Positionen. Doch gelang ihnen kein Durchbruch. Im Gegenteil, im Lauf weniger Jahre wanderten ihre Mitglieder und Anhänger zur NSDAP, die alles in sich aufzusaugen vermochte, was sich damals am rechten Rand der deutschen Gesellschaft tummelte.

Streit um entscheidende und begünstigende Faktoren

Der NSDAP kamen viele begünstigende und durch ihre Bündelung besonders hilfreiche Umstände zugute. Über die förderlichen Faktoren ist im einzelnen viel geschrieben worden, sodaß hier nur wenige angedeutet werden können; wirksam wurden sie jedoch erst durch die Gesamtkonstellation. Gefördert durch mannigfaltige Unterstützungen, darunter auch durch keineswegs unwichtige finanzielle Spritzen einiger Großindustrieller, ermuntert durch vielfältige Duldungsakte einer dem Konservatismus verhafteten Staatsbürokratie und einer deutschnational orientierten Justiz, gestärkt

¹⁵ Siehe George L. Mosse: Der Erste Weltkrieg und die Brutalisierung der Politik. Betrachtungen über die politische Rechte, den Rassismus und den deutschen Sonderweg. In: Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Hrsg. von Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen, Hans-Helmuth Knütter und Hans-Peter Schwarz, Bonn 1987, S. 127 ff.

durch die Fehler und Schwächen der demokratischen Republik, getragen vom feindseligen Mißtrauen in Demokratie und Parlamentarismus, vom Haß gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Pazifisten u. a. m., bestärkt durch die allgemeine Militarisierung des Lebens im Nachkriegsdeutschland, durch den verbreiteten Schrei nach autoritärer Stärke und nach konsequenter Führung – so konnte es dieser Partei in der Zeit der Weltwirtschaftskrise gelingen, sich zum alleinigen Sammelbecken antikommunistischer, antisozialdemokratischer und antiparlamentarischer Kräfte zu entwickeln. Skrupellos nutzte die NSDAP alles aus, was ihr erleichtern und ermöglichen half, diese Kräfte zum Sturm aller nationalistisch-rassistischen Kreise auf die ungeliebte Weimarer Republik zu führen. Nicht nur durch ihre Ziele, sondern auch durch den riesigen Zulauf aus fast allen Schichten der Bevölkerung erschien diese Partei vielen Mächtigen bald als „hof“- und regierungsfähig.

Zu ihrem Vorteil gerieten damit jene Faktoren, die in ihrer Gesamtheit und Wechselwirkung das politische und soziale Geschehen in der Weimarer Republik geprägt haben. Ihr kam ein komplexes Bedingungsgefüge für die alltägliche Lebenssituation vieler Menschen sehr entgegen. Ein allgemeiner Parteienverdruß und die vielgestaltigen Krisen der Weimarer Demokratie boten einen ergiebigen Boden für das Aufgehen der braunen Saat, die der Nationalsozialismus mit seinen Versprechungen und Verheißungen, mit seiner Heuchelei und seinen Lügen ausstreute. Und im Gegensatz zu anderen Parteien verfolgte die Nazipartei ihre ohnehin weitreichenden Ziele – Großdeutschland, erobertes und kolonialisierter „Lebensraum im Osten“ und „deutsche Größe“ über allem in der Welt – offensichtlich am konsequentesten, Sie schien nicht zu schwanken, anders etwa als die Deutschnationale Volkspartei, die 1924 durch ihr Verhalten im Reichstag die Annahme des von allen Rechten strikt bekämpften Dawes-Plan ermöglicht hatte. Sie schien ohne Kompromisse auskommen zu können und auch nicht in die Mißhelligkeiten des Parlamentarismus der Weimarer Republik verwickelt zu sein. So konnte sie sich zunächst über die anderen Gruppierungen im rechten Lager erheben – getragen von ihrem unermüdlichen Aktionismus, vor faszinierendem Blendwerk sowie von einem verführerisch aufgeblasenem Bild des „Deutschen“ und seiner angeblich entscheidenden Rolle der Welt – später über alle Parteien und das ganze deutsche Volk.

Für ihre Ziele, die manchem Deutschen lediglich als begrüßenswerte Neuauflage des früheren Kampfes um einen Platz Deutschlands „an der Sonne“ erschienen, sowie für die als Zeichen der Stärke gedeutete Kompromißlosigkeit gab es heimlichen und offenen Beifall, stillschweigende Duldung, förderliche Zustimmung, Ermunterung u. a. m. auch von Menschen aus solchen sozialen Schichten und Gruppen, die aus ihrer sozialen Situation heraus keineswegs aggressiv-expansionistische Positionen vertraten. Hinzu kam: Verbote blieben unwirksam, da sie oft nur halbherzig ausgesprochen, in der Regel vorher angekündigt und kaum in enger Verbindung mit anderen notwendigen Maßnahmen praktiziert wurden. Je größer die Enttäuschung über andere Parteien und Politiker wurde, desto bereitwilliger wurden auch die schlimmen Mittel und Methoden akzeptiert, die die Nazipartei zur Erreichung ihrer nationalistischen und sozialpolitischen Ziele anbot. Und umgekehrt: Je erfolgreicher die NSDAP auf der politischen Bühne agieren konnte, desto höher schraubten sich die Vorstellungen ihrer Führer und Mitglieder von jenem Deutschland, das sie von Marxisten und Juden zu „befreien“ sowie von parlamentarischer Demokratie und Korruption zu „reinigen“ gedachten, indem es keine Arbeitslosigkeit und kein soziales Elend mehr geben sollte, das sie auf Kosten anderer Völker zur Weltmacht erheben wollten.

Die Geschichte kennt auch keine andere Partei, deren Führung in der Wahl ihrer politischen Mittel so skrupellos gewesen wäre, die so offen gewalttätig und verbrecherisch vorgegangen wäre. Am Ende des Zweiten Weltkrieges stand keineswegs zufällig für alle Partner der Antihitlerkoalition eine ihrer gemeinsamen Entscheidungen völlig außerhalb jeden Zweifels: Die NSDAP sollte verboten werden und – wie es im Potsdamer Abkommen hieß – in „keiner Form wieder auferstehen“ können. Ihr Korps der politischen Leiter wurde angeklagt und verurteilt, eine verbrecherische Organisation gewesen zu sein und als der „innere Kern einer Verschwörung gegen den Frieden“ gewirkt zu haben.

Tatsächlich standen – was leider nicht von jenen Forschern berücksichtigt wird, die die Rolle wirtschaftlicher und anderer Eliten der deutschen Gesellschaft gegenüber anderen Faktoren zu relativie-

ren trachten – seit 1918/19 ein neuer Krieg sowie dessen „bessere“ wirtschaftliche, technische und vor allem innenpolitisch abgesicherte und langfristige Vorbereitung im Mittelpunkt allen Wirkens der NSDAP. In jeder Phase ihrer unheilvollen Existenz galt außerdem die abenteuerliche Parole „Alles oder nichts!“. Ganz in diesem Sinne erstrebte die NSDAP alles nur Erdenkliche an eigener Machtvollkommenheit und Ohnmacht der anderen, an „deutscher Weltmacht“ und an Machtlosigkeit der übrigen Welt, und sollte es auch die eigene Existenz kosten. Gerade in dieser Hinsicht – sehr stark unter dem Einfluß der sozialdarwinistischen Auffassungen Hitlers über die Existenzberechtigung von „starken“, von einem gnädigen Schicksal bevorzugten Völkern und über den notwendigen Untergang „schwacher“, angeblich minderwertiger und kulturloser Rassen – unterschied sie sich von den anderen im Deutschen Reich an größter Macht und Maximalprofit orientierten Kreisen. In der Tat war ihr nicht nur ein enormes, sondern auch ein absonderlich aggressiv-expansionistisches Konzept eigen.

Anders, ja geradezu neuartig war auch ihr Versuch, sozusagen *mit* den Massen und als Partei *der* Massen Politik für solche Ziele betreiben zu wollen, die eigentlich nicht mit deren Lebensinteressen übereinstimmen konnten. „Nie wieder Krieg“ – so lautete der Wunsch der meisten Deutschen, nachdem sie den Ersten Weltkrieg überstanden hatten. Eine kriegerische Revision des Versailler Friedensvertrages war daher ohne die Bereitschaft einer großen Bevölkerungsmehrheit, einen neuen Krieg zu dulden oder sogar an ihm aktiv mitzuwirken, undenkbar. So betrieb die NSDAP von Anfang an eine Politik, bei der ihr Blick stets auf die Machbarkeit eines kommenden Krieges, aber auch auf seine Akzeptanz durch die Massen gerichtet war.

Insgesamt konnte die NSDAP zum ausschlaggebenden Faktor bei der Zerstörung der Weimarer Republik werden, nachdem sie sich – auch dank des Einflußverlustes der traditionellen Rechtsparteien – eine große, stabil erscheinende und ausbaufähige Massenbasis zu schaffen vermocht hatte. Je erfolgreicher sich die Nazipartei auf diesem Gebiet produzierte, desto größer gerieten ihre und des „Führers“ Möglichkeiten, dem Ablauf des Geschehens, dem konkreten Leben der deutschen Gesellschaft ihren eigenen braunen Stempel aufzuprägen. Dieser Partei boten sich so ein zunächst wachsender Spielraum und eine große taktische Manövrierfähigkeit bei der Realisierung ihrer Ziele.

Zur Rolle der Parteimitglieder nach 1933

Nicht allein in den DDR-Faschismusforschungen blieb gegenüber den bisher dargestellten Ergebnissen die Geschichte der NSDAP während der zwölf Jahre des sogenannten Tausendjährigen Reiches vielfach unterbelichtet. Die defizitären Problemfelder lassen sich für weitere Forschungen relativ leicht benennen.

Zu diskutieren wäre beispielsweise, wie es der NSDAP möglich war, sich nach dem 30. Januar 1933 so rasch aus einer Regierungspartei in die diktatorische Staatspartei umzuwandeln. In ihr verkörperte sich danach eine parteipolitische Spitze, eine neue Art von gesellschaftlicher Dachorganisation für das gesamte Herrschaftssystem. Sie war damit zu einer integrativen Nahtstelle, zu einem Verbindungsstück zwischen den verschiedenen Bestandteilen des Machtapparates geworden. Ohne die NSDAP konnte dieser nicht funktionieren. In gewisser Hinsicht läßt sich deren Bedeutung mit der Rolle eines Katalysators vergleichen, der beschleunigend bzw. hemmend wirkt oder allein durch seine Existenz einige Entwicklungsprozesse überhaupt erst ermöglicht.¹⁶

Nach 1933 führten die totale Ausschaltung aller oppositionellen Kräfte und die trickreiche „Gleichschaltung“ der bürgerlichen Parteien, die weitgehende Zentralisierung des verbleibenden Organisationswesens sowie die vollständige Durchsetzung des antidemokratischen Führer-Gefolgschafts-Prinzips zu einer bis dahin unbekannten Massenmanipulation, die sich auf Terror und Gewaltakzeptanz, auf die Annahme und weitgehende Verinnerlichung einer nationalistisch-rassistischen Ideologie, auf eine bestechende Wirkung der tatsächlich erreichten politischen und sozialen Verbesserun-

¹⁶ Siehe Manfred Weißbecker: Thesen zur Rolle und Funktion der NSDAP im staatsmonopolitischen Herrschaftssystem des faschistischen deutschen Imperialismus. In: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, H. 37/38 (Mai 1976), S. 1-39.

gen sowie auf ein hohes Maß an völlig neuartiger, bis ins letzte durchgefeilter Organisiertheit stützen konnte. Damit erhöhten sich – zumindest für eine historisch kurze Frist – die innen- und außenpolitischen Potenzen der herrschenden Kreise in erheblichem Maße. Damit erhöhte sich auch die Eigenständigkeit der nazifaschistischen Organisationen gegenüber anderen, auch gegenüber traditionell gewichtigeren Bestandteilen des Herrschaftsapparates in bürgerlichen Gesellschaften.

Die wesentlichsten Merkmale des nationalsozialistischen Organisationssystems liegen aus der Sicht des Verfassers offensichtlich in folgenden Punkten:

- Alle Organisationen unterlagen in ihrem spezifischen Wirken der allgemeinen Funktion von Machtsicherung und Machterweiterung. Jede betätigte sich auf ihre Weise als ein politisch-soziales Kontrollorgan, als Disziplinierungs- und letztlich auch als Verfolgungsinstanz.
- Sie stellten innerhalb des faschistischen Herrschaftssystems ein stets einsatzbereites, aber auch taktisch-wandlungsfähiges Instrument dar, das zeitweilig die grundsätzliche Diskrepanz zwischen den weitgesteckten Zielen des Regimes und deren unzureichenden Realisierungschancen überdecken konnte.
- Im Verlauf der Entwicklung erweiterten und radikalisierten sich die Aufgabengebiete und die Kompetenzen einzelner Organisationen. Dies stärkte *und* schwächte die faschistische Diktatur. Der generell in den Gesellschaften des 20. Jahrhunderts existierende Dualismus von Parteien und Staat vertiefte sich auch einer Zeit, in der er aufgehoben zu sein schien.
- Die innere Widersprüchlichkeit der Gesellschaft ließ sich nicht beseitigen und kann in den nicht unerheblich wirksamen Tendenzen des Organisations-, Gau- und Ressortpartikularismus zum Vorschein. Damit erwies sich die Möglichkeit zur Nutzung einzelner Organisationen für Machtrivalitäten und persönliches Machtstreben als groß.

Daraus leitete sich auch die Rolle der NSDAP-Mitglieder ab, wonach bis heute zu wenig gefragt worden ist. Wohl kann der Rahmen bestimmt werden, etwa durch die Tatsache, daß vor allem mit Hilfe der Partei die traditionellen gesetzlichen und moralischen Schranken der bisherigen bürgerlichen Gesellschaft aufgebrochen und durch eine bürokratisch perfektionierte Willkür ersetzt worden sind. Die NSDAP war es, die dem Regime eine Aura politischer Alltäglichkeit verlieh. In ihr verkörperten sich die Allgewalt der Verhältnisse und der allgemeine Hintergrund für Angst und Furcht. Sie stellte sich gleichzeitig als Ausdrucksrahmen und -form des „nationalen Aufbruchs“, der „Völkergemeinschaft“ und anderer ebenso wirksamer Verheißungen des Regimes dar.¹⁷ In den Augen vieler Deutscher erschien zudem – insbesondere in den Zeiten der großen „Erfolge“ – die Partei als das wichtigste Instrument in der Hand des allgemein akzeptierten „Führers“.

Dabei kamen – auch darin zeigte sich die Singularität der NSDAP in der Parteiengeschichte – jedem einzelnen Mitglied hauptsächlich solche Funktionen zu, die es seines eigenen Willens, seiner Individualität und wohl auch seines nationalen Selbstverständnisses beraubten. Es hatte

- in jeder Hinsicht, zu jeder Stunde seines Lebens ein willfähiges, gehorsames und eigenem verantwortungsbewußtem Denken entfremdetes Verhalten an den Tag zu legen;
- über jedes normale Maß hinausgehende „Leistungen“ aller Art für die Kriegsvorbereitung und im Krieg, später vor allem bei der totalen Kriegsführung zu vollbringen;
- Menschen anderer oder nicht hundertprozentig konformer Gesinnung als Teil eines politisch-sozialen Kontrollorgans zu beobachten und möglichst auch zu denunzieren;
- demonstrativ und skrupellos den Eindruck von Zielstrebigkeit, Dynamik und Aktivität hervorzurufen;
- mobilisierender Vermittler und „vorbildlicher“ Repräsentant der nationalsozialistischen Weltanschauung zu sein;

¹⁷ Siehe Werner Röhr: „Nationaler Aufbruch?“ Zur Funktion der konterrevolutionären Massenmobilisierung für die Konstituierung der faschistischen Diktatur in Deutschland. In: 1933-1939: Fragen an die deutsche Geschichte. Fragen an die Wissenschaft und Politik im neuen Deutschland (Schriften des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena 1993); Siehe auch Bernd Slöwer: Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilberichte, Düsseldorf 1993.

- die 1933/34 rasch erstarrten neuen Strukturen zu rechtfertigen, damit auch über die grundlegenden Schwächen und inneren Widersprüchlichkeiten des faschistischen Herrschaftssystems (was ja insbesondere Machtrivalitäten und persönlichem Machtstreben Raum bot) hinwegzutäuschen;
- für plebiszitär angelegte Akklamationsakte aller Art zur Verfügung zu stehen;
- die wachsenden personellen Anforderungen des Repressiv- und Verwaltungsapparates, im Krieg auch die der Okkupationsinstanzen erfüllen zu helfen.

Die offiziell erst 1935 fixierten Strukturen und Aufgabenbestimmungen des gesamten nationalsozialistischen Organisationsapparates entstanden nicht im Ergebnis einer klaren und konsequent durchgesetzten Konzeption, sie resultierten vielmehr aus dem innerparteilichen Kräfteverhältnis während der Konsolidierungsphase der Diktatur. Sie schrieb lediglich fest, was bis dahin von den einzelnen Organisationen hinsichtlich ihrer rechtlichen, insbesondere aber ihrer finanziellen Unterstellungsverhältnisse erreicht worden war. Das Ergebnis ist bekannt: sieben Organisationen wurden der NSDAP direkt als deren „Gliederungen“ zugeordnet – das waren SA, SS, HJ, das Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps, der Nationalsozialistische Deutsche Dozentenbund, der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund, und die Nationalsozialistische Frauenschaft. Acht weitere Organisationen galten als „angeschlossene Verbände“ der Naziartei: die Deutsche Arbeitsfront, die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, die Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung, der Nationalsozialistische Deutsche Ärztenbund, der Nationalsozialistische Lehrerbund, der Nationalsozialistische Rechtswahrbund, der Nationalsozialistische Bund Deutscher Technik und der Reichsbund der Deutschen Beamten. Kurze Zeit später erfolgte die Rubrizierung zahlloser Vereine als von der NSDAP „betreute Organisationen“.

Trotz der alltäglichen Kompetenzrangelien führender Nazis war die unmittelbare Geschichtswirksamkeit ihrer Organisationen insgesamt größer, als es die aller Parteien, Verbände, Vereine usw. im parlamentarischen System der Weimarer Republik hatte sein können. Die unheilige Dreieinigkeit von offenem Terror, nationalsozialistisch-rassistischer Ideologie, von politischer und sozialer Erfolgsbestechung fand eine alles überwölbende und zugleich durchdringende Ergänzung durch die Organisationsprinzipien der NSDAP.

Notwendige Verzahnung von NSDAP und Hitlerforschung

Solch eine Rolle seiner Partei und deren Mitglieder hatte Hitler offensichtlich im Sinne, als er am 2. Februar 1934 in einer Zusammenkunft der NSDAP-Gauleiter¹⁸ die wesentlichsten Aufgaben der Partei zusammenfaßte: „1. Für die beabsichtigten Maßnahmen der Regierung das Volk aufnahmefähig zu machen, 2. angeordneten Maßnahmen der Regierung im Volk zur Durchsetzung zu verhehlen, 3. die Regierung in jeder Art und Weise zu unterstützen.“ Gerade zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele sei es „notwendig, das ganze Volk hypnotisch hinter sich zu haben.“ Hitler fügte dem einen für ihn wohl typischen Gedanken hinzu: „... Die ganze Nation muß geradezu mit Sportgeist, mit Spielerleidenschaft an diesem Kampf interessiert sein; dies ist notwendig. Nimmt die ganze Nation an dem Kampfe teil, so verspielt (im Falle der Niederlage, M. W.) auch sie. Ist sie desinteressiert, verspielt nur die Führung. In einem Fall entsteht eine Wut des Volkes über den Gegner, im anderen über den ‚Führer‘.“

Unter solchen Aspekten entwickelte Hitler einige Grundsätze nationalsozialistischer Verwaltung bzw. „Menschenführung“. Es müsse für das Verhältnis von Macht und Massen erstens „Grundsatz bleiben, daß nicht mehr Befehle und Pläne gegeben werden dürften, als in das Volk weitergetragen und in die Wirklichkeit umgesetzt werden könnten.“ Man dürfe auch jeweils nur einen Kampf führen: „Ein Kampf nach dem anderen ... Demgemäß müssen wir das ganze Volk immer nur mit einem Gedanken erfüllen, es auf einen Gedanken konzentrieren.“ In diesem Zusammenhang befaßte er sich auch mit dem Führer-Prinzip: „Führer, der vom Schicksal und nicht von einer Hausmacht ausgewählt sei, könne immer nur *einer* sein; wer das ist, ist gar nicht so wesentlich, das Wesentlichste ist, daß alle hinter dem zweiten und den weiteren Führern stehen.“ Für Hitler war, darin ist sich die

¹⁸ Gauleitertagung am 2.2.1934 in Berlin. Vierseitiger ungezeichneter Durchschlag einer Niederschrift zur Rede Hitlers. In: Bundesarchiv Koblenz, NS 26/1920.

Forschung völlig einig, es ganz sicherlich wesentlich, daß er selbst nicht nur an zweiter oder dritter Stelle stand. Dennoch ist die hier von ihm geäußerte komplexe Hierarchie-Sicht aufschlußreich. Hitler verstand sich offensichtlich nicht nur als Person, sondern auch als Modell, als Typ, als stabilisierender Systemfaktor. Er hatte durchaus den Herrschaftsmechanismus *und* sich selbst im Auge, als er den Gauleitern verdeutlichte: „Probleme, über welche die einzelnen Führungsstellen noch nicht im klaren sind, dürfen in der Öffentlichkeit keinesfalls diskutiert werden, denn sonst würde man dadurch der Masse des Volkes die Entscheidung zuschieben. Das war der Wahnwitz der Demokratie, aber dadurch verpaßt man den Wert jeder Führung. Der die Entscheidungen zu treffen hat, *muß* sie treffen und alle anderen haben dahinter zu stehen. Die Autorität selbst des letzten Führers ist die Summe der Autorität aller Führer und – umgekehrt.“¹⁹

Jenem Mann, der den Reichskanzlerstuhl zwölf Jahre lang mit den schlimmsten Folgen für Europa und die Welt zu besetzen verstand, gelten nach wie vor die unterschiedlichsten wissenschaftlichen Aussagen, und zwar sowie ihm bereits zu seinen Lebzeiten sowohl vergötzend-kultische Ehrungen aller Art als auch höchster Abscheu und totale Ablehnung gegolten haben. Die Spannweite in den Haltungen gegenüber dem „Führer“ des deutschen Faschismus reichte von absoluter Verherrlichung durch seine Anhänger bis zu völliger Negierung seiner Rolle durch zahlreiche Antifaschisten. An ihm schieden sich damals die Geister; und sie scheiden sich häufig genug auch in den heutigen Faschismusforschungen an seiner Person. War er nun – so fragte jüngst Peter Reichel²⁰ in einer Übersicht – der „größte Feldherr“ oder der „größte Verbrecher aller Zeiten“, GRÖFAZ oder GRÖVAZ? War er ein „Niemand aus Wien“, eine Unperson oder eine dämonisch-demagogische Unheilsfigur? War er der „beste“ oder der „schlechteste“ Mann für profit- und expansionsgieriges Kapital, oder vielleicht sogar beides in einem? War er lediglich ein „schwacher Diktator“ oder zumindest für ein ganzes Jahrzehnt das „Bewegungszentrum der Welt“? Personifizierten sich in ihm alle Übel und Gebrechen einer durch Krieg und Revolution, durch Inflation und Krisen aller Art erschütterten deutschen Gesellschaft, alle Ängste und alle Heilserwartungen der von dieser benachteiligten und entwürdigten Massen? Oder brachte erst er das Ungemach von terroristischer Diktatur und planmäßig betriebenen Völkermord über ein an und für sich heiles, allenfalls kränkeldes Zeitalter?

In den Sprachen der Völker existiert wohl nicht ein einziges wohlwollend-schmückendes oder abschätzig-verdammendes Beiwort, das nicht auf Hitler angewandt worden wäre. Nach seinem Selbstmord und dem Ende des Zweiten Weltkrieges vollzog sich allerdings in Deutschland ein Wechsel von der Lobpreisung zur überwiegend harschen Verurteilung, schien das zwölf Jahre lang benutzte positive Vorzeichen („wir verdanken ihm alles Glück, die großen Siege und die deutsche Weltmachtposition“) mit einem nunmehr ebenso eindeutig negativen Wertungsfaktor („er allein war allem schuld, an der Verführung und an der deutschen Niederlage“) ausgetauscht zu sein; es gab gerade noch den feinen Unterschied zwischen schlechten und sehr schlechten Noten über ihn ...

Alle Forschungen zur Geschichte der NSDAP haben daher auch der Frage zu gelten, wie die Deutschen in ihrer individuellen Biographie mit der Hitlers umgehen? Die Frage ist von hoher Aktualität und wiederum aufs engste mit der Politik verknüpft: Zwar gibt es (noch?) keine Denkmäler, wie sie beispielsweise der Neonazi Michael Kühnen im Jahre 1984 – damals gründete er ein „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers“ – für die Herzen seiner Anhänger in Anspruch nahm und für die Zukunft in vielen deutschen Städten gefordert hat. Schon halten es rechtsextreme Organisationen für angebracht, Hitler in ihren Listen als Ehrenmitglied zu führen. Und das schreckliche, mit seinem Namen verbundene Heil-Geschrei ertönt bekanntlich nicht nur dort, wo von Biedermännern angehaltene Brandstifter und gewaltbereite Jugendliche gegen Ausländer und Asylantenheime vorgehen. Wie malt sich wohl das Hitler-Bild bei jenen, die da Beifall klatschen oder nichts zu tun für angebracht halten? Mancherorts sind ganz offensichtlich bereits hohe Erwartungen an einen neuen „Führer“ erwacht. Sie quellen gleichsam aus einem dumpfen

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Peter Reichel: Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt im Faschismus, München und Wien 1991, S. 138 f.

antidemokratischen Grunde wie schlimmster Straßendreck aus verschlossen geglaubten Gullys. So stellt sich heute für die weiteren Faschismusforschungen nicht nur die Frage, ob mehr zur Geschichte der NSDAP gewußt werden muß, um verhindern zu können daß sie wieder begehrt wird, sondern auch die, ob mehr über Hitler zu schreiben ist, um das nicht allein mit Schweigen und Kerzen zu verdrängende furchterregende Verlangen „Ausländer raus!“ oder „Deutschland den Deutschen!“ bekämpfen zu können.

Über Hitler ist wahrhaftig bereits viel publiziert worden, auf jeden Fall mehr als über die NSDAP. Ganze Bibliotheken platzen allein seinetwegen aus den Nähten. Kaum ein Detail dieses 56 Jahre währenden Lebens entzieht sich unserer Kenntnis. Wer sich mit der deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beschäftigt, verfügt über zahllose Eindrücke, Empfindungen, Indizien und Bilder – statische und bewegte –, aber kaum über ein bis ins letzte überzeugendes, vom Individuum Hitler handelndes und zugleich den Gesellschaftszustand seines Zeithorizonts widerspiegelndes, alle Widersprüche und Triebkräfte erfassendes Gesamtbild. Ja, es will sogar scheinen, als würden die bislang vorhandenen Urteile nebelhafter und diffuser, je exakter die Kenntnis aller Quellen und Fakten wird. Mancher meint sogar, ihn neuerdings erheblich positiver als bisher, ja sogar als „Revolutionär“²¹ werten zu sollen, woran sich leicht ohnehin auf der Lauer liegende neonazistische Geschichts-„Revisionisten“ und Rechtfertigungsapostel anzuschließen vermögen. Hängt solche Unsicherheit möglicherweise auch damit zusammen, daß die vielen dickleibigen Biographien, die sich mehr oder weniger ausschließlich auf das Persönliche konzentrieren, eher Auskunft über den politischen und geistigen Standort ihrer Verfasser bieten als über den Mann, dem sie eigentlich gelten? Was leisten Biographen, wenn sie zu wenig über jene Gesellschaft auszusagen bereit sind, in der eine solche Ausgeburt menschlichen Daseins ungehindert von den Mächtigen des Landes und ohne größeren Protest der Ohnmächtigen an die Spitze der Marschierer in den Abgrund treten konnte?

Hitlers persönlicher Handlungsspielraum war zweifellos größer als der anderer Parteipolitiker in der deutschen Geschichte. Dennoch blieb dieser auch bei ihm von zahllosen äußeren und systemimmanenten Sachzwängen bestimmt. Die Forschung in West und Ost scheint in ihrem Urteil weitgehend darin übereinzustimmen, daß Hitler mit besonderem Bedacht und sehr empfindlich auf alle Versuche einer institutionellen Beschränkung seiner Macht reagierte und diesen – auch, aber eben nicht allein im Interesse wichtiger Stabilitätsfaktoren des NS-Diktaturapparates – entschieden zu begegnen wußte, daß er einen unbürokratischen und auf persönlicher Gefolgschaftstreue beruhenden Herrschaftsstil praktizierte, daß ihn große Angst vor einem Autoritätsverlust und dem Verfall des um ihn entfalteten Mythos bewegte, daß er selbst mit seinem treffsicheren Gespür für das innen- und machtpolitisch Notwendige die offensichtlich mythossüchtigen Teile der deutschen Bevölkerung zu nutzen in der Lage war, die Massen brauchend und zugleich verachtend, daß er schließlich dem Kult um ihn selbst verfiel. Die Erfolge des nationalsozialistischen Größenwahns bestätigten ihn im wachsenden Wahn der eigenen „Größe“.

Jeder Blick auf das konkrete historische Geschehen macht deutlich, wie stark einerseits die Darstellung seiner Subjektivität und andererseits die geschichtswissenschaftliche Analyse dieses Mythosfaktors miteinander zu verknüpfen sind. Das eine ist ohne das andere nicht zu erklären, der Mythos nicht ohne die Person und umgekehrt. Schließlich ergab sich so in der Geschichte des deutschen Faschismus eine sich ständig wiederholende Umkehrung beider Faktoren; das Ergebnis ist vielleicht mit einer Kette vergleichbar, deren Glieder gerade deshalb unabhängig von ihrem jeweiligen Anfang und Ende zu funktionieren vermögen, weil sich das Ganze als ausreichend stabil erweist. Im Ringen um die Macht besaß der Führer-Mythos nicht mehr als eine instrumentelle und funktionale

²¹ Rainer Zitelmann: Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Stuttgart 1989. Siehe dazu: Ändert die Zukunft Deutschlands Vergangenheit? Eine Kritik an Rainer Zitelmann und Arnulf Baring. Hrsg. von der Antirassismusarbeitsgruppe am FB Geschichtswissenschaften in Verbindung mit dem Projekt für interdisziplinäre Faschismusforschung (PfiFf) der Freien Universität Berlin (Berlin o. J.); Siehe auch Sven Reichardt: Schlußstrich unter NS-Vergangenheit? Anmerkungen zum neuerlichen Geschichtsrevisionismus in Deutschland und dessen politische Hintergründe. In: Neues Deutschland, 6/7.2.1993.

Bedeutung. Hitler – das wurde jedoch mehr und mehr auch der Mythos seiner selbst. Das Persönliche von Hitler ging auf im entpersönlichten Bild von ihm, das andere und er selbst mit einfallreicher Farbenkraft und anderweitigem Nachdruck malten. Die Überhebung und schließliche Vergötterung seiner Person ließ bald nur noch Raum für den „Führer“: Vielfach ist bekundet, daß trotz des bekannten Grußes oder der alle offiziellen Briefe zierenden Formel diejenigen, die dabei den Namen Hitlers verwendeten, schlechthin kaum anderes als „Führer“ meinten, selbst wenn sie sogar „Mein Führer“ zu formulieren für angebracht hielten.

Die ihm zujubelten, glaubten offensichtlich an ihn, an die Person, die da unmittelbar vor ihnen stand; natürlich, denn ohne das konkrete Individuum konnte kein verallgemeinerndes Bild existieren und seine Wirkung entfalten. Viel stärker aber glaubten die Verführten wohl an das Bild, das die Nazis von Hitler und dieser von sich selbst geschaffen hatten. Um diesen Glauben zu bewahren und nutzen zu können, wurde es zu einer sich alltäglich erneuernden Aufgabe des Regimes, dieses Bild immer und immer wieder vertiefen, verfeinern, fortführen und erhärten zu müssen, ja es ständig unter Beweis zu stellen.

Hitlers eigentliche Biographie ist wie die Geschichte der NSDAP vorrangig gesellschaftlicher Natur. Beide ergeben sich letztendlich erst aus einer zusammenführenden Analyse der gesamten deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sowie aus der Verschränkung der individuellen Vita mit der millionenfachen Biographie der dem Naziführer zujubelnden Parteimitglieder und Anhänger. Beide haben das sie prägende und ermöglichende Umfeld des nationalistisch-überheblichen Größenwahns ebenso zu berücksichtigen wie das großdeutsch-expansionistische Machtstreben, die herrschsüchtig-rassistische Begehrlichkeit nach größerem „Lebensraum“ und das Feindbild von den als minderwertig diskreditierten Völkern. In Hitlers Biographie und in der Geschichte der NSDAP verkörpert sich daher ein ganzes Zeitalter, dieses sowohl spiegelnd als auch gleichzeitig bewirkend, es erhellend und zugleich verbrennend.

Obwohl sich vor allem in den 80er Jahren viele Autoren von unterschiedlichsten Ausgangspunkten her in Ost und West solchen Gedankengängen annäherten – vorbei waren die Zeiten des Kalten Krieges, in denen manche in Hitler allein ein willenloses Werkzeug monopolkapitalistischer Drahtzieher sehen und andere sich ebenso grotesk jeglicher Feststellung über das tatsächliche Zusammenwirken von ökonomisch Mächtigen und Naziführern verweigern wollten –, bleibt als Fazit: Umfassende Forschungen zur Geschichte des Nationalsozialismus, seiner Partei, ihrer Mitglieder und des „Führers“ stehen noch aus. Sie scheinen jedoch gerade jetzt notwendiger denn je zuvor.

Initial. Berliner Debatte, Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs, 5/1993, S. 59-70.

Und die Rechten zollten den Rechtsextremen Beifall

Vor 60 Jahren: Mit Hitlers Auftritt im Münchener Bürgerbräukeller sollte der „Marsch auf Berlin“ beginnen / Putsch gegen die Republik

Jenes Stück aus dem politischen Panoptikum, das am Abend des 8. November 1923 begann, verdiente eigentlich eine geschichtliche Randerscheinung und Absurdität genannt zu werden, wäre nicht ausgerechnet seinem Hauptdarsteller zehn Jahre später in Deutschland die Regierungsgewalt übertragen worden.

Die Fakten sind hinreichend bekannt: Hitler drang an der Spitze einer bewaffneten SA-Formation in den Münchner Bürgerbräukeller ein, wo der rechtskonservativ und monarchistisch gesinnte bayerische Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr gerade eine Rede halten wollte. Mit Gespür für theatralische Effekte verkündete er – zuvor bereits in der Presse der etwa 50.000 Mitglieder umfassenden NSDAP als „deutscher Mussolini“ gepriesen, von anderen dagegen als „Faschistolini in Blau-Weiß“ lächerlich gemacht – den Beginn einer „nationalen Revolution“. Die kurze, aber aufschlußreiche Proklamation lautete: „Die Regierung der Novemberverbrecher in Berlin ist heute für abgesetzt erklärt worden. Eine provisorische deutsche National-Regierung ist gebildet worden. Diese besteht aus: General Ludendorff, Adolf Hitler, General von Lossow, Oberst von Seißer.“ Binnen drei Stunden sollten alle für die Revolution von 1918 verantwortlichen Politiker vor ein Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und hingerichtet werden.

Nach Augenzeugenberichten schallte „tumultarisches begeistertes Geschrei“ durch den Saal. Die Rechten zollten den Rechtsextremen Beifall, obgleich mehr aus dem Herzen als aus politischem Kalkül. In der Stadt lieferten einzelne faschistische Trupps derweil eine Probe ihres Könnens. Aus einer Buchdruckerei requirierten sie „Sold“ für die SA. Der von Göring geführte „Stoßtrupp Hitler“ stürmte und verwüstete das Verlagsgebäude der sozialdemokratischen „Münchner Morgenpost“. Heiß organisierte die Geiselnahme hoher Staatsbeamter, eine Gruppe unter Röhms Leitung besetzte das Wehrkreiskommando. Wahllös wurden jüdische Bürger inhaftiert ...

Doch dann lösten Hitlers Partner rasch den Kontrakt, den man in wochenlangen Vorbereitungen für ein gemeinsames und stramm nationalistisch orientiertes Unternehmen gegen die Weimarer Republik geschlossen hatte und der in Nachahmung des „Marsches auf Rom“ vom Oktober 1922 einen Plan für den „Marsch auf Berlin“ enthielt. Noch in der Nacht widerriefen Lossow (Chef der 7. Reichswehrdivision) und Seißer (Kommandeur der bayerischen Polizei) ihre Bereitschaft zur Mitwirkung und organisierten die Niederwerfung des „selbständigen“ Schlages der NSDAP. Kahr erklärte die NSDAP für aufgelöst. Am Vormittag des 9. November wollten die Nazis schließlich mit einem „Erkundungs- und Demonstrationmarsch“ durch die Münchner Innenstadt doch noch im Gerangel der unterschiedlichen Rechtskräfte eine Wende zu ihren Gunsten erzwingen. Ein paar Salven der bei der Feldherrnhalle stationierten Landespolizei stoppten den Zug. Ihre Anführer ließen sich verhaften oder flüchteten wie Hitler.

In der langen Reihe erinnerungsträchtiger Ereignisse, die sich in der deutschen Geschichte so merkwürdig mit dem neunten Novembertag verknüpfen, nimmt dieser Putsch einen eigenartigen Platz ein. Er richtete sich einerseits gegen die Novemberrevolution von 1918 und die in ihr entstandene Weimarer Republik, die von den Putschisten wie die Pest gehaßt wurden, und wies andererseits warnend voraus auf die Herrschaftspraktiken terroristischer und völkermordender Kräfte.

Den Nazis galt der Tag als ein besonderer. Ältere erinnerten sich vielleicht, Jüngere kennen es aus Filmen und anderen Darstellungen: Stets klangen in den 30er Jahren an diesem Tage gespenstisch-dumpfe Trommelwirbel durch Deutschland. Sie kamen aus München – zur „Hauptstadt der Bewegung“ avanciert – und wurden vom gleichgeschalteten Rundfunk verbreitet. Vor der Feldherrnhalle am Odeonplatz marschierten schwarze und braune Formationen der NSDAP auf und erstarrten in inszenierter Ehrfurcht. Mit pompösen Ritualen gedachte man jener 16 Nazis, die am 9. November 1923 hier erschossen worden waren. Legenden wurden ausgebreitet über „Heldentum“ und „Blutopfer“. Von Jahr zu Jahr steigerte sich das Spektakel.

Im Strudel des Inflationshöhepunkts, zugespitzter sozialer Konflikte und politischer Auseinandersetzungen hatten sich konservativ-nationalistische Kräfte erstmals der nationalsozialistischen Bewegung zu bedienen versucht. Während des Prozesses vor dem Volksgerichtshof in München – eigentlich hätte ihn der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik beim Reichsgericht in Leipzig führen müssen – unternahmen sie große Anstrengungen, dies zu verschleiern. Notdürftig gelang ihnen dies (wovon sich bis heute sogar einige Historiker täuschen lassen, wenn sie die verantwortlichen gesellschaftlichen Eliten außer Betracht lassen möchten). Gelernt hatten sie allerdings nichts: Auch später gingen sie auf Koalitionskurs mit den Rechtsextremen – gleichsam ihre eigene Niederlage und verheerendes Unheil für alle programmierend.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 6./7. November 1993, S. 13.

Stets wurden Ängste und Besorgnisse mobilisiert

Lehre deutscher Geschichte:

Je inhaltsleerer das Fremdenbild, desto barbarischer das Feindbild

Angeichts der Ereignisse heute in Deutschland – Brandanschläge auf Ausländerheime, Asyl-Politik, antijüdische „Schmierereien“, Angriffe auf russische Bürger etc. – drängen sich Fragen nach den Denk- und Verhaltensstrukturen in der deutschen Bevölkerung vor und nach dem 30. Januar 1933 und nach der Akzeptanz jeweiliger Fremden- und Feindbilder auf.

Vorurteile und Überheblichkeit

Zu solchen Fragen gehört auch die, ob es damals, vor 60 Jahren, so etwas wie eine „Wende“ im Fremdenbild gegeben hat, und wenn ja, wie diese hinsichtlich ihrer Ursachen und ihrer Entfaltungstendenzen zu deuten wäre; wenn nein, ob man dann nicht die zweifellos spezifische nazistische Ausländerfeindlichkeit als – wenn auch weit überzogenen – Ausfluß von generell vorhandenen fremden-, feindlichen Grundstimmungen im deutschen Volk interpretieren müßte? Ist das nazistische Fremdenbild lediglich als ein populistischer Nachvollzug, ein bloßer Indikator für stets kontinuierlich-unterschwellig, mehr oder weniger dumpfen, großmachtorientierten Nationalismus zu bewerten? Oder mußte das braune Regime erst die sogenannte Volksseele zum Kochen bringen?

Um solche und andere Fragen wenigstens im Ansatz beantworten zu können, sei zunächst vergewärtigt, daß auch die nazistischen Fremden- und Feindbilder einer geschichtlichen Entwicklung unterlagen, und vor allem nicht an sich oder für sich allein existierten, sondern in einer untrennbaren Verknüpfung mit den politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Zielsetzungen, die aus dem Bild der Deutschen von sich selbst und von der deutschen „Rolle“ in der Welt resultierten.

Dies wird am Bild von den Fremden im Osten, vor allem von den Russen, besonders deutlich. Ein zunächst mehr allgemeines, von Vorurteilen und Überheblichkeit gekennzeichnetes Fremdenbild wandelte sich sehr rasch in ein ausgesprochen haßerfülltes, von inhaltslosen Stereotypen und gewaltmobilisierenden Klischees geprägtes Feindbild. Dieser Prozeß vollzog sich hinsichtlich der slawischen Völker vor 1933 in der NSDAP und nach 1933 – wiederum mit einer zeitlichen und der Dominanz innerer Probleme geschuldeten Verzögerung, aber wesensgleich – auch in der Mehrheit des deutschen Volkes. Der Gedanken vom schönen, reichen und begehrenswerten Rußland sowie von den Minderwertigkeit der Russen verknüpfte sich mit der rassistischen Ideologie der Nazis („slawische Untermenschen“ und „asiatische Horden“), deren extrem militanten Antibolschewismus sowie der Formel vom „Lebensraum im Osten“ und dessen rücksichtslose „Germanisierung“.

Ein deutscher Kriegsberichterstatter beklagte z. B. am 3. Oktober 1941 die schlimmen Zustände in Kiew: „Wenn hier Deutsche wohnten, wie schön könnte diese Stadt sein, vielleicht eine der schönsten in ganz Europa. Aber es wohnen nur armselige, gedrückte und zerlumppte Menschen darin ... Was sollten also wohl diese verkümmerten Seelen anfangen mit der schönen weißen Stadt Kiew?“

Negativfolie für politische Ziele

Die faschistischen Fremden- und Feindbilder zielten auf die Durchsetzung einer „völkischen“ Außenpolitik. Völkisch – das hieß in der Diktion von „Mein Kampf“ –, die Deutschen dürfen nie „der Anwalt anderer Völker“ sein; es gelte einzig und allein, „der Vorkämpfer des eigenen Volkes zu sein“. Wer schließlich „völkisch“ dachte, akzeptierte leicht das Ziel, z. B. das Land der Russen zu kolonialisieren; für den war aber logischerweise auch akzeptabel, daß dies am Ende keinesfalls friedlich erreicht werden könne und auch mit besonders barbarischen Mitteln erstrebt werden müsse. So wurde das mörderische Besatzungsregime in den okkupierten Gebieten der UdSSR von großen Teilen der Hitlerschen Gefolgschaft nicht nur akzeptiert, sondern bereitwillig praktiziert – was auch die eigene bis zum Genozid reichende Gewaltbereitschaft einschloß.

Die faschistischen Fremden- und Feindbilder unterlagen aber nicht nur einer außenpolitischen, sondern ebenso einer innenpolitischen Funktion. Dies wird u.a. aus einem vertraulichen Informationsmaterial des Goebbels-Ministeriums vom Oktober 1935 über den „Antikommunistischen Feldzug

im Inland“ deutlich. Hierin heißt es, daß mittels der „Darstellung der Furchtbarkeit der bolschewistischen Wirklichkeit“ man „alle Klagen der Volksgenossen“ im Inland „zu Bagatellen“ werden lassen müsse. Im einzelnen wurden drei Punkte betont: „a) Eine vorübergehende Verknappung einiger Lebensmittel ist geringfügig gegenüber dem chronischen Hungerzustand des ganzen russischen Volkes, das selbst die schlechtesten und einfachsten Mittel in völlig ungenügendem Maße erhält, b) Klagen über den Partei-Apparat, über Fehler des Staates usw. können nicht aufrecht erhalten werden angesichts des gewaltigen Verdienstes, das eben Partei und Staat sich um das ganze Volk erworben haben, c) Wenn manche Kreise sich über die Konzentrationslager beschwerten, so werden sie sie jetzt verstehen, weil sie, notwendig sind, um die Bazillenträger des Bolschewismus zu isolieren.“ Im Goebbels-Ministerium wußte man sehr wohl, wie man Inhalte vermittelt: „Erfahrungsgemäß neigen viele Menschen dazu, das, was sie vor kurzem in der Zeitung gelesen haben, als eigene Meinung mündlich oder schriftlich von sich zu geben.“

Die „nationalsozialistischen“ Fremden- und Feindbilder dienten als Negativfolie für die eigenen politischen Zielsetzungen, Selbstverherrlichungen und Selbstrechtfertigungen. Nahezu zwangsläufig, fast automatisch wurde vor dem verhangenen, düsteren und schrecklichen Hintergrund der Darstellung beispielsweise russischer Verhältnisse das lichte, hehre und unerschütterliche Bild einer „völkischen“ Überlegenheit des „deutschen Blutes“ gezeichnet. Und stets wurden Besorgnisse und Ängste mobilisiert: die Sorge um das tägliche Brot, die Angst vor sozialem Elend und politischem Chaos, die Angst vor Verlust des Eigentums, die Furcht vor, dem „Seelenmord“ durch „bolschewistisch-atheistische Gottlosigkeit“ etc. Befürchtungen solcher Art und ihre zielorientierte Nutzung waren auch an die Bilder von anderen Völkern während der NS-Zeit gebunden. Auch die deutsche Geschichte „nach Hitler“ ist reich an solchen Beispielen.

Realitätsfern und gewalttätig

So wird also aus geschichtlichen Erfahrungen heraus zu fragen sein, ob es überhaupt ein einigermaßen adäquates, humanistisches Bild von anderen Völkern geben kann, wenn das Bild von sich selbst nationalistisch überhöht oder auch anderweitig absolut gesetzt wird. Die Geschichte zeigt: Je stärker sich das Fremdenbild in ein Feindbild verwandelte, desto inhaltsleerer und realitätsferner wurde es. Je radikaler und gewalttätiger das eine, desto barbarischer das andere.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 11./12. Dezember 1993, S. 13.

„Verordneter“ Antifaschismus und Rechtsextremismus

Die Notwendigkeit einer inhaltlichen, d. h. einer wirklich sachbezogenen und möglichst stichhaltigen Argumentation gegen Rechts liegt auf der Hand. Sie wird von niemandem bestritten, und dennoch wird ihr von den verschiedenen politischen Lagern der populistisch-wahlkampfsüchtigen neuen Bundesrepublik faktisch kaum entsprochen. Die Folgen der unzureichenden, teilweise sogar fehlenden geistig-weltanschaulichen Auseinandersetzungen mit dem an intellektueller Figur gewinnenden Rechtsextremismus unserer Tage und mit der ihn fördernden Rechten zeigen sich überall dort, wo dieser mehr oder weniger ungestört aufmarschieren und sein Gedankengut verbreiten kann, wo seine mörderischen Untaten kaum verfolgt werden, wo sich biedermännische Duldung und klammheimliche Unterstützung paaren, aber auch da, wo sich die dringlich anzumahnde Verständigung unter einigen Gegnern des Rechtsextremismus auf dem Schlachtfeld kleinlicher „Denkzettel“-Manöver zu erschöpfen scheint.

Argumentieren tut not, ansonsten gewinnen die Argumente der Rechten an Raum und Wirkung. Argumentieren gegen Rechts, das heißt für mich heute Auseinandersetzung mit solchen rechten Argumenten, die uns selbst betreffen.

Eine der wirkungsvollsten Behauptungen zugunsten der Rechten lautet heute beispielsweise: Links gebe es keinerlei sinnvolle und erstrebenswerte Alternative. Diese sei historisch gescheitert, stalinistisch diskreditiert, in nationalen Belangen nihilistisch und lediglich auf einem mehr oder weniger gewaltsamen Wege gegen den freien Willen der Bürger durchsetzbar gewesen. Der „verordnete Antifaschismus“ sei darüber hinaus selbst eine der wichtigsten Wurzeln neuerlicher rechtsextremistischer Erscheinungen. Ohne Antifaschismus kein Rechtsextremismus – das ist beispielsweise die aktuelle Version des geschichtsfälschenden Diktums von Ernst Nolte, demzufolge der Faschismus einzig und allein als eine verständliche Reaktion auf den Bolschewismus zu erklären sei; folgerichtig spricht er übrigens in seinem neuesten Buch von „Größe und Tragik des Nationalsozialismus“. Weiter gehen wohl nur noch die neonazistischen „Geschichtsrevisionisten“.

Demgegenüber herrscht (noch?) die Auffassung vor. Antifaschismus und Rechtsextremismus seien beide faule Früchte am Baum der Demokratie. Allenfalls, so heißt es heute regierungsoffiziös, könne gegen die Rechtsextremen eine Politik der Mitte erfolgreich sein, die gleichzeitig dem sogenannten Linksfaschismus Paroli bieten müsse. Die Tatsache, dass auch die politische Mitte nur dann auf Dauer lebenskräftig ist, wenn sie über entsprechende Argumente gegen rechts verfügt, wird häufig von ihren Protagonisten unterschlagen bzw. durch eine Gleichsetzung von rechtem und linkem Extremismus vernebelt.

Alle historischen Erfahrungen besagen, dass rechts nicht nur die Feinde der Linken stehen, sondern auch die der Mitte. Immer wurden das Wesen und die Ideologie des Faschismus verkannt, wenn dieser lediglich als Anti-Sozialismus betrachtet worden ist. Gerade die nationalsozialistische Spielart des Faschismus war jedoch stets auch Antiliberalismus, Antiparlamentarismus, war Antipode jeder Form von bürgerlicher Demokratie. Und er war der völkisch-rassistische Feind aller Schattierungen des Humanismus.

Hier lagen und hier liegen erneut Erfordernisse wie Voraussetzungen gemeinsamer antifaschistischer Politik.

Argumente gegen Rechts – das sind notwendigerweise zugleich Argumente für eine antifaschistische Linke und für eine nichtfaschistische Mitte. Argumente gegen Rechts leben von der Überzeugungskraft jedes einzelnen Arguments für alle Gegner der Rechtsextremisten. Jede allein auf sich bezogene Positionsbestimmung unterschiedlicher nichtfaschistischer Kräfte bot und bietet dem Antifaschismus keinen Raum, da dieser allein als zusammenfassende Vielfalt existieren kann.

Die in meinen Augen gewichtigen Argumente linker Gegner des Rechtsextremismus verstehen sich grundsätzlich als antifaschistisch. Ihre Wirkung ist heutzutage jedoch begrenzt. Sie ächzen unter der Last einer sehr widersprüchlichen Geschichte des Antifaschismus. Sie müssen sich mit der Realität seines verordneten und ritualisierten Charakters konfrontieren lassen. Argumente in der Art von

„right or wrong, it's my antifascism“ taugen nichts und schaden nur dem eigentlichen Anliegen. **Eine kritische Aufarbeitung der Geschichte des Antifaschismus ist unumgänglich.**

Wer sich aber intensiv und unvoreingenommen mit ihr befasst und dazu in die neuesten Publikationen schaut, findet viel Bedenkenswertes und Unverständliches. Manches lässt mich das Öfteren den Kopf schütteln – ob der politischen Dummheit von Antifaschisten, wenn es nicht gegen den Faschismus, sondern gegen den andersdenkenden Antifaschisten ging. Hier finden Argumente von rechts durchaus ihre Nahrung. Diese bleiben aber unvollständig und widerlegbar, weil jeder, der sich mit der Materie befasst, rasch auch auf Fiktives und Konstruiertes, auf Demagogisches und Instrumentalisiertes in den gängigen anti-antifaschistischen Argumentationsmustern stößt. Politisch motivierte Stereotype und Floskeln dominieren, z. B. vom antifaschistischen Staat als Ziehvater rechtsextremer Jugendlicher, vom Überwiegen des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern.

Mein Eindruck täuscht gewiss nicht, dass vergessen gemacht werden soll, welche verheerende Rolle die nationalistische Euphorie von 1989/90, die Anti-Asyl-Kampagne und die deutsche „Standort“-Debatte spielten. Weniger der mit dem Ende der DDR verbundene gesellschaftliche Umbruch bewirkt das, wovor die Welt sich schon wieder zu fürchten beginnt. Es ist die neue Krisenbewältigungs- und Krisennutzungsstrategie der herrschenden Konservativen, die analog zum Brüning'schen Kurs während der Weltwirtschaftskrise von 1929/33 politikbestimmendes Element geworden ist.

Anders und als These formuliert: Die Geschichte des »verordneten«, unvollkommenen und widersprüchlichen Antifaschismus in der DDR war durchaus erfolgreich bei der Überwindung des nazistischen Rechtsextremismus und seiner schlimmen Folgen. Erst seine erzwungene Einbindung in den kalten Krieg, erst die Ersetzung seiner Inhalte durch oberflächliche Rituale, erst die machtorientierte falsche Aktualisierung und die gegenstandsferne Feindbildbestimmung schwächten ihn. Auch seine natürliche Widerstandskraft gegen den in neuen Formen auftretenden Rechtsextremismus schwand dahin.

Dazu möchte ich mir einige Bemerkungen aus geschichtswissenschaftlicher Sicht erlauben.

Erstens sei die Situation des Antifaschismus im Jahre 1945 unter dem Aspekt betrachtet, dass sich für ihn mit der militärischen Zerschlagung des Faschismus eine völlig neue Situation ergeben hatte. Der Antifaschismus unterlag zwei miteinander eng verflochtenen Prozessen: dem einer Funktions-Spezifizierung und einer beträchtlichen Aufgaben-Erweiterung. Gegenüber den bisherigen Inhalten, die vielleicht am besten mit dem Widerstandsbegriff zu fassen wären, kam zunächst die völlig neuartige Bewältigungsfunktion gegenüber den materiellen und ideellen Folgen von Nazibarbarei und 2. Weltkrieg auf ihn zu. Zu bewältigen war u. a., was allein in solchen Stichworten wie Beseitigung materieller und geistiger Trümmer, analytische Rückschau und Schadensbilanz, Rehabilitierung und Schadensersatz, Anerkennung und Würdigung anklingt.

Auf diesem Tätigkeitsfeld gab es Befehle und Anweisungen in Hülle und Fülle. Trotz des jeweiligen gesellschaftlichen Charakters der Siegermächte, die in Deutschland Regierungsgewalt ausübten, waren ihre „Verordnungen“ weder imperialistisch noch stalinistisch.

Eine weitere neue Funktion bestand in der Sicherung der deutschen Gesellschaft und des so mühsam erreichten Friedens gegenüber unmittelbaren Möglichkeiten einer Wiederkehr faschistischer Kräfte und Verhältnisse. Tatsächlich sind diese überschätzt worden: Wer konnte aber damals wissen, was uns bekannt ist, beispielsweise über die Werwolf-Aktion? Auch hier waren Verordnungen unabdingbar, ja sogar der einzige Weg, der eingeschlagen werden konnte. Hinsichtlich der langfristigen Möglichkeiten wird man wohl eher von einer Unterschätzung der Gefahren sprechen müssen.

...

Differenzierter stellen sich die Verordnungs-Notwendigkeiten indem dar, was ich über das Genannte hinaus die Verbreiterungsfunktion sowie die aufbau- und zukunftsorientierte Funktion des damaligen Antifaschismus nennen möchte. Gerade in dieser Hinsicht sind in Ost und West unterschiedliche antifaschistische Wege eingeschlagen worden, was jedoch nicht die Tatsache berührt, dass

überall „verordnete“ Entscheidungen gegen den deutschen Faschismus fielen. Verordnungen zur Durchsetzung anti- und nichtfaschistischer Verhältnisse gehörten zur Normalität des aus den Fugen geratenen gesellschaftlichen Lebens in der Nachkriegszeit. Insofern lägen die Verordnungswurzeln heutiger Rechtsextremisten, wenn es denn richtig wäre, davon zu sprechen, nicht allein in den neuen Bundesländern. Doch entsprechende Schuldzuweisungen in eine westdeutsche Richtung gibt es nicht, schließlich sind dort ja die neuen „Sieger“ der Geschichte angesiedelt.

Zweitens: Erst der kalte Krieg und der Zusammenbruch der Antihitlerkoalition führten - wiederum sage ich: überall - zu neuen Schranken, die sich hier stalinistisch, dort strikt antikomunistisch formierten. Jede Seite betrieb gegenüber den Mitläufern und Anhängern des deutschen Faschismus eine Politik, die diese als eigene Wählerschar und Massenbasis ins Auge fasste und ursprüngliche Anliegen in den Hintergrund drängte. Vielleicht ist diese Politik in der frühen DDR-Geschichte wie folgt zu charakterisieren:

- verordnen und entnazifizieren statt überzeugen
- disziplinieren und einordnen statt auseinandersetzen
- instrumentalisieren und korrumpieren statt integrieren
- bestrafen statt tolerant aufzuklären.

Dennoch bleibt es - drittens - eine geschichtliche Tatsache, dass der so durchgesetzte Antifaschismus in der DDR in den 50er und vor allem in den 60er Jahren Massencharakter erreichte. Eine große Mehrheit der Bevölkerung verinnerlichte antifaschistische Positionen, ohne dabei in Diktion und Begrifflichkeit den offiziellen Leitbildern beider deutscher Staaten völlig zu entsprechen.

Ich spreche daher von einem elementaren und spontanen Antifaschismus, dessen Stärke sich gerade auch darin bewies, dass er in seiner Substanz trotz offiziellen Missbrauchs erhalten blieb und eine hohe Wirkung erreichte. In Ost wie in West dominierten die Übereinstimmungen zwischen ihm und dem jeweiligen Anspruch der Gesellschaft, gleich ob dieser als freiheitlich-demokratische Grundordnung oder als Sozialismus firmierte. „Verordnet“ war keineswegs dieser Anspruch, allenfalls eine Übereinstimmung mit der Realität.

Aus dem elementaren und spontanen Antifaschismus von mindestens zwei Nachkriegsgenerationen lässt sich m. E. keine einzige Wurzel des heutigen Rechtsextremismus ableiten. Allenfalls könnten seine Schwäche, seine Instabilität und die organisierten Blockaden als Hemmnisse für den Kampf gegen den Rechtsextremismus gewertet werden. Zu fragen ist viertens nach der zeitlichen Bestimmung für das Ende der genannten Anspruchs-Übereinstimmungen, sozusagen nach dem historischen und nach einem generationsspezifischen Knackpunkt, der stattdessen rechtsextreme Stimmungen, Oppositionshaltungen und Organisationsversuche aller Art beförderte. Für die Geschichte der BRD lässt sich in diesem Sinne kaum ein präzise zu bestimmender Wendepunkt markieren. Eher ist ein frühzeitig einsetzender und schleichender Prozess festzustellen.

Schließlich ist fünftens zu unterscheiden zwischen dem, was mit einer gewissen Berechtigung immer noch als „normale“ Bodensatz-Erscheinung am rechten Rande der Gesellschaft in beiden deutschen Staaten festzustellen war, und dem, was sich seit dem Zusammenbruch des auf den „Realsozialismus“ eingeengten Antifaschismus und im Gefolge der nationalen Erfolgseuphorie von 1989/90 im rechtsextremen Lager vollzieht. Wer allein oder vorwiegend die Kontinuität im Übergang z. B. von der FDJ zur Deutschen Alternative hervorhebt, begnügt sich mit Äußerlichkeiten und verkennet den grundsätzlichen Wandel, der sich seit der „Wende“ in den neuen Bundesländern vollzogen hat, der stilisiert psychologisch verständliche Reaktionen auf existentielle Anpassungserfordernisse zu totalitarismustheoretischen Gesetzmäßigkeiten der Geschichte, der konstruiert letztlich antifaschistisch klingende Rechtfertigungen für die totale „Abwicklung“ der ohnehin nicht allzu zahlreichen Reste von Antifaschismus.

Vorwärts in die Vergangenheit? Mit einem Vorwort von Lothar Bisky, edition Ost Berlin 1994, S. 176-183.

„Wenn hier Deutsche wohnten ...“

Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP

Voller Empörung notierte ein Kriegsberichterstatte für die Norddeutsche Ausgabe des „Völkischen Beobachters“ vom 3. Oktober 1941 seine Eindrücke von Kiew, der kurz zuvor von der Wehrmacht besetzten ukrainischen Hauptstadt. Buchstäblich, so erklärte er, sei „... das Nichts, das leere, unfruchtbare Nichts“ das einzige, was die „nihilistischen“ russischen Machthaber den deutschen Eroberern als Vermächtnis hinterlassen hätten. Seiner ausführlichen Beschreibung der schlimmen Zustände in der Stadt am Dnjepr ließ er einen Stoßseufzer folgen, der nahezu programmatisch die Grundzüge des nationalsozialistischen Rußlandbildes widerspiegelt: „Wenn hier Deutsche wohnten, wie schön könnte diese Stadt sein, vielleicht eine der schönsten in ganz Europa. Aber es wohnen nur armselige, gedrückte und zerlumpete Menschen darin ... Was sollten also wohl diese verkümmerten Seelen anfangen mit der schönen weißen Stadt Kiew“¹?

Mit einem ähnlichen Konjunktiv – und ganz im Sinne seiner wahnhaft verfolgten Idee, das deutsche Volk könne auf eine zufriedenstellende Zukunft lediglich dann hoffen, wenn es sich genügend großen „Lebensraum im Osten“ eroberte – war Adolf Hitler auf dem Reichsparteitag der NSDAP im Jahre 1936 aufgetreten. In seiner der Sozialpolitik gewidmeten Rede hatte er vor der Deutschen Arbeitsfront formuliert: „Wenn der Ural mit seinen unermeßlichen Rohstoffschätzen, Sibirien mit seinen reichen Wäldern und die Ukraine mit ihren unermeßlichen Getreideflächen in Deutschland lägen, würde dies unter nationalsozialistischer Führung im Überfluß schwimmen ... jeder einzelne Deutsche würde mehr als genug zu leben haben“². Und noch offener hatte der gerade zum Reichskanzler erhobene Hitler schon am 3. Februar 1933 im vertraulichen Gespräch mit Reichswehrgenerälen das nationalsozialistische visionäre Rußlandbild zu einem der wesentlichsten Fixpunkte für die Außenpolitik der neuen Regierung erhoben: „Lebensraum im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung“³.

Rassistisches und großmachtbesessenes Mixtum compositum

Der schlichte und dennoch eindeutige Gedanke vom schönen, reichen und begehrenswerten Land der Russen sowie von seinen minderwertigen Menschen stellt eine der auffälligsten und folgenreichsten Grundkonstanten des ansonsten sehr variantenreichen und vielgestaltigen Rußlandbildes der NSDAP dar. In engster, nahezu unauflöslicher Verknüpfung mit der allgemeinen rassistischen Ideologie sowie mit dem extrem militanten Antibolschewismus dieser Partei und ihrer Führer boten solche Vorstellungen über Rußland eine der wesentlichsten geistig-politischen Grundlagen für den 22. Juni 1941 und erst recht für jenes barbarische Besatzungsregime, das mit keinem anderen in den ebenfalls von Deutschland während des Zweiten Weltkrieges okkupierten Ländern verglichen werden kann. Die unheilvollen Konsequenzen bestanden in Aggression und Okkupation, in einer bis dahin unbekannten Verdrängungs- und Ausrottungspolitik gegenüber der Bevölkerung und in einer totalen wirtschaftlichen Ausplünderung der besetzten Gebiete.

Rassistische Ideologie, kolonialpolitische Begehrlichkeit gegenüber dem „Raum im Osten“ und terroristische Unmenschlichkeit traten in der fünfundzwanzigjährigen Geschichte der NSDAP immer wieder als bestimmende Konstanten ihrer außenpolitischen Zielsetzungen hervor. Gerade im Rußlandbild Hitlers und der Partei bündelten sich zahlreiche Elemente des nationalsozialistischen Weltbildes, ihrer „Weltanschauung“ und vor allem ihrer expansionistischen und rassistischen Vorstellung von Deutschlands „Größe“. Bei diesem Bild handelte es sich sowohl um die weit verbreiteten, traditionell abschätzigen Auffassungen über die slawischen Völker und über den Panslawismus als auch um die unterschwellig oder offen formulierte Feindseligkeit gegenüber dem Geist der Aufklärung und diesem entstammender slawophiler Strömungen. Die rassenideologisch-antisemitischen und die nationalistischen Wahnvorstellungen der deutschen Faschisten verflochten sich mit deren

¹ Wolfgang Möller, Das Vermächtnis der Nihilisten, in: Völkischer Beobachter (Berlin), 3.10.1941.

² Reden des Führers auf dem Parteitag der Ehre 1936. München 1936, S. 54.

³ Zit. n. Wolfgang Ruge, Wolfgang Schumann (Hrsg.), Kurt Pätzold, Kristina Shabaviz (Bearb.), Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935. Berlin-O. 1977, S. 24.

unbändigem Drang nach einem größeren „Lebensraum“ und nach der „Weltmacht“-Position Deutschlands. Gleichsam alles durchdringend, prägten schließlich der extrem militante Antikommunismus und Antibolschewismus das nationalsozialistische Rußlandbild. Alles in allem: Es handelte sich um ein rassenideologisches Feindbild-Konglomerat, um ein großmachtbesessenes Mixtum compositum, das sich in erbarmungsloser Konsequenz gleichermaßen gegen „slawische Untermenschen“ und „asiatische Horden“ sowie gegen den „jüdischen Bolschewismus“ richtete⁴. Sowohl Furcht als auch Überlegenheitsgefühle ließen schon allein den Namen Rußland zu einem „Inbegriff negativer gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse“ werden⁵.

Das Rußlandbild der NSDAP, seine Inhalte, Merkmale und Erscheinungsformen fußten auf zahlreichen ideologischen Quellen und rassistischen Traditionen, die hier nicht im einzelnen dargestellt werden können. Deren radikalisierte Bündelung zu einem haßerfüllten, destruktiven Fremden- und Feindbild sowie die brutale Konsequenz in dessen weltanschaulich-propagandistischer Handhabung bedeuteten jedoch eine qualitativ neue Stufe in der allgemeinen Geschichte des Denkens über andere Länder und andere Völker. Hierin äußerte sich vor allem der überragende Einfluß Hitlers und seiner ostpolitischen Zukunftsabsichten auf die gesamte nationalsozialistische Ideologie und Politik. Mit dem „Aufstieg“, erst recht mit dem schließlichen „Sieg“ der NSDAP vom 30. Januar 1933 gerieten deren Vorstellungen vom Land und Volk der Russen zu dem in Deutschland vorherrschenden Rußlandbild sowie zu einem die deutsche Außen- und Kriegspolitik erstrangig prägenden Faktor⁶.

Das Bild Hitlers und der NSDAP von Rußland verrät dem Betrachter in erster Linie etwas über das Selbstverständnis seiner Protagonisten, weniger über Rußland selbst. Es verrät erst recht kaum etwas über die UdSSR, die im allgemeinen deutschen Sprachgebrauch jener Zeit generalisierend als Rußland bzw. als Sowjetrußland bezeichnet worden ist. Demgegenüber erlaubt es tiefe Einblicke in die Denkstrukturen und Vorstellungsmuster der nationalsozialistischen Führer auf den unterschiedlichsten Handlungsebenen der Partei. Dabei stellt sich heraus, daß es weder ein allgemein verbindliches, noch ein klar konturiertes Rußlandbild der NSDAP gegeben hat. Die „Bilder“ in der NSDAP waren ebenso diffus und verschwommen wie das offizielle 25-Punkte-Programm und dessen parteiamtliche Interpretationen durch Hitler, Rosenberg, Goebbels, Ley u. a. m.⁷

In ihren Auffassungen über Rußland und über die Russen kam in erster Linie das aufgeblasene und überhebliche Bild von sich selbst und von deutscher „Größe“ zum Vorschein, gleichzeitig aber auch ihr rassistisch beschränktes und chauvinistisch ausuferndes Weltbild. Folgerichtig handelte es sich daher auch um ein realitätsfernes Bild, das nicht einmal so richtig der eigenen Politik dienlich sein konnte. Das diesem Bild entspringende Bestreben, die Gefährlichkeit des Gegners maßlos zu übertreiben, schloß dessen Unterschätzung in keiner Weise aus⁸. Im Gegenteil: Die Parallelität der gegensätzlichen Thesen von der „jüdisch-bolschewistischen Weltgefahr“ einerseits und vom russischen „Koloß auf tönernen Füßen“ andererseits war unverkennbar. Beide Rechtfertigungs- und Argumentationsstränge zogen sich wie rote Fäden durch die Geschichte der nationalsozialistischen Politik gegenüber der UdSSR. Vorurteile und unzureichende Kenntnisse, ideologisch bedingte Beschränktheiten und ein häufig nach aktuellem Erfordernis und situationsbedingt pragmatisch vorgenommener Bildwechsel sind hervorstechend.

⁴ Siehe die Beiträge von Hans-Erich Volkmann und Wolfram Wette in diesem Band.

⁵ Siehe Peter Jahn, Russophilie und Konservatismus. Die russophile Literatur in der deutschen Öffentlichkeit 1831-1852. Stuttgart 1980, S. 4.

⁶ „Wenn Hitler irgendwelche erklärten unverrückbaren und langfristigen Ziele verfolgte, dann stand die Forderung nach Erwerb von Lebensraum im Osten sicherlich ganz oben auf seiner Liste. Man kann sagen, daß diese als Auftrag begriffene Fixierung auf die Verdrängung und Unterjochung anderer Völker für ihn wichtiger war als das Ziel, das ‚Dritte Reich judenfrei‘ zu machen“. Arno J. Mayer, Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die „Endlösung“. Reinbek 1989, S. 311.

⁷ Siehe Kurt Pätzold, Manfred Weißbecker, Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens. Berlin-O. 1981, S. 35 ff.

⁸ Siehe Hans-Heinrich Nolte, „Drang nach Osten“. Sowjetische Geschichtsschreibung der deutschen Ostexpansion. Stuttgart 1976, S. 29.

Die große gesellschaftliche Wirksamkeit des ausgesprochen negativen und die Russen verfemenden Feindbildes der NSDAP beruhte darauf, daß es in den weitreichenden territorialen Zielsetzungen führender Kreise der ökonomisch und politisch mächtigen Eliten Deutschlands eine förderliche, ja auch eine fordernde Grundlage gefunden hatte⁹. Darüber hinaus war ihm ein propagandistisch bewirkter und begünstigend wirkender Zuspruch aus fast allen anderen Bevölkerungsschichten Deutschlands gewiß¹⁰. So konnte dieses Rußlandbild – trotz der Tatsache, daß es sich um ein weitgehend inhaltloses Zerrbild mit abnormem Destruktionsgehalt handelte – nicht nur die Geschichte des Nationalsozialismus und die des deutschen Volkes in unheilvoller Weise bestimmen, sondern über weite Strecken auch das Schicksal Europas und der Welt grauenvoll beeinflussen.

Diese Geschichtswirksamkeit verlangt nach eingehender Analyse und Darstellung, zumal sich in der historiographischen Literatur – trotz ihres außerordentlich großen Umfangs und ihrer wachsenden Unüberschaubarkeit – immer noch recht erhebliche Lücken auftun. Zu den Desideraten gehören das Rußlandbild der NSDAP bzw. die Rußlandbilder ihrer einzelnen Gliederungen und angeschlossenen Verbände. Ohne eine analytisch befriedigende Untersuchung blieben bisher auch die – trotz aller dominierenden Grundkonstanten und trotz der Konstanz ihrer Durchsetzung – im einzelnen sehr unterschiedlichen Ausdrucksformen, die es innerhalb des nationalsozialistischen Rußlandbildes bei Hitler und anderen Parteiführern, in den Lenkungsapparaten auf oberer und mittlerer Ebene sowie bei der Mitgliedschaft der NSDAP und damit über die Funktion dieses Bildes für die deutsche Politik gegeben hat. Unzureichend dürften auch unsere Vorstellungen vom Entwicklungsprozeß des Rußlandbildes zwischen 1919 und 1945 sein. Insbesondere hierzu sollen im folgenden einige Mitteilungen und Überlegungen beige-steuert werden, die sich in gewissem Sinne auf das Wechselverhältnis von Konstanz und Variabilität, von Beharrung und Veränderung sowie von modifizierenden und divergierenden Tendenzen in der Geschichte des rußlandpolitischen Denkens in der NSDAP konzentrieren.

Hitlers und Rosenbergs militantes Feindbild

Bezeichnenderweise standen außenpolitische Forderungen an der Spitze des Programms der NSDAP. Die ersten drei der 25 Punkte vom Februar 1920 verlangten den „Zusammenschluß aller Deutschen ... zu einem Großdeutschland“, die „Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain“ sowie den Erwerb von „Land und Boden (Kolonien)“. In wenigen und nahezu lapidaren Sätzen wurden größte Gebietsansprüche geltend gemacht, die nicht anders als durch Krieg realisiert werden konnten¹¹. Auf dieser Grundlage vollzog sich bereits in der Frühgeschichte des Nationalsozialismus hinsichtlich des Bildes von Rußland und vom Russen ein Prozeß, der als Übergang von einem allgemeinen, von widersprüchlichen Vorurteilen und gönnerhafter Überheblichkeit gekennzeichneten Fremdenbild in ein ausgesprochen haßerfülltes, von Stereotypen und gewaltmobilisierenden Klischees geprägtes Feindbild zu bewerten ist. Dieser Prozeß einer rassistischen Ausprägung des nationalsozialistischen Rußlandbildes vollzog sich relativ rasch, obgleich nicht ohne parteiinterne Auseinandersetzungen. In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre kam er endgültig zum Abschluß.

Zunächst leiteten sich die ostpolitischen Vorstellungen Hitlers und Alfred Rosenbergs – der beiden wichtigsten Schöpfer des nationalsozialistischen Rußlandbildes – primär aus deren revisionistischen Erwägungen zum Versailler Vertrag und damit insbesondere aus der dominierenden Feindschaft zu Frankreich ab. Gegenüber Rußland nahm man – trotz heftiger antibolschewistischer Propaganda – zunächst eine eher abwartend-vorsichtige und zurückhaltende Haltung ein¹². Innenpolitische Wertungen und Zielvorstellungen standen im Vordergrund, weil sie als die ausschlaggebenden Voraussetzungen für die Realisierung des außenpolitischen Programms angesehen wurden. Hitlers Gedanken kreisten in diesem Sinne vor allem um die tatsächlichen und noch mehr um die vermeintlichen

⁹ Siehe den Beitrag von Rolf-Dieter Müller in diesem Band.

¹⁰ Siehe vor allem den Beitrag von Wolfram Wette im vorliegenden Band.

¹¹ Siehe Pätzold, Weißbecker, Hakenkreuz und Totenkopf, S. 37.

¹² Siehe Axel Kuhn, Hitlers außenpolitisches Programm. Entstehung und Entwicklung 1919–1939. Stuttgart 1970, S. 48.

Ursachen der Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg¹³. Vor dem Hintergrund einer als völlig verfehlt eingeschätzten Bündnispolitik der kaiserlichen Regierung entwickelte er Schritt für Schritt seine eigenen außen- und bündnispolitischen Vorstellungen. Diese erfuhren ihre eigentliche Prägung nicht zuletzt von dem, was in Analogie zum hier behandelten Thema das „Englandbild“ bzw. prägnanter das englische „Vorbild“ für den Expansionismus der NSDAP-Führer zu nennen wäre. Vor allem die britische Kolonialpolitik galt Hitlers Machtstreben als Beispiel und Leitbild. Während er der deutschen Vorkriegspolitik unterstellte, sie habe „der bisherigen Gewaltpolitik ein für allemal das Genick brechen“ wollen und mit dem Gerede von einer wirtschaftsfriedlichen Eroberung der Welt wohl den „größte(n) Unsinn ... zum leitenden Prinzip der Staatspolitik erhoben“, bewunderte er die Staatskunst der Engländer, weil diese mit größter „Brutalität“ ihre wirtschaftlichen Eroberungen „mit dem Schwerte“ vorbereitet und später verteidigt hätten. In einem Analogieschluß formulierte Hitler sein militaristisches Credo: „England besaß immer die Rüstung, die es eben nötig hatte. Es kämpfte immer mit den Waffen, die der Erfolg verlangte. Es schlug sich mit Söldnern, solange Söldner genügten; es griff aber auch tief hinein in das wertvolle Blut der ganzen Nation, wenn nur mehr ein solches Opfer den Sieg bringen konnte; immer aber blieb die Entschlossenheit zum Kampf und die Zähigkeit wie rücksichtslose Führung desselben die gleiche“¹⁴.

Als von einer eigenständigen Außenpolitik des Nationalsozialismus noch keine Rede sein konnte, stand das Rußlandbild der Partei eindeutig im Zeichen einer taktisch-demagogischen Glorifizierung jenes Friedensvertrages, den Deutschland im März 1918 mit dem besiegten und revolutionserschütterten Rußland abgeschlossen hatte. Dieser Frieden sei ein vorbildlicher gewesen und kein verbrecherisches Diktat, als das grundsätzlich der Vertrag von Versailles in der nationalsozialistischen Propaganda bezeichnet worden ist. Hitler nannte den Friedensvertrag von Brest-Litowsk ohne Rücksicht auf die historische Wahrheit einen „Versöhnungsfrieden“, den Rußland ohne „entehrende Bedingungen“ habe unterschreiben können¹⁵. Der knapp vier Druckseiten umfassende Text des Vertrages mit Sowjetrußland und jeder der einzelnen Artikel würden „Liebe, Versöhnung und Verständigung“ atmen, und alles sei von „deutscher Gutmütigkeit“ geprägt¹⁶. In der weiteren Entwicklung des nationalsozialistischen Rußlandbildes spielte der Vertrag von Brest-Litowsk jedoch kaum noch eine Rolle; das Thema wurde lediglich noch einmal zu Beginn der dreißiger Jahre und unter anderen Aspekten aufgegriffen¹⁷.

Insgesamt blieben – wie konnte es auch anders sein – positiv deutbare und selbst die unter den deutschen Rechten weit verbreiteten nationalbolschewistischen Ideen und die daraus resultierenden Äußerungen über Rußland in der NSDAP vereinzelte Erscheinungen. Sie standen am Rande der sich 1922/23 eindeutig in den Vordergrund schiebenden antikommunistischen und antisowjetischen Auffassungen. Deren slawenfeindlicher Aspekt trat bei Rosenberg noch stärker als bei Hitler hervor. Mit seinen Auffassungen übte der aus Reval stammende Deutschbalte auf die Herausbildung des Rußlandbildes der Partei großen Einfluß aus. Rosenberg, der stets seine persönliche Kenntnis russischer Verhältnisse unterstrich oder hervorheben ließ¹⁸, veröffentlichte 1922 eine üble Schmähschrift¹⁹, aus

¹³ Siehe Manfred Weißbecker, Kriegsideologie und Friedensdemagogie in der NSDAP 1919-1933, in: Reinhard Kühnl, Karen Schönwälder (Hrsg.), Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg. Friedensdemagogie und Kriegsvorbereitung in Geschichte und Gegenwart. Köln 1986, S. 137-173, hier S. 157 f.

¹⁴ Adolf Hitler, Mein Kampf. München ³⁹⁰⁻³⁹⁴1939, S. 158.

¹⁵ Eberhard Jäckel, Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924. Stuttgart 1980, S. 140.

¹⁶ Ebd., S. 149, 234.

¹⁷ Siehe Walther Kundt, Die weltgeschichtliche Bedeutung des Friedens von Brest-Litowsk, in: Nationalsozialistische Monatshefte (NSMH) 3 (1932), S. 208-211. Am Schluß dieses Beitrages hieß es: „Aber der Versailler Frieden wird ja in nicht mehr allzu ferner Zeit zugrunde gehen. Und dann wird auch die Macht der östlichen Nachbarn Deutschlands so geändert werden, daß sie Deutschland nicht mehr tödlich gefährlich werden können, jedenfalls niemals so, wie ein uns feindlich gesinntes Rußland mit seinen ungezählten, aus asiatischem Westen (sic!) herbeiströmenden und anstürmenden Menschenmassen“ (S. 211).

¹⁸ Der Philosoph Alfred Baeumler schrieb: „Als Balte wußte er, was man von einem Russen erwarten darf und was nicht. Während man um ihn herum träumte und konstruierte, während Oswald Spengler und nach ihm viele andere, durch Dostojewski verführt, von der ‚Seele des Ostens‘ phantasierten, blieb Rosenberg nüchtern und realistisch. Sein untrüglicher Instinkt für das Menschliche verließ ihn auch hier nicht. Er erkannte, daß die neue staatliche Or-

der später wesentliche Passagen gestrichen werden mußten²⁰. Im Jahr darauf publizierte Rosenberg eine noch umfangreichere Broschüre ähnlichen Inhalts „Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik“²¹. Beide Arbeiten zielten auf eine enge Verknüpfung des völkisch-rassistischen Antisemitismus mit einem äußerst militanten Antibolschewismus. Sie richteten sich unmittelbar gegen den auch in Deutschland verbreiteten Gedanken einer solidarischen Rußland-Hilfe sowie gegen jene Politiker der Weimarer Republik, die von der „Notwendigkeit“ eines politischen Bündnisses oder eines Handelsabkommens mit Rußland zu sprechen wagten²². Den Rapallo-Vertrag zwischen Deutschland und Sowjetrußland vom 16. April 1922 erwähnte Rosenberg jedoch nicht ein einziges Mal. Seine „Pest“-Schrift, in der die zerstörerische Wirkung des Bolschewismus und seine Gefährlichkeit für Deutschland immer wieder hervorgehoben wurden, beschloß er mit Worten, die jegliche Verständigungs- und Friedenspolitik ausschlossen: „Es gibt auch hier nur die eine Wahl: Vernichtung oder – Sieg“²³.

Der so miteinander verflochtene Antisemitismus und Antibolschewismus gingen darüber hinaus bereits zu Beginn der 20er Jahre eine unverwechselbare Verbindung mit allen sich gleichzeitig in der NSDAP entfaltenden und ausformenden rassistischen „Lebenskampf“- und „Lebensraum“-Ideen Hitlers ein. Das Ziel einer Eroberung und Kolonialisierung des Landes der Russen durch die Deutschen, das keinesfalls friedlich erreicht werden konnte und ebenso wenig auf friedlichem Wege angestrebt worden ist, bestimmte die Herausbildung des nationalsozialistischen Bildes von Rußland ebenso wie seine weitere Entwicklung und Darstellung. Angesichts der gravierenden Auseinandersetzungen um die deutsche Ostpolitik und der nachhaltigen Wirkung Bismarckscher Traditionen hielt es Hitler in der Weimarer Zeit stets für notwendig, gegen diese zu polemisieren und allen pragmatisch-realpolitischen Gedanken an ein antiwestliches Bündnis mit dem bolschewisierten Rußland – und solche Gedanken gab es zunächst auch in der NSDAP und ständig im ganzen nationalkonservativen Lager – schärfste Absagen zu erteilen.

Solche Töne schlug Hitler vor allem in seinem Buch „Mein Kampf“ an, in dem er erstmals direkt vom deutschen „Lebensraum im Osten“ sprach. Um mit den „Voreingenommenheiten“ zahlreicher

ganisation des Ostens in ihrem innersten Kern nicht aufbauend war, sondern chaotisch.“ In: Alfred Rosenberg, Schriften aus den Jahren 1917-1921. Mit einer Einleitung von Alfred Baeumler. München 1944, S. XX.

¹⁹ Alfred Rosenberg, Pest in Rußland! Der Bolschewismus, seine Häupter, Handlanger und Opfer. München 1922. Zum gesamten Schrifttum von Rosenberg siehe die Bibliographie in: Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Stuttgart 1970, S. 337-342.

²⁰ Die von Georg Leibbrandt besorgte Ausgabe München 1937 enthielt Rosenbergs Darstellungen über die kirchenfeindliche Politik der sowjetischen Regierung, über die Praktiken der Tscheka und über die Rolle der „antibolschewistischen Russen“ nicht mehr. Das Kapitel über die „Rußlandhilfe“ wurde von 17 auf 6 Seiten reduziert.

²¹ München 1923. Die Protokolle waren eine Fälschung des zaristischen Geheimdienstes und sollten jüdische Weltrevolutionspläne dokumentieren.

²² Ebd., S. 61.

²³ Rosenberg faßte sein damaliges Rußlandbild wie folgt zusammen: „Der als ständiger Untergrund im russischen Wesen schlummernde anarchistische Trieb, wie er in den Zeiten Iwans des Schrecklichen, in den Aufständen der Strelitzen unter Peter dem Großen, im Räuberwesen der Pugatschew und Stenjka Rasin bei erster Gelegenheit immer wieder durchschlug, im 19. Jahrhundert theoretisch von Bakunin ‚begründet‘ wurde und sogar, wenn auch in Altersmattheit, in Tolstois Charakter eine hervorstechende Wesensnote bildete, dieser Trieb kam den Absichten der Trotzky und Sinowjew in jeder Beziehung entgegen. Dostojewski hatte schon die merkwürdige Tatsache festgestellt, daß der gutmütigste Russe aus unerklärlichen Gründen plötzlich zu einem Verbrecher und Mörder werden könne, daß er sich an Dinge heranmache und vorgebe, sie zu verstehen, ohne auch nur ihr Wesen errahnt zu haben. Hierzu prägte dieser größte aller Russen ein klassisches Wort: ‚Gib einem russischen Knaben die Karte vom Sternenhimmel und er bringt sie dir am nächsten Tag korrigiert zurück‘. Diese merkwürdige Charakteranlage, verstärkt durch eine Unbildung (85% aller Russen sind Analphabeten), besonders durch die anmaßenden, dummdreisten Halbgebildeten haben den Boden abgegeben für die weltzerstörende bolschewistische Lehre, welche so einfach und einleuchtend schien und so wenig ernsthafte Arbeit verlangte. So wurde aus der Revolution eine grausame Revolte. Aber war der Russe auch fähig zu sengen, zu quälen und zu morden, dies alles systematisch und mit kalter Berechnung durchzuführen, lag nicht in seiner Wesensanlage. Deshalb ließ sich von Anfang an die Tatsache immer wieder feststellen, daß die Begründer des roten Terrors und der Tscheka zum kleinsten Teil aus Russen bestanden. Es waren Juden, Letten, Polen, Armenier, Ungarn.“ Rosenberg, Pest in Rußland, S. 39.

NSDAP-Mitglieder aufräumen zu können – so vornehm umschrieb er innerparteiliche Differenzen und ebenso die eigentlich unübersehbare Modifikation seiner eigenen Auffassungen²⁴ –, widmete er dem Verhältnis Deutschlands zu Rußland unter dem Titel „Ostorientierung oder Ostpolitik“ ein ganzes Kapitel²⁵. Er sah in diesem Verhältnis die „vielleicht entscheidendste Angelegenheit der deutschen Außenpolitik überhaupt“²⁶ und verneinte strikt jede Möglichkeit irgendeines Zusammengehens mit Rußland. Mit einer „Koalition von Krüppeln“ sei nichts zu erreichen: „Das derzeitige, seiner germanischen Oberschicht entkleidete Rußland ist, ganz abgesehen von den inneren Absichten seiner neuen Herren, kein Verbündeter für einen Freiheitskampf der deutschen Nation“²⁷.

Hitlers Argumentation, von der er zeit seines Lebens auch kaum abwich, zielte auf die generelle Durchsetzung einer „völkischen“ Außenpolitik. Diese sollte dem deutschen Volk einen über die Grenzen von 1915 hinausreichenden „genügend großen Raum auf dieser Erde“ sichern²⁸. Die NSDAP müsse „... ohne Rücksicht auf ‚Traditionen‘ und Vorurteile den Mut finden, unser Volk und seine Kraft zu sammeln zum Vormarsch auf jener Straße, die aus der heutigen Beengtheit des Lebensraumes dieses Volk hinausführt zu neuem Grund und Boden und damit auch für immer von der Gefahr befreit, auf dieser Erde zu vergehen oder als Sklavenvolk die Dienste anderer besorgen zu müssen“. In Überspitzung tatsächlicher nationaler Belange, wie sie sich beispielsweise im Ringen des deutschen Volkes um eine Befreiung von den Lasten des Versailler Vertrages niederschlugen, und in chauvinistisch-geopolitischer Rechtfertigung der eigenen Ziele deklarierte er als die zentrale Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung, „das Mißverhältnis zwischen unserer Volkszahl und unserer Bodenfläche – diese als Nährquelle sowohl wie auch als machtpolitischer Stützpunkt angesehen –, zwischen unserer historischen Vergangenheit und der Aussichtslosigkeit unserer Ohnmacht in der Gegenwart, zu beseitigen“²⁹.

Hemmungsloses Streben nach einer Position Deutschlands als „Weltmacht“ diktierte Hitlers Auffassung, derzufolge die völkische Bewegung „nicht der Anwalt anderer Völker“ sein dürfe³⁰ und sich keineswegs im Falle eines Bodenerwerbs irgendeiner „Verletzung heiliger Menschenrechte“³¹ schuldig mache. Es gelte allein „der Vorkämpfer des eigenen Volkes zu sein“³². An solche Gedanken schloß er mit seiner bekanntesten Äußerung über Rußland unmittelbar an: „Dabei ziehen wir Nationalsozialisten bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken“³³.

Das Bild von Rußland, mit dessen Hilfe Hitler in „Mein Kampf“ die Eroberung von „Land im Osten“ rechtfertigte, ging primär von rassistisch-antislawischen Vorstellungen aus, denen sich die politisch-ideologische Sicht auf die Sowjetunion bzw. auf den Bolschewismus zu-, wenn nicht sogar unterordnete: „Das Schicksal selbst scheint uns hier einen Fingerzeig geben zu wollen. Indem es Rußland dem Bolschewismus überantwortete, raubte es dem russischen Volke jene Intelligenz, die bisher dessen staatlichen Bestand herbeiführte und garantierte. Denn die Organisation eines russischen Staatsbildes war nicht das Ergebnis der staatspolitischen Fähigkeiten des Slawentums in Rußland, sondern vielmehr nur ein wundervolles Beispiel für die staatenbildende Wirksamkeit des ger-

²⁴ Auf diese Veränderungen verweisen vor allem Günter Schubert, *Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik*. Köln 1963, und Kuhn, *Hitlers außenpolitisches Programm*, S. 271.

²⁵ Hitler, *Mein Kampf*, S. 726-758.

²⁶ Ebd., S. 726.

²⁷ Ebd., S. 747 f.

²⁸ Ebd., S. 728.

²⁹ Ebd., S. 732 (Original in Sperrdruck).

³⁰ Ebd., S. 741.

³¹ Ebd., S. 740.

³² Ebd., S. 741 f.

³³ Ebd., S. 742 (Original in Sperrdruck).

manischen Elements in einer minderwertigen Rasse. So sind zahlreiche mächtige Reiche der Erde geschaffen worden. Niedere Völker mit germanischen Organisatoren und Herren als Leiter derselben sind öfter als einmal zu gewaltigen Staategebilden angeschwollen und blieben bestehen, solange der rassische Kern der bildenden Staatsrasse sich erhielt. Seit Jahrhunderten zehrte Rußland von diesem germanischen Kern seiner oberen leitenden Schichten. Er kann heute als fast restlos ausgerottet und ausgelöscht angesehen werden. An seine Stelle ist der Jude getreten. So unmöglich es dem Russen an sich ist, aus eigener Kraft das Joch der Juden abzuschütteln, so unmöglich ist es dem Juden, das mächtige Reich auf Dauer zu erhalten. Er selbst ist kein Element der Organisation, sondern ein Ferment der Dekomposition. Das Riesenreich im Osten ist reif zum Zusammenbruch. Und das Ende der Judenherrschaft in Rußland wird auch das Ende Rußlands als Staat sein. Wir sind vom Schicksal ausersehen, Zeugen einer Katastrophe zu werden, die die gewaltigste Bestätigung für die Richtigkeit der völkischen Rassentheorie sein wird“³⁴.

Kurzzeitiges Streitobjekt

Hitlers Rußlandbild schwankte zunächst: Zunächst sah er es unter Berufung auf Bismarck als möglichen Verbündeten gegen Frankreich, auch England, wobei er an ein bürgerliches Rußland dachte. Die Frontstellung gegen den jüdischen Bolschewismus war eindeutig³⁵.

Nach dem gescheiterten Putsch vom 9. November 1923 und in der Phase des Wiederaufbaus der NSDAP hatten sich innerhalb der ohnehin zerstrittenen Partei auch hinsichtlich des Rußlandbildes und der Rußlandpolitik gegenteilige Stimmen geregt, auf die Hitler mit den zitierten Aussagen reagierte. Das Bild, das die Brüder Gregor und Otto Strasser, Joseph Goebbels, Graf Ernst zu Reventlow und andere zeitweilig in der „Arbeitsgemeinschaft nordwestdeutscher Gauleiter der NSDAP“³⁶ von der UdSSR zeichneten und in den von Gregor Strasser herausgegebenen „Nationalsozialistischen Briefen“ in die breite Debatte zum Thema „Wir und Rußland“³⁷ einbrachten, unterschied sich zwar nicht grundsätzlich, wohl aber in einigen Aspekten recht erheblich von den Positionen, die Hitler und Rosenberg vertraten und die im „Völkischen Beobachter“ zu finden waren. Sachlich und in gewisser Weise auch achtungsvoll sprachen die Verfechter eines „nationalen Sozialismus“ in Deutschland auch der gesellschaftlichen Entwicklung in Rußland einen nationalen und sozialistischen Charakter zu. „Man fühlte sich den russischen Revolutionären verwandt“³⁸ und stand – ganz im Sinne Arthur Moeller van den Brucks – im Banne Rußlands als einem „der großen Anziehungspunkte für die deutschen Konservativen“³⁹.

Joseph Goebbels beklagte Ende 1925, daß mit „erbittertem Schmerz“ zu beobachten sei, „wie sogenannte deutsche Staatsmänner Brücke um Brücke nach Rußland zerschlagen“⁴⁰. Sein Schmerz sei aber nicht deshalb so groß, weil er etwa den Bolschewismus und seine jüdischen Träger „lieben“ würde, sondern weil die Nationalsozialisten im Bunde „mit einem wahrhaft nationalen und sozialistischen Rußland“ den Anfang der „eigenen nationalen und sozialistischen Behauptung erkennen“ könnten. Folgerichtig beendete Goebbels seinen „Das russische Problem“ betitelten Beitrag mit der

³⁴ Ebd., S. 742 f.

³⁵ Wolfgang Horn, Ein unbekannter Aufsatz Hitlers aus dem Frühjahr 1924, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 16 (1968), S. 280-294.

³⁶ Siehe Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925-1930. Meisenheim am Glan 1966; Manfred Weißbecker, Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, in: Dieter Fricke u. a. (Hrsg.), Lexikon zur Parteigeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) Bd. 3. Leipzig 1985, S. 460-532.

³⁷ Zur Debatte um das Thema „Wir und Rußland“, die durch einen so betitelten Artikel Gregor Strassers ausgelöst worden ist, siehe Otto-Ernst Schüddekopf, Nationalbolschewismus in Deutschland 1918-1933. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1972, S. 178 ff.

³⁸ Kühnl, Die nationalsozialistische Linke, S. 118.

³⁹ Siehe Klemens von Klemperer, Konservative Bewegungen. Zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. München, Wien 1961, S. 62.

⁴⁰ Joseph Goebbels, Das russische Problem, in: Nationalsozialistische Briefe 1 (1925). Brief vom 15.11.1925 (unpag.).

Aussage: „Ich bin ein Deutscher! Ich will, daß Deutschland die Welt ist“⁴¹. Gregor Strasser sprach sich für eine „prorussische Einstellung“ der Partei aus, weil deren Parole lauten müsse: „Das deutsche Mitteleuropa – im Kampf gegen den Westen, mit vorläufiger Unterstützung des Ostens“! Er wandte sich vehement gegen einen von ihm als „instinktlos“ bezeichneten Antibolschewismus, der deutsch-russische Bündnismöglichkeiten unberücksichtigt lasse. Vorsichtig erläuterte er seinen Gegensatz zu Hitler im Rahmen einer Auseinandersetzung mit der außenpolitischen Programmatik des Jungdeutschen Ordens⁴². Goebbels schlug in die gleiche Kerbe: „Es kann nicht oft genug betont werden, daß uns noch viel weniger mit dem westlichen Kapitalismus verbindet als mit dem östlichen Bolschewismus ... Ob Rußland die Sowjet-Herrschaft bricht oder nicht, ist seine Sache, in die wir uns nicht hineinmischen können und dürfen, wollen wir uns nicht für immer den Zugang zum russischen Volk verbauen“⁴³. Bevor er im Februar 1926 abrupt zu Hitler umschwenkte, behauptete Goebbels sogar: „Darum schauen wir nach Rußland, weil es am ehesten mit uns den Weg zum Sozialismus gehen wird. Weil Rußland der uns von der Natur gegebene Bundesgenosse gegen die teuflische Versuchung und Korruption des Westens ist“⁴⁴. Rußland besaß also einen eingeschränkten Vorbildcharakter.

Bei der Zerschlagung der sogenannten Partei-Linken zu Beginn des Jahres 1926 warnte Hitler vor einem „nationalen Selbstmord“, der im Falle eines deutsch-russischen Bündnisses eintreten würde. Statt an ein Zusammengehen mit Rußland zu denken, sollte ein Kurs der „Ostorientierung und Ostkolonisation wie einst im Mittelalter“ eingeschlagen werden⁴⁵. Nach der Bamberger Führertagung vom 14. Februar 1926 spielten rußlandpolitische Debatten in der NSDAP und selbst in den „Nationalsozialistischen Briefen“ keine größere Rolle mehr. Lediglich Otto Strasser löckte mitunter wider den Stachel, so als er im Herbst 1927 erklärte, Rußland sei „keine Gefahr“ für Deutschland und besäße einen gesteigerten Bündniswert, nachdem sich Stalin in den Machtkämpfen der UdSSR habe durchsetzen können⁴⁶. Hitlers Position blieb hart und eindeutig: Wie wolle man denn „dem deutschen Arbeiter den Bolschewismus als fluchwürdiges Menschheitsverbrechen klarmachen“, wenn man „sich selbst mit den Organisationen dieser Ausgeburt der Hölle verbündet“, fragte er, um darauf sehr grundsätzlich zu antworten: „Der Kampf gegen die jüdische Weltbolschewisierung erfordert eine klare Einstellung zu Sowjetrußland. Man kann nicht den Teufel mit dem Beelzebub austreiben“⁴⁷.

In den parteiinternen Auseinandersetzungen wich Hitler allerdings mitunter geschmeidig aus. Wenn es um allgemeinere Fragen von Machtpolitik ging, ließ er – in zaghafter, verschwommener Tendenz – auch anerkennende Aussagen zu den politischen Verhältnissen in Rußland zu. Da fielen gelegentlich den Bolschewismus in seinen erfolgreichen Machtbestrebungen gewissermaßen als allgemeingültiges Modell akzeptierende Bemerkungen unterschiedlichster Art. Hitler imponierte durchaus, daß eine Partei wie die Bolschewiki so große Menschenmassen zu beherrschen vermochte. Dem verlieh er auf internen Tagungen der NSDAP, aber auch auf öffentlichen Werbeveranstaltungen – besonders wenn sie von Kommunisten besucht waren – Ausdruck. Bei passender Gelegenheit forderte er seine Anhänger dazu auf, München zum „Moskau unserer Bewegung“ zu machen, da nach seiner Auffassung Moskau wie auch Rom und Mekka jeweils eine große und erfolgreiche Weltanschauung verkörpern würden⁴⁸.

Wie lebhaft sich die Auseinandersetzungen um das Rußlandbild der NSDAP gestaltet hatten und wie einflußreich traditionelle Bündnisvorstellungen in der NSDAP gewesen sind, läßt sich auch an den späteren Reaktionen Hitlers ablesen. So wandte er sich in seinem Zweiten Buch noch einmal

⁴¹ Ebd.

⁴² Gregor Strasser, Zu den außenpolitischen Zielen des Jungdeutschen Ordens. Ebd.

⁴³ Goebbels, West- oder Ostorientierung. Ebd., Brief vom 15.1.1926 (unpag.).

⁴⁴ Goebbels, Das russische Problem.

⁴⁵ Hitler, Reden, Schriften, Anordnungen Bd. 1, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. München, New York, London, Paris 1992, S. 295.

⁴⁶ Otto Strasser, Der Sowjetstern geht unter, in: Nationalsozialistische Briefe 3 (1927), vom 15.12.1927, S. 190.

⁴⁷ Hitler, Mein Kampf, S. 750.

⁴⁸ Hitler, Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. 1, S. 99.

eindringlich gegen völkische und deutschnationale Kräfte, die sich an Bismarcks Rußlandpolitik anzuknüpfen bereit zeigten. In diesem Zusammenhang formulierte er wohl am klarsten sein gegen die UdSSR gerichtetes „Lebensraum“-Konzept. Ganz gleich, zu welchem Ende ein Bündnis mit Rußland führen würde, Deutschland „könnte nicht zu einer endgültigen außenpolitischen Zielsetzung kommen. An der grundsätzlichen Lebensfrage, ja an der Lebensnot unseres Volkes würde damit nichts geändert werden. Im Gegenteil, Deutschland würde damit erst recht von einer einzig vernünftigen Bodenpolitik abgetrennt werden, um seine Zukunft mit dem Raufen um unbedeutende Grenzregulierungen auszufüllen. Denn weder im Westen noch im Süden Europas kann die Raumfrage unseres Volkes gelöst werden“. Das Ziel deutscher Außenpolitik sei „dort zu suchen, wo es einzig und allein liegen kann: Raum im Osten“⁴⁹. Rußland schwebte ihm in seiner politischen Vorstellung als zukünftiges Kolonialland vor.

Während Hitler dieses Manuskript nicht veröffentlichen ließ und sich parteioffizielle Organe wie die „Nationalsozialistischen Monatshefte“ kaum zum Thema äußerten⁵⁰, gab die NSDAP-Führung den philosophisch verbrämten und historisch angelegten Ergüssen Rosenbergs und seines Buches vom „Mythus des 20. Jahrhunderts“⁵¹ mehr Spielraum. In ähnlicher Weise wie der von schlichtem Haß auf Rußland erfüllte Rosenberg argumentierte 1932 z. B. der in Göttingen tätige Gauleiter Ludolf Haase, der möglicherweise seine aktive Mitgliedschaft in der Strasserschen Arbeitsgemeinschaft von 1925/26 vergessen machen wollte. Haase stellte nunmehr ebenfalls ethnopsychologische Überlegungen an und konstatierte für das russische Volk „Erlöserwahn, Kollektivismus und Zerstörerinstinkt“. Diese Eigenschaften seien dem Judentum gerade gelegen gekommen. Er holte weit aus: „Man hat im Bolschewismus so etwas wie eine ‚völkische Bewegung Rußlands‘ sehen wollen. Auf solche Ideen können nur Literatennaturen kommen. Es ist allerdings kein Zufall, daß sich der Marxismus gerade dort zuallererst in seiner letzten Konsequenz gezeigt hat. Weit mehr als andere Völker neigt der Russe zu Gedanken der ‚Gleichheit‘ und der Menschheitsbeglückung. Sein Gefühlsüberschwang sowie die Tatsache einer auf dem Mangel an eigener staatenbildender Kraft beruhenden, tausendjährigen Fremdherrschaft normannischer, mongolischer und deutscher Oberschichten pflanzten in ihm den Glauben an seine Weltmission“⁵².

Den natürlich auch von ihm vertretenen „Lebensraum“-Gedanken verpackte Haase allerdings in eine Formel, die Rußland nur indirekt betraf und zugleich einen begrenzten Expansionsdrang reflektierte. Gegen eine solche „Beschränktheit“ hatte sich Hitler bereits in „Mein Kampf“ mit der apodiktischen Feststellung gewandt, es sei politischer Unsinn, ja ein Verbrechen, lediglich die Grenzen von 1914 wiederherstellen zu wollen, denn das Ergebnis wäre „doch wieder so erbärmlich ..., daß es sich, wahrhaftiger Gott, nicht lohnen würde, dafür erneut das Blut unseres Volkes einzusetzen“; man müsse schon ein „würdiges Ziel aufstellen und verfechten“⁵³. Dennoch ließ es auch Haase nicht an Deutlichkeit fehlen: „Es liegt uns fern, hiermit das reich veranlagte russische Volk herabsetzen zu wollen, dessen Freundschaft uns willkommen sein wird, sofern (sic!) es uns den notwendigen Lebensraum auf den Gebieten der heutigen Saisonstaaten des Ostens vom Norden über Polen bis zur Tschechei zuzugestehen bereit ist“⁵⁴.

⁴⁹ Siehe Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928. Eingel. und komment. von Gerhard L. Weinberg. Stuttgart 1961, S. 155, 159.

⁵⁰ Von den 45 thematisch orientierten Ausgaben der Nationalsozialistischen Monatshefte, die zwischen 1930 und 1934 erschienen, ist lediglich das Juni-Heft 2 (1931) dem Rußlandbild der NSDAP zuzuordnen. Es erschien unter dem Titel „Der Bluffstaat der Sowjets“ und enthielt ausschließlich belanglose Beiträge aus der Feder relativ unbekannter Verfasser.

⁵¹ Siehe Alfred Rosenberg, Der Mythus des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit. München 1930.

⁵² Ludolf Haase, Marxismus und Nationalsozialismus. Die Ablösung der Zerstörung durch organischen Aufbau, in: NSMH 1 (1930), S. 201-221.

⁵³ Hitler, Mein Kampf, S. 736 ff.

⁵⁴ Haase, Marxismus, S. 209. Die Vorstellung, neuen deutschen „Lebensraum“ vor allem auf Kosten Polens gewinnen zu können, dominierte auch in Alfred Rosenberg, Der Zukunftsweg einer deutschen Außenpolitik. München 1927. Rosenberg lehnte es bereits 1932 ab, diese Schrift noch einmal erscheinen zu lassen. Siehe Seppo Kuusisto, Alfred Rosenberg in der nationalsozialistischen Außenpolitik 1933–1939. Helsinki 1984, S. 33.

Natürlich existierte in dieser Zeit keinerlei „Fahrplan“, an dessen Ende bereits der „Plan Barbarossa“ und der 22. Juni 1941 zu finden gewesen wären. Dennoch hatte sich in den zwanziger Jahren das rassistisch-antibolschewistische Rußlandbild Hitlers und anderer NSDAP-Führer als ein ausgesprochen destruktiv-militantes und den künftigen Expansionskurs vorbereitendes Feindbild durchgesetzt. Seitdem bestand zwischen den vorherrschenden rußlandpolitischen Auffassungen einerseits und der nationalsozialistischen Politik und Propaganda andererseits ein hoher Grad an Identität. Auch dadurch konnten die Maßlosigkeit und die innere Logik dieses Bildes zu einem eigenständigen Faktor mit elementarer Sprengkraft und eigengesetzlicher Dynamik werden. Das nationalsozialistische Denken über das Land im Osten und die eigene bis zum Genozid reichende Gewaltbereitschaft sowie der Gedanke an einen kommenden Krieg waren bereits frühzeitig unlöslich miteinander verkoppelt, trotz mancher parteioffizieller Äußerungen, die es unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 und im Zeichen dominierender Friedensdemagogie auch gegenüber der Sowjetunion in Hülle und Fülle gegeben hat.

Pragmatische Außenpolitik und maßlose antibolschewistische Kampagnen

Mit dem 30. Januar 1933 sah sich die NSDAP als Regierungs- und schließlich auch als die alleinige Staatspartei hinsichtlich der Weiterverbreitung ihres Rußlandbildes vor Probleme gestellt, in denen allerdings die alten Streitfragen potentiell enthalten waren. Auf dem feindseligen Rußlandbild schlicht beharren und ausschließlich dem Ideologie-Anspruch gerecht werden zu wollen, hätte die lediglich langfristig erreichbare Realisierung des gesamten außenpolitischen Revisions- und Expansionsprogramms gefährdet. So traten unvermeidbare Diskrepanzen zwischen dem ideologischen Programm und den realpolitischen Gegebenheiten hervor. Die Rußlandpolitik unterlag dabei nicht nur einem außenpolitischen, sondern auch rüstungswirtschaftlichem Kalkül⁵⁵. Dies mußte zu Reibungen und taktischen Divergenzen führen, die ihrerseits wiederum nicht ohne Einfluß auf das nationalsozialistische Rußlandbild blieben.

Nach dem 30. Januar 1933 erklärte Hitler das offizielle Verhältnis zur UdSSR zu einer Angelegenheit der Staatspolitik. Die deutsche Regierung sei gewillt, „freundschaftliche, für beide Teile nutzbringende Beziehungen“ zu pflegen⁵⁶. Realpolitische Belange standen nun über den ideologischen Prämissen der NSDAP, zumindest so lange, wie es ein pragmatisches Interesse an einem erträglichen Verhältnis zwischen Berlin und Moskau gab. Der Antikommunismus wurde zu einer rein innenpolitischen Angelegenheit deklariert. Das große Ziel verlor Hitler jedoch keineswegs aus den Augen, wie seine programmatische Orientierung im vertraulichen Gespräch mit Befehlshabern der Reichswehr und der Reichsmarine am 3. Februar 1933 beweist⁵⁷. In der Öffentlichkeit wies Hitler den logisch zu schlußfolgernden Gedanken, daß sich aus dem nationalsozialistischen „Lebensraum“- und „Germanisierungs“-Konzept nur ein Krieg gegen die UdSSR ableiten könne, weit von sich. In seinem Ward-Price-Interview antwortete er am 17. Februar 1934 auf die Frage, ob im kurz zuvor abgeschlossenen Nichtangriffsvertrag mit Polen auch die Absicht eines gemeinsamen Angriffs auf die Sowjetunion liege: „Was? Wir sollen Gebiet von Rußland nehmen? Lächerlich“⁵⁸.

Trotz seiner offiziellen Politik verzichtete das braune Regime keineswegs auf die antisowjetische Indoktrination der deutschen Bevölkerung⁵⁹. Für deren Zwecke entstanden neue Instrumentarien. Es sei hier nur am Rande auf die umfangreichen Aktivitäten des „Gesamtverbandes deutscher antikomunistischer Vereinigungen“ verwiesen, der sich seit 1935 als „Antikomintern“ bezeichnete und nach außen als ein rein privater Verein firmierte. In Wirklichkeit unterstand er jedoch direkt dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Es war sicher nicht übertrieben, wenn ihr Leiter Eberhard Taubert nach dem Zweiten Weltkrieg feststellte, daß die „berühmten anti-

⁵⁵ Siehe das in Druck befindliche Manuskript von Hans-Erich Volkmann, Die Sowjetunion im ökonomischen Kalkül des Dritten Reiches 1933-1941, in: Roland Foerster (Hrsg.).

⁵⁶ Zit. n. Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945 Bd 1. München 1965, S. 236.

⁵⁷ Siehe Anm. 3.

⁵⁸ Zit. n. Domarus, Hitler, S. 365.

⁵⁹ Siehe Jutta Sywottek, Mobilmachung für den Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg. Opladen 1976, S. 104 ff.

bolschewistischen Parteitage“ der NSDAP von 1935, 1936 und 1937 „gänzlich und allein mit dem Material der Antikomintern bestritten“ worden sind⁶⁰. Auch nach der Konsolidierung ihrer Herrschaft gab die nationalsozialistische Führung ihren zeitlich begrenzten Pragmatismus gegenüber der Sowjetunion nicht auf – verbal wurde dieser sogar bei mancher sich bietenden Gelegenheit noch einmal bekräftigt⁶¹. Sie betrieb allerdings parallel dazu in der Mitte der dreißiger Jahre einen regelrechten antibolschewistischen Propagandakrieg, wobei dessen außergewöhnlich großer Umfang wie auch seine teilweise abstrusen Erscheinungsformen hier nicht dargelegt werden sollen. Zu konstatieren bleibt lediglich, daß er nicht ohne erheblichen Einfluß auf die allgemeine Durchsetzung des Rußlandbildes der NSDAP unter der deutschen Bevölkerung geblieben ist⁶². Einige der führenden NSDAP-Politiker versuchten ab und zu und sozusagen nadelstichartig die pragmatische Politik Hitlers in dieser Frage zu attackieren. Im Frühjahr 1935 sah sich z.B. Rudolf Heß in seiner Danziger Rede – der einzigen, in der er sich überhaupt zum Thema äußerte – dazu veranlaßt, vor einer Gefahr der Nichteinhaltung von Verträgen durch die Sowjetunion zu warnen: „Kann es insbesondere die Welt Deutschland verübeln, wenn es allen Abmachungen, in denen Sowjet-Rußland beteiligt ist, mit abwartender Vorsicht gegenübersteht“⁶³. In einer Aktennotiz vom 6. September 1935 für den „Führer“ bezog sich Rosenberg auf eine Reichsleitersitzung, bei der Hitler „die Möglichkeit eines Schrittes in Moskau“ angesprochen und den Wunsch ausgesprochen habe, sich über „das deutsch-russische Wirtschaftsverhältnis unterrichten zu lassen“. Dies trieb Rosenberg zu folgender Aussage: „Da ich auf Grund mehrjähriger Beobachtung der festen Überzeugung bin, daß der Führer hier von Seiten des Rußland-Ausschusses sehr einseitig unterrichtet werden wird, so habe ich das gesamte Aktenmaterial über diese Jahre der deutsch-russischen Verhandlungen zusammengestellt und über das neue 200 Millionen Kredit-Abkommen notwendige Feststellungen getroffen. Darüber hinaus eine genaue Darlegung der Art, wie gewisse Groß-Konzerne die mittlere deutsche Industrie in unerhörter Weise in dieser ganzen Frage behandelt haben. Es dürfte dem Führer von entscheidender Wichtigkeit sein, aktenmäßig darüber unterrichtet zu werden, in welcher Weise das nationalsozialistische Reich sich dazu hergibt, die Kriegsindustrie Rußlands auch noch durch technische Beihilfe zu unterstützen“⁶⁴. Diese Äußerungen passen zu dem Bemühen Rosenbergs, 1937/38 eine Ernennung zum „Generalbeauftragten des Deutschen Reiches zur Abwehr des Weltbolschewismus“ einrichten zu dürfen⁶⁵. Die Ursachen der antibolschewistischen Stoßrichtung der NSDAP-Parteitage von 1935 bis 1937 sind wohl vor allem in den sich damals rasch verändernden außenpolitischen Rahmenbedingungen zu suchen; der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und sein neuer antifaschistischer Volksfrontansatz sowie der beginnende Bürgerkrieg in Spanien spielten sicher ebenso eine Rolle wie der französisch-sowjetische Bündnisvertrag von 1935 und die gewachsenen Ansprüche Deutschlands auf seine „Weltgeltung“. Innenpolitische Gründe haben in bisherigen Darstellungen fast immer eine untergeordnete Bedeutung eingenommen. Dabei kommt gerade ihnen ein erheblicher Stellenwert zu. Möglicherweise erklärt sich dieser auch aus einer unveröffentlichten Rede, die Rudolf Heß 1935 vor dem Parteitag der NSDAP gehalten hat. In ihr kritisierte er in einer für ihn ungewöhnlich scharfen Form alle innerparteilichen Querelen und deren für die offizielle Politik schädliches Austragen in der Öffentlichkeit. Er warnte in diesem Zusammenhang vor einem offensichtlichen Nachlassen der Integrationskraft der Partei: „Hüten wir uns davor, daß ein luftleerer Raum zwischen Volk und Führung entsteht“⁶⁶.

Der Zusammenhang zwischen innen- und außenpolitischen Problemstellungen geht aus vertraulichen Informationsmaterialien des Goebbels-Ministeriums vom Oktober 1935 über den „Antikom-

⁶⁰ So Dr. Eberhard Taubert in seiner 1945 verfaßten Schrift „Der antisowjetische Apparat des deutschen Propagandaministeriums“. Bundesarchiv Koblenz (BA), Kl. Erw. 617, Bl. 6.

⁶¹ Eine gewisse Bekräftigung der offiziellen Politik erfolgte am 7.3. 1936 in Hitlers Reichstagsrede, in: Domarus, Hitler, S. 587.

⁶² Siehe den Beitrag von Wolfram Wette im vorliegenden Band.

⁶³ Rudolf Heß, Rede vom 5.4.1935 in Danzig. BA, NS 11/26, S. 10.

⁶⁴ Ebd., NS 8/175, Bl. 138.

⁶⁵ Ebd., Bl. 22 ff. und 38 ff. Siehe dazu auch Kuusisto, Alfred Rosenberg, S. 382 ff.

⁶⁶ BA, NS 11/27, Bl. 30.

munistischen Feldzug im Inland“ hervor⁶⁷, der ganz offensichtlich Unzufriedenheit paralisieren, regimekritische Stimmen über Mißstände in Deutschland verstummen lassen sollte. Als Zweck der antibolschewistischen Aktionen wurde angegeben, durch die „Darstellung der Furchtbarkeit der bolschewistischen Wirklichkeit ... alle Klagen der Volksgenossen demgegenüber zu Bagatellen“ werden zu lassen. Im einzelnen wurden drei Punkte betont: „a) Eine vorübergehende Verknappung einiger Lebensmittel ist geringfügig gegenüber dem chronischen Hungerzustand des ganzen russischen Volkes, das selbst die schlechtesten und einfachsten Mittel in völlig ungenügendem Maße erhält. b) Klagen über den Partei-Apparat, über Fehler des Staates usw. können nicht aufrecht erhalten werden angesichts des gewaltigen Verdienstes, das eben Partei und Staat sich um das ganze Volk erworben haben. c) Wenn manche Kreise des Volkes sich über die Konzentrationslager beschweren, so werden sie sie jetzt verstehen, weil sie notwendig sind, um die Bazillenträger des Bolschewismus zu isolieren“⁶⁸. Alles stand unter dem Motto: „Jeder Gegner des Dritten Reiches ist ein Bundesgenosse des Bolschewismus“⁶⁹.

Das hier zitierte Dokument sowie eine ähnliche Anweisung vom 31. März 1937 besitzen zwar zweifelsfrei propagandistischen Charakter, spiegeln aber auch die Kontinuität wesentlicher Linien des nationalsozialistischen Rußlandbildes auch in den dreißiger Jahren wider. Im Vordergrund standen erneut die eindeutig rassistisch-antisemitischen Tendenzen: Der Bolschewismus sei „Werk und Waffe des Judentums“, was „mit aller Schärfe immer wieder herausgestellt werden“ müßte. Andere rußlandpolitische Auffassungen wurden als „falsch“ deklariert und waren „mit allem Nachdruck zu bekämpfen“. Solche falschen Auffassungen waren: „1.) Der Bolschewismus in der Sowjet-Union sei eine ‚russische‘ Angelegenheit; er entwickle sich zu einer ‚Art Nationalsozialismus‘; Stalin sei der ‚Führer Rußlands‘. 2.) Der Bolschewismus habe die ‚Weltrevolution aufgegeben‘ ... 3.) Der Bolschewismus sei abzulehnen, weil er asiatisch sei“⁷⁰. Über die beiden letzten Punkte gab es in der NSDAP kaum Dissens; sie richteten sich offensichtlich gegen einige Tendenzen in konservativen und liberalen Kreisen. Mit dem ersten Punkt war aber eine seit den Auseinandersetzungen in den zwanziger Jahren weiter in der Partei schwelende Frage berührt worden.

Gegen Auffassungen von einer gewissen Ähnlichkeit oder Verwandtschaft zwischen den gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland und in der UdSSR polemisierte auch Georg Leibbrandt, Leiter der Abteilung Osten im Außenpolitischen Amt der NSDAP und Rosenbergs unentbehrliche rechte Hand. In den „Nationalsozialistischen Monatsheften“ vertrat er die These von der „rassisch-völkischen Bedingtheit der bolschewistischen Revolution“⁷¹. Für ihn bestand die wichtigste Frage darin, wie es möglich gewesen sei, daß der Marxismus ausgerechnet in einem Agrarland habe Fuß fassen können. Ohne Beantwortung dieser Frage und ohne Prüfung ihrer Voraussetzungen in der russischen Bevölkerung sei der Bolschewismus nicht richtig zu verstehen. Das Wort Napoleons „Kratze den Russen ab und du findest einen Tataren“ zitierend, verwies Leibbrandt vor allem auf die Mischung von „nordisch bestimmte(m) Charakter“ und „mongolisch-asiatischen Instinkten“, die in Rußland stattgefunden habe und seit langem das Wesen des Russentums ausmache. Für ihn lag ein direkter Zusammenhang zwischen russischem Volkscharakter und Bolschewismus auf der Hand. Die in mehrhundertjähriger Geschichte erfolgte „Bastardisierung“ der Russen sei der Grund dafür, daß sich das Volk „als widerstandsloses Werkzeug in den Händen der jüdischen Diktatur“ erweise⁷². Das zwiespältige und charakterschwache russische Volk habe nach 1917 „nicht den nötigen Willen und die Persönlichkeitskraft (gefunden), sich der schleichenden Krankheit des Kommunismus zu widersetzen“⁷³.

⁶⁷ BA, NS 43/18, Bl. 127 ff.

⁶⁸ Ebd., Bl. 129.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Ebd., Bl. 43.

⁷¹ Georg Leibbrandt, Rassisch-völkische Bedingtheit der bolschewistischen Revolution, in: NSMH 8 (1937), S. 1021-1024.

⁷² Ebd., S. 1023.

⁷³ Ebd., S. 1022.

Die von Rosenberg herausgegebenen „Nationalsozialistischen Monatshefte“ boten Mitte der dreißiger Jahre mehrfach solchen Überlegungen Raum.⁷⁴ In ihnen wurde beispielsweise auch ein aus der Feder des bulgarischen Autors Janko Janeff stammender Beitrag „Der Untergang des Panslawismus“ publiziert. Dessen Aussage bestand darin, daß Slawismus und Panslawismus schon immer die „Hauptfront gegen die germanische Organisation Europas, gegen die Führung der abendländischen Welt von der Mitte des Erdteils aus“ verkörpert hätten. In direkter Auseinandersetzung mit Johann Gottfried Herder, dessen „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“ zu einem „Evangelium der Slawen“ geworden wären, schlußfolgerte der Verfasser: „Byzantinismus und mißdeutete nordische Geschichtsauffassung liegen also der panslawistischen Weltaktion zugrunde, die in den letzten Jahren Oswald Spengler philosophisch wieder zu begründen suchte, ohne zu wissen, daß es eine autonome slawische Welt, einen eigenvölkischen Osten nicht gibt und daß die überlieferte ‚slawische Idee‘ nichts anderes ist als imperialistische Parole, geheiligt durch den zaristischen Anspruch auf Lenkung der Geschichte der Menschheit von den Steppen her. – Heute will diese panslawistische Idee wieder lebendig werden. Der Bolschewismus vertritt sie mit allen Mitteln, indem er dasselbe Ziel verfolgt: das Abendland zu anarchisieren, um es damit niederzuringen“⁷⁵.

Forderungen nach „zuverlässiger“ Berichterstattung

In den Jahren der antibolschewistischen Kampagnen und einer überwuchernden antisowjetischen Propaganda verbaute sich die Führung des Dritten Reiches fast jeden einigermaßen realistischen Blick auf Rußland. Im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges erkannten einige Kräfte der NSDAP durchaus den Schaden, den ihre Politikfähigkeit genommen hatte. So mehrten sich die kritischen Stimmen, die teilweise an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen. Die Akten des Ostamtes im Außenpolitischen Amt der NSDAP enthalten beispielsweise eine auf den 11. April 1938 datierte und in dieser Hinsicht außerordentlich aufschlußreiche Analyse des deutschen Schrifttums über die UdSSR⁷⁶. Ihr Verfasser Helmut Weiß maß weder den propagandistischen Schriften, noch den persönlichen Erinnerungen von Emigranten und Rückkehrern irgendeinen Wert „für die politische Arbeit“ bei. Der Politiker müsse auf Forschungsergebnisse zurückgreifen können, in denen „ein Wunschbild vermieden [wird], das allzu leicht eine fehlerhafte Wertung der tatsächlichen Kräfteverhältnisse verschuldet“⁷⁷. Er führte zahlreiche Arbeiten zum Beleg dafür an, wie es nach seiner Auffassung nicht gemacht werden durfte. Vielfach würden sie nur „längst bekanntes Material, meist in einer wenig guten Zusammenfassung, wiederholen“. Fast allen Schriften solcher Machart sei nur ein „Tagesdasein“ beschieden. Seine Analyse mündete in die besorgte Feststellung: „Unser Schrifttum ist in eine Sackgasse geraten, aus der nur schwer herauszukommen sein wird: die Erzeugung einer ständigen Erregung erzwingt die Verabreichung von immer stärker werdenden Dosen des Erregungsstoffes. So werden phantastische Angaben über die Zahl der Opfer gemacht, die die Tschecha forderte, eine Gewohnheit, die zu ihrer Bekräftigung noch weitere und allmählich höhere Zahlen verlangt, bis solche Angaben schließlich einem Mißtrauen begegnen“. Vor allem wandte sich der Verfasser gegen die „hoffnungslose Einseitigkeit“ jener nach seiner Meinung „bloß konjunkturpolitisches Kapital“ schlagenden Literatur.

Weiß beklagte auch die Tatsache, daß es keine eigenständige „nationalsozialistische Rußlandforschung“ gebe und einige Ansätze für eine solche inhaltlich unzureichend seien. Er warnte nachdrücklich davor, die notwendig zu betreibende Sowjetforschung zu „einer ausschließlichen Beschäftigung mit der Judenfrage“ werden zu lassen. Etwas sarkastisch begründete er seinen Stand-

⁷⁴ Siehe z. B. W Wolfram von Wolmar, Vom Panslawismus zum tschechisch-sowjetischen Bündnis. Ebd. 9(1938), S. 996-1001; ähnlich äußerte sich der aus Österreich stammende Philosoph Ferdinand Weinhandel über die „Geistesströmungen im Ostraum“. BA, NS 18/26 und NS 22/30. Das Manuskript wurde auch als Heft 4 der Schriftenreihe zur weltanschaulichen Schulungsarbeit der NSDAP veröffentlicht (München 1942).

⁷⁵ Janko Janeff, Der Untergang des Panslawismus, in: NSMH 8 (1938), S. 883, 887.

⁷⁶ BA, NS 8/2 17, Bl. 208-214. Helmut Weiß ist offensichtlich identisch mit dem Verf. einer 1937 von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln angenommenen und erstaunlich sachlichen Dissertation zum Thema „Das erste kommunistische Experiment Sowjetrußlands in den Jahren 1919 bis 1921 während des sogenannten ‚Kriegskommunismus‘“.

⁷⁷ BA, NS 8/217, Bl. 213.

punkt: Allein „die Festlegung einer weltanschaulichen Haltung gegenüber der Sowjetunion und den sie tragenden Kräften gibt noch keine Auskunft über die Erfolgsaussichten der roten Machthaber“⁷⁸. Mit dieser These richtete sich der Autor direkt gegen Hermann Greife, der als Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin 1936 ein Büchlein unter dem Titel „Sowjetforschung. Versuch einer nationalsozialistischen Grundlegung der Erforschung des Marxismus und der Sowjetunion“ veröffentlicht und seinerseits das weitgehende Fehlen antisemitischer Grundlagen in der wissenschaftlichen Rußlandforschung in Deutschland als „Zustand der Verwahrlosung und wissenschaftlichen Gewissenlosigkeit“ bezeichnet hatte⁷⁹.

Auch Vertreter anderer Bereiche der NSDAP empfanden die konkreten Ergebnisse der deutschen Rußlandforschung als unzureichend. Am 6. Februar 1939 verkündete Martin Bormann den Dienststellen der Partei, daß zur „Gewährleistung einer nationalsozialistisch zuverlässigen wissenschaftlichen Berichterstattung über die Sowjet-Union“ beim Reichsführer-SS eine entsprechende Arbeitsstelle eingerichtet worden sei⁸⁰. Daraufhin protestierte Rosenberg, nicht weil er den Nutzen einer solchen Arbeitsstelle zu bezweifeln gewagt hätte, sondern weil er (wieder einmal) zu einem Problem, für das er sich durchaus als zuständig betrachten konnte, nicht gefragt worden war und sich übergangen fühlte⁸¹. Er hatte selbst am 7. Februar auf einem Empfang für die Diplomaten und für die ausländische Presse einen Vortrag gehalten, der der Frage gewidmet war, „Müssen weltanschauliche Kämpfe staatliche Feindschaften ergeben“? Antwort: Über die „ätzende und bedenkenlose Tagespropaganda hinaus“ müsse „nach und nach eine stärkere Besinnung über die Kräfte der Weltpolitik einsetzen“⁸². Der pragmatische Weg zu einem zeitweiligen Bündnis mit der UdSSR schien sich anzudeuten.

Verwirrung und Dissonanzen

Für alle, die bis zum 23. August 1939 in irgendeiner Weise an einem Entwurf oder an der Verbreitung des nationalsozialistischen Rußlandbildes beteiligt gewesen waren, bedeutete der Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages mehr als eine Überraschung. Die Verwirrung in den eigenen Reihen war groß, zumal der „Völkische Beobachter“ den Pakt als die „Wiederherstellung eines natürlichen Zustandes“ pries⁸³. Von einem Tag zum anderen brach für viele ein Weltbild zusammen und schien die Literatur vollständig wertlos geworden zu sein, die bisher im Rahmen des antibolschewistischen Propagandakrieges verwendet worden war. An der Haustür des Berliner Antikominintern-Büros mußte sogar das Türschild abmontiert werden; nichts sollte mehr an die frühere Linie erinnern⁸⁴. Goebbels notierte am 24. August in sein Tagebuch, die Frage des Bolschewismus sei „im Augenblick von untergeordneter Bedeutung“, man sei in Not und fresse „des Teufels Fliegen“⁸⁵.

Das Amt Osten legte im November 1939 einen Entwurf von „Richtlinien für die Verlage“ mit der Mahnung vor, es sei nicht nötig, antibolschewistische Literatur „voreilig aus dem Buchhandel zu-

⁷⁸ Ebd., Bl. 209 ff.

⁷⁹ Hermann Greife, Sowjetforschung. Versuch einer nationalsozialistischen Grundlegung der Erforschung des Marxismus und der Sowjetunion. Berlin, Leipzig 1936, S. 13. Weiß hatte offensichtlich auch solche rassenideologisch dominierten Schriften im Auge wie die von Hermann Fehst, Bolschewismus und Judentum. Das jüdische Element in der Führerschaft des Bolschewismus. Berlin, Leipzig 1934; Rudolf Kommos, Juden hinter Stalin. Die jüdische Vormachtstellung in der Sowjetunion, auf Grund amtlicher Sowjetquellen dargestellt. Berlin, Leipzig 1938, „charakteristisch für den Bereich wie für das Niveau der nationalsozialistischen Ostforschung“. Walter Laqueur, Deutschland und Rußland. Berlin 1965, S. 407.

⁸⁰ BA, NS 6/232, Bl. 29; siehe auch den Beitrag von Gerhart Hass in diesem Band.

⁸¹ Brief Rosenberg an Bormann, 10.2.1939. BA, NS 8/181, Bl. 166 f.

⁸² München 1939, S. 5.

⁸³ Theodor Seibert, Der Brückenschlag, in: Völkischer Beobachter (München), 23.8.1939.

⁸⁴ Siehe Taubert, Der antisowjetische Apparat. BA, Kl. Erw. 617, Bl. 7. Das Hauptschulungsamt des Reichsorganisationsleiters der NSDAP wies in seinem Rundschreiben Nr. 1 vom 12.2.1940 alle Gauschulungsleiter an, in den Büchereien das „antibolschewistische Schrifttum unter Verschuß“ zu halten. Eine Ausleihe könne nur dann erfolgen, wenn die Gewähr gegeben ist, daß damit „nicht in politisch unzumutbarer Weise verfahren wird“. BA, NS 22/1132.

⁸⁵ „Man fühlt sich wohl im Kampf“. Tagebuchschreiber Goebbels (IV): Der Hitler-Stalin-Pakt und die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs, zit. n.: Der Spiegel 46 (1992) 32, 3.8.1992, S. 61.

rückzuziehen oder sie sogar einstampfen zu lassen“. Es gehe nur darum, „krasse Fälle von Entgleisungen“ – es wurde leider nicht erläutert, was darunter zu verstehen war – zu vermeiden und „auffällige Werbung“ zu unterlassen. Etwas unbeholfen, fast salomonisch wurde geraten, dem deutschen Volk ein „Sowjet- und Rußlandschrifttum“ zu bieten, „das in der Erörterung sachlicher Probleme den politischen und welt[an]schaulichen Erfordernissen Rechnung trägt“⁸⁶. Rosenberg entschied gegen diesen Entwurf. Wahrscheinlich wußte auch er nicht, wie diese divergierenden Forderungen nach sachlicher Richtigkeit und gleichzeitiger politisch-weltanschaulicher Zweckerfüllung miteinander hätten verbunden werden können. Offensichtlich wollte er das bisherige Feindbild in keiner Weise aufgeben, aber ebensowenig gegen die von Hitler eingeschlagene Vertrags-Taktik verstoßen.

Als kurze Zeit später im gleichen Amt eine Übersicht über das Schrifttum des Jahres 1939 zur „Ost-raumkunde“ vorgelegt wurde, bewerteten deren Verfasser die Lage erneut als „nicht erfreulich“, wenn sie schrieben: „Die sicher nicht leichte Aufgabe der politischen Umstellung nach einem so einschneidenden Ereignis wie der deutsch-russischen Verständigung hätte besser gelöst werden können, wenn die Fundierung des vorangegangenen Schrifttums besser, das Tempo der Produktion nach der Neuorientierung weniger hastig gewesen wäre“. Früher erschienene Werke hätten sich die „damals gestellte Aufgabe häufig zu leicht“ gemacht und „die Zahl der Bücher, die außer einer dick aufgetragenen antibolschewistischen Tendenz nichts von Belang aufzuweisen hatten, war zu groß“⁸⁷. Heftige Kritik erfuhr in diesem Zusammenhang eine Neuerscheinung des Geographie-Professors und Publizisten Ewald Banse⁸⁸, weil sie trotz ihres vielversprechenden Titels zu wenig Zahlen- und Tatsachenmaterial „über Wirtschaft, Handel, Verkehr, Wehrmacht, Verwaltung, Landeskunde usw., ... also gerade aus den Gebieten, über die der Leser angesichts der deutsch-russischen Verständigung unterrichtet sein will“, bieten würde. Noch beklagenswerter schien dem Amt zu sein, daß der Autor durch eine „komplizierte Zerfaserung des russischen Wesens in rassen- und volkpsychologischer Hinsicht ... kein anschauliches Bild“ vermitteln könne. Zur Last wurde ihm aber nachdrücklich gelegt, daß er die „Judenproblematik“ nur an einer einzigen Stelle erwähnt habe⁸⁹. Dem Kritiker ging es in diesem Falle also zwar um die von anderen geforderte Zuverlässigkeit der Informationen über Rußland, gleichwohl aber auch um die Erarbeitung solcher Materialien, die die eigene rassenideologische Position überzeugungskräftiger erscheinen lassen konnten. Großes Lob galt dagegen einem Buch von Arthur Just, einem langjährigen Korrespondenten deutscher Zeitungen in Moskau, der sachlich und ohne erkennbare politische Tendenz über die Sowjetunion berichtet hatte⁹⁰.

Des antibolschewistischen Inhalts entleert, sah sich die nationalsozialistische Rußlandforschung in einer beinahe beklagenswerten Situation. Im Vordergrund stand die nunmehr hektisch einsetzende Sammlung von aussagekräftigen und zweckdienlichen Unterlagen in den unterschiedlichsten Einrichtungen des Parteiapparates. An eine gründliche Auswertung und Verarbeitung war kaum zu denken. Selbst einzelne Gauschulungsämter, z. B. das in Danzig, gingen dazu über, eigenständige „Mitteilungen über die Sowjet-Union“ zu publizieren⁹¹. Verwirrung und Verunsicherung zeigten sich nicht nur bei den „alten Kämpfern“, sondern auch auf der mittleren und unteren Ebene der Partei. Noch Mitte Juni 1941 empfahl das Gaupropagandaamt Oberdonau allen Parteirednern, bei der Behandlung der Sowjetunion „größte Zurückhaltung“ zu wahren. Man könne zwar über die fruchtbringenden Wirtschaftsbeziehungen sprechen, aber keinesfalls durften „Nationalsozialismus und Bolschewismus in Beziehung gebracht und verglichen“ werden⁹². Wie stark zudem traditionelle

⁸⁶ BA, NS 43/11, Bl. 6 f.

⁸⁷ Ebd., Bl. 337.

⁸⁸ Ewald Banse, Was Du von der Sowjetunion wissen mußt. Leipzig 1939.

⁸⁹ Brief Leibbrandt an Rosenberg, 16. 12. 1940. BA, NS 8/217, Bl. 139; NS 43/11, Bl. 333.

⁹⁰ Artur Just, Die Sowjetunion. Staat, Wirtschaft, Heer. Berlin 1940. Just log nach dem Zweiten Weltkrieg, als er behauptete, seine Bücher wären seit 1934 verboten gewesen. Siehe Artur W. Just, Rußland in Europa. Gedanken zum Ostproblem der abendländischen Welt. Stuttgart 1949, S. 11.

⁹¹ BA, NS 22/1042. Es fällt auf, daß diese Materialien nichts enthalten, was die spätere Präventivkriegsthese stützen könnte.

⁹² BA, NS 18/224, Bl. 7. Die Furcht vor diesem Vergleich taucht öfter auf. Siehe z. B. Heinz Zilcher, Politische Kräfte im ständischen Aufbau, in: NSMH 5 (1934), S. 1141–1144, wo es sogar heißt: „Einparteiensysteme bringen fast in jedem Fall die formal gleichen Probleme mit sich“ (S. 1144).

Auffassungen über die Notwendigkeit normaler und guter Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland nach dem Abschluß des Nichtangriffs-Paktes wieder hervortraten, illustriert das Erscheinen einer Broschüre von Bernhard Schwertfeger, die rasch mehrere Auflagen erlebte⁹³. Selbst im literaturwissenschaftlichen Bereich – eingebettet in eine neu einsetzende Dostojewski-Rezeption – kam es zu politischen Forderungen nach einem deutsch-sowjetischen Zusammengehen.⁹⁴

Nicht nur das nationalsozialistische Rußlandbild, sondern auch die in ihm seit 1939 unverkennbar divergierenden Tendenzen geben deutlich zu erkennen, mit welcher Arroganz und Selbstüberhebung, ja mit welchem sträflichen Leichtsinne – gemessen an der eigenen Zielsetzung – an die Vorbereitung des Überfalls herangegangen worden ist. Anhand dieser und anderer Beispiele kann festgestellt werden, daß nicht einmal in der Zeit von 1939 bis 1941 ein realitätsnahes nationalsozialistisches Rußlandbild vorhanden gewesen ist. Für den Plan „Barbarossa“ gab es eben auch in dieser Hinsicht denkbar ungünstige Voraussetzungen.

Daß und wie weit sich die führenden Kreise der NSDAP über diese Situation durchaus im klaren waren, geht u. a. aus der Feststellung Rosenbergs in einem Brief an Hermann Göring vom 5. Oktober 1940 hervor. Um ein günstiges Verhältnis zu diesem bemüht, berichtete er ihm über ein Gespräch, das er kurze Zeit zuvor mit Hitler zu seinen Forschungsergebnissen über „Staatssystem und Parteaufbau in der Sowjet-Union“ gehabt habe. Er übermittelte Göring sein Material mit der Bemerkung, daß hier „zum ersten Mal auf Grund langjähriger Arbeiten ein sachlich einwandfreies Bild vom Aufbau im Osten“ gegeben worden sei⁹⁵. Bei der Betonung der Erst- und Einmaligkeit seiner Arbeiten schwangen zwar verletzte Eitelkeit und Geltungssucht mit, dennoch traf die Charakterisierung des Materials durchaus zu⁹⁶.

Rosenbergs Aufgabe als Chefideologe der NSDAP war in dieser Zeit tatsächlich mehr als kompliziert. Er konnte nicht mit jener aalglatten, unbekümmerten Propaganda eines Goebbels der noch dazu einer seiner Intimfeinde in der Partei war, über die offensichtlichen Diskrepanzen zwischen dem „Russen-Vertrag“ und der nationalsozialistischen Weltanschauung hinweggehen. Als deren „Grals-hüter“ – so verstand er seine Rolle in der Partei – schob er in internen Beratungen und Schulungsveranstaltungen alle Probleme auf politisch-taktische Erfordernisse und auf das „Gesetz des Krieges“, unter dem alle stehen würden, was natürlich stimmte⁹⁷. Als er bereits Kenntnis von Hitlers Plänen zum Überfall auf die UdSSR hatte, versuchte er auf der Tagung der „Reichsarbeitsgemeinschaft für die Schulung der gesamten Bewegung“ vom 25. März 1941 zu erläutern, weshalb man sich in den dreißiger Jahren zwar schon „in eine gewisse Kreuzzugsstimmung hineingesteigert“, es jedoch für den eigentlichen „geschichtlichen Auftrag“, die Verhältnisse in Rußland zu ändern, noch keine ausreichenden Voraussetzungen gegeben habe. Inzwischen sei aber auch von den alten Parteimitgliedern begriffen worden, „daß die Selbsterhaltung des deutschen Raumes wichtiger war als diese vorgeschobene ideologische Stellung“ des Antibolschewismus. Er setzte an dieser Stelle seinen Ausführungen unmittelbar hinzu: „Vorläufig wurde in Behandlung dieser Frage auch ein Ausweg geschaffen, nämlich durch die Judenfrage“. Gleichzeitig forderte er jedoch mehr oder weniger dezent – ein Vierteljahr vor dem Überfall auf die UdSSR – die Schulungsleiter der Partei dazu auf, sie sollten in den nächsten Monaten „nüchtern beobachten“, wie die deutsche Berichterstattung über die Sowjetunion „im Abflauen begriffen“ sei⁹⁸.

⁹³ Bernhard Schwertfeger, Deutschland und Rußland im Wandel der europäischen Bündnisse. Hannover 1939.

⁹⁴ Siehe Friedrich Schulze-Maizier, Von Dostojewski zu Nietzsche, in: Wir und die Welt 2 (1940), 5. 30–34. Der Verf. verwies einleitend auf die „weltgeschichtliche Aktualität“ des Themas und darauf, daß „ein unbedingtes Zusammengehen mit Rußland“ erforderlich sei. Ebd., S. 30. Siehe Stefan Klessmann, Deutsche und amerikanische Erfahrungsmuster von Welt. Eine interdisziplinäre, kulturvergleichende Analyse im Spiegel der Dostojewskij-Rezeption zwischen 1900 und 1945. Regensburg 1980.

⁹⁵ BA, NS 8/167, Bl. 60.

⁹⁶ Rosenbergs Analyse stützte sich u. a. auch auf eine systematische, unter Eid sowie ohne „jede propagandistische Tendenz“ erfolgte Befragung von 3400 Rückkehrern, die seit 1937 die Sowjetunion verlassen hatten. BA, NS 8/217, Bl. 156.

⁹⁷ Ebd., NS 8/63, Bl. 187.

⁹⁸ Ebd., Bl. 169. Diese Formulierung strich er jedoch bei der späteren Überarbeitung des Manuskripts. Ebd., Bl. 180 f.

22. Juni 1941: Visionen und Euphorie

Nach dem 22. Juni 1941 schienen die Nachrichten vom raschen Vormarsch der deutschen Wehrmacht das Bild vom „Koloß auf tönernen Füßen“, das von der NSDAP-Führung unterschwellig auch nach 1939 verbreitet worden war, zu bestätigen. Dennoch hatte sich eine völlig neue Situation ergeben: Mit dem Überfall kam es gleichsam zu einer Nagelprobe für die Richtigkeit des nationalsozialistischen Rußlandbildes. Nun mußte sich in der militärischen Konfrontation mit den Völkern der UdSSR und in der Alltäglichkeit der faschistischen Okkupationspraxis erweisen, ob und in welchem Maße das Feindbild den Realitäten entsprach, ob die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Schlußfolgerungen aus diesem Bild erfolgsversprechend sein konnten oder nicht.

Parallel zum Kriegsverlauf dominierten zunächst weitgehend übereinstimmende Zielvorstellungen hinsichtlich der Angliederung und der „Germanisierung“ großer Teile des sowjetischen Territoriums. In ihnen war allenfalls noch an die weitere Existenz eines militärisch völlig bedeutungslosen Restes von Rußland hinter der Linie Archangelsk-Astrachan gedacht. Sehr rasch begann sich jedoch auch die Brüchigkeit solcher rußlandpolitischer Absichten herauszustellen. Dies führte zwar nicht zu einer grundsätzlichen Veränderung des nationalsozialistischen Rußlandbildes, wohl aber begannen in den Führungskreisen der NSDAP – im folgenden werden lediglich einige von ihnen exemplarisch und ohne jeden Anspruch auf parteigeschichtliche Vollständigkeit behandelt – die Auffassungen über Rußland immer weiter auseinanderzustreben. Alte Konflikte brachen erneut auf, und mit jedem Schritt in der deutschen Okkupationspolitik boten sich taktische Streitpunkte in Hülle und Fülle an.

Für Hitler – nun auf dem Höhepunkt seiner Laufbahn – war endgültig die Zeit angebrochen, in der die Geschichte selbst, die „Vorsehung“, einzig und allein sein Rußlandbild und alle seine ostpolitischen Auffassungen zu bestätigen schien. Erst recht ließ er jetzt nicht mehr den geringsten Zweifel an der Richtigkeit seines Konzepts zu. Mit seinen neuen und außerordentlich weitgreifenden Ideen und Planungen, von deren Ausmaß insbesondere seine Tischgespräche zeugen und die wohl am nachhaltigsten in den berüchtigten „Generalplan Ost“⁹⁹ Eingang fanden, strebte er allenfalls nach einer Konkretisierung seines Bildes von den Russen und von der zukünftigen Rolle ihres Landes unter einer deutschen „Führung“. Dabei galten seine „Monologe“ hauptsächlich der Forderung, daß die Völker des Ostens in erster Linie die Aufgabe hätten, „uns wirtschaftlich zu dienen“. Mit allen Mitteln sei „wirtschaftlich aus den besetzten russischen Gebieten herauszuholen, was sich herausholen lasse“. Er verneinte „jede Organisationsform für die unterworfenen Völker“. Diesen dürfe man auch keinen „Schulzwang verkünden“, ihre hygienischen Verhältnisse sollten nicht verbessert werden und ihre „Vermehrung“ sei strikt zu beeinträchtigen¹⁰⁰. In unüberbietbarem menschenfeindlichem Zynismus äußerte er sich zu allen Aspekten einer brutalen und hemmungslosen Kolonialisierung der besetzten Gebiete, wobei es sicher kein Zufall war, daß er immer wieder die britische Politik in Indien als nachahmenswertes Beispiel herausstellte.

Auch Robert Ley, Reichsorganisationsleiter der NSDAP und Chef der Deutschen Arbeitsfront, befand sich im Siegestaumel. Er schmiedete Zukunftspläne, die im Herbst 1941 Eingang in zwei Denkschriften („Raum formt Sozialpolitik“ und „Erwägungen zur Nutzung der eroberten Gebiete durch das deutsche Volk“) fanden. Seiner Position gemäß verflocht er die Eroberung und Ausbeutung Rußlands mit ausgesprochen sozialimperialistischen Forderungen: „Der Zug nach Osten muß mit einem unmittelbar fühlbaren sozialen Aufstieg verbunden sein“¹⁰¹. Martin Bormann und Hermann Göring unterstützen von den unterschiedlichen „Beuteplänen“¹⁰² die weitreichendsten, d. h.

⁹⁹ Siehe Dietrich Eichholtz, *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945*. Berlin-O. 1985, S. 430 ff.

¹⁰⁰ Henry Picker, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-1942*. Bonn 1951, S. 64 ff., 71 ff.; siehe auch Werner Jochmann (Hrsg.), *Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944*. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims. Hamburg 1980.

¹⁰¹ Zit. n. Ronald Smelser, *Robert Ley. Hitlers Mann an der „Arbeitsfront“*. Eine Biographie. Paderborn 1989, S. 259.

¹⁰² Jochen von Lang, *Der Sekretär. Martin Bormann: Der Mann, der Hitler beherrschte*. Unter Mitarbeit von Claus Sibyll. Herrsching 1990, S. 210.

jene, die Hitler in einer Beratung mit ihnen sowie mit Rosenberg, Lammers und Keitel am 16. Juli 1941 dahingehend formuliert hatte, daß es grundsätzlich darauf ankomme, „den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können“¹⁰³. Hitler suchte also das ihm lange schon vorschwebende Bild eines minderrassig besiedelten Koloniallandes in Realität umzusetzen.

Die Konzeption Rosenbergs wich davon anfänglich nur in Nuancen, später immer gravierender ab. Etwas differenzierter als Hitler sah er die Völkerschaften der UdSSR, und er wollte die deutsche Herrschaft über den eroberten „Lebensraum“ daher durch unterschiedliche Behandlung der einzelnen Völker erreichen, sichern und sukzessive ausbauen. Der Ukraine und in gewissem Maße auch Weißrußland – der Begriff Weißruthenien sollte Distanz zu Rußland schaffen, so wie mit der Bezeichnung Moskowien die Erinnerung an den Namen Rußland zu löschen beabsichtigt war¹⁰⁴ – gestand er ein formales Recht auf Selbstbestimmung zu, sofern diese bereit waren, eine deutsche Oberhoheit zu akzeptieren und mit der Besatzungsmacht zu kollaborieren. Aus seiner Sicht ließen sich die nationalen Unterschiede wie auch die offensichtlichen Fehler der sowjetischen Nationalitätenpolitik zu Deutschlands Gunsten ausnutzen. Das eigentliche Rußland sollte zurückgedrängt, verkleinert und indirekt unterjocht werden. Um eine „großrussische Wiedergeburt“ verhindern zu können, müsse man die „russische Apfelsine so in ihre verschiedenen Bestandteile aufteilen, wie sie die Natur an sich vorgezeichnet hat“¹⁰⁵.

Die deutschen Pläne für den Aufbau der Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten orientierten sich an dieser Konzeption. Allerdings durchkreuzte Hitler die weiterreichenden Orientierungen des Schemas der Reichs- und Generalkommissariate bewußt mit seinen strukturellen und personellen Entscheidungen. Hitler kannte selbstverständlich die Unterschiede zwischen seinen und Rosenbergs Auffassungen. Was ihn dennoch bewogen hat, Rosenberg zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete zu ernennen, kann hier nicht erörtert werden. Wahrscheinlich lagen die Unterschiede weniger im Bild von Rußland, das bei beiden in nahezu identischer Weise antislawisch gefärbt war, als vielmehr in den divergierenden Vorstellungen über die konkrete Gestaltung deutscher Rußlandpolitik unter den Bedingungen des Krieges und seines tatsächlichen Verlaufs, der ja in keiner Weise mit Hilfe des bisherigen Rußlandbildes der NSDAP erklärt werden konnte. Die größere Skrupellosigkeit Hitlers im pragmatischen Umgang mit der nationalsozialistischen „Weltanschauung“ gab den mitunter doch recht verquastenen Ideen und der verbohrtten Ideologie-Demonstration Rosenbergs in der Okkupations- und Ausplünderungspolitik keinen allzu großen Spielraum.

Rosenbergs Rußlandbild war in hohem Maße ein breit gefächertes historisches Bild. Nachdrücklich ordnete er den Rußlandfeldzug in eine 1600 jährige Geschichte deutscher Besiedelung und Beeinflussung slawischer Gebiete ein. Für ihn bedeutete der 22. Juni 1941 eine Revision und die historische Bewältigung des Rückzuges der Goten aus den südrussischen Gebieten im Jahre 375, verbunden mit der Möglichkeit, auch eine „Re-Christianisierung“ einzuleiten¹⁰⁶. Das Urrussentum, so verkündete er zwei Tage vor dem Überfall auf einer internen Beratung, habe Europa immer gehaßt. Mit der Revolution von 1917/18 sei die „europäische Tünche“ der sogenannten Petersburger Epoche in der russischen Geschichte abgewaschen worden. Daraus schlußfolgerte er, mit Hitler völlig übereinstimmend: „Wir führen ... heute nicht einen ‚Kreuzzug‘ gegen den Bolschewismus, allein um die ‚armen Russen‘ vor diesem Bolschewismus für alle Zeiten zu erretten, sondern um deutsche Weltpolitik zu treiben und das Deutsche Reich zu sichern. Wir wollen nicht nur das zeitweilige bolschewistische Problem lösen, sondern auch die Probleme, die über diese Zeiterscheinung hinausrei-

¹⁰³ Zit. n. Wolfgang Ruge, Wolfgang Schumann (Hrsg.), Gerhart Hass, Klaus Drobisch, Anke Wappler (Bearb.), Dokumente zur deutschen Geschichte 1939-1942. Berlin-O. 1977, S. 77.

¹⁰⁴ Im Ostministerium wurde eine „Vorläufige Sprachregelung über Begriffe des Ostens“ erarbeitet, die 35 Namen detailliert erläuterte und begründete. BA, R 6/206, Bl. 26 ff.; NS 8/66, Bl. 21 ff.

¹⁰⁵ BA, NS 8/64, Bl. 100.

¹⁰⁶ Ebd., Bl. 110. Solche „Revisions“-Bilder wurden von Rosenberg vielfach gebraucht: Die Schlacht von Tannenberg sei durch den Sieg über Polen, der Frieden von Münster bzw. der von Versailles durch den Sieg über Frankreich, die französische Revolution von 1789 durch den 30. Januar 1933 aufgehoben worden.

chen als eine Ursubstanz europäischer Geschichtsmächte. Demgemäß haben wir heute systematisch unsere zukünftige Haltung einzurichten. Ein Krieg mit dem Ziel, ein ungeteiltes Rußland zu errichten, scheidet deshalb aus. Stalin mit einem neuen Zaren zu vertauschen oder gar einen nationalistischen Führer einzusetzen in diesem Gebiete, das würde alle Energien erst recht einmal gegen uns mobilisieren. Anstelle dieser, bisher allerdings geläufigen Ideologie des einheitlichen Rußland tritt nunmehr eine gänzlich andere Konzeption der östlichen Frage¹⁰⁷. Den Kern dieser Konzeption erläuterte Rosenberg in einer Rede vor einem Schulungslehrgang aller Gliederungen der NSDAP am 27. Oktober 1941. Hier ließ er wissen, daß es sich im Osten praktisch um eine neue Regierung handele und nicht nur um eine Zivilverwaltung, und daß „wir ... nicht mehr aus diesem Raum herausgehen wollen“¹⁰⁸.

Diese Vorstellungen von einer riesigen und ertragreichen deutschen Kolonie im Osten waren so anmaßend und ungeheuerlich, daß der Reichspropagandaleiter der NSDAP, die Diskrepanz zwischen Realität und Propaganda erfassend, sich veranlaßt sah, in der nationalsozialistischen Propaganda alle „Ausführungen, Vorhersagen usw. über die künftige staatsrechtliche Gestaltung des heutigen Sowjet-Staates oder einzelner Teile und Gebiete desselben“ grundsätzlich zu untersagen. Außerdem sei jede Festlegung auf ein konkretes Ziel zu vermeiden. In „Aufklärungs- und Redner- Informationsmaterial“ der Reichspropagandaleitung der NSDAP ließ Goebbels im Sommer 1941 darüber hinaus verlauten, daß auch „keinerlei Ausführungen über das rohstoff- und ernährungspolitische Gebiet“ gemacht werden dürften. Er verbot ebenso alle Mitteilungen darüber, „was die Sowjet-Union auf diesem oder jenem Gebiet erzeugt hat, wie auch Mutmaßungen, daß Deutschland nach der Besetzung gewisser Gebietsteile auf diesem oder jenem rohstoff- und ernährungspolitischen Gebiet nun eine Entlastung erfahren wird. Solche Ausführungen würden nur zu unbegründeten Hoffnungen und damit zu späteren Enttäuschungen führen“¹⁰⁹. Erst ein knappes Jahr später, im Hochgefühl der anscheinend erfolgreichen Sommeroffensive des Jahres 1942, hielt es Goebbels für angebracht, jene bekannte Erklärung von sich zu geben, wonach es sich im Kampf gegen Rußland um einen „Krieg für Getreide und Brot, für einen voll gedeckten Frühstücks-, Mittagsund Abendtisch, ... um Rohstoffe, um Gummi, um Eisen und Erze“ handele¹¹⁰. Hiermit wurde das zunächst verhüllte Bild der Sowjetunion als Kornkammer und Rohstoffquelle Deutschland öffentlich zur Schau gestellt.

In den Orientierungen führender NSDAP-Politiker für die Partei unmittelbar nach dem 22. Juni 1941 scheint mitunter eine gewisse Unsicherheit durch. Offensichtlich sah man sich veranlaßt, das überkommene nationalsozialistische Rußlandbild noch stärker als bisher zu verbreiten – sowohl in der weltanschaulichen Schulung als auch in der Propaganda – und seinen Realitätsgehalt zu betonen. In diesem Sinne formulierte Goebbels am Beginn des Rußlandfeldzuges zunächst als entscheidendes Motto: „Führer befiehl, wir folgen“. Er bestimmte ferner, dabei hauptsächlich vier Argumentationslinien zu verfolgen: Abrechnung mit den Moskauer Verrätern, Krieg im Osten als Teil des großen deutschen Freiheitskampfes, Glaube an den Endsieg, Dankbarkeit für den Führer¹¹¹. Allerdings sollten nach seiner Vorstellung lediglich Mitgliederversammlungen in den Ortsgruppen der Partei durchgeführt und keine öffentlichen Veranstaltungen geplant werden; letzteres mit der „Begründung“, daß dafür die Jahreszeit ungeeignet sei¹¹².

Feldpostbriefe und Parteischulung für den Krieg gegen die „Untermenschen“

Die Tatsache, daß einerseits die Vorstellungen der Öffentlichkeit mit dem nationalsozialistischen Rußlandbild weitgehend übereinstimmten, die es akzeptierte und dem eigenen Verhalten zugrunde legte, daß aber andererseits die Wirksamkeit dieses Bildes unter der deutschen Bevölkerung von einzelnen NSDAP-Führern als noch nicht eindringlich genug eingeschätzt wurde, läßt sich nicht zuletzt am Beispiel der zahlreichen Feldpostbrief-Aktionen erkennen, die fast alle Dienststellen der

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ BA, NS 8/64, Bl. 99, 103.

¹⁰⁹ Ebd., NS 18/38, Bl. 3.

¹¹⁰ Siehe dazu u. a. Ralf Georg Reuth, Goebbels. München 1990, S. 504.

¹¹¹ BA, NS 18/38, Bl. 4 ff.

¹¹² Ebd., Bl. 6.

Partei und ihrer Gliederungen zum Thema „Die Wahrheit über die Sowjetunion“ zu organisieren hatten. Im Goebbels-Ministerium begann man bereits im August 1941 mit der Erarbeitung einer Broschüre, die im Dezember von Wolfgang Diewerge unter dem Titel „Deutsche Soldaten sehen die Sowjetunion – Feldpostbriefe aus dem Osten“ herausgegeben wurde¹¹³. Dem Ansinnen der Reichspropagandaleitung der NSDAP, eine Auflage in Höhe von drei Millionen Exemplaren zu verbreiten¹¹⁴, standen allerdings Papierknappheit und Transportschwierigkeiten entgegen, so daß sich die Gauleiter häufig beklagten, über dieses Material leider nicht verfügen zu können und sich zur Herausgabe eigener Materialien veranlaßt sahen¹¹⁵.

Goebbels verfolgte die Erarbeitung der Diewerge-Broschüre mit besonderer Aufmerksamkeit. Er legte größten Wert auf die Berücksichtigung von Briefen mit „grauenhaftem Inhalt“, ja er empfahl sogar, „einzelne Briefe ineinander“ zu verarbeiten¹¹⁶, um den gewünschten Effekt erreichen zu können. In seinem Hause wurde auch von der Forderung gesprochen, die offiziellen Feldpostparolen der NSDAP an alle Schriftleitungen der sogenannten Feldzeitungen zu übermitteln. Dabei verdient hier weniger diese Tatsache selbst als vielmehr ihre Begründung Beachtung: „Erfahrungsgemäß neigen viele Menschen dazu, das, was sie vor kurzem in der Zeitung gelesen haben, als eigene Meinung mündlich oder schriftlich von sich zu geben“. Außerdem ging man davon aus, daß „ermutigende Feldpostbriefe wahre Wunder bei einer Stimmungsflaute in der Heimat erwirken“ könnten¹¹⁷.

Das nationalsozialistische Rußlandbild der ersten Monate des Krieges zeigte das „Sowjetparadies“ in den schwärzesten Farben. Der Rassismus setzte sich endgültig als ein bestimmendes Element durch, wobei dem Thema der Rassenmischung immer stärkeres Gewicht beigemessen wurde. Der „Völkische Beobachter“ hatte dazu einen wesentlichen Anstoß gegeben, als er verkündete, daß es „Russen im eigentlichen Sinne“ nicht mehr gebe: „In der knappen Zeitspanne eines Vierteljahrhunderts hat ein Riesenvolk buchstäblich sein Gesicht verloren und sich aus einer kräftigen, innerlich und äußerlich gesunden Bauernnation in eine graue, körperlich verkümmerte und seelisch verstumpfte, verkrampfte Masse verwandelt“. Aus der politischen Retorte sei mit dem „Sowjetmenschen“ eine neue Rasse entstanden¹¹⁸. Rosenberg zeichnete das Bild des durch Rassenmischung plus Fortschritt gefährlich und minderwertig gewordenen Sowjetmenschen. Deutschland stehe „die Steppe plus Slawe plus europäischer Technik gegenüber, der berittene Mongole und der motorisierte Untermensch“¹¹⁹. Das Hauptschulungsamt der NSDAP verbreitete 1941/42 mehrere Schulungsunterlagen zum Thema „Der Schicksalskampf im Osten!“, die diese Sicht in die gesamte Geschichte der Russen zu projizieren versuchten¹²⁰. Einer ihrer Verfasser, Wilhelm Feldner, behandelte den Osten ganz und gar als „Nährboden und Ausfallstor des Untermenschentums“¹²¹. Von hier sei stets „Unheil“ ausgegangen¹²². Allein aus der russischen Literatur sei erkennbar, welch großen Raum „das Kriminelle in der

¹¹³ Ebd., R 55/1308; NS 18/451 (unpag.).

¹¹⁴ Ebd., NS 18/101.

¹¹⁵ Ebd. Als ein besonders übles Machwerk ist zu nennen Friedrich Didier (Bearb.), Ich sah den Bolschewismus. Dokumente der Wahrheit gegen die bolschewistische Lüge. Thüringer Soldaten schreiben an ihren Gauleiter und Reichsstatthalter. Weimar 1942.

¹¹⁶ Brief Berndt (nach dessen Beratung mit Gutterer und Goebbels) an Diewerge, 17.10.1941. BA, R 55/1308, Bl. 186.

¹¹⁷ Brief des Abteilungsleiters Propaganda an Goebbels, 25.8.1941. Ebd., NS 18/451 (unpag.).

¹¹⁸ Brief des Abteilungsleiters Propaganda an Goebbels, 25.8. 1941. Ebd., NS 18/451 (unpag.).

¹¹⁹ BA, NS 8/64, Bl. 98: In seiner Rede „Die große Stunde des Ostens“, 18.12.1941, verstieg er sich zur Aussage: „Der Sowjetmensch ist tatsächlich aufgetreten als Sowjetuntermensch“. Ebd., R 6/37, Bl. 44.

¹²⁰ Unter diesem Titel erschienen Wilhelm Feldner, Der Osten als Nährboden und Ausfallstor des Untermenschentums in der Vergangenheit (Schulungs-Unterlage Nr. 12); Friedrich Lange, Der Deutsche Anteil am Aufbau des Zarenreiches (Schulungs-Unterlage Nr. 13); Helmuth Moser, Wir brechen den Osten für Europa auf (Schulungs-Unterlage Nr. 14); siehe ferner Wolfgang von Franqué, Was wir vom Reich der Waräger wissen (Schulungs-Unterlage Nr. 16); Die von Karl Kieckbusch verfaßte Schulungs-Unterlage Nr. 9: Dieser Krieg ist ein weltanschaulicher Krieg, wurde in überarbeiteter Form auch vom Reichsführer SS, SS-Hauptamt IV herausgegeben, wobei vor allem auf 7 zusätzlichen Druckseiten der Antiplutokratismus und der Antiamerikanismus stärker hervorgehoben wurden.

¹²¹ Gegen Feldner erhob das Amt Rosenberg, als „Beauftragter des Führers einige Bedenken. Siehe Der Schicksalskampf im Osten. Kurzthemen (Schulungs-Unterlage Nr. 15), S. 23 f.

¹²² Feldner, Der Osten, S. 3.

Darstellung des russischen Menschen“ einnehme und daß in der UdSSR das Untermenschentum „zum gesellschaftlichen Prinzip erhoben worden sei“¹²³. Es gehe nicht nur um den „wirtschaftlichen Nutzungsraum“, sondern auch – und das sogar „in einem viel tieferen Sinn“ – um einen „vitalen Wert“: der russische Raum könne für die Deutschen „Leben oder Tod sein, je nachdem, ob wir ihn beherrschen“¹²⁴.

Dieses Rußlandbild besaß für die deutschen Soldaten an der Ostfront einen gewissen Realitätsgehalt. Was sie in den eroberten Gebieten selbst in Augenschein nahmen, erschien ihnen als Bestätigung der Aussagen über Chaos, Elend, Not und äußerst bescheidene Lebensweise. In zahlreichen Feldpostbriefen wurde von den jüdisch-bolschewistischen „Untermenschen“ und „Bestien“ gesprochen¹²⁵. Ein flämischer Soldat stellte sogar die Frage, wann die 170 Millionen Russen „wieder zu Menschen gemacht werden können“¹²⁶. Daß man sich darüber in der NSDAP keine Sorgen machte – das Gegenteil war der Fall –, ließ ein NSDAP-Kreisobmann aus dem schlesischen Pless erkennen, wenn er schrieb: „Ich sehe jedenfalls ein unterernährtes rachitisches Russenkind lieber, als ein gut genährtes gesundes, vollbusiges Russenweib“¹²⁷.

Um ja nicht den leisesten Zweifel an der Wirklichkeitstreue des parteiamtlichen Rußlandbildes: „Angehöriger der Ostvölker = Bolschewist = Bestie“¹²⁸ aufkommen zu lassen, trieb auch die deutsche Kulturpolitik einige seltsame Blüten. Da wurde die Aufführung von Musikwerken russischer Komponisten verboten und durften keine Stücke russischer Autoren an deutschen Bühnen gespielt werden. Nach der Schlacht von Stalingrad wurde sogar untersagt, Stücke deutscher Verfasser mit russischen Stoffen aufzuführen. Bereits 1941 mußte bei der Suppé-Operette „Fatinitza“ der russische Handlungsort in einen bulgarischen geändert werden. Vor einer Veränderung der Lortzing-Oper „Zar und Zimmermann“ machte man immerhin – nach längerem Nachdenken – halt¹²⁹. Nachdrücklich wurde davor gewarnt, „daß unter dem Einfluß sowjetischer Arbeitskräfte in der Heimat oder in den besetzten Ostgebieten die Russenbluse große Mode wird oder die Kaffeehauskapellen drei Jahre lang das Wolgalied spielen“¹³⁰.

Vage Versuche: „Helfer, nicht Heloten“!

Im weiteren Verlauf des Krieges gegen die UdSSR bekam das von der NSDAP-Führung entworfene und verbreitete Rußlandbild zunehmend Risse. Die sich verändernde Kriegslage erzwang Anpassun-

¹²³ Ebd., S. 8 ff.

¹²⁴ Ebd., S. 3.

¹²⁵ Stellvertretend aus der Fülle der Literatur zu diesem Thema Ortwin Buchbender, Reinhold Sterz (Hrsg.), Das andere Gesicht des Krieges. Deutsche Feldpostbriefe 1939-1945. München 1982. Detlef Vogel, Der Kriegsalltag im Spiegel von Feldpostbriefen (1939-1945), in: Wolfram Wette (Hrsg.), Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten. München, Zürich 1992, S. 199-212. In allgemeinerem Sinne dazu Hans Joachim Schröder, Erfahrungen deutscher Mannschaftssoldaten während der ersten Phase des Rußlandkrieges, in: Bernd Wegner (Hrsg.), Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt zum „Unternehmen Barbarossa“. München, Zürich 1991, S. 309-325.

¹²⁶ Europas Soldaten berichten über die Sowjetunion. o. O. 1942, S. 58.

¹²⁷ Zit. n. Vorlage Tiessler für Goebbels. BA, NS 18/139, Bl. 2. Aus der Vorlage geht auch hervor, daß der Brief von der NSDAP-Gauleitung Oberschlesien an die Parteikanzlei und von dieser an die Reichspropagandaleitung jeweils mit der Bitte um Stellungnahme übermittelt worden war. Offensichtlich handelte es sich in solchen Fällen auch um Versuche, die eigene rußlandpolitische Position mit Hilfe solcher Aussagen aus den unteren Rängen der Partei zu bekräftigen. So griffen z. B. sowohl die Parteikanzlei als auch die Reichspropagandaleitung einen Brief für ihre Überlegungen zum Thema „Propaganda und Wirklichkeit“ auf, den der als Feldwebel im Donezgebiet eingesetzte Kreisleiter Kurt Koltermann im Herbst 1941 (undatiert) an die Gauleitung Mark Brandenburg geschrieben hatte und in dem es hieß: „Die heimatliche Propaganda hat meines Erachtens Anfang Oktober etwas zu weit und zu stark ins Horn gestoßen. Ich fürchte, daß Sie in den nächsten Monaten in Ihrer Parteiarbeit durch zu früh geweckte Hoffnungen sehr stark belastet sein werden ... Viel Vertrauen kann durch solche Propaganda erschüttert werden. BA, NS 18/170.

¹²⁸ So lautete die Bezeichnung in der Rückschau eines Mitarbeiters der NSDAP-Parteikanzlei. Brief Tiessler an Goebbels, 29.4.1943. BA, NS 18/303 (unpag.).

¹²⁹ Brief Bormann an Hadamowski, 29.8.1941. Ebd. und Aktennotiz für Tiessler, 14.9.1943. Ebd., NS 18/305 (unpag.).

¹³⁰ Friedrich Lange, Deutsche Volksgeschichte. Deutsches Raumdenken. Berlin 1943, S. 126.

gen der Besatzungspolitik an die Realität, die immer weniger dem parteiamtlichen Rußlandbild entsprach¹³¹. Den schlichten rußlandpolitischen Negativ-Klischees stand die militärische Realität, standen neue Erfahrungen vieler Deutscher im Umgang mit sowjetischen Kriegsgefangenen und mit den nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeitern gegenüber. Bereits im Frühjahr 1942 stellte ein führender Mitarbeiter der Reichspropagandaleitung der NSDAP in einem Brief an Goebbels fest, es seien in diesem Kriege „die Russen in jeder Hinsicht unterschätzt“ worden¹³². In direkter Abhängigkeit von den Höhen und Tiefen des Kriegsverlaufes entfaltete sich in der NSDAP ein neuer Streit darüber, wo die Ursachen des militärischen Desasters, wo und welche Auswege zu suchen seien. Mehr und mehr wurde dabei nicht allein das ideologisch präformierte parteioffizielle Rußlandbild an den Realitäten gemessen und in seinem Aussagewert in Frage gestellt. „Wissenschaftliche“ Debatten mußten in der Partei „wieder zugelassen werden“, verkündete sogar Rosenberg in öffentlichen Veranstaltungen und in einer Rede, die er offensichtlich als Pendant zu der von ihm stark kritisierten Sportpalast-Rede des Propaganda-Ministers verstanden wissen wollte¹³³. Über ein Jahr später plädierte er sogar für eine „Neubearbeitung aller bisherigen Grundlagen“ der Ostforschung, obwohl er selbst nicht lernfähig war. Hieß es doch einschränkend: „In allem Wesentlichen hat der Nationalsozialismus die bolschewistische Gefahr in ihrer jüdischen Führung und in ihrer ganzen brutalen Minderwertigkeit vollkommen richtig erkannt, er hat deshalb erst recht die Pflicht, diese ganze satanische ‚Weltanschauung‘ auf Grund der neuen Unterlagen noch einmal zu überprüfen, die Äußerungen unserer Gegner zu ergänzen und das Bild immer vollständiger zu machen, um niemals bei einer rein oberflächlichen Darstellung stehen zu bleiben, sich aber auch nicht etwa durch die eine oder andere spezielle Erscheinung unsicher machen zu lassen. In neuer Form tritt die Wildheit der Steppe uns entgegen, ein pervertierter Neu-Messianismus des Ostens, in Auswertung primitiver Heimatgefühle ein hochgezüchteter Fanatismus“¹³⁴. Im Prinzip ging es also darum, ein detailliertes Feindbild vor bekanntem ideologischen Hintergrund zu erhalten, um auf diese Art den Gegner besser kalkulieren zu können. Letztlich brach ein rußlandpolitischer Streit aus, der sich vor allem in dem bekannten „Denkschriftenkrieg“¹³⁵ niederschlug. Er galt vor allem der Frage, ob man die Russen nicht doch besser als „Helfer“, denn als „Heloten“¹³⁶ zu betrachten und zu nutzen habe. Zugleich hieß es etwas resignativ und ohne jeden Blick in die tatsächlichen Verhältnisse der Ostarbeiter-Lager und in die Praxis der Kriegführung auf sowjetischem Boden, daß leider kein „großer geistiger Propagandaaufmarsch im Kampf um die Seele der Russen“ erfolge. Im Gegensatz zu diesem Erfordernis sei der sowjetischen Propaganda immer wieder Anlaß geboten worden, für sich die in Deutschland auch offiziell verbreitete These auszunutzen, „daß wir die Russen zu Kolonialsklaven degradieren wollen“¹³⁷. In ähnlicher Weise wurden die Unzulänglichkeiten und Widersprüchlichkeiten der geistigen

¹³¹ Siehe dazu Rolf-Dieter Müller, Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS. Frankfurt/M. 1991, S. 43 ff.

¹³² Brief Haegert an Goebbels, 13.4.1942. BA, NS 18/224 (unpag.).

¹³³ Stenographische Niederschrift der Rede des Reichsleiters Reichsminister Alfred Rosenberg am 27. Februar 1943 im Hygienemuseum zu Dresden. Ebd., NS 8/67, Bl. 71.

¹³⁴ Ebd., NS 8/69, Bl. 109.

¹³⁵ Siehe Alexander Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland. Eine Studie über Besatzungspolitik. Düsseldorf 1958. Da es im Dritten Reich keine Möglichkeit einer Veröffentlichung abweichender Meinungen gab, wurde innerhalb des nationalsozialistischen Herrschaftsapparates häufig von Denkschriften Gebrauch gemacht. Der Begriff spiegelt Umfang und Heftigkeit der Auseinandersetzungen um die deutsche Okkupations- und Ausplünderungspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten. Die Denkschriften, die aus dem Jahre 1944 stammen, galten häufig den künftig einzuschlagenden Wegen bei einer „Wieder- und Neubesetzung der Räume des Ostens“. Siehe z.B. die Denkschrift „Der europäische Osten unter deutscher Führung“ von Senator von Allwörden vom 19.5.1944. BA, R 6/223, Bl. 2.

¹³⁶ Dies war der Tenor eines Vorschlags für eine neue Publikation des Ostministeriums. Siehe BA, R 6/505, Bl. 4. Die Forderung, daß man „die Russen nicht zu einem Helotendasein und zu staatlicher Zersplitterung verurteilen“ dürfe, ging bereits aus der Denkschrift von Richard Riedl an Hans-Heinrich Lammers vom März 1943 hervor, in: Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion (1941-1944). Berlin 1991, S. 406-408. Ausführlich dazu Dietrich Eichholtz, Wege zur Entbolschewisierung und Entrussung des Ost- raumes. Empfehlungen des IG-Farben-Konzerns für Hitler im Frühjahr 1943, in: Jahrbuch für Wirtschaftsge- schichte T. II (1970), S. 13-44.

¹³⁷ Brief Haegert an Goebbels.

Kriegführung auch innerhalb des NSDAP-Führungsapparates auf oberer und mittlerer Ebene empfunden.

Die einzelnen Antworten und Lösungsvorschläge lassen ein breites Spektrum innerhalb des sich modifizierenden nationalsozialistischen Rußlandbildes erkennen. Unbeeinflusst und starr blieben Hitler, Bormann¹³⁸, Ley¹³⁹, ferner Fritz Sauckel, thüringischer Gauleiter und seit März 1942 Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, und vor allem der ostpreußische Gauleiter Erich Koch, den Hitler zum Reichskommissar für die Ukraine ernannt hatte¹⁴⁰. Sie beharrten auf dem Kurs einer totalen Ausplünderung der besetzten Ostgebiete, der nicht allein aus kriegswirtschaftlichen Erwägungen resultierte, sondern sich auch aus ihrem rassistischen Konzept zur Verdrängung und Ausrottung großer Teile der sowjetischen Bevölkerung ergab.

Rosenberg stand zwar ideologisch noch völlig im Banne dieses Kurses, zumal er ihn als Reichsminister für die besetzten Ostgebiete tatkräftig durchzusetzen bemüht war¹⁴¹. Es machte ihm allerdings die wachsende Erfolglosigkeit der deutschen Okkupationspolitik sehr zu schaffen. Ferner sah er sich innerhalb seines Apparates einem wachsenden Druck zahlreicher Mitarbeiter gegenüber¹⁴². Diese stießen sozusagen vor Ort und in ihrer täglichen Arbeit auf die Unzulänglichkeiten und Widersprüchlichkeiten der NS-Ostpolitik und des ihr zugrunde liegenden Rußlandbildes. Ihre Vorschläge zur Bewältigung der sich besonders im zweiten Halbjahr 1942 zuspitzenden Probleme verließen in der Regel keineswegs den vorgegebenen Rahmen. Dazu gehörte beispielsweise der Wunsch, daß sich Rosenberg analog zu Sauckel zu einem „Reichskommissar für die geistige Kriegführung“ mit den entsprechenden Vollmachten berufen lassen solle¹⁴³. Von der groß angelegten, insgesamt jedoch erfolglosen „Osttagung der deutschen Wissenschaft“ ging im März 1942 auch nur der Vorschlag aus einen zentralen Reichsrat für Ostforschung zu schaffen. Dieser Gedanke reduzierte sich am Ende auf die Einrichtung einer entsprechenden Abteilung im Ostministerium¹⁴⁴. Den Propaganda-Verantwortlichen der NSDAP fiel ebenso nichts Besseres als die Forderung nach einer

¹³⁸ In den überlieferten Aktenbeständen sowohl des Stabes des Stellvertreters des Führers als auch der Parteikanzlei gibt es kaum entsprechende Materialien. Nach dem Urteil v. Langs besaß Bormann kein eigenes Rußlandbild, sondern nahm lediglich als Übermittler und Interpret Hitlerscher Vorstellungen sowie mit seiner Personalpolitik Einfluß auf die deutsche Politik gegenüber der UdSSR. v. Lang, Der Sekretär, S. 210 ff. Bormann verschaffte sich jedoch selbst 1942 durch die ausführlichen Berichte seines Beauftragten im sogenannten Auskäm-Stab des Oberkommandos der Wehrmacht, Albert Hoffmann, einen Eindruck von der Situation und der Stimmung innerhalb des deutschen Besatzungsapparates, BA, NS 6/795.

¹³⁹ Nach der Niederlage von Stalingrad brachte Ley erneut seinen fanatischen Haß gegen den Bolschewismus zum Ausdruck. Siehe Smelser, Robert Ley, S. 257.

¹⁴⁰ In seiner berüchtigten Kiewer Rede vom 5.3.1943 sprach Koch weiter vom „slawischen Untermenschen“ und erklärte: „Wir sind das Herrenvolk und müssen hart aber gerecht regieren. Ich werde das Letzte aus diesem Lande herausholen. – Ich bin nicht gekommen, um Segen zu spenden, ich bin gekommen, um dem Führer zu helfen ... Nun regen sich einige Leute auf, daß die Bevölkerung vielleicht nicht genug zu essen kriegt. Das kann die Bevölkerung nicht verlangen ... Wir sind wahrlich nicht hierher gekommen, um Manna zu streuen, wir sind hierher gekommen, um die Voraussetzungen des Sieges zu schaffen. Wir sind ein Herrenvolk, das bedenken muß, daß der geringste deutsche Arbeiter rassistisch und biologisch tausendmal wertvoller ist als die hiesige Bevölkerung“, zit. n. Wolfgang Michalka (Hrsg.), Das Dritte Reich. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Bd. 2. München 1985, S. 214.

¹⁴¹ Rosenberg gelangte angesichts der verstärkt auftretenden Schwierigkeiten lediglich zu dem „Entschluß, den Kampf bis zu Ende zu führen ...“. Alfred Rosenberg, Der Weltkampf und die Weltrevolution unserer Zeit. Rede von Reichsleiter und Reichsminister Rosenberg auf der 2. Tagung der Union Nationaler Journalistenverbände in Wien am 22. Juni 1943. München 1943, S. 15.

¹⁴² Offensichtlich ließ Rosenberg seinen Mitarbeitern tatsächlich Spielraum zu ungewöhnlichen Meinungsäußerungen in internen Beratungen. So griff er am 4.3.1943 nur sacht ein, als in seiner Anwesenheit sogar „die andauernde Herausstellung des Führers“ kritisiert und dem „Völkischen Beobachter“ jegliches Format abgesprochen wurde. Siehe Stichwort-Protokoll über die Amtsleiter-besprechung mit dem Reichsleiter Rosenberg am 4.3.1943. BA, NS 8/131, Bl. 3 ff. Zum Verhältnis zwischen Rosenberg und seinen Mitarbeitern siehe Gerald Reitlinger, Ein Haus auf Sand gebaut. Hitlers Gewaltpolitik in Rußland 1941-1944. Hamburg 1962, S. 162 ff. Siehe auch Otto Bräutigam, Überblick über die besetzten Ostgebiete während des 2. Weltkrieges. Tübingen 1954.

¹⁴³ Ebd., NS 8/241, Bl. 72.

¹⁴⁴ Ebd., NS 8/241. Siehe den Beitrag von Gabriele Camphausen in diesem Band; Karen Schönwälder, Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften, in: Forum Wissenschaft (1985) 2, S. 28-30.

einheitlichen Zusammenfassung der deutschen Rußlandpropaganda ein. Dies führte aber lediglich zu einer Unterstellung betreffender Abteilungen aus dem Rosenbergschen Ostministerium unter das Goebbels-Ministerium¹⁴⁵.

Wie so häufig wurde eine der wesentlichsten Veränderungen inhaltlicher Positionen des Rußlandbildes auf dem Umweg einer in der NSDAP-Führung erbittert ausgetragenen Debatte über Erfordernisse der Propaganda eingeleitet. Für diesen Streit, der Ende 1942 im Zusammenhang mit der absehbaren Niederlage in der Schlacht um Stalingrad entbrannte, bot sich das „Vorfeld“ der Propaganda auch deshalb an, weil sich alle Beteiligten direkt auf Hitler berufen wollten und diesen gleichzeitig – auch um dessen und damit generell auch die eigene Autorität nicht zu beschädigen – unbeteiligt sein lassen konnten. Der Vorgang war aufschlußreich und soll daher hier etwas ausführlicher behandelt werden, sozusagen stellvertretend für analoge Erscheinungen im Apparat der NSDAP.

In enger Verbindung mit einigen Mitarbeitern des Ostministeriums bereitete die Reichspropagandaleitung der NSDAP seit Ende 1942 eine „Proklamation an die Ostvölker“ vor, in der vor allem verkündet werden sollte, daß sich Deutschland für eine „Gleichberechtigung der Ostvölker in der europäischen Völkerfamilie“ einsetzen würde. Gegenüber dem parteioffiziellen Bild von den rassistisch minderwertigen, friedensgefährdenden und jüdisch-bolschewistisch verseuchten Russen hätte eine solche Gleichberechtigungs-Erklärung einen tiefen inhaltlichen Einschnitt bedeutet, selbst wenn einige der Beteiligten lediglich die Diffamierung einzelner Ostvölker aufheben wollten und dies mit der Erklärung verknüpften, daß die Russen – also nicht nur die Bolschewisten – die für Deutschland „rassistisch wertvollen Hilfsvölker“ unterjochen würden. Die geplante Proklamation wurde als eine Möglichkeit betrachtet, den Krieg stärker als eine gesamteuropäische Aufgabe gegen den Bolschewismus darzustellen.

Insofern ging es keineswegs um vordergründig-taktische Fragen, ging es nicht um die Bewertung der nationalsozialistischen Propaganda als richtig oder als ihre Zwecke verfehlend. Weltanschauung und Ideologie der NSDAP standen zur Debatte, unabhängig davon, ob dies den Beteiligten bewußt war oder nicht. Die Verfechter der neuen Linie, die in dieser Hinsicht durchaus mit Goebbels übereinstimmten, wollten Hitler dazu bringen, einige Grundgedanken der beabsichtigten Ostproklamation in seine Rede zum 10. Jahrestag der Machtergreifung hineinzunehmen. Eugen Hadamowsky, Stabsleiter in der Reichspropagandaleitung, verlangte von Goebbels, wenigstens „zu verhindern, daß sich in der Führerproklamation zum 30. Januar negative Erklärungen finden, die die Ostvölker verletzen und degradieren“. Konkret erläuterte er, es dürfe nicht länger „von Sumpfmenschen, Barbaren, Bestien und Kolonialpolitik geredet werden“. Hadamowsky wollte aber noch mehr erreichen: „Wenn über die Vermeidung negativer Äußerungen hinaus ein positiver Satz in der Führerproklamation zum 30. Januar gesagt werden kann, so wäre dies ein weiterer Fortschritt und eine Vorbereitung der künftigen Proklamation an die Ostvölker“. Etwas sibyllinisch riet er dazu, daß sich die notwendige Propaganda zur Vorbereitung und zur Verbreitung der Ostproklamation „dann an dieses Führerwort vorläufig anhängen“ könne¹⁴⁶.

Hadamowsky hatte auch im Auge, dem „mystischen Begriff Europa“ einen konkreten und der Kriegssituation angemessenen Inhalt zu geben. Obwohl dies nahezu illusionär bleiben mußte, übte er scharfe Kritik an der von Rosenberg zu verantwortenden Schulung der „im Osten eingesetzten Parteigenossen“. Diesen würden lediglich „die Formeln einer brutal-zynischen, ausbeuterischen Kolonialpolitik eingehämmert, ohne sie zu lehren, das Gesicht zu wahren ...“. Die Haltung der deutschen Führungsschicht im Osten müsse aber „grundsätzlich umgestellt werden“, was nicht früh genug erfolgen könne¹⁴⁷.

Die Hoffnungen auf Hitler und dessen Rede zum 10. Jahrestag der Machtübernahme erwiesen sich als vergeblich: „Entweder es siegen Deutschland, die deutsche Wehrmacht und die mit uns verbündeten Länder und damit Europa, oder es bricht von Osten her die innerasiatisch-bolschewistische

¹⁴⁵ BA, R6/85.

¹⁴⁶ Geh. Vorlage Hadamowsky für Goebbels, 27.1.1943, S. 1 f. Ebd., NS 18/417 (unpag.).

¹⁴⁷ Ebd., S. 2.

Welle über den ältesten Kulturkontinent herein, genauso zerstörend und vernichtend wie dies in Rußland selbst schon der Fall war“¹⁴⁸. Auf einer NSDAP-Gauleitertagung kam es sogar noch schlimmer. Hier bewertete Hitler die sowjetischen Soldaten ganz im Stile der „Bestien“-Kampagne als „Halbaffen auf Panzern“¹⁴⁹. Dennoch ließ sich die Reichspropagandaleitung nicht davon abhalten, ein geheimes Rundschreiben an alle Reichsleiter, Gauleiter und Gaupropagandaleiter mit den von Hadamowsky ausgearbeiteten inhaltlichen Orientierungen für die vorbereitete Ostproklamation zu versenden¹⁵⁰. Selbst die Parteikanzlei, von der am ehesten Widerstand zu erwarten gewesen wäre, sprach sich nicht gegen die geplante Ostproklamation aus. Sie verbot lediglich – allerdings in sehr vage gehaltenen Worten – die Anwendung dieser Proklamation im Generalgouvernement. Mit deren Inhalten übereinstimmend erklärte sie, auch hier müsse die „Gleichstellung des Polentums mit den Juden auf Grund der alten Denunziationsformel: Pole gleich Jude, ausgeschaltet werden“¹⁵¹,

Die Kunst einer nach Veränderungen drängenden, mit den offiziellen Ideologie-Postulaten nicht konformen Politik hat in diesem Falle offensichtlich nur darin bestanden, das beabsichtigte eigene Ziel mit entsprechenden und im Rahmen des Regimes vertretbaren Interpretationen zu begründen. Eine grundsätzliche Modifizierung war mit Rücksicht auf Hitler nicht möglich und wohl auch nicht beabsichtigt.

Die neue Linie war zwar innerhalb des Apparates der NSDAP entstanden, sie wurde jedoch keineswegs von allen Reichs- und Gauleitern übernommen. Der Reichsorganisationsleiter der Partei und Chef der Deutschen Arbeitsfront, Robert Ley, verbreitete sich im Frühjahr 1943 in einer Rede zum Thema „Die große Wende“. Sie gipfelte in dem Appell: „Werdet fanatische Hassler gegenüber dem Juden, der den Bolschewismus geboren, die wilden bolschewistischen Bestien gezüchtet und sie jetzt auf die europäische Kultur losgelassen hat“¹⁵². Es war nicht verwunderlich, daß die Verfechter der Ostproklamation diese nach innen auch mit disziplinarischen Mitteln durchzusetzen trachteten, was angesichts der rassenideologischen Grundkonstanten des nationalsozialistischen Rußlandbildes kaum gelingen konnte. Im Rahmen dieser Versuche spielte u. a. der „Fall“ des anhaltinischen Gauleiters Rudolf Jordan eine gewisse Rolle. Dieser hatte am 9. Februar 1943 in Magdeburg eine Rede zum Thema „Totaler Krieg – totaler Sieg“ gehalten und wollte sie mit Genehmigung der Parteikanzlei veröffentlichen. Dagegen erhob die „Parteiämterliche Prüfungskommission zum Schutze des nationalsozialistischen Schrifttums“ zwar Einwände, sie wagte aber nicht, die Broschüre abzulehnen¹⁵³. Der Fall bewegte auch die Parteikanzlei und die Reichspropagandaleitung, zumal Jordan bereits am 27. Januar 1943, bevor er von dem Rundschreiben der Reichspropagandaleitung Kenntnis haben konnte, einen Zeitungsartikel veröffentlicht hatte, der dem russischen Gegner mit schlimmsten Ausdrücken jegliche Menschlichkeit absprach. Dagegen erhoben nun Mitarbeiter von Goebbels nachdrücklich Einwände: Der „ostische Mensch“ sei unzulässig beschimpft worden. Wiederum gab es keine den Kern der Sache betreffende Schlußfolgerung. Moniert wurde allein, daß erneut ein „eklatanter Beweis für das völlige Fehlen einer einheitlichen Ausrichtung der Parteiführerschaft und einheitlicher Propaganda-Richtlinien“ festzustellen sei¹⁵⁴. Es ging also um propagandistische Wirkung, nicht um eine inhaltliche Veränderung des Rußlandbildes und der ostpolitischen Ziele! Die ganze Angelegenheit verlief schließlich im Sande, brachte keinerlei Entscheidung in den Auseinandersetzungen um das nationalsozialistische Rußlandbild und damit keine Ablehnung der deutschen Rußlandpolitik während des Zweiten Weltkrieges.

¹⁴⁸ Zit. n. ebd., NS 18/770.

¹⁴⁹ Zit. n. ebd., NS 18/417.

¹⁵⁰ Text auszugsweise in: Michalka (Hrsg.), Das Dritte Reich, S. 212 f. Die Anweisung von Goebbels liest sich teilweise wie ein taktisch-propagandistisches Kontrastprogramm zu jenen Grundsätzen, die Bormann im Namen Hitlers in einem Brief vom 23.7.1942 an Rosenberg zur Behandlung nichtdeutscher Bevölkerung in den Ostgebieten übermittelt hatte. Ebd., S. 208 ff.

¹⁵¹ Siehe BA, NS 18/417.

¹⁵² Zit. n. Smelser, Robert Ley, S. 257.

¹⁵³ Stellungnahme vom 22.3.1943. BA, NS 11/23 (unpag.).

¹⁵⁴ Vorlage Tiessler (Verbindungsmannd der Reichspropagandaleitung der NSDAP zur Parteikanzlei) für Bormann, 31.1.1943. Ebd., NS 18/210 (unpag.).

„Rätsel“ Rußland

Die Konfrontation mit der Wirklichkeit wurde mit dem Kriegsverlauf in den Jahren 1943/44 jedoch immer drängender. Die Fragen nach der inhaltlichen Richtigkeit des bisherigen Bildes von den Russen häuften sich: Woher rührten die überraschende Tapferkeit und Zähigkeit der russischen Soldaten, woher deren Vaterlandsliebe und ihr offensichtlich positiveres Verhältnis zum Bolschewismus als vermutet und dargestellt worden war? Weshalb verfügten die als primitiv dargestellten Russen über Waffen von hoher technischer Qualität? Wie ließen sich die vielfach festgestellte Intelligenz sowie „das geistige und charakterliche Verhalten“ und die Arbeitsleistungen der „Ostarbeiter“ in Deutschland erklären? Konnten diese tatsächlich schulisch so schlecht vorgebildet sein, wenn sie komplizierte maschinelle Bearbeitungsvorgänge so schnell begriffen und rasch die deutsche Sprache lernten? War man möglicherweise einer Täuschung zum Opfer gefallen?

Solche immer häufiger auftauchende Fragen und Meinungen beobachtete der Sicherheitsdienst der SS bereits im Sommer 1942 mit Erschrecken, aber auch mit gewissen Selbstzweifeln. Die „Meldungen aus dem Reich“ (Nr. 309) vom 17. August 1942 enthielten beispielsweise einen ausführlichen Abschnitt, der den Titel trug: „Das Rußlandbild in der Bevölkerung“¹⁵⁵. In den verschiedensten Reichsgebieten und in allen Bevölkerungsschichten würde, so hieß es, immer mehr ein „zusammenhängendes Bild von der Sowjet-Union, dem Lande, seinen inneren Verhältnissen, von den Menschen, ihrer inneren und äußeren Existenz“ gesucht. Dabei werde in der Bevölkerung häufig zum Ausdruck gebracht, daß „sich alle bisherigen Vorstellungen im Laufe des Krieges ... vielfach verschoben haben und eine Reihe von Widersprüchen bestehe, für die man kaum eine befriedigende Erklärung“ habe¹⁵⁶. Deshalb sei vielfach der Gedanke anzutreffen, „daß man Rußland und seine Menschen nicht auf einen Nenner bringen könne. Wir hätten bis zum Krieg sehr wenig über die wahren Verhältnisse in Rußland gewußt, und wir wüßten, wie dies aus den zum Teil widersprechenden Aussagen, Begriffen und Vorstellungen geschlossen werden müsse, im Grunde genommen immer noch sehr wenig. Ja, es erscheine sogar immer schwieriger, ein zuverlässiges Bild davon zu gewinnen, was an einzelnen Faktoren russisch und vorsowjetisch sei, was der bolschewistischen Zeit zugeschrieben werden müsse, was auf eine Befreiung vom Bolschewismus zurückzuführen sei, was allgemein russisch ist, was symptomatisch, was lediglich Einzelfeststellung, die nicht auf alle Menschen und den gesamten Raum angewendet werden kann. Es besteht die Auffassung, daß das frühere einheitliche Bild mit der vielschichtigen Wirklichkeit nicht oder nicht mehr übereinstimme, und der Wunsch, unter dem Gesichtspunkt der künftigen Aufgaben, die großen Teile des deutschen Volkes im Osten erwachsen, ein diese Widersprüche klärendes Tatsachenbild vom Raum und von den Menschen im Osten zu gewinnen“¹⁵⁷.

In einem weiteren speziellen Bericht über das „Rußlandbild in der Bevölkerung“ faßte der Sicherheitsdienst am 15. April 1943 zusammen, zu welchen Themen bzw. aus welchen Anlässen „Zweifel am bisherigen Rußlandbild und an der deutschen Propaganda“ aufgetaucht seien: „1. Bolschewistische Gottlosigkeit und religiöse Betätigung der Ostarbeiter ... 2. Intelligenz – technisches Verständnis ... 3. Analphabetentum und beobachteter Bildungsstand ... 4. Familiensinn und sittliche Haltung ... 5. Sowjetische Herrschafts- und Strafmethoden“¹⁵⁸. Im September 1943 offenbarte die Analyse eine sehr differenzierte Haltung der deutschen Bevölkerung gegenüber den sowjetischen Kriegsgefangenen¹⁵⁹.

Die Versuche führender NSDAP-Repräsentanten zur Beantwortung solcher und anderer Fragen blieben kümmerlich und nichtssagend. Hauptsächlich wurde die nationalsozialistische Rassen-theorie bemüht und beispielsweise die Kampfhärte russischer Soldaten mit dem finnischen Blutein-

¹⁵⁵ Zit. n. Heinz Boberach (Hrsg.), *Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS*, Bd. 11, Hersching 1984, S. 4084-4086.

¹⁵⁶ Ebd., S. 4084.

¹⁵⁷ Ebd., S. 4086.

¹⁵⁸ Ebd. Bd. 13, S. 5128-5136.

¹⁵⁹ Ebd. Bd. 14, S. 5702-5710. Zu den Fragen in der deutschen Bevölkerung während der letzten Kriegsjahre siehe z. B. auch BA, NS 8/69, Bl. 109.

schlag im russischen Volk erklärt¹⁶⁰. Da wurde sozialdarwinistisch argumentiert, daß im Krieg auch bei den Russen sowieso nur die zähesten und kräftigsten übrig blieben, was die „Hartnäckigkeit des sowjetischen Widerstandes“ erkläre¹⁶¹. Tapferkeit und Heldentum wurden als wesenseigene Tugenden der Germanen deklariert, so daß – frei nach Wilhelm Busch – auf der sowjetischen Seite nicht sein konnte, was nicht sein durfte. Ein Reichsamtseiter der Reichspropagandaleitung der NSDAP schrieb ganz in diesem Sinne über seine Erfahrungen beim Osteinsatz: Es wäre falsch, bei den Russen von Tapferkeit zu sprechen, denn bei ihnen handele es sich doch nur „um Menschen von absolut animalischer Primitivität, die den Krieg an sich mit urweltlichen Vorstellungen sehen und ohne große Kunst in eine tierische Furcht vor Gefangenschaft oder ein Hörigkeitsverhältnis gegenüber ihren Antreibern versetzt werden können. Was die Reaktion dieser Kreaturen im Kampf angeht, so könnte man es ebenso gut mit Wölfen oder Bären zu tun haben“¹⁶².

Publikationen, in denen ein gewisses Unbehagen gegenüber solch grober Karikatur artikuliert und zugleich von einem „Rätsel Rußland“¹⁶³ gesprochen wurde, verfielen als „recht sentimentale Auffassungen über den russischen Menschen“ bei den ideologischen Gralshütern einer strikten Ablehnung¹⁶⁴. Rosenberg selbst kritisierte Arbeiten von Edwin Erich Dwinger und Bruno Brehm. Ersterer hatte in seinem „Tagebuch“ vom Ostfeldzug öffentlich über die „wirkliche Stärke der Sowjetarmee“ nachgedacht, und sprach von seiner Suche nach dem „alten Rußland“¹⁶⁵. In einer Denkschrift, betitelt „Der russische Mensch“, schrieb er im Frühjahr 1942, daß man sich „ehrlich um eine gründliche Kenntnis der heutigen russischen Psyche bemühen“ und den Russen „vor allem als Menschen ansprechen müsse“. Der Russe sei ein Wesen des Widerhalls: „Sprichst du ihn als Bestie an, wird er dir als Bestie antworten, rufst du ihn aber als Menschen an, wird er dir sein Menschlichstes entgegentragen“¹⁶⁶. Brehm forderte, sich direkt auf Herders „Ideen zur Geschichte der Menschheit“ berufend, eine wahrhaft „deutsche Haltung“ vor den Fremden und argumentierte gegen die Behauptung, daß Hitler die gleichen Ziele wie Napoleon anstreben würde: „Uns geht es nicht um die Eroberung fremder Länder, unser Führer gehört nicht zu den Kondottieren, denen es auf Herrschaft und Macht ankam, uns geht es, und deshalb heißt die Bewegung, unter deren Banner wir angetreten sind, National-Sozialismus, um eine gerechte Verteilung der Arbeit und des Arbeitsplatzes auf dieser Welt“¹⁶⁷.

Rosenberg, der sich im Sommer 1942 noch mit einer Anweisung zu helfen versucht hatte, rußlandpolitische Vorträge dürften nur noch „von ganz besonders geeigneten und überprüften Persönlichkeiten“ gehalten werden¹⁶⁸, näherte sich 1943/44 zwar den kritischen Stimmen an, suchte aber sein Heil in einer Sowohl-als-auch-Position. Seine Kritik richtete sich einerseits gegen die „Großmannsucht“ und Herrenmenschen-Allüren vieler Angehöriger des Okkupationsapparates, andererseits gegen eine Tendenz, sich bei der Bevölkerung der besetzten Gebiete „anbiedern“ zu wollen. Man solle sich gegenüber den Russen menschlich, aber nicht kameradschaftlich verhalten, hart, aber nicht ungerecht. Gefordert sei „ein selbstverständliches Herrentum in Haltung und Handlung“¹⁶⁹. Damit blieb Rosenberg grundsätzlich bei seinen Vorstellungen von den Russen als einer minderwertigen Rasse, die nichts anderes verdiente, als den Deutschen untertan zu sein. Auch seine Be-

¹⁶⁰ BA, NS 8/66, Bl. 43.

¹⁶¹ Ebd., NS 18/27, Bl. 7.

¹⁶² Ebd., NS 18/604, Bl. 4.

¹⁶³ Rätsel Rußland. Schriftenreihe zur Truppenbetreuung H. 40. Das Heft enthielt Beiträge des Dichters Hans Baumann sowie der Schriftsteller Edwin Erich Dwinger und Bruno Brehm. Baumann formulierte: „Je länger wir als Soldaten im Osten stehen, desto mehr Rätsel gibt uns das feindliche Land auf ... Dem Russen ist nichts so heilig wie der Augenblick. Der Russe ist deshalb schwer zu besiegen. Es ist leichter, ihn zu gewinnen. Dazu muß man ihn erkennen. In der Erkenntnis des russischen Menschen liegt der erste Schritt zur Überwindung des Bolschewismus (S. 3).“

¹⁶⁴ Notiz Rosenberg für Bräutigam, 16.11.1944. BA, NS 8/268, Bl. 48.

¹⁶⁵ Edwin Erich Dwinger, Wiedersehen mit Sowjetrußland. Tagebuch vom Ostfeldzug. Jena 1943.

¹⁶⁶ Zit. n. ebd., S. 45.

¹⁶⁷ Bruno Brehm, Deutsche Haltung vor Fremden. Graz 1943, S. 62.

¹⁶⁸ BA, NS 15/33a, Bl. 1.

¹⁶⁹ Ebd., NS 8/67, Bl. 55 ff., Bl. 66.

mühungen um eine Korrektur der anfänglichen deutschen Agrarpolitik in den besetzten Ostgebieten – sie stand vor der Alternative: Weiterführung der bestehenden Großbetriebe oder Gewinnung der russischen Bauern durch Reprivatisierung des Grund und Bodens – blieben halbherzig, zumal er sie in der Ukraine gegen den offenen Widerstand Kochs ohnehin nicht durchzusetzen vermochte. Für die Politik der totalen Ausplünderung eignete sich die Übernahme des Systems der Kolchosen nun einmal besser als die Reprivatisierung des Bodens zugunsten der russischen Bauern¹⁷⁰.

Auf zahlreichen Gebieten erwies sich das nationalsozialistische Rußlandbild als unzulänglich, widersprüchlich und realitätsfern. Es gab immer mehr Fragen und auch Vorschläge, die – auch wenn sie von überzeugten Nationalsozialisten kamen oder lediglich pragmatische Veränderungen im Auge hatten – Grundsätzliches in Frage stellten. Hier stand die Völkertypologie im Vordergrund. Bestehen blieb allerdings das antibolschewistisch-jüdische Feindbild, auf das sich schließlich die Führung der NSDAP in den letzten Jahren des Dritten Reiches immer mehr zurückzog. In Rosenbergs Apparat arbeiteten ganze Stäbe fieberhaft daran, ein Buch nach dem anderen über den Bolschewismus zu verfassen. Die kennzeichnendsten Ergebnisse sind in dieser Hinsicht wohl vor allem die Bücher von Heinrich Härtle („Die ideologischen Grundlagen des Bolschewismus, Marxismus, Leninismus, Stalinismus“)¹⁷¹ und Gerd Wunder („Die Mauer fällt. Das wahre Gesicht des Bolschewismus“)¹⁷² sowie zahlreiche Artikel von Georg Leibbrandt¹⁷³. Etwa 1000 Emigranten und Überläufer waren im „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg“ damit beschäftigt, Material zu beschaffen und in rund 3600 Studien zu verarbeiten. In einer Bilanz zur Tätigkeit seines Einsatzstabes berichtete Rosenberg an Hitler, daß auf diese Art und Weise Studien im Umfang von 80.000 Seiten entstanden wären. Sorgsam wurden sie zusammen mit 95.000 Büchern und 3200 Zeitschriften von einer Notunterkunft zur anderen mitgeschleppt¹⁷⁴.

Rosenberg bemühte sich 1944 noch um die Organisation einer „Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der bolschewistischen Weltgefahr“. Diese führte vom 31. Oktober bis 2. November in Prag eine erste und zugleich letzte Einsatzbesprechung durch und sollte u. a. auch ein großes „Handbuch des Bolschewismus“ herausgeben¹⁷⁵. Von irgendeiner praktischen Bedeutung dieser Tagung konnte keine Rede sein, obwohl sich 17 Historiker, 9 Volkswirte und Juristen sowie 17 Philosophen und Naturwissenschaftler intensiv mit solchen Themen wie „Der Sowjet-Patriotismus“, „Die Psyche des russischen Volkes und der Bolschewismus“ und „Die geistigen und seelischen Grundlagen des Bolschewismus“ befaßten¹⁷⁶. Die Erfahrungen mit dem Bolschewismus, der hier als „Attentat auf jede Menschenwürde“ und als „zur Weltmacht gewordene Menschenschändung“ diffamiert wurde, sollten im Sinne einer „weltanschauliche(n) Grundlagenforschung“ ausgewertet werden und nicht Propaganda sein¹⁷⁷.

¹⁷⁰ Siehe D. O. K. Deutsche Ostkorrespondenz. Hrsg. vom Pressechef für die besetzten Ostgebiete in Verbindung mit der N. S. K. Nr. 3 vom 29.4.1943. Siehe auch die ausgezeichnete Magisterarbeit von Ralf Bartoleit, Die deutsche Agrarpolitik in den besetzten Gebieten der Ukraine vom Sommer 1941 bis zum Sommer 1942 unter besonderer Berücksichtigung der Einführung der „Neuen Agrarordnung“. Eine Studie über die strukturelle Durchsetzung nationalsozialistischer Programmatik (Hamburg 1987).

¹⁷¹ München 1944. Rosenberg forderte eine „beschleunigte Drucklegung“, weil das Buch für die allgemeine Partei- und Offiziersschulung gedacht sowie sehr geeignet sei, „in der Intelligenz der europäischen Völker mit neuesten Argumenten über die bolschewistische Gefahr aufklärend zu wirken“. Brief Rosenberg an Amann, 8.2.1944. BA, NS 8/215, Bl. 203.

¹⁷² Das ursprüngliche Manuskript trug den Titel „Ziegel aus Fleisch und Blut. Die bolschewistische ‚Umformung des Menschen‘. Nach der Literatur und dem Material des Einsatzstabes Reichsleiter Rosenberg“. Manuskripte und Fahnenabzüge. BA, NS30/108-112, 117.

¹⁷³ Z. B. Der Bolschewismus. Grundzüge und Wirklichkeit, in: Idee und Tat. Lehrstoff für die gesamte weltanschauliche Erziehung der NSDAP I (1944), S. 10-13.

¹⁷⁴ Material des Einsatzstabes Reichsleiter Rosenberg (undatiert). BA, NS 30/29 (unpag.) und Bilanz der Arbeit des Einsatzstabes Reichsleiter Rosenberg. Ebd., NS 8/132, Bl. 54 ff.

¹⁷⁵ Ebd., NS 30/10 und 11 (unpag.).

¹⁷⁶ Bericht von Härtle. Ebd., NS 8/241, Bl. 236-252.

¹⁷⁷ Siehe Karen Schönwälder, Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus. Frankfurt/M., New York 1992, S. 257 f.

Wesentlich pragmatischer, wenn auch nicht ohne langes Zögern und Hinhalten kam schließlich noch – sozusagen als ein letztes aller widersprüchlichen Elemente des nationalsozialistischen Rußlandbildes sowie der Diskrepanzen zwischen nationalsozialistischer Ideologie und realpolitischem Pragmatismus – die Formierung der Wlassow-Armee zustande¹⁷⁸. Doch auch dieser Versuch, antikommunistisch und nationalistisch denkende sowjetische Kriegsgefangene in der Endphase des Krieges zu bewaffnen und an der Seite deutscher Kampfverbände einzusetzen, kam nicht aufgrund eines revidierten Rußlandbildes in der NSDAP zustande¹⁷⁹. Die Aktion scheiterte zunächst am Widerstand Hitlers und Rosenbergs, die weder mit Hilfe von „Untermenschen“ den Krieg gewinnen, noch sich durch aus solcher Hilfe resultierende Verpflichtungen in ihren Nachkriegsplanungen bezüglich Rußlands eingeengt sehen wollten. Es zählt zu den Widersprüchlichkeiten im NS-Rußlandbild, daß es die SS war, die sich 1944 der Sache annahm und somit längerem Drängen der Wehrmacht nachgab¹⁸⁰. Am Wesen der nationalsozialistischen Vorstellungen änderte sich dadurch nichts: Selbst in den kriegsbedingt zwar als nützlich betrachteten „Helfern“ wurden nach wie vor doch nur die politisch, geistig und rassistisch minderwertigen „Heloten“ gesehen.

Bisherige Analysen zum nationalsozialistischen Denken über Rußland und die immer noch spärlich zu nennenden Ergebnisse allgemeiner Vorurteils-, Fremden- und Feindbildforschungen¹⁸¹ erlauben dem kritischen Historiker kaum eine völlig abgesicherte und erst recht keine generelle Aussage über das Rußlandbild der NSDAP. So wird es wohl auch künftig bleiben, denn die Schwierigkeiten des Themas sind zweifellos dem Untersuchungsgegenstand und nicht so sehr etwaigen Unzulänglichkeiten geschichtswissenschaftlicher Forschungen geschuldet.

Welche Schlußfolgerungen sind dennoch erlaubt?

Mit einiger Sicherheit wird festzustellen sein, daß sich das Rußlandbild Hitlers in der NSDAP in eine Vielzahl von einzelnen Bildern und Bildelementen aufgelöst hat. Wir haben es daher mit einem zwar zentral vorgegebenen und gelenkten, tatsächlich aber doch recht diffusen Gemenge aus den bestimmenden Grundkonstanten und aus zahlreichen Variablen zu tun. Es handelte sich gleichsam um ein „Schüttelbild“, das seine Erscheinungsformen je nach konkreter Situation unpolitischem Bedürfnis, je nach Adressat und parteiinternem Kräfteverhältnis bei Gruppen und Einzelpersonlichkeiten der NSDAP verändern konnte.

Die im nationalsozialistischen Rußlandbild zum Ausdruck kommende außenpolitische aggressive und terroristische Militanz ist in ihren schrecklichen Folgen bekannt. Es besaß darüber hinaus nach innen wirkende machtpolitische Funktionen. Eine der wichtigsten bestand wohl darin, eine „Negativfolie“ für die eigenen politischen Zielsetzungen, Selbstverherrlichungen und Selbstrechtfertigungen abzugeben. Die jeweils auf Rußland bezogenen nationalsozialistischen Argumentationslinien bieten dem Betrachter stets unverkennbare Bezüge zur konkreten Situation, in der sich die NSDAP und das Hitlerregime in Deutschland jeweils befanden. Nahezu zwangsläufig, fast automatisch wurde vor dem verhangenen, düsteren und schrecklichen Hintergrund der Darstellung russischer bzw. sowjetischer Verhältnisse das lichte, hehre und unerschütterliche Bild einer „völkischen“ Überlegenheit des „deutschen Blutes“ sowie generell des Nationalsozialismus und insbesondere seines „Führers“ gezeichnet.

Das Rußlandbild der NSDAP erwies sich nach 1933 und vor allem im Krieg gegen die Sowjetunion als äußerst wirksam. Es stellte ein erfolgreich-folgenreiches Mittel zur Integration großer Teile der

¹⁷⁸ Siehe Hans-Erich Volkmann, Das Vlasov-Unternehmen zwischen Ideologie und Pragmatismus, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 12 (1972), S. 117-155.

¹⁷⁹ Siehe zu den Auseinandersetzungen um Vlasov u. a. den Bericht des SS-Standartenführers Minke über seinen Vortrag „Die deutsche Aufgabe im Osten“ vom 19.10.1944. BA, NS8/236, Bl. 94 ff.

¹⁸⁰ Siehe den Beitrag von Gerhart Hass in diesem Band.

¹⁸¹ Siehe z. B. Lew Kopelew, Fremdenbilder in Geschichte und Gegenwart, in: Mechthild Keller, Ursula Dettbarn, Karl-Heinz Korn, Russen und Rußland aus deutscher Sicht. 9.-17. Jahrhundert. Wuppertaler Projekt zur Erforschung der Geschichte deutsch-russischer Fremdenbilder, unter der Leitung von Lew Kopelew, Reihe A, Bd. 1. München 1985, S. 11 ff.; Anita Karsten (Hrsg.), Vorurteil. Ergebnisse psychologischer und sozialpsychologischer Forschung. Darmstadt 1978; Nolte, „Drang nach Osten“, S. 26 ff.

deutschen Bevölkerung in die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ dar. Es trug darüber hinaus zur antirussischen Beeinflussung anderer europäischer Völker bei. Stets wurden Besorgnisse und Ängste mobilisiert: die Sorge um das tägliche Brot, die Angst vor sozialem Elend und politischem Chaos, die Angst vor Verlust des Eigentums, die Furcht vor dem „Seelenmord“ durch „bol-schewistisch-atheistische Gottlosigkeit“ und nicht zuletzt die Angst vor dem Tod.

Befürchtungen solcher Art und ihre zielorientierte Nutzung sind allerdings nicht an das damalige Bild von Rußland gebunden. Die deutsche Geschichte vor und nach Hitler ist reich an Beispielen für ihr Vorhandensein wie auch für ihre politische Instrumentalisierung. Tradierte Elemente haben in der Nachkriegszeit zur Polarisierung im geteilten Deutschland während des Kalten Krieges beigetragen: Die tatsächlich empfundene oder propagierte Bedrohung des christlichen Abendlandes vor allem der Adenauer-Regierung ebenso wie die von der DDR bekundete „unverbrüchliche deutsch-sowjetische Freundschaft“.

Das Rußlandbild im Dritten Reich. Herausgegeben von Hans-Erich Volkmann. 2., unveränderte Auflage, Köln – Weimar – Wien 1994, S. 9-54.

Das Ende von Weimar

Groß ist die Zahl der Legenden, die sich um den Machtantritt der deutschen Faschisten ranken. Eine von ihnen lautet: Der Wähler habe entschieden, mehrheitlich für Hitler votiert und dadurch die Schreckensherrschaft herbeigeführt ... Dies stimmt mit der geschichtlichen Realität nicht überein. Zwar wurde gewählt und sogar immer öfter, je näher die Weimarer Republik ihrem Ende entgegen ging. Unbestreitbar ist ebenso, daß viele, ja allzu viele Deutsche ihre Stimme der NSDAP gaben.

Die Nazis traten bekanntlich zunächst als eine kleine Partei mit unerheblichen Wählerscharen in Erscheinung. Diese konzentrierten sich vor allem im Land Bayern und wanderten nach dem gescheiterten Putsch vom Herbst 1923 zeitweilig zu anderen völkisch-antisemitischen Parteien ab. Im Mai 1928 tauchte die NSDAP nach ihrer Neuformierung erstmalig wieder reichsweit auf. 810.000 Wähler stimmten für sie. Ihr Anteil von 2,6 Prozent am Wählervolk erschien jedoch vielen als eine zu vernachlässigende politische Größe. Die Unterschätzung der nationalsozialistischen Bewegung setzte sich fort, was unter den Bedingungen der folgenden Jahre die schlimmsten Auswüchse zeitigte.

Die Führung des Weimarer Staates reagierte auf die im Herbst 1929 hereinbrechende Weltwirtschaftskrise mit allgemeiner Hilf- und Ratlosigkeit. Den ökonomisch Mächtigen und der politischen Klasse fiel nichts weiter ein als das, was ihr Allheilmittel in solchen Situationen wohl immer ist: Sozialabbau, Demokratieabbau, Abbau friedensorientierter Elemente der Außenpolitik.

Auch Reichskanzler Heinrich Brüning dachte, die Krise damit zu bewältigen. Allerdings wollte er diese auch vorantreiben, um daraus politisches Kapital zu schlagen, die Lasten des Versailler Friedens abzuschütteln und deutsche Positionen in der Welt wiederzugewinnen. Dieser Krisennutzungsstrategie entsprach das folgenschwere innenpolitische Konzept, das gegenüber dem Rechtsextremismus praktiziert wurde.

Die Nazis erlangten ihre „Hoffähigkeit“ zunächst im Bunde mit den Deutschnationalen, deren Parteivorsitzender Alfred Hugenberg 1929 mit Hitler eine „politische Bettgemeinschaft“ (so spotteten Zeitgenossen) einging. Davon versprach sich Hugenberg Gewinn für seinen nationalistisch-chauvinistischen Kampf gegen den Young-Plan, der die deutschen Reparationen für den verlorenen ersten Weltkrieg festlegte. Diese Förderung erhob die NSDAP in die Position eines „Juniorpartners“.

Die erste Rechtskoalition entstand nach den Landtagswahlen in Thüringen Ende 1929. Mit Wilhelm Frick wurde erstmalig ein Faschist auf einen Ministerposten gehievt, den er im Bunde mit konservativen Politikern eineinhalb Jahre intensiv zur Vorbereitung auf die kommende Nazierrschaft zu nutzen verstand. Schließlich gab es bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 das große Desaster. Mehr als 6,3 Millionen (18,6 Prozent) stimmten für die NSDAP, die mit 107 Abgeordneten zweitstärkste Fraktion wurde. Fast jeder fünfte Wähler hatte sich zugunsten eines Parteiprogramms entschieden, das – garniert von Versprechungen aller Art - nichts anderes als neuerlichen Krieg und Völkermord verhieß. Parallel dazu stürzten die konservativen Parteien ab ...

Die grundsätzliche Bedeutung des Wahlergebnisses wurde jedoch kaum wahrgenommen. Nicht- und antinationalsozialistische Parteien verdrängten das Wissen um die neuen Gefahren. Für entsprechende Schlußfolgerungen blieb kein Raum. So war der Aufstieg der NSDAP ebenso absehbar wie der Zusammenbruch jener Parteien, die allein links von sich ihre Gegner sehen wollten.

Der NSDAP indes gelang in der folgenden Zeit sogar eine Stimmenverdopplung. Im Superwahljahr 1932 – gekennzeichnet durch eine unglaubliche Verrohung der Wahlkämpfe – wuchs sie zur wählerstärksten Partei heran. Sie errang am 13. März im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl 11,3 Millionen Stimmen, im zweiten Wahlgang 13,4 Millionen. Bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli erzielte sie schließlich ihr bestes Ergebnis: 13,7 Millionen (37,4 Prozent). Ein Drittel aller Wähler stand hinter ihr bzw. bevorzugte sie gegenüber den anderen Parteien.

Allerdings zeigten sich im Sommer 1932, in der Zeit des Tiefpunktes der Wirtschaftskrise, bereits erste Stagnationstendenzen. Der Zuwachs an Stimmen seit den Wahlen im Frühjahr blieb unbedeutend. Kein einziger Wahlkreis konnte neu erobert werden. Die NSDAP konnte die große Zahl spontaner Protestwähler bzw. mobilisierter Nichtwähler nicht fest an sich binden. Auf der anderen Seite blieb sie stark genug, um tatkräftig Nutzen aus der Zersplitterung ihrer Gegner zu ziehen. So überstand sie auch ihr Dilemma bei den letzten Wahlen der Weimarer Republik im Herbst 1932. Bei den Reichstagswahlen am 6. November büßte sie fast 15 Prozent ihrer Wähler ein, bei den Kommunalwahlen in Thüringen Anfang Dezember über 40 Prozent. Doch da waren schon Weichen gestellt. Alles, was in den letzten Monaten des Jahres 1932 und in den ersten Wochen des Jahres 1933 hinter den Kulissen lief, wurde schließlich für den zum 30. Januar 1933 führenden Weg wichtiger als der häufig zitierte Wählerwille ...

Weimar scheiterte also keineswegs primär an den Wählern. Zu fragen bleibt stets danach, was den Wahlerfolgen von Rechtsextremen vorausgeht, wodurch sie ermöglicht werden und wie sie zu verhindern wären.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 29./30. Januar 1994, S. 1.

„... bis die Saat reif ist“

Ein aufschlußreiches Kapitel deutscher Justizgeschichte: Der Hitler-Ludendorff-Prozeß vor 70 Jahren

Der gescheiterte Hitler-Putsch vom 8./9. November 1923 und der geplante „Marsch auf Berlin“, deren Ziele in der Ersetzung der parlamentarisch-demokratischen Weimarer Republik durch eine „nationale Diktatur“ bestanden hatten, konnten nicht ohne ein gerichtliches Nachspiel bleiben. Wie diese justizeile „Aufarbeitung“ eines Hochverrats vor sich ging, gehört zu den schlimmsten und zugleich aufschlußreichsten Merkwürdigkeiten der an solchen Kapiteln nicht gerade armen deutschen Justizgeschichte.

Wäre es verfassungsmäßig und nach Artikel 13 des Republikschutzgesetzes vom 21. Juli 1922 zugegangen, hätte der Prozeß am Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik beim Reichsgericht in Leipzig durchgeführt werden müssen. Tatsächlich fand der am 26. Februar des Jahre 1924 eröffnete Hitler-Ludendorff-Prozeß vor dem Volksgericht für den Landgerichtsbezirk München I statt. Die bayerische Landesregierung hatte sich gegen das kompromißbereite Reich durchsetzen können. Das Ganze sollte wohl als eine bayerische „Familienangelegenheit“ in eigener Regie erledigt werden: Wenn schon dem Gesetz entsprochen werden sollte, dann wenigstens doch ohne Schwächung der „vaterländischen“ Rechtskräfte.

Anklage, Verfahren, Strafmaß und später der Strafvollzug spotteten aller Beschreibung. Obwohl es 216 Verhaftungen gegeben hatte und vier Prozesse vorbereitet wurden, kamen im wichtigsten Verfahren lediglich vor Gericht: Hitler, Ludendorff, Ernst Pöhner (Rat am Oberlandesgericht München), Wilhelm Frick (Oberamtmann der Polizeidirektion München), Friedrich Weber (Leiter des am Putsch beteiligten Bundes Oberland), Hauptmann a. D. Ernst Röhm, Oberleutnant Wilhelm Brückner (Führer des SA-Regiments), Leutnant Robert Wagner, Oberstleutnant a. D. Hermann Kriebel (militärischer Führer des Deutschen Kampfbundes) und Oberleutnant Ernst Pernet (ein Stiefsohn Ludendorffs). Die meisten Teilnehmer der Aktion standen außerhalb jeder Verfolgung. Das bayerische Staatsministerium für Finanzen hatte sogar bereits am 5. Januar 1924 3000 Goldmark für eine „Abfindung“ von 20 (!) hauptamtlichen Angestellten der NSDAP zur Verfügung gestellt, mit der Begründung, sie seien durch das Verbot ihrer Partei „arbeitslos“ geworden.

Der gleiche Geist kam in den Verhandlungen so offensichtlich zum Vorschein, daß sich Zeitgenossen über den Münchener „politischen Karneval“ mokierten, der da im ehemaligen Speisesaal der Kriegsschule an der Münchener Blumenbergschule über die Bühne ging. Tatsächlich bot das Gericht lediglich den Angeklagten, vor allem Hitler, vielfältige Gelegenheit zu stundenlangen Propagandareden. Ein Regierungsvertreter stellte kritisch fest, die Angeklagten könnten „vorbringen, was sie wollen“, und es habe einen peinlichen Eindruck hinterlassen, daß Hitler vier Stunden lang habe reden dürfen. Verwundert und befremdet registrierten Mitglieder des bayerischen Ministerrates am 4. März 1924, daß das Gericht „noch nie habe merken lassen, daß es anderer Ansicht sei als die Angeklagten.“

Tatsächlich übte Landgerichtsdirektor Georg Neithardt in seiner Verhandlungsführung eine selbst für damalige Verhältnisse erstaunlich große Nachsicht. Seine Fragen formulierte er in folgender Art: „Nicht wahr, an Gewaltanwendung haben Sie nicht gedacht?“ Niemals wurde die Tötung von vier Polizisten vor der Feldherrenhalle Gegenstand des Verfahrens. Statt dessen war von einem „unglücklich verlaufenen Propagandazug“ die Rede. Bei einem der erschossenen Putschisten – ein Mitglied des höchsten bayerischen Gerichts – fand die Polizei den vollständig ausformulierten Entwurf einer neuen Verfassung. Auch dieser spielte im Prozeß keine Rolle. Hierin war gefordert worden: Aufhebung der Weimarer Verfassung, Auflösung der Parlamente, Todesstrafe für jeden, der weiter an einem Parlament teilnimmt, Dienstentlassung der jüdischen Beamten, Einführung von Standgerichten usw.

Die eigentlich interessanten Fragen wurden nur in wenigen nichtöffentlichen Sitzungen behandelt: Die Zusammenarbeit von Reichswehr und Polizei und die Unterstützung, die die Verbände durch

die nicht angeklagten Kahr, den inzwischen zurückgetretenen bayerischen Generalstaatskommissar, durch General Otto von Lossow, Kommandeur der Reichswehr in Bayern, und durch Hans Ritter von Seißer, den Chef der bayerischen Landespolizei, erhalten hatten. Als Hitler gelegentlich erklärte, daß der Putsch überhaupt erst habe durchgeführt werden können durch die Unterstützung „der Herren Lossow, Kahr und Seißer“, konterte der aufmerksame Vorsitzende: „Sie haben kein Recht, in dieser Weise zu kritisieren. Ich habe bereits den Standpunkt des Gerichts gesagt, daß den Angeklagten konzidiert werden kann, daß sie an die Ernstlichkeit einer Mittätigkeit dieser Herren geglaubt haben. Ob mit Recht oder Unrecht, wird das Gericht in seinem Urteil ... zu entscheiden haben. Darf ich bitten, weiterzufahren?“

Natürlich war im Urteil, das am 1. April 1924, verkündet wurde, dazu nichts enthalten. Ludendorff wurde freigesprochen, was dieser selbst als Schande empfand. Vier der Angeklagten, unter ihnen Hitler, wurden zu je fünf Jahren, die anderen zu einem Jahr und drei Monaten Festungshaft verurteilt. Drei wurden sofort auf freien Fuß gesetzt. Ausdrücklich hatte das Gericht die durch § 9, Absatz II des Republikschutzgesetzes gebotene Ausweisung Hitlers abgelehnt. Dieser sei zwar ein österreichischer Staatsbürger, aber er betrachte sich als Deutscher und habe sich im deutschen Heere Verdienste erworben. Logische Folgerung: Ein „Mann, der so deutsch denkt und fühlt“, könne nicht ausgewiesen werden.

Das Urteil löste Verwunderung und Empörung aus. Der „Bayerische Kurier“, eine der BVP nahestehende Zeitung, schrieb sarkastisch: „Man mag über das Urteil ... denken wie man will, das eine wird ihm auch der schärfste Kritiker nicht abstreiten können, daß es der bisherigen Prozeßführung völlig und durchaus angemessen ist, ein Prozeß, der von einer Gerichtsverhandlung oft nur den Namen trug und im Inhaltlichen einer völkischen Agitationsversammlung glich; ein Prozeß, bei dem es kein Verhör der Angeklagten gab und bei dem die rechtlichen Gesichtspunkte gänzlich von parteipolitischen Erörterungen überwuchert wurden; ein Prozeß, bei dem die eigentliche Leitung oft ganz in den Händen der Angeklagten und der Verteidiger lag und Zeugen, Vertreter der Staatsautorität und fremde Souveräne schutzlos allen möglichen Schmähungen ausgesetzt waren; ein Prozeß, bei dem so ‚unwesentliche‘ Gesichtspunkte wie die Frage der außen- und innenpolitischen Folgen oder der Finanzierung der Straftat kaum mit einem Worte berührt wurden ... ein solcher Prozeß konnte fürwahr nicht anders beendet werden als durch das verkündete Urteil.“

Die Niederlage vom November 1923 wandelte sich dank solcher Justiz nachträglich in einen moralischen Sieg der Putschisten. Auch andere „Erfolge“ blieben nicht aus. Nationalistisch gesinnte Kreise der Bevölkerung priesen Hitler als einen Helden. Kahr, Lossow und Seißer galten ihnen dagegen als finstere Verräter und Wortbrüchige. Als vier Wochen später Landtagswahlen stattfanden, wurde in München der „Völkische Block“ mit fast 35 Prozent zur stärksten Partei. Bei den Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924 gaben fast 29 Prozent der Münchener Wähler ihre Stimme für den „Völkischen Block“. Daß dennoch Mitte der 20er Jahre der Einfluß der Nazis etwas zurückging, lag nicht an der Förderung, die die bayerischen Justizbehörden ihnen angedeihen ließ.

Während des Prozesses hatte der Staatsanwalt in seinem Plädoyer erklärt, es sei verständlich, wenn die deutsche Jugend ungeduldig und mit einem Gewaltstreich das alte deutsche Reich wieder aufrichten wolle. Aber, so setzte er orientierend hinzu, sie müsse „gezügelt und in die rechte Bahn gelenkt werden. An Stelle von Ungeduld muß harte eiserne Geduld treten, die in der Stille arbeitet, aber tatenfreudig und der Zukunft sicher, die Geduld, die mit zusammengebißenen Zähnen wartet, bis die Saat reif zum Gelingen ist.“ Zehn Jahre später war die Saat aufgegangen, hatte sich das Blatt gewendet. Dazu gehörte dann auch, daß Kahr am 30. Juni 1934 umgebracht wurde – Hitlers Rache. Richter Neithardt wurde im September 1933 Präsident des Münchener Oberlandesgerichtes und rückwirkend in die NSDAP aufgenommen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 26./27. März 1994, S. 13.

Die Verantwortung der Eliten

Die Welt und das dritte Reich

Der Untertitel untertreibt. Der Leser erfährt wesentlich mehr als in einer üblichen Darstellung zur Geschichte der deutschen Außenpolitik zwischen 1933 und 1945 zu erwarten ist. Selten findet man auf gedrängtem Raum (S. 7-26) so viele kluge und zugleich differenzierende Aussagen über das heiß diskutierte Kontinuitäts- Problem sowie über die historische Verantwortung der gesellschaftlichen Eliten, insbesondere auch des Großkapitals, für den Weg in den Zweiten Weltkrieg.

Der französische Historiker Charles Bloch spricht schonungslos über das deutsche Erbe und betont mit allem Nachdruck, daß das Dritte Reich durch das „imperialistische Großmachtdenken“ mit seinen Vorgängern verbunden gewesen ist. Hitler habe zwar einen „archaischen Imperialismus“ vertreten, der auf die Bildung eines ausgedehnten Reiches in ganz Europa zielte und auf seinem biologisch-rassistisch gedeuteten Begriff vom „Lebensraum“ basierte, Grundlage sei jedoch die nationalistische Tradition in Deutschland geblieben, die auch breite Zustimmung unter der Bevölkerung gefunden habe. „Durch die Ermutigung und Beförderung der nationalistischen Gefühle hatten die Politiker der Weimarer Republik den Weg für Hitler bereitet, was sie in der Folgezeit zum Teil bedauern sollten. Ebenso erleichterten ihre unbestreitbaren diplomatischen Erfolge die Aufgabe des künftigen Diktators.“ (S. 25)

Analog zur innenpolitischen Situation in Deutschland vor 1933 konstatiert Bloch mangelnde Wachsamkeit und schlichte Nützlichkeitsabwägungen des Auslandes gegenüber dem Dritten Reich, wofür er u. a. als Ursachen das Beeindrucktsein vieler; westlicher Politiker vom „Dynamismus“ des Dritten Reiches sowie die eigene Furcht vor dem „Bolschewismus und der Linken überhaupt“ nennt. Das Ergebnis: „Hitler wurde immer extremistischer, je mehr Erfolge er verbuchte.“ (S. 67)

In solchem Sinne verfolgt der Autor minutiös die außenpolitischen Schritte des braunen Regimes, aber auch die Reaktionen und unterschiedlichen Konzeptionen der führenden Politiker in den betroffenen Ländern. Die umfangreichsten Kapitel gelten dem komplizierten Geflecht der europäischen Beziehungen in den Jahren 1933 bis 1939 bzw. bis 1940/41. Hier bietet er dichteste Materialfülle und eine großartige Gesamtschau, die noch immer unübertroffen ist.

Neuerlich auftretende „Revisionisten“ unter den deutschen Historikern werden sich gewiß an Charles Bloch reiben und dessen Ambitionen verächtlich als „volkspädagogisch“ abtun wollen. Schließlich zieht sich wie ein roter Faden der Gedanke durch das Buch, daß Hitlers außenpolitisches Programm von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen ist, was eigentlich bereits vor 1933 jeder hätte erkennen müssen. Für Bloch liegt das Erstaunliche daher weniger im Scheitern des Programms, sondern eher in den davor liegenden Erfolgen: „Natürlich konnte er (Hitler, M. W.) auf wirtschaftliche (und militärische) Stärke bauen und auf den Nationalismus seiner Bevölkerung. Am erstaunlichsten ist allerdings, daß die anderen Staaten ihn nicht hinderten.“ (S. 412)

Der 1921 geborene und 1933 aus Deutschland emigrierte Autor veröffentlichte sein Buch bereits 1986 in Frankreich. Die Mehrheit der Deutschen sei nicht mehr nationalistisch gesinnt, schrieb er damals. Ob er eine solche Aussage heute noch aufrechterhalten würde? Sein Fazit jedenfalls gerät zu einem verallgemeinerungsfähigen Credo: Gewiß sei gegenüber dem erzieherischen Wert der Historie Skepsis angebracht, aber „Hitlerdeutschland ist ein so schreckliches historisches Phänomen, daß es einigen kriegslüsternden Gemütern die Augen öffnen könnte. Es geht übrigens nicht nur um die begangenen Greuel. Es muß vor allem erklärt werden, warum das schreckliche Abenteuer am Ende scheiterte, warum die Niederlage unvermeidlich war. Wenn die heutigen und die kommenden Generationen dies begreifen und daraus ihre Schlüsse ziehen, wird die Menschheit vielleicht eine bessere Zukunft erleben“ (S. 415)

Charles Bloch: Das Dritte Reich und die Welt. Die deutsche Außenpolitik 1933-1945. Aus dem Franz. von Wolfgang Kaiser Hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen und Klaus Jürgen Müller Verlag, Ferdinand Schöningh, Paderborn 1993. 445 S., kl. 48 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 8. April 1994, S. 13.

Ein halbes Jahrhundert danach – und umstritten wie eh und je

Neuerscheinungen zum 20. Juli 1944

Weshalb der Publizist Wolfgang Venohr seinen Publikationen zur Geschichte des 20. Juli eine neue hinzugefügt hat, erklärt er mit seinem Eindruck, daß die „Wiedervereinigung“ vom 3. Oktober 1990 auch als ein „Ehrentag für die Patrioten des deutschen Widerstandes“ gewürdigt werden müsse. Diese hätten schließlich den „Makel des Mordes und des Verrats“ hauptsächlich für „die deutsche Einheit, das Fortbestehen der deutschen Nation“ auf sich genommen. In diesem Sinne formuliert er mehrfach seine Hauptthese, es sei den Patrioten zwar um den Hochverrat gegen Hitler, niemals aber um „Landesverrat“ gegangen. Als „deutscher Widerstand“ gilt dem Verfasser allein, was nationalen Kriterien gerecht zu werden vermag. Folgerichtig wird auch nuancierter als früher von einem Zweifrontenkrieg gesprochen, den Stauffenberg, Goerdeler, Beck und die anderen zu führen gehabt hätten: gegen Hitler und gegen die Antihitlerkoalition. Deren Kriegsziele, insbesondere die Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation, seien auch für sie „entehrend“ gewesen, denn die 1943 von Roosevelt und Churchill fixierte Casablanca-Formel habe sich „nicht nur gegen Hitler, sondern gegen das ganze Deutsche Volk“ gerichtet. Venohr setzt diesem Versuch, die alliierten Kriegsziele im Nachhinein vom Antifaschismus zu reinigen, noch eine weitere These hinzu: In der ganzen europäischen Geschichte habe es „seit den Zeiten der Barbarei“ (diese bleiben allerdings undefiniert) solch eine Forderung nach bedingungsloser Kapitulation nicht gegeben. Die bekannte Singularitäts-These scheint nunmehr auch dem deutschen Nationalismus dienstbar gemacht zu werden!

So sehr diese national-konservative Sicht auf Widerspruch stoßen muß, so sehr überzeugt Venohrs Versuch einer szenisch-dokumentarischen Rekonstruktion des Geschehens. Gespannt kann der Leser die einzelnen Schritte, die inneren Auseinandersetzungen und das Heranreifen des Entschlusses zum Attentat verfolgen. Dem Gesinnungswandel aber vieler Beteiligten, die früher überzeugte Nazis waren, spürt er nicht nach. Spannung ganz anderer Art bietet Ursula Adam. Ihr ist es zu danken, daß erstmalig Reaktionen deutscher Emigranten unterschiedlichster weltanschaulich-politischer Richtung auf die Ereignisse in Deutschland zusammenhängend vorliegen. Die ausgewählten Dokumente aus der Feder von kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und konservativen Parteipolitikern, Diplomaten und Militärs geben einen tiefen Einblick in das von Sorge und Hoffnung, von Bestürzung und Illusion erfüllte Denken im Exil. Fast jede Ausarbeitung zeugt von den Schwierigkeiten, sich allein anhand der offiziellen Nachrichten ein Bild vom Verlauf des Attentats auf Hitler und seinen Folgen zu machen. „Was dann?“ – diese Frage bewegte alle, und trotz übereinstimmender Ablehnung von Faschismus und Krieg lassen sich nicht nur zwischen den Zeilen die Konturen eines künftigen Gegeneinanders erkennen. Am konsequentesten, so schlußfolgert Adam in ihrer knappen Einführung, „urteilten die Kräfte, die sich über ihre eigenen Parteiinteressen erhoben.“ Der von ihr dokumentierte Blick von außen auf die „Generalsrevolte ist verdienstvoll; umso bedauerlicher sind einige handwerkliche Fehler: sowohl die nützlichen biographischen Erläuterungen als auch manche Fußnote enthalten z. T. falsche bzw. widersprüchliche Angaben.

Besonderes Interesse verdient natürlich das neue Buch Kurt Finkers, der seinen bisherigen Arbeiten über Stauffenberg und den Kreisauer Kreis nun eine Gesamtdarstellung zur Geschichte des 20. Juli 1944 folgen läßt. Die Verknüpfung des biographisch angelegten Hauptteils mit den Kapiteln zur Vorgeschichte der Aktion, zur Motivation und den Zukunftsvorstellungen der Handelnden sowie zum Ablauf der Operation „Walküre“ ist gelungen. Vier Gruppen unter den Oppositionellen gilt seine besondere Aufmerksamkeit: den Offizieren und Generälen, die in der letzten Phase das Heft des Handelns an sich gezogen hatten (Ludwig Beck, Friedrich Olbricht, Hans Oster, Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Henning von Tresckow und Erwin von Witzleben), den Politikern und Beamten (Carl Goerdeler, Ulrich von Hassell, Helmuth James Graf von Moltke, Johannes Popitz, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, Adam von Trott zu Solz und Josef Wirmer), den Theologen (Dietrich Bonhoeffer, Alfred Delp und Harald Poelchau) sowie den Anhängern eines demokratischen Sozialismus (Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Hermann Maaß und Carlo Mierendorff). Sicher wird die Bezeichnung der letzteren, die lediglich im Titel des entsprechenden Kapitels auf-

taucht, zu neuen Diskussionen führen; Finker versteht es eben heute wie früher, Nachdenklichkeit zu provozieren.

Angelehnt an die Vorstellung Moltkes, daß die Hitlergegner eine Revolution und nicht einen Staatsstreich brauchen würden, behandelt Finker vor allem die Frage, ob der 20. Juli 1944 als ein Militärputsch oder als eine Revolution zu bewerten sei. Gegen die einseitige Betrachtung in der Geschichtsschreibung der DDR, die er einleitend kurz und in ihrer Relation zu den Unzulänglichkeiten der westdeutschen Historiographie reflektiert, lehnt er jede vordergründig auf den Putschbegriff orientierte Charakterisierung als unzureichend ab. Für ihn ist wesentlich, daß der Versuch des militärischen Aufstandes nicht allein das Ziel verfolgt habe, Hitler zu beseitigen. Es sei darüber hinaus um „die Vernichtung des Systems und die sofortige Beendigung des Krieges“ gegangen. Sowohl vom Willen der Handelnden als auch von den vorhandenen Potenzen her habe die „Möglichkeit fortschrittlicher Veränderungen“ bestanden. Seine Schlußfolgerung bezieht die Absicht der „führenden Gruppe“ ein, „den Krieg zu beenden, eine revolutionär-demokratische Volksbewegung auszulösen, die ‚Revolution von oben‘ mit der Revolution von unten zu verbinden und in Deutschland grundlegende progressive Umgestaltungen durchzuführen. Mit Sicherheit hätte es im Falle des Gelingens noch heftige politische und vielleicht auch militärische Auseinandersetzungen gegeben, von deren Ergebnis Inhalt und Umfang der Umgestaltungen bestimmt worden wären.“

So sehr der Fortschrittsbegriff noch zu diskutieren sein wird, so deutlich wird allemal, daß der Verfasser nicht bereit ist, seine Überlegungen auf ein einziges Kriterium zu reduzieren. Finker übersieht das Moment des Nationalen oder das des Sozialen keineswegs, doch gewinnt keines für ihn jener Grad an Ausschließlichkeit, der bisher immer half, die Geschichtsschreibung der Politik unterzuordnen. Es lohnt sich, die konzeptionelle Spannweite jener 12 Punkte zu bedenken, zu denen er alle programmatischen Neuordnungsvorstellungen unter den Beteiligten bündelt. Dadurch erhält der Leser nicht nur Einblick in das authentische Geschehen, sondern wird auch darin bestärkt, die Substanz des Antifaschismus zu bewahren.

Wolfgang Venohr: Patrioten gegen Hitler Der Weg zum 20. Juli 1944. Gustav Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach 1994. 336 S., geb., 42,00 DM.

Ursula Adam: Die Generalsrevolte. Deutsche Emigranten und der 20. Juli 1944. Dokumentation. Aufbau Taschenbuch, Berlin 1994. 234 S., 16,90 DM.

Kurt Finker- Der 20. Juli 1944. Militärputsch oder Revolution? Dietz Verlag Berlin 1994. 318 S., Ln.. 38,00 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 15. Juli 1994, S. 13.

Zum Geleit

Auseinandersetzungen zur Geschichte stellten stets einen gewichtigen Bestandteil des politischen und geistigen Lebens in der deutschen Gesellschaft dar. Sie nahmen im Verlauf des 20. Jahrhunderts, vor allem in jüngster Zeit, an Umfang und Intensität erheblich zu. Im Fahrwasser populistischer Partei- und Wahltaktiken ging jedoch ihr eigentlicher Sinn – völlige Erschließung der historischen Wahrheit und komplexe Aufarbeitung zweifellos schwieriger Erscheinungen und Phasen der deutschen Vergangenheit – oft zugunsten machtorientierter und parteienegoistischer Interessen verloren. Dies aber trübt den notwendigen Blick auf weltgeschichtliche Zusammenhänge, verhindert die Erforschung wesentlicher gesellschaftlicher Ursachenbündel und erschwert schließlich jede gerechte Urteilsfindung.

Auch der unlängst vorgelegte Abschlußbericht der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ darf als ein neuerliches Beispiel für jene Geschichtsbetrachtung gelten, die über weite Strecken ihre Resultate bereits in den Prämissen der Untersuchung vorwegnimmt.

Um Analyse und Veränderung einer unzulänglichen „Geschichtspolitik“ bemüht, führte das *Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V.* am 22./23. April 1994 eine wissenschaftliche Tagung zum Thema „Gesellschaftliche Umbrüche und politischer Umgang mit den Schauen der Vergangenheit im 20. Jahrhundert“ durch. Ein größerer Kreis von geschichtswissenschaftlich Tätigen und historisch-politisch Interessierten spürte Gemeinsamkeiten und Unterschieden sowie allgemeinen Strukturen von Verdrängungs- und Anpassungsprozessen im politischen Umgang mit der Geschichte nach. Wesentliche Merkmale in der Geschichtspolitik von Parteien, staatlichen Institutionen, parlamentarischen Einrichtungen, Justizorganen und einzelner Persönlichkeiten standen zur Debatte. Ebenso wurde anhand historisch-konkreter Beispiele und unterschiedlicher Erklärungsansätze nach wissenschaftlich und moralisch vertretbaren Konsequenzen für die Geschichtsdiskussionen im heutigen Deutschland Ausschau gehalten.

In einigen Diskussionsbeiträgen spielten die jüngsten Kontroversen um die Gedenkstätte Buchenwald sowie um den unseriösen Gebrauch von Dokumenten aus dem SED-Archiv eine Rolle. Diese Aspekte im vorliegenden Protokollband zu dokumentieren, war den Herausgebern jedoch unmöglich.

Die Veranstalter bedanken sich an dieser Stelle für die Möglichkeit, die Jugendbegegnungsstätte Weimar-Buchenwald für ihre Tagung nutzen zu können. Besonderer Dank gilt auch dem in Zürich lebenden Dokumentaristen Erwin Leiser, der im Rahmen der Veranstaltung und mit Unterstützung der Thüringischen Landeszentrale für politische Bildung seinen Film *Pimpf war jeder* vorstellte. Die eindrucksvolle Dokumentation der Verdrängung von Schuld beim Erinnern an deutsche Geschichte (in diesem Fall beim Erinnern ehemaliger Gymnasiasten an ihre jüdischen Mitschüler) ergänzte nahezu gespenstisch die Grundaussagen der Tagung.

Jena, im Juli 1994

Prof. Dr. Manfred Weißbecker

(Vorsitzender des *Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V.*)

Gesellschaftliche Umbrüche und politischer Umgang mit den Schatten der Vergangenheit im 20. Jahrhundert. *Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V.*, Jena 1994, S. 1-2.

Zur „Geschichtspolitik“ deutscher Parteien in gesellschaftlichen Umbrüchen des 20. Jahrhunderts

Unsere schnellebige, von Erschütterungen und Wandlungen aller Art erfüllte Zeit bestimmt ihr Verhältnis zur Vergangenheit außerordentlich umfassend und zugleich so diffus wie selten zuvor. Zu der uralten Frage, wie man denn richtig Geschichte schreibt, ist längst die nach einem richtigen Umgang mit dem Geschehenen und Geschriebenen hinzugetreten. Jene etwas zweifelhaften Begriffe von „Bewältigung“ oder „Aufarbeitung“, die im Vordergrund heutiger Diskussionen stehen, beziehen sich nicht allein auf den notwendigerweise kritischen Umgang mit Regimen, die als unrechtmäßig, diktatorisch oder sogar verbrecherisch zu charakterisieren sind. Der Sache nach hat es stets und überall „Vergangenheitsbewältigung“ gegeben, mit gravierenden Höhepunkten in den Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche. Stets wurde geschichtliche Kompetenz ins Feld geführt, um Voraussetzungen für begründete Zukunftsperspektiven entwickeln zu können. Was uns gegenwärtig unter diesem politischen Markenzeichen begegnet, ist weder neu noch originell, es weist allenfalls bemerkenswerte Spezifika und divergierende historische Dimensionen, in vieler Hinsicht jedoch eine kaum zu ermessende Tragweite auf. Einige ihrer trüben Quellen und Erscheinungsformen, ausgewählte geschichtliche Pendants und aufschlußreiche Rankentriebe aus früheren gesellschaftlichen Umbrüchen deutscher Geschichte, insbesondere der Parteiengeschichte aufzuspüren – das ist mein Anliegen. Das Ergebnis kann nicht in einer umfassenden Parteiengeschichte, noch dazu einer auf vergleichender Basis, geschweige denn in Rezepten zur Behebung diverser Krisen des heutigen Parteienwesens bestehen. Vielleicht können bereits die Benennung und eine gleichsam modellartige Erhellung historischer Fakten unser Bild von den strukturellen Defiziten¹ etablierter Parteien ergänzen sowie die Kriterien eines sinnvollen, zukunftsichernden gesellschaftlich-demokratischen Umgangs mit den Schauen der Vergangenheit verdeutlichen.

* * *

Zunächst widerspiegelt die Tatsache eines kritischen Nachdenkens über die Geschichte etwas ganz Normales. Eine auch von Soziologen, Psychologen und Pädagogen vielfach belegte Notwendigkeit menschlicher Existenz besagt, daß solches zu den allgemeinsten Existenzformen und -bedingungen der Gesellschaft gehört. Irgendwie brauchen alle „historische“ Luft zum Atmen. Ohne Zeitperspektive und historische Dimension vermag keine Gegenwart zu bestehen, zumindest nicht in sinnvoller und an menschlicher Humanität orientierter Art und Weise. Historisches Selbstverständnis liegt jeder Weltanschauung zugrunde. An der Geschichte orientierte Ideale spielten immer eine wichtige Rolle, gleich ob positiven oder negativen Inhalts, gleich ob als Aufforderung an den politischen Gegner zur „Vergangenheitsbewältigung“ oder als „Vergangenheitsverklärung“ hinsichtlich des eigenen Wirkens. Weder der Umgang mit der Geschichte noch das Politische daran sind also zu kritisieren – bedenklich und bekämpfenswert erscheinen allein die tendenziösen, in nachvollziehbarem Machtinteresse erfolgenden Abweichungen von Normalität, d. h. von Menschlichkeit und Wahrhaftigkeit im Umgang mit der Verantwortungswahrnehmung oder der Verantwortungslosigkeit handelnder Menschen, tätiger Institutionen und Organisationen in ihrer jeweiligen Vergangenheit.

Historiker waren und sind trotz ihrer Profession nicht gegen die Gefahren fälschlicher Geschichtsdeutung gefeit. Groß ist insbesondere die Versuchung für den politisch interessierten und um politisches Engagement bemühten Zeithistoriker, seinen Beruf zu verfehlen. Allzu leicht wird es ihm gemacht, einem „Lumpensammler“ gleich die jüngste Vergangenheit zu durchstreifen, halbe Wahrheiten für ganze auszugeben, Legenden Vorschub zu leisten und einer – von Lucien Febvre beklagten – „Vergottung der Gegenwart mit Hilfe der Vergangenheit“ zu dienen.² Selbstverständlich er-

¹ Der bekannteste Kritiker des heutigen Parteienwesens sieht vor allem vier Struktur-mängel: 1. die Bürgerferne und die Entmündigung des Volkes durch die Parteien; 2. die begrenzte Problemlösungskompetenz der Parteien; 3. die Aushöhlung des Grundsatzes von der Gewaltenteilung und die Entwicklung von Parteien zu einer Monopolmacht; 4. die Dominanz des Eigeninteresses und die wachsende Ausbeutung des Staates durch die Parteien. Hans Herbert von Arnim: Ist die Kritik an den politischen Parteien berechtigt?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 11/93, 12.3.1993, S. 14 ff.

² Lucien Febvre: Das Gewissen des Historikers, Frankfurt a.M. 1990, S. 13 f.

wuchsen und erwachsen solche unzulänglichen Denkstrukturen primär aus der Sache selbst, aus der zweifellos komplizierten deutschen Geschichte und den ebenfalls sehr diffizilen Strukturen jedes historischen Denkens. Das Bild bliebe jedoch unvollständig, würde nicht auch auf jene Quellen verwiesen, die in einer auch mit (!) der Geschichte handelnden Zunft selbst liegen: Existenzsorgen, jeweilige politisch-weltanschauliche Positionen und charakterliche Verhaltensweisen ihrer Angehörigen spielen keine geringe Rolle.

Es gehört zu den normalen Erscheinungen in jeder Gesellschaft, daß sich mit der Geschichte keineswegs allein die Historiker befassen. Allerdings begann mit der Entstehung der politischen Parteien, vor allem mit dem Übergang von monarchischen Staatsverhältnissen zum Parteienstaat auch das, was ich die „Geschichtspolitik“ etablierter, in den Staat weitgehend integrierter Parteien bzw. einen bewußt parteipolitisch dominierten Umgang mit der Geschichte nennen möchte. Meines Wissens ist als erster der Münchener Historiker Norbert Frei davon ausgegangen, daß neben Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Bildungspolitik usw. auch so etwas wie eine „Vergangenheitspolitik“ existiert. Er wollte dies speziell für die Adenauer-Ära untersuchen. Sein Buchprojekt, von dem er mir vor etwa eineinhalb Jahren bei einer Begegnung im Institut für Zeitgeschichte erzählte, stand damals kurz vor dem Abschluß. Ich lehne mich an seine Begriffsbildung an, obwohl das angekündigte Werk bis heute noch nicht vorliegt. Möglicherweise hängt dies mit jenen Auseinandersetzungen zusammen, die es um das völlig anders orientierte Buch von Manfred Kittel über die „Legende von der ‚Zweiten Schuld‘“³ sowie um die personellen und konzeptionellen Veränderungen an besagtem Institut gegeben haben muß. Die Hintergründe sind im Einzelnen unbekannt, sie lassen sich aber vermuten und durchaus unserem Thema vom schattenwerfenden Umgang mit den Schatten der Vergangenheit zuordnen.

Im Sinne eines solchen Begriffs sind erhebliche Vorwürfe an die Adresse zahlreicher politischer Parteien und deren Umgang mit der Geschichte im gesamten 20. Jahrhundert zu artikulieren. Vorwürfe, die mit Recht gegen die Geschichtswissenschaft in der DDR erhoben worden sind, treffen in vieler Hinsicht auf frühere Verhältnisse ebenfalls zu und sind in der vergrößerten deutschen Bundesrepublik keineswegs überflüssig geworden: In fast allen Streitpunkten von Historikern und sich der Geschichte bedienenden Politikern lassen sich nach wie vor politisch-instrumentalisierende Zwecke, seltsam zwielichtige Rollenzuweisungen, populistische Versuche zur Meinungsbeeinflussung und ein letztlich amoralischer Abbau jedweder Wissenschafts- und Diskussionskultur erkennen. In allen gesellschaftlichen Umbrüchen des 20. Jahrhunderts sind (im Gegensatz zu einem sinnvollen und ehrlichen Umgang mit der Vergangenheit) mehr oder weniger absichtsvoll Schreckensbilder der Gegenwart durch eine geschichtspolitische Nutzung wahrer oder vermeintlicher Schreckensbilder aus den vorausgegangenen Zeiten überlagert worden.

Wenn aber so mit der Vergangenheit zu politischen und vor allem zu parteipolitisch-egoistischen Zwecken umgegangen wird, wenn so bestimmte Seiten der Vergangenheit regelrecht *umgangen* werden, weil sie eben nicht ins jeweilige Parteikonzept passen wollen, wenn so vom eigenen Versagen abgelenkt und ein Turm an Belastungen für die jeweils konkurrierenden Parteien konstruiert wird – dann handelt es sich nach meiner Auffassung nicht mehr allein um einen allgemein vertretbaren Umgang mit Geschichte, auch nicht um ein aus Dummheit, Halbbildung und Arroganz erwachsendes Mißverständnis von Geschichte, sondern um eine parteiorientierte Geschichtspolitik. Möglicherweise kommt gegenwärtig gerade Historikern der ehemaligen DDR die Verpflichtung zu, aus ihrer Mitverantwortung für die Prozesse und Ergebnisse von politischer Degradierung der Wissenschaft heraus vor einem solchen Umgang mit den Schatten der Geschichte zu warnen, der Fehler wiederholt – auch wenn diese durch andere Vorzeichen und Ausmaße charakterisiert sind. Politische und ideologische Überformung von Geschichtswissenschaft schadet überall, sie führt generell zu Simplifikation und Schematisierung, zu dogmatisierender Enge und Realitätsverlust.

In der Geschichte des 20. Jahrhunderts lassen sich mehrere Arten und Formen von „Vergangenheitsbewältigungen“ feststellen. Da gab es, wie der Staatstheoretiker Helmut Quaritsch meint, die

³ Siehe Manfred Kittel: Die Legende von der „Zweiten Schuld“. Vergangenheitsbewältigung in der Adenauer-Ära, Berlin/Frankfurt a. M. 1993.

Modelle der Ignoranz und der Amnestie, das „Gebot des Vergessens“ bei strengster Bestrafung einiger weniger, die rachsüchtigen Vergeltungsorgien und ausgebreitetes Lynchen, den „Abrechnungsfurore“ oder die Erscheinungen einer „Aufarbeitung mit staatlichen Mitteln“, wozu u. a. Sondergerichte, Sonderstrafgesetze und Sühnemaßnahmen wie Zwangsarbeit, Aberkennung der Staatsbürgerschaft und des Wahlrechtes gehören. Eine Alternative dazu, die in einer freimütigen Auseinandersetzung und wirklichen, an der komplexen geschichtlichen Wahrheit orientierten Aufarbeitung bestehen könnte, sei in der bisherigen Menschheitsgeschichte reine Theorie geblieben.⁴

So verwundert wenig, daß auch heute noch kein Weg gefunden worden ist, dessen Beschreiten aus der Misere verlorener Fortschrittsperspektive⁵, geistiger Orientierungslosigkeit, politikkonzeptioneller Hilflosigkeit und einer allgemeinen Politikverdrossenheit herausführen würde. Einen solchen Weg suchen zu helfen und mit spezifischen Mitteln begehbar zu machen, darf als eine der wichtigsten Aufgaben jedes Wissenschaftlers und ebenso jedes verantwortungsvoll denkenden Politikers gelten. Zumindest sollte von beiden alles getan werden, um jene Wege zu verbauen, die einzig und allein zurückführen würden. Wo dies nicht angestrebt wird, verbreitet sich der Fanatismus von Wiederholungstätern, die kaum anderes im Sinn haben, als alte Schlachten noch einmal zu schlagen, als im Siegesrausch frühere Niederlagen oder uneinsichtig eigene Fehler vergessen zu machen.

Mit Recht verweisen Wissenschaftler und Publizisten gelegentlich darauf, daß statt von einer Politikverdrossenheit besser von einer Partei- bzw. „Altparteienvdrossenheit“ gesprochen werden müßte.⁶ Denken wir nur an das verbreitete Mißbehagen über das von Skandalen aller Art geprägte Erscheinungsbild vieler Parteien, an ihr unzulängliches konzeptionelles und personelles Angebot, an den von ihnen bevorzugten karrieristischen Berufspolitikertyp, an die Parteienfinanzierung, an die mangelhafte innerparteiliche Willensbildung und verkrustete Strukturen des Parteienwesens, d. h. an eine Vielzahl von Faktoren, die demokratischen Entwicklungsnotwendigkeiten der Gesellschaft hinderlich im Wege stehen.

All das gilt natürlich auch für die Geschichtspolitik der Parteien. Sie läßt sich untersuchen anhand programmatischer Dokumente, noch mehr aber anhand diverser Funktionärszeitschriften und interner Mitteilungsblätter, des publizistischen und parlamentarischen Niederschlags ihrer historischpolitischen Debatten, der Protokolle von Enquête-Kommissionen, der Konzepte für symbolträchtige Gedenktage und Gedenkstätten, anhand von Briefen und Erinnerungen politisierender Historiker usw. Für eine themenrelevante Auswertung des reichhaltigen Materials findet sich in der umfangreichen, vorrangig politikwissenschaftlich und soziologisch-strukturell angelegten Parteienforschung kaum ein geeignetes methodisches Raster. Standardwerke zu den politischen Parteien und ihrer Geschichte klammern im Grunde die Geschichte als Gegenstand von Parteipolitik aus.⁷

Aus meiner Sicht sollten einige wesentliche Problemfelder innerhalb des historisch-politischen Agierens von Parteien wie folgt befragt werden:

1. Wie verhielten und verhalten sich Parteien zur Geschichte der überwiegend nationalstaatlich betriebenen Außenpolitik und deren Rechtfertigung mit Hilfe geschichtlich geprägter Bilder von Fremden, Freunden oder Feinden, von willkommenen Verbündeten oder widerwillig akzeptierten Partnern? Diese Frage erscheint mir umso bedeutsamer, als gerade in außenpolitischer Hinsicht immer wieder eine nationalgeschichtlich begründete Konsensfähigkeit unterschiedlicher Parteien erreicht oder zumindest demonstriert worden ist, die den Deutschen letztlich nur zum Schaden ge-

⁴ Helmut Quaritsch: Theorie der Vergangenheitsbewältigung, in: Der Staat, H. 4/1992, S. 519-551.

⁵ Damit greife ich Thesen auf, die Hans Mommsen auf der Tagung „Historische Orientierung nach der Epochenwende oder: Die Herausforderung der Geschichtswissenschaft durch die Geschichte“ an der Evangelischen Akademie Loccum vortrug und die in der Forderung nach der Entfaltung einer „republikanischen Geschichtswissenschaft“ in Deutschland gipfelten.

⁶ Siehe Hans Rattinger: Abkehr von den Parteien? Dimensionen der Parteiverdrossenheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 11/93, 12.3.1993, S. 24.

⁷ Siehe dazu auch den aufschlußreichen Band von Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993.

reichte. Man denke an die Anti-Versailles-Stimmung aller politischen Kräfte in der Weimarer Republik oder an die „Volksgemeinschafts“-Bemühungen der deutschen Faschisten. Nicht zuletzt liegt ein Zusammenhang zwischen der Parole „Wir sind ein Volk!“ aus der vorläufig letzten „Wende“ deutscher Geschichte und der Beförderung des neudeutschen Nationalismus unter dem Motto „Deutschland den Deutschen“ auf der Hand.

2. Welchen Platz nahmen und nehmen aus der Geschichte abgeleitete Programm- und Legitimationsansprüche von Parteien in deren weltanschaulich-ideologischen Grundlegungen ein? Beispielsweise bedienen sich konservative und noch rechtere Parteien dazu in der Regel solcher Bezugspunkte wie Volk, Staat, nationale Größe und Ehre; andere gehen von Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit, Frieden usw. aus. Die Palette ist beliebig erweiterbar, in jedem Falle aber ein Ausdruck jeweiliger Machtorientierung und selektiver Geschichtsinterpretationen.

3. Welchen Platz maßen und messen die Parteien in ihrem Ringen um eine ihrer Programmatik entsprechende Lösung innenpolitisch-gesellschaftlicher Konflikte den historischen Aspekten von Leit- und Feindbildern, von Vorurteilen und bei politischem Bedarf mobilisierungsfähigen Parolen bei? Tatsächlich dominierten in der Parteiengeschichte fast immer Feindbilder und gaben den Boden für die jeweiligen eigenen Leitbilder ab. Positionsbestimmungen erfolgten und erfolgen in der Regel als diffamierende Abgrenzungsversuche zu anderen Parteien oder auch zu anderen Bevölkerungsgruppen und Minderheiten jeglicher Art. Die deutschnationalen Verfechter der berüchtigten Legende vom Dolchstoß, den die revolutionären Massen im November 1918 dem im Felde unbesiegten deutschen Heere in den Rücken versetzt hätten, fragten nicht nach den eigentlichen Ursachen des militärischen Desasters und schon gar nicht nach ihrer eigenen Verantwortung – sie nahmen ihr eigenes Feindbild für bare Münze: Marxismus und Liberalismus – darin eingeschlossen die Juden hätten den Stoß geführt, die Massen verführt. Das umfassende antisemitische Feindbild der Nazis vermochte lediglich eine völlig undefinierbare Größe von „Rassereinheit“ zu postulieren. Die stereotype Verwendung der Formel vom „Unrechtsstaat“ DDR verhindert jeden Ansatz zur Neubestimmung und Durchsetzung verbesserungswürdiger demokratischer Positionen. Aber auch der Antifaschismus – so sehr ich ihn persönlich verfechte – ging nach 1945 zumindest unüberlegt von einem nicht mehr der Realität entsprechenden Feindbild aus. Trotz unterschiedlichster Inhalte lassen sich durchaus allgemeine Mechanismen einer vielgestaltigen, stets aber aus der Vergangenheit abgeleiteten „Sündenbock“-Konstruktion erkennen, wobei in entsprechenden Analysen die Möglichkeiten lang-, mittel- und kurzfristiger Abrufbarkeit geschichtlicher Vorurteile und Aversionen von besonderem Interesse sein sollten.

4. Wie sahen und sehen die Parteien das Verhältnis von Politik und Geschichtsschreibung sowie von politischer und historischer Propaganda? Welchen Rang räumen sie der Geschichte, insbesondere der Zeitgeschichte als einem Gegenstand öffentlich-demokratischer Diskussion ein?

* * *

Aus welcher Zeit auch immer jene anklagend-fordernde Parteischelte stammen mag, die ich zu Beginn des zweiten Teils meiner Ausführungen zitiere – sie scheint zeitlos gültig zu sein. Unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und der deutschen Novemberrevolution hieß es in einer Korrespondenz der Deutschen Demokratischen Partei (DDP): „Aufs tiefste zu bedauern ist aber die jetzt einsetzende parteipolitische Ausnutzung der Vorgänge. Keine Partei sollte das tun.“⁸ Aus derselben Zeit und Quelle stammt der mit Selbstverständlichkeit und Verve erhobene Vorwurf der „Geschichtsklitterung“⁹, den fast alle Parteien, auch die proletarischen, an die Adresse jeweils anderer Parteien erhoben. Darüber hinaus hieß es in der Auseinandersetzung der DDP mit einer Aussage konservativer Kräfte: „Diese Behauptung ist natürlich das Gegenteil der objektiven Wahrheit. Es wird aber doch notwendig sein, daß von Seite der Regierung einwandfrei festgestellt wird, welche

⁸ Deutsche Demokratische Korrespondenz, 22.11.1919.

⁹ Ebenda, 15.2.1919. Der Vorwurf richtete sich an die „Kreuz-Zeitung“, die geschrieben hatte: „Hätten die Naumann, Scheidemann, Erzberger eine klare Vorstellung davon gehabt, was unser nach der Niederlage wartete, so hätten sie sich doch vielleicht vor einer Politik gehütet, die uns schließlich unseren Feinden ausliefern mußte.“

Ereignisse und Vorgänge zu unserem politischen und militärischen Zusammenbruch geführt haben.“¹⁰

Unabhängig von den geschichtlichen Konkreta scheint in den zitierten Sätzen bereits ein allgemeines Strickmuster des parteipolitischen Umgangs mit der Vergangenheit auf:

Wahr ist, was wir sagen, selbst wenn es erst noch zu beweisen ist, der Gegner hat auf jeden Fall unrecht. Bitterer Hohn führte einem unbekannten Dichter die Feder, als er für „Die Weltbühne“ ein Gedicht verfaßte, in dem es u. a. hieß:

„Herr, mach uns frei!
Reinige uns vom Verdacht und der Sünde.
Wir haben parteipolitische Gründe,
daß unsere Weste sauber sei.“¹¹

Parteipolitische Gründe bestimmten auch die Verwendung der jeweiligen Mittel, sozusagen der „Weißmacher“ für die eigene Weste und der „Anschwärzer“ für die anderen. In einer Rezension wurde 1919 ein geschichtswissenschaftliches Werk außerordentlich gelobt und mit dem Aufruf versehen, es schreie direkt „nach Umprägung in politische Kleinmünze“. ¹² Politiker sehen offensichtlich schon seit eh und je in der Geschichte einen Steinbruch zur beliebigen Verwendung; und nimmt man die Aussage wörtlich, dann sahen sie in ihr auch so etwas wie eine Finanzierungsanstalt für jeweils kleingeistige und parteiegoistische Geschäfte. Angesichts der seitdem feststellbaren und heute noch andauernden Entfaltung dieser „Umprägung“-Bemühungen läßt sich wohl generalisierend von einer Tendenz zum „Versilbern“ des Kapitals der Wissenschaft sprechen bzw. umgekehrt nach der Verführbarkeit von Wissenschaft und Wissenschaftlern durch parteipolitische Silberlinge fragen.

Das Genannte wäre mit Leichtigkeit durch Belege aus anderen Parteien und anderen Zeiten zu ergänzen. Natürlich unterscheiden sich von Partei zu Partei das Inhaltlich-Konzeptionelle und die jeweilige Stoßrichtung. Für mein geschichtswissenschaftliches Urteil besteht darin das entscheidende Kriterium. Ob sich eine Partei beispielsweise für die Dolchstoßlegende oder gegen sie aussprach, ob sie sich für die braune Diskreditierung der Weimarer Republik als eines angeblich „verjudeten Systems“ oder für deren Charakterisierung als bürgerlich-parlamentarische Demokratie engagierte, ob sie sich für einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg oder für die Kontinuität des deutschen Nationalstaatsgedankens einsetzte, ob sie sich heute der These von der DDR als „Unrechtsstaat“ und zweiter deutscher Diktatur oder einer Deutung als legitimer antifaschistisch-antikapitalistischer Alternative anschließt – all das macht selbstverständlich das Fundament des Urteils aus.

Die Geschichte kennt jedoch nicht nur die Fundamente. Daneben kommen viele andere Faktoren, unter ihnen auch allgemeine parteienspezifische Merkmale zum Vorschein und zum Tragen. Das Verhalten einer Partei bestimmt sich eben nicht allein aus ihrem Programm, ihren Zielen und ihren soziospezifischen Interessen, sondern auch daraus, daß sie eine Organisation und keine staatliche Institution, daß sie keine wirtschaftliche, sondern eine politische Einrichtung ist, daß sie nicht mit irgendwelchen Vereinen gleichzustellen ist usw. Die Geschichtswirksamkeit solcher Tatsachen ist zu erahnen, ihre Folgen dürften jedoch noch weitgehend unerforscht und sogar unterschätzt worden sein. Seit den klassischen Arbeiten von Moisi Ostrogorski und Robert Michels¹³ sind die Tendenzen der Oligarchisierung, der bürokratischen Verkrustung und machtsversessenen Realitätsverweigerung aller Parteiführungen eher verdrängt als einer Neubestimmung ihrer Politik zugrunde gelegt worden.

¹⁰ Deutsche Demokratische Korrespondenz, 15.2.1919.

¹¹ Die Weltbühne, Nr. 45 vom 10.11.1925.

¹² Deutsche Demokratische Korrespondenz, 8.3.1919.

¹³ Siehe Rolf Ebbinghausen: Die Krise der Parteiendemokratie und die Parteiensoziologie. Eine Studie über Moisi Ostrogorski, Robert Michels und die neuere Entwicklung der Parteienforschung, Berlin 1969.

Ich kehre noch einmal zum ersten großen gesellschaftlichen Umbruch Deutschlands in diesem Jahrhundert zurück. Damals handelte es sich im politischen Umgang mit der Geschichte vor allem um die Auseinandersetzungen zu den Ursachen des Ersten Weltkrieges und der militärischen Niederlage. Alle parteipolitisch relevante Beschäftigung mit der Vergangenheit konzentrierte sich bekanntlich im Grunde kampagneartig auf die Frage der Kriegsschuld, zugleich aber auf die der sogenannten Umsturzschild, auf den Dolchstoß und die Revolution. Dabei bediente man sich auch des Parlamentarismus. Erstmals in der deutschen Geschichte, die bis zur Novemberrevolution ein unterentwickeltes parlamentarisches Enquête-Recht aufwies, berief die Weimarer Nationalversammlung auf der Grundlage des Artikels 34 der neuen Verfassung im August 1919 einen eigenen parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Dessen Aufgabe sollte es sein, Tatsachen festzustellen sowie die historische und moralische Schuld der Verantwortlichen zu prüfen. Der ursprüngliche, durch das Auftreten Ludendorffs provozierte Vorschlag der Regierungsparteien zur Einrichtung eines Staatsgerichtshofes war vorher abgelehnt worden. Die Suche nach der historischen Wahrheit sollte nicht mit staatsanwaltlicher und richterlicher Tätigkeit verquickt werden.¹⁴ Sie wurde in die Hände von 28 Parlamentariern gelegt, letztlich also den jeweiligen Wahlergebnissen und wechselnden Parteimehrheiten überlassen. Bis zur offiziellen Bestätigung des Berichts über den militärischen deutschen Zusammenbruch von 1918 durch den Reichstag am 17. Juli 1925 hat übrigens nur ein einziger Abgeordneter ständig einem Unterausschuß angehört.

Der Reichstag sprach damals selbstverständlich die Militärs und die Politiker von jeder kriminellen und selbst von jeder moralischen Schuld frei.¹⁵ Mit einer gewissen Spannung kann man dem sicher völlig entgegengesetzten Abschlußbericht der heutigen Enquête-Kommission vor den diesjährigen Bundestagswahlen entgegensetzen, ebenso auch der zu erwartenden Fortsetzung ihrer Tätigkeit in den nächsten Legislaturperioden; zu groß ist wohl noch das Reservoir an historischen „Kleinmünzen“, auch wenn deren geschichtspolitische Verwendung gelegentlich mit dem Hinweis auf eine an sich nützliche archivalische Sammeltätigkeit verschleiert werden soll. Nebenbei: Die dominierenden Parteien der ehemaligen BRD konnten und wollten sich niemals zu einem Untersuchungsausschuß des Bundestages zu einer Untersuchung der faschistischen Vergangenheit entschließen.

Im Jahre 1919 sprachen sich alle Parteien grundsätzlich für die Schaffung des Untersuchungsausschusses aus. Natürlich ging dies nicht ohne Widerstände ab. Die Deutsche Volkspartei (DVP) lehnte zunächst ihn als ein „Parteigericht“ der in Revolutionswirren zur Macht gelangten SPD, USPD und DDP ab, hielt ihn aber bald für ein „verdienstvolles Werk“, da er die Voraussetzung erfülle, das „Gesicht der wahrhaft Schuldigen ... sichtbar“ zu machen.¹⁶ Den rechten Parteien gelang es vor allem nach den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920, den Ausschuß für ihre Zwecke zu nutzen. Im Gegensatz zu seinen Initiatoren und Intentionen war ihr Bemühen um seine Zusammensetzung, die leitenden Posten, die Verbreitung der Ergebnisse sowie um deren juristische Absicherung in den sogenannten Dolchstoß-Prozessen von Magdeburg und München erfolgreich. Auch vor antisemitischer Indienstnahme machten sie nicht halt: Nach ihrer Version hätten die Hindenburg und Ludendorff als große Deutsche nicht vor einem Gremium auftreten dürfen, in dem jüdische Politiker wie Hugo Sinzheimer (SPD) und Oskar Cohn (USPD) mitwirkten.¹⁷

Insgesamt erfuhr das Verhältnis von Wissenschaft und Politik im gesellschaftlichen Umbruch von 1918/19 eine wichtige Veränderung. Neben die Zunft der Historiker trat die historisierender Politiker. Politische Interessen und machbezogene Ambitionen fanden immer mehr Eingang in die Wissenschaft. Andererseits konnte die Politik ohne Wissenschaft immer weniger auskommen, wie sich z. B. 1919 in der Entstehung eines „Wissenschaftlichen Beirates“ der Deutschnationalen Volkspar-

¹⁴ Siehe Ludwig Herz: Der parlamentarische Untersuchungsausschuß, sein Ziel und seine bisherigen Ergebnisse, Berlin 1920, S. 5 f.

¹⁵ Siehe Albrecht Philipp: Die Ursachen des deutschen militärischen Zusammenbruchs 1918. Die Geschichte einer „parlamentarischen Untersuchung“ 1919-1925, Berlin 1925.

¹⁶ Eduard Spieß: Vier Wochen Untersuchungs-Ausschuß und ihr Ergebnis, Berlin 1920, S. 3 f. und S. 48.

¹⁷ Herz, a. a. O., S. 24 f.

tei (DNVP) unter der Leitung von Ulrich Kahrstedt zeigte, eines Mannes, der in seiner berüchtigten „Irredenta“-Denkschrift vom Juni 1919 geschrieben hatte: „Wir müssen eine Hochflut von 10-Pfennig-Heften bekommen, mit bunten Titelbildern, in denen nichts geschieht, als die Verfolgung einer ideal guten Bürgerfamilie, die Brotlosmachung eines biedereren und treuen Handwerkers oder Arbeiters, als die Schändung lieblicher deutscher Mädchen durch Neger und Polen.“¹⁸

Es waren zunächst vor allem die rechten Parteien, die aus ihrer generellen Defensivposition heraus geschichtlich argumentierten und entscheidende Schatten des wilhelminischen Militarismus verteidigen, vergessen machen oder gar rechtfertigen und verherrlichen wollten. Aber selbst aus ihren Reihen wurde damals noch offen bekannt, was heute manchem als eine tunlichst nicht zu benennende Problematik gilt: eben die parteien- und parlamentarismusimmanenten Schwächen im Umgang mit der Geschichte. Als es damals um die Frage ging, ob die Entscheidung über die historische Wahrheit allein Sache von Abgeordneten sein könne und nicht auch Fachleute hinzugezogen werden müßten, lautete die ehrlich-entlarvende Einschätzung eines Vertreters der DNVP so: „Wir Parlamentarier – *das wollen wir doch festhalten* – sind gewohnt, bestimmte politische Vorgänge *einseitig* unter einem bestimmten Gesichtswinkel zu betrachten. Wir haben uns in Rede und Schrift dahin festgelegt ...“¹⁹ Ähnlich argumentierte die DVP. Wo sind bei heutigen Geschichtspolitikern siegreicher Parteien solche Einsichten geblieben? Bei ihrem Vorhandensein würde sich die verletzende Selbstgerechtigkeit politisierender Ex-Pfarrer (von denen einer sogar zweimal durchs theologische Examen geflogen ist²⁰) gegenüber der Geschichte der DDR und der deutschen Teilungsgeschichte in den Zeiten des von beiden Seiten geführten Kalten Krieges erübrigen. Notwendigerweise würden sich dann auch alle Tendenzen zu selbstgefälliger Nostalgie und historischer Rechthaberei verbieten, die ebenfalls zu unhistorischen Behauptungen führen müssen bzw. eine zeitgemäße Politik behindern, gleich ob dies nun als „borniert“ zu qualifizieren ist oder nicht.²¹

Auch nach dem Verbleib anderer Erkenntnisse und Erfahrungen aus der langen Geschichte von „Vergangenheitsbewältigungen“ ist zu fragen. So erklärte Gustav Stresemann, Vorsitzender der Deutschen Volkspartei und langjähriger Außenminister der Weimarer Republik, im Jahre 1922 anlässlich der Debatte über den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Republik, die der Reichstag nach den Morden an Matthias Erzberger und Walter Rathenau, nach unzähligen Untaten frühfaschistischer Feinde des Weimarer Staates führte, man könne auch als Herzensmonarchist und Vernunftrepublikaner – als solcher verstand er sich selbst – dem Gegenwartsstaate geben, was er verlange, ohne die eigene „Achtung und Pietät für Vergangenes“ aufzugeben. Der spätere Friedensnobelpreisträger fügte hinzu, daß der Staat doch eigentlich wirksamer als mit Gesetzesparagrafen zu schützen sei: „Ich glaube, die Republik würde eher moralische Eroberungen machen, wenn sie von Bilderstürmerei und Verletzung des Vergangenen absähe.“²²

Stresemann war weder der erste noch der letzte Parteipolitiker, der über einen unzureichenden Umgang mit der Geschichte zu klagen bzw. einen solchen zu rechtfertigen hatte. Die deutsche Geschichte – sicher auch die anderer Länder – ist voller Beispiele dafür, sowohl in der Politik als auch in der Geschichtswissenschaft. Zu bedenken wäre in diesem Zusammenhang zweierlei: Zum einen ist die Absicht von Parteipolitikern zu wirklichen „moralischen Eroberungen“ unbewiesen, zum anderen wissen wir, daß es bei großen Teilen der Deutschen solche „moralischen Eroberungen“ eher dank Bilderstürmerei und verletzender Vergangenheitspolitik gegeben hat. „Versöhnung“, wie sie Stresemann möglicherweise im Auge hatte, gab es kaum. Im Gegenteil: Wenn man die Geschichte verfolgt, zeigt sich, wie sehr die Geschichtspolitik ausgeweitet worden ist, auch dort, wo

¹⁸ Zit. nach Wolfgang Ruge: Deutschnationale Volkspartei. In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden, hrsg. von Dieter Fricke u.a., Bd. 2, Leipzig 1984, S. 522.

¹⁹ Zit. nach Herz, a. a. O., S. 8. Hervorhebung durch den Vf.

²⁰ Dies betrifft Herrn Gauck. Persönliche Mitteilung eines Mitgliedes der Prüfungskommission.

²¹ Siehe die Debatte im „Neuen Deutschland“ zur Kandidatur von Heinrich Graf von Einsiedel auf der Offenen Liste der PDS zu den bevorstehenden Bundestagswahlen.

²² Gustav Stresemann: Schutz der Verfassung, in: Flugschriften der Deutschen Volkspartei, Folge 43, Berlin 1922, S. 12.

verbal von „Versöhnung“ und angeblich aufgehobener Klassenspaltung in einer „deutschen Volksgemeinschaft“ die Rede ging.

Ein weiteres Element früherer Versuche zur „Vergangenheitsbewältigung“ ist heutzutage ebenfalls kaum noch erkennbar, so daß von einer Art „Vorgeschichtslosigkeit“ und Isolationismus in der dominierenden Sicht auf die DDR-Geschichte zu sprechen wäre:

Der Historiker Karl Alexander von Müller, bekannt als erstes NSDAP-Mitglied unter deutschen Ordinarien und als wesentlicher Förderer Hitlers auf dessen Weg an die Macht, ließ sich 1935 über „Probleme des Zweiten Reiches im Lichte des Dritten“ aus:

Sein doppeldeutiges Wortspiel besagte, daß da, wo Licht sei, auch Schatten anzutreffen sein müsse. Gemeint war in erster Linie die Weimarer Republik, die mit einer völlig beleglosen Selbstverständlichkeit diskreditiert wurde. Aber er bezog sich, um das braune Regime besonders kräftig lobpreisen zu können, auch auf das Bismarcksche Reich. Dieses sei zwar notwendig, aber „keine letzte Erfüllung“ gewesen.²³ Insofern habe es untergehen müssen, seien Fragen auch nach dem Zersetzenden und Lebensunfähigen zu stellen: „Seit 1918 drängten diese Fragen sich uns auf und wir versuchten darauf zu antworten: aus dem Gesichtswinkel des wechselnden Tages; nach den auf und nieder schwankenden Erlebnissen dieser quälenden Nachkriegsjahre; wie einer, der Perspektiven messen soll, während die Erde unter ihm bebt. Erst jetzt, seit dem Aufbau des dritten Reiches, gewinnen wir wieder sicheren Grund unter den Füßen; feste Richtlinien, um ein Urteil zu begründen; jetzt allmählich beginnen die geschichtlichen Maßstäbe unserer Entwicklung im letzten Jahrhundert sich in ihrer ganzen Größe vor unseren Augen zu enthüllen.“²⁴

Die für die NSDAP so typische „Abrechnung“ mit der Weimarer Republik war in diesen Worten wie eine Selbstverständlichkeit vorausgesetzt und in den Blick auf Vorausgegangenes eingeordnet. Dennoch mutet die Einbeziehung von Weimars Vorgeschichte noch wissenschaftlich an im Verhältnis zu den totalitarismustheoretischen Deutungen der DDR-Geschichte, die weder die faschistische Diktatur als die eigentliche Wurzel zahlreicher Nachkriegsentwicklungen noch die Komplexität des weltweit geführten Kalten Krieges berücksichtigen wollen. Statt eines kausalen und komplexen Herangehens an die deutsche Geschichte werden die faschistische Diktatur und die DDR typologisch gleichgesetzt sowie vom Ersten Weltkrieg und der Weimarer Republik abgekoppelt. Still-schweigend wird auf solche Art und Weise der historische Anspruch der DDR als antikapitalistische und antifaschistische Alternative negiert. „Ohne Kenntnis dieses Anspruchs ist die Geschichte der DDR nicht zu begreifen, ist ihr sozialer und kultureller Zivilisationsfortschritt nicht zu fassen.“²⁵

Es ist in erster Linie das verhängnisvolle Wirkungsfeld des deutschen Nationalismus, das so in seinem Wesen aufgewertet und in seinen Folgen relativiert wird. Wir wissen demgegenüber, wie sehr die gegen den Frieden von Versailles gerichtete Geschichtspolitik Weimarer Parteien den nationalistischen Boden für den Erfolg der deutschen Faschisten und für den Zweiten Weltkrieg bereitete. Auf der Suche nach den Schuldigen am Kriegsausbruch und an der deutschen Niederlage bewegte selbst viele sozialdemokratische und liberale Abgeordnete der Weimarer Nationalversammlung in den Debatten um die Einrichtung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zwar die Ablehnung von Gewalt und Krieg als Mittel zur Lösung politischer Konflikte, mehr aber noch die Sorge, man würde mit der Suche nach Schuldigen in Deutschland „deutschen Interessen im Ausland“ schaden. Man müsse doch um jeden Preis die „nationale Würde“ wahren. Gustav Stresemann war es, der die Parole ausgegeben hatte: „Es muß auf das allerentschiedendste der Kampf gegen das Zerrbild geführt werden, das man der Welt von Deutschland entworfen hat.“²⁶ Fast ausnahmslos haben die Parteien der Rechten, der Mitte und auch der Linken dies befolgt.

²³ Karl Alexander von Müller: Probleme des Zweiten Reiches im Lichte des Dritten, München 1935, S. 28.

²⁴ Ebenda, S. 11.

²⁵ Siehe Winfried Schröder: Unter dem Banner der Diktaturen-Typologie. DDR-Forschung – Kampf um die Deutung der weltgeschichtlichen Vergangenheit, in: Neues Deutschland, 19/20.3.1993, S. 10.

²⁶ Archiv der Deutschen Volkspartei, Nr. 10 vom 4.9.1920, S. 12.

In den „Monatsheften“ der NSDAP forderte der heute mit Recht vergessene Historiker Karl Siegmund Baron von Galéra, daß es für jeden, der „aufrichtig“ um die Probleme der jüngsten Geschichte ringe, nur einen „nationalen Stil seines Werkes“ geben könne. Ende 1932 setzte er hinzu: „... dieser ist bestimmt durch das Bekenntnis zum Nationalsozialismus, den man mit einem Worte kurz als die sinnvolle Überwindung einer brüchigen Vergangenheit bezeichnen kann.“²⁷

Dennoch trägt das Bild von weitgehender nationaler Einigkeit. Wenn es um parteipolitische Abgrenzungs- und Profilierungsarbeit ging, griffen – bildlich gesprochen – alle zum Messer. Ihre diversen historischen Attacken richteten konservative Kreise keineswegs allein gegen die proletarischen Parteien, sondern ebenso vehement gegen die parteipolitischen Gegner aus dem Lager des Liberalismus. Das einigende Band des deutschen Nationalismus wurde erst recht nicht von der NSDAP aufgenommen. Hitler setzte vor den Kampf gegen Versailles den gegen die „Novemberverbrecher“; dies ging nicht mehr – ich bleibe bei dem gewählten Bilde – ohne Messer ab, was ja in allen seinen inneren Zusammenhängen und Folgen bekannt ist.

Wie stark die NSDAP den Umbruch von 1933 als eine brutale Abrechnung mit der Weimarer Republik verstand, geht wiederum aus ihren „Nationalsozialistischen Monatsheften“ hervor. Man verschob das ursprünglich geplante thematische Heft für den Monat April bis zum Juli. Statt des Richard Wagner zugedachten Themas lauteten im April das Thema „Novemberverbrecher“, im Mai „Die Rassenfrage und das neue Reich“ und im Juni „Die deutsche Revolution“, wobei sich in letzterem Heft Franz Lüdtke dem Thema „Aufbruch in das dritte Jahrtausend deutscher Geschichte“ zugewandt hatte: „Als unter dem Jubel der Glocken von Potsdam das Novembersystem wie ein Spuk versank, da wandte sich der Blick des deutschen Volkes in neuerwachter Zuversicht nach *vorwärts*. Vergessen und ausgelöscht erschien mit einem Schlag das halbe Menschenalter der Schmach, das unser Volk durchlebte und, wie so oft, kam an vielen Stellen die alte unkluge Gutmütigkeit des germanischen Menschen wieder zum Vorschein, der wohl zu zürnen vermag, aber nur zu schnell erlittene Unbill vergißt. Wir aber wollen nicht vergessen! Wir decken nicht den Mantel der Liebe über das, was in diesen fünfzehn Jahren geschah. Wir werden schonungslos auch die letzte Schandtats aufdecken, durch die unser Volk entwürdigt worden ist ... niemals gab es ein kleineres und kläglicheres Geschlecht von Verrätern als das von 1918. Wir wollen nicht vergessen.“²⁸

* * *

Einen parteigebundenen Umgang mit der Geschichte gab es in allen gesellschaftlichen Umbruchszeiten; er ist hier nicht historisch-konkret darzustellen. Ich möchte ebensowenig Vergleiche anstellen, obwohl es schon auffällt, daß zwischen der „Abrechnung“ der NSDAP mit dem Weimarer Staat und der „Abwicklung“ der DDR-Geschichte verhältnismäßig mehr Gemeinsames besteht als zwischen diesen und den Bewältigungsversuchen zur Geschichte beider Weltkriege und der faschistischen Diktatur. Aus der Vielfalt von Ereignissen und Entwicklungsprozessen sollten uns m. E. solche Mechanismen und Strukturen interessieren, die nicht allein den ohnehin leicht zu dogmatisierenden Aspekten von Revolution und Konterrevolution oder von Fortschritt und Reaktion, von Klassen und Klassenkampf zuzuordnen wären. Diese existieren selbstverständlich, auch wenn es heute so manchem als angemessen erscheinen will, ihre begriffliche Fixierung „wendebefflissen“ zu übersehen. Gewissermaßen ergänzend und vervollständigend wäre sinnvoll nach jenen klassen- und systemübergreifenden Merkmalen zu suchen, die sich insbesondere am ideologischen und propagandistischen Bemühen jeweils agierender Parteien zu erkennen gaben und die von Historikern der DDR gewiß zu wenig beachtet worden sind.²⁹

²⁷ Karl Siegmund Baron von Galéra: Aufgaben und Pflichten des modernen Geschichtsschreibers, in: Nationalsozialistische Monatshefte, H. 32, November 1932, S. 506.

²⁸ Thilo von Trotha: Einleitung, in: Nationalsozialistische Monatshefte, H. 37, April 1933, S. 145.

²⁹ Siehe Manfred Weißbecker. Wahrheit und Irrtum in den Faschismusforschungen der DDR. Historiographische und andere Reminiszenzen, in: Deutsche Studien, H. 116/1992, S. 397-415.

Das in ausgewählten Streiflichtern angedeutete Allgemeine³⁰ hilft, Aktuelles zu beleuchten. Blickt man in diesem Sinne auf die geistige und politische Landschaft der Gegenwart, so scheint völlig zuzutreffen, was vor kurzem eine Zeitung kritischer Christen als gängige Formel benannte. „Ges-tern Vorbilder – heute Sündenböcke!“³¹ Erst recht weiß der Zitatenkundige viel mit dem Wort anzu-fangen, das da heißt: Ein Gespenst geht um in Deutschland – das Gespenst der „Vergangenheitsbe-wältigung“.³² Tatsächlich ist im gegenwärtigen Umgang mit der Geschichte Gespenstisches zu be-obachten, das selbst bereits eine eigene Vergangenheit beisitzt. Die Schatten von Vergangenheit müssen sich daher auch im Spiegel einer schattenwerfenden „Vergangenheitspolitik“ betrachten lassen.

Obwohl wir davon ausgehen können, daß es stets eine Tendenz zur vorurteilsbelasteten Dominanz der Politik gegenüber der Wissenschaft gab, erübrigt sich keineswegs die Feststellung, daß gegen-wärtig die Tendenz zu eng gezogenen parteipolitischen Grenzen weiter wächst. Obwohl das Ver-hältnis zwischen Politik und Wissenschaft immer Komplikationen aller Art beinhaltet, klaffen An-spruch und Realität heute wieder einmal besonders arg auseinander. Statt des Ringens um den not-wendigen Blick nach vorn, das Manfred Kossok in seiner letzten Arbeit einforderte³³, herrscht ein kleinlicher Wettlauf um Enthüllungen, Etikettierungen und Verdikte. Politikomödien mit histori-scher Garnierung huldigen einer erneuten „Erfindung der Vergangenheit durch die Gegenwart“.³⁴ Eine Cloaca maxima öffnet in fast jeder Zeitungsausgabe ihren unappetitlichen Schlund, auch in solchen, die von sich behaupten, hinter ihnen stecke gewöhnlich ein kluger Kopf. Es vermag mitun-ter zu erheitern, was da alles an historischen Haaren aus giftstrotzenden Suppen politischer Köchin-nen und Köche gefischt werden kann, was Racheeifer, Geltungssucht oder auch einfach eine unzu-länglich-schlicht durch Parteien gehandhabte Geschichtspolitik zutage treten lassen. Tatsächlich kann man sich des Eindrucks kaum erwehren, als seien die früher ausschließlich von Militärs be-völkerten Schlachtfelder nunmehr von politisch engagierten Historikern, zumindest aber von einer ganzen Heerschar zeitgeschichtlich argumentierender Politiker übernommen worden. Thesen, Be-hauptungen und Unwahrheiten fliegen gleich Kanonenkugeln hin und her. Lügen dienen sich immer längere Beine an. Die Belastungen unserer krisenerschütterten Gegenwart finden kaum eine andere Herleitung als die aus irgendwelchen Schatten der Vergangenheit. Es existiert kein Thema, das nicht irgendeinen Bezug zu irgendeiner schlimmen oder für schlimm erklärten Erscheinung voraus-gegangener Zeiten aufweisen würde. Es sind auch keineswegs allein die auffälligen konservativen und anderweitig rechtslastigen „Historisierungs“-Bemühungen, die einer bedauerlichen parteipoliti-schen Überbordung aller historischen Dimensionen unserer Gegenwart dienen.

Sind wir, so wäre zu fragen, in dieser Hinsicht bereits am Scheitelpunkt einer Entwicklungslinie angelangt, die quantitativ und qualitativ nicht mehr überboten werden kann? Ich befürchte, daß eher

³⁰ Zu einigen auf der Hand liegenden quantitativen und qualitativen Entwicklungsmerkmalen gehören sicher u. a.: *erstens* alle von taktierend-machtsichernden Zwecken bestimmten Umgangsformen gegenüber der Geschichte, in deren Ergebnis stets Pragmatismus statt Wissenschaft auf dem Panier stand, in deren Rahmen die Vergangenheit nie in ihrer Gänze akzeptiert wurde, die lediglich anerkannten, was politisch nützlich schien und sich sozusagen als „politische Kleinmünze“ rechnete; *zweitens* alle populistisch-historischen Argumentationslinien zur Rechtfertigung jeweiliger parteienegoistischer Ziele und Entscheidungen; *drittens* der moralisch unbekümmerte Einsatz von Interpretationsmacht, dank dessen selbst die Argumente der Sieger vor dem Siege keine Rolle mehr spielen und dem berüchtigten Desinteresse am „Geschwätz von gestern“ verfallen; *viertens* das offensichtlich stets ein-seitige, selektive und deshalb gestörte Verhältnis machversessener Parteien zur Geschichte, das eine begrenzte Lernfähigkeit der politischen Parteien bedingt und die geringen Chancen erklärt, innerhalb etablierter Parteien zu originellen Lösungen gelangen und demokratisierende innerparteiliche Reformversuche durchsetzen zu kön-nen; und *fünfte* bedeutet Geschichtspolitik von Parteien stets auch eine historisch-legitimierende Selbstrecht-fertigung, gleich ob in Form eines Vertuschens von Kontinuitäten oder in der Form eines überbetonten Wandels.

³¹ Vorbilder von gestern – Sündenböcke von heute. Wie rechte Denker vom Versagen konservativer Politik ablen-ken, in: Politik-Forum. Zeitung kritischer Christen, 6.8.1993.

³² Siehe Hans Treichel: Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst der „Vergangenheitsbewältigung“, in: Geschichte – Erziehung – Politik, H. 2/1993, S. 5 ff.

³³ Siehe Manfred Kossok: Im Gehäuse der selbstverschuldeten Unmündigkeit oder Umgang mit der Geschichte, in: Dietmar Keller u.a. (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 1, Bonn 1993, S. 11.

³⁴ Rudolf Walther: Die Erfindung der Vergangenheit durch die Gegenwart, in: Die Zeit, Nr. 3 vom 14.1.1994.

vom Gegenteil gesprochen werden muß. Das Geflecht vielfältiger Wurzeln reicht tief und erweitert sich ständig. Keineswegs kann *alle* Schuld an solchen Entwicklungen direkt den Parteien angelastet werden, obwohl es hier vorrangig um ihr Versagen und ihre daraus abzuleitende Selbstentwertung für die Zukunft geht. Die Wurzeln geschichtspolitischer Erscheinungen lassen sich erst recht nicht auf die spezifischen Bedingungen eines sogenannten Superwahljahres reduzieren. So wird, um wenigstens eine andere Quelle anzudeuten, Erinnerung im Zeitalter der Massenmedien und unerschöpflicher Speichertechnologien vielfach zu einem „anonymen Aufbewahren einer wachsenden Bilder- und Informationsflut“. Kollektives Gedächtnis und die tatsächliche Geschichte weisen in immer geringerem Maße die wohl eigentlich selbstverständliche Identität auf. Gedenkveranstaltungen geraten zu Inszenierungen für die Medien. „Wo alles präsent ist, gibt es kein Erinnern mehr“ – klagte unlängst Simone von Stosch. Aus ihren Überlegungen zum Verhältnis von Faschismus und Antifaschismus schlußfolgerte sie, daß wir heute offensichtlich an das „Ende einer 50jährigen Erinnerungsparadoxie aus dem Erinnerungsimperativ und dem Vergessenswunsch gekommen“ seien.³⁵

Wie dem auch sei: historisches Denken erfreut sich heute einer bisher nicht gekannten öffentlichen Aufmerksamkeit. Das verwundert nicht, erlebten und erleben wir doch eine der größten Epochenwenden dieses an gesellschaftlichen Umbrüchen ja keineswegs arm zu nennenden 20. Jahrhunderts. Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik hat eine neue Stufe erreicht, die sich aus dem Grad der Politisierung des gesamten öffentlichen Lebens, aber auch aus dessen starken Tendenzen zu Entmoralisierung und kultureller Demobilisierung ableitet. Je größer das historische Interesse, desto stärker bedienen sich die Parteien der Geschichte. Es läßt sich auch sagen: In dem Maße, wie Parteiverdrossenheit zunimmt, versuchen die Gescholtenen, dem auch durch einen „Rückruf in die Geschichte“³⁶ zu entkommen. Das schließt überhaupt nicht aus, daß da, wo es nützlich erscheint, selbstverständlich auch Gleichgültigkeit gegenüber Vergangenem gepredigt bzw. praktiziert wird.

Die Debatte über solche Erscheinungen führt unweigerlich zu den relevanten Auseinandersetzungen über die heutigen Formen und Methoden des Umgangs mit den Quellen geschichtswissenschaftlichen und parteipolitisch instrumentalisierter Tätigkeit. Meine These lautet in diesem Zusammenhang: In der durchaus verständlichen Freude über neue Akten, aber auch im Rahmen einer letztlich vorgegebenen Linie zur „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte werden elementare wissenschaftliche Grundregeln verletzt. Aktenkunde als unabdingbare Hilfswissenschaft der Historiker wird durch Aktenfetischismus ersetzt, Sorgfalt durch hurtige Geschäftigkeit, Solidität durch marktorientierte Geschäftstüchtigkeit. Der Erkenntniszuwachs durch die Öffnung bestimmter Archive verleitet allzu oft zu Aussagen, die von Provenienz-Grenzen und machtspezifischer Begrenztheit charakterisiert sind, jedoch ungeniert als letzte oder allerletzte Wahrheiten verkauft werden.

Gewöhnungseffekte sind leider überall unübersehbar. Zu beobachten ist oft kaum mehr als ein ohnmächtiges Entsetzen. Bedrückend empfinde ich die wachsende Gleichgültigkeit gegenüber Erscheinungen, die Madame Klio zu der wohl am meisten malträtieren unter den schönen Musen werden lassen. Wo bleibt eigentlich die lautstarke Forderung der Historikerkunft nach der Öffnung der Archive? Es ist doch einfach nicht einzusehen, daß zwar das ehemalige SED-Archiv benutzt werden kann, aber nicht das der Ost-CDU und der ehemaligen LDPD, von denen des BND und anderer Geheimdienste ganz zu schweigen. Wo bleiben, wenn schon solche Forderungen als unerfüllbar akzeptiert werden, die notwendigen Mahnungen zur Vorsicht im Umgang mit den benutzbaren Quellen? Wo bleiben die Konsequenzen aus den Warnungen vor vereinseitigenden Aussagen, vor der Gefährlichkeit befangener Materialienschau? Wo bleibt der Aufschrei gegenüber solchen Werken zur Geschichte des Westens wie dem bereits erwähnten Buch von Manfred Kittel³⁷, in dem zugunsten der vordergründigen These von einer gelungenen „Bewältigung der NS-Erblast“ während der Adenauer-Zeit auf Archivalien verzichtet wird, obwohl diese bereits vorliegen und zu anderen

³⁵ Simone von Stosch und Sigrid Weigel: Das Schweigen der Opfer ertragen können, in: Freitag. Die Ost-West-Zeitung, Nr. 5 vom 28.1.1994, S. 13.

³⁶ Siehe Karlheinz Weißmann: Rückruf in die Geschichte. Die deutsche Herausforderung. Alte Gefahren - neue Chancen, Berlin 1993.

³⁷ Siehe Manfred Kittel, a. a. O.

Ergebnissen führen? Die dazu passende und richtige Sentenz von Bernd Weisbrod, man dürfe das Rauschen im Blätterwald der Adenauer-Zeit nicht als schlüssigen Beweis für die These von einer tatsächlichen Bewältigung der NS-Vergangenheit und damit verbundener Freiheit von der „zweiten Schuld“ betrachten wollen³⁸, ist kaum bemerkt worden. Der „Anti-Giordano“ ist unwissenschaftlich und dennoch ein äußerst politikrelevantes Produkt. Außerdem haben es die Zeithistoriker der BRD in auffälliger Weise bisher einigen Juristen überlassen, die Geschichte der politischen Justiz aufzuarbeiten, die sich auf der Grundlage des Strafrechtsänderungsgesetzes von 1951 entfaltete und bis 1968 zu mehr als 500.000 politischen Ermittlungsverfahren führte, aus denen 25.000 bis 30.000 Verurteilungen hervorgegangen sind.³⁹

Aus meiner Sicht resultiert eine der größten Gefahren in den geistigen Auseinandersetzungen unserer Zeit – die einer erneuten, Nationalismus und Rechtsextremismus befördernden Schwarz-Weiß-Malerei – aus Unwilligkeit und Unfähigkeit, sich endlich aus vereinseitigenden, politisch instrumentalisierenden Geschichtsbetrachtungen zu lösen. Die enge Politikverbundenheit, aus der in der DDR eine allzu starke Politikgebundenheit geworden war, widerspiegelt sich heute vor allem in den bereits erwähnten „geschichtsrevisionistischen“ Bemühungen zum Thema Faschismus sowie zum Platz des Nationalismus in der deutschen Geschichte. In ihnen manifestiert sich der Versuch einer weitgehend rückwärtsgewandten Sinnstiftung der Gegenwart. Besorgt ist zu fragen, inwieweit Deutschlands Gegenwart nicht allein die bereits „abgewickelte“ antifaschistische Vergangenheit, sondern auch die nichtfaschistische Vergangenheit zu verändern in der Lage ist.⁴⁰ Findet doch bereits eine erhebliche Relativierung der Geschichte des Nationalsozialismus statt, aus der mehr und mehr dessen Rechtfertigung oder gar eine Verherrlichung erwachsen können bzw. direkt erwachsen. Die Bemühungen von Rainer Zitelmann, Karlheinz Weißmann, Christian Striefler u. a. m. um die „Wiederherstellung nationaler Größe“ bereiten dafür einen fruchtbaren Boden.⁴¹

Im Jahre 1981 diffamierte Dietrich Aigner in der rechtskonservativen Zeitschrift „Criticon“ die damalige Zeitgeschichtsschreibung der BRD, die von der deutschen Schuld am Zweiten Weltkrieg und den nationalsozialistischen Massenmorden auszugehen bereit war, als eine „rationale Sterbehilfe“ und eine deutsche „Daseinsverfehlung“.⁴² Mit Recht konnte dies als eine Stimme gegen viele andere bezeichnet werden. Heute wird in der Festschrift zum 70. Geburtstag von Ernst Nolte die Zeitgeschichte als völlig gescheitert hingestellt, sie aus der NS-Forschung eine „Daueraufgabe“, sie angeblich einseitig und verengend den Nationalsozialismus „zur deutschen Normalität gemacht“ habe. Die Schlußfolgerung ist bekannt: Zeitgeschichte brauche „nicht noch mehr Tatsachen, sondern eine andere Fragestellung“, in der es, wie es unterstellend heißt, keine „Vergleichs- und Verstehensverbote“ auszusprechen gelte und mit der sie sich als unwissenschaftlich „überflüssig machen“ würde.⁴³ Heute gelten für viele und in wachsendem Maße Nation und Nationalstaat wieder als das zentrale und allem anderen übergeordnete Wertkriterium. Nationalismus tritt in breitem Umfang

³⁸ Bernd Weisbrod: Die Wiederkehr der Krisen. Geschichtsbilder in der Wendezeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 11/1993, S. 1357.

³⁹ Siehe Diether Posser: Anwalt im Kalten Krieg. Ein Stück deutscher Geschichte in Politischen Prozessen 1951-1968, München 1991, S. 219 ff. Siehe auch die bisher ergebnislose Behandlung des von der Gruppe PDS/Linke Liste im Bundestag eingereichten Gesetzentwurfes zur „Behebung und Wiedergutmachung von politischen Ungerechtigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland“. Zu einem Beispiel solcher Ungerechtigkeiten siehe Manfred Weißbecker: Auf der Anklagebank des Kalten Krieges. Erwin Eckert und der Düsseldorfer Prozeß gegen das „Westdeutsche Friedenskomitee“ 1959/60, in: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Ärgernis und Zeichen. Erwin Eckert - Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben, Bonn 1993, S. 308-331.

⁴⁰ Ändert die Zukunft Deutschlands Vergangenheit? Eine Kritik an Rainer Zitelmann und Arnulf Baring, hrsg. von der Antirassismusarbeitsgruppe am FB Geschichtswissenschaft in Verbindung mit dem Projekt für interdisziplinäre Faschismusforschung (PfiFf) der Freien Universität Berlin, Berlin 1992.

⁴¹ Siehe Maria Zens: Vergangenheit verlegen – Über die Wiederherstellung nationaler Größe im Hause Ullstein, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 9/1993, S. 1363 ff.

⁴² Dietrich Aigner: Zeitgeschichtsschreibung als nationale Sterbehilfe? Deutsche Historiker und die „Schuld“ am Zweiten Weltkrieg, in: Criticon, H. 67 vom Sept/Okt. 1981, S. 231 ff.

⁴³ Friedrich Tenbruck: Zeitgeschichte als Vergangenheitsbewältigung?, in: Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag, hrsg. von Thomas Nipperdey, Anselm Doering-Manteuffel und Hans-Ulrich Thamer, Berlin 1993, S. 484, 491 und 494.

in den Vordergrund und stellt wohl das wesentlichste ideologische Ferment für Haß, Fremdenfeindlichkeit, Gewaltbereitschaft, Kriegsakzeptanz usw. dar. Ich erspare mir Beispiele aus deutscher Alltäglichkeit, deren Erwähnung schon Bände füllen könnte. Wichtiger scheint mir festzustellen, in welchem Maße solche Erscheinungen wieder unterschätzt und bagatellisiert werden, von wiederholter wissentlicher Duldung und stillschweigender Förderung ganz abgesehen. Hinzu kommt, daß wir es ja mit weltweiten Renaissance-Erscheinungen des Nationalismus zu tun haben. Nicht ohne eine gewisse Berechtigung spricht John Lukacs bereits vom 20. Jahrhundert als einem Jahrhundert der ständig dominierenden Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Formen des Nationalismus.⁴⁴

Die für mich offenen und für die Bestimmung einer richtigen Politik bedeutsamen Fragen lauten in diesem Zusammenhang: Existiert tatsächlich eine sichere, wirksame und verständliche Grenze zwischen einem echten, akzeptablen Nationalgefühl (das sicher auch mehr als der häufig zitierte Verfassungspatriotismus umfaßt) und dem selbst alles Nationale und Patriotische bedrohenden Nationalismus? Wo verläuft diese Grenze? Wie kann und muß ersteres beschaffen sein, um als das von manchen gepriesene Bollwerk gegen die Entfaltung des letzteren wirken zu können? Soll historisch-politische Bildungsarbeit das Nationalgefühl befördern, um Nationalismus verhindern zu können, wie es unlängst GEW-Chef Dieter Wunder oder auch der Soziologe Karl Otto Hondrich⁴⁵ forderten? Oder gilt es lediglich, vor einem „extremen Nationalismus“ oder einem „fundamentalistischen Nationalismus“ zu warnen, wie wir es bei Hans Mommsen⁴⁶ oder – bezogen auf Rußland – bei Valentin Falin⁴⁷ lesen können? Ferner wäre auch danach zu fragen, wie gerade aus den Erfahrungen der deutschen Geschichte heraus jeder Rückweg zu überbordendem Patriotismus und zu Nationalismus versperrt werden muß. Dies ist keineswegs allein eine wissenschaftliche oder moralische Fragestellung; sie sollte geradezu die Grundpositionen verantwortungsbereiter und gegenüber geschichtlichen Erfordernissen aufgeschlossener Parteien bestimmen.

* * *

Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, von Geschichte und Parteien war stets in ein Minenfeld eingebettet. Erfolgen hier keine Wandlungen, keine Besinnung auf Wissenschaft ohne Politik-Dominanz, keine Durchsetzung des Primats vom humanistisch-wissenschaftlichen Ethos, keine einer militärischen Abrüstung einigermaßen vergleichbare Bemühung, dann wird es wohl auch künftig nicht nur ein Feld voller Probleme, sondern wiederum ein Ausgangspunkt zahlreicher neuer Opfer und Trümmer sein.

Die Warnung spricht sich leicht aus. Sie durch eine Vorausschau auf andere, möglichst bessere Verhältnisse und Parteienstrukturen zu ergänzen, fällt schwer. Lassen sich nun dennoch und abschließend aus der überwiegend kritikwürdigen Geschichtspolitik von Parteien sinnvolle Forderungen an die Parteien von heute oder die von morgen schlußfolgern? Ein Versuch sei angedeutet:

Sicher wird das 20. Jahrhundert als ein Säkulum unterschiedlichster Parteien, von Ein-, Mehr- und Vielparteiensystemen und vielgestaltiger Symbiosen aus Staat und Parteien betrachtet werden können. Es gab den Parteienstaat in seiner extremsten nationalsozialistischen Ausprägung, es gab den Mißbrauch des Staates durch Parteien sowie die Herrschaft sich selbst verstaatlichender Parteien. Neues ist kaum noch denkbar. Offensichtlich haben sich die durch die bisherigen Parteien repräsentierten Existenzformen gesellschaftlicher Organisiertheit weitgehend erschöpft.

⁴⁴ Siehe John Lukacs: Die Geschichte geht weiter. Das Ende des 20. Jahrhunderts und die Wiederkehr des Nationalismus, München und Leipzig 1994. Dieser Ansatz ist wesentlich produktiver als jeder Versuch, die Totalitarismustheorie wiederzubeleben. Siehe z.B. Klaus Hornung: Das totalitäre Zeitalter. Bilanz des 20. Jahrhunderts, Berlin 1993.

⁴⁵ Siehe Karl-Otto Hondrich: Grenzen gegen die Gewalt, in: Die Zeit, Nr. 5 vom 27.1.1994. Die Hauptthese Hondrichs lautet: „Je offener die Gesellschaft, desto mehr Gewalt und Nationalismus.“

⁴⁶ Hans Mommsen: Widerstandsforschung und politische Kultur in Deutschland und Österreich, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 4/1993, S. 11.

⁴⁷ „Politik ist amoralisch, in jedem Land“. Interview mit Valentin Falin, in: Leipziger Volkszeitung, 29/30. 1.1994, S. 4.

Ich würde es schon für einen Gewinn halten, wenn wenigstens die Politiker oppositioneller Parteien im Interesse ihrer hehren Ideale – Demokratie, Gerechtigkeit, Menschenrechte, Frieden, Freiheit, Solidarität, Patriotismus, Naturerhaltung usw. usf. – bewußt mit der Erkenntnis dieses Tatbestandes umzugehen bereit wären. Nur so dürfte es eine einigermaßen aussichtsreiche Suche nach organisationsmäßig richtig fundierten Auswegen aus heutigen Dilemmata geben. Der Weg in eine künftig bessere Gesellschaft ist zweifellos ohne Parteien nicht vorstellbar, aber er sollte es ebensowenig ohne vielfältige Korrektive sein⁴⁸, ohne anderweitige demokratische Formen politischer Willensbildung in, neben, unter und über den Parteien. Gerade in dieser Suche wird der kritische Umgang mit der schattenreichen Geschichte des Umgangs mit vergangenen Schatten gefragt sein. Bisher haben sich dazu fast alle Parteien als unwillig und unfähig erwiesen. Sie konnten selbst dieser – auch dieser! – Aufgabe nicht gerecht werden.

Allerdings implizierten alle gesellschaftlichen Umbrüche unseres Jahrhunderts immer auch eine Chance, mit den veralteten historischen Feind- und Leitbildern des Parteienwesens zu brechen sowie neue und bessere Vorstellungen über das Wesen und die Erscheinungsformen von Parteien auf die Tagesordnung zu setzen. Davon ist wenig wahrgenommen worden, davon ist fast alles in lediglich umkehrende und strukturell wiederholende Bahnen gelenkt worden. Ein modernes Geschichts- und Zukunftsdenken sollte sich daher auch gegen den Mythos von einer angeblichen Unentbehrlichkeit bestehender Parteien richten, ebenso gegen deren Kampf um die Unveränderbarkeit des im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse entstandenen und entfalteten Parteienwesens. Ein solches Denken sollte offen sein für die Suche nach Neuem, darin eingeschlossen auch nach alternativen Parteiformen und -strukturen. Braucht – beispielsweise – die neue Bundesrepublik Deutschland nicht auch ein neues Parteiengesetz? Wäre nicht bereits etwas gewonnen, wenn dieses wieder zu den Intentionen des Grundgesetzes und seines Artikels 21 zurückkehrt? Anzustreben wäre, daß die geforderte Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volkes sich tatsächlich als „Mit“-Wirkung vollziehen kann. (Der Satz von der wünschbaren und als nützlich betrachteten Mitwirkung der Parteien, der sie als *einen* Bestandteil des politischen Systems definiert, ist im Parteiengesetz von 1967 als verfassungsrechtlich notwendiger betrachtet worden und erhielt sogar den Zusatz, daß dies „auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“ zu erfolgen habe.) Eigentlich erfordert die durch die Parteien unkontrolliert bestimmte Praxis endlich die Einrichtung eines Parteienrechtssenats als drittem Senat im Bundesverfassungsgericht neben dem bestehenden Grundrechtssenat und dem Staatsrechtssenat. Die 1983 fixierte Pflicht der Parteien, über die Herkunft ihrer finanziellen Mittel und über deren Verwendung öffentlich Rechenschaft abzulegen, ist bis heute juristisch nicht erzwingbar. In der Gesetzgebung herrscht darüber hinaus ein ausgesprochener Mangel hinsichtlich der Gestaltung und Durchsetzung innerparteilicher Demokratie.⁴⁹ Ebenso offensichtlich ist der Mangel an klaren gesetzgeberischen Vorgaben für die öffentliche politische Bildungsarbeit, wie jüngst auf dem 6. Kongreß der Bundeszentrale für politische Bildung in Erfurt beklagt worden ist. Für Aktivitäten dieser und anderer Art sprechen nicht allein geschichtliche Erfahrungen und Notwendigkeiten, für sie existieren ebenso sinnvoll zu nutzende Möglichkeiten. Auch darin sind die leider noch zu wenig benannten institutionellen Konturen eines mit Recht anzustrebenden neuen „Gesellschaftsvertrages“ zu sehen.⁵⁰

Gesellschaftliche Umbrüche und politischer Umgang mit den Schatten der Vergangenheit im 20. Jahrhundert. Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena 1994, S. 1-2.

⁴⁸ Siehe dazu u. a. Manfred Weißbecker: Paul Levi – Biographische und andere Gedanken zu seinem Weg in und zwischen den Parteien der deutschen Arbeiterbewegung, in: Schriften des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena 1993, S. 21 f.

⁴⁹ Siehe dazu u.a. Helmut Stubbe-da Luz und Markus Wegner: Demokratie, Offenheit und Transparenz der Parteien: Elf Leitsätze für eine Novellierung des Parteiengesetzes, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 2/1993, S. 189 f.

⁵⁰ Siehe Gregor Gysi: Ingolstädter Manifest. Wir – mitten in Europa. Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag, Berlin 1994.

Nachdenken über den Antifaschismus*

Unzählige Opfer forderten der deutsche Faschismus und der von ihm entfesselte Zweite Weltkrieg. Millionenfach sind Erschossene, Erschlagene, Vergaste zu beklagen. Es kostete viele Menschen das Leben, für Ideale eingetreten zu sein, die sich nicht mit denen der braunen Täter – nationalsozialistischer Politiker, Richter, Beamter, Generäle und ihrer Schergen – deckten.

Aller Opfer des Faschismus mit Hochachtung und ehrfurchtsvoll zu gedenken, zählt seit über einem halben Jahrhundert unter den Deutschen zu deren unabdingbaren moralischen Pflichten sowie zu ihrer politischen Verantwortung. Erst recht und ganz grundsätzlich sollte es zu den humanistischen Gesinnungsnormativen einer Gesellschaft gehören, die lautstark den Anspruch erhebt, demokratisch verfaßt zu sein, und die das Recht auf Widerstand verbürgt. An offiziellen Bekenntnissen dazu mangelte es nie und mangelt es auch heute nicht, so daß eigentlich von der Selbstverständlichkeit ihrer Realisierung im Alltag gesprochen werden müßte. Doch weit gefehlt! Die guten Absichten standen und stehen vielfach nur auf dem Papier, politisch wurden sie indessen eher behindert und entwertet. Auch an Feindseligkeit und offenen Attacken gegenüber einem antifaschistischen Gedenken litt die deutsche Nachkriegsgesellschaft keinerlei Mangel. Auf solchem Boden machen sich keineswegs zufällig in vielen Köpfen wiederkehrender Ungeist des Nazismus und auf vielen Straßen sein unsäglichlicher Terrorismus breit.

Gleichermaßen aus historischer Pietät wie aus politisch-moralischer Erfahrung gehört das mahnende Gedenken an die Opfer von Faschismus und Krieg in erster Linie in den Normenkatalog derer, die sich selbst als Antifaschisten definieren. Es gehört natürlich auch in die Erinnerung und die Gedenkpolitik aller anderen, selbst wenn sie für sich den Begriff des Antifaschismus ablehnen, selbst wenn mancher von ihnen damals wider seinen Willen und Glauben unterlag, es verpflichtet ebenso diejenigen, die dem Faschismus – bewußt oder unbewußt – förderlich dienten oder neue faschistische Kräfte zu unterstützen in der Lage sind. Alle, die eine Wiederkehr der Barbarei – gleich in welcher Gestalt – verhindern wollen, unterliegen dieser Verpflichtung. Diese nenne ich daher bewußt eine deutsche und verstehe sie als eine des allgemeinsten menschlichen Anstands und der vielfach zitierten unantastbaren Würde des Menschen.

Die Opfer des Faschismus im Gedächtnis zu bewahren, ihnen hochachtungsvoll und nachdenklich zu begegnen heißt natürlich auch, sich ihrer der historischen Wahrheit gemäß zu erinnern. Gegen dieses Prinzip zu verstoßen, kann kein heutiger Antifaschist als häßliche Sünde dulden. „Gläubigen Antifaschismus“ nannte Erich Fried solch unkritisches Verhalten. Und mit Recht konstatierte er, dies sei ein „schlechter Antifaschismus“. Ebenso führt jede bloß „gläubige“ Auseinandersetzung mit der komplizierten Geschichte des Antifaschismus am eigentlichen Ziel vorbei. Antifaschisten haben übrigens ihrem Anspruch gemäß sogar dann anders als „gläubig“, mit der Geschichte umzugehen, wenn ihnen tagtäglich – ich bleibe im gewählten Bild – ein haßerfüllt-gläubiger Anti-Antifaschismus begegnet. Ein Handeln getreu dem Motto „right or wrong – it’s my antifacism“ bewirkt allenfalls eine Beschädigung antifaschistischer Politiksubstanz. Leidvolle Erfahrungen ostdeutscher Bürger belegen, wie mit dem Verlust an Antifaschismus gleichzeitig wesentliche Teile eines historischen Fortschritts verloren gingen.

Gedenken und Nachdenken sind eins. Beides erfordert Zweifel, Überprüfung, kritische Rückschau. Und gerade ein heutiger Antifaschismus kann wohl überhaupt nur in dem Maße bestehen, wie in ihm alle Erfahrungen, auch die eines unzulänglichen, instrumentalisierten und ritualisierten Umgangs mit den Opfern des hitlerfaschistischen Regimes, berücksichtigt werden. Von der tatsächlichen Geschichte losgelöste, einseitige Jahrestagsveranstaltungen hatten wir genug – auch an manchen ihrer Unzulänglichkeiten und legitimationsbeflissenen Borniertheiten ging der antifaschisti-

* Manfred Weißbeckers Beitrag zum Kolloquium erwuchs aus dem hier – geringfügig gekürzt – abgedruckten Vortrag für die Gedenkveranstaltung „Nachdenken über Antifaschismus“ des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. und der Arbeitsgemeinschaft Geschichte beim Landesvorstand Thüringen der PDS anlässlich der 50. Todestage von Ernst Thälmann und Rudolf Breitscheid am 20. August 1994 in Weimar. Dieser Vortrag erscheint auch als Beilage zum Heft 10/1994 der Zeitschrift „ANTIFA“.

sche Staat DDR zugrunde ... Vordergründig und durchsetzt mit mancherlei Ausschließlichkeits-Ansprüchen wär die selektive Behandlung der Widerstandsthematik allerdings überall – in der DDR, wo hauptsächlich der Widerstand von Kommunisten gewürdigt wurde, in der BRD, wo lange Zeit außerhalb des 20. Juli 1944 kaum ein anderer Widerstand gesehen worden ist. Die Ausgrenzung des einen oder anderen Teils aus dem Widerstand führte hier wie dort zu Verlust an humanistischer Politik. Ein unvernünftiger Umgang mit der Geschichte behinderte die erforderliche ganzheitliche Sicht auf den Widerstand. Die Fronten des Kalten Krieges ergänzten sich – und wie wir wissen durchaus wirkungsvoll – mit den Gräben zwischen den Hitlergegnern hier und da.

Kritisch-selbstkritisch zurückzuschauen heißt für mich, das Andenken der Opfer nicht einfach aufgeben oder tilgen, sondern in neuer Weise, besser als bisher und hoffentlich auch ergebnisträchtiger als bislang bewahren zu wollen. Ersteres steht bekanntlich als eine Forderung heutiger „Sieger“ der Geschichte im Raum. Allzu leicht wird von ihnen der Stab über den Antifaschismus, sein Wesen und seine Vergangenheit gebrochen. Irreführende Argumente, leichtfertig-verletzende Beiworte und neue Ausschließlichkeits-Ansprüche sollen helfen, ihn als geschichtliche Fehlkonstruktion zu diskreditieren. „Verordnet“ sei er gewesen, also diktatorisch; undemokratisch sei er zustande gekommen und nicht an den Kriterien eines Rechtsstaats meßbar. sagen die einen, „unselig“ seien sein Tun und Lassen gewesen, meinen andere; als Erscheinungsform des Stalinismus sei er im Grunde wie dieser selbst dem Faschismus gleichzusetzen, sagen schließlich die erneut in Mode gekommenen Theoretiker eines sogenannten antitotalitären Grundkonsenses; in ihm sei nicht mehr als ein „Mythos“ sanktioniert worden, entgegen dem Andersdenken von Bevölkerungsmehrheiten. Mitunter kann sich ein abgewickelter Antifaschist sehr an das Wort erinnert fühlen, das E. T. A. Hoffmann in seiner Erzählung „Der Floh“ dem Polizeipräsidenten Kworponti in den Mund legte: „Den Täter haben wir, die Tat werden wir auch noch finden“.

längst steht nicht mehr allein das tatsächlich Kritikwürdige am Widerstand von Kommunisten sowie am Antifaschismus der DDR vor diesen Richtern; sie sollen ganz generell verurteilt werden. Offenkundig ist hauptsächlich beabsichtigt, den Antifaschismus als „störendes“ Moment jeglicher Befestigungsversuche einer konservativ dominierten politischen Gegenwart auszuschalten, ihn generell für alle Zukunft zu desavouieren. Ein neues Bild von Deutschlands Vergangenheit soll geschaffen werden, in das keine braunen Flecken passen, weswegen auch das Bild des Antifaschismus zu revidieren ist.

Man macht es sich jedoch zu leicht, in Kenntnis solcher Absichten auch die berechtigten Fragen an die Geschichte des Antifaschismus verwerfen zu wollen. Herausragende geschichtliche Erscheinungen und Ereignisse unterliegen nun einmal in besonderem Maße ständiger Neubefragung durch nachfolgende Generationen sowie einer sich wandelnden Deutung. Nachdenkliche Rückschau ist normal und im Grunde täglich zu erproben. Historische Sichtweisen unterliegen einer Entwicklung. Sie verändern sich mit der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse. Verwunderung oder Empörung sind fehl am Platze, wie überhaupt emotionalisierte Verhaltensweisen das Nachdenken eher erschweren denn befördern.

Zu fragen bleibt vor allem, welche Inhalte des Antifaschismus der Realität nicht standhielten und welche die Zeitenwende überdauern. Zu fragen ist ferner, wodurch sich der Umgang der Herrschenden mit der Geschichte von Antifaschismus und Widerstand bestimmt, was daran unwissenschaftlich, „unnormal“ oder sogar ungeheuerlich ist. Die letzten Monate und Wochen lieferten zahllose Beispiele, unter anderem bei dem Erinnern einiger konservativer Kreise an den 20. Juli 1944.

Da gab es bekanntlich Versuche zur Unterscheidung von „guten“ und „bösen“ Gegnern der Nazibarbarei, von „anständigen“ und „ruchwürdigen“ Widerständlern sowie Angebote zur Aufspaltung von Erinnerungsstätten in solche, die würdiger patriotischer Helden gedenken dürfen, und in solche, die andere Hitlergegner allenfalls noch in unumgänglichen Dokumentationszusammenhängen erwähnen dürfen. Nicht die Tat gegen den Faschismus sei entscheidend gewesen, sondern allein das Ziel böte den Maßstab für die Anerkennung als „Vorbild“. Einen Breitscheid würdigen, einen Thälmann nicht einmal benennen – das zeugt von mehr als nur von schlechtem Stil. Versuche sol-

cher Art führen konzeptionell in die Irre. sie leben von neuerlichem Mißbrauch der Wissenschaft und haben nichts, aber auch gar nichts mit der wiederum und feierlich-offiziell beschworenen Menschenwürde gemein. Sie wiederholen Fehler, die hierzulande gemacht worden sind, und dies ungeachtet dessen, daß sie seit langem als Fehler erkannt worden sind.

Wen wundert es aber, daß solches Gedenken an das Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 von arger parteipolitischer Nutzung der Geschichte begleitet wurde? Manche sprechen in diesem Zusammenhang von einem neuerlichen „Historiker-Streit“, in Anlehnung an jene erregten Auseinandersetzungen, die konservative Denker wie Ernst Nolte 1986/1987 vom Zaun gebrochen hatten. Tatsächlich läßt die Kenntnis früherer Bemühungen um eine neue nationalkonservative Geschichtsdeutung vermuten, daß es nur jener berühmten Spitze des Eisberges gleicht, was ein Franz Ludwig Graf von Stauffenberg, Sohn des Attentäters und CSU-Europa-Abgeordneter, so vehement unternimmt, um den nachweislich hohen Anteil der Kommunisten am antifaschistischen Widerstand sowie die Tätigkeit des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ aus offiziellem Gedenken und politisch-moralischer Würdigung durch die größer gewordenen Bundesrepublik zu entfernen.

So argumentierte beispielsweise die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 4. Juni dieses Jahres, daß alles, was der 20. Juli bedeute, „verschwimme“, also diffus, undeutlich und unzutreffend werde, „wenn Tresckow, Stauffenberg, Beck, Olbricht, Moltke, Delp, Bonhoeffer, Goerdeler, Mierendorff mit den Gründern der zweiten deutschen Diktatur zwangsverbrüdert werden“. Entsetzt frage ich: Wie kann ein Autor vergessen, daß es der deutsche Faschismus gewesen ist, der eine „Galgenfront“ quer durch die anderen politischen Lager errichtete und der alle existentiell bedrohte, die sich nicht gewillt zeigten, auf seiner Linie zu marschieren? Es war doch der Nationalsozialismus mit seinem brutalen Terror, seiner maßlosen Expansionspolitik und seiner menschenverachtenden Ideologie, der alle seine Gegner „verbrüderte“, gleich wo sie sich befanden, gleich ob es diesen bewußt, willkommen oder unerwünscht gewesen ist. Bekanntlich nahm der deutsche Faschismus viele als seine Feinde ins Visier: Kommunisten und Sozialdemokraten – beide in seiner Terminologie zusammengefaßt als „Marxisten“ –, Gewerkschafter, Pazifisten, Christen, die Juden, die Slawen und zahlreiche andere Völker. Jeder Nicht-Nationalsozialist mußte sich herausgefordert fühlen. Er unterlag dem beklagten „Zwang“. Nicht er war es, der Zwang ausübte.

Zu fragen bleibt ebenso, worin die erzwungene „Verbrüderung“ gegen Hitler und Krieg bestand? In Unehrenhaftem gewiß nicht, wenn auch in Unzulänglichem und Fehlerhaftem. Von vornherein existierte der Widerstand weniger in der Form eines einheitlichen Antifaschismus als vielmehr in der Gestalt unterschiedlichster Antifaschismen. Allein im „Anti“ lag deren Gemeinsamkeit. Sie richteten sich gegen etwas und ließen offen, welche Ziele sie ansonsten verfolgten bzw. in einem von den Nazis befreiten Deutschland verfolgen würden. Antifaschismus konnte daher lediglich als Einheit einer nichtfaschistischen Vielheit existieren. Er hatte auf einer solchen Grundlage und im gegebenen Rahmen nicht allein seinen Humanismus zu bewahren, sondern zugleich seine Politikfähigkeit zu erproben. Vergessen wir nicht, welch unvorstellbar große, in der Geschichte bis dahin unbekannte Aufgabe auf die Gegner Hitlers zugekommen war, wie schwierig das war, was ihnen oblag, galt es doch, für ihre unmittelbaren Zielsetzungen den kleinsten Nenner an Gemeinsamkeit zu suchen, trotz ihrer Gegensätzlichkeiten, ihrer eigenen Machtansprüche und Eifersüchteleien. Antifaschismus konnte daher, wenn es um mehr als eine demonstrative Geste seiner Gesinnung gehen sollte, seine politische Kraft lediglich gemeinsam beweisen.

Bereitschaft zum Kompromiß, Verzicht auf jegliche Führungsansprüche und Orientierung auf pluralistisch-demokratische Verkehrsformen untereinander hätten vernünftige Ausgangspositionen markieren können. Es gehört jedoch zu den bedrückendsten geschichtlichen Erfahrungen, daß die Gruppierungen des Widerstands zumeist nicht in der Lage waren, über ihren jeweiligen Organisations Schatten zu springen. Sie blieben Antifaschismen und wuchsen nicht zu einem Antifaschismus zusammen. Trennendes stand in größerem Maße zwischen ihnen als das gemeinsame Anliegen gegenüber der Barbarei. Sie versagten einzeln und deshalb auch als Gesamtheit. Das aber besagt: Der deutsche Faschismus konnte 1933 hauptsächlich deshalb an die Macht gelangen und triumphieren, weil er unterschätzt, weil seine Kraft als geringfügig und unwirksam im „Lande der Dichter und

Denker“ angesehen, weil seine Ideologie als zu verworren betrachtet und seine Demagogie einer geistigen Auseinandersetzung nicht für würdig erachtet worden waren, weil eine Einheit seiner Gegner für diese selbst als politisch makaber galt.

Der Kern einer solchen These betrifft nicht allein die Vergangenheit und ebenso wenig allein die heutige Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Sie darf, gleichsam modellartig, als allgemeine Erfahrung für die Lösung ganz anderer und ähnlich strukturierter Probleme betrachtet werden, seien es die der global-ökologischen Zukunftsbedrohungen oder die des Ringens um den Frieden, seien es die der Konflikte zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden der Erde oder die der Bevölkerungsexplosion u. a. m. – d. h. solcher Probleme, die jeweils nicht allein die Angelegenheit der einen oder anderen Klasse, der einen oder anderen Partei, der einen oder anderen Nation, der einen oder anderen Religionsgemeinschaft sein können.

Der Zusammenbruch des sozialistischen Gesellschaftssystems wandelte zwar die historisch-politischen Interessenlagen in grundsätzlicher Weise, trug aber keineswegs zur Lösung irgendeines jener brennenden Probleme bei, vor denen die Menschheit steht. Offensichtlich liegt gerade hierin die Brisanz des Themas Antifaschismus, genauer: Hierin liegt seine Gefährlichkeit für alle jene, die aus klassen- und parteienegoistischen, aus völkisch-nationalistischen oder religiös-fundamentalistischen Erwägungen heraus keinerlei Veränderung bestehender Verhältnisse zulassen wollen, für die das Vorhandene zugleich das erdenklich Beste darstellt und die in ihrer Erstarrung jeden Gedanken an eine Weiterentwicklung der Gesellschaft als undemokratisch und grundgesetzwidrig von sich weisen. Und von eben dieser Unfähigkeit zeugt es, wenn neben den legitimen neuen Fragestellungen an die Geschichte des Antifaschismus erneut zahlreiche Argumente auftauchen, die aus den Hochzeiten des Katten Krieges stammen, die deren bipolaren Schematismus wiederbeleben, obwohl gerade dieser längst als überholt betrachtet werden konnte.

Eines dieser Argumente betrifft das Verhältnis von Nation und Antifaschismus. Wer sich dem aber unvoreingenommen zuwendet, für den steht anhand der überlieferten Quellen völlig außer Frage, daß Nationales im Widerstand stets eine große Rolle gespielt hat. Dies galt unbezweifelbar für den Widerstand in den mit Krieg und faschistischen Okkupationsregimen überzogenen Ländern Europas. Aber auch der Widerstand in Deutschland handelte national und zwar in allen seinen Teilen. Das „andere“ Deutschland sollte es sein, eine Nation, die willens und fähig ist, friedlich mit ihren Nachbarn zu leben, statt sie mit räuberischem Krieg zu überziehen. In solchem Sinne sorgte sich der Widerstand um das Ansehen, um die Ehre und die „Größe“ Deutschlands in der Welt. Immer ging es auch um ein gerechtes und friedliches Zusammenleben der Deutschen, um die Verhinderung ihres Rückfalls in zivilisationsfreie Urzustände. Dabei wurden alternative, antifaschistisch-demokratische Inhalte transportiert und keine hohlen Mythen gepredigt. Nationaler Schwärmerei und nationalistischer Überheblichkeit standen fast alle fremd und ablehnend gegenüber.

Um so bedenklicher stimmt mich vieles an den wachsenden Tendenzen einer neudeutschen Geschichtsbetrachtung. Ausgesprochen nationalistisch kommt beispielsweise das Argument daher, Widerstand sei allein von „Patrioten“ geleistet worden, und nur, wer patriotische Ziele verfolgt habe, könne als Widerständler anerkannt werden. Übrigens glaubten noch im Jahre 1989 etwa 15 Prozent der Bevölkerung der damaligen BRD und jeder Fünfte der CDU-Wähler, Stauffenberg und die anderen am 20. Juli Beteiligten seien keine Patrioten, sondern „Verräter“ gewesen. Heute differenzieren konservative Historiker und Publizisten das Problem insofern, als sie glauben machen wollen, es sei den Attentätern zwar um einen vertretbaren „Hochverrat“ gegen den Tyrannen Hitler gegangen, niemals aber um einen schändlichen „Landesverrat“¹. Dessen Inhalt lassen andere Aussagen deutlich werden: Niemals habe man zu Helfern jener werden wollen, die das Deutsche Reich „mit Waffengewalt „ bekämpften. Man habe sich entschieden geweigert, „Wege der Feindbegünstigung einzuschlagen“². An anderer Stelle heißt es ganz in diesem Sinne und bezogen auf die Kriegszeit: „Stabile Fronten bedeuteten Hoffnung und Handlungsfreiheit. Nichts durfte [...] die Kampf-

¹ Wolfgang Venohr: Patrioten gegen Hitler. Der Weg zum 20. Juli 1944. Bergisch Gladbach 1994. S. 268.

² Ebenda.

kraft des Heeres bedrohen.“³ Dazu paßt, den kommunistischen Widerstand als „ferngesteuert“, im Dienste einer fremden Macht stehend zu diskreditieren.

Die allgemeine Delegitimierung eines der größten Bestandteile des eigentlich unteilbaren Widerstandes gerät zu dessen Ent-Nationalisierung. Und dieses ist zugleich begleitet von einer überbordenden Re-Nationalisierung jeglichen Widerstands-Gedankens, von einem politisch motivierten Ausschließlichkeits-Anspruch des wieder allein auf den 20. Juli 1944 eingengten Begriffs vom „deutschen Widerstand“. Gezielt wird auf eine generelle und aufwertende Umdeutung der am Nationalismus gescheiterten deutschen Vergangenheit.

Diese Argumentation setzt eine rational bekanntlich kaum zu erfassende Einheit des Nationalen und in gewisser Hinsicht damit auch den berüchtigten „Volksgemeinschafts“-Gedanken in strikten Gegensatz zu den inhaltlich begründeten Gemeinsamkeiten des Antifaschismus. Ja, sie setzt sie sogar an deren Stelle. Das erfordert Diskussion und Klärung, zumal mancher, der sich selbst als Antifaschist versteht, bereits die Frage nach der Entäußerung von Gemeinsamkeit und Einheit des Antifaschismus für überflüssig und die Antwort für gegeben hält: Ohne innere Einheitlichkeit kein Antifaschismus – ohne diesen keine Einheit. So sehr dies zutrifft, so sehr müssen dennoch gerade zu diesem Thema zahlreiche Fragen gestellt und kritische Antworten angenommen werden.

Es führt offensichtlich kein Weg an der Erkenntnis vorbei, daß in dieser Hinsicht besonders folgenreich antifaschistisch-demokratische Inhalte beschädigt worden sind, als versucht wurde, antifaschistische und andere Einheitsorganisationen zu schaffen. Leider wurde allzu häufig ein Primat des Organisatorischen befolgt, statt inhaltliche Forderungen und Problemfelder in den Vordergrund des Ringens um Gemeinsamkeit zu stellen. So mag es heute nicht allzu erstaunlich sein, wenn uns tagtäglich eine abschätzig-pejorative Verwendung des Einheits-Begriffes begegnet, wenn einige Wahlkampfstrategen glauben, statt rot gefärbter Fußbekleidung das Symbol verschlungener Hände plakatieren zu sollen, um Stimmen gewinnen zu können – so als gäbe es nichts Schlimmeres denn ein Zusammengehen unterschiedlicher Strömungen der Arbeiterbewegung, als habe es in der Geschichte nichts Gefährlicheres gegeben, als gemeinsam gegen den Faschismus oder analoge Erscheinungen vorgehen zu wollen, nichts Undemokratischeres als Bündnisse, Koalitionen usw. gegen Rechts.

Natürlich waren die antifaschistischen Einheitsbemühungen nicht problemlos. Im Gegenteil: Ihre Geschichte ist die ihrer Schwierigkeiten und Belastungen. Ehrliche Intentionen wurden mißbraucht, reglementiert und hochmütig jeweiligen Einzelinteressen untergeordnet. So war das Scheitern des „Pariser Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“ Mitte der 30er Jahre programmiert, da manche in ihm mehr anordnen als überzeugen, mehr „führen“ als debattieren und die notwendige Gemeinsamkeit mehr dekretieren als erringen wollten. Folgerichtig brach der Ausschuß auseinander, folgerichtig wurde später zur Unzeit das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ aufgelöst, folgerichtig der Block antifaschistisch-demokratischer Parteien zum Anhängsel einer „führenden“ Partei degradiert.

Dennoch: Die Richtigkeit der These, daß gegen das unmenschliche Regime der Faschisten einzig und allein ein gemeinsames Vorgehen ihrer Gegner aus allen Richtungen zum gewünschten Ergebnis führt, konnte und kann auch durch solche Fehler und Irrwege nicht aufgehoben werden.

Gemeinsamkeit gehörte von Anfang an wie die Vielfalt zum Wesen des Antifaschismus. Dieser war zunächst selbst in sprachlicher Hinsicht – nichts anderes als ein allgemeiner Ausdruck des Reagierens unterschiedlichster Kräfte auf die Herausforderungen, die sich mit dem Faschismus nach dem Ersten Weltkrieg entfalteten. Antifaschismus galt seit Mussolinis „Marsch auf Rom“ als gängiges Synonym für die Ablehnung jener neuartigen militant-terroristischen Gewaltbereitschaft, die aus dem Ersten Weltkrieg in das zivile Leben der Gesellschaft transformiert wurde, ferner für die Ablehnung aller Bemühungen um eine Revision sowohl der Ergebnisse des Krieges zugunsten alter neuer expansiver Ziele, als auch der Ergebnisse des revolutionären Umschwungs von 1918/1919. Er galt als Zurückweisung des faschistischen Antiliberalismus und Antiparlamentarismus, der chauvi-

³ Bodo Scheurig: Henning von Tresckow. Eine Biographie. Berlin [u. a.] 1980, S. 165.

nistischen Ideologie wie auch als ein Verwerfen des pseudosozialistischen Angebots, das die Faschisten den als „entnationalisiert“ und „marxistisch verseucht“ betrachteten Arbeitern machten.

Viele Feinde hatte der Faschismus in seinem von kriegerisch-gewalttätiger und völkisch-rassistischer Feindseligkeit geprägten Visier. Reagieren mußten daher viele, ja eigentlich alle, die irgendwie in ihrer Existenz vom Faschismus bedroht waren. Daher bestanden die beiden wichtigsten Merkmale des Antifaschismus von Anfang an erstens in seinem Charakter als „Anti“-Strömung sowie zweitens in dem, was ich die Existenz von Antifaschismen oder seine „Bindestrich“-Erscheinungsform nennen möchte. Zu sprechen wäre in diesem Sinne jeweils von einem kommunistischen Antifaschismus, von einem sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen, christlichen, liberalen, antirassistischen oder auch vom Antifaschismus überfallener und bedrohter Völker.

Ich wähle damit ganz bewußt einen breiten Ausgangspunkt, ohne irgendeinem realitätsfernen geschichtswissenschaftlichen Konstruktivismus verfallen zu wollen. Der Wunsch nach Gemeinsamkeit und einheitlichem Handeln gegen den Faschismus war Realität und ist wissenschaftlich vielfach belegt. Alle Quellen zeigen, wie stark sich auch Sozialdemokraten, Gewerkschafter und andere in den 20er und 30er Jahren selbst als Antifaschisten verstanden. Es geht an der Realität vorbei, nur einen „klassischen“ Antifaschismus, den kommunistischen, sehen zu wollen.⁴ Es stimmt nicht mit den Tatsachen überein, allein diesen aus seinen Zusammenhängen herausgelösten Teil des Antifaschismus pauschal einer Geschichte der „Niederlagen, Denkblockaden und Selbstentmündigungen“⁵ zuzuordnen. In der kritischen Rückschau sollte selbstverständlich in jedem Falle gesagt werden, von welchem der Antifaschismen man spricht, und zugleich Obacht gegeben werden, das Kind – bildlich gesprochen – nicht mit dem Bade auszuschütten: Wer heute den Antifaschismus von Kommunisten kritisch beurteilt – mit Recht, ich wiederhole das –, sollte dennoch nicht übersehen, daß manchen die Kritik allein dazu dient, den Antifaschismus in seiner Gesamtheit und damit als solchen auf- und preiszugeben.

Die Einheitsbemühungen wurden von zahlreichen Faktoren beeinflußt und erschwert. Viele Antifaschisten waren sich durchaus der Schwierigkeiten bewußt. Dennoch fiel, als man sich befreit sah, die Entscheidung zugunsten einer bloßen machtpolitischen Umkehrung der Verhältnisse. Da dominierte aus den historischen Bezügen heraus sowohl bei Kommunisten als auch bei Sozialdemokraten der Gedanke einer Einheitspartei um jeden Preis, da lag der Gedanke an ein neues, nur dürftig drapiertes Einparteiensystem nahe. Da wurden die Einheitsbemühungen belastet durch Rigorosität und Repression jenen gegenüber, die sich die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Demokratie überhaupt nur in der Form voneinander strikt getrennter Organisationen vorstellen konnten und demzufolge allein aus diesem Grunde als „Zwang“ ausgaben, was 1946 KPD und SPD zusammenführte und was in den Block antifaschistisch-demokratischer Parteien mündete.

Belastungen führten und führen für jeden Einheitsgedanken aber vor allem diejenigen herbei, die unter Einheit nicht mehr als den andauernden, sich verheerend austobenden Rausch des Sieges der einen Seite über die andere sehen können oder sehen wollen. Doch das hängt bereits mit einem weiteren Argument neudeutscher Geschichtsbetrachter zusammen, mit dem Problem von Legitimität und Legalität des Antifaschismus, das mir von großer aktueller Bedeutung zu sein scheint. Lautstark wird von Anti-Antifaschisten behauptet, Kommunisten seien nicht als Widerständige zu würdigen, da sie sich gegen die Weimarer Demokratie gewandt und in ihren Zukunftsvisionen keinen demokratischen Rechtsstaat bundesdeutschen Zuschnitts angestrebt hätten. Das soll zunächst sicher vergessen machen, daß diese es waren, die energischer als andere gegen Hitler und seinen Krieg kämpften, früher und aufopferungsvoller als viele andere. Schamvoll wird zugedeckt und wider besseres Wissen übersehen, was es in einzelnen programmatischen Dokumenten der sich spät formierenden und heute zur alleinigen Traditionslinie erhobenen konservativen Opposition an elitären Zukunftsvorstellungen gegeben hat. Es dürfte schwer fallen, das alles unter dem landläufigen Begriff von Rechtsstaatlichkeit zu subsumieren. In den Plänen der Goerdeler-Gruppe war von Demo-

⁴ Siehe Antonia Grunenberg: Antifaschismus – ein deutscher Mythos. Reinbek bei Hamburg 1993. S. 86.

⁵ Ebenda. S. 75.

kratie keine Rede, und nirgendwo war für die Nachkriegsordnung ein europäisches Deutschland ins Auge gefaßt.

Legitim waren Widerstand und Antifaschismus in ihrer ganzen Breite. Jeder Hitlergegner kämpfte mit Recht und mit dem willkürlich beseitigten Recht gegen ein rechtloses Herrschaftssystem. Im Vordergrund der Ziele stand eine andere politische Herrschaftsform, erst in zweiter Linie ging es um ein anderes Gesellschaftssystem. Der Zusammenhang beider Zielsetzungen ergab sich aus den gesellschaftlichen Wurzeln des Faschismus. Und diese wurden keineswegs allein von den Kommunisten gesehen. Ich erinnere an das Ahlener Programm der CDU, das diese so gern vergessen machen möchte, weil sie darin für den Sozialismus eintrat. Erinnert sei auch an Kurt Schumacher, der den Sozialismus sogar zur Tagesaufgabe erhob. So läßt sich wohl kaum die These aufrecht erhalten, der Antifaschismus der Kommunisten sei abzulehnen, weil er im Kapitalismus die entscheidende Wurzel des Faschismus gesehen und deshalb nicht nur gegen den Faschismus gekämpft habe. Bekannt ist doch auch, in welch hohem Maße gerade die SPD der 20er und 30er Jahre die NSDAP als ein Instrument des Großkapitals ansah. Die sozialdemokratische Historikerin Helga Grebing stellte dazu einmal fest, daß in dieser Hinsicht zwischen SPD und KPD nur die Frage nach dem Ausmaß der Beziehungen zwischen dem Kapital und dem Nationalsozialismus strittig gewesen sei.⁶

Es geht tatsächlich weder an, den gesellschaftsbedingten Hintergrund des Faschismus außer Betracht zu lassen, noch den Antikapitalismus für illegitim zu erklären, nur weil er sich gegen eine politische Herrschaftsform richtete. Dies unterstellt zugleich, es sei dem Antifaschismus grundsätzlich nicht um mehr Demokratie im Weimarer Parteienstaat, sondern um deren Abschaffung gegangen. Der Antifaschismus erscheint so als eine Alternative schlechthin zu Demokratie und bürgerlichem Parlamentarismus. Die in der Tat unbefriedigenden Verhältnisse von Weimar werden damit faktisch als Norm gesetzt, Kritik daran als Verstoß gegen diese. Bei aller Unzulänglichkeit und allen bitteren Irrtümern, die es in der Verteidigung der Weimarer Republik durch die KPD gegeben hat – nicht die Antifaschisten sind die eigentlich Schuldigen an der Zerschlagung dieses Staates!

Zur Elie wird allein ein heutiges Macht- und Demokratie-Verständnis gewählt; damalige Politiknotwendigkeiten bleiben außen vor. Dazu paßt übrigens, mit welcher großer Selbstverständlichkeit den Akteuren des 20. Juli zugestanden wird, ihre frühere Begeisterung für den Nationalsozialismus überwunden und sich gewandelt zu haben. Dem Prozeß des Gesinnungswandels wird jedoch im einzelnen kaum nachgespürt. Politisch-moralische Fragestellungen, wie sie für viele in den neuen Bundesländern naheliegen, werden damit nicht verknüpft. Sind es möglicherweise auch aktuelle Probleme, die das verhindern? Immerhin war es mit Wilhelm Pieck ein Kommunist, der in seiner ersten Stellungnahme zu den Ereignissen vom 20. Juli 1944 erklärt hatte: „Es wäre unverzeihlich, wenn ein Antifaschist aus Mißtrauen gegen Generäle passiv beiseite stände (...) Beurteilen wir die Menschen nach ihren heutigen Taten gegen Hitler. Solidarität aller Hitlergegner ist das oberste Gebot des Handelns.“⁷ Gilt ein Recht auf Umkehr nur für Nationalkonservative, fragte völlig zutreffend Manfred Asendorf in „Blätter für deutsche und internationale Politik“.⁸ Einseitiges Politikinteresse läßt gerade viele derjenigen, die mit Recht das engherzige Antifaschismus-Verständnis der ehemaligen DDR-Führung kritisieren, heute nichts anderes praktizieren, als selbst selektiv vorzugehen – ohne zu beobachten, daß mit bloßer Umkehrung der Vorzeichen keine bessere Politik zu erreichen ist.

Das Ergebnis nationalistisch-legitimatischer begründeter Attacken gegen den Antifaschismus beklagen ernstzunehmende Historiker als unzulässige Verengung des Widerstandsbegriffs. Was in der beschriebenen Art und Weise zum Thema Widerstand geäußert wird, bricht tatsächlich den Stab allein über bestimmte Teile von Opposition und Widerstand gegen die Hitlerbarbarei. Insofern ist

⁶ Helga Grebing: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus. In: Helga Grebing und Klaus Kinner (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung. Essen 1990. S. 239.

⁷ Zitiert nach Kurt Finker: Der 20. Juli 1944. Militärputsch oder Revolution? Berlin 1994. S. 285.

⁸ Siehe Manfred Asendorf: „Vom Andern Deutschland“. Streit um den 20. Juli. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (1994) 7. S. 787.

der Begriff der Einengung zutreffend. Reicht er aber aus, alle Intentionen des konservativen Umgangs mit der Geschichte des Antifaschismus zu erfassen? Ich meine, daß selektierende Bewertungen Widerstand und Antifaschismus in ihrer Gesamtheit treffen sollen. Ließ nicht der letzte Verteidigungsminister der DDR, das CDU-Mitglied Rainer Eppelmann, zwei Kasernen der NVA umbenennen, die vorher die Namen Rudolf Breitscheids und Wilhelm Leuschners trugen? Selektiver Umgang mit der Geschichte des Widerstandes hängt darüber hinaus auch eng mit der immer positiveren Bewertung des Nationalsozialismus und seiner „Modernität“ zusammen, nicht zuletzt auch mit der auffälligen Rechtfertigung aller konservativen Fürsprecher und Wegbereiter aller deutschen Voraussetzungen des Faschismus.

Auch insofern darf in der neuen Bundesrepublik Deutschland das Thema Antifaschismus keinesfalls abgehakt werden und als erledigt gelten. Wie alle anderen Erscheinungen der Vergangenheit ist es geschichtswissenschaftlich, mit abgesicherten Methoden und möglichst frei von politisch-instrumentalisierenden Absichten zu untersuchen. Dies heißt, seine Genesis und Entwicklung, seine Wechselbeziehung zum Faschismus konkret zu erfassen und die Ursachen seiner Begrenztheit komplex zu analysieren.

Mit wachsender Empörung verfolge ich, wie in der bundesdeutschen Historiker-Zunft mit unterschiedlichen Methoden und Kriterien vorgegangen wird, wenn einerseits die Geschichte des Nationalsozialismus und andererseits die des Antifaschismus untersucht werden. Faschismus und Antifaschismus waren unmittelbar aufeinander bezogen; es kann daher keine Untersuchungsmethoden geben, die auf den einen Gegenstand angewendet werden, auf den anderen jedoch nicht. Tatsächlich weist die NS-Forschung der letzten Jahrzehnte erhebliche Fortschritte auf. Sie ist breiter, tiefergründiger, detaillierter und differenzierter geworden. Sorgfältiges Arbeiten verwies auch manche Behauptung antifaschistischen Propagandaeifers in den Bereich der Legenden. Möglich war dies durch intensive Forschung, durch die Integration anderer Wissenschaftsdisziplinen, ebenso durch die Entfaltung neuer Arbeitsgebiete wie der Sozialgeschichtsschreibung, der Alltags- und Mentalitätsgeschichte, der Geschichte des privaten Lebens usw. Vieles gründete sich dabei auf das bekannte Stichwort von einer notwendigen „Historisierung“ der Faschismusforschung.

Unabhängig davon, daß dieses für manche nur eine Worthülse darstellt, die tarnend für tatsächliche Relativierungen des Nationalsozialismus benutzt wird, gilt es aus meiner Sicht, mit Nachdruck das Methodengeflecht der „Historisierung“ auch für die noch zu erarbeitende Geschichte des Antifaschismus in Anspruch zu nehmen und anzuwenden. Wenn es um die Geschichte des Widerstandes im Dritten Reich und des Antifaschismus der Nachkriegszeit geht, läßt die heute vorherrschende Rückschau kaum eine gediegene Kenntnis alles dessen erkennen, was diesen vorausging und in welchem Kontext sie wirkten.

In der „historisierenden“ Faschismusforschung wird selbstverständlich die Forderung akzeptiert, monokausale Erklärungen zu vermeiden und komplexe Faktorenbündel zu berücksichtigen. Kein ernsthafter Historiker würde beispielsweise die gegen den Versailler Frieden von 1919 gerichtete Stimmung in Deutschland oder die Wirksamkeit der internationalen Anerkennung für Hitlerdeutschland außer Betracht lassen. Wie aber ist es zu erklären, daß so häufig, wenn es um die DDR-Geschichte und um den ihr zugrunde liegenden Antifaschismus geht, der Kalte Krieg völlig ausgeklammert bleibt, die deutsch-deutsche Geschichte nicht in ihren weltgeschichtlichen Bezugsebenen erscheint. langfristige Modernisierungsprozesse lediglich als Erscheinung in westlichen Gefilden auftauchen, soziale Bewegungen keine Rolle spielen usw. usf.?

Für die „historisierende“ NS-Forschung gilt ganz selbstverständlich der methodische Grundsatz, alle Faktoren in ihrer inneren Zusammengehörigkeit und Wechselwirkung zu sehen. In der Darstellung des Antifaschismus gelten allein die böse Absicht, die Ideologie sowjetischer und deutscher Kommunisten. Wesentliche Wurzeln und Rahmenbedingungen des Antifaschismus werden kaum berücksichtigt, die Folgen von Faschismus und Krieg ohne ihre Ursachen gesehen, antifaschistische Aktionen nicht als ein herausgefordertes Reagieren verstanden. Kein Blick wird beispielsweise verwandt auf die komplizierten Prozesse einer Aufgabenerweiterung und Funktionsspezifizierung,

die der Antifaschismus im Wandel der Welt von 1945 zu bewältigen hatte, kein Blick auf das, was ihm dabei tatsächlich gelang. Unbenannt bleiben die Funktionen einer unmittelbaren Situationsbewältigung, der Sicherung des Lebens. ja der Überlebensfähigkeit eines militärisch total geschlagenen und von den Nazis an den Rand des Abgrund geführten Landes. Dazu gehörte auch die Funktion, die Verhältnisse gegen tatsächliche, untergetauchte und vermutete Kräfte des Faschismus zu sichern. Von geschichtlichem Rang sondergleichen war die Aufgabe, angesichts der zahlenmäßig minimalen Kraft des Antifaschismus dessen Basis überhaupt erst einmal zu verbreitern.

Unberücksichtigt bleiben auch alle jene Ansätze, die es in der DDR gegeben hat, um der kritisch beobachteten Verengung des Antifaschismus entgegenzuwirken. Bechers „Erziehung zur Freiheit“, Christa Wolfs Roman „Kindheitsmuster“ und seine Bestseller-Rolle hierzulande, Konrad Wolfs glanzvolle Akademie-Rede von 1979 und vieles andere mehr tauchen im neu „verordneten“ Geschichtsbild nicht auf. Was aber ist eine bundesdeutsche „Wissenschaft“ wert, wenn sie so vieles einfach nicht zur Kenntnis nimmt, wenn sie nicht den elementaren, spontanen, unverordneten Antifaschismus unter der Mehrheit der Bevölkerung untersucht, ohne den die DDR keine 41 Jahre hätte existieren können, wenn sie verschweigt, daß die „Wende“ eigentlich ein Eintreten für eine bessere DDR, für einen neuen Antifaschismus gewesen ist?

Selbst bei dem hierzulande zweifellos vernachlässigten Problem des Wirkens historischer Persönlichkeiten werden Unterschiede gemacht. Wie stark Hitler und andere Naziführer in der BRD als geschichtswirksame Faktoren behandelt wurden, ist bekannt. Wie darauf aufbauend ganze soziale Schichten von ihrer Mitverantwortung für den Faschismus freigesprochen worden sind, weiß ebenfalls jeder. Natürlich fiel die Frage nach den Strukturen nicht völlig unter den Tisch, aber gerade manche unter denen, die im Falle des Faschismus von einer dominierenden Rolle des „Führers“ ausgehen, sind zu Analogem hinsichtlich der DDR-Geschichte nicht bereit. Nirgendwo ist eine generelle Untersuchung des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft in Sicht. Auch steht als Problem gar nicht an, aus welchen Gründen bei führenden Antifaschisten und DDR-Politikern ein schlichtes „Umkehrungs“-Denken zu einer verabsolutierenden Sicht auf die Machtfrage führte, ja welche subjektiven Unfähigkeiten oder auch schlichte Dummheiten wirksam gewesen sind. Wie sollte denn auch Wissenschaft betrieben werden können, wenn vorrangig politische Ziele verfolgt werden, denen zufolge alles als „systemnah“ abzuwickeln und auszugrenzen ist, was sich nur irgendwie abwickeln und ausgrenzen läßt?

Die „historisierende“ NS-Forschung erhebt schließlich auch den Vorwurf, bisher sei die Forschung zu stark oder sogar ausschließlich von einer sogenannten antifaschistischen „Volkspädagogik“ geprägt gewesen, was meint, in ihr habe eine politisch-erzieherische Aufgabenstellung dominiert. Wo lassen diese Historiker ihren Vorwurf gegen anti-antifaschistische Volkspädagogik hören? Und wer will angesichts des Produkts einer parlamentarischen Enquête-Kommission bezweifeln, daß den neuen Anti-Antifaschisten nichts anderes als gerade eine neue „Volkspädagogik“ am Herzen liegt! Wer will übersehen, daß diese eine geistige Grundlage verfassungswidriger Ungleichbehandlung von Millionen ostdeutscher Bürger und von anpassungsforderndem „Gesinnungslifting“ darstellt?

Die wirkliche Geschichte des Widerstandes und des Antifaschismus der DDR ist bis heute noch nicht geschrieben worden. Um so mehr verknüpfen sich das Gedenken an die Opfer des Faschismus und das Nachdenken über den bisherigen Umgang mit ihnen notwendigerweise zu einem dringlichen Appell, sich für Besseres, für Zukunftsträchtigeres zu engagieren. Sich der Ermordeten zu erinnern und aller Opfer zu gedenken, verlangt ein Plädoyer für gründlicheres Wissen, für wissenschaftliche Sorgfalt und methodische Solidität im Umgang mit den Quellen, für mehr Verständnis und Gerechtigkeit des Urteils, für größere Lernbereitschaft und für pluralistische Toleranz. Gefordert ist eine Haltung, die den Antifaschismus als unumgänglichen Prüfstein eines jeden Demokratie-Verständnisses zu akzeptieren bereit ist.

Ansichten zur Geschichte der DDR. Band V. Hrsg. v. Jochen Černý, Dieter Keller und Manfred Neuhaus. Rosa-Luxemburg-Stiftung Leipzig 1994, S. 81-98.

Verlorene Chancen

Nachbetrachtungen eines ostdeutschen Historikers zur Dokumentation „Operation Mauerdurchlöcherung“

Spannungsgeladene, aufregende und nachdenklich stimmende Texte stürmen auf den Leser ein, der zu dieser Publikation greift. Ihm offenbaren sich originäre Quellen und überaus selten anzutreffende Zeugnisse einer anspruchsvollen historischen und politisch-moralischen Debatte unter Wissenschaftlern, Künstlern und Studenten. Drei Jahrzehnte später geben sie interessante, ja auch überzeugende Auskünfte zu geschichtlichen wie aktuellen Problemen. In unserer heutigen Zeit – sie ist wiederum außergewöhnlich reich an Auseinandersetzungen aller Art und geprägt von einer intensiven Suche nach neuer geistiger Standortbestimmung – lohnt der Blick zurück in ganz besonderem Maße.

Die an dieser Stelle erstmals dokumentierte Debatte fand in beiden Teilen Deutschlands statt. Sie spiegelt den schwierigen Umgang mit den braunen Schatten der deutschen Vergangenheit in einer feindseligen deutsch-deutschen Gegenwart wider. Ausgelöst wurde sie durch den Eichmann-Prozess¹ sowie durch ungeheuerliche antisemitische Schmierereien², aber auch durch den Bau der Berliner Mauer am 13. August des Jahres 1961 und das strikte Gegeneinander in der offiziellen Politik der beiden deutschen Staaten.

Robert Neumann wagte in dieser Situation ein Experiment. Über Grenzen hinweg, sich selbst in der Rolle eines „Briefträgers“ sehend, wollte er das historisch-aufklärerische Gespräch führen helfen und gleichzeitig einen politischen Dialog – den er als notwendiges Mittel zur Behebung der friedensbedrohenden Spannungen im Verhältnis der Großmächte betrachtete – von unten her anregen. Ihm gebühren Dank und Anerkennung, auch wenn sein Versuch letztlich scheiterte und chancenlos blieb. Es gab zwar in der Folgezeit noch einige Versuche, doch eine sinnvolle öffentliche Debatte kam nicht zustande.³

Die eindrucksvolle Emotionalität der von 1961 bis 1964 in Marburg und Berlin geäußerten Meinungen und Fragen erlauben dem heutigen „Nachbetrachter“, ebenfalls von eigenen Empfindungen zu sprechen und persönliche Erinnerungen einzubringen, obwohl es hier in erster Linie um die Analyse von Anliegen und Hintergründen, von Stärken und Schwächen jener Ansätze gehen soll, die damals in der deutsch-deutschen Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte zaghaft und von gegenseitigen Vorurteilen belastet, verhaftet in missionarischem Drang und intolerantem Eifer erprobt worden sind. So prägen subjektive Befindlichkeiten eine erste Ebene, die den folgenden Überlegungen zugrunde liegt; eine zweite resultiert aus der Sicht des Historikers, der sich mehr oder weniger eingehend mit der Geschichte des Nationalsozialismus und des antifaschistischen Widerstandes⁴ befasst hat, eine dritte entspringt den unmittelbaren Folgen einer heute wiederum falsch verstandenen „Vergangen-

¹ In der DDR erschien dazu ein Buch von Heinz Kühnrich unter dem vielsagenden Titel: Judenmörder Eichmann. Kein Fall der Vergangenheit, Berlin 1961.

² Der Versuch, den 1959/60 in der BRD verstärkt auftretenden Antisemitismus als Ergebnis gezielter Aktionen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR hinzustellen, entbehrt jeder tiefgründigen wissenschaftlichen Sicht. Siehe Christoph Kleßmann: Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 29-30 v. 16.7.1993, S. 37.

³ Zu erinnern wäre in diesem Zusammenhang nicht nur an das Scheitern eines bereits vereinbarten Redneraustausches zwischen SED und SPD im Jahre 1966, sondern auch an das Weimarer Kolloquium „Weltherrschaft im Visier“, das 1975 stattfand und sich nicht in einer Publikation niederschlug, sowie an die vergeblichen Bemühungen west- und ostdeutscher Historiker, zum 50. Jahrestag der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges eine gemeinsame Publikation herauszubringen. Siehe Martin Broszat/Klaus Schwabe (Hrsg.): Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, München 1989; Ludwig Nestler (Hrsg.): Der Weg deutscher Eliten in den Zweiten Weltkrieg. Nachtrag zu einer verhinderten deutschdeutschen Publikation, Berlin 1990.

⁴ Siehe u. a. Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker: Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens, Berlin 1981; Manfred Weißbecker: Gegen Faschismus und Kriegsgefahr. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD in Thüringen 1933-1935, Erfurt 1967.

heitsbewältigung“⁵ für einen von deutsch-deutscher „Abwicklung“ direkt betroffenen Hochschullehrer.⁶

Welche Fragen hätte ich gestellt, welche Auffassungen wären von mir vertreten worden bei einer Veranstaltung wie der an der Berliner Humboldt-Universität?

Im Bemühen um eine solche historische Konjunktiv-Konstruktion stoße ich kaum auf etwas Anderes als das dort Dargelegte. Gewiss, heute wäre manches diffiziler und differenzierter darzulegen, wenn vom gesellschaftlichen Hintergrund für den Aufstieg des Nationalsozialismus und von den Ursachen des großdeutschen Expansionismus geredet wird. Die Verantwortung deutscher Monopolherren, Bankiers, Junker, Militärs usw. wäre überzeugender in die geschichtliche Gesamtkonstellation der agierenden Kräfte am Ende der Weimarer Republik einzuordnen. Die verhängnisvollen Fehler der KPD ließen sich nicht mehr ausklammern oder beschönigen. Neue Forschungsergebnisse haben alte Thesen hinfällig werden lassen. Erkenntnisfortschritte sind unübersehbar. Dennoch bleibt die damals gewiss überstrapazierte Frage nach der faschismusfördernden Rolle gesellschaftlicher Eliten aktuell; sie kann auch heute nicht zugleich mit der „Abwicklung“ der DDR-Geschichtswissenschaft überflüssig gemacht werden.

Mit anderen Worten: Ich finde mich – trotz kritischer Rückschau – durchaus in einer ganzen Reihe von Aussagen wieder, vor allem in jenem elementaren Antifaschismus, der ganz offensichtlich die geistige und weltanschauliche Haltung der Teilnehmer (wie überhaupt vieler Menschen in der DDR) zu prägen vermocht hatte, und der sich hinsichtlich der geschichtlichen Probleme – weniger in den prononciert politischen Auffassungen – wesentlich vom offiziellen Bild in der DDR ebenso wie von den Rezeptions-Klischees in der BRD⁷ abhob.

Die geschichtliche Sicht der Berliner Diskussionsteilnehmer impliziert wie selbstverständlich auch einen unverkennbaren Stolz auf den Antifaschismus des Landes, in dem sie lebten. Dies mag heute für jene nicht mehr „zeitgemäß“ sein, die sich z. B. an den selbstgefälligen Eppelmannschen Verdikten⁸ orientieren oder opportunistisch aus ihrer Erinnerung zu verdrängen bereit sind, was nicht mehr in die seit 1989/90 veränderte Landschaft passt. An der Tatsache, dass ein antifaschistisches Selbstverständnis vorhanden war, ändert sich dadurch jedoch nichts. Das gilt ebenfalls für das nachdrücklich artikulierte Gefühl, bedroht zu sein durch jene Kräfte in der Bundesrepublik, die sich so offensichtlich gegen jede Form von Antifaschismus wandten, die ehemalige Nazis und „Unverbesserliche“⁹ in Amt und Würden ließen. Übersehen wurde dabei, dass im berechtigt oder unberechtigt anmutenden Stolz auf das „bessere“ Deutschland jede Empörung über neonazistische Tendenzen im anderen deutschen Staat und die Hoffnung auf die Wirksamkeit der eigenen gesellschaftlichen Alternativ-Konzepte den Blick dafür verstellten, die westdeutsche Bundesrepublik in ihrer Gesamtheit und ihrem demokratischen Potential zu sehen.

Die Feststellungen zur vermeintlich konsequenten Überwindung des Faschismus in der DDR hoben keineswegs das Bestreben auf, die braune Vergangenheit intensiver kennenzulernen und Antwort auf jene Fragen zu finden, die bis dahin unbeantwortet geblieben waren; die Penetranz einer „partei-

⁵ Siehe dazu vor allem Manfred Kossok: Im Gehäuse selbstverschuldeter Unmündigkeit oder: Umgang mit der Geschichte. In: Neues Deutschland, Berlin, v. 20/21.3.1993.

⁶ Siehe Manfred Weißbecker: Wahrheit und Irrtum in den Faschismusforschungen der DDR. Historiographische und andere Reminiszenzen. In: Deutsche Studien. Vierteljahresshefte, H. 116/1992, S. 397-415.

⁷ Deutlich wird dies in Äußerungen einiger Marburger Studenten: „In der Nacht sind alle Katzen grau ...“ (Siehe Kap. IV), in denen unterstellt wurde, dass in der DDR die Auffassung vorherrsche, Kapitalismus und Faschismus seien identisch. Die meisten der Berliner Diskussionsteilnehmer vertraten jedoch eine grundsätzlich andere Auffassung, was nahezu unbemerkt blieb. Es berührt ebenso etwas eigenartig dass Robert Neumann gemeint hat, in Berlin sehr viel ausführlicher als in Marburg über die Industriellen-Eingabe vom November 1932 zugunsten einer Hitler-Regierung sprechen zu müssen. Diese Eingabe war bereits 1953 in der DDR veröffentlicht worden und wurde lange Zeit in der BRD-Historiographie nicht zur Kenntnis genommen.

⁸ Siehe Rainer Eppelmann: Fremd im eigenen Haus – Mein Leben im anderen Deutschland, Köln 1993.

⁹ Siehe Kap. III „Noch herrscht der Faschismus in der Bundesrepublik nicht“. Vortrag und Diskussion in der Humboldt-Universität Berlin/DDR am 16. November 1962.

lichen“ Wahrheitsverfechtereit trat erst später in den Vordergrund. Überhaupt wird eine Historiographiegeschichte der DDR erst noch zu eruieren haben, dass sich gerade in den 60er Jahren in der Geschichtswissenschaft das zu entwickeln begann, was den Namen Faschismusforschung verdient. Wirtschaftshistorische, parteiengeschichtliche und ideologiekritische Untersuchungen traten mehr und mehr aus den Schranken einer politisch orientierten Weltkriegsanalyse heraus, wie sie insbesondere mit den deutsch-sowjetischen Historiker-Konferenzen zum Thema „Der deutsche Imperialismus und der Zweite Weltkrieg“ in den Jahren 1957 und 1959 fixiert worden waren.

Aus der Debatte an der Humboldt-Universität geht das Bestreben um Wissenserweiterung in großer Deutlichkeit hervor. Diese Aussage lässt sich keineswegs auf den Teilnehmerkreis begrenzen, wie auch immer er zustande gekommen und vorbereitet gewesen sein mag.¹⁰ Diskutiert wurde dazu eigentlich überall in der DDR, beispielsweise anhand eines Filmes, der vielen Menschen in jener Zeit bedenkenswerte Eindrücke und Denkanstöße bot.¹¹ Dieser Film war zu Beginn der 60er Jahre von dem sowjetischen Dokumentaristen Michail Romm geschaffen worden und trug den Titel „Der gewöhnliche Faschismus“. Unvergessen bleibt für mich der Einstieg: Szenen spielender Kinder, verliebter junger Paare, schwatzender Frauen und besorgter Prüflinge. Der Zuschauer wähnt sich fast in einer unangekündigten Veranstaltung zu völlig anderer Thematik. Dem friedlichen Bild einer Mutter, die ihr Kind auf den Arm nimmt, folgen schließlich ein scharfer Bildschnitt, ein harter Schuss. Übergangslos erscheint das auch von Robert Neumann veröffentlichte¹² erschütternde Bild einer anderen Mutter mit ihrem Kind im Arm, die beide im Moment des Fotografierens von einem SS-Mann erschossen werden. Auf die Millionenzahl der Ermordeten verweisend, formuliert Romm an dieser Stelle die zentrale Frage seines Werkes: Wie viele Hände sind wohl nötig gewesen, um solch ein entsetzliches Völkermorden zu vollbringen? Die Nähe zu der Frage westdeutscher Diskussionsteilnehmer „Wie kommen Menschen zu den ungeheuerlichsten Sachen?“¹³ liegt auf der Hand. Was anderes meinte wohl auch Robert Neumann, als er das überall diskutierte Problem in die folgenden Worte kleidete: „Wie konnte es geschehen, dass diese Ereignisse vor sich gingen innerhalb einer Nation, die eine der führenden kulturellen Nationen der Welt ist? Eine Nation mit einem geistigen Erbe wie kaum eine andere, mit Standards der persönlichen Anständigkeit, Korrektheit, der Begriffe von Treu und Glauben wie in kaum einer anderen [...] Wie konnte es geschehen, dass etwa brave Familienväter diese furchtbaren Dinge getan haben?“¹⁴

Romms Film sahen viele junge Menschen. Alle Veranstaltungen – auch jene, die wir in Jena im Rahmen der Ausbildung von Geschichtslehrerstudenten organisierten – waren stets überfüllt. Betroffenheit und Nachdenklichkeit dominierten. Fragen nach den Ursachen des Sieg-Heil-Geschreis der Millionen und nach der geschichtlichen Rolle der fanatisierten Massen standen in jeder Lehrveranstaltung auf der Tagesordnung. Später, als der Film nicht mehr öffentlich vorgeführt werden durfte (aus Gründen, die verschwiegen wurden, wohl aber auf der Hand lagen; allzu sehr ließen sich die Bilder von nationalsozialistischen Aufmärschen, von Jubelveranstaltungen und vom Kult um den „Führer“ mit aktuellen Vorgängen vergleichen), verknüpfte sich das große Interesse zunehmend mit Zweifeln an der Richtigkeit der dazu getroffenen amtlichen Entscheidungen. Aber auch das wachsende Misstrauen und die zunehmenden Einsichten in die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität verließen nicht den Rahmen eines antifaschistischen Grundverständnisses.

¹⁰ Vielleicht lassen sich in den Akten des Hochschulministeriums, der Humboldt-Universität und der Abteilung Wissenschaften im ZK der SED dazu noch Unterlagen finden. Da Veranstaltungen solcher Art stets gründlich vorbereitet und ausgewertet worden sind, wäre eine weitere Forschungsarbeit sicher sehr nützlich.

¹¹ Siehe Manfred Weißbecker: Den Schleier des Mythos zerrissen. Gedanken nach einem ungewöhnlichen Filmerelebnis. In: Volkswacht, Gera, 10.5.1966.

¹² Siehe Hitler. Aufstieg und Untergang des Dritten Reiches. Ein Dokument in Bildern von Robert Neumann unter Mitarbeit von Helga Koppel, München u. a. 1961, S. 156 f.

¹³ Siehe Kap. II „Gegen die Konspiration des Schweigens“. Vortrag und Diskussion im Auditorium Maximum der Philipps-Universität Marburg am 5. Juli 1962.

¹⁴ Ebenda.

War nun dieser Antifaschismus ein „verordneter“?¹⁵ War er diktatorisch und unrechtmäßig erzwungen worden? Mussten die Berliner so reden, wie sie es taten? Vermutungen und Behauptungen dieser Art gehen an der Geschichte vorbei. Sie beschränken die Geschichte der DDR auf den von Ralph Giordano völlig zu Recht kritisierten, weil die Humanitas teilenden Staats- und Partei-Antifaschismus, auf den Missbrauch des elementaren Antifaschismus, auf seine Ritualisierung und Formalisierung. Nein, einen elementaren Antifaschismus hat es unter großen Teilen der Bevölkerung stets gegeben. Meine These lautet in diesem Zusammenhang sogar, dass die DDR ohne ihn nicht über vier Jahrzehnte hinweg hätte existieren können.¹⁶ Dieser Antifaschismus äußerte sich im alltäglichen Leben, in geschichtswissenschaftlichen und anderen Darstellungen, vor allem aber auch in Kunst und Literatur. Von letzterem zeugen um nur einige Beispiele zu nennen: die weite und auflagenstarke Verbreitung des Romans „Kindheitsmuster“ von Christa Wolf, die begeisterte Aufnahme der großen Rede Konrad Wolfs zur zeitgemäßen Notwendigkeit des Antifaschismus¹⁷ und nicht zuletzt auch die intensive Aufführungspraxis des Stückes „Bruder Eichmann“ von Heinar Kipphardt an zahlreichen Theaterbühnen der DDR.¹⁸ Weitere Beispiele ließen sich in Hülle und Fülle anführen¹⁹, wobei zu beklagen bleibt, dass eine umfassende Geschichte des Antifaschismus in der DDR noch nicht geschrieben worden ist.²⁰ Sie hätte den elementaren Antifaschismus ebenso zu berücksichtigen wie die Tatsache, dass sich dieser letztlich doch als unfähig erwies, zu einer wirklich antifaschistischen Position, d. h. zu einer partei- und richtungsübergreifenden, von Humanismus und breitem Demokratieverständnis geprägten Haltung zu gelangen.²¹

Als Robert Neumann 1961 erstmalig seinen Vortrag zum Thema „Was geht uns Eichmann an?“ hielt, als Fragen und Erklärungen durch die überfüllten Veranstaltungsräume in Marburg und Berlin schwirrten, als sich Befürchtungen aller Art wie auch zarte Hoffnungen artikulierten – da sah die Welt völlig anders aus als heute. Beide Blöcke standen einander waffenstarrend und in ideologisierte Feindschaft gegenüber. Jederzeit konnte ein einziger Funke genügen, um den kalten in einen heißen Krieg umschlagen zu lassen. Nicht nur für die Deutschen hätte dies den todsicheren atomaren Untergang bedeutet. Die einzig denkbare Alternative hieß: Vernichtung oder Leben. Ein Atomkrieg sei nichts anderes als ein „Gattungsmord“, konstatierte Wieland Herzfelde in der Berliner Diskussionsrunde.²² Aus einer solchen Sicht resultierte selbst in der Gedankenwelt von Wissenschaftlern die ver-

¹⁵ Siehe Ralph Giordano: Die zweite Schuld oder Von der Last ein Deutscher zu sein, Hamburg und Zürich 1987, S. 215 ff. Siehe auch Heinz Kühnrich: „Verordnet“ –und nichts weiter? Nachdenken über Antifaschismus in der DDR. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 9/1992, S. 819-833.

¹⁶ Siehe Manfred Weißbecker: Gedanken zum Antifaschismus-Verlust in der Geschichte der DDR. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 2/1991, S. 194-201.

¹⁷ Konrad Wolf: Kunst im Kampf gegen den Faschismus –gestern und heute. In: Konrad Wolf im Dialog. Künste und Politik. Hrsg. und eingel. v. D. Heinze und L. Hoffmann, Berlin 1985, S. 337 ff. Siehe dazu auch Paul Heider: Gedanken zum Antifaschismus in der Geschichte der DDR. In: 1933–1993. Fragen an die deutsche Geschichte. Fragen an Wissenschaft und Politik im neuen Deutschland. Hrsg. vom Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena 1993, S. 159-164.

¹⁸ Siehe Martin Linzer: Bruder Eichmann oder Das gewöhnliche Monster. Bemerkungen zum Stück und seiner Rezeption in der DDR. In: Reiner Kipphardt: Bruder Eichmann, Berlin 1984, S. 141-148.

¹⁹ Siehe Hans Richter: Zum Thema („verordneter“) Antifaschismus und Literatur in der SBZ/DDR. In: 1933–1993. Fragen an die deutsche Geschichte, a. a. O., S. 138-143.

²⁰ Eine entsprechende Forderung erhoben Ralf Richter, Hermann Simon, Frank Schurnano und Manfred Weißbecker: Antifaschismus in der DDR. Traditionswurzeln, geschichtliche Leistungen, neue Anforderungen. In: Bewährte Strategie – erfolgreiche Praxis. Beiträge zur Geschichte der SED und der DDR in den siebziger und achtziger Jahren, Berlin 1989, S. 40-63. Siehe auch Ralf Richter: Antifaschismus als Erfahrungsgeschichte. In: 1933–1993. Fragen an die deutsche Geschichte, a. a. O., S. 112-117.

²¹ Dies kann durchaus als ein Bestandteil bzw. eine Variante der von den Mitscherlichs nach 1945 festgestellten „Unfähigkeit zu trauern“ verstanden werden. Siehe dazu auch die treffende Feststellung Helmut Ridders, dass beim Zerfall der DDR-Machtstrukturen die „Unbeachtlichkeit des Defizits an demokratischer Ideologie“ eine große Rolle gespielt habe, weshalb auch der „Sozialismus mit unanzweifelbar menschlichem Antlitz“ [...] so wenig aktions- und widerstandsfähiges Fleisch und Blut“ aufzuweisen hatte. Siehe Helmut Ridder: Zur europäischen Dimension von Erwin Eckerts Vermächtnis. In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Ärgernis und Zeichen. Erwin Eckert -Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben, Bonn 1993, S. 373.

²² Siehe Kap. III [und Anmerkung 9].

breitete Akzeptanz allzu schlichter Kategorien von Sozialismus oder Imperialismus, von Marxismus-Leninismus oder bürgerlicher Ideologie, von gut oder böse, von weiß oder schwarz. Strikt bipolar angelegte Sichtweisen drängten sich in den Vordergrund, alle Zweifel und alles Suchen nach Veränderungen innerhalb des sozialistischen Systems überlagernd. Dies konnte nicht ohne Folgen für die Sicht auf das nationale Problem im geteilten Deutschland bleiben. Die von der SED- und DDR-Führung erhobene Forderung, wenigstens „ein Minimum an korrekten Beziehungen und Vereinbarungen“²³ zwischen beiden deutschen Staaten herzustellen, leuchtete ein und erschien vielen als schwieriger, aber einzig gangbarer Ausweg.

Die im Konföderationsgedanken liegenden Chancen wurden von beiden Seiten aus unterschiedlichen Gründen nicht genutzt, ja teilweise sogar hintertrieben. Die Divergenzen zwischen Deutschland Ost und Deutschland West vergrößerten sich. Und überall ließ sich mit den zu Stereotypen erstarrten Gedanken und Worten scheinbar trefflich streiten. Einzig der gegenseitig erhobene Vorwurf, wissenschaftliche Thesen und Theorien zu simplifizierenden politischen Kampfbegriffen verkommen zu lassen, schien Grenzen überschreiten zu können. Allenfalls gelang der Austausch der Klischees, wobei introvertierte Erfolgserlebnisse ausreichend Befriedigung versprachen. Von einem Dialog im Sinne des Miteinandersprechens konnte keine Rede sein. Der Dialog vollzog sich als Parallelität einseitiger Monologe. Die Kenntnisse über Auffassungen und Probleme der jeweils anderen Seite verringerten sich rapid. Ich frage mich, welche Wirkung wohl damals Robert Neumanns Wort ausübte: „Ihr wisst von Westdeutschland so wenig wie die Westdeutschen von Euch.“²⁴ Die Protokolle liefern dazu leider nur schwache Anhaltspunkte. Spiegeln sie in dieser Hinsicht auch den Geist ihrer Zeiten wider, der noch allemal der Herren eigener Geist gewesen ist?

In der Realität bezog sich dennoch alle deutsche Politik unentwegt aufeinander. Weder in West noch in Ost gab es jemals Entscheidungen, die ohne den Blick über die Mauern gefällt worden wären. Nirgendwo fehlten gesamtdeutsche Vorstellungen, trotz aller wechselseitiger Alleinvertretungsansprüche, trotz demonstrativer Abgrenzung und konträrer Feindbildfixierung. Die SED bekräftigte 1963 in ihrem neuen Parteiprogramm das Ziel, die deutsche Einheit wieder herzustellen.²⁵ Dem ging 1962 eine breite „Volksaussprache“ (organisiert wurden über 600.000 Veranstaltungen) zu einem sogenannten nationalen Dokument voraus, in dem die Bereitschaft zur konföderativen Verständigung mit der BRD einen zentralen Rang einnahm. Es ist nicht berechtigt, in diesem Zusammenhang allein von Demagogie und bloßer Agitation zu sprechen.²⁶ Selten wurde versucht, die SED-Führung beim Wort zu nehmen und Chancen auszuloten. Ebenso wenig dürfte es Sinn machen, die Geschichte der DDR nicht als Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte zu sehen, sondern als Teil der sowjetischen Herrschaft in Ost- und Mitteleuropa und allenfalls als schäbigen Appendix einer Erfolgsgeschichte der BRD zu betrachten, wie manche heute glauben machen wollen.²⁷ Vergangenheitsbewältigung, mit allen Folgen für die Betroffenen, statt Vergangenheitsbewältigung und Aufarbeitung aller Schatten der deutschen Geschichte?

Schwierigkeiten im Umgang mit Vergangenen gehören offensichtlich in jede Gegenwart. Problematisches lässt sich in dieser Hinsicht zu allen Zeiten und in aller Welt beobachten; seit langem werden bereits diverse Theorien und Typologien von „Vergangenheitsbewältigung“ diskutiert.²⁸ Vielleicht lässt sich sogar behaupten, dass die gesamte deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert mit den beiden Weltkriegen sowie mit den Zentralereignissen von 1918, 1933, 1945 und 1989 stets auch von den Folgen eines unzureichenden Umgangs mit der Geschichte geprägt war.

²³ Heinz Heitzer: DDR. Geschichtlicher Überblick, Berlin 1979, S. 162.

²⁴ Siehe Kap. III [und Anmerkung 9].

²⁵ Siehe Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 2, Berlin 1986, S. 293.

²⁶ Siehe dazu auch Christoph Kleßmann: Zwei Staaten – eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, Bonn 1988, S. 338.

²⁷ Kritisch, aber nicht ablehnend dazu Wolfgang Mommsen: Die DDR in der deutschen Geschichte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 29-30 v. 16.7.1993, S. 21.

²⁸ Siehe z. B. Helmut Quaritsch: Theorie der Vergangenheitsbewältigung. In: Der Staat, H. 4/1992, S. 519-551.

Nach dem Zweiten Weltkrieg äußerten sich solche Schwierigkeiten im zweigeteilten Deutschland fern jeglicher normaler Umgangsformen. Der Kalte Krieg und die mitten durch das Land verlaufenden Systemgrenzen wirkten sich verheerend aus. Heute, da beides überwunden scheint, tun sich Deutsche in West und Ost schwerer als je zuvor mit ihrer jüngsten Geschichte. Auch in dieser Hinsicht kann man sich kaum dem Eindruck entziehen, dass der Kalte Krieg nichts anderes als ein großes geistiges Vakuum hinterlassen hat und alte Feindbilder nur geringfügig modifiziert recht munter ihr altes Unwesen weiter treiben.

* * *

Wie würde wohl heute die Debatte von damals ablaufen? Bei diesem Gedanken bewegen mich Skepsis und Zorn. Äußerlich gesehen ist dem Gegeneinander erneut nicht mehr als ein einfaches und Chancen verderbendes Nebeneinander gefolgt. Machtpolitische und parteienegoistische Interessen verhindern eine wirkliche Aufarbeitung der Geschichte. Bei allem Verständnis, das gegenüber den tiefen Wunden und historischen Belastungen aufzubringen ist, bedeutet die gegenwärtige Praxis des Umgangs mit der DDR-Geschichte allzu oft ein schlichtes Umgehen von tatsächlich Gewesenem und Gewolltem. Unbewusste Erinnerungsverflachung und bewusste Selbsttäuschung gehen einher mit neuerlichen Verdrängungs-Effekten. Wie oft begegnet man einem ebenso simplen, weil ausschließlich politisch motiviertem Verabsolutieren einzelner Seiten der Geschichte je nach Gelegenheit und Erfordernis.

Gerade im Geschichtsdiskurs unserer Tage offenbaren sich erschreckende Verständnislosigkeit, Dogmatismus und Unversöhnlichkeit. Auch Denunziationsgelüste und Rachsucht bewirken vielfach ein Bild, das NS-Herrschaft und „SED-Unrechtsstaat“ absichtsvoll, aber unzulässig miteinander mischt. Viele unter jenen, die sich heute zur Geschichte äußern, unterliegen der Versuchung, mit ihrer Hilfe eine sonst kaum zu rechtfertigende Politik zu betreiben. Instrumentalisierung findet ständig statt, gleich ob in regierungsoffiziellen Enquete-Kommissionen oder anderen geschichtssüchtigen Vereinen, gleich ob in der einen oder anderen Partei; gleich in welchen der öffentlichen oder privaten Medien. Es liegt außerdem nahe - denke ich etwa an die Querelen um den „Forschungsschwerpunkt Zeitgeschichtliche Studien“ in Potsdam²⁹ - von einer instrumentalisierenden Geschichtspolitik zu sprechen. Vor allem in populären Darstellungen scheint Orwells „Ministerium der Wahrheit“ manch neue Blüte zu treiben; zwar fein gesponnen und auch frei von diktatorischer Plumpheit, zwar von betörendem Duft und marktwirtschaftlich orientiert, aber dennoch oft genug abseits jener hehren Ansprüche, die auf den Fahnen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geschrieben stehen.³⁰

Der Forderung, die Geschichte des Nationalsozialismus müsse nunmehr völlig neu geschrieben werden, kann wohl jeder Historiker grundsätzlich zustimmen: Befreit aus den Fesseln des Kalten Krieges, getragen von den Fortschritten diverser Wissenschaftsgebiete, können und sollten sich Geschichtswissenschaftler neu, unvoreingenommen, komplex und interdisziplinär der Frage zuwenden, wie faschistische Diktatur und Zweiter Weltkrieg, wie der Holocaust eigentlich möglich gewesen sind. Selbstverständlich macht jede neue Gegenwart, machen neue Generationsbelange und die zunehmende zeitliche Erweiterung unseres Betrachtungshorizonts Vervollständigung und Modifikation geschichtlicher Ortsbestimmungen aller Art unumgänglich.

²⁹ Siehe Armin Mitter und Stefan Wolle: Der Bielefelder Weg. Die Vergangenheitsbewältigung der Historiker und der Funktionäre. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 10.8.1993; dies.: Inquisitoren auf der Faultierfarm. Gestern Bielefeld und Ost-Berlin, heute Potsdam: Wie flexibel dürfen Historiker sein? In: Ebenda, 9.9.1993; Rainer Eckert: Nicht ohne Reue. Noch einmal: Wer soll die Geschichte der DDR erforschen? In: Ebenda, 22.9.1993. Siehe dazu auch Felicitas Walka: „Diktaturenvergleich“ in Potsdam. Die zeitgeschichtliche Forschung – Anspruch und Domäne der Parteipolitik? In: Neues Deutschland, 11/12.9.1993.

³⁰ Siehe die bisherige parlamentarische und ergebnislose Behandlung des von der Gruppe PDS/Linke Liste im Bundestag eingereichten Gesetzentwurfes zur „Behebung und Wiedergutmachung von politischen Ungerechtigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland“. Zu einem Beispiel solcher Ungerechtigkeiten siehe Manfred Weißbecker: Auf der Anklagebank des Kalten Krieges. Erwin Eckert und der Düsseldorfer Prozeß gegen das „Westdeutsche Friedenskomitee“ 1959/60. In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Ärgernis und Zeichen, a. a. O., S. 308-33 1.

Es dürfte jedoch, wenn es um die Geschichte des deutschen Faschismus geht, nicht konsensfähig sein, ein solches Bemühen mit einer grundsätzlichen Veränderung humanistisch-demokratischer Messlatten und antinationalsozialistischer Kriterien zu verknüpfen oder, wie Ernst Nolte es jüngst getan hat, hemmungslos von der „Größe und Tragik des Nationalsozialismus“ zu sprechen.³¹

Ich plädiere daher nachdrücklich – und damit sicher im Sinne der hier dokumentierten Veranstaltungen – gegen jede Tendenz zu unwissenschaftlicher Beliebigkeit und anpassender Austauschbarkeit. Ich plädiere für die Wahrnehmung antifaschistischer Verantwortung durch jeden einzelnen gegenüber den in ihrer Gefährlichkeit häufig unterschätzten Folgen „neuer Dreistigkeit“³² in neonationalistischen und „revisionistischen“ Geschichtsbetrachtungen.³³ Wenn schon einige konservative Historiker von der begrifflich kaum fassbaren „Moderne“ sprechen und „Leistungen“ des Nationalsozialismus in den allgemeinen Strom ihrer Entfaltung einordnen, dann ändert sich für mich nichts am Charakter der Hitlerdiktatur und an der Singularität ihrer Verbrechen. Wenn behauptet wird, dass sich die sogenannte zweite deutsche Diktatur mit der NS-Zeit nicht nur vergleichen, sondern gleichsetzen lassen müsse, dann darf dies weder die Ursachenkette noch die generelle Unterschiedlichkeit beider Regime aufheben. Wenn schon Nationales und Ethnisches stärker als bisher betont werden, dann leitet sich daraus keineswegs das Recht oder gar eine wissenschaftliche Pflicht ab, bereits gewonnene Positionen von Wirtschafts- und Sozialgeschichte, von Alltags- und Strukturgeschichte usw. leichtfertig über Bord zu werfen, ja vielleicht neuem Nationalismus und darauf fußendem völkisch-rassistischem Denken Entfaltungsraum zu bieten.

Indizien für meine Befürchtungen gibt es zuhauf, nicht zuletzt dort, wo die eigentlichen antifaschistischen Wurzeln der DDR als „niedrige Beweggründe“³⁴ betrachtet, wo die DDR als „Auschwitz der Seelen“³⁵ beurteilt oder als „Riesen-KZ“³⁶ diffamiert wird, wo sie als der alleinige und heute allein interessierende Sündenfall der deutschen Geschichte angesehen wird. Die Versuche zur „Schadensabwicklung“ und „Entsorgung“ der braunen Vergangenheit haben eine neue Stufe erreicht und beherrschen zur Zeit sogar die Vorbereitung der Wahl des nächsten Bundespräsidenten. Nach dem Ende der DDR sehen manche endgültig Zeit und Gelegenheit gekommen, die Geschichte des Nationalsozialismus zu einem „abgeschlossenen“ Kapitel deutscher Geschichte zu erklären³⁷ und zu praktizieren, was ein rechtskonservativer Publizist bereits 1981 forderte: Hitler dürfe nicht länger wie ein „apokalyptisches Tier“ aus dem Rahmen fallen, man müsse endlich mit dem „Massenwahn“ gegenüber der NS-Geschichte und mit dem linken „Hexensabbat der Vergangenheitsbewältigung“ aufhören.³⁸

Die engagierte Sachlichkeit der damals in Marburg und Berlin Diskutierenden und ihre Bereitschaft, tatsächliche Probleme der deutschen Gesellschaft verantwortungsvoll aufzugreifen, kann heute kaum eine vergleichbare Debatte aufweisen. Stattdessen ist im neuen Deutschland allerorten ein erheblicher Verlust an Geschichts- und Diskussionskultur festzustellen. Vieles gleicht eher dem Suchen nach irreführenden Rechtfertigungen, parteipolitischen Alibis und populistischem Ersatz für eigentliche Erfordernisse. Vieles gleicht einer Simulation vergangener deutscher Größe, doch weder mit dem neuen alten Denkmal am Deutschen Eck – ausgerechnet wiedererrichtet am sogenannten

³¹ Ernst Nolte: Streitpunkte. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus, Berlin 1993. Siehe dazu Hans-Ulrich Wehler: Durch und durch doktrinär. In: Der Spiegel, Nr. 37 v. 13.9.1993, S. 81 ff.

³² Siehe Volker Ulrich: Die neue Dreistigkeit. In: Die Zeit, Nr. 45 v. 30.10.1992, S. 73.

³³ Siehe dazu: Ändert die Zukunft Deutschlands Vergangenheit? Eine Kritik an Rainer Zitelmann und Arnulf Baring. Hrsg. von der Antirassismusarbeitsgruppe am FB Geschichtswissenschaften in Verbindung mit dem Projekt für interdisziplinäre Faschismusforschung (PfiFf) der Freien Universität Berlin, Berlin 1992. Siehe auch Maria Zens, Vergangenheit verlegen -Über die Wiederherstellung nationaler Größe im Hause Ullstein. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/1993, S. 1364-1375.

³⁴ So formuliert von der Anklagevertretung im Leipziger Prozess gegen den Waldheim-Richter Jürgen.

³⁵ So der Schriftsteller Jürgen Fuchs.

³⁶ So der Bürgerrechtler und Bundestagsabgeordnete Wolfgang Ullmann.

³⁷ Dagegen Herbert Obenaus: NS-Geschichte nach dem Ende der DDR: eine abgeschlossene Vergangenheit? Hannover 1992.

³⁸ Hans-Dietrich Sander: Vom kommenden Ende der Vergangenheitsbewältigung. In: criticon, H. 67/1981, S. 240 f.

Sedanstag aus Kaiser Wilhelms Zeiten – noch mit Berliner Schloss und Dresdener Frauenkirche lassen sich das Fehlen eines eigenständigen zeitgemäßen Orientierungskonzepts überdecken.³⁹

Was bleibt? Es sollte mehr sein, als der Funke Hoffnung auf ein künftiges Scheitern der von Wolfgang Abendroth damals so nachdrücklich kritisierten Nichtbewältigung⁴⁰ der Geschichte des Nationalsozialismus durch „vorgegebene Scheinbewältigung“ aller Schatten der Vergangenheit? Oder sollen sich die auch in unserer Zeit vorhandenen Chancen in den Nebelschleiern einer düsteren Zukunft erneut verlieren?

Reinhard Hübsch und Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): „Operation Mauerdurchlöcherung“. Robert Neumann und der deutsch-deutsche Dialog, Bonn 1994, S. 213-224.

³⁹ Siehe Dan Diner: Deutschland im Epochenwechsel. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 9/1993, S. 1111-1118.

⁴⁰ Neuerdings wird dagegen die These vertreten, dass sich die Deutschen nicht erst seit 1968, sondern bereits in der Zeit der Adenauer-Regierungen ihrer braunen Vergangenheit gestellt und die „Bewältigung der NS-Erblast“ zu einem zentralen Thema in der politischen Kultur der BRD gemacht hätten. Siehe Manfred Kittel: Die Legende von der „Zweiten Schuld“. Vergangenheitsbewältigung in der Adenauer-Ära, Berlin/Frankfurt a. M. 1993. Der Verf. bleibt trotz der immensen Materialfülle seines Buches den Beweis seiner Auffassung schuldig; das liegt nicht zuletzt daran, dass er zwar zahlreiche offiziöse und bereits veröffentlichte Dokumente sowie Zeitungsmaterialien auswertet, jedoch keinen Blick in die bereits zu Verfügung stehenden Akten des Bundesministeriums sowie anderer staatlicher Institutionen geworfen hat. Gerade diese zeigen, wie wenig sich die Entscheidungen zugunsten ehemaliger NS-Funktionäre und gegen Antifaschisten als „Geschmacklosigkeiten“ bagatellisieren lassen.

Eröffnung der Tagung „Rußland und Europa – Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems“

Froh über das große Interesse an der nun beginnenden Tagung über die Jahrhundertprobleme im wechsellvollen, teils auch verhängnisvollen Verhältnis zwischen Rußland und Europa, erfreut über die Vielzahl der Teilnehmer und in Erwartung spannender Debatten eröffne ich hiermit unsere Tagung. Ich heiße alle Gäste recht herzlich willkommen und begrüße Sie im Namen der Veranstalter, des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V., des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig und der Thüringischen Freundschaftsgesellschaft e. V. Gruß und Dank gelten auch denen, die unsere Tagung vorbereiten halfen und das Unternehmen mit ihren Mitteln und Möglichkeiten förderten. Ich richte den Dank vor allem an die Deutsche Gesellschaft e. V., die hier durch ihr Kuratoriumsmitglied Herrn Hans Wolf vertreten ist, und an das Europäische Kulturzentrum in Thüringen e. V.

Lassen Sie mich bitte mit besonderer Freude den Moskauer Literaturwissenschaftler und Präsidenten der Internationalen Gesellschaft „Frieden durch Kultur“, Herrn Professor Valentin Mitrofanowitsch Sidorow, begrüßen. Unser russischer Gast scheute den weiten Weg nach Jena nicht, sicher auch voller Verständnis dafür, hier während der Tagung, ganz bestimmt auch während der Pausen und am Rande unserer Begegnung, viele, viele Fragen an sich gestellt zu sehen, die wohl kein anderer beantworten kann.

Weiterhin heiße ich in unseren Reihen herzlich willkommen den Attaché am Generalkonsulat der Russischen Föderation in Leipzig, Herrn Alexander Ponomarenko, ferner Herrn Dr. Dietrich Sperling, Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der ARGE-Ost, Herrn Pastor Cyrill Pech, den Vorsitzenden des Vereins „Brücken nach Osten i. L.“, sowie Herrn Willy Augustat und Frau Gundi Liehr von der Internationalen Gesellschaft „Frieden durch Kultur“.

Ich entschuldige mich bei allen anderen, die aus Berlin und Leipzig, aus Freiburg und Marburg zu uns gekommen sind und ebenfalls zu erwähnen wären. Nicht Mißachtung ihrer Leistungen und der durch sie repräsentierten Institutionen leiten mich, wenn ich es damit genug sein lasse.

Es waren wohl die Neugier gegenüber unserem thematischen Anliegen, die Hoffnung auf eine zukunftsfördernde Begegnung sowie die Lust an Erkenntnisgewinn, die Sie alle nach Jena lockten. So wenig man den Abend vor dem Tag loben soll, so sicher bin ich dennoch: Es wird hier ein striktes Bemühen geben, den so dringend erforderlichen und leider so selten zustandekommenden Gedankenaustausch zwischen Vertretern unterschiedlicher Fach- und Denkrichtungen, zwischen Kennern unterschiedlicher historischer Etappen und Anhängern unterschiedlichster persönlicher Diskussionsstile zu fördern.

Manches in der jüngsten Entwicklung Rußlands und Europas war den Veranstaltern noch nicht bekannt, als wir mit der Idee zu dieser Tagung schwanger gingen. Aktuelles und Akutes bewegten uns in diesen Tagen bei jeder Nachricht, die aus dem osteuropäischen Raum zu uns dringt; vielleicht sogar mehr, als einer gewünschten wissenschaftlichen Beratung zur gewählten Thematik angemessen sein kann. Wir meinen, daß dennoch jeder gefordert ist – aus welchen Gründen und mit welcher politischen Absicht auch immer – den Blick politiküberspannend auf den großen Zeitraum des 19. und 20. Jahrhunderts zu richten. Allein die Inaugenscheinnahme genereller Prozesse, allgemeiner Zusammenhänge und langfristiger Entwicklungslinien vermag zu helfen, wenn Heutiges alles andere als kurzatmig-unzulässige und letztlich parteiische Antworten erheischt. Dies schließt überhaupt nicht aus, auch umgekehrt den Zugang zu suchen vom Konkreten, Zeitgebundenen, mitunter Zufälligen und auch absonderlich Erscheinenden her zu einer einigermaßen komplexen Schau auf das zweifellos komplizierte Verhältnisgeflecht zwischen Rußland und Europa.

Die Geschichte der Beziehungen zwischen Rußland und Europa, insbesondere zwischen dem russischen und dem deutschen Volk, war häufig kompliziert. Das gegenseitige Bild voneinander schwankte oft hin und her, von Sympathie zu Abneigung, von Haßgefühlen zu freundschaftlicher Anerkennung und kooperativem Miteinander. Die Aufarbeitung dieser wechsellvollen Geschichte

deutsch-russischer Beziehungen kann, nein: sie soll nicht zuletzt einen neuen wissenschaftlichen Ansatz für deren Neugestaltung bieten.

Natürlich deute ich damit - in gewisser Hinsicht prophylaktisch - Schwierigkeiten an, vor denen alle Referenten und Diskutanten stehen; doch weshalb sollten wir ihnen aus dem Wege gehen wollen? Wir verstehen uns nun einmal als ein „Forum, das für alle wissenschaftlichen Belange offen ist, das mit seinen bescheidenen Mitteln Wissenschaft und Bildung in der Wahrnehmung ihrer Verantwortung helfen möchte. Um so bedauerlicher bleibt, hier mitteilen zu müssen, daß wir noch in den letzten Tagen manche Absage – vor allem von Wissenschaftlern aus den alten Bundesländern – hinnehmen hatten. Ihre Gründe reichen von Krankheit bis zu überraschend aufgetauchten anderweitigen Verpflichtungen. Wünschenswert wäre, keine Berührungsängste oder unnötigen Abgrenzungsversuche vermuten zu müssen; solche sollten nicht einmal in der Politik Norm sein, geschweige denn in der Wissenschaft.

Mit meinen besten Wünschen für einen ergebnisreichen und anregenden Verlauf unserer Tagung erlaube ich mir, das Wort an den ersten Referenten, an Herrn Professor Michael Wegner, zu übergeben. Ich tue dies jedoch nicht, ohne erwähnt zu haben, daß wir ihm als Initiator und einer „guten Seele“ des ganzen Unternehmens bereits heute viel Dank schulden.

Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems. Rosa-Luxemburg-Verein. Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft. Leipzig 1995, S. 13-15.

Großmacht- und kriegsbesessen

Hitlers rassistisches Rußlandbild und die Folgen

Von Hitler war in diesem Kolloquium schon mehrfach die Rede. Das Anliegen derer, die ihn erwähnten, ist nachdrücklich zu bekräftigen: Wer über das schwierige und wechselvolle Verhältnis zwischen Rußland und Europa nachdenkt, der muß auch über Hitler sprechen. Keine andere Person verkörperte während der letzten beiden Jahrhunderte so wie er schlimmste Feindseligkeit, Kriegsbereitschaft und blindwütige Barbarei. Zu erfragen wäre insbesondere, worin die wesentlichen Merkmale des Hitlerschen Rußlandbildes bestanden, wie es sich herausgebildet und entwickelt hat.

Ernst Hanfstaengl, ein enger Vertrauter Hitlers bei dessen Aufstieg zur Macht, berichtet in seinem Erinnerungsbuch von einem an und für sich belanglosen Gespräch, das im April 1923 – fast auf den Tag genau ein Jahr nach dem spektakulären Abschluß des Rapallo-Vertrages – während einer Autofahrt von Berlin nach München über das Leipziger Völkerschlachtdenkmal stattfand. Völlig unvermittelt und ohne erkennbaren Zusammenhang mit den vorausgegangenen Aussagen habe sein Gegenüber in dem ihm eigenen apodiktischen Stil erklärt: „Im nächsten Krieg wird es die wichtigste Aufgabe sein, sich der Getreidegebiete Polens und der Ukraine zu bemächtigen.“¹ Krieg, auch ein Krieg in soeben überstandenen Ausmaß, galten ihm als Selbstverständlichkeit. Krieg bedeutete ihm auch mehr als ein bloß hinzunehmendes Schicksal, sondern ein erstrebenswertes Ziel der eigenen Politik. Nachgedacht hatte er offensichtlich nur über Stoßrichtungen, taktische Varianten und Bündnismöglichkeiten, niemals über eine dauerhafte friedliche Beziehung zum Nutzen und Wohle sowohl des deutschen als auch des russischen Volkes. Jede militärische und militärgeschichtliche Argumentation seines Gesprächspartners über die endlosen russischen Weiten, aber auch über die deutschen Erfahrungen Bismarckscher Rußlandpolitik sei wirkungslos abgeprallt.

Tatsächlich stellten eine ungehemmte Kriegsbereitschaft und die Gier nach deutschem „Lebensraum im Osten“ von Anfang an ein zentrales, in sich kaum differenziertes und fast unverändert bleibendes Moment in Hitlers Denken über Rußland dar.² Zeitgenössische Belege wie der eingangs genannte existieren für die nachfolgenden Jahre in Hülle und Fülle; ebenso geschichtswissenschaftliche Erläuterungen – ich verweise lediglich auf einen vom Freiburger Militärhistoriker Hans-Erich Volkmann herausgegebenen neuen Sammelband, der im Böhlau-Verlag zu Köln und Weimar erschienen ist.³ Wie andere hier im Saal war auch ich an dessen Erarbeitung beteiligt.⁴ Ich verhehle nicht, im Prozeß seiner Erarbeitung zahlreiche Anregungen und viel Bedenkenswertes erfahren zu haben. Ich weiß mich nicht zuletzt mit dem Herausgeber und anderen Autoren darin einig, in einer für manche vielleicht etwas unzulässig-personalisierenden Art und Weise von „Hitlers Rußlandbild“ zu sprechen. Dies erfolgt im Wissen um seine überragende Rolle, natürlich ebenso in Kenntnis von dessen tiefgreifenden geistesgeschichtlichen, politisch-gesellschaftlichen Wurzeln. Es gab nun einmal kein von der deutschen Geschichte, von den antislawischen und ostexpansionistischen Traditionen in ihr losgelöstes Bild von den Russen und von deren Land im Osten, aber es gab eben auch deren extreme Ausformung und Realisierung durch Hitler.

Das faschistische Bild des Führers der NSDAP vom Land und vom Volk der Russen offenbart sich dem Betrachter als ein Fremden- und Feindbild-Konglomerat, als ein großmachtbesessenes Mixtum compositum, das sich erbarmungslos gleichermaßen gegen „slawische Untermenschen“ und „asiati-

¹ Ernst Hanfstaengl: 15 Jahre mit Hitler. Zwischen Weißem und Braunem Haus. 2. Aufl. München, Zürich 1980. S. 78.

² Der amerikanische Historiker Mayer formuliert direkt: „Wenn Hitler irgendwelche erklärten unverrückbaren und langfristigen Ziele verfolgte, dann stand die Forderung nach Erwerb von Lebensraum im Osten sicherlich ganz oben auf seiner Liste. Man kann sagen, daß diese als Auftrag begriffene Fixierung auf die Verdrängung und Unterjochung anderer Völker für ihn wichtiger war als das Ziel, das Dritte Reich judenfrei zu machen.“ (Arno J. Mayer: Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die „Endlösung“. Reinbek bei Hamburg 1989. S. 311.)

³ Siehe Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): Das deutsche Rußlandbild im Dritten Reich. Köln, Weimar, Wien 1994.

⁴ Der Beitrag des Verfassers trägt den Titel „Wenn hier Deutsche wohnten ... Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP“.

sche Horden“ sowie gegen den „jüdischen Bolschewismus“, aber auch gegen alle Traditionen der deutschen Aufklärung und slawophile Strömungen richtete. Rangfolgen für die mit den zitierten einzelnen Parolen gemeinten Bestandteile dieses Bildes lassen sich kaum eruieren. In einem solchen Versuch würde sich wohl lediglich eine der auf strikte Polarisierung bedachte Methode aus den Zeiten des überwundenen Kalten Krieges spiegeln. Dies hat hierzulande zu der Auffassung beigetragen, im Zweiten Weltkrieg hauptsächlich eine gesellschaftspolitische „Zentralentscheidung“⁵ gegen die sozialistische UdSSR zu sehen. Interessanterweise fand diese bald überwundene Auffassung in mancher Hinsicht eine um 180 Grad gewendete Neuauflage beispielsweise in den Bemühungen Ernst Noltes, den Antibolschewismus Hitlers und seiner Anhänger als eine verständliche oder sogar zu rechtfertigende Reaktion der Angst vor dem Bolschewismus zu begreifen. Vor dem „Rassenmord „ habe der „Klassenmord“ gestanden, schrieb er 1986 in jenem Artikel, der den jahrelangen „Historikerstreit“ auslöste.⁶

Wie jeder weiß, scheint in allen Fremden- und Feindbildern zunächst einmal und ganz generell das Bild von sich selbst auf. Ohne ein Eigenbild entfaltet sich kein Fremdenbild. In Hitlers Auffassungen über Rußland kam in erster Linie ein aufgeblasenes und nationalistisch-überhebliches Bild der Deutschen von sich selbst, von „deutscher Größe“ und vom angeblich natürlichen deutschen Herrschaftsanspruch über weite Teile der Welt zum Vorschein. Dies entsprang gleichzeitig Hitlers rassistisch-beschränktem und aggressiv-expansionistisch ausgefertem Selbstverständnis. Folgerichtig handelte es sich um ein menschenfeindliches und friedensgefährdendes Bild; seine unmittelbaren Ergebnisse sind bekannt. Sie waren in jeder Hinsicht, materiell wie geistig, verheerend. Dieses Rußland-Bild steht zu Recht an der untersten Negativ-Skala der hier von Wolfram Wette entwickelten Typologie deutscher Rußlandbilder⁷ und verliert auch dadurch nichts von seinem Charakter, daß es in seiner Realitätsferne nicht einmal so richtig der nationalsozialistischen Politik dienlich sein konnte. Das ihm entspringende Bestreben, die Gefährlichkeit des russischen Gegners stets hervorzuheben und maßlos zu übertreiben, schloß dessen gleichzeitige Unterschätzung in keiner Weise aus. Im Gegenteil: Die Parallelität der gegensätzlichen Thesen von der „jüdisch-bolschewistischen Weltgefahr“ einerseits und vom russischen „Koloß auf tönernen Füßen“ andererseits war unverkennbar. Beide Argumentationsstränge zogen sich wie rote Fäden durch die theoretische, politische, wissenschaftliche und propagandistische Rechtfertigung der faschistischen deutschen Rußland-Politik.⁸

Will man die Entwicklung innerhalb des Hitlerschen Rußlandbildes aufspüren, ist vor allem darauf zu verweisen, daß sich vor 1922/1923 seine ostpolitischen Vorstellungen primär aus den „Revisions“-Erwägungen zum Versailler Vertrag und damit insbesondere aus der („Erb“-)Feindschaft zu Frankreich abgeleitet hatten. Gegenüber Rußland nahm er zunächst eine eher abwartende und vorsichtig-zurückhaltende Haltung ein, ohne je nationalbolschewistischen Tendenzen angehangen zu haben, wie sie bei zahlreichen deutschnationalen, rechtskonservativen und auch in nationalsozialistischen Kreisen jener Zeit verbreitet waren. Innenpolitisch bedingte Wertungen und Zielvorstellungen standen für ihn im Vordergrund. Er sah sie als ausschlaggebende Voraussetzungen für die Realisierung des außenpolitischen Programms der NSDAP an. Der in der Äußerung vom April 1923 ablesbare Wandel vollzog sich offensichtlich im Zusammenhang mit dem Abschluß des Rapallo-Vertrages vom April 1922, der zwar in seiner Motivation, nicht aber in seinem Wesen antiwestlich angelegt war und koexistentielles Nebeneinander statt des kriegerischen Gegeneinanders ermöglicht hätte, wären ihm Anerkennung und Wirksamkeit nicht von fast allen Seiten versagt worden.

Der Modifikation in Hitlers Denken kamen ferner die ursprünglich bei dem Deutschbalten Alfred Rosenberg stärker hervortretenden slawenfeindlichen Aspekte entgegen. In der Literatur wird daher mit Recht auf einen wachsenden Einfluß verwiesen, den Rosenberg in den frühen 20er Jahren auf

⁵ Siehe u. a. Wolfgang Schumann [u. a.]: Konzept für die „Neuordnung“ der Welt. Die Kriegsziele des faschistischen deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg. Berlin 1977. S. 80 ff.

⁶ Siehe Reinhard Kühn! (Hrsg.): Vergangenheit, die nicht vergeht. Die „Historiker-Debatte“. Dokumentation, Darstellung und Kritik. Köln 1987. – Siehe auch Dan Diner (Hrsg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit. Frankfurt am Main 1987.

⁷ Siehe den Beitrag von Wolfram Wette auf den S. 169-179 dieses Bandes.

⁸ Siehe den in Fußnote 4 genannten Beitrag des Verfassers.

Hitler ausgeübt habe. Der aus Reval stammende führende Ideologe der NSDAP hatte 1922 unter dem Titel „Pest in Rußland!“ eine Schmähchrift veröffentlicht, aus der in der Neuauflage des Jahres 1935 sogar wesentliche Passagen gestrichen werden mußten. Auch mit der 1923 herausgegebenen Broschüre „Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik“ zielte er auf eine enge Verknüpfung des völkisch-rassistischen Antisemitismus mit äußerst militantem Antibolschewismus. Beide Hefte richteten sich unmittelbar gegen den damals auch in Deutschland weit verbreiteten Gedanken einer solidarischen Rußland-Hilfe sowie gegen jene Politiker der Weimarer Republik, die von der Notwendigkeit eines politischen Bündnisses oder eines Handelsabkommens mit Rußland zu sprechen wagten. Den Rapallo-Vertrag erwähnte Rosenberg mit keinem Wort. Seine „Pest“-Schrift beschloß er mit einer Parole, die jegliche Chance einer Verständigungs- und Friedenspolitik ausschloß: „Es gibt auch hier nur die eine Wahl: Vernichtung oder – Sieg.“⁹

Das seit 1922/1923 unter den deutschen Faschisten dominierende Ziel einer Eroberung und Kolonialisierung des Landes der Russen konnte keinesfalls friedlich erreicht werden. Es ist von Hitler auch niemals auf solchem Wege angestrebt worden. Im Gegenteil: Er hielt es stets für notwendig, gegen die nachhaltigen Wirkungen Bismarckscher Traditionen zu polemisieren und allen pragmatisch-realpolitischen Gedanken an ein antiwestliches Bündnis mit Rußland schärfste Absagen zu erteilen. Solche Töne schlug Hitler vor allem in „Mein Kampf“ an. Dem Verhältnis Deutschlands zu Rußland widmete er ein eigenes, ausführliches Kapitel, das nur auf dem Hintergrund der innerparteilichen Auseinandersetzungen zu erklären ist. Er sah im Verhältnis zu Rußland die „vielleicht entscheidendste Angelegenheit der deutschen Außenpolitik überhaupt“¹⁰ und verneinte strikt jede Möglichkeit irgendeines Zusammengehens mit Rußland. Mit einer „Koalition von Krüppeln“ sei nichts zu erreichen: „Das derzeitige, seiner germanischen Oberschicht entkleidete Rußland ist, ganz abgesehen von den inneren Absichten seiner neuen Herren, kein Verbündeter für einen Freiheitskampf der deutschen Nation.“¹¹ Koalitionen und Bündnisse besaßen in Hitlers Denken nur einen Wert, wenn sie künftige kriegerische Auseinandersetzungen betrafen: „Ein Bündnis, dessen Ziel nicht die Absicht zu einem Krieg umfaßt, ist sinn- und wertlos.“¹² Und über das Kriegsdenken hinaus zeichneten sich genozidale Absichten ab: Der Boden sei zu „germanisieren“, nicht die Völker, so daß „nach kaum hundert Jahren“ der europäische Kontinent durch 250 Millionen Deutsche besiedelt und beherrscht werden könne.¹³

Bei Joseph Goebbels las man 1925 in einem Aufsatz unter dem Titel „Das russische Problem“ den in jeder Hinsicht aufschlußreichen Satz: „Ich bin Deutscher! Ich will, daß Deutschland die Welt ist.“¹⁴ Das hinderte ihn nicht, bevor er ein Jahr später in den innerparteilichen Auseinandersetzungen abrupt zu Hitler umschwenkte, ein deutsch-russisches Zusammengehen für möglich, ja sogar für sinnvoll zu halten: „Es kann nicht oft genug betont werden, daß uns noch viel weniger mit dem westlichen Kapitalismus verbindet als mit dem östlichen Bolschewismus [...] Ob Rußland die Sowjet-Herrschaft bricht oder nicht, ist seine Sache, in die wir uns nicht hineinmischen können und dürfen, wollen wir uns nicht für immer den Zugang zum russischen Volk verbauen.“¹⁵ Solcher Nationalismus schloß die Dominanz außenpolitisch-diplomatischer Erwägungen gegenüber den ideologischen Positionen ein. Er beschränkte sich in der Geschichte des deutschen Faschismus auch keineswegs auf den berühmt-berüchtigten Vertrag vom 23. August 1939, denken wir nur an die relativ pragmatische Handelspolitik in den 30er Jahren.¹⁶

⁹ Alfred Rosenberg: Pest in Rußland! München 1922. S. 61.

¹⁰ Adolf Hitler: Mein Kampf. 390.-394. Aufl. München 1939. S. 726.

¹¹ Ebenda. S. 747 f.

¹² Ebenda. S. 749.

¹³ Siehe ebenda. S. 767 und 428.

¹⁴ Joseph Goebbels: Das russische Problem. Brief vom 15. November 1925. In: Nationalsozialistische Briefe. Elberfeld (1925) 1 (unpag.).

¹⁵ Joseph Goebbels: West- oder Ostorientierung. Brief vom 15. Januar 1926. In: Nationalsozialistische Briefe. Elberfeld (1926) 2 (unpag.).

¹⁶ Siehe das in Druck befindliche und mir freundlicherweise vom Verfasser zur Verfügung gestellte Manuskript von Hans-Erich Volkmann: Die Sowjetunion im ökonomischen Kalkül des Dritten Reiches 1933-1941. – Die jüngst

Selbst dieser Pragmatismus täuscht nicht über Hitlers hemmungslos kriegsorientiertes Streben nach einer deutschen „Weltmacht“-Position hinweg. Immer wieder betonte er, daß die völkische Bewegung „nicht der Anwalt anderer Völker“ sein dürfe¹⁷ und sich selbstverständlich im Falle eines „Bodenerwerbs“ im Osten keineswegs irgendeiner „Verletzung heiliger Menschenrechte“ schuldig mache.¹⁸ Es gelte allein, der „Vorkämpfer des eigenen Volkes zu sein“¹⁹. An solche Gedanken schloß Hitler mit einer seiner bekanntesten Äußerungen unmittelbar an: Die Nationalsozialisten zögen „bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken.“²⁰

Es ist unverkennbar, wie sich die politisch-ideologische Sicht auf den Bolschewismus dem eigenen Großmachtstreben unterordnete: „Das Schicksal selbst scheint uns hier einen Fingerzeig geben zu wollen. Indem es Rußland dem Bolschewismus überantwortete, raubte es dem russischen Volke jene Intelligenz, die bisher dessen staatlichen Bestand herbeiführte und garantierte.“ Diese Aussage über die zu nutzende Chance verband Hitler allerdings mit generalisierenden rassistisch-antislawischen Attacken: Russische Staatsgebilde wären nie das Ergebnis staatspolitischer Fähigkeiten des Slawentums, sondern stets „nur ein wundervolles Beispiel für die staatenbildende Wirksamkeit des germanischen Elements in einer minderwertigen Rasse.“ Den Blick ausweitend heißt es weiter: „Niedere Völker mit germanischen Organisatoren und Herren als Leiter derselben sind öfter als einmal zu gewaltigen Staatengebilden angeschwollen und blieben bestehen, solange der russische Kern der bildenden Staatsrasse sich erhielt.“ Seit Jahrhunderten habe Rußland vom germanischen Kern seiner oberen leitenden Schichten gezehrt. Dieser könne „heute als fast restlos ausgerottet und ausgelöscht angesehen werden. An seine Stelle ist der Jude getreten. So unmöglich es dem Russen an sich ist, aus eigener Kraft das Joch der Juden abzuschütteln, so unmöglich ist es dem Juden, das mächtige Reich auf die Dauer zu erhalten. Er selbst ist kein Element der Organisation, sondern ein Ferment der Dekomposition. Das Riesenreich im Osten ist reif zum Zusammenbruch. Und das Ende der Judenherrschaft in Rußland wird auch das Ende Rußlands als Staat sein. Wir sind vom Schicksal ausersehen, Zeugen einer Katastrophe zu werden, die die gewaltigste Bestätigung für die Richtigkeit der völkischen Rassentheorie sein wird.“²¹

In seinem zweiten Buch aus dem Jahre 1928, das allerdings erst 1961 veröffentlicht wurde, wandte sich Hitler noch nachdrücklicher gegen alle auch Rußland einschließenden Bündnisvorstellungen in und außerhalb seiner Partei. Deutschland könne so nicht „zu einer endgültigen außenpolitischen Zielsetzung“ kommen. An dem, was er als die grundsätzliche Lebensfrage und die Lebensnot des deutschen Volkes bezeichnete, „würde damit nichts geändert werden. Im Gegenteil, Deutschland würde damit erst recht von einer einzig vernünftigen Bodenpolitik abgetrennt werden, um seine Zukunft mit dem Raufen um unbedeutende Grenzregulierungen auszufüllen. Denn weder im Westen noch im Süden kann die Raumfrage gelöst werden.“²² Ihm schwebte eindeutig Rußland als künftiges deutsches Kolonialland mit deutscher Besiedelung vor. Daher ging es ihm niemals allein um die „Revision“ der im Versailler Friedensvertrag von 1919 gezogenen Grenzen, wozu sich alle

vertretene These des amerikanischen Literaturwissenschaftlers Stephen Koch, der Hitler-Stalin-Pakt sei bereits 1933 geschlossen worden und Grundlage einer intensiven Zusammenarbeit gewesen, hält den Tatsachen nicht stand. – Siehe dazu Tania Schlie: Griffige These ohne Beweise. In: Die Zeit. Hamburg. Nr. 8 vom 18. Februar 1994. S. 55.

¹⁷ Siehe Adolf Hitler: Mein Kampf. 390.-394. Aufl. München 1939. S. 741.

¹⁸ Siehe ebenda. S. 740.

¹⁹ Ebenda. S. 741 f.

²⁰ Ebenda. S. 742 f.

²¹ Ebenda. S. 742 f.

²² Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928. Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg. Stuttgart 1961. S. 155 und 159.

national denkenden Kreise Deutschlands bekannten. Der „Revisionismus“ der NSDAP läßt sich wohl am ehesten als kriegsbereiter Expansionismus definieren.

Natürlich sind die hier zitierten Gedankengänge und ihre schlimmen Folgen bekannt. Dennoch halte ich es für erforderlich, sie – in geeigneter Weise – immer wieder zu vergegenwärtigen. In ihnen äußerte sich eine Variante historisch-politischen Denkens, die trotz aller zeit- und situationsbedingter Umstände ihrer Realisierung durch den Nationalsozialismus auch ein allgemeines, dem Faschismus in allen Ländern gleichsam vorgelagertes nationalistisches und gewaltakzeptierendes Anspruchsdenken verkörpert und keinesfalls – etwa in einem falsch verstandenen, einseitig nach rechts offenen Pluralismus – als „normal“ hingenommen werden kann. Nein, in dieser Spielart des historisch-politischen Denkens und in deren Voraussetzungen ist eine geschichtliche Möglichkeit markiert, deren Neubelebung nicht ausgeschlossen werden darf. Noch bedrohlicher scheint zu sein, daß auch der Gedanke an eine neuerliche Massenakzeptanz heute kaum mehr außerhalb des Vorstellbaren liegt. Trotz der größten Niederlage, die eine rechtsextreme Ideologie wie die nationalsozialistische dem deutschen Volk einbrachte, ist sie mit dieser nicht auf ewig verschwunden und offensichtlich nicht für alle Menschen ad absurdum geführt worden.

Der Nationalsozialismus als eine Art Bündelung und Aufgipfelung großmacht- und kriegsbesessener Wunschbilder feiert heute in Deutschland zwar keine unmittelbare Auferstehung, wohl aber findet er in bedrohlichem Ausmaß Nachahmer, Nachäffer und Nachbeter. Noch vor ein paar Jahren galt unumstritten der Satz des amerikanischen Historikers Gordon A. Craig, mit dem er seine großartige Darstellung zur deutschen Geschichte von 1866 bis 1945 beschloß. Nach seiner Auffassung habe Hitler alle „Fundamente des traditionalistisch geprägten Widerstandes gegen Modernität und Liberalität“ vernichtet, und „weil sein Zerstörungswerk so gründlich war, hinterließ er dem deutschen Volk nichts, auf das es aufbauen oder das es instandsetzen konnte.“²³ Wohin sind die Zeiten entschwunden, in denen dies gesagt werden konnte, ohne als realitätsfremd oder gar als heuchlerisch charakterisiert werden zu müssen? Vorbei ist allerdings auch die Zeit, wo solche Gedanken vorrangig mit Deutschland verknüpft werden mußten.

Zu reden ist von den langfristigen, heute wieder stärker als in den vergangenen Jahrzehnten aufscheinenden Folgen extremen Fremdenhasses und neuerlicher nationalistischer Fremdenfeindlichkeit. Nach mancherlei Heilung der tiefen Wunden des Zweiten Weltkrieges, vor allem aber nach dem Zusammenbruch des Sozialismus und damit einhergehender historisch-politischer Rechtfertigungsversuche des Antibolschewismus in jederlei Gestalt wird eine undemokratische Gewaltanwendung nach innen, werden vor allem Kriege wieder denkbar. Darin besteht für mich das eigentliche Problem unserer Zeit und ihrer geschichtlichen Wurzeln: Nationalismus und Gewalt- bzw. Kriegsakzeptanz ergaben stets und ergeben immer wieder eine brisante Mischung von Politik, die auf einer Unterschätzung von Gefahren beruht, nicht beherrschbar ist und zu katastrophalen Wirkungen führen kann. Nationalismus bildet auch die Grundlage für vielerlei Versuche, die Geschichte umzuschreiben, insbesondere den Nationalsozialismus zu relativieren oder sogar zu rechtfertigen. Der Historiker Ernst Nolte spricht in seinem neuesten Werk skrupellos von der „Größe“ und von der „Tragik“ des Nationalsozialismus.²⁴ Aus seinem „Historikerstreit“-Slogan von der Vergangenheit, die nicht vergehen wolle, erwächst mehr und mehr die Befürchtung, daß die Vergangenheit in ihrer schlimmsten Färbung erneut eine Zukunft haben könnte²⁵, in Deutschland wie auch in anderen Ländern. Orientierungslosigkeit gegenüber den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen war schon immer ein nährstoffreicher Boden für eine Überbetonung alles Nationalen, für einen „fundamentalistischen Erznationalismus“, wie er etwa von Valentin Falin für das gegenwärtige Rußland

²³ Siehe Gordon A. Craig: Deutsche Geschichte 1866-1945. Berlin 1982.

²⁴ Siehe Ernst Nolte: „Streitpunkte“. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus. Berlin 1993. – Siehe dazu auch die vernichtende Kritik von Hans-Ulrich Wehler: Durch und durch doktrinär. In: Der Spiegel. Hamburg. Nr. 37 vom 13. September 1993. S. 81 ff.

²⁵ Siehe Ändert die Zukunft Deutschlands Vergangenheit? Eine Kritik an Rainer Zitelmann und Arnulf Baring. Hrsg. von der Antirassismusarbeitsgruppe am FB Geschichtswissenschaften in Verbindung mit dem Projekt für interdisziplinäre Faschismusforschung (PfFf) der Freien Universität Berlin. Berlin 1992.

festgestellt wird²⁶, oder auch für den traditionell völkischen Nationalismus²⁷, wie er sich im Rechts-
extremismus in vielen Ländern entäußert.

Daß dessen Wachstum zu befürchten ist, hängt aus meiner Sicht, die die eines Historikers im heuti-
gen Deutschland ist, wohl auch mit der allenthalben zu beobachtenden Auflösung und Überlage-
rung der Erinnerung an die Folgen von nationalsozialistischer Diktatur und Zweitem Weltkrieg zu-
sammen. Die üblichen Schreckensdarstellungen verfangen immer weniger. Dennoch sehe ich kaum
eine andere Möglichkeit, die Folgen solchen Denkens und darauf basierender Politik, jenen beson-
ders barbarischen Krieg und seine unermesslichen Opfer, immer wieder zu benennen. Dieser Krieg
stellte doch nicht nur in zeitlicher Hinsicht so etwas wie die bestimmende Achse des 20. Jahrhun-
derts dar. Wer die Erinnerung an diesen Krieg und seine Ursachen verdrängt, behindert das Ringen
um den künftigen Frieden in Europa.

Letztlich führte das Hitlersche Rußlandbild – allerdings unbeabsichtigt und in striktem Gegensatz
zu ihm, im Ringen um seine Überwindung – auch dazu, großen Teilen der deutschen Bevölkerung
die Notwendigkeit eines neuen und vorwiegend friedensorientierten Verhältnisses zwischen Ruß-
land und Europa zu verdeutlichen. Doch das Wissen um solche Belange ist offensichtlich immer
noch brüchig, anfällig, ungesichert. Es ist und bleibt auch anfällig gegenüber vermeintlich in den
Orkus versunkenen Fremden- und Feindbilder. Zu bedenken bleibt, daß alles, was einmal in der
Welt war, eigengesetzlich weiterzuwirken vermag und nicht einfach zu den Akten gelegt werden
kann. In diesem Sinne dürfen weder Hitlers aggressiv-großmachtbesessenes und rassistisches Ruß-
landbild noch seine Voraussetzungen und Variationen als endgültig überwunden betrachtet werden.

So sollte beispielsweise auch mehr als bisher eruiert werden, welche Rolle Hitlers Rußlandbild für
die heutige Ausländerfeindlichkeit und im deutschen bzw. auch im russischen Rechtsextremismus
spielt. Da manche in dessen Reihen eher auf die „linken „ und bündnispolitischen Elemente der
nationalsozialistischen Ideologie setzen, empfiehlt es sich, deren damalige Positionen im Vergleich
zu denen Hitlers zu analysieren. Daß die Kreise um die Gebrüder Strasser ein politisches Bündnis
mit Rußland für sinnvoll hielten, besagt noch gar nichts über das auch bei ihnen feststellbare anti-
slawische Moment. Völkische Bewegungen in Rußland oder gar ein russischer Nationalsozialismus
galten ihnen ebenfalls als Gegner. Der in Göttingen tätige NSDAP-Gauleiter Ludolf Haase konstatierte
1930 für das russische Volk „Erlöserwahn, Kollektivismus und Zerstörerinstinkt“. Darüber
hinaus tönte er: „Weit mehr als andere Völker neigt der Russe zu Gedanken der Gleichheit und der
Menschheitsbeglückung. Sein Gefühlsüberschwang sowie die Tatsache einer auf dem Mangel an
eigener staatenbildender Kraft beruhenden, tausendjährigen Fremdherrschaft normannischer, mon-
golischer und deutscher Oberschichten pflanzten in ihm den Glauben an seine Weltmission.“ Haase
brachte das nationalsozialistische Rußlandbild damals auf folgenden Punkt: „Es liegt uns fern,
hiermit das reich veranlagte russische Volk herabsetzen zu wollen, dessen Freundschaft uns will-
kommen sein wird, sofern [sic! – M. W.] es uns den notwendigen Lebensraum [...] zuzugestehen
bereit ist.“²⁸

Das hieß einzig und allein: Anerkennung ja, aber nur unter einseitig fixierten Bedingungen! Wider-
spiegelt sich darin nicht geradezu ein Grundmodell des Bildes von sich selbst, aus dem kein sinn-
volles Fremdenbild erwachsen kann? Ich deute es tatsächlich als ein Modell nationalistischer Ideo-
logie und Politik, das sich keineswegs ausschließlich auf kolonialistische Bestrebungen und auf
„Bodenerwerb“ erstreckt, ein Modell, das dauerhaft friedliche und generelle Lösungen in den inter-
nationalen Beziehungen unmöglich macht. Auf keinen Fall läßt es sich mit den Eckpfeilern moder-
ner Gesellschaften wie Frieden und Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte vereinbaren.

²⁶ Siehe „Politik ist amoralisch, in jedem Land“. Interview mit Valentin Falin. In: „Leipziger Volkszeitung“. Nr. 24
vom 29./30. Januar 1994. S. 2 (Journal).

²⁷ Siehe Dieter Oberdörfer: Abschied vom völkischen Wahn. In: Die Zeit. Hamburg. Nr. 6 vom 4. Februar 1994. S.
6; Der Wahn des Nationalen. Freiburg im Breisgau 1993.

²⁸ Ludolf Haase: Marxismus und Nationalsozialismus. Die Ablösung der Zerstörung durch organischen Aufbau. In:
Nationalsozialistische Monatshefte. München (1930) 1, S. 209.

Besorgtheit bleibt angebracht, ebenso die Suche nach Alternativen zu den bisherigen Fremden- und Feindbildern im Wechselverhältnis von Russen und Deutschen.

Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems. Rosa-Luxemburg-Verein. Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft. Leipzig 1995, S. 255-267.

Von Hitler befreit oder mit ihm besiegt?*

[Mitautor: Kurt Pätzold]

Fünfzig Jahre, nachdem sich Hitler mit Hilfe einer Giftampulle aus dem Leben stahl, müssen sich vor allem die Deutschen in der vergrößerten Bundesrepublik – aber nicht nur sie – fragen, was sein Dasein für sie bedeutet und ob es sie etwas lehren kann. Der Zusammenbruch des Gesellschaftssystems, das Hitler samt Ideen und Trägern vernichten wollte, erweckte bei manchem den Eindruck, dieser „Führer“ sei ein Sieger post mortem. Einige – hier wären vor allem der Historiker David Irving und manche neonazistische Gruppen zu nennen – hoffen sogar, dem angeblichen Vorkämpfer nationalen Interesses in naher Zukunft Denkmäler setzen zu können.

Während andere Fachleute Theorie um Theorie über den „Führerstaat“ oder das „Hitlerregime“ entwickeln, vermindern sich in der deutschen Gesellschaft der Gegenwart die konkreten Kenntnisse über Hitler. Es scheint daher nicht unzeitgemäß zu sein, zur Person des Diktators, zu seinen Vorstellungen und Plänen, seinen Taten und Unterlassungen gleichsam zurückzukehren. Die Rekonstruktion von Hitlers Lebensfährte kann ein Denkangebot über die Jahre deutscher Geschichte unterbreiten, die unauflöslich mit seinem Namen und seinem Wirken verbunden sind. Denn auch am Ende dieses Jahrhunderts bleiben die Fragen, auf die nach dem Mai 1945 immer mehr Deutsche Antworten zu suchen begannen: Wie und auf welchem Wege konnte ein Politiker dieses Typs an die Spitze des Deutschen Reiches gelangen? Wie kam es, dass ihm zunächst wenige, dann immer mehr und schließlich Millionen zujubelten? ja sogar nahezu willenlos in den barbarischen Zweiten Weltkrieg folgten? Und: Ist Hitler wiederholbar?

In der DDR-Historiographie blieb eine Hitler-Biographie unverwirklichte Absicht. Dennoch handelt es sich heute nicht allein um eine „Nacharbeit“, wenn im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Befreiung ein biographisches Werk aus der Feder von Historikern vorgelegt wird, die in der DDR lebten, für sie arbeiteten und 1990 ihre Arbeitsstellen verloren. Das Fehlen einer Hitler-Biographie in der DDR war eine Unterlassung, die – obwohl nicht zu rechtfertigen – ihre Gründe besaß. Der wichtigste bestand in einer Erfahrung der frühen Nachkriegsjahre. Die Mehrheit derer, die Hitlers Gefolgsleute gewesen waren, wollte sich als verführte Opfer seiner Politik sehen, nicht als deren Instrumente. Sie suchten der Frage nach ihrer Verantwortung auszuweichen und alle Schuld dem „Führer“ zuzuschreiben. Dessen Bild hatte sich gewandelt – aus dem kultisch verehrten Helden war der Sündenbock geworden, der sich bereits „in der Wüste“ befand und nicht mehr dorthin gejagt werden musste.

Ein anderer Grund bestand in der Absicht, anzuschreiben gegen die spontane Reaktion von Millionen Deutschen, die, nachdem sie befreit worden waren, dies wahrzunehmen sich sträubten und sich gedanklich aus ihrer Geschichte davonzustehlen bemühten. Angeschrieben wurde gegen die Illusion, mit Hitlers Tod sei der Faschismus ein für alle Mal besiegt, sowie gegen die in der Geschichtswissenschaft der alten Bundesländer anzutreffende Tendenz, in den Bahnen des deutschen Historismus Person und Rolle Hitlers zu überhöhen, mitunter regelrecht zu verabsolutieren. Das ergab geistige Frontstellungen, nicht selten auch Grabenmentalität und führte in Gefechte mit Verfechtern konservativer, liberaler und sozialdemokratischer Auffassungen, oft auch zu Scheingefechten innerhalb der Reihen des Antifaschismus. Einseitigkeiten und Teilwahrheiten trafen in ihnen aufeinander. Dass der faschistische Führer keine Marionette war, die vom Monopolkapital an unsichtbaren Fäden bewegt wurde, bildete seit langem nicht den Streitpunkt zwischen Verfechtern unterschiedlicher Geschichtstheorien in Ost und West. Weder die einen noch die anderen bestritten, dass Hitler in der deutschen Gesellschaft eine aktive, in ihren Grenzen zu bestimmende eigenständige Rolle gespielt und durch seine Taten für einige Jahre und mit jahrzehntelangen Folgen in die europäische und die Weltgeschichte eingegriffen hatte.

* Der Beitrag beruht weitgehend auf dem Kapitel „Herausforderung Hitler“ des gemeinsam erarbeiteten Buches „Adolf Hitler. Eine politische Biographie“ (706 S., 39,90 DM), das im März 1995 erschienen ist und hier mit freundlicher Genehmigung des Militzke-Verlages Leipzig verwendet wird.

Die strittigen Fragen begannen und beginnen noch immer „hinter“ dieser Feststellung: Warum gelang ihm das? Welche Voraussetzungen und Bedingungen waren für sein Handeln hinreichend, welche zwingend erforderlich? Welche schuf er selbst und welche stellten seine Mitführer, Gefolgsleute und Gegner her? Die Historiker, gleich welche abweichenden Vorstellungen sie von Gesetz, Regel, Zufall und Willkür für den Ablauf der Menschheitsgeschichte besitzen mögen, haben insgesamt Schwierigkeit mit der Beantwortung dieser Fragen. Es fehlt uns ein naturwissenschaftlichen Verfahren vergleichbares Maß dafür, den Anteil von Gruppen und Individuen exakt zu bestimmen, den sie durch Tun und Lassen zum Entstehen jenes Kräfteparallelogramms liefern, dessen Resultante die Geschichte ist. Damit bleibt Raum für Thesen und Gegenthesen, Behauptungen und Einsprüche, für Spekulationen und wieder und wieder für Kontroversen.

Die Zahl der Personen, von denen am Ende des 20. Jahrhunderts zu sagen sein wird sie hätten seinen Verlauf über die Grenzen des eigenen Landes hinaus wesentlich beeinflusst, ist nicht sehr groß. In ihre Reihe gehören der Inder Jawaharlal Nehru und die Chinesen Sun Yat-sen und Mao Tse-tung, der Kubaner Fidel Castro und der Jugoslawe Josip Broz Tito, der Brite Winston Churchill und der Amerikaner Franklin D. Roosevelt, der Georgier Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili, der sich Stalin nannte, und nicht zuletzt der Deutsche Adolf Hitler, der aus der österreich-ungarischen Monarchie stammte. Von ihnen sowie von wenigen anderen, die hier hinzuzufügen wären, mögen erst künftige Generationen sicher sagen können, wie tief die Spuren waren, die sie über ihr Leben hinaus in die Geschichte zogen und ob sie sich mit wachsender zeitlicher Entfernung erhielten oder verschwanden, verfestigten oder verflachten.

Mit dem Wirken der tatsächlich oder vermeintlich Großen in der Weltgeschichte verbindet sich eine vielgestaltige Herausforderung an die Nachgeborenen. Auch diese Großen waren – um es auf eine vielberufene Phrase zu verkürzen – Kinder ihrer Zeit. Sie wurden in die Widersprüche ihrer Gesellschaft hineingeboren, wuchsen in den ihre Epoche bestimmenden geistigen, politischen und kulturellen Strömungen auf, und diese beeinflussten auch ihr Denken und Wollen, ihre Entschlüsse und Handlungen. Doch zugleich erhoben sie sich über ihre Zeit. Sie setzten nicht einfach fort und führten nicht allein weiter, was sie vorfanden. Als Herausragende, wegweisende und Führer bewirkten sie gravierende Veränderungen und Wandlungen von erheblichem Ausmaß. Das gilt auch für Hitler. Er wurde 56 Jahre alt, sein politisches Wirken umfasste zweieinhalb Jahrzehnte. Die Zeitspanne, in der er die deutsche und die europäische Politik weitgehend prägte und auch die Weltpolitik maßgeblich beeinflusste, betrug zwölf Jahre. Sie geriet kürzer als die Wirkungszeit Napoleons, mit dem er als einem tatsächlich Großen der Weltgeschichte häufig verglichen wurde, keineswegs aber gleichzusetzen ist. Mit dem Kaiser der Franzosen hat der „Führer“ der Deutschen aber gemeinsam, dass jeweils ein halbes Jahrhundert nach ihrem Tode die Welt ungleich anders beschaffen war, als sie nach ihren Plänen aussehen sollte. Für Hitler gilt dies in noch stärkerem Maße als für den Kor-sen.

Die beiden Staaten, gegen die Hitler in naher oder fernerer Zukunft zu alles entscheidenden letzten Rivalitätskämpfen antreten wollte – die USA und Japan –, gehören heute zu den dominierenden Mächten des Erdballs. Beide vermögen sich auf eine gewaltige ökonomische Basis zu stützen, eine von ihnen gebietet über das bei weitem stärkste Militärpotential der Gegenwart. Europäische Staaten, die Hitler aus ihrer Großmachtstellung verstoßen wollte, konnten in diesem oder jenem Grade eine führende Rolle behaupten oder zurückgewinnen. Mittlere und kleine Staaten, die er verächtlich als „Kleinstaatengerümpel“ abtat, mit dem er nach dem Endsieg aufzuräumen gedachte, existieren weiter, wenn auch in ihrer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Eigenart gefährdet durch die Übermacht naher und ferner Nachbarn. Am Ostrand des Mittelmeeres entstand der Staat Israel in einem Gebiet, in das Hitler seine Judenmörder schicken wollte, sobald sie in Europa ihr blutiges Handwerk beendet haben wurden.

Der politischen Weltkarte, wie Hitler sie sich vorstellte, scheint am nächsten der Untergang jener europäisch-asiatischen Großmacht zu kommen, deren Land die Soldaten der Wehrmacht erobern und die Deutschen im Bunde mit ihren „germanischen“ Verwandten kolonisieren sollten. Der sowjetische Staat, der dem militärischen Ansturm widerstand, scheiterte vor den Schranken, die stalinis-

tisch-diktatorische Herrschaft gegen proletarisch-humanistische Ziele auftrümpfte. Der auch als „Kapitel zwei der Weltgeschichte“ bezeichnete Weg zu einer Menschheitszukunft ohne Hunger und Unterdrückung, ohne Gewalt und Krieg, erwies sich als eine Sackgasse.

Doch die Zerfallsprodukte der Sowjetmacht liegen weit jenseits aller Visionen Hitlers von Generalgouvernements und Reichskommissariaten, die nichts anderes als Kolonien des großgermanischen Reiches dargestellt hätten. Auch dem sich heute zerfleischenden Land der Südslawen war eine andere Zukunft bestimmt. Ihr Lebensgebiet sollte unter Deutschen, Italienern, Ungarn und Bulgaren aufgeteilt werden und von ihm allenfalls ein abhängiges kroatisches Staatsgebilde bleiben. Keine Ähnlichkeit mit Hitlers Vorstellungen weist das zweistaatliche Dasein auf, das Tschechen und Slowaken sich vor kurzem gewählt haben, war doch jenen von ihnen, die im „Protektorat“ durch die NS-Bewertungskommissionen nicht als „eindeutschungsfähig“ beurteilt wurden, die Deportation nach dem Osten zgedacht.

Hitlers „Europa unterm Hakenkreuz“ wäre ein Kontinent ohne Juden gewesen, ohne Sinti und Roma, ein Reich mit Vernichtungsstätten für alle, die sich nicht zur „Herrenrasse“ oder zur Sklavenmasse hinsortieren ließen. Hitlers Sieg war gedacht als Ausgangspunkt für die Entstehung jenes Zustands, den er den Deutschen als die „wahre nationalsozialistische Volksgemeinschaft“ verhieß, einer Ordnung von kapitalistischem Charakter mit unangetastetem Privateigentum an den Produktionsmitteln, aber von neuartigem Typ politischer Herrschaft. Zur Oberschicht der deutschen Gesellschaft, die sich im Ergebnis veränderter Wechselwirkungen zwischen ökonomischer Macht und politischem Regime zweifellos selbst zu wandeln begonnen hätte, sollte eine männliche Elite von politischen und Wirtschaftsführern, von Militärs und Technikern, von Wissenschaftlern und Künstlern gehören, die privilegiert und geschützt, mit Titeln beladen und mit Orden geschmückt, vor allem aber in materiellem Reichtum leben konnte. Als Basis dieser Gesellschaft war die Volksmasse der Deutschen gedacht: diszipliniert und militarisiert, sich unausgesetzt reichlich vermehrend und bevorrechtigt gegenüber allen, die nicht zur „Herrenrasse“ gehören durften. Selbst politisch rechtlos würden diese Millionen aus ihrer Stellung im System von Herrschenden, Ausbeutenden, Unterdrückenden und Versklavenden einen ihnen zugemessenen Nutzen ziehen können. Ihnen waren in den pyramidenförmigen Strukturen des deutschen Imperiums Plätze „an der Sonne“ zgedacht, Möglichkeiten sozialen Aufstiegs, Zugriffe auf viele Annehmlichkeiten, die technischer Erfindergeist und wirtschaftliches Gewinnstreben hervorzubringen vermögen. Ihnen den „Volkswagen“, den „Volkspflug“, die „Volksschreibmaschine“ – den Versklavten die Kopftücher, die Glasperlen und den Fusel. So konturierte sich das Zukunftsbild einer „nationalsozialistischen Moderne“. In Hitlers Hakenkreuz-Europa sollte aufgegeben und vergessen sein, was mit der Aufklärung in die Menschheitsgeschichte eingetreten war. Freiheitliche Ideale, liberale und demokratische Traditionen, sozialistische Bestrebungen würden die einen in ihrem Wohllleben nicht entbehren, den anderen müssten sie immer aufs Neue gewaltsam ausgetrieben werden.

Diejenigen, die mit Hitler dieses Projekt entwarfen und mit seiner Verwirklichung begannen, sind verschiedentlich als Verfechter eines besonderen Weges zur „Modernisierung“ der Gesellschaft bezeichnet worden. Das beschönigt eine neuzeitliche Barbarei, deren Entwurf von den Fundamenten bis an seine Spitze äußerste Geschlossenheit aufwies. Deshalb irrt sich oder – im schlimmeren Fall – ist ein Betrüger, wer den „Nationalsozialismus“ als einen Bau mit Konstruktions- und Ausführungsmängeln betrachtet, der nach einem Teilabriss „rein“ wieder aufgeführt werden könnte.

Hitlers Utopie-Welt und die Welt von heute liegen sternenweit auseinander. Weshalb verstummt aber die Frage nicht, ob inmitten Europas ein „zweiter“ Hitler an die Macht gelangen könnte? Lässt diese Frage ein Gespenst umgehen, das den einen böse Erinnerung im Sinn hält, anderen bloß dazu dient, in politischer Absicht unsinnige Angst zu verbreiten? Oder drückt sich im Bild vom noch fruchtbaren „Schoß“ doch eine Erkenntnis aus, die Gegenwartswert besitzt? Die Antwort ist umstritten. Wo sie bejaht wird, wird sie rasch denunziert – es solle den Deutschen nur das Verdienst abgesprochen werden, sich aus der Vergangenheit des „Dritten Reiches“ weit fort und emporgearbeitet zu haben.

Gerade mit dem Bild Bertolt Brechts verknüpfen sich erhellende Denkanstöße ebenso wie banale Missverständnisse. Fruchtbarkeit ist nicht schon Schwangerschaft. Zwischen beiden liegt ein Akt, der Zeugung heißt. Die deutsche Gesellschaft von heute und der Staat Bundesrepublik haben ihre Faschisten, aber sie gehen nicht mit der faschistischen Diktatur schwanger. Sie zu errichten, sind Randgruppen unfähig. Diese besitzen derzeit nicht die Kraft zu einem Putschversuch, können wohl aber den verschiedensten erkennbaren und undurchsichtigen Zwecken dienlich sein. Als sie und ihr Umfeld mit dem Beifall eines Teils der Bevölkerung gegen Ausländer mobilmachten, geriet die eben vergrößerte Bundesrepublik ins Zwielficht. Die vielberufene Übereinkunft gegen den Rechtsextremismus erwies sich als brüchig. Erst unter dem Zwang des Auslandes und demokratischer Kräfte der deutschen Gesellschaft wurde Wirklichkeit, was besorgte Bürger seit langem gefordert hatten: Ein Teil der Machtmittel des Staates wurde von den Regierenden – wenngleich noch immer halbherzig – gegen neonazistische Organisationen eingesetzt.

Dennoch sind es weniger die Sieg- und Heilrufenden, Hitlers Stellvertreter Heß verehrenden, hakenkreuzähnliche Embleme und Fahnen mit sich führenden Gruppen, deren Aufmachung und Erscheinungsbild an die Hitler-Bewegung der frühen zwanziger Jahre erinnern, von denen die Bedrohung parlamentarisch-demokratischer Zustände hauptsächlich ausgeht. Sie sind der „Schoß“ nicht und auch nicht die Erzeuger. Wenngleich sie sich vielfach als solche gerieren, fehlt es ihnen bisher ebenso an Masseneinfluss wie an charismatischer Führerschaft. Jedoch: Welche Gewähr existiert, dass das so bleibt? Ist wirklich undenkbar, dass sich die deutsche politische Binnenszenarie während eines Jahrzehnts so verändern könnte, wie sie sich von 1928 bis 1933 wandelte? Die das verneinen, verweisen auf die Festigkeit demokratischer Strukturen und den Tiefensitz freiheitlicher Überzeugungen der Bürger. Die Verlegenheit beginnt, wenn weiter gefragt wird: Wurden sie je auf die Probe gestellt?

Der Streit, wie groß denn die neonazistische Gefahr sei, kann heute zugunsten der einen und wider die andere Auffassung so wenig entschieden werden wie ein dreiviertel Jahrhundert zuvor. Doch lässt sich auch mit Hilfe der geschichtlichen Erfahrungen beurteilen, ob in der gegenwärtigen Gesellschaft Krisen denkbar, angelegt oder existent sind, die antidemokratischen Programmen und Bewegungen die Sympathien einflussstarker Minderheiten sowie den Zulauf hilfe- oder rettungssuchender Massen eintragen können. Denn das war der „Fall Hitler“. Wer ihn für prinzipiell wiederholbar hält, dem wird gewöhnlich entgegengehalten, es existierten Herrschaftserfahrungen und mit ihnen hinreichende Möglichkeiten, Krisen zu meistern, vor denen die Reichskanzler der Weimarer Republik versagten. Doch würde dieses Potential nicht noch einmal zu mobilisieren sein, denn es fehle für Politik und Politiker vom Schlage der NS-Führer jeder Bedarf. Im Inneren sei die Macht der Mächtigen sicher und nach außen reiche ihr Arm ohne Kriege weit. Die eine wie die andere Entgegnung ist nicht aus der Luft gegriffen. Demnach gilt: Hitler – keine Nachfrage, keine Herausforderung?

Woher, fragen die Hartnäckigen sich und andere, rührt dann aber die Beunruhigung über künftige Entwicklungen, die sich zu verstärken scheint? Ist sie allein aus dem erneuerten Wissen geboren, wie unsicher alle Urteile über künftige Wege der Geschichte sind? Teilen sich die Menschen vor solcher Unsicherheit in Optimisten und Pessimisten, die gelegentlich darüber aneinander geraten, wessen Grundhaltung die angemessene sei? Unruhe stiften vor allem die alltäglichen Begegnungen mit Denk- und Verhaltensweisen, die in den Jahren faschistischer Diktatur in Deutschland auch angetroffen werden konnten oder doch an sie erinnern – Begegnungen, die nicht am Rande, sondern inmitten der Gesellschaft stattfinden. Rassismus und Nationalismus äußern sich in ausländerfeindlichen und antisemitischen Handlungen, gehuldt wird in Worten und mit der Untat den Lehren vom Recht des Stärkeren und dem Unrecht der Schwachen, von der Allmacht des Willens und der Ohnmacht der Mitmenschlichkeit, dem rechtfertigenden Erfolg und der erlaubten Ausgrenzung der Erfolglosen. Nichts charakterisierte das Deutschland der Jahre 1933 bis 1945 nächst seinen imperialen Zielen mehr als die ungehemmte Anwendung von Gewalt als Mittel der Innen- und Außenpolitik. Von antihumanen Ideologen begründet, von machtbesessenen Politikern angeführt, von bedenkenlosen Militärs befohlen und von Millionen Deutschen und ihren Kollaborateuren praktiziert, richtete

sich Gewalt gegen die Minderheiten im eigenen Volke, gegen Fremde und gegen alle, die als Feinde bezeichnet wurden, mochten sie es sein oder nicht. Es sind Vergleiche – nicht Gleichsetzungen – der Wirklichkeit von heute mit der Wirklichkeit von gestern, deren Ergebnisse Unruhe stiften. Die Hoffnungen von gestern halten den heutigen Realitäten nicht stand.

Denn als die Hauptmacht der faschistischen Koalition im Mai 1945 zerschlagen war, schien sich eine grundlegende Wende der Geschichte anzubahnen, die Barbarei mit dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg ihren Kulminationspunkt erreicht zu haben. Der Schrecken, der sich mit dem Namen der Hinrichtungs- und Vernichtungsstätten, der Konzentrationslager und Euthanasie-Anstalten, der Schlachtfelder und der zerstörten Städte verband, erzeugte weithin humane Vorsätze, die sich im Schwur der befreiten Buchenwald-Häftlinge spiegelten: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ Weite Teile der Gesellschaft gerieten in Bewegung, neue Organisationen traten hervor, neu- und wiedergewonnene Ideale und Utopien schienen geschichtsmächtig genug, die Schäden bisheriger Existenz- und Herrschaftsformen zu überwinden. Der Schein war auch trügerisch. Die Nachwirkungen des Entsetzens erwiesen sich als historisch kurzlebiger und folgenärmer als erwartet. Zwar erhob sich nirgendwo wieder ein Herrschaftssystem ähnlich dem unter unsäglichen Opfern beseitigten, aber viele seiner Voraussetzungen konnten zu keinem Zeitpunkt als beseitigt gelten.

Die Hoffnung, mit dem Ende des Hitlerreiches sei der Faschismus für alle Zeiten dermaßen diskreditiert, dass er nicht wieder zerstörerische Kraft erreichen könne, hat sich als Illusion erwiesen. Erst durch neue Anstrengungen können in einem weiten geschichtlichen Sinne die beiden Worte wahr werden, die von den Eroberern und Befreiern Berlins in den ersten Maitagen 1945 an die Trümmerwände faschistischer Machtzentralen geschrieben wurden: „Hitler kaput“.

Befreit oder besiegt? Hrsg.: PDS im Bundestag, Bonn 1995, S. 43-51.

Zum Geleit

Könnte Gerhard Riege noch unter den Lebenden weilen und seinen 65. Geburtstag begehen – gewiß hätten ihm Freunde und Kollegen vielfältige Ehrungen zuteil werden lassen. Diese wären Ausdruck ihrer Dankbarkeit und Anerkennung gewesen für einen hervorragenden Gelehrten und verantwortungsvoll handelnden Hochschullehrer, für einen anregenden Gesprächspartner und für den humanistisch engagierten homo politicus.

Sicher würde ihm heute – nachdem es 1990 nicht gelang – eine in solchen Fällen übliche Festschrift gewidmet worden sein. Stattdessen legen die hier Beteiligten eine aus den besonderen Umständen seines und ihres eigenen Lebensweges resultierende Erinnerungs- und Gedächtnisschrift vor. In die Erinnerungen an ihn, so unterschiedlich sie auch sein mögen, drängt sich angesichts seines frühen und sinnlos erscheinenden Todes vielfältige Besinnung. Aus der ehrend-nachdenklichen Rückschau erwachsen biographisch-zeitgeschichtliche Mosaiksteine, Anstöße zum Nachdenken, Denk-Male – kein Denkmal. Hier tauchen Begegnungen und Gespräche, Debatten und Auseinandersetzungen, Eigenheiten und Gewohnheiten auf, die alle das Bild seiner Persönlichkeit erhellen und für die Nachwelt bewahren helfen. Liebenswert und konsequent, aufgeschlossen und aufrecht, einfühlsam gegenüber den Belangen anderer und selbst außerordentlich verletzlich – so bleibt Gerhard Riege in unserer Erinnerung lebendig, so wird er ein stetiger Anlaß zur Besinnung auf viele Probleme unserer Zeit sein.

Jedes Buch hat seine Geschichte – auch das vorliegende. Als Herausgeber danke ich herzlichst allen, die es sich gleich mir wünschten und mit ihren Beiträgen ermöglichten.

Erinnerungen an Gerhard Riege. Gedächtnisschrift. Schriften des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. 1995, S. 3.

Antifaschismus und Befreiung

Im Vorwort zu der geplanten, jedoch nicht mehr veröffentlichten Festschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena für Gerhard Riege anlässlich seines 60. Geburtstages¹ hieß es, alle wissenschaftliche Arbeiten des Jubilars seien von der Absicht getragen, „die Subjektwerdung und das Handeln des Volkes, Demokratie und Volkssouveränität befördern und verwirklichen zu helfen ... Die ihm gewidmeten Aufsätze, die noch vor der demokratischen Erneuerung unseres Landes im Oktober 1989 geschrieben wurden, sind Gedanken auf dem Wege dahin. Sie wollen dazu beitragen, das geistige Klima für demokratische Umgestaltung mit schaffen zu helfen, die Bürger- und Menschenrechte einzufordern und den demokratischen Rechtsstaat über Parteienherrschaft zu stellen.“²

Um die entschiedene antifaschistische Haltung Gerhard Rieges, mich ihm in der strikten Ablehnung allen Unrechts und in der konsequenten Auseinandersetzung mit dem persönlichkeitsdeformierenden Terror eng verbunden wissend, widmete ich ihm damals einen Beitrag zu Wurzeln und Erscheinungsformen des Terrors der NSDAP.³ Seither ist die Bedrohung des gesellschaftlichen Miteinanders nicht geringer geworden, im Gegenteil! Es mag daher sinnvoll sein, den vorliegenden Erinnerungen an Gerhard Riege einen Vortrag über das Bild des 8. Mai 1945 im Geschichtsdanken der Deutschen hinzuzufügen. Als engagierter homo politicus hätte auch er sich heute gefragt: Befreiung – wovon, wodurch, wofür?

Wir befinden uns in einem bedeutsamen Gedenkjahr und erinnern uns in vielfältiger Weise des Geschehens vor einem halben Jahrhundert. Vor allem aber stehen wir mitten in erbitterten geschichtspolitischen Auseinandersetzungen. Allzumal bei Jahrestagen von historischem und politischem Gewicht bewegt das Faszinierende runder Zahlen Hirn und Herz, Verstand und Unverstand gleichermaßen. So vielgestaltig und kompliziert wie die Geschichte war, so offenbart sich erneut der politische Umgang mit ihr. Was Heinrich Böll einst in einem fiktiven öffentlichen Brief an seine Söhne schrieb, hat leider in neuer Weise Bestand: „Ihr werdet die Deutschen immer wieder daran erkennen, ob sie den 8. Mai als Tag der Niederlage oder der Befreiung bezeichnen.“⁴ Das neutralere, jetzt vielfach gebrauchte Wort vom Kriegsende trifft zwar einen Sachverhalt, doch hebt es die divergierende Wertung keineswegs auf; im Gegenteil: Gerade die erkennbare Absicht seiner Verwendung fordert zu Nachdenken und Widerspruch heraus.

Denn: Heute geht es mehr als je zuvor um den geschichtlichen Sinn des Tages der offiziellen deutschen Kapitulationserklärung, der ein Tag der Niederlage für die Schuldigen am Zweiten Weltkrieg war und zugleich ein Tag des erleichterten Aufatmens aller überfallenen und in die Kriegsbarbarei hineingezogenen Völker. Zur Debatte steht der eindeutige, in seiner tiefsten Bedeutung antifaschistische Begriff der Befreiung vor allem in deutschen Landen. Hier war er bisher teils wenig hinterfragt, teils ungeliebt, gleichwohl aber weitgehend akzeptiert. Ein Jahrzehnt nach der Rede Richard von Weizsäckers, mit der sich die damalige Bundesrepublik Deutschland offiziell zur Tatsache bekannte, 1945 befreit worden zu sein, bemühen sich die Rechtsfrondeure der regierenden Koalition, erst recht die völkisch-rassistischen und neonazistischen Kräfte, das gültig Gesagte rückgängig zu machen oder sogar den Befreiungscharakter des 8. Mai mit nationalistischem Bannstrahl zu beleben.

Es liegt am Gegenstand selbst, wenn alte, in der Regel politisierende Entweder-Oder-Denkstrukturen und andere polarisierende Betrachtungsweisen aus der Zeit des Kalten Krieges Schiffbruch erlit-

¹ Sie entstand unter der Betreuung von Hans-Oskar Schützenmeister und trug den etwas sperrigen, aber dennoch aussagekräftigen Titel „Sozialistische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Persönlichkeit und staatsbürgerliche Mitgestaltung“. Sie lag gedruckt vor, durfte jedoch auf Veranlassung von Rektor und Senat der Friedrich-Schiller-Universität im Frühjahr 1990 nicht mehr ausgeliefert werden.

² Ebenda, S. 4.

³ „... Da ist ein guter Stahlhelm und die Faust das beste Mittel“ – Zu einigen Wurzeln und Entwicklungstendenzen des Terrors der NSDAP in der Weimarer Republik (S. 93-107)

⁴ Zit. nach Jürgen Kocka: Zerstörung und Befreiung. Das Jahr 1945 als Wendepunkt deutscher Geschichte. In: Politik und Kultur, H. 5/1986, S. 47.

ten haben – in Ost wie in West. Dogmatische Vereinfachungen und jegliche Schematisierungen erwiesen sich als unzulänglich, als unangemessen gegenüber der Kriegs- und Nachkriegsgeschichte. Das hoffnungsweckende Finale des Kalten Krieges, der Zusammenbruch des Sozialismus in Europa und die Unfähigkeit der obsiegenden Gesellschaft in Sachen Gerechtigkeit und Menschlichkeit zwingen alle politisch agierenden Kräfte der Bundesrepublik, erneut und immer weiter darüber nachzudenken, was denn dieser Tag für die Deutschen bedeutete und heute noch zu bedeuten hat. Brachte er ihnen vor fünf Jahrzehnten wirklich die Befreiung?

Die vom Krieg gewiß, aber auch die von einem Regime, das sich so viele von ihnen gewünscht hatten, das ihre Mehrheit bis fünf Minuten nach zwölf zu unterstützen bereit war und das sie sich nicht selbst vom Halse schaffen konnten? Welchen Platz nahm und nimmt dieser Tag in der deutschen Geschichte ein? Hob sich sein Inhalt mit dem Zerfall des großen östlichen Partners der Antihitlerkoalition gleichsam von selbst auf? Ist es tatsächlich angebracht, 50 Jahre danach mit den vier großen Siegermächten zu feiern und die kleinen zu brüskieren? Müssen die negativen Momente der Nachkriegsgeschichte, müssen die Leiden der Deutschen nach dem verlorenen Krieg in die Charakteristik des 8. Mai 1945 einbezogen werden? Zahlreich sind diese und andere notwendigerweise zu stellende Fragen.

Daß sich in unserer Gesellschaft Erinnern und Gedenken höchst unterschiedlich darstellen, vermag allein noch nicht zu beunruhigen: Herausragende geschichtliche Ereignisse unterliegen nun einmal politischen Bedürfnissen sowie ständiger Neubefragung durch nachfolgende Generationen. Nachdenkliche Rückschau ist normal und im Grunde täglich zu erleben. Was, so müssen sich allerdings die um die Zukunft Besorgten fragen, ist heutzutage neu, beängstigend und „unnormal“ im Umgang der Deutschen mit ihrer Geschichte? Auffälligstes Negativ-Merkmal historischer Erinnerung und politischen Gedenkens dürfte heutzutage die neue Welle instrumentalisierender, konservativ-nationalistisch dominierter „Geschichtspolitik“ sein. Ihr Ziel ist bereits im vorigen Jahr offen formuliert worden, vor allem im Gedenken an das Attentat vom 20. Juli 1944.⁵ Antifaschistischer Widerstand wurde – sofern er nicht bundesrepublikanische Verhältnisse der Gegenwart im Sinne hatte – samt der auf ihm beruhenden Legitimationen und Politiktraditionen in den Bereich geschichtlicher Fehlkonstrukte verwiesen. Vorhandene, nicht zu leugnende und ebenso wenig zu bagatellisierende Mängel und Schwächen sowie unnötig-ärgerliche Verhaltensweisen von Antifaschisten sollten als Mittel zur De-Legitimation des gesamten Antifaschismus herhalten. Der politischen „Abwicklung“ der DDR folgt eine „Entsorgung“ der ganzen deutschen Geschichte, die – bewußt oder unbewußt – zu Gunsten von Anti-Antifaschisten wirkt. Das herausragende Ziel besteht offensichtlich in einer weiteren geistig-politischen Befestigung und Ausweitung des unverhofften „Sieges“ von 1989/90. Sie richtet sich gegen alles, was für Rechtskonservative „links“ steht oder auch nur zu stehen scheint.

Zu erleben ist eine qualitativ neue Stufe revisionsbesessener Geschichtspolitik. Wieder einmal werden die historische Wahrheit und geschichtswissenschaftliche Kriterien gleichermaßen leichtfertig geopfert. Das aus Weimarer Zeiten bekannte arbeitsteilige Zusammenspiel von Konservatismus und Rechtsextremismus funktioniert erneut – in der Justiz ebenso wie in den Medien. Geschichtswissenschaftler unterschiedlicher Denkrichtungen finden sich bereit, orientiert an der „Markt“-Situation, historische Verantwortlichkeiten rechter Kräfte zu bagatellisieren oder umgekehrt das Denken und Handeln von Linken – übrigens keineswegs ausschließlich von Kommunisten – in Frage zu stellen. Auch in anderen Bereichen werden bestimmte Themen immer und immer wieder „getestet“, um deren Grenzen nach rechts verschieben zu können. Ermüdende Wiederholungen kalkulieren mit Gewöhnungseffekten Aus der Palette knalliger Titelstories und Thesen will ich nur wenige benennen, bekannte und unbekanntere:

* Hans-Jürgen Syberberg – ein Filmemacher und Theaterregisseur – überschritt bereits 1990 mit seinem Buch „Vom Unglück und Glück der Kunst in Deutschland nach dem Kriege“ die Grenze

⁵ Siehe: Befreiung – wovon, wodurch, wofür. Studien zum 8. Mai 1945. Hrsg. vom Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“ e. V., Potsdam 1995.

des Diskutablen, als er von der „unseligen Allianz einer jüdisch-linken Ästhetik“ sprach, die ein „Volk ohne Kunst“ hinterlassen habe. Jüngst erklärte er: „Die wirkliche Befreiung hat nicht am 8. Mai 1945 stattgefunden, wo wir so viel verloren haben, sondern 1989. 1989 war die Befreiung Deutschlands, nicht nur der DDR.“ Die Begründung lautet: Nicht nur im Osten seien die Menschen „dem Antifaschismus unterworfen“ worden.⁶

- * Der bekannte Historiker und Adenauer-Biograph Hans-Peter Schwarz ging noch weiter. Er jubelte den 1. September 1994 zum eigentlichen Befreiungstag hoch. Der 8. Mai 1945 sei belanglos gegenüber dem Tag, an dem der letzte russische Soldat deutschen Boden verlassen habe.⁷
- * Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ rühmte am 3. April d. J. das neue Buch Klaus-Dieter Henkes über die amerikanische Besetzung Deutschlands, diese als „Keim der Freundschaft“ bezeichnend. Sie konnte aber nicht übersehen, daß Henke auch von Schattenseiten im Verhalten der Besatzer spricht, z. B. vom „schwerwiegendste(n) Kriegsverbrechen von Angehörigen der U.S.-Army“, das bei der Befreiung des Konzentrationslagers Dachau begangen wurde. Hier sind G.I.s angesichts der Opfer des deutschen Faschismus zu „Berserkern“ geworden, und unter ihnen kursierte das Wort „Macht hier keine Gefangenen“. Der Rezensent wertete dies als Ausnahme und fügte unmittelbar hinzu, daß „bei der Roten Armee Greuelaten als meistens wahllose und willkürliche Rache für die deutschen Grausamkeiten seit Juni 1941 sehr verbreitet waren.“ Am Bild der guten Westalliierten und der bösen Russen darf nun einmal nicht gerüttelt werden ...
- * Eine thüringische Zeitung⁸ gedachte vor wenigen Tagen des Films „Shiva und die Galgenblume“ mit Hans Albers, dessen Produktion noch in den letzten Kriegsmonaten begonnen wurde. Die Überschrift: „Mit der Kriegsniederlage fiel deutsche Kultur in Trümmer“ (!).
- * Dieselbe Zeitung nahm die kampflose Übergabe Gothas an die Amerikaner zum Anlaß für einen geistigen Salto mortale der besonderen Art: An die mutige Heldentat Josef Rotters von Godolla, so schrieb sie, „... erinnerte in Gotha bisher lediglich die Godollastraße. Zu DDR-Zeiten waren häufig Forderungen nach Umbenennung laut geworden.“ Wann mag die Straße wohl nach dem Oberstleutnant der Wehrmacht benannt worden sein?⁹ Das wird man vielleicht nicht wissen wollen, wird doch jetzt dort eine Ausstellung eröffnet unter dem Titel: „Von Hitler zu Stalin – eine mitteldeutsche Stadt im Sog der Geschichte“. Vom Faschismus habe also der Weg zum Stalinismus geführt, unter den die gesamte Geschichte der DDR subsumiert wird, und Thüringen habe eine Tragödie erlebt, als die kurze Zeit unterm Sternenbanner zu Ende ging ...
- * Und am 7. April dieses Jahres erreichte ein neuer Appell¹⁰ die Öffentlichkeit: Alfred Dregger (CDU), Carl-Dieter Spranger (CSU), Hans Apel (SPD)¹¹ und rund 200 andere Unterzeichner beklagen darin in bewährter Weise, daß der 8. Mai von deutschen Medien und Politikern einseitig und als Befreiung charakterisiert werde. Dies aber könne keine „Grundlage für das Selbstverständnis einer selbstbewußten Nation sein“, denn es drohe dabei „in Vergessenheit zu geraten, daß dieser Tag nicht nur das Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft bedeutete, sondern zugleich auch den Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und den Beginn der Teilung unseres Landes ...“ Ein Kommentator bezeichnete solches Denken als „geschmacklos“ und interpretierte den Appell als Ausfluß des Mottos: „Karthago feiert seinen Untergang“.¹²

Ich erspare mir weitere Zitate. Generell bleibt ein enormer Impuls zu befürchten, der die „Entnazifizierung“ aus den ersten Nachkriegsjahren völlig aufhebt. Dies bereitet allen nichtfaschistischen Kräften erhebliche Sorgen. Jedoch geht solches auch manchen liberalen Denkern wider den Strich, wie beispielsweise der lesenswerten Attacke Kurt Sontheimers „Wider die Leisetreterei der Historiker“ zu

⁶ Freitag, 24.2.1995, S. 11.

⁷ Zit. nach Werner Röhr: Deutschland und das Ende der Nachkriegszeit. In: Neues Deutschland, 11/12.2.1995, S. 10.

⁸ Thüringische Landeszeitung 3.4.1995.

⁹ Thüringische Landeszeitung, 1.4.1995.

¹⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.4.1995, S. 3.

¹¹ Hans Apel hat inzwischen seine Unterschrift zurückgezogen.

¹² Focus, Nr. 14 vom 3.4.1995, S. 32.

entnehmen war.¹³ Vielleicht spüren sie, daß die durchsichtigen anti-antifaschistischen Attacken allen Momenten gelten, die das angestrebte Befestigen konservativ dominierter Machtverhältnisse stören könnten. Es ist ja auch kaum zu übersehen, wie für dieses Ziel erneut und gegen den erklärten Anspruch wertfrei zu betreibender Wissenschaft ein wissenschaftsfremder Umgang mit der Geschichte in Kauf genommen wird, wie man sich – auf parlamentarischer Ebene und anderswo – um eine in die Geschichte verlängerte Politik der Ausgrenzung und Abwicklung bemüht. Politisches Kapital soll aus allem geschlagen werden. Wieder einmal wird „Geschichtspolitik“ betrieben und nicht die wirkliche Geschichte befragt. Man darf gespannt sein, worauf sich die angekündigte neue Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte orientieren wird ...

Es sei mir an dieser Stelle ein kleiner, jedoch unumgänglich erscheinender Exkurs gestattet: Aus meiner Sicht ist die gesamte Linke in Deutschland – darunter fasse ich keineswegs allein die PDS und ihr Umfeld – gedanklich noch nicht darauf eingestellt, den absehbaren Erfolg der Rechten wenigstens einzudämmen und einigermaßen abzublocken. Eine vorrangige und qualvoll betriebene Beschäftigung mit sich selbst nebst einer nahezu liebevoll gepflegten Zwietracht machen zunichte, was durchaus richtig als Notwendigkeit im Ringen gegen heutige und künftige Gefahrenpunkte gesellschaftlicher Entwicklung erkennbar ist. Unübersehbar bleibt auch der Versuch, die Geschichte für innerparteiliche Auseinandersetzungen zu mißbrauchen, statt ein wissenschaftlich fundiertes, komplexes und dialektisches Geschichtsverständnis anzustreben und die demokratisch-antifaschistische Eindeutigkeit seiner Inhalte hervorzuheben, statt eine konsequente Auseinandersetzung mit Nationalismus und Rassismus zu betreiben sowie vorurteilsfreie Toleranz gegenüber allen Gegnern von Faschismus und Krieg zu praktizieren.

Frühere Praktiken des realsozialistischen Umgangs mit der Geschichte sollten heute und künftig allein denen überlassen werden, die davon absolut nicht lassen können. Ihre Ergebnisse und unsere bitteren Erfahrungen sollten allerdings tagtäglich jenen um die Ohren gehauen werden, die mit dem heuchlerischen Anspruch einer wertfreien Wissenschaft in Ostdeutschland auf Teufel-komm-raus „systemnahe“ Wissenschaftler degradierten und in der neuen Bundesrepublik selbst nichts anderes als das Geschäft der Politik zu betreiben verstehen ...

Der Verlust unserer Fortschrittsperspektive – auch wenn diese recht schematisch und in mancher Hinsicht zu simpel war – und die tiefe geistige Krise der Gegenwart führen zu verstärkter Anrufung der Geschichte sowie zur Suche nach neuer Identität. Für deren Bestimmung bieten die Rechten – durchaus erfolgreich, wie ich meine – einen neudeutschen Nationalismus und zahlreiche Irrationalismen an. Die Konsequenzen sind erkennbar: Zwar kann die Zäsur von 1945 nicht aufgehoben werden, wohl aber wird sie eingeebnet und relativiert. Vieles soll vergessen gemacht, der Rest im offiziellen Gedenken ausgegrenzt werden und in einem revidierten Geschichtsbild verschwinden. Alle Revisionsbestrebungen gelten dem Bild von jenen Ausgangspunkten, die zu 1945 hin führten. Der 8. Mai erscheint eher als ein Medium, als ein Hilfsmittel für zahlreiche Ansätze zu neuerlicher Verfälschung seiner Ursachen, also des 30. Januar 1933, des 1. September 1939 und des 22. Juni 1941, d. h. jener Daten, deren Analyse vor allem die berechtigten Fragen nach dem Wovon, Wodurch und Wofür der Befreiung beantworten hilft.

Zweifellos stellt der 8. Mai 1945 eine der bedeutungsvollsten Zäsuren des 20. Jahrhunderts dar. Ich wage zu behaupten, daß wir es bei dem Jahr 1945 sogar mit einem weltgeschichtlich und nationalgeschichtlich unvergleichbaren Schnittpunkt zu tun haben. In ihm bündelt sich alles, was Anfang und Ende der faschistischen Diktatur, was die Ursachen und Folgen des Zweiten Weltkrieges sowie die zahllosen Versuche eines gesellschaftlichen Neubeginns markieren hilft.

In ihm verknüpfen sich

- * die heute zu wenig reflektierte Tatsache, daß es notwendig war, die deutsche Wehrmacht und den faschistischen Mächteblock militärisch, und zwar bedingungslos, zu zerschlagen, um in der Welt wenigstens Waffenruhe, wenn nicht sogar Frieden herstellen zu können,

¹³ Die Zeit, 4.11.1994, S. 15.

- * die ebensowenig erhellte Notwendigkeit der militärischen Zerschlagung eines Herrschaftsregimes, das es in dieser Grausamkeit und Skrupellosigkeit bis dahin noch nicht gegeben hatte,
- * die Tatsache, daß dieses Ende eines barbarischen Regimes einschließlich seiner Konzentrations- und Vernichtungslager von großen Volksteilen nur widerstrebend angenommen worden ist.

Dies gibt Auskunft zur Frage, wodurch und durch wen 1945 Befreiung stattfand, ja stattfinden mußte. Den Ersten Weltkrieg beendete Deutschland bekanntlich sowohl mit einem Waffenstillstand als auch mit einer Revolution, bevor noch ein einziger Soldat der Entente kämpfend deutschen Boden betreten hatte. Zwischen der Befreiung der ersten deutschen Großstadt Aachen am 21. Oktober 1944 und der Kapitulation Berlins liegen die weitaus opferreichsten Monate der Deutschen im Zweiten Weltkrieg. Nur den gemeinsamen Anstrengungen der Antihitlerkoalition gelang es schließlich, den Faschismus niederzuwerfen. Ihr Kriegseinsatz verfolgte bei allen Gegensätzlichkeiten ein Ziel, das antifaschistisch zu benennen ist. Erst in den Zeiten des Kalten Krieges änderte sich auf beiden Seiten das Bild von ihrem früheren Anliegen. Es lösten sich die ohnehin unsicheren Grundlagen der Gemeinsamkeit auf, und schließlich erhoben beide den Anspruch, die entscheidenden Schlachten – bei Stalingrad oder bei El Alamein, im Kursker Bogen oder in der Bretagne – geschlagen zu haben. Der Kalte Krieg spaltete zudem den Zweiten Weltkrieg in einen jeweils als gut oder als böse charakterisierten Krieg – wer solches heute wiederholt, muß sich wohl den Vorwurf gefallen lassen, er kehre den Kalten Krieg lediglich in einen kalten Frieden um.

Trotz aller Belastungen zeichnet sich das Jahr 1945 durch die damals aufkeimenden Hoffnungen auf neues Leben aus, das aus den Ruinen erblühen sollte. Nie wieder Faschismus und Krieg, so lautete nicht allein der Schwur der Überlebenden von Buchenwald. Entschiedene Maßnahmen gegen sozialökonomische Wurzeln, gegen den „Schoß“ der braunen Barbarei standen auf dem Panier aller um Überwindung und Aufarbeitung der schrecklichen nationalsozialistischen Vergangenheit bemühter politischer Kräfte. Die nicht-faschistischen und antifaschistischen Normen prägten auch die neuen Internationalisierungsprozesse, denken wir etwa an die UNO-Charta oder an das Nürnberger Tribunal gegen die Hauptkriegsverbrecher.

Doch auf nationaler wie auf internationaler Ebene blieben entscheidende Chancen eines tatsächlichen Neubeginns ungenutzt. Alle Vorstellungen vom Wofür erstickten im neuen Gegeneinander der Sieger und ihrer besetzten deutschen Zonen. So muß 1945 auch als eine charakteristische Zäsur für den Beginn eines weltweiten Polarisierungsprozesses gelten, in dem der multipolare Gegensatz von Faschismus und Antifaschismus, von Diktatur und Demokratie, von Unterdrückung und Freiheit durch eine auf den Gegensatz von Gesellschaftssystem und Supermächten eingeeengte Bipolarität des Kalten Krieges und der Zweistaatlichkeit auf deutschem Boden ersetzt wurde. Mit 1945 verbindet sich daher ebenso die Enttäuschung, gebotene legitime Chancen vertan zu haben, und das Gefühl, nach einem halben Jahrhundert fast wieder dort angekommen zu sein, wo alles seinen Ausgangspunkt genommen hatte.

Der Sieg der Antihitlerkoalition bedeutete selbstverständlich eine militärische, aber auch eine politisch-moralische Niederlage Deutschlands. Dies wurde hierzulande als totaler Zusammenbruch empfunden, zumal es sich beim Dritten Reich um eine von breiten Massen getragene offen terroristischen Diktatur handelte, die sich zwar an ihrem Ende nicht mehr des fanatischen Sieg-Heil-Geschreis der Millionen, aber immer noch eines alternativlosen Zuspruchs der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit erfreuen konnte. Dieses subjektive Verständnis ist von uns nur anfänglich und gelegentlich, jedoch nie ernsthaft thematisiert worden.

In einem geschichtswissenschaftlichen Literaturbericht von 1960 hieß es lapidar: „Im Osten Deutschlands lernten die Volksmassen aus den Erfahrungen von zwei Weltkriegen. Sie entzogen den Militaristen und Faschisten die materielle Basis und nahmen ihnen damit für immer die Möglichkeit, mit Hilfe ökonomischer Macht politischen Einfluß auszuüben.“¹⁴ Solche und ähnlich ver-

¹⁴ Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte. Zum XI. Internationalen Historikerkongreß in Stockholm August 1960. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Sonderheft 1960, S. 426.

einfachende und illusionäre Thesen erschweren natürlich die heute besonders notwendigen Bemühungen, die grundsätzliche Bedeutung des 8. Mai als eines Befreiungstages für das deutsche Volk herauszustellen.

Aus meiner Sicht scheint es und immer wieder von besonderem Belang zu sein, zu verdeutlichen, wovon wir 1945 befreit worden sind. Vieles von dem, was den deutschen Faschismus so einzigartig, so außerordentlich verbrecherisch gemacht hat, scheint bereits relativiert oder sogar vergessen. In vieler Hinsicht wird der Zweite Weltkrieg als ein „normaler“ Krieg hingestellt, also von seiner planmäßigen Vorbereitung durch den Aggressor abgesehen. Fast schwimmt man gegen den Strom, wenn erinnert wird an die Tatsache, daß eine Partei bereits im Weimarer Staat nahezu ungehindert zur Vertreibung und Vernichtung des jüdischen Volkes aufrufen durfte, an die Tatsache, daß auf der Grundlage einer wirklichkeitsfremden Rassenideologie Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit in eine völkermordende, brutalitätsbesessene Handlungsbereitschaft zigtausender sogenannter anständiger Deutscher dirigiert werden konnte. Durch den deutschen Faschismus, nicht durch irgendein Schicksal, wurde der Zweite Weltkrieg ein wirklicher weltweiter Krieg gegenüber dem europäischen Krieg von 1914/18, ein Krieg der Massenheere und der zivilen Massen, ein Krieg des massenhaften Einsatzes modernster destruktiver Technik, ein Krieg der Ideologien und ein Krieg mit völlig neuen Zielsetzungen aller Beteiligten.

Die Notwendigkeit, an zu erinnern, wovon Befreiung stattfand, hat jedoch nicht nur mit dem Vergessen und Verdrängen zu tun. Die Welt ist ein halbes Jahrhundert danach ungleich anders beschaffen, als sie nach den Plänen der deutschen Faschisten aussehen sollte. In unserer soeben erschienenen Hitler-Biographie¹⁵ haben Kurt Pätzold und ich nachdrücklich auf diesen Umstand aufmerksam gemacht: Die Welt von heute bietet den Nachgeborenen ein Bild, das sie in ihrer Rückschau irreführen und in Gegensatz zu alten antifaschistischen Erfahrungen bringen kann. Unvorstellbar bleibt z. B. für viele, daß Hitler ausgerechnet gegen diejenigen beiden Staaten in naher oder fernerer Zukunft zu alles entscheidenden letzten Rivalitätskämpfen antreten wollte, die heute zu den dominierenden Mächten des Erdballs gehören – die USA und Japan. – Europäische Staaten, die Hitler aus ihrer Großmachtstellung verstoßen wollte, konnten in diesem oder jenem Grade eine führende Rolle behaupten oder zurückgewinnen. Mittlere und kleine Staaten, die er verächtlich als „Kleinstaatengerrümpel“ abtat, mit dem er nach dem Endsieg aufzuräumen gedachte, existieren weiter, wenn auch in ihrer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Eigenart gefährdet durch die Übermacht naher und ferner Nachbarn. Am Ostrand des Mittelmeeres entstand der Staat Israel in einem Gebiet, in das Hitler seine Judenmörder schicken wollte, sobald sie in Europa mit ihrem blutigen Handwerk zu Ende gekommen wären.

Der politischen Weltkarte, wie Hitler sie sich vorstellte, am nächsten zu kommen scheint der Untergang jener europäisch-asiatischen Großmacht, deren Land die Soldaten der Wehrmacht erobern und das die Deutschen im Bunde mit ihren „germanischen“ Verwandten kolonisieren sollten. Der sowjetische Staat, der dem militärischen Ansturm widerstand, scheiterte vor den Schranken, die eine stalinistisch-diktatorische Herrschaft gegen proletarisch-humanistische Ziele auftürmte. Der auch als „Kapitel zwei der Weltgeschichte“ bezeichnete Weg, der eine Menschheitszukunft ohne Hunger und Unterdrückung, ohne Gewalt und Krieg eröffnen sollte, erwies sich als eine Sackgasse. Doch selbst die Zerfallsprodukte der Sowjetmacht liegen weit jenseits aller nationalsozialistischen Visionen von Generalgouvernements und Reichskommissariaten, die nichts anderes als Kolonien des Großgermanischen Reiches dargestellt hätten. Auch dem sich heute zerfleischenden Land der Südslawen war eine andere Zukunft bestimmt. Ihr Lebensgebiet sollte unter Deutschen, Italienern, Ungarn und Bulgaren aufgeteilt werden. Allenfalls sollte von ihm ein abhängiges kroatisches Staatsgebilde bleiben. Keine Ähnlichkeit mit Hitlers Vorstellungen weist auch das zweistaatliche Dasein auf, das Tschechen und Slowaken sich vor kurzem gewählt haben, war doch jenen von ihnen, die im „Protektorat“ durch die NS-Bewertungskommissionen nicht als „eindeutschungsfähig“ beurteilt wurden, die Deportation nach dem Osten zgedacht.

¹⁵ Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Miltitzke-Verlag Leipzig 1995, 640 S.

Das „Europa unterm Hakenkreuz“ wäre ein Kontinent ohne Juden gewesen, ohne Sinti und Roma, ein Reich mit Vernichtungsstätten für alle, die sich nicht zur „Herrenrasse“ oder zur Sklavenmasse hinsortieren ließen. Hitlers Sieg war gedacht als Ausgangspunkt für die Entstehung jenes Zustands, den er den Deutschen als die „wahre nationalsozialistische Volksgemeinschaft“ verhielt, einer Ordnung von kapitalistischem Charakter mit unangetastetem Privateigentum an den Produktionsmitteln, aber von neuartigem Typ politischer Herrschaft. Zur Oberschicht der deutschen Gesellschaft, die sich im Ergebnis veränderter Wechselwirkungen zwischen ökonomischer Macht und politischem Regime zweifellos selbst zu wandeln begonnen hätte, sollte eine männliche Elite von politischen und Wirtschaftsführern, von Militärs und Technikern, von Wissenschaftlern und Künstlern gehören, die privilegiert und geschützt, mit Titeln beladen und mit Orden geschmückt, vor allem aber in materiellem Reichtum leben konnte.

Als Basis dieser Gesellschaft war die Volksmasse der Deutschen gedacht: diszipliniert und militariert, sich unausgesetzt reichlich vermehrend und bevorrechtigt gegenüber allen, die nicht zur „Herrenrasse“ gehören durften. Selbst politisch rechtlos, hätten Millionen aus ihrer Stellung im System von Herrschenden, Ausbeutenden, Unterdrückenden und Versklavenden einen ihnen zugemessenen Nutzen ziehen können. Ihnen waren in den pyramidenförmigen Strukturen des deutschen Imperiums Plätze „an der Sonne“ zugedacht, Möglichkeiten sozialen Aufstiegs, Zugriffe auf viele Annehmlichkeiten, die technischer Erfindergeist und wirtschaftliches Gewinnstreben hervorzubringen vermögen. Ihnen den „Volkswagen“, den „Volkspflug“, die „Volksschreibmaschine“ – den Versklavten die Kopftücher, die Glasperlen und den Fusel. So konturierte sich das Zukunftsbild einer „nationalsozialistischen Moderne“. In ihr sollte aufgegeben und vergessen sein, was mit der Aufklärung in die Menschheitsgeschichte eingetreten war. Freiheitliche Ideale, liberale und demokratische Traditionen, sozialistische Bestrebungen hätten dann die einen in ihrem Wohlleben nicht entbehrt, den anderen sollten sie immer aufs neue gewaltsam ausgetrieben werden.

Die Welt der hitlerfaschistischen Ziele und die Welt von heute liegen zwar weit auseinander, doch täuschen wir uns bitte nicht darin, daß solches Gedankengut manchem Gemüt in Chefetagen und an Stammtischen wieder salonfähig oder sogar erstrebenswert erscheint. Daher darf die Frage nicht verstummen, weshalb in Deutschland und anderswo sich Menschen derart menschenfeindliche Vorstellungen erwärmen und weshalb ihnen andere, alternative Orientierungen obsolet erscheinen. Daher muß die Frage gestellt werden, ob inmitten Europas erneut ein darauf bauendes Regime an die Macht gelangen könnte?

Vieles, allzu vieles deutet in den beunruhigenden aktuellen Erscheinungen auf die Richtigkeit des Bildes vom noch fruchtbaren „Schoß“. Mit diesem häufig zitierten Wort Bert Brechts verknüpfen sich erhellende Denkanstöße, aber ebenso banale Mißverständnisse. Fruchtbarkeit ist nicht schon Schwangerschaft. Zwischenbeiden liegt ein Akt, der Zeugung heißt. Die deutsche Gesellschaft von heute und der Staat Bundesrepublik haben ihre Faschisten, aber sie gehen nicht mit der faschistischen Diktatur schwanger. Sie zu errichten, sind Randgruppen unfähig.

Diese besitzen derzeit nicht die Kraft zu einem Putschversuch, können wohl aber den verschiedensten erkennbaren und undurchsichtigen Zweck dienlich sein. Als sie und ihr Umfeld mit dem Beifall eines Teils der Bevölkerung gegen Ausländer mobilmachten, geriet die eben vergrößerte Bundesrepublik ins Zwielficht. Die vielberufene Übereinkunft gegen den Rechtsextremismus erwies sich als brüchig. Erst unter dem Zwang des Auslandes und demokratischer Kräfte der deutschen Gesellschaft wurde Wirklichkeit, was besorgte Bürger seit langem gefordert hatten: Ein Teil der Machtmittel des Staates wurde und wird von den Regierenden – wenngleich immer halbherzig – gegen neonazistische Organisationen eingesetzt.

Insofern irrt sich, wer mit dem Blick zurück in das Jahr 1945 allein oder vorrangig Antifaschismus als unmittelbare Aktion gegen neue Faschisten versteht. Es sind weniger die plump Sieg-Heil-Rufenden, die Hitlers Stellvertreter Heß Verehrenden, die hakenkreuzähnliche Embleme und Fahnen mit sich führenden Gruppen, deren Aufmachung und Erscheinungsbild an die Hitler-Bewegung

der frühen zwanziger Jahre erinnern, von denen die Bedrohung parlamentarisch-demokratischer Zustände hauptsächlich ausgeht. Sie sind der „Schoß“ nicht und auch nicht die Erzeuger.

Wenngleich sie sich vielfach als solche gerieren, fehlt es ihnen bisher ebenso an Masseneinfluß wie an charismatischer Führerschaft. Welche Gewähr existiert jedoch, daß dies so bleibt? Ist wirklich undenkbar, daß sich die deutsche politische Binnenszenerie während eines Jahrzehnts so verändern könnte, wie sie sich von 1928 bis 1933 wandelte, so daß auch die folgenden zwölf Jahre ermöglicht wurden?

Auch mit Hilfe geschichtlicher Erfahrungen läßt sich beurteilen, ob und wie in der gegenwärtigen Gesellschaft jene Krisen denkbar, angelegt oder existent sind, die antidemokratischen Programmen und Bewegungen die Sympathien einflußstarker Minderheiten sowie den Zulauf hilfe- oder rettungssuchender Massen eintragen können. Konservativer Rückruf in die Geschichte – so der bekannte Buchtitel des neokonservativen Geschichtsrevisionisten Karlheinz Weißmann – gerät leicht um Rückfall auf überwunden geglaubte Positionen. Was 1985 Richard von Weizsäcker als rationale Akzeptanz des Befreiungscharakters von 1945 zu erkennen gab, verschwindet in den bedeutungsloseren Formulierungen seines Amtsnachfolgers, scheint sich aufzuheben im „unverkrampften“ Versuch, aufrechnend und überbetonend die Leidensgeschichte der Deutschen hervorzuheben. Eine Vielzahl gegenteiliger Absichtsbekundungen bleibt verbal. Es verblassen die Verbrechen, die zum Leiden auch der Deutschen führten.

Die da mit militärischen Mitteln gegen die Aggressoren und für eine Welt ohne Krieg und Faschismus kämpften, waren nirgendwo Engel, ebensowenig wie es die Widerständler in den deutschen Konzentrationslagern sein konnten. Terror und Krieg deformieren den Menschen. Hehre moralische Kriterien, formuliert im sicheren Port und 50 Jahre danach im Sinne einer finalistischen Geschichtsschreibung, gelten wenig für die Bewertung der tatsächlichen Geschichte. Unmittelbar nach dem Krieg zeigte sich übrigens eine rasch wachsende Akzeptanz des negativen Urteils über das verbrecherische Wesen des Faschismus. Aus Untersuchungen geht hervor, daß der Nürnberger Prozeß etwa von 75 Prozent der Deutschen als notwendig und sinnvoll anerkannt worden ist, also auch von den meisten derer, die die Sieger als Besatzer und nicht als Befreier empfanden.

Selbstverständlich brachte der Zweite Weltkrieg, vor allem als er sich gegen das Land seiner Verursacher kehrte, auch den Deutschen unermeßliches Leid. Des Soldaten Weib, zuvor noch geschmückt mit seidenen Strümpfen und Spitzenschleiern, erhielt nun das Zeichen ihrer Witwenschaft, um noch ein anderes Bild Bert Brechts zu bemühen. Es erlebte jetzt selbst Hunger und Kälte, Flucht und Vertreibung, mußte sich in zerbombten Wohngebieten zurechtfinden und vielfach fühlen, was die braune Kriegsbarbarei an Haß auf die Faschisten – verallgemeinert auch auf die Deutschen – hervorgerufen hatte. Jeder Krieg fordert Opfer, unter Schuldigen ebenso wie unter Mitschuldigen und beteiligten Unschuldigen.

Es gehört zum humanistischen Selbstverständnis von Linken, daß solche Ausschreitungen der Sieger, von denen wir – sofern von der Roten Armee begangen – nun tagtäglich hören und die selbstverständlich auch als Kriegsverbrechen zu charakterisieren sind, nicht gebilligt werden dürfen; es gehört sich aber ebenso, sie verstehen und in die Geschichte einordnen zu wollen.

Der 8. Mai eignet sich – zumal für die Deutschen – nicht als Mittel zur Aufrechnung eigener Leiden mit denen ihrer Opfer. Ursachen und Wirkungen dürfen nicht verwechselt werden. Es bleibt eine Tatsache, daß die Sieger als Kriegsgegner, als Besatzungsmacht und als Befreiungskraft nach Deutschland kamen. Auch sie kamen aus dem Krieg, geprägt von dessen Wesen und Mitteln. Aber verfahren sie wirklich nach dem nach dem ihnen heute häufig unterstellten Motto „Auge um Auge“? Wer könnte denn heute wohl in der Lage sein, die eigenen Leiden zu beklagen, wäre die faschistische Politik des Völkermords mit Völkermord beantwortet, wäre der rassistische Holocaust durch einen politischen vergolten, wäre auf deutschem Boden die in den okkupierten Ländern betriebene Taktik der ausgeplünderten oder sogar verbrannten Erde betrieben, wären die Deutschen in der Manier des deutschen Kriegsverbrechers Fritz Sauckel zur Zwangsarbeit in den mehr als 50 siegreichen Partnerländern der Antihitlerkoalition gezwungen worden?

Unser heutiges Wissen um die Schatten der Nachkriegsgeschichte, um unrühmliche Belastungen des legitimen Strebens, eine neue Gesellschaft ohne Krieg und Faschismus aufbauen zu wollen, korrigiert selbstverständlich – so lückenhaft es immer noch sein mag – manche Vorstellung, die wir zur Vergangenheit und zu unserer Zukunft hatten. Wo aber unser neues Urteilsvermögen nationalistisch getrübt werden soll, zieht der Dunst des berüchtigten Kampfes gegen den „Schand“-Frieden von Versailles und der ihn begleitenden „Dolchstoßlegende“ auf. Seine verheerende Rolle für das Zerstörungswerk an der Weimarer Republik ist bekannt. Sie sollte sich nicht wiederholen können, in welcher Form auch immer. Unser Wissen um die Nachkriegsverbrechen betrifft eine „andere“, bisher vielfach tabuisierte Seite der Befreiung. Auch wenn diese heute in den Vordergrund gestellt wird – für mich ergibt sich daraus kein Umkehrschluß, keine Möglichkeit zu sagen, mit dieser anderen Seite der Befreiung habe das Gegenteil von Befreiung stattgefunden.

Etwas verallgemeinert: Ich bezweifle, daß sich der oft apostrophierte Fluch der bösen Tat nun grundsätzlich gegen die Weltverbesserung, gegen Gerechtigkeitsutopien und Menschlichkeitsforderungen, gehen eine Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft wenden muß. Wer solches will, wendet sich gegen jede produktive Nachdenklichkeit, die Besseres als das Bestehende bewirken möchte und begreift kaum, daß es die Wirklichkeit selbst ist, die den Traum von einer neuen Gesellschaft nicht vergehen läßt.

Erinnerungen an Gerhard Riege. Gedächtnisschrift. Schriften des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. 1995, S. 144-152.

Geleit

Die Nützlichkeit der modernen Transformationsforschungen liegt auf der Hand. Die Fülle ihrer Ergebnisse ist beeindruckend, die Sicht auf widersprüchliche Ursachen und Erscheinungsformen des globalen Wandels der menschlichen Gesellschaft anregend und auch herausfordernd. Als Historiker finde ich in ihnen vielfältig bedacht, was früher gern mit dem leider zu wenig ernst genommenen Wort von der Einheit von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ausgedrückt werden sollte.

Sich wichtige Ergebnisse transformationstheoretischer Untersuchungen zu vergegenwärtigen, diese eingehend zu diskutieren, sie in den notwendigen historischen Rahmen zu stellen und ahistorische Orientierungen zu vermeiden, offene Fragen zu debattieren und vielleicht auch ein kleines Stück voranzukommen auf dem Wege zu der häufig benannten, doch eher unheimlich schillernden „Transformationsperspektive“ – das ist das anzustrebende Ziel der hier zusammengeführten Arbeiten.

Vielleicht täusche ich mich in dem Eindruck, daß in Publikationen unterschiedlichster Denkrichtungen und mehr noch in den Medien zahllose bedeutungsschwangere wie nichtssagende Schlagworte dominieren, wenn es zu beschreiben und zu interpretieren gilt, was sich in jüngster Zeit in Wirtschaft und Politik, in Ideologie und Zeitgeist, im individuellen Verhalten und in den gesellschaftlichen Strukturen alles verändert hat. Von überzeugenden theoretischen Verarbeitungen des Wandels in der gesamten gegenwärtigen Gesellschaft kann noch wenig die Rede sein. Und nur vage läßt sich auf solcher Basis vorausschauen auf weitere Entwicklungsprozesse und deren neuartige Ergebnisse. Manches, was im Rahmen bisheriger Untersuchungen zu den tiefgreifenden, grundstürzenden Einschnitten in das Leben aller menschlichen Gemeinschaften – Parteien, Nationen, Religionsgruppen, Generationen, Regionen usw. – am Ende des 20. Jahrhunderts vorgelegt worden ist, scheint sogar marktfähigen Schnellschußverfahren geschuldet zu sein.

Und wir wollen auch nicht vergessen: Die Wissenschaft selbst befindet sich im Umbruch, sie betreibt ihre Profession gleichermaßen als Objekt und als Subjekt.

In den drei Jahren seines Bestehens veranstaltete das Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. bereits mehrere ertragreiche Wochenend-Tagungen und verstand sich dabei stets selbst als Ausdruck und Bestandteil neuer Suchprozesse. Die vorliegenden Ergebnisse dokumentieren dies ein weiteres Mal.

Transformationsprozesse in der Gesellschaft. Materialien einer Tagung des Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. vom 3. und 4. Februar 1995, S. 2.

50 Jahre danach: Befreiung – wovon, wodurch, wofür?

Das Bild des 8. Mai 1945 in den geistig-politischen Auseinandersetzungen um Faschismus und Antifaschismus

Wir befinden uns in einem bedeutsamen Gedenkjahr und erinnern uns in vielfältiger Weise des Geschehens vor einem halben Jahrhundert. Vor allem aber stehen wir mitten in erbitterten geschichtspolitischen Auseinandersetzungen. Allzumal bei Jahrestagen von historischem und politischem Gewicht bewegt das Faszinierende runder Zahlen Hirn und Herz, Verstand und Unverstand gleichermaßen. So vielgestaltig und kompliziert wie die Geschichte war, so offenbart sich erneut der politische Umgang mit ihr. Was Heinrich Böll einst in einem fiktiven öffentlichen Brief an seine Söhne schrieb, hat leider in neuer Weise Bestand: *„Ihr werdet die Deutschen immer wieder daran erkennen, ob sie den 8. Mai als Tag der Niederlage oder der Befreiung bezeichnen.“*¹ Das neutralere, jetzt vielfach gebrauchte Wort vom Kriegsende trifft zwar einen Sachverhalt, doch hebt es die divergierende Wertung keineswegs auf; im Gegenteil, gerade die erkennbare Absicht seiner Verwendung fordert zu Nachdenken und Widerspruch heraus.

Denn: Heute geht es mehr als je zuvor um den geschichtlichen Sinn des Tages der offiziellen deutschen Kapitulationserklärung, der ein Tag der Niederlage für die Schuldigen am Zweiten Weltkrieg war und zugleich ein Tag des erleichterten Aufatmens aller überfallenen und in die Kriegsbarbarei hineingezogenen Völker. Zur Debatte steht der eindeutige, in seiner tiefsten Bedeutung antifaschistische Begriff der Befreiung vor allem in den deutschen Landen. Hier war er, teils wenig hinterfragt, teil ungeliebt, gleichwohl aber weitgehend akzeptiert. Ein Jahrzehnt nach der Rede Richard von Weizsäckers, mit der sich selbst die ehemalige BRD offiziell zur Tatsache bekannte, 1945 befreit worden zu sein, bemühen sich die Rechtsfrondeure der regierenden Koalition, erst recht die völkisch-rassistischen und neonazistischen Kräfte, das gültig Gesagte rückgängig zu machen oder sogar den Befreiungscharakter des 8. Mai mit nationalistischen Bannstrahlen zu belegen.

Es liegt am Gegenstand selbst, wenn alte, in der Regel politisierende Entweder-Oder-Denkstrukturen und andere polarisierende Betrachtungsweisen aus der Zeit des Kalten Krieges Schiffbruch erlitten haben – in Ost wie in West. Dogmatische Vereinfachungen und jegliche Schematisierungen erwiesen sich als unzulänglich, als unangemessen gegenüber der Kriegs- und Nachkriegsgeschichte. Das hoffnungsweckende Finale des Kalten Krieges, der Zusammenbruch des Sozialismus in Europa und die Unfähigkeit der obsiegenden Gesellschaft in Sachen Gerechtigkeit und Menschlichkeit zwingen alle politisch agierenden Kräfte der Bundesrepublik, erneut und immer weiter darüber nachzudenken, was denn der Tag für die Deutschen bedeutete und heute noch zu bedeuten hat. Brachte er ihnen vor fünf Jahrzehnten wirklich die Befreiung? Die vom Krieg gewiß, aber auch die von einem Regime, das sich so viele von ihnen gewünscht hatten, das ihre Mehrheit bis fünf Minuten nach zwölf zu unterstützen bereit war und das sie sich nicht selbst vom Halse schaffen konnten? Welchen Platz nahm und nimmt dieser Tag in der deutschen Geschichte ein? Hob sich sein Inhalt mit dem Zerfall des großen östlichen Partners der Antihitlerkoalition gleichsam von selbst auf? Es ist angebracht, 50 Jahre danach mit den vier großen Siegermächten zu feiern und die kleinen zu brüskieren? Zahlreich sind diese und andere notwendigerweise zu stellende Fragen. Diese Darlegungen und meine Vorschläge zur Diskussion werden kaum ausreichen, alle Probleme zu formulieren oder gar beantworten zu wollen.

Einige Erscheinungsformen und Gefahren gegenwärtiger konservativer Geschichtspolitik

Daß sich in unserer Gesellschaft Erinnern und Gedenken höchst unterschiedlich darstellen, vermag allein noch nicht zu beunruhigen: Herausragende geschichtliche Ereignisse unterliegen nun einmal politischen Bedürfnissen sowie ständiger Neubefragung durch nachfolgende Generationen. Nachdenkliche Rückschau ist normal und im Grunde täglich zu erleben.

Was, so müssen sich allerdings die um die Zukunft Besorgten fragen, ist heutzutage neu, beängstigend und „unnormal“ im Umgang der Deutschen mit ihrer Geschichte? Auffälligstes Negativ-Merk-

¹ Zit. nach Jürgen Kocka: Zerstörung und Befreiung. Das Jahr 1945 als Wendepunkt deutscher Geschichte. In: Politik und Kultur, H. 5/1986, S. 47.

mal historischer Erinnerung und politischen Gedenkens durfte heutzutage die neue Welle instrumentalisierender, konservativ-nationalistisch dominierter „Geschichtspolitik“ sein. Ihr Ziel ist bereits im vorigen Jahr offen formuliert worden, vor allem im Gedenken an das Attentat vom 20. Juli 1944. Kurt Finker hat dazu das Nötigste gesagt.² Antifaschistischer Widerstand wurde – sofern er nicht bundesrepublikanische Verhältnisse der Gegenwart im Sinne hatte – samt der auf ihm beruhenden Legitimationen und Politiktraditionen in den Bereich geschichtlicher Fehlkonstrukte verwiesen. Vorhandene, nicht zu leugnende und ebensowenig zu bagatellisierende Mängel und Schwächen sowie unnötig-ärgerliche Verhaltensweisen von Antifaschisten sollten als Mittel zur De-Legitimation des gesamten Antifaschismus herhalten. Der politischen „Abwicklung“ der DDR folgt eine „Entsorgung“ der ganzen deutschen Geschichte zu Gunsten von Anti-Antifaschisten. Das herausragende Ziel besteht offensichtlich in einer weiteren geistig-politischen Befestigung und Ausweitung des unverhofften „Sieges“ von 1989/90. Sie richtet sich gegen alles, was für Rechtskonservative „links“ steht oder auch zur zu stehen scheint.

Zu erleben ist eine qualitativ neue Stufe revisionsbesessener Geschichtspolitik. Wieder einmal werden die historische Wahrheit und geschichtswissenschaftliche Kriterien gleichermaßen leichtfertig geopfert. Das aus Weimarer Zeiten bekannte arbeitsteilige Zusammenspiel von Konservatismus und Rechtsextremismus funktioniert erneut; in der Justiz ebenso wie in den Medien. Geschichtswissenschaftler unterschiedlicher Denkrichtungen finden sich bereit, orientiert an der „Markt-Situation, historische Verantwortlichkeiten rechter Kräfte zu bagatellisieren oder umgekehrt das Denken und Handeln von Linken – übrigens keineswegs ausschließlich von Kommunisten – infrage zu stellen. Auch in anderen Bereichen werden bestimmte Themen immer und immer wieder „getestet“, um deren Grenzen nach rechts verschieben zu können. Ermüdende Wiederholungen kalkulieren mit Gewöhnungseffekten. Aus der Palette knalliger Titelstories und Thesen will ich nur wenige benennen, bekannte und unbekanntere:

– Hans-Jürgen Syberberg – ein Filmemacher und Theaterregisseur – überschritt bereits 1990 mit seinem Buch „Vom Unglück und Glück der Kunst in Deutschland nach dem Kriege“ die Grenze des Diskutablen, als er von der „*unseligen Allianz einer jüdisch-linken Ästhetik*“ sprach, die ein „*Volk ohne Kunst*“ hinterlassen habe. Jüngst erklärte er: „*Die wirkliche Befreiung hat nicht am 8. Mai 1945 stattgefunden, wo wir so viel verloren haben, sondern 1989. 1989 war die Befreiung Deutschlands, nicht nur der DDR.*“ Die Begründung lautet: Nicht nur im Osten seien die Menschen „*dem Antifaschismus unterworfen*“ worden.³

– Der bekannte Historiker und Adenauer-Biograph Hans-Peter Schwarz ging noch weiter. Er jubelte den 1. September 1994 zum eigentlichen Befreiungstag hoch. Der 8. Mai 1945 sei belanglos gegenüber dem Tag, an dem der letzte russische Soldat deutschen Boden verlassen habe.⁴

– Rudolf Augstein beklagte im „Spiegel“⁵, durch die Niederwerfung Hitlers haben Stalins Terrorregime „*einen Freispruch seitens der Demokraten*“ erfahren. Churchills Spruch vom falschen Schwein, das geschlachtet wurde, läßt grüßen.

– Die FAZ rühmte am 3. April d. J. das neue Buch Klaus-Dietmar Henkes über die amerikanische Besetzung Deutschlands, diese als „*Keim der Freundschaft*“ bezeichnend. Sie konnte aber nicht übersehen, daß Henke auch von Schattenseiten im Verhalten der Besetzer spricht z. B. vom „*schwerwiegendste(n) Kriegsverbrechen von Angehörigen der US-Army*“, das bei der Befreiung des Konzentrationslagers Dachau begangen wurde. Hier sind GIs angesichts der Opfer des deutschen Faschismus zu „*Berserkern*“ geworden, und unter ihnen kursierte das Wort „*Macht hier keine Gefangenen*“. Der Rezensent wertete dies als Ausnahme und fügte unmittelbar hinzu, daß „*bei der Roten Armee Greuelthaten als meistens wahllose und willkürliche Rache für die deutschen Grau-*

² Siehe z. B. Befreiung - wovon, wodurch, wofür. Studien zum 8. Mai 1945. Hrsg. vom Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“ e. V., Potsdam 1995.

³ Freitag, 24.2.1995, S. 11.

⁴ Vgl. Werner Röhr: Deutschland und das Ende der Nachkriegszeit. In: Neues Deutschland, 11./12.2.1995, S. 10.

⁵ Der Spiegel, Nr. 7 vom 13.2.1995, S. 185.

samkeiten seit Juni 1941 sehr verbreitet waren.“ Am Bild der guten Westalliierten und der bösen Russen darf nun einmal nicht gerüttelt werden

– Eine thüringische Zeitung⁶ gedachte vor wenigen Tagen des Films „Shiva und die Galgenblume“ mit Hans Albers, dessen Produktion noch in den letzten Kriegsmonaten begonnen wurde. Die Überschrift: „Mit der Kriegsniederlage fiel deutsche Kultur in Trümmer.“

– Dieselbe Zeitung nahm die kampflose Übergabe Gothas an die Amerikaner zum Anlaß für einen geistigen Salto mortale der besonderen Art: An die mutige Heldentat Josef Rotters von Gadolla, so schrieb sie, „... erinnerte in Gotha bisher lediglich die Gadollastraße. Zu DDR-Zeiten waren häufig Forderungen nach Umbenennung laut geworden.“ Wann mag die Straße wohl nach dem Oberstleutnant der Wehrmacht benannt worden sein?⁷ Das wird man vielleicht nicht wissen wollen, wird doch jetzt dort eine Ausstellung eröffnet unter dem Titel: „Von Hitler zu Stalin – eine mitteldeutsche Stadt im Sog der Geschichte“. Vom Faschismus habe also der Weg zum Stalinismus geführt, unter dem die gesamte Geschichte der DDR subsumiert wird, und Thüringen eine Tragödie erlebte, als die kurze Zeit unterm Sternenbanner zuendeging ...

– Und kürzlich erst erreichte ein neuer Appell die Öffentlichkeit: Alfred Dregger (CDU), Carl-Dieter Spranger (CSU), Hans Apel (SPD)⁸ und rund 200 andere Unterzeichner beklagen darin in bewährter Weise, daß der 8. Mai von deutschen Medien und Politikern „einseitig“ und „geschmacklos“ als Befreiung charakterisiert werde. Dies sei dem Motto vergleichbar: „Karthago feiert seinen Untergang“. Dies aber könne keine „Grundlage für das Selbstverständnis einer selbstbewußten Nation sein“, denn es drohe dabei „in Vergessenheit zu geraten, daß dieser Tag nicht nur das Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft bedeutete, sondern zugleich auch den Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und der Beginn der Teilung unseres Landes ...“⁹

Ich erspare mir weitere Zitate. Generell bleibt ein enormer Impuls zu befürchten, der die „Entnazifizierung“ aus den ersten Nachkriegsjahren völlig aufhebt. Dies bereitet allen nicht-faschistischen Kräften erhebliche Sorgen. Jedoch geht solches auch manchen liberalen Denkern wider den Strich, wie beispielsweise der lesenswerten Attacke Kurt Sontheimers „Wider die Leisetreterei der Historiker“ zu entnehmen war.¹⁰ Vielleicht spüren sie, daß die durchsichtigen anti-antifaschistischen Attacken allen Momenten gelten, die das angestrebte Befestigen konservativ dominierter Machtverhältnisse „stören“ könnten. Es ist ja auch kaum zu übersehen, wie für dieses Ziel erneut und gegen den erklärten Anspruch wertfrei zu betreibender Wissenschaft ein wissenschaftsfremder Umgang mit der Geschichte in Kauf genommen wird, wie man sich – auf parlamentarischer Ebene und anderswo – um eine in die Geschichte verlängerte Politik der Ausgrenzung und Abwicklung bemüht. Politisches Kapital soll aus allem geschlagen werden. Wieder einmal wird „Geschichtspolitik“ betrieben und nicht die wirkliche Geschichte befragt. Man darf gespannt sein, worauf sich die angekündigte neue Enquête-Kommission des Bundestages zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte orientieren wird ...

Es sei mir an dieser Stelle ein kleiner, jedoch unumgänglich erscheinender Exkurs gestattet: Aus meiner Sicht ist die gesamte Linke in Deutschland – darunter fasse ich keineswegs allein die PDS und ihr Umfeld (!) – gedanklich noch nicht darauf eingestellt, den absehbaren Erfolg der Rechten wenigstens einzudämmen und einigermaßen abzublocken. Eine vorrangig qualvoll betriebene Beschäftigung mit sich selbst nebst einer nahezu liebevoll gepflegten Zwietracht machen zunichte, was durchaus richtig als Notwendigkeit im Ringen gegen heutige und künftige Gefahrenpunkte gesellschaftlicher Entwicklung erkennbar ist. Unübersehbar bleibt auch der Versuch, die Geschichte für innerparteiliche Auseinandersetzungen zu mißbrauchen, statt ein wissenschaftlich fundiertes, kom-

⁶ Thüringische Landeszeitung, 3.4.1995.

⁷ Thüringische Landeszeitung, 1.4.1995.

⁸ Hans Apel hat inzwischen seine Unterschrift zurückgezogen.

⁹ Focus, Nr. 14 vom 3.4.1995, S. 32.

¹⁰ Die Zeit, 4.11.1994, S. 15.

plexes und dialektisches Geschichtsverständnis anzustreben und die demokratisch-antifaschistische Eindeutigkeit seiner Inhalte hervorzuheben, statt eine konsequente Auseinandersetzung mit Nationalismus und Rassismus zu betreiben sowie vorurteilsfreie Toleranz gegenüber allen Gegnern von Faschismus und Krieg zu praktizieren.

Frühere Praktiken des realsozialistischen Umgangs mit der Geschichte sollten heute und künftig allein denen überlassen werden, die davon absolut nicht lassen können. Ihre Ergebnisse und unsere bitteren Erfahrungen sollten allerdings tagtäglich jenen um die Ohren gehauen werden, die mit dem heuchlerischen Anspruch einer wertfreien Wissenschaft in Ostdeutschland auf Teufel komm raus „systemnahe“ Wissenschaftler degradieren und in der neuen Bundesrepublik selbst nicht anders als das Geschäft der Politik zu betreiben verstehen.

Zu einigen Aspekten der geschichtlichen Zäsur von 1945

Der Verlust unserer Fortschrittsperspektive – auch wenn diese recht schematisch und in mancher Hinsicht zu simpel war – und die tiefe geistige Krise der Gegenwart führen zu verstärkter Anrufung der Geschichte sowie zur Suche nach neuer Identität. Für deren Bestimmung bieten die Rechten – durchaus erfolgreich, wie ich meine – einen neudeutschen Nationalismus und zahlreiche Irrationalismen an. Die Konsequenzen sind erkennbar: Zwar kann die Zäsur von 1945 nicht aufgehoben werden, wohl aber wird sie eingeebnet und relativiert. Vieles soll vergessen gemacht, der Rest im offiziellen Gedenken ausgegrenzt werden und in einem revidierten Geschichtsbild verschwinden. Alle Revisionsbestrebungen gelten dem Bild von jenen Ausgangspunkten, die zu 1945 hin führten. Der 8. Mai erscheint eher als ein Medium, als ein Hilfsmittel für zahlreiche Ansätze zu neuerlicher Verfälschung seiner Ursachen, also des 30. Januar 1933, des 1. September 1939 und des 22. Juni 1941, d. h. jener Daten, deren Analyse vor allem die berechtigten Fragen nach dem Wovon, Wodurch und Wofür der Befreiung beantworten hilft.

Zweifellos stellt der 8. Mai 1945 eine der bedeutungsvollsten Zäsuren des 20. Jahrhunderts dar. Ich wage zu behaupten, daß wir es mit dem Jahr 1945 sogar als einem weltgeschichtlich und nationalgeschichtlich unvergleichbaren Schnittpunkt zu tun haben. In ihm bündelt sich alles, was Anfang und Ende der faschistischen Diktatur, was die Ursachen und Folgen des Zweiten Weltkrieges sowie die zahllosen Versuche eines gesellschaftlichen Neubeginns markieren hilft. In ihm verknüpfen sich

– die heute zu wenig reflektierte Tatsache, daß es notwendig war, die deutsche Wehrmacht und den faschistischen Mächteblock militärisch, und zwar bedingungslos zu zerschlagen, um in der Welt wenigstens Waffenruhe, wenn nicht sogar Frieden herstellen zu können,

– die ebensowenig erhellte Notwendigkeit der militärischen Zerschlagung eines Herrschaftsregimes, das es in dieser Grausamkeit und Skrupellosigkeit bis dahin noch nicht gegeben hatte,

– die Tatsache, daß dieses Ende eines barbarischen Regimes einschließlich seiner Konzentrations- und Vernichtungslager von großen Volksteilen nur widerstrebend angenommen worden ist.

Dies gibt Auskunft zur Frage, wodurch und durch wen 1945 Befreiung stattfand, ja stattfinden mußte. Den Ersten Weltkrieg beendete Deutschland bekanntlich sowohl mit einem Waffenstillstand als auch mit einer Revolution, bevor noch ein einziger Soldat der Entente kämpfend deutschen Boden betreten hatte. Zwischen der Befreiung der ersten deutschen Großstadt Aachen am 21. Oktober 1944 und der Kapitulation Berlins liegen die weitaus opferreichsten Monate der Deutschen im Zweiten Weltkrieg. Nur den gemeinsamen Anstrengungen der Antihitlerkoalition gelang es schließlich, den Faschismus niederzuwerfen. Ihr Kriegseinsatz verfolgte bei allen Gegensätzlichkeiten ein Ziel, das antifaschistisch zu benennen ist. Erst in den Zeiten des Kalten Krieges änderte sich auf beiden Seiten das Bild von ihrem früheren Anliegen. Es lösten sich die ohnehin unsicheren Grundlagen der Gemeinsamkeit auf, und schließlich erhoben beide den Anspruch, die entscheidenden Schlachten – bei Stalingrad oder bei El Alamein, im Kursker Bogen oder in der Bretagne – geschlagen zu haben. Der Kalte Krieg spaltete zudem den Zweiten Weltkrieg in einen jeweils als gut oder als böse charakterisierten Krieg – wer solches heute wiederholt, muß sich wohl den Vorwurf gefallen lassen, er kehre den Kalten Krieg lediglich in einen kalten Frieden um.

Trotz aller Belastungen zeichnet sich das Jahr 1945 durch die damals aufkeimenden Hoffnungen auf neues Leben aus, das aus den Ruinen erblühen sollte. Nie wieder Faschismus und Krieg, so lautete nicht allein der Schwur der Überlebenden von Buchenwald. Entschiedene Maßnahmen gegen sozialökonomische Wurzeln, gegen den „Schoß“ der braunen Barbarei standen auf dem Panier aller um Überwindung und Aufarbeitung der schrecklichen nationalsozialistischen Vergangenheit bemühter politischer Kräfte. Die nichtfaschistischen und antifaschistischen Normen prägten auch die neuen Internationalisierungsprozesse, denken wir etwa an die UNO-Charta oder an das Nürnberger Tribunal gegen die Hauptkriegsverbrecher.

Doch auf nationaler wie auf internationaler Ebene blieben entscheidende Chancen eines tatsächlichen Neubeginns ungenutzt. Alle Vorstellungen von Wofür erstickten im neuen Gegeneinander der Sieger und ihrer besetzten deutschen Zonen. So muß 1945 auch als eine charakteristische Zäsur für den Beginn eines weltweiten Polarisierungsprozesses gelten, in dem der multipolare Gegensatz von Faschismus und Antifaschismus, von Diktatur und Demokratie, von Unterdrückung und Freiheit durch eine auf den Gegensatz von Gesellschaftssystem und Supermächten eingeeengte Bipolarität des Kalten Krieges und der Zweistaatlichkeit auf deutschem Boden ersetzt wurde. Mit 1945 verbindet sich daher ebenso die Enttäuschung, gebotene legitime Chancen vertan zu haben, und das Gefühl, nach einem halben Jahrhundert fast wieder dort angekommen zu sein, wo alles seinen Ausgangspunkt hatte.

Keine Relativierung und kein Vergessen

Der Sieg der Antihitlerkoalition bedeutete selbstverständlich eine militärische, aber auch eine politisch-moralische Niederlage Deutschlands. Dies wurde hierzulande als totaler Zusammenbruch empfunden, zumal es sich beim Dritten Reich um eine von breiten Massen getragene offene terroristische Diktatur handelte, die sich zwar an ihrem Ende nicht mehr des fanatischen Sieg-Heil-Geschreis der Millionen, aber immer noch eines alternativlosen Zuspruchs der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit erfreuen konnte. Dieses subjektive Verständnis ist von uns nur anfänglich und gelegentlich, jedoch nie ernsthaft thematisiert worden. In einem geschichtswissenschaftlichen Literaturbericht von 1960 hieß es lapidar: *„Im Osten Deutschlands lernten die Volksmassen aus den Erfahrungen von zwei Weltkriegen. Sie entzogen den Militaristen und Faschisten die materielle Basis und nahmen ihnen damit für immer die Möglichkeit, mit Hilfe ökonomischer Macht politischen Einfluß auszuüben.“*¹¹ Solche und ähnlich vereinfachende und illusionäre Thesen erschweren natürlich die heute besonders notwendigen Bemühungen, die grundsätzliche Bedeutung des 8. Mai als eines Befreiungstages für das deutsche Volk herauszustellen.

Aus meiner Sicht scheint es zunächst und immer wieder von besonderem Belang zu sein, zu verdeutlichen, wovon wir 1945 befreit worden sind. Das sage ich – gleichsam in einem zweiten Exkurs an die eigene „linke“ Adresse – auch mit dem Blick auf die von mir als unzulänglich und zu eng empfundene Geschichtsarbeit der Partei des demokratischen Sozialismus und anderer linker Organisationen in Deutschland. Es mag im Forschungsbereich eine Konzentration auf die SED- und DDR-Geschichte durchaus richtig sein, doch muß, wer für diese das notwendige, ich meine ein „historisierendes“ Verständnis gewinnen will, die gesamte Geschichte des 20. Jahrhunderts im Auge haben, d. h. die Geschichte in ihrer Komplexität, Vielfalt und Widersprüchlichkeit.

Wenn einige, mitunter etwas mühselig gefaßte Beschlüsse vorrangig auf Diskussionen zur eigenen Geschichte orientieren, erinnert dies letztlich auch an eine unselige, weil selektive „Geschichte der Arbeiterbewegung“, die bekanntlich mindestens 40 Prozent jeder Gesamtdarstellung ausmachen sollte und die letztlich zum Abriß „Geschichte der SED“ verkam. Im übrigen wäre die PDS, ginge sie weder selektiv noch gegenstandsbegrenzt vor, die einzige Partei, die ein komplexes Geschichtsverständnis demonstrieren würde, was angesichts instrumentalisierender Dummheiten der anderen ja überhaupt kein Nachteil zu sein braucht.

¹¹ Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte. Zum XI. Internationalen Historikerkongreß in Stockholm August 1960. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Sonderheft 1960, S. 426.

Doch zurück zu meinem Gedanken, daß 1995 besonders notwendig gesagt werden muß, wovon wir 1945 befreit worden sind. Vieles von dem, was den deutschen Faschismus so einzigartig, so außerordentlich verbrecherisch gemacht hat, scheint bereits relativiert oder sogar vergessen. In vieler Hinsicht wird der Zweite Weltkrieg als ein „normaler“ Krieg hingestellt, also von seiner planmäßigen Vorbereitung durch den Aggressor abgesehen. Fast schwimmt man gegen den Strom, wenn erinnert wird an die Tatsache, daß eine Partei bereits im Weimarer Staat nahezu ungehindert zur Vertreibung und Vernichtung des jüdischen Volkes aufrufen durfte, an die Tatsache, daß auf der Grundlage einer wirklichkeitsfremden Rassenideologie Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit in eine völkermordende, brutalitätsbesessene Handlungsbereitschaft Zigtausender sogenannter anständiger Deutscher dirigiert werden konnte. Durch den deutschen Faschismus, nicht durch irgendein Schicksal wurde der Zweite Weltkrieg ein wirklicher weltweiter Krieg gegenüber dem europäischen Krieg von 1914/18, ein Krieg der Massenheere *und* der zivilen Massen, ein Krieg des massenhaften Einsatzes modernster destruktiver Technik, ein Krieg der Ideologien und mit völlig neuen Zielsetzungen aller Beteiligten.

Die Notwendigkeit, an das zu erinnern, wovon Befreiung stattfand, hat jedoch nicht nur mit dem Vergessen und Verdrängen zu tun. Die Welt ist ein halbes Jahrhundert danach ungleich anders beschaffen, als sie nach den Plänen der deutschen Faschisten aussehen sollte. In der soeben erschienenen Hitler-Biographie von Kurt Pätzold und mir¹² haben wir nachdrücklich auf diesen Umstand aufmerksam gemacht. Die Welt von heute, so meinen wir, bietet den Nachgeborenen ein Bild, das sie in ihrer Rückschau irreführen und in Gegensatz zu alten antifaschistischen Erfahrungen bringen kann. Unvorstellbar bleibt z. B. für viele, daß Hitler ausgerechnet gegen die beiden Staaten in naher oder fernerer Zukunft zu alles entscheidenden letzten Rivalitätskämpfen antreten wollte, – die USA und Japan –, die heute zu den dominierenden letzten Mächten des Erdballs gehören. Europäische Staaten, die Hitler aus ihrer Großmachtstellung verstoßen wollte, konnten in diesem oder jenem Grade eine führende Rolle behaupten oder zurückgewinnen. Mittlere und kleine Staaten, die er verächtlich als „Kleinstaatengerümpel“ abtat, mit dem er nach dem Endsieg aufzuräumen gedachte, existieren weiter, wenn auch in ihrer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Eigenart gefährdet durch die Übermacht naher und ferner Nachbarn. Am Ostrand des Mittelmeeres entstand der Staat Israel in einem Gebiet, in das Hitler seine Judenmörder schicken wollte, sobald sie in Europa mit ihrem blutigen Handwerk zuendegekommen wären.

Der politischen Weltkarte, wie Hitler sie sich vorstellte, scheint am nächsten der Untergang jener europäisch-asiatischen Großmacht zu kommen, deren Land die Soldaten der Wehrmacht erobern und das die Deutschen im Bunde mit ihren „germanischen“ Verwandten kolonisieren sollten. Der sowjetische Staat, der dem militärischen Ansturm widerstand, scheiterte vor den Schranken, die eine stalinistisch-diktatorische Herrschaft gegen proletarisch-humanistische Ziele auftürmte. Der auch als „Kapitel zwei der Weltgeschichte“ bezeichnete Weg, der eine Menschheitszukunft ohne Hunger und Unterdrückung, ohne Gewalt und Krieg eröffnen sollte, erwies sich als eine Sackgasse. Doch selbst die Zerfallsprodukte der Sowjetmacht liegen weit jenseits aller nationalsozialistischen Visionen von Generalgouvernements und Reichskommissariaten, die nichts anderes als Kolonien des Großgermanischen Reiches dargestellt hätten. Auch dem sich heute zerfleischenden Land der Südslawen war eine andere Zukunft bestimmt. Ihr Lebensgebiet sollte unter Deutschen, Italienern, Ungarn und Bulgaren aufgeteilt werden. Allenfalls sollte von ihm ein abhängiges kroatisches Staatsgebilde bleiben. Keine Ähnlichkeit mit Hitlers Vorstellungen weist auch das zweistaatliche Dasein auf, das Tschechen und Slowaken sich vor kurzem gewählt haben, war doch jenen von ihnen, die im „Protektorat“ durch die NS-Bewertungskommissionen nicht als „eindeutschungsfähig“ beurteilt wurden, die Deportation nach dem Osten zugeacht.

Das „Europa unterm Hakenkreuz“ wäre ein Kontinent ohne Juden gewesen, ohne Sinti und Roma, ein Reich mit Vernichtungsstätten für alle, die sich nicht zur „Herrenrasse“ oder zur Sklavenmasse

¹² Pätzold, Kurt/Weißbecker, Manfred: Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Militzke-Verlag Leipzig 1995, 640 Seiten.

hinsortieren ließen. Hitlers Sieg war gedacht als Ausgangspunkt für die Entstehung jenes Zustandes, den er den Deutschen als die „wahre nationalsozialistische Volksgemeinschaft“ verhieß, einer Ordnung von kapitalistischem Charakter mit unangetastetem Privateigentum an den Produktionsmitteln, aber von neuartigem Typ politischer Herrschaft. Zur Oberschicht der deutschen Gesellschaft, die sich im Ergebnis veränderter Wechselwirkungen zwischen ökonomischer Macht und politischem Regime zweifellos selbst zu wandeln begonnen hätte, sollte eine männliche Elite von politischen Wirtschaftsführern, von Militärs und Technikern, von Wissenschaftlern und Künstlern gehören, die privilegiert und geschützt, mit Titeln beladen und mit Orden geschmückt, vor allem aber in materiellem Reichtum leben konnte. Als Basis dieser Gesellschaft war die Volksmasse der Deutschen gedacht: diszipliniert und militarisiert, sich unausgesetzt reichlich vermehrend und bevorrechtigt gegenüber allen, die nicht zur „Herrenrasse“ gehören durften. Selbst politisch rechtlos hätten Millionen aus ihrer Stellung im System von Herrschenden, Ausbeutenden, Unterdrückenden und Versklavenden einen ihnen zugemessenen Nutzen ziehen können. Ihnen waren in den pyramidenförmigen Strukturen des deutschen Imperiums Plätze „an der Sonne“ zugeordnet, Möglichkeiten sozialen Aufstiegs, Zugriffe auf viele Annehmlichkeiten, die technischer Erfindergeist und wirtschaftliches Gewinnstreben hervorzubringen vermögen. Ihnen den „Volkswagen“, den „Volkspflug“, die „Volksschreibmaschine“ – den Versklavten die Kopftücher, die Glasperlen und den Fusel. So konturierte sich das Zukunftsbild einer „nationalsozialistischen Moderne“. In ihr sollte aufgegeben und vergessen sein, was mit der Aufklärung in die Menschheitsgeschichte eingetreten war. Freiheitliche Ideale, liberale und demokratische Traditionen, sozialistische Bestrebungen hätten dann die einen in ihrem Wohlleben nicht entbehrt, den anderen sollten sie immer aufs neue gewaltsam ausgetrieben werden.

Die Welt der hitlerfaschistischen Ziele und die Welt von heute liegen zwar sternenweit auseinander, doch täuschen wir uns bitte nicht darin, daß solches Gedankengut manchem Gemüt in Chefetagen und an Stammtischen wieder salonfähig oder sogar erstrebenswert erscheint. Daher darf die Frage nicht verstummen, weshalb in Deutschland und anderswo sich Menschen wieder für derart menschenfeindliche Vorstellungen erwärmen und weshalb ihnen andere, alternative Orientierungen obsolet erscheinen. Daher muß die Frage gestellt werden, ob inmitten Europas erneut ein darauf bauendes Regime an die Macht gelangen könnte?

Vieles, allzu vieles deutet in den beunruhigenden aktuellen Erscheinungen auf die Richtigkeit des Bildes vom noch fruchtbaren „Schoß“. Mit diesem häufig zitierten Wort Bertolt Brechts verknüpfen sich erhellende Denkanstöße, aber ebenso banale Mißverständnisse. Fruchtbarkeit ist nicht schon Schwangerschaft. Zwischen beiden liegt ein Akt, der Zeugung heißt. Die deutsche Gesellschaft von heute und der Staat Bundesrepublik haben ihre Faschisten, aber sie gehen nicht mit der faschistischen Diktatur schwanger. Sie zu errichten, sind Randgruppen unfähig. Diese besitzen derzeit nicht die Kraft zu einem Putschversuch, können wohl aber den verschiedensten erkennbaren und undurchsichtigen Zwecken dienlich sein. Als sie und ihr Umfeld mit dem Beifall eines Teils der Bevölkerung gegen Ausländer mobilmachten, geriet die eben vergrößerte Bundesrepublik ins Zwielicht. Die vielberufene Übereinkunft gegen den Rechtsextremismus erwies sich als brüchig. Erst unter dem Zwang des Auslandes und demokratischer Kräfte der deutschen Gesellschaft wurde Wirklichkeit, was besorgte Bürger seit langem gefordert hatten: Ein Teil der Machtmittel des Staates wurde und wird von den Regierenden – wenngleich immer halbherzig – gegen neonazistische Organisationen eingesetzt.

Insofern irrt sich, wer mit dem Blick zurück in das Jahr 1945 allein oder vorrangig Antifaschismus als unmittelbare Aktion gegen neue Faschisten versteht. Es sind weniger die plump Sieg- und Heilrufenden, die Hitlers Stellvertreter Heß Verehrenden, die hakenkreuzähnliche Embleme und Fahnen mit sich führenden Gruppen, deren Aufmachung und Erscheinungsbild an die Hitler-Bewegung der frühen zwanziger Jahre erinnern, von denen die Bedrohung parlamentarisch-demokratischer Zustände hauptsächlich ausgeht. Sie sind der „Schoß“ nicht und auch nicht die Erzeuger. Wenngleich sie sich vielfach als solche gerieren, fehlt es ihnen bisher ebenso an Masseneinfluß wie an charismatischer Führerschaft. Jedoch: Welche Gewähr existiert, daß dies so bleibt? Ist wirklich undenkbar,

daß sich die deutsche politische Binnenszenerie während eines Jahrzehnts so verändern könnte, wie sie sich von 1928 bis 1933 wandelte, so daß auch die folgenden zwölf Jahre ermöglicht wurden?

Auch mit Hilfe geschichtlicher Erfahrungen läßt sich beurteilen, ob und wie in der gegenwärtigen Gesellschaft jene Krisen denkbar, angelegt oder existent sind, die antidemokratischen Programmen und Bewegungen die Sympathien einflußstarker Minderheiten sowie den Zulauf hilfe- oder rettungssuchender Massen eintragen können. Konservativer Rückruf in die Geschichte – so der bekannte Buchtitel des neokonservativen Geschichtsrevisionisten Karlheinz Weißmann – gerät leicht zum Rückfall auf überwunden geglaubte Positionen. Was 1985 Richard von Weizsäcker als rationale Akzeptanz des Befreiungs-Charakters von 1945 zu erkennen gab, verschwindet in den bedeutungsloseren Formulierungen seines Amtsnachfolgers, scheint sich aufzuheben im „unverkrampten~ Versuch, aufrechnend und überbetonend die Leidensgeschichte der Deutschen hervorzuheben. Eine Vielzahl gegenteiliger Absichtsbekundungen bleibt verbal. Es verblassen die Verbrechen, die zum Leiden auch der Deutschen führten.

Damit bin ich bei einem Punkt angelangt, mit dem ich schließen will, wohl wissend, daß zu vielen anderen noch viel gesagt werden müßte:

Die da mit militärischen Mitteln gegen die Aggressoren und für eine Welt ohne Krieg und Faschismus kämpfen, waren überall keine Engel, ebensowenig wie es die Widerständler in den deutschen Konzentrationslagern sein konnten. Terror und Krieg deformieren den Menschen. Hehre moralische Kriterien, formuliert im sicheren Port und 50 Jahre danach im Sinne einer finalistischen Geschichtsschreibung, gelten wenig für die Bewertung der tatsächlichen Geschichte.

Unmittelbar nach dem Krieg zeigte sich übrigens eine rasch wachsende Akzeptanz des negativen Urteils über das verbrecherische Wesen des Faschismus. Aus Untersuchungen geht hervor, daß der Nürnberger Prozeß etwa von 75 Prozent der Deutschen als notwendig und sinnvoll anerkannt worden ist, also auch von den meisten derer, die die Sieger als Besatzer und nicht als Befreier empfanden.

Selbstverständlich brachte der Zweite Weltkrieg, vor allem als er sich gegen das Land seiner Verursacher kehrte, auch den Deutschen unermeßliches Leid. Des Soldaten Weib, zuvor noch geschmückt mit seidenen Strümpfen und Spitzenschleiern, erhielt nun das Zeichen ihrer Witwenschaft, um noch ein anderes Bild Bertolt Brechts zu bemühen. Es erlebte jetzt selbst Hunger und Kälte, Flucht und Vertreibung, mußte sich in zerbombten Wohngebieten zurechtfinden und vielfach fühlen, was die braune Kriegsbarbarei an Haß auf die Faschisten – verallgemeinert auch auf die Deutschen – hervorgerufen hatte. Jeder Krieg fordert Opfer, unter Schuldigen ebenso wie unter Mitschuldigen und beteiligten Unschuldigen.

Es gehört zum humanistischen Selbstverständnis von Linken, daß solche Ausschreitungen der Sieger, von denen wir nun tagtäglich hören, nicht zu billigen sind; es gehört sich aber ebenso, sie verstehen und in die Geschichte einordnen zu wollen. Ursachen und Wirkungen dürfen nicht verwechselt werden. Dazu ist bereits viel gesagt und geschrieben worden; meines Erachtens ist schließlich ebenso die Tatsache hervorhebenswert, daß die Verfehlungen der Sieger in ihrer Gesamtheit doch wohl recht glimpflich verliefen. Sie kamen als Kriegsgegner, als Besatzungsmacht und als Befreiungskraft, sie verfuhrten keineswegs nach dem Motto „Auge um Auge“. Wer könnte denn heute wohl in der Lage sein, die eigenen Leiden zu beklagen, wäre Völkermord mit Völkermord, der rassistische Holocaust durch einen politischen vergolten, wäre auf deutschem Boden die Taktik der verbrannten Erde betrieben, wären die Deutschen in der Manier des deutschen Kriegsverbrechers Fritz Sauckel zur Zwangsarbeit in den mehr als 50 siegreichen Partnern der Antihitlerkoalition gezwungen worden? Wo aber das Urteilsvermögen nationalistisch getrübt ist, zieht erneut der Dunst des berüchtigten Kampfes gegen den „Schand“-Frieden von Versailles und die „Dolchstoßlegende“ auf. Seine verheerende Rolle für das Zerstörungswerk an der Weimarer Republik ist bekannt. Sie sollte sich nicht wiederholen können, in welcher Form auch immer.

Unser heutiges Wissen um die Schatten der Nachkriegsgeschichte, um unrühmliche Belastungen des legitimen Strebens, eine neue Gesellschaft ohne Krieg und Faschismus aufbauen zu wollen, kor-

rigiert selbstverständlich – so lückenhaft es immer noch sein mag – manche Vorstellung, die wir zur Vergangenheit und zu unserer Zukunft hatten. Ich bezweifle aber, daß mit dieser anderen Seite der Befreiung das Gegenteil von Befreiung stattfand. Etwas verallgemeinert: Ich bezweifle, daß sich der oft apostrophierte Fluch der bösen Tat nun grundsätzlich gegen die Weltverbesserung, gegen Gerechtigkeitsutopien und Menschlichkeitsforderungen, gegen eine Alternative zur kapitalbeherrschten Gesellschaft wenden muß. Wer solches will, wendet sich gegen jede produktive Nachdenklichkeit, die Besseres als das Bestehende bewirken möchte. Wer solches nicht will, begreift kaum, daß es die Wirklichkeit selbst ist, die den Traum von einer neuen Gesellschaft nicht vergehen läßt.

Die Frage „Befreiung wofür“ hat sich noch lange nicht erledigt, auch nicht mit der Wende von 1989/90. So offen wie der Weg vor 50 Jahren in die Zukunft gewesen ist, so offen ist er auch heute. In diesem Sinne hoffe ich auf unser gemeinsames Nachdenken über Geschichte und Gegenwart

50 Jahre danach – Der 8. Mai 1945 in den geistig-politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart. Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“ e. V. (Hrsg.), Potsdam 1995, S. 5-14.

Einführung

Bei Jahrestagen von historischem und politischem Gewicht bewegt das Faszinierende runder Zahlen Hirn und Herz, Verstand und Unverstand gleichermaßen. So sind wir also Zeugen und Beteiligte erbitterter geschichtspolitischer Auseinandersetzungen über alte, zugleich immer wieder neue Themen des 20. Jahrhunderts. So vielgestaltig und kompliziert wie die Geschichte war, so schwierig und konträr offenbart sich erneut der politische Umgang mit ihr. Darin bildet das für unsere Tagung gewählte Thema keine Ausnahme.

Gerade in Thüringen wie auch an seinem Beispiel, vor allem an der Zeit von April bis Juli des Jahres 1945, wird 50 Jahre danach viel gestritten. Ein Jahrzehnt nach der Rede Richard von Weizsäckers, mit der sich auch die ehemalige BRD offiziell zur Tatsache bekannte, 1945 befreit worden zu sein, bemühen sich viele, das gültig Gesagte rückgängig zu machen oder den Befreiungscharakter des 8. Mai mit nationalistischen Bannstrahlen zu belegen. Jedoch läßt sich heute noch keine Bilanz zur Debatte „Befreiung oder Niederlage“ ziehen; möglicherweise wird sie erst deutlich bei den kommenden 50. Jahrestagen, etwa der Bodenreform, der SED-Gründung, des Nürnberger Urteils u. a. m.

Wir werden um die großen Streitpunkte der Gegenwart keinen Bogen machen können. Wir wollen es auch nicht, wie ja bereits aus unserer Einladung und der Liste der Referenten hervorgeht. Ich bitte, es nicht als Zurücksetzung anderer zu empfinden, wenn ich hier besonders den stellvertretenden Kreisvorsitzenden der CSU Erlangen begrüße. Ihm und einer seiner Publikationen ist das griffige Thema unserer Tagung zu verdanken. Er kommt geradewegs von einer Demonstration, die PDS und CSU in seinem Heimatort gemeinsam zum 8. Mai durchgeführt haben. Vielleicht können wir auch hier jene eigentlich erforderliche Streitkultur praktizieren, die wir ansonsten im neuen einheitlichen und zugleich zerrissenen Land der Deutschen so arg vermissen. Sollte dies gelingen, wäre wohl ein Erfolg der Veranstaltung bereits gewährleistet.

Alte und strikt politische Entweder-Oder-Denkstrukturen und aus der Zeit des Kalten Krieges haben Schiffbruch erlitten – in Ost wie in West. Dogmatische Vereinfachungen und Schematisierungen erwiesen sich als unzulänglich, als unangemessen gegenüber der Vorkriegs-, der Kriegs- und der Nachkriegsgeschichte. Das hoffnungsweckende Finale des Kalten Krieges, der Zusammenbruch des Sozialismus in Europa und die Unfähigkeit der obsiegenden Gesellschaft in Sachen Gerechtigkeit und Menschlichkeit zwingen alle politisch agierenden Kräfte, erneut und immer weiter darüber nachzudenken, was denn 1945 für die Deutschen bedeutete und heute noch zu bedeuten hat. Brachte er ihnen vor fünf Jahrzehnten wirklich die Befreiung? Die vom Krieg gewiß, aber bereits auch die Freiheit? Brachte er auch die von einem Regime, das sich so viele der Deutschen gewünscht hatten, das ihre Mehrheit bis fünf Minuten nach zwölf zu unterstützen bereit war und das sie sich nicht selbst vom Halse schaffen konnten? Welchen Platz nahm und nimmt dieser Tag in der deutschen Geschichte ein? Hoben sich seine Vorgeschichte und sein Inhalt mit dem Zerfall des großen östlichen Partners der Antihitlerkoalition gleichsam von selbst auf? Müssen die negativen Momente der Nachkriegsgeschichte, müssen die Leiden der Deutschen nach dem verlorenen Krieg in die Charakteristik des 8. Mai 1945 einbezogen werden?

„Von Hitler zu Stalin“ – unter diesem Titel wurde in diesen Tagen in Gotha eine Ausstellung eröffnet. Besagt diese Formulierung, vom Faschismus habe der Weg zum Stalinismus geführt? Läßt sich unter letzterem die gesamte Geschichte der DDR subsumieren? Hat Thüringen eine Tragödie erlebt, als die kurze Zeit unterm Sternenbanner zu Ende ging? Gilt für Thüringen in besonderer Weise, daß der 8. Mai 1945 belanglos sei gegenüber dem Tag, an dem der letzte russische Soldat deutschen Boden verlassen habe¹, was der bekannte Historiker und Adenauer-Biograph Hans-Peter Schwarz jüngst von sich gab, als er den 1. September 1994 zum eigentlichen Befreiungstag erhoben sehen wollte?

¹ Zit. nach Werner Röhr: Deutschland und das Ende der Nachkriegszeit. In: Neues Deutschland, 11./12.2.1995, S. 10.

Zahlreich sind diese und andere notwendigerweise zu stellende Fragen, denen wir uns am heutigen Tage ebenfalls zuwenden wollen. Zahlreich leider auch die erneut vereinfachende Antworten. In ihnen offenbaren sich mitunter reine Umkehrungen und Thesen, denen früher ein positives statt eines negativen Vorzeichens verliehen wurde. Befreiung, so äußerte sich vor kurzen der Direktor des Münchener Instituts für Zeitgeschichte, habe es wohl gegeben, jedoch nur in Westdeutschland. Mich erinnert dies fatal an einseitige Thesen in der DDR, denen zufolge Befreiung allein durch die Rote Armee stattgefunden habe u. ä. m. Es mangelt an fundierten historischen Analysen, aber auch an dem Willen, der Geschichte gerecht zu werden. Stattdessen betreibt so mancher wieder einmal ein rein politisches Geschäft mit der Vergangenheit ...

Der Verlust einer Fortschrittsperspektive und die tiefe geistige Krise der Gegenwart führen zu verstärkter Anrufung der Geschichte sowie zur Suche nach neuer Identität. Für deren Bestimmung bieten konservative Kräfte – durchaus erfolgreich, wie ich meine – einen neudeutschen Nationalismus an. Das Nationale wird erneut zum paradigmatischen Maßstab erhoben. Einander bedingend gewinnen neues Großmachtdenken und eine wachsende Gewöhnung an den Gedanken, der Krieg sei ein als „Normal“-Zustand der menschlichen Gesellschaft, erneut an Einfluß. Beides aber kennen wir als wesentliche Wurzeln für die Entstehung und Entfaltung des deutschen Faschismus.

Den Ersten Weltkrieg beendete Deutschland bekanntlich sowohl mit einem Waffenstillstand als auch mit einer Revolution, bevor noch ein einziger Soldat der Entente kämpfend deutschen Boden betreten hatte. Zwischen der Befreiung der ersten deutschen Großstadt Aachen am 21. Oktober 1944 und der Kapitulation Berlins liegen die weitaus opferreichsten Monate der Deutschen im Zweiten Weltkrieg.

Trotz aller Belastungen zeichnet sich das Jahr 1945 durch die damals aufkeimenden Hoffnungen auf neues Leben aus, das aus den Ruinen erblühen sollte. Nie wieder Faschismus und Krieg, so lautete nicht allein der Schwur der Überlebenden von Buchenwald. Entschiedene Maßnahmen gegen sozialökonomische Wurzeln, gegen den „Schoß“ der braunen Barbarei standen auf dem Panier aller um Überwindung und Aufarbeitung der schrecklichen nationalsozialistischen Vergangenheit bemühter politischer Kräfte. Die nicht-faschistischen und antifaschistischen Normen prägten auch die neuen Internationalisierungsprozesse, denken wir etwa an die UNO-Charta oder an das Nürnberger Tribunal gegen die Hauptkriegsverbrecher. Doch auf nationaler wie auf internationaler Ebene blieben entscheidende Chancen eines tatsächlichen Neubeginns ungenutzt. Alle Vorstellungen vom Wofür erstickten im neuen Gegeneinander der Sieger und ihrer besetzten deutschen Zonen. So muß 1945 auch als eine charakteristische Zäsur für den Beginn eines weltweiten Polarisierungsprozesses gelten, in dem der multipolare Gegensatz von Faschismus und Antifaschismus, von Diktatur und Demokratie, von Unterdrückung und Freiheit durch eine auf den Gegensatz von Gesellschaftssystem und Supermächten eingeengte Bipolarität des Kalten Krieges und der Zweistaatlichkeit auf deutschem Boden ersetzt wurde. Mit 1945 verbindet sich daher ebenso die Enttäuschung, gebotene legitime Chancen vertan zu haben, und das Gefühl, nach einem halben Jahrhundert fast wieder dort angekommen zu sein, wo alles seinen Ausgangspunkt genommen hatte.

Unser heutiges Wissen um die Schatten der Nachkriegsgeschichte, um unrühmliche Belastungen des legitimen Strebens, eine neue Gesellschaft ohne Krieg und Faschismus aufbauen zu wollen, korrigiert selbstverständlich – so lückenhaft es immer noch sein mag – manche Vorstellung, die wir zur Vergangenheit und zu unserer Zukunft hatten. Wo aber unser neues Urteilsvermögen nationalistisch getrübt werden soll, zieht der Dunst des berüchtigten Kampfes gegen den „Schand“-Frieden von Versailles und der ihn begleitenden „Dolchstoßlegende“ auf Seine verheerende Rolle für das Zerstörungswerk an der Weimarer Republik ist bekannt. Sie sollte sich nicht wiederholen können, in welcher Form auch immer. Unser Wissen um die Nachkriegsverbrechen betrifft eine „andere“, bisher vielfach tabuisierte Seite der Befreiung. Auch wenn diese heute in den Vordergrund gestellt wird - für mich ergibt sich daraus kein Umkehrschluß, keine Möglichkeit zu sagen, mit dieser anderen Seite der Befreiung habe das Gegenteil von Befreiung stattgefunden.

Etwas verallgemeinert: Ich bezweifle, daß sich der oft apostrophierte Fluch der bösen Tat nun grundsätzlich gegen die Weltverbesserung, gegen Gerechtigkeitsutopien und Menschlichkeitsforderungen, gegen eine Alternative zur kapitalbeherrschten Gesellschaft wenden muß. Wer solches will, wendet sich gegen jede produktive Nachdenklichkeit, die Besseres als das Bestehende bewirken möchte, und gegen die Tatsache, daß es die Wirklichkeit selbst ist, die den Traum von einer neuen Gesellschaft nicht vergehen läßt. So offen wie der Weg vor 50 Jahren in die Zukunft gewesen ist, so offen ist er auch heute. In diesem Sinne hoffe ich auf unser gemeinsames Nachdenken über Geschichte, Gegenwart und Zukunft.

Vor 50 Jahren: Thüringen unterm Sternbanner. Schriften des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. Materialien eine Tagung, die am 20. Mai 1995 in Erfurt stattfand und vom Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Geschichte beim PDS-Landesvorstand Thüringen, dem Bildungsring Geschichte Erfurt e. V., dem Europäischen Kulturzentrum im Kulturbund für Europa, Sitz Thüringen sowie der Thüringischen Freundschaftsgesellschaft e. V. veranstaltet wurde. Jena 1995, S. 2-5.

Vorwort

Das Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. lud in den Novembertagen des Jahres 1995 – ein halbes Jahrhundert nach der Befreiung vom Faschismus und fünf Jahre nach erneut gravierenden Veränderungen an deutschen Universitäten – zur Diskussion eines Themas ein, das der gründlichen Debatte und eines sachlichen Umgangs mit der Geschichte großer gesellschaftlicher und hochschulpolitischer Umwälzungen bedarf.

Wie kaum ein anderes scheint es allerdings durch wissenschaftsfremde, parteiisch-egoistische Intentionen überlagert zu sein, wie kein anderes geeignet zur Instrumentalisierung durch jeweilige interessen-geleitete Ambitionen. Unter deren tarnendem Mantel stehen jedoch unzählige Fragen im Raum, die das gegenwärtig praktizierte Verhältnis von Politik und Wissenschaft betreffen, die den hehren und doch wohl unrealisierbaren Anspruch auf eine unpolitische Wissenschaft ebenso wie den häufig anzutreffenden Mißbrauch von Wissenschaft zugunsten von Politik berühren.

Das nunmehr seit fast vier Jahren existierende Jenaer Forum behandelte in der Zeit seines Bestehens zahlreiche und interessante Themen aus vielen Wissenschaftsgebieten, doch befand sich bisher noch keines darunter, das sich so eng und unmittelbar auch mit der jahrzehntelangen Tätigkeit vieler Mitglieder als Hochschullehrer und Universitätsverantwortliche verknüpfte. Unsere bisherige Zurückhaltung in wissenschafts- und hochschulpolitischen Belangen mag verständlich sein, wenn das Ausmaß der „Wende“ und ebenso die ungerechtfertigte, in vieler Hinsicht auch unrechtmäßige „Abwicklung“ in Rechnung gestellt werden. In irgendeiner Weise waren wir alle von einem Prozeß betroffen, der da „Evaluation“, „Aufarbeitung“ oder „Vergangenheitsbewältigung“ hieß, in der Regel jedoch kaum etwas anderes gewesen ist als ein Mittel der Umwälzung selbst.

In der Tagung sollte es um mehr gehen, als allein tatsächliche und vermeintliche Fehlentwicklungen analysieren und individuell verarbeiten zu wollen. Es wurde der Versuch gewagt, in anderer, in sinnvoller Weise zurückzuschauen, denn: Ein komplexes, wissenschaftliches Herangehen erscheint dringend geboten und auch möglich. Nicht allein der wachsende zeitliche Abstand, die Fülle der insgesamt zu berücksichtigenden Tatsachen sowie die neuerlich negativen Erfahrungen mit selektiven Betrachtungsweisen boten eine hinreichende Grundlage zu produktiver Debatte. Daß dieses auch über politische Lager hinweg und ohne subjektiv färbende Rechtfertigungszwänge möglich ist, bewies die Diskussion, zu der sich annähernd 50 Wissenschaftler zusammenfanden. Allerdings blieb die an den Rektor sowie an alle Dekane der Friedrich-Schiller-Universität ergangene Einladung zur Tagung ungenutzt, auch dies letztlich wohl ein Ausweis für die Aktualität des Tagungsthemas.

Der im Vorfeld der Tagung von Manchem vielleicht erwartete Ost-West-Zwist blieb weitgehend ausgespart (obwohl in den Beiträgen und Diskussionsrunden der Konferenz viele teils sehr bittere persönliche Erfahrungen mit der rigiden Anpassung der DDR-Hochschule an den bundesdeutschen Wissenschaftsbetrieb zur Sprache gekommen waren). Die von Prof. Dr. Reinhard Kühnl und Torsten Bultmann vertretenen Konzepte des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) fordern eine dringende Effektivierung und Demokratisierung der bundesdeutschen Hochschule, charakterisieren die Wege der „Hochschulerneuerung“ im Osten als völlig verfehlt und waren damit nahezu deckungsgleich mit den Erfahrungen der ostdeutschen Wissenschaftler. Zum anderen war der Hannoveraner Prof. Dr. Manfred Heinemann (Hannover), ab 1990 mit der Abwicklung ostdeutscher universitärer Einrichtungen beschäftigt, um moderate Töne bemüht, wich politischen Zuspitzungen weitgehend aus und griff dafür auf Erklärungsmuster zurück, die von spezifischen soziologischen Besonderheiten der Akademikerschicht ausgehen (als deren besonders prägnante Ausprägung ihm der „deutsche Professor“ gilt). Die Verantwortung von Wissenschaft und Wissenschaftlern für die menschenwürdige Zukunft der Gesellschaft ist das Problem, das mehr und mehr hinter hektischen Debatten um höhere Studentenzahlen, Stellen, Drittmittel usw. zu verschwinden droht, eine Tendenz, die jede beliebige Tagesgeschäftigkeit die eigentlich erforderliche langfristige Sicht ersetzen läßt. Teilnehmer der Tagung und interessierte Gäste trafen am Abend des ersten Konferenztages zu einer von dem Philosophen Prof. Dr. Helmut Korch (Jena)

moderierten Podiumsdiskussion um die Verantwortung des Wissenschaftlers zusammen. Wissenschaftshistorische, -theoretische, -politische und -ethische Fragestellungen waren hier nahezu unauflösbar verflochten. Um differenzierten Zugang zu dem alten und offenbar jederzeit brennend aktuellen Gegenstand bemühten sich auf dem Podium der Historiker Prof. Dr. Werner Bramke (Leipzig), Mitglied der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag, der Philosoph Prof. Dr. Ludwig Elm (Jena), Mitglied und wissenschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsgruppe der PDS, der Theologe Prof. Dr. Heinrich Fink (Berlin), vormals Rektor der Humboldt-Universität sowie die bereits erwähnten Prof. Dr. Manfred Heinemann, Historiker und Erziehungswissenschaftler (Hannover) und Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Historiker und Politikwissenschaftler aus Marburg, langjähriger Vorsitzender des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi).

Vielfältige eigene Erfahrung bei der Wahrnehmung von Verantwortung rührte bei den Protagonisten der Diskussion daraus, daß jeder von ihnen als Hochschullehrer, also als Forschender und Lehrender in einer Person Verantwortung getragen hat bzw. noch trägt für institutionalisierte Formen der Wissenschaft in der DDR und der BRD vor und nach 1990. Darüber hinaus einte die auf dem Podium Sitzenden die Tatsache, daß sie sich in der einen oder anderen Form auch als Träger einer politischen Verantwortung verstehen, anders ausgedrückt: für wissenschaftspolitische Weichenstellungen Verantwortung tragen.

Die Veranstalter hatten nicht verhehlt, daß sie die Notwendigkeit der Tagung insbesondere aus den Defiziten der gegenwärtig offiziellen Wissenschafts- und Hochschulpolitik ableiten. Sicher sind jedem unzählige Klagen geläufig; so die über ein „Totsparen“ der Universitäten, von dem die FAZ am 8. Mai 1995 schrieb, so die über das „Verschleudern und Verschludern“ geistiger Potentiale, über „Mittelmaß und Anpassung“ als Ergebnis der Übertragung von „Wissenschaftsruinen“ des Westens auf den Osten, die Dieter Simon in „Die Zeit“ vom 7. April 1995 von sich gab und was die Redaktion zur Titelei veranlaßte: „Ein Mittäter zieht Bilanz“, so die Feststellung eines Vertreters der GEW, daß die Universitäten heutzutage kein Ort des politischen und sozialen Diskurses mehr seien.

Defizite sind leider ebenso in den hochschul- und wissenschaftspolitischen Vorstellungen linker Parteien, Verbände und Vereine erkennbar. Dies verändern zu helfen und gegen die Hegemonie konservativer Geister anzugehen, gehörte auch zum Anliegen der Tagung, gehört zur Verantwortung aktiver Wissenschaftler – gleich ob in Amt und Würden oder im erzwungenen Ruhestand. Die Teilnahme der Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Ludwig Elm (PDS) und Dr. Edelbert Richter (SPD), beide aktiv gerade auf hochschul- und wissenschaftspolitischem Gebiet, deutete an, daß alternatives – hier wissenschaftspolitisches – Nachdenken nicht an parteipolitischen Scheuklappen scheitern darf.

Wer den vielzitierten Anspruch von Pluralität in Lehre und Forschung ernst nimmt, der sollte – auch unabhängig von seinem politischen Engagement – die tatsächlichen inhaltlichen Probleme von Wissenschaften und Hohen Schulen diskutieren wollen. So setzten die Diskussionsteilnehmer auf der Tagung neuerlich bemühten Beschwörungsformeln und Legenden zu den „Erfolgen“ der Erneuerung oder über eine nun tatsächlich gewonnene Freiheit der Wissenschaft den kritischen Blick auf die alles andere als erfreulich oder gar zukunftsorientiert zu nennende Lage der Universitäten und das Bemühen um Alternativen entgegen, wovon die nachstehenden Beiträge zeugen.

Universität im Zwiespalt von Geist und Macht. Zu Ergebnissen und Erfahrungen der hochschulpolitischen Umbrüche in Deutschland von 1945 bis 1989/90. Schriftenreihe des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena, 1996, S. 7-10.

„... da ist ein guter Stahlhelm und die Faust das beste Mittel“

Zu den Ursachen und den Entwicklungstendenzen des rechtsextremistischen Terrors nach dem Ersten Weltkrieg

In der bisherigen Geschichte der Menschheit gab es unzählige Varianten politischer Herrschaftssysteme. Von Land zu Land sowie von Periode zu Periode unterschieden sich die einzelnen Regierungsformen, der Staatsaufbau, die Gestaltung des Machtapparates, das Erscheinungsbild der jeweiligen staatlichen Institutionen oder der Parteien und Verbände. Politische Machtverhältnisse existierten selbst dort in einer außerordentlich „bunten“ Formenverschiedenheit, wo sie auf einer gleichen ökonomischen Basis beruhten. In allen Regimen entäußerte sich jedoch stets Gewalt, die – häufig genug – auch als Tenor in Erscheinung trat.

Vor allem in dieser Hinsicht erhob sich der deutsche Faschismus zu einer der skrupellosesten, verbrecherischsten und folgenreichsten Herrschaftsformen unseres Jahrhunderts. Völlig richtig ist das Regime, das in Deutschland am 30. Januar 1933 errichtet und am 8. Mai 1945 von den Streitkräften der Antihitlerkoalition militärisch zerschlagen wurde, als eine „offene terroristische Diktatur“ sowie als ein „Regierungssystem des politischen Banditentums“ und des staatlich organisierten Verbrechens zu bezeichnen. Zahlreichen daraus resultierenden Problemfeldern ist bisher leider zu wenig nachgegangen worden. Das gilt u. a. auch für die folgenden Fragen:

- Was unterscheidet den faschistischen Tenor von der politischen Gewalt, wie sie in jedem Herrschaftssystem ausgeübt wird? Lassen sich die Unterschiede allein anhand der Kriterien Quantität und Intensität erfassen?
- Wo sind die sozialökonomischen Quellen und weitere politische, ideologische, rechtliche, geistig-moralische und auch psychologische Wurzeln des Terrors der NSDAP zu suchen?
- Wie bildete sich der faschistische Tenor nach dem Ersten Weltkrieg heraus?
- War schon von 1933 zu erkennen, daß die NSDAP nach einer offenen terroristischen Diktatur strebte? War zu erkennen, welche schlimmen Folgen dieser Terrorismus für das deutsche Volk und für viele andere Völker mit sich bringen würde?

Die letzte Frage läßt sich im Unterschied zu den anderen relativ leicht beantworten. Wir kennen aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine Fülle von grundsätzlichen Absagen an den Tenor als einem untauglichen Mittel des eigenen Kampfes und der eigenen Propaganda. (Siehe z. B. Gründungsparteitag der KPD).

Das Problem von Gewalt und Terror spielt im offiziellen historisch-politischen Denken unserer Zeit – weitgehend von der Totalitarismus-Theorie dominiert – eine entscheidende Rolle. In ihrem Kontext findet sich die allgemeine These von der „Bestie Mensch“, welche das Problem anthropologisiert und aus allen gesellschaftlichen Bezügen löst. Noch stärker wird jedoch die Realität durch die Auffassung verschleiert, der Faschismus und seine Barbarei seien vor allem als eine Antwort auf die russische Revolution von 1917 und den Terror von „links“ zu verstehen. (Dazu Louis Begley in „Der Spiegel“). In fast allen konservativen Wortmeldungen zur Debatte um den 50. Jahrestag der Befreiung waren solche Auffassungen zu erkennen. Die sozialökonomischen Grundlagen und die Folgen des Ersten Weltkrieges, die zentralen Quellen des faschistischen Terrors, blieben außerhalb der Betrachtungen. Im Gegensatz dazu hebt der folgende Beitrag des Jenaer Historikers Prof. Dr. Manfred Weißbecker, der bereits 1989/90 entstand und damals nicht veröffentlicht wurde, die Rolle der Kriege für den Terrorismus im 20. Jahrhundert hervor und geht einigen Fragen zum Verhältnis von rechtem und linkem Terror anhand der Geschichte der NSDAP nach.

In vielen Reden und Schriften, Briefen und Dokumenten ist seit 1918 auf die drohenden Gefahren von rechts hingewiesen worden, mit terroristischen Mitteln die Novemberrevolution wieder rückgängig zu machen. Dafür sollen hier lediglich zwei Beispiele angeführt werden. Das erste stammt aus der deutschen Sozialdemokratie. Eduard Bernstein schrieb am 26. Juli 1924 einen in dieser Hinsicht besonders aufschlußreichen Brief an Karl Kautsky. Dabei stand er offensichtlich unter dem Eindruck der kurz zuvor stattgefundenen Wahlen, bei denen fast zwei Millionen Wähler für die Ersatzorganisationen bzw. für die Partner der offiziell verbotenen NSDAP votiert hatten. „Wir gehen dem Staatsstreich der Nationalisten entgegen ... Bekommen sie auch nur zeitweilig das Heft in

die Hand, dann gibt es, das ist sicher, einen Terrorismus, wie ihn sich die meisten nicht träumen lassen. Kapp war ein Doktrinär, die aber diesmal obenauf kommen, sind skrupellose, brutale Schurken.“ (Zitiert nach H. A. Winkler in „Die Zeit“ vom 17. März 1989).

„Von allen Massenmördern, die unser Jahrhundert mit Blut getränkt haben, mordeten nur jene des Dritten Reiches als Vertreter einer anerkannten Staatspolitik. Niemals sonst war die Verfolgung und Vernichtung eines Volkes bürokratischer Regierungsalltag. Wer nicht einsehen kann, daß ein qualitativer Unterschied besteht zwischen den Vorgängen in den deutschen Konzentrationslagern – mit ihren Gaskammern und Krematorien, ihren vielfältigen Nebenaktivitäten: sammeln von Frauenhaar und von Goldzähnen, die man aus Leichen ausbrach, Herstellung von Leder aus Menschenhaut – und anderen scheußlichen Verbrechen wie den Massakern an den Armeniern, begangen von türkischen Mobs und veranlaßt von türkischen Behörden, oder der brutalen Behandlung von Gefangenen in den Gulags, der muß moralisch blind sein.“ Louis Begley in „Der Spiegel“ 23/95

Eine Analyse der Äußerungen aller Führer der NSDAP und vor allem des Buches „Mein Kampf“ belegt ausreichend, wie im eigenen Terror ein Allheilmittel gegen die „jüdisch-bolschewistische“ Revolution, gegen alle Teile der Arbeiterbewegung, gegen die „unzuverlässigen“ Pazifisten und gegen die „schlappen“ Demokraten gesehen worden ist.

Am 6. April 1920, wenige Wochen nach dem gescheiterten Kapp-Putsch, verkündete Hitler seine „unerbittliche Entschlossenheit, das Übel an der Wurzel zu packen und mit Stumpf und Stiel auszurotten. Um unser Ziel zu erreichen, muß uns jedes Mittel recht sein, selbst wenn wir uns mit dem Teufel verbinden müßten“.

Das zweite Beispiel wähle ich aus dem Programm der KPD, das von Rosa Luxemburg formuliert und vom Gründungsparteitag am 31. Dezember 1918 bestätigt worden ist. Fast könnte man sagen, Rosa Luxemburg habe geahnt, was der Faschismus, von dem sie damals noch nichts wissen konnte, später einmal im einzelnen für das deutsche Volk bedeuten würde: „Alle herrschenden Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen. Die römischen Patrizier wie die mittelalterlichen Feudalbarone, die englischen Kavaliere wie die amerikanischen Sklavenhändler, die walachischen Bojaren wie die Lyoner Seidenfabrikanten – sie haben alle Ströme von Blut vergossen, sie sind über Leichen, Mord und Brand geschritten, sie haben Bürgerkrieg und Landesverrat angestiftet, um ihre Vorrechte und ihre Macht zu verteidigen. Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Sproß der Ausbeuterklasse die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkrieg an den Tag gelegt hat. Sie wird Himmel und Hölle gegen das Proletariat in Bewegung setzen. [...] Sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln als freiwillig die Lohnsklaverei preisgeben.“

Ihren Terror bot die NSDAP zunächst in Gestalt rücksichtsloser Gewaltanwendung in ihren eigenen Organisationen und Versammlungen auf. Er richtete sich gegen Personen, die kritische Fragen stellten oder andere Meinungen zum Ausdruck brachten. Nach dem ersten Weltkrieg zeigte sich eigentlich in allen politischen Auseinandersetzungen eine gegenüber früheren Zeiten gewachsene kämpferische Militanz und Intoleranz. Traditionelle humanistische Werte der bürgerlichen Gesellschaft schienen generell außer Kraft gesetzt zu sein. Der Kriegszustand bewirkte auch über den Krieg hinaus eine Entmenslichung des alltäglichen Lebens. In ihm wurden Leben und Tod von vielen Menschen geringschätzig behandelt. Es wuchs die Gewöhnung an das scheinbar Unvermeidliche, das man vier Jahre lang Tag für Tag erlebt hatte. Gleichzeitig traten eine Idealisierung des Opfers und der Kult um die gefallenen Krieger in den Vordergrund. Insofern ist George L. Mosse völlig zuzustimmen, wenn er für die damalige Zeit von einer allgemeinen „Brutalisierung der Politik“ spricht und erklärt: „Der Krieg wurde zum Bestimmungselement für das normale Leben ...“

Mit Recht betont Mosse jedoch gleichzeitig, daß es nicht nur eine allgemeine „Brutalisierung der Politik“ gegeben habe, sondern daß dies gerade bei den rechten Parteien von der Deutschnationalen Volkspartei bis zur NSDAP festzustellen sei. Nach seiner Auffassung sind diese Parteien geradezu „das zwingendste Beispiel für den Prozeß der Brutalisierung und der Einbeziehung des Krieges in das alltägliche Leben“ gewesen. Ebenso wie Mosse betont auch Karl Dietrich Bracher die Tatsache, daß die „demonstrativsten Akte der Gewalt und der Philosophien des Terrors... aus dem nationalistischen Rechtsextremismus“ kamen. Im Grunde rückt er auch von seiner allgemeinen totalitarismustheoretischen Sicht ab, wenn er schreibt: „Es war das nationalistisch oder militaristisch motivierte

und ideologisierte Gewaltdenken, das den Kampf gegen Rechtsstaat und Demokratie in der Weimarer Republik antrieb: Ihr Fanal waren die Morde am radikalen politischen Gegner, an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (15.1.1919), aber auch an den Repräsentanten des demokratischen Systems – an Matthias Erzberger (26.8.1921) und Walther Rathenau (24.6.1922).“ Von Anfang an spielte auch das Ziel eine große Rolle, bereits gewonnene Mitglieder daran zu hindern, die NSDAP wieder zu verlassen.

Wer auch immer davon betroffen sein mochte – Arbeiter, Juden oder eigene Anhänger –, der NSDAP-Terror zielte stets bis zur allerletzten Stufe der Gewaltanwendung. 1922 formulierte die Hauptgeschäftsstelle der NSDAP in einer Anweisung an die Ortsgruppen, daß „Ruhestörer“ in den Versammlungen so „mit Brachialgewalt ... zu behandeln“ sind, daß ihnen die Lust dazu „ein für alle Mal vergeht“.

Über die wachsende Verwendung von Gewalt als Mittel der deutschen Rechten zu ihren jeweiligen politischen Zwecken hinaus geriet die Gewalttätigkeit der NSDAP dieser Partei zum eigentlichen Ziel und Grundsatz. Diese Tatsache wurde zugleich zynisch gerechtfertigt und demagogisch verbrämt. Am 25. März 1923 erklärte Hitler bei einer Veranstaltung der SA, der ersten parteipolitischen Terrororganisation, die es in Deutschland überhaupt gab und die eine neue Entwicklungsstufe gegenüber den zahlreichen Freikorps, Einwohnerwehren und sonstigen paramilitärischen Bürgerkriegsgarden darstellte: „Alles, was den jungen Leuten heute gelernt wird (so im Original), Bildung, Anstandslehre usw., ist dummes Zeug, wir brauchen heute ein tüchtiges nationalgesinntes Volk, um den Kampf gegen den inneren Feind siegreich aufnehmen zu können. Die Waffe des jungen Deutschen soll die Faust sein und nicht die Zunge. Das Reden wollen sie gereiften Männern, die mindestens über 30 Jahre alt sind, überlassen. Es wird bald eine Zeit kommen, in welcher die Parteikämpfe nicht mehr mit der Zunge, sondern mit der Faust geführt werden.“ Gegen die „Novemberverbrecher“ – so bezeichnete er grundsätzlich diejenigen, die im November 1918 die Monarchie gestürzt und der Weimarer Republik zum Leben verholfen hatten – dürfte es „keine gedämpfte Vornehmheit, keine Kompromisse, keine Fleißzettel der Hochanständigkeit“ geben. „Wo die geschliffenste Rede nichts mehr ausrichtet, da ist ein guter Stahlhelm und die Faust das beste Mittel.“

Fragen wir nun nach den sozialen Quellen und geistigen Wurzeln der frühen faschistischen Gewalttätigkeit. Auch dabei ist als erstes wieder an den Krieg zu erinnern, der einen regelrechten Rausch von Barbarei und unmenschlicher Bereitschaft zum Massenmord hervorgebracht hat. Die Niederlage Deutschlands entzog schließlich vielen professionellen Militärs und zahlreichen jungen Menschen, die nichts anderes als das Kriegshandwerk verstanden, fast jegliche soziale Existenzgrundlage und Status-Sicherheit.

Mit besonderem Maß wandten sich diese Kreise gegen jene, die in ihren Augen schuldig waren am militärischen Debakel und an der Revolution. So fand das Potential der Konterrevolution 1919/20 reichlich Nahrung: sozial entwurzelte Offiziere, von Arbeitslosigkeit bedrohte Soldaten, Teile der Studentenschaft, stockreaktionäre Abenteurer und arbeitsscheue Landsknechte waren nur allzu gern bereit, ihren eigenen Unterhalt und Lebenssinn auf Gedeih und Verderb mit dem des deutschen Militarismus zu verknüpfen. Sie sogen begierig das in sich auf, was ihnen von extrem reaktionären Kräften suggeriert wurde: „Kampf bis aufs Messer“ gegenüber allen revolutionären Organisationen und Persönlichkeiten forderte beispielsweise der gemeinsam mit Wolfgang Kapp putschende General Walther von Lüttwitz im März 1920. Der einflußreiche Großindustrielle Hugo Stinnes hatte wenige Wochen vorher erklärt, es sei „das Zeichen einer wahren Demokratie, daß sie in Zeiten der Todesgefahr ihren Diktator findet ... Wenn Deutschland anders handelt in der heutigen Lebensgefahr, wird es kaum wiederhochkommen.“ Von der Reichsregierung forderte er: „Es muß gehandelt, nicht verhandelt werden.“

Das gewalttätige Handeln gegen die deutsche Revolution von 1918/19 gebar den faschistischen Tenor. Dieser war ferner ein Ergebnis der politischen Wende nach rechts, die sich im Sommer 1920 nach dem Kapp-Putsch sowie im Zusammenhang mit den Reichstagswahlen vom 6. Juni vollzog. In der politischen Organisiertheit der Bourgeoisie verbreiteten und festigten sich die Rechtskräfte.

Auch die offizielle Rechtsprechung der deutschen Justiz förderte den neuen Terrorismus. Ihre Rechtslastigkeit ist vielfach analysiert, beschrieben und in bitterer Satire dargestellt worden. Der bekannte Sozialdemokrat, Pazifist und Antifaschist Emil Julius Gumbel hat für die Jahre 1919 bis 1921 aus den damals zur Verfügung stehenden Quellen berechnet, daß 314 politische Morde von rechtsextremen Kräften an Arbeitern und linken Politikern begangen wurden. Die Mörder, sofern überhaupt gegen sie ermittelt und verhandelt worden ist, wurden einmal mit einer lebenslänglichen Haftstrafe, ansonsten mit insgesamt 31 Jahren und 3 Monaten Gefängnis bestraft. Demgegenüber verhängten deutsche Richter für 13 politische Mordtaten, die von linken Kräften begangen worden sind, 8 Todesurteile sowie 176 Jahre und 10 Monate Gefängnis. (Emil Julius Gumbel: „Zwei Jahre Mord“, Berlin 1921).

„Die von uns dargestellten politischen Morde sind nur ein Teilausschnitt aus einem umfangreichen Gebiet. Schon die tatsächliche Häufigkeit der Morde ist viel größer. Dazu kommen Hunderte von Leicht- und Schwerverletzten, die Zerstörungen von Versammlungslokalen, die täglichen Schlägereien, die Bedrohungen, unter denen wir alle leiden. In diesen Bluttaten offenbart der Faschismus sein wahres Gesicht. Er zeigt dem deutschen Volk die Methoden, deren er sich bedienen wird, wenn er zur Macht kommen sollte.“ aus: Laßt Köpfe rollen. Faschistische Morde 1924-1931. Im Auftrage der Deutschen Liga für Menschenrechte e. V. dargestellt von E. J. Gumbel, Berlin 1921

1930 gab es 77, 1931 bereits 114 und 1932 sogar 219 Opfer des faschistischen Mordterrors.

Kurt Pätzold: Sturm-Abteilung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (SA). In: Lexikon zur Parteigeschichte, Bd. 4, Leipzig 1986, S. 162.

Die von Gumbel überlieferten Zahlen machen noch etwas anderes deutlich. Sie beweisen, daß es sich um eine offensichtliche und bewußte Irreführung handelte, wenn der Terror von rechts mit der Notwendigkeit einer Abwehr des „roten Terrors“ begründet wurde. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Die Novemberrevolution vollzog sich nämlich zunächst außerordentlich gewaltarm. Blut begann in größerem Maße zu fließen, als am 7. Dezember ein erster Putschversuch gegen die Revolution stattfand und als die berüchtigten Plakate gegen die Spartakusgruppe auftauchten: „Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht! Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben!“ Als konterrevolutionäre Truppen den sogenannten Weihnachtsputsch gegen die Volksmarinedivision organisierten und sich diese im Berliner Marstall verteidigte, gab es 67 Tote. Darunter befanden sich 11 Matrosen und 56 Angehörige der gegen sie eingesetzten Soldaten.

Beide Putschaktionen bildeten ein Fanal für die nunmehr beginnenden und sich rasch verstärkenden bewaffneten Auseinandersetzungen. In ihrem Verlauf sind bis zum Mai 1919 Tausende von Arbeitern brutal ermordet worden, die meisten in Berlin nach dem Generalstreik von Anfang März und in Bayern nach der Münchener Räterepublik vom Ende April. (Bis heute sind genaue Zahlen nicht ermittelt). Das Schreckgespenst des „roten Terrors“ – von Hitler und den anderen Führern der NSDAP immer und immer wieder beschworen – war in dieser Zeit wie auch danach weitgehend eine Erfindung derjenigen, die selbst kein anderes Mittel als das des Terrors kannten, um ihre Ziele – sowohl real als auch präventiv – gegen die Revolution, gegen die junge Weimarer Republik durchsetzen zu können.

Fragen wir nun nach dem Entwicklungsprozeß des Terrors in der Geschichte der NSDAP während der Weimarer Republik. Tatsächlich wurden politische Gewalt und Tenor von ihr in unterschiedlicher Intensität angewandt. Dennoch waren sie für die NSDAP stets ein konstitutiver und ein immanently wirksamer Faktor. In jeder Etappe bildeten sich auch weitere Funktionsbereiche und neue Bestandteile des faschistischen Terrors heraus. Zweifellos handelte es sich beim Hitlerputsch vom 8./9. November 1923 um einen seiner ersten Höhepunkte.

Insbesondere in den letzten Jahren der Weimarer Republik verstärkte die NSDAP ihren Tenor, und dies sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht. Im Jahre 1930 forderte er fast ebenso viele Todesopfer wie in den Jahren 1924 bis 1929 zusammen, wobei sich die Zahlen der politischen Morde 1931 und 1932 jeweils verdoppelten. (Siehe Marginalie [vorherige Seite]).

Das 1933 errichtete Herrschaftssystem, der zweite Weltkrieg, der Holocaust und die 1944/45 ebenfalls beabsichtigte Preisgabe der Lebensgrundlagen des deutschen Volkes standen am Ende einer

langen und hier nicht im einzelnen darzustellenden Kette des Terrors. Auch zu ihrer eigenen Befestigung und zu ihrer legitimatorischen Rechtfertigung bedurfte diese Kette immer neuer, immer stärkerer und immer barbarischer Glieder. Ich denke vor allem an den Ausbau des KZ-Systems, an den 30. Juni 1934, an den Aufstieg der SS, an die Konzentration des Terrorapparates im Reichssicherheitshauptamt und nicht zuletzt an die „Aktion Gitter“ nach dem 20. Juli 1944. Es wäre durchaus angebracht, für die gesamte Geschichte der NSDAP von 1919 bis 1945 von einem Prozeß des ständigen Expandierens und einer ununterbrochenen Brutalisierung des Nazi-Terrors zu sprechen.

Jene Autoren und Politiker, die den faschistischen und den stalinistischen Tenor gleichsetzen, lassen auch deren unterschiedliche Entwicklungslinien außer Betracht. Es schwächt jedoch die notwendige Kritik am Stalinismus keineswegs ab, wenn darauf verwiesen wird, daß er den Terror vor allem in der Phase seiner Durchsetzung praktizierte und sich der Sozialismus von diesem mehr und mehr löste – bis hin zur „friedlichen“ Reaktion auf die „Wende“-Ereignisse.

Obwohl sich diese Steigerung des faschistischen Terrors keineswegs linear vollzog und das quantitative Ausmaß der einzelnen terroristischen Aktionen unterschiedlich war, kann weder von Diskontinuität, von Wandel oder von irgendeiner „Normalität“ (Sebastian Haffner) des Terrors der NSDAP gesprochen werden.

Diese Erkenntnis erhärtet andere, bereits vielfach gezogene Lehren, die uns die Geschichte der NSDAP vermittelt: Jede antifaschistische Strategie muß auch auf die Wurzeln des Faschismus zielen – im Hinblick auf das Thema dieses Beitrages also vor allem auf die eines vorrangigen Denkens in militärischen Kategorien, auf die des Militarismus und der aus Kriegen erwachsende Bereitschaft zu einer terroristischen Lösung aller politischen Konflikte. Sie muß möglichst allen Anfängen wehren und darf faschistischen Terror keinerlei Erfolg einräumen. Das bedeutet auch, ihn in keiner Situation zu unterschätzen, soll er nicht doch seinen Zweck erreichen können.

antifa, November 1995, S. 17-20.

Die Religion der Rechten

Jene Zeit, in der es deutsche Antifaschisten für angebracht hielten, die nationalsozialistische Ideologie oder andere völkische Lehren eher zu belächeln denn gründlich zu analysieren – was zu einer Unterschätzung von deren Wirkungskraft führte – ist seit vielen Jahrzehnten vorbei. Dennoch scheint hinsichtlich des Themas der vorliegenden Broschüre „Die Religion der Rechten“ nach wie vor die Ausnahme von der Regel zu bestehen. Daß über völkische Religionsgemeinschaften – abgesehen vielleicht von der Ludendorff-Bewegung – wenig bekannt ist, liegt offensichtlich nicht allein an der schwierigen Quellenlage.

Die beiden Verfasserinnen betrachten die seit etwa 100 Jahren existierende völkische Religion als ein ernstzunehmendes Phänomen. Es beruhe auf „naturhaften“ Kategorien wie Volk, Rasse und Art, fasse rechte Ideologeme zusammen und verstärke diese vielfach. Nach ihrer Auffassung erfahre die nationalistische, rassistische und antisemitische Bewußtseinslage in der Gesellschaft durch die Glaubenssätze völkisch-religiöser Gemeinschaften sogar „eine Zuspitzung“. Ihr Zulauf korrespondiere mit dem der politischen rechtsextremen Gruppen, wobei sich ihre Anziehungskraft vornehmlich in jenen Kreisen der Bevölkerung auswirke, die „ohnehin zu einer konservativen bis politisch rechten Weltsicht neigen.“ (S. 4)

Im ersten Teil untersucht Insa Eschebach die wechselvolle Geschichte, vor allem aber wesentliche Strukturmerkmale der völkischen Religion. Letztere sieht sie in Bildern des intakten Ursprungs, der Fremdherrschaft, des Heils, der unheilvollen Gegenwart sowie in einer Reihe von Heilsgewißheiten. Im zweiten Teil legt Elke Thye Dossiers über einige der in der Gegenwart aktiven völkischen Glaubensgemeinschaften vor. Der Leser erfährt hier aufschlußreiche Details über solche Kreise wie, Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stämme Europas, Armanenschaft (bestehend aus dem Armanen-Orden und der Guido-von-List-Gesellschaft), Artgemeinschaft, Asgard-Bund, Bund Deutscher Unitarier, Bund für Götterkenntnis (Ludendorff).

Beide Autorinnen stützen sich auf die erreichbaren Bekenntnisschriften und Programme (z.B. die aus der Feder von Norbert Seibertz und Wilhelm Kusserow, die in der 1927 gegründeten Nordischen Glaubensgemeinschaft führend waren) sowie auf Ergebnisse der bisher von Haack, Schnurbein, Weißmann u. a. vorgelegten Untersuchungen. Sorgfältig belegen sie ihre Angaben in einer Vielzahl von Anmerkungen. Allerdings fällt auf, daß sie keine Materialien benutzt haben, die doch wohl in den Archiven des Bundesamtes für Verfassungsschutz bzw. des Bundesinnenministeriums vermutet werden sollten.

Insa Eschebach/Elke Thye: Die Religion der Rechten. Völkische Religionsgemeinschaften. Aktualität und Geschichte. Reihe Humanismus aktuell. Hrsg. von Werner Schultz im Auftrag des Humanistischen Verbandes Deutschlands, Humanitas Verlag Dortmund 1995, 74.

antifa, November 1995, S. 28.

Wertvolle Forschungsgrundlage

Im wahrsten Sinne des Wortes: Es gilt hier, ein gewichtiges Werk anzuzeigen! Nach mehrjähriger intensiver Arbeit liegt eine detailliert gegliederte, leicht zu benutzende Bibliographie vor, die ihr Verfasser bescheiden als „wissenschaftliche Zwischenbilanz“ theoretischer und empirischer Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus bezeichnet. Von den rund 20.300 Literaturangaben entfällt die Hälfte auf Monographie, ca. 6300 auf Beiträge aus Sammelwerken und die restlichen auf Zeitschriften- und Zeitungsartikel. Erfasst wurden mehr als 500 Zeitschriften der deutsch-, englisch- und französischsprachigen Nachkriegsliteratur vorwiegend aus den letzten fünfzehn Jahren. Der Teil A enthält etwa 3000 Angaben zur Geschichte des Nationalsozialismus bis 1932/33 (was sicher nicht dem tatsächlichen Stand entspricht, könnte doch allein zur Geschichte der Weimarer Republik ein ebenso umfangreicher Band erarbeitet werden). Der umfangreichste Teil B behandelt den Nationalsozialismus an der Macht (unter Ausklammerung der Literatur zur militärischen Seite des Zweiten Weltkrieges), und der dritte Teil nennt ungefähr 2000 Titel zu den Themen „Deutschland und die NS-Vergangenheit“ und „Rechtsextremismus in Deutschland seit 1945“. Dem Widerstand gegen Diktatur und Krieg sind vor allem im zweiten Teil umfangreiche Abschnitte gewidmet.

Da selbst ein so umfangreiches Buch nicht alles erfassen kann, was seit 1945 bis in den Herbst 1994 zum Thema publiziert worden ist, sucht der Benutzer natürlich zu erfahren, nach welchen inhaltlichen Kriterien ausgewählt worden ist. Hier wird er allerdings enttäuscht, sagt doch R. nicht, wie er die „möglichst reichhaltige, repräsentative Auswahl wissenschaftlich relevanter Erzeugnisse angestrebt“ hat. Der Leser erfährt auch nicht, aus welchen Gründen Beiträge aus einigen Sammelwerken angeführt werden, aus anderen aber nicht. Erfreulich klingt, daß er hinsichtlich der Faschismusforschung der früheren DDR die „Ausgrenzungsschwelle“ niedrig angesetzt und ihre „Hervorbringungen in nennenswertem Umfang“ aufgenommen habe (S. 29). Als Stichprobe (verflucht sei der Autoren Eitelkeit!) suchte der Rezensent nach eigenen Arbeiten und fand etwa die Hälfte benannt.

In der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ schreibt Ernst Klee zu einem Buch über das Frauen-KZ Ravensbrück von Freya Klier, die sich selbst Bürgerrechtlerin nennt: „In Ravensbrück wurden ‚menschliche Versuchskaninchen‘ zu pseudomedizinischen Zwecken die Beine zertrümmert, die Wunden mit Bakterien infiziert. Die Opfer litten unvorstellbare Qualen. Wer überlebte, blieb lebenslänglich verkrüppelt, an Leib und Seele. Freya Klier hat offenbar, was sie nicht sagt, mit dem KZ-Arzt Fritz Fischer geredet. Fischer, damals jung und karrieretrunk, operierte unter anderem einer Häftlingsfrau das gesamte Schulterblatt heraus (die Frau wurde anschließend ermordet). Freya Klier schildert Fischer als sensiblen, toleranten, hochbegabten Wissenschaftler, schuldig geworden aus ‚soldatischem Gehorsam‘. Das sagte noch jeder Nazi, sei der Tatort Auschwitz, Hadamar oder Ravensbrück. Klier verklärt die Lüge der Täter zur historischen Tatsache. Die Alt- und Neonazis wird's freuen.“

Dem Spezialisten fallen vereinzelte Fehler auf, die sicher bei einer so immensen Arbeit unvermeidbar gewesen sind. Sie ändern nichts an der hohen Wertschätzung für die erbrachte Leistung. Der Band bietet eine wertvolle Grundlage für die weitere Forschung und die bibliographische Annäherung an jeweilige Themen. Wer zu lesen versteht, erhält auch genügend Impulse, Forschungslücken festzustellen. Letztere werden z. B. deutlich, wenn der Leser im dritten Teil nur eine einzige Angabe in der Rubrik „Gedruckte Quellen“ finden kann (S. 1113). Dabei handelt es sich um Lutz Niethammers „Gesäuberten Antifaschismus“; gerade dies macht die Tatsache, daß die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um den Antifaschismus wenig wissenschaftlich fundiert sind, noch prekärer. In seiner knappen Einleitung verweist R. insbesondere auf Defizite einer vergleichenden interregionalen Forschung. Hier trifft er allerdings auch eine Feststellung, deren Richtigkeit erst noch zu beweisen wäre: Nach seiner Auffassung hätten sich angesichts jüngster sozialgeschichtlicher Arbeiten und einer wohlverstandenen „Historisierung“ des Nationalsozialismus „die Faschismustheorien der sechziger und siebziger Jahre als minder wichtig“ für ein vertieftes Verständnis dieses Teils der deutschen Geschichte erwiesen. Demgegenüber scheine die Totalitarismustheorie „neue, womöglich weiterführende Impulse zu gewinnen“ (S. 28).

Michael Ruck: Bibliographie zum Nationalsozialismus 1428 Seiten, Bund-Verlag, Köln 1995, 298,00 DM.

antifa, Dezember 1995, S. 25.

Verbrechen der Wehrmacht

Wir befinden uns in einem bedeutsamen Gedenkjahr und stehen mitten in erbitterten geschichtspolitischen Auseinandersetzungen. Allzumal bei Jahrestagen von historischem und politischem Gewicht bewegt das Faszinierende runder Zahlen Hirn und Herz, Verstand und Unverstand gleichermaßen. Auseinandersetzungen um die Geschichte sind seit eh und je ausgetragen worden, oft auch in erbitterter Art und Weise. Doch jetzt zeigen sich kaum Ansätze irgendeiner zivilisierten Form, stattdessen dominieren Instrumentalisierung und schamlose Nutzungsversuche für den politischen Streit zwischen den Parteien oder sogar innerhalb der Parteien. So vielgestaltig und kompliziert wie die Geschichte war, so offenbart sich erneut der politische Umgang mit ihr.

Es nimmt denn nicht wunder, daß auch das Thema „Verbrechen der Wehrmacht“ 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erneut in die Schlagzeilen geraten ist. Widerstreit herrscht zwischen Auffassungen vom unbeschädigten Ehrenschild, das die deutsche Wehrmacht in ihrer Gesamtheit selbst unter den Bedingungen der hitlerfaschistischen Diktatur dargestellt habe, sowie der entgegengesetzten und sicher ebenso einseitigen These, die Wehrmacht sei in jeder Hinsicht und bis zum letzten Mann eine verbrecherische Organisation gewesen. Dennoch: In gewisser Weise befinden wir uns auf dem Weg von der Debatte über „Befreiung oder Niederlage“ zu jener, die ganz sicher anlässlich des 50. Jahrestages des Nürnberger Urteils gegen die Hauptkriegsverbrecher entbrennen wird.

In solchem Zusammenhang ist notwendigerweise zu betonen: Es handelt sich um eine Legende, wenn von einer „sauberen Wehrmacht“ gesprochen wird, die im Gegensatz zur SS und deren Einsatzgruppen nichts anderes als ihre Pflicht getan, die tapfer und treu für die Verteidigung des Vaterlandes gekämpft habe. Die Belege für ein unvorstellbares, planmäßig betriebenes Morden auch durch Wehrmachtsangehörige sind zahlreich. Mehr und mehr wird die fürchterliche Wahrheit offenbar, die zwar Fachleuten dank der Arbeiten von Christian Streit, Manfred Messerschmidt u.a. schon länger bekannt war, sich jedoch gegen eine Mauer des Verschweigens in der deutschen Öffentlichkeit bisher kaum durchzusetzen vermochte. Die Versuche zur Ehrenrettung nehmen wieder zu. Was einst Konrad Adenauer als Maxime vorgab, gewinnt an Boden: Der Prozentsatz der wirklich Schuldigen sei außerordentlich klein gewesen ... Von Wehrmachtsverbrechen kann – stichpunktartig – in mehrfacher Hinsicht die Rede sein:

Erstens

im Zusammenhang mit ihrer maßgeblichen Mitverantwortung für die Errichtung und noch mehr für die Stützung des braunen Regimes. Es kam eben kein Aufschrei, geschweige denn eine Tat aus ihren Reihen, als sie von Hitler bereits am 3. Februar 1933 erfuhren, wohin die neue Regierung zu steuern beabsichtigte. Es gab nicht einmal den leisesten Protest, als am 30. Juni 1934 auch zwei Generäle zum Opfer fielen. Die Entlassung Blombergs und Fritschs wurde Anfang 1938 stillschweigend hingenommen. Ohne die Militärs hätte kein einziger der aggressiven Feldzugpläne entworfen werden können. Völlig berechtigt sprach Hitler immer wieder von den zwei Säulen, auf denen die Macht beruhe: Partei und Wehrmacht. Im Urteil des Nürnberger Militärgerichtshofes liest sich dies so: „Hitler konnte keinen Angriffskrieg allein ausführen. Er benötigte die Mitarbeit von Staatsmännern, militärischen Führern, Diplomaten, Geschäftsleuten ... Wenn sie wußten, was sie taten, so können sie nicht als unschuldig erachtet werden, weil Hitler sie benutzte ...“

Zweitens

war die Wehrmacht in die Vernichtung der europäischen Juden verstrickt, von Anfang an und sehr aktiv. Wehrmacht und Holocaust – das durfte bisher nicht zusammengehören. Nach dem neueren Wissensstand, so schlußfolgerte Karl-Heinz Janßen am 17. März d. J. in „Die Zeit“, sei eine solche Trennung nicht mehr möglich.

Drittens

trug die Wehrmacht als Gesamtorganisation allein die Verantwortung für die Ermordung von schätzungsweise drei Millionen sowjetischer Kriegsgefangener und

Viertens

beteiligte sie sich auch am Tenor gegen die Zivilbevölkerung in allen okkupierten Gebieten.

Fünftens

ist auf die Militärjustiz zu verweisen, die eineinhalb Millionen Soldaten mit Strafen belegte, die eine kaum weniger getreue Dienern des Nationalsozialismus war als Sondergerichte und Volksgerichtshof, die diesen an Brutalität nicht nachstand und sie quantitativ sogar um ein Mehrfaches übertraf.

Sechstens

Schließlich muß gefragt werden, ob es denn nicht auch ein besonders zu verurteilendes Verbrechen gewesen ist, was zumindest im letzten Halbjahr des Krieges an der deutschen Bevölkerung verübt wurde. Den Ersten Weltkrieg beendete Deutschland bekanntlich – übrigens auf Initiative des damaligen Generalquartiermeisters Ludendorff und der Obersten Heeresleitung – mit einem Waffenstillstandsangebot, bevor noch ein einziger Soldat der Entente kämpfend deutschen Boden betreten hatte. Zwischen der Befreiung Aachens als erster deutscher Großstadt am 21. Oktober 1944 – am gleichen Tag besetzte die Rote Armee mit Nemmersdorf den ersten deutschen Ort in Ostpreußen – und der Kapitulation liegen die weitaus opferreichsten Monate der Deutschen im Zweiten Weltkrieg. Vier Fünftel aller personellen und materiellen Schäden sind auf den Kurs zurückzuführen, der da lautete: Kampf bis zum Untergang.

Am 30. März 1941 machte Hitler nicht nur seinen militärischen Beratern in den Oberkommandos von Wehrmacht und Heer, sondern auch den Oberbefehlshabern der Heeresgruppen und Luftflotten, den Befehlshabern der Panzergruppen und Fliegerkorps sowie deren Chefs der Generalstäbe in einer langen Rede – und unwidersprochen – deutlich, daß es im beabsichtigten Kampf gegen Rußland keine traditionelle Kriegführung geben könne. Die „jüdisch-bolschewistische Intelligenz“ müsse vernichtet werden. Bereits drei Tage zuvor hatte der Oberbefehlshaber des Heeres, Generalfeldmarschall von Brauchitsch, einigen seiner Untergebenen erklärt: „Die Truppe muß sich darüber klar sein, daß der Kampf von Rasse zu Rasse geführt wird.“ Man werde „mit nötiger Schärfe vorgehen“.

Noch deutlicher klingt eine Instruktion des Befehlshabers der Panzergruppe 4, Generaloberst Hoepner, an seine Kommandeure vom 4. Mai 1941: „Dieser Kampf muß die Zertrümmerung des heutigen Rußlands zum Ziele haben und deshalb mit unerhörter Härte geführt werden. Jede Kampfhandlung muß in Anlage und Durchführung von dem eisernen Willen zur erbarmungslosen, völligen Vernichtung des Feindes geleitet sein. Insbesondere gibt es keine Schonung für die Träger des heutigen russisch-bolschewistischen Systems.“

Nun kann man natürlich auf die besondere Verantwortung der militärischen Elite verweisen, auch wenn sie lediglich 0,3% aller Wehrmachtsangehörigen ausmachte. Das Problem hat jedoch nicht nur etwas mit den faschistischen Zielen, mit der nationalsozialistischen Programmatik oder mit deren bereitwilliger Übernahme und Verinnerlichung durch die Oberen der deutschen Wehrmacht zu tun, deren Denkweise, Tun und Lassen um keinen Deut besser oder anders als die der NSDAP und der SS gewesen sind. Zu fragen ist nach der Akzeptanz durch die Ausführenden.

Sicher erinnert sich mancher des Films „Der gewöhnliche Faschismus“, auch wenn er von den Fernsehmachern nicht für wert befunden wurde, in die umfangreiche Retrospektive zum diesjährigen 8. Mai aufgenommen zu werden. Michail Romm, der sowjetische Filmschöpfer, ließ seinen Film von 1964 mit Szenen beginnen, die beinahe vergessen machen konnten, in welcher Veranstaltung man saß: Spielende Kinder in Moskau, Berlin, London oder anderen Metropolen, verliebte Pärchen, lachende und tanzende Jugendliche, vor Prüfungen bangende Studenten, schwatzende Frauen, bis, ja bis eine junge Frau ihr Kind auf den Arm nimmt – dann erfolgt ein scharfer Schnitt, es knallt ein Schuß und es erscheint das bekannte Bild einer Frau, die in derselben Haltung mit ihrem Kind von einem Soldaten erschossen wird. Romm verknüpfte dies mit der Zahl von vielen Millionen Opfern, aber auch mit der Frage, wieviele Hände nötig, wieviele Hände erbötig waren für diesen Massenmord.

Ja, auch für unser heutiges Thema ist zu wissen erforderlich, wie weit das barbarische Gedankengebäude des Nationalsozialismus in der deutschen Bevölkerung bzw. auch unter den Soldaten der Wehrmacht verwurzelt war? Ich greife das Thema anhand neuerer Forschungen zum Rußlandbild im Dritten Reich auf.

Diese haben ergeben, daß ihm die Öffentlichkeit weitgehend zustimmte, es akzeptierte und auch dem eigenen Verhalten zugrunde legte. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der Verbreitungsgrad und die Wirksamkeit dieses Bildes unter der deutschen Bevölkerung von einzelnen NSDAP-Führern als unzureichend eingeschätzt wurden. Das läßt sich u. a. am Beispiel der zahlreichen Feldpostbrief-Aktionen erkennen, die fast alle Dienststellen der Partei und ihre Gliederungen und die Wehrmacht zum Thema „Die Wahrheit über die Sowjetunion“ zu organisieren hatten. Im Goebbels-Ministerium begann man bereits im August 1941 mit der Erarbeitung einer Broschüre, die im Dezember von Wolfgang Diewerge unter dem Titel „Deutsche Soldaten sehen die Sowjetunion – Feldpostbriefe aus dem Osten“ herausgegeben wurde; ein eigenes und besonders übles Pendant dazu erschien hier in Thüringen. Goebbels verfolgte deren Erarbeitung mit besonderer Aufmerksamkeit. Er legte größten Wert auf die Berücksichtigung von Briefen mit „grauenhaftem Inhalt“, ja er empfahl sogar, „einzelne Briefe ineinander“ zu verarbeiten, um den gewünschten Effekt erreichen zu können.

Das führt zu der Frage nach den Wurzeln. Auch hier will ich es bei einigen Andeutungen zu den vielfältigen Problemen und geschichtlichen Zusammenhängen belassen:

- Der Erste Weltkrieg brachte einen regelrechten Rutsch von Barbarei hervor, bot unmenschlicher Bereitschaft zum Mord eine Basis. Danach zeigte sich – übrigens in nahezu allen politischen Parteien und Bewegungen – eine gegenüber früheren Zeiten gewachsene kämpferische Militanz und Intoleranz. Traditionelle humanistische Werte der bürgerlichen Gesellschaft schienen generell außer Kraft gesetzt zu sein. Der Kriegszustand bewirkte auch über den Krieg hinaus eine Entmenslichung des alltäglichen Lebens.

- Über die wachsende Verwendung von Gewalt als Mittel zu politischen Zwecken geriet sie der NSDAP zum eigentlichen Ziel und Grundsatz. Dies wurde gleichermaßen zynisch gerechtfertigt und demagogisch verbrämt. Am 25. März 1925 erklärte Hitler beispielsweise bei einer Veranstaltung der SA, der ersten parteipolitischen Terrororganisation, die es überhaupt in Deutschland gab: „Alles, was den jungen Leuten heute gelernt (!) wird, Bildung, Anstandslehre usw., ist dummes Zeug, wir brauchen heute ein tüchtiges nationalgesinntes Volk, um den Kampf gegen den inneren Feind siegreich aufnehmen zu können. Die Waffe des jungen Deutschen soll die Faust sein und nicht die Zunge ...“

- Zu den Wurzeln gehören auch die Feindbilder, die aus einem alltäglichen Nationalismus und Rassismus wachsen. Auf sie soll hier nicht näher eingegangen werden, obwohl sie eine verheerende Rolle spielten und offensichtlich noch immer spielen.

- Zu verweisen ist noch auf Wurzeln aus dem damaligen Geschichtsverständnis. Nicht allein für Alfred Rosenberg bedeutete der Überfall auf die UdSSR einen erstrebenswerten Endpunkt der 1600 jährigen Geschichte deutscher Besiedelung und Beeinflussung slawischer Gebiete. Ihm galt der 22. Juni 1941 als die historische Bewältigung des Rückzuges der Goten aus den südrussischen Gebieten im Jahre 375, verbunden mit der Möglichkeit, auch eine „Re-Christianisierung“ einzuleiten.

Er schlußfolgerte: „Wir wollen nicht nur das zeitweilige bolschewistische Problem lösen, sondern auch die Probleme, die über diese Zeiterscheinung hinaus reichen ...“

Mit Verwunderung, auch mit Empörung verfolge ich die Anstrengungen heutiger politisierender Historiker und historisierender Politiker, den Zweiten Weltkrieg als einen „normalen“ Krieg in die allgemeine Kriegsgeschichte einordnen und relativierend bewerten zu wollen. Einen „europäischen Einigungskrieg“ hat ihn Ernst Nolte genannt. „Der Tagesspiegel“ sprach vor kurzem sogar davon, daß das Jahr mehr Tage als nur den 8. Mai habe und Kriege dank der Natur des Menschen stets geführt würden, heute wie damals.

Vieles von dem, was den deutschen Faschismus so einzigartig, so außerordentlich verbrecherisch gemacht hat, scheint tatsächlich bereits relativiert oder sogar vergessen. In vieler Hinsicht wird der Zweite Weltkrieg als ein „normaler“ Krieg hingestellt, also von seiner planmäßigen Vorbereitung durch den Aggressor abgesehen. Fast schwimmt man gegen den Strom, wenn erinnert wird an die

Tatsache, daß eine Partei bereits im Weimarer Staat nahezu ungehindert zur Vertreibung und Vernichtung des jüdischen Volkes aufrufen durfte, an die Tatsache, daß auf der Grundlage einer wirklichkeitsfremden Rassenideologie Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit in eine völkermordende, brutalitätsbesessene Handlungsbereitschaft Zigtausender sogenannter anständiger Deutscher dirigiert werden konnte. Durch den deutschen Faschismus, nicht durch irgendein Schicksal wurde der Zweite Weltkrieg ein wirklicher weltweiter Krieg gegenüber dem europäischen Krieg von 1914/18, ein Krieg der Massenheere und der zivilen Massen, ein Krieg des massenhaften Einsatzes modernster destruktiver Technik, ein Krieg der Ideologien und mit völlig neuen Zielsetzungen aller Beteiligten. Die Notwendigkeit, an das zu erinnern, wovon Befreiung stattfand, hat jedoch nicht nur mit dem Vergessen und Verdrängen zu tun.

Das „Europa unterm Hakenkreuz“ wäre ein Kontinent ohne Juden gewesen, ohne Sinti und Roma, ein Reich mit Vernichtungsstätten für alle, die sich nicht zur „Herrenrasse“ oder zur Sklavenmasse hinsortieren ließen. Hitlers Sieg war gedacht als Ausgangspunkt für die Entstehung jenes Zustands, den er den Deutschen als die „wahre nationalsozialistische Volksgemeinschaft“ verhielt. Zur Oberschicht der deutschen Gesellschaft sollte eine männliche Elite von politischen und Wirtschaftsführern, von Militärs und Technikern, von Wissenschaftlern und Künstlern gehören, die privilegiert und geschützt, mit Titeln beladen und mit Orden geschmückt, vor allem aber in materiellem Reichtum leben konnte. Als Basis dieser Gesellschaft war die Volksmasse der Deutschen gedacht: diszipliniert und militarisiert, sich unausgesetzt reichlich vermehrend. Selbst politisch rechtlos hätten Millionen aus ihrer Stellung im System von Herrschenden, Ausbeutenden, Unterdrückenden und Versklavenden einen ihnen zugemessenen Nutzen ziehen können. Ihnen waren in den pyramidenförmigen Strukturen des deutschen Imperiums Plätze „an der Sonne“ zugedacht, Möglichkeiten sozialen Aufstiegs, Zugriffe auf viele Annehmlichkeiten, die technischer Erfindergeist und wirtschaftliches Gewinnstreben hervorzubringen vermögen. So konturierte sich das Zukunftsbild einer „nationalsozialistischen Moderne“.

Klar und eindeutig formulierte das Oberkommando der Wehrmacht am 8. September 1941: „Bolschewistische Soldaten haben jeden Anspruch auf Behandlung als ehrenhafte Soldaten nach den Genfer Abkommen verloren.“

Am 5. Oktober 1941 spielte sich im russischen Dorf Krupka ein grausames Massaker ab. Ein Obergefreiter, Richard Heinrich, vermerkte in seinem Tagebuch: „Abend suchte unser Leutnant 15 Mann mit starken Nerven heraus. Wir warteten in gespannter Erwartung auf den Morgen. Pünktlich um 5 Uhr waren wir fertig, und der Oberleutnant erklärte uns unsere Aufgabe. Es gab ungefähr 1000 Juden im Dorf Krupka, und diese mußten alle heute erschossen werden. Nachdem die Leute verlesen worden waren, marschierte die Kolonne zum nächsten Sumpf. Zehn Schüsse fielen, zehn Juden waren abgeknallt. Dieses ging so weiter, bis alle erledigt waren.“

Aus: „Das Ende einer Legende“, Tagesspiegel, März 1995.

Der Chef des Stabes des XXIX. Armeekorps erließ am 7. Januar 1942 die Anweisung, daß von sofort an „als Vergeltung für Greuel an deutschen Kriegsgefangenen alle Mongolen und Asiaten (Zivilisten und Kriegsgefangene) zu erschießen sind“.

Auch die offiziellen Meldungen der Truppe sind verräterisch: So sind allein im rückwärtigen Gebiet der Heeresgruppe Mitte vom 22. Juni bis 31. Dezember 1941 insgesamt 80.000 „Partisanen“ erschossen worden, bei 3000 Mann eigenen Verlusten. Partisanen? Was wirklich geschah, liest sich im Bericht der Wirtschaftsinspektion der Heeresgruppe Mitte vom 22. Juli 1941, also einen Monat nach dem Überfall auf die UdSSR, so: „In großen Massen, die in mehrere Tausend gehen, sind der Aufwiegelung verdächtige Juden erschossen worden. Das Judentum ist infolgedessen eingeschüchtert und willig bei der Arbeit.“

Aus: „Als Soldaten Mörder wurden“, „Die Zeit“, 17. März 1995

Der Stab der 6. Armee registrierte Ende 1941 voller Zufriedenheit, daß es in Charkow keine Sabotageakte mehr gebe, seit man „mehrere hundert Partisanen und verdächtige Elemente in der Stadt aufgehängt“ habe.

Aus der Kampfgruppe von Gottberg stammt der Befehl vom 1. August 1943, demzufolge wegen des um sich greifenden Partisanenkrieges sogenannte Freizonen angelegt werden sollten. Formuliert wurde: „Dörfer und alle sonstigen Bauten, sowie Brücken und Feldfrüchte, soweit sie nicht geborgen werden können, sind zu zerstören beziehungsweise niederzubrennen. Soweit es möglich ist, sind in diesem Raume auch die Wälder durch Brand zu vernichten.“

Die Welt der hitlerfaschistischen Ziele und die Welt von heute liegen zwar weit auseinander, doch täuschen wir uns bitte nicht darin, daß solches Gedankengut manchem Gemüt in Chefetagen und an

Stammtischen wieder salonfähig oder sogar erstrebenswert erscheint. Daher darf die Frage nicht verstummen, weshalb in Deutschland und anderswo sich Menschen wieder für derart menschenfeindliche Vorstellungen erwärmen und weshalb ihnen andere, alternative Orientierungen obsolet erscheinen. Daher muß gefragt werden, ob inmitten Europas erneut ein darauf bauendes Regime an die Macht gelangen könnte? Und nicht zuletzt stellen sich Fragen nach dem Platz der Militärs in unserer Gesellschaft, vor allem aber nach der verheerenden Rolle, die ein Verhaftetsein des Denkens von Politikern und Militärs in den Kategorien des Krieges für die Zukunft der Menschheit spielen muß.

antifa, Juli 1995, S. 17-20.

Ohne Waffen gegen Hitler

Für den deutschen Leser mag es kein erhebliches Problem sein, dem der Verfasser des vorliegenden Buches nachspürt, kennt er doch aus der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945 hauptsächlich – von verschwindend geringen Ausnahmen abgesehen – Aktionen eines unbewaffneten Widerstandes gegen die faschistische Hitlerdiktatur. Semelin geht von einer anderen Situation aus. Er konstatiert für die damals vom faschistischen Deutschland okkupierten Länder eine Geschichtsschreibung, in der der bewaffnete Kampf überhöht werde. Dies wertet er als „Gründungsmythos“ für viele westeuropäische Staaten und als eine Darstellung, die „vielfach zu vereinfachend, wenn nicht geradezu karikierend“ sei (S. 47).

Zivilen Widerstand definiert er als die „spontane und *unbewaffnete* Kampfhandlung einer Zivilgesellschaft – sei es durch die Mobilisierung ihrer wichtigsten Institutionen, ihrer Bevölkerung oder aber beider zugleich“ (S. 18). Mit seinen materialreichen, lesenswerten Fallstudien über Streiks und andere Arbeitsverweigerungen, kleinere und größere Demonstrationen, illegale Presseorgane und Protestaktionen, über die Unterstützung von Gegenwehr durch offizielle Institutionen, den Widerstand ganzer Berufsgruppen – z. B. von niederländischen Ärzten und norwegischen Lehrern – gegen eine Eingliederung in nationalsozialistische Organisationen und anderes mehr gelangt Semelin zu einer interessanten Typologie vielgestaltiger Aktivitäten. Die direkten, indirekten und abschreckenden Wirkungen des zivilen Widerstandes seien zwar schwer abzuschätzen, jedoch stets als wichtiger und von den Besatzungstruppen stets berücksichtigter Faktor vorhanden gewesen.

Das vorliegende Buch – zunächst 1989 in Frankreich publiziert – darf als ein erfreulicher und unterstützenswerter Versuch gewertet werden, das außerordentlich komplexe Phänomen des Widerstandes nicht in „zu eng gefaßte Interpretationsraster“ (S. 49) pressen zu wollen. In seiner vergleichenden Studie zum Widerstand, den er grundsätzlich als Ausdruck einer „Überlebensstrategie mit begrenzter Reichweite“ sieht (S. 256), sucht er nach den Ursachen der unterschiedlichen Formen des zivilen Kampfes. Diese hätten sich vor allem aus drei „Variablen“ ergeben: dem jeweiligen System der Besatzerherrschaft, dem Verhalten jener Verantwortlichen, die an der Spitze von Satellitenstaaten standen, sowie aus dem „Grad des sozialen Zusammenhalts“ der Besetzten.

Letzterem – auch identifiziert mit dem Terminus „öffentliche Meinung“ – wird breiter Raum gewidmet. Hier sieht er auch entscheidende Impulse für notwendige „soziale Verteidigungsstrategien“ gegen die heutzutage bestehenden zahlreichen Formen von Aggression. Insgesamt eröffnet der als Historiker am Pariser Zentrum für wissenschaftliche Forschung arbeitende Autor auch den „antifa“-Lesern – die wohl häufig genug nicht frei von einem germanozentrierten Denken sind – den Blick in die Breite der geschichtlichen Realitäten sowie in die Weite künftiger Aufgaben des Antifaschismus.

Jacques Semelin: Ohne Waffen gegen Hitler Eine Studie zum zivilen Widerstand in Europa. Aus dem Französischen von Ralf Vandamme. dipa-Verlag Frankfurt, 302 Seiten, DM 39,20.

antifa, Oktober 1995, S. 28.

Wider alte und neue Mythen

Führerkult am Obersalzberg

Jährlich besuchen rund 300.000 Wißbegierige, Sensationslüsterne und auch unbelehrbar Ewiggestrige den Obersalzberg in der Nähe Berchtesgadens. In keinem offiziellen Touristenführer sind die mit Hitlers Namen verbundenen Stätten verzeichnet, doch jeder findet den Weg zu dem, was von ihnen übrigblieb.

Am 25. April 1945 hatten 318 britische Lancaster-Maschinen mit 1811 Tonnen Bomben das Areal am Obersalzberg dem Erdboden gleich gemacht. Beeindruckt von der vor Ort verbreiteten Legende, dies sei die „Zerstörung“ des Obersalzberges gewesen, beunruhigt ob des touristischen Massenandranges und besorgt über die reglose Hinnahme des neubraunen Devotionalienhandels durch die bayrischen Behörden wollten Ulrich Chaussy (Text) und Christoph Püschner (Fotos) „im Kopf das geschleifte Ensemble rekonstruieren. Sie klären über die Funktion und das in die Öffentlichkeit gespiegelte Bild dieses Ortes in Hitlers Herrschaftssystem auf. Und sie suchen die Geschichten hinter der Geschichte des Obersalzberges. Ihr Fazit: Der Bau der NS-Prominentensiedlung selbst sei die Zerstörung des gewachsenen Bergdorfes gewesen und im Bau der Häuser für die Elite des Dritten Reiches „ein kleines Modell“ des ganzen „Nationalsozialismus“ zu sehen. Tatsächlich läßt sich auch im „Planquadrat Obersalzberg“ beobachten, wie der Faschismus entstand, sich festigte, funktionierte.

Anhand der überlieferten Quellen und einer Reihe aussagekräftiger Interviews zeichne net das lezenswerte Buch jene Vorgänge nach, die den Obersalzberg ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit brachten. Man erfährt, wie sich das zunächst mehr oder weniger zufällig gewählte Versteck des verurteilten Putschisten zu Hitlers Ferienplatz und Besitztum entwickelte, wie er sich vom Gast zum Mieter des relativ bescheidenen Hauses „Wachenfeld“, zum Herren des pompösen „Berghofes“ wandelte, wie der „Führersperrbezirk“ ständig und sogar bis in die letzten Kriegstage hinein als zweiter Amtssitz Hitlers ausgebaut wurde; allein das Tee- und Gästehaus auf dem 1800 Meter hohen Kehlstein kostete 29,6 Millionen RM. Der Leser lernt das Arrangement der öffentlichen Präsenz Hitlers auf dem „heiligen Berg aller Deutschen“ (so Münchens Gauleiter Wagner) kennen wie auch jene Rituale der pseudoreligiösen Wallfahrten, die alle Rechtfertigungslegenden vom Rückzug des „Führers“ in die Erholung bietende Bergeinsamkeit ad absurdum führen.

Mit gleicher Sorgfalt wird das Schicksal derer recherchiert, die sich der „Nachbar“ Hitler vom Halse schaffte, die er – vor allem mit Hilfe Martin Bormanns – von Haus und Grund vertreiben ließ, um Platz für sein Treiben zu schaffen. Da wird z. B. die Geschichte der jüdischen Familie Eichengrün verfolgt, ebenso die des Gasthofes „Zum Türken“, dessen Besitzer selbst als NSDAP-Mitglied keine Chance hatte, sein Eigentum zu wahren und sogar ins Gefängnis geriet. Der Autor enthüllt die brutal-terroristischen und hinterlistig-korumpierenden Methoden, mit denen nahezu 50 angestammte Familien des ursprünglichen Bergdorfes enteignet wurden, und wie sich am Obersalzberg die braunen Usurpatoren neben Hitler – Göring, Bormann, Färber u. a. m. – persönlich bereicherten und dabei skrupellos der Parteikasse bedienten.

Ob das engagierte Buch über den Führerkult und die Heimatzerstörung künftig am Obersalzberg verkauft werden wird, wenn dieser endgültig aus amerikanischer in deutsche Verwaltung übergeht, darf bezweifelt werden. Anderswo aber sollte es auf jeden Fall vorhanden sein und gelesen werden. Es ist aufschlußreich und regt an, nach neuen Formen eines sinnvollen Umganges mit politischen Denkmälern aus überstandenen Zeiten zu fragen.

Neues Deutschland, 11. bis 16. Oktober 1995, S. 12.

Gegen „Historisierung“ des Faschismus

Bereits im Juli 1993 wurde jene Veranstaltung durchgeführt, deren Ergebnis nun in einem lesenswerten Band vorliegt. Dieser versteht sich als Bestandteil jener Debatte, die Mitte der 80er Jahre in der BRD begann und die von immer stärker in Erscheinung tretenden konservativen Geschichtsrevisionisten genutzt wird, um den deutschen Faschismus als Teil einer allgemeinen Modernisierung während des 20. Jahrhunderts auszugeben, seine Bewertung als Barbarei zu relativieren und positiv gedeutete Momente des Nationalsozialismus mit der „Erfolgsgeschichte“ der Bundesrepublik zu verknüpfen. Die Autoren wenden sich nachdrücklich gegen eine „Historisierung“ des Faschismus, die ihn relativiert und verharmlost oder sogar diffamiert behandelt.

Im Mittelpunkt des Bandes stehen die informativen Beiträge von Bernd Faulenbach (S. 15 ff) und Karl Heinz Roth (S. 31 ff), die den Stand der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion über den Nationalsozialismus referieren. Sie besitzen einen hohen Informationswert und beeindruckten mit ihren überblicksartigen Zusammenfassungen über den Stand der NS-Forschung. Die anderen Beiträge spiegeln zugleich die Struktur der Werkstatt wider: Von vier Arbeitsgruppen beschäftigte sich die erste mit der Organisation ideologischer Zustimmung und der Ausrichtung des deutschen Volkes auf den Krieg (Uwe Rennspieß, Beate Kosmala), die zweite mit dem Thema „Technik und Arbeit“ (Bernd Faulenbach, Ulrich Hartung), die dritte mit der faschistischen Sozialpolitik (Karl Heinz Roth, Barbara Schleicher, Stefan Schnurr), während in der vierten zur Verschränkung von rassistisch-antisemitischer Ideologie und moderner Arbeitsökonomie debattiert wurde (Werner Röhr, Bernward Dörner).

Besonderes Interesse erweckt die Auseinandersetzung mit jenen Maßnahmen des braunen Regimes, die das sozialpolitische Gefüge in Deutschland erweiterten bzw. in Aussicht stellten. Einrichtungen wie die NS-Volkswohlfahrt, das Winterhilfswerk, die Organisation „Kraft durch Freude“ besaßen tatsächlich nicht nur eine propagandistische Funktion, sie mußten diese durchaus real untermauern, um glaubwürdig machen zu können. Mit dem Blick auf die DAF erklärt Roth, daß sich deren „Sozialwerk“ als reine Mystifikation erweist. Dieses sei ein sozial-politisches Nachkriegsprogramm gewesen, „das während des Krieges als getarnte Zwangsanleihe zur Kaufkraftabschöpfung genutzt werden sollte, um nach dem siegreichen Kriegsausgang durch die Kontributionen der unterworfenen europäischen Völker seine Anschubfinanzierung zu erhalten“ (S. 32 und 106 f.). Seiner Forderung, die „Sozialgeschichtsschreibung der NS-Diktatur sollte sich auf ihre klassenanalytischen Prämissen zurückbesinnen ... und ihre vielfältigen und oft weit auseinanderfallenden Forschungsfelder von der Arbeiter- und Sozialpolitikgeschichte bis zur Analyse der Massenvernichtungen wieder aufeinander beziehen“ (S. 51), kann voll und ganz zugestimmt werden.

Das Buch enthält neben überwiegend sachlicher Darstellung auch manch plumpe historiographische Aussage. So schreibt Faulenbach z.B., in der DDR habe die BRD als „faschistisch, kryptofaschistisch oder potentiell faschistisch“ gegolten (S. 27). Er sollte es besser wissen, kam aber wohl nicht um-hin, dem Geist der neuen Zeit zu frönen.

Sabine Blum-Geenen, Ute Ehrich, Frank Markowski, Gabriele Moser (Hrsg.): Bruch und Kontinuität. Beiträge zur Modernisierungsdebatte in der NS-Forschung. Dokumentation einer Wissenschaftswerkstatt der Hans-Böckler-Stiftung in der Gedenkstätte Sachsenhausen 161 S., Paperback Klartext Verlag, Essen 18,00 DM.

antifa, Januar 1996, S. 25.

Hitler, ein Opfer der Deutschen?

Das ZDF bot den Mehrteiler „Hitler. Eine Bilanz“. Ein fragwürdiger Film

Als der Chefideologe der NSDAP und „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete“ Alfred Rosenberg in Nürnberg vor seinen Richtern stand, verteidigte er sich u. a. mit der Behauptung: „Das Volk verfiel darauf, Hitler zu einem Idol zu erheben und ihm zu blinder Treue verpflichtet zu sein“. Selbstverständlich fühlte er sich völlig zu Unrecht angeklagt. War – so ließe sich der Gedanke fortführen – am Ende auch Hitler nicht mehr als ein unschuldiges Opfer der Deutschen? Wer den Faschismus vordergründig als eine Art Infektionskrankheit des deutschen Volkes zu erklären versucht, darf sich nicht wundern, wenn ihm solche Frage entgegengehalten wird.

Seit der bekannte Filmmacher Syberberg in der Zeit der „Wende“ gefordert hat, Hitler „neu zu bedenken“, reißt die Kette der entsprechenden Bücher und Filme nicht ab. Der Historiker Guido Knopp lieferte nun den neuesten Beitrag: „Hitler. Eine Bilanz“. Offensichtlich versteht er sich hervorragend auf das marktschreierische Geschäft: Sein Anspruch, eine Schneise durch den Wust der bekannten Tatsachen zu schlagen, führte zu sechs Filmen, die zunächst im Sommer des vergangenen Jahres vom Fernsehsender Arte ausgestrahlt wurden, dann zu einem Begleitbuch zum Film und schließlich zur publikumsträchtigen Ausstrahlung durch das ZDF (zusätzlich moderierte er bei 3sat im November ein zweistündiges „Aschaffener Gespräch“ zum Thema). Unterschiede waren lediglich in der Anordnung der Filme, teilweise auch in ihrer Ankündigung zu erkennen. Bezeichnenderweise wechselte jeweils der „Aufhänger“ des Gesamtunternehmens Bei Arte wurde Hitler zunächst als „Eroberer“ und kriegsbesessener Politiker vorgestellt. Das Buch bietet den „Verführer“ zum Auftakt an, ZDF zeigte zunächst den „Privatmann“ Hitler, was ganz und gar nichts Erhellendes zu den Ursachen seines Aufstiegs beitrug.

Erst wenn man weiß, wodurch er ermöglicht worden ist, läßt sich auch ergründen, wie Hitler sich selbst möglich zu machen bemühte. Letzteres ohne jeglichen gesellschaftlichen Kontext deutlich machen zu wollen, gleicht eher einem Abstieg von bereits vorhandenem Wissen in die Niederungen psychohistorischer Deutungen. Was wohl sollte damit erreicht werden?

Wer hinzuschauen vermag, wird den Filmen viel Tatsachen- und Argumentationsmaterial gegen den Faschismus entnehmen können. Jedoch ist grundsätzliche Kritik erforderlich. Zuschauer und Leser werden in mehrfacher Hinsicht in die Irregeführt, sei es mit der quellenmäßig nicht zu belegenden These, Hitler habe nach der verlorenen Schlacht vor Moskau die Vernichtung der europäischen Juden betrieben, um wenigstens diesen „Krieg“ gewinnen zu können, sei es mit der Einordnung des ungeheuren Expansionsprogramms Hitlers und des Zweiten Weltkrieges in die „normale“ Kriegsgeschichte der Menschheit (was in die heutige Zeit paßt, in der sich das politische Denken der Mächtigen zunehmend in militärischen Kategorien vollzieht), sei es durch die völlig unzureichende Erläuterung der gesellschaftlichen Wurzeln jener erstaunlichen Karriere und der Wirkungskraft Hitlers. Knopp geht in dieser Hinsicht sogar weit über die Biographie von Joachim C. Fest (1973) hinaus, der Hitler zwar auch aus sich selbst heraus zu erklären versuchte, aber immerhin noch Hintergründe und den geschichtlichen Kontext einbezog. Hitler ist in einer bestimmten Gesellschaft groß geworden, und diese war nun einmal kapitaldominiert. Von der ausschlaggebenden Verantwortung deutscher Industrieller, Bankiers, Großagrarien, Militärs und Beamten sowie von der Bündnispolitik konservativer Parteien ist in den Filmen Knopps keine Rede. Dafür aber umso mehr von den Massen, von ihrem Verlangen nach einem Diktator, von ihrer Bereitschaft, sich unterzuordnen. Wer die deutschen Eliten aber aus dem Blick verliert, engt seinen Blickwinkel außerordentlich ein. So bleibt es schließlich beim Tenor: Hitler auf der einen, die Massen auf der anderen Seite. Das führt u.a. zu dem allen Ernstes vertretenen Urteil, daß Hitler nie *gegen* sein Volk regiert habe(!).

antifa, Januar 1996, S. 30.

Wilhelm Keitel

„... man ist solch ein Lump geworden“¹

Zu den wenigen Angeklagten des Nürnberger Militärtribunals, die sich im Nachhinein um eine gewisse Einsicht für das eigene Fehlverhalten und ihre Rolle in der barbarischen Kriegführung des deutschen Faschismus bemühten, gehörte Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel. Solches zu erwarten, wäre wohl kaum jemandem eingefallen, der bis dahin seinen Lebensweg hatte verfolgen können und der um die Folgen seiner Befehle wußte. Stets waren die Kriegs- und Expansionsziele der Mächtigen Deutschlands die seinen gewesen, stets goß er sie in die nackte Sprache imperialer Machtbestrebungen. Immer hatte er sich bedingungslos untergeordnet, überall verhielt er sich grenzenlos loyal gegenüber seinen Vorgesetzten, insbesondere gegenüber Hitler. Er war dessen Paladin in der Wehrmacht, ein Mann von geradezu unvorstellbarer Gehorsamkeit und Widerspruchslosigkeit. Mit Recht wurde er als dienernder „Lakaitel“, meinungsloser „Nickesel“ und schwächlicher „Büro-General“ bespöttelt oder sein Name als Maßeinheit für Gefügigkeit gebraucht.² Über kaum einen anderen aus der militärischen Spitze des Dritten Reiches fällt das allgemeine Urteil so negativ aus wie über Keitel; keiner der 27 deutschen Generalfeldmarschälle und Großadmirale hatte sich allerdings auch so lange an der Seite des Obersten Befehlshabers der Wehrmacht halten können wie er. In seiner Person durfte die Vollendung aller preußisch-militaristischen *Untugenden* und *der* Prototyp eines faschistischen Militärs gesehen werden.

Seit der achtzehnjährige Keitel zu Beginn des 20. Jahrhunderts dem Militär beigetreten war, stieg er Schritt für Schritt auf der Karriereleiter empor. Spektakuläre, lebensverändernde Entscheidungen blieben ihm erspart. Immer wieder wich er – konsequent und nicht ohne Geschick – allem aus, was eine Lebenswende hätte mit sich bringen können.

Möglicherweise waren nach dem 8. Mai 1945 seine resignierende Einschätzung, ein Lump geworden zu sein³, und die offizielle Aussage vor dem Nürnberger Gerichtshof, er würde sich lieber das Leben nehmen wollen, als noch einmal falschen Befehlen zu folgen, die einzigen selbstkritischen Regungen, die aus dem Rahmen seines Verhaltens im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im Dritten Reich fielen. Sollte sich eine biographische Skizze, die sich nicht allein auf Militärgeschichtliches und -politisches beschränken will, ihnen mit besonderem Interesse zuwenden? Sollte sie gar von „einem tragischen Schicksal“⁴ handeln? Oder bietet die Beschäftigung mit den Denkkategorien und Handlungsstrukturen Keitels dem historisch Interessierten doch mehr Erhellendes als die Gewißheit, in ihm eine perfekte, nahezu mechanisch funktionierende Verkörperung jenes folgenreichen Typus preußisch-deutscher Militaristen sehen zu müssen? Steht Keitel stellvertretend für jene deutschen Eliten konservativ-nationaler Prägung, ohne deren Unterstützung und Mitwirkung

¹ Zit. nach Walter Görlitz: Generalfeldmarschall Keitel. Verbrecher oder Offizier? Erinnerungen, Briefe, Dokumente des Chefs des OKW, Göttingen u. a. 1961 (künftig zit. als Lebenserinnerungen bzw. als Görlitz, wenn es sich um ergänzende und erläuternde Texte zu Keitels Nürnberger Niederschriften handelt), S. 407.

Für militärgeschichtliche Arbeiten, die Keitels Verhalten und Rolle insbesondere in der Zeit des Zweiten Weltkrieges betreffen, steht reichhaltiges und vielfach veröffentlichtes Dokumentenmaterial zur Verfügung. Demgegenüber muß die biographierelevante Quellensituation als äußerst ungünstig betrachtet werden. Am wichtigsten ist immer noch das autobiographische Material, das Keitel während der letzten Wochen seines Lebens in Nürnberg verfaßt hat. Auszüge aus diesen „Lebenserinnerungen“ enthält das auf dem Privatarchiv der Familie Keitel beruhende und für jede weitere Forschung unentbehrliche, bereits zitierte Buch von Walter Görlitz: Generalfeldmarschall Keitel. Verbrecher oder Offizier? Erinnerungen, Briefe, Dokumente des Chefs OKW. Zwei aussagekräftige Monographien wurden vorgelegt von Gene Mueller: *The Forgotten Field Marshal Wilhelm Keitel*, Durham, N. C., 1979 und von Helmut Schmeller: *Hitler and Keitel. An Investigation of the Influence of Party Ideology on the Command of the Armed Forces in Germany between 1938-1945*, Fort Hays 1970. Von Gene Mueller stammt auch der Beitrag „Wilhelm Keitel – Der gehorsame Soldat“. In: *Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen*. Hrsg. v. Ronald Smelser und Enrico Syring, Berlin/Frankfurt a. M. 1995, S. 251 ff.

² So wurde General Reinicke, im Oberkommando der Wehrmacht für das Kriegsgefangenenwesen zuständig, von seinen Gegnern der „kleine Keitel“ genannt. Christian Streit: *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945*, Stuttgart 1978, S. 68.

³ Zit. nach Görlitz, S. 407.

⁴ Görlitz, S. 15.

die NSDAP und Hitler weder in der Lage gewesen wären, die Macht zu erobern noch den Zweiten Weltkrieg zu entfesseln? Verkörpert sich in ihm in besonderer Weise die historische Schuld der Armee für die von Barbarei und Verbrechen bestimmten zeitweiligen Erfolge des deutschen Faschismus? Und widerlegt nicht gerade sein Wirken das untaugliche Argument ehemaliger Militärs⁵ und einiger Historiker, die deutsche Wehrmacht sei lediglich von einer verbrecherischen Staatsführung mißbraucht und gegen ihren Willen in das Verhängnis hineingezogen worden?⁶

Wilhelm Bodewin Johann Gustav Keitel – geboren am 22. September 1882 in Helmscherode bei Bad Gandersheim am Harz – entstammte einer alten hannoveranischen Amtsrate- und Gutsbesitzerfamilie, in deren Chronik sich über viele Jahrhunderte hinweg kein einziger Berufssoldat befand. Auf dem Gut konnte er, trotz des frühen Todes seiner Mutter, wohl behütet aufwachsen und die Gedankenwelt konservativ-patriarchalischer und welfisch orientierter Großagrariar in sich aufnehmen. Zunächst unterrichteten ihn Hauslehrerinnen, dann besuchte er in Göttingen ein Gymnasium. Hier ragten seine schulischen Leistungen über den Klassendurchschnitt nicht hinaus. Im März 1901 trat er in das Niedersächsische Feldartillerie-Regiment 46 (Wolfenbüttel) ein. Der entscheidende Lebensschritt war getan, obwohl etwas zögerlich und halbherzig, hing er doch an der Vorstellung, eines Tages vom Vater das Gut zu übernehmen. Bei vielen Gelegenheiten beteuerte er, der „Traum“ seines Lebens sei es gewesen, „ganz Landwirt“ sein zu können.⁷ Knapp zwanzigjährig wurde Keitel 1902 zum Leutnant befördert und als Rekrutenoffizier bei der Braunschweigischen Batterie seines Regiments eingesetzt. An der Feldartillerie-Schule in Jüterbog absolvierte er 1904/05 einen Lehrgang, bei dem sein Fleiß und seine Gewissenhaftigkeit auffielen. 1908 durfte er sich über die Ernennung zum Regimentsadjutanten freuen. Im folgenden Jahr heiratete er Lisa Fontaine, die intelligente, an Künsten aller Art interessierte und ehrgeizige Tochter eines reichen Rittergutsbesitzers in Wülfel bei Hannover. Ihr starker Einfluß auf Keitel verhinderte wohl endgültig die Realisierung des Gedankens an eine Rückkehr ins zivile Leben. Sie bestand nicht nur darauf, daß er Soldat bleiben solle, sondern stachelte ihn wohl auch an, auf dem eingeschlagenen Wege nach höheren Ehren zu streben. Der Ehe entsprossen drei Söhne – sie schlugen ebenfalls die Offizierslaufbahn ein – und zwei Töchter.⁸

Kurze Zeit nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges wurde Keitel zum Hauptmann befördert und mit dem „Eisernen Kreuz“ 1. Klasse – später auch mit dem Hohenzollernschen Hausorden – geehrt, allerdings auch durch einen Granatsplitter am rechten Unterarm verwundet. Ohne den sonst üblichen Weg einer fünfjährigen Ausbildung absolviert zu haben, erhielt er im März 1915 den Auftrag, als Generalstabsoffizier beim Generalkommando des X. Reservekorps tätig zu sein. Wie es dazu kam, ist unbekannt; Keitel empfand dies jedenfalls als eine seltene Auszeichnung. Voller Selbstvertrauen meinte er, das fehlende Wissen könne er durch Fleiß und seinen „gesunden Menschenverstand“ ausgleichen. Er sei „glücklich“, beschrieb Frau Lisa den Zustand ihres Mannes. Sie bekannte zugleich, darüber „froh“ zu sein, „daß er aus dem Schützengraben heraus ist“.⁹ In seiner neuen Stellung lernte er 1917 Major Werner von Blomberg kennen. Ihm sollte er so manche Station seiner weiteren Karriere verdanken, bevor es im Februar 1938 zum Bruch ihrer nahezu freundschaftlichen Beziehung kam. Im weiteren Verlauf des Ersten Weltkrieges bekleidete Keitel als Erster Generalstabsoffizier sogenannte Ia-Stellungen bei der 19. Reserve-Infanterie-Division und während der letzten Kriegsmonate beim Generalkommando des Marine-Korps in Flandern. Erstaunlich bleibt, daß er in der Kriegszeit nicht über den Rang eines Hauptmanns hinausgelange.

In der Novemberrevolution zeigte sich Keitel „entsetzlich deprimiert“ und „angeekelt von der Bestie des Pöbels“. Er erlebe, so schrieb er am 10. Dezember 1918, „die traurigsten Zeiten im militäri-

⁵ Zur militärischen Memoirenliteratur siehe Gotthart Breit: Das Staats- und Gesellschaftsbild deutscher Generale beider Weltkriege im Spiegel ihrer Memoiren, Boppard am Rhein 1973.

⁶ Siehe dazu Klaus-Jürgen Müller: Armee und Drittes Reich 1933-1939. Darstellung und Dokumentation. Unter Mitarbeit von Ernst Willi Hansen, Paderborn 1987, 12.

⁷ Lebenserinnerungen. Görlitz, S. 239.

⁸ Der jüngste Sohn fiel 1940.

⁹ Görlitz, S. 29 ff.

schen Leben“ und wolle „dem Offiziersberuf in absehbarer Zeit Lebewohl für immer“ sagen. Dennoch nutzte der inzwischen 36 Jahre alt gewordene Möchtegern-Bauer nicht die Chance, den Dienst zu quittieren und seinem 65 jährigen Vater auf dem Gut beizustehen. Angesichts der gegenrevolutionären Entwicklung in Deutschland brauchte er sich auch bald nicht mehr „niedergedrückt“ zu zeigen. Bereits Ende Februar 1919 durfte er an einer „Kriegsministeriumverhandlung über das Zukunftsheer“ teilnehmen, was ihn außerordentlich befriedigte.¹⁰ Aus Stettin schrieb er im März, wie sehr er es bedauere, „daß uns heute die Kraft fehlt, dem unverschämten Polenpack Halt zu gebieten, geschweige denn im eigenen Land die Ordnung wiederherzustellen ... Der militärische Dienst unter den heutigen Verhältnissen fordert ein gewaltiges Maß von Selbstverleugnung, nur das angeborene und im alten Geist gepflegte Pflichtgefühl macht es selbstverständlich, daß man alle persönlichen Rücksichten und Empfindungen zurücktreten läßt, um mitzuhelfen, solange noch die Aussicht besteht, das Schlimmste, den völligen Bolschewismus abzuwenden. Wie ernst diese Gefahr ist, darin habe ich hier in der Ostmark einen größeren Einblick, als an anderer Stelle, zumal die Bearbeitung aller Maßnahmen für die Abwehr in meinen Händen liegt.“¹¹ Diese Äußerungen gehören zwar zu den wenigen, die seine politische und weltanschauliche Grundhaltung erkennen lassen, jedoch ist ihnen eindeutig zu entnehmen, in welchem Ausmaß er politisch motiviert und wie hohl das Gerede von den „unpolitischen“ Soldaten in den Jahren der Weimarer Republik gewesen ist

Keitel wurde in die Reichswehr übernommen und gehörte nun zu der Elite von 4000 Heeresoffizieren, deren Tätigkeit laut Friedensvertrag von Versailles in einem auf 100.000 Mann reduzierten Heer gestattet war. In ihr setzte er seine Karriere ungehindert fort. Sie verlief weder besonders auffällig noch aufregend, eher geradlinig, ohne Stocken und Pause. Zunächst diente er von 1920 bis 1922 als Taktiklehrer an der Kavallerieschule Hannover, anschließend bis 1925 als Chef einer Batterie und seit 1927 als Abteilungskommandeur der II. Abteilung des 6. Artillerie-Regiments in Minden. Bereits am 1. April 1923 war er zum Major befördert worden. Als Truppenkommandeur schien er jedoch weniger gefragt zu sein, man schätzte seinen unermüdlichen Arbeitseifer, sein Organisations- und Verwaltungsgeschick. Überzeugt, gewissenhaft und zuverlässig setzte er sich dafür ein, die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu umgehen.

Seine Fähigkeiten hatte Keitel zunächst unter Beweis stellen können, als er von 1925 bis 1927 im Truppenamt des Reichswehrministeriums – das faktisch die Funktion des verbotenen Generalstabs erfüllte – eine wichtige Rolle für die Unterstützung des „Grenzschutzes Ost“, einer milizähnlichen Ergänzung der Reichswehrtruppen, zu spielen vermochte. Im Oktober 1929 stieg er – nunmehr bereits im Range eines Oberstleutnants – zum Leiter der Heeres-Organisationsabteilung im Reichswehrministerium auf. Ihm oblagen hier die geheimen Vorbereitungsarbeiten für die ins Auge gefaßte personelle Verdreifachung des Heeres und für die moderne waffentechnische Ausrüstung der Reichswehr. Er befaßte sich auch mit Plänen für eine Wehrreform auf Milizbasis. 1931 unternahm er eine Dienstreise in die Sowjetunion. Er vermeinte, in der Roten Armee „Kern des Staatswesens und Sprungbrett zu den höchsten Ämtern im Staat“ sehen zu können und zeigte sich davon besonders beeindruckt.¹² Für die Reichswehr und das Konzept, eine deutsche Gleichberechtigung in der Rüstung zu erreichen, hielt er Verbindung zur deutschen Delegation auf der Genfer Abrüstungskonferenz, bis sich diese im Juli 1932 vertagte.

Im Herbst 1932 erkrankte Keitel. Überbeanspruchung und offensichtlich der Druck, seine Tätigkeit streng geheimhalten zu müssen, hatten ihn zu einem Kettenraucher werden lassen. Thrombose, Venenentzündung und Herzanfälle plagten ihn. Er durfte sich in einem Sanatorium in der Hohen Tatra erholen und kehrte erst im Frühjahr 1933 nach Deutschland zurück. Daß hier inzwischen die Weimarer Republik beseitigt und ein Terrorregime errichtet worden war, störte ihn keineswegs. Im Gegenteil, er zeigte sich sehr beeindruckt von Hitlers Bemühungen, die Fesseln des Versailler Vertrages endgültig sprengen und Deutschlands Großmachtpositionen wiederherstellen zu wollen. Seine

¹⁰ Ebenda, S. 35 ff.

¹¹ Ebenda, S. 37 f.

¹² Ebenda, S. 49. Siehe auch Gerd F. Heuer: Die deutschen Generalfeldmarschälle und Großadmirale 1933-1945, Rastatt 1988, S. 52.

konservativ-nationalistischen Sympathien lagen eindeutig bei der NSDAP. Da er sich als Offizier parteipolitisch nicht engagieren durfte, liegen von ihm selbst aus dieser Zeit keine Äußerungen vor. Jedoch wird sich sein Denken nicht wesentlich von dem seiner Frau unterschieden haben; sie schrieb in Briefen an die Verwandtschaft u. a. am 26. März 1933, sie sei von Hitler „als Persönlichkeit restlos begeistert“. Dem fügte sie noch einen Satz hinzu, der das Denken vieler deutscher Konservativer charakterisierte: „Der Mann kann doch noch unser Mussolini werden“. Am 18. Mai, einen Tag nach Hitlers Darlegungen zur künftigen deutschen Außenpolitik im Reichstag, fiel das Lob noch drastischer aus: „Jede Rede von dem Mann ist ein Kunstwerk, so klar und sachlich und von einer hohen Warte aus, die man dem Mann nie zugetraut hätte.“ Und über die Mitwirkung ihres Mannes wußte sie zu berichten: „Gestern hielt Wilhelm große Rede an alle Nazi- und Stahlhelmoberführer!“ Am 5. Juli hieß es dann: „... Wilhelm kehrte gestern früh sehr angetan von Reichenhall, der großen SA-Führertagung, heim. Er war richtig verjüngt und so energisch. Er hat länger mit Hitler gesprochen, war oben bei seinem Häuschen und ist direkt begeistert von Hitler. Die Augen wären fabelhaft und wie der Mensch redet ...“¹³ Auch Keitel selbst bekundete später offen: „... meine politische Überzeugung war nationalsozialistisch“¹⁴, obgleich er in seinen Nürnberger Aufzeichnungen zumeist zurückhaltendere Formulierungen wählte.

Wieder genesen, stieg Keitel erneut in den aktiven Dienst ein. Im Herbst 1933 wurde er zur Truppe versetzt, zunächst als stellvertretender Kommandeur der 3. Infanteriedivision bei Potsdam und schließlich als Kommandeur nach Bremen, um dort die neue 22. Infanterie-Division aufzustellen. Als sein Vater im Mai 1934 starb und Gelegenheit gewesen wäre, das Familiengut in Helmscherode zu übernehmen, schob er wiederum den Gedanken an ein vorzeitiges Ende der militärischen Laufbahn beiseite. Nur halbherzig besprach er sich mit General Werner Freiherr von Fritsch, dem Oberbefehlshaber des Heeres, und ließ sich gern „überreden“, Soldat zu bleiben. In Nürnberg, als er seine Erinnerungen niederschrieb, fand er dafür lediglich ein paar bläßliche Worte: „Mich zog es mit allen Fasern des Herzens nach Helmscherode, aber mit meiner Stiefmutter und meiner Schwester konnte meine Frau nicht zusammen wirtschaften, und ich konnte das Problem nicht lösen.“¹⁵ Zu den Morden an den beiden Generälen Kurt von Schleicher und Ferdinand von Bredow während der Massaker vom 30. Juni 1934 verlor er kein Wort des Bedauerns oder gar des Protestes; noch 1946 verglich er den ersteren mit einer „Katze, die das politische Mäusen nicht lassen konnte“.¹⁶

Ganz offensichtlich „bewährte“ sich Keitel im Sinne des Regimes. Seine Dienstbeflissenheit galt dem Übergang zur Politik der direkten und beschleunigten Kriegsvorbereitung, so daß offizielle Anerkennungen nicht ausblieben. Nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der programmatischen Umbenennung des Reichswehrministeriums in Reichskriegsministerium vom März 1935 erhielten Blomberg und er eine Einladung zum Parteitag der NSDAP. Er empfand dies als eine große „Ehre“ und ließ sich von den Massenaufmärschen und Paraden – einem sinnfälligen Ausdruck des erreichten Standes bei der Militarisation der deutschen Gesellschaft – willig beeindrucken. „Geradezu überwältigt“ sei er gewesen, notierte er noch elf Jahre später in seinen Nürnberger Erinnerungen (in denen er jedoch kein einziges Wort zu den gleichzeitig beschlossenen antisemitischen Gesetzen und ihren Folgen verlor!)¹⁷ Der „Ehre“ folgte die Berufung: Ein halbes Jahr danach, am 1. Oktober 1935, avancierte Keitel in der Nachfolge von General Walther von Reichenau zum Chef des Wehrmachtamtes, der wohl wichtigsten Institution innerhalb des Reichskriegsministeriums. Damit stand er jetzt unmittelbar an der Seite Blombergs und leitete eine Institution, die schließlich den organisatorischen und personellen Rahmen für das am 4. Februar 1938 gebildete Oberkommando der Wehrmacht (OKW) abgeben sollte.

¹³ Görlitz, S. 52 f.

¹⁴ Zit. nach Görlitz, S. 405.

¹⁵ Lebenserinnerungen. Görlitz, S. 71.

¹⁶ Ebenda, S. 70.

¹⁷ Ebenda, S. 81. Der Kommentar von Görlitz geht am Problem vorbei: „Die verhängnisvollen staatsrechtlichen und innerpolitischen Entscheidungen kommen dem unpolitischen Soldaten gar nicht zu Bewußtsein.“ Keitel war alles andere als „unpolitisch“. Die Passagen der „Lebenserinnerungen“, die sich mit dem „Gast des Führers“ auf dem NSDAP-Parteitag von 1936 befassen, wurden von Görlitz nicht veröffentlicht.

In den Jahren 1936/37 ging es Keitel vorrangig um die Stärkung der Positionen Blombergs als Reichskriegsminister und vor allem als Oberbefehlshaber der Wehrmacht. Vorwürfe, er habe sein eigenes Süppchen kochen und Generalstabschef der Wehrmacht werden wollen, scheinen ihn stark berührt zu haben. Noch in seinen Nürnberger Aufzeichnungen versuchte er, sie zu widerlegen: „Entweder war er (Blomberg, M.W.) der Oberbefehlshaber der Wehrmacht mit allen daraus resultierenden Rechten, oder er war nur eine Scheinfigur, dem die strategisch-operative Führung nach Ansicht des Heeres, aber auch – nicht so offensichtlich – seitens der Kriegsmarine, nicht eingeräumt wurde. Für mich war es eine Frage des Prinzips, nicht etwa der Eitelkeit oder des persönlichen Geltungsbedürfnisses, Blombergs berechtigten Führungsansprüchen Geltung verschaffen zu helfen. Ich war mir sehr wohl bewußt, daß mir nicht nur die Begabung, sondern auch die generalstabsmäßige Vorbildung fehlte, (um) etwa die Rolle eines Generalstabschefs der Wehrmacht übernehmen zu können ...“¹⁸ Die Keitel übertragene Aufgabe als Chef des Wehrmachtamtes und damit zugleich als Stabschef des Ministers bestand darin, die Wehrmacht rasch ausbauen und wirksame innere Strukturen sichern zu helfen. Vornehmlich sollte ihn die Suche nach einer effektiven Lösung für die Koordinierung des Einsatzes von Heer, Kriegsmarine und Luftwaffe beschäftigen.

Keitel hatte im Dritten Reich eine Schlüsselstellung gewonnen. Um so mehr mußte ihm klar sein, daß sich die immer deutlicher zutage tretende Vorbereitung auf einen Krieg mit dem schrankenlosen Willen zur Kriegsentfesselung paarte. Die Absicht, für einen „modernen“ Krieg zu rüsten und für diesen den neuesten Entwicklungsstand von Industrie und Technik zu nutzen, stellte sich ihm keineswegs als die ausschlaggebende oder gar als alleinige Ursache des Strebens nach einer einheitlichen militärischen Mobilmachung dar. Die angestrengte Suche nach der effektivsten Nutzung vorhandener Potentiale ergab sich auch für ihn vor allem aus dem hohen Grad der nationalsozialistischen Aggressivität und den extrem weitgespannten expansionistischen Kriegszielen. Blomberg, er und weitere Militärs erstrebten eine grundlegend neue Spitzengliederung der Wehrmacht, um die einzelnen Schritte aus der Defensivstrategie der Reichswehr zu einer „offensiven Defensive“ sowie für die konkrete Planung überraschender Angriffs- und Eroberungskriege zu sichern und zu beschleunigen. Ihnen kam es darauf an, eine den Bedingungen des „Führerstaates“ angepaßte einheitliche Kommandostruktur zu entwickeln und durchzusetzen. Noch in den Verhandlungen des Nürnberger Prozesses meinte Keitel, daß – wenn „der Staatschef ... aufgerufen ist, das Kommando zu führen“ – dieser Grundsatz „auf militärischem Gebiet ganz besondere Geltung“ haben müsse.¹⁹

Keitels Gedanken zur Schaffung einer einheitlichen Wehrmachtführung, die das weitgehende Nebeneinander der drei Teilstreitkräfte aufheben und für deren reibungslose Zusammenarbeit sorgen sollte, trafen sich mit denen Hitlers. Sie bewirkten zugleich einen Konflikt mit den Offizieren im Oberkommando des Heeres (OKH) und insbesondere mit dem von General Ludwig Beck geleiteten Generalstab des Heeres. Gegen Keitels Vorschlag, einen „Führungs-Stab der Gesamtwehrmacht“ zu schaffen, regte sich erbitterter Widerstand. In alter militärischer Tradition fühlte sich die Generalität des Heeres als zentrale Führungskraft berufen. Für Planung und Organisation eines Kontinentalkrieges gedachte sie, Marine und Luftwaffe als ihre Hilfstruppen einzusetzen.

Obwohl Keitels Bemühungen weitgehend ohne Erfolg blieben, wurde ihm dennoch Anerkennung zuteil: Am 1. Januar 1936 erfolgte die Ernennung zum Generalleutnant, am 1. August des folgenden Jahres die zum General der Artillerie. Wurde mit den Beförderungen vielleicht auch seine Bereitschaft, die Wehrmacht voll und ganz in das nationalsozialistische Herrschaftssystem zu integrieren und jegliche Opposition gegen ihre Politisierung zu zerschlagen, belohnt? Im Mai 1936 befahl er jedenfalls, daß „politisch unzuverlässige“ Soldaten bei ihrer Entlassung aus der Wehrmacht der Gestapo zu melden seien.²⁰ Solche Bereitschaft zu denunziatorischer Beflissenheit erwuchs aus der Genugtuung über das Wiedererstarken der Armee und dem zunehmenden Bekenntnis zu Zielen und Ideologie des deutschen Faschismus. Wie Blomberg bemühte sich auch Keitel intensiv um die ideologische Ausrichtung der Wehrmacht. Jeder Gedanke an eine politische und weltanschauliche Neut-

¹⁸ Lebenserinnerungen. Görlitz, S. 87.

¹⁹ IMT, Bd. X, S. 562 f.

²⁰ Manfred Messerschmidt: Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Heidelberg/Hamburg 1969, S. 62.

ralität der Truppe, den lediglich eine kleine Minderheit der Offiziere beizubehalten trachtete, wurde verworfen. Die politischen Ansprüche der Militär-Elite gingen voll und ganz im faschistischen Staat auf, in dem sie sich selbst als die zweite tragende „Säule“ neben der Partei verstand. Je stärker die unmittelbare Kriegsvorbereitung betrieben wurde, desto mehr mußten jene traditionellen „unpolitischen“ Ambitionen zurücktreten, in denen sich die Ablehnung des Weimarer Staates und der Wunsch ausgedrückt hatte, neue Voraussetzungen für eine militärisch abgestützte Großmachtpolitik zu schaffen.

Keitels Vorschläge und Überlegungen entsprachen voll und ganz dem von Hitler eingeschlagenen Kurs auf den Krieg. Es zeugt auch von seiner Grundorientierung auf nichtprovozierte militärische Aggressionsakte und einen umfassenden Krieg, wenn in der Weisung seines Ministers vom Sommer 1937 für die „einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht“ vom kommenden „Krieg im Osten“ geschrieben wurde, der „mit einer überraschenden deutschen Operation gegen die Tschechoslowakei beginnen (könne). Die politischen und völkerrechtlichen Voraussetzungen für ein derartiges Handeln müssen vorher geschaffen sein ...“²¹ Und was für Keitel gesagt werden kann, besitzt generelle Gültigkeit: Nationalistisch-expansive Großmachtambitionen, autoritär-antidemokratische Staatsideale und ein bedenkenloser Wille zum Krieg – diese drei Elemente bildeten ein wesentliches Fundament für die Komplizenschaft von NSDAP-Führung und Militärs bei Aggression, Friedensbruch und verbrecherischer Kriegführung.

Sowohl Blomberg als auch Keitel hatten konzeptionell auf jene Lösung hingearbeitet, die Hitler am 4. Februar 1938 mit der Übernahme des Oberbefehls über die Wehrmacht und mit der Schaffung eines Oberkommandos der Wehrmacht traf. Dieses sollte von nun neben seinen ministeriellen Funktionen das verwaltende und lenkende Organ für die Abstimmung der drei Wehrmachtteile sein sowie alle Einrichtungen für die militärische Versorgung und die totale Mobilmachung auf die Gesamtstrategie ausrichten. Mit seiner direkten Unterstellung unter den neuen Oberbefehlshaber Hitler war zugleich ein wichtiger Schritt erfolgt, der das Militär weiter politisieren half, aber zugleich seine Rolle als eines eigenständigen politischen Faktors beschränkte. Allerdings änderte sich nur die „Konstruktion für die Organisation der Nation im Zeitalter des technisch-industrialisierten Krieges“²², wodurch die historische Verantwortung der führenden Militärs für den Krieg, der – so wie er vorbereitet, entfesselt und geführt wurde – auch ihr Krieg war und ihren eigenen Interessen wie Zielvorstellungen entsprach, in keiner Weise geschmälert wird.

Unabhängig davon, ob Blomberg und Keitel die neuen „personellen und institutionellen Regelungen nicht nur generell maßgeblich beeinflußt, sondern auch bis in Einzelheiten hinein vorbereitet“ haben sollen, wie manche Historiker meinen²³ – die Ereignisse führten zu des einen Sturz und des anderen endgültigem Aufstieg. Die entwürdigenden Umstände und persönlichen Querelen stellten lediglich den äußeren Rahmen einer faschistischen Konfliktlösung dar, die sicher von Keitel weder veranlaßt noch gewollt, aber dennoch von ihm willig und eifertig mitgetragen wurde. Bis dahin durfte er als einer der wichtigsten Berater des Reichskriegsministers gelten. Ihr enges Verhältnis nahm darüber hinaus familiären Charakter an, als sich sein ältester Sohn, Leutnant Karl-Heinz Keitel, im Januar 1938 mit Blombergs Tochter aus erster Ehe verlobte. Allerdings sollte die freundschaftliche Verbindung der Väter von Braut und Bräutigam nur noch wenige Wochen dauern. Der von Hitler am 4. Februar 1938 geschaßte Reichskriegsminister konnte seinem Schützling das aus seiner Sicht falsche Verhalten in der „Blomberg-Fritsch-Krise“ nie verzeihen.

Der Vorwurf war nicht unberechtigt: Keitel wußte um die zweite Eheschließung Blombergs, bei der Hitler und Göring am 12. Januar 1938 Trauzeugen gewesen waren. Als jedoch der Berliner Polizeipräsident, Wolf Heinrich Graf Helldorf, der später zum Widerstand gehörte, am 23. Januar 1938 mit einer Akte über das Fräulein Erna (Eva) Gruhn zu ihm kam und deren „unehrenhafte“ Vergangenheit im ältesten Gewerbe der Welt nachwies, offenbarte er wenig Gespür für dessen Anliegen und für

²¹ Dok 175-C, IMT, Bd. XXXIV, S. 734 f.

²² Müller, *Armee und Drittes Reich*, S. 37.

²³ Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Bd. 1: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, Stuttgart 1979, S. 608.

die Brisanz der Unterlagen. Da Blomberg zufällig nicht erreicht werden konnte, schickte Keitel seinen Gast zu Göring, der sofort den Stein ins Rollen brachte. Göring verfolgte eigensüchtige Ziele, wollte offensichtlich selbst gern Reichskriegsminister und damit endgültig der zweite Mann nach Hitler werden. Neben Blomberg, der vier Tage darauf seinen Abschied nehmen mußte, wurde auch Generaloberst von Fritsch – als Oberbefehlshaber des Heeres der nächstliegende Kandidat für den vakanten Posten – unter obskuren Umständen ausgeschaltet. Ob Keitel den Skandal um seinen langjährigen Chef und Gönner hätte vertuschen können, steht dahin. Blomberg und andere Kritiker warfen ihm aber mehr oder weniger berechtigt vor, nicht wenigstens auf der Übergabe der Akte an ihn bestanden und keinen Versuch unternommen zu haben, die heikle Angelegenheit zunächst innerhalb der Wehrmacht zu klären. Unmut erweckte beim verabschiedeten Reichskriegsminister auch, daß Keitel die an Hitler gerichtete Bitte, in sein Amt zurückkehren zu dürfen, wenn er sich von seiner Frau trenne, nicht unterstützte. In den Augen seiner Kritiker hatte Keitels persönliches Prestige dadurch Schaden erlitten.²⁴ Manche der Vorbehalte, die gegen ihn bestanden, waren zudem mit generellen Streitfragen unter den deutschen Militärs verquickt. In ihnen ging es zwar nicht um die nahezu einhellig akzeptierten strategischen Zielsetzungen, aber dafür wurde um die erfolgversprechendsten Methoden der Kriegsvorbereitung und die Wahl der günstigsten Termine für die einzelnen Aggressionsakte hartnäckig gerungen.

Während der Vernehmungen in Nürnberg hat Blomberg die Vorgänge um die Berufung Keitels zum Chef des Oberkommandos der Wehrmacht geschildert. Diese habe bei vielen ja Erstaunen hervorgerufen und gehe nicht auf ihn zurück. Im Gegenteil: Als er von Hitler in den späten Januartagen des Jahres 1938 gefragt worden sei, wer das Amt eines OKW-Chefs übernehmen könne, habe er keinen geeigneten Mann zu nennen gewußt. Auf die weitere Frage Hitlers, wen er denn „bisher bei sich“ gehabt habe, soll seine Antwort gelautet haben: „Ach, Keitel, der ist nur Vorsteher meines Büros gewesen.“ Laut Blomberg reagierte Hitler spontan: „Das ist ja gerade der Mann, den ich suche.“²⁵ Und er befahl, daß Keitel am 27. Januar 1938 um 13 Uhr in Zivil bei ihm zu erscheinen habe ...

Für Keitel bedeuteten Hitlers Entscheidungen und die Veränderungen in der militärischen Spitzengliederung vom Februar 1938 die entscheidende Zäsur seines Lebensweges: Mit der Berufung zum Chef des Oberkommandos der Wehrmacht trat er vollends aus dem Schatten heraus. Er zeigte sich unendlich erfreut über das Vertrauen des „Führers“, der ihm versicherte: „Sie sind mein Vertrauter und einziger Berater in den Fragen der Wehrmacht.“²⁶ Obwohl der Posten nicht wieder besetzt wurde, nahm Keitel mit dem neuen Amt faktisch die Funktion eines Reichskriegsministers ein. Er gehörte jetzt zur unmittelbaren und engsten Umgebung des „Führers“, der gelegentlich mit ihm stundenlange Gespräche führte. Von nun an stellte sich Keitel voll und ganz, loyal und in subalterner Beflissenheit dem Mann zur Verfügung, den er bald als ein militärisches Genie und als den „größten Feldherrn aller Zeiten“ pries. Zwar war der Höhepunkt seiner Laufbahn erreicht, doch damit begann zugleich der moralische Abstieg: Keitel hatte sich vollends an die Seite Hitlers begeben und wurde sein unentbehrlicher Erfüllungsgehilfe.

Der so „gesuchte“ und sich freudig zur Übernahme des neuen Amtes bereitfindende Mann trat seine neue Stellung mit personalpolitischen Vorschlägen und Entscheidungen an. Er versuchte zunächst, Göring in das Amt des Reichskriegsministers zu lancieren. Jedenfalls unterbreitete er dem „Führer“ diesen Vorschlag, und dies keineswegs in „politischer Arglosigkeit“.²⁷ Hitler übernahm jedoch selbst den Oberbefehl über die Wehrmacht und beriet mit seinem neuen Chef des Oberkommandos, wen er an die Stelle von Fritsch an die Spitze des Heeres setzen solle. Keitel redete ihm den Gedan-

²⁴ Später schrieb Hitlers Luftwaffen-Adjutant, Keitel habe sich nur mit Jodl und nicht mit den führenden Generälen des Heeres über den Fall Blomberg unterhalten: „Dieses Odium aus den ersten Tagen seiner neuen Stellung hat er nie abschütteln können. Dadurch ist er später oft falsch beurteilt worden.“ Keitel sei Ende Januar 1938 „völlig unvorbereitet vor eine Situation gestellt worden, der er nicht gewachsen war.“ Nicolaus von Below: Als Hitlers Adjutant 1937-1945, Mainz 1980, S. 69.

²⁵ Walter Warlimont: Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939-1945. Grundlagen, Formen, Gestalten. Frankfurt a. M./Bonn 1962, S. 29.

²⁶ Warlimont, S. 29.

²⁷ Görlitz, S. 107, Fußnote 192.

ken aus, General Walter von Reichenau zum neuen Heereschef zu machen, und brachte dafür einen Mann seiner Gesinnung ins Spiel: Generalmajor Walther von Brauchitsch, den Befehlshaber der Heeresgruppe IV in Leipzig. Am Abend des gleichen Tages konfrontierte er seinen Favoriten in einer Unterredung mit der für seine Denkweise typischen Frage, ob er bereit sei und sich in der Lage fühle, „das Heer enger an den Staat und sein Gedankengut heranzuführen, einen ebensolchen Chef des Generalstabes, wenn nötig, zu nehmen und die jetzige Spitzenorganisation anzuerkennen.“²⁸ Brauchitsch bejahte, wurde daraufhin von Hitler ernannt und schrieb noch im gleichen Jahr über die Grundsätze für die Erziehung des Offizierskorps: „Wehrmacht und Nationalsozialismus sind desselben geistigen Stammes. Sie werden weiter Großes für die Nation leisten, wenn sie dem Vorbild und der Lehre des Führers folgen, der in seiner Person den echten Soldaten und Nationalsozialisten verkörpert.“²⁹ Auch andere Personalfragen regelten sich nach Keitels Wünschen: An die Stelle des ebenfalls entlassenen Adjutanten des Heeres und der Wehrmacht bei Hitler, Oberst Alfred Hoßbach, der Fritsch zu verteidigen gewagt hatte und dem Hitler und Keitel deshalb ihr Vertrauen entzogen, trat Major Rudolf Schmudt. Mit Erfolg regte der Chef des OKW an, Schmudt als Adjutant der Wehrmacht über die anderen Adjutanten der drei Teilstreitkräfte beim „Führer“ zu stellen. Seinen Bruder, General Bodewin Keitel, hievte er sogar in das Amt eines Leiters der Heeres-Personalabteilung. Der Vorwurf, er betreibe Vetternwirtschaft, prallte an ihm ab ...³⁰

An der alten Struktur des Reichskriegsministeriums änderte sich mit der Schaffung des OKW kaum etwas. Keitel übernahm den aus vier großen Ämtern bestehenden umfangreichen Apparat. Ihm unterstanden das Wehrmachtführungsamt (seit 1940 Wehrmachtführungsstab genannt), das er bisher geleitet hatte. Sein Nachfolger wurde der ihm nahe stehende Alfred Jodl, dessen Stellvertreter Walter Warlimont. Zu Keitels Verantwortungsbereich gehörten weiter das bis zum Februar 1944 von Admiral Wilhelm Canaris geführte Amt Ausland/Abwehr, das für Personal- und Mobilmachungsfragen sowie für das Kriegsgefangenenwesen zuständige Allgemeine Wehrmachtsamt unter Generalleutnant Hermann Reinicke und nicht zuletzt das besonders wichtige, General Georg Thomas unterstehende Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt. Außerdem waren dem OKW-Chef das Wehrmacht-Zentralamt, die Justizdienststelle und die Wehrmachtrechtsabteilung sowie das 1936 wieder ins Leben gerufene Reichskriegsgericht unterstellt.

Es ist bezeichnend, daß sich bereits Keitels erster Auftritt auf dem Parkett der hohen Politik auf unwürdige Art und Weise vollzog: Am 12. Februar 1938 mußte er mit anderen Generalen „zufällig“ beim Empfang des österreichischen Bundeskanzlers Schuschnigg durch Hitler auf dem Berghof zugegen sein. Sie sollten den Gast herumstehend und ungeduldig wartend nervös machen und psychologisch unter Druck setzen. Hitler benutzte den OKW-Chef als Figur, mit der er bluffen wollte. Als das Gespräch mit dem österreichischen Gast festgefahren schien, schrie er, Keitel solle sofort kommen. Keitel kam! Auf seine Frage, was Hitler zu befehlen habe, erhielt er zur Antwort: „Gar nichts! Setzen Sie sich.“ Später schrieb er in seinen Lebenserinnerungen, daß ihm „natürlich“ bewußt gewesen sei, wie er als „Mittel zum Zweck“ benutzt wurde, um doppeldeutig zu ergänzen, er habe damals gespürt, daß er „zum ersten Mal im Leben eine Rolle spielte.“³¹

Mit großem Nachdruck verteidigte Keitel in den ersten Wochen und Monaten nach seiner Ernennung zum Chef des OKW die Entscheidungen Hitlers von Ende Januar/Anfang Februar 1938. Er verfaßte eine umfangreiche und unter dem 19. April 1938 datierte Denkschrift „Die Kriegführung als Problem der Organisation“, die offensichtlich Hitler zur Billigung vorlag, bevor Keitel sie den Oberkommandos der Wehrmachtteile übermittelte. Mit ihr wurden endgültig im Heer weiterhin existierende, traditionelle Auffassungen zur Spitzengliederung des Militärs zurückgewiesen. Keitel betonte die Notwendigkeit einer „einheitlichen Vorbereitung des totalen Krieges“ und schrieb: „Die

²⁸ Aus den Tagebüchern Alfred Jodls. Zit. nach Müller, *Armee und Drittes Reich*, S. 248.

²⁹ Manfred Messerschmidt und Ursula von Gersdorff: *Offiziere im Bild von Dokumenten aus drei Jahrhunderten*, Stuttgart 1964, S. 274.

³⁰ Keitel zeigte „ein dickes Fell, das ihm in späteren Jahren seine Gesundheit erhalten hat.“ Below, S. 74.

³¹ Lebenserinnerungen. Görlitz, S. 177; Keitel sollte die gleiche Rolle auch in den Verhandlungen Hitlers mit dem Tschechoslowakischen Staatspräsidenten Emil Hacha in der Nacht vom 14/15. März 1939 spielen, als es um die militärische Zerschlagung der „Resttschechei“ ging.

heutige Organisation der Wehrmachtführung ist m. E. die beste und folgerichtigste, die man für einen autoritären Staat finden kann. Es kommt nur darauf an, sie anzuerkennen und sich ihrer in harmonischer Zusammenarbeit zu bedienen.“³² Dem Heer und der Marine – bezeichnenderweise nahm er die unter Görings Befehl stehende Luftwaffe aus – warf er vor, sie hätten den „Ausfall“ des Reichskriegsministers für „eine Abwärtsbewegung in der der Frage einer straffen Wehrmachtführung“ mißbrauchen und sich „von lästigen Fesseln frei“ machen wollen.³³ Noch in Nürnberg empörte sich Keitel, es sei damals „ein Sturm auf Brauchitsch“ losgebrochen, vor allem habe dessen Generalstabschef, der „Hetzer“ General Ludwig Beck, keine Ruhe gegeben. Den Rücktritt Becks im Sommer 1938 durfte Keitel schließlich als seinen ersten großen Erfolg verbuchen. Er habe ihm „keine Träne nachgeweiht“, allerdings auch nicht zugetraut, daß sich Beck „hochverräterischen Umtrieben zur Verfügung“ stellen werde ...“³⁴

Der Chef des OKW sorgte sich jedoch nicht allein um die einheitliche, koordinierte Aufrüstung und Kriegsvorbereitung aller drei Teile der Wehrmacht, ihm ging es darüber hinaus auch um die weitere Militarisierung der deutschen Gesellschaft. Keitel machte sich den von Erich Ludendorff entwickelten Gedanken eines „totalen Krieges“ zu eigen und benutzte ihn als Ausgangspunkt aller Überlegungen. So lautete denn gleich der erste Satz der Denkschrift: „Es widerspricht den Grundsätzen des totalen Krieges der Zukunft, zu glauben, daß die Aufgaben ‚Führung des Waffenkrieges‘, die ‚Ausrichtung des Propaganda- und Wirtschaftskrieges‘ und die ‚Organisation der kämpfenden Nation zur Unterstützung des Waffenkrieges‘ getrennt werden können. Sie müssen gerade auf das engste vereinigt sein und zwar nicht nur in der Person des Generalissimus, der dann nur ein Schattenführer sein könnte wie der Kaiser als oberster Kriegsherr im letzten Kriege, sondern in einem Stabe – dem Oberkommando der Wehrmacht.“ Insbesondere bei einem längeren Ringen um die Waffenentscheidung könnten der Propaganda- und der Wirtschaftskrieg sogar entscheidend werden: „Führen sie zur inneren Zersetzung des gegnerischen Volkes, oder bringen sie seine Kraftquellen zum Versiegen, so können sie den Zusammenbruch eines ... Feindes auch ohne entscheidende Siege über dessen Wehrmacht herbeiführen oder derartige Siege erst ermöglichen.“ Daher brauche auch nicht mehr eine Kriegserklärung am Anfang eines Krieges zu stehen. Wie man sich gegenüber den neutralen Staaten verhalte, hänge davon ob, „ob der Eintritt der kriegsrechtlichen Normen mehr Vorteile oder Nachteile“ mit sich bringe.³⁵

Angesichts des großen Wertes, den Keitel dem Faktor Propaganda beimaß, konnte es auch nicht verwundern, daß er sich sogar auf einen Streit mit dem Propagandaminister Joseph Goebbels und mit Max Amann, dem Leiter des parteioffiziellen Eher-Verlages, einließ. Die Auseinandersetzung drehte sich zunächst um die Frage, welcher Verlag die seit 1936 mit 750.000 Exemplaren erscheinende wehrpropagandistische Halbmonatsschrift „Die Wehrmacht“ herausgegeben sollte. Sie endete mit einem Sieg Amanns. Das zwischen Keitel und Goebbels 1938/39 ausgehandelte „Abkommen über die Durchführung der Propaganda im Kriege“ legte schließlich die Hauptverantwortung des Propagandaministeriums fest.³⁶ Ein ähnliches Abkommen schloß Keitel am 11. November 1940³⁷ auch mit Rosenberg, dessen ideologischen Einfluß er in der Wehrmacht verstärken helfen wollte und dem er als Unterstützung seiner kunsträuberischen Aktionen mehr Vollmachten einräumte, als dieser beantragt hatte.³⁸

Seit seiner Berufung zum Chef des OKW war Keitel an den militärischen Planungen aller Überfälle auf andere Staaten direkt beteiligt. In die Gedankengänge Hitlers eingeweiht wie kaum ein anderer,

³² Görlitz, S. 160.

³³ Görlitz, S. 162.

³⁴ Lebenserinnerungen. Görlitz, S. 175 und 187.

³⁵ Görlitz, S. 155 und 164 f.

³⁶ Hasso von Wedel: Die Propagandatruppen der Deutschen Wehrmacht, Neckargemünd 1962, S. 22 f.; Manfred Messerschmidt: Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969, S. 241.

³⁷ Auf Wunsch Keitels später auf den 9.11. – den Gedenktag der NSDAP an ihre Gefallenen im Putsch von 1923 – zurückdatiert. Siehe Reinhard Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Stuttgart 1970, S. 299.

³⁸ Bollmus, S. 149.

entzog er sich auch nicht dessen vielfältigen Überlegungen, wie der Kriegsfall politisch am besten herbeizuführen wäre. Über den aggressiven Charakter der deutschen Pläne durfte er sich nicht getäuscht haben. Doch er wollte wohl nicht wahrhaben, daß der Weg in die Katastrophe gewählt worden war und in immer größerem Tempo beschritten wurde.

Wenige Wochen nach dem „Anschluß“ Österreichs und der Bildung des „Großdeutschen Reiches“, am 21. April 1938, protokollierte Hitlers neuer Chefadjutant das Ergebnis einer Besprechung zwischen Hitler und Keitel, die der Zerschlagung des tschechoslowakischen Staates galt.³⁹ Zu vermeiden sei „eine Zeit diplomatischer Auseinandersetzungen, die sich allmählich zuspitzen und zum Kriege führen“ würden, weil in diesem Fall die Tschechoslowakei Sicherungsmaßnahmen treffen könnte.

Keitel übermittelte dem „Führer“, ganz im Sinne ihrer Absprachen, am 20. Mai 1938 den Entwurf für eine neue Weisung zum „Fall Grün“, wobei er dem Papier ausdrücklich die Bemerkung hinzufügte, er habe es noch nicht mit den Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtsteile besprochen: „Ich beabsichtige, das erst zu tun, wenn dieser Entwurf in seinen Grundgedanken von Ihnen, mein Führer, gebilligt ist, um ihn dann zur Unterschrift wieder vorzulegen.“ Aus seiner Feder floß, daß die Tschechoslowakei durch ein „blitzschnelles Handeln“ zu zerschlagen sei, wenn „die politischen Ereignisse in Europa eine besonders günstige und vielleicht nie wiederkehrende Situation dazu schaffen.“ Weiter formulierte Keitel, sich offensichtlich selbst mehr als Politiker denn als Militär fühlend: „Für den Waffenkrieg kommt es darauf an, schon in den ersten vier Tagen eine militärische Lage zu schaffen, die interventionslüsternen gegnerischen Staaten die Aussichtslosigkeit der tschechischen militärischen Lage vor Augen führt sowie den Staaten, die territoriale Ansprüche an die Tschechoslowakei haben, einen Anreiz zum sofortigen Eingreifen gegen die Tschechoslowakei gibt. In diesem Fall ist mit dem Eingreifen Ungarns und Polens gegen die Tschechoslowakei zu rechnen, insbesondere dann, wenn durch die eindeutige Haltung Italiens an unserer Seite Frankreich sich scheut, zumindest aber zögert, durch sein Eingreifen gegen Deutschland einen europäischen Krieg zu entfesseln. Versuche Rußlands, die Tschechoslowakei militärisch zu unterstützen, sind aller Voraussicht nach zu erwarten. Werden in den ersten Tagen greifbare Erfolge durch die Erdoperationen nicht erzielt, so tritt mit Sicherheit eine europäische Krise ein.“⁴⁰

Gleich, ob es sich um den Fall „Grün“ oder den Fall „Weiß“ handelte – Keitel wußte stets frühzeitig um alle Pläne, die Schritt für Schritt zur Entfesselung des Zweiten Weltkrieges führten. Zaghaften Widerspruch erhob er lediglich, wenn innermilitärische Organisationsprobleme auf der Tagesordnung standen. Als Hitler über das OKW hinweg den Oberbefehlshaber des Heeres beauftragte, den Fall „Weiß“ zu bearbeiten, ging es Keitel nur darum, möglichst rasch diesen für die Kompetenzen des OKW gefährlichen Präzedenzfall aus der Welt zu schaffen und eine einheitliche, d. h. auch die beiden anderen Wehrmachtsteile umfassende Weisung zu erarbeiten.⁴¹ Kein Aggressionsakt vollzog sich ohne seine Mitwirkung, ohne seine Planungsarbeiten, ohne die von ihm unterzeichneten Befehle und ohne Rechtfertigung durch ihn.

Keitel stand unerschütterlich an der Seite Hitlers. Ihm genügten häufig dessen Andeutungen, um sie in Denkschriften oder Befehle umzusetzen. Er kannte die jeweils nächsten Ziele der Expansionspolitik, und bei jedem Schritt wiederholte er die Prozedur der Planungsarbeiten und der Suche nach den effektivsten Entscheidungen. Willig hatte er „aufgehört, ein freier Mann zu sein“ – so lautete sein Urteil über sich selbst, freilich erst nach dem Kriege. Über die Grenzen seines stets beachteten Credo „Gehorsamkeit und Treue“ vermochte er niemals nachzudenken. Folgerichtig klagte er auch nicht über das, was er zu tun hatte, nur über das Wie seines Tuns: Alles habe seiner „ständigen Abhängigkeit und nicht vorhersehbaren Inanspruchnahme durch Hitler Platz machen“ müssen. Und schlimmer noch: „Selbst die kurzen Urlaube nach Helmscherode zum Wochenende oder für einige Jagdtage“⁴² in

³⁹ ADAP, D, Bd. II, Nr. 133.

⁴⁰ Zit. n. Müller, Armee und Drittes Reich, S. 330.

⁴¹ Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 1, S. 631.

⁴² Keitel war ein passionierter Jäger. Ende September 1938 fuhr er als Gast von AEG-Generaldirektor Franz Luenitsch zur Hirschbrunft. Er notierte damals: Ich erlegte „den stärksten Hirsch meines Lebens, für mich ein gutes Omen für die nahe bevorstehende Lösung der tschechischen Frage“. Lebenserinnerungen. Görlitz, S. 192.

Pommern habe ich unerwartet mehrfach plötzlich abbrechen müssen, um, bisweilen sogar mehr (um) einer Laune willen als (aus) gerechtfertigtem Grunde ... mich ihm zur Verfügung zu stellen. So bereitwillig, wie der Urlaub oder auch die dringend notwendigen Dienstreisen vom Hauptquartier im Kriege nach Berlin genehmigt wurde, so rücksichtslos wurde darüber hinweggegangen und meine sofortige Rückkehr einfach befohlen.“⁴³

Auf Keitels Haupt war keineswegs eine „Dornenkrone“ gesetzt worden, wie der Historiker Walter Görlitz meint.⁴⁴ Die Tatsache, daß Hitler mit ihm umsprang wie ein Korporal mit seinen Rekruten, das Ungewöhnliche des adaptierten Lebensstils und der Streß seines Arbeitsalltags mögen ihn arg bedrückt und dazu geführt haben, sich auch „oft sehr unglücklich“ zu fühlen⁴⁵ – doch jede Erklärung, dies sei alles das Ergebnis einer „tragischen“ Verstrickung, greift zu kurz. Vielmehr entsprach seine Situation voll und ganz seinem eigenen Denken und Willen. Er sah seinen Lebenssinn darin, dem braunen Herrschaftssystem und Hitler zu dienen, für die beabsichtigte Eroberung des neuen „Lebensraumes im Osten“ einzutreten und die verfügbaren Kräfte für einen totalen Krieg zu mobilisieren. Bewußt dazu bereit, alle Konsequenzen zu tragen, verkörperte er die Grundprinzipien der im faschistischen Deutschland gefundenen Organisation der militärischen Spitzengliederung. In dieser lagen die Wurzeln seiner Schildhalter-Funktion, seiner Rolle als militärischer „Büro-Chef“ Hitlers. Mehr noch: Mit seiner Willfährigkeit und seiner übersteigerten, bedingungslosen Gehorsamkeit entsprach er nicht nur dem System, sondern bot für dessen Funktionieren geradezu erst die notwendige Voraussetzung. Hitler konnte sich auf ihn auch dann verlassen, wenn sich seine Befehle nach Keitels Empfinden allzu sehr von Recht und Moral entfernten. Das OKW war kein bloßes Instrument, es stellte ein ausführendes Organ dar, das alle Entschlüsse umsetzte, gleich ob sie falsch, unzulänglich oder auch widersinnig waren. Keitel darf mit Fug und Recht als eine *Conditio sine qua non* für die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen der politischen und der militärischen Führung des Dritten Reiches sowie für die Erfüllung einer barbarisch und verbrecherischen Kriegführung betrachtet werden.⁴⁶

Nicht allein die planmäßige Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges, sondern mehr noch die barbarische Kriegsführung sind auf das engste mit Keitels Namen verbunden. Wie Jodl und zahlreiche andere Militärs hatte auch er sich zu einem entschiedenen Verfechter der Ziele des Nationalsozialismus entwickelt. Seine späteren Behauptungen, er sei kein Nazi gewesen und politisch-ideologische Motive hätten ihm fern gelegen, stellten lediglich den Versuch dar, angesichts der in Nürnberg nachgewiesenen Verbrechen die grundsätzliche Identität der Interessen von politischer und militärischer Führung vertuschen zu wollen. Es war gerade die prinzipielle Übereinstimmung in den Zielen, die Keitel an das faschistische System und Hitler banden. Und sie zahlte sich für seine Karriere aus: In ungewöhnlich raschen Schritten war die Beförderung zum Generalmajor, zum Generalleutnant und bereits am 10. November 1938 zum Generaloberst erfolgt. Den höchsten Rang erklimm er am 19. Juli 1940; kaum daß der Sieg über Frankreich erreicht und unter seiner Leitung – an historischer Stätte, im Wald von Compiègne, wo Deutschland 1918 den Waffenstillstand hatte unterzeichnen müssen – die französische Kapitulation ausgehandelt worden war. Nun durfte er sich gleich 18 weiteren Militärs mit den Insignien eines Generalfeldmarschalls schmücken, die vor ihm lediglich Blomberg und Göring hatten tragen dürfen.⁴⁷ Auch weitere Auszeichnungen wurden ihm zuteil. Er erhielt das „Goldene Parteiabzeichen der NSDAP“, das nur Mitgliedern der Partei vorbehalten war, die ihr bereits vor dem September 1930 angehörten und deren Mitgliedsnummer unter 100.000 lag. Schließlich ließ Hitler seinem Paladin zum 60. Geburtstag die stattliche Dotation von 250.000 RM zukommen.⁴⁸

⁴³ Lebenserinnerungen. Görlitz, S. 198.

⁴⁴ Görlitz, S. 408.

⁴⁵ Ebenda, S. 412.

⁴⁶ Siehe Streit, Keine Kameraden, S. 298.

⁴⁷ Diese Beförderung Keitels sei nur erfolgt, um ihn in seiner Stellung als Chef des OKW nicht hinter den anderen rangieren zu lassen, mutmaßt Below, S. 240.

⁴⁸ Görlitz, S. 435.

Keitel – so lautete nach der Niederlage von 1945 eine der gängigen Entschuldigungsformeln – sei zwar ranghöchster Offizier, aber kein Befehlshaber gewesen. Seine Rolle habe sich auf die eines Übermittlers von Befehlen Hitlers an die Wehrmacht beschränkt. Tatsächlich stand unter nahezu allen entscheidenden Dokumenten seine Unterschrift, an deren Ausarbeitung und Durchsetzung er zudem aktiv mitgewirkt hat. Das gilt vor allem für den „Vernichtungskrieg“ gegen die Sowjetunion und den Komplex der „verbrecherischen Befehle“, über die in Nürnberg hauptsächlich verhandelt werden sollte und die eindeutig erkennen ließen, daß die deutsche Führung von vornherein niemals daran gedacht hat, den Krieg im Osten als einen „normalen“ Krieg unter Wahrung völkerrechtlicher Beschränkungen zu führen.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt und der Zweite Weltkrieg war noch keine zwei Monate alt, da wies Keitel – ohne erkennbaren Auftrag durch Hitler – den Generalquartiermeister des Heeres an, „Vorsorge“ zu treffen, daß das eroberte polnische Gebiet für einen „späteren Aufmarsch“ genutzt werden könne.⁴⁹ Dies konnte sich nur gegen die UdSSR und nicht mehr gegen das bereits besiegte Polen richten.⁵⁰ Hitlers Absicht, zum frühest möglichen Zeitpunkt die UdSSR anzugreifen, durfte Keitel am 25. Juni 1940, nach dem Waffenstillstandsabkommen mit Frankreich, aus dessen Bemerkung entnehmen: „Jetzt haben wir gezeigt, wozu wir fähig sind. Glauben Sie mir, Keitel, ein Feldzug gegen Rußland wäre dagegen nur ein Sandkastenspiel.“⁵¹ Konkreter ging es zu, als am 21. Juli 1940 Hitler, Keitel und Jodl den möglichen Termin eines Überfalls auf die UdSSR diskutierten und den Mai 1941 als geeigneten Zeitpunkt ins Auge faßten. Schließlich war Keitel auch an der Konferenz vom 31. Juli 1940 beteiligt, die Hitler auf dem Berghof nutzte, um den führenden Militärs seinen „bestimmten Entschluß“ zu verkünden, die „Lebenskraft Rußlands“ zu vernichten, damit Deutschland der „Herr Europas und des Balkans“ werden könne.⁵² Keine Rede war davon, daß es gelte, einem Überfall der Sowjetunion auf Deutschland zuvorzukommen, auch in den weiteren internen Beratungen nicht.⁵³ Der OKW-Chef sprach später also wider besseres Wissen von der Notwendigkeit, gegen die Sowjetunion einen Präventivkrieg begonnen zu haben.

Auch daß Hitler im Hinblick auf den Krieg im Osten immer wieder von „erschließen“, „aussiedeln“ und „ausrotten“ redete und auf einen erbarmungslosen Vernichtungskampf orientierte, nahm Keitel willig und widerspruchslos auf.⁵⁴ Die Aussage „Im Osten ist Härte mild für die Zukunft“ lag allen Dokumenten zugrunde, die im OKW entworfen und nach intensiven Beratungen von seinem Chef unterzeichnet wurden. Mit Keitels Unterschrift traten am 13. Mai der „Erlaß über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet ‘Barbarossa’ und über besondere Maßnahmen der Truppe“, am 6. Juni die „Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare“ sowie am 16. Juni die „Richtlinien zur Behandlung der Kriegsgefangenen“ in Kraft. Aus dem Wehrmachtsführungsstab des OKW ergingen im Mai „Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland“, die den deutschen Soldaten ebenfalls klar machte, daß dem Leben sowjetischer Soldaten und Zivilisten kein besonderer Wert beigemessen werden sollte. Dieses Dokument forderte nicht nur „die restlose Beseitigung jedes aktiven oder passiven Widerstandes“, sondern – erstmalig für einen Wehrmachtsbefehl – auch ein „rücksichtsloses und energisches Durchgreifen“ gegen alle Juden, die mit „bolschewistischen Hetzern, Freischärlern (und) Saboteuren“ gleichgesetzt wurden.⁵⁵

⁴⁹ Der Generalquartiermeister. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres, General der Artillerie Eduard Wagner. Hrsg. v. E. Wagner, München 1963, S. 144.

⁵⁰ Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. „Unternehmen Barbarossa“ 1941. Hrsg. v. Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette, Frankfurt a. M. 1991, S. 24.

⁵¹ Albert Speer: Erinnerungen, Frankfurt a. M. u. a. 1969, S. 188.

⁵² Halder, KTB, Bd. II, S. 46 ff.

⁵³ Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion, S. 230.

⁵⁴ Er bediente sich selbst dieser Sprache. So erklärte er in der Beratung bei Hitler am 16. 7. 1941, man könne in den besetzten Teilen Rußlands natürlich nicht vor jedem Schuppen und jeden Bahnhof eine Wache stellen: „Die Einwohner müßten wissen, daß jeder erschossen würde, der nicht funktioniere ...“ Dok. 221-L, IMT, Bd. XXXVIII, S. 88.

⁵⁵ Siehe dazu Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion, S. 162 f. und 258.

Bei diesen und anderen Befehlen, die in der Weltkriegsforschung ausführlich dargestellt worden sind⁵⁶, handelte es sich keineswegs nur um einige „dunklere Aspekte“⁵⁷ in Keitels Pflichten-Katalog. Wie leichtfertig und gewissenlos-unmenschlich der sonst so auf die „Ehre“ des Soldaten erpichte OKW-Chef hier mit dem Völkerrecht umsprang, geht insbesondere aus dem berüchtigten „Kommissar“-Befehl hervor. Er forderte die Wehrmachtsangehörigen zur Tötung aller sowjetischen Soldaten auf, wenn bei ihrer Gefangennahme angenommen werden konnte, daß sie politisch für die Loyalität und Stimmung der Truppe verantwortlich waren. Noch vor dem Beginn der Kampfhandlungen wurde damit die Liquidierung einer ganzen Menschengruppe ohne Gerichtsverfahren angewiesen und die Wehrmacht erstmals aufgefordert, sich direkt an der Beseitigung politischer Gegner zu beteiligen. Doch nicht genug damit, daß Keitel an der Erarbeitung dieses in der deutschen Militärgeschichte beispiellosen Vorgangs und an der Verletzung elementarster kriegsvölkerrechtlicher Grundsätze aktiv mitgewirkt hat: Als ihm Canaris ein Dokument vorlegte, in dem auf völkerrechtswidrige Aspekte und deren mögliche negative Folgen aufmerksam gemacht wurde⁵⁸, schrieb er am 23. September 1941 kurz und bündig an den Rand: „Die Bedenken entsprechen den soldatischen Auffassungen vom ritterlichen Krieg! Hier handelt es sich um die Vernichtung einer Weltanschauung! Deshalb billige ich die Maßnahmen und decke sie.“ Auch die Tätigkeit der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, mit denen die Wehrmacht nahezu reibungslos zusammenarbeitete, betrachtete er in diesem Zusammenhang als „sehr zweckmäßig“.⁵⁹ Kritische Stimmen gegen den „Kommissar“-Befehl wurden erst laut⁶⁰ und schließlich 1942 auch von Keitel berücksichtigt, als sich herausstellte, daß er nicht – wie erwartet – den Zusammenbruch der sowjetischen Armee beschleunigte, sondern deren Widerstandskraft befestigte.

Hier können nicht alle menschen- und völkerrechtswidrigen Befehle Erwähnung finden, die Keitel während des Krieges unterzeichnete. Genannt seien nur der Erlaß über die Bekämpfung kommunistischer Aufstandsbewegungen in den besetzten Gebieten vom 16. September 1941, der Nacht- und Nebel-Erlaß vom 7. Dezember 1941 oder der sogenannte Kugel-Erlaß von Anfang 1944. Ersterer ging davon aus, daß sich die bisher getroffenen Maßnahmen „als unzureichend erwiesen“ hätten und nunmehr „bei jedem Vorfall der Auflehnung gegen die deutsche Besatzungsmacht, gleichgültig wie die Umstände im einzelnen liegen mögen“, auf kommunistische Ursprünge zu schließen sei. Es müsse nach folgender Richtlinie verfahren werden: „Um die Umtriebe im Keime zu ersticken, sind beim ersten Anlaß unverzüglich die schärfsten Mittel anzuwenden ... Dabei ist zu bedenken, daß ein Menschenleben in den betroffenen Ländern vielfach nichts gilt und eine abschreckende Wirkung nur durch ungewöhnliche Härte erreicht werden kann. Als Sühne für ein deutsches Soldatenleben muß in diesen Fällen im allgemeinen die Todesstrafe für 50-100 Kommunisten als angemessen gelten. Die

⁵⁶ Siehe dazu vor allem Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944. Hg. v. Hannes Heer/Klaus Naumann, Hamburg 1995.

⁵⁷ Mueller, Wilhelm Keitel, S. 261.

⁵⁸ Zur Rechtslage hatte Canaris festgestellt: „Das Genfer Kriegsgefangenenabkommen (von 1929) gilt zwischen Deutschland und der UdSSR nicht, daher gelten lediglich die Bestimmungen des allgemeinen Völkerrechts über die Behandlung von Kriegs-gefangenen. Diese haben sich seit dem 18. Jahrhundert dahin gefestigt, daß die Kriegsgefangenschaft weder Rache noch Strafe ist, sondern lediglich Sicherheitshaft, deren einziger Zweck es ist, die Kriegsgefangenen an der weiteren Teilnahme am Kampf zu verhindern. Dieser Grundsatz hat sich im Zusammenhang mit der bei allen Heeren geltenden Anschauung entwickelt, daß es der militärischen Auffassung widerspreche, Wehrlose zu töten oder zu verletzen; er entspricht zugleich dem Interesse eines jeden Kriegsführenden, seine eigenen Soldaten im Falle einer Gefangennahme vor Mißhandlung geschützt zu wissen.“

⁵⁹ Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. „Unternehmen Barbarossa“ 1941. Hrsg. v. Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette, Frankfurt a. M. 1991, S. 301 f. Wenige Tage, bevor Keitel von der Zweckmäßigkeit der Einsatzgruppen schrieb, hatte er einen Erlaß über die Bekämpfung kommunistischer Aufstandsbewegungen in den besetzten Gebieten unterzeichnet.

⁶⁰ Verteidiger in Nürnberg und konservative Historiker haben immer wieder argumentiert, daß der Kommissar-Befehl in den meisten Fällen entweder nicht weitergegeben oder jedenfalls nicht befolgt worden sei. Christian Streit konnte dagegen anhand der Wehrmachtsakten, insbesondere denen des Ostheeres, nachweisen, daß der Befehl fast überall verbreitet und in der Mehrzahl der Divisionen auch befolgt worden ist. Außerdem hätten Stichproben ergeben, daß eidesstattliche Erklärungen, die nach dem Krieg abgegeben wurden, unzutreffende Angaben enthielten. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion, S. 176.

Art der Vollstreckung muß die abschreckende Wirkung noch erhöhen. Das umgekehrte Verfahren, zunächst mit verhältnismäßig milden Strafen vorzugehen und zur Abschreckung sich mit Androhung verschärfter Maßnahmen zu begnügen, entspricht diesen Grundsätzen nicht und ist daher nicht anzuwenden.“⁶¹ Der Erlaß vom 7. Dezember verfügte, daß in den besetzten Gebieten alle Personen, denen eine Straftat gegen das Deutsche Reich vorgeworfen wurde, bei „Nacht und Nebel“ nach Deutschland zu verbringen seien, sofern nicht die Todesstrafe vor Kriegsgerichten sichergestellt war. In Deutschland wurden auf seiner Grundlage rund 7000 aus Frankreich stammende sogenannte NN-Häftlinge von Sondergerichten abgeurteilt. Der Kugel-Erlaß richtete sich gegen geflüchtete und wiederergriffene Kriegsgefangene – mit Ausnahme britischer und amerikanischer Soldaten. Keineswegs allein aus Indizien oder aufgrund bloßer Vermutungen mußte Keitel wissen, was an massenhaften Verbrechen infolge seiner Befehle geschah.⁶² Doch ihn plagte keinerlei Unrechtsbewußtsein, er ließ sich statt dessen unbeirrt von den Zielen des Nationalsozialismus leiten⁶³ und versuchte, diese – selbst wenn sie erkennbar einen verbrecherischen Charakter trugen – mit rationalem Pragmatismus durchzusetzen. Um Rechtfertigungen war er zu keiner Zeit verlegen, auch in seinen „Lebenserinnerungen“ nicht.⁶⁴

Weit über das rein Militärische hinausgehend, leistete Keitel auch einen Beitrag zum Ausbau und zur Festigung des systemstabilisierenden Kults um den „Führer“. Er wußte Hitler nicht genug zu rühmen. Das deutsche Staatsoberhaupt sei ein militärisches Genie, verkündete er. Auch die griffige Formel vom „größten Feldherrn aller Zeiten“ setzte er in die Welt, nicht ahnend, daß ihr Kürzel „Gröfaz“ eher spöttisch denn verherrlichend aufgenommen werden sollte. Grundsätzlich rechtfertigte und verteidigte er Hitlers militärische Entschlüsse. In kritischen Situationen, wie beispielsweise im Dezember 1941 bei der Entlassung von Brauchitschs und der Übernahme des Oberbefehls über das Heer durch Hitler, versicherte er, das OKW und alle seine Mitarbeiter stünden bedingungslos hinter dem „Führer“. Selbst aus der Niederlage in der Schlacht vor Moskau versuchte er, einen Prestigegegewinn für Hitler abzuleiten – überschwenglich pries er dessen „Haltebefehl“. Nur dieser habe eine Katastrophe verhindert, stellte Keitel immer noch „aus vollster Überzeugung“ in seinen Lebenserinnerungen fest: „Wäre der vorbedachte Plan eines etappenweisen Rückzugs, wie ihn in engstirniger, egoistischer und von der Not des Augenblicks diktiert Verblendung die schwer bedrängte und unter den Einflüssen der furchtbaren Kälte ... leidende Front der Heeresgruppe Mitte wollte, nicht durch den unerbittlichen und kompromißlosen Widerstand und durch die eiserne Energie des Führers verhindert worden, hätte das deutsche Heer 1941 unentrinnbar und unweigerlich das Schicksal von 1812 erlitten.“⁶⁵

Mitunter dachte Keitel in operativ-taktischen Fragen etwas anders als Hitler, jedoch konnte er in Nürnberg kein einziges Dokument vorlegen, das von seinem Protest gegen den „Führer“ Zeugnis abgelegt hätte. Nichts erhärtete seine Behauptung, er habe vom Feldzug gegen die UdSSR abgeraten und sogar mit einem Rücktrittsgesuch versucht, Hitlers Angriffsplan zu verhindern. Seine Einwände betrafen nie Grundsatzfragen. Als er im Frühjahr und Sommer 1942 der Meinung war, die katastrophale und ihm größte Sorge bereitende Treibstofflage würde die geplante Offensive an der Ostfront beeinträchtigen, wagte er es lediglich „in vorsichtiger Form“, Hitler auf die nach seiner

⁶¹ Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion, S. 306.

⁶² Schätzungen besagen, daß durch Wehrmachtsangehörige mehrere Tausend als „Kommissare“ bezeichnete sowjetische Offiziere ermordet wurden. Die ebenfalls vom OKW befohlene Übergabe von Kriegsgefangenen an die Einsatzgruppen der SS kostete wahrscheinlich 500.000 bis 600.000 das Leben. Bis zum Frühjahr 1942 sind rund zwei Millionen sowjetische Soldaten in den Kriegsgefangenenlagern der Wehrmacht umgekommen.

⁶³ Auch das Heeresjustizwesen wurde von Keitel angewiesen, seine Arbeit an der nationalsozialistischen Weltanschauung auszurichten. Beförderungen der Richter seien davon abhängig zu machen. Brief vom 26.9.1942. Zit. nach Norbert Haase: Das Reichskriegsgericht und der Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft, Berlin 1993, S. 55 f.

⁶⁴ 1946 schrieb Keitel: „So entstanden im Sommer und Herbst 1941 die ersten Befehle zur Bekämpfung dieser neuen Form des Hecken- Sabotage- und Fallschirm-Klein-krieges, der, von dunklen Mächten geleitet (secret service), von Verbrechern, Agenten und lichtscheuem Gesindel begonnen, durch Idealisten später verstärkt und als das Heldenwerk von ‘Patrioten’ heute verherrlicht wird.“ Lebenserinnerungen. Görlitz, S. 275.

⁶⁵ Lebenserinnerungen. Görlitz, S. 290 ff. Hervorhebung durch den Verfasser.

Meinung unhaltbare Lage hinzuweisen.⁶⁶ Gegenüber General Thomas bekannte er Ende Mai 1942 in einer wehrwirtschaftlichen Lagebesprechung, daß „die Operationen des Jahres 1942 uns an das Öl bringen müssen. Wenn dies nicht gelingt, können wir im nächsten Jahr keine Operationen führen“.⁶⁷

Einzelne Proteste aus dem Heer, die sich gegen Entscheidungen Hitlers oder auch gegen die Anwendung des „Kommissar“-Befehls richteten, fanden bei ihm keine Unterstützung. Im Gegenteil: Er tat alles, um die von ihm unterzeichneten Befehle durchzusetzen. Er warf auch seine Autorität in die Waagschale, um widerspenstige Untergebene zur Raison zu bringen.

Von deren Auffassungen und Warnungen ließ er – ähnlich wie Martin Bormann im Rahmen der Partei und Hans Heinrich Lammers auf der Ebene des Staatsapparates⁶⁸ – kaum militärische Probleme, die ihm nicht behagten, zu Hitler durchdringen. Jede Erwähnung unliebsamer Tatsachen würgte er in den Lagebesprechungen rigoros ab, Zweifel ließ er nicht aufkommen. Statt dessen erteilte er oft kalte, schulmeisterliche Belehrungen und machte Vorhaltungen. Für „Pessimisten und Defaitisten“ sei kein Platz im OKW, er könne und würde auch niemanden vor einer Denunziation wegen entsprechender Äußerungen schützen, erklärte er wiederholt.⁶⁹

Als am 20. Juli 1944 Stauffenbergs Bombe im Führerhauptquartier explodierte, erlitt Keitel keine nennenswerten Verletzungen. Er war es, der den geschockten Hitler aus der zertrümmerten Rastenburg Baracke herausführte und ihn sorgsam stützte. In zahllosen erregten Telefongesprächen beschwor er die Wehrkreisbefehlshaber, jenen Befehlen nicht zu folgen, die von den Attentätern herausgegeben worden waren. Sein überaus großer Eifer veranlaßte Jodl zur Mutmaßung, daß sich die Lage in Berlin vielleicht anders entwickelt haben würde, wäre Keitel schwer verletzt worden.⁷⁰ Hitler sah sich in seinem Vertrauen zu Keitel bestärkt⁷¹, und dieser in seinem Treueverhältnis zum „Führer“ ...

An Ort und Stelle nahm Keitel eigenhändig den am Putsch beteiligten Chef des Nachrichtenwesens General Erich Fellgiebel fest. Er veranlaßte auch die Verhaftung des Feldmarschalls Erwin von Witzleben sowie anderer Offiziere. Im Auftrage Hitlers schrieb er jenen Brief an den Generalfeldmarschall Erwin Rommel, der ihn zum Freitod aufforderte. Danach beteiligte er sich aktiv am Rachefeldzug: Er saß im „Ehrenhof“ der Wehrmacht, der 55 Offiziere, darunter 11 Generäle, aus dem Heer verstieß und sie – soweit sie noch am Leben waren – als „eidbrüchig“ an die Gestapo und an den Volksgerichtshof auslieferte. In seinen Nürnberger Notizen bemäntelte er zwei Jahre darauf sein Vorgehen mit der Behauptung, die Prüfungen wären „in äußerster Gewissenhaftigkeit erfolgt“.⁷² Obwohl die noch am 20. Juli ausgesprochene Ernennung des Reichsführers-SS Heinrich Himmler zum Befehlshaber des Ersatzheeres erheblich in Keitels Kompetenzen eingriff, nahm er auch das hin. Es gehört wohl zu den nach 1945 verbreiteten Legenden, Keitel sei auf seinem Posten verblieben, weil er verhindern wollte, daß nach ihm Himmler kommen würde. „Ich tu’s ja nur für Euch“ – so soll er sich einmal gegenüber opponierenden Offizieren geäußert haben.⁷³ Offensichtlich erwog Keitel niemals den Gedanken, analog zum Handeln Hindenburgs und Ludendorffs am Ende des Ersten Weltkriegs, Hitler die Kapitulation im völlig aussichtslos gewordenen Kriege nahezulegen. Von Bereitschaft gar zu selbständigem Handeln konnte bei ihm keine Rede sein. Auf einen illusionären „Endsieg“ hoffen und um jeden Preis „durchhalten“ – das erschien ihm als das einzige Konzept, wodurch zwar die Katastrophe um Weniges hinauszögert wurde, dafür aber entsetzliche Ausmaße annahm.

⁶⁶ Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 6, Stuttgart 1990, S. 777.

⁶⁷ Ebenda, S. 783.

⁶⁸ Dem am 13. 1. 1943 von Hitler installierten „Drei-Männer-Kollegium“ gehörten Bormann, Keitel und Lammers an. Es konnte allerdings kaum Bedeutung innerhalb des nationalsozialistischen Staatsapparates gewinnen.

⁶⁹ Görlitz, S. 266.

⁷⁰ Luise Jodel: Jenseits des Endes. Leben und Sterben des Generaloberst Alfred, Jodl, Wien/München 1976, S. 107.

⁷¹ Görlitz, S. 432.

⁷² Ebenda, S. 335.

⁷³ Ebenda, S. 407.

Ende Januar 1945 erließ Keitel „Bestimmungen über das Verhalten von Offizier und Mann in Krisenzeiten“, mit denen Erscheinungen von Kriegsmüdigkeit und Defaitismus begegnet werden sollte. Standgerichtsoffiziere erhielten das Recht, auch gegen Offiziere Todesurteile auszusprechen. Bei Auflösungserscheinungen in der Armee war den zuständigen Gerichtsherren zu melden, „ob die verantwortlichen Vorgesetzten von ihrer Waffe Gebrauch gemacht haben, oder was gegen sie unternommen worden ist, als sie dies unterließen.“ Im März bat das OKW den Reichsführer der SS „als die zur Wahrung der Exekution im Innern berufene oberste Dienststelle“, im unmittelbaren Einvernehmen mit dem Leiter der Parteikanzlei solche polizeilichen Maßnahmen zu treffen, die die „versagenden Teile der Bevölkerung am Zeigen weißer Tücher und an Sabotage von Befestigungsanlagen hindern“. Wenn verräterische Offiziere Befehle zum Rückzug erteilen würden, seien diese „sofort festzunehmen und nötigenfalls augenblicklich *umzulegen*“.⁷⁴ Der hohe Chef schreckte nun selbst nicht mehr davor zurück, sich einer im kriminellen Milieu gebräuchlichen Sprache zu bedienen ...

Sich der Realität verweigernd und voller Selbstbetrug maß Keitel solchen Aktionen und dem Einsatz der Feldjägerkommandos sogar „kriegsentscheidende Bedeutung“ bei.⁷⁵ Unbedenklich versuchte er bis in die letzten Wochen des Krieges, menschenverachtende und auf dem schrecklichen Prinzip der Sippenhaftung beruhende Befehle durchzusetzen: „Wer in Gefangenschaft gerät, ohne verwundet zu sein oder nachweisbar bis zum Äußersten gekämpft zu haben, hat seine Ehre verwirkt. Die Gemeinschaft der anständigen und tapferen Soldaten stößt ihn von sich. Seine Angehörigen haften für ihn. Jede Zahlung von Gebührenissen oder Unterstützungen an die Angehörigen fällt fort. Dies ist sofort bekanntzugeben. Das Nähere regelt der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.“⁷⁶ Deutsche Städte dürften nicht mehr zu „Lazarettstädten“ erklärt werden, verfügte er am 20. April, da dies zu „Schwächemomenten“ führen würde.⁷⁷ Am 16. April trug er seinem „Führer“ die Bedenken vor, die es in seinem Stab gegen einen Einsatz von chemischen und bakteriellen Waffen gegeben hatte. In einer Erklärung an die neutralen Staaten sollte Hitler kundtun, daß die deutsche Seite nicht daran denke, Giftgas einzusetzen. Das Argument, mit dem er operierte, war in keiner Weise geeignet, bei Hitler Eindruck zu machen: Der Feind könne dann auch Giftgas gegen die deutsche Bevölkerung einsetzen.⁷⁸ Ohne zu murren oder gar aufzubegehren, ließ er sich abfertigen – er wäre offensichtlich sogar bereit gewesen, auch solche Waffen einzusetzen.

Nicht einmal in den letzten Wochen des Krieges fand Keitel einen Weg aus seinem Credo von unerschütterlicher „Gehorsamkeit und Treue“. Was ihm selbst als Festigkeit und Pflichterfüllung erschien, resultierte wohl letztlich auch aus seinem Opportunismus und aus Persönlichkeitsdefiziten. Er verharnte in seiner pseudomoralischen Denkweise und hielt es nach wie vor für falsch, seinen auf Hitler geleisteten Eid zu brechen. Daß Hitler tausendfach wortbrüchig geworden war und die Fortführung des seit langem verlorenen Krieges lediglich einem sinnlosen Akt der Selbstvernichtung gleichkam, wollte er nicht erfassen; möglicherweise ließ es ihn auch kalt. Vehement übernahm er eine „Beschützerrolle“ für den „Führer“. Als Hitler am 22. April 1945 seinen Entschluß verkündete, nicht wie ursprünglich festgelegt nach Berchtesgaden zu gehen, sondern in Berlin zu bleiben und Selbstmord zu begehen, wollte ihm das in keiner Weise einleuchten. Keitel und Jodl bemühten sich mit allen Kräften, Berlin zu entsetzen und Hitler zu „befreien“.⁷⁹ Zu realistischen Entschlüssen zeigten sie sich nicht mehr in der Lage. Ihre Sorge galt der Verlegung des gesamten OKW-Stabes und der Aufrechterhaltung seiner Arbeitsfähigkeit. Die Mammutbehörde zog zunächst nach Kramp-

⁷⁴ Zit. nach Manfred Messerschmidt: Die Wehrmacht: Vom Realitätsverlust zum Selbstbetrug. In: Ende des Dritten Reiches - Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine perspektivische Rückschau. Im Auftrage des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. v. Hans-Erich Volkmann, München/Zürich 1995, S. 246 f. und S. 249 (Hervorhebung durch den Verfasser).

⁷⁵ Zit. nach Messerschmidt, Die Wehrmacht, S. 248.

⁷⁶ Zit. n. Rolf-Dieter Müller/Gerd R. Ueberschär: Kriegsende 1945. Die Zerstörung des Deutschen Reiches, Frankfurt a. M. 1994, S. 163.

⁷⁷ Joachim Schultz-Naumann: Die letzten dreißig Tage. Das Kriegstagebuch des OKW April bis Mai 1945, Frankfurt a. M./Berlin 1995, S. 34.

⁷⁸ Siehe Müller/Ueberschär, S. 71.

⁷⁹ Scheurig, Jodl, S. 324.

nitz, von dort weiter nach Neuroofen bei Fürstenberg. Alle Bemühungen ihres Chefs galten der Orientierung, die im Westen kämpfenden deutschen Truppen nach Osten „umzudrehen“ und die sowjetischen Truppen so weit wie möglich am Vordringen zu hindern. Um dies durchzusetzen, eilte Keitel – nunmehr in der Rolle eines Boten und oft auf recht verschlungenen Pfaden – zu einzelnen Teilen des Heeres. Mehrmals tauchte er im Stab von General Walther Wenck auf; der Oberbefehlshaber der 12. Armee sollte Berlin von Südwesten aus freikämpfen. Von der „Frontfahrt“ zurückgekehrt, berichtete Keitel in Hitlers Berliner Bunkerbau, Wenck sei bereit, zum Angriff anzutreten – schönfärberisch ließ er die unübersehbaren Schwächen der 12. Armee außer Betracht. Konnte oder wollte er nicht wahrnehmen, daß kaum noch Panzer und Artillerie vorhanden waren? Noch am 28. April setzte er den Chef der Heeresgruppe „Weichsel“ ab und befahl, daß an die Stelle von Generaloberst Gotthart Heinrici der General Kurt von Tippelskirch zu treten habe. Auch anderen warf er vor, seine Befehle nicht befolgt, den Gehorsam verweigert und aus „mangelndem Willen“ die Front der vormarschierenden Russen nicht zum Stehen gebracht zu haben.⁸⁰

Hektik, Orientierungslosigkeit und Realitätsfremdheit charakterisierten die letzten Aktivitäten des OKW-Chefs. Von Hitler abgekoppelt, suchte Keitel Halt bei Dönitz als dem vom „Führer“ testamentarisch eingesetzten neuen „Reichspräsidenten“ sowie bei Himmler. Willig befolgt er die Weisung des Großadmirals, das OKW nach Flensburg zu verlegen. Ende April 1945 verhandelte er mit dem Reichsführer SS, dem er bedingungslose Treue zugesichert haben soll.⁸¹ Allerdings wollte Keitel nichts mehr von Göring wissen; als ihm von Feldmarschall Kesselring vorgeschlagen wurde, den noch aufgrund eines Hitler-Befehls verhafteten Reichsmarschall freizugeben, entschied er am 5. Mai, es solle bei der bisherigen Anordnung bleiben.⁸² Zwar konnte Jodl die Absicht des Admirals und anderer Offiziere durchkreuzen, Keitel abzusetzen⁸³, doch dessen rapiden Bedeutungsverlust konnte niemand aufhalten.

Als letzte Aufgabe blieb ihm vorbehalten, die von den Alliierten geforderten bedingungslose Kapitulation zu vollziehen. Am 8. Mai 1945 flog er in einer englischen Transportmaschine nach Berlin und unterzeichnete kurz nach Mitternacht in Karlshorst das Kapitulationsdokument. Fünf Tage später wurde er in Flensburg verhaftet. In den zwei Stunden zwischen der Ankündigung dieses Schrittes der Alliierten durch Generalmajor Lovell Rooks, den Leiter der alliierten Überwachungskommission in Flensburg, und der Verhaftung hätte Keitel seinem Leben ein Ende machen können; doch dem Beispiel seines „Führers“ wollte er nicht folgen. Er habe nicht daran gedacht, notierte er wenige Tage vor seiner Hinrichtung, „weil ich einen solchen Leidensweg bis zum tragischen Ende in Nürnberg nicht für möglich gehalten habe.“⁸⁴

Wer in den Verhandlungen des Nürnberger Prozesses den angeklagten OKW-Chef beobachtete, sah einen eisig schweigenden Mann, der ein undurchdringliches und Gelassenheit vortäuschendes Gesicht aufgesetzt hatte. Bis zum Schluß wahrte er sein übertrieben preußisch-soldatisches Gehabe.⁸⁵ Steif, in kerzengerader Haltung saß er auf seinem Platz zwischen Ribbentrop und Kaltenbrunner. Stets trug er seine Wehrmachtsuniform von der die Rangabzeichen entfernt worden waren. Mit Nachdruck suchte er das zu retten, was er unter der „Ehre“ Deutschlands und der Wehrmacht verstand. Wie sehr er selbst seine „Ehre“ diskreditiert und sich unehrenhaft verhalten hatte, wollte ihm nicht einleuchten: „Soweit es mich angeht, und zwar als Soldat, ist mir Treue etwas Heiliges. Man

⁸⁰ Lebenserinnerungen. Görlitz, S. 363 ff. und 356.

⁸¹ Gitta Sereny: Das Ringen mit der Wahrheit. Albert Speer und das deutsche Trauma, München 1995, S. 617.

⁸² Schultz-Naumann, S. 81.

⁸³ Jodl machte Loyalitätsgründe geltend. Siehe Bodo Scheurig: Alfred Jodl. Gehorsam und Verhängnis. Biographie, Frankfurt a. M. 1991, S. 329.

⁸⁴ Lebenserinnerungen. Görlitz, S. 380.

⁸⁵ Während des Prozesses weigerte sich Keitel, seine Frau zu sehen – was außer ihm lediglich noch Papen tat. (Telford Taylor: Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht, München 1992, S. 630) Er und Jodl waren übrigens die einzigen unter den Angeklagten, die sich je über ungenügendes Reinigungsmaterial beschwerten, um ihre Gefängniszellen sauber halten zu können. Siehe Douglas M. Kelley: 22 Männer um Hitler. Erinnerungen des amerikanischen Armeearztes und Psychiaters am Nürnberger Gefängnis, Olten-Bern 1947, S. 141 f.

mag mir vorwerfen, Fehler begangen und dem Führer, Adolf Hitler, gegenüber Schwäche gezeigt zu haben, aber man kann nicht sagen, daß ich feige, unehrenhaft oder treulos war.“⁸⁶ Gelegentlich konnte Keitel auch aufbrausen, so als Generalfeldmarschall Friedrich Paulus in den Zeugenstand trat und die Pläne des Angriffskrieges gegen die UdSSR enthüllte: „Ich hielt ihm beim Führer immer die Stange! Es ist eine Schande für ihn, daß er gegen Uns aussagt.“⁸⁷ Mit stoischer Ruhe nahm er dagegen die Bemühungen einiger Heeresgeneräle hin, alle Verantwortung auf das OKW zu schieben, weil Keitel und Jodl „ja doch verloren“ seien.⁸⁸

Wie alle anderen Angeklagten bemühte sich auch Keitel, den eigenen Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Dennoch ging seine Verteidigungsstrategie von dem offenen Bekenntnis aus, mit seiner Unterschrift unter Befehle, die Völkerrecht verletzten und auf einer antihumanen Weltanschauung basierten, persönlich verantwortlich geworden zu sein. Die rein politischen Ermessensfragen hätten ihn nicht interessiert. Als Soldat habe er verlangen können, seiner Staatsführung zu vertrauen.⁸⁹ Entschuldigend machte er seine „mangelnde Einsicht“ sowie „die Kraft der Persönlichkeit“ Hitlers geltend, „der ich nicht gewachsen war und deren diktatorischen Willen ich mich fügte.“ Die Verbrechen schrieb Keitel allein der SS zu. Von ihnen wollte er nicht einmal gewußt haben, denn Hitler hätte – so behauptete er allen Ernstes – ihm nur das zur Kenntnis gebracht, was sich auf die Vorbereitung militärischer Aktionen bezog.

Die Widersprüche und offensichtlichen Unzulänglichkeiten seiner Position bereiteten Keitel bei seiner Verteidigung erhebliche Schwierigkeiten. Immer, wenn er bestätigen mußte, kriminelle Befehle ausgefertigt zu haben, fügte er einschränkend hinzu, daß er „nicht der inneren Überzeugung war, hiermit kriminell zu werden, weil es das Staatsoberhaupt selbst war, das für uns alle Mächte der Gesetzgebung in sich vereinigte.“⁹⁰ Wenn er eingestand, daß „viel Unheil“ entstanden sei und sich „auf das tiefste erschüttert“ über dessen grauenhafte Ausmaße in Sowjetrußland zeigte, ließ er sofort das unzutreffende Argument folgen, daß es Verbrechen der Wehrmacht nur in bestimmten Einzelfällen gegeben habe. Schon gar nicht sei das OKW an ihnen beteiligt gewesen, „da das Heer für die Geschehnisse im Operationsgebiet und die jeweiligen Zivilkommissare bzw. das Ministerium Rosenberg für die besetzten Ostgebiete verantwortlich war.“ Für seinen Verteidiger notierte er uneinsichtig: „Ich bin überzeugt, daß die Wehrmacht in ihrer Gesamtheit nur da streng vorging, wo sie es militärischer Notwendigkeit oder zur Sicherheit der eigenen Truppe in den ungeheuren Räumen bei unzulänglicher Besatzung für erforderlich hielt. Das größte Übel ist durch wehrmachtsfremde Einrichtungen parteipolitischen Ursprungs, mit denen die Wehrmacht in stetem inneren Kampf lag, verursacht worden.“⁹¹

Ab 3. April 1946 stand Keitel für fünf Tage im Mittelpunkt des Prozesses. Er erklärte: „Ich war Soldat, ich kann sagen aus Neigung und Überzeugung. Ich habe über 44 Jahre ununterbrochen meinem Vaterland und meinem Volk als Soldat gedient und habe das Bestreben gehabt, mein bestes Können in den Dienst meines Berufes zu stellen. Ich habe geglaubt, dies tun zu wollen in Pflichterfüllung, in rastloser Arbeit und in völliger Hingabe an die Aufgaben, die mir in meinen vielen und verschiedenen Stellungen aufgetragen wurden. Ich habe das in gleicher Hingabe getan unter dem Kaiser, unter dem Präsidenten Ebert, unter dem Feldmarschall von Hindenburg und unter dem Führer Adolf Hitler.“⁹² Als ihn sein Verteidiger Otto Nelte fragte, wie er heute dazu stehe, antwortete Keitel: „Als deutscher Offizier halte ich es für meine selbstverständliche Pflicht, für das einzuste-

⁸⁶ IMT, Bd. XI, S. 35 f.

⁸⁷ Taylor, S. 365.

⁸⁸ Luise Jodl, S. 219 f.; Bradley F. Smith (Der Jahrhundert-Prozeß. Die Motive der Richter von Nürnberg - Anatomie einer Urteilsfindung, Frankfurt a.M. 1977, S. 205) berichtet, daß die deutschen Verteidiger der angeklagten Hauptkriegsverbrecher „mit Keitel den größten Kummer“ gehabt hätten: „Seine Taten waren so extrem, und die Beweise gegen ihn so erdrückend, daß die Verteidigung befürchtete, allein seinetwegen könnten Oberkommando der Wehrmacht und Generalstab zur verbrecherischen Organisation erklärt werden.“

⁸⁹ Taylor, S. 415.

⁹⁰ Ebenda, S. 417.

⁹¹ Görlitz, S. 394.

⁹² Ebenda, S. 22.

hen, was ich getan habe, auch dann, wenn es falsch gewesen sein mag. Ich bin dankbar, daß mir Gelegenheit gegeben wird, hier und vor dem deutschen Volke Rechenschaft abzulegen darüber, was ich war und über meinen Anteil am Geschehenen. Ob Schuld oder Verstrickung, wird nicht immer klar zu trennen sein.“⁹³ In seiner Verteidigung erblickte er danach ein „unlösbares Problem“, da er „von diesem Gericht“ nicht mehr erwarten könne, „Verständnis zu finden für die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen meinem ehrlichen Wollen und dem erschütternden Unvermögen in meinem Tun und Unterlassen.“⁹⁴ Nelte bat daher das Internationale Militärtribunal auch nicht um einen Freispruch, sondern plädierte am 8. Juli 1946 lediglich für eine Berücksichtigung „der tragischen Situation“ seines Mandanten.⁹⁵

Keitels Schlußwort vom 31. August 1946 erregte einiges Aufsehen, weil er ankündigte, offen über seine während des Prozesses gewonnene Erkenntnis sprechen zu wollen und ein Bekenntnis abzulegen. Dieses lautete: „Mein Verteidiger hat mir im Laufe des Verfahrens zwei grundsätzliche Fragen vorgelegt; die erste schon vor Monaten. Sie lautete: ‚Würden Sie im Falle eines Sieges abgelehnt haben, an dem Erfolg zu einem Teil beteiligt gewesen zu sein?‘ Ich habe geantwortet: ‚Nein, ich würde sicher stolz darauf gewesen sein.‘ Die zweite Frage war: ‚Wie würden Sie sich verhalten, wenn Sie noch einmal in die gleiche Lage kämen?‘ Meine Antwort: ‚Dann würde ich lieber den Tod wählen, als mich in die Netze so verderblicher Methoden ziehen zu lassen.‘ Aus diesen beiden Antworten möge das Hohe Gericht meine Beurteilung erkennen. Ich habe geglaubt, ich habe geirrt und war nicht imstande zu verhindern, was hätte verhindert werden müssen. Das ist meine Schuld. Es ist tragisch, einsehen zu müssen, daß das Beste, was ich als Soldat zu geben hatte, Gehorsam und Treue, für nicht erkennbare Absichten ausgenutzt wurde und daß ich nicht sah, daß auch der soldatischen Pflichterfüllung eine Grenze gesetzt ist. Das ist mein Schicksal. Möge aus der klaren Erkenntnis der Ursachen, der unheilvollen Methoden und der schrecklichen Folgen dieses Kriegsgeschehens für das deutsche Volk die Hoffnung erwachsen auf eine neue Zukunft in der Gemeinschaft der Völker.“⁹⁶

Keitel wurde nach den vier Punkten der Anklage für schuldig befunden. Das Todesurteil fällten die vier Richter einstimmig. Drei von ihnen sprachen sich sofort für die Todesart „death by hanging“ aus, lediglich Henri Donnedieu de Vabres machte Bedenken gegen den Strang geltend. Wie Jodl und Göring bat auch er um den Tod durch die Kugel, was ihm als ehrenvoller galt. Am 16. Oktober 1946 stieg Keitel als zweiter – nach Ribbentrop – die 13 Stufen zum Galgen hinauf. „Alles für Deutschland! Deutschland über alles!“ – so lauteten seine letzten Worte.

Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.), Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen. Mit Beiträgen von Peter Black, Dietrich Eichholtz, Werner Fischer, Gerhart Hass, Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker. Militzke Verlag, Leipzig 1996, S. 88-118.

⁹³ IMT, Bd. X, S. 529.

⁹⁴ Brief an Nelte vom 21.5.1946. Görlitz, S. 383.

⁹⁵ Görlitz, S. 401.

⁹⁶ IMT, Bd. XXII, S. 430 f.

Alfred Rosenberg

„Die antisemitische Bewegung war nur eine Schutzmaßnahme ...“¹

Am 12. Januar 1943 – die Schlacht um Stalingrad ging gerade unausweichlich ihrem Ende entgegen – da veröffentlichte der „Völkische Beobachter“ eine hochtrabend formulierte und überaus pathetische Huldigung. Sie galt Alfred Rosenberg. Allen Ernstes wurde anlässlich seines 50. Geburtstages verkündet, seine Weltanschauung sei nicht allein zum „lebendigen Ideengut“ der NSDAP, sondern weit darüber hinaus auch zu einer „Wegweisung kommender Geschlechter“ geworden. Ihren Gipfel erreichte die Lobeshymne in der Prophezeiung, mit Rosenberg würde sich „die geistige Wiedergeburt“ des 20. Jahrhundert vollziehen. Allerdings lebte der so Gepriesene und von Hitler als einer „der schärfsten Denker in Weltanschauungsfragen“² bezeichnete Faschist nicht mehr, als das Säkulum seine Mitte erreicht hatte; das 1945/46 tagende Militärtribunal der alliierten Kriegsgegner klagte ihn als einen der deutschen Hauptkriegsverbrecher in allen vier Punkten der Gerichts-Charta an und verurteilte ihn zum Tode durch den Strang. Zweiundfünfzigjährig starb er am 16. Oktober 1946.

Ganz im Gegensatz zu seinem unablässigen und bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges reichenden Bestreben, umfangreiche Machtpositionen innerhalb der nationalsozialistischen Partei und im Herrschaftsapparat des Dritten Reiches zu gewinnen, bemühte er sich während des Nürnberger Prozesses, für seine Person jegliche Verantwortung zu leugnen und alle Schuld an den faschistischen Verbrechen wie auch am Scheitern des Nationalsozialismus auf andere abzuwälzen. Schenkte man seinen Aussagen Glauben, so wäre er nichts anderes als der gutgläubige Anhänger einer richtigen Idee, der ahnungslose Verfechter einer „Schutzmaßnahme“ gegen die Juden sowie ein völlig einflußloser Politiker gewesen. Doch das Beweismaterial gegen ihn wog in jeder Hinsicht schwer. Es erlaubte den Richtern keinen anderen Urteilsspruch. Der Völkermord an den europäischen Juden, die Eroberungs- und Beutezüge sowie die grausamen Kriegsverbrechen in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten wären ohne das völkisch-antisemitische Parteiprogramm, ohne die rassistische Weltanschauung der NSDAP nicht möglich gewesen. Zu deren Erarbeitung und Verbreitung, aber auch zu ihrer todbringenden Umsetzung in praktische Politik hatte Rosenberg entscheidend beigetragen.

¹ Siehe Gustave M. Gilbert: Nürnberger Tagebuch, Frankfurt a. M. 1995, S. 11. Biographische Forschungen zu Rosenberg können sich auf umfassende Archivalien stützen, die insbesondere im Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK) und im Bundesarchiv Berlin-Zehlendorf (dem früheren Berlin Document Center, künftig: BABZ) zu finden sind. Außerdem stehen Rosenbergs autobiographische Aufzeichnungen aus seiner Nürnberger Haftzeit zur Verfügung, sofern sie bereits veröffentlicht wurden. Benutzt wird hier die Ausgabe „Letzte Aufzeichnungen. Ideale und Idole der NS-Revolution“ (Göttingen 1955), nicht aber die von Heinrich Härtle 1970 im Selbstverlag herausgebrachte Fassung, die den programmatisch-apologetischen Titel trägt „Großdeutschland. Traum und Tragödie. Rosenbergs Kritik am Hitlerismus“. Die meisten seiner Schriften sind erfaßt in: Das Werk Alfred Rosenbergs. Eine Bibliographie. Bearbeitet von Karlheinz Rüdiger, München 1942. In den Jahren 1934/35 und 1939/40 führte Rosenberg ein Tagebuch, das Hans-Günther Seraphim unter dem Titel „Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs“ 1956 in Göttingen herausgab. Benutzt wird hier die Taschenbuchausgabe München 1964. Eine umfassende Biographie liegt bisher noch nicht vor. Dennoch sind Rosenbergs Lebensweg und sein Platz im Nationalsozialismus in Skizzen und Aufsätzen erhellt worden: zu ihnen gehören vor allem Joachim C. Fest: Alfred Rosenberg – Der vergessene Gefolgsmann. In: Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft, München 1963, S. 193 ff.; Reinhard Bollmus: Alfred Rosenberg – ‚Chefideologe‘ des Nationalsozialismus? In: Die braune Elite. 22 biographische Skizzen. Hrsg. v. Ronald Smelser und Rainer Zitelmann, Darmstadt 2/1990, S. 223 ff. Eine Teilbiographie stammt von Holger Germann: Alfred Rosenberg. Sein politischer Weg bis zur Neu- (Wieder-) Gründung der NSDAP im Jahre 1925, London u. a. 1988. Unter den großen monographischen Arbeiten, die auch zahlreiche Angaben zur Biographie Rosenbergs enthalten, ragen besonders die Arbeiten von Bollmus, Cecil, Baumgärtner, Iber, Kuusisto und Petzold hervor (Reinhard Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Stuttgart 1970; Robert Cecil: The Myth of the Master Race. Alfred Rosenberg and the Nazi Ideology, London 1972; Raimund Baumgärtner: Weltanschauungskampf im Dritten Reich. Die Auseinandersetzung der Kirchen mit Alfred Rosenberg, Mainz 1977; Seppo Kuusisto: Alfred Rosenberg in der nationalsozialistischen Außenpolitik 1933-1939, Helsinki 1984; Harald Iber: Christlicher Glaube oder rassistischer Mythos. Die Auseinandersetzung der Bekennenden Kirche mit Alfred Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts“, Frankfurt a. M. u. a. 1987; Joachim Petzold: Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, Berlin 1982).

² Hitlers Lagebesprechungen. Hrsg. v. Helmut Heiber, Stuttgart 1962, S. 258 (8.6.1943).

Nur wenige konnten von sich sagen, Nationalsozialist sowohl der ersten als auch der letzten Stunde gewesen zu sein. Von Anfang an gehörte Rosenberg zum engsten Führungszirkel der NSDAP. Und bis zum Schluß half er – an der Spitze zahlreicher Ämter stehend und keineswegs ein reiner „Idealist“³ oder „vergessener Gefolgsmann“⁴ Hitlers – die radikalen Konzepte zur Eroberung des angeblich notwendigen Lebensraumes für die Deutschen ideologisch-weltanschaulich zu begründen und politisch zu rechtfertigen. Seit dem Überfall auf die Sowjetunion unterstanden ihm als „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete“ deren Verwaltung, barbarische Ausplünderung und koloniale Beherrschung. Stets handelte er im Sinne eines verbrecherischen Programms, stets dominierte die grundsätzliche Übereinstimmung mit Hitler und den anderen Führern des Nationalsozialismus, wenngleich er sich in mancher Hinsicht von ihnen erheblich unterschied und der von ihm erstrebte machtpolitische Spielraum begrenzt blieb.

Alfred Rosenberg wurde am 12. Januar 1893 im estnischen Reval (dem späteren Tallinn) geboren. Er stammte aus einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie. Wie die Deutschbalten insgesamt zählte auch sie zu den dominierenden Kräften des seit Beginn des 18. Jahrhunderts zu Rußland gehörenden Baltenlandes. Sein Vater leitete die Revaler Niederlassung einer reichen deutschen Handelsfirma, sein Großvater mütterlicherseits besaß eine Färberei. Zwar verlor Rosenberg früh seine Eltern, doch konnte er unbeschwert bei Verwandten aufwachsen, an die er sich stets gern erinnerte. Später plagte ihn – wie auch andere führende Nazis – die Tatsache, daß der Ahnennachweis seiner Familie offensichtlich nicht voll und ganz jenen weit in die Geschichte zurückreichenden Anforderungen entsprach, welche die Rassenideologen an ein reines Ariertum stellten. Gegen die Behauptung, in seinen Adern fließe „kein Tropfen deutschen Blutes“, da sich unter den Vorfahren seiner Großeltern nur Letten, Juden, Mongolen und Franzosen befinden würden, ging er offiziell nie vor.⁵

Rosenbergs Kindheit verlief weitgehend unbelastet von den Auseinandersetzungen, die es in den zum zaristischen Rußland gehörenden baltischen Ländern zwischen Deutschen, Russen, Polen, Litauern, Letten und Esten gab. Ja, er erinnerte sich später der von ihm besuchten Petri-Realschule in Reval sogar als einer „mustergültigen Friedensstätte der verschiedenen nationalen Jugend“.⁶ Überhaupt scheint sich seine spätere nationalistische und antisemitische Haltung weniger aus eigenen Erlebnissen und Eindrücken herausgebildet zu haben, vielmehr entfaltete sie sich aus der deutsch-tümelnden Grundstimmung seines persönlichen Umfeldes, vor allem jedoch aus der Lektüre jener antisemitischen Schriften, die es in Rußland wie in Deutschland zuhauf gab. Der philosophisch interessierte und ehrgeizige Jüngling verschlang sie aufmerksam.⁷

Nach dem Abitur begann Rosenberg 1910 an der Technischen Hochschule in Riga Architektur zu studieren. Als diese während des Ersten Weltkrieges nach Moskau übersiedelte, ging der einundzwanzigjährige Baltendeutsche mit ihr in die russische Metropole. Hier schloß er seine Ausbildung kurz nach der Oktoberrevolution mit einem „Diplom 1. Ranges“ ab. Anschließend kehrte er zu seiner Frau – die Ehe war 1915 geschlossen worden⁸ – nach Reval zurück. Als hier deutsche Truppen einmarschierten, wollte er als Kriegsfreiwilliger in deren Reihen dienen, doch sein Antrag stieß auf Ablehnung. Im neu eröffneten deutschen Gustav-Adolf-Gymnasium fand er eine Anstellung als Zeichenlehrer. Von politischen Ambitionen war in jener Zeit noch nicht viel zu spüren, obgleich er sich später zu der Behauptung verstieg, Teile seines 1930 veröffentlichten und im Dritten Reich zum zweiten Standardwerk neben Hitlers „Mein Kampf“ erhobenen Buches über den „Mythus des 20. Jahrhunderts“ wären bereits 1917 entstanden.⁹ Auch unter seinen studentischen Corpsbrüdern

³ Hans-Adolf Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933-1938, Frankfurt a. M. 1968, S. 50.

⁴ Fest, Das Gesicht des Dritten Reiches, S. 193.

⁵ Wie dies um 1930 bekannt wurde und welche Rolle es in den Auseinandersetzungen um Rosenberg spielte, zeigt ausführlich Baumgärtner, Weltanschauungskampf im Dritten Reich, S. 6 ff.

⁶ Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen, S. 21.

⁷ Bollmus, „Chefideologe“, S. 224.

⁸ Von ihr ließ er sich im Frühjahr 1923 scheiden — zeitgleich mit seiner offiziellen Einbürgerung in Deutschland. 1925 heiratete er erneut.

⁹ Alfred Rosenberg: Der Mythus des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, München 1930, S. 3. Siehe auch ders.: Wie der Mythus entstand (1935). In: BAK, NS 8/22.

der deutschen Verbindung „Rubonia“ – manche verdankten ihr später die Karriere – war er nicht sonderlich hervorgetreten. Das Ende des Ersten Weltkrieges, die zunehmenden sozialen und politischen Spannungen im Gefolge der russischen Oktoberrevolution sowie die Gründung eines selbständigen estnischen Staates veranlaßten ihn schließlich, nach Deutschland zu gehen; wie er 1945/46 in seinen Erinnerungen schrieb, wollte er „nicht wieder“ unter einer ihm fremden Staatshoheit leben.¹⁰ Im Dezember 1918 traf er in Berlin ein, reiste jedoch rasch – von der deutschen Hauptstadt wenig angetan und die ihm angebotene Arbeitsstelle in einem Architektenbüro ablehnend – nach München weiter.

Hier schloß sich Rosenberg bereits Anfang 1919 den um die agile, extrem rechtslastige Thule-Gesellschaft gruppierten antisemitischen Kreisen an. Eine Begegnung mit dem im völkischen Lager gefeierten Publizisten Dietrich Eckart gab offensichtlich den Ausschlag für seine weitere Tätigkeit. Gemeinsam verteilten sie Flugblätter gegen die Regierung des unabhängigen Sozialdemokraten Kurt Eisner, den sie als „jüdischen Dokumentenfälscher und sogenannten Ministerpräsidenten“ verunglimpften, gemeinsam attackierten sie die Münchener Räterepublik, den Weimarer Staat und den Friedensvertrag von Versailles. Seinem Beruf ging Rosenberg nicht nach. Im Gegenteil: Nichts trieb ihn zu geregelter Arbeit. Statt dessen fand er zunehmend Gefallen an der politischen Publizistik, sich mühselig davon ernährend, aber rasch an den Gedanken gewöhnend, daß er unter den neuen Bekannten schon seiner Herkunft wegen als Fachmann in allen Fragen gelten durfte, die das Judentum und Rußland betrafen. Den Beginn seiner politischen Karriere markieren kleinere Artikel in der von Eckart seit Dezember 1918 herausgegebenen Zeitschrift „Auf gut deutsch“, in denen er seine Beobachtungen in Rußland formulierte.

In der antisemitisch-antikommunistischen Münchener Nachkriegsszenerie lernte Rosenberg über Dietrich Eckart auch Anton Drexler kennen, den ersten Vorsitzenden der Deutschen Arbeiterpartei. Im Herbst 1919 trat er dieser Partei bei, erhielt die Mitgliedsnummer 625, die sich bei der Neugründung der Partei im Februar 1925 zur Nummer 18 wandelte. Als die NSDAP Ende 1920 den „Völkischen Beobachter“ erwarb, gehörte Rosenberg zu den Stützen der Redaktion. Er übernahm im Februar 1923 als Nachfolger Eckarts die Leitung des Hauptblattes der nationalsozialistischen Partei, die er, zwei Jahrzehnte lang – mit einer vom Sommer 1924 bis zum Februar 1926 reichenden Pause sowie mit wechselnden Bezeichnungen seiner Funktion – bis zu den letzten Ausgaben im April 1945 innehatte.

Bei Adolf Hitler bewunderte er von Anfang an, wie er 1935 in einem Lebenslauf schrieb, die Einheit von „sicherem Instinkt und zielklarem Wollen“. Er hätte sich sofort entschlossen, an dessen Seite zu kämpfen, da ihre Anschauungen so sehr „übereinstimmten, daß eigentlich gar keine Probleme in den großen Linien vorhanden waren.“¹¹ Zehn Jahre darauf, während des Nürnberger Prozesses, klang es in seinen letzten Aufzeichnungen etwas distanzierter und regelrecht abwiegelnd: „Ich müßte lügen, wollte ich behaupten, ich sei von ihm überwältigt worden, als bedingungsloser Anhänger, wie so viele erklären, als ihm schon Leistung und Name vorausgingen.“¹² Wie auch immer, er wurde rasch zu einem treuen Helfershelfer Hitlers, und er blieb es bis zuletzt. Bereitwillig ordnete er sich unter und erfüllte die ihm zugedachten Aufgaben mit großem Eifer. Allenfalls internen Papieren vertraute er gelegentlich an, wie er sich zunehmend vom „Führer“ unter seinem Wert beurteilt und ungerecht behandelt fühlte.

Seinem ersten Beitrag in Eckarts Zeitschrift gab Rosenberg 1919 den Titel „Die russisch-jüdische Revolution“, dem letzten die Bezeichnung „Das Verbrechen der Freimaurerei. Judentum, Jesuitismus, Deutsches Christentum“. Die hier bereits in Erscheinung tretende Verknüpfung von Antisemi-

¹⁰ Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen, S. 312.

¹¹ Fragment eines unveröffentlichten biographischen Entwurfs aus den persönlichen Akten Rosenbergs von 1935. In: BAK, NS 8/20, Bl. 15 ff.

¹² Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen, S. 91. Noch 1943 durfte Alfred Bäumler in einer Einleitung zu den von ihm herausgegebenen Schriften Rosenbergs aus den Jahren 1917-1921 (München 1943, S. XXII) schreiben, Hitler habe „eine geradezu magische Wirkung“ auf Rosenberg ausgeübt und dieser in ihm „sogleich den seelischen und politischen Mittelpunkt eines neuen Deutschlands“ erblickt.

tismus und Antibolschewismus, eingebettet in eine später immer stärker hervortretende, nationalistisch-rassistisch begründete Ablehnung des Christentums und der Kirchen, sollte von nun an das Grundthema seines Politiker-Daseins, seines Schreibens und sonstigen Wirkens werden. Seine antisemitische Schlußfolgerung lautete schlicht: „Jeder Jude ist Antichrist, jeder wahrhafte Christ ist ein Antisemit.“¹³ Er gab vor, in Geschichte und Gegenwart ein unermüdliches und stets verschwörerisches Streben der Juden nach Weltherrschaft erkennen zu können, das nicht allein durch Publikationen wie die seinigen erhellt, sondern strikt zum Nutzen „deutscher Interessen“ bekämpft werden müsse.

Während der frühen zwanziger Jahre veröffentlichte Rosenberg eine Vielzahl kleinerer und größerer Broschüren. Vieles schien er für seine Schriften direkt den Pamphleten des russischen Antisemitismus entlehnt zu haben, vor allem den 1919 erstmals in Deutschland erschienenen und bereits als Fälschung entlarvten „Protokollen der Weisen von Zion“. In jedem seiner Texte verknüpfte er deutschvölkisch-rassistischen Antisemitismus mit einem militanten Antibolschewismus. Sein erstes größeres Pamphlet erschien 1922: „Pest in Rußland! Der Bolschewismus, seine Häupter, Handlanger und Opfer“ (aus deren Neuauflage er allerdings Mitte der dreißiger Jahre bereitwillig ganze Passagen strich oder kürzte) – sie hatten sich allzu deutlich als falsch erwiesen oder paßten nicht in die offizielle Politik der an die Macht gelangten Partei). Viele Erscheinungen der „jüdisch-bolschewistischen Pest“ führte er auf den russischen Volkscharakter zurück, in dem er einen „schlafenden anarchistischen Impuls“ aus jüdisch-mongolischem Erbe erkannt haben wollte. Die Probleme des russischen Vielvölkerstaates und insbesondere den ukrainischen Nationalismus deutete er als ein günstiges Mittel, das der angestrebten Zerschlagung des Bolschewismus und der Verstärkung des deutschen Einflusses in Osteuropa dienen könne.¹⁴

1923 publizierte Rosenberg eine Schrift, die sich direkt mit den „Protokollen der Weisen von Zion“ befaßte und mit der er wesentlich zur Verbreitung der wohl verhängnisvollsten Fälschung, die je gefertigt worden ist, beitrug. Sie beinhaltete detaillierte Angaben und ausführliche Kommentare zu dem angeblichen Plan einer Verschwörung, mit der jüdisch-freimaurische Kreise die Weltherrschaft erringen wollten.¹⁵ Die „Weisen“ hätten selbst als Ziel der Juden fixiert, mit allen Mitteln zu verhindern, „daß die Kriege Landgewinnung bringen“. Vieldeutig meinte Rosenberg gerade zu diesem Zitat, es solle doch vielen Deutschen noch einmal zu denken geben.¹⁶ Immer wieder behauptete er, der Bolschewismus in Rußland, der gesamte Marxismus und ebenso die Freimaurerbewegung wären Bestandteil und Mittel eines übermächtigen, furchterregenden jüdischen Weltmachtstrebens. In diesem Sinne stilisierte er alles zu einer existentiellen Bedrohung Deutschlands und Europas, der energisch zu widerstehen sei.

Obwohl sich beide Schriften gegen den auch in Deutschland verbreiteten Gedanken einer solidarischen Rußlandhilfe richteten und gegen jene Politiker der Weimarer Republik zu Felde zogen, die von der Notwendigkeit eines Bündnisses bzw. Handelsabkommens mit Rußland sprachen, erwähnte er den Rapallo-Vertrag, den Deutschland und Sowjetrußland im April 1922 abgeschlossen hatten, mit keinem Wort – möglicherweise ein frühes Zeichen seines ambivalenten, von innerer Unsicherheit geprägten Verhältnisses gegenüber praktischer Politik. Allerdings deutet nichts darauf hin, daß er seine Ergüsse nur als Theorie betrachtet haben könnte. Mit Verve und Konsequenz nutzte er den Antisemitismus, um aus dem traditionellen Fremdenbild von den Russen, das in Deutschland von widersprüchlichen Vorurteilen wie auch von gönnerhafter Überheblichkeit und Bereitschaft zur Zusammenarbeit charakterisiert war, ein ausgesprochen haßerfülltes, von mystifizierenden Stereotypen

¹³ Alfred Rosenberg: Das Verbrechen der Freimaurerei. Judentum, Jesuitismus und deutsches Christentum, München 1922, S. 174.

¹⁴ Rosenberg, Pest, S. 38.

¹⁵ Alfred Rosenberg: Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik, München 1923. Siehe dazu auch Michael Hagemeyer: Die „Protokolle der Weisen von Zion“. Einige Bemerkungen zur Herkunft und zur aktuellen Rezeption. In: Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems, Leipzig 1995, S. 195 ff.

¹⁶ Alfred Rosenberg: Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik, S. 48.

und gewaltmobilisierenden Klischees geprägtes *Feindbild* zu entwickeln. Seine „Pest“-Schrift beschloß er mit Worten, die jegliche Verständigungs- und Friedenspolitik ausschlossen: „Es gibt auch hier nur die eine Wahl: Vernichtung oder –Sieg!“¹⁷ Es mußte 1945/46 dem Trick eines Roßtäuschers gleichen – möglicherweise auch einer naiven Selbsttäuschung –, als er von sich gab, eine „wörtliche Auslegung des Ausdrucks ‚Vernichtung‘ und ‚Ausrottung‘ nicht für menschenmöglich gehalten“ zu haben.¹⁸

In der Mitte der zwanziger Jahre, als die NSDAP von lebhaften innerparteilichen Debatten zum Thema „Rußland und wir“¹⁹ und zu einigen nationalbolschewistischen Thesen erschüttert wurde, vertrat Rosenberg seine Positionen strikt gegen Auffassungen aus dem Kreis der sogenannten Parteilinken um die Gebrüder Gregor und Otto Strasser. Diese unterschieden sich zwar nicht grundsätzlich, in einigen Aspekten aber doch recht erheblich von seinen Positionen und von denen Hitlers. Die „Parteilinken“ fühlten sich in gewisser Weise den russischen Revolutionären verwandt und standen – etwa im Sinne des jungkonservativen Publizisten Arthur Moeller van den Brucks – im Banne Rußlands als einem der großen Anziehungspunkte für deutsche Konservative. Gregor Strasser sprach sich sogar für eine „prorussische Einstellung“ der Partei und die Parole aus: „Das deutsche Mitteleuropa – im Kampf gegen den Westen, mit vorläufiger Unterstützung des Ostens!“ Gleichzeitig wandte er sich vehement gegen jeden Antibolschewismus, der „instinktos“ deutsch-russische Bündnismöglichkeiten unberücksichtigt lasse. Joseph Goebbels, der damals seinen Schwenk zu Hitler noch nicht vollzogen hatte und als Sekretär Gregor Strassers tätig war, klagte Ende 1925, es sei mit „erbittertem Schmerz“ zu beobachten, „wie sogenannte deutsche Staatsmänner Brücke um Brücke nach Rußland zerschlagen“; sein Schmerz sei aber nicht deshalb so groß, weil er etwa den Bolschewismus und seine jüdischen Träger „lieben“ würde, sondern weil die Nationalsozialisten im Bunde „mit einem wahrhaft nationalen und sozialistischen Rußland“ den Anfang der „eigenen nationalen und sozialistischen Behauptung erkennen“. Von solchen Tönen wollte Rosenberg absolut nichts wissen; das später so besonders feindselige Verhältnis zwischen Goebbels und Rosenberg dürfte hier seinen Ausgangspunkt genommen haben

Rosenbergs antisemitisch-antibolschewistische Gedankengänge beeinflussten Hitler in den frühen zwanziger Jahren mehr, als lange Zeit in den Forschungen zur Geschichte der NSDAP angenommen worden ist. Das gilt insbesondere für die Verknüpfung seines antisemitisch-antibolschewistischen Weltbildes mit den expansiven „Lebensraum“-Ideen, die auf ein großgermanisches Reich und insbesondere auf die Eroberung und Kolonialisierung Rußlands zielten. Jene häufig zitierten Passagen aus Hitlers „Mein Kampf“, die den Deutschen einen über die Grenzen von 1914 hinausreichenden „genügend großen Raum auf dieser Erde“ und eine zukunftsichernde Gewinnung von „Land im Osten“ versprochen, lassen sich auch auf Rosenbergsche Intentionen zurückführen. Und wie die Gedankengänge des „Chefs“ der NSDAP schlossen auch die seinigen Absicht und Bereitschaft ein, um der genannten Ziele willen Gewalt anzuwenden und Krieg zu führen. Ihm war bewußt, daß die bestehenden Grenzen nicht ohne militärische Mittel verändert werden konnten. Trotz aller seiner Empfehlungen, ideologische und „völkerpsychologische“ Gegebenheiten bei einer Durchsetzung deutscher Expansionsgelüste im Osten Europas zu berücksichtigen, dominierte bei ihm doch letztlich die Zustimmung zu nationalistischer Großmachtpolitik, zu Gewalt und Terror.

In Rosenbergs Bemühen um eine Zusammenführung von Idee und Tat kamen jedoch rasch die Grenzen seiner charakterlichen Voraussetzungen und persönlichen Fähigkeiten zum Vorschein. Wenn er von Hitler sagen zu können meinte, dieser sei ein „blutechter großer Träumer und zugleich ein lebensnaher Tatsachenmensch“²⁰, berührte er wohl insgeheim eine ihm als wunden Punkt er-

¹⁷ Rosenberg, Pest, S. 96.

¹⁸ Letzte Aufzeichnungen, S. 314.

¹⁹ Das Folgende stützt sich weitgehend auf Manfred Weißbecker: „Wenn hier Deutsche wohnten“, Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP. In: Das Rußlandbild im Dritten Reich. Hg. v. Hans-Erich Volkmann, Köln u.a. 1994, S. 9-54.

²⁰ Alfred Rosenberg: Der deutsche Ordnungsstaat. Ein neuer Abschnitt in der Entwicklung des nationalsozialistischen Staatsgedankens, München 1934, S. 4.

scheinende Seite seines eigenen Charakters. Er mußte schon früh erfahren, wie es anderen gelang, seinem eigenen Ehrgeiz und Machtdrang zuvorzukommen und welche untergeordnete Rolle häufig seine parteioffiziell anerkannten weltanschaulichen Auffassungen im Kampf um Posten und Einfluß spielten. Obwohl er sich unmittelbar an der Seite Hitlers und mit der Pistole in der Hand am 9./10. November 1923 als Putschist hervorgetan hatte und von diesem persönlich mit der Aufgabe betraut worden war, die Partei bzw. einer ihrer Ersatzorganisationen zu führen, zeigte sich bereits im Jahre 1924, daß er die auf ihn delegierte Autorität nicht durchzusetzen verstand. Es gelang ihm kaum, die divergierenden Kräfte des nach der Niederlage zerstrittenen nationalsozialistischen und deutschvölkischen Lagers zusammenzuhalten. Als eine integrierende Figur zu wirken, war ihm offensichtlich nicht gegeben. Ihn selbst erregten jedoch alle Auseinandersetzungen und Intrigen in hohem Maße. Erstmalig traten Unsicherheiten und Beklemmungen auf, die später sogar zu psychisch bedingten Erkrankungen führen sollten. Über Skrupellosigkeiten anderer konnte er sich nur schwer hinwegsetzen. Durch jede Verletzung dessen, was er als Theorie und Weltanschauung des Nationalsozialismus verstand, fühlte er sich persönlich getroffen und herabgesetzt; dennoch unterwarf er sich immer der Macht der Politik und den Mächtigen seiner Partei. Nicht unzutreffend nannte ihn Ernst Röhm gelegentlich einen „tölpelhaften Moralathleten“.²¹

In der 1925 wiedergegründeten NSDAP erhielt Rosenberg zunächst keine Funktion zugesprochen. Er profilierte sich von nun an vor allem auf außenpolitischem Gebiet und fühlte sich für die Ausarbeitung eines nationalsozialistischen Kulturkonzepts zuständig. Von ersterem zeugt seine 1927 veröffentlichte Schrift „Der Zukunftsweg einer deutschen Außenpolitik“, vom zweiten die umfangreiche Tätigkeit als Herausgeber nationalsozialistischer Zeitschriften. Seit 1924 erschienen unter seiner Leitung „Der Weltkampf. Monatsschrift für Weltpolitik, völkische Kultur und die Judenfrage aller Länder“, die zunächst als Ersatz für den verbotenen „Völkischen Beobachter“ gedacht war und bis 1941 als Zeitschrift existierte. Ferner gab er von 1929 bis 1931 die „Mitteilungen des Kampfbundes für deutsche Kultur“, von 1930 bis 1944 die „Nationalsozialistischen Monatshefte“ und von 1932 bis 1934 die „Deutsche Kulturwacht“ heraus. Wegen beleidigender Äußerungen und übler Nachrede wurde er bis 1931 sieben Mal rechtskräftig verurteilt, drei Verfahren wegen Verstößen gegen das Republikschutzgesetz schwebten noch.

Rosenbergs „Zukunftsweg“ stellte zwar in wesentlichen Teilen nur eine Version seiner jüdenfeindlichen und antibolschewistischen „Fließbandproduktion“²² dar, enthielt aber dennoch ein klares und sehr konkretes außenpolitisches Programm zur Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges: „Die deutsche Außenpolitik muß wieder auf den deutschen Machtgedanken eingestellt werden ...“ Vom Jahr 1914 meinte er sagen zu müssen, daß es den „Beginn des börsianisch-bolschewistischen Vernichtungskrieges wider die weiße Rasse“ markiere. Auch wenn der Krieg verloren worden sei, ginge der „Weltkampf“ weiter. Und diesen müsse Deutschland unbedingt gewinnen, sonst wären die zwei Millionen deutsche Soldaten umsonst gefallen.²³ Rosenberg forderte vor allem, „Lebensraum im Osten“ zu erringen und ein neues Bündnissystem zu schaffen. Dem Weimarer Staat warf er vor, wortlos den Kampf für diese Ziele aufgegeben zu haben, stattdessen diene er „der schwarzen, der roten und der goldenen Internationale“. Zwar wäre es zur Zeit noch unmöglich, den vielfachen Ruf „Arier aller Länder vereinigt euch!“ zu erfüllen, doch müsse endlich dem Gedanken eines „starken nationalen Staatensystems“ nähergetreten werden. Dieses solle neben Deutschland und Italien auch England und die „künftige“ Ukraine umfassen und fähig sein, „die private Goldwährung des jüdischen Weltstaates zu stürzen.“ Frankreich sollte durch Bündnisse mit solchen Staaten, die an seiner Schwächung interessiert wären, isoliert und von einer Unterstützung Polens abgehalten werden. Gegen den westlichen Nachbarn gebrauchte er auch das Schreckgespenst einer „Afrikanisierung“ Europas. Wie Hitler an die Nachteile des Mehrfrontenkampfes von 1914/18 erinnernd, orientierte er für den kommenden Krieg auf ein Zusammengehen Deutschlands und Englands. Für seine rassistische Raum- und Bodenkonzeption schlußfolgerte er: „Das Britentum übernimmt den

²¹ Brief Röhm an Dr. Heimsoth vom 3.12.1928. In: BABZ, B 325.

²² Kuusisto, S. 33.

²³ Rosenberg, Zukunftsweg, S. 19 und 144.

Schutz der weißen Rasse in Afrika, in Indien und Australien; Nordamerika übernimmt den Schutz der weißen Rasse auf dem amerikanischen Kontinent, Deutschland aber in Zentraleuropa im engsten Bündnis mit Italien, welches die Aufsicht über das westliche Mittelmeer, die Herrschaft über die Adria erhält zwecks Isolierung Frankreichs und Niederschlagung der französischen Versuche, das schwarze Afrika gegen das weiße Europa in den Kampf zu führen.“²⁴

Als Rosenberg 1930 in den Reichstag gewählt wurde, delegierte ihn die auf 107 Abgeordnete angewachsene Fraktion der NSDAP in den außenpolitischen Ausschuß des Parlaments. Er reiste 1931/32 nach London und Rom. In der italienischen Hauptstadt referierte er auf Einladung der Königlichen Akademie zum Thema „Krisis und Neugeburt Europas“. Sein Vortrag war eine einzige Absage an die als lebensfremd diffamierten „Ideen von 1789“ und an jeglichen „universalistischen“ Europa-Gedanken. Stattdessen warb er erneut für ein geregeltes Miteinander von Deutschland, England, Frankreich und Italien gegenüber dem Rest des Kontinents: „Ein Gesetz der Selbsterhaltung des Ganzen bedeutet es, wenn die Kraftströme dieser großen Völker Rücken an Rücken nicht gegeneinander stehen: Deutschland nach Osten und Nordosten, Frankreich nach dem Süden, Italien nach Süd-Ost, Großbritannien über die Meere gerichtet. Die Behinderung des Wirkens einer der großen europäischen Kulturkräfte müßte von allen anderen als Anschlag auf das eigene Lebensinteresse gewertet und dementsprechend beantwortet werden. Erst so würde die Einheit Europas entstehen, das dann „nach außen, anderen Kontinenten und Rassen gegenüber“ in Erscheinung treten sowie „das Chaos und die Abfälle der Weltstädte“ erfolgreich bekämpfen könne.“²⁵ Der schwache Versuch Rosenbergs, die Außenpolitik eines nationalsozialistischen deutschen Staates als einen Beitrag zur Sicherung von Frieden und Verständigung darzustellen, stieß fast überall auf Skepsis. Selbst Mussolinis Eindruck von Rosenberg soll negativ gewesen sein.²⁶ Von besonderen Erfolgen auf diesem Betätigungsfeld konnte also keine Rede sein ...

Doch ohnehin hatte sich Rosenberg neben seinen außenpolitischen Ambitionen mehr und mehr der Bestimmung ideologisch-weltanschaulicher Positionen des Nationalsozialismus sowie des rigorosen Kampfes seiner Partei gegen alle modernen Kulturtendenzen der Zeit angenommen. Unter seiner Regie entstand 1927/28 der „Kampfbund für deutsche Kultur“, mit dem er sich gegen „rassefremdes Literatentum“ und alle neuen Erscheinungen in Musik und bildender Kunst wandte. Als Aufgabe des Bundes galt ihm die „Heranziehung bester artbewußter Zeitungen und Zeitschriften, Förderung heute unterdrückter deutscher Gelehrter und Künstler, Veranstaltung von Ausstellungen, Einwirkung auf Theaterspielpläne“.²⁷ Für den Förderkreis des Kampfbundes gewann er Leute, die im völkischen Lager klangvolle Namen besaßen, unter anderem den Architekten Paul Schultze-Naumburg (er wurde 1930 von Wilhelm Frick während seiner Amtszeit als thüringischer Minister zum Direktor der Bauhochschule Weimar ernannt, nachdem alle maßgebenden Vertreter des Bauhauses verjagt worden waren), den völkischen Literaten Adolf Bartels, den eine „deutsche Physik“ propagierenden Naturwissenschaftler Philipp Lenard, die Schriftsteller Guido Kolbenheyer und Hanns Johst, die Verleger Lehmann und Bruckmann sowie prominente Wagner-Verehrer aus Bayreuth.

Der Kampfbund, dessen Mitgliederzahl von anfänglich 300 auf 38.000 im Oktober 1933 stieg, sollte den „nationalsozialistischen Gedanken in Kreise tragen, die durch Massenversammlungen im allgemeinen nicht gefaßt werden“ konnten.²⁸ Es kam Rosenberg daher nicht so sehr darauf an, mit dem Kampfbund propagandistisch hervorzutreten. Doch er nutzte jede sich bietende Gelegenheit auch zu solchen Zwecken, wie sich beispielsweise im Juni 1930 zeigte, als ihm Frick ermöglichte, eine Tagung des Kampfbundes in Weimar durchzuführen. In der Partei wurde der Kampfbund wegen seines geringen propagandistischen Wertes allerdings nicht sonderlich geschätzt. Er erntete

²⁴ Rosenberg Zukunftsweg, S. 19 und 142 f.

²⁵ Alfred Rosenberg: Krisis und Neugeburt Europas. In: ders.: Blut und Ehre. Ein Kampf für die deutsche Wiedergeburt. Reden und Aufsätze 1919-1934. Hrsg. v. Thilo von Trotha, München 1934, S. 311.

²⁶ Kuusisto, S. 39.

²⁷ Baumgärtner, S. 13.

²⁸ Dies wurde auf dem NSDAP-Parteitag von 1927 gefordert, als es noch um den Versuch ging, eine Nationalsozialistische Wissenschaftliche Gesellschaft ins Leben zu rufen.

mancherlei Vorwurf, nicht zuletzt auch den, in der Auswahl seiner Mitarbeiter – es ging um die aus der SA kommenden Gotthard Urban und Walter Stang – wenig Geschick bewiesen zu haben. Landsmannschaftliche Bindungen und „Gesinnungskontakte“²⁹ gaben vor allem den Ausschlag. 1933/34, als Goebbels die „Reichskulturkammer“ schuf und Robert Ley in der Deutschen Arbeitsfront das Werk „Kraft durch Freude“ in Gang setzte, vermochte Rosenberg weder seinen kulturpolitischen Führungsanspruch noch den Kampfbund länger am Leben zu halten.

Zum wichtigsten Ergebnis der Rosenbergschen Bemühungen um die Darstellung der nationalsozialistischen Weltanschauung geriet das 1930 erschienene umfängliche Werk „Mythus des 20. Jahrhunderts“, das er ursprünglich „Rasse und Ehre“ benennen wollte. Neben Hitlers „Mein Kampf“ galt es – obwohl parteiamtlich nie anerkannt – als das zweite Standardwerk des Nationalsozialismus und ist in einer Million Exemplaren vertrieben worden. Bei der Wahl des Titels ließ sich Rosenberg von dem im völkischen Lager maßgebenden Buch des Germanophilen Houston Stewart Chamberlain über die „Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ leiten. Er hatte es bereits als Junge gelesen und beabsichtigte, es im Sinne seines „Lehrmeisters“ fortzuschreiben. Chamberlains Versuch, unter jeglichem Verzicht auf wissenschaftliche Methoden nachzuweisen, daß Jesus kein Jude, sondern ein Arier gewesen ist, zielte auf die Verknüpfung von Christentum und Rassismus. Abstruse Gedankengänge, verworrene Argumentationen, politisch zweischneidige Thesen und ein schwer verständlicher Stil kennzeichnen auch das pseudowissenschaftlich-mystizistische Traktat Rosenbergs, das die Weltanschauung des Nationalsozialismus und ihren rassistischen Kern zusammenfassen und zugleich in mystische Religionsvorstellungen einbetten sollte.³⁰ Wegen seiner dilettantischen „Philosophie“, der antichristlich-kulturkämpferischen Grundtendenz und seiner antikirchlichen Prämissen stieß das Buch allerdings selbst bei Hitler und anderen Parteiführern nur auf reservierte Duldung. Als der Autor in Nürnberg zu hören bekam, daß es überhaupt kaum einer der Mitangeklagten und – wie Dönitz bemerkte – nur ein Prozent seiner Marine-Offiziere gelesen hatte, brach für ihn eine Welt zusammen.³¹

Alle Überlegungen Rosenbergs gingen vom Ersten Weltkrieg aus. Dieser habe den Beginn einer Weltrevolution markiert, leider jedoch zugleich „die tragische Tatsache gezeigt, daß zwar Millionen ihr Leben opferten, dies Opfer aber anderen Kräften zugute gekommen ist, als wofür die Heere zu sterben bereit waren“. Nach der Katastrophe – darunter verstand er den inneren Zusammenbruch aller Staatssysteme von 1914 und aller Werte –und gefördert von der nationalsozialistischen Bewegung beginne jedoch das „Blut“ wieder lebendig zu werden. Es gehe „ein neuer Zellenbau der deutschen Volksseele vor sich. Gegenwart und Vergangenheit erscheinen plötzlich in einem neuen Licht und für die Zukunft ergibt sich eine neue Sendung. Geschichte und Zukunftsaufgabe bedeuten nicht mehr Kampf von Klasse gegen Klasse, nicht mehr Ringen zwischen Kirchendogma und Dogma, sondern die Auseinandersetzung zwischen Blut und Blut, Rasse und Rasse, Volk und Volk. Und das bedeutet: Ringen von Seelenwert gegen Seelenwert“.³²

Im „Mythus“ verkündete Rosenberg, alle Staaten des Abendlandes und ihre „Schöpferischen Werte“ seien von den Germanen erzeugt worden. Hätten sich die aufgewühlten Schlammfluten der Mischlinge Asiens, Afrikas, des ganzen Mittelmeerbeckens und seiner Ausläufer“ durchsetzen können, wäre „der die Erde umgestaltende Genius des das Weltall erforschenden nordisch bedingten Menschen“ für ewig verloren gegangen.³³ Der nordischen Rasse schrieb er zu, alle wesentlichen Weltkulturen geschaffen zu haben. Diese wären jedoch überall und stets durch die jüdische Gegenrasse bedroht. Juda habe schon Hellas zerstört und zu Rom umgewandelt, und von Rom aus werde noch immer die jüdisch-orientalisch geprägte Lehre des Christentums verbreitet. Ihre Werte wie Mitleid und Liebe hätten den germanischen Höchstwert der Ehre zersetzt. Aus allem leitete er ein Herrschaftsrecht der nordischen Rasse ab, ebenso die These, daß über alles die Ehre der deutschen

²⁹ Baumgärtner, S. 35.

³⁰ Petzold, Die Demagogie, S. 199.

³¹ Siehe Gustave M. Gilbert: Nürnberger Tagebuch, Frankfurt a. M. 1995, S. 262.

³² Rosenberg, Mythus, S. 1 f.

³³ Rosenberg, Mythus, S. 81 ff.

Nation gestellt werden müsse, da sie Ausdruck eines ursprünglichen nordisch-germanischen Wesens und Wissens sei. Der Mythos des Blutes habe sich über die Jahrtausende hinweg erhalten, müsse aber nun im 20. Jahrhundert wieder erweckt werden.

Das mystisch-irrationalistische Gedankengebäude führte Rosenberg zur Forderung, daß die zwei Millionen Deutschen „nicht umsonst gefallen“ sein dürfen. Der Mythos des Blutes dieser toten Krieger müsse nunmehr „allein“ den künftigen Lebensrhythmus des deutschen Volkes bestimmen sowie „den neuen Typus des Deutschen züchten.“ Wie andere führende Nationalsozialisten auch – z. B. Heinrich Himmler, Richard Walther Darré und Dietrich Klagges – operierte Rosenberg mit den verworrenen Schlüsselbegriffen „Blut“ und „Rasse“. Trotz gewisser Variationen des Blutmythos stimmten sie alle darin überein, an die Arier als einem auserwählten Herrenvolk zu glauben, die Juden erbarmungslos zu hassen, Humanismus und Demokratie zu verachten, Macht und Gewalt zu verherrlichen. Christentum erschien ihnen nur in einer germanozentrierten, „rassereinen“ Religionsform denkbar.³⁴ Rosenberg kleidete dies auf den letzten Seiten seines Buches in die Worte: „Das feldgraue deutsche Volksheer war der Beweis für die mythenbildende Opferbereitschaft. Die heutige Erneuerungsbewegung aber ist das Zeichen dafür, daß noch Ungezählte zu verstehen beginnen, was die zwei Millionen toter Helden sind: die Märtyrer eines neuen Lebensmythus, eines neuen Glaubens schlechweg. An die Stelle der Prunkuniform ist das feldgraue Kleid getreten, der ernste Stahlhelm. Die fürchterlichen Kruzifixe der Barock- und Rokokozeit, welche an allen Straßenecken verzerrte Gliedmaßen zeigen, werden auch nach und nach durch herbe Kriegerdenkmäler verdrängt ... Die Kraft, die von 1914-1918 *opferte*, sie will jetzt *gestalten*.“³⁵

Ein „Markstein der ... ewigen Deutschheit“ ist das Buch von seinen unkritischen Bewunderern genannt worden³⁶, während der Vatikan es rasch auf den Index verbotener Bücher setzte. Die Rosenbergsche Apologie der nordisch-arischen Rasse und der deutschvölkische Germanenkult mußte mit Intentionen und Interessen der christlichen Kirchen kollidieren. Aus der evangelisch-lutherischen Kirche trat er Ende 1933 aus.³⁷ In seinem Wahn befangen, rechnete Rosenberg zwangsläufig zu den größten Aufgaben dieses Jahrhunderts die Formung einer „Deutschen Kirche“. In dieser sollten „an die Stelle alttestamentarischer Zuhälter- und Viehhändlergeschichten die nordischen Sagen und Märchen“ treten. In einer von der Parteiführung gewünschten Zusammenfassung seiner Thesen, versuchte er 1939 noch einmal, dies als den Kern seiner Auffassungen herauszuheben. Weltanschauung sei „Haltung, nicht Dogma“, und eine Haltung könne „mutig oder feige, stolz oder unterwürfig, frei oder knechtisch“ sein. Erziehungsgrundsatz der christlichen Kirchen sei, „De-Mut lehren und Furcht einflößen“, was ganz und gar im Gegensatz zu den germanisch-deutschen Forderungen nach „Mut und Stolz und Freiheit“ stehe. Die ursprüngliche absolute Macht des Christentums sei mit seiner Spaltung in mehrere Konfessionen zerbrochen, und dies habe sich „immer antideutscher“ ausgewirkt. Wer jedoch „eine einige religiöse Haltung für alle Deutschen erstrebt, muß als Voraussetzung dafür die bisherigen Konfessionen überwinden“.³⁸

Nach dem 30. Januar 1933 erfuhr Rosenbergs beharrliches Karrierestreben neuen Auftrieb, jedoch zugleich auch manchen Dämpfer. Am 2. Juni 1933 ernannte ihn Hitler zwar zu einem „Reichsleiter“ der NSDAP, was aber relativ wenig tatsächliche Machtkompetenzen mit sich brachte. Immerhin wurde er mit diesem Titel in seiner Funktion als Chef des am 1. April 1933 eingerichteten Außenpolitischen Amtes der NSDAP (APA) aufgewertet. Eigentlich hatte ihm das Amt des Reichsaußenministers am Herzen gelegen, dieses blieb jedoch mit Konstantin Freiherr von Neurath einem konservativen Politiker vorbehalten und fiel später an Joachim von Ribbentrop. Besonders zu diesem trat er bereits 1933/34 in eine schmerzlich empfundene Konkurrenz, umfaßte doch dessen Dienststelle 300 Mitarbeiter und sein APA lediglich 80. Obwohl er das Amt als Parallelinstitution zum Außenminis-

³⁴ Holger Germann: Die politische Religion des Nationalsozialisten Dietrich Klagges. Ein Beitrag zur Phänomenologie der NS-Ideologie, Frankfurt a. M. u. a. 1995, S. 67 ff.

³⁵ Rosenberg, Mythos, S. 698 ff.

³⁶ Karlheinz Rüdiger: Das Werk Alfred Rosenbergs. Eine Bibliographie, München 1941, S. 18.

³⁷ Baumgärtner, S. 73.

³⁸ Das politische Tagebuch, S. 241.

terium strukturierte, lief praktisch dessen Tätigkeit lediglich auf eine Beobachtung der Vorgänge in Rumänien, England, Norwegen und der UdSSR hinaus. Als seinen Stabsleiter ernannte er Arno Schickedanz, einen Baltendeutschen aus dem studentischen Korps „Rubonia“ und zugleich einen seiner wenigen Duzfreunde. Mit Thilo von Trotha holte er einen weiteren Mann baltischer Abstammung, der sich nicht allein um die Systematische Veröffentlichung Rosenbergscher Schriften Verdienste erwerben wollte, sondern bis zu seinem Tode 1938 dem Amt Norden im APA Vorstand und die von Rosenberg sehr geschätzte Nordische Gesellschaft ausbauen half.³⁹ Georg Leibbrandt leitete die Ost-Abteilung, die unter strengster Geheimhaltung und mit Hilfe von Emigranten und Rußland deutschen Materialien sammelte bzw. ausarbeitete, auf deren Grundlage künftig der Vielvölkerstaat UdSSR aufzuteilen wäre. Im Vordergrund aller außenpolitischen Bemühungen Rosenbergs standen immer die ostpolitischen Pläne. Seine antirussische Haltung ging so weit, daß er nach der Errichtung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems sogar – natürlich mit gebotener Vorsicht – gegen Hitlers pragmatische Politik polemisierte bzw. diese zu konterkarieren versuchte.⁴⁰

Als das Regime nach dem Judenboykott der ersten Apriltage 1933 in erhebliche außenpolitische Schwierigkeiten geraten war, mußte auch der Antisemit Rosenberg etwas vorsichtiger taktieren. 1945/46 in Nürnberg sollte er allerdings mit der Behauptung auftreten, stets für eine „ritterliche Lösung“ der Judenfrage eingetreten zu sein. Solches gehe aus seiner Rede auf dem Parteitag der NSDAP von Anfang September 1933 hervor.⁴¹ Er log schlicht und einfach. Tatsächlich mußte er damals von anderen NS-Größen gebremst werden, was nicht einmal gelang. Goebbels hatte gemeint, den „Führer“ davor warnen zu müssen, daß Rosenberg als Redner auf dem Parteitag auftritt, der dem Judenproblem gewidmet sei; er selbst habe auch seine Rede „aus außenpolitischen Gründen“ abgemildert.⁴²

Rosenberg durfte dennoch seinen Vortrag halten. Unter dem Titel „Die rassische Bedingtheit der Außenpolitik“ benannte er die Judenverfolgungen im nationalsozialistischen Staat demagogisch als bloße „Wiederherstellung der elementarsten Gerechtigkeit dem deutschen Volke gegenüber ...“ Alle Erschütterungen der Zeit stellten sich ihm als „Rache der Natur“ an den bestehenden jüdischen Machtpositionen dar; klipp und klar und gar nicht „ritterlich“ orakelte er, in den Auseinandersetzungen würde am Ende immer die Natur siegen, „auch wenn sie Millionenopfer fordert, ja, ganze Völker austilgt“.⁴³

Mit großer Energie, obgleich häufig in den konkreten Zielen wechselnd, baute Rosenberg einen für das geistige Leben in Deutschland einflußreichen Kontroll-Apparat des Diktaturregimes auf. Als er eine „vielfache Zerrissenheit in der Behandlung weltanschaulicher Fragen“ durch die an die Macht gelangte Partei beklagte, beauftragte ihn Hitler – wie verlautbart wurde, einem Vorschlag Leys entsprechend – am 24. Januar 1934 mit der „Überwachung der gesamten geistigen und weltanschauli-

³⁹ Baumgärtner, S. 17 ff.

⁴⁰ Als nach 1933 unvermeidbar die Diskrepanz zwischen Programm und Gegebenheiten hervortrat, hätte eine allzu stark der Ideologie entsprechende Politik die lediglich langfristig erreichbare Realisierung des Gesamtprogramms deutscher Revisions- und Expansionsansprüche gefährdet. Dabei unterlag selbst die Politik gegenüber dem verfeimten Rußland nicht nur außenpolitischem, sondern auch einem rüstungswirtschaftlichen Kalkül. Führende NS-Politiker versuchten ab und zu, jedoch nur nadelstichartig, den zunächst vorherrschenden Pragmatismus zu attackieren. In einer Aktennotiz vom 6. September 1935 für den „Führer“ bezog sich Rosenberg auf eine Reichsleitersitzung, bei der Hitler „die Möglichkeit eines Schrittes in Moskau“ angesprochen und den Wunsch geäußert habe, sich über „das deutsch-russische Wirtschaftsverhältnis unterrichten zu lassen“. Dies trieb Rosenberg zu folgender Aussage: „Da ich auf Grund mehrjähriger Beobachtung der festen Überzeugung bin, daß der Führer hier von Seiten des Rußland-Ausschusses sehr einseitig unterrichtet werden wird, so habe ich das gesamte Aktenmaterial über diese Jahre der deutsch-russischen Verhandlungen zusammengestellt und über das neue 200 Millionen Kredit-Abkommen notwendige Feststellungen getroffen. Darüber hinaus eine genaue Darlegung der Art, wie gewisse Groß-Konzerne die mittlere deutsche Industrie in unerhörter Weise in dieser ganzen Frage behandelt haben. Es dürfte dem Führer von entscheidender Wichtigkeit sein, aktenmäßig darüber unterrichtet zu werden, in welcher Weise das nationalsozialistische Reich sich dazu hergibt, die Kriegsindustrie Rußlands auch noch durch technische Beihilfe zu unterstützen.“ (BAK, NS 8/175, Bl. 138).

⁴¹ Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen, S. 287.

⁴² Goebbels, Die Tagebücher, Teil 1, Bd. 2, S. 461 (25.8.1933) und S. 463 (1.9.1933).

⁴³ Alfred Rosenberg: Die rassische Bedingtheit der Außenpolitik. In: ders., Blut und Ehre, S. 343 f. und 336 f.

chen Schulung und Erziehung der Partei und aller gleichgeschalteten Verbände sowie des Werkes „Kraft durch Freude“. Rosenberg schuf ein breit gefächertes System der „Schulung“ innerhalb der NSDAP. Zur besseren Auswahl und Ausbildung geeigneter Schulungsredner rief er eine „Reichsarbeitsgemeinschaft für die Schulung der gesamten Bewegung“ ins Leben. Außerdem gründete er im April 1934 eine „Zentralüberwachungsstelle“, deren Arbeit gleichfalls „ausschlaggebend für die geistige Haltung der gesamten Nation“ werden sollte. Mit ihrer Hilfe wollte er die Schulungsarbeit der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände sowie der Reichswehr überwachen. Er plante auch eine regelmäßige Inspektion von rund 50 Schulen, die bis dahin eingerichtet worden waren. Rosenberg unterstand ferner eine „Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums“, in der rund 200 Lektoren prüften, was auf den Büchermarkt gelangen durfte. Bis 1938 schlug sich das Ergebnis der Überwachung von rund 20.000 deutschen Schriftstellern, Publizisten usw. in der Zeitschrift „Die Bücherkunde“ nieder. Im „Kulturpolitischen Archiv“ des Beauftragten-Amtes sammelten sich im Laufe von zehn Jahren 60.000 „sorgfältig belegte Aktenvorgänge“ über kulturell tätige Personen an.⁴⁴ In den „Nationalsozialistischen Monatsheften“, die als wichtigste unter den Zeitschriften der NSDAP gegenüber dem Stand von 1931 eine Verfünfachung ihrer Auflagenhöhe erreichte, publizierte er häufig selbst, wobei seit Mitte der dreißiger Jahre außer ihm kaum noch andere führende Nationalsozialisten, sondern fast nur noch Mitarbeiter aus seinem Umkreis zu Wort kamen.⁴⁵ Sie bezogen sich häufig auf seine Schriften und begrüßten jede Neuerscheinung in emphatischen Rezensionen. Thilo von Trotha, der als Herausgeber der Rosenbergschen Reden und Schriften fungierte, pries ihn als „kristallklar logisch lehrenden Denker und Schriftsteller“ sowie als einen „ebenso überzeugende(n) Volksverkünder“. ⁴⁶ Dennoch hielt er es für notwendig, jedem Traktat des so Gepriesenen eigene Erläuterungen und Kommentare hinzuzufügen ...

Schulung und Überwachung der gesamten Bewegung – aus dieser umfassenden, ausufernden und letztlich nicht zu bewältigenden Zielstellung erwachsen Rosenberg vielfältige Argumente für sein ehrgeiziges Machtstreben. Ihm selbst und seinen Mitarbeitern fielen stets neue Ideen ein, wie der ihm von Hitler erteilte Überwachungs-Auftrag erweitert und vertieft werden könnte. Jeder sich bietenden Möglichkeit wurde nachgejagt, tatsächliche und angebliche Notwendigkeiten führten zu neuen Konzepten und Denkschriften, zu Vorschlägen und Bitten an den „Führer“. Mit großer Willensstärke und hektischen Aktivitäten suchte er sein Amt auszubauen und mehr Weisungsrechte in Partei und Staat zu erringen. Dem dienten u. a. die im Laufe der Zeiten wechselnden, sich zumeist aufblähenden Vorstellungen, „Ordenskanzler der NSDAP“, „Reichsminister für Weltanschauung und Kultur“ oder „Generalbeauftragter des Deutschen Reiches zur Abwehr des Bolschewismus und zur Sicherung der nationalsozialistischen Weltanschauung“ und Chef einer „Hohen Schule“ der NSDAP zu werden.

Für Rosenbergs Machtstreben reichte weder das Außenpolitische Amt noch das mit dem umständlich und keineswegs eindeutig formulierten Titel eines Überwachungs-„Beauftragten“. Zwar hatte er einen erheblichen Spielraum zur Mitwirkung an Herrschaft und ideologischer Kriegsvorbereitung gewinnen können, doch stieß er bereits mit dem Erreichten, erst recht hingegen mit den Plänen zur Erweiterung seiner Befugnisse immer wieder an Grenzen. Diese ergaben sich nahezu zwangsläufig aus der angestrebten Totalität in der Beherrschung des geistigen Lebens in Deutschland, aus der verschwommenen Kompetenzverteilung im Dritten Reich und aus einer entschiedenen Gegnerschaft innerhalb der Nazi-Hierarchie. Zu seinen Machtkonkurrenten gehörten vor allem der Propagandaminister Joseph Goebbels, „Arbeitsfront“-Chef und NSDAP-Reichsorganisationsleiter Robert Ley, Rudolf Heß, der sich häufig über- und hintergangen fühlte, Ernst Wilhelm Bohle, der die Auslandsorganisation der NSDAP leitete, Joachim von Ribbentrop, der ebenfalls eine außenpolitisch orientierte Dienststelle leitete und im Februar 1938 zum Außenminister erhoben wurde, „Reichskirchenminister“ Hanns Kerrl und Bernhard Rust, der Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Keinen Streit suchte Rosenberg mit den entsprechenden Institutionen der SS und des Sicherheits-

⁴⁴ Baumgärtner, S. 87 und 91.

⁴⁵ Matthias Benz: Die Nationalsozialistischen Monatshefte. Das philosophische Profil einer Zeitschrift im Nationalsozialismus. Diplomarbeit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1987, S. 14 f.

⁴⁶ Rosenberg, Blut und Ehre, S. 8.

dienstes. Mitunter gelang es ihm, mit dem einen oder anderen ein Abkommen zu schließen und das unbefriedigende Nebeneinander vertraglich zu regeln. Zeitweilig erhielt er Unterstützung durch Hermann Göring, an dem er „Tatkraft und Robustheit“ bewunderte⁴⁷, und Heinrich Himmler. Hitler verhielt sich ihm gegenüber sehr unterschiedlich: Häufig lobte er ihn, nie ließ er ihn fallen, aber er traf auch keine Entscheidungen, die voll und ganz Rosenbergs Wünschen entsprochen hätten.

So mündeten für Rosenberg alle Gegebenheiten des nationalsozialistischen Regimes immer wieder in neue und heftige Streitereien und Rivalitätskämpfe. Die Auseinandersetzungen – sie sind hier nicht im einzelnen darzustellen⁴⁸ – verstärkten sich jedoch auch durch die Art und Weise seiner Reaktion auf die Attacken und Intrigen. In ihr kamen Rosenbergs persönlicher Ehrgeiz und eine respektheischende Eitelkeit zum Vorschein, aber auch sein Hochmut, mit dem er anderen gegenüber auftrat und den man dem „Reichsleiter“ zumeist nur unterschwellig vorwarf. Sein pedantisch-intellektuelles Gehabe und eine um Bedeutsamkeit bemühte Sprechweise ließen ihn in den Augen anderer als humorlosen Doktrinär erscheinen. Manche Züge seines verletzlischen Wesens paßten kaum zu dem Erscheinungsbild der meisten NSDAP-Führer, erst recht nicht ein Bildungsstand, der – am allgemeinen Niveau der NSDAP-Führer gemessen – als hoch bewertet werden durfte. Gewiß nicht zufällig wurde ihm 1937 der Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft als erstem Lebenden verliehen; vorher war so nur der verstorbene Architekt Paul Troost geehrt worden. Obwohl die Inszenierung von der Verleihung des Friedens-Nobelpreises an den inhaftierten Pazifisten Carl von Ossietzky ablenken sollte, nahm Rosenberg sicher genüsslich zur Kenntnis, daß ausgerechnet Goebbels die Laudatio auf ihn vorzutragen hatte

Als „Gralshüter“ der nationalsozialistischen Weltanschauung – so verstand er sich selbst – geriet Rosenberg Ende August 1939 nach dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages in eine besonders zwiespältige Situation. Er konnte nicht einfach mit jener aalglatten, unbekümmerten Propaganda eines Goebbels‘ über die Diskrepanz zwischen dem „Russen-Vertrag“ und der antibolschewistisch-antirussischen Grundorientierung des deutschen Faschismus hinweggehen. Das alte Feindbild aufzugeben, kam für ihn nicht in Frage, aber ebensowenig war er willens und fähig, gegen die außenpolitische Taktik des „Führers“ zu verstoßen. Die Nachricht vom Vertragsabschluß traf ihn nicht unvermutet, vertraute er doch seinem Tagebuch am 22. August an, schon „vor einigen Monaten“ mit Göring über diese „Eventualitäten“ gesprochen zu haben. Vor den möglichen weitreichenden Folgen wurde ihm jedoch bang. Er befürchtete eine „moralische Achtungsverminderung“, vermißte „alle Würde“ in der Berichterstattung der deutschen Presse und empfand die „Umarmelung“ mit den Russen „mehr als peinlich“. Zu persönlichen Konsequenzen trieb es ihn nicht, er wollte statt dessen schlicht abwarten, wie sich die Dinge entwickeln würden.⁴⁹

Als Ende 1939 im Amt Osten seiner Behörde über einen Entwurf von „Richtlinien für die Verlage“ debattiert und darin festgehalten wurde, es sei nicht nötig, antibolschewistische Literatur „voreilig aus dem Buchhandel zurückzuziehen oder sie sogar einstampfen zu lassen“, entschied Rosenberg gegen diesen Entwurf.⁵⁰ Diese Anpassung an die gegebenen Verhältnisse hinderte ihn allerdings nicht, den Mangel an Kenntnissen über die tatsächliche Situation in Rußland zu beklagen und weiterhin Material zu sammeln, das eines Tages von Nutzen sein konnte. Am 5. Oktober 1940 schrieb er an Hermann Göring – um ein günstiges Verhältnis zu diesem bemüht – und berichtete ihm über ein Gespräch, das er kurze Zeit zuvor mit Hitler zu seinen Forschungsergebnissen über „Staatssystem und Parteaufbau in der Sowjet-Union“ gehabt habe. Darin sei „zum ersten Mal auf Grund langjähriger Arbeiten ein sachlich einwandfreies Bild vom Aufbau im Osten“ gegeben worden.⁵¹ Auch

⁴⁷ Zit. n. Bollmus, Das Amt Rosenberg, S. 129 (nicht enthalten in: Das politische Tagebuch).

⁴⁸ Siehe dazu vor allem Bollmus, Das Amt Rosenberg. Gegen dessen These, Rosenberg habe eine geringe Bedeutung für das nationalsozialistische Herrschaftssystem besessen, wendet sich Baumgärtner (S. 4) entschieden mit dem Vorwurf, Bollmus klammere aus seinen Untersuchungen, die prägend für die These von Polykratie und Ämterchaos im Dritten Reich geworden ist, unzulässig den ideologischen Aspekt aus.

⁴⁹ Das politische Tagebuch, S. 89 f.

⁵⁰ BAK, NS 43/11, Bl. 6 f.

⁵¹ BAK, NS 6/167, Bl. 60.

hier schwangen Geltungssucht und verletzte Eitelkeit mit, dennoch traf die Charakterisierung des Materials durchaus zu.⁵²

Auch in dieser Zeit befaßte sich Rosenberg mit Plänen für die Sicherung und den Ausbau seines Amtes. Mit dem Argument, der am 1. September 1939 entfesselte Krieg bedeute vor allem einen „Seelenkampf ganzer Völker“⁵³, wollte er erreichen, daß ihm der „Schulungsapparat der Gesamtbewegung ... unmittelbar und befehlsmäßig“ unterstellt wird. Seine wiederholt gestellten Anträge fanden bei Hitler Anklang, aber die Bestätigung zog sich lange, für Rosenberg allzu lange hin. Am 19. Februar 1940 notierte er in seinem Tagebuch: „In letzter Zeit bin ich nicht recht arbeitsfähig. Solange die Entscheidung über meinen Antrag nicht gefallen ist, habe ich keinen Auftrieb.“⁵⁴ In mehreren Aussprachen erläuterte ihm Hitler schließlich im Januar und Februar 1940 seine ablehnende Haltung; er verwies auf inständige Bitten Mussolinis, in Deutschland „nichts gegen die Kirche zu unternehmen“, da ihm solches in Italien sehr schaden würde und keinen Krieg an deutscher Seite erlaube, und bat den Enttäuschten, weitere entscheidende Entwicklungen abzuwarten. Dazu notierte Rosenberg, er habe sich „selbstverständlich derartigen Ausführungen nicht verschlossen“.⁵⁵ Es gab nicht einmal Grund, unzufrieden zu sein: Hitler unterschrieb auf Anhieb eine von Rosenberg vorbereitete Anordnung, derzufolge alle Dienststellen von Partei und Staat den Vorbereitungsarbeiten für die nach dem Kriege zu errichtende „Hohe Schule“, besonders auf dem Gebiet der Forschung und der Errichtung von Bibliotheken, „jede Unterstützung angedeihen“ zu lassen hatten.⁵⁶ Auf Rosenbergs Initiative wurden Forschungsinstitute der „Hohen Schule“ ausgebaut oder neu gegründet. Dazu gehörten das Institut zur Erforschung der Judenfrage in Frankfurt, das Institut für Religionswissenschaft in Halle, das Institut für Überseeforschung in Hamburg, das Institut für nationalsozialistische Volkspflege in Marburg, das Institut für Indogermanische Geistesgeschichte in Schelklingen/Württemberg, das Institut für Biologie und Rassenlehre. Die Zentralbibliothek der „Hohen Schule“ arbeitete in St. Andrä bei Villach/Kärnten. Weitere Forschungsstellen widmeten sich Gebieten wie der Erziehungswissenschaft, den Bäuerlichen Lebensformen, dem Bäuerlichen Handwerk, der Deutschen Volkssprache oder der Mythenkunde.⁵⁷

In mehrfacher Hinsicht beteiligte sich Rosenberg auch direkt am Kriegsgeschehen der ersten Jahre. Er taktete sich geschickt in die Vorbereitungen für den Überfall auf Norwegen ein, nachdem er dem „Führer“ im Dezember 1939 ein Gespräch mit Vidkun Quisling, dem Leiter der faschistischen Nasjonal Samling in Norwegen, vermitteln konnte.⁵⁸ Während des Feldzuges gegen Frankreich entdeckte er sogar eine völlig neue Möglichkeit, aktiv zu werden. Unter dem Vorwand, „herrenlos“ gewordenes jüdisches Eigentum sicherstellen zu wollen, begann unter seiner Leitung ein „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg“ (ERR) zunächst in Frankreich, später auch in den anderen besetzten Gebieten jüdische Kunstsammlungen oder die von angeblichen Gegnern der deutschen Besatzungsmacht zu plündern. Am 20. März 1941 berichtete er voller Stolz an Hitler, daß fünf Tage zuvor ein aus Frankreich kommender Sonderzug mit 25 D-Zug-Gepäckwagen im Lager Neuschwanstein eingetroffen sei, der „in der Hauptsache den wichtigsten Teil der Sammlungen Rothschild, Seligmann, Bernheim-Jeune, Halphen, Kahn, Seil-Picard, Wildenstein, David-Weill, Levy-Benzion“ umfaßt habe.⁵⁹ Insgesamt verbrachte sein „Einsatzstab“ während des Krieges aus den besetzten Gebieten rund 27.000 mit geraubtem Gut vollbeladene Eisenbahnwaggons nach Deutschland. Mit zahllosen Gemälden und anderen Kunstgegenständen bereicherte er Hitlers und Görings

⁵² Rosenbergs Analyse stützte sich u. a. auch auf eine systematisch, unter Eid sowie ohne „jede propagandistische Tendenz“ erfolgte Befragung von 3 400 Rückkehrern, die seit 1937 die UdSSR verlassen hatten. BAK, NS 8/217, Bl. 156.

⁵³ Bollmus, Das Amt Rosenberg, S. 128.

⁵⁴ Das politische Tagebuch, S. 123.

⁵⁵ Ebenda, S. 124

⁵⁶ Ebenda, S. 121. Siehe auch die interne Anordnung Rosenbergs „Vorläufige Arbeit der Hohen Schule“ vom 26.6.1940. In: BAK, NS 8/128.

⁵⁷ Baumgärtner, S. 31 f.

⁵⁸ Siehe Hans-Dietrich Looock: Quisling, Rosenberg und Terboven. Zur Vorgeschichte und Geschichte der nationalsozialistischen Revolution in Norwegen, Stuttgart 1970.

⁵⁹ Charles de Jaeger: Das Führer-Museum. Sonderauftrag Linz, München 1988, S. 122.

Sammlungen, mit den beschlagnahmten Bibliotheken die Außenstellen und Institute der „Hohen Schule“.

Im Nürnberger Prozeß sollte jedoch neben Rosenbergs aktiver Beteiligung an der Vorbereitung des Überfalls auf Norwegen und seiner Tätigkeit als Kunsträuber vor allem die umfangreiche okkupationspolitische Tätigkeit als „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete“ –, dazu war er am 17. Juli 1941 ernannt worden – eine ausschlaggebende Rolle spielen.

Offensichtlich war Rosenberg frühzeitig von der seit Sommer 1940 feststehenden Absicht Hitlers informiert, die UdSSR zu überfallen. Darauf lassen seine Aktivitäten vom Herbst 1940 schließen, doch bis zum Frühjahr 1941 vollzog sich die konkrete Planung nur im engeren Führungskreis um Hitler. Einen der ersten Versuche, NSDAP-Schulungskader andeutungsweise zu informieren, unternahm Rosenberg am 25. März 1941. Auf einer Tagung der „Reichsarbeitsgemeinschaft für die Schulung der gesamten Bewegung“ erläuterte er, weshalb sich Deutschland während der dreißiger Jahre „in eine gewisse Kreuzzugsstimmung hineingesteigert“ habe, obwohl damals für den eigentlichen geschichtlichen Auftrag, die Verhältnisse in Rußland zu ändern, noch keine ausreichenden Voraussetzungen vorhanden gewesen wären. Inzwischen sei aber auch von den alten Parteimitgliedern begriffen worden, „daß die Selbsterhaltung des deutschen Raumes wichtiger war als diese vorgeschobene ideologische Stellung“ des Antibolschewismus. An dieser Stelle des Vortrages machte er einen bezeichnenden Zusatz: „Vorläufig wurde in Behandlung dieser Frage auch ein Ausweg geschaffen, nämlich durch die Judenfrage.“ Das Wissen seiner Zuhörer über deren Behandlung setzte er schlicht voraus. Dann sprach er mit dem Blick auf den deutsch-russischen Nichtangriffspakt vom „Gesetz des Krieges“ und davon, daß dieses auch über „Fragen der weiteren Ausgestaltung unserer Weltanschauung unbedingt hinweggegangen“ sei. Die Schulungsleiter der Partei mußten aber nun wissen, daß das nur als ein „politischer, militärischer und geistiger Ausnahmezustand“ zu betrachten sei, der an der „prinzipiellen Haltung auf keinen Fall etwas ändern darf“. Gleichzeitig forderte er mehr oder weniger offen dazu auf, „nüchtern“ zu beobachten, wie die deutsche Berichterstattung über die Sowjetunion „im Abflauen begriffen“ sei.⁶⁰

Zum Zeitpunkt dieser Rede konnte Rosenberg bereits eines neuen Auftrags seines „Führers“ gewiß sein. Als die Vorbereitungen für den Plan „Barbarossa“ in militärischer Hinsicht so gut wie abgeschlossen waren, ließ ihn Hitler Anfang April 1941 wissen, daß er ihn „in irgendeiner Form als politischen Berater entscheidend einschalten“ wolle. Offensichtlich war der „Führer“ mit der Denkschrift, die ihm Rosenberg über die Ziele und Methoden einer künftigen deutschen Besatzungspolitik im Osten am 2. April vorgelegt hatte, grundsätzlich einverstanden. Rosenberg wies darin den unmittelbaren ökonomischen Gewinnzielen den Primat zu, bemühte sich jedoch auch, diese mit seinen Vorstellungen über einer längerfristige „Neuordnung“ der europäischen Teile der UdSSR in Übereinstimmung zu bringen. Die politischen Ziele des geplanten Krieges besäßen – so hieß es in seiner Denkschrift – „natürlich nur nach Sicherstellung der zur Fortführung des Krieges für das Großdeutsche Reich eben notwendigen kriegswichtigen Lieferungen aus dem zu besetzenden Gebiet Geltung ...“ Gleichzeitig empfahl er, der Ukraine als dem wichtigsten unter den auszuplündern- den Gebieten einen Sonderstatus einzuräumen: Die „gesicherte Belieferung des Deutschen Reiches mit Rohstoffmaterialien und Lebensmitteln (könnte) durch eine verständnisvolle Sonderbehandlung der betreffenden Volkstümer auf die Dauer gesehen mit weniger Kraftmitteln erreicht werden, als wenn unter Außerachtlassung dieser völkischen und politischen Situation nur mit den Mitteln der militärischen oder Polizeimacht die Lösungen dieser Aufgabe erzwungen werden“.⁶¹

Was Hitler im einzelnen dazu bewogen hat, Rosenberg am 20. April zum „Beauftragten für die zentrale Bearbeitung der Fragen des osteuropäischen Raumes“ und schließlich zum „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete“ zu berufen, läßt sich kaum erhellen. Offensichtlich galt Rosenberg nicht nur als „Partei-Philosoph“, sondern nach wie vor auch als versierter Fachmann, ohne dessen Kenntnisse und Verbindungen der Aufbau einer deutschen Zivilverwaltung in den zu erobernden

⁶⁰ BAK, NS 8/ 63, Bl. 188 f.

⁶¹ Dok. 1024-PS, IMT, Bd. XXVI, S. 548 und 562.

Teilen der UdSSR nicht bewerkstelligt werden konnte. Möglicherweise gehört die Ernennung auch zu jenen Entscheidungen innerhalb der faschistischen Führung, die im Hochgefühl der Siegeszüge und in der weit verbreiteten Unterschätzung des als „Koloß auf tönernen Füßen“ charakterisierten Gegners getroffen wurden. Auf jeden Fall waren jetzt wieder die extremsten und militantesten Formen des nationalsozialistischen Antibolschewismus und Antisemitismus gefragt, wofür sich der Einsatz Rosenbergs in besonderem Maße anbot. Für Hitler könnte ebenso der Gedanke eine Rolle gespielt haben, dem schon so lange und nachdrücklich ein Ministeramt ansteuernden Rosenberg endlich einmal entgegenkommen und frühere Zurücksetzungen ausgleichen zu wollen. Möglicherweise darf sogar ein gewisses Maß an Dankbarkeit Hitlers dafür vermutet werden, daß sich Rosenberg mit öffentlichen Äußerungen gegen den deutsch-sowjetischen Vertrag zurückgehalten hatte.

Wie auch immer, ausschlaggebend war die weitgehende Übereinstimmung in den expansionistischen und rassenideologischen Zielen zwischen Hitler und Rosenberg. Beide waren der Auffassung, daß die Völker des Ostens in erster Linie die Aufgabe hätten, dem deutschen Eroberer „wirtschaftlich zu dienen“. Mit allen Mitteln sei „wirtschaftlich aus den besetzten russischen Gebieten herauszuholen, was sich herausholen lasse“. Wie Hermann Göring, Heinrich Himmler und Martin Bormann unterstützte er von den unterschiedlichen „Beuteplänen“ jene weitreichendsten, die Hitler in einer Beratung mit ihnen sowie mit Hans Heinrich Lammers, dem Chef der Reichskanzlei, und Wilhelm Keitel, dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, am 16. Juli 1941 formuliert hatte. Nach ihrer gemeinsamen Auffassung sollte es grundsätzlich darauf ankommen, „den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können“.⁶²

Solche Vorstellungen von einer riesigen, ertragreichen deutschen Kolonie im Osten entsprachen voll und ganz dem Kern der Rosenbergschen Konzeption. Zwei Tage vor dem Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion verdeutlichte er vor „engsten Beteiligten am Ostproblem“, daß die Ernährung der Deutschen „an der Spitze der deutschen Forderungen im Osten“ stehe. Dem fügte er in aller Offenheit hinzu: „Wir sehen durchaus nicht die Verpflichtung ein, aus diesen Überschußgebieten das russische Volk mit zu ernähren. Wir wissen, daß das eine harte Notwendigkeit ist, die außerhalb jeden Gefühls steht. Zweifellos wird eine sehr umfangreiche Evakuierung notwendig sein und dem Russentum werden sicher sehr schwere Jahre bevorstehen.“⁶³

Mit dem Reichsministerium für die besetzten Gebiete schuf die Naziführung eine Behörde, die in keinem der von der Wehrmacht eroberten europäischen Gebiete ihresgleichen hatte. Die ministerielle Verantwortungswahrnehmung für die „gesamte Verwaltung im zivilen Bereich“ in einem Territorium orientierte sich am britischen Kolonialapparat und verriet allein dadurch die umfassenden, langfristigen Ziele der deutschen Okkupations- und Ausplünderungspolitik. Nach dem Plan Rosenbergs gliederte sich die „Zivilverwaltung“ der besetzten sowjetischen Gebiete in die Reichskommissariate Ostland (es umfaßte die baltischen Sowjetrepubliken und einen Teil Bjelorußlands) und Ukraine, die sich wiederum in General-, Gebiets- und Stadtkommissariate aufteilten. Weitere Reichskommissariate sollten noch hinzu kommen. Die Minister-Befugnisse Rosenbergs waren allerdings durch die anderer militärischer, sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Instanzen eingeschränkt. In allen wirtschaftlichen Belangen hatte Göring als „Beauftragter für den Vierjahresplan“ und Leiter des im Februar 1940 gebildeten „Wirtschaftsstabes Ost“ das Sagen. Die Aufgaben der Polizei wurden den „Höheren SS- und Polizeiführern“ bei den Reichskommissaren zugeordnet und unterstanden dem Reichsführer der SS. Dieser hatte sich sogar von Hitler eine Zusage besorgt, daß er sich von Rosenberg nur in den Ostdingen beraten lassen brauche, aber ihm „nicht unterstellt wäre“. In einem Brief an Bormann hatte er apodiktisch erklärt: „Mit oder unter Rosenberg zu arbeiten ist bestimmt das Schwierigste, was es in der NSDAP gibt.“⁶⁴

⁶² Verbrecherische Ziele – verbrecherische Mittel! Dokumente der Okkupationspolitik des faschistischen Deutschlands auf dem Territorium der UdSSR (1941-1944), Moskau 1963, S. 59 f.

⁶³ BAK, R 6/6, Bl. 68 f.

⁶⁴ Zit. nach Baumgärtner, S. 23.

Für sein Ministerium veranschlagte Rosenberg 5000 Mann als Personal bedarf. Seine Beamten sollten feldgraue Uniformen und militärische Dienstgrade im Rahmen eines „Ostführerkorps“ tragen⁶⁵, doch dies scheiterte am Widerstand der Wehrmacht, es blieb bei einer braungelben und an die SA-Kluft erinnernden Ausstattung. Den Grundstock seiner leitenden Mitarbeiter übernahm er aus dem Außenpolitischen Amt der NSDAP. Als sein Stellvertreter fungierte Alfred Meyer, der NSDAP-Gauleiter von Westfalen-Nord und Reichsstatthalter von Schaumburg-Lippe, der sich in den Augen Rosenbergs offensichtlich durch seine sture Haltung im Kampf gegen den Bischof von Münster, Clemens Graf von Galen, bewährt hatte. Als Leiter seines Stabes wählte der Minister Arno Schickedanz. Die Hauptabteilung Politik übertrug er an Georg Leibbrandt. Zu dessen Vertreter wurde der Berufsdiplomat Otto Bräutigam ernannt, der zugleich für die Verbindung zum OKW zuständig war und sich als treibende Kraft bei manchen der zahllosen Denkschriften und Briefe Rosenbergs hervortat. Die Hauptabteilung Wirtschaft leitete für den industriellen Bereich Gustav Schlotterer, für den landwirtschaftlichen Sektor Hans-Joachim Riecke. Schlotterer war ein Jahr zuvor im Reichswirtschaftsministerium für wirtschaftliche Probleme der „Neuordnung Europas“ verantwortlich gewesen und nun auch zum Chef der Ostabteilung dieses Ministeriums avanciert. Mit zahllosen Erlassen sicherten Rosenberg und Schlotterer die Übernahme sowjetischer Betriebe durch deutsche „Ostgesellschaften“, die ausdrücklich als „Übergangserscheinung auf dem Wege vom russischen Staatseigentum zum verpflichtenden Privateigentum, von kriegswirtschaftlicher zu kolonialer Nutzung“ definiert wurde.⁶⁶

Das okkupationspolitische Konzept Rosenbergs wich von dem Hitlers anfänglich nur in taktischen Nuancen, später gravierender ab. Niemals nahm es jedoch alternativen Charakter an. Etwas differenzierter und taktisch durchaus geschickter wollte er – als sich der Krieg in die Länge zu ziehen begann und Siege der Wehrmacht nicht mehr zu den Selbstverständlichkeiten gehörten – die deutsche Herrschaft über den eroberten „Lebensraum“ durch eine unterschiedliche Behandlung der einzelnen Völker der UdSSR befestigen. Der Ukraine und in gewissem Maße auch Weißrußland – der von ihm verwendete Begriff „Weißruthenien“ sollte Distanz zu Rußland schaffen, so wie mit der Bezeichnung „Moskowien“ die Erinnerung an den Namen Rußland zu löschen beabsichtigt war⁶⁷ – gestand er ein letztlich nur formales Recht auf Selbstbestimmung zu, sofern diese bereit waren, die deutsche Oberhoheit zu akzeptieren und mit der Besatzungsmacht zu kollaborieren. Aus seiner Sicht ließen sich die nationalen Unterschiede wie auch die offensichtlichen Fehler der sowjetischen Nationalitätenpolitik zu Deutschlands Gunsten ausnutzen. Das eigentliche Rußland sollte zurückgedrängt, verkleinert und indirekt unterjocht werden. Um eine „großrussische Wiedergeburt“ verhindern zu können, müsse man die „russische Apfelsine so in ihre verschiedenen Bestandteile aufteilen, wie sie die Natur an sich vorgezeichnet hat“.⁶⁸

Rosenberg ging an die Erfüllung seines Ministeramtes mit einem breit gefächerten historischen Bild. Den Überfall ordnete er in eine angeblich 1600jährige Geschichte deutscher Besiedelung und Beeinflussung slawischer Gebiete ein. Für ihn bedeutete der 22. Juni 1941 die historische Bewältigung des „Rückzuges“ der Goten aus den südrussischen Gebieten im Jahre 375. An anderer Stelle sprach er von der notwendigen „Revision des Hunneneinfalls vom Jahre 372, die auch die Möglichkeit biete, eine „Revision der Christianisierung“ einzuleiten.⁶⁹ Das Urrussentum habe Europa immer gehaßt. Mit der Revolution von 1917/18 sei die „europäische Tünche“ der sogenannten Petersburger Epoche in der russischen Geschichte abgeworfen worden. Daraus schlußfolgerte er: „Wir führen heute nicht einen ‚Kreuzzug‘ gegen den Bolschewismus, allein um die ‚armen Russen‘ vor diesem Bolschewismus für alle Zeiten zu erretten, sondern um deutsche Weltpolitik zu treiben und das Deutsche Reich zu sichern. Wir wollen nicht nur das zeitweilige bolschewistische Problem lösen, sondern auch die Probleme, die über diese Zeiterscheinung hinausreichen als eine Ursubstanz euro-

⁶⁵ Gerald Reitlinger: Ein Haus gebaut auf Sand. Hitlers Gewaltpolitik in Rußland 1941-1944, Hamburg 1962, S. 162.

⁶⁶ Zit. n. Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad. Juni 1941 bis November 1942. Leitung: Karl Drechser unter Mitarbeit von Klaus Drobisch und Wolfgang Schumann, Berlin 1975, S. 339.

⁶⁷ Vorläufige Sprachregelung über Begriffe des Ostens. In: BAK, R 6/206, Bl. 26 ff.

⁶⁸ BAK, NS 8/64, Bl. 100.

⁶⁹ BAK, BS 8/64, Bl. 110.

päischer Geschichtsmächte. Demgemäß haben wir heute systematisch unsere zukünftige Haltung einzurichten. Ein Krieg mit dem Ziel, ein ungeteiltes Rußland zu errichten, scheidet deshalb aus. Stalin mit einem neuen Zaren zu vertauschen oder gar einen nationalistischen Führer einzusetzen in diesem Gebiete, das würde alle Energien erst recht einmal gegen uns mobilisieren. Anstelle dieser, bisher allerdings geläufigen Ideologie des einheitlichen Rußland tritt nunmehr eine gänzlich andere Konzeption der östlichen Frage ...“⁷⁰

Den Kern dieser Konzeption erläuterte Rosenberg einem Schulungslehrgang aller Gliederungen der NSDAP am 27. Oktober 1941. Hier ließ er wissen, daß es sich im Osten praktisch um eine neue Regierung handele und nicht nur um eine Zivilverwaltung, und daß „wir ... nicht mehr aus diesem Gebiet herausgehen wollen“.⁷¹ Zugleich forderte er die Zuhörer auf, das „Gehörte auf keinen Fall in öffentlichen Vorträgen zu verwenden“. Ohne die Gründe näher zu erläutern, machte er klar, daß es unmöglich sei, der deutschen Bevölkerung die tatsächlichen Ziele zu benennen. Es sei lediglich „notwendig zu sagen, daß dieser verwahrloste Raum in den Schutz des Deutschen Reiches gestellt worden ist, um die Wohlfahrt der anvertrauten Völker zu fördern und die Arbeitsmöglichkeiten zu sichern und im übrigen keine staatsgestaltenden Änderungen zu machen“ Vorsorglich mahnte er jedoch die Schulungsleiter der NSDAP, eine Haltung zu diesem Problem einzunehmen, „die nicht weich ist, die alle Maßnahmen nach der politischen und historischen Zweckmäßigkeit betrachtet und diese notwendige Zweckmäßigkeit auch historisch so unterbaut, damit sie für die Zukunft notwendig erscheint“.⁷² Den Zusammenhang zwischen der Okkupationspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion und der faschistischen Judenvernichtungspolitik benannte er unumwunden, als er am 11. November 1941 unter der Maßgabe „nicht zum Mitschreiben, vertraulich“ vor Schriftleitern und Hauptschriftleitern der nationalsozialistischen Presse sprach. Der Osten sei „berufen, eine Frage zu lösen, die den Völkern Europas gestellt ist: das ist die Judenfrage. Im Osten leben noch etwa sechs Millionen Juden, und diese Frage kann nur gelöst werden in einer *biologischen Ausmerzung des gesamten Judentums* in Europa“. Da das Judentum für Deutschland eine Gefahr darstelle, müsse jetzt für die Zukunft vorgebeugt werden, daß „nicht ein romantisches Geschlecht in Europa die Juden wieder aufnimmt. Und dazu ist es nötig, sie über den Ural zu drängen oder *sonst irgendwie zur Ausmerzung zu bringen*.“⁷³

Solange der Krieg im Osten erfolgreich verlief und die Naziführung zu euphorischen Zukunftsplanungen veranlaßte, leistete Rosenberg auch einen wesentlichen Beitrag dazu, das Bild von den Russen regelrecht zu entmenslichen. So leugnete er buchstäblich die Existenz des russischen Volkes und gebrauchte lediglich den Begriff vom „Sowjetuntermenschen“. Dieser sei aus der Retorte entstanden und nicht mehr ein reiner Steppenmensch oder Slawe. Deutschland stehe „die Steppe plus Slawe plus europäischer Technik gegenüber, der berittene Mongole und der motorisierte Untermensch.“⁷⁴ Im weiteren Verlauf des Krieges bekam das Rosenbergsche Rußlandbild zunehmend Risse. Seinen schlichten Negativ-Klischees standen nicht nur die militärische Realität, sondern auch neue Erfahrungen vieler Deutscher im Umgang mit sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern gegenüber. Das parteioffizielle Rußlandbild wurde an den Realitäten gemessen und in seinem Aussagewert in Frage gestellt. Auch Rosenberg begann zu spüren, was ein führender Mitarbeiter der Reichspropagandaleitung der NSDAP in einem Brief vom 13. April 1942 an Goebbels feststellen mußte: In diesem Kriege seien „die Russen in jeder Hinsicht unterschätzt“ worden.⁷⁵

⁷⁰ BAK, NS 8/64, Bl. 99 und 103.

⁷¹ BAK, NS 18/38, Bl. 3.

⁷² BAK, NS 8/64, Bl. 103 f.

⁷³ Zit. n. Hans-Heinrich Wilhelm: Rassenpolitik und Kriegführung. Sicherheitspolizei und Wehrmacht in Polen und der Sowjetunion, Passau 1991, S. 131 f. Hervorhebung durch den Vf. Angesichts solcher Formulierungen nimmt es sich recht sonderbar aus, wenn Härtle in seinen apologetischen Schriften erklärt, man könne Rosenberg „auch in seiner schärfsten Kritik der inneren und äußeren Erscheinungsformen des Judentums nicht eine Forderung nach terroristischer Judenpolitik nachweisen ...“ Heinrich Härtle: Deutsche und Juden. Studien zu einem Weltproblem, Leoni am Starnberger See, 2./1977, S. 260.

⁷⁴ BAK, NS 8/64, Bl. 98.

⁷⁵ Brief von Haegert an Goebbels vom 13.4.1942. In: BAK, NS 18/224 (unpag.).

In direkter Abhängigkeit von den Höhen und Tiefen des Kriegsverlaufes entfaltete sich in der NSDAP ein neuer Streit darüber, wo die Ursachen des militärischen Desasters liegen und welche Auswege zu suchen seien. Die Auseinandersetzungen betrafen mehr und mehr auch Rosenbergs ministerielle Kompetenzen und galten Einschränkungen seiner Machtpositionen. Zwar konnte er, als er sich vom 6. bis 10. Juli 1942 im Führerhauptquartier aufhielt, eine Entscheidung Hitlers zu seinen Gunsten erreichen und die Pläne des Auswärtigen Amtes vereiteln, ihm die Kompetenz über die noch nicht besetzten russischen Gebiete zu entziehen⁷⁶, doch mehr und mehr stieß er an die inhaltlichen und institutionellen Grenzen des bisherigen Konzepts einer rigorosen Ausplünderung aller Ressourcen der okkupierten russischen Gebiete. Dies bildete den Hintergrund seiner unaufhörlichen Auseinandersetzungen mit Erich Koch, dem von Hitler gegen seine Empfehlung eingesetzten und ihm eigentlich unterstellten Reichskommissar für die Ukraine. Koch wollte sich Rosenbergs Weisungen nicht fügen und sich ihm nicht unterordnen, was die Eitelkeit des Ministers verletzte und seiner Autorität schadete. Vor allen wuchsen die Unterschiede in den konzeptionellen Fragen. Aus einer Reihe von Dokumenten geht hervor, daß Rosenberg die von Koch angewandten, allzu plumpen und brachiale Gewalt bevorzugenden Herrschaftsmethoden ablehnte. Mit großer Empörung reagierte er in seiner siebzehnseitigen Denkschrift vom 31. März 1942 u. a. auf die Äußerung Kochs, die Ukrainer seien Urslawen und „am besten mit der Nagaika, d. h. mit der Kosakenpeitsche zu regieren“.⁷⁷

Etwa seit dem Frühjahr 1942 begann Rosenberg auf eine humanere Behandlung der osteuropäischen Völker zu orientieren. Das Vernichtungsprinzip sollte nach seiner Auffassung durch eine Kollaborationsstrategie ersetzt werden. Erstmals löckte er wider den Stachel, als er am 27. Februar 1942 an den OKW-Chef einen Brief schrieb und sich darüber beklagte, daß – ihm unverständlich angesichts des drückenden Arbeitskräftemangels in der deutschen Rüstungsindustrie – von den 3,6 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen nur noch „einige Hunderttausend voll arbeitsfähig“ wären. Er warf den Lagerkommandanten vor, sie hätten der Zivilbevölkerung untersagt, an Kriegsgefangene Lebensmittel zu geben und sie „lieber dem Hungertode ausgeliefert“. Man könne jedoch den russischen Raum nur beherrschen, wenn man die Unterstützung der Bevölkerung gewinne, „streng, aber gerecht“ handle und die Gefangenen zu „Propagandisten für die Sache Deutschlands und des Nationalsozialismus“ mache.⁷⁸ Auch seine weiteren Bemühungen⁷⁹ blieben erfolglos, nicht zuletzt deshalb, weil sie halbherzig erfolgten und Rosenberg niemals grundsätzlich den aus seiner nationalsozialistischen Ideologie abgeleiteten Anspruch auf Unterjochung und Versklavung der „slawischen Untermenschen“ in Frage stellte. In keinem der zahlreichen Konflikte um die „richtige“ Behandlung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten verließ er die Ebene reiner Zweckmäßigkeitserwägungen.⁸⁰ Immer wieder bemühte sich Rosenberg um ein erträgliches Verhältnis zur SS, die zwar mit Argusaugen seine Personalpolitik sowie den Streit beobachtete, dabei aber doch mitunter Wohlwollen zu erkennen gab. So stellte der Chef des SS-Hauptamtes, Gottlob Berger, in einem Brief an Himmler fest, die Reaktion auf den Streit falle „überall zugunsten Rosenbergs“ aus und dieser habe „gerade im Verlaufe der letzten Jahre unerhört viel Sympathien im deutschen Volke gewonnen ..., insbesondere unter den wirklich treuen Parteigenossen“.⁸¹

Wie abhängig er in seinem Urteil jedoch vom Verlauf des Krieges war, zeigte sich wenige Monate später. Als er am 3. August 1942 – die Wehrmacht führte gerade ihre erfolgversprechende, bis in den Kaukasus führende Offensive durch – erneut bei einer Tagung der Reichsarbeitsgemeinschaft für die Schulung der gesamten Bewegung sprach, nahm er seinen Protest gegen Koch sehr zurück,

⁷⁶ BABZ, SL 47 B, Bl. 151 f.

⁷⁷ Zit. nach Baumgärtner, S. 23.

⁷⁸ BAK, NS 8/67, Bl. 71; Dok. 081-PS, IMT, Bd. XXV, S. 156 ff.

⁷⁹ Siehe z. B. die Aktennotiz für den Führer vom 16.3.1946 (Dok. 045-PS, IMT, Bd. XXV, S. 97 f.) oder die geheime Aufzeichnung Otto Bräutigams vom 25.10.1942 (Dok. 294-PS, IMT, ebenda, S. 331 ff.).

⁸⁰ Siehe Christian Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, Stuttgart 1978, S. 65; Horst Boog u. a.: Der Angriff auf die Sowjetunion (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4), Stuttgart 1990, S. 921.

⁸¹ Brief Bergers an Himmler v. 3.4.1943. In: BABZ, SS, 1497.

widerwillig und sich fast selbst verleugnend: „Ich hatte früher die Vorstellung, als ob man angesichts der großen Gefahr des gesamten Russentums auf eine starke ukrainische Autonomie hinarbeiten könnte, um sie als geschlossenes Bollwerk gegen Rußland anzusetzen. Das ist in diesen Kampfkämpfen unter dem Gesichtspunkt geschrieben worden, daß es der Ukraine selbst gelingen könnte, sich von den Bolschewisten frei zu machen ... Der Bluteinsatz des deutschen Volkes fordert nun, daß dieses früher gedachte Entgegenkommen einer härteren Form weicht und die Schätze dieses Landes unter deutsche Verwaltung kommen.“⁸²

Nach der verlorenen Schlacht um Stalingrad legte Rosenberg wieder mehr Wert auf seine Kollaborations- und Dekompositionstaktik. So zeigte er sich sehr verdrossen über die bekannte Sportpalast-Rede, in der Goebbels am 18. Februar 1943 zum totalen Krieg aufgerufen hatte. Rosenberg forderte sogar – die Situation wohl doch arg verkennend –, „wissenschaftliche Debatten“ müßten in der Partei „wieder zugelassen werden“. In diesem Sinne äußerte er sich in einem Vortrag, den er am 27. Februar auf einer öffentlichen Veranstaltung in Dresden hielt.⁸³ Was immer er darunter verstanden haben mag, konkret galt der Streit vor allem der Frage, ob man die Russen nicht doch besser als „Helfer“ denn als „Heloten“ zu betrachten und zu nutzen habe. Leider sei bisher kein „großer geistiger Propagandaaufmarsch im Kampf um die Seele der Russen“ erfolgt. In Gegensatz zu diesem Erfordernis sei der sowjetischen Propaganda immer wieder Anlaß geboten worden, für sich die in Deutschland auch offiziell verbreitete These auszunutzen, „daß wir die Russen zu Kolonialsklaven degradieren wollen“.⁸⁴ Auch andere Funktionäre der oberen und mittleren Ebene innerhalb des NSDAP-Führungsapparates dachten ähnlich. Sie forderten einen verstärkten Einsatz der Propaganda und wünschten u. a., Rosenberg möge sich analog zu Sauckel zu einem „Reichskommissar für die geistige Kriegführung“ mit den entsprechenden Vollmachten berufen lassen.⁸⁵

Die einzelnen Antworten und Lösungsvorschläge lassen ein breites Spektrum innerhalb des sich modifizierenden nationalsozialistischen Rußlandbildes erkennen. Starr blieben Hitler, Bormann, Ley, ferner Fritz Sauckel, thüringischer Gauleiter und seit März 1942 „Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz“, und vor allem der ostpreußische Gauleiter Erich Koch, den Hitler als Reichskommissar für die Ukraine ernannt hatte. Sie beharrten auf dem Kurs einer totalen Ausplünderung der besetzten Ostgebiete bzw. der Verdrängung und Ausrottung großer Teile der sowjetischen Bevölkerung. Rosenberg stand zwar ideologisch noch völlig im Banne dieses Kurses, zumal er ihn als Reichsminister für die besetzten Ostgebiete tatkräftig durchzusetzen bemüht war. Allerdings machte ihm die wachsende Erfolglosigkeit der deutschen Okkupationspolitik zu schaffen, und er sah sich innerhalb seines Apparates einem wachsenden Druck zahlreicher Mitarbeiter gegenüber. Diese stießen sozusagen vor Ort und in ihrer täglichen Arbeit auf die Widersprüchlichkeiten der faschistischen Ostpolitik und des ihr zugrunde liegenden Rußlandbildes. Seinen Mitarbeitern gestattete er tatsächlich im internen Kreise ungewöhnliche Meinungsäußerungen. Jedoch verließen auch ihre Vorschläge zur Bewältigung der sich besonders im zweiten Halbjahr 1942 zuspitzenden Probleme keineswegs den vorgegebenen Rahmen.

Von der groß angelegten, insgesamt jedoch erfolglosen „Osttagung der deutschen Wissenschaft“ ging im März 1942 nur der Vorschlag aus, einen zentralen Reichsrat für Ostforschung zu schaffen. Dieser Gedanke reduzierte sich am Ende auf die Einrichtung einer entsprechenden Abteilung im Ostministerium. Den Propaganda-Verantwortlichen in den diversen Institutionen von Staat und Partei fiel ebenso nichts Besseres als die Forderung nach einer einheitlichen Zusammenfassung der deutschen Rußlandpropaganda ein. Dies führte aber lediglich zu einer Unterstellung betreffender Abteilungen aus dem Rosenbergschen Ostministerium unter das Goebbels-Ministerium.⁸⁶ Publikationen, in denen ein gewisses Unbehagen gegenüber einer Übersteigerung aller negativen Elemente des nationalsozialistischen Rußlandbildes artikuliert und zugleich von einem „Rätsel Rußland“ ge-

⁸² BAK, NS 8/66, Bl. 40 f.

⁸³ BAK, NS 18/224 (unpag.).

⁸⁴ Notiz Rosenbergs vom 16.11.1944. in: BAK, NS 8/268, Bl. 48.

⁸⁵ BAK, NS 8/241, Bl. 72.

⁸⁶ BAK, R 6/85.

sprochen wurde, verfielen als „recht sentimentale Auffassungen über den russischen Menschen“ einer strikten Ablehnung.⁸⁷ Dieses Verdikt wurde von Rosenberg selbst gegenüber Arbeiten von Edwin Erich Dwinger und Bruno Brehm ausgesprochen. Ersterer schlug in seinem „Tagebuch vom Ostfeldzug“ nachdenkliche Töne über die „wirkliche Stärke der Sowjetarmee“ an und sprach von seiner Suche nach dem „alten Rußland“. In einer Denkschrift, betitelt „Der russische Mensch“, schrieb er, daß man sich „ehrlich um eine gründliche Kenntnis der heutigen russischen Psyche bemühen“ und den Russen „vor allem als Menschen ansprechen müsse“. Der Russe sei ein Wesen des Widerhalls: „Sprichst du ihn als Bestie an, wird er dir als Bestie antworten, rufst du ihn aber als Menschen an, wird er dir sein Menschlichstes entgegentragen.“⁸⁸

Rosenberg, der sich noch im Sommer 1942 mit einer Anweisung zu helfen versucht hatte, rußlandpolitische Vorträge dürften nur noch „von ganz besonders geeigneten und überprüften Persönlichkeiten“ gehalten werden, näherte sich 1943/44 zwar den kritischen Stimmen an, suchte aber sein Heil in einer Sowohl-als-auch-Position. Seine Kritik richtete sich einerseits gegen die „Großmannssucht“ und Herrenmenschenallüren vieler Angehöriger des Okkupationsapparates, andererseits gegen eine Tendenz, sich bei der Bevölkerung der besetzten Gebiete „anbiedern“ zu wollen. Man solle sich gegenüber den Russen menschlich, aber nicht kameradschaftlich verhalten, hart sein, aber nicht ungerecht. Gefordert sei ein „selbstverständliches Herrentum in Haltung und Handlung“.⁸⁹ Damit blieb Rosenberg grundsätzlich bei seinen Vorstellungen von den Russen als einer minderwertigen Rasse, die nichts anderes verdiene, als den Deutschen untertan zu sein. Bei Hitler fand er allerdings dank wachsender Erfolglosigkeit immer weniger Anklang, doch das richtet sich nicht so sehr gegen die Person, nein, der „Führer“ hielt eine andere Erklärung parat: Gerade die Beschäftigung mit Weltanschauungsfragen habe Rosenberg wenig Berührung „mit den ordinären Tagesfragen finden lassen. Die Weltanschauungsfragen und die ordinären Tagesfragen sind dadurch nicht so leicht auf einen Nenner zu bringen.“⁹⁰ Dennoch empfing Hitler seinen Ost-Minister am 17. November zum letzten Mal.

Im Verlaufe des Jahres 1944, als die deutsche Wehrmacht Niederlage um Niederlage einsteckte und sich faktisch jede Zivilverwaltung sowjetischen Territoriums erübrigte, bemühte sich Rosenberg dennoch krampfhaft, an seinem als „Chaosministerium“⁹¹ oder als „Ministerium für die nicht mehr besetzten Ostgebiete“ verspotteten Amt festzuhalten.⁹² Ihn trieb der aberwitzige Glaube an eine Wende zugunsten der deutschen Armeen. Er wollte auf den erwarteten neuen Vormarsch vorbereitet sein und ließ seinen Apparat fieberhaft daran arbeiten, ein Buch nach dem anderen über den Bolschewismus zu verfassen. Die kennzeichnendsten Ergebnisse sind in dieser Hinsicht vor allem die Bücher von Heinrich Härtle („Die ideologischen Grundlagen des Bolschewismus, Marxismus, Leninismus Stalinismus“) und Gerd Wunder („Die Mauer fällt. Das wahre Gesicht des Bolschewismus“). In Rosenbergs Apparat waren mehr als tausend Emigranten und Überläufer damit beschäftigt, immer wieder neues Informationsmaterial zu beschaffen und zu verarbeiten. An Hitler berichtete er voller Stolz, daß 3600 Studien im Umfang von 80.000 Seiten entstanden seien. Sorgsam wurden sie zusammen mit 95.000 Büchern und 3200 Zeitschriften von einer Notunterkunft zur anderen mitgeschleppt. Zu seinen letzten Aktivitäten gehörten auch die Vorbereitungen auf einen anti-jüdischen Weltkongreß, der 1944 in Krakau stattfinden sollte⁹³, und die Versuche, eine „Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der bolschewistischen Weltgefahr“ ins Leben zu rufen.⁹⁴ Die Arbeits-

⁸⁷ Notiz Rosenbergs vom 16.11.1944. In: BAK, NS 8/268, Bl. 48.

⁸⁸ Edwin Erich Dwinger: Wiedersehen mit Rußland. Tagebuch vom Ostfeldzug, Jena 1943, S. 45.

⁸⁹ BAK, NS 8/67, Bl. 66.

⁹⁰ Heiber, Lagebesprechungen, Aufzeichnung vom 8. Juni 1943.

⁹¹ Dieses in Berlin kursierende Wort bezog sich auf die häufige Aufhebung von Anordnungen Rosenbergs durch Koch und umgekehrt und auf die Tatsache, daß von einer funktionierenden Verwaltung in keiner Weise gesprochen werden konnte. Baumgärtner, S. 23 f.

⁹² So äußerte sich SS-Obergruppenführer Gottlob Berger am 20.12.1944. In seiner Information an Himmler schrieb er, Hitler habe Rosenberg zugesichert, „daß die Führung in den Fragen des Ostens ihm übertragen bliebe.“ Aus dem Auswärtigen Amt habe er jedoch Gegenteiliges erfahren. In: BABZ, SS 5515.

⁹³ BAK, NS 8/132, Bl. 34 ff.

⁹⁴ BAK, NS 30/29 und NS 8/132, Bl. 54 ff.

gemeinschaft führte vom 31. Oktober bis zum 2. November in Prag eine erste (und zugleich letzte) Einsatzbesprechung durch und sollte u. a. auch ein großes „Handbuch des Bolschewismus“ herausgeben. Von irgendeiner praktischen Bedeutung der Prager Tagung konnte keine Rede sein, obwohl es immer noch gelungen war, 17 Historiker, 9 Volkswirte und Juristen sowie 17 Philosophen und Naturwissenschaftler für eine aktive Mitwirkung zu gewinnen.

In den letzten Tagen des Krieges zog es Rosenberg nach Flensburg. Obwohl er in Hitlers Testament nicht für irgendeine weitere Aufgabe vorgesehen war, hoffte er, in der letzten Regierung des Dritten Reiches, der „Regierung“ Dönitz, eine Rolle spielen zu können. Doch der Admiral lehnte ab und riet ihm, sich freiwillig den britischen Truppen zu stellen. Ein Kommando der Alliierten, das eigentlich Himmler suchte, stieß durch Zufall am 19. Mai 1945 in der zum Lazarett umfunktionierten Marinekriegsschule von Flensburg-Mürwik auf ihn; in betrunkenem Zustand hatte er sich am Tage nach seiner Besprechung mit Dönitz eine Knöchelverletzung zugezogen.⁹⁵

Rosenberg wurde vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg in allen vier Punkten der Gerichts-Charta angeklagt. Ihm geriet die Chance, sich mit den gebotenen Mitteln verteidigen zu können, lediglich zu einer simplen Entlastungsstrategie: Er sei auch in seinem Amt als „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete“ den Völkern der UdSSR, insbesondere den Ukrainern stets freundlich gesinnt gewesen, nur habe er sich gegen andere nicht durchsetzen können. In der Judenfrage wäre von ihm sogar eine ritterliche Lösung“ empfohlen worden⁹⁶, und kein Mensch habe an KZ-Lager, geschweige denn an Gaskammern, gedacht. Für das „Ableiten des Antisemitismus ins Verbrecherische“ machte er die Opfer und andere Nazis verantwortlich: „Die Emigranten aber begnügten sich nicht mit dem Asyl, sondern begannen, mit allseitiger Unterstützung, einen politischen und wirtschaftlichen Boykottfeldzug gegen das Reich, gefolgt von Ermordungen in der Schweiz und in Paris. Da schlug bei Hitler die Haltung um, und Goebbels schürte, wie heute feststeht, diesen erfüllten Umbruch mit allen Mitteln.“⁹⁷

Dies widersprach nicht nur der historischen Wahrheit, sondern auch Rosenbergs Charakter selbst. Stets hatte er sich zur Macht gedrängt, er wollte als Machtfaktor, nicht allein als Parteiphilosoph und -ideologe akzeptiert sein. Als dieser Zusammenhang von „reiner Lehre und „unreiner“ Praxis in den Verhandlungen des Tribunals behandelt wurde, vergaß er indessen seine zahlreichen eindeutigen Erklärungen, die er früher von sich gegeben hatte. Wußte er tatsächlich nicht mehr, daß er 1933 die „Rache der Natur“ und das Austilgen ganzer Völker gerechtfertigt, daß er 1941 von der notwendigen „biologischen Ausmerzung des gesamten Judentums in Europa“ gesprochen hatte?⁹⁸ Glaubte er wirklich, seine Rede vom 1935er Parteitag der NSDAP sei vergessen zu machen? Man könne, so hatte er es damals formuliert, den Kommunismus „polizeilich überhaupt nicht mit Erfolg bekämpfen ..., ohne die Judenfrage, das Wirken des Gesamtjudentums in der Welt zu berücksichtigen“, und dem einen unmißverständlichen Satz hinzugefügt: „Wer nur mit den Mitteln theoretischer Betrachtungen und mit dem Mittel der rein staatlichen Gewalt die bolschewistische Gefahr glaubt meistern zu können, der wird an ihr scheitern müssen.“⁹⁹

Als während der Verhandlungen des Nürnberger Tribunals am 28. November 1945 ein Film über die Greuel in den Konzentrations- und Vernichtungslagern vorgeführt wurde, gab er sich beunruhigt. Der Gefängnispsychologe Gustave Gilbert beschrieb sein Verhalten mit den Worten: „Rosenberg

⁹⁵ Joe Heydecker/Johannes Leeb: Bilanz der tausend Jahre. Die Geschichte des III. Reiches im Spiegel der Nürnberger Prozesse, München 1975, S. 45.

⁹⁶ Zum Beweis verwies er auf seine Reden, die er am 18.6.1933 und auf dem Parteitag der NSDAP von 1933 gehalten hatte. Er verschwieg, daß das Regime nach dem Judenboykott vom 1.4.1933 in erhebliche Schwierigkeiten geraten war und daher vorsichtiger taktieren mußte. Goebbels warnte in diesem Zusammenhang davor, Rosenberg als Redner auf dem Parteitag der NSDAP, der vor allem der Rassenfrage gelten solle, auftreten zu lassen. Er überarbeitete auch seine eigene Rede und milderte sie „aus außenpolitischen Gründen“ ab. Goebbels, Die Tagebücher, Teil 1, Bd. 2, S. 461 (25.8.1933) und S. 463 (1.9.1933).

⁹⁷ Alfred Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen, S. 287.

⁹⁸ Siehe Fußnote 43 und 73.

⁹⁹ Alfred Rosenberg: Der Bolschewismus als Aktion einer fremden Rasse, München 1935, S. 13.

zappelt herum, riskiert schnellen Blick, senkt Kopf, guckt hoch, um zu sehen, wie die anderen reagieren ... beugt sich vor, blickt umher, lehnt sich zurück, läßt Kopf hängen.“¹⁰⁰ Doch alle furchtbaren Bilder, die er jetzt zu sehen bekam, stellten sich ihm lediglich als Ergebnis vereinzelter „Unmenschlichkeiten“ dar. Er zeigte sich weder willens noch fähig, in ihnen auch das Ergebnis des besonders von ihm ausgearbeiteten und lautstark verbreiteten rassistisch-antisemitischen Gedankengutes zu erblicken. Er weigerte sich, die Funktion seiner Ideologie für das faschistische Herrschaftssystem zu begreifen.¹⁰¹ Nein, für ihn gab es keinen Zusammenhang zwischen den Verbrechen und dem Nationalsozialismus. Lediglich „Entartungen“ des Regimes wollte er zugestehen, aber diese müßten vor allem Bormann, Goebbels, Himmler und Koch angelastet werden. Ihm galt es statt dessen als „Tragödie“, was er nun selbst erlebe: Ihm schaudere davor, den Siegern als Anklägern ein Jahr lang täglich ins Gesicht sehen zu müssen und an der Stelle von Goebbels und anderen für das angeklagt zu werden, was sie in erster Linie mit verursacht haben.“¹⁰²

Während des Prozesses vertrieb er sich häufig die Zeit mit Zeichnen; er konterfeite Ankläger, Richter und Verteidiger, ja er entwarf sogar eine Familiengruft.¹⁰³ Nach der Verlesung der Anklageschrift wagte er allen Ernstes zu behaupten, die antisemitische Bewegung des deutschen Faschismus sei „nur eine Schutzmaßnahme“ gewesen. Als Albert Speer zu seinen Bemühungen im Frühjahr 1945 aussagte, die Anwendung der faschistischen Taktik der verbrannten Erde in Deutschland zu verhindern, konnte sich Rosenberg nicht zurückhalten – er verfluchte dies als „Verrat“ an Hitler.¹⁰⁴ Im Schlußplädoyer wiederholte er lediglich alte Phrasen – auf das Gericht wirkte es wie eine reine Nabelschau.“¹⁰⁵ Ohne Namen zu nennen, beschuldigte er die anderen – zu sich selbst und zu seiner Person und Rolle fiel ihm kaum etwas ein. Alles, was er zu sagen wußte, gipfelte in dem Satz: „Adolf Hitler zog in steigendem Maße Personen heran, die nicht meine Kameraden, sondern meine Gegner waren.“ Gesprächspartner stellten fest, daß man mit ihm zwar über viele Themen reden könne, doch ganz gleich, von welchem Punkt auch immer ausgegangen worden wäre, stets sei er innerhalb von fünf Minuten zu seinen Theorien über Blut und Rasse gelangt. „Er war ein bemerkenswertes Beispiel für den Menschen, dessen Hirn ganz einseitig arbeitete, und er lieferte den Männern, die ihn verhören mußten, ein schweres Stück Arbeit.“¹⁰⁶ Starsinnig versicherte er, dem Nationalsozialismus „trotz aller Irrtümer und menschlichen Unzulänglichkeiten“ treu zu bleiben, „solange ich noch lebe.“¹⁰⁷ Rosenberg blieb bis zum Schluß, was er immer war: ein fanatischer, jegliche Humanität vergessender und das Lebensrecht anderer Völker mißachtender deutscher Rassist.

Die Last der Beweise war erdrückend. Drei der Richter des Tribunals – Francis Biddle, Sir Geoffrey Lawrence und I. T. Nikittschenko – stimmten bei der Beratung über das Strafmaß am 10. September sofort dem vorgeschlagenen Spruch „Tod durch Erhängen“ zu, Henri Donnedieu de Vabres plädierte zunächst für lebenslängliche Haft, nach einem Tag Bedenkzeit jedoch entschied er sich ebenfalls für das Todesurteil.¹⁰⁸ Für das vom Verteidiger Alfred Thoma eingereichte Gnadengesuch fanden

¹⁰⁰ Gilbert, Nürnberger Tagebuch, S. 51.

¹⁰¹ Es ist Iber, S. 203 zuzustimmen, wenn er schlußfolgert: „Das antidemokratische, antilibérale und antisozialistische System des faschistischen Führerstaates brauchte etwas Unbedingtes, eine umfassende Weltanschauung fiktiven Charakters, eine Ideologie, um seine unmenschlichen Strukturen und die barbarischen Handlungen der Träger des Systems nicht als solche erscheinen zu lassen, sondern sie als richtige Konsequenz aus dem Unbedingten darzustellen. So konnte die Macht erobert, erhalten und ausgebaut werden und die nationalsozialistische Bewegung sich durchsetzen. Rosenbergs Weltanschauung hatte im nationalsozialistischen System genau diese Funktion.“

¹⁰² Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen, S. 197.

¹⁰³ Gustav Steinbauer: Ich war Verteidiger in Nürnberg, Klagenfurt 1950, S. 51 f.

¹⁰⁴ Taylor, Die Nürnberger Prozesse, S. 523.

¹⁰⁵ Ebenda, S. 621.

¹⁰⁶ Douglas M. Kelley: 22 Männer um Hitler. Erinnerungen des amerikanischen Armeearztes und Psychiaters am Nürnberger Gefängnis, Olten-Bern o. J. (vorher New York 1947), S. 49.

¹⁰⁷ Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen, S. 272.

¹⁰⁸ Taylor, Die Nürnberger Prozesse, S. 647. Härtle, Großdeutschland, S. 46, spricht von Justizmord und behauptet, Robert Kempner habe in einem Gespräch mit Bräutigam versichert, daß die Richter nach dem Auffinden weiterer

sich nur schwache Gründe. Die von der Verteidigung in den Prozeß eingebrachte und später kolpor-
tierte Behauptung, alle Verbrechen gegen das jüdische Volk wären ohne Rosenbergs Wissen und
Wollen erfolgt¹⁰⁹, durfte als widerlegt gelten. Alfred Rosenberg wies am 16. Oktober 1946 den an-
gebotenen geistlichen Beistand ab und ging – im Unterschied zu allen anderen – wortlos in den
Tod.

Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.), Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen. Mit Beiträ-
gen von Peter Black, Dietrich Eichholtz, Werner Fischer, Gerhart Hass, Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker. Militz-
ke Verlag, Leipzig 1996, S. 150-185.

Dokumente Rosenberg nicht mehr zum Tode verurteilen würden. Kempner hat dies entschieden dementiert. Sie-
he Bollmus, Der ‚Chefideologe‘, S. 235.

¹⁰⁹ Siehe Härtle, Deutsche und Juden, S. 262.

Fritz Sauckel

„Wir werden die letzten Schlacken unserer Humanitätsduselei ablegen ...“¹

Nur wenigen der regionalen NSDAP-Führer gelang es so wie Fritz Sauckel, in die erste Reihe seiner Partei vorzustoßen und auf der Reichsebene ein bedeutungsvolles, ministerähnliches Amt einzunehmen. Zwar hatte er bereits seit Mitte der zwanziger Jahre im „grünen Herzen“ Deutschlands eine braune Karriere zu machen verstanden, doch trotz eifrigen Bemühens und besessenen Ehrgeizes war er lange Zeit nicht über seinen thüringischen Gauleiter- und Reichsstatthalterposten hinausgelangt. Erst als der Zweite Weltkrieg vom Zaun gebrochen worden war und sich die Zeit der raschen militärischen Siege dem voraussehbaren Ende zuneigte, geriet er in die oberste Reihe der Naziführung: Hitler ernannte ihn am 21. März 1942 zum „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ (GBA). In seiner Zuständigkeit lag einer der krisenanfälligsten und ausschlaggebenden Bereiche der deutschen Kriegswirtschaft. In den drei Jahren seiner Tätigkeit als faschistischer „Menschenkommissar“ organisierte Sauckel die Verschleppung von nahezu sechs Millionen Zwangsarbeitern aus allen besetzten Gebieten Europas nach Deutschland. Seine Suche nach einem Ausweg aus der Sackgasse der ökonomischen, militärischen und politischen Schwierigkeiten des nationalsozialistischen Regimes erfolgte in einer solchen menschenverachtenden und -vernichtenden Art, die in Nürnberg – den Maßstäben des Internationalen Militärtribunals entsprechend und unter einmütiger Zustimmung aller Richter der Alliierten – mit dem Todesurteil bestraft wurde.

Vor seinen Richtern stehend, beteuerte Sauckel immer und immer wieder, unschuldig zu sein und nur seiner Aufgabe für Deutschland entsprochen zu haben. Mit Konzentrationslagern, Sträflingsarbeit, Todesurteilen und Erschießungen habe er nie in seinem Leben zu tun gehabt. „Meine Hände weiß ich rein von Blutschuld und fremden Gut.“² Nicht einmal von „Ausbeutung“ der ausländischen Arbeiter wollte er reden. Gelegentlich verglich er sein Amt mit einer Marine-Agentur, die zwar Seeleute vermittelte, aber für irgendwelche Grausamkeit an Bord eines Schiffes nicht verantwortlich gemacht werden könne. Verbrechen an Menschen seien ihm in seinem Zuständigkeitsbereich nicht bekannt geworden. Er verstehe sich selbst als einen guten, tief religiösen Christen sowie als einfachen Seemann und Arbeiter. Er wollte dies in seinem Innersten auch stets geblieben sein. Am eigenen Leibe habe er erfahren, was es bedeute, unter einfachsten Verhältnissen zu leben. Ganz im Sinne seiner durchsichtigen, teilweise auch hilflos anmutenden Verteidigungsstrategie behauptete er sogar, niemals ein Buch

¹ Zit. n. Telford Taylor: Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht, München 1995, S. 498. Das vollständige Zitat siehe Anmerkung 7.

Die geschichtswissenschaftliche Literatur über Thüringen, über die deutsche Wirtschaft während des Zweiten Weltkrieges und den Nürnberger Prozeß enthält zahlreiche Angaben zu Sauckels Tätigkeit als Gauleiter und Reichsstatthalter sowie als Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz. Insbesondere die umfangreichen, wenn auch leider unvollständigen Bestände Reichsstatthalter und NSDAP-Gauleitung im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar (künftig: ThHStAW) enthalten aufschlußreiche Materialien. Bislang liegt keine zusammenfassende Biographie vor; auf dieses Defizit machen neuerdings Gunther Mai und Jürgen John in ihrem Forschungsbericht zur Geschichte Thüringens von 1918 bis 1952 aufmerksam. In: Nationalsozialismus in Thüringen. Hg. v. Detlev Heiden/Gunther Mai, Weimar u. a. 1995 (künftig: NS in Thüringen), S. 573. Einen kleinen, vielfach jedoch ungenauen Überblick bietet Peter W. Becker in dem von Ronald Smelser und Rainer Zitelmann herausgegebenen Band: Die braune Elite. 22 biographische Skizzen, Darmstadt 1989, S. 236-245. 1983 entstand an der Friedrich-Schiller-Universität eine Diplomarbeit von Beate Breitlauch: Fritz Sauckel. Eine biographische Skizze. Von Bernhard Post stammt ein informativer, auf gewisse Parallelen in den Biographien von Hitler und Sauckel verweisender Beitrag: Vorgezogene Machtübernahme 1932: Die nationalsozialistische Regierung Sauckel, der in der zweiten Auflage von NS in Thüringen erscheinen wird. Dem von Sauckel am 17. 10. 1945 vorgelegten, 20 Seiten umfassenden handschriftlichen Lebenslauf (künftig: Lebenslauf) können eher Schutzbehauptungen als zutreffende Angaben entnommen werden. Siehe: Für Herrn Mayor Kelley. Über meinen Lebenslauf und meine Familie. In: Institut für Zeitgeschichte München, Bestand Fa 190. Freundlicherweise ermöglichte Herr Dr. Post vom Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar dem Vf. einen Einblick in dieses Dokument. Sauckels Tätigkeit als GBA behandeln ausführlich Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. II: 1941-1943, Berlin 1985, S. 179-287, und Walter Naasner: Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942-1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition/Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Boppard am Rhein 1994.

² Lebenslauf, S. 14 und 20.

gelesen zu haben.³ Andererseits stellte er gern und voller Stolz heraus, daß Deutschland ohne seine Leistung – so erklärte er am 29. Mai 1946 in Nürnberg – „keinen Tag“ hätte existieren können.⁴

Tatsächlich trug gerade Sauckels erfolgreicher „Krieg der Arbeit“ jahrelang dazu bei, den unausbleiblichen Zusammenbruch der deutschen Kriegswirtschaft hinauszuschieben. Rührig und pragmatisch nahm er seine Aufgaben in der Schlüsselposition des GBA wahr. Unbedenklich ließ er in den besetzten Gebieten regelrechte Menschenjagden und Zwangsdeportationen durchführen; selbst aus den eigenen Reihen wurde kritisch vermerkt: „Man fängt jetzt Menschen, wie die Schinder früher Hunde fingen.“⁵ In zahlreichen Reden und Schriften rechtfertigte er alles, was seinem Amt dienlich schien. Für Anklage und Urteil des Nürnberger Gerichtshofes spielte nicht zuletzt die Rede vom 6. Januar 1943 – kurz vor dem Ende der Schlacht um Stalingrad – eine große Rolle. In ihr hatte er vor 800 Mitarbeitern des GBA-Apparates apodiktisch erklärt: „Wo die Freiwilligkeit versagt (nach den Erfahrungen versagt sie überall), tritt die Dienstverpflichtung an ihre Stelle ... Wir werden die letzten Schlacken unserer Humanitätsduselei ablegen. Jede Kanone, die wir mehr beschaffen, bringt uns eine Minute dem Sieg näher! Es ist bitter, Menschen von ihrer Heimat, von ihren Kindern loszureißen. Aber wir haben den Krieg nicht gewollt! Das deutsche Kind, das an der Front seinen Vater verliert, die deutsche Frau, die ihren gefallenen Mann beklagt, ist weit schlimmer betroffen. Schwören wir hier jeder falschen Gefühlsregung ab ...“⁶

Bewiesen solche Worte etwa seine Schuldlosigkeit, vielleicht sogar die von manchem seiner Untergebenen gerühmte „Gradlinigkeit seines Charakters“ und die „Kraft innerster Volksverbundenheit“?⁷ Sprach jemand so, der stets ein „einfacher Mann aus dem Volke“ geblieben sein wollte?⁸ Oder war er von Anfang an – wie Albert Speer später über ihn urteilte – lediglich geistig und ethisch überfordert? Einem der amerikanischen Anwälte galt er als ein „unattraktiver proletarischer Leutnant“⁹, und manche Verteidiger zeigten sich peinlich davon berührt, wie das Auftreten des Angeklagten den Eindruck eines gewöhnlichen und ungebildeten Menschen hinterließ.¹⁰ Angesichts solcher Urteile haben Zeitgenossen und Historiker immer wieder gefragt, weshalb gerade er unter allen Reichsleitern, Gauleitern und sonstigen „Politischen Hoheitsträgern“ der NSDAP ausgewählt worden war, den „Reichseinsatz“ ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland zu organisieren und die Erfüllung eines – so urteilte das Internationale Militärtribunal – grausamen und rücksichtslosen Sklavenarbeitsprogramms zu ermöglichen. Zweifellos gehörte Sauckel zu den besonders hemdsärmelig-robust auftretenden Mitgliedern der NSDAP. In vielfacher Hinsicht verkörperte er den Typ eines regsam-draufgängerischen und bedingungslos gehorsamen, von ausgeprägten Herrschaftsinteressen geleiteten und alle Grenzen des Humanismus mißachtenden Führungskaders seiner Partei. Zugleich hatte er sich aber als ein fähiger Organisator und geschickter Taktiker erwiesen, der sich mit Erfolg bemühte, nützliche Fäden zu entscheidenden Machträgern zu spinnen und seinen eigenen regionalen Wirkungskreis erheblich auszubauen. Als „alter Kämpfer der NSDAP“ beteiligte er sich bedenkenlos und ohne jegliches Unrechtsbewußtsein am organisierten Staatsterrorismus. In der Verherrlichung Hitlers ging er bis an die Grenze der Selbsterniedrigung.¹¹

³ Siehe Gustave M. Gilbert: Nürnberg Tagebuch, Frankfurt am Main 1995, S. 11 und 79. Das Urteil Speers über Sauckel und die Aussage über dessen Leseunlust führt Becker, S. 237, ohne Beleg an. Offensichtlich gilt die Selbsteinschätzung Sauckels nur für die schönggeistige Literatur. Aus Akten seines Reichsstatthalterbüros geht hervor, daß er für die Übersendung maritimer und rassistischer Literatur durchaus belesen zu danken vermochte. ThHStAW, Reichsstatthalter, Bd. 5 und Bd. 173.

⁴ IMT, Bd. XV, S. 66.

⁵ Dok. PS-018, IMT, Bd. XXV, S. 74.

⁶ Zit. n. Telford Taylor, S. 498.

⁷ Fritz Fink: Geleitwort zu Fritz Sauckels Kampfreden. Dokumente aus der Zeit der Wende und des Aufbaus, Weimar 1934, S. 9.

⁸ Becker, S. 237.

⁹ Airey Neave: On Trial in Nuremberg (1978) Zit. n. Gitta Sereny: Das Ringen mit der Wahrheit. Albert Speer und das deutsche Trauma, München 1995, S. 12.

¹⁰ Bradley F. Smith: Der Jahrhundert-Prozeß. Die Motive der Richter von Nürnberg – Anatomie einer Urteilsfindung, Frankfurt a. M. 1977, S. 229 f.

¹¹ Naasner, S. 35.

Sauckels Lebensweg begann am 27. Oktober 1894. Er kam im unterfränkischen Haßfurt als einziger Sohn eines frommen und streng national denkenden Postbeamten zur Welt; kein Lied von Aufstieg und Karriere war ihm an der Wiege gesungen worden. Den Jungen trieb es zur Seefahrt. Offensichtlich hatte er – bewußt oder unbewußt, das steht dahin – die großen Hoffnungen des Kaisers von jener herrlichen Zukunft in sich aufgenommen, die angeblich für das deutsche Vaterland auf dem Wasser liegen sollte. Noch nicht fünfzehnjährig und ohne das seit 1904 besuchte Gymnasium abzuschließen, verließ er im Februar 1909 Schweinfurt, wohin seine Eltern umgezogen waren, und heuerte in Hamburg auf der norwegischen Dreimastbark „Daphne“ an. Er lernte zahlreiche Häfen der Welt und weitere Segelschiffe kennen, gelegentlich diente er auch auf einem deutschen Kohlendampfer. „Seppl“ – so nannten ihn seine Kameraden zur See, ein Spitzname, an den später nur ein einziges Mal erinnert worden ist.¹² 1945 hielt er vor allem für berichtenswert, während seiner Schul- und Seefahrtzeit dem Christlichen Verein junger Männer angehört zu haben.¹³ Gleich zu Beginn des Ersten Weltkrieges geriet Sauckel als Matrose der nach Australien steuernden, im Ärmelkanal jedoch aufgebrachten „Frieda Mahn“ in französische Zivilinternierung. Im Lager auf der langen Insel westlich von Brest begann er sich für Politik zu interessieren, doch wurde darüber wenig bekannt, was ihn dazu bewegte und schließlich mehr und mehr dazu anspornte, auf diesem Felde sein Heil zu suchen. Möglichen weise kompensierte er später die erzwungene militärische Untätigkeit und die ausbleibende Anerkennung für „Helden“-Taten mit seinen rastlosen und immer maßloser werdenden politischen Aktivitäten. Ganz offensichtlich verinnerlichte er – sein eigenes Schicksal für das Ganze nehmend – die allgemeine, von den Politikern fast aller Parteien aufgeheizte Stimmung gegen den von den meisten Deutschen als drückend und ungerecht empfundenen Frieden von Versailles. Sauckels nationalistische und auf Vergeltung für die deutsche Kriegsniederlage bedachte Grundorientierung ebnete ihm den Weg zum deutschvölkischen Rassismus, dem er Zeit seines Leben anhing und den er schließlich auch mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln verfocht.

Die ersten drei Jahrzehnte seines Lebens verschwimmen sowohl in der eigenen Darstellung und erst recht in der Literatur über ihn. Alle überlieferten Daten lassen sich nur mit Vorsicht verwenden; maßlos beschönigten und verfälschten die späteren „Partei“-Erzählungen – ähnlich wie bei seinem Idol und „Führer“ Adolf Hitler – die historische Wahrheit. Es gehört vor allem wohl in den Bereich der Legenden, wenn behauptet worden ist, er habe seine schwere Arbeit auf den Handelsschiffen mit dem „brennenden Wunsch im Herzen“ verbunden, eines Tages „im Ehrenkleid eines Offiziers der stolzen deutschen Marine zurückzukehren.“¹⁴ An anderer Stelle pries man alles als energisches Bemühen um eine Kapitäns-Ausbildung. Er selbst sprach gern von der „Freiheitsliebe“, die ihn zur See fahren ließ, und selten vergaß er hinzuzufügen, daß er sich bereits als Fünfzehnjähriger gegen den Marxismus zur Wehr gesetzt¹⁵ und überall festgestellt habe, „wie verbunden die Welt mit deutschem Schaffen und deutscher Arbeit ist.“¹⁶ Die Begeisterung für alles Maritime hielt ihn auch später gefangen: 1934 verbrachte er einen kurzen Sommerurlaub auf dem Segelschulschiff „Gorch Fock“, 1939 versteckte er sich – als Hitler sein Gesuch ablehnte, nun in der Wehrmacht dienen zu dürfen – als blinder Passagier auf dem von Kapitän Salmann befehligten U-Boot, das daraufhin schleunigst von Admiral Karl Dönitz zurückbeordert werden sollte.¹⁷

¹² Hans Brockert: Fluchtversuch mit Fritz Sauckel. Erinnerung an die Kriegsgefangenschaft. In: Thüringer Gauzeitung, 30.9.1937. Sonderausgabe „Zehn Jahre Gauleiter. Zum Gedenken der Ernennung Fritz Sauckels.

¹³ Lebenslauf, S. 3.

¹⁴ Die Wilhelm-Gustloff-Stiftung. Ein Tatsachen- und Rechenschaftsbericht über Sozialismus der Gesinnung und der Tat in einem Nationalsozialistischen Musterbetrieb des Gaues Thüringen. Hrsg. v. Fritz Sauckel, Weimar 1938, S. 5.

¹⁵ Die Pflicht. Führer- und Amtsblatt des Gaues Thüringen der NSDAP, H. 3/1936, S. 42.

¹⁶ So in einem Brief an Paul Rohrbach, in dem er auch von dem wünschenswerten Erfolg sprach, „daß wir Deutsche, die wir befruchtend auf das Vorwärtskommen der Völker der Erde wirken, auch wieder das Recht erhalten, außerhalb des deutschen Reichsgebietes uns anzusiedeln und zu ernähren.“ ThHStAW, Reichsstatthalter, 173, Bl. 173.

¹⁷ Becker, S. 237.

Erst ein Jahr nach dem Ende des Weltkrieges, im November 1919, kehrte Sauckel aus dem französischen Internierungslager nach Unterfranken zurück. Seine Tätigkeit als Hilfsarbeiter in der Kugellagerfabrik Fischer in Schweinfurt umschrieb er später als Ergebnis seines Entschlusses, „Arbeiter zu werden“ und der Absicht, „mehrere Jahre praktisch den Beruf eines Metallarbeiters“ zu erlernen. Noch in der Erinnerung des in Nürnberg Inhaftierten dominierten Stil und Pathos Hitlers: „Nun lernte ich aber auch auf das Gründlichste die sozialen Probleme kennen sowie jene politischen Fragen, die das deutsche Volk damals, und insbesondere den deutschen Arbeiter, 50 stürmisch bewegten.“¹⁸ Wie auch immer motiviert, Sauckel traf 1919/20 eine politische Lebensentscheidung: Er trat dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund bei, der damals die größte rechtsradikalantisemitische Organisation darstellte und sich nicht nur für ihn als wichtiger Ausgangspunkt der späteren Karriere erwies.¹⁹ Eine Korrektur seines Schrittes ins Lager der extremen Rechten kam für ihn niemals mehr in Frage. Im Gegenteil, sein nationalistisch und rassistisch begrenztes Denken, eine gewisse Starrköpfigkeit und möglicherweise auch unzureichende intellektuelle Fähigkeiten führten ihn auf der einmal eingeschlagenen Bahn voran. Ebenso ergab sich daraus seine nahezu blinde und bedenkenlose Bereitschaft, sich einer Autorität unterzuordnen und Befehlen zu folgen.

Im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund avancierte er bald zum Leiter der Schweinfurter Ortsgruppe, die außerordentlich wirksam gewesen sein soll. Dann verschlug es ihn nach Thüringen. Seit Sommer 1922 besuchte er die Ingenieurschule in Ilmenau, die er jedoch bereits ein Jahr darauf verließ. Erneut schloß er eine Ausbildung nicht ab, was ihn jedoch nicht daran hinderte, gelegentlich „Techniker“ als seinen Beruf anzugeben. Wahrscheinlich war er niemals als solcher tätig. Ebensowenig läßt sich erhellend, wovon er damals eigentlich seinen Lebensunterhalt bestritt. Der mag kärglich gewesen sein; erst 1924 heiratete der Dreißigjährige Elisabeth Wetzels, seine drei Jahre jüngere „Lisa“, die er bereits vor dem Krieg verehrt hatte und ihm danach in Schweinfurt wieder begegnet war. Im gleichen Jahr wurde das erste seiner zehn Kinder geboren. Der Ehe des Protestanten Sauckel stand auch nicht im Wege, daß seine Frau katholisch und zudem die Tochter eines „überzeugten“ sozialdemokratischen Arbeiters war. Offensichtlich entsprach sie insbesondere als stiller und „vollkommen innerlich veranlagter Mensch“²⁰ seinen patriarchalischen Vorstellungen.

Nach dem gescheiterten Hitler-Putsch versuchte Sauckel, in Ilmenau einen „Bund Teja“ ins Leben zu rufen. Es gelte, wie einst dem „letzten treuen König der edlen Goten“, auch den eigenen Führern – gemeint waren Hitler und Ludendorff – die Treue zu halten. Er forderte, „unwahre und ehrgeizige Kreaturen“ zu meiden und „pfäffische Ränke“ zu verachten.²¹ Mehr Glück hatte er mit der ebenfalls in Ilmenau geschaffenen SA-Ersatzorganisation „Deutscher Wanderverein“. Mit ihm stieß er rasch zu jenen alldeutschrassistischen und völkisch-faschistischen Kräften, die in Thüringen über starke Traditionen und Bastionen verfügten. Hier hatte sich ein regelrechtes Netzwerk von Deutschtümelei, völkischer Radikalität christlich-germanischer Religiosität und vehementem Antisemitismus herausgebildet, das eng mit dem Wirken des 1905 mit einem Professorentitel geehrten Literaten Adolf Bartels verknüpft war.²² Aus dessen Dunstkreis kam auch Artur Dinter. Und vor allem dieser – ein gebürtiger Elsässer, langjähriges Mitglied des Alldeutschen Verbandes, seit 1920 in der Nähe von Gräfenroda wohnend und seiner verschrobenen deutsch-christlichen Religiosität in einer Unzahl von Traktaten Ausdruck verleihend – sollte für Sauckels weiteren Weg in die Politik vielfache Bedeutung erlangen: als fördernder Mentor und Vorgesetzter, aber auch als erbitterter Rivale und Gegner.

Sauckel war früh nationalsozialistischen Organisationen beigetreten und noch in Unterfranken Mitglied der SA geworden. Ihrem rauhbeinigen und gewalttätigen Treiben fühlte er sich eng verbun-

¹⁸ Lebenslauf, S. 4. Der folgende Satz lautete: „Ich selbst hatte an meiner streng religiösen evangelischen Erziehung meines Elternhauses und meiner Lehrer festgehalten.“

¹⁹ Uwe Lohalm: Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919-1923, Hamburg 1970, S. 327.

²⁰ Lebenslauf, S. 5.

²¹ ThHStAW, NSDAP-Gauleitung, Bd. 1, Bl. 27 f.

²² Justus H. Ulbricht: Die Kulturrevolution von rechts. Das völkische Netzwerk 1900-1930. In: NS in Thüringen, S. 29 ff.

den, was spätere Konflikte keineswegs ausschloß.²³ Der NSDAP gehörte er seit dem 1. Januar 1923 als Mitglied Nr. 17357 an. Außerdem soll er 1923 als sogenannter Bauernschaftsführer der Organisation Roßbach hervorgetreten sein und über gute Beziehungen zu einem Waffenlager des Jägerregiments Oberfranken verfügt haben, wie Erfurter Beamte für ein zu Beginn der dreißiger Jahre angestrebtes, jedoch bald niedergeschlagenes Ermittlungsverfahren erkundet haben wollten. 1924 gab er erstmalig eine Zeitung heraus, die in Ilmenau unter dem hochtrabenden Titel „Deutscher Aar“ erschien. Dieses Blatt, das nach Inhalt und Aufmachung einem mit lokalen Nachrichten erweiterten „Völkischen Beobachter“ glich, geriet bereits Ende des Jahres in beträchtliche finanzielle Schwierigkeiten. Auch die Verwendung der Ersparnisse seiner Frau konnte das Blatt nicht retten.²⁴ Es fusionierte 1925 mit dem in Weimar von Hans Severus Ziegler, einem Mitarbeiter Bartels', herausgegebenen Blatt „Der Völkische“, woraus die Zeitung „Der Nationalsozialist“ hervorging.

In der kleinen nationalsozialistischen NSDAP-Organisation Thüringens stand Sauckel zunächst an der Seite des eigenwilligen Dinter, den er häufig als „unseren Führer“ pries.²⁵ Er unterstützte auch dessen Tätigkeit als Vorsitzender der Fraktion des Völkisch-Sozialen Blocks im Thüringischen Landtag. Diesem Block war es bereits gelungen, die Ergebnisse der Landtagswahlen vom 10. Februar 1924 für sich zu nutzen und gemeinsam mit den im Thüringer Ordnungsbund vereinten bürgerlichen Parteien die sozialdemokratische Regierung zu Fall zu bringen. Wohl als Dank für solche Unterstützung hatte die neue Regierung im Lande Anfang März 1924 das Verbot der NSDAP und ähnlicher Gruppen aufgehoben. Hitler hoffte wohl nicht ohne Grund, daß Thüringen, „wie die Dinge liegen, die nationalsozialistische Hochburg Deutschlands“ werden könne.²⁶ Wie in kaum einem anderen Teil Deutschlands bekamen rechtsextreme Kräfte damit Freiheiten und Wirkungsmöglichkeiten zugestanden, die sie tatkräftig zu nutzen wußten. Thüringen geriet neben Bayern zu einer der wichtigsten Regionen für den Nationalsozialismus, d. h. 1924 für die Nationalsozialistische Freipartei – einem von Erich von Ludendorff, Gregor Strasser und dem Deutschvölkischen Albrecht von Graefe getragenen Versuch, die verbotene NSDAP zu ersetzen – und dann vor allem für die im Februar 1925 wiedergegründete NSDAP.

Nach der vorzeitigen Haftentlassung Hitlers und der Neugründung der Partei erhielt Dinter Anfang März 1925 die ihn auszeichnende Mitgliedsnummer 5, sein Schützling die Nummer 1395. Als Hitler – gemeinsam mit Julius Streicher und Ernst Röhm – am 22. März 1925 erstmalig nach Weimar kam und das Ziel verfolgte, die auseinanderstrebenden Gruppen miteinander zu „versöhnen“, übertrug er Dinter die Leitung des Gaues und ernannte Ziegler zum stellvertretenden Gauleiter. Hitler war sich jedoch keineswegs sicher, richtig gehandelt zu haben – bereits am 4. Mai 1925 ließ er in Thüringen mitteilen, daß seine Entscheidung noch „keine endgültige“ sei und er nach einer Persönlichkeit suche, „die mehr für die große Sache geleistet hat und ein größeres Vertrauen genießt ...“²⁷ Obwohl Sauckel nur den Posten eines Gaugeschäftsführers der NSDAP erhielt, hatte er damit wohl endgültig seinen Platz in der Politik gefunden, an dem er unwidersprochen und nicht ohne eine gewisse Aussicht auf Erfolg seine nationalistisch-rassistischen Ideen artikulieren konnte. Die ihm gebotenen Chancen nutzte er von nun an äußerst konsequent, auch wenn seinem „Aufstieg“ noch die

²³ Davon zeugt eine vertrauliche Erklärung des SA-Stabschefs Röhm vom 23.4.1934, in der es heißt: „Mit sofortiger Wirkung wird beurlaubt: der zur Ehrendienstleistung der Standarte 24 (Gruppe Thüringen) gestellte Gruppenführer Fritz Sauckel unter gleichzeitiger Einleitung eines Ehrenverfahrens.“ Aus dem Tätigkeitsbericht Sauckels als Reichsstatthalter vom April 1934 geht hervor, daß er „revolutionäre“ Erscheinungen unter der SA mißbilligte und zu beseitigen trachtete. Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), R 43 11/1376. Zum erwähnten Ehrenverfahren konnte Weiteres nicht ermittelt werden. Nach der Ermordung Röhm trat Sauckel am 9.9.1934 der SS bei, in der er sofort den Dienstgrad eines Gruppenführers erhielt. Als die SA-Akten neu angelegt wurden, erschien in der Spalte „Dienstlaufbahn in der SA“ lediglich die Notiz: „Einzelne Daten dürften hier nicht interessieren.“ Siehe die SA-Akte Fritz Sauckel im Bundesarchiv Berlin-Zehlendorf (ehemaliges Berlin Document Center, künftig zit. als BABZ). ThHStAW, NSDAP-Gauleitung, Bd. 1/1, Bl. 105.

²⁴ ThHStAW, NSDAP-Gauleitung, Bd. 1/1, Bl. 105.
²⁵ Deutscher Aar. Thüringerwald-Beobachter. Kampfblatt für deutsches Volkstum und soziale Gerechtigkeit, Nr. 3 vom 29.3.1924.

²⁶ ThHStAW, NSDAP-Gauleitung, Bd. 1, Bl. 13.

²⁷ Brief der Münchener Geschäftsstelle der NSDAP an Rudolf Wartemann jr. (Langensalza) vom 4.5.1925. In: BABZ, Akte Artur Dinter.

zahllosen Querelen entgegenwirkten, die zwischen verschiedenen thüringischen Ortsgruppen sowie zwischen SA-Trupps und der Parteiorganisation ausgetragen wurden.

Alle parteiinternen Auseinandersetzungen rankten sich mehr oder weniger um die Person Dinters, obwohl sie grundsätzlich den Kurs der Nationalsozialisten nach dem Scheitern ihres Putsches gegen die Weimarer Republik betrafen. In ihnen vertrat dieser immer stärker völkisch-antiklerikale, Pseudoreligiöse Positionen. Hitler warf er vor, zu einseitig katholische Interessen zu betonen, obwohl die Partei zu 65% aus Protestanten und nur zu 25% aus Katholiken bestehe. Im Katholizismus sah er den gefährlichsten Feind, den es dringlicher zu bekämpfen gelte als die Juden. Später hieß es bei ihm sogar: „Viel schlimmer aber als jeglicher Marxismus und jeglicher Bolschewismus ist der Jesuitismus!“²⁸ Die NSDAP betrachtete er vor allem als ein Mittel, seine Pläne zur Schaffung einer „Deutschen Volkskirche“ durchzusetzen. Diese sollte nach seiner Vorstellung nicht nur eine reine, von allen „jüdischen und judenchristlichen Fälschungen“ befreite arisch-heldische Heilandslehre vertreten, sondern auch „Katholiken und Protestanten zu einer wahren, aus den Tiefen der Deutschen Volksseele heraufwachsenden unzerstörbaren Volksgemeinschaft zusammenschließen“.²⁹

Im Streit um die Verankerung eines religiösen Bekenntnisses im nationalsozialistischen Programm unterlag Dinter. Er entfernte sich zunehmend von der NSDAP, zumal es seinen politischen Ehrgeiz bereits arg getroffen hatte, daß ihm von Alfred Rosenberg 1924 das erwartete Reichstagsmandat hintertrieben und Franz Stöhr als thüringischer Kandidat durchgesetzt worden war. Ferner fand er wohl für seine Bemühungen, auch als theoretischer Kopf der NSDAP anerkannt zu werden, keinen hinreichenden Spielraum.³⁰ Welche Gründe es auch immer gab: Sauckel, dessen Artikel sich 1924 im „Deutschen Aar“ noch keineswegs von Dinters Ergüssen unterschieden hatten³¹, sah sich jedenfalls 1925/26 mehr und mehr vor die Entscheidung gestellt, in wessen Gefolge er künftig stehen wollte. Indessen war voraussehbar, daß sich Sauckel für Hitler entscheiden würde. In den Reihen der Nationalsozialistischen Freiheitspartei hatte er sich nicht heimisch gefühlt; über deren Weimarer Parteitag vom Sommer 1924 war in seiner Zeitung kaum berichtet worden und später, als die Nazis ihre Traditionen priesen, schien sie ihm nur abfälliger Erwähnungen wert. Er hatte sich demgegenüber frühzeitig auf Forderungen nach rascher Entlassung Hitlers aus der Landsberger Festungshaft und auf dessen politischen Kurs festgelegt.

Ungeachtet aller Auseinandersetzungen in der thüringischen NSDAP³² nutzte die Partei die ihr in der Landeshauptstadt gebotenen Möglichkeiten zur Durchführung ihres zweiten Parteitages, der am 3. und 4. Juli 1926 stattfand und erheblich zur Stabilisierung der faschistischen Bewegung beitrug. Die Organisation vor Ort muß weitgehend in den Händen Sauckels gelegen haben, ohne daß er besonders in Erscheinung getreten wäre. Nach den eröffnenden Sondertagungen, bei denen außer Din-

²⁸ Artur Dinter: Nationale Erhebung und religiöse Erneuerung, Patschkau 1933, S. 3. Zur Begründung dieser These führte er aus: „Ich weise es weit von mir, die Kommunisten, Freidenker und Gottlosen durchweg als ‚Untermenschen‘ zu bezeichnen! Versteht man darunter Menschen, die noch tief im niederen Triebleben stecken, daß ihnen jegliche sittliche Hemmung fehlt, so gibt es Untermenschen auch in den völkischen Reihen leider noch genug! Ein Jesuit aber ist und bleibt, auch wenn er sich zehnmals zur schwarz-weiß-roten Fahne und zur Hakenkreuzflagge bekennt und noch so laut ‚Heil‘ schreit, der geschworene Erz- und Todfeind unseres heiligen Deutschen Volkes und Vaterlandes!“ Ebenda.

²⁹ Artur Dinter: Der Kulturkampf gegen Hitler, Patschkau 1932, S. 15; siehe auch Eva-Maria Zehrer: Artur Dinters Beitrag zur Diskussion über die Funktion der Religion in einem nationalsozialistischen Staat 1928. In: ... und über Barmen hinaus. Studien zur Kirchlichen Zeitgeschichte. Festschrift für Carsten Nicolaisen zum 4. April 1994. Hg. v. Joachim Mehlhausen, Göttingen 1995, S. 112 ff.; Claudia Witte: Artur Dinter – Die Karriere eines professionellen Antisemiten. In: Historische Rassismusforschung. Ideologen – Täter – Opfer. Hg. v. Barbara Danckwortt/ Thorsten Querg/Claudia Schöningh. Mit einer Einleitung von Wolfgang Wippermann, Hamburg 1995, S. 112 ff.

³⁰ Joachim Petzold: Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, Berlin 1982, S. 223.

³¹ Im „Deutschen Aar“ vom 22.3.1924 hatte er „gewaltige dunkle Kräfte“ angeklagt, wozu „die drei großen internationalen Gebilde des Ultramontanismus, der Weltfreimaurerei und der Marxisten“ gehören würden. Hinter der Zentrumsparterie stünden die Jesuiten, und allen warf er vor, als „deutschentseelte Kreaturen“ über Ludendorff herzufallen.

³² Siehe Donald R. Tracey: Der Aufstieg der NSDAP bis 1930. In: NS in Thüringen, S. 49 ff.

ter und Ziegler auch der Gaugeschäftsführer eine kleine Ansprache halten durfte, fanden am 4. Juli im Deutschen Nationaltheater Weimar ein Generalappell der SA und SS und sogenannte Fahnenweihen statt. Dinter leitete als Kongreß-Vorsitzender die Tagung, bei der Gottfried Feder über „Staat, Geld- und Finanzwesen“, Goebbels über „Propaganda“ und Hitler zum Thema „Politik, Idee und Organisation referierten. Über die zahlreichen Anträge aus den Ortsgruppen durfte nicht debattiert werden. Am Nachmittag marschierten etwa 5000 Mitglieder und Anhänger der NSDAP aus allen Teilen Deutschlands – allein aus Bayern waren 500 mit einem Sonderzug angereist – durch die Straßen der Klassiker-Stadt. Vor dem Theater grüßte Hitler erstmals mit der erhobenen rechten Hand, dem importierten „römischen“ Gruß. Im Vorfeld des Parteitages, am 10. Juni, hatte die Landtagsfraktion der NSDAP sieben Gesetzentwürfe eingebracht, die den Ausschluß von Juden aus öffentlichen Ämtern, ihre Nichtzulassung als Ärzte, Notare, Vieh- und Getreidehändler, Studenten und Schüler sowie die „Ausweisung von Ostjuden aus dem Freistaat Thüringen und die Beschlagnahme ihres Vermögens“ zum Gegenstand hatten. Als Jude sollte jeder gelten, der „in der großväterlichen Geschlechterfolge (Generation) noch Blutsverwandte hatte, die sich zum mosaischen Glauben bekannten, egal ob sie heute getauft sind oder nicht“.³³

Es ist nicht eindeutig zu erkennen, wie Sauckel schließlich über Dinter triumphieren konnte. Dessen endgültiger Ausschluß aus der NSDAP erfolgte jedenfalls am 11. Oktober 1928, kurz nachdem Sauckel und Willy Marschler eine offizielle Stellungnahme zur Regierungskrise in Thüringen abgegeben hatten, ohne Dinter zu informieren. Dieser vermutete „Manöver“ der beiden gegen sich. Wie gegen andere auch erhob er an ihre Adresse den Vorwurf, Parteigelder zur Abtragung persönlicher Schulden benutzt zu haben, was Walter Ortlepp (Vorsitzender des Gau-Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses der NSDAP und späterer Sauckel-Intimus) sofort bestritt.³⁴ Dinters Urteil, daß die Mehrzahl der Gauleiter unfähig sei, „ein sachliches Urteil in den Fragen der geistigen und sittlichen Vertiefung unserer Bewegung abzugeben“, muß sich in hohem Maße auf Sauckel bezogen haben.³⁵ Als Dinter zudem noch den Führungsstil in der NSDAP zu kritisieren begann und die Einsetzung eines Partei-Senats nach dem Beispiel der italienischen Faschisten forderte, wollte Hitler handeln und den Konflikt lösen: Im September 1927 entfernte er ihn vom Amt des Gauleiters, im Februar des folgenden Jahres aus der thüringischen Parteiorganisation und im Oktober 1928 schließlich ganz aus der Partei. Dabei war Sauckel dem Chef der NSDAP offensichtlich so eifrig behilflich gewesen, daß er am 28. September 1927 selbst an die Spitze der thüringischen NSDAP-Gauleitung treten durfte. Als NSDAP-Gaugeschäftsführer stand für einige Zeit Martin Bormann an seiner Seite – eine zukunftssträchtige Verbindung ...

Sauckel ging daran, die neu errungene Stellung zielstrebig und systematisch auszubauen. Unter den thüringischen Nazis fand er zunehmend Anklang, da er sich den widerstreitenden Gruppen als Vermittlungs- und Integrationsfigur darzustellen vermochte. Er verstand es bald, eine Hausmacht im ergebener Nationalsozialisten um sich zu scharen.³⁶ Vor allem profitierte er von der Entschärfung des

³³ Denkschrift über die Tätigkeit der Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Thüringer Landtage 1924/1927. Hrsg. von Willy Marschler, Weimar o. J.

³⁴ Stellungnahme vom 22.10.1928. In: BABZ, Akte Artur Dinter. Als 1936 noch einmal Material auftauchte, in dem Sauckel „Unregelmäßigkeiten zum Nachteil der Partei“ vorgeworfen wurden, veranlaßte Sauckel eine Hausdurchsuchung bei Walter Kühn, einem Bekannten Dinters, in Gössnitz. Sie fand am 16.10.1936 statt und dauerte von 15.30 bis 20.45 Uhr. Im Bericht der Kriminalsekretäre, die die Durchsuchung vornahmen, hieß es: „Die Diensthandlungen in Gössnitz sind anweisungsgemäß so durchgeführt worden, daß Kühn persönlich keinerlei Ahnung davon hat, daß der Gauleiter von den dienstlichen Maßnahmen vorher unterrichtet war.“ ThHStAW, Reichstatthalter, Bd. 198, Bl. 7. Daß Sauckel Schulden hatte, deren Restbetrag 1936 vom Verlag „Der Nationalsozialist“ bzw. von der „Thüringischen Gauzeitung“ bezahlt wurde, geht hervor aus einer Darstellung von Frau Sauckel vom 28.4.1938. ThHStAW, NSDAP-Gauleitung, Bd. 1/1, Bl. 106.

³⁵ Brief Dinters an Hitler vom 29.8.1928. In: Das Geistchristentum, H. 9-10/1928, S. 364 ff. Später urteilte Dinter, Sauckel sei mit seinem „idiotischen Schädel“ nicht in der Lage, die thüringische Regierung zu führen. Siehe ThHStAW, Reichstatthalter, Bd. 198, Bl. 11.

³⁶ Dazu gehörten u. a. Otto Eberhardt, Paul Hennicke, ein späterer SS-Obergruppenführer, Willy Marschler, Paul Papenbroock, Karl Siekmeier, Walther Sommer (der als Ministerialrat im Thüringischen Innenministerium unter Frick und Sauckel Gesetzentwürfe ausarbeitete und 1934 in den Stab des Stellvertreters des Führers berufen

Konfliktes zwischen SA und politischer Organisation der NSDAP. Der thüringische SA-Gauleiter Arno Donnerhack wurde durch Gustav Zunkel ersetzt.³⁷ Immer wieder bewies Sauckel in organisatorischen Dingen großes Geschick. Ihm kam auch zugute, umgänglicher als Dinter zu sein. Ihm geriet zum Vorteil, anstehende Probleme pragmatisch und entscheidungsfreudig zu lösen. Und er wußte nun Hitler voll und ganz in seinem Rücken. Wie dieser in der ganzen Partei setzte er sich zunehmend in der thüringischen NSDAP durch. Beider Erfolge ließen ein spezifisches Beziehungsgeflecht zwischen ihnen entstehen. Selbstverständlich wagte Sauckel kein kritisches Wort an die Adresse des Parteichefs, im Gegenteil: Manche seiner Briefe an den „hochzuverehrenden Herrn Hitler“ lesen sich wie kriecherische und unterwürfige Episteln. Bis in kleinste Detail begann der Gauleiter den „Führer“ zu kopieren und jenen Führungsstil zu übernehmen, den dieser mehr und mehr praktizierte.³⁸

Unter Sauckels Leitung ging es mit der NSDAP Ende der zwanziger Jahre in Thüringen rascher aufwärts als in anderen Teilen Deutschlands. Mitte 1925 hatte sie lediglich über ca. 600, Ende 1927 über ca. 720 Mitglieder in 82 Ortsgruppen verfügt.³⁹ Eine Verdoppelung ergab sich 1928, als die konkurrierenden deutschvölkischen Verbände zerfielen. Die beginnende Weltwirtschaftskrise, die in Thüringen sofort die ohnehin vorhandenen und direkt auf die Kriegsniederlage zurückgehenden strukturellen Schwierigkeiten des exportierenden Gewerbes vertieften, führte zu besonders tiefen sozialen Auswirkungen. Die NSDAP konnte bei den Landtagswahlen vom 8. Dezember 1929 über 90.000 Stimmen (11,3%) gewinnen. Statt der bisherigen zwei verfügte sie nunmehr über sechs Mandate; eines davon hatte Sauckel errungen. Den 23 bürgerlichen Abgeordneten standen 18 Sozialdemokraten und sechs Kommunisten gegenüber. Die bürgerlichen Abgeordneten, insbesondere die des Thüringer Landbundes und der Deutschen Volkspartei entschieden sich für eine Koalition mit der NSDAP, obwohl diese erpresserisch und mit unangemessen hohen Forderungen auftrat.

Der neuen Landesregierung gehörten erstmalig zwei Nazis an: Wilhelm Frick als Verantwortlicher für die Ressorts Innenpolitik und Volksbildung sowie Willy Marschler als Staatsrat. Frick hatte bis dahin zwar wenig mit Thüringen zu tun, entsprach aber am ehesten den Vorstellungen Hitlers an einen Minister aus den Reihen seiner Partei. Mit ihm signalisierte er zugleich die große Bedeutung, die er der ersten nationalsozialistischen Regierungsbeteiligung in einem der deutschen Länder beimaß, so daß von einem „Modell der Machtergreifung“ und einem regionalen Experimentierfeld gesprochen worden ist. Als thüringischer Innen- und Volksbildungsminister kam für Hitler „nicht irgendein kleiner Parlamentarier oder ein ergebener Regierungsbeamter“ in Frage, sondern „nur ein durchgekochter Nationalsozialist von ebenso großer Fachkenntnis wie bedingungsloser nationalsozialistischer Gesinnung“. In seiner Darstellung der Koalitionsverhandlungen, die er einem Förderer in Übersee zukommen ließ⁴⁰, spielten die thüringischen Nazis eine völlig untergeordnete Rolle. Er hielt es lediglich für erwähnenswert, daß er mit Hilfe einer Industriellenversammlung, zu der alles gekommen war, „was in der mitteldeutschen Wirtschaft überhaupt eine Rolle spielt“, erfolgreich Druck auf die anderen Parteien ausgeübt habe. Von der einladenden Fraktion des Landtages nahm er kaum Notiz. Der Gauleiter stand immer noch im Schatten eines anderen ...⁴¹

wurde, wo er bis 1941 die für staatsrechtliche Fragen zuständige Abteilung leitete), Fritz Wächtler. Ausführliche biographische Angaben zu den Personen in Sauckels Umfeld finden sich im „Thüringen Handbuch“, das 1996 vom ThHStAW herausgegeben werden soll.

³⁷ Siehe Peter Hüttenberger: Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969, S. 66.

³⁸ In einem Rundschreiben vom 6.3.1931 erläuterte Sauckel die Organisation und Durchführung von Versammlungen. Unter anderem verbot er den Versammlungsleitern zu sagen, er erteile dem Redner das Wort, es müsse heißen: „Und nun hat unser hochverehrter Parteigenosse ... das Wort.“ Zit nach: Die Pflicht, H. 6-7/1935, S. 104.

³⁹ Siehe Donald D. Tracy: Der Aufstieg der NSDAP bis 1930. In: NS in Thüringen, S. 61 f.

⁴⁰ Siehe Fritz Dickmann: Die Regierungsbildung in Thüringen als Modell der Machtergreifung. Ein Brief Hitlers aus dem Jahre 1930. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, H. 4/1966, S. 454 ff.

⁴¹ Der Biograph Fricks nimmt von Sauckel für die Jahre 1930/31 keine Notiz. Siehe Günter Neliba: Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn u. a. 1992. Das gilt auch für den Beitrag Nelibas in NS in Thüringen, S. 75 ff.

Den harten Konfrontationskurs Fricks und die „erste Vorstellung des kommenden neuen Reiches“⁴² trug Sauckel jedoch voll und ganz mit. Gleich, ob es sich um die Säuberung der Polizei von demokratischen Kräften, die Einführung nationalistischer Schulgebete, den Erlass „Wider die Negerkultur für deutsches Volkstum“, Zensurmaßnahmen gegen das Buch und den Film „Im Westen nichts Neues“ des Pazifisten Erich Maria Remarque, die Entfernung „dekadenter“ Gemälde aus Weimarer Museen oder um die Errichtung eines Lehrstuhls für Sozialanthropologie für Rasseforscher Hans F. K. Günther an der Jenaer Universität handelte – Sauckel unterstützte alles und stellte für Frick eine „unverzichtbare politische Stütze“ dar.⁴³ Es waren schließlich seine beleidigenden Ausfälle gegen die Koalitionspartner, die – von „trottelhaften Greisen, Verrätern und Betrügern“ und „bodenloser Unverschämtheit“ hatte er getönt⁴⁴ – der DVP den Anlaß boten, am 1. April 1931 Frick zu stürzen. Nicht erwiesen ist, ob Sauckel auch um Fricks Versuch wußte, Hitler im Sommer 1930 zum Gendarmeriewachtmeister von Hildburghausen zu ernennen und dadurch den Staatenlosen zu einem deutschen Staatsbürger zu machen.⁴⁵ Als dieser Vorgang im Februar 1932 bekannt wurde und ein von Hermann Brill (SPD) geleiteter parlamentarischer Untersuchungsausschuß zu tagen begann, sorgte er allerdings dafür, daß die von ihm geleitete Fraktion der NSDAP demonstrativ den Debatten des Landtages fernblieb.

Sauckel suchte sich auch auf kulturpolitischem Gebiet zu profilieren und in der Thüringer Kulturlandschaft den Antiliberalismus und Rassismus der nationalsozialistischen Ideologie durchzusetzen; bei den Vernehmungen in Nürnberg wollte er statt dessen glauben machen, ihm wäre „die Förderung des Weimarer Kulturkreises und seiner künstlerischen sowie kulturellen unvergleichlichen Tradition eine heilige Verpflichtung“ gewesen.⁴⁶ Wie weit er sich von allen humanistischen Anliegen der Kunst entfernt hatte, zeigt eine seiner Landtagsreden vom November 1930: „Wir wollen keine asiatische, bolschewistische Kultur, die, wie das heute in Sowjetrußland geschieht, alle Werte im negativen Sinne beeinflußt, bis alles vernichtet ist, bis ein Volk schöpferisch und kulturell unfruchtbar geworden ist.“⁴⁷ Ausgerechnet am Todestag Goethes führte die NSDAP 1931 im Weimarer Nationaltheater eine Veranstaltung zum Thema „Justizmord von heute“ durch. Eine weitere Kostprobe seines Kulturverständnisses gab Sauckel im folgenden Jahr. Am 29. Januar 1932 publizierte die sozialdemokratische Regionalpresse ein Rundschreiben Sauckels, aus dem die Stellung der deutschen Faschisten zum „Goethe-Jahr“ hervorging. Der geplante Besuch Thomas Manns, Gerhart Hauptmanns und Walter von Molos aus Anlaß des 100. Todestages des Dichterfürsten sei eine Verhöhnung der nationalsozialistischen und nationalen Einwohnerschaft Weimars. In einer Pressekonferenz kündigte Sauckel an, es werde darauf mit der Inszenierung einer hyperpatriotischen Gegenöffentlichkeit reagiert, jedoch nicht mit abgegriffenen Parteiparolen oder Krawallen wie 1924 und 1926. Überhaupt gab man sich betont vaterlandsverbunden und diszipliniert, ging es den Nazis doch um die Gewinnung weiterer Wählerscharen aus den deutschvölkischen und rechtskonservativen Kreisen, aber ebenso aus der künstlerischen, technischen und wissenschaftlichen Intelligenz.⁴⁸ Ziegler, inzwischen zum Gauführer des nationalsozialistischen Kampfbundes für Deut-

⁴² Zur Frage, ob die Nazis Thüringen als ein Experimentierfeld und ihre Aktionen als eine Generalprobe für ihren entscheidenden Kampf um die Macht im Deutschen Reich betrachteten, siehe Neliba, Wilhelm Frick. Der Legalist; ders., Wilhelm Frick und Thüringen als Experimentierfeld für die nationalsozialistische Machtergreifung. In: NS in Thüringen, S. 75 ff.

⁴³ Post, Vorgezogene Machtübernahme 1932.

⁴⁴ Der Nationalsozialist, 3.3.1931; siehe auch Udo Decker: Faschismus und Volksschule in Thüringen (1930 bis 1939). Regionalgeschichtliche Studie zur Einflußnahme auf die Schulpraxis. Phil. Diss. Jena 1988, S. 41.

⁴⁵ Manfred Overesch: Die Einbürgerung Hitlers 1930. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, H. 3/1992, S. 543 ff. Der Verfasser betrachtet Brill als den hauptsächlichen Gegenspieler Sauckels. Siehe Manfred Overesch: Hermann Brill. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992.

⁴⁶ Lebenslauf, S. 13.

⁴⁷ Der Kampf um Thüringen. Ein Bericht über die Tätigkeit des ersten nationalsozialistischen Staatsministers und der thüringischen nationalsozialistischen Landtagsfraktion. Hg. v. der Gauleitung Thüringen der NSDAP, Weimar o. J., S. 43.

⁴⁸ Siehe Rüdiger Stutz: Der Jena-Weimar-Plan 1932. Hintergründe und Anliegen. In: Zwischen Konvention und Avantgarde. Doppelstadt Jena-Weimar. Hg. v. Jürgen John/Volker Wahl, Weimar u. a. 1995, S. 365 f. Siehe auch Hildegard Brenner: Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus, Reinbek bei Hamburg 1963, S. 22-35.

sche Kultur avanciert, kündigte eine eigene Veranstaltung an, in der an den „deutschbewußten Goethe, den volksbewußten Weisen von Weimar“ erinnert werden sollte; gleichzeitig charakterisierte er Hitler als den souveränsten staats- und kulturpolitischen Kopf seiner Zeit.⁴⁹

Sauckels kulturell-geistige Schwachbrüstigkeit und die ihm von Ziegler attestierte Unfähigkeit, in Belangen der bildenden und darstellenden Kunst differenziert urteilen zu können⁵⁰, ließen ihn für das politische Geschäft der NSDAP, aber wohl auch für viele ihrer Wähler als besonders geeignet erscheinen. Bei den Landtagswahlen vom 31. Juli 1932 wurde ihm jedenfalls ein großer persönlicher Erfolg zuteil. Die Partei errang 43,9% der Stimmen und lag damit weit über dem Durchschnitt ihres Ergebnisses im Reich. Der thüringische Gauleiter stand seit dem 26. August 1932 einer Koalitionsregierung vor, in der neben sechs Mitgliedern der NSDAP auch ein Vertreter des Thüringer Landbundes saß. Offen wurde jedoch davon gesprochen, es handele sich um die erste „rein“ nationalsozialistische Regierung Deutschlands. Sie verletzte brutal alle Regeln des Parlamentarismus, begann mit dem völligen Abbau der Weimarer Demokratie und kündigte „die Brechung jeglichen Widerstandes“ an, da immer noch „ein Teil der Bevölkerung die Schicksalsstunde des thüringischen Volkes in parteipolitischer Verranntheit“ nicht erkennen wolle.⁵¹

Auf die Bildung und Zusammensetzung der neuen Landesregierung hatte die Münchener Parteiführung keinen Einfluß mehr ausgeübt; Sauckels Stellung in der NSDAP-Hierarchie schien jetzt unangefochten zu sein. Seine Regierungstätigkeit⁵² war für die gesamte Partei von ungeheurer Bedeutung, konnte sie doch nun vollends den Sprung an die Macht wagen. Zugleich half ihr die thüringische Regierungsbildung, von ihrer Schlappe abzulenken, die sie am 13. August durch Reichspräsident Hindenburg bei den Verhandlungen zur Bildung einer neuen Reichsregierung erlitten hatte. Trotz ihres enormen Einbruchs bei den Reichstagswahlen und den thüringischen Kommunalwahlen im November/Dezember 1932 konnten NSDAP und Regierung in Thüringen weiter wirken wie bisher. Allerdings machte sich in den eigenen Reihen Unmut breit und wurde gefordert, die Partei müsse Inhalte und Strukturen ihrer propagandistischen Aktivitäten verändern. Stärker als bisher sollten die sozialen Probleme der Arbeiterschaft und der Erwerbslosen behandelt, anstelle der Großveranstaltungen eine „Propaganda durch Kleinarbeit“ betrieben werden.⁵³ Im Vorfeld des 30. Januar 1933 knüpfte Sauckel auch erfolgreich Beziehungen zur Reichswehr; bereits am 18. Januar 1933 fand in Weimar auf dem Marktplatz anlässlich der Reichsgründungsfeier der erste gemeinsame Aufmarsch von SA, SS und Reichswehr statt. Sauckels optimistische Erwartung, die Reichswehrführung werde die NSDAP unterstützen, war noch ein Jahr zuvor von Goebbels mit großer Skepsis zur Kenntnis genommen worden.⁵⁴

Als das faschistische Herrschaftssystem überall in Deutschland errichtet worden war, belohnte Hitler den Gauleiter am 5. Mai 1933 mit der Ernennung zum Reichsstatthalter und im November 1933 mit einem Reichstagsmandat. Wie der Reichskanzler stürzte sich auch Sauckel voll und ganz auf sein neues staatliches Amt. Als Ziel galt ihm nun die Gestaltung Thüringens zu einem „Schutz- und Trutzgau des Führers“.

Widerstand und oppositionelle Regungen durfte es nicht geben, sie wurden brutal im Keim erstickt. Versamlungs- und Kundgebungsverbote ergingen meist früher als im Reich, was Sauckel als Beweis für die „Vorbildlichkeit der thüringischen Gesetzgebung“ preisen ließ.⁵⁵ Von 1933 bis 1936

⁴⁹ Das Volk. Organ der Sozialdemokratischen Partei für das Land Thüringen, 27. Jg. (1932), Nr. 33 vom 9. und Nr. 50 vom 29.2.1932.

⁵⁰ Hans Severus Ziegler: Adolf Hitler aus eigenem Erleben dargestellt, Preußisch Ohlendorf 4/1977, S. 199.

⁵¹ Martin Schulze: Nationalsozialistische Regierungstätigkeit in Thüringen 1932/33, Weimar 1933, S. 6.

⁵² Sauckel berichtete in seinem Lebenslauf (S. 12), daß er ein erfolgreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm in Gang gebracht habe. Dieses sei „durch ein Darlehen von zwei Millionen Mark“ finanziert worden, das „auf meine Vorstellung der Direktor der ‚Dresdener Bank‘, Herr Karl Götz – kein Parteigenosse. Ihn hatte ich 1914 in französischer Gefangenschaft kennengelernt. Bester Finanzfachmann – dem Lande Thüringen gewährte.“

⁵³ ThHStAW, NSDAP-Gauleitung, Bd. 1, Bl. 239 ff. Siehe auch Post, Vorgezogene Machtübernahme 1932.

⁵⁴ Die Tagebücher, Bd. 2, S. 24 (20.2.1931).

⁵⁵ Der Nationalsozialist, 30.5.1933. Siehe auch Martin Schulze: Nationalsozialistische Regierungstätigkeit in Thüringen 1932 bis 1935, Weimar 1936.

wurden allein am Oberlandesgericht in Jena und am Sondergericht Weimar 4314 Verfahren durchgeführt, von denen vier Fünftel sogenannte staatsfeindliche Äußerungen betrafen. Sauckels Wirken verband sich Mitte der dreißiger Jahre untrennbar mit der Schaffung des berüchtigten Konzentrationslagers Buchenwald auf dem Ettersberg bei Weimar. Ein solches Lager, das zunächst für die Aufnahme von 3000, bald jedoch von 8000 Häftlingen vorgesehen war und in dem es am Ende 56.000 Tote geben sollte, hielt auch er für unumgänglich. Mit der Führung des Reiches völlig übereinstimmend erwartete er, daß Thüringen im Falle eines Krieges besonders von „staatsfeindlichen“ Elementen heimgesucht werden würde. Himmler entsprach auch der Bitte des Reichsstatthalters um die Verlegung einer größeren SS-Einheit nach Weimar.⁵⁶

Besonderes Augenmerk widmete Sauckel auch der Realisierung seiner rassistischen Ziele. Bereits am 15. Juli 1933 entstand das „Landesamt für Rassewesen“, zu dessen Leiter er einen alten Bekannten aus dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund berief: Karl Astel. Dieses Amt erfaßte binnen kurzer Zeit in 466 600 Akten eines „erbbiologischen Archivs“ fast jeden dritten Einwohner Thüringens. Es führte bis 1935 mehr als 170 Kurse mit 10.948 Teilnehmern in den „Thüringischen Staatsschulen für Führertum und Politik“ in Egendorf und Bad Berka durch. Eine von ihm organisierte und in zahlreichen Städten Thüringens gezeigte Ausstellung stellte das „thüringische Rassewesen“ sowie die „Mittel und Wege zur rassehygienischen Aufartung“ dar.⁵⁷ Astel nahm 1934 Platz auf dem Lehrstuhl für „Menschliche Züchtungslehre und Vererbungsforschung“ an der Jenaer Universität, die er zu einer SS-Universität machen wollte und deren Rektor er 1939 wurde. In Deutschland galt die Jenaer Hochschule neben Gießen rasch als das Zentrum nationalsozialistischer Rassenhygiene und Medizin.⁵⁸ Sauckel äußerte sich 1938 auch selbst zu diesem Thema: Alles müsse „ausgemerzt“ werden, was „heute noch als Summe unsagbaren Leides in Krüppelheimen oder Irrenhäusern und als Ausgeburt menschlicher Zügellosigkeit der Vergangenheit ein jämmerliches Leben fristet ...“⁵⁹

Im Interesse der Befestigung und des Ausbaus seiner regionalen Machtpositionen wagte Sauckel sogar ab und zu, wider den Stachel zu locken. In seinem Bericht über die Behörde und die Funktion des Reichsstatthalters vom 14. April 1934 sowie in der Denkschrift „Die Verlagerung von Zuständigkeiten von den bisherigen Ländern nach der Berliner Ministerialbürokratie“ vom 27. Januar 1936⁶⁰ artikuliert er den Vorwurf, daß an die Stelle des früheren Länderpartikularismus der Ressortpartikularismus getreten sei, eine Aussage, die als nahezu geflügeltes Wort die Runde machte.⁶¹ Sauckel forderte die Unterstellung sämtlicher Landes- und Reichsbehörden im Reichsgau unter den Reichsstatthalter, weil dieser allein „eine straffe und einheitliche Reichsführung“ in den Gauen gewährleisten würde. Außerdem definierte er den Reichsgau Thüringen als eine Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Recht der Selbstverwaltung und mit eigenem Vermögen. Die Aufsicht des Reichsinnenministeriums sollte sich auf eine Rechtskontrolle beschränken, ansonsten dürften die Reichsstatthalter nur dem Reichskanzler unterstellt sein.⁶² Am 22. November 1937 richtete er eine weitere Denkschrift an Reichsinnenminister Frick. Unter dem Titel „Sofortprogramm zur Wie-

⁵⁶ Zur Entstehung und Geschichte des Lagers siehe: Konzentrationslager Buchenwald. Post Weimar/Buchenwald. Katalog zu der Ausstellung der Deutschen Demokratischen Republik im Martin-Gropius-Bau Berlin (West), April-Juni 1990. Hrsg. v. der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald. Nach 1989/90 hat sich die Forschung auf andere Fragen konzentriert. Siehe z. B. Der 'gesäuberte' Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente. Hrsg. v. Lutz Niet-hammer unter Mitarbeit von Karin Hartewig, Harry Stein und Leonie Wannemacher. Eingel. von Lutz Niethammer und Karin Hartewig, Berlin 1994. Von den 25 Beiträgen des Bandes NS in Thüringen thematisiert nicht ein einziger die Geschichte des KZ Buchenwald.

⁵⁷ Martin Schulze: Nationalsozialistische Regierungstätigkeit in Thüringen 1932-1935, Weimar 1935, S. 6 f.

⁵⁸ Brigitte Jensen: Karl Astel — „Ein Kämpfer für die deutsche Volksgesundheit“. In: Dankwort u. a., S. 174 und 176.

⁵⁹ Bekenntnis zum Kinderreichtum der Tüchtigen. Rede des Gauleiters und Reichsstatthalters Fritz Sauckel am 26. Juni 1938 in Weimar. Hrsg. v. Gauorganisationsamt der NSDAP Gau Thüringen, Weimar o. J., S. 17 f.

⁶⁰ BAK, R 43 11/ 1382 und 494.

⁶¹ Dieter Rebentisch: Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939-1945, Stuttgart 1989, S. 38.

⁶² Rebentisch, S. 237.

derherstellung der Einheit der Verwaltung“ forderte er eine gesetzliche Regelung, die den Fachministerien des Reiches die Kompetenz zur Bildung von Verwaltungsbezirken für Behörden, Körperschaften oder Verbänden ihres Geschäftsbereiches zu entziehen hätte. Alle regionalen Verwaltungszentren einschließlich der Wehrkreisämter der Wehrmacht, sollten die Stellung oberster Reichsbehörden erhalten. Besonders ärgerte ihn, daß der Regierungsbezirk Erfurt zwar parteimäßig zu Thüringen gehörte, die staatlichen Kompetenzen aber nach wie vor beim Oberpräsidenten der Provinz Sachsen lagen, was ebenso wie andere territoriale Probleme⁶³ erst 1944 in seinem Sinne bereinigt werden konnte.

Aus den Spezifika der Machtorganisation im faschistischen Deutschland, aber auch aus Sauckels eigenem Machtstreben resultierten auch die zunehmenden Bekundungen seiner „Treue“ zu Hitler, die er, wann immer sich dazu eine Gelegenheit bot, als sein unerschütterliches Lebensziel und -ideal ausgab. Bei allen erdenklichen Gelegenheiten stellte er sich demonstrativ auf die Seite seines „Führers“. Es verging kaum eine Versammlung, keine Demonstration thüringischer Nazis, auf denen er nicht das Hohelied des Kultes um Hitler angestimmt hätte. Solches Tun unterschied ihn allerdings kaum von den anderen Gauleitern und Funktionären der zweiten Ebene, dennoch klang vieles aus seinem Munde unverblümter, direkter, ja auch entlarvender. Beispielsweise meinte er in einer als programmatisch gekennzeichneten Rede am 15. Juli 1933 sagen zu müssen – Hitler hatte gerade das „Ende der nationalsozialistischen Revolution“ verkündet –, daß es mit dem Hinweis auf „die große Persönlichkeit unseres Führers“ möglich sei, von den „Widerwärtigkeiten des Alltags“ abzulenken.⁶⁴ Manches klang auch wie eine Selbstbeschwörung, vor allem wenn er die Ewigkeit der 1933 vollzogenen Veränderungen pries ...

Als Sauckel 1934 seine „Kampfreden“ veröffentlichen ließ, wurde den thüringischen Ortsgruppen der NSDAP empfohlen, am Ende ihrer Veranstaltungen jeweils eine dieser zumeist kurzen, von hohlen Phrasen und Appellen nur 50 wimmelnden und kaum einen eigenen Gedanken enthaltenden Reden zu verlesen – dies gewährleiste „den denkbar besten und wirkungsvollsten Abschluß des Abends!“⁶⁵ Offensichtlich gefiel er sich auch darin, am Glanz des Führerkultes in der NSDAP zu partizipieren. Ohne erkennbaren Widerspruch nahm er die Huldigungen seiner Umgebung dankbar an. Mit Sorgfalt und zunehmender Eitelkeit beobachtete er, welche Bilder von ihm veröffentlicht wurden. Als ihm ein völkischer Autor sein Buch über „Führer und Volk“ übermittelte, bedankte er sich zwar sehr höflich, hielt aber nicht mit seiner Bestürzung über ein Bild zurück, das ihm nicht gefiel, weshalb er es als nicht verwendbare „Gelegenheitsaufnahme“ betrachtet wissen wollte. Die nächste Gelegenheit nutzte er, um ein anderes, ihm offensichtlich eher entsprechendes Konterfei zu präsentieren.⁶⁶

Wie Hitler liebte auch Sauckel die großen Heerschauen, die Selbstdarstellungen des Regimes, wozu er jeden Anlaß wie die Gauparteitage, Leistungsschauen, erste Spatenstiche zu Neubauten u. ä. m. nutzte. Mehrere dieser Veranstaltungen ragen heraus: die Feiern zum ersten Jahrestag seiner Regierungstätigkeit im August 1933 (bei denen er Ehrenbürger der Stadt Weimar wurde), die Zehnjahresfeier des Parteitages vom Juli 1926, die Veranstaltungen zum 10. Jahrestag seiner Ernennung zum Gauleiter im September 1937 und die pompöse Einweihung des umgebauten Hotels „Elephant“ im November 1938, das durch die häufigen Besuche Hitlers in den Rang einer Kultstätte des Nationalsozialismus erhoben wurde. Nicht nur zu diesen Anlässen wurden Anhänger aus allen Teilen Thüringens aufgeboten, versehen mit exakten Anweisungen, wieviel und mit welcher Ausstattung sie

⁶³ An einem Beispiel ausführlich belegt von Hans-Stefan Brather: Der „Frosch-Mäuse-Krieg“ um die Exklave Ostheim vor der Rhön (1939-1945). Rivalisierende Gaufürsten im Gestrüpp ihrer Zuständigkeitsüberlagerungen. In: Thüringische Forschungen. Festschrift für Hans Eberhardt zum 85. Geburtstag am 25. September 1993. Hrsg. v. Michael Gockel/Volker Wahl, Weimar u. a. 1993, S. 533 ff.

⁶⁴ Fritz Sauckels Kampfreden, S. 88; siehe auch die von Sauckel herausgegebene Schrift: Kampf und Sieg in Thüringen, Weimar 1934.

⁶⁵ Die Pflicht, H. 4/1935, S. 74.

⁶⁶ ThHStAW, Reichsstatthalter, Bd. 173, Bl 178. Das mißliebige Bild ist enthalten in Carl Siegmars Baron von Galéra: Führer und Volk. Die Geschichte der Deutschen und ihrer Reiche, Stuttgart 1933, nach S. 496, das andere in Martin Schulze: Nationalsozialistische Regierungstätigkeit in Thüringen 1933/34, Weimar 1934, vor S. 9.

aufzumarschieren hätten; 1936 ordnete beispielsweise der stellvertretende Gauleiter Karl Siekmeier an, daß 43.580 Teilnehmer „einen unauslöschlichen Eindruck von der Wucht und der Geschlossenheit der Bewegung vermitteln“ sollten. Von „historischen Feiertagen“ war da die Rede, ebenso davon, daß mit ihnen der Gau Thüringen „im Interesse der Weltöffentlichkeit“ stehe.⁶⁷ In einer dazu von Sauckel herausgegebenen, reich bebilderten Publikation trieb der Kult um Hitler seltsame Blüten. In ein Bild der auf dem Weimarer Marktplatz wartenden Menge wurden Sprechblasen eingefügt: „Lieber Führer, bitte, bitte, lenk auf den Balkon die Schritte!“ oder „Lieber Führer, komm heraus aus dem Elefantenhaus!“⁶⁸

Im Juli 1936 wurde in Weimar mit dem Bau eines sogenannten Gauforums begonnen, das als eine Art Pilotprojekt für analoge, später zu schaffende Anlagen in allen NSDAP-Gauhauptstädten gedacht war.⁶⁹ Alle Vorstellungen zielten auf eine architektonische Demonstration und Befestigung der neuen Machtverhältnisse. Ursprünglich hatte Sauckel einen Entwurf favorisiert, der eine Art neuzeitlich-fürstlicher Residenz vorsah, noch dazu unter Verwendung von Teilen des Goetheparks. Der Plan mißfiel dem „Führer“, was zu einer Wettbewerbsausschreibung führte, die schließlich der Hitler eng verbundene Architekt Hermann Giesler gewann. Sein Modell wurde 1937 auf der Pariser Weltausstellung mit einem Grand prix ausgezeichnet und nahm nach der Grundsteinlegung rasch Gestalt an. Eine überdimensionierte, die historische Stadtstruktur sprengende Anlage sollte den Amtssitz des Gauleiters, des Reichsstatthalters und nationalsozialistischer Organisationen sowie ein Aufmarschfeld und eine Versammlungshalle für 15.000 Menschen umfassen. Von Goebbels erntete Sauckel größtes Lob – nach einer Besichtigung der Parteibauten notierte dieser in sein Tagebuch: „Ich bin ganz begeistert. Sauckel ist ein Prachtkerl.“⁷⁰ Am Gauforum ließ Sauckel, der selbst den Vorsitz eines Zweckverbandes zum Bau des Gauforums innehatte, selbst noch in den letzten Jahren des Krieges weiterbauen, ähnlich wie Hitler an seinem „Berghof“ in der Nähe von Berchtesgaden oder andere Naziführer bei ihren jeweiligen Bauprojekten. Dazu nutzte er seine Kontakte zu Speer, den er bedrängte, obgleich sich dies in keiner Weise mit seinen eigentlichen Aufgaben als GBA vereinbaren ließ.⁷¹

Durch den Architekten des Gauforums ließ der Gauleiter für sich und seine große Familie in Weimar eine palaisartige Villa bauen, die er 1937 – das neunte Kind war gerade geboren⁷² – bezog. Persönliche Interessen und Politisches verschmolzen mehr und mehr. Für führende Nazis setzte er mit Himmlers Hilfe eine Begräbnisstätte außerhalb des Weimarer Friedhofes durch und ließ am Nordhang von Belvedere als ersten seinen im Januar 1938 verstorbenen Vater beerdigen, ein Jahr darauf seinen Gauwirtschaftsberater Otto Eberhardt, der bei einem Autounfall ums Leben gekommen war. Ihm ergebene Mitarbeiter unterstützte er mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln. Hartnäckig verfolgte er seine Absichten, auch wenn er dadurch – wie im Falle des auf einen Offiziersrang erpichten Oberfeldwebels Otto Geigengack⁷³ – in Auseinandersetzungen mit der Wehrmacht hineingezogen wurde. In mehreren Fällen drückte er eine vorzeitige Beförderung von Beamten durch, obwohl sich Frick als Reichsinnenminister sperrte. Seinen Schwager, der als Landrat von Nordhausen in Schwierigkeiten gekommen war, entzog er einer Verhaftung.⁷⁴ Mitunter machte er auch generöse Geldgeschenke; als sein engster Mitarbeiter Erich Buchmann starb, ließ er der Witwe 75.000 RM überweisen.⁷⁵ Die ihm anlässlich seines 50. Geburtstages von Hitler zugesprochene Dotation von 250.000 RM überwies er auf ein Sperrkonto.

⁶⁷ Die Pflicht, H. 6/1936, S. 91. Dazu liegt dem Verfasser auch ein Erinnerungsbericht von Horst Brühmann aus Eisenach vor.

⁶⁸ Der Führer in Weimar. Hrsg. v. Fritz Sauckel, Weimar 1938, S. 26 f.

⁶⁹ Siehe Karina Loos: Das „Gauforum“ in Weimar. Vom bewußtlosen Umgang mit nationalsozialistischer Geschichte. In: NS in Thüringen, S. 333 ff.

⁷⁰ Die Tagebücher, Bd. 3, S. 321 (1.11.1937). Das Lob veranlaßte Goebbels dennoch nicht, den Namen Sauckels richtig zu schreiben.

⁷¹ Albert Speer: Erinnerungen. Frankfurt/M, Berlin, Wien 1969, S. 230.

⁷² Die Vielzahl der Kinder trug seiner Frau das sogenannte Mutterkreuz und ihm das Amt eines Vorsitzenden des Ehrenführerringes des Reichsbundes der Kinderreichen ein. Der älteste Sohn fiel 1944.

⁷³ ThHStAW, Reichsstatthalter, Bd. 98 (unpag.).

⁷⁴ Die Pflicht, H. 1/1934, S. 5 f.

⁷⁵ ThHStAW, Reichsstatthalter, Bd. 16-17, Bl. 194.

Sauckels Stellung innerhalb des nationalsozialistischen Machtgefüges war unerschütterlich, wenn auch nicht unangefochten. Offensichtlich stießen vor allem seine kulturpolitischen Bemühungen mitunter in den Reihen der NSDAP auf wenig Gegenliebe. Möglicherweise beabsichtigte er aus diesem Grunde, den Chefdramaturgen und Schauspieldirektor des Weimarer Nationaltheaters Ziegler nach Dresden „wegzuloben“, was jedoch mißlang, als Hitler intervenierte und diesen 1935 zum Generalintendanten des Deutschen Nationaltheaters in Weimar ernennen ließ. Ziegler holte zudem Goebbels in die Gauhauptstadt, um Sauckel zu kritisieren und „Remedur (zu) schaffen“. Auf dem Weimarer Tonkünstlerfestival von 1936 war nur atonale Musik aufgeführt worden und ihn bewegte, daß dies der Reichsstatthalter nicht verhindert habe. Goebbels führte eine lange Aussprache mit Sauckel und notierte dazu: „... was soll man in der Kunst machen? Die was können, sind meistens noch im alten Fahrwasser. Und unsere Jugend ist noch zu unausgereift. Man kann keine Künstler fabrizieren. Aber dieses ewige Warten in der Dürre ist auch furchtbar. Aber ich werde nun wieder darangehen, das Schlechte auszujäten.“⁷⁶ Ein paar Monate später hat er erneut Grund zur Klage: „Johst's ‚Einsamer‘ abgesetzt. Sauckel hat da wieder Quatsch gemacht. Aber Johst braucht keine Angst um mein Vertrauen zu haben.“⁷⁷ Wie sehr sich Sauckel – trotz unzähliger kultureller und kulturpolitischer Aktivitäten, bei denen er als Gauleiter offiziell in Erscheinung zu treten hatte⁷⁸ – seiner Unbedarftheit in Sachen Kultur bewußt war, zeigt z. B. auch seine Reise nach Berlin, um dort Goebbels die Pläne für den Neubau des Elephanten vorzulegen und von seinen „Sorgen“ zu erzählen.⁷⁹ Als Vorsitzender der Wartburg-Stiftung unterstützte er deren jährliche Dichtertreffen in Eisenach, die er 1938 in ein „Großdeutsches Dichter treffen“ wandelte und nach Weimar zu holen suchte.

Möglicherweise trieb Sauckel die mitunter auftauchende Kritik, er sei unzureichend in seiner Funktion als Gauleiter der NSDAP tätig, auch dazu, sich auf anderen Gebieten zu engagieren und rückzuversichern. Von geringem Belang erwiesen sich die Versuche, außenpolitisch tätig zu sein; vor allem im Jahre 1936 unternahm er Vortragsreisen nach England, Griechenland, Japan, Jugoslawien, Norwegen und Schweden. Gute Beziehungen zur Wehrmacht und ebenso zur SS aufzubauen und zu pflegen, schien ihm allerdings wichtiger zu sein. Von weitreichender Bedeutung sollten jedoch vor allem seine Bemühungen werden, sich und seiner Stellung eine eigene ökonomische Basis zu verschaffen.⁸⁰ Dazu setzte er, noch bevor sie im Reich, nach dem Pogrom vom 9. November 1938 offiziell betrieben wurde, eine schamlose „Arisierung“ jüdischen Eigentums in Gang, die er mit dem Aufbau eines neuen Rüstungskonzerns verband. Finessenreich nutzte er eine Forderung des Verbandes der Suhler Gewehrfabrikanten e. V. vom 17. Juni 1933, die Reichsregierung möge Heeresaufträge nicht nur an die in jüdischem Besitz befindliche Firma Simson Suhl, sondern auch an andere thüringische Waffenfabriken geben. Prompt ließ Sauckel durch die Staatsanwaltschaft Meiningen ein Verfahren gegen die Familie Simson wegen angeblicher „schwerer Übervorteilungen des Reiches“ einleiten. Auf rechtlichem Wege erreichte er nichts; der groß angekündigte Prozeß endete 1936 in einer Sackgasse und mußte mangels ausreichender Beweise ergebnislos abgeschlossen werden.

Inzwischen hatte sich Sauckel jedoch der Unterstützung durch Reichs-kriegsminister Werner von Blomberg sowie durch Hitlers Wirtschaftsberater Wilhelm Keppler zu versichern verstanden.⁸¹ Das Heereswaffenamt zwang die emigrierte Familie Simson, eine Schuld von 9,75 Millionen RM anzuerkennen und auf ihr mit 8 Millionen RM völlig unterbewertetes Werk zu verzichten. Nach einer

⁷⁶ Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. v. Elke Frölich, Teil I, Bd. 2, S. 627 (16.6.1936).

⁷⁷ Die Tagebücher, Bd. 2, S. 707 (25.10.1936).

⁷⁸ Siehe Willy Schilling: Die Entwicklung des faschistischen Herrschaftssystems in Thüringen 1933-1939. Phil. Diss., Jena 1990, S. 145 ff.

⁷⁹ Die Tagebücher, Bd. 3, S. 189 und 320 (29.6.1937 und 31.10.1937).

⁸⁰ Siehe Jürgen John: Wirtschaftsentwicklung und politische Umbrüche in Thüringen zwischen den beiden Weltkriegen. In: Sachsen und Mitteldeutschland. Politische, wirtschaftliche und soziale Wandlungen im 20. Jahrhundert. Hrsg. v. Werner Bramke/Ulrich Heß, Weimar u. a. 1995, S. 113 f.

⁸¹ Erich Buchmann: Von der jüdischen Firma Simson zur Nationalsozialistischen Industriestiftung Gustloff-Werke, Erfurt 1944, S. 14 f.

Vielzahl wirtschaftsjuristischer Winkelzüge wurde dieses am 28. November 1935 an die Berlin-Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke Simson & Co übereignet, die bereits im Februar 1934 mit Hilfe des Heereswaffenamtes sowie der Preußischen und der Thüringischen Staatsregierung als Kommanditgesellschaft gegründet worden war und in der Sauckel als Eigentümer galt. Nunmehr überführte er die Berlin-Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke als einen Stiftungsbetrieb in die eigens dafür geschaffene Stiftung, die den Namen des 1936 in der Schweiz ermordeten Nationalsozialisten Wilhelm Gustloff erhielt. An Reichsinnenminister Frick, dem er die Beförderung einiger beteiligter Beamten vorschlug, berichtete er am 30. November 1935 voller Stolz: „Damit sind die Juden aus diesem wichtigen Rüstungsunternehmen endgültig und restlos ausgeschieden; dieses befindet sich in meiner Hand und wird von dem Herrn Reichskriegsminister und mir dem Führer und Reichskanzler als gemeinnützige Stiftung zur Verfügung gestellt.“⁸²

Hitler ernannte Sauckel am 10. September 1936 offiziell zum Stiftungsführer: Bereits ein knappes Jahr darauf wurde das Werk als „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ ausgezeichnet. Innerhalb von drei Jahren verdreifachte sich die Zahl der in den Stiftungsbetrieben Suhl, Schmiedefeld, Weimar, Meuselwitz, Hirtenberg (Österreich) u. a. Beschäftigten. Der Umsatz an Militärwaffen stieg um das Fünffache. Die umfangreichen und ständig wachsenden Anforderungen an die Rüstungsindustrie sowie die geographische Lage Thüringens nutzte Sauckel geschickt als Chance, die eigenen regionalen Machtpositionen Schritt für Schritt zu erweitern. Dabei erwies er sich zunehmend als fähig, wie ein cleverer Manager an einer bedeutsamen Schaltstelle von Politik, Wirtschaft und Verwaltungsapparat zu agieren. Konsequentermaßen bemühte er sich um gute Beziehungen zur Wehrmachtführung, zur SS und zum Stab des Stellvertreters des Führers, der späteren Parteikanzlei.⁸³ Manche der auf der Reichsebene getroffenen Entscheidungen fielen ihm allerdings unverdienterweise in den Schoß, galten sie doch weniger ihm als den Besonderheiten der thüringischen Region.

Wie auch immer: Sauckel konnte äußerst zufrieden sein. Ausgerechnet an seinem 42. Geburtstag verkündete er 1936 in Suhl ein Stiftungsprogramm, das er als beispielgebend für den „deutschen Sozialismus“ bezeichnete. Nebenbei versprach er auch, hier künftig in jedem Jahr den 27. Oktober verbringen zu wollen. Es scherte ihn – so faktisch zu einem Großunternehmer neuen Zuschnitts avanciert – übrigens wenig, daß er später vom Inhaber der kleinen Firma Walther in Zella-Mehlis bei Himmler der Sabotage an der Rüstungsproduktion bezichtigt wurde.⁸⁴ Mit Himmler hatte er im Zusammenhang mit dem Aufbau einer Rüstungsfabrik im Konzentrationslager Buchenwald einen Strauß ausgefochten, weil er Konkurrenz für seine Weimarer Gustloff-Werke befürchtete; doch die Entscheidung war auf die Nachkriegszeit vertagt worden.⁸⁵ Außerdem gelang es Sauckel 1944, die Industriestiftung „Gustloff-Werke“ noch um die Flugzeugwerk~ Oschersleben zu vergrößern und eine Betriebsgruppe REIMAHG (Kürzel für: Reichsmarschall Hermann Göring) zu schaffen, durch die in hektisch ausgebauten unterirdischen Anlagen bei Kahla eine Serienproduktion des strahlgetriebenen Jagdflugzeuges Me 262 angestrebt wurde.⁸⁶

Mit der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges bot das nationalsozialistische Regime auch Sauckel – wie fast allen Gauleitern der Partei – neue Chancen. Sein Ämter-Katalog erweiterte sich am 1. Sep-

⁸² ThHStAW, Reichsstatthalter, Bd. 16-17, Bl. 59.

⁸³ In Nürnberg versuchte er dies zu vertuschen, als er erklärte, mit Berliner Ministern und Reichsleitern der Partei „sehr wenig Kontakt“ und Meinungsverschiedenheiten über Verwaltungs- und Organisationsfragen „besonders zu Bormann, Himmler und Goebbels“ gehabt zu haben. Lebenslauf, S. 17.

⁸⁴ BABZ, SL 58, Bl. 337.

⁸⁵ Himmler schrieb am 17.7.1942 an Sauckel: „Ich habe mit Freude davon Kenntnis genommen, daß das Werk in Buchenwald am 13.7.1942 angelaufen ist. Es ist selbstverständlich, daß dieses Werk im Frieden in gar keinem Fall etwa ein Konkurrenzunternehmen zu den Gustloff-Werken darstellt. Ich denke nicht daran, mich im Frieden auf diesem Gebiet zu betätigen, da es völlig abseits von meinen Aufgaben und Interessen liegt. Ich bin überzeugt, daß die Zusammenarbeit zwischen den Gustloff-Werken und dem Werk in Weimar-Buchenwald so freundschaftlich vor sich geht, wie es zum Wohl des Ganzen notwendig ist. Außerdem bürgt unser gegenseitiges Verhältnis für eine völlig reibungslose Zusammenarbeit.“ ThHStAW, NSDAP-Gauleitung, Bd. 25, Bl. 97.

⁸⁶ Siehe Klaus W. Müller/Willy Schilling: Deckname Lachs. Die Geschichte der unterirdischen Fertigung der Me 262 im Walpersberg bei Kahla 1944/45, Zella-Mehlis/Meiningen 2/1995; Horst Lange: REIMAHG – Unternehmen des Todes, Jena 1984.

tember 1939 um die Funktion eines „Reichsverteidigungskommissars“ im Wehrkreis IX (Kassel), zu dem außer dem Land Thüringen und dem preußischen Regierungsbezirk Erfurt auch Teile der Provinz Hessen-Nassau, der Provinz Sachsen, ein Landkreis des Regierungsbezirkes Hildesheim sowie einige Kreise des Landes Bayern zählten. Damit war er auch über Thüringen hinaus für die Organisation aller Beziehungen zwischen dem militärischen Wehrkreisbefehlshaber und den zivilen Einrichtungen zuständig. Sauckel berief einen Verteidigungsausschuß mit 33 Mitgliedern ein. Unter ihnen befanden sich mit Erich Buchmann, Walter Ortlepp, Walter Schieber u. a.⁸⁷ einige von ihm abhängige und in oft beschworener Nibelungentreue dienende thüringische Nationalsozialisten. Er verstand es auch in dieser Hinsicht, seine regionale Hausmachtposition zu erweitern und zu befestigen.

In der Sieges euphorie der ersten Kriegsjahre unterstützte Sauckel voll und ganz die antikirchlichen Bestrebungen der Parteikanzlei und Martin Bormanns, mit dem er generell in enger Beziehung stand. Als er im Juli 1941 einen streng vertraulichen Brief an die Hoheitsträger des Gaues Thüringen verfaßte, um mit allen Mitteln für den „Kampf gegen den Bolschewismus“ zu mobilisieren, spielten diese eine erhebliche Rolle. Er forderte die Hoheitsträger der Partei auf, aus der Kirche auszutreten; man dürfe über den Juden und ihren Handlangern nicht „die verantwortlichen Hohepriester der christlichen Weltkirchen ... vergessen“. Wie die Fürsten hätten auch die Priester „Deutschland immer wieder an seine Feinde verraten ...“, unter dem Deckmantel christlicher Moral das deutsche Volk beleidigt, es in seiner Menschenwürde immer wieder in Predigten und im Beichtstuhl herabgesetzt und dadurch innerlich gedemütigt und schließlich zermürbt.“ Ein Funktioniär der NSDAP dürfe „keine andere Bindung besitzen als die zu seinem Führer und zu seiner Partei. Er und seine Familie müssen dem deutschen Volk und seinem Führer ohne jede Einschränkung dienen, das deutsche Volk über alles lieben und dem Führer bis ins Letzte vertrauen. Der Hoheitsträger der Partei Adolf Hitlers muß sich als Angehöriger des Trutzgaaes Thüringen im Herzen Deutschlands von allen kirchlichen, konfessionellen Bindungen um seiner Aufgabe am deutschen Volke willen frei machen. Er wird dann, wenn er in der Partei treu und gehorsam seinem Führer und Volke dient, wenn er anständig und vorbildlich seine sonstigen Berufspflichten erfüllt, wenn er in und außer Dienst ein guter Kamerad und vorbildlicher Volksgenosse ist, den ewigen Gesetzen der göttlichen Allmacht, der die Welt, unser Land, unser Volk und somit wir selbst unser Dasein verdanken, am besten gerecht werden.“⁸⁸ Offensichtlich besaß Sauckel noch Realitätssinn genug – er ließ diese Passagen schließlich aus der zur Veröffentlichung bestimmten Fassung streichen.

Wie in diesem vertraulichen Schreiben steigerte sich Sauckel auch öffentlich in die Rolle eines Predigers der Vergöttlichung Hitlers. So tönte er in einer Rede am 14. Dezember 1941 in Weimar: „Wir aber danken dem Führer, daß er gerade jetzt im harten russischen Winter dem deutschen Heere unnötige schwerste Blutopfer erspart, denn jetzt ist mit uns die Zeit, nach den Siegen der vergangenen Monate können wir abwarten, und das deutsche Volk wartet lieber ein Jahr länger auf den Frieden, denn es weiß, daß durch dieses Warten unzähligen deutschen Soldaten das Leben erhalten wird. Wenn die Zeit gekommen ist, dann wird der Führer wieder den Befehl zum unaufhaltsamen Vormarsch geben ...“ Als wichtigste Aufgabe sah er es an, „unser Volk nun unlöslich mit Adolf Hitler (zu) verbinden“. Dabei wußte Sauckel durchaus auch zu drohen. Die maßlosen Ziele offen benennend, die mit dem Krieg gegen Rußland verfolgt wurden, erklärte er: „Wer an diesem unerhörten Geschehen, an dieser einmaligen Offenbarung der Vorsehung auch nur achtlos oder teilnahmslos vorübergeht, ist nicht nur ein indifferenter und undankbarer deutscher Mensch, sondern er offenbart dann schon eine schuftige Gesinnung. Denn letzten Endes lebt auch er nur sein indifferentes, leichtsinniges, arrogantes und überhebliches Leben auf Grund des unsagbar schweren Lebenskampfes Adolf Hitlers und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Er schändet damit das Lebenswerk des größten Deutschen, nämlich das Werk des nationalsozialistischen heiligen germanischen Großreiches Deutscher Nation.“⁸⁹ Mitunter verraten seine intern gehaltenen Reden

⁸⁷ Schilling, Die Entwicklung, S. 154 ff.

⁸⁸ ThHStAW, Reichsstatthalter, Bd. 188, Bl. 54 ff.

⁸⁹ ThHStAW, Reichsstatthalter, Bd. 188, Bl. 119 und 121.

doch auch den Blick eines Realisten. Während einer Dienstbesprechung mit den thüringischen Kreisleitern der NSDAP, Landräten und Oberbürgermeistern ließ er sich am 16. August 1943 über Stimmung unter der Bevölkerung aus. Zum Teil sei leider schon eine regelrechte Wut eingetreten, die sich „gegen das eigene Regime . anstatt gegen den Gegner“ richte.⁹⁰

Auf Vorschlag Alfred Rosenbergs – nach dem Überfall auf die UdSSR vom 22. Juni 1941 zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete avanciert – sollte Sauckel den Posten des Reichskommissars in der Ukraine übernehmen.⁹¹ Hitler bevorzugte jedoch den ostpreußischen Gauleiter Erich Koch. Erst ein paar Monate später entschied er sich für den thüringischen Gauleiter, als es um die Schaffung einer neuen Institution ging, mit deren Hilfe eines der entscheidenden Krisenprobleme der deutschen Kriegswirtschaft gelöst werden sollte. Nach dem Scheitern der „Blitzkriegs“-Strategie und den großen personellen Verlusten der Wehrmacht sah sich das Regime ganz akut vor die eigentlich unlösbare Frage gestellt, wie der außerordentlich verschärften Arbeitskräftesituation weiterhin beizukommen wäre: Es galt eine doppelte Zielstellung zu realisieren, d. h. sowohl mit neuen Soldaten die von argen personellen Verlusten betroffene Wehrmacht aufzufüllen, was vor allem die Rüstungsindustrie belasten mußte, als auch neue Arbeitskräfte für die Rüstung zu gewinnen, damit den deutschen Truppen ausreichend Kriegsgerät zur Verfügung gestellt werden konnte.⁹²

Bereits Ende 1941 hatten hektische Sondierungsversuche, Verhandlungen und Gespräche zwischen den verschiedensten Partei- und Regierungsinstitutionen eingesetzt, die an der Klärung dieses „Schlüsselproblems von Kriegführung und Kriegswirtschaft“⁹³ beteiligt waren. Schließlich ernannte Hitler am 21. März 1942 Sauckel zum „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“. Weshalb fiel die Wahl ausgerechnet auf ihn? Albert Speer hatte ursprünglich den niederschlesischen Gauleiter Karl Hanke favorisiert, doch beschied ihn Hitler, dieser sei zu jung und werde sich schwer den notwendigen Respekt erringen können. Hitler und Bormann verständigten sich auf Sauckel (der ebenfalls von Speer ins Spiel gebracht worden war). Auf jeden Fall durfte sich Sauckel als einen Mann Speers betrachten, auch wenn ihn dieser – nach 1945 – als fanatisch, großsprecherisch, cholerisch usw. einschätzte.⁹⁴ Er übernahm den Tätigkeitsbereich der aufgelösten Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz beim Beauftragten für den Vierjahresplan, aber auch Zuständigkeiten des Reichsarbeitsministeriums. Ihm wurde das Recht zugestanden, in seinem Bereich eine eigenverantwortliche Personalpolitik zu betreiben, wobei er sofort die Gauleiter zu seinen Beauftragten ernannte. Mit ihrer Hilfe sollte die Tätigkeit der staatlichen Institutionen effektiviert und zugleich unter die Kontrolle der NSDAP gebracht werden. Sein umfangreiches Arbeitsprogramm ließ er 1942 – als neuer Vertrauter Hitlers und von diesem sehr gelobt⁹⁵ – an dessen Geburtstag veröffentlichen; ein weiteres „Manifest“ folgte am 20. April 1943, das zudem theatralisch mit der Ortsangabe „Im Flugzeug über den besetzten sowjetrussischen Gebieten“ versehen war.⁹⁶

Ein geheimer Führerbefehl stärkte am 30. September 1942 seine Stellung noch weiter. Jetzt durfte Sauckel nach eigenem Ermessen handeln, um einen „geordneten Arbeitseinsatz für die deutsche Kriegswirtschaft unter allen Umständen“ zu gewährleisten. Insbesondere konnte er nun sogar bei den

⁹⁰ ThHStAW, Reichsstatthalter, Bd. 475, Bl. 42.

⁹¹ Alfred Rosenberg: Letzte Aufzeichnungen. Ideale und Idole der NS-Revolution, Göttingen 1955, S. 167.

⁹² Dietrich Eichholtz: Die Vorgeschichte des „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ (mit Dokumenten). In: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 9, Berlin 1973, S. 339 ff.; siehe auch Ulrich Herbert: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des Ausländer-Einsatzes in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin/Bonn 1985.

⁹³ Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. II, S. 75. f

⁹⁴ Speer, S. 233 und passim.

⁹⁵ Hitler äußerte im Mai 1942: „Was in einem Menschen endgültig stecken könne, zeige ja das Beispiel eines so tüchtigen Gauleiters wie das ... Sauckels, den er sogar wegen seiner außerordentlichen Befähigung verkannt habe.“ Henry Picker: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier. Vollständig überarbeitete und erweiterte Neuauflage mit bisher unbekannten Selbstzeugnissen Adolf Hitlers, Abbildungen, Augenzeugenberichten und Erläuterungen des Autors: Hitler, wie er wirklich war. Stuttgart-Degerloch, 3./1976, S. 277.

⁹⁶ Fritz Sauckel: Das Programm des Arbeitseinsatzes (o. O., 1942); Manifest des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz an alle Dienststellen des Arbeitseinsatzes und der Reichstreuhänderverwaltung im Großdeutschen Reich, in den befreundeten Staaten und in allen von deutschen Truppen besetzten Gebieten Europas (o. O., 1943).

Dienststellen der Militär- und Zivilverwaltungen Beauftragte ernennen, was wiederum seiner Hausmachtpolitik dienlich sein konnte. In seiner Eigenschaft als GBA gebot er in Deutschland über 42 Landesarbeitsämter, wobei sich deren Zahl gegenüber 1939 mehr als verdreifacht und der Struktur der Gaue angepaßt hatte. Außerhalb der Reichsgrenzen waren rund 4000 Personen in der Arbeitseinsatzverwaltung tätig, davon 1300 im Osten, 1016 in Frankreich und 429 in Belgien und den Niederlanden.

Allein in der Ukraine hatten die deutschen Faschisten 110 örtliche Arbeitsämter gebildet. In der Zeit vom 1. April bis zum 1. Dezember 1942 „beschaffte“ Sauckel 2.749.652 ausländische Arbeitskräfte, vor allem aus den besetzten Gebieten der UdSSR.⁹⁷ Die deutsche Kriegswirtschaft erhielt 1942 dadurch gegenüber dem Vorjahr doppelt so viel neue Arbeitskräfte. In Thüringen, wo Sauckel bis Ende 1942 rund 150.000 Zwangsarbeiter einsetzen ließ und fast 400 Lager eingerichtet wurden, war damit jeder fünfte unter den Beschäftigten bzw. sogar jeder vierte unter den männlichen Beschäftigten ein Ausländer.⁹⁸

Das von Hitler ursprünglich gestellte Ziel übertraf Sauckel nach kurzer Zeit um etwa eine Million. Dennoch verlangte er bereits am 3. Oktober 1942 von Rosenberg, als Reichsminister für die besetzten Ostgebiete den Einsatz von weiteren zwei Millionen Arbeitskräften zu sichern. Mit Stolz und gewachsenem Selbstbewußtsein verkündete er bei seinen häufigen Inspektionsreisen und anderweitigen Auftritten, wie sehr er der schwierigen Aufgabe doch gerecht geworden sei. Die Schwierigkeiten überhöhte er zu eigenem Nutz und Frommen: Er selbst habe bei der Übernahme des Amtes die bangsten Wochen seines Lebens durchlebt, schließlich sei es um seinen Namen und seine „politische Existenz“ gegangen. Die deutsche Wirtschaft habe buchstäblich gegen ihn gewettet.⁹⁹ Von der Berliner Bürokratie sei er mit der Frage begrüßt worden, was er denn hier „mit seinen Würstchen aus Thüringen“ wolle.¹⁰⁰ Nicht ungeschickt informierte er, als es um höhere Forderungen Hitlers ging, er habe zuvor einen neuen Einsatzplan aufgestellt und dem Führer vorgelegt – der Plan sehe noch einmal die Beschaffung von einer Million Menschen vor, „falls es die Pläne des Führers notwendig machen ...“¹⁰¹

Seine „Zukunftsvisionen“ richtete Sauckel vornehmlich auf die rigorose Ausplünderung aller russischen Ressourcen. In einer Rede vor Arbeitern des Reichsbahnausbesserungswerks in Meiningen erklärte er unumwunden, den Gedanken an eine „Befreiung“ Rußlands vom Bolschewismus von sich weisend: „Dieses Land wird in Zukunft der Ernährung Europas dienen. Und der Führer erreicht damit, daß es dann einigermassen Wurst ist, was am englischen Kanal los ist. Dann brauchen nicht mehr Getreideschiffe von Argentinien und Australien, von Nordamerika und Kanada bangenden Herzens abzufahren, sondern dann werden auf viergleisigen Strecken und auf Reichsautobahnen, die jetzt schon geplant werden¹⁰², die Getreidezüge vom Dnjepr nach Europa hereinkommen und

⁹⁷ Rolf-Dieter Müller: Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft. In: Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945. Hg. v. Ulrich Herbert, Essen 1991, S. 234 ff.

⁹⁸ Bericht von Gauschulungsleiter Kurt Schößler, den Sauckel zum Gaubeauftragten für den Arbeitseinsatz ernannt hatte, vom Februar 1943. In: ThHStAW, Reichsstatthalter, Bd. 491, Bl. 204 ff. Schößler berichtete auch darüber, daß eine Anordnung Sauckels, die Zwangsarbeiter getrennt nach Volkszugehörigkeit unterzubringen, nicht realisiert worden sei, weil „bei sofortiger Durchführung Produktionsausfall befürchtet“ werden müsse. Dem deutschen Personal in den Betrieben und Lagern bescheinigte er, sich „in geradezu schamloser Weise“ an den Ostarbeitern bereichert zu haben. Lebensmittel hätte man für sich selbst verbraucht oder an Verwandte gegeben oder „z. T. für unverschämt hohe Preise wieder an die Ostarbeiter verkauft.“ Siehe ferner Klaus Höpcke/Steffen Kachel: Eine bisher kaum erforschte Topografie des Schreckens: Zwangsarbeiterlager in Thüringen 1941-1945. In: „Nie wieder!“ Der Buchenwald-Schwur 1945 und heute (Jena 1995), S. 27 ff.

⁹⁹ Rede vom 12.8.1942 in Kiew. In: BABZ, SS 1126, Bl. 9.

¹⁰⁰ Von den 15 Mitarbeitern des GBA-Arbeitsstabes stammten 12 aus Thüringen. Sie residierten im „Thüringen-Haus“ in Berlin, das am 23.9.1933 eingeweiht worden war. Siehe dazu Post, Vorgezogene Machtübernahme 1932.

¹⁰¹ Rede vom 4.8.1942 in Berlin. In: BABZ, Personalakte Fritz Sauckel, Bl. 3 f.

¹⁰² Für die in Aussicht genommene Breitspurbahn waren auch „Ostarbeiterwagen“ geplant. Sie sollten jeweils 480 Personen in 62 Abteilen aufnehmen. Als Schlafplatz für zwei Ostarbeiter war eine 70 cm breite Sitzbank vorgesehen. Mit diesen Wagen sollte der jahreszeitlich bedingte Einsatz größerer Arbeitermassen bewältigt werden, „z.

Deutsche werden da drüben in der Ukraine die modernsten Bewässerungssysteme anlegen, das haben ja die Russen auch nie gekannt, damit die berühmten und berüchtigten russischen Mißernten bei uns nicht mehr auftreten können. Denn das Land selbst ist ja ohnegleichen fruchtbar.“¹⁰³ Diesen Gedanken wiederholte er am 3. Oktober 1942: „Sie können nun begreifen, daß wir nie und niemals dort wieder herausdürfen, denn dort ist für alle Zukunft die Möglichkeit gegeben, daß ein germanisches Großreich entsteht, in dem auch die wirtschaftliche Grundlage für das Leben von 250 bis 300 Millionen deutscher Menschen in 100 bis 150 Jahren geschaffen sein wird. Das muß das Ziel sein, und das ist es auch.“¹⁰⁴

Sauckel bezog in seine Vorstellungen auch den Einsatz von Frauen ein. 1942 kündigte er an, aus den Ostgebieten 400.000 bis 500.000 ausgesuchte, gesunde und kräftige Mädchen in das Reich hineinzunehmen, um den deutschen Hausfrauen und kinderreichen Müttern eine fühlbare Entlastung zuteil werden zu lassen und ihre Gesundheit nicht weiter zu gefährden. Hinsichtlich des Einsatzes deutscher Mädchen und Frauen taktierte er. Ausführlich und sich nach allen Seiten absichernd, nahm er auf drei von zwanzig Seiten seiner Erklärung vom 20. April 1942 dazu Stellung: „Wenn ich auch selbst anfänglich und mit mir wohl der größte Teil der führenden Männer der Partei und der Frauenschaft aus bestimmten Gründen glaubte, eine Dienstverpflichtung der Frauen durchführen zu müssen, so sollten sich hier doch alle verantwortlichen Männer und Frauen aus Partei, Staat und Wirtschaft mit der größten Ehrfurcht, aber auch in tiefster Dankbarkeit der Einsicht unseres Führers Adolf Hitler beugen, dessen größte Sorge der Gesundheit der deutschen Frauen und Mädchen und damit der jetzigen und zukünftigen Mütter unseres Volkes gilt.“ Gleichzeitig empfahl er den Einsatz von Frauen dort, wo es nicht „gegen die Grundsätze des Führers verstößt“.¹⁰⁵

Selbst als die personellen Anforderungen der Rüstungsindustrie in immer größere Höhen geschraubt wurden - für 1944 war ganz und gar von weiteren vier Millionen die Rede – versprach Sauckel immer noch das Blaue vom Himmel. In allen Debatten, die um die Höhe der Anforderungen geführt wurden, sicherte er – ohne mit der Wimper zu zucken – zu, jede von ihm verlangte Zahl an Arbeitskräften, auch an Fachleuten, zur Verfügung stellen zu können. Allerdings verband er dies mit der fordernden und sich gegen Speer richtenden Einschränkung, er müsse zu diesem Zweck in den besetzten Gebieten und vor allem in Frankreich völlig freie Hand bekommen.¹⁰⁶ Mitunter wegen der Diskrepanz zwischen Versprechungen und Leistungen zur Rede gestellt, wagte er es, cholerisch die Richtigkeit der Forderungen aus der Wirtschaft in Frage zu stellen. In solchen Zusammenhängen vertrat er auch die Auffassung, es genüge, einige Betriebsführer zu erschießen, dann würden die anderen schon mit besseren Leistungen reagieren.¹⁰⁷ Am 26. April 1944 schlug er Hitler den Erlaß eines neuen „Führerbefehls“ vor. Darin wollte er für den zu erwartenden Fall einer anglo-amerikanischen Invasion im besetzten Frankreich „unter allen Umständen ... leistungsfähige Arbeitskräfte dem Zugriff des Feindes“ entziehen. Ein eigener Mobilmachungsplan sah vor, die „freiwerdenden Belegschaften rücksichtslos nach Deutschland abzutransportieren“.¹⁰⁸

Sauckel wußte sehr genau, wie hoch die Todesrate in den Arbeitslagern war, doch darüber redete er kaum. Um seine spezifische Aufgabe innerhalb des faschistischen Herrschaftssystems erfüllen zu können, mußte er die biologisch und psychisch bedingten Schranken des profitablen Ausbeutungsprozesses benennen und zu wahren versuchen. Häufig forderte er, ohne jedoch auch nur ein einziges Mal den Rahmen der nationalsozialistischen Ideologie zu sprengen oder gar die Anwendung

B. im Sommer Beschäftigung in landwirtschaftlichen Gebieten wie der Ukraine und im Winter in Industriegebieten wie Ruhrrevier ..., Anton Joachimsthaler: Die Breitspurbahn. Das Projekt zur Erschließung des groß-europäischen Raumes 1942-1945, München und Berlin 3/1985, S. 250.

¹⁰³ ThHStAW, Reichsstatthalter, Bd. 188, Bl. 149 f.

¹⁰⁴ Ebenda, Bl. 274.

¹⁰⁵ Manifest, S. 10 ff. und 14.

¹⁰⁶ Speer, S. 333 f. Die Angabe Naasners (S. 83), Sauckel habe es Anfang 1944 bei der Vorausberechnung des Gesamtbedarfs an Arbeitskräften erstmals abgelehnt, sich für die Verwirklichung seines Programms „gegenüber Hitler zu verbürgen“, läßt sich nicht belegen.

¹⁰⁷ Speer, S. 227.

¹⁰⁸ Ebenda, S. 562 und 576.

schlimmster Terrormaßnahmen in Frage stellen zu wollen¹⁰⁹, eine „anständige“ Behandlung der Zwangsarbeiter. Seine Begründung lautete: „Kriegsgefangene und fremdländische Arbeiter müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamstem Einsatz die größtmögliche Leistung hervorbringen ... Ich bitte, dabei zu bedenken, daß auch eine Maschine nur das zu leisten vermag, was ich ihr an Treibstoff, Schmieröl und Pflege zur Verfügung stelle. Wieviel Voraussetzungen mehr aber muß ich beim Menschen, auch wenn er primitiver Art und Rasse ist, gegenüber einer Maschine berücksichtigen.“¹¹⁰ Besonders aufschlußreich ist in dieser Hinsicht eine Rede, die er am 5. Februar 1943 vor den Reichs- und Gauleitern der NSDAP hielt: „Ich bitte aber ... ganz besonders um Ihr Verständnis dafür, daß ich als Beauftragter zweier Männer wie Adolf Hitler und Hermann Göring (sic!) mich nun mit meiner ganzen Persönlichkeit dafür einsetze, daß gerade, weil wir im härtesten und erbarmungslosen Entscheidungskampf der Weltgeschichte stehen und unsere Soldaten unter der Führung Adolf Hitlers unsterblichen Ruhm und Ehre an ihre Fahnen heften, der deutsche Arbeitseinsatz bei aller Härte der Zeit und trotz der unerhörten Einschränkungen, die sich unser eigenes geliebtes Volk auferlegen muß, sich grundsätzlich von all den schamlosen und unsagbar brutalen und nichtswürdigen Methoden jener plutokratisch-jüdischen, kapitalistischen Weltbestie unterscheidet, mit denen gerade unsere Gegner sich ihren verfluchten Reichtum, den sie heute zu unserer Vernichtung anwenden, erpreßt haben.“ Die Leitung des Arbeitseinsatzes sei „weder von Sentimentalität noch von Romantik“ geprägt. Nur die „kalte Vernunft“ gebiete eine pflegliche Behandlung der ausländischen Arbeiter: „Unterernährte, dahinsiechende, unwillige, verzweifelte und haßerfüllte Sklaven ermöglichen niemals eine höchste Ausnutzung ihrer unter normalen Bedingungen erzielbaren Leistungen.“¹¹¹

Aus zahlreichen Gründen konnte Sauckel seine vollmundigen Versprechungen nur teilweise, am Ende überhaupt nicht mehr einlösen. Wachsende Schwierigkeiten bereitete ihm nicht allein der Kriegsverlauf. Auch die ständigen Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Führungsgrößen des deutschen Faschismus machten ihm zu schaffen: Militärs verwiesen auf andere, häufig tatsächlich gegenteilige „Führerbefehle“, Speer entzog Arbeiter französischer Betriebe, die seinem Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion unterstanden, den Sauckelschen „Werbern“, Himmler verweigerte den Arbeitseinsatz von polnischen Juden¹¹² und sogenannter Volksdeutscher aus dem Süden Rußlands, die er im Warthegau ansiedeln wollte, und er setzte sich gegen Sauckel durch, der die Werbung „ausländischer Arbeiter germanischen Blutes“ zum Eintritt in die Waffen-SS nur mißtrauisch beobachten, jedoch kaum beeinflussen konnte.¹¹³

Im August 1944 befanden sich in Deutschland 7,8 Millionen registrierte Fremdarbeiter aus 20 Ländern, darunter 1,9 Millionen Kriegsgefangene, 2,8 Millionen Bürger der UdSSR, 1,7 Millionen Polen und 1,3 Millionen Franzosen. Mit Hilfe seines GBA-Apparates, der Wehrmacht und der SS hatte Sauckel bis zu diesem Zeitpunkt etwa fünf Millionen Menschen aus fast 20 europäischen Ländern mobilisiert. Er erfüllte seinen Auftrag mit einer unübersehbaren Effizienz, wenngleich auch mit größter Brutalität und Menschenverachtung. Obwohl es ihm nicht um das Prinzip „Vernichtung durch Arbeit“ gehen konnte, er ließ sich stets von den unmenschlichen, aus Nationalismus und Rassismus erwachsenden Auffassungen leiten, die in ihrem Wesen bereits unverantwortlich waren und mit dem schrankenlosen Versuch ihrer Realisierung zu immer größeren Verbrechen führten. Der

¹⁰⁹ Herbert, *Fremdarbeiter*, S. 131; Naasner, S. 110 ff.

¹¹⁰ Sauckel, *Das Programm*, S. 17 f.

¹¹¹ ThHStAW, *Reichsstatthalter*, Bd. 491, Bl. 209 und 211.

¹¹² Am 12.9.1942 bat Sauckel telefonisch Bormann um eine Führerentscheidung und formulierte in einer Aktennotiz: „Ich erklärte, daß ich selbstverständlich derselben Überzeugung sei wie der Reichsführer-SS, die für diesen die Evakuierung der Juden aus Polen notwendig macht. Ich mußte jedoch darauf aufmerksam machen, daß hierdurch etwa 500 000 Arbeitskräfte, darunter allein 300 000 Facharbeiter für die Rüstung, in Polen ersetzt werden müßten, und daß dann weitere polnische Arbeitertransporte nach Deutschland in Frage gestellt seien. Ich bäte deshalb um die Zurückstellung dieser Evakuierung um mindestens ein Vierteljahr.“ ThHStAW, *Reichsstatthalter*, Bd. 492, Bl. 194.

¹¹³ BABZ, SS 1767, 1770, 2270 und 4467.

von Sauckel unternommene Versuch einer „Ökonomisierung der Ausländerbehandlung“¹¹⁴ und die drastische Unterdrückung jeder sozialen oder gar politischen Regung unter den Zwangsarbeitern verstießen keineswegs gegen Grundsätze der nationalsozialistischen Ideologie, sie stellten lediglich die zwei Seiten einer Medaille dar. So groß seine „Erfolge“ zu sein schienen – die Politik der zwangsweisen Deportation ausländischer Arbeitskräfte nach Deutschland und deren erbarmungslose Ausbeutung mußte letztlich scheitern. Sie konnte, trotz der Tatsache, daß die deutsche Rüstungsindustrie ihr einen enormen Wachstumsschub verdankte, die Niederlage im Zweiten Weltkrieg nicht abwenden. Das faschistische Zwangsarbeitersystem schob das Ende lediglich hinaus und vergrößerte dadurch die unermesslichen Leiden und die – nicht exakt zu bestimmende Zahl – der Opfer. Dadurch erhöhte sich auch Sauckels – in Nürnberg nicht verhandeltes – Schuldkonto gegenüber den Deutschen, in deren Namen zu handeln er vorgab.

Hitler reagierte auf seine Weise, als der „Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz“ immer weniger in der Lage war, seine Forderungen zu erfüllen. Wie Speer berichtet, habe er es bei einem Telefonat Anfang 1944 als einen großen Fehler bezeichnet, Sauckel einzusetzen: „... seiner Stellung als Gauleiter entsprechen nur unwiderrufliche Entscheidungen, und da muß er nun dauernd verhandeln und Kompromisse schließen. Niemals gebe ich einen Gauleiter für solche Aufgabe her.“¹¹⁵ Als schließlich der „Führer“ im April 1945 sein letztes Testament diktierte und alle Regierungsposten neu besetzte, gehörte der bis dahin so oft bevorzugte thüringische Gauleiter nicht mehr zu seinen Kandidaten. Mit Theodor Hupfauer war ein Vertrauter Speers als neuer Arbeitsminister vorgesehen. Nur in der Parteikanzlei wurde für ihn noch die Nachfolgeschaft Robert Leys an der Spitze der Deutschen Arbeitsfront erwogen.

Das Kriegsende erlebte Sauckel nicht in Thüringen. Bevor er sich, wahrscheinlich am 10. oder 11. April 1945, in den Gau Salzburg absetzte, sorgte er noch mit einem Anruf bei Bormann dafür, daß „aus Sicherheits- und Ernährungsgründen“ rund 30.000 Häftlinge aus dem Konzentrationslager Buchenwald abtransportiert wurden.¹¹⁶ Als die amerikanischen Truppen vor Weimar standen, ließ er der Öffentlichkeit mitteilen, daß er den „Führer“ um die Entsendung einer bewährten Panzerdivision gebeten habe, die von der Saale her einen erfolgreichen Gegenstoß führen werde. Flammende Aufrufe ergingen an den „Volkssturm“, bis zur letzten Patrone heldenhaft zu kämpfen. In Weimar ließ er ein neues Standgericht tätig werden. Alle thüringischen Städte sollten bis zum Äußersten verteidigt und auf keinen Fall übergeben werden. Auch die mehrmaligen Bitten des Weimarer Oberbürgermeisters, die Stadt ähnlich wie Rom und Florenz zu einer „offenen Stadt“ erklären zu lassen, stießen auf seine strikte Ablehnung.¹¹⁷ Er befahl sogar, die Särge Goethes und Schillers zu vernichten, die Ende 1944 in einen Jenaer Luftschutzbunker gebracht worden waren.¹¹⁸

Mit seiner Frau traf sich Sauckel am 8. oder 9. Mai in Berchtesgaden. Gemeinsam suchten sie hier das katholische Pfarramt auf. In seinem „Lebenslauf“ – seinen Austritt aus der evangelischen Kirche und den seiner Frau aus der katholischen Kirche von 1936 schlicht vergessend – gab er als Motiv für diesen ungewöhnlichen Schritt an: „Meine Frau und ich waren von diesem Augenblick in der Erkenntnis und dem Willen einig, allein die christliche Weltanschauung als Grundlage unseres Schicksales anzunehmen.“¹¹⁹ Anschließend stellte er sich selbst den amerikanischen Behörden. Über Gefängnisse und Lager in Salzburg, Augsburg, Wiesbaden und Oberursel geriet er schließlich auf die Nürnberger Anklagebank. Hier befand er sich erneut in der „zweiten Reihe“, was keineswegs allein für den Sitzplatz galt, den er einzunehmen hatte. Weder im Kreise der Angeklagten noch im Prozeßverlauf spielte er eine hervorstechende Rolle. Der amerikanische Hauptankläger Robert H. Jackson sah in Sauckel dennoch den „größten und grausamsten Sklavenhalter seit den

¹¹⁴ Naasner, S. 111.

¹¹⁵ Speer, S. 344.

¹¹⁶ Dies berichtete Otto Koch, der letzte nationalsozialistische Oberbürgermeister Weimars, in einem Brief vom 19.10.1945. Stadtarchiv Weimar, Nr. 1292, Bl. 7.

¹¹⁷ Niederschrift Otto Kochs betr. die Vorgänge am 12. April 1945. In: Stadtarchiv Weimar, Nr. 1292, Bl. 20.

¹¹⁸ Siehe Volker Wahl: Die Rettung der Dichtersärge, Weimar 1991.

¹¹⁹ Lebenslauf, S. 19.

ägyptischen Pharaonen“. Von den Schreckensbildern der Zwangsarbeit und der „Vernichtung durch Arbeit“ wollte der Angeklagte indessen nichts wissen; als während der Beweisaufnahme am 28. November 1945 ein Film über die Greuel in den deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern gezeigt wurde, geriet er in Schweiß. Sein Auftreten erweckte mitunter den Eindruck, als triebe ihn eine Mischung von kriecherischer Höflichkeit und Beflissenheit, wenn er irgendetwas zu erklären versuchte, und sturem Trotz, wenn seine Schuld offenkundig war.¹²⁰

Sauckels Sicht auf das Geschehene blieb auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begrenzt: Den „Führer“ und den Nationalsozialismus hielt er nach wie vor für einmalig und lobenswert. Schuldig an den Dingen, die er erst in der Gefangenschaft erfahren habe und die für ihn ein „unfaßliches Rätsel“ darstellen würden, sollten nach seiner Auffassung allein Bormann, Himmler und Goebbels gewesen sein. Sie seien die „Verderber“ und hätten eine „Isolierung des Führers verschuldet“. Auch ihm selbst hätten sie „schon immer das Leben sauer gemacht“. Weiter schrieb er: „Bormann brachte die Partei in eine falsche Aufgabenstellung und damit in einen unseligen Gegensatz zur Verwaltung. Goebbels beleidigte dauernd Beamtenschaft und ähnliche Institutionen, so daß in der Verwaltung des Reiches eine erhebliche Unsicherheit bei den notwendigen Entscheidungen Platz gegriffen hatte. In den letzten zwei Jahren besonders haben diese drei Männer die Isolierung des Führers verschuldet. Wir alle haben darunter innerlich gelitten. Jedoch der Glaube an die Mission des Führers war so groß, daß diese Erscheinungen in Kauf genommen wurden.“¹²¹

Als schwersten Fehler bezeichnete Sauckel allerdings die „Entfremdung“ des Nationalsozialismus vom Christentum. Von Bormann falsch beeinflusst habe die Partei so die wichtigste Verbindung „zur Seele des Volkes“ verloren. Seinen „Lebenslauf“ beschloß er ebenfalls mit diesem Gedanken: „Es ist heute meine Überzeugung, daß die nationalsozialistische Bewegung von ihrer Sendung abgewichen ist und sich zu sehr dem Haß verschrieben hatte. Sie verlor ihre Bindung zur göttlichen Liebe. Diese allein aber vermag auf die Dauer schöpferische und segensreiche Werke und Werte zu schaffen. Haß dagegen ist die Kraft der Vernichtung und Zerstörung menschlichen Glücks und hoher Kulturen. Diese Erkenntnis ist das Ergebnis der Erfahrungen und der Schicksale meines Lebens. Nach der Liebe kommt als nächste notwendige Tugend die Pflicht. Beide müssen erleuchtet sein durch die Erkenntnis göttlicher Offenbarung.“¹²²

Sogar in seinem Schlußwort vor dem Nürnberger Gerichtshof wiederholte Sauckel, nie antireligiös oder gar gottlos, „sondern gerade das Gegenteil“ gewesen zu sein. Noch einmal wurde er pathetisch: „Gott schütze mein über alles geliebte Volk, der Herrgott segne wieder die Arbeit deutscher Arbeiter, denen mein ganzes Leben und Streben gegolten hat, und er schenke der Welt den Frieden.“¹²³

Auf die Verkündung des Todesurteils reagierte er sprachlos; er glaubte zunächst an einen Übersetzungsfehler, dann weinte er und erklärte, daß er den Tod durch den Strang nicht verdient habe.¹²⁴ Auf dem Weg zum Galgen beteuerte noch ein letztes Mal seine Unschuld. Mit den Worten „Gott helfe Deutschland und mache es wieder groß! Gott möge meine Familie schützen!“ trat er von der Bühne der Geschichte ab.¹²⁵

Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.), *Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen*. Mit Beiträgen von Peter Black, Dietrich Eichholtz, Werner Fischer, Gerhart Hass, Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker. Militzke Verlag, Leipzig 1996, S. 297-331.

¹²⁰ Douglas M. Kelley: 22 Männer um Hitler. Erinnerungen des amerikanischen Armeearztes und Psychiaters am Nürnberger Gefängnis, Olten-Bern o. J. (vorher New York 1947), S. 208.

¹²¹ Lebenslauf, S. 17 f.

¹²² Lebenslauf, S. 20.

¹²³ IMT, Bd. XXII, S. 451 und 454.

¹²⁴ Sereny (S. 43) berichtet von einem Gespräch mit Sir Hartley Shawcross, dem britischen Anklagevertreter in Nürnberg, in dem dieser es als „grundverkehrt“ empfunden habe, daß Sauckel zum Tode verurteilt wurde, während Speer mit dem Leben davonkam“, obwohl er der Untergebene Speers gewesen sei und nach dessen Anordnungen gearbeitet habe. Daraus haben Kritiker des Prozesses und einige Historiker (z. B. Becker, S. 244) zu Unrecht geschlußfolgert, das Urteil gegen Sauckel sei „in gewisser Weise als fragwürdig anzusehen“.

¹²⁵ Zit. n. Taylor, S. 693 und 704.

Im Streit um Hitler – Nach dem Schreiben einer Biographie

[Mिताutor: Kurt Pätzold]

„Es ist nicht allein aktuellen Debatten über historisch-politische Themen zuzuschreiben, wenn die Verfasser einer im Frühjahr 1995 vorgelegten Hitler-Biographie“¹ an dieser Stelle Erfahrungen mitteilen, die im Streit um das antifaschistisch-biographische Herangehen an ihr Thema zu gewinnen waren. Sie wollen mit ihrem Beitrag zugleich Respekt bekunden und Dank abstaten: Beides gilt Reinhard Kühnl. Sie kennen ihn seit langem als einen Wissenschaftler, der sich ebenso wie sie verpflichtet fühlt, Geschichte und Strukturen faschistischer Bewegungen und Herrschaftsformen sowie das verhängnisvolle Wirken ihrer „Führer“ zu erhellen. Ihm ist wie ihnen die um Aufklärung bemühte „antifaschistische Volkspädagogik“² ein politisches und humanistisches Grundanliegen geworden, auch ihn leitet als Lebensmaxime, Faschismus und dessen Voraussetzungen und Bedingungen konsequent zu bekämpfen. Seit Jahrzehnten eng, ja freundschaftlich mit ihm verbunden, achten sie Reinhard Kühnl als einen kreativen antikapitalistischen Gesellschaftsanalytiker, oft nachdenklich gestimmt durch seine Kritik an den Erstarrungen im marxistischen Denken. Seine regelmäßige Teilnahme an den zwanzig Jenaer Faschismus-Colloquia, die seit 1971 stattfanden, gehörten zu den seltenen Fällen Staatsgrenzen überschreitender geistiger Kontakte zwischen Gesellschaftswissenschaftlern. Bei diesen Zusammenkünften hat er gerade durch die Übermittlungen seiner Erfahrungen aus einer der Mehrheit der Teilnehmer fremden, weit über die Marburger Universität hinausreichenden Praxis außerordentlich anregend gewirkt. In den lebhaften, mitunter recht kontroversen Debatten kam die Rede notwendig auch immer wieder auf Adolf Hitler.³ Mancher der damals diskutierten Gedanken ist in die Arbeit eingeflossen, nach deren Abschluss der vorliegende Aufsatz geschrieben wurde.

* * *

Unter den Vertretern materialistischer Geschichtsauffassungen existieren unterschiedliche Vorstellungen von Hitlers Platz in der deutschen Gesellschaft sowie zu seinen Wirkungen über den Untergang des Regimes und seinen Tod hinaus. Sie haben in publizierten biographischen und anderen Forschungen ihren Ausdruck gefunden, waren aber womöglich mehr noch Gegenstand von Streitgesprächen. Um vieles größer waren und blieben bis auf den heutigen Tag die Auffassungsunterschiede in puncto Hitler, wenn die Differenz zu Forschungen und Deutungen in Rede kommt, die aus ganz anderen, völlig entgegengesetzten politischen und sozialökonomischen Interessen resultieren. Trotz enormer Wissensverbreiterung und -vertiefung: Unterschiedliches und Gegensätzliches wird es in den Aussagen über Hitler auch künftig geben. Die einen schreiben dem Manne weiter die Rolle zu, Weltgeschichte nach seinem Glauben und Willen gestaltet zu haben. Deren Denken bewegt sich in den Bahnen des deutschen „Historismus“. Es entspringt der Vorstellung, wonach einzelne Subjekte den Verlauf der Geschichte gestalten und prägen. Sie drückt sich am knappsten in dem Slogan aus „Männer machen Geschichte“. Die Zahl der Verfechter dieser monokausalen Geschichtsdeutung ist zwar in der Zukunft der Wissenschaftler im Abnehmen begriffen, doch bedeutet dies nicht auch abnehmenden öffentlichen Einfluss. Die Mehrheit der Forscher betrachtet hingegen Hitler als Bestandteil und „Faktor“ der Gesellschaftsgeschichte. Ihre gleichsam „inneren“ Auseinandersetzungen gelten eher der Frage, welches spezifische Gewicht dieser Faktor unter und neben anderen besaß und inwieweit es sich dabei um ein Eigengewicht handelte.

Wenige neigen dazu, Hitlers Rolle gegen Null tendieren zu lassen. Diese Ansicht von der Bedeutungslosigkeit Hitlers wurde – mit welchem Recht auch immer, das sei hier dahingestellt – den Kommunisten zugeschrieben. Sie sähen, hieß und heißt es häufig, in Hitler nur eine Marionette –

¹ Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Leipzig 1995.

² Der von Martin Broszat stammende Begriff meint anderes, als ihm die Verfechter eines konservativen Geschichtsrevisionisten heute unterstellen.

³ Siehe Manfred Weißbecker/Herbert Gottwald: Zur Rolle der Führer bürgerlicher Parteien. Biographische Aspekte in der Geschichte der politischen Parteien des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 4/1979, S. 299-315.

also einer willenlosen Puppe –, die von für das Publikum unsichtbarer Hand an Fäden bewegt worden sei. In ähnlicher Version und womöglich häufiger noch, wird die kommunistische Auffassung von Hitlers Rolle mit dem Kürzel „Agententheorie“ charakterisiert. Demnach wäre Hitler ein von den Mächtigen der kapitalistischen Gesellschaft gekauftes Subjekt gewesen, das nichts anderes getan hätte, als deren Aufträge auszuführen. Solche Auffassungen hat es in der politischen Linken in Deutschland, nicht nur in der kommunistischen, gegeben. Jedoch dürfte es schwerfallen, einen marxistischen Forscher zu benennen, der dieses naive Hitlerbild vertritt. Wenn die gegenstandslose Anklage gegen vorgebliche Verfechter der „Agententheorie“ dennoch nicht aufgegeben wird, so hat das seine Ursache zumeist nicht in Missverständnissen, sondern in dem bequemen Vorteil, der sich aus ihr gewinnen lässt. Nach Art eines Spiegelfechters kann daran direkt anschließend erklärt werden, es blieben die Marxisten jeden Beweis für dieses Verhältnis von Auftrag und Ausführung schuldig. Das Paradebeispiel dafür gibt der Entschluss zur Ermordung der europäischen Juden ab; es solle doch „der Monopolkapitalist“ vorgewiesen werden, der das Verbrechen in Auftrag gegeben hätte ...

Wenden wir uns wieder dem tatsächlichen, nicht dem erfundenen Spektrum heutiger Differenzen zu: Wohl auch provoziert durch das Bestreben, Hitlers Rolle ins Übermenschliche zu steigern und ihn auf den Platz des Alleintäters zu setzen, wurde die Gegenthese von Hitler als einem „schwachen Diktator“ vertreten und er gar auf den Rang einer bloßen Appellationsfigur gestuft. Nicht so weit davon entfernt ist die Ansicht, die ihn lediglich als *die* repräsentative (und das soll oft nicht mehr heißen als: repräsentierende) Figur des Regimes betrachtet – unentbehrlich für das Funktionieren des Systems, aber nur mit äußerst begrenzter Gestaltungskraft. An Einfluss gewinnt eine Sicht, die in Hitler jene Persönlichkeit der Epoche erblickt, die deren charakteristische Eigenschaften überdimensional verkörpert hätte, als ein Spiegel aller Traumata, Brüche und Verwerfungen der deutschen Gesellschaft in der ersten Hälfte dieses 20. Jahrhunderts. Wiederum andere wollen in ihm denjenigen sehen, der in der modernen Industriegesellschaft partiell gesellschaftlichen und technologischen Modernisierungstendenzen zum Durchbruch verholfen hat, wenngleich wider seinen Willen. Nicht nur in geschichtsrevisionistischen Darstellungen taucht Hitler als „Revolutionär“ und Verfechter einer „sozialistischen“ Zukunftsordnung auf. Über alle Differenzen behauptet er zweifellos eine „Zeitgenossenschaft, deren Schatten beständig tiefer wird“ und in „chimärische Unschärfe“ entfällt.⁴

Die Meinungsvielfalt lässt sich punktuell an den abweichenden Ansichten illustrieren, welche über Hitlers Rolle bei der „Endlösung der Judenfrage“ existieren. Abgesehen von der außerwissenschaftlichen Deutung Hitlers als dem Unwissenden und gar (von Himmler und anderen) Hintergangenen, die in der sogenannten „revisionistischen“ Geschichtsliteratur angeboten wird, bleiben auch hier zwei ganz unvereinbare Positionen erkennbar. Die eine besagt, Hitler habe über den Massenmord an den europäischen Juden vollkommen allein entschieden und nach und hinter ihm hätten nur Personen und Personengruppen existiert, die seine Befehle ausführten. Die andere legt die Vorstellung nahe, der Vorschlag, den Schritt von der Ghettoisierung der Juden zu deren Vernichtung zu gehen, sei an ihn herangetragen worden, und er habe – auch mit Rücksicht auf die „Sachzwänge“, die als Folge von Judendeportation und Ghettoisierung entstanden seien – ihm lediglich zugestimmt. Im ersten Falle ist der „Führer“ geistiger Urheber und bewegende Kraft, im zweiten sind es seine Berater und Mitführer, denen er auf deren Drängen hin „nur“ freie Hand gelassen hätte. Ähnlich weit gehen die Aussagen über die Motive für das Handeln des Antisemiten Hitler auseinander. Die einen behaupten, er habe vom Beginn seines Eintritts in die Politik an das Hauptziel verfolgt, die Judenheit auszurotten. Andere erblicken in seiner Entscheidung eine Reaktion auf die ihm im Dezember 1941 angesichts der Niederlage vor Moskau gewordene Erkenntnis, dass Deutschland diesen Krieg gegen seine militärischen Gegner nicht gewinnen könne, weshalb er – Hitler – wenigstens den „Krieg“ gegen die Juden hätte gewinnen wollen.

⁴ Joachim C. Fest: Zeitgenosse Hitler. Versuch, das Unbegreifliche begreifbar zu machen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.10.1995 (Bilder und Zeiten).

Nicht alle diese Kontroversen wurzeln in unterschiedlichen methodischen Herangehensweisen der Historiker an ihr Thema. Manches ist ziemlich faktenfern und schlicht ausgedacht. So vor allem die – eben erwähnte – These vom gleichsam alternativen Krieg gegen die Juden. Ihre Verbreitung hat wohl nichts mehr bewirkt als die vielgelesenen „Anmerkungen zu Hitler“ von Sebastian Haffner. Doch kann der Publizist nicht beanspruchen, diese Deutung als erster gefunden zu haben. Er ist allenfalls ein selbständiger „Wiederentdecker“. Geäußert wurde die Version nach unserem Wissen zuerst von Julius Streicher während des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses. Ihm, der nichts mit dem Massenmord zu tun, ja nicht einmal etwas von ihm gewusst haben wollte, erschien Hitlers Entschluss, den er für sich erst durch die Kenntnisnahme des politischen Testaments für erwiesen ansah, als rätselhaft. Er deutete ihn vor Gericht – ähnlich wie es später Haffner tat – als den Entschluss „eines verzweifelnden großen Mannes der Weltgeschichte“, der wusste, dass er „nicht siegen werde“.⁵

* * *

Der Mann, um dessen Lebensbeschreibung es den Verfassern ging, hat zweifelsfrei nur eine Biographie, doch existieren von ihr zahlreiche Abbilder, die dem „Original“ mehr oder weniger nahe kommen mögen. Mit Sicherheit lassen sich diese Bilder ganz unterschiedlichen Strömungen oder Konzeptionen von Geschichtsforschung zuordnen. Das Hitlerbild ist jedenfalls nicht in Sicht. Und dies besitzt seine Ursache wiederum nicht in Profilierungs- und Neuerungssucht, die manchen Forscher leiten und deren marktwirtschaftliche Notwendigkeit gar nicht bestritten werden soll.⁶ Die Vielfalt rührt vor allem von unbewältigten methodologischen Problemen her und geht auch auf erkenntnismindernde politische Interessen zurück.

Kurzum: Der Streit über den spezifischen Beitrag oder den individuellen Anteil Hitlers an der Geschichte im Verlauf der 20er bis 40er Jahre unseres Jahrhunderts wird fort dauern. Trotz einer immensen Fülle von Tatsachen über sein Wirken, über das seiner Mitführer und der Ge- bzw. Verführten, ungeachtet der nicht mehr zu überschauenden Masse von Fakten über seinen Aufstieg, seine Entscheidungen usw. ist die Skala, auf der sich die voneinander abweichenden Hitlerbilder befinden, nicht kleiner geworden. Das schließt eine Annäherung der Urteile im Detail nicht aus.

* * *

Auch die Verfasser dieser Hitler-Biographie sahen sich durch die Aufgabe in mehrfacher Hinsicht herausgefordert. So wenig wie ihre Vorgänger gingen sie voraussetzungslos (und das heißt immer auch: nicht unbelastet) zu Werke. Zunächst hatten sie Umstände und Ergebnisse zu berücksichtigen, die in der DDR mit dem Genre der geschichtswissenschaftlichen Biographie verbunden waren. Denn es bildete diese Annäherung an Geschichte zu keiner Zeit einen bevorzugten Gegenstand, wenngleich Forschungen, die herausragenden oder bedeutenden Personen der deutschen und der allgemeinen Geschichte galten, in den 70er und 80er Jahren deutlich zunahmen und deren publizierte Resultate mitunter Aufmerksamkeit und – mehr noch – auch Verwunderung erregten. Sie schienen nicht in das klischierte Bild von der DDR-Historiographie hineinzupassen. Wie andere Tatsachen der Wissenschaftsentwicklung aus den Jahren zwischen 1949 und 1989 ist auch dieses kurze Gedächtnis schon entschwunden.

Die Hinwendung zu biographischer Forschung und Darstellung traf auf Schwierigkeiten, die zu meist aus der „Vor“-DDR-Zeit herrührten. Marxistische Historiker begannen mit ihrer Arbeit nach einem Abschnitt deutscher Geschichte, in dem der Personenkult seinen absoluten Höhepunkt erreicht hatte, gleich ob in Politik und Geschichtsschreibung oder in Literatur und Publizistik. Solcher Kult wurde nicht erst seit dem Jahre 1933 weit verbreitet. So fanden sich in den Bücherschränken

⁵ Siehe IMT, Bd. XII, S. 412.

⁶ Das jüngste Beispiel lieferte Guido Knopp mit einer sechsteiligen Filmserie und dem titelgleichen Begleitbuch „Hitler. Eine Bilanz“ (in Zusammenarbeit mit Stefan Brauburger, Christian Deick, Rudolf Gültner, Peter Hartl, Jörg Müllner. Dokumentation: Sönke Neitzel, Ursula Nellessen, Klaus Sondermann, Berlin 1995). Siehe dazu unsere Besprechungen in: Neues Deutschland, 15.11.1995 und 23/24.12.1995, sowie in: junge Welt, 28. November 1995, S. 13.

der deutschen Bildungsbürger zu Zeiten der Weimarer Republik selbstredend Werke wie die von Emil Ludwig, des damals meist gelesenen Publizisten von Herrscher-Biographien aus deutscher und allgemeiner Geschichte. Doch die bald nach 1933 einsetzende und 1938 ihren ersten Höhepunkt erreichende Erhebung Hitlers ins Übermenschliche, Gottähnliche, ja Gottgleiche – man denke an die Stilisierung des „Führers“ zum Erlöser der Deutschen – war beispiellos.

Jene Generation unter den Historikern der DDR, die den Geburtsjahrgängen zwischen 1920 und 1930 angehörte, war zu einem Teil schutzlos dieser Ideologie ausgesetzt gewesen. Sie hatte auf den Schulen die Gedichte auf Hitler auswendig gelernt und die Hymnen auf ihn dort und in der Hitlerjugend gesungen. In dieser sich formierenden Forschergeneration bildete sich früh aufgrund eigener Erfahrungen und dann der Studien der Werke von Marx, Mehring und Plechanow ein Widerwille dagegen aus, die eigene Geschichtsbetrachtung auf eine Auswechslung des positiven durch den negativen Personenkult zu reduzieren. Diese Haltung verstärkte sich 1956 mit den Enthüllungen und Eingeständnissen des 20. Parteitags der KPdSU über das Regime Stalins noch. An diesen sozialen Zusammenhängen sowie an dem Wirken von gruppen- und individualpsychologischen Faktoren geht, wenn heute – 1995 – über die Historiographie im ostdeutschen Staat geschrieben wird, die Masse der Autoren noch immer vorbei. Es ist auch zu bequem, alles und jedes in nichts anderem verwurzelt zu sehen als in dem unbestrittenen politisch-bürokratischen Geflecht eines Machtapparats

Diese Lebensgeschichten und der vorsätzliche Bruch mit den Traditionen des deutschen Historismus ließen folgerichtig die Annäherung an die Geschichte auf dem Wege über die Darstellung des Wirkens einzelner herausragender Personen in den Hintergrund treten. Obendrein lautete eine Genthese: Die Volksmassen machen die Geschichte. Sie war nicht weniger holzschnittartig und irreführend wie ihre Vorgängerin. Dass sie unter strikter Berufung auf die Altmeister der historisch-materialistischen Geschichtsschreibung verfochten wurde, war selbst wieder eine Verfälschung. So unterschied Friedrich Engels, um dafür nur einen Beweis anzuführen, zwischen Zeiten, in denen die Volksmassen historisch aktiv und gestaltend wirkten, und anderen, in denen sie – wie beispielsweise am Ausgang der Geschichte des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation – so seine Formulierung – „völlig unbewegt“ blieben, ungeachtet der dramatischen Ereignisse in der französischen Nachbarschaft. Schon in seinen ersten Veröffentlichungen über die jüngste deutsche Geschichte unterschied er zwischen Phasen, da Massen in den Strom geschichtsverändernder Bewegung hineingerissen werden und darauffolgenden Abschnitten, in denen „jede öffentliche Bewegung“ ausgestorben war.⁷ An anderer Stelle findet sich das Bild von den „schlafenden“ Volksmassen.

Wer sich unbewegt zeigt, gar schläft, überlässt aber anderen das Handeln und kann nicht gut als Schöpfer der Geschichte klassifiziert werden. Das Bild forderte mithin geradezu, einen anderen und vielzitierten Lehrsatz des historischen Materialismus gründlicher zu durchdenken, wonach die Menschen – wenn auch nicht aus freien Stücken und also nicht nach Gutdünken – ihre Geschichte machen. Doch ist darüber, dass die einen den Gang der Entwicklung durch aktive Handlungen beeinflussen, die anderen – daran durch Unterlassung von Handlungen ihren Anteil haben, kaum gründlicher geforscht worden. Es war zumeist nicht Sache der DDR-Historiker, sich mit derartigen Widersprüchen öffentlich auseinanderzusetzen, zumal dies unvermeidlich auch in politische Konfliktsituationen geführt haben würde. Denn in der Propaganda der Herrschenden galt das Postulat vom Schöpferum der Volksmassen der DDR, ungeachtet ihrer – teils durch Selbstüberhebung hervorgerufenen, teils von schlecht verhohlenen Misstrauen geleiteten – zunehmenden praktischen Ausschaltung von der Mitbestimmung in Grundsatzfragen von Staat und Gesellschaft. Das gleiche gilt für das Verhalten der Historikerschaft in der DDR gegenüber der zeitigen Neubelebung des geschichtlichen und politischen Personenkultes unter neuem Vorzeichen. Er richtete sich zunächst auf Stalin, dessen Biographie das Thema von Parteilehrjahren in der SED bildete, und später auf Ernst Thälmann, dessen parteioffizielle Lebensgeschichte, die wiederum in Partei- und FDJ-Zirkeln gele-

⁷ Friedrich Engels: Deutsche Zustände, in: MEW, Bd. 2, Berlin 1958, S. 567 u. 583.

sen und besprochen wurde, nicht nur die geschichtliche Tat des Vorsitzenden der KPD überhöhte und partiell auch beschönigte, sondern den Lebensgang des Helden ebenso verfälschte wie den Weg der von ihm geführten Partei.

Die Liste der von DDR-Historikern verfassten Biographien historischer Persönlichkeiten – diejenigen über Dichter (man denke allein an die exzellente von Werner Mittenzwei über Brecht), Schriftsteller u. a. Personen bleiben hier außer Betracht – ist lang. Aus ihr ragt vor allem die Bismarck-Biographie Ernst Engelbergs hervor, deren erster Band 1985 im Akademie Verlag erschien. Er wurde sogleich von dem vorwiegend durch die Herausgabe von konservativer Geschichtsliteratur bekannten Siedler-Verlag mitgedruckt. Das inzwischen abgeschlossene zweibändige Werk ist die Frucht eines langen Gelehrtenlebens. Zuvor schon hatte Ingrid Mittenzwei, man schrieb 1979, ihre Biographie über Friedrich II. vorgelegt, der zu vieler Verwunderung in einer Rede Erich Honeckers staatsoffiziell den Namen „der Große“ zurückerhielt. Damit ist schon angezeigt, dass sich im Verhältnis zur deutschen Geschichte in der DDR in Politik und Wissenschaft ein Wandel zu vollziehen begann. Die Geschichte als Ganze geriet in das Visier der Forschung. Die Urteile wurden differenzierter. In diesem Prozess drückte sich zunehmende Souveränität gegenüber der Vergangenheit aus, die allerdings gerade die ureigene Geschichte der DDR und ihre in die deutsche Arbeiterbewegung weisenden Traditionslinien nicht betraf.

Diese Entwicklung wäre als bloße Folge veränderter politischer Interessen und Losungen zu monokausal interpretiert. Die Historiker selbst hatten sich durch ihre Studien in den Stand gesetzt, Forschungen zu unternehmen, die immer mehr auch internationale Aufmerksamkeit und manchmal auch Anerkennung fanden. Jedenfalls waren die Biographien Friedrichs II. und Bismarcks die meist beachteten Anzeiger und Erzeugnisse von Veränderungen in Geschichtsforschung und -publizistik. An ihre Seite könnten, weil auch sie einen besonderen Bezug zur Politik des Staates aufwiesen, die beiden im „Lutherjahr“ 1983 erschienenen Biographien des Reformators aus den Federn des Historikers Gerhard Brendler und des Theologen Gerhard Wendelborn gestellt werden. Es wäre auch daran zu erinnern, dass Gerhard Zschäbitz schon 1967 eine Teilbiographie Luthers vorlegte, die dessen Weg bis zum Jahre 1526 verfolgte. Stärker als die Luther- war die Müntzerforschung in der DDR seit den 60er Jahren durch eigene Unternehmungen fundiert; Max Steinmetz, Manfred Bensing (dessen Biographie zuletzt 1983 in dritter Auflage erschien) und Günther Vogler haben sich an ihr durch herausragende Arbeiten besonders beteiligt.

Von den Gestalten, die im 20. Jahrhundert zu den herrschenden Klassen und Eliten gehörten, haben nur wenige eine biographische Darstellung erfahren. Dass sich die Arbeit der Historiker überhaupt auf dieses zeitliche Feld ausdehnte, ist zuerst Wolfgang Ruges Verdienst gewesen, aus dessen Feder die Lebensbilder von Gustav Stresemann, Matthias Erzberger und Paul von Hindenburg und Beneckendorff stammen. Neben Ruge hat sich Willibald Gutsche mit Personen biographisch befasst, die der Endphase des deutschen Kaiserreiches zugehören, und u. a. eine Arbeit über den Reichskanzler Bernhard von Bülow vorgelegt. Zahlreiche weitere Werke und Autoren wären noch zu nennen; sie belegen die Vielfalt und den in Gang gekommenen Prozess der Vervielfältigung der Interessen von Historikern, auch der Anregungen, die ihnen zukamen. Sie bezeugen, dass Forschern mehr Zeit und Gelegenheit gegeben wurde (oder mancher von ihnen sie sich auch zu nehmen verstand), speziellen Neigungen und eigenständigen Ideen nachzugehen – sofern sie nicht auf unumstößliche Tabus oder unerschütterliche Vorgaben des parteioffiziellen Geschichtsbildes stießen. Doch es entstand bis zum Ende der 80er Jahre bei aller Bewegung kein grundsätzlicher Situationswandel. Weite Felder, auf denen ein biographisches Interesse vorlag oder erwartet werden konnte, blieben unbeackert. Das Genre war in der Geschichtsforschung und -publizistik der früheren BRD mit ungleich mehr Erzeugnissen vertreten.

Mit Biographien jener Personen, die der Geschichte des deutschen Faschismus zugehörten, stand es am schlechtesten (obgleich nicht ganz so schlecht, wie heute gemeinhin vermutet und behauptet wird). Wenn über biographische Forschung gesprochen und nachgedacht wurde, ging es natürlich um Hitler und seine Rolle. Vor allem Wolfgang Ruge und Kurt Gossweiler haben sich mit seiner Biographie befasst und Teilbiographien über ihn vorgelegt. Ruges Buch, das in der DDR-Ausgabe

„Das Ende von Weimar“ heißen musste und den Untertitel „Monopolkapital und Hitler“ erhielt, ist als eine solche Teilbiographie geschrieben worden.⁸ Gossweilers Monographien enthalten wesentliche Aussagen über Hitler im Zusammenhang mit dem Putsch und dem Münchener Prozess für die Jahre 1923/24 und im Kontext der Röhm-Affäre für 1933/34.⁹ Das ist aber auch schon alles Nennenswerte, abgesehen vielleicht von einer Studie über Hitlers 50. Geburtstag und die Befindlichkeit und die Pläne des Jubilars am Vorabend des Krieges.¹⁰ Die Faschismusforscher in der DDR haben die Lücke ihrer Forschungen, je weiter sie diese trieben um so mehr, wohl empfunden. In einem der Forschungspläne des Zentralinstituts für Geschichte bei der Akademie der Wissenschaften der DDR findet sich in den 80er Jahren auch das Vorhaben einer Hitlerbiographie mit drei Autoren notiert. Doch ist es dazu aus verschiedenen Gründen nicht gekommen. Entsprechende biographietheoretisch angelegte Forderungen wurden in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ zwar gedruckt,¹¹ blieben aber folgenlos wie alles Wissen um die eigene „Schwachstelle“, das sich durch die Kenntnisnahme der Arbeiten von Joachim C. Fest und Sebastian Haffner gebildet oder weiter vertieft hatte.

* * *

Nun ist die 1995 vorgelegte Biographie Hitlers so etwas wie eine „Nacharbeit“ geworden (was in das Wort „Strafarbeit“ unrichtig übersetzt wäre). Der Text hätte aus mehreren objektiven wie subjektiven Gründen zu DDR-Zeiten so nicht erscheinen können. Diese Feststellung stützt sich u. a. auf Erfahrungen aus jenen Jahren, in denen die Verfasser ihre „Geschichte der NSDAP“ erarbeiteten, und insbesondere auf eine Diskussion mit einem abgesandten Mitarbeiter des ZK der SED aus dem Büro Hager, die Passagen des im Verlag vorliegenden Manuskripts betraf und bis zu der ultimativen Forderung reichte, welche Personen in den Text aufgenommen werden müssten. Wichtiger noch war, dass die Erfahrungen des Jahres 1989/90 einen nachhaltigen Anstoß dafür gaben, sich von Positionen zu verabschieden, die den Rang subjektiver Faktoren unzulässig begrenzten und verkleinerten, die Rolle sozialökonomischer Strukturen hingegen überhöhten und materialistisch-dialektischem Denken mechanistische Geschichtsvorstellungen beimischten. Angesichts vieler Erfahrungen war damit zu rechnen, dass sich gerade aus dem Kreis unserer Kollegen und Freunde auf diese „Nacharbeit“ besondere, sehr weitgespannte und möglicherweise auch überhöhte Erwartungen richten würden.

Das Schreiben über Hitler galt und gilt stets einer der „umstrittensten Persönlichkeiten des Erdballs“, wie Konrad Heiden bereits 1936 am Beginn seiner – bis heute – anregenden großen Biographie schrieb. Daraus zu schlussfolgern, es müsse in einem mehr als ein halbes Jahrhundert später geschriebenen Text – zumal die meisten Fakten bekannt seien – vorwiegend über Interpretationen und Meinungsunterschiede geschrieben werden, war nicht Anliegen der Verfasser, wenngleich eine derartige Streitschrift aus marxistischer Feder außerordentlich wünschenswert wäre. Dennoch verfassten sie ihre Hitler-Biographie in der Absicht, ihren eigenen, aus der Tradition der materialistisch-dialektischen Historiographie herkommenden und in ihr verwurzelten Standpunkt zu verdeutlichen. In ihr wird Hitler als ein Mann betrachtet, der durch Voraussetzungen und Bedingungen ermöglicht wurde und der sich selbst zugleich möglich machte. Damit kamen auch die Subjekte, Individuen, Gruppen, Parteien usw. *neben* Hitler in den Blick, aber – wie schreibend bald zu bemerken war – mitunter nicht scharf genug oder völlig unzureichend. Weitere Fortschritte zur Erkenntnis der Rolle Hitlers, auch seines Charakters und der Motive mancher seiner Entschlüsse sind nicht durch überraschende Entdeckungen dieses oder jenes Details oder durch grundstürzende Do-

⁸ Der Pahl-Rugenstein-Verlag brachte 1983 das Buch unter dem von Ruge gewünschten Titel „Hitler und das Ende von Weimar“ heraus.

⁹ Kurt Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919-1924, Berlin 1982; ders.: Die Röhm-Affäre. Hintergründe – Zusammenhänge – Auswirkungen. Köln 1983 (diesem Band liegt die Dissertationsschrift aus dem Jahr 1963 zugrunde).

¹⁰ Kurt Pätzold: Hitlers 50. Geburtstag am 20. April 1939, in: Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939), hrsg. von Dietrich Eichholtz und Kurt Pätzold, Berlin 1989, S. 309-343.

¹¹ Siehe Manfred Weißbecker/Herbert Gottwald: Zur Rolle der Führer bürgerlicher Parteien, a. a. O.

kumentenfunde zu erwarten, sondern eher durch die Aufdeckung seines Zusammenwirkens mit den Personen um ihn. Da existieren aber einschneidende Lücken, wenn nur daran gedacht wird, dass eine Biographie Görings fehlt, die den Schwerpunkt nicht auf seine Rolle als Befehlshaber der Luftwaffe oder auf seine vergleichsweise weniger wichtige als Außenpolitiker legt. In einer – andere Akzente setzenden – Biographie wäre er als der – seit der Liquidierung Österreichs und dem abschließenden Generalangriff auf das Eigentum der deutschen Juden unermüdlich tätige – Organisator von plündernder und räuberischer Aneignung wirtschaftlicher „Filetstücke“ in den angeschlossenen und eroberten Ländern ins Visier zu nehmen. Aufzudecken bleibt die Arbeitsteilung zwischen Hitler und Göring, die nicht nur den Reichsmarschall als Imperialisten charakterisiert, sondern kaum weniger über den Platz und die Partie Hitlers in diesem auf kriegerische Expansion programmierten System aussagt. Und was für diese beiden vor allem gilt, das betrifft viele der Mitführer und Paladine, etwa auch die Aufteilung der Rollen zwischen Hitler und Streicher, den der „Führer“ nach dem Endsieg von seinem fränkischen Gut wieder zurück nach Nürnberg holen wollte.

Jeden Biographen fordert schließlich auch das Wissen um das schwierigste Problem der Aufhellung des Wirkens einer historischen Persönlichkeit heraus: Es ergibt sich generell aus der unaufhebbaren Tatsache, dass die Geschichtswissenschaft über kein verlässliches Instrumentarium gebietet, mit dem das jeweilige spezifische Gewicht der Faktoren gemessen werden könnte, die Richtung und Tempo geschichtlicher Abläufe bestimmen. Friedrich Engels verglich den Gang der Geschichte mit einem Kräfteparallelogramm: an einem gedachten „Punkt“ des Entwicklungsprozesses greifen verschiedenste Kräfte an und wirken in unterschiedliche Richtungen. Diese Kräfte können sich ganz oder teilweise summieren oder auch aufheben. Jedenfalls entspricht die tatsächlich eintretende Bewegung keiner der einzelnen Zugrichtungen. Die Zeitgenossen und mehr noch die Nachfolger vermögen die tatsächlich erfolgte Gesamtbewegung zu erkennen, können aber von ihr nicht exakt auf die quantitative Beteiligung der einzelnen an ihr beteiligten und sie verursachenden Kräfte zurückschließen. Konkret: Wieviel von jenem Ereignis, das sich in der deutschen Geschichte mit dem Datum des 30. Januar 1933 verbindet, „gehört“ zu Hitler? Und wieviel – um nur von Personen zu reden – seinem Vorvorgänger Franz von Papen, wieviel dem Staatsoberhaupt Paul von Hindenburg und Beneckendorff, wieviel den Unterzeichnern jener an den Reichspräsidenten gerichteten Eingabe,¹² die im November 1932 verlangte, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen? Die Fragereihe ließe sich fortsetzen, und sie müsste von den Individuen auf die Gruppen, von den Zeitgenossen auf die Vorläufer, vom Nationalen ins Internationale erweitert werden.

Wer heute eine Biographie Hitlers schreibt, sieht sich zum einen vor die Frage gestellt, wie er mit der Masse der inzwischen angehäuften unbezweifelbaren Fakten über Hitler, ihn und die Eliten, ihn und die Deutschen schlechthin verfahren soll. Wer alles Bekannte angeben wollte, müsste eine mehrbändige Darstellung liefern. Zum anderen erhebt sich die Frage, wie mit der Vielzahl von Interpretationen umgegangen werden soll. Sie sind inzwischen selbst Gegenstand von Büchern, die nur Sichtweisen und Resultate referieren, deren Stärken und Schwächen erörtern und gegeneinander abwägen.¹³ Die Autoren entschieden sich dafür – ohne die vorhandenen Darstellungen und Deutungen zu ignorieren –, nicht in eine explizite Polemik einzutreten, sondern – unter Einbeziehung der wesentlichen Ergebnisse bisheriger Hitlerforschungen – ihre Sicht neben die vorhandenen zu stellen. Mehr noch: ihnen kam es so vor, als ob mittlerweile vielfach Deutungen, Erklärungen, auch Legenden und nicht zuletzt die Masse des aufgewerteten Nebensächlichen, ganz allgemein also:

Erörterungen zu und über Hitler die schlichte Kenntnisnahme der wesentlichen Fakten überwucherte. Deshalb meinten sie, es käme darauf an, gleichsam „zur Person“ und ihren Spuren in der Geschichte zurückzukehren. Dieses Vorgehen war mit dem Risiko behaftet, der Faktologie bezichtigt zu werden und unter den Erwartungen derer zu bleiben, die aus der Feder zweier Historiker aus der Schule des

¹² Siehe Albert Schreiner: Die Eingabe deutscher Finanzmagnaten, Monopolisten und Junker an Hindenburg für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler (November 1932); in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 3/1956, S. 366 ff.

¹³ Siehe zu den Auseinandersetzungen vor allem Gerhard Schreiber: Hitler. Interpretationen 1923-1983, Darmstadt 2. Auflage 1988.

Materialismus „die Gegenbiographie“ zu allen vorhandenen Büchern erwarteten. Rezensionen, die diese Haltung erkennen ließen, erzeugen ihrerseits den Wunsch, dass die Debatte über den Mann an der Spitze des Nazisystems bald durch Darstellungen weitergeführt und neubelebt wird, die im geschichtstheoretischen Ansatz von gleichen oder ähnlichen Positionen ausgehen und die doch in vielem andere Gesichtspunkte bevorzugen werden.

* * *

Die Person Hitler führt, wird sie nicht – absichtsvoll oder beiläufig – verkürzt, in den Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus und damit – um von anderem zu schweigen – auf ein Feld, auf dem sich im Deutschland von 1995 kaum eine Historiker-Karriere gründen lässt. Mit der Erörterung der Beziehung von Person, Führungsgruppe, Partei und Staat zum ökonomisch-politischen Wesen der Gesellschaft ist das strittige Thema schlechthin angeschlagen. Dass Hitler ein Eroberer, ein Imperialist war, der auf die Weltherrschaft zielte und dafür alle Mittel einsetzte, erscheint nicht mehr fraglich. Aber: In welchem Verhältnis standen sein Aufstieg in die Wilhelmstraße und dann seine Politik als Reichskanzler sowie als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht zum gleichsam klassischen Streben¹⁴ deutscher Unternehmer, Militärs, Diplomaten, Beamter usw., das auf die Vorherrschaft eines „Groß“-Deutschlands in Europa wie auch auf anderen Kontinenten zielte? Der Blick auf die Behandlung dieses Themas führt auf eine Fährte, die häufig von anderen Spuren überlagert wird. Manches Dokument, das auf die Beziehungen von Hitler und einflussreichen Personen oder Personengruppen des deutschen Kapitals hinwies, wurde Gegenstand einer häufig bis zur Spitzfindigkeit getriebenen Erörterung, die sich als Quellenkritik verstand, ausgab oder vielleicht sich auch so nur zu tarnen suchte. Das gilt für die Industriellen-Eingabe vom November 1932 ebenso wie für Hitlers letzte vor einem leibhaftigen Publikum gehaltene Rede, zu der er von Albert Speer angeführte deutsche Wehrwirtschaftsführer im Juni 1944 auf den Obersalzberg geladen hatte.

Hitler und das Kapital, der Nationalsozialismus und der Kapitalismus – das bleiben erstrangige Fragen im Zentrum aller Hitler- und Faschismusforschung. Das gilt besonders auch in Deutschland, wo sich 1989/90 zwar das Kräfteverhältnis zwischen den Strömungen der Geschichtswissenschaft und deren jeweiliger Reichweite in die Öffentlichkeit einschneidend veränderte, wo dennoch die Konfrontationen bisher nicht aufgehoben werden konnten. Daher mag an den beiden erwähnten Episoden, der des Jahres 1932 und der des Jahres 1944, versucht werden, Ansichten und Argumente dazu in ihrem Wandel zu verdeutlichen. Zur Grundsituation nur soviel: 1932 stand Hitler vor der Schwelle der Macht, und er wollte über sie hinweg. 1944 stand er vor der Schwelle in den Abstieg, und er wollte sie natürlich nicht einmal betreten. Beide Daten erweisen sich nicht nur für seine Biographie, sondern nicht weniger für die deutsche Geschichte als schwerwiegend.

Ende 1932 führte Hitler die stärkste politische Partei an. Sie rekrutierte eine Wählerzahl, die beide Arbeiterparteien zusammen nicht aufzubringen vermochten, übrigens nicht zuletzt deshalb, weil sie den Faschismus gefährlich unterschätzten und die jeweils eigene Kraft unverständlich überschätzten. Die NSDAP hatte die bürgerliche Konkurrenz dezimiert. Und dennoch war sie bei allen Versuchen, an die Staatsmacht zu gelangen und Hitler an die Staatsspitze zu setzen, gescheitert. Zuerst bei ihrem Wahlsieg von 1930, als sie Ansprüche auf entscheidende Reichsministerien anmeldete, dann 1931 als sie mit einem Volksentscheid den Einstieg in die Macht über das größte Land, Preußen, zu finden trachtete, dann im März/April 1932, als sich Hitler bei der Reichspräsidentenwahl Hindenburg entgegenstellte und unterlag, darauf im August, als nach einem weiteren Wahlsieg Hitler nur der Posten eines Vizekanzlers hinter Franz von Papen angeboten wurde. Die Transformation von Masseneinfluss in Regierungsgewalt erwies sich als schwieriger denn gehant, was die Mitglieder und Anhänger unruhig werden ließ. Innerhalb weniger Monate sprangen zwei Millionen von ihnen ab. Während die einen vorschlugen, sich mit weniger als dem Reichskanzlerstuhl für Hitler zufrieden zu geben, wollten andere die Rückkehr zur Putschtaktik, von der sich Hitler allerdings

¹⁴ Siehe u. a. Wolfgang Michal: Deutschland und der nächste Krieg, Berlin 1995. Siehe auch Wolf-Dieter Gudopp: Auf dem Weg in den Dritten Weltkrieg? (= Publikationen des Vereins Wissenschaft und Sozialismus e. V.), 2., korrigierte Aufl., Frankfurt a. M. 1993.

nach dem Desaster von 1923 offiziell losgesagt hatte. Es bahnte sich eine Parteikrise an. Hitler wusste, dass sein deutlich gestiegener politischer Kurswert steil absinken würde, wenn weitere Anhänger*innen abtrünnig werden sollten. Diese Millionen waren sein Kapital, das er im Kampf um die Macht in die Waagschale einzubringen hatte. Aber diese Millionen waren nicht der Schlüssel in die Wilhelmstraße und in das Zimmer, in dem einst Bismarck regiert hatte.

Die Zeit drängte, aber sie bedrängte nicht nur Hitler. Seit März 1930 waren in Deutschland Regierungskonstellationen und -konzepte gleichsam „durchgespielt“ worden, ohne dass die politisch-ökonomische Krise gemeistert worden wäre. In diesem Augenblick ergab sich eine Situation, die in der Geschichte zu verschiedenen Zeiten und an ganz unterschiedlichen Orten wiederholt entstand. Die Mehrheit der Kräfte, die bis dahin die grundlegenden Entscheidungen im Staate beeinflussten, waren rat- und konzeptlos. Eine Minderheit wusste, was und wen sie wollte, und sie verfügte über Köpfe und Instrumente, ihr Programm durchzusetzen. Dieses Programm hieß aber: Reichskanzlerschaft Hitlers. Die letzte Wegstrecke des „Führers“ an die Staatsspitze besaß, wie Carl von Ossietzky richtig sah, den Charakter einer „Intrigue“, an der Politiker, Militärs, Kapitalisten und Großagrarier beteiligt waren.

Jenes Dokument, das einen Blick hinter die Kulissen ermöglichte, die diese Intrige vor dem Blick der Öffentlichkeit und vor allem auch vor dem der Hitlerschen Anhänger schützen sollte, war die – eigentlich unexakt so genannte – Industriellen-Eingabe vom November 1932. Ein Zeugnis dieser Initiative wurde zuerst bei Entrümmerungsarbeiten in Köln nach dem Kriege auf dem Gelände des Bankhauses Stein gefunden. Damit war nicht erwiesen, dass die Eingabe Hindenburg wirklich erreicht hatte. Dann stieß der DDR-Historiker Albert Schreiner bei Forschungen in Potsdam auf den Vorgang in den Akten der Reichspräsidentalkanzlei. Augenblicklich setzten Versuche ein, den Fund in seiner Bedeutung zu verkleinern. Hatte das Schriftstück Hindenburg wirklich vorgelegen? Das konnte zwar nicht definitiv bewiesen, aber angesichts der Reihe der Unterschriften schwer bezweifelt werden. Hatte es aber die Entscheidung des „alten Herren“, Hitler zu ernennen, beeinflusst? Nun ist bloße zeitliche Folge kein Beweis eines ursächlichen oder auch nur logisch-historischen Zusammenhangs. Dennoch erschien der Zweifel hier bloß konstruiert. Der Kontext sprach für sich, und er sprach für die Ansicht der Linken über den Aufstieg Hitlers und über seinen Einstieg in die Macht.

Das hier grob skizzierte Bild von den erfolgreichen Kanzlermachern der Jahreswende 1932/33, die eine Minderheit darstellten, ist nicht mit früheren Erklärungen der (kommunistischen, sozialdemokratischen und anderen) Anhänger marxistischer Gesellschaftsanalyse identisch. Das politische Interesse, das Kapital insgesamt und nicht nur einzelne seiner Zugehörigen anzuklagen, ließ die Differenzierungen beiseite und setzte sich – dies nebenbei – selbst unter den Zwang nachzuweisen, dass das Monopol- und Großkapital in toto Hitler wollte und auf den Thron lanciert habe. Das führte zu verkrampften Argumentationen, die leicht ad absurdum geführt werden konnten. Dabei ist die ökonomisch einflussstärkste Schicht in viel größerer Zahl an Hitlers Aufstieg beteiligt gewesen, als die relativ kleine Gruppe derer, die seine Reichskanzlerschaft schließlich direkt verlangte und durchsetzte. Dieser indirekte Anteil ergab sich hauptsächlich aus der Unterstützung einer Krisenpolitik in den Jahren der Brüning-Regierung, die mit der zusätzlichen Produktion von Arbeitslosigkeit und Elend erst der NSDAP den Wind in jener Stärke in die Segel blies, der sie fähig machte, alle bürgerlichen Konkurrenten weit hinter sich zu lassen, ja deren Mehrheit – eigentlich nur mit der Ausnahme des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei – zu marginalisieren.

Dieser grundlegende Zusammenhang ist von der DDR-Historiographie ungleich weniger in den Blick genommen worden als der vergleichsweise unwichtigere, der die Frage betraf, wer wann und wieviel Geld auf die Konten der NSDAP gezahlt hatte. Auch eine nur annähernd vollständige Rekonstruktion dieser Seite der Vorgeschichte des 30. Januar 1933 verspricht kaum noch Erfolge. Die politischen und erst recht die materiellen Beziehungen von kapitalistischen Förderern zu Hitler und seiner Partei gehörten für beide Seiten zu den wohlgehüteten Geheimnissen. Als Hitler Reichskanzler geworden war, existierte dieses Tabu weiter. Sobald auch nur ein Zipfelchen jenes Vorhangs gelüftet wurde – und das geschah wiederholt sowohl durch die Arbeiterparteien wie durch die bürgerliche Konkurrenz –, der diese Verbindungen verdeckte, erfolgten die heftigsten Dementis. Als

das Treffen Hitlers und Papens im Bankhaus Stein am 4. Januar 1933 bekannt wurde, lautete die offizielle Erklärung der NSDAP im „Völkischen Beobachter“: Es sei nicht wahr, dass Hitler seine Partei an das Kapital verkauft habe. Man mag schwerlich an einen bloßen Zufall glauben, dass sich unter den vielen vor dem 8. Mai 1945 vernichteten Akten ausgerechnet auch die des Reichsschatzmeisters der NSDAP befanden ...

Die Kompliziertheit der Beziehungen zwischen der Führungsgruppe der NSDAP und Kapitalkreisen vor 1933 – und die Entschlüsselung des Bildes wird für die Jahre der Diktatur selbstredend nicht einfacher – war in der DDR-Geschichtsforschung zunehmend Gegenstand von Untersuchungen und von Debatten. In die allgemeine Geschichtspropaganda ist dies allerdings kaum gedrungen. Deren Interpretationen blieben zum großen Teil auf dem Niveau, das die Agitation des Kampfes der Arbeiterparteien gegen die faschistische Bewegung vor und nach 1933 geprägt hatte. Heartfields entlarvende Fotomontagen bewirkten Vorstellungen der schlichteren Art über den Faschismus, auch wenn es andere, treffendere Bilder gab, wie beispielsweise jene Karikatur aus dem kommunistischen „Eulenspiegel“ vom Mai 1932, die einen anderen, einen entgegengesetzten Akzent setzte und auf das Schröpfen der Anhänger durch die NSDAP verwies.

Um jedoch für einen Moment noch bei Heartfield zu bleiben: Ist es wirklich dem Künstler anzulasten, dass viele, allzu viele gedanklich über jene Grundaussagen („Hitler schlucke Gold und rede Blech“ oder „Hinter mir stehen Millionen!“) nicht hinauskamen? So wenig sich – sein Name mag hier für andere stehen – etwa Hans Mommsen für das Hitlerbild der Fernsehserie „Hitler. Eine Bilanz“ verantwortlich machen ließe, so wenig würden – herrschte tatsächlich Fairness – Historiker der DDR auf den Anklagestuhl gesetzt werden für Vereinfachungen und Umformungen zu Kampfinstrumenten, die Ergebnisse der Geschichtswissenschaft stets erfahren, wenn sie einer Geschichtspolitik jeweiliger Parteien und Interessengruppen zugrunde gelegt werden.

Von Instrumentalisierung und Missbrauch der Geschichte ist ja auch heute zu reden, etwa dort, wo eine endgültige Erledigung der Frage nach dem Verhältnis von Hitler und Kapital, von Faschismus und Kapitalismus mit dem Nachweis erbracht werden soll, dass Hitler ein „nationaler Sozialist“ gewesen sei, ein Mann, der über den Kapitalismus hinauswollte, einer, der nichts anderes im Sinne hatte als eine Vernichtungsstrategie, gerichtet zuerst gegen die Kommunisten, dann gegen Sozialdemokraten und Gewerkschafter und schließlich und am Ende auch gegen die Kapitalisten. Da wird tatsächlich behauptet, „nach dem Endsieg“ wären die Mächtigen der deutschen Wirtschaft an die Reihe gekommen. Habe Hitler in dieser deutschen Gesellschaft, die er vorfand, zwar nicht das Unterste zu oberst gekehrt, so sei dies doch seine Absicht gewesen, eine Zukunftsvision, die er nicht verwirklichen konnte, weil ihm die Alliierten dazwischenkamen.

Dem stehen viele Tatsachen entgegen. Zuletzt noch die im Buch ausführlich behandelte Rede Hitlers vor den Wehrwirtschaftsführern im „Platterhof“ auf dem Obersalzberg. Glaubt man Speer – und in diesem Falle spricht einiges dafür –, dann war er es, der seinem „Führer“ gesagt hatte, dass innerhalb der Führungskreise der Wirtschaft Unruhe über die unvermeidlichen Zwangsmaßnahmen existieren würde, die sich aus den Notwendigkeiten der Kriegswirtschaft ergaben. Hitler hat sich der Sorgen angenommen und in seiner Ansprache klar gesagt, niemand solle glauben, dass er nach dem Sieg es bei den kriegsbedingten Maßnahmen belassen oder staatliche Wirtschaftsbüros eröffnen werde. Dann beginne, so wörtlich „die große Zeit der Privatwirtschaft“. Es ist in unserem Zusammenhang uninteressant, ob ihm das im Juni 1944 von seinen Zuhörern noch oder nicht mehr geglaubt wurde. Interessant ist jedoch, mit welchem Aufwand an Spitzfindigkeit auch dieses Faktum als verlogen abgetan werden soll. Jahrzehnte danach ist einer der Hitlerkenner darauf gekommen, dass Hitler während dieser Ansprache unkonzentriert gewesen sei, was seinen Redefluss und seine Überzeugungskraft beeinträchtigt habe. Diese Verfassung wird als Beweis für die These genommen, Hitler habe die Unwahrheit gesagt. Solche Deutung erscheint abstrus, denkt man allein daran, in wie vielen Auftritten des Mannes ihm die unverfrorensten Lügen fließend von den Lippen kamen. Doch wenn es darum geht, Hitler post mortem in einen Antikapitalisten zu verwandeln, erscheint manchem kein Argument zu primitiv ...

Das Thema Hitler und die Mächtigen der deutschen Wirtschaft – Industrielle, Bankiers, Großagrari-
er – wird gegenwärtig nicht nur einfach ignoriert und mit dem demagogischen Hinweis auf politi-
sche Absichten und Interessen der „Linken“ abgetan. Vor die Sicht darauf wird mehr und mehr ein
anderer Gegenstand geschoben: Hitler und die Massen. Natürlich darf der Nachweis der herausra-
genden Schuld der deutschen Eliten für den Aufstieg der NSDAP nicht dazu dienen, die Verantwor-
tung der Massengefoldschaft zu verringern. Es gilt aber ebenso wenig das Umgekehrte. Das ernst-
zunehmende Thema des Massenverhaltens der Deutschen zwischen den 20er und 40er Jahren unse-
res Jahrhunderts sollte niemandem dazu dienen, auf eine von anderen Fragen und Problemen ablen-
kende Funktion reduziert zu werden.

Seit Hans-Jürgen Syberberg Ende 1989 gefordert hat, Hitler „neu zu bedenken“, reißt die Kette von
Buch- und Filmpublikationen nicht ab, welche die geschichtliche Figur des „Führers“ im „fatalen
Glanz des Bösen“ erstrahlen und einzig deren „sozialpsychologische Funktion“ hervortreten lässt.¹⁵
Am Ende dieser Kette befindet sich derzeit eine Fernsehproduktion aus dem Jahre 1995, deren Au-
tor versprach, einen Weg durch das „Labyrinth“ der Hitlerforschung zu bahnen, eine „Schneise
durch den Dschungel unseres Wissens über Hitler“ zu schlagen,¹⁶ und den Anspruch erhob, derart
eine „Bilanz“ aller bisherigen biographischen Forschung zu geben. Es ist gemeinhin und unakade-
misch als Etikettenschwindel zu bezeichnen, wenn behauptet wird, es werde mit Text und Bild so
etwas wie die auf dem neuesten Stand der Forschung befindliche Biographie Hitlers vorgelegt.
Denn in Wahrheit sind die Ansichten, die über den Mann und das Regime vertreten werden, so
kontrovers, dass sie jeder Zusammenführung spotten.

Die sechsteilige Film-Serie Guido Knopps wurde zunächst im Sommer des vergangenen Jahres vom
Fernsehsender Arte und danach im November/Dezember 1995 durch das ZDF ausgestrahlt. Gleich-
zeitig, der Autor versteht sich seit längerem auf dem Markte der Meinungen zu bewegen, gelangte
ein Begleitbuch zum Film in die Buchhandlungen. Zusätzlich fand im Sender 3 Sat am 12. Novem-
ber 1995 ein zweistündiges „Aschaffener Gespräch“ zum Thema statt. In der Anordnung der
Filme, teilweise auch in ihrer Ankündigung, war mancher bemerkenswerte Unterschied zu erkennen.
So wurde Hitler beim internationalen Sender Arte zunächst als „Eroberer“ und kriegsbesessener Po-
litiker vorgestellt. Das Buch für den deutschsprachigen Leser aber bietet den „Verführer“ zum Auf-
takt an. Das zum öffentlich-rechtlichen Bereich des Fernsehens gehörende ZDF hingegen zeigte zu-
erst den „Privatmann“ Hitler, was nicht nur nichts Erhellendes zu den Ursachen seines Aufstiegs
darbot, sondern eher zu deren Verdunkelung (des „Führers“ angebliche Hervorkommen aus einem
Obdachlosenasyll) beitrug. Das Verfahren, jeglichen gesellschaftlichen Kontext unerwähnt zu lassen
oder ihn allenfalls zu marginalisieren, führt weit hinter den erarbeiteten Forschungsstand zurück und
gleicht eher einem Abstieg vom Niveau des vorhandenen Wissens in die Niederungen psychohistori-
scher Deutungen. Diese vorgeblich aktualisierte Biographie enthielt den Zuschauermillionen die
Aufklärung über die gesellschaftlichen Wurzeln jener erstaunlichen Karriere und der Wirkungskraft
Hitlers weitgehend vor und führte in dieser Hinsicht auch hinter die Biographie von Joachim C. Fest
zurück.

Obendrein werden Zuschauer und Leser im Bereich der Tatsachen und ihrer Wertung in mehrfacher
Hinsicht in die Irre geführt. Das geschieht zum einen durch die quellenmäßig nicht zu belegende
These, Hitler habe nach der verlorenen Schlacht vor Moskau die Vernichtung der europäischen Ju-
den betrieben, um wenigstens diesen „Krieg“ gewinnen zu können. Das erfolgt zum anderen mit der
Einordnung des ungeheuren Expansionsprogramms Hitlers und des Zweiten Weltkrieges in die
„normale“ Kriegsgeschichte der Menschheit. Diese Art Kategorisierung des Krieges von 1939 bis
1945, die sich auch bereits bei Sebastian Haffner findet und durch keinen seriösen Vergleich der
Kriege bestätigt werden kann, scheint nun aber heutigen politischen Interessen angepasst. Sie ordnet
sich direkt dem politischen Denken amerikanischer und europäischer Politiker ein, die den bewaff-

¹⁵ Joachim C. Fest: Zeitgenosse Hitler, a. a. O.

¹⁶ Guido Knopp: Hitler. Eine Bilanz, a. a. O. S. 197.

neten Einsatz ihrer Armeen als geeigneteres Mittel zur Lösung internationaler und nationaler Konflikte ansehen denn die politischen und wirtschaftlichen Instrumentarien, über die sie gebieten.

Hitler ist in einer bestimmten Gesellschaft groß geworden, und diese war nun einmal kapitaldominiert. Von der ausschlaggebenden Verantwortung deutscher Industrieller, Bankiers, Großagrarien, Militärs und Beamten sowie von der Bündnispolitik konservativer Parteien ist in den Filmen Knopps keine Rede. Dafür aber um so mehr von den Massen, von ihrem Verlangen nach einem Diktator, von ihrer Bereitschaft, sich unterzuordnen. Wer die deutschen Eliten so aus dem Blick drängt, engt seinen Blickwinkel außerordentlich ein. So bleibt es schließlich bei der Verkürzung der deutschen Gesellschaft auf zwei subjektive Faktoren:

Hitler auf der einen, die Massen auf der anderen Seite. Das führt u.a. zu dem allen Ernstes vertretenen Urteil, dass Hitler nie gegen (!) sein Volk regiert habe.¹⁷ Als Alfred Rosenberg in Nürnberg vor seinen Richtern stand, verteidigte er sich u. a. schon mit der Behauptung: „Das Volk fiel darauf, Hitler zu einem Idol zu erheben und ihm zu blinder Treue verpflichtet zu sein.“¹⁸ Selbstverständlich fühlte er sich völlig zu Unrecht angeklagt. War – so ließe sich der Gedanke logisch fortführen – am Ende auch Hitler nicht mehr und nichts anderes als ein unschuldiges Opfer der Deutschen? Wer den Faschismus vordergründig als eine Art Infektionskrankheit des deutschen Volkes zu erklären versucht, darf sich nicht wundern, wenn ihm eine solche Frage entgegengehalten wird.

Nein: Insgesamt muss dieser Hitler als ein Mann gesehen, erforscht und verstanden werden, der in die kapitaldominierten gesellschaftlichen Verhältnisse während der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts gehört, mit einer Vielzahl von Wirkungen auch in dessen zweite Hälfte. So unzulässig es ist, ihn aus diesen Beziehungen herauszulösen, so haltlos ist es natürlich auch, schlichte Erbschafts- und Traditionslinien leichthändig in die Gegenwart zu ziehen – auch das hat bekanntlich das Hitler- und Faschismusbild zu DDR-Zeiten vielfach verdorben. Hitler, die NSDAP, das Naziregime waren eine Möglichkeit politischer Entwicklungen auf dem Boden des Kapitalismus oder – wem das Gleichwort geläufiger ist – der Marktwirtschaft. Angesichts der Verbrechen des Mannes, der Partei, des Regimes und seiner deutschen Anhängergruppen kann es keinen Schlussstrich geben, der unter diese zu verheerender Wirklichkeit gewordene Möglichkeit und unter die Erforschung aller gesellschaftlichen Voraussetzungen von Hitlers Aufstieg und Herrschaft gezogen werden könnte.

Antifaschismus. Hrsg. v. Frank Deppe, Georg Fülberth, Rainer Rilling, Heilbronn 1996, S. 290-309.

¹⁷ Ebenda (Klappentext).

¹⁸ Zit. nach Gustave M. Gilbert: Nürnberger Tagebuch, Frankfurt a. M. 1995, S. 101.

Nach dem 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD

Überlegungen zu einigen Ergebnissen und Defiziten der Debatten*

Mit den folgenden Punkten soll auf einige historisch-politische Probleme – ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit – aufmerksam gemacht werden. Sie ergeben sich aus einer Vielzahl von Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft Geschichte beim Landesvorstand Thüringen der PDS und des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V., aus unserer bisherigen Diskussion zu den hauptsächlichen Streitfragen sowie aus der Tatsache, daß die Debatte unmittelbar nach dem Jahrestag der SED-Gründung ein abruptes Ende gefunden hat. Sie gelten der mit einem unbefriedigenden „Jein“ zu beantwortenden Frage, ob – und wenn ja – in welchem Maße sie aus dem „Käfig“ herauszuführen vermochte, der früher mit der einseitigen Erklärung konstruiert worden war, die Gründung der SED stelle den Höhepunkt der deutschen Arbeiterbewegungsgeschichte dar, und der nun mit dem verabsolutierenden Etikett „Zwangsvereinigung“ beklebt werden sollte. Alle Aussagen verstehen sich als Anregung zur weiteren Selbstverständigung in der AG Geschichte und in den thüringischen PDS-Verbänden.

1.) Die nunmehr selbst zur Geschichte gewordenen „Debatte“, die eher ein „Monologisieren“ der Beteiligten gewesen ist, hat unser konkretes Wissen um die geschichtlichen Vorgänge von 1945/46 außerordentlich bereichert. Zahlreiche Fakten sind erst jetzt bekannt geworden, gerade auch durch sozialdemokratische Publikationen. Es ist verdienstvoll, vieles ans Tageslicht gebracht zu haben, was politischer Gängelei der Geschichtsschreibung in der DDR zum Opfer fiel. Zu bedauern bleibt der geringe Anteil von Forschungsergebnissen in den Beiträgen aus der PDS und ihr nahestehender Kreise. In ihnen überwog ein vom Subjektiven geprägtes Sich-Erinnern und Sich-zur-Wehr-Setzen gegenüber neuen Einseitigkeiten und fehlerhafter Geschichtsdarstellung. Für viele PDS-Mitglieder und Sympathisanten stellte die Debatte oft eine schmerzhaft Beschäftigung mit der eigenen Biographie dar, in der die kritisch-selbstkritische Rückschau allzu oft zu kurz kam.

Unübersehbar ist, daß sich in der Öffentlichkeit der neuen Bundesländer insgesamt sich eine bloße Verkehrung früher überschwenglich-positiv gebrauchter Vorzeichen in das entgegengesetzte und wiederum verabsolutierte Negativum vollzog. Das Klischee von der „Zwangsvereinigung“ hat sich festgesetzt und wird nur in kleinen Teilen der Bevölkerung kritisch hinterfragt. Konkretes Wissen kann bei den meisten nicht vorausgesetzt werden.

2.) In den Auseinandersetzungen bestätigte sich der Grundsatz, daß es keine Möglichkeit des Ausweichens vor der historischen Wahrheit und keinen anderen Weg zu ihr gibt als den des Bemühens um eine komplexe und zugleich differenzierte Sicht auf alle geschichtlichen Prozesse. Wer diesen Grundsatz nicht akzeptiert, ihn verletzt oder seine Anwendung sogar behindert, steckt unweigerlich die Geschichte in grob sortierte Schubkästen zum Zwecke beliebiger politischer Nutzung. Gerade von einer solchen politischen Instrumentalisierung war die Debatte weithin geprägt. Statt einer sachlich-sachdienlichen Annäherung an die historische Wahrheit dominierten Formeln und Etiketten – häufig mißbraucht als Schlagetot-Begriffe gegen die PDS. Wirkliche Kenntnisse, abgerundete Forschungsergebnisse und erst recht die Bereitschaft zu *gemeinsamer* Auseinandersetzung waren weniger gefragt. Wer jedoch an wissenschaftliche Streitfragen mit dem Blick auf eigene Machtambitionen und Koalitionserfordernisse herangeht, steht bereits mit einem Bein im Lager verfälschender Einseitigkeit. Das haben Historiker der DDR sozusagen am eigenen Leibe erfahren, viele von ihnen wissen es heute aber offensichtlich besser als andere, ohne daran etwas ändern zu können ...

3.) in der Debatte erwies sich die Erklärung der Historischen Kommission beim PDS-Bundesvorstand als hilfreich, anregend und in einer Vielzahl ihrer Aussagen auch als richtig. Das darf über ihre (hier nicht darzustellenden) Unzulänglichkeiten nicht hinwegtäuschen.

Zu den wirkungsvollsten Argumenten gehörten u. a. folgende Thesen:

* Der Beitrag beruht auf dem Schlußwort des Verfassers zur Tagung „Nach der Debatte. Erfahrungen aus dem Streit um den 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD“ am 22.6.1996 in Gotha und wurde für eine Diskussion in der AG Geschichte beim Landesvorstand Thüringen der PDS ergänzt.

a) Die Geschichte der SED-Gründung setzte nicht erst am 8. Mai 1945 ein. Der organisatorische Zusammenschluß der beiden Parteien war ein durchaus mögliches Ergebnis der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, zumindest seit ihrer Spaltung und insbesondere seit ihrem Versagen im Kampf um die Verhinderung der faschistischen Diktatur. Gleichzeitig kam in der Debatte niemand umhin anzuerkennen, daß Spaltungen wie auch Einigungsversuche nicht nur die Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland charakterisieren, sondern daß es sich um ein allgemeines, internationales Problem handelte. Es erwies sich auch als notwendig, nicht allein die Geschehnisse in der damaligen SBZ zu verfolgen. Einigungsbestrebungen gab es auch in den anderen Teilen Deutschlands.

b) 1945 stand das gesamte Parteienwesen auf einem geschichtlichen Prüfstand sondergleichen und sah sich umfassenden Veränderungen ausgesetzt, die allenfalls mit der Neuformierung der Parteien in der Novemberrevolution von 1918 zu vergleichen sind. Alle Parteien suchten ihren jeweiligen Spielraum durch Angliederung anderer Parteien oder durch Vereinigung zu vergrößern. Daher kann nicht einseitig von „Machtgier“ der Kommunisten und von ihrem „Taktieren“ gesprochen werden, so als habe es dies bei den anderen Parteien nicht gegeben. Das Problem „gehört“ keineswegs nur der Arbeiterbewegung, sondern in Gänze dem auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft gewachsenen und in Krisen geratenen Parteienwesen.

c) Der Zusammenschluß von KPD und SPD erfolgte nach ungeheuer schwerwiegenden Erfahrungen und war mit der furchtbaren Hinterlassenschaft des Faschismus, mit existenziellen Tagesproblemen, Hoffnungen und Erwartungen breiter Kreise der Arbeiterschaft und der gesamten Bevölkerung verbunden. Insofern resultierte er keineswegs allein und nicht einmal primär aus dem Handeln führender Funktionäre und Apparate der beiden beteiligten Parteien. 1945 war der Wunsch weit verbreitet, es künftig anders zu machen („Das neue Leben muß anders werden“) – häufig ohne zu wissen, wie

Daraus entsprang allerdings auch ein gewisses (in den PDS-Beiträgen zu wenig behandeltes) Umkehrungsdenken, das in seiner Grundstruktur den Weg von einem Extrem ins andere aufwies:

- Bisher übte die Bourgeoisie die Macht aus – jetzt gebrauchen wir die im Krieg zerstörte und von uns zu erobernde Macht;
- bisher und vor allem seit 1933 herrschte ein menschenfeindliches Regime, dessen Träger zur Verantwortung gezogen werden müssen – das kann nicht ohne einen Gebrauch von Macht gehen, der durch das Motto „Der Zweck heiligt die Mittel“ legitimiert ist;
- bisher gab es viele Parteien, Verbände usw. – jetzt sind Einheitsorganisationen erforderlich;
- der Weimarer Parlamentarismus führte zum 30. Januar 1933 – jetzt sind Demokratie und Volksvertretungen neu zu gestalten.

Über solche Erfahrungen, die stalinistischen Auffassungen und Praktiken unter den SED-Mitgliedern gleich welcher parteipolitischen Herkunft Resonanz boten, sowie über ihren Platz in den akuten Fragen unserer Tage ist zu wenig nachgedacht worden. Zu wenig debattiert wurde wohl auch darüber, daß 1945 fast alle der Agierenden beider Arbeiterparteien – Hermann Brill stellt in dieser Hinsicht eine Ausnahme dar – nahezu nahtlos-unkritisch am Stand des deutschen Parteienwesens von 1932/33 und an die spärlichen Erfahrungen von Aktionsbündnissen anknüpften.

4.) Ein großes Manko der „Debatte“ bestand darin, daß es in ihr kaum um inhaltliche Fragen gegangen ist. Sie war einseitig auf Fragen der Organisationsform orientiert und berücksichtigte zu wenig die konzeptionell-inhaltlichen Vorstellungen der damals für oder gegen die Einheitspartei Agierenden. Die Debatte berührte nur indirekt die für heutige Zielsetzungen notwendigen Schlußfolgerungen; offensichtlich passen weder die damaligen Inhalte noch die enorm große Differenziertheit innerhalb von KPD und SPD während des Vereinigungsprozesses in die nach wie vor von Parteien-Egoismus getragenen Konzepte von heute ...

Welche Inhalte und Meinungsunterschiede von 1945/46 wurden zu wenig beachtet?

Es ging um die Alternativen: Schaffung antifaschistisch-demokratischer Verhältnisse nicht- und vorsozialistischen Charakters **oder** Verwirklichung der Parole vom „Sozialismus auf der Tagesordnung“; Schaffung neuer, d. h. bis dahin noch nicht existierender und erst zu erprobender Verhältnisse **oder** schlichte Wiederherstellung der Weimarer Demokratie (wobei dann immer noch offen war, ob an die Verfassung von 1919 oder an die Realität der späteren Jahre gedacht sein sollte); Schaffung friedensfördernder Verhältnisse zu *allen* Siegermächten **oder** Beibehaltung des nach wie vor in den Köpfen vieler Deutscher spukenden nationalistischen Großmachtdenkens und des antisowjetischen Kurses.

Grundsätzlich muß daher auch zu fragen erlaubt sein, was die heutige SPD und deren rechter Flügel, der ja besonders aktiv von der „Zwangsvereinigung“ wettete, eigentlich noch mit den inhaltlichen Vorstellungen der damaligen Sozialdemokraten zu tun hat. Die Differenz fällt auch auf, wenn an jene Sozialdemokraten erinnert wird, die sich 1945/46 lediglich *gegen* eine sofortige Vereinigung und für ein Aktionsbündnis aussprachen. Zugespitzt läßt sich das Problem so formulieren: Gehört ein Hermann Brill mit seinem Buchenwalder Manifest immer noch in die Traditionslinie der heutigen SPD oder nicht eher in die der PDS? Grundsätzlich geht es aber um jene Traditionen des demokratischen Sozialismus, die sowohl in der SPD als auch in der PDS vorhanden sind und hier wie da zu Gemeinsamkeit geradezu herausfordern.

5.) In der „Debatte“ konnten leider keinerlei Erfahrungen gesammelt werden, wie denn heute – unter Ablehnung des Modells einer Einheitspartei – Gemeinsamkeit angestrebt, gewahrt und genutzt werden kann. Täuscht der Eindruck tatsächlich, daß mancher Kontrahent der PDS die richtige Forderung „Nie wieder Krieg und Faschismus“ präzisiert oder ersetzt wissen wollte durch „Nie wieder Gemeinsamkeit der Gegner von Krieg und Faschismus“?

Offensichtlich war es auch falsch, vor der Debatte nur auf eine „Stunde der Historiker“ zu orientieren. Es wurde doch gerade deshalb so intensiv diskutiert, weil viele spürten, daß sich mit dem Scheitern des belasteten Modells ‘Einheitspartei’ die Frage nach Gemeinsamkeiten, Bündnissen, Koalitionen zwischen sozialdemokratischen und sozialistischen Organisationen keineswegs einfach erledigt hat. Die Realität konservativer Hegemonie und des zunehmenden rigorosen Sozialabbaus, die wachsenden rechtsextremen Gefahren, die spürbare Ungerechtigkeit und „Kälte“ sowie die Existenz zahlreicher anderer Problemfelder der heutigen kapitalistischen Gesellschaft werden immer wieder die Frage erzwingen, wer mit wem und wie wofür

6.) Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die Debatte nach dem 22. April 1996 sowohl von der SPD als auch von der PDS abrupt beendet worden ist. Die Motive der Parteien sind sicher unterschiedlich, hängen jedoch in beiden Fällen wohl hauptsächlich mit den gegenwärtigen innerparteilichen Auseinandersetzungen zusammen.

So muß es z. B. der SPD-Führung doch Sorge bereiten, daß ihr offizieller Beitrag zur Debatte völlig unvereinbar war mit Positionen z.B. von Willy Brandt, die er 1987 in einer Geschichtsdebatte von Historikern der SPD und der SED so formuliert hat (Erben deutscher Geschichte, S. 16 f.): „Während unser Urteil über die historischen Konflikte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten weithin abgeklärt ist, betrachten wir die neueren Entwicklungen, vor allem die historisch neueste in der Sowjetunion, in einer offenen Geisteshaltung, neugierig und gespannt. Selbstverständlich kann die Sozialdemokratie von den einmal gewonnenen und in vielen Gedächtnissen gespeicherten Erfahrungen aus den vergangenen Jahren nicht völlig absehen. Aber wir werden nicht Gefangene gelernter und eingeschliffener Verhaltensmuster und Denkschemata sein, wenn die Welt vor unseren Augen sich wandelt und die alte Betrachtungsweise sich überlebt. Nichts wäre erfreulicher, als wenn auch hier nicht alle alten Schlachten immer neu geschlagen werden müßten.“ Weiter heißt es: „Die Partei als Partei schreibt in unserem Verständnis keine Geschichte. Die Partei als Partei muß sich nicht nur erinnern, sie muß auch vergessen können; der Wissenschaft wird das zweite nicht gestattet.“ Heute muß häufig genug die Wissenschaft schweigen, wenn die Partei das Wort hat

Schließlich schrieb Brandt 1987 auch: „Wenn im hinter uns liegenden Wahlkampf – besonders von bayerisch deutschnationalen Höhen – wieder einmal der Ruf erschallte, es müsse verhindert werden,

daß die Sozis das Volk *erneut ins Unglück* stürzten, so zeigt uns dies nicht nur die robuste Unverfrorenheit im reaktionär-populistischen Lager, sondern auch die Begrenztheit dessen, was politische Bildung und demokratische Kultur bisher zu bewirken vermochten.“¹ Es zeugt von einer im Vergleich zu 1987 noch weiter eingeschränkten demokratischen Kultur, wenn in der Broschüre „Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Thüringen“ die berflüssigkeit der PDS als sozialdemokratisches Ziel deutlich gemacht wird.² Diese Aussage demonstriert, daß es keineswegs allein um Attacken auf das sogenannte Magdeburger Modell oder um eine kritische Positionsbestimmung für das Verhältnis der SPD zur PDS ging.

7.) Aus unserem Verständnis für die Geschichte sowie für das Verhältnis von Geschichte und Politik wäre unter anderem abzuleiten, daß in weiteren Auseinandersetzungen um das Selbstverständnis der PDS und ihre Positionen in geschichtspolitischen Debatten notwendigerweise danach zu fragen sein wird,

- wie sich Demokratie und Parteien zueinander zu verhalten haben, wenn der wohltönende Anspruch des Grundgesetzes ernstgenommen werden soll,
- wie sich Pluralismus und Toleranz heute zu ergänzen haben und welche Verletzung demokratischer Normen vorliegen, wenn die allgemeine Intoleranz gegenüber der PDS fortgesetzt wird,
- über welche Orientierungspunkte für eine demokratischere Gestaltung des Parteienwesens der Zukunft vorrangig nachzudenken sein sollte,
- welche Rolle einer Partei in dem zu suchenden Neuansatz sozialistischer Bewegungen zukommen kann, darf oder muß,
- wie das Konzept einer – von manchen Genossen vorgeschlagenen – „Partei von unten“ als *einer* der möglichen Alternativen zu den immanenten Schwächen des auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft gewachsenen heutigen Parteienwesens beschaffen sein könnte, usw. usf.

Die Reihe dieser und anderer Fragen ließe sich beliebig fortsetzen. Aus unserer kritischen Rückschau heraus halten wir es allerdings generell für erforderlich, gegen jede Art von Instrumentalisierung der Geschichte aufzutreten. Mißbrauch von Geschichte durch die Politik, so wie ihn heute die bundesdeutsche Gesellschaft betreibt, wird noch für lange Zeit zu erleben sein, doch sollte sich gerade die PDS im Interesse ihrer Oppositions- und Alternativ-Funktion um eine stichhaltige, überzeugungskräftige und wissenschaftlich fundierte Annäherung an die historische Wahrheit bemühen.

Nach der Debatte. Erfahrungen aus dem Streit um den 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD. Schriftenreihe des Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Heft 26, Jena 1996, S. 67-71.

¹ Willy Brandt: Die SPD in der deutschen Geschichte. In: Erben deutscher Geschichte. DDR – BRD: Protokolle einer historischen Begegnung. Hrsg. von Susanne Miller und Malte Ristau, Reinbek bei Hamburg 1988, S. 16 f.

² Helga Grebing: Demokratischer Sozialismus – die Alternative zum Kommunismus. In: Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Thüringen. Hrsg. vom SPD-Parteivorstand in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Thüringen (Erfurt 1996), S. 58.

Nürnberg war kein Tribunal der Sieger

Mit dem Abstand fast eines halben Jahrhunderts – das Buch erschien in den USA 1992 – erzählt Taylor über seine Tätigkeit als amerikanischer Hauptankläger im Nürnberger Prozeß gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher. Mit ihm betrat ein junger Colonel damals eine geschichtsträchtige Bühne, auf der er selbst geschickt und engagiert zu agieren verstand. Aufbau und Gliederung des detaillierten Insider-Berichts orientieren sich an Vorgeschichte und Verlauf des Nürnberger Prozesses. Behandelt werden der Ablauf der öffentlichen Sitzungen des Gerichts, das Verhalten und die Verteidigungsstrategien der Angeklagten sowie deren Reaktionen auf Anklage und Urteil. Die vorwiegend chronologische Darstellungsweise versetzt den Leser in die damalige Zeit und läßt ihn das Geschehen vor und hinter dem Richtertisch gleichsam nachvollziehen.

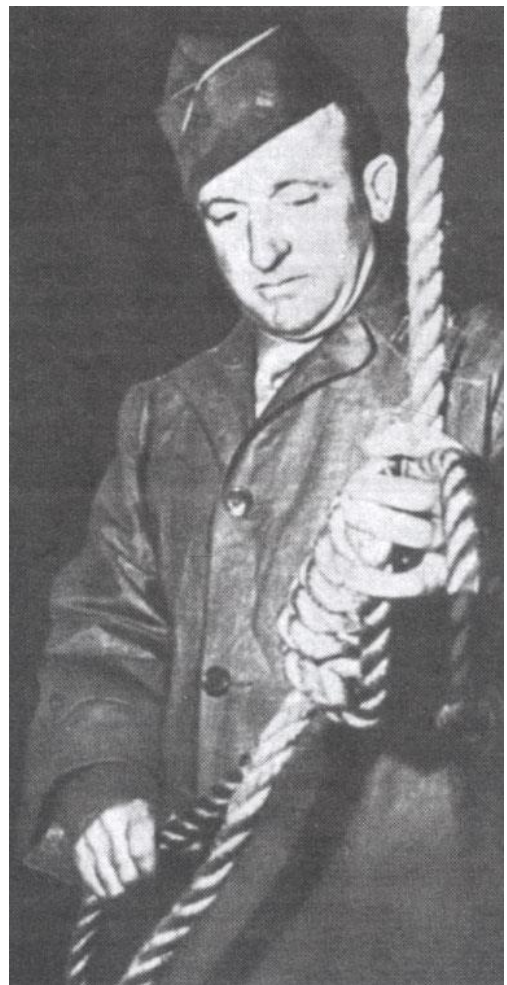
Taylor bewegen vor allem drei Fragen: War der Nürnberger Prozeß notwendig? Wurde er gut geführt? War er erfolgreich? Während er die erste eindeutig und ohne Umschweife mit ja beantwortet, bemüht er sich bei den beiden anderen Fragen um eine recht differenzierte Sicht, die auch manche Kritik an den Richtern und selbstkritische Betrachtungen über die Anklage einschließt. Seine Analyse des Urteils (S. 662 ff.) gilt auch dem Bemühen der Richter, auf die Argumente der Verteidigung einzugehen und sich weder die juristische noch die politisch-moralische Argumentation leichtzumachen. Im Grunde demonstriert er anschaulich, wie Geschichte sehr differenziert betrachtet werden kann, ohne mit Zwangsläufigkeit – die rechtskonservative Historiker zu behaupten nicht müde werden – zu einer „revisionistischen“ und den Faschismus relativierenden Deutung zu gelangen.

Das Bild des Autors ist nicht frei von den Gegensätzlichkeiten innerhalb der Antihitlerkoalition. So betrachtet er als den größten Fehler, der in Nürnberg begangen worden sei, die Anwesenheit sowjetischer Richter auf der Richterbank. „Während die Deutschen für Verbrechen gegen den Frieden bestraft wurden, kamen die Sowjets mit ihren Machtspielen ungeschoren davon“, schreibt er auf S. 738.

Abgesehen von diesem unhistorischen Herangehen ist das informationsreiche und zahlreiche Interna enthüllende Buch sehr zu empfehlen. Gerade im Umfeld jener aktuellen Debatten, die wenig mit Geschichte, dafür umso mehr mit der heutigen Dominanz konservativer Politik und Ideologie zu tun haben, sollte jeder, der ein komplexes Geschichtsverständnis erstrebt, danach greifen. Die abschließend formulierte Mahnung besitzt generelle Bedeutung und widerspricht jeglicher Einengung: „Das Kriebsrecht gilt nicht nur für mutmaßliche Verbrecher besiegter Länder. Es gibt keinen moralischen oder rechtlichen Grund, siegreichen Ländern Immunität gegenüber einer gerichtlichen Untersuchung zu gewähren. Das Kriebsrecht ist keine Einbahnstraße“ (741). Wie wahr! Wie enttäuschend aber auch, daß nicht danach gehandelt wird!

Telford Taylor: Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht. Aus dem Amerikanischen von Michael Schmidt. Heyne Sachbuch Nr. 19/390 799 Seiten Wilhelm Heyne Verlag, München 1995, 24,90 DM.

antifa, Februar 1996, S. 26.



Er vollstreckte das Urteil. Der amerikanische Master Sergeant John Wood.

Wurzeln der Ausländerfeindlichkeit

95% aller Opfer der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik waren Ausländer, drei Viertel aller Aktivitäten der Gestapo galt im Jahre 1943 allein dem Widerstand ausländischer Zwangsarbeiter. Solche und andere Tatsachen wurden in bisherigen Darstellungen zu wenig berücksichtigt. Davon geht der Verfasser in seinem lesenswerten Buch aus, wenngleich er – der Mode folgend – seine Kritiken an ost- und westdeutscher Geschichtsschreibung arg ungleich verteilt.

Der Band enthält neun Einzelstudien, die U. Herbert seit 1989 an verschiedenen Stellen publiziert hat und hier zusammenfaßt. Einen großen geschichtlichen Bogen schlagend, beschäftigt er sich mit drei Fragestellungen: Welche Bedeutung hat die Arbeit für die Definition des „Wertes“ der Individuen in der Gesellschaft? Wie wird in Deutschland definiert, was jeweils als „deutsch“ und als „fremd“ zu gelten hat? Worin bestehen Genese, Tradierung und Kontinuität des Verhältnisses zwischen Deutschen und den „Nicht-Deutschen“?

Der Verfasser gelangt zu der Schlußfolgerung, daß Deutschland de facto ein Einwanderungsland sei und die Debatte um den Zuzug von Ausländern seit mehr als 100 Jahren unter gleichen Fragestellungen und Frontlinien geführt werde, ja sich häufig sogar durch einen „ideologisch-moralischen Fundamentalismus“ (S. 213) auszeichne. Deutlich benennt er die Wurzeln von Fremdenangst und Ausländerfeindlichkeit als die eines sozialen Phänomens: Es wandern eben nicht schlechthin Fremde ein, sondern „*arme* Fremde ... auf der Suche nach Wohnung, Arbeitsplatz, sozialer Versorgung, Perspektive für sich und ihre Kinder. Sie treffen hier auf diejenigen, die zum unteren Drittel oder Viertel dieser Gesellschaft gehören und qua der nationalen Zugehörigkeit zu dieser Gesellschaft diesen Besitzstand verteidigen“, was der gegenwärtigen Entwicklung eine besondere Brisanz verleihe. (S. 228)

Leider geht er nicht darauf ein, daß bereits im Programm der NSDAP zu lesen war, diese Partei – Hitler war damals noch nicht ihr „Führer“ – wolle „Nicht-Deutsche“ ausgrenzen und vertreiben. Es wird auch nicht erhellt, weshalb schließlich gerade diese den Rassismus und die Ausländerfeindlichkeit ins Extrem treibende Partei von den deutschen Eliten in Wirtschaft, Staat, Militär und Parteien gefördert worden ist. Vielleicht hätte er einer Äußerung Friedrich Syrups, seinerzeit Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, mehr nachgehen sollen. Er artikuliert die Erfahrungen, die bis 1914 mit den etwa 1,2 Mill. in Deutschland lebenden Ausländern gesammelt worden sind, mit den aufschlußreichen Worten: „Es ist fraglos, daß die deutsche Volkswirtschaft aus der Arbeitskraft der im besten Alter stehenden Ausländer einen hohen Gewinn (sic!) zieht, wobei das Auswanderungsland die Aufzuchtkosten (sic!) bis zur Erwerbstätigkeit der Ausländer übernommen hat. Von noch größerer Bedeutung ist jedoch das Abstoßen (sic!) oder die verminderte Anwerbung der ausländischen Arbeiter in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges.“

Ulrich Herbert: Arbeit, Volkstum, Weltanschauung. Über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M. 272 S., 26,90 DM.

antifa, März 1996, S. 27.

Einem bedeutenden Historiker gewidmet

Eines der besten Bücher aus der Feder des Bochumer Historikers Hans Mommsen erschien 1989 als Band 8 der Reihe „Propyläen Geschichte Deutschlands“ und behandelte die Geschichte der Weimarer Republik (es sollte übrigens von ihm fortgesetzt werden, was jedoch konservative „Geschichtsrevisionisten“ wie Rainer Zitelmann und Karlheinz Weißmann skandalträchtig zu verhindern wußten!). Den Band über Weimar betitelte sein Verfasser mit der aussagekräftigen Formel „Die verspielte Freiheit“. Daran knüpfen die Herausgeber der vorliegenden Festschrift offensichtlich an. Ganz im Sinne des Jubilars – Hans Mommsen konnte am 5. November 1995 seinen 65. Geburtstag begehen – wird in der umfangreichen, würdigen und anregenden Ehrengabe behandelt, was in der deutschen Geschichte einerseits zum „Aufgeben“ von Freiheit und zur Zerstörung der Demokratie geführt hat, und worin andererseits die politische „Aufgabe“ des Historikers in der Auseinandersetzung mit Diktatur und Nationalismus zu sehen ist.

Mommsen darf als ein bedeutender Zeithistoriker gelten und trug viel zur Erhellung der Geschichte von Nationalsozialismus und Widerstand bei. Um seine mitunter rigoros formulierten Thesen gab es stets heftige und in der Regel auch produktive Debatten. Gestritten wurde bekanntlich über seine Sicht auf die Ursachen des Reichstagsbrandes, über das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Nation, über die Auffassung, Hitler sei im Grunde ein „schwacher“ Diktator und der Nationalsozialismus eine „vorgetäuschte“ Modernisierung gewesen, über die Tendenz einer kumulativen Radikalisierung des Faschismus u. ä. m. Stets waren seine Kreativität und Sachlichkeit, das saubere Erarbeiten der Fakten und das intensive Bemühen um theoretische Schlüsse anzuerkennen. Die Festschrift spiegelt dieses Bemühen in thematischer Vielfalt wider.

Die Beiträge gliedern sich in sechs Teile, die um das Spannungsverhältnis zwischen Universität und Politik („Gelehrte Politik“), die sich mit der Auseinandersetzung der politischen Linken mit der nationalen Frage („Die Linke und die Nation“) und die der Rechten mit den demokratischen Paradigmen („Die Rechte und die Demokratie“), mit der Zerstörung von Freiheit und Verantwortlichkeit im Dritten Reich („Zerstörte Freiheit“) sowie mit dem Umgang mit der deutschen Vergangenheit in Politik und Kultur („Vergangenheitspolitik und Neuorientierung“, „Verstricktes Geständnis“) befassen. Mit Fritz Klein und Olaf Groehler sind auch zwei Historiker der ehemaligen DDR vertreten; ob weitere eingeladen worden sind, aber wie andere auch durch das im Vorwort benannte Raster der Herausgeber fielen, entzieht sich der Kenntnis des Rezensenten.

Es wäre vermessen, auch nur einen der 46 Texte hervorheben oder gar Fehlstellen benennen zu wollen. Leser dieser Zeitschrift werden sicher vor allem nach neueren Aussagen zum Thema Widerstand gegen den Faschismus suchen und bedauern, daß Mommsens Überlegungen zu Begriff und Unteilbarkeit, zum Gesellschaftsbild und den Zukunftsplänen des Widerstandes relativ wenig reflektiert worden sind. Jedoch sollte ihn die Vielzahl eindeutiger Absagen an die inszenierte Selbstgefälligkeit konservativer Erinnerungspolitik und regierungsoffiziellen Gedenkens (z. B. an den 20. Juli 1944) oder mehrfache Warnungen vor dem beträchtlich gestiegenen Marktwert heutiger Rechter entschädigen können.

Den Band beschließt ein imposantes zwanzigseitiges Verzeichnis der Publikationen Mommsens; selbst wer dessen Arbeiten aufmerksam verfolgt hat, wird von manchen Titeln immer noch zu überraschen sein.

Christian Jansen, Lutz Niethammer und Bernd Weisbrod: Von der Aufgabe (Hrsg.) der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995. Akademie Verlag, Berlin 1995, 758 S., 98,00 DM.

antifa, April 1996, S. 25.

Die „graue Eminenz“ von Gestapo und SD

Werner Best stieß erst 1930 zur NSDAP. Er kam aus dem völkisch-konservativen und elitär orientierten Lager, hatte aber bereits 1926 geschrieben, daß eine Wahrnehmung deutscher Interessen nicht an den Kategorien von Recht und Unrecht gemessen werden könnte. Sein Weg führte geradlinig zum Faschismus. Er gehört zu jenen Naziführern, die für den umfassenden Aufbau und die Organisation des faschistischen Terrorapparates von großer Bedeutung waren.

Im Herbst 1931 tauchte er als Verfasser der berühmten „Boxheimer“ Putschpläne auf (deren Bedeutung in dem Buch unzulässig heruntergespielt wird), dann wirkte er als hessischer Polizeipräsident, ab 1934/35 im Führungsapparat von Gestapo und SD, als deren „graue Eminenz“ er bezeichnet werden muß. Während des Krieges avancierte er zum Verwaltungschef in Paris und 1942 zum Reichsbevollmächtigten für das besetzte Dänemark. In der „weitgreifenden Renaissance nationalistischer Kräfte in der Bundesrepublik“ (S. 25) spielte der bereits 1951 aus der Haft Entlassene eine gewichtige, z. T. sogar koordinierende Rolle.

Ulrich Herbert will keine Biographie im üblichen Sinne vorlegen. Das verrät bereits der etwas sperrige Titel. Es erscheint schon ungewöhnlich, im Plural von „biographischen Studien“ zu einer Person zu reden, gemeint ist indessen der Versuch, anhand des Lebensweges von Best und einer auf ihn konzentrierten Perspektive weitere, relativ eigenständige monographische Untersuchungen vorzustellen. Diese gelten vor allem der Denkweise junger rechter Intellektueller in der Weimarer Republik, dem Aufbau und Wirken der Sicherheitspolizei im faschistischen Deutschland, der deutschen Besatzungspolitik in Frankreich und in Dänemark sowie der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, wie sie nach 1945 in den westlichen Teilen Deutschlands betrieben worden ist. Herbert verknüpft die biographische Methode der Geschichtswissenschaft mit der Sozial- und Mentalitätsgeschichtsschreibung. Neben der Behandlung Bests als einer individuellen historischen Figur analysiert er die ganze Gruppe jener Mordgesellen, die um Effizienz der Verwaltung bemüht waren und den Kern des Terrorapparates zu einer „vierten Säule“ (neben Partei, Wehrmacht und Verwaltung) des braunen Regimes erfolgreich aufzubauen verstanden. Die Tatsache, daß es sich bei ihnen in der Regel (und im Unterschied zu vielen anderen Naziführern) um gebildete Leute handelte, hat bereits bei Anklägern und Richtern des „Einsatzgruppen“-Prozesses Verwunderung ausgelöst: „Die Angeklagten sind keine ungebildeten Wilden, unfähig, die höheren Werte des Lebens und der Lebensführung zu schätzen. Jeder hatte den Vorteil einer beträchtlichen Ausbildung genossen.“

Diesen Gedanken verfolgend, erweckt der Autor mitunter den Eindruck, als sei der Nationalsozialismus vor allem eine Angelegenheit sozialentwurzelter Desperados, dumpf-überzeugungsloser Befehlsempfänger und plebejischer Kreise gewesen. Doch hauptsächlich fragt er nach Persönlichkeitsbildern und Überzeugungswelten, nach politischer Sozialisation und weltanschaulicher Motivation des Führungspersonals von SS und RSHA. Wenn es zutreffe, so meint er, „daß die Führer des nationalsozialistischen Polizeiapparates weder technokratische Mordmaschinen noch sozial marginalisierte Befehlsempfänger waren, sondern im Gegenteil eher überdurchschnittlich intelligente, selbstbewußte, tatkräftige und in der Regel sehr junge Männer mit durchaus eigenen politischen Vorstellungen, die zudem der Mitte und den oberen Rängen der deutschen Gesellschaft entstanden als den Randgruppen und Unterschichten, dann wird der Blick zugleich viel stärker auf diese deutsche Gesellschaft selbst gerichtet, aus der heraus seine solche Elite erwuchs, als dies bislang geschah.“ (S. 15)

Für geschichtlich Interessierte und Historiker, die in der faschistischen Herrschaft, in deren Kriegstreben und selbst in der genozidalen Politik ein gerüttelt Maß an Rationalität verwirklicht sehen, sind die Fragestellungen des vorliegenden Bandes allerdings kaum überraschend und neu. Anders stellt es sich für jene dar, die lediglich in Hitler oder in der nationalsozialistischen Ideologie die alles entscheidende Triebkraft des furchtbaren Geschehens zwischen 1933 und 1945 erblicken wollen. Interessant und lesenswert ist das Buch dennoch allemal. Herbert bietet eine Fülle an Fakten und zerpflückt überzeugend die von Best selbst nach 1945 gesponnenen Legenden. Zu manchen Thesen wäre ein fruchtbarer Streit möglich, auch zu seinem Verständnis solcher Begriffe wie Generation, generationeller Stil oder Vernunft.

Ulrich Herbert: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft. 1903-1989, Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, Bonn 1996, 695 S. 58,00 DM.

antifa, Mai 1996, S. 26.

„Frei und unbefangen“?

In den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts leistete kaum eine andere geistige-politische Strömung dem sich formierenden und zur Macht strebenden deutschen Faschismus so viel Vorschub wie die der „konservativen Revolution“. Ebenso ist für keine andere antidemokratische Gruppe so häufig und so intensiv versucht worden, deren geschichtliche Mitverantwortung für die grausigen Verbrechen insbesondere des nationalsozialistischen Regimes in Frage zu stellen, abzuwiegeln oder gar zu leugnen. Definitorische und differenzierende Kunstgriffe halfen alleweil dabei. Sie sollen nicht zuletzt auch der heute im Fahrwasser dieser Gruppe schwimmenden „Neuen Rechte“ nützen.

Der Mannheimer Historiker Siefert bemüht sich ebenfalls um eine differenzierte Sicht und unterscheidet innerhalb der „konservativen Revolution“ völkische, nationalsozialistische, nationalrevolutionäre, aktivistisch-vitale und biologisch-naturalistische Elemente. Anhand von fünf Skizzen versucht er diese idealtypisch zu erfassen. In ihnen porträtiert er – leider unter Verzicht auf wesentliche Kriterien des biographisch-geschichtswissenschaftlichen Genres sowie in Überbetonung dessen, was er eine „intellektuelle“ Biographie nennt – das Gedankengebäude von Paul Lensch, dem er die Geburt des „nationalen Sozialismus“ im Ersten Weltkrieg zuschreibt, Werner Sombart, dessen antikapitalistische Tendenzen hervorgehoben werden, sowie die bekannten Philosophen bzw. Schriftsteller Oswald Spengler, Ernst Jünger und Hans Freyer. Eine Begründung für diese Auswahl fehlt; wichtigere Protagonisten dieser Strömung wie Arthur Moeller van den Bruck, Edgar Julius Jung und Carl Schmitt tauchen kaum auf.

Dem Verfasser geht es insbesondere um das Verhältnis der ausgewählten Ideologen zur Technik als dem Ausdruck von Zivilisation und Moderne. In einem abschließenden Kapitel untersucht er das Verhältnis von „Modernität, Technokratie und Nationalsozialismus“. Weder die in sich uneinheitliche Strömung der „konservativen Revolution“ noch der Nationalsozialismus können nach seiner Auffassung als technikfeindliche Alternative zur Moderne verstanden werden. Vielmehr sieht er in ihnen „Entwürfe einer alternativen Moderne ..., die zum Glück gescheitert sind.“ (S. 221)

Trotz dieses sicher zutreffenden Resümees, trotz des letzten Halbsatzes und einer Vielzahl lesenswerter Passagen bleibt unübersehbar, wie nicht allem eine stets erforderliche differenzierte Sicht angestrebt wird, sondern wie dahinter zu verschwinden droht, worin die ausschlaggebende „Vorläufer“- „Wegbereiter“- und „Weggefährten“-Funktion des deutschen Konservatismus für die braune Barbarei bestand. Eine dem zugrunde liegende politische Motivation findet der Leser möglicherweise im einleitenden Kapitel („Das symbolische Feld der Konservativen Revolution“), wo es mehrdeutig heißt: „Vielleicht mußte erst die historische Legitimität des schärfsten Gegners der extremen Rechten, nämlich der extremen Linken, vollständig zusammengebrochen sein, bis ein freierer, unbefangener Blick auf jene Phänomene möglich wurde.“ (S. 21)

Rolf Peter Siefert: Die Konservative Revolution. Fünf biographische Skizzen (Paul Lensch, Werner Sombart, Oswald Spengler, Ernst Jünger, Hans Freyer). Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1995, 251 S., 19,80 DM.

antifa, Juni 1996, S. 28.

Informativ, aber unzureichend

Über die Rolle des Films im faschistischen Deutschland ist bereits viel geschrieben worden. Nun liegt erstmals eine in sich geschlossene, materialreiche und informative Darstellung darüber vor, wie sich die NSDAP in ihrem Kampf um die Zerstörung der Weimarer Republik auch des Mittels bewegter Bilder bediente. Thomas Hanna-Daoud beschreibt zunächst das Vorgehen der Nazis gegen das „etablierte“ Filmwesen. Er belegt, wie dieses als Institution der „Volksverseuchung“ diskreditiert wurde. Es sei von „rasse- und wesensfremden Elementen“ durchsetzt und müsse „als Propaganda- und Aufklärungsinstrument dem Kampfe der Partei nutzbar“ gemacht werden. Eines der Argumente der Nazis, das auch in ihren gewalttätigen Störaktionen gegen den pazifistischen Film „Im Westen nichts Neues“ zum Vorschein kam, lautete beispielsweise: „Skrupellos gebraucht der Jude als Alleinherrscher den Film zur Massensuggestion. Er weiß, daß mit der bequemen Unterhaltungsart des Films willig seine Beeinflussung der Anschauungen – und die Unterwühlung der Rassegesetze im Menschen anderer Art als er – geschluckt wird ... Hebräer machten aus der Filmkunst eine Filmindustrie.“

Im fünften Kapitel, das den Hauptteil des vorliegenden Bandes ausmacht (S. 43-213) werden die bisher kaum bekannten Aktivitäten der NSDAP als Filmproduzentin und als Filmvorführerin eingehend vorgestellt. Hier wird der Weg verdeutlicht, der von einzelnen filmenden Parteimitgliedern zu den „filmenden Parteiabteilungen“ führte. Letztere stellten bereits 1927 den ersten offiziellen Film her. Behandelt werden auch die Entstehung zentralisierter Einrichtungen sowie die Vielzahl struktureller Veränderungen im Apparat der NSDAP-Reichsleitung. Dies alles wird durch eine „Filmographie“ (S. 277-339) ergänzt, die detailliert über 80 der bisher erfaßten Filmproduktionen der NSDAP-Reichsleitung sowie einzelner nationalsozialistischer Gauleitungen und Unterorganisationen erfaßt. Leider fehlt – ungewöhnlich für eine wissenschaftliche Publikation – ein Personenregister.

Das empirische Ergebnis ist alles in allem beachtenswert. Dennoch dürfen analytische Mängel der Arbeit nicht übersehen werden. So lautet z. B. eine der ausgesprochen schwachen Schlußfolgerungen, die 1930 geschaffene Reichsfilmstelle der NSDAP sei „fest in die Hierarchie der Partei eingebunden und den Weisungen der Reichsleitung unterstellt“ gewesen (S. 83). Der Verfasser weiß offensichtlich auch wenig von den parteiinternen Auseinandersetzungen und ihren Ursachen. Neuere monographische und biographische Darstellungen bleiben unberücksichtigt, manche Literaturangabe ist unkorrekt. Das Ergebnis leidet vor allem unter der Tatsache, daß alles ausgeblendet bleibt, was es im Filmwesen der Weimarer Republik an konservativ-deutschnationalem und völkischem Gedankengut gab und wie dieses letztlich zugunsten der nationalsozialistischen Filminhalte wirksam geworden ist. Zwar wird zitiert, was „Die Rote Fahne“ am 9. Juli 1932 schrieb, doch spielt das – trotz überspitzter Formulierung – erkennbare Problem für den Verfasser keine Rolle: „Wozu soll denn die NSDAP offizielle Filme drehen? Die Ufa besorgt die Filmpropaganda für den Faschismus viel besser und raffinierter, als es die Dilettanten“ dieser Partei können (S. 164). In der Untersuchung des Verhaltens von offiziellen Prüfstellen des Weimarer Staates gegenüber den nationalsozialistischen Filmen gelangt H.-D. jedoch zu dem Ergebnis, daß die meisten Filme ungehindert die staatliche Zensur passierten; kein Wunder, wenn man weiß, daß der seit 1924 amtierende Leiter der Filmoberprüfstelle Ernst Seeger in NS-Zeitschriften publizierte und 1933 folgerichtig zum Leiter der Abteilung Film im Goebbels-Ministerium avancierte ...

Thomas Hanna-Daoud: Die NSDAP und der Film bis zur Machtergreifung Hrsg. von Jürgen Wilke, Böhlau Verlag Köln, Weimar, Wien 1996, 345 S., 78,00 DM.

antifa, August 1996, S. 25.

Herbst wirft interessante Fragen auf, aber er bietet nur vage Antworten

Nach den Auseinandersetzungen um Karlheinz Weißmanns Gesamtdarstellung zur deutschen Geschichte von 1933 bis 1945, die inzwischen wegen ihrer allzu offenkundigen Rechtslastigkeit vom Propyläen-Verlag zurückgezogen werden mußte, wird wohl jeder andere Bücher zum gleichen Gegenstand mit gesteigertem Interesse lesen. Die Lektüre des hier anzuzeigenden Werkes zeitigt ein ungleich besseres, obgleich keineswegs zufriedenstellendes Ergebnis.

Der Verfasser – vor wenigen Jahren vom Münchener Institut für Zeitgeschichte an die Humboldt-Universität Berlin gewechselt – unternimmt den löblichen Versuch, die zwölf Jahre der Nazibarbarie hauptsächlich unter den Kategorien „Rassismus“ und „Krieg“ zu analysieren. In der Entfesselung der zerstörerischen Kräfte des Rassismus und des Krieges sieht er zwei historische Prozesse von säkularem Rang. Er spürt Ideen, Strukturen und Vorgänge auf, die in Deutschland zum „Krieg nach innen“ – geführt vor allem gegen die Juden – und schließlich auch zum „Krieg nach außen“ führten. Begrüßenswert ist seine eindeutige, voll und ganz gültige Aussage: „Der Krieg füllte nicht nur die Hälfte der nationalsozialistischen Herrschaftsperiode aus, sondern der Nationalsozialismus kam aus dem Krieg, fand im Krieg seine eigentliche Bestimmung und ging im Krieg schließlich unter.“ (S. 9) Rassismus und Krieg bilden die Bezugs-punkte einer Darstellung, die zugleich den Zusammenhang zu den weiteren Bestandteilen deutschen Politik und den gesellschaftlichen Grundstrukturen sucht. Im Gegensatz zu anderen Autoren billigt H. den außenwirtschaftlichen und rüstungspolitischen Aspekten der faschistischen Diktatur einen breiten Raum zu.

Bewußt verzichtet Herbst auf eine komplexe Darstellung. Insofern spiegelt der Untertitel des Bandes sein eigentliches Anliegen wider. Er konzentriert sich auf die Frage, wie Deutschland den Weg zur „rassistisch-utopischen Inhumanität ging, den Zweiten Weltkrieg auslöste, ihn so lange erfolgreich führte, bis er globale Ausmaße annahm, und ihn zum Schauplatz einer Serie monströser Verbrechen machte, die ihresgleichen in der Geschichte suchen?“

Einseitigkeiten bleiben bei solcher Betrachtungsweise nicht aus. Hätten wir heute – wie der Verfasser unterstellt – tatsächlich ein anderes Bild vom Nationalsozialismus, „wären Großbritannien und Frankreich Hitler 1933, 1934, 1935, 1936 oder 1938 und nicht erst im September 1939 entgegengetreten“? In welche irrelevanten Regionen ein solches Herangehen führt (oder führen soll?) zeigt die problematische Aussage: „Österreich wurde nicht etwa annektiert, weil Hitler in der österreichischen Staatsbank Devisenvorräte vermutete, die dringend benötigt wurden, sondern weil sich eine Konstellation ergab, welche die Annexion ermöglichte ... Ähnliches läßt sich für den Verlauf des Krieges sagen.“ (S. 24 f.)

Macht jedoch wirklich erst eine Gelegenheit Diebe zu Dieben und Räuber zu Räubern?

Das im wesentlichen chronologisch gegliederte Buch bietet dem Leser zahlreiche Informationen, viele nützliche Anregungen und auch bedenkenswerte Aussagen. Auf die vielversprechenden Fragen findet er zumeist vage Antworten. Insgesamt entläßt es seine Leser mit mancherlei Unbehagen: So wird das Problem der Kontinuität großdeutschimperialistischer Zielsetzungen kaum behandelt und die relative Stabilität des Regimes zu stark aus der „rückkoppelnden“ Zustimmung großer Teile der deutschen Bevölkerung abgeleitet.

Ludolf Herbst: Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg (edition suhrkamp 1285, Neue Folge Bd. 285). Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1996, 495 S., DM 29,80.

antifa, September 1996, S. 25.

Einzeltäter – Einzelmeinung?

„Vaterlandsverrat“ – Kostproben des Geistes, aus dem dieser Vorwurf erwächst Ein Einzeltäter sei es gewesen, bemühte man sich sogleich zu beteuern, nachdem der „Eklat von Berlin“ durch die Medien gegangen war. Da hatte einer den Bundespräsidenten Roman Herzog in seiner Rede zum „Tag der Heimat“ unterbrochen, ihn als „Vaterlandsverräter“ beschimpft. Dabei hatte Herzog nichts weiter gesagt, als daß Deutschland keine Gebietsansprüche mehr erhebe und die Verschiebung der Grenzen auch „nicht mehr das Thema unserer Zeit“ sei.

Die Öffentlichkeit freut sich, daß der Landesvater spontan richtig reagierte und „die größte Beleidigung gegen ein deutsches Staatsoberhaupt“, so dpa, mit „Schämen Sie sich!“ konterte. Keiner fragt danach, ob hier in der Tat wirklich nur ein einzelner seinen Unmut gegen Bonns „Aussöhnungs“-Gesten gegenüber Tschechen und Polen artikulierte.

Kurz vor dem diesjährigen „Tag der Heimat“ kam in einem der großen Verlage hierzulande ein Buch heraus, das in zweierlei Hinsicht interessant ist: zum einen demonstriert es, wie dümmlich Geschichtsfälschung im Zeichen angeblicher Wissenschaftlichkeit betrieben werden kann, zum anderen bietet es Kostproben des Geistes, aus dem der Vorwurf „Vaterlandsverräter“ erwächst. Der Autor, Fritz Peter Habel, setzt sich hierin mit einer „politischen Legende“, der „Massenvertreibung von Tschechen aus dem Sudetengebiet 1938/39“, auseinander.¹

Zur deutschen Besetzung des Sudetengebietes heißt es: „1938 erklärte sich die ČSR auf starkes Drängen von Großbritannien und Frankreich in einem internationalen Notenwechsel bereit, die überwiegend von Sudetendeutschen bewohnten Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens an das Deutsche Reich abzutreten. Das gleichfalls internationale Münchener Abkommen regelte daraufhin lediglich Ablauffragen.“ (S. 46)

Lediglich Ablauffragen? Verschwiegen und verharmlost wird, was das expansiv-aggressive Programm der deutschen Faschisten erhellen würde. Von Schuld der Aggressoren ist keine Rede. Und alles hat sich damals geordnet und normal vollzogen ...

Sodann erweckt Habel den Eindruck, daß lediglich 120 Tschechen (S. 134) - es können auch 140 gewesen sein, wie er 50 Seiten zuvor meint (S. 85) - mit Gewalt aus dem Sudetengebiet verjagt worden sind. Alle anderen, d. h. Hunderttausende, wären bloß „Zuwanderer“ gewesen und dann, als das Sudetengebiet ins „Deutsche Reich heimgeholt“ wurde, lediglich dorthin „zurück“ gegangen, wo sie hergekommen waren.

Damit nicht genug. Betont wird noch, wie gutherzig sich doch die Deutschen verhalten haben: Falls „rückwandernde Tschechen ihr gesamtes bewegliches Eigentum“ nicht mit sich führen konnten, wurde es sogar „jahrelang aufbewahrt und nach 1945 wieder ausgehändigt“ (S. 79).

Die Botschaft ist klar: Menschenrechtsverletzung gab es erst mit der Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit ihr könne und dürfe man sich nicht abfinden.

Und so wundert es am Ende keinen mehr, wenn der Verfasser kritisiert, daß in Bonn eine falsche Politik betrieben und bisher zu wenig erreicht worden sei: „Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung 1990 entstanden aus mangelnder Vorbereitung und beiläufiger Verhandlung für die Sudetenfrage bedeutsame Versäumnisse. Auch später wurde die Aversion bzw. Unfähigkeit deutscher Verbände und Politiker deutlich, historisch oder nur zeitgleich Konsequenz zu artikulieren und zu agieren ... Dabei wäre es insgesamt mindestens möglich und eigentlich unbedingt erforderlich gewesen, die internationalen Grenzen wenigstens neuer Staaten zur Vermeidung des Entstehens neuer Konfliktpotentiale erst dann anzuerkennen, wenn sie dem Selbstbestimmungsrecht der jeweiligen Bewohner entsprochen hätten.“ (S. 13 f.) Folgt man der Argumentationslinie des Buches, hätte es im letzten Satz nicht Bewohner, sondern Eigentümer heißen müssen, denn als das (nächste) Ziel aller

¹ Fritz Peter Habel: Eine politische Legende - die Massenvertreibung von Tschechen aus dem Sudetengebiet 1938/39 Langen Müller, München 1996.

Verhandlungen mit Prag wird herausgestellt, „die Vertreibung wenigstens in der Eigentumsfrage wieder gut zu machen“. (S. 15)

Wird so „Versöhnung“ erreichbar, von der das offizielle Bonn redet?

Ohnehin äußern sich Vertriebenenfunktionäre wie der Thüringer BdV-Vorsitzende Paul Latussek ganz anders. Im Streit um einen Gedenkstein in Hildburghausen negierte er rundweg, daß es einen Zusammenhang zwischen dem von den deutschen Faschisten ausgelösten und erbarmungslos geführten Zweiten Weltkrieg und den Aussiedlungsaktionen von 1945/46 gebe. Latussek erklärte, deren Ursache liege „im Nationalismus der Polen, der Tschechen, die sich lange vor 1933 diese Ziele gestellt und sie nach dem Zweiten Weltkrieg, als Deutschland, sicher durch eigene Schuld, machtlos war, verwirklicht habe“. (!)

Reicht es aus, von jenen Schamgefühl zu verlangen, die so etwas von sich geben? Es gibt doch wohl genügend Beispiele für die Schamlosigkeit rechtsextremer Kräfte und für deren Folgen.

So jedenfalls wird „Versöhnung“ zwischen Tschechen und Deutschen nicht zu erreichen sein. So lassen sich auch die Vermutungen und Befürchtungen der Nachbarvölker nicht entkräften, in Deutschland greife wieder nationalistischer und revanchistischer Ungeist um sich.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 12. September 1996, S. 10.

Goldhagens Suche und die Reaktionen

„Hundert bis einhundert-fünfzig Männer des Bataillons riegelten die brennende Synagoge ab, so daß keiner der eingeschlossenen Juden dem Inferno entkommen konnte. Sie schauten zu und hörten die Verzweiflungsschreie von mehr als siebenhundert Menschen, die einen schrecklichen und qualvollen Tod starben. Die meisten der Opfer waren Männer, aber auch Frauen und Kinder befanden sich darunter. Einige der Juden im Inneren des Gebäudes entgingen dem Feuer-tod, indem sie sich die Pulsadern aufschnitten oder sich erhängten. Mindestens sechs Juden rannten aus der Synagoge, ihre Körper und Kleidung in Flammen. Die Deutschen schossen jeden einzelnen nieder, um dann zu beobachten, wie diese menschlichen Fackeln ausbrannten.“

Seit Monaten wettern einige renommierte Historiker und Publizisten – sie stammen vorwiegend aus den alten Bundesländern – gegen den Versuch eines jungen amerikanischen Historikers, den „Holocaust“ als ein spezifisch deutsches Phänomen zu erhellen, ihn aus dem Sonderweg Deutschlands durch die Geschichte der letzten Jahrhunderte zu erklären und den Wurzeln bereitwilliger Mittäterschaft vieler Deutscher nachzuspüren. Noch ehe das Buch auf dem deutschen Markt erschien, hielten sie sofort Verdikte aller Art parat. In großer Aufmachung artikulierte „Der Spiegel“ den Vorwurf, das deutsche Volk werde 50 Jahre nach Nürnberg erneut vor ein Tribunal gestellt und zu kollektiver Schuld verurteilt. Die FAZ tonte, schmachvoll sei die These vom „eminent antisemitischen und vernichtungsbereiten Nationalcharakter der Deutschen“ radikalisiert worden. Andere sprachen von „kruder Deutungsdogmatik“ und „überheblichem Argumentationsstil“.

Jetzt, nachdem das Buch in deutscher Sprache vorliegt, kann und muß beides beurteilt werden: das Werk und sein Echo, die Intention des Autors und die seiner Kritiker. Um es vorwegzunehmen – mein Urteil fällt zugunsten Goldhagens aus, und das trotz einer Reihe gewichtiger Einwände.

Das Buch überzeugt vor allem da, wo in großer Dichte quellengesättigtes Material geboten wird. Und dieses läßt den Leser erschauern. Ausführlich wird über die aktive Mitwirkung der als nichtnationalsozialistisch charakterisierten Polizeibataillone am Judenmord berichtet, ferner über die Institution der „Arbeits“-lager sowie über die Todesmärsche von 1945. In letzteren sieht der Autor den „eklatantesten Ausdruck für die fanatische Entschlossenheit Hitlers und aller anderen am Vernichtungsprogramm Beteiligten, die ‚Endlösung der Judenfrage‘ zu vollenden.“ (S. 197) Goldhagen zeigt nicht allein, daß sich mehr als 100.000 Deutsche als „Vollstrecker“ an den Mordtaten beteiligten, er weist auch nach, in welch erschreckendem Ausmaß Eigeninitiative entwickelt und spontan gehandelt worden ist.

Darüber hinaus geht es ihm um die Besessenheit, den Eifer und den offen zur Schau gestellten Genuß, mit denen häufig Juden niedergemetzelt wurden. Gerade diesem Material gegenüber, das insbesondere aus der Ludwigsburger Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen stammt, will es mehr als nur geschmacklos erscheinen, wenn ihm ein wissenschaftlicher Neuwert abgesprochen werden soll, nur weil fast zeitgleich zu den Forschungen des Verfassers die themenrelevanten Publikationen von Christopher Browning und Heiner Lichtenstein vorgelegt worden sind. Der mittlere Teil des Buches – er umfaßt die Fallstudien in den Kapiteln 5 bis 14 – wird von essayartigen Teilen umrahmt, in denen Schlußfolgerungen und Thesen vorgetragen werden. Deren wichtigste besagt, daß der Antisemitismus viele Tausende „gewöhnlicher“ Deutscher veranlaßt habe, Juden grausam zu ermorden, und daß auch Millionen anderer Deutscher nicht anders gehandelt hätten, wären sie in die entsprechenden Positionen gelangt. (S. 22) Kritisch-apodiktisch äußert sich Goldhagen zu den Erklärungen der Täter-Motive durch Historiker, die von gehorsamer Befehlserfüllung sowie vom Konformitätsverhalten und Karrierismus seelenloser Technokraten ausgehen. Er wirft der bisherigen Holocaust-Forschung vor, den Tätern grundsätzlich eine neutrale, wenn nicht sogar ablehnende Haltung gegenüber dem Genozid unterstellt zu haben. Stattdessen meint er, die Täter hätten sich an ihren eigenen Überzeugungen orientiert sowie die Ausgrenzung und Elimination der Juden für gerechtfertigt gehalten. Dieser Erklärungsansatz ist produktiv, nimmt man ihn als Ergänzung anderer Theorien und als Versuch, zu einer komplexen Deutung zu gelangen. Goldhagen stellt ihn jedoch allen anderen Auffassungen gegenüber.

Er verabsolutiert ihn und erhebt ihn in den Rang von Einzigartigkeit. Ihm genügt es, wortreich und mit erheblichen Redundanzen, den „bösen“, „dämonisierenden“ und „eliminatorischen“ Antisemi-

tismus und seine Verwurzelung im alltäglichen Denken der Deutschen für alle Untaten verantwortlich zu machen. Die eigentlich zu beantwortende Frage nach den Ursachen dieses Antisemitismus und seiner unterschiedlichen Erscheinungsformen scheint für ihn irrelevant zu sein. Ihm geht es allein um dessen „Dimensionen, Reichweite und Stärke“ (S. 68), nicht um seine Ursachen.

Da aber beginnen die Unzulänglichkeiten der Darstellung. Sein Geschichtsverständnis ist einseitig. In ihm spielen andere geschichtswirksame Faktoren als jener a priori gesetzte eliminatorische Antisemitismus eine untergeordnete Rolle, schlimmer noch: der Verfasser negiert sie sogar bewußt. So wird die „Arisierung“ lediglich einmal erwähnt, doch auch da nur nebenbei und als Bestandteil genereller Attacken gegen eine Berücksichtigung sozialökonomischer Faktoren. Das expansionistische „Lebensraum“-Konzept und die nationalsozialistischen Pläne für eine „Germanisierung“ des europäischen Ostens fehlen völlig. Die ohnehin dürftige Analyse des Programms der NSDAP erfaßt lediglich jene Punkte, in den die antisemitischen Ziele benannt worden sind.

Die an der Spitze des Programms stehenden Forderungen nach einem „Großdeutschland“, nach der Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges und der Grenzen von 1914 sowie nach der „Ausrottung des Marxismus“ spielen für den Autor keine Rolle. Die Sieges euphorie der Nazis in den ersten Kriegsjahren wird ausgeklammert, stattdessen erscheint der Zweite Weltkrieg lediglich als eine „geostrategische“ Ermöglichung des antisemitischen Mordplanes.

Solche und andere Begrenztheiten sind zu bedauern. Sie führen zu zahlreichen Fehlern in Detailfragen, die hier nicht erfaßt werden können, und beeinträchtigen den richtigen, von jedem Antifaschisten grundsätzlich zu akzeptierenden Versuch einer mentalitätsgeschichtlichen Analyse der Täter-Motive. Mehr als schade ist auch, daß Goldhagen wenig an das anknüpft, was zu seiner Fragestellung bereits in den jahrzehntelangen Auseinandersetzungen mit dem deutschen Faschismus geleistet worden ist. Immerhin hatte die 1942 entstandene „Kommission für Kriegsverbrechen“ der Antihitlerkoalition in ihren Listen etwa eine Million Deutscher erfaßt. Und die Frage, wieviele deutsche Hände eigentlich nötig waren, um mehrere Millionen Menschen umzubringen, stellte Michael Romm bereits 1964 in seinem bekannten Dokumentarfilm „Der gewöhnliche Faschismus“. Das Bild, das ihn dazu inspirierte, findet sich zwar auch auf der Seite 476 des Buches, doch ohne jeden Bezug zur früheren Verwendung.

Beide Weltkriege sind von Deutschland ausgegangen. In keinem anderen Land konnte der Faschismus ein solches Maß an Vernichtungswillen gegenüber anderen Völkern, an krimineller Energie und leider auch an Massenfanatismus entwickeln. Immer wieder riefen bei den Nachbarvölkern die ökonomische Effizienz Deutschlands, sein nationalistisch-militaristisches Großmachtstreben wie auch seine irrationalen Geistesströmungen Beunruhigung hervor. Und obwohl in der Geschichte anderer Mächte auch furchtbare Erscheinungen und beängstigende Merkmale existieren, gehört die Vernichtung der Juden durch den deutschen Faschismus zweifellos zu jenen Phänomenen, die und immer wieder des Nachdenkens und des Erklärens bedürfen. Ein Beitrag dazu, sei er noch so provokativ und unzulänglich, sollte daher gerade von den Deutschen angenommen werden.

Jeder Versuch, mit und über Goldhagen hinaus die Ursachen des „Holocaust“ zu klären, wird vor allem von jenen geschichtlichen Tatsachen zu handeln haben, die Ausdruck und Ergebnis des deutschen „Sonderweges“ in der Geschichte der letzten Jahrhunderte gewesen sind. Gerade solche Tatsachen sind es jedoch, die zunehmend von konservativ-deutschnationalen Geschichtsrevisionisten und Modernisierungs-Theoretikern vergessen gemacht oder schlicht sogar geleugnet werden. Ihre Bemühungen gelten dem Anliegen, die Kriegspolitik und den Völkermord des deutschen Faschismus zu relativieren, die geschichtlich einmaligen Verbrechen mit seinen angeblich positiven Seiten aufzurechnen und zugleich jeglichen Antifaschismus zu diskreditieren. Auffällig ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß eine ganze Reihe deutscher Historiker bereits vor Goldhagen Fragen gestellt und Antworten im Sinne seiner Thesen gegeben hat, beispielsweise bei der Behandlung der Wehrmachtsverbrechen. Gegen sie ist zwar polemisiert, jedoch kein solcher „Aufschrei“ inszeniert worden wie jetzt gegen den amerikanischen Historiker. Sollten wieder einmal „nationale“ Beweggründe wirksam sein?

Hier sei noch eine andere Beobachtung erwähnt: Die überhebliche, dequalifizierende Art, in der Goldhagen von Augstein, Frei, Jäckel, Mommsen u. a. behandelt worden ist, sagt wenig aus über das Werk, viel aber über bestimmte Argumentationsmuster historisierender Publizisten und politisierender Historiker im heutigen Deutschland. Es handelt sich nicht um Ausrutscher oder ähnliches; nur allzu ungut erinnert sich der Rezensent an Behauptungen, die vor Jahr und Tag zur Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft verwendet worden sind und die nun wieder auftauchen: „unwissenschaftlich“, „Mangel an originärer Leistung“, „keine neuen Quellen“, „fragwürdige Ergebnisse“ usw. usf. Man mag sich schließlich sogar fragen, ob es in Deutschland neben den genannten Besonderheiten seines geschichtlichen Weges nicht auch einen besonderen Umgang mit Büchern gibt.

Dieser begann keineswegs erst mit dem „ungelesenen Bestseller“ Hitlers oder mit der Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933; er endete auch nicht mit dem geschäftsfördernden Verriß des letzten Grass-Romanes. Es ist und bleibt wohl ein weites Feld, das nun auch in den Attacken auf Goldhagen zum Vorschein kam

Daniel Jonah Goldhagen an seine Kritiker („Die Zeit“, Nr. 32 vom 2. August 1996, S. 13):

„Mein Buch beschwört an keiner Stelle eine ethnische, rassische oder biologische Vorstellung von den Deutschen, es gibt nicht einmal eine Andeutung; es postuliert auch in keiner Weise so etwas wie einen ewigen deutschen ‚Nationalcharakter‘; es handelt in keiner Weise von einer wesentlichen, unveränderlichen psychologischen Anlage bei den Deutschen oder etwas Nebelhaftem wie dem ‚deutschen Wesen‘. All das sind Erfindungen gewisser Kritiker – die dafür keinen Beleg im Text finden werden. Ich lehne solche Vorstellungen kategorisch ab. Im entschiedenen Gegensatz zu den Unterstellungen meiner Kritiker mache ich in meinem Buch wiederholt und mit Nachdruck deutlich, daß meine Argumentation sich auf die *Überzeugungen* und *Wertvorstellungen* konzentriert, wie sie in Deutschland vorfindbar waren. Sie waren Teil der deutschen politischen Kultur, wie sie sich damals darstellte, und sie bestimmten die Art und Weise, wie Deutsche auf die antijüdischen Maßnahmen der NS-Zeit reagierten. Die Behauptung, in den dreißiger Jahren seien die meisten Deutschen Antisemiten gewesen, ist nicht rassistischer, als wenn man sagt, die meisten Deutschen sind heute für Demokratie. In beiden Fällen handelt es sich um empirisch belegte, korrekte Verallgemeinerungen über die meisten, nicht über alle Deutschen.

Daran den Vorwurf zu knüpfen, ich würde die Bundesrepublik von heute beleidigen, könnte nicht weiter von der Wahrheit entfernt sein.“

Daniel Jonah Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Aus dem Amerikanischen von Klaus Kochmann, Siedler Verlag, Berlin 1996, 728 S., DM 59,80.

antifa, Oktober 1996, S. 26-27.

Die Berichte der Gruppe Neu Beginnen

Angesichts des nationalsozialistischen Nachrichten- und Propagandamonopols sind zeitgenössische Einschätzungen aus dem Widerstand für Forschungen zur Sozial- und Alltagsgeschichte des Dritten Reiches unentbehrlich. In öffentlicher Form standen bisher nur die Deutschlandberichte des sozialdemokratischen Parteivorstandes (Sopade) zur Verfügung. Nunmehr liegen auch die Berichte vor, die von linkssozialistischen Vertrauensleuten und Emigranten gesammelt worden sind. Sie zeugen von der intensiven Arbeit jener Gruppe, die 1929 entstand und auf die Bildung einer revolutionären Einheitspartei der Arbeiterbewegung zielte, die in Opposition zur Sopade und zur KPD stand und sich seit August 1933 *Neu Beginnen* nannte. Geleitet u. a. von Walter Loewenheim („Miles“), Richard Löwenthal („Paul Sering“), Karl Frank („Karl Hagen“) stellte sie zwischen Dezember 1933 und September 1936 jene 18 Berichte her, die jeweils in mehr als tausend Exemplaren vertrieben wurden und hier erstmals dokumentiert sind. In ihnen findet der Forscher mikrohistorische Darstellungen aus der Sicht „teilnehmender Beobachter“, welche aufschlußreiche Einblicke in die „Volksmeinung“ zum faschistischen Regime sowie in die erheblichen Auseinandersetzungen über das Versagen der großen Arbeiterparteien von 1933 erlauben. Nutzbringend können sie vor allem durch eine Verwendung parallel zu anderen Quellenüberführungen sein.

In einer ausführlichen Einleitung stellt Stöver die Organisation und das Widerstandskonzept der Gruppe Neu Beginnen vor. Er erweist auf ihr Ziel, sich „mit allen Vorgängen marxistisch auseinanderzusetzen“ und ihre Mitglieder „für ihre politischen Aufgaben zu qualifizieren“ (S. XL) Darüber hinaus analysiert er das System der Nachrichtengewinnung und -übermittlung. Den Meldungen der Gruppe spricht er eine hohe Glaubwürdigkeit zu, belegt vor allem durch stichpunktartige Vergleiche mit anderen Quellen. Die sachlich gehaltenen Fußnoten, zahlreiche Querverweise sowie Register zu den erwähnten Personen, Orten und Betrieben erleichtern die Benutzbarkeit der edierten Dokumente. Es wäre wünschenswert, künftig auch solche sozialdemokratisch-antifaschistischen Materialien zu edieren wie die „Nachrichten des Auslandsbüros“ von 1935/37, der „Sozialdemokratische Wochenbrief“ von 1936/37 u. a. m., die noch in den Archiven schlummern.

Bernd Stöver: Berichte über die Lage in Deutschland. Die Lagemeldungen der Gruppe Neu Beginnen aus dem Dritten Reich 1933-1936. (Beiheft zum Archiv für Sozialgeschichte, 17). Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Verbindung mit dem Institut für Sozialgeschichte Braunschweig/Bonn. Verlag. H. W. Dietz Nachfolger, Bonn 1996.

antifa, November 1996, S. 29.

Für die Mörder waren sie nur Juden

Die Kinder vom Bullenhusener Damm

Jene zwanzig Kinder, von denen Günther Schwarberg berichtet, starben in der Nacht vom 20. zum 21. April 1945. Sie – zehn Mädchen und zehn Jungen – wurden im Keller der Volksschule Bullenhusener Damm mitten in Hamburg erhängt. Das jüngste stand im fünften Lebensjahr, der älteste drei Tage vor seinem 13. Geburtstag. Sie waren Opfer medizinischer Versuche der SS-Ärzte Dr Hans Klein und Dr. Kurt Heißmeyer im KZ Neuengamme, die durchaus „gewöhnliche“ Deutsche zu nennen sind. Die Kinder von Juden galten ihnen allenfalls als Versuchstiere, nicht als Menschen. Ungerührt hatten sie ihren Opfern Tbc-Erreger in die aufgeschnittene Haut, zum Teil mit einem Gummischlauch durch Mund und Luftröhre in die Lunge gepreßt. Und ebenso kaltblütig ließen sie kurz vor Kriegsende die Kinder umbringen; nichts sollte von ihrem Tun an das Licht der Öffentlichkeit gelangen. Ein Kommando unter dem Befehl des SS-Obersturmführers Arnold Strippel verübte den Mord. Weil sich die Schlingen nicht von allein zuzogen, half ein SS-Mann nach: Er hängte sich an die leichten Körper Anschließend wurden die Leichen verbrannt, die Asche auf den Feldern von Neuengamme verstreut und zudem die Zeugen des Verbrechens – zwei Ärzte, zwei Krankenpfleger und 24 sowjetische Kriegsgefangene – umgebracht. Tags darauf erhielten die Mörder ihren Lohn: 20 Zigaretten und einen halben Liter Schnaps ...

Das „schändlichste Verbrechen in der Geschichte der Menschheit“, so das Urteil des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Martin Hirsch, wurde bekannt, als ein britisches Militärgericht gegen vier SS-Männer verhandelte und sie – fast zeitgleich mit dem Abschluß des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher – im Oktober 1946 zum Tode verurteilte. Strippel und die beiden Ärzte konnten erst später aufgespürt werden.

Schwarbergs Darstellung sind entlarvende Details aus dem Leben der Täter nach 1945 zu entnehmen, auch aus dem Verhalten beider deutscher Staaten gegenüber der personifizierten Unmenschlichkeit. Das Vorgehen bundesdeutscher Justizorgane gegen sie gleicht in vieler Hinsicht einem Skandal. So wurde Strippel zwar wegen anderer Verbrechen bestraft, er erhielt 1971 dennoch 121.477,92 DM als „Entschädigung für unschuldig erlittene Straftaten“. 1987 stellte das Hamburger Landgericht ein erneut angestrengtes Verfahren gegen ihn endgültig wegen „Verhandlungsunfähigkeit“ ein und erstattete ihm die Kosten. Heißmeyer wurde in Magdeburg, wo man jedoch vier Jahre bis zur Verhaftung des Arztes benötigte, zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Reue zeigte er nicht, statt dessen sprach er von seiner Überzeugung, „nichts Schlechtes getan zu haben, wenn man das Konzentrationslager ausklammert“.

Schwarberg – Jg. 1927, aktiv gegen Versuche, Nazi-Vergangenheit zu verdrängen – spricht von „meinen“ Kindern. Sein Buch gibt ein Bild von der Untat wie auch von einer unzureichenden, oft verhinderten Sühne, das betroffen macht.

Günther Schwarberg: Meine zwanzig Kinder. Steidl Verlag, Göttingen 1996. 144 S., br., 12,00 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 8. November 1996, S. 13.

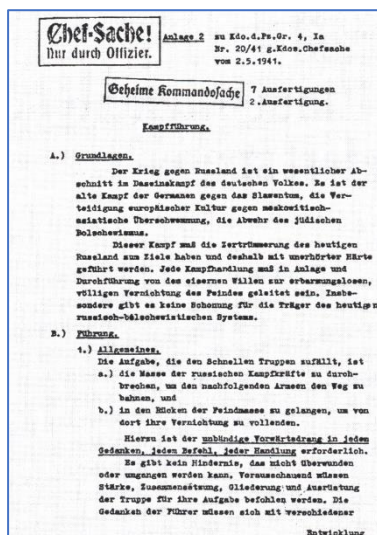
Das Nürnberger Urteil – rechte Zweifel und Eindeutigkeiten, ein halbes Jahrhundert später

Der allgemeine Zeitgeist trägt – stärker als je zuvor – ein historisches Gewand; seine rechten Grundtendenzen kommen sogar fast ausschließlich in ihm daher. Er entäußert sich zumeist in Deutungen und Interpretationsmustern der Vergangenheit. Das kann angesichts der bitteren Tiefpunkte deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert auch gar nicht anders sein. Wer sich an den riesigen Trübel erinnert, der im vergangenen Jahr um den 8. Mai 1945 entfaltet worden war (und der darüber hinaus in der Regel allen geschichtlichen Ereignissen gilt, wenn sie sich mit faszinierenden runden Zahlen jähren), konnte ähnliche geschichtspolitische Aktivitäten zum Nürnberger Prozeß erwarten, der am 1. Oktober 1946 mit dem Urteilsspruch abgeschlossen wurde und dem am 16. Oktober 1946 die Hinrichtung einiger deutscher Hauptkriegsverbrecher folgte. Dieser Prozeß vervollständigte damals den militärischen Sieg der Antihitlerkoalition über den deutschen Faschismus, er beruhte auf einer tragfähigen juristischen Grundlage und sollte einer friedlichen Zukunft der Menschheit dienen. Mit ihm endete im wahrsten Sinne des Wortes ein Jahrhundertprozeß.

Indessen: 50 Jahre danach galt ihm wenig „geschichtsrevisionistische“ Aufmerksamkeit. Es gab keinen spektakulären Aufruf wie jenen „Wider das Vergessen“ von Rainer Zitelmann aus dem Jahr zuvor, kein Dregger erhob seine Stimme, kein Kongreß wurde angekündigt usw. Von wenigen Ausnahmen war in linken Zeitungen und Zeitschriften, die bekanntlich nur einen geringen Teil des gesamten deutschen Pressemarktes repräsentieren, mehr zum Thema zu lesen als in allen anderen zusammen. Diese Tatsache wirft zugleich ein bezeichnendes Licht auf die vielfach anzutreffende und gebetsmühlenartig wiederholte Behauptung, in Deutschland dominiere ein „linker“ Zeitgeist und werde die „Faschismus-Keule“ geschwungen ...

Aus Umständen und Begleiterscheinungen des Themas „50 Jahre nach Nürnberg“ lassen sich dennoch einige zeitgemäße Überlegungen über die gegenwärtige konservativ-nationale und rechtsextreme „Vergangenheitspolitik“ ableiten. Trotz des Dauerbrenners „DDR-Unrechtsstaat“, trotz der überwiegenden Rückschau auf andere, auf wichtige und weniger wichtige historische Ereignisse – 40 Jahre Aufstand in Ungarn, 50 Jahre Vertreibung der Sudetendeutschen, 150 Jahre medizinische Operationen unter Narkose, 190 Jahre Schlacht bei Jena und Auerstedt u. a. m. – ging selbstverständlich das Thema Nürnberg in der Presse nicht völlig unter. Aber es fällt schon ein wenig schwer, nach meinungsbildenden Äußerungen zu suchen, sind diese doch eher im Kleingedruckten zu finden und aus scheinbar ausgewogenen Wertungen herauszulösen. So hielt es die „Zeit“ für richtig, an den 16. Oktober 1946 mit einem an sich belanglosen Artikel zu erinnern, der auf der Grundlage eines Gesprächs mit dem 87jährigen Joe Malta, einem der Henker der US-Army, beruht. Lediglich eine Formulierung erweckt Aufmerksamkeit: Der Mann, der auch heute noch keine Reue verspüre, weil die Nazis „die Schuldigen“ am Kriege und am Abschachten der Juden gewesen wären, der Mann habe am 16. Oktober 1946 in „Nürnberg zehn *sogenannte* Hauptkriegsverbrecher“ gehängt. Solche an ein kleines Wörtchen gebundene Distanzierung zu Anklage und Urteil des Internationalen Militärgerichtshofes erfolgt in der Bundesrepublik seit den Zeiten des Kalten Krieges, als die Herrschenden auch zu verhindern wußten, daß die in Nürnberg Verurteilten ins Strafregister der BRD eingetragen wurden. Sie lag bereits dem Urteil des Bundesgerichtshofes vom 9. September 1958 zugrunde, in dem der Adenauer-Regierung bescheinigt wurde, daß sie „aus grundsätzlichen Gründen ausländische Verurteilungen wegen *angeblicher* Kriegsverbrechen nicht anerkennt.“ Von den Verbrechen am Frieden und im Kriege zu sprechen erscheint vielen als unangebracht, als nicht vornehm genug, als Verletzung der empfindlichen Ohren von Deutschen, die doch wieder etwas in der Welt sein wollen, die Ansprüche erheben und keineswegs nur einen „sogenannten“ mitbestimmenden Standort anstreben. Im Keller ihrer Seite 4 ließ die „Die Welt“ am 1. Oktober dieses Jahres Knut Teske zu Wort kommen. Auch er tönnte mit etwas gedämpfter Trompete. Ohne jede eigene Wertungen teilte er lediglich mit, daß das Urteil gegen einige „Rädelsführer“ wie Göring, Ribbentrop und Kaltenbrunner damals „selbstverständlicher Erwartung“ entsprochen hätte. Der Tenor seines Beitrages richtete sich gegen die Sowjets: „Wäre es nach Stalin gegangen, hätte ohnehin die gesamte deutsche Führungsschicht – und zwar ohne Verfahren – automatisch am Gal-

gen geendet.“ Die Methode ist weder neu noch undurchschaubar: Debatten aus der Vorgeschichte des Prozesses werden diesem selbst zugeordnet. Zur Erinnerung: Bereits während des Zweiten Weltkrieges waren sich die Alliierten der Antihitlerkoalition einig in der Absicht, den faschistischen „Augiasstall“ zu säubern, wie es später einmal Robert Kempner als einer der Nürnberger Ankläger formulierte, doch wußte keiner von Anfang an, wie dies konkret geschehen sollte. Um die Ausarbeitung des Londoner Statuts für das Internationale Militärtribunal war bis zum Kriegsende und auch unmittelbar danach erbittert gerungen worden. Es gab sehr unterschiedliche Vorstellungen, wie die Bestrafung auszusehen haben würde. Immer wieder tauchten auch Lösungsvorschläge auf, die einfacher als ein langwieriges, kompliziertes Gerichtsverfahren zu realisieren schienen. Da sprachen Briten und Russen (also keineswegs allein Stalin!) von standrechtlichen Erschießungen einiger tausend mutmaßlicher Naziverbrecher, da war auch die Rede davon, diese – wie einst Kaiser Napoleon – durch einen politischen Verwaltungsakt auf eine einsame Insel zu verbannen. Allerdings rüttelte niemand ernsthaft an dem Gedanken einer ordentlichen, juristisch einwandfreien Verurteilung durch Richter der Siegermächte. Wer sollte denn für eine gerechte Bestrafung Sorge tragen, wenn nicht die Sieger? Für die Idee, die Aburteilung der Verantwortlichen einem deutschen Gerichtshof zu überlassen, konnte und durfte sich niemand erwärmen. Zu frisch war die Erinnerung an den mißlungenen Versuch nach dem Ersten Weltkrieg, als das höchste Gericht des Deutschen Reiches sich 1920/21 lediglich zu 12 Prozessen bereit gefunden und neben Freisprüchen nur in sechs Fällen lächerlich geringe Freiheitsstrafen ausgesprochen hatte. Ebenso ließ sich nicht realisieren, ein Gericht aus Angehörigen neutraler Länder zu schaffen, da deren Zahl im weltumspannenden Krieg zu gering geblieben war.



Wer über das „Unrecht“ von Nürnberg spricht, muß auch über diese Anlage Nr. 2 zur Aufmarsch- und Kampfanzweisung „Barbarossa“ der Panzergruppe IV (General Hoepner) vom 2. Mai 1941, sprechen.

Als wichtigsten Makel des Nürnberger Prozesses bezeichnete Teske, daß dieser kein „moralisches Bollwerk“, keine Instanz zur Aburteilung künftiger Untaten gegen die Unmenschlichkeit geworden sei. Neugierig – weil wissend, daß es zwar noch kein neues Nürnberg, wohl aber eine Vielzahl neuer Kriege und neuer Kriegsverbrechen gegeben hat – liest man weiter und hofft auf eine Erklärung. Doch da heißt es lediglich, daß trotz der Notwendigkeit, ein paar führende Nazis als „echte Feinde des Weltfriedens“ zu verurteilen, weil alles andere ein „Kotau vor dem Aufstieg des Barbarischen“ gewesen wäre, die Frage nach der „Verhältnismäßigkeit“ des Nürnberger Prozesses gestellt werden müsse. Wieder einmal kommt eher beiläufig zum Vorschein, was hinter einem unschuldig klingenden Wort stecken

kann: Verhältnismäßig wäre es nach der Empfehlung des Autors. wenn sich „die nationale Justiz“ mit den „echten Feinden des Welt-friedens“ befaßt hätte und heute so befassen würde wie „in Deutschland mit den früheren Machthabern der DDR.“ Der aktuelle Rundumschlag ist vollzogen, Nürnberg en passant diskreditiert, und die Bundesrepublik erscheint wieder einmal als ein Ausbund an Vorbildlichkeit ...

Auch solche Publikationen verdeutlichen, wie stark in deutschen Landen der Blick zurück auf Nürnberg durchgängig von Zweideutigkeiten beherrscht und Wertungen in der Schwebe gehalten werden. Zugleich wird der Nürnberger Prozeß von rechtsextremen Kreisen zunehmend mit ganz eindeutigen und haßerfüllten Tiraden bedacht. In der Kontinuität der Argumente von jenen der damaligen Verteidiger bis zu den neuesten Ergüssen sind Steigerungen erkennbar: Wurde vor zehn Jahren in einer Publikation Werner Masers aus dem MUT-Verlag noch von Nürnberg als einem „Exempel“ gesprochen, das die Sieger hätten statuieren wollen, und die Nürnberg zugrunde liegende Rechtsvorstellung mit der Hitlers gleichgesetzt, äußerte sich 1996 beispielsweise Konteradmiral a. D. Günter Poser, bekannt auch als einstiger Chef des Militärischen Abschirmdienstes der BRD sowie als stellvertretender Bundesvorsitzender der „Republikaner“, in der September-Ausgabe der

antisemitischen „Unabhängigen Nachrichten“ auf acht Seiten über Nürnberg als eine „legalisierte Lynchjustiz“. Die Nürnberger Prozesse, deren Fairnis übrigens ansonsten allseits anerkannt worden ist, seien nichts anderes als „für die Weltöffentlichkeit inszenierte politische Schauprozesse in Ausübung von barbarischem Sieger- und Besatzungsrecht“ gewesen.

Welches Ausmaß an scheinheiliger nationalistisch-profascistischer Beschimpfung des Nürnberger Prozesses heute möglich ist, kann dem am 30. Oktober d. J. vom Coburger Verlag Nation Europa ausgelieferten neuen Buch des bekannten Publizisten Peter Dehoust entnommen werden. Sein in jeder Hinsicht aufschlußreicher und die Wahrheit ins Gegenteil verkehrender Titel lautet: „Heuchler, Henker und Halunken. Der Nürnberger Prozeß vor 50 Jahren“. Dehoust – Mitherausgeber der Zeitschrift „Nation & Europa“ – spricht von einem „Inquisitionstribunal“ der Sieger, das alle geltenden Rechtsgrundsätze gebrochen und „ein ganzes Volk an den Pranger gestellt“ habe, sowie von „Lüge und Heuchelei in monströsem Ausmaß“. Er hält – assistiert von Franz Schönhuber, dessen nebensächlichen Erinnerungen an Nürnberg unter dem Titel „Im Schatten der Verdammung“ in diesen Band aufgenommen wurden – einen neuen „Historikerstreit“ für dringend geboten, denn es seien nicht die Sieger des Zweiten Weltkrieges, sondern die Besiegten, „die einen Nachholebedarf an historischer Wahrheit und Gerechtigkeit haben.“ Aus dem gerechten Urteil von Nürnberg wird eine Ungerechtigkeit gegenüber den verurteilten Verbrechern konstruiert. So stempelt man die Richter zu Heuchlern und Halunken, so werden die tatsächlichen Henker wieder einmal zu Helden stilisiert.

Sollte Theo Waigel etwa dieses Buch schon gekannt haben, als er vor dem letzten CDU-Parteitag von den „Nachfolgern der Henker und Menschenchinder“ sprach, mit denen nicht paktiert werden dürfe? Dem forschen Finanzminister sei nichts unterstellt, doch führt seine Philippika ebenso exakt wie der Erguß von Dehoust und Schönhuber zum Kern der Dinge: Sowohl die mißbräuchliche Behandlung als auch jede ungerechtfertigte

Unterbewertung des Nürnberger Prozesses gehören in die unendlich große Reihe zwielichtiger anti-antifaschistischer Aktionen der politischen und geistigen Eliten der heutigen Bundesrepublik Deutschland. Auch Nürnberg soll seines antifaschistischen Geistes entkleidet werden. Immer deutlicher tritt die Tendenz hervor, die nationalsozialistischen Untaten zu verharmlosen und in diesem Zusammenhang andere Kräfte als Verbrecher zu kriminalisieren: Antifaschisten sollen als die eigentlichen Schuldigen an Kriegen und Massenverbrechen erscheinen. Solcher Anti-Antifaschismus dient nach Inhalt und Umfang einer entschuldigenden und zugleich entschuldenden Rechtfertigung des historisch diskreditierten Modells einer faschistischen Diktatur.

Schlimme nationalistische Töne sind unverkennbar, dazu auch zunehmend faschistisch-rassistische. Für manche geht es nicht mehr um das an die Adresse der Antihitlerkoalition gerichtete Argument, mit dem Nürnberger Verteidiger ihre Mandanten zu retten versuchten. Du bist auch schuldig, Du hast ebenfalls Kriegsverbrechen begangen, also laß uns in Ruhe, hieß es bei ihnen. Aus den Vergleichen mit Untaten der Alliierten im Zweiten Weltkrieg werden inzwischen auch ganz andere als nur solche der landläufigen totalitarismustheoretischen Art gezogen. So offenbarte vor einiger Zeit Gustav Sichelschmidt in seinem Buch „Der ewige Deutschenhass“ Ergüsse eines potenzierten Nationalismus. Larmoyant zählte er die Deutschen „zu den bestgehaßten Völkern der Weltgeschichte“. Der Deutschenhaß besitze „mit Sicherheit eine unvergleichlich höhere Effizienz“ als der Antisemitismus:

„Die Wirkungen des Antigermanismus übertreffen bei weitem die Horrorvisionen des Antisemitismus ...“ Weiter heißt es im Text: „Die Blutopfer der beiden gegen Deutschland kaltblütig in Szene gesetzten Weltkriege überbieten in der Tat alles, was die Juden an Pogromopfern im Laufe ihrer Geschichte zu beklagen haben.“ Noch eine Kostprobe: Die Juden hätten „in aller Welt ihre pompösen Holocaustdenkmäler und -museen zur besseren Erpreßbarkeit der Deutschen errichtet ...“ Am Ende – dies wird hier keinen überraschen – geht es wieder einmal um die angebliche Notwendigkeit, die Grenzen des heutigen Deutschlands zu verändern. Es ist nicht bekannt, ob gegen den Verfasser wegen Volksverhetzung ermittelt worden ist; das juristische Instrumentarium ist zwar vor-

handen, doch finden sich wohl immer weniger Juristen, die es zu nutzen bereit sind. Selbst wenn es zu Prozessen kommt, wie etwa z. Z. in Koblenz, reiben sich die angeklagten Neonazis die Hände, weil Richter keinen Weg sehen, jemanden für die Äußerung „Unsere Partei heißt NSDAP“ hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Natürlich erhebt sich spätestens an dieser Stelle die Frage, ob denn solche und andere kaum zitierfähigen Auffassungen gegenwärtig den Geist, das Sinnen und Trachten einer Mehrheit der Deutschen erfüllen. Zwar liegt das bislang erreichte Ausmaß rechter Denkweisen im Dunkeln, doch dürfte zugleich vor allem die Tatsache entscheidend und zugleich furchterregend sein, daß in Deutschland die alltägliche Gewöhnung an das bislang als ungewöhnlich Geltende immer größer wird. Der Effekt des Sich-Gewöhnens an Existenz, Erscheinungsformen und Wachstum des aus der Mitte der Gesellschaft rührenden Rechtsextremismus darf sicher als Ausdruck und Ergebnis zunehmender Politikverdrossenheit, von Resignation und Apathie betrachtet werden, er ist aber auch das indirekte Resultat einer selbstzerstörerischen Zerstrittenheit tatsächlicher und potentieller Gegenkräfte.

Gerade dieser Gewöhnungseffekt läßt wohl nichts anderes als böse Ahnungen zu, wie und wohin sich das alles entwickeln wird. Zwar ist nicht mit einer Wiederholung von 1933 zu rechnen, doch der konservativ und national bestimmte Zeitgeist von heute führt in neuartige, gegenüber dem Brutalofaschismus von einst gleichsam in effizientere und schicklichere Formen des Abbaus von Demokratie und Recht sowie in neue Formen von undemokratischer Gewalt und friedensbedrohender Außenpolitik. Dabei begegnen sich zwei Tendenzen: Die eine verkörpert sich in den Bemühungen eines größeren Teils rechtsextremer Kräfte, auf dem Boden des Grundgesetzes zu agieren und allzu offensichtliche Bezüge zum historisch diskreditierten Faschismus zu vermeiden, die andere in den wachsenden Attacken konservativer und rechtsliberaler Kreise auf die demokratischen Inhalte des Grundgesetzes und die auf ihnen beruhende Rechtsprechung.

Daher scheint z. B. Wolfgang Schäubles „Weniger Demokratie wagen“ (FAZ, 13.9.1996) eines der gewichtigsten Warnzeichen zu sein, das im Augenblick von rechts kommen kann. In dieser Orientierung läßt sich – ebenso wie in zahlreichen anderen Erscheinungen konservativer Kritik an Parlamentarismus, an Urteilen des Bundesverfassungsgerichts und an demokratischen Grundrechten der Opposition – nicht allein die Wegbereiter-Funktion früherer Deutschnationaler zugunsten der in der NSDAP organisierten deutschen Faschisten erkennen, sondern das wachsende demokratiefeindliche Handeln neuer Tätergruppen.

antifa, Dezember 1996, S. 17-20.

Vom Umgang mit einer Lebenslüge

Das Buch der britischen Journalistin ist in mehrfacher Hinsicht lesenswert. Es bietet eine gründlich erarbeitete Biographie über Hitlers ehrgeizigen und tatkräftigen Rüstungsminister, dessen Wirken erheblich zur Verlängerung des Zweiten Weltkrieges beigetragen hat. Wie kein anderes stützt es sich auf die vorhandenen Unterlagen sowie auf bislang unzugängliche Quellen. Sie konnte Briefe und andere persönliche Papiere nutzen, vor allem auch die Manuskriptentwürfe Speers, die sie mit seinen geglätteten Veröffentlichungen vergleicht. Das Buch spiegelt zudem die umfangreichen Bemühungen der Autorin wider, Speers Eingeständnis seiner Schuld kritisch zu erhellen. Über vier Jahre hinweg kam sie zu intensiven Gesprächen mit ihm zusammen, die sie mit psychologischem Einfühlungsvermögen und großem historisch-politischem Verständnis zu führen verstand. In ihnen wollte sie die Wurzeln seines ambivalenten Verhaltens nach 1945 aufspüren. Bekanntlich hatte Speer sich zwar vor ;u dem Nürnberger Gerichtshof zu seiner Verantwortung bekannt und seine Verurteilung akzeptiert, jedoch stets behauptet, nichts von den faschistischen Verbrechen, insbesondere nichts vom Völkermord an den Juden, gewußt zu haben. Seine Schuld definierte er nur als „Billigung durch Wegsehen“ (S. 817), worauf seine Lebenslüge aufbaute. Sie diente ihm dazu, fatale Tatsachen wegzuerklären und der Wahrheit nicht ins Auge zu blicken. In den hier ausgebreiteten Selbstdarstellungen Speers und in den Recherchen der Verfasserin dreht sich fast alles um den 6. Oktober 1943, das „entscheidende Datum in seinem Leben“. (S. 463) An diesem Tage hatte Himmler in Posen einen größeren Kreis führender Nazis über die Vernichtung der europäischen Juden informiert. Speer unternahm alles, auch offensichtliche Unredlichkeiten, um nachweisen zu können, daß er nicht unter den Zuhörern gewesen wäre, so als hätte es für ihn gar keine anderen Möglichkeiten gegeben, von den Verbrechen etwas zu erfahren. Die Autorin zerpfückt diese Schutzbehauptung, läßt aber offen, ob sie tatsächlich stimmt. Insgesamt meint sie, Speer habe während seiner zwanzigjährigen Haft und bis zu seinem Tode zunehmend um die Wahrheit gerungen und sei schließlich ein anderer geworden, ein „tiefkultivierter, einsamer Mensch“, der in Erkenntnis seiner Schwächen und in der Auseinandersetzung mit seiner Vergangenheit versucht habe, „das Universum und die menschliche Natur zu ergründen ...“ (S. 830) Vom titelgebenden Trauma der Deutschen wird kaum geredet, eher vom „Bösen in Hitler“, dessen Teil Speer gewesen sei.

Gitta Sereny: Das Ringen mit der Wahrheit. Albert Speer und das deutsche Trauma, Kindler Verlag, München 1995, 861 S.

antifa, Dezember 1996, S. 17-20.

Der Nürnberger Prozeß und die Verurteilung der Hauptkriegsverbrecher¹

Der allgemeine Zeitgeist trägt – stärker als je zuvor – ein historisches Gewand; seine rechten Grundtendenzen kommen sogar fast ausschließlich in ihm daher. Er entäußert sich zumeist in Deutungen und Interpretationsmustern der Vergangenheit. Das kann angesichts der bitteren Tiefpunkte deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert auch gar nicht anders sein. Wer daher die Frage beantworten will, wie rechts der Zeitgeist gegenwärtig sei, sieht sich unweigerlich veranlaßt, vor allem konservativ-nationale und rechtsextreme Geschichtsauffassungen zu betrachten. Zu einem kleinen, den Nürnberger Prozeß gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher berührenden Ausschnitt aus dem großen Feld konservativ-nationaler und rechtsextremistischer „Vergangenheitspolitik“ möchte ich sprechen.

Ich stütze mich dabei weniger auf Äußerungen aus der Zunft der Historiker; zu groß ist die Scham über die Rolle ihrer Repräsentanten in der ideologisch-moralischen Rechtfertigung neuer deutscher Großmacht- und Standort-Ansprüche, zu sehr bin ich über ihr Verhalten in der Goldhagen-Debatte und über ihre Blamage beim letzten Historikertag empört, zu nachdenklich bin ich auch gestimmt angesichts einer Äußerung des damaligen stellvertretenden britischen Hauptanklägers in Nürnberg, Sir David Maxwell-Fyfe, der in seinen Erinnerungen davon sprach, daß er „keine geschickteren Apologeten als deutsche Professoren und Historiker“ kenne.² Ich benenne hier vorrangig den Aufguß ihrer Ergebnisse, der jüngst in den gedruckten Massenmedien zutage trat und der erfahrungsgemäß weit mehr als die Wissenschaft den „Zeitgeist“ großer Teilen der Bevölkerung direkt prägt.

Am Beginn soll eine persönliche Bemerkung stehen: Als ich meine Zusage gab, hier einen Beitrag zum Nürnberger Urteil und seinem Stellenwert 50 Jahre danach zu leisten, ging ich von einer Annahme aus, die sich als falsch erwiesen hat. Ich erinnerte mich an den riesigen Trubel, der um das Datum 8. Mai 1945 entfaltet worden war, und der darüber hinaus in der Regel allen geschichtlichen Ereignissen gilt, wenn sie sich mit faszinierenden runden Zahlen jähren. Dem Prozeß von Nürnberg, der am 1. Oktober 1946 mit der Urteilsverkündung endete, und der die am 16. Oktober 1946 erfolgte Hinrichtung von Ribbentrop, Keitel, Kaltenbrunner, Rosenberg, Frank, Frick, Streicher, Sauckel, Jodl und Seyß-Inquart folgte, der den militärischen Sieg über den deutschen Faschismus vervollständigte und auf einer tragfähigen juristischen Grundlage durchgeführt worden ist – diesem im wahrsten Sinne des Wortes Prozeß des Jahrhunderts –, wurde jedoch die erwartete rechte „geschichtsrevisionistische“ Aufmerksamkeit nicht zuteil. Es gab keinen spektakulären Aufruf wie jenen „Wider das Vergessen“ von Rainer Zitelmann aus dem Jahr zuvor, kein Dregger erhob seine Stimme, kein Kongreß wurde angekündigt usw. Von wenigen Ausnahmen abgesehen³ scheint das Urteil erlaubt, daß im „Neuen Deutschland“, in der „jungen Welt“, im „Freitag“ und einigen anderen linken Zeitungen⁴, die bekanntlich nur einen geringen Teil des gesamten Pressemarktes repräsentieren, mehr zum Thema zu lesen war als in allen anderen zusammen; eine Tatsache, die zugleich ein bezeichnendes Licht auf die vielfach anzutreffende Behauptung erlaubt, in Deutschland dominiere ein „linker“ Zeitgeist und werde die „Faschismus-Keule“ geschwungen ...

¹ Diskussionsbeitrag zur Tagung der PDS „Wie rechts ist der Zeitgeist?“ am 25./26.10.1996 in Salzgitter. Eine teilweise Veröffentlichung erfolgt in der Zeitschrift „antifa“ in H. 12/1996.

² Zit. nach Werner Maser: Das Exempel. Der Nürnberger Prozeß als historisches Problem. Zwei Vorlesungen. Asendorf 1986, S. 60

³ Siehe z. B. Kurt Sontheimer: Im Namen der Menschlichkeit. in: Berliner Illustrierte Zeitung, 29./30. September 1996, S. 17; Jörg Friedrich: Kein in Nürnberg Verurteilter kam in das Strafregister. In: Süddeutsche Zeitung, 1. Oktober 1996, S. 10. Wesentlich größer ist in diesen Tagen die Aufmerksamkeit für den Nürnberger Prozeß gegen 23 NS-Ärzte, der am 25. Oktober 1946 begann und am 20. August 1947 mit der Urteilsverkündung endete.

⁴ Siehe Horst Hoffmann: „Ich verhörte Hunderte, die Millionen töteten. Nürnberg 1946: Notizen von Gesprächen mit Robert Kempner. in: Neues Deutschland, 28./29. September 1996, S. 11 ; Walter Poeggel: Die Gerechtigkeit nahm ihren Verlauf. Vor 50 Jahren: Im Nürnberger Nazikriegsverbrecherprozeß werden die Urteile verkündet. In: Neues Deutschland, 30. September 1996, S. 12; Kurt Pätzold: Nürnberg – war da was? Vor fünfzig Jahren wurden die Urteile im Prozeß gegen Göring und andere deutsche Hauptkriegsverbrecher verkündet. In: Junge Welt, 1.10.1996, S. 11; ders., Die „Weltkrieg-II-Lügen“ – von Ursprüngen, Methoden und Absichten. In: antifa, H. 10/1996, S. 17 ff.; Alexander Meschnig: Im Sinne der Anklage nicht schuldig. Zum 50. Jahrestag der Urteilsverkündung im Ersten Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher. In: Freitag, 4. 10. 1996, S. 9

Müßte ich nun eigentlich schweigen? Sollte ich mich vielleicht darauf beschränken, nach dem systemtypischen Motto „Reklame ist alles“ die Gelegenheit zu mißbrauchen, von diesem Pult aus für das von Kurt Pätzold und mir neu herausgegebene Buch „Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen“⁵ zu werben? Oder lassen sich dennoch aus den Umständen und Begleitscheinungen des Themas „50 Jahre nach Nürnberg“ Überlegungen ableiten, die hier interessieren? Nach meiner Ansicht ist letzteres eindeutig mit „ja“ zu beantworten – sonst stünde ich nicht hier.

Es bietet sich an, zunächst einmal danach zu suchen, welchen Jahrestagen und historischen Ereignissen statt des Nürnberger Themas in der veröffentlichten Meinung gebührender oder auch ungebührlich großer Raum zugestanden wurde. Eine kleine „Blütenlese“ aus den großen Zeitungen und aus den sehr viel mehr gelesenen, in Analysen des geistigen Zustandes Deutschlands häufig unterschätzten regionalen Blättern erlaubt bereits manchen Aufschluß.⁶ Dabei gehe ich nicht auf die seitenfüllenden Dauerbrenner-Komplexe MfS und DDR-Unrecht ein, auch nicht auf die hochgepuschten sudetendeutschen Eigentumsansprüche, die einer „Versöhnung“ zwischen Deutschen und Tschechen zugrundegelegt werden sollen.

Was aber fand sich nun in den Printmedien der letzten Wochen? Da wurde vor allem der Ereignisse vor 40 Jahren in Ungarn gedacht. So stellte „Der Spiegel“ am 14. Oktober 1996 seine Geschichtsseiten unter den Titel „Neue Kreml-Protokolle zum Budapester Aufstand 1956“.⁷ Der „Stern“ behandelte den „Tod in der Lubjanka“ und das Ende des schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg, der in Ungarn Tausende Juden vor den Nazis rettete⁸, ein Thema, das eine Woche zuvor auch im „Spiegel“ bedacht worden war.⁹ Mein nächstes Beispiel echauffierter Wiederbelebung propagandistischer Praktiken aus der Zeit des Kalten Krieges stammt aus der Provinz: Nachdem im vorigen Jahr alles das, was die US-Army 1945 aus dem Jenaer Zeiss-Werk raubte, ins Positive gewendet und der Abtransport von Wissenschaftlern des Schott-Werkes vornehm als „Zug der 41“ auf einer Gedenktafel verewigt worden war, stand nun eine Einschätzung jener russischen Aktion, die am 22. Oktober 1946 14 Schott-Mitarbeiter betraf. Eine unter dem Motto „Unabhängig – weltoffen – heimatverbunden“ erscheinende Regionalzeitung titelte: „Deportations-Befehl ohne Vorankündigung“.¹⁰ Ich bleibe auch im folgenden in meiner Heimatstadt: Da wurde vor kurzem der Schlacht bei Jena und Auerstedt von 1806 gedacht. Rund 1000 Akteure in historischen Uniformen führten mit viel Pulverdampf und ausreichendem Brimborium vor, was 190 Jahre zuvor blutiger Ernst gewesen war. In welch erschreckendem Maße charakterisiert es doch den Zeitgeist, wenn wieder Krieg gespielt wird und sich noch dazu weit über 10.000 zahlende Zuschauer einfinden.

Protestiert hat übrigens nur ein kleines Häuflein junger Christen mit dem Satz „Soldaten sind Mordskerle“. In den Bewertungen dieser mutigen Aktion durch Zeitungsschreiber aller Art dominierten Hohn, Verachtung und Aggressivität. Der Forderung, lieber Frieden zu spielen, ist noch keiner nachgekommen ...

Nicht alles, was aus der Geschichte für erinnerungswürdig gehalten wurde, trägt übrigens den Stempel des Politischen. „Die Zeit“ widmete ihr „Dossier“ in Nr. 43 vom 18. Oktober 1996 nicht mehr dem Thema Goldhagen oder der Jagd auf Stephan Hermlin, sondern nach eigener Charakterisierung einer „Revolution“ vor 150 Jahren. Man liest: „Am 16. Oktober 1846 begann in Boston eine neue Epoche. Zum erstenmal gelang eine Operation, ohne daß der Patient dabei Schmerzen verspürte ...“

⁵ Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker (Hrsg.): Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen, Leipzig 1996.

⁶ Ein zum Thema passendes Beispiel findet sich in „Die Zeit“ vom 16. Oktober 1996 auf S. 12: „Noch viele ‚Zeitzeichen‘ an Fassaden, Werbeschriften aus vergangenen Jahrzehnten in Ost-Berlin zum Teil gut erhalten“. Moniert wurde insbesondere die Lesbarkeit der Zeilen „Mit der Jugend der Zeit für Frieden, Freiheit und Fortschritt“ an der Hauswand eines ehemaligen Schulhofes in der Auguststraße 11/13. Der Inhalt dieser Losung spielt offensichtlich keinerlei Rolle; entscheidend ist offensichtlich allein, von wem etwas stammt.

⁷ Der Spiegel, Nr. 42 vom 14. Oktober 1996, S. 194 ff.

⁸ Stern, Nr. 42 vom 10. Oktober 1996, S. 158 ff.

⁹ Nr. 40 vom 30.9.96, S. 196 ff.

¹⁰ Thüringische Landeszeitung, 21. Oktober 1996.

Gewiß: Fast alle der benannten Daten sind wichtig und der Erinnerung würdig. Dies sei weder bestritten noch geleugnet. Ihren Rang für den Zeitgeist erhalten sie jedoch erst dadurch, daß sie anderes verdecken und Wichtigeres verdrängen. Ja, ich halte die Besinnung auf das Ende, auf die Bestrafung der faschistischen Abenteurer, die den Zweiten Weltkrieg entfesselten und ganz Europa mit Massenverbrechen überzogen, für bedeutsamer als anderen geschichtspolitisch aufgemotzten Schnickschnack.

Selbstverständlich ist das Thema Nürnberg in der deutschen Presselandschaft nicht völlig untergegangen. Aber es fällt schon ein wenig schwer, nach meinungsbildenden Äußerungen zu suchen, sind diese doch eher im Kleingedruckten zu finden und aus scheinbar ausgewogenen Wertungen herauszulösen. So hielt es die eben erwähnte „Zeit“ für richtig, an den 16. Oktober 1946 mit einem an sich belanglosen Artikel zu erinnern, der auf der Grundlage eines Gesprächs mit dem 87jährigen Joe Malta, einem der Henker der US-Army, beruht. Lediglich eine Formulierung erweckt Aufmerksamkeit: Der Mann, der auch heute noch keine Reue verspüre, weil die Nazis „die Schuldigen“ am Kriege und am Abschlachten der Juden gewesen wären, der Mann habe am 16. Oktober 1946 in „Nürnberg zehn sogenannte Hauptkriegsverbrecher“ gehenkt.¹¹ Solche Distanzierung zu Anklage und Urteil erfolgt in der Bundesrepublik seit den Zeiten des Kalten Krieges, als die Herrschenden zu verhindern wußten, daß die in Nürnberg Verurteilten ins Strafregister der BRD eingetragen wurden. Sie lag bereits dem Urteil des Bundesgerichtshofes vom 9. September 1958 zugrunde, in dem der Adenauer-Regierung bescheinigt wurde, daß sie „aus grundsätzlichen Gründen ausländische Verurteilungen wegen angeblicher Kriegsverbrechen nicht anerkennt.“¹² Eine charakteristische Hintertür: Von den Verbrechen am Frieden und im Kriege zu sprechen, wäre nicht vornehm genug. So etwas verletzt die empfindlichen Ohren von Deutschen, die doch wieder etwas in der Welt sein wollen, die Ansprüche erheben und keineswegs nur einen „sogenannten“ mitbestimmenden Standort anstreben.

Im Keller ihrer Seite 4 ließ die „Die Welt“ am 1. Oktober dieses Jahres Knut Teske zu Wort kommen. Auch er tönte eher mit gedämpfter Trompete. Ohne jede Wertungen teilt er mit, daß das Urteil gegen einige „Rädelsführer“ wie Göring, Ribbentrop und Kaltenbrunner damals „selbstverständlicher Erwartung“ entsprochen hätte. Der Tenor seines Beitrages richtete sich gegen die Sowjets: „Wäre es nach Stalin gegangen, hätte ohnehin die gesamte deutsche Führungsschicht – und zwar ohne Verfahren – automatisch am Galgen geendet.“¹³ Die Methode ist weder neu noch undurchschaubar: Debatten aus der Vorgeschichte des Prozesses werden diesem selbst zugeordnet. Zur Erinnerung: Bereits während des Zweiten Weltkrieges waren sich die Alliierten der Antihitlerkoalition einig in der Absicht, den faschistischen „Augiasstall“ zu säubern, wie es später einmal Robert Kempner als einer der Nürnberger Ankläger formulierte¹⁴, doch wußte keiner von Anfang an, wie dies konkret geschehen sollte. Um die Ausarbeitung des Londoner Statuts für das Internationale Militärtribunal war bis zum Kriegsende und auch unmittelbar danach erbittert gerungen worden. Es gab sehr unterschiedliche Vorstellungen, wie die Bestrafung auszusehen haben würde. Immer wieder tauchten auch Lösungsvorschläge auf, die einfacher als ein langwieriges, kompliziertes Gerichtsverfahren zu realisieren schienen. Da sprachen Briten und Russen (also keineswegs allein Stalin!) von standrechtlichen Erschießungen einiger tausend mutmaßlicher Nazi-Verbrecher, da war auch die Rede davon, diese – wie einst Kaiser Napoleon – durch einen politischen Verwaltungsakt auf eine einsame Insel zu verbannen. Doch ernsthaft rüttelte niemand an dem Gedanken einer ordentlichen, juristisch einwandfreien Verurteilung durch Richter der Siegermächte.

Wer sollte denn für eine gerechte Bestrafung Sorge tragen, wenn nicht die Sieger? Für die Idee, die Aburteilung der Verantwortlichen einem deutschen Gerichtshof zu überlassen, konnte und durfte sich niemand erwärmen. Zu frisch war die Erinnerung an den mißlungenen Versuch nach dem Ers-

¹¹ Joshua A. Resnek: Der Henker von Nürnberg. In: Die Zeit, Nr. 43 vom 18. Oktober 1996, S. 87.

¹² Friedrich, a. a. O. Hervorhebung durch den VI.

¹³ Knut Teske: Nürnberg blieb einmalig, weil die Verbrechen einmalig waren. In: Die Welt, 1. Oktober 1996, S. 4.

¹⁴ Zit. nach Heiner Lichtenstein: Robert M. W. Kempner. in: Gegen Barbarei. Essays. Robert M. W. Kempner zu Ehren. Hrsg. von Reiner Eisfeld und Ingo Müller, Frankfurt a. M. 1989, S. 29.

ten Weltkrieg, als das höchste Gericht des Deutschen Reiches sich 1920/21 lediglich zu 12 Prozessen bereit gefunden und neben Freisprüchen nur in sechs Fällen lächerlich geringe Freiheitsstrafen ausgesprochen hatte. Ebenso ließ sich nicht realisieren, ein Gericht aus Angehörigen neutraler Länder zu schaffen, da deren Zahl im weltumspannenden Krieg zu gering geblieben war.¹⁵

Als wichtigsten Makel des Nürnberger Prozesses bezeichnete Teske übrigens, daß dieser kein „moralisches Bollwerk“, keine „Instanz zur Aburteilung künftiger Untaten gegen die Unmenschlichkeit“ geworden sei. Neugierig, weil wissend, daß es bislang tatsächlich noch kein neues Nürnberg, wohl aber eine Vielzahl neuer Kriege und neuer Kriegsverbrechen gegeben hat, liest man weiter und hofft auf eine Erklärung. Doch da heißt es lediglich, daß trotz der Notwendigkeit, ein paar führende Nazis als „echte Feinde des Weltfriedens“ zu verurteilen, weil alles andere ein „Kotau vor dem Aufstieg des Barbarischen“ gewesen wäre, die Frage nach der „Verhältnismäßigkeit“ gestellt werden müsse. Wieder einmal kommt nur beiläufig zum Vorschein, was hinter einem unschuldig klingenden Wort stecken kann. Als verhältnismäßig empfiehlt der Autor, „die nationale Justiz“ solle sich mit den „echten Feinden des Weltfriedens“ befassen, in der Geschichte und heute mit Karadžić und Saddam wie – ich zitiere weiter – „in Deutschland mit den früheren Machthabern der DDR.“ Der aktuelle Rundumschlag ist vollzogen, Nürnberg en passant diskreditiert, und die Bundesrepublik erscheint wieder einmal als ein Ausbund an Vorbildlichkeit ...

Auch in solchen Veröffentlichungen scheint auf, wie stark in deutschen Landen – und das seit eh und je – der Blick zurück auf Nürnberg von einer „durchgängigen Zweideutigkeit“ beherrscht wird¹⁶ und Wertungen bewußt in der Schwebe gehalten werden. Niemanden verwundert aber, wenn gleichzeitig der Nürnberger Prozeß aus rechtsextremen Kreisen mit ganz eindeutigen und haßerfüllten Tiraden bedacht wird. In dieser Hinsicht läßt sich eine eindeutige Kontinuität der Argumentation von jener der damaligen Verteidiger bis zu den neuesten Ergüssen feststellen. Allerdings sind auch Steigerungen erkennbar: Wurde vor zehn Jahren in einer Publikation des MUT-Verlages noch von Nürnberg als einem „Exempel“ gesprochen, das die Sieger hätten statuieren wollen, und die Nürnberg zugrunde liegende Rechtsvorstellung mit der Hitlers gleichgesetzt¹⁷, äußerte sich 1996 beispielsweise Konteradmiral a.D. Günter Poser, bekannt auch als einstiger Chef des Militärischen Abschirmdienstes der BRD sowie als stellvertretender Bundesvorsitzender der „Republikaner“, in der September-Ausgabe der antisemitischen „Unabhängigen Nachrichten“ auf acht Seiten über Nürnberg als eine „legalisierte Lynchjustiz“. Die Nürnberger Prozesse, deren Fairness übrigens ansonsten allseits anerkannt worden ist, seien nichts anderes als „für die Weltöffentlichkeit inszenierte politische Schauprozesse in Ausübung von barbarischem Sieger- und Besatzungsrecht“ gewesen.¹⁸

Funktionäre der Vertriebenenverbände wie der Thüringer Paul Latussek erklären heute, Nürnberg sei nicht der letzte Akt des Zweiten Weltkrieges gewesen, sondern der Auftakt eines neuen Krieges. Krieg und Krieg gleiche sich aus und jede Seite könne Wiedergutmachung fordern. Im Streit um einen Gedenkstein in Hildburghausen bestritt Latussek rundweg, daß es einen Zusammenhang zwischen dem von den deutschen Faschisten ausgelöst und erbarmungslos geführten Zweiten Weltkrieg und den Aussiedlungsaktionen von 1945/46 gebe und erklärte sogar, die Ursache der letzteren liege „im Nationalismus der Polen und Tschechen, die sich lange vor 1933 diese Ziele gestellt und sie nach dem Zweiten Weltkrieg, als Deutschland, sicher durch eigene Schuld, machtlos war, verwirklicht haben.“¹⁹ In solcher Geschichtsbetrachtung, die von Ernst Nolte als „historisch-genetische Version der Totalitarismustheorie“ gepriesen wird²⁰, zählen allein die Unbilden und Op-

¹⁵ Siehe Manfred Weißbecker: Auf dem Weg nach Nürnberg. in: Neues Deutschland, 12./13. August 1995, S. 11.

¹⁶ Diesen Begriff verwendet Reinhard Merkel: Nürnberg 1945, Militärtribunal. Grundlagen, Probleme, Folgen. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, H. 9-10/1996, S. 918.

¹⁷ Siehe Maser, S. 32 f.

¹⁸ Zit. nach Blick nach rechts, Nr. 21 vom 16. 10. 1996, S. 14.

¹⁹ Zit. nach Cornelia Barthelme: Von einem Krieg ohne Kugeln um einen Krieg. In: Freies Wort, 5. Juni 1996, S. 13; siehe auch Cornelia Barthelme: Was ist Wahrheit, in diesem Fall? Vom Streit um einen Gedenkstein – und vom Beharren auf Positionen. in: Freies Wort, 20.7.1996, S. 21.

²⁰ Ernst Nolte: Die historisch-genetische Version der Totalitarismustheorie: Ärgernis oder Einsicht? In: Zeitschrift für Politik, H. 2/1996, S. 111 ff.

fer der Deutschen nach der als schmachlich empfundenen Niederlage von 1945. Schuldig sind stets und generell nur die anderen. Alle wesentlichen Zusammenhänge des 20. Jahrhunderts, in dem der 30. Januar 1933 und der 1. September 1939 die eigentlichen Schicksalsdaten darstellen, werden negiert. Paul Latussek hat übrigens die politischen Konsequenzen seiner nationalistischen Scheuklappensicht auf die Geschichte selbst vorgeführt. Man müsse heutige europäische Grenzen in Frage stellen, erklärte er auf dem jüngsten Vertriebenen-Treffen, auf dem bekanntlich selbst der Bundespräsident als „Vaterlandsverräter“ beschimpft wurde.²¹

Welches Ausmaß an scheinheiliger nationalistisch-profasischer Beschimpfung des Nürnberger Prozesses heute möglich ist, kann dem am 30. Oktober 1996 vom Coburger Verlag Nation Europa ausgelieferten neuen Buch des bekannten Publizisten Peter Dehoust entnommen werden. Sein in jeder Hinsicht aufschlußreicher Titel lautet: „Heuchler, Henker und Halunken. Der Nürnberger Prozeß vor 50 Jahren“. Dehoust – Mitherausgeber der Zeitschrift „Nation & Europa“ – spricht von einem „Inquisitionstribunal“ der Sieger, das alle geltenden Rechtsgrundsätze gebrochen und „ein ganzes Volk an den Pranger gestellt“ habe sowie von „Lüge und Heuchelei in monströsem Ausmaß“.²² Er hält – assistiert von Franz Schönhuber, dessen Erinnerungen an Nürnberg unter dem Titel „Im Schatten der Verdammung“ in diesen Band aufgenommen wurden²³ – einen neuen „Historikerstreit“ für dringend geboten, denn es seien nicht die Sieger des Zweiten Weltkrieges, sondern die Besiegten, „die einen Nachholebedarf an historischer Wahrheit und Gerechtigkeit haben.“²⁴ Aus dem gerechten Urteil von Nürnberg wird eine Ungerechtigkeit gegenüber den verurteilten Verbrechern konstruiert, werden die Richter als Halunken abgestempelt und die tatsächlichen Henker wieder einmal zu Helden stilisiert.

Sollte Theo Waigel etwa dieses Buch schon gekannt haben, als er vor dem letzten CDU-Parteitag von den „Nachfolgern der Henker und Menschenchinder“ sprach, mit denen nicht paktiert werden dürfe?²⁵ Ich will dem forschen Finanzminister nichts unterstellen, doch führt seine Philippika ebenso exakt wie der Erguß von Dehoust und Schönhuber zum Kern der Dinge: Sowohl die mißbräuchliche Erwähnung als auch jede ungerechtfertigte Unterbewertung des Nürnberger Prozesses gehören in die unendlich große Reihe zwielichtiger anti-antifaschistischer Aktionen der politischen und geistigen Eliten der heutigen Bundesrepublik Deutschland. Nürnberg soll seines antifaschistischen Geistes entkleidet werden, und immer deutlicher tritt die Tendenz hervor, die nationalsozialistischen Untaten zu verharmlosen und in diesem Zusammenhang andere Kräfte als Verbrecher zu kriminalisieren: Antifaschisten sollen als die eigentlichen Schuldigen an Kriegen und Massenverbrechen erscheinen. Konservative Förderer des deutschen Faschismus werden nicht allein entschuldigt, sondern regelrecht zu Vorbildern und Leitfiguren erhoben, selbst wenn es um die Geschichte des Widerstandes gegen Hitler geht.²⁶ Daher muß auch, wenn über den rechten Zeitgeist geredet wird, die Frage diskutiert werden, inwieweit es sich heute bereits nicht mehr allein um einen Anti-Antifaschismus handelt, sondern nach Inhalt und Umfang bereits von einer neuen Phase der entschuldigenden und zugleich entschuldigenden Rechtfertigung des historisch diskreditierten Modells einer faschistischen Diktatur zu sprechen wäre.

²¹ Das hinderte den Ministerpräsidenten und den Landtagspräsidenten von Thüringen nicht, Latussek persönlich zum 60. Geburtstag zu gratulieren. Siehe Thüringische Landeszeitung, 12.9.1996.

²² Peter Dehoust (Hg.): Heuchler, Henker, Halunken. Der Nürnberger Prozeß vor 50 Jahren. Coburg 1996, S. 7 ff.

²³ Ebenda, S. 11-47.

²⁴ Ebenda, S. 9.

²⁵ Siehe Neues Deutschland, 23. Oktober 1996, S. 1.

²⁶ Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Zeitung „Junge Freiheit“ äußerte deren Chefredakteur Dieter Stein im Juni 1996: „Der JF ging und geht es darum, den Pauschalvorwurf der totalen Verstrickung der deutschen Konservativen und Rechten mit den Nationalsozialisten ideengeschichtlich entgegenzutreten und zu zeigen, daß es eine konstruktive Parlamentarismus- und Demokratiekritik von rechts gab, die vor der Konsequenz der NS-Diktatur gewarnt hat; daß es sogar die Anhängerschaft aus den Reihen konservativer Revolutionäre war, die sich ... schließlich vehement gegen das verbrecherische NS-Regime wandte.“ Junge Freiheit, Nr. 25/1996, Beilage, S. 8.

Schlimme nationalistische Töne sind unverkennbar, dazu auch zunehmend faschistisch-rassistische. Für manche geht es nicht mehr um das an die Adresse der Antihitlerkoalition gerichtete Argument, mit dem Nürnberger Verteidiger ihre Mandanten zu retten versuchten. Du bist auch schuldig, Du hast ebenfalls Kriegsverbrechen begangen, also laß uns in Ruhe, hieß es bei ihnen. Aus den Vergleichen mit Untaten der Alliierten im Zweiten Weltkrieg werden inzwischen auch ganz andere als nur solche der landläufigen totalitarismustheoretischen Art gezogen. So offenbarte vor einiger Zeit Gustav Sichelschmidt in seinem Buch „Der ewige Deutschenhaß“ Ergüsse eines potenzierten Nationalismus. Larmoyant zählte er die Deutschen „zu den bestgehaßten Völkern der Weltgeschichte“. Der Deutschenhaß besitze „mit Sicherheit eine unvergleichlich höhere Effizienz“ als der Antisemitismus: „Die Wirkungen des Antigermanismus übertreffen bei weitem die Horrorvisionen des Antisemitismus ...“²⁷

Weiter heißt es im Text: „Die Blutopfer der beiden gegen Deutschland kaltblütig in Szene gesetzten Weltkriege überbieten in der Tat alles, was die Juden an Pogromopfern im Laufe ihrer Geschichte zu beklagen haben.“ Noch eine Kostprobe: Die Juden hätten „in aller Welt ihre pompösen Holocaustdenkmäler und -museen zur besseren Erpreßbarkeit der Deutschen errichtet ...“ Am Ende – dies wird hier keinen überraschen – geht es wieder einmal um die angebliche Notwendigkeit, die Grenzen des heutigen Deutschlands zu verändern.²⁸ Mir ist nicht bekannt, daß gegen den Verfasser wegen Volksverhetzung ermittelt worden wäre. Das juristische Instrumentarium ist zwar vorhanden, doch finden sich wohl immer weniger Juristen, die es zu nutzen bereit sind. Selbst wenn es zu Prozessen kommt, wie etwa z. Z. in Koblenz, reiben sich die angeklagten Neonazis die Hände, weil Richter keinen Weg sehen, jemanden für die Äußerung „Unsere Partei heißt NSDAP“ hinter Schloß und Riegel zu bringen.²⁹

Natürlich erhebt sich spätestens an dieser Stelle die Frage, ob denn solche und andere kaum zitierfähigen Auffassungen als der „Herren eigener Geist“ – ich zitiere damit den Weimarer Herrn Geheimrat Goethe – gegenwärtig bereits den Geist, das Sinnen und Trachten der Deutschen erfüllen.³⁰ Beklagenswert ist der Zustand allemal, auch wenn wir nicht immer genau um das tatsächlich erreichte Ausmaß rechter Denkstrukturen wissen. Entscheidend und furchterregend scheint mir vor allem jedoch die Tatsache zu sein, daß in Deutschland die alltägliche Gewöhnung an das bislang als ungewöhnlich Geltende immer größer wird. Wer über den Zeitgeist nachdenkt, muß von dem Gefahrenpotential dieses Umstandes ausgehen, erst recht, wenn mit Hilfe einer Antwort auf die Frage, wie rechts denn heute der Zeitgeist sei, zugleich die Grundzüge einer erfolgversprechenden Politik der Linken bestimmt werden soll. Der Effekt des Sich-Gewöhnens an Existenz, Erscheinungsformen und Wachstum des aus der Mitte der Gesellschaft rührenden Rechtsextremismus darf sicher als Ausdruck und Ergebnis zunehmender Politikverdrossenheit, von Resignation und Apathie betrachtet werden, er ist aber auch das indirekte Resultat einer Selbstzerstörerischen Zerstrittenheit tatsächlicher und potentieller Gegenkräfte.

Gerade dieser Gewöhnungseffekt läßt wohl nichts anderes als böse Ahnungen zu, wie und wohin sich das alles entwickeln wird. Zwar ist nicht mit einer Wiederholung von 1933 zu rechnen, doch der konservativ und national bestimmte Zeitgeist von heute führt in neuartige, gegenüber dem Brutalofaschismus von einst gleichsam in effizientere und schicklichere Formen des Abbaus von Demokratie und Recht sowie in neue Formen von undemokratischer Gewalt und friedensbedrohender

²⁷ Gustav Sichelschmidt: Der ewige Deutschenhaß. Hintermänner und Nutznießer des Antigermanismus, Kiel 1992, S. 5 f.

²⁸ Ebenda, S. 8, 13 und 15; Siehe auch Gustav Sichelschmidt: Deutschlands Ausverkauf. Bonns antideutsche Politik, Kiel 1993.

²⁹ Siehe Geflüster vom Band. Ein Großprozeß gegen Mitglieder einer verbotenen Neonazi-Truppe nimmt einen seltsamen Verlauf. In: Der Siegel, Nr. 41 vom 7. Oktober 1996, S. 46 f.

³⁰ Man denke daran, daß die Goldhagen-Debatte – losgetreten von einigen Historikern, die sich auf ihren fachlichen, vor allem aber wohl auf ihren nationalen Schlipps getreten fühlten – einen anderen Verlauf als den beabsichtigten nahm. Doch würde ich zu vorsichtiger und differenzierter Bewertung raten: Die wachsende Einengung des Themas Faschismus auf den nationalsozialistischen Völkermord an den Juden trägt auch zur Geschichtsrevision konservativnationaler Kräfte bei, die eine Relativierung aller anderen Verbrechen des Faschismus im Sinn haben.

Außenpolitik. Dabei begegnen sich zwei Tendenzen: Die eine verkörpert sich in den Bemühungen eines größeren Teils rechtsextremer Kräfte, auf dem Boden des Grundgesetzes zu agieren und allzu offensichtliche Bezüge zum historisch diskreditierten Faschismus zu vermeiden, die andere in den wachsenden Attacken konservativer und rechtsliberaler Kreise auf die demokratischen Inhalte des Grundgesetzes und die auf ihnen beruhende Rechtsprechung.

Daher ist für mich z. B. Wolfgang Schäubles „Weniger Demokratie wagen“³¹ eines der gewichtigsten Warnzeichen, das im Augenblick von rechts kommen kann. In dieser Orientierung läßt sich – ebenso wie in zahlreichen anderen Erscheinungen konservativer Kritik an Parlamentarismus, an Urteilen des Bundesverfassungsgerichts und an demokratischen Grundrechten der Opposition – nicht allein die Wegbereiter-Funktion früherer Deutschnationaler zugunsten der in der NSDAP organisierten deutschen Faschisten erkennen, sondern das wachsende demokratiefeindliche Handeln neuer Tätergruppen.

Wer für eine Wende des Zeitgeistes nach links Sorge tragen will, sollte sich nach wie vor antifaschistisch herausgefordert fühlen!

Wie rechts ist der Zeitgeist? Aktuelle Analysen und Erfahrungen. Mit einem Vorwort von Gregor Gysi. edition Ost Berlin 1997, S. 122-135.

³¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. September 1996.

Eröffnung

Verehrte Anwesende, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mehrere Gründe und ein besonderer Anlaß führen uns heute zu einer Veranstaltung des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. zusammen, zu der ich Sie ganz herzlich begrüßen darf. Sie ist hauptsächlich einem beendeten und dennoch offenen Kapitel wissenschaftlicher Interdisziplinarität gewidmet – der Philosophie der Naturwissenschaften.

Dreieinhalb Jahrzehnte ist es her, daß an der Friedrich-Schiller-Universität Jena ein Arbeitskreis „Philosophie – Naturwissenschaften“ gegründet wurde. Mit ihm und ebenso mit der Errichtung eines Lehrstuhles „Philosophische Fragen der Naturwissenschaften“ im Jahre 1963 wurde ein breites Interesse an den Erkenntniswegen und Ergebnissen der Naturwissenschaft institutionell verankert; ein Interesse, das zweifellos mit dem Erkenntnisoptimismus der marxistischen Philosophie korrelierte und den Beginn einer umfassenden Diskussion von Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts markierte. Die Suche nach einer Einheit des Wissens beruhte auch auf einer Jenaer Traditionslinie, die so berühmte Namen wie Schelling, Hegel, Oken, Fries, Haeckel, Eucken und Schaxel aufweist. Keineswegs zufällig veröffentlichte Carl Friedrich von Weizsäcker seine Gedanken zur Einheit der Physik erstmals auf einer Tagung des Eucken-Bundes in Jena.

Was als zunächst loser und sporadischer Gesprächskontakt von Philosophen und Physikern, Biologen, Mathematikern, Chemikern begonnen hatte, mündete in eine interdisziplinäre Forschungsgemeinschaft, in der bald die Ernsthaftigkeit gegenseitiger Wahrnehmung Oberhand über anfängliche Zweifel und Vorurteile gewann – ein schwieriger Prozeß, mußte doch nach den berüchtigten Lysenko-Exzessen das Vertrauen der Naturwissenschaftler erst gewonnen werden. Bevormundung der Naturwissenschaftler von Seiten der Philosophen war jedenfalls kein Thema, ein weitgehend freier, auf den Gegenstand bezogen tabuloser Diskurs galt als das anzustrebende Ziel, Es ist in vieler Hinsicht auch erreicht worden.

Natürlich: Es institutionalisierten sich auch ideologische Positionen. Die marxistische Philosophie verstand sich als Fundament allen weltanschaulichen Denkens und also auch des weltanschaulichen Denkens in den Naturwissenschaften. Die Hinwendung zu den philosophischen Fragen der Naturwissenschaften zielte auch auf die „Durchsetzung des Marxismus-Leninismus als der herrschenden Weltanschauung an der Universität“. So jedenfalls kann man es im Heft 5/1987 der wissenschaftlichen Zeitschrift der FSU nachlesen, wo es in einem Rückblick hieß: „Die Arbeit des Lehrstuhles hatte und hat immer einen festen Platz in der tagtäglichen ideologischen Massenarbeit der SED.“

Sein Weg durch die Zeiten vollzog sich nicht geradlinig, wechselnde parteioffizielle Wertschätzung ebenso illustrierend wie die sich wandelnden Schwerpunktsetzungen des Faches.

Eine Bestandsaufnahme bleibender Leistungen marxistischer Philosophie kann die Ergebnisse auf dem Gebiet der philosophischen Fragen der Naturwissenschaften nicht aussparen. In der bekannten Studie der Universität Konstanz zur Situation in den Geisteswissenschaften der DDR wird das Fachgebiet *Philosophische Fragen der Naturwissenschaften* ausdrücklich positiv erwähnt. Daß die Ergebnisse der Arbeit etwas deutlich Anderes als bloße Resultate ideologischer Indoktrination waren, das hängt nun wiederum vor allem mit den wissenschaftlichen Zielen und Ansprüchen ihrer Protagonisten zusammen. Zwei Namen sollen herausgegriffen werden: Georg Klaus, der von 1948 bis 1953 in Jena tätig war, und Helmut Korch, der die Arbeit von Klaus übernahm und maßgeblich bis zur „Abwicklung“ des Philosophischen Instituts im Jahre 1990 bestimmte.

Viele unter Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden sich daran erinnern, wie alle Bemühungen um die Sache aus dem erklärten Anspruch auf Beförderung gegenseitiger wissenschaftlicher Kontakte zwischen marxistischen Philosophen und Naturwissenschaftlern mit dem Ziel besseren Begreifens von Denkstil und theoretischem Ansatz des jeweiligen Partners erwachsen. Auch das Colloquium Jenense und die Abendschule für Hochschullehrer waren Einrichtungen, in denen um eine solche Ernsthaftigkeit gerungen wurde. Mit Recht kann sicher auch behauptet werden, daß die Ausbildung der Studenten durch solche Zusammenarbeit inhaltsreicher wurde. Philoso-

phisch interessierte Studenten und Doktoranden naturwissenschaftlicher Fachrichtungen fanden aufmerksame Partner, Philosophiestudenten wurde in Spezialkursen ein Zugang zu den philosophischen Fragen der Physik, Chemie, Biologie und Technikwissenschaft vermittelt.

Eine auch nur einigermaßen gerechte Wertung dessen, was auf dem Gebiet der Zusammenarbeit von marxistischen Philosophen und Naturwissenschaftlern erreicht wurde, steht aus. Es hieße überzogene Ansprüche zu stellen, wollte man dies von der heutigen Veranstaltung erwarten. Die Veranstalter gehen jedoch davon aus, daß die Erfahrungen und Ergebnisse dieser Zusammenarbeit Öffentlichkeit verdienen, zumal der gesellschaftliche Bedarf nach philosophisch-weltanschaulicher Wertung natur- und technikwissenschaftlicher Entwicklung heute nicht annähernd gedeckt wird, während gleichzeitig – ganz anders als zu DDR-Zeiten – in den gegebenen politischen Strukturen eine solche Wertung kaum oder gar nicht verlangt wird, somit institutionalisierte Philosophie wie institutionalisierte Naturwissenschaft weitgehend gleichgültig nebeneinander existieren.

Auch wenn es unserem Kollegen und Freund Helmut Korch in seiner Bescheidenheit nicht recht gefallen will: Unsere heutige Tagung soll der Sache dienen und zugleich ihn ehren. Sein bevorstehender 70. Geburtstag am 20. Dezember dieses Jahres wird eine gute Gelegenheit sein, ihm für zahlreiche wissenschaftliche Ergebnisse und Anregungen zu danken und uns zu wünschen, noch recht lange in guter Verbundenheit mit uns gemeinsam wirken zu können.

Der Blick zurück und die Sicht auf die neuen Probleme des Fachgebietes mögen uns zu anregenden Ergebnissen führen. In diesem Sinne ,darf ich uns allen eine produktiver Debatte und eine ertragreiche Veranstaltung wünschen.

Philosophie der Naturwissenschaften: Ergebnisse und Perspektiven. Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Schriftenreihe Heft 28, Jena 1997, S. 3-4.

Ein Wort zuvor

Verehrte Gäste!

„Wir sind bescheidener geworden an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, von dem niemand weiß, ob die Menschheit sie je überschreiten wird.“¹ Diesen Satz zitiere ich aus einem Vortrag, der 1987 in Jena gehalten worden ist, der in vieler Hinsicht auch den Revolutionen von 1917/18 und ihren Wirkungen auf das Deutschland Weimarer Prägung gewidmet war und auf den noch einmal zurückzukommen sein wird. Er wurde damals unter dem Eindruck der weltweiten Auseinandersetzungen um das Wettrüsten und die eigentlich notwendige Friedensfähigkeit der Menschheit formuliert. Wie steht es, so könnte daran anknüpfend gefragt werden, heute um die Bescheidenheit, um die Realitätsnähe und die Utopien derer, die mit ihren gesellschaftspolitischen Visionen gescheitert sind, sich in einer völlig veränderten Welt befinden und um neue Ausgangspunkte bemühen?

In der Hoffnung, dazu streitbare Debatten in anregender Nachdenklichkeit führen zu können, heiße ich Sie im Namen des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. herzlich willkommen. Unmittelbar führt uns ein Anlaß zusammen, der noch vor wenigen Jahren jubelfrohe Festakte, erklärende Thesen und repräsentative Deklarationen hervorgerufen hätte. Heute unterliegt insbesondere die russische Oktoberrevolution als dem wichtigsten Ereignis jener Jahre vielfach einer ebenso unkritischen Verdammung. Das Vorzeichen ist gewendet worden; was früher – ebenso euphorisch wie anmaßend – als Beginn der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus charakterisiert worden ist, geriet zu einer weltgeschichtlich befristeten Periode von acht Jahrzehnten. Mit der Rückschau auf den Ersten Weltkrieg und die ihn beendenden Revolutionen sowie mit dem Blick auf den Zusammenbruch des realsozialistischen Machtssystems ist von einer „kurzen Geschichte des 20. Jahrhunderts“ gesprochen worden. Gerade dessen Anfang und Ende erfordern kritisch-sachkundige Analyse. Den legitimen revolutionären Erhebungen von 1917 und 1918 kann wohl nur gerecht werden, wer ihren Platz in der gesamten Geschichte zu bestimmen und ihren Wirkungen über unsere Gegenwart hinaus aufzuspüren versucht.

Mit dem russischen Oktober befaßten sich bereits mehrere Konferenzen. Autoren zahlreicher Artikel und Bücher stritten sich darüber, ob es sich nun um den Beginn einer historischen Sackgasse oder um eine Wegweisung gehandelt habe, ob sogenannte Systemdefekte von Anfang an das Ende unabweislich machten oder erst „unterwegs“ vom richtig eingeschlagenen Weg abgegangen worden sei. Auch in unserer Debatte wird es um solche Fragen gehen, doch nicht allein auf die russische Revolution beschränkt und die Fehlentwicklungen als ein ausschließlich bzw. vorrangiges „russisches Problem“ betrachtend. Nahezu überall erhoben sich damals die Massen gegen die Barbarei des Ersten Weltkrieges, gegen die in Jahrhunderten überlebten Monarchien, gegen das von den ökonomisch Mächtigen zu verantwortende soziale Elend, gegen die zunehmende ungerechte Verteilung des hart Erarbeiteten. Kein putschistischer Plan, kein Beschluß irgendeines Parteivorstandes, kein Druck auf irgendeinen Knopf, keinerlei „Betriebsunfall“ oder „Fehltritt“ hätte – wo auch immer – die Revolution herbeiführen können, wären nicht die Massen in Bewegung geraten, hätten sie nicht das Recht zu politischer Mitbestimmung verlangt und andere, neue gesellschaftliche Verhältnisse ersehnt.

Euphorie flammte auf, Zukunftshoffnungen unterschiedlichster Art keimten. Sie richteten sich auf endlich zu verwirklichende Ideale sozialer Gerechtigkeit und politischer Demokratie, und den Liberalität verheißenden Parlamentarismus, auf die republikanische Staatsform, auf die Mitwirkung einer breiten Öffentlichkeit an den Staatsgeschäften, auf Beseitigung des Militarismus und Unwiederholbarkeit von Kriegen, auf veränderte Eigentumsverhältnisse und planmäßig zu gestaltendes Miteinander in einer Gesellschaft ohne profitorientierte Konkurrenz, ohne Ellbogenfreiheit und Solidarität bekämpfende Unmenschlichkeit. Mit Recht sprach Peter Weiss vom nie versiegenden moralischen Impuls, der insbesondere von der russischen Oktoberrevolution ausgegangen sei. Lange Zeit dominierten solche Hoffnungen und Wünsche. Auf ihrer Grundlage wurden beachtliche Leistungen voll-

¹ Ruge, Wolfgang: Nachdenken über Weimar, in: Ausgewählte Vorträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Ehrenpromotion Wolfgang Ruge, Jena 1988, S. 13.

bracht, die heute nicht aus der Welt zu schimpfen sind, allerdings sind – sie mißbrauchend – nicht allein hehre Prinzipien gebrochen, sondern auch unentschuld bare Verbrechen begangen worden.

Die zu Beginn und in der Mitte des 20. Jahrhunderts initiierten Ansätze zu radikalen sozialen Umwälzungen und ihr ebenso radikales Scheitern am Ausgang des Säkulums verdienen jedenfalls eine rationale, wissenschaftliche Analyse. Ihr soll sich die heute und morgen hier stattfindende Tagung – angesichts der Problemfülle wenigstens ansatzweise – zuwenden. Die Zeit ist reif für einen nüchternen Blick auf die Ereignisse vor 80 Jahren, der Motive und Interessenlagen ihrer Protagonisten weder idealisiert noch wider besseres Wissen denunziert. Zu untersuchen ist, ob und wann es Alternativen gab, wo sich Scheidewege auftaten, wo Irrwege beschritten wurden und welche Möglichkeiten es gab, diese wieder zu verlassen.

Wie kam zustande, was berechtigter Kritik und Verurteilung unterliegen muß? Dies kann sicher jedoch nur eines der zu debattierenden Probleme sein. Was ist zu tun, um – wissender, gereifter und klüger – neue Alternativmöglichkeiten und -wege aufzuspüren? Das wäre eine uns ebenso auf den Nägeln brennende Frage, kann doch mit Sicherheit gesagt werden, daß jene Notwendigkeiten, die damals zu den Revolutionen führte, keineswegs zu den bereits erledigten Anliegen der Menschheit gehören. Sie können weder zu den Akten gelegt werden, noch ist die Geschichte an ihr neoliberales Ende gelangt. Im Gegenteil: Weshalb auch sollte es in Zukunft anders sein und keine in ihrer Legitimität unbestreitbare gesellschaftliche Veränderungen mehr geben?

Einer unter uns – ich zitierte ihn eingangs – kann von sich sagen, er sei in wesentlichen Dingen des kurzen Jahrhunderts Zeitzeuge. Er gehört einer Generation an, deren Weltbild und persönlicher Entwicklungsweg eng mit dessen Geschichte verbunden ist. Geboren im Jahre 1917, aufgewachsen im Deutschland der Weimarer Republik, vor der faschistischen Barbarei in die UdSSR emigriert, dort das stalinistische Tief des Sozialismus am eigenen Leibe erlebend, im Alter von 38 Jahren in die DDR zurückgekehrt, am Aufbau ihrer Geschichtswissenschaft beteiligt und. hohe qualitative Maßstäbe setzend, und auch heute noch in ungebrochener geistige Frische wirkend: Wolfgang Ruge.

Vor einem Jahrzehnt verlieh ihm die Jenaer Friedrich-Schiller-Universität die Würde eines Ehrendoktors. Seinen bevorstehenden 80. Geburtstag wird die „erneuerte“ Hohe Schule wohl kaum zur Kenntnis nehmen, geschweige denn würdigen. Ein Grund mehr für uns, ihm in unserem Kreis zu gratulieren und zu danken. Wort für Wort, das ich in meiner Laudatio von 1987 über seine Persönlichkeit und wissenschaftliche Leistung verlor, könnte ich auch heute verwenden. Es ist eher das Nicht-Gesagte, das mich im Nachhinein bedrückt, entsprang es doch vermeintlicher Parteilichkeit, der ein parteiisch gefärbtes und selektierendes Wollen zu grunde lag.

Vor zehn Jahren begann der Jubilar seinen blicköffnenden und den Meinungsstreit suchenden Vortrag „Nachdenken über Weimar“ mit Biographischem: „Ich habe mehrere Leben gelebt. Bin in verschiedenen Ländern – auch fern von Europa – unterschiedlichen Berufen nachgegangen. Immer sehr gegenwartsbewußt.“² Daß es ein achtens Lebensjahrzehnt mit einem wiederum anderen „Leben“ geben würde, hat damals keiner geahnt oder gar für möglich gehalten. Doch geblieben ist Wolfgang Ruges hilfreiche, weiterführende und gegenwartsbewußte Nachdenklichkeit.

Nicht zuletzt zeugen davon zwei Vorträge, die in diesem Jahr gehalten worden sind und die das Jenaer Forum in seine Schriftenreihe aufgenommen hat.

Ich möchte Dir, lieber Wolfgang, meinem verehrten Kollegen und langjährigem Freund, die ersten Exemplare des Dir zugedachten Heftes überreichen. Nimm es bitte als kleines Zeichen unseres tief empfundenen Dankes, den ich mit allen guten Wünschen für die kommende Zeit und unser gemeinsames Anliegen verbinde.

Die Revolutionen von 1917/19 und das Ende des 20. Jahrhunderts. Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Schriftenreihe Heft 30, Jena, 1997, S. 3-5.

² Ebenda, S. 11.

Das deutsche Parteienwesen nach den Revolutionen von 1917/18

Bemerkungen zu blickverengenden Debatten über ein gescheitertes Parteikonzept

Muß man es nicht nur einen alten, vielleicht sogar verhängnisvollen Fehler halten, die Geschichte der Arbeiterbewegung oder auch die des realsozialistischen Machtsystems ohne ihr Eingebundensein in die gesamte Geschichte, die Geschichte ihrer Parteien ohne den Zusammenhang mit dem allgemeinen Parteienwesen behandeln zu wollen? Offensichtlich waren – und sind – auch „linke“ Theoretiker nicht frei davon. Es mag mehr als nur der Erheiterung dienen, wenn ich hier zwei kleine Episoden als „Aufhänger“ meines Beitrages nutze: Als am damaligen Jenaer Historischen Institut mit den Arbeiten zum Forschungsschwerpunkt Geschichte der bürgerlichen Parteien begonnen wurde, hielt es der zuständige Ideologie-Sekretär des Zentralkomitees der „führenden“ Partei für richtig, Unwillen zu äußern und kundzutun, es sei doch wohl eine dringlichere Aufgabe, noch mehr und in erster Linie die eigene Geschichte zu erforschen. Und als an dem der Weimarer Republik gewidmeten Teil der geplanten zwölfbändigen „Deutschen Geschichte“ geschrieben wurde, galt eine offizielle Vorgabe: 40 Prozent seien für die Geschichte der KPD vorzusehen. Mit gewisser Verwunderung sehe ich auch heute, wie mancher wiederum mit verengtem Blick zurück schaut. Die Revolutionen der Jahre 1917/18 und ihre Ergebnisse, vor allem aber deren weitgehende Aufhebung acht Jahrzehnte danach machten und machen zwar das realsozialistische Parteikonzept zum Gegenstand lebhafter Debatten, doch übergreifende parteiengeschichtlichen Aspekte, auf die es auch ankommt, werden immer noch zu wenig beachtet. Es scheint niemanden zu stören, bei der Behandlung des Revolutionsthemas lediglich die neu entstandenen Parteien in den Blick zu nehmen oder – wie in einer Publikation des Marxistischen Forums der PDS jüngst geschehen – deren Scheitern einzig und allein auf die sogenannte „Verbürgerlichung“ proletarischer Parteien zurückzuführen.¹ Von komplexem, dialektisch-kausalem Denken kann bei einer solchen zur bloßen Binnensicht verengten Betrachtungsweise wohl kaum die Rede sein. Zum einen übten die Revolutionen nicht allein auf die Formierung kommunistischer Parteien, sondern ebenso auf alle damals bestehende Parteien sowie auf die weitere Entwicklung des gesamten Parteienwesens in Deutschland einen enorm großen Einfluß aus. Zum anderen wäre auch danach zu fragen, ob das kommunistische Parteikonzept wirklich völlig losgelöst von den Grundlagen und Merkmalen des Parteienwesens entstanden ist oder ob es diese nicht geradezu in prägender Weise aufgenommen hat und widerspiegelte, und dies sogar weitgehend unabhängig von den sozialen und politischen Inhalten ihrer jeweiligen Programmatik.

Die Tatsache ist unübersehbar, daß gerade im Ergebnis der Revolutionen zu Beginn unseres Jahrhunderts die politischen Parteien endgültig zu einem konstitutiven Element jeder Herrschaftsausübung geworden waren. Seither hat sich zudem ihre Bedeutung generell erhöht. Parteien wurden und werden von allen Regimen benötigt, unabhängig von deren demokratischem, liberalem oder diktatorischem Zuschnitt. Parteien waren stets abhängig vom jeweiligen Herrschaftssystem, d. h. von jener Art und Weise der Machtausübung des Staates, die den Herrschenden gefiel und die Beherrschte sich gefallen ließen. Ihre im Verhältnis zum Staat größere Wendigkeit und Beweglichkeit machten sie zu einem dynamischen Bestandteil der sich ausweitenden Machtapparate. Zugleich aber ließen deren Anfälligkeit gegenüber allen Erschütterungen des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens sie selbst von einer Krise in die andere geraten.

Möglicherweise läßt sich unser „kurzes Jahrhundert“ sogar als ein Säkulum unterschiedlichster Parteien² und Parteitypen, von Ein-, Mehr- und Vielparteiensystemen sowie von vielgestaltigen Sym-

¹ Gerhard Branstner: Verbürgerlichung – das Verhängnis der sozialistischen Parteien (Marxistisches Forum, H. 4). Berlin 1996.

² Selbst die Definition des Parteienbegriffs ist außerordentlich unterschiedlich geraten. So lautet die Begriffsbestimmung Ulrich von Alemanns beispielsweise: „Parteien sind auf Dauer angelegte gesellschaftliche Organisationen, die Interessen ihrer Anhänger mobilisieren, artikulieren und bündeln und diese in politische Macht umzusetzen suchen – durch die Übernahme von Ämtern in Parlamenten und Regierungen.“ Etwas präziser stellte das Bundesverfassungsgericht heraus, „daß in der Demokratie von heute allein die Parteien die Möglichkeit haben, die Wähler zu politisch aktionsfähigen Gruppen zusammenzuschließen. Sie erscheinen geradezu als Sprachrohr,

biosen staatlicher und parteigebundener Machtapparate bezeichnen. Es gab den Parteienstaat in seiner Weimarer Ausprägung und die folgenreiche diktatorische Herrschaft „führender“ Parteien. Es gab und gibt den verheerenden Mißbrauch von Gesellschaft und Staat durch machtmopolisierende, sich selbst gleichsam verstaatlichende Großparteien, zugleich aber auch alternative, wenngleich immer parteibezogene Organisationsformen. Neues ist kaum noch denkbar, Unabhängig davon, daß Schönredner gegenwärtiger Verhältnisse gern die Parteiendemokratie als Gipfelpunkt massenpartizipatorischer und emanzipatorischer Wirksamkeit bezeichnen, liegt der Gedanke nahe, daß sich die durch bisherige Parteien repräsentierten Existenzformen gesellschaftlicher Organisiertheit sogar weitgehend erschöpft haben. Folgt man ihm, würde es sich lohnen, über generelle Alternativen zum bestehenden Parteienwesen und nicht nur über die Verbesserung der Verhältnisse durch einzelne Parteien nachzudenken. Auf jeden Fall kann ich mir keine mit Aussicht auf Erfolg agierende Partei des demokratischen Sozialismus vorstellen, die nicht auch die parteientheoretischen Aspekte ihres Ringens reflektiert, die nicht ihren Platz im Parteienwesen zu bestimmen trachtet und die nicht selbst die ihre Organisationsformen dem Interesse der Zukunft zuzuordnen bereit ist.

Der notwendige Rückblick führt ins 19. Jahrhundert. In ihm entstanden die politischen Parteien. Sie formierten sich aus Vereinen, Zirkeln, Verbänden, Fraktionen usw. Ihr Anliegen bestand in der Vertretung und Durchsetzung von Interessen einzelner Teile der Gesellschaft; insofern beruhten ihre Existenzfähigkeit und ihre Machtorientierung vorrangig auf dem Konkurrenz- und Klientelprinzip der bürgerlichen Gesellschaft. Parallel zu ihren partiellen Anliegen erhoben sie allerdings und von Anfang an zugleich den hehren Anspruch, im Interesse der Allgemeinheit – des Staates, der Nation, des Volkes, des Gemeinwohls usw. – fungieren zu wollen, was weder einer sprachlichen noch jeder inhaltlichen Logik entsprach, wohl aber der Realität. Die jeweilige konkrete Erscheinungsform politischer Parteien leitete sich daher zwar primär, jedoch keineswegs allein aus den jeweiligen Klasseninteressen und -gegensätzen ab. Sie wurde stets von einer Vielzahl geschichtswirksamer Faktoren geprägt, von sozialökonomischen Interessen ebenso wie von politischen Kräfteverhältnissen, von nationalstaatlichen Rahmenbedingungen, von unterschiedlichen Traditionen des Parlamentarismus, von Führerpersönlichkeiten u. a. m.

Mit anderen Worten: Parteiegoistische Interessen überlappten sich mit parteienübergreifenden. Letztere richteten sich zunächst und durchaus emanzipatorisch gegen feudalaristokratische Verhältnisse und monarchische Herrschaftsformen, mehr und mehr jedoch auf die Verteidigung erreichter bürgerlicher Besitzstände gegenüber dem Proletariat und dessen Parteien. Gerade in dieser Hinsicht unterlagen die Parteien 1917/18 in Deutschland einem nachhaltigen Wandlungsprozeß, wahrscheinlich sogar dem umfassendsten, seit sie in Erscheinung getreten waren.

Die Revolutionen bewirkten damals ganz *unmittelbar* eine allgemeine Linksverschiebung politischer Inhalte, von Kampfformen und Organisationsstrukturen der Parteien. Sie standen unter dem Druck in Bewegung geratener und sich politisierender Massen. Diese schufen – nahezu spontan und in unterschiedlichsten Formen – erstmalig Korrektive für die Parteien. Insbesondere die Arbeiterrä-

dessen sich das mündig gewordene Volk bedient, tun sich artikuliert äußern und politische Entscheidungen fällen zu können. Demgegenüber heißt es bei Franz Neumann: „Zusammenschluß von Bürgern aufgrund von gemeinsamen Interessen und gemeinsamen politischen Vorstellungen über die staatliche Ordnung. Ziel der politischen Parteien ist die Übernahme der Herrschaft im Staat, allein oder in Koalition mit anderen Parteien ... In repräsentativen Demokratien besitzen die Parteien ein faktisches Monopol in der Kandidatenaufstellung zu Parlamentswahlen auf allen Ebenen, sie bestimmen über die Fraktionen die Regierungen und entsenden in viele Institutionen ihre Vertreter. Die Bedeutung der Parteien in modernen Staaten entspricht die Bezeichnung Parteienstaat und die Forderung nach innerparteilicher Demokratie als Voraussetzung der Demokratie im Staat.“

Ins Kleinen politischen Lexikon, das 1978 in der DDR erschien, hieß es: „Politische Vereinigung, gebildet aus Repräsentanten einer sozialen Klasse, die deren Ziele programmatisch fixiert, ihre politischen Schritte ideologisch begründet und organisiert und um die Durchsetzung ihrer Interessen kämpft. In den kapitalistischen Staaten werden die beiden Grundklassen von zwei (Grundtypen der politischen Partei repräsentiert: von der Partei der Bourgeoisie und von der revolutionären Partei der Arbeiterklasse.“ Und in Meyers neues Lexikon von 1964 wurde kurzschlüssig geschrieben: „Politische Organisation, die die Interessen einer bestimmten Klasse oder Klassenfraktion vertritt und deren Kampf leitet. In der Partei vereinigen sich die aktivsten Vertreter von Klasseninteressen.“

te, die Soldatenräte, ansatzweise auch sogenannte Kulturräte und nicht zuletzt auch Parteien und parteiähnliche Organisationen, die das Konzept eines „dritten Weges“ verfolgten, wiesen über die Grenzen hinaus, die den Parteien – und hier nehme ich ebenfalls die Arbeiterparteien nicht aus – nun einmal in der kapitalistischen Gesellschaft gesetzt sind.

In auffälliger Weise schnellten damals die Mitgliederzahlen jener Parteien in die Höhe, die bereit waren, sich auf die antimilitaristische, antimonarchistische und um soziale Gerechtigkeit ringende Bewegungen zu stützen oder auch nur anders als allein mit den Mitteln der Gewalt sich auf sie einzustellen. Als völlig gescheitert erwies sich außerdem die jahrzehntelang praktizierte Politik einer Ausgrenzung und Verteufelung der größten Oppositionspartei; Koalitionen zwischen der Sozialdemokratie, den Liberalen und der katholischen Zentrumsparterie hatten sich bereits bei der Friedensresolution angedeutet und führten über Beteiligung zweier SPD-Führer an der Regierung des Prinzen Max von Baden schließlich zur Regierungsübernahme des „Rates der Volksbeauftragten“.

Das neue Zusammenspiel von fortschrittsorientierten Parteien und sozialen Bewegungen bot der Demokratie und dem Übergang in eine nichtkapitalistische bzw. in eine den Kapitalismus einschränkende Gesellschaft eine große Chance. Ihr begegneten die konservativen Kreise der deutschen Gesellschaft mit offenem Haß und neue Formen suchender extremistischer Politik, aber auch mit parteiorganisatorischen Konsequenzen. Zu letzterem gehörte nicht allein der weitgehende Zusammenschluß ihrer Parteien zur DNVP, wobei selbst die Deutsche Vaterlandspartei integriert wurde, sondern auch das Bestreben, anders als bisher und orientiert am Beispiel der erfolgreichen Sozialdemokratie einen Massenanhang an sich zu binden. Schließlich zeichneten vor allem sie verantwortlich für die Herausbildung des Rechtsextremismus in ihrem Um- und Vorfeld. Als Ziel schwebte ihnen eher eine bürgerliche Einheitspartei vor, noch nicht eine bürgerliche Partei „neuen Typs“, wohin allerdings der eingeschlagene Weg schließlich führen sollte.

Es war der endgültige Verzicht der konservativen und bürgerlich-liberalen Parteien auf ihre früheren emanzipatorischen Grundlinien, der zu einer neuen Polarisierung innerhalb des Parteienwesens führte und alle programmatische Ideale, Werte, Utopien – beispielsweise die einer parlamentarischen Demokratie – dem reinen Ringen um politische Macht bzw. um deren Erhaltung unterordnen ließ. Noch weniger als bis dahin konnten sie sich über ihren Parteien-Egoismus erheben: *Machtfragen* dominierten über *Sachfragen*, taktische Erwägungen über gesellschaftliche Notwendigkeiten. Das Weimarer Vielparteiensystem verdeckt etwas die Tatsache, daß ein Ergebnis der rein machtpolitisch bedingten Polarisierungsprozesse in einer quantitativen Vervielfältigung des Parteienwesens bei gleichzeitiger Herausbildung sogenannter Großparteien bestand. Die bis dahin üblichen „Honoratiorenparteien“ bemühten sich, zu Mitgliederorganisationen zu werden, in der Literatur vielfach benannt als „Massenintegrationsparteien“. Unabhängig davon, wie man diese Tatsache bewerten will, bleibt zu berücksichtigen, daß mit der wachsenden sozialen Heterogenität von Mitglieder- und Wählerscharen den fälschlicherweise „Volksparteien“ genannten Großparteien auch Neues für ihre Konkurrenzsituation entstand. Diese war – neben den bereits genannten Faktoren – noch stärker von Interessenüberlagerung und Gemeinschaftsdemagogie gekennzeichnet. Letztere erreichte ihre extreme Zuspitzung im faschistischen Axiom von der „Volksgemeinschaft der Deutschen“, wobei die NSDAP – trotz oder wegen ihrer barbarischen Intoleranz gegenüber allen Nicht-Deutschen, insbesondere gegen die Juden, Slawen, Sinti, Roma usw. – sogar zur mitgliederstärksten Partei in der deutschen Geschichte werden konnte. Auch später haben die Vorstellungen von einer bürgerlichen Einheitspartei eine große Rolle gespielt, denken wir nur an die parteipolitischen Absichten in den antifaschistischen Oppositionskreisen um Carl Goerdeler 1943/44.

Manche der Wandlungen im deutschen Parteienwesen lassen sich einem spezifizierten Olympia-Motto zuordnen: „Immer mehr Mitglieder – immer breiteren Anhang – immer festere Organisation“. Gerade sie beschleunigten einen Prozeß, den wir bisher zu wenig berücksichtigt haben dürften: Die aus dem Wesen gesellschaftlicher Organisationen erwachsende Oligarchisierung in den Parteien und die Bürokratisierung sich ausweitender Parteiapparate. Seit den Untersuchungen von Robert Michels zur Sozialdemokratie sind diese Prozesse bekannt. Bereits zu Beginn unseres Jahrhunderts stellte er bekanntlich fest, daß gerade eine Partei, obwohl gerade sie die Entwicklung der Demokra-

tie auf ihre Fahnen geschrieben hatte, ihre innerparteiliche Entdemokratisierung nicht bekämpfen konnte und offensichtlich auch nicht einmal bekämpfen wollte. Michels sprach vom „ehernen Gesetz der Oligarchie“, das seine Ursachen in der Parteiorganisation, im bürokratischen Apparat habe. Seine Thesen lauteten: „Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie ... Mit zunehmender Organisation ist die Demokratie im Schwinden begriffen.“ Oder: „Die Macht der Führer wächst im gleichen Maßstab wie die Organisation.“ Und schließlich: „Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Arbeitgeber, der Delegierten über die Delegierenden.“³ Parteien sind also ganz offensichtlich in organisationsstruktureller Hinsicht einander ähnlicher, als es die Gegensätzlichkeit ihrer Interessen und Ziele vermuten läßt.

Zu untersuchen wäre m. E. also der Zusammenhang, der offensichtlich zwischen den an die kapitalistischen Verhältnisse gebundenen Spezifika des Parteienwesens und den Fehlentwicklungen von Arbeiterparteien besteht. Sich diesem Zusammenhang zu entziehen, gelang proletarischen Parteien nicht, den kommunistischen sogar noch weniger als den sozialreformerischen. Möglicherweise zeigte sich außerdem hierin auch, daß sich damals bereits das klassische Gegenüber von bürgerlichen und proletarischen Parteien aufzulösen begann und rein bipolare Betrachtungsweisen in die Irre führen mußten.

Wie dem auch sei, während des 20. Jahrhunderts erhöhte sich die Bedeutung der politischen Parteien Schritt für Schritt. Heute kann Herrschaft ohne sie nicht ausgeübt werden, doch stehen sie den Notwendigkeiten einer demokratischen Entwicklung der Gesellschaft äußerst hinderlich im Wege. Die etablierten Parteien sind unfähig, das grundgesetzlich fixierte politische Mitwirkungsgebot der Gesellschaft mit Leben zu erfüllen. Überkommene Grundsätze wie das Prinzip der Gewaltenteilung, der institutionellen Machtbalance und einer kritischen Öffentlichkeit sind durch einen nicht-öffentlichen Machtgebrauch und offensichtlichen Machtmißbrauch außer Kraft gesetzt. Arroganz, Selbstbezogenheit und nicht zuletzt auch eine Selbstversorgungsmentalität – das Jenaer Forum bekam sie gerade in den letzten Tagen zu spüren – haben aufklärerische Prinzipien, demokratische und liberale Normen längst über den Haufen geworfen. Die Repräsentation der Gesellschaft ist einer parteipolitischen „Kolonialisierung“ der Öffentlichkeit gewichen.⁴ Wem ist das von Skandalen aller Art geprägte Erscheinungsbild insbesondere der Großparteien nicht bekannt! Sie unterbreiten ein unzulängliches konzeptionelles Angebot und bevorzugen in personeller Hinsicht den Typ karrieristischer Berufspolitiker. All die Schamlosigkeiten der Parteienfinanzierung, die mangelhafte innerparteiliche Willensbildung und die verkrusteten Strukturen der Parteiapparate, die Bemühungen zur Ausschaltung oppositioneller Parteien haben ein Übermaß erreicht. Der wohl bekannteste Kritiker des heutigen Parteienwesens – Ulrich von Alemann (weiß Gott kein Linker!) – sieht vor allem vier Struktur-mängel: *erstens* die Bürgerferne und die Entmündigung des Volkes durch die Parteien, *zweitens* die begrenzte Problemlösungskompetenz der Parteien, *drittens* die Aushöhlung des Grundsatzes von der Gewaltenteilung und die Entwicklung von Parteien zu einer Monopolmacht, und *viertens* die Dominanz des Eigeninteresses sowie die wachsende Ausbeutung des Staates durch die Parteien.

So steht also am Ende des 20. Jahrhunderts, an dem wesentliche Revolutionsergebnisse von 1917/18 aufgehoben worden sind, auch die Frage zur Debatte, was denn die Parteien des 21. Jahrhunderts sein werden und sein können. Werden sie sich reformieren lassen und zu wirklichen demokratischen Organisationen umgestalten können? Werden sie Parteiegoismen wenigstens im Hinblick auf jene immer globaleren Charakter annehmenden Bedürfnisse der Gesellschaft bewältigen helfen? Oder soll auch künftig die sich verselbständigende Großparteienmacht jede Menschlichkeit ersticken?

Parteien haben Konflikte der Gesellschaft auszutragen, doch – so denke ich – sind sie im Augenblick völlig ungeeignet zu gewährleisten, daß dies zumindest in einem einigermaßen geregelten Ne-

³ Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens (1911). Neu hrsg. von Werner Conze, Stuttgart ³1969.

⁴ Rolf Ebbighausen u. a.: Die Kosten der Parteiendemokratie. Studien und Materialien zu einer Bilanz staatlicher Parteienfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1996, S. 446.

beneinander, in globalen Fragen auch in solidarischem Füreinander geschieht. Selbstvergottung und Sündenabweisung, geschichtspolitische Selbstverklärung und Verteufelung des Konkurrenten nehmen eher zu als ab. Nach wie vor gilt, was „Die Weltbühne“ 1925 satirisch so charakterisierte:

„Herr, mach uns frei!
Reinige uns vom Verdacht und der Sünde.
Wir haben parteipolitische Gründe,
daß unsere Weste sauber sei.“⁵

Die Frage, ob es zur Gestaltung einer demokratischen Zukunft völlig neuer Organisationstypen bedarf, kann ein Historiker nicht beantworten. Er ist mit Recht als ein „rückwärtsgewandter Prophet“ bezeichnet worden. Sein Wort gilt dem Vergangenen. Allerdings hängt es auch vom exakten Wissen um die Geschichte der politischen Parteien und des Parteienwesens an, wie künftige parteipolitische Entwicklungsprozesse gestaltet oder beeinflusst werden können. Das gilt auch für die Diskussion, die einige Mitglieder der PDS über die Alternative eine „Partei von unten“ zu führen bemüht sind. Das gilt ebenso für andere Überlegungen, die auf Korrektive für die Parteien zielen, sie stärker der öffentlichen Kontrolle zu unterziehen trachten. Möglicherweise wäre neben den vielen anderen notwendigen Reformen in Deutschland auch eine Reform des Parteienwesens in Betracht zu ziehen, die Parteien in die Lage versetzt, ihre grundgesetzlich fixierte Aufgaben zu erfüllen. Daß sie bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken sollen, ist gut und schön, doch müßte gewährleistet sein, daß dies in jeder Hinsicht ungehindert, wirkungsvoll und zu jeder Zeit – nicht allein alle vier oder fünf Jahre bei Wahlen – erfolgen kann ...

Die Revolutionen von 1917/19 und das Ende des 20. Jahrhunderts. Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Schriftenreihe Heft 30, Jena, 1997, S. 125-131.

⁵ Die Weltbühne, Nr. 45 v. 10.11.1925.

Ein Denkmal für Göring und Co?

Gewiß, die Verurteilung deutscher Hauptkriegsverbrecher liegt ihnen schwer im Magen. Sie erscheint demzufolge wie ein Sakrileg und wird gern als Frevel einer „Antijustiz“ am „Kulturvolk der Deutschen“ dargestellt. Das neue Buch von Dehoust bietet jedoch einen bislang nicht für möglich gehaltenen Höhepunkt an Nürnberg-Schelte. Da wird der Vergleich mit der mittelalterlichen Inquisition bemüht, da wird von den Verbrechen der Alliierten mehr als von denen der Deutschen geredet, da werden dreist die Ankläger und Richter des Gerichtshofes der Alliierten als „Heuchler, Henker, Halunken“ abgestempelt. Der amerikanische Hauptankläger Jackson gilt dem Autor als hektisch tätiger „Verfolgungsjurist“ und sophistischer Manipulierer. Im Gerichtssaal sei „Greuelpropaganda“ betrieben worden. Den Holocaust habe man behandelt, ohne in den „jüdischen Drohungen und Kriegserklärungen“ (!) Ursachen für die deutsche „Haß-Eskalation“ sehen zu wollen. Schließlich hätten sich jüdische Partisanengruppen während des Krieges im Osten „besonders brutal und rücksichtslos“ aufgeführt. (S. 227). Zur Rechtfertigung des berüchtigten „Kommissar“-Befehls und anderer kriegsvölkerrechtswidriger Befehle des OKW (sie werden nicht einmal beim Namen genannt) wird schlicht behauptet, in Nürnberg sei lediglich gegen den deutschen „Antiterror, nicht gegen den Tenor der „militarisierten Unterwelt“ geklagt worden. (S. 239) Aus dem Propagandaarsenal der Nazis erwächst so eine neue Variante des Schuldvorwurfs an die Adresse der Verfolgten, der Überfallenen und Ermordeten ...

Nürnberg erscheint bei Dehoust als eine Veranstaltung von Justizmördern, eine stalinistische Justizgroteske, die nach der „klassischen Methode der kommunistischen Schauprozesse“ über die Bühne gegangen sei. (S. 64) Demagogisch stellt er fest, die heutige Geschichtsschreibung, die Politik sowie Medien und Erziehung seien von den Nürnberger Schuldsprüchen „zutiefst geprägt“. Zusätzlich wartet der Ex-Chef der Republikaner in seinen Erinnerungen (S. 11-47) mit lächerlichen „Enthüllungen“ auf, die zeigen sollen, „welch‘ dubiose Personen schon damals die öffentliche Meinung manipulierten“. (S. 15)

Dehoust und Schönhuber interessiert allerdings weniger die Geschichte. Sie dient ihnen lediglich als beliebig einsetzbares Material für ihre Frage, ob denn das, was sie kritisieren, „auf ewig“ so bleiben müsse. Es lohnt sich, in diesem Zusammenhang die Kehrseite dieser Beschimpfungen aufzuspüren und der Frage nachzugehen, welche andere, vorgeblich gerechtere Zukunft da ins Auge gefaßt wird?

Alle Argumentation läuft auf eine Art gegenseitiger Verrechnung von Verbrechen hinaus, die zur Verharmlosung und auch zur Rechtfertigung der faschistischen Untaten führt. Beides bedeutet nichts anderes als Volksverhetzung, auf die in Deutschland Strafe steht. Doch was erfolgt eigentlich, wenn zugleich die rechtmäßig Verurteilten zu den Helden der Geschichte hochstilisiert werden? Zwar halten sich die Kritik an Hitler und Himmler und die faktische Lobpreisung anderer Faschisten die Waage. Doch an den Denkmälern für Göring und das faschistische Militär wird bereits fleißig gearbeitet. Der inneren Logik des Buches folgend, erinnert Dehoust abschließend auf S. 302 an General Tōjō und sechs weitere japanische Generale, die nach dem Kriegsverbrecherprozeß in Tokio hingerichtet worden sind. Ihnen habe man auf dem Berg Sangana einen Gedenkstein, im Sugamo-Gefängnis einen Gedenkhain sowie Seelentafeln des Yasakuni-Schreines gewidmet. In letztere seien die Namen der „sieben Märtyrer“ eingemeißelt worden, und nahezu jeder japanische Ministerpräsident habe ihnen, zumindest privat, seine Reverenz erwiesen ...

antifa, Januar 1997, S. 12.

Geschichte des Kampfbundes

Der Internationale Sozialistische Kampfbund, eine relativ kleine Organisation der deutschen Arbeiterbewegung, ist von der Forschung – leider auch in der DDR – arg vernachlässigt worden. Die einzige brauchbare Darstellung stammt von Werner Link, einem Schüler Wolfgang Abendroths, und wurde bereits 1964 veröffentlicht. Nun liegt eine Publikation von Dokumenten und Erinnerungen vor, die beträchtliche Lücken zu schließen vermag. Die vor allem aus dem Archiv der sozialen Demokratie bei der Friedrich-Ebert-Stiftung erschlossenen Quellen bieten einen lebendigen Einblick in die Geschichte des Kampfbundes. Berichte wie der von Willi Eichler auf dem Ersatz-Bundestag des ISK vom 11. Juli 1942 lesen sich ebenso spannend wie die kleine Auswahl aus den von ihm herausgegebenen „Reinhart-Briefe“ der Jahre 1935/39. Zu den aufschlußreichen Teilen des Bandes gehören auch die in der Regel seit Beginn der 80er Jahre erarbeiteten Erinnerungsberichte, die bislang kaum zugänglich gewesen sind.

Allerdings gehört das, was Sabine Lemke-Müller über die Organisations- und Wirkungsgeschichte des ISK mitzuteilen hat, zu den schwächsten Teilen des Bandes. Wer nach ihrem Vorwurf, die Arbeit von Link habe die philosophischen Grundlagen des ISK „aus einem marxistischen Blickwinkel“ dargestellt und könne „nicht überzeugen“ (S. 12), einen anderen theoretischen Erklärungsansatz erwartet, sieht sich getäuscht. Auch in wissenschaftlicher Hinsicht wird sie dem Wert des publizierten Materials nicht gerecht, wie allein zwei Beispiele belegen: Da ist dem Dokumentierten immer wieder zu entnehmen, wie stark sich die Mitglieder des ISK für die Einheit der Arbeiterparteien einsetzten, doch in der Bewertung des Kampfbundes spielt das keine Rolle.

Und da geht aus dem 1989 verfaßten Bericht von Ludwig Gehm hervor, wie wertvoll für ihn die Solidarität der politischen Häftlinge des Lagers gewesen ist, und wie sorgfältig er die Haltung der Kapos von Buchenwald zu würdigen weiß. Daß jedoch Lutz Niethammer in sein Werk über den „gesäuberten“ Antifaschismus von 1994 nur einen diffamierenden Artikel Gehms aus dem Jahre 1947 aufgenommen hat, obwohl er den Titel von dessen Erinnerungen anführt, veranlaßte die Autorin zu keiner kritischen Erwähnung.

Sabine Lemke-Müller: Ethik des Widerstandes. Der Kampf des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) gegen den Nationalsozialismus. Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, Bonn 1996, 367 S.

antifa, Januar 1997, S. 26.

Eine Mär vom Meister und seinen Gesellen

Anmerkungen zur ZDF-Serie „Hitlers Helfer“ von Guido Knopp

Es ist noch nicht lange her, da durfte das deutsche Fernsehvolk erleben, was im ZDF als „Bilanz“ bisheriger Hitler-Forschung und der Weisheit letzter Schluß ausgegeben worden ist. Das Resultat war mager. Es hagelte prompt Kritik. Dennoch erschien das Begleitbuch auf den Bestseller-Listen. Offensichtlich überwältigte Reklame auch in diesem Falle die Nutzer eines Produkts, für das zwar geschäftstüchtig geworben wird, das jedoch selbst keineswegs zu überzeugen vermag.

In diesen Tagen wiederholt sich der Vorgang. Seit Mitte Januar flimmert der Sechsteiler „Hitlers Helfer“ über den Bildschirm. Zunächst war er in einer etwas längeren Fassung auf dem arte-Kanal zu sehen. Jetzt läuft er im Zweiten Programm, jeweils auf 45 Minuten gestutzt. Neben dem, was aus der schier unübersehbaren Fülle des Materials ausgewählt wurde und hier zu sehen ist, erlauben auch die Kürzungen interessante Einblicke.

Nur verführte und verwirrte Jünger?

Ein Sextett der Paladine wird behandelt: der „Stellvertreter“ Rudolf Heß, der „Vollstrecker“ Heinrich Himmler, der „Brandstifter“ Joseph Goebbels, der „Zweite Mann“ Hermann Göring, der „Architekt“ Albert Speer und der „Nachfolger“ Karl Dönitz. Nirgendwo wird die Auswahl begründet. Warum nicht Martin Bormann, Wilhelm Keitel oder Alfred Rosenberg? Warum nicht Ernst Röhm und Gregor Strasser, die wie kaum andere geholfen haben, daß aus Hitler der „Führer“ werden konnte?

Trotz mancherlei neuer Information, trotz manchen Filmmaterials, das bisher noch nicht zu schauen war, trotz mitunter gelungener Zusammenführung von Bildern und Texten – Knopps Sicht auf die Geschichte bleibt arg begrenzt. Sie gilt nahezu ausschließlich dem „Führer“ und ist in einem Maße auf diesen zentriert, daß die anderen lediglich als „Helfer“ und „gläubige Jünger“, als „Gesellen“ des „Meisters“, als Geführte oder sogar Verführte erscheinen.

Die sechs Biographien geraten zu einer eifrig zurechtgestutzten Geschichte des Privaten. Vor allem, wenn es um die entscheidende Frage nach den Ursachen geht, wird gemutmaßt oder schlicht behauptet. Stets geraten da lediglich psychische Defekte in den Blick. Gewiß, die besondere Strenge des Vaters von Heß mag ein Grund gewesen sein, doch mußte daraus die Unterordnung unter den „Übervater“ Hitler folgen? Entwickelte sich ein Goebbels wirklich zu jenem „Verbrecher des Wortes“, weil er unter der Verkrüppelung seines Fußes litt? Wurde er deshalb zu einem Antisemiten, weil die Juden die „Sündenböcke für sein jahrelanges Scheitern“ gewesen seien, und ergab sich seine Rolle bei der Auslösung des Pogroms von 1938 tatsächlich aus der Absicht, sich nach einer Liebesaffäre beim erzürnten Hitler wieder „profilieren“ zu wollen? Sollte sich das Berserkertum Himmlers gegen die europäischen Juden wirklich aus dem Umstand ergeben haben, daß sein dringlicher Wunsch, Soldat spielen zu dürfen, im Ersten Weltkrieg unerfüllt blieb? Hat Himmler – des öfteren als „schmaler kränklicher Mann“ vorgestellt – das „Kapital“ seiner Macht tatsächlich aus seiner „Unscheinbarkeit“ gewonnen? Führt Göring deshalb das Leben eines politischen und militärischen Abenteurers, weil er als „brutaler Hysteriker mit schwachem Charakter“ galt und selbst seine Skrupellosigkeit als die eines Renaissance-Menschen rechtfertigte?

Knopp löst mit penetranter Konsequenz fast alles aus wesentlichen gesellschaftlichen Kontexten heraus. Historische Zusammenhänge kommen kaum vor. Wie in den Filmen über Hitler ist von der faschismusfördernden Bündnispolitik deutschnationaler Parteien und anderer konservativer Kreise nicht die Rede, scheinen auch hier die deutschen Eliten – Industrielle, Bankiers, Großagrarier, Militärs, Diplomaten, Beamte usw. – nicht zu existieren. Dafür gibt es viel psychologisch-historisierende Deutungen. Die absolute Bevorzugung solcher entleert die Geschichte ihrer Inhalte. So spielen weder die nationalistischen Auffassungen von „deutscher Größe“ eine Rolle, noch findet das übereinstimmende Streben der gesamten NSDAP-Führung nach einer Ausdehnung der Grenzen Deutschlands bis hin zu denen eines Großgermanischen Reiches irgendeine Erwähnung. Ebenso wenig wird von ihrer Bereitschaft gesprochen, für die Durchsetzung ihres deutschen Größenwahns

alle Mittel einzusetzen, gleich ob Völker- und Menschenrecht mit Füßen getreten werde. Das Sextett wird nicht als verbrecherischer Teil der „ersten Reihe“, nicht als repräsentativ für große Teile der politisch-militärischen Eliten Deutschlands erfaßt. Imperiale Machtbestrebungen und -Strukturen heben sich in personalisierend-verzerrender Betrachtung auf.

Besonders deutlich wird dies in den Filmen über Heß und Göring. Knopp charakterisiert den einen als einen „weltfremden Friedensengel“, den anderen als Gegner des Hitlerschen Vabanque-Spiels, der keinen Krieg, sondern lediglich am Verhandlungstisch ein deutsches Wirtschaftsimperium erpressen und sogar den Überfall auf die Sowjetunion verhindern wollte. Heß habe zudem den Krieg gegen England und Frankreich als falschen Krieg empfunden und sei „Hauptgegner“ (!) des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes gewesen. Natürlich war seine Mission vom 10. Mai 1941 zum Scheitern verurteilt; erklärt wird dies allerdings mit der These, Churchill habe zu diesem Zeitpunkt sich bereits für das Bündnis mit einem anderen Diktator entschieden, sei also friedensunwillig gewesen. Die entscheidende Frage nach den Zielen von Heß wird nicht einmal berührt. Verschwommen wabert ein Notizzettel über den Bildschirm, noch dazu als neu gefundene Quelle präsentiert. Doch was sich Heß notiert hat, bleibt unerwähnt. Es paßt eben nicht in das Konzept, angebliche Bemühungen deutscher Faschisten um den Frieden würdigen zu wollen, wenn Heß – gleich ob mit oder ohne Hitlers Wissen – nichts anderes als die Forderung nach britischer Aufgabe vorzulegen hatte und sich befleißigte, dies mit der vermeintlichen deutschen Stärke zu begründen. In einer für einen Dokumentarfilm grotesken Weise wird verschwiegen, was Heß erreichen wollte, statt dessen aber von einem Double demonstriert, welche Gefühle dieser wohl beim ersten Fallschirmsprung seines Lebens gehabt haben könnte.

Die Sekretärin und der Referent

Knopp führt das Biographische nicht hin zu einer komplexen Geschichtsbetrachtung, sondern von ihr weg. Nichtssagend und dennoch vieldeutig heißt es zu Himmlers SS-Männern, sie seien „irrlichternde Häuflein“ gewesen, in einen „nordischen Nebel“ sowie in eine „trübe Zukunft“ marschiert. Analog zu Himmlers Todessehnsucht hätten auch sie an den Kampf „um seiner selbst willen“ geglaubt. Verwundert es noch, wenn die wenigen Szenen bei arte über die unmenschlichen Taten der Schwarzuniformierten – auch ihres Arztes Dr. Mengele beim ZDF der Schere zum Opfer fielen? Auffällig auch, daß ausgerechnet zwei Stellen fehlten, in denen die Verbundenheit von Reichswehrführung und SS andeutungsweise zum Vorschein kam. Ebenso fiel auf, daß arte die Rolle von Heß für die Mobilisierung der Auslandsdeutschen und damit ein wichtiges Thema wenigstens berührte, das ZDF dies jedoch total ignoriert.

Wieder tauchen sogenannte Zeitzeugen in Hülle und Fülle auf. Ihre Meinungen bleiben in der Regel unkommentiert. Eine Sekretärin des „Führer“ darf kundtun, es sei damals eben so gewesen, man habe nur von „Arbeitslagern“ und nichts von Vernichtung gewußt. Ein anderer, „Referent“ bei Hitler, spielt maßlos die Rolle der NSDAP herunter, sie sei nicht mehr als ein Gesangsverein gewesen und Politik wie ein „Indianerspiel“ gemacht worden. Ein Neffe des Reichsmarschalls hilft, mit seinen Geschichtchen Geschichte zu verklären; Göring habe die Konzentrationslager nur für eine „Übergangslösung“ gehalten – klar, daß da nicht einmal Raum bleibt, Görings Niederlage im Prozeß gegen den vermeintlichen auch nur zu erwähnen. Ein Sohn Martin Bormanns berichtet ausführlich von Himmlers Gruselkabinett; dies ist übrigens neu in den ZDF-Film über Heß aufgenommen worden, offensichtlich jedoch im Austausch mit einem Zeitzeugen, der bei arte Hitlers Stellvertreter als einen „absoluten Mittäter“ bezeichnete, der „nie in irgendeiner Form Kritik geäußert hat, im Gegenteil“. Und Adjutant Wilfred von Oven bewundert in langen Sentenzen nach wie vor seinen Chef Goebbels. Auch der kürzlich verstorbene Reichsjugendführer Axmann kam zu Wort – natürlich ohne jeden Verweis auf die Todesanzeige in der FAZ, in der es am 2. November 1996 hieß: „Sein sozialer Einsatz für die Jugend war Vorbild. Dafür danken wir ihm“.

Allein wer zum parallel erschienenen Buch Knopps greift, erfährt überhaupt von einer Problemstellung, die dem Ganzen einen Sinn geben soll. Die hier formulierte Frage lautet, ob es sich um „ganz besondere Verbrecher“ oder um „normale“ Deutsche gehandelt habe, die aufgrund „besonderer Be-

dingungen und Zufälle besondere Karrieren“ machen konnten? Weder in den Filmen noch im Buch wird darauf eine direkte Antwort versucht. Statt dessen mißbraucht der Chefhistoriker des ZDF hier die Gelegenheit zu einer unlauteren Attacke auf Daniel Goldhagen. Der hatte in seinem viel diskutierten Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ die Zahl von etwa einer halben Million deutscher Täter benannt. Knopp übernimmt stillschweigend diese Zahl, unterstellt aber gleichzeitig, der amerikanische Historiker vertrete die (in der Tat unsinnige) These von einer „Kollektivschuld“ aller Deutschen. Und dann wird auf den Buhmann eingeschlagen...

Geschäftstüchtige Geschichtsverklärung

Knopps Umgang mit der Geschichte erhellt diese nicht, allenfalls das Unzureichende seines eigenen verklärenden, verschleiern und von Geschäftstüchtigkeit getragenen Verständnisses für sie. Wißbegierigen Lesern und Zuschauern sei empfohlen, sich um andere Literatur zu bemühen. Und da noch zwei Filme ausstehen: Wer etwas über Albert Speer, seinen Beitrag zur mörderisch betriebenen deutschen Rüstungswirtschaft und über seine eigene Lebenslüge vom Nichtwissen über den Holocaust wirklich Aufklärendes erfahren möchte, greife lieber zum Buch von Gitta Sereny. Wer den Großadmiral Karl Dönitz kennenlernen will, schaue sich den tiefgründig analysierenden Dokumentarfilm „Eine deutsche Karriere“ (1988) von Karl Gass an.

Nebenbei: Fünfzig Jahre nach dem Nürnberger Urteil gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher erschienen in Deutschland zwei Bücher mit Biographien einiger Männer, die unmittelbar neben und mit Hitler die größte Verantwortung für die unvorstellbaren faschistischen Verbrechen trugen. Zu dem aus der Feder ostdeutscher Historiker (besprochen im ND v. 2.10.1996) erschien in der Welt ein Artikel, dessen Verfasser zwar die Leistung sachlich anerkannte, es aber gleichzeitig als einen „seltsamen“ Einfall bezeichnete, nach Hitler nun – womöglich bis zum Blockwart hinunter – alle Beteiligten biographisch-kritisch aufarbeiten zu wollen. Von solch einem Vorwurf gegen Guido Knopp ist noch nicht gehört worden. Er hat übrigens angekündigt, demnächst eine Serie über „Die Deutschen Hitlers“ auf den Bildschirm bringen zu wollen. Soll dann endlich alles ganz genau erklärt werden?

Guido Knopp, „Hitlers Helfer“, Bertelsmann Verlag, 1996, 351 S., geb., 46,80 DM.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 8./9. Februar 1997, S. 13.

Ein denunziatorischer Rundumschlag, zudem unzumutbar oberflächlich

Vielleicht ist Broder zu bedauern. Er schrieb früher gute Sachen gegen den Neonazismus, doch heute scheint es ihm einzig und allein darum zu gehen, ohne Sinn und Ziel zu kritisieren. Zu preisen fand ich an dem hier zu besprechenden Band allenfalls den lockeren, teilweise gefälligen Stil – ansonsten ist nichts eines Lobes wert.

Dem Leser begegnen 38 einzelne „adaptierte“ Veröffentlichungen aus „Der Spiegel“, „Die Woche“ und „Profil“. Er kann nicht prüfen, wann und in welchem Zusammenhang sie geschrieben und in welcher Weise sie verändert worden sind; Autor und Verlag verzichteten der Einfachheit halber auf jeglichen Beleg.

Ohne jedes Ordnungsprinzip erscheint alles dem willkürlich gewählten, nirgendwo reflektierten Buchtitel untergeordnet. Was für die Wochenschriften gut sein mochte, gehört noch lange nicht in ein Buch, zumal Broder weder als Chronist noch als um Wissenschaftlichkeit bemühter Zeithistoriker in Erscheinung tritt. Sein moralisierender Aufschrei wird beherrscht von einem wahnwitzig und abenteuerlich, mitunter auch denunziatorisch zu nennenden Rundumschlag.

Dieser richtet sich vorwiegend gegen Intellektuelle wie Hans Mayer, Walter Jens, Lea Rosh, Stephan Hermlin, Gerhard Zwerenz u. a. m. sowie gegen die Osis, die ihm ob ihrer Kritik an den Zuständen als „rätselhafte Wesen“ (S. 38) gelten.

Selbstverständlich wird auch nach Kräften „gegauckt“. Mit feinem Gespür verzeichnete der Spiegel-Buchverlag auf dem Klappentext, das Buch sei als eine „Topographie der neunziger Jahre“ zu preisen, in der „mancher auf der Strecke bleibt“.

Es geht Broder tatsächlich wohl nur um letzteres; in dieser „Topographie“ ist von den Problemen der Massenarbeitslosigkeit und des Sozialabbaus, vom rechten Zeitgeist und der wachsenden konservativen Parlamentarismus-Kritik nirgendwo die Rede. In jeder Zeile offenbart sich, wieviel Broder von den Befindlichkeiten der „vereinigten“ Deutschen zu wissen vorgibt und wie wenig davon die tatsächliche Realität erfaßt. In unzumutbarer Oberflächlichkeit übergeht er, was die Menschen gegenwärtig in Deutschland tatsächlich belastet und bewegt. Dieses Zerrbild vermag nur zu erschrecken. Das gilt auch für seine Rückschau auf die DDR. So läßt sie die Qualität seiner Aussagen z. B. an der Aussage messen, in der DDR sei auch eine „Verurteilung wegen Ladendiebstahls“ ein „Akt der Willkür“ gewesen, da das System auf Willkür basierte. (S. 103). Ebenso darf man sich über folgende Sentenz wundern: „Die Diskussion um das Holocaust-Mahnmal wird mit derselben (sic!) Ernsthaftigkeit geführt, mit der vor sechzig Jahren der Holocaust geplant und durchgeführt wurde ...“ (S. 222).

In welcher Hinsicht soll angesichts solcher und vieler anderer Unerquicklichkeiten das an ein historisches Vorbild angelehnte Motto des Buches verstanden werden? Es lautet: „Ein Volk, ein Land und viele tolle Wahnideen!“

Hendryk M. Broder: Volk und Wahn. Spiegel-Buchverlag, Hamburg 1996, 256 S., 36,00 DM.

antifa, März 1997, S. 27.

Eine unvollständige Sicht

Die gegenwärtige Neigung, das sich dem Ende zuneigende 20. Jahrhundert zu bilanzieren, ist groß und wird sicher noch wachsen. Hobsbawm („Zeitalter der Extreme“), Duménil („Jahrhundert der Massaker und Kriege“), Lehmann („Jahrhundert der Gewalt“) und andere legten bereits anregende Entwürfe vor. Der Gedanke, von einem „deutschen Jahrhundert“ zu sprechen, liegt nahe. Allzu stark hat Deutschland in den Verlauf der europäischen und der Weltgeschichte eingegriffen, allzu Barbarisches tat es der Welt. Deutschland trug eine wesentliche Verantwortung für den Ersten Weltkrieg, den Jäckel als die „Urkatastrophe“ bezeichnet, hier kam es 1933 zu der von Jäckel mit einem GAU („größter anzunehmender Unfall“) verglichene Errichtung der faschistischen Diktatur, es entfesselte den schlimmsten Krieg aller Zeiten und betrieb den Völkermord an den europäischen Juden. Obwohl der Autor die Herrschaft Hitlers und den Judenmord – von den beiden Weltkriegen spricht er in diesem Zusammenhang leider nicht – als eine „schreckliche Abweichung von den westlichen Traditionen der Demokratie und der Menschenrechte“ (S. 9) charakterisiert, lehnt er die These von einem deutschen Sonderweg entschieden ab. Seine Begründung gleicht allerdings einer Unterstellung, denn er behauptet, wer vom Sonderweg spreche, sehe die deutsche Geschichte seit langem als einen mehr oder weniger geradlinigen Weg in die Katastrophe. Sein Blickwinkel gilt zudem etwas verengt der Geschichte von „oben“; das zeigt sich auch in den wenigen Aussagen zum 20. Juli 1944, wobei vom sonstigen Widerstand gegen den Faschismus nicht die Rede ist.

Zahlreichen Aussagen kann zugestimmt werden, bei vielen anderen – insbesondere bei den die Rolle Hitlers überhöhenden und die der deutschen Eliten relativierenden Thesen – müssen Bedenken und Widerspruch angemeldet werden.

Obwohl Eberhard Jäckel das „deutsche Jahrhundert“ mit dem Ende des „Gegenstaates“ – gemeint ist die DDR – als beendet betrachtet, will er keinen „allzu optimistischen Blick in die Zukunft“ wagen. Eindringlich warnt er vor einem neuen deutschen Großmachtstreben. Dies macht das Buch lesenswert.

Eberhard Jäckel: Das deutsche Jahrhundert. Eine historische Bilanz. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1996, 367 S.
antifa, April 1997, S. 27.

Polemisch

Der vorliegende Band umfaßt rund ein Dutzend Beiträge, die der Jurist und Abendroth-Schüler seit Beginn des „Historiker-Streits“ gegen die geschichtsrevisionistischen Bemühungen konservativer Historiker und Publizisten geschrieben hat. Das Ergebnis seiner Analyse besagt: Nach 1989/90 hat die Tendenz erheblich zugenommen, „das NS-System und die Rolle seiner intellektuellen Stützen umzudeuten und einem unreflektierten Verstehen anzunähern“. Darin sieht P. eine gefährliche gegenaufklärerische Perspektive angelegt. In Auseinandersetzung mit Nolte, Zitelmann, Kittel, Weißmann u. a. unterzieht er alle Ideologen einer detaillierten Kritik, die die deutsche Nation wieder „zu einer im Kern unbefleckten Größe“ machen wollen. Sowohl in der Relativierung des Antinazismus als auch in der Negierung der Einheit des Widerstandes gegen Hitler sieht er ein Hemmnis für die Herausbildung der notwendigen demokratischen Identität in Deutschland. Nach seiner Auffassung gelte es, um das Vermächtnis des antinazistischen Widerstandes und seine juristische Anerkennung zu kämpfen. Angesichts der Tendenz zur Zerstörung kritischer Erinnerung sei die Vergegenwärtigung des Widerstandes eine eminent politische Angelegenheit. Es gehe darum, die Dispositionen für das Nein-Sagen gegenüber der Diktatur weiterzugeben, denn Zivilcourage sei auch „in einer immer wieder durch autoritäre Anmaßungen gefährdeten Demokratie unverzichtbar: gegenüber Dummheit, Mißbrauch und Inhumanität in der großen und in der kleinen Politik“. (S. 78 f.) Eine wesentliche Rolle im Kampf um eine demokratische Verfassung spielt für Perels auch die Abwehr aller Tendenzen zur „Entpolitisierung“ Carl Schmitts, der das Naziregime rechtswissenschaftlich gestützt hat und an den in jüngster Zeit Schäuble anknüpft, der das Grundgesetz attackiert, weil es angeblich den Spielraum der Politik immer mehr einenge.

Joachim Perels: Wider die „Normalisierung“ des Nationalsozialismus. Interventionen gegen die Verdrängung Officin Verlag, Hannover 1996.

antifa, Juni 1997, S. 27.

Freispruch für die Industriellen

Hitlers Weg zur Macht – Wie ihn der Amerikaner Turner sieht

Vor etwas mehr als einem Jahrzehnt veröffentlichte der bekannte amerikanische Historiker ein voluminöses Buch über die Rolle deutscher Unternehmer beim Aufstieg Hitlers zur Macht. Das verwendete Material machte es de facto zu einem aufschlußreichen Nachschlagewerk über die folgenreichen Beziehungen zwischen Großindustriellen und Nazi-Partei. Es führte zugleich des Autors Interpretation ad absurdum: Statt – wie beabsichtigt – mit der „marxistischen Legende vom Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus“ aufzuräumen, lieferte es zahlreiche Belege, die diesen zwar differenzierter betrachten, vor allem aber erhärten halfen. Äußerst gequält wirkte Turners Argumentation, alles das, was Unternehmer zugunsten der NSDAP getan hätten, müsse als belanglos bewertet, die agierenden Großindustriellen dürften nur als „einflußlose politische Dilettanten“ betrachtet werden.

Man konnte gespannt sein, wie Turner nach dem „Sieg“ des Kapitalismus sein Thema fortführen würde. Das Ergebnis liegt nun in einem neuen Buch vor. Erneut, ja stärker noch als 1985, spricht es gegen ihn. Akribische Quellenarbeit wäre zu leisten gewesen, doch von solcher Selbstverständlichkeit kann hier nicht berichtet werden, statt dessen ist von reinen Unterlassungssünden zu reden.

Wieder steht das Bemühen im Vordergrund, einen Nachweis für die Richtigkeit der eigenen Theorie zu liefern. Den kritischen Leser überrascht weniger, daß die „Wirtschaft“ überhaupt nicht vorkommt: Natürlich wird von jener bedeutsamen Eingabe deutscher Industrieller und Großagrarien an Hindenburg nicht gesprochen, mit der sie im November 1932 die Einsetzung Hitlers als Reichskanzler verlangten. Nicht einmal der Reichsverband der Deutschen Industrie taucht auf, es gab auch keine von diesem erhobenen Forderungen für einen „deutschen Wiederaufstieg“, und selbst dem Bankier Kurt von Schröder, in dessen Villa am 4. Januar 1933 die wichtige Begegnung Papens und Hitlers stattfand, wird nur eine Statistenrolle zugebilligt.

Turner hält anderes für ausschlaggebend. Seine Analyse der dramatischen Ereignisse vom Januar 1933 ist einseitig und allein auf das Handeln weniger Personen bezogen. Sechs „Helfer Hitlers“ seien am Werk gewesen: Reichspräsident Paul von Hindenburg, Reichskanzler Kurt von Schleicher, sein Amtsvorgänger Franz von Papen, der DNVP-Vorsitzende Alfred Hugenberg, Otto Meißner und Oskar von Hindenburg. Die größte Schuld treffe das Staatsoberhaupt und den Intriganten Papen. Hitler sei nur eine reagierende Figur, die NSDAP weitgehend demoralisiert gewesen. Ansonsten müßten „Zufälle und unberechenbare Ereignisse“ für eine „Geschenkette“ verantwortlich gemacht werden, die Hitler an die Macht gebracht habe. (S. 218) Als Kostprobe: Hätte man Fricks Vorschlag vom 20. Januar 1933, die Zwangspause des Reichstages bis ins Frühjahr auszudehnen, angenommen, wäre „vielleicht alles ganz anders gekommen.“ (S. 142)

Die eigentliche Botschaft des Buches liegt auf einem anderen Feld. Turner kann und will die ausschlaggebende Frage aller historischen Forschungen zum 30. Januar 1933 nicht umgehen: Wie wäre er zu verhindern gewesen? Nach seiner Auffassung hätte der General auf dem Reichskanzlerstuhl mehr „politische Klugheit und Machtinstinkt“ beweisen und eine Militärdiktatur errichten sollen. Zu den „fatalsten politischen Fehlentscheidungen aller Zeiten“ (S. 234) zählt er, daß sowohl die SPD als auch die Zentrumspartei kein „verfassungswidriges Interregnum“ unter Schleicher dulden wollten. Zwar hätte der Historiker Turner nicht übersehen dürfen, daß damals ein Planspiel der Reichswehrführung die Undurchführbarkeit eines Militärregimes bewiesen hat, doch wird er dafür kaum Kritik von den historisierenden Meinungsmachern im heutigen Deutschland ernten. Im Gegenteil: Gerade sein faktenverdrehendes Plädoyer für eine vermeintliche „Rettung“ der Demokratie läßt die Annahme zu, daß zum vorliegenden Werk keine solche Empörung auflodern wird, wie sie die Bücher von Daniel Goldhagen und Tina Rosenberg entfachten ...

Henry Ashby Turner, Jr.. Hitlers Weg zur Macht. Der Januar 1933. Luchterhand Literaturverlag, München 1996. 304 S.

Neues Deutschland, Freitag, 15. Juli 1997, S. 13.

Medienkurse und politische Rechtstendenzen

Was uns ganz nebenbei beigebracht wird, wenn wir vor der Glotze hocken

[Mitautor: Kurt Pätzold]

Christoph Butterwegge, Professor an der Fachhochschule Potsdam und dort zuständig für Sozialpolitik, hatte Sozialwissenschaftler aus Bremen, Essen, Hamburg, Paderborn und Berlin zu einer Vorlesungsreihe eingeladen. In der 50 Jahre nach dem 8. Mai 1945 von verschiedenen Beobachtungspunkten aus gefragt wurde, wie im verflossenen halben Jahrhundert mit jener „NS-Vergangenheit“ umgegangen wurde, von der die einen enttäuscht feststellen, dass sie „nicht vergeben will“, andere bestimmt fordern, dass sie nicht in Vergessenheit geraten dürfe. Mit den Verläufen und Methoden dieser geistigen Entwicklung, ihren Trägern, Interessenten und Blockierern wurden auch ihre (seltener) ein- und (meist) mehrdeutige Resultate erörtert.

Die erste Durchmusterung des Bandes lässt zwei Fehlstellen erkennen, die sich nicht gut meisterlicher Beschränkung zurechnen lassen. Ein Historiker hätte schon darlegen sollen, welche Ernten und Missernten die Meister seiner Zunft in den inzwischen vergangenen Jahrzehnten eingefahren haben. Denn, wie groß meint die Lücke zwischen der wissenschaftlich fundierten Rekonstruktion der Geschichte und den in der Öffentlichkeit offerierten Geschichtsbildern immer einschätzen mag, letztlich ist und bleibt Forschung der Ausgangspunkt aller Bilder (und Zerrbilder) von der Vergangenheit.

Von Schmalwinkligkeit der Bestandsaufnahme zeugt – zweitens – dass auf das Verhältnis der DDR zu NS-Vergangenheit gleichsam ausflugsweise Bezug genommen wird. Die beiden an dem Bande beteiligten Ostdeutschen, bei insgesamt 12 Autoren ergibt das einen über der „Norm“ liegenden Prozentsatz, wandten sich anderen Gegenständen zu. Jürgen Kuczynskis Text, der knappste unter allen dargebotenen, ist „Deutschland an der Jahrhundertwende – Sozialismus oder Barbarei?“ überschrieben und enthält Gedanken, die man vom Autor an anderer Stelle schon weitgreifender las. Ludwig Elms unter der Überschrift „DDR und ‚Drittes Reich‘ im Vergleich“ stehenden „kritischen Anmerkungen zur Auseinandersetzung mit dem Totalitarismustheorem“ sind gedankenreich, polemisch und daher anregend. Nur eben stellen sie vom Ansatz her kein Pendant zu den beiden einleitenden Vorträgen (Jörg Wollenberg und Klaus Naumann) dar, in deren Blickfeld die BRD in den Grenzen von 1957 (Beitritt des Saarlandes) steht und in denen Soll und Haben und auch Gehabhaben, bilanziert werden. Denn, so wird in den Band mehrfach festgestellt, das einmal an Sicht und Einsicht Gewonnene kann, wird es nicht bewahrt und gegebenenfalls auch verteidigt, wieder verloren gehen. Und heute streiten Leute, die nicht zu den im nationalen Liebestaumel erblindeten Hagestolzen gehören, schon nicht mehr darüber, dass auf 3. Oktober 1989 in beiden „Regionen“ auch gedankliche Verluste gefolgt sind – von den einen herbeigewünscht, herbeigeredet und herbeigeschrieben, von anderen bloß registriert, von dritten wieder mit geringem Ertrag auch bekämpft.

Dieser dritte Typ, am Vorsatz der Aufklärung festhaltend, will und wird nicht aufgeben. Davon überzeugt der Beitrag des Herausgebers. Butterwegge inspizierte „Ethnisierungsprozesse, Medien diskurse und politische Rechtstendenzen“ im vergrößerten Deutschland. Die Abhandlung kommt nicht so gestelzt daher wie ihr Titel. Ihr Autor hat sich massenwirksame deutsche Medien vorgenommen und sie nicht nur daraufhin analysiert, wie sie von den gemeinhin als „ausländerfeindlich“ bezeichneten Untaten in deutschen Landen berichteten, welche Bilder sie also von den Tätern, ihren Antrieben, von mikrosozialen Zuständen und gesamtgesellschaftlichen Bedingungen gaben (oder – was die letzteren anlangt – meist nicht gaben). Er hat zudem die politische Konzeption und Sprache dieser Institutionen darauf geprüft, wie sie durch ihre Berichte über Nichtdeutsche selbst Vorurteile verbreiten oder verfestigen. Mehr noch, Butterwegge weist nach, dass sie sich selbst zu einer spezifischen Art von Mittätern machen.

Das sollte insbesondere jeder Lehrer lesen, der es mit dem Unterricht in den Fächern Deutsche Sprache und Literatur, Geschichte, Politik, Ethik und Religion zu tun hat. Er gewänne daraus überzeugendes Material, mit dem er Schülern Ohren und Augen dafür öffnen könnte, was ihnen in einer

einzigsten Sendung oder mit einer einzigen Nachricht ganz nebenbei über „Ausländer“ beigebracht wird, wenn sie sich vor die Glotze hocken, und was ihnen auch an Wissenswertem permanent vor-
enthalten wird. So könnte an die Stelle der Erörterung einzelner Medienangebote der Versuch treten, ein Gespür für deren Wurzelgeflecht zu entwickeln.

Überzeugend ist im Beitrag des Herausgebers belegt, was in mehreren anderen auch postuliert wird. Die Gefahren lauern in und kommen aus der Mitte unserer Gesellschaft. Und diese Mitte reicht, um es mit den Titeln zitierter Zeitung zu sagen, von „Bild“ über „Die Zeit“ bis zum „Vorwärts“. Bloße Bestandsaufnahme war die Sache des Spezialisten für Sozialpolitik also nicht. Er sucht nach Abhilfe, schließt daher mit Vorschlägen für „Alternativen zur bisherigen Medienpraxis“ und weiß wohl, dass er damit das Ross „Rosinante“ besteigt, wofür er, brauchte es dafür eine Erklärung, den Hinweis parat hätte, dass ihm andere Fortbewegungsmittel derzeit nicht verfügbar sind.

Deutsche Lehrer Zeitung (DLZ), 1997/Nr. 29/30, 24. Juli 1997, S. 15.

Über Fakten und Mythen

Manchem gilt die Autobahn bis heute als Beweismittel für eine erfolgreiche Politik der Arbeitsbeschaffung und wirtschaftlichen Aufschwung. Mitunter wird sie auch als bemerkenswerte Einheit von technischem Fortschritt, sozialer Leistung und harmonischer Vereinigung von Technik und Natur gesehen. Gegen Legenden solcher und anderer Art richtet sich der hervorragend illustrierte Band aus der Feder der Berliner Kommunikations- und Kulturwissenschaftler. Die Darstellung bietet eine Fülle bisher unbekannter Details über Planung, Bau, Begleitumstände und Ergebnisse. Im Vordergrund stehen allerdings die martialische Inszenierung von ersten Spatenstichen und Einweihungsveranstaltungen, das von Anfang an mitgeplante Mythengeflecht des Bauwerks sowie eine gelungene Interpretation unzähliger „Autobahn“-Gedichte, -Bilder, -Filme usw. Überzeugend wird das agile Management ästhetisierender Öffentlichkeitsarbeit im Dritten Reich analysiert. Viel erfährt der Leser darüber, wie die Autobahn als Ensemble aus Straßen, Brücken, Bauten, Landschaft und Kunst gefeiert wurde, ebenso über die Vorstellungen führender NS-Politiker zur Einheit von Monumentalität und Funktionalität, Beschleunigung und Beschaulichkeit, Dynamik und Ruhe sowie von ausufernden Wünschen und nüchternem Kalkül; alles sollte von den Wegen künden, die „bis in die Ewigkeit“ reichen und demonstrieren würden: „Alle Zwietracht ist geschlichtet“. (S. 109) Die Verfasser haben eine verdienstvolle „kritische Geschichte“ der Autobahn vorgelegt. In sie konnte die „faktenschaffende Geschichte ihrer Faszination, die Geschichte der Wünsche und kollektiven Phantasien wie auch entsprechender Propaganda“ eingeschlossen werden. Was es am vorliegenden Buch zu mäkeln gibt, bezieht sich mehr auf das, was nicht oder zu wenig behandelt wird. Das Dritte Reich war eine durch und durch organisierte Gesellschaft – dies bleibt blaß: Zwar taucht die Organisation Todt immer wieder auf, sie wird jedoch nicht mit ihren vielfältigen Funktionen beim Bau der Autobahn und des sogenannten Westwalls und der Indoktrination ihrer Mitglieder vorgestellt. Zu schnell sind die Autoren auch mit dem Argument zur Hand, die Autobahn habe für

Das Reichsautobahnnetz



die militärische Vorbereitung des Krieges keine Rolle gespielt, weil sie von der Wehrmacht kaum benutzt worden ist. Ihnen entgeht, in welchem Maße bereits während der zwanziger Jahre das Bild vom künftigen Kriege mit Konzepten von Mobilität und Motorisierung verbunden war. Zu gering veranschlagen sie die ideologische und politische Militarisierung der Deutschen als eine entscheidende Voraussetzung der nach dem Desaster von 1918 systematisch angestrebten Kriegsfähigkeit des Reiches. Den Autobahnbau bezeichnen die Autoren zwar gelegentlich als „Probemobilmachung“ (S. 82), ohne die damit zusammenhängenden Fragen zu behandeln. Dennoch: Lesenswert und erhellend ist dieses Buch allemal ...

Erhard Schütz/Eckhard Gruber: Mythos Reichsautobahn. Bau und Inszenierung der „Straßen des Führers“ 1933-1941. Ch. Links Verlag, Berlin 1996, 179 S., 68,00 DM.

antifa, August 1997, S. 27.

Weder Parzival noch Tor – der Stellvertreter

Der Platz von Rudolf Heß in der faschistischen Diktatur

[Mitautor: Kurt Pätzold]

Um keinen zweiten Nazi-Führer rankt sich ein solches Dickicht von Legenden wie um Rudolf Heß. Dies erklärt wohl auch, warum noch heute vorwiegend junge Leute sich ihn zur Galionsfigur auswählen. Die Geschichtswissenschaft der BRD hat nicht eben viel getan, mit Fakten wider die Verklärung anzutreten. Angesichts des zum 10. Todestag (17.8.) von Heß-Jüngern erneut angestimmten Geschreis um ihr Idol fragte ND zwei Faschismusforscher: Welche Rolle spielte Heß in der faschistischen Diktatur?

Der Masse der Deutschen war er bekannt, mehr aber auch nicht. Selbst der Volkswitz ignorierte ihn – bis ihn Hitler für nicht zurechnungsfähig erklärte. Das war nach dem spektakulären Abflug von Rudolf Heß nach Großbritannien am 10. Mai 1941. Nun flüsterte man sich hinter vorgehaltener Hand auch über diesen einen Witz zu: Rudolf Heß wird in London von Winston Churchill mit den Worten empfangen „Sie sind also der Verrückte?“ Worauf dieser antwortet: „Nein! Ich bin bloß der Stellvertreter.“ Hitler und Heß waren sich bereits 1920 in einer Versammlung der gerade gegründeten NSDAP begegnet. Heß studierte damals in München. Der väterlichen Bestimmung, Kaufmann zu werden und das seit Generationen in Familienbesitz befindliche Handelshaus im ägyptischen Alexandria zu übernehmen, wurde er durch den 1. Weltkrieg enthoben, mit dem das Unternehmen verloren ging. Dem Unternehmen trauerte Heß weniger nach als dem verlorenen Sieg, der nach seiner Meinung auf das Konto von Vaterlandsverrätern ging. Für Heß war klar, dafür mußte Rache genommen werden. Das verband ihn mit Hitler, an dessen Putsch im November 1923 er sich denn auch beteiligte.

Immer an Hitlers Seite, von allem gewußt

Danach avancierte er bald zu dessen „Privatsekretär“. Er begleitete den „Führer“ auf Agitationsreisen und zu vertraulichen Besprechungen, die zu Beginn der dreißiger Jahre immer mehr Industrielle und auch Großagrarien mit dem Chef der NSDAP suchten. Heß regelte Hitlers Termine, erledigte die persönliche Post, empfing auch Besucher stellvertretend. Es war die Zeit, als die NSDAP-Reichsleitung – ermöglicht durch Spenden der Mitgliedschaft und Thyssens – in dem anfänglich als „Zentralheim“, dann als „Braunes Haus“ bezeichneten Palais im Zentrum Münchens residierte.

Als die abschließende Intrige gegen die Republik geschmiedet wurde, Hitler am 4. Januar 1933 in der Villa des Bankiers Kurt von Schröder mit Papen verhandelte, war Heß dabei. Er war damals Vorsitzender der Zentralkommission der NSDAP, die gebildet wurde, als es in der NSDAP kriselte und Gregor Strasser die Führung verließ. Im April 1933 wurde Heß zum „Stellvertreter des Führers“ für Angelegenheiten der NSDAP. Er sollte die bisher auf die Bekämpfung der Republik eingestellte Organisation neu ausrichten – auf den Dienst in der faschistischen Diktatur. Das Regime bedurfte der Massenbasis. Parteiführer- und Mitgliedschaft sollten deren absolut verlässlichen und stets mobilisierbaren Kern abgeben. In seiner neuen Eigenschaft wurde Heß zudem an die Spitze eines „Verbindungsstabes“ gesetzt, der sich in unmittelbarer Nachbarschaft der Reichskanzlei in Berlin in der Wilhelmstraße etablierte und eine Doppelfunktion besaß. Zum einen war er als eine Überwachungsinstanz gedacht, die weite Teile des Regierungsapparats – ausgenommen das Außen- und das Reichswehrministerium – kontrollieren sollte. Zum anderen sollte er die Obersten Reichsbehörden, und das war in der Anfangsphase der Herrschaft besonders nötig, vor unbefugten Eingriffen diverser Dienststellen und Nazi-Führern auf mittlerer und unterer Ebene bewahren. Keine Frage, daß Heß an dieser Schaltstelle einer der bestinformierten und einflußreichen Politiker war. Diese Tatsache ist immer wieder bestritten worden: Nicht er, sondern sein Stabsleiter Martin Bormann sei der „Machtmensch“ gewesen. Heß habe sich an Büroarbeit geradezu desinteressiert gezeigt. Er sei eigentlich für nichts verantwortlich, was die Führungsgruppe befahl, anrichtete, verübte, verbrach. Die ganze Entwicklung sei ihm mehr und mehr gegen den Strich, gegen die eigene, eben „nationalsozialistische“ Überzeugung gegangen. Nichts davon ist wahr.

Tatsächlich hat Heß in der Etablierungsphase des Regimes die NSDAP und ihre Gliederungen neu-geordnet. Er schuf einen ihm unterstellten verzweigten, von München und Berlin aus agierenden Apparat, der die Tätigkeit Hunderttausender Parteifunktionäre im Reich lenkte. Er wies sie an, wie die Macht auszubauen und die „Menschenführung“, d. h. die Mobilisierung der Deutschen für die Ziele des Regimes, voranzubringen war. Unter der Regie von Heß arbeiteten vor allem Schreibtischtäter-Planer der „Volks-gesundheit“, die ebenso auf Kriegstüchtigkeit wie auf die „Ausmerze“ der angeblich Untüchtigen zielten, Strategen der Judenverfolgung, Führer der „Auslandsdeutschen“, die in verschiedenen Ländern nicht nur für Nazideutschland warben, sondern Spionage trieben, eifrige Schnüffler, die in den Fragebögen der Beamten nach „nichtarischen Ahnen“ fahndeten etc. Die Bestimmung, sein Amt müsse an allen Vorgängen beteiligt sein, die Auswahl und Ernennung von Beamten betrafen, und zu diesem Zweck „politische Beurteilungen“ erarbeiten, bot Heß auch reichlich Einfluß auf die Personalpolitik des Regimes. Einiger Aufgaben, die seinem Herrschaftsimperium zufielen, nahm er sich selbst intensiv an, so der tödlichen Intrige gegen die ČSR, die er durch, persönliche Kontakte mit dem Führer der sudetendeutschen Nationalchauvinisten früh plante.

Heß trug wie kein zweiter Parteiführer dazu bei, der Parteimitgliedschaft Ergebenheit gegenüber dem „Führer“ abzufordern und im Volke den Hitlerkult zu verbreiten. Himmler mochte Heß an Grausamkeit des Gedankens und der Tat übertreffen, Göring ihm als skrupelloser „Macher“ weit überlegen sein, Goebbels ihn in der List der Lüge in den Schatten stellen – ging es aber um blinde Unterwerfung unter den „Führer“, da ließ Heß niemandem den Vortritt. Er bediente sich hierzu unverhüllter Drohung wie religiöser Verherrlichung. Das Massaker 1934 unter SA-Führern und wirklichen oder vermeintlichen Regimegegnern hat er bereits fünf Tage zuvor in öffentlicher Rede rechtfertigt. Nicht ein einziges Zeugnis spricht dafür, daß Heß in dieser Frühphase des Hitlerregimes für diejenigen auch nur ein Ohr gehabt hätte, welche die „Machtergreifung“ mit der Vorstellung verbanden, es würde zu einer Neuverteilung der Macht zwischen Oben und Unten, Stark und Schwach, Reich und Arm kommen. Die Legende, er verkörpere die „reine Idee des Nationalsozialismus“ entbehrt jeglichen Belegs.

Heß wußte um die Geheimnisse der Diktatur. Auch die siebenstelligen Summen, die Industrielle im Februar 1933 für den Reichstagswahlfonds der Regierungsparteien gespendet hatten, waren zu einem erheblichen Teil an ihn adressiert. Skrupel plagten den „Stellvertreter“ nicht. Allein vor dem Hintergrund der raffgierigen anderen Paladine konnte er als bescheiden erscheinen. Er war nicht so eitel wie Göring. Er brachte sich nicht wie Goebbels als Weiberheld und nicht wie Ley als Säuer ins Gerede. Aber schon als „Sekretär“ verfügte er über ein Privatflugzeug. 1933 bezog er in einem Münchner Nobelviertel eine Villa, die wiederholt umgebaut wurde und deren Garagenpark für zehn Fahrzeuge bestimmt war. Heß baute nicht wie Bormann am Obersalzberg, kaufte sich andernorts in einem Alpental ein Refugium. Durch sein Amt gingen alsbald alle Gesetzesvorlagen und dann auch deren wesentliche Ausführungsbestimmungen. Das gab zusätzliche Möglichkeiten, politische Entscheidungen zu beeinflussen und politische Entwicklungen voranzutreiben. Besondere Initiative zeigte sein Amt bei der Verfolgung der Juden. Die Nürnberger Rassegesetze tragen seine Unterschrift. Fälschlicherweise gilt er dennoch als weitgehend unbeteiligt am Massenmord an den europäischen Juden, weil er das „Reich“ davor verließ.

Der „Stellvertreter“ hat in den Vorkriegsjahren jede Expansion nicht nur gutgeheißen, sondern sie vorab mit Drohreden vorbereitet. Am Vorabend des Krieges wurde er Mitglied eines „Ministerrates für die Reichsverteidigung“. Als Hitler den erfolgten Überfall auf Polen rechtfertigte, ernannte er Heß für den Fall, daß ihm und nach ihm auch Göring etwas „zustoßen“ würde, zu seinem zweiten Nachfolger. Heß war beteiligt an der Zerstückelung Polens. Gutgelaunt sah man ihn im Walde von Compiègne, als die französischen Militärs kapitulierten. Danach glaubte er mit seinem „Führer“, es werde nur noch einiger Demonstrationen zerstörerischer Macht bedürfen, dann müßte auch Großbritannien, der letzte aktionsfähige Kriegsgegner, kapitulieren.

Hiermit ist noch längst nicht alles benannt, was sich auf der Liste der Verbrechen befand, die ihm in Nürnberg die Ankläger präsentierten. Und bei denen er keinen Bonus als „fliegender Parzifal“ hatte.

Sie sahen in ihm nicht den Friedensboten, wie er immer wieder genannt wurde. Denn Heß war es nicht.

Heß trat seine ungewöhnliche Reise an, um im Feindesland bestimmte Kreise aufzusuchen, von denen er glaubte, sie seien einflußstark und kapitulationswillig. Ihnen wollte er die deutschen Bedingungen überbringen, deren wichtigste knapp lautete: Überläßt uns unsere Beute und auf Dauer die Herrschaft über den Kontinent. Dieses „Verhandlungsangebot“ war mit der Forderung nach einem Regierungswechsel in London verbunden. Allein letzteres mußte in England am Realitätssinn des uneingeladenen deutschen Politikers zweifeln lassen. Und da er obendrein keinerlei Legitimation besaß, wurde er folglich nicht als Parlamentär, sondern als Gefangener behandelt, in der Form, wie es vergleichsweise einem General zustand.

Was die Jünger mit ihrem Idol verbindet

Wie war aber der Nichtalkoholiker Heß auf die Schnapsidee gekommen, seinem Unternehmen könne ein knappes Jahr nach deutscher Okkupation von Westeuropa der gewünschte Erfolg beschieden sein? War er ein Tor? Dieses Bild wird wieder einmal in einer Würzburger Habilitationsschrift gezeichnet (s. Rainer F. Schmidt, „Rudolf Heß. Botengang eines Toren?“, Econ Verlag, Düsseldorf 1997). Doch ein Tor war er nicht. Seine „fixe Idee“, die etliche abstruse Erklärungsvarianten provozierte, erklärt sich zuvörderst als die Emanation politischen Größenwahns, der in Heß manifest war seit 1918. Dieser „Parzival“ drohte gar, es würde, akzeptiere England nicht, ein Luftbombardement auf die Insel niedergehen, demgegenüber das bisherige harmlos erscheinen würde.

Die lange Zeit, die Rudolf Heß nach dem 10. Mai 1941 hatte, um über die faschistische Diktatur und seine Rolle in ihr nachzudenken, hat einen Sinneswandel nicht bewirkt. Ungerührt ließen ihn schon die Filmaufnahmen von den Leichenbergen hingemordeter Menschen, die ihm und seinen Mitangeklagten im Nürnberger Gerichtssaal gezeigt wurden. In seinem Schlußwort bekannte er sich zu seinem „Führer“: Stolz sei er, an dessen Seite gedient zu haben. Treue? Nein, sture Verweigerung, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen. Und das verbindet die Heß-Jünger von heute mit ihrem Idol.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 16./17. August 1997, S. 15.

Rassismus ist wie Rost – er zerfrißt die Gesellschaft

Dem rassistischen Mordprogramm deutscher Faschisten fielen nahezu 500.000 Sinti und Roma zum Opfer. In der Nachkriegsgesellschaft wurde dieser Völkermord kaum thematisiert. Erst seit einigen Jahren behandeln Historiker und Sozialwissenschaftler auch dieses Thema. Nach dem von Romani Rose herausgegebenen Sammelband „Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma“ erschienen allein im Jahr 1996 weitere umfangreiche Bücher, u. a. von Isabel Fonsaca („Be-grabt mich aufrecht. Auf den Spuren der Zigeuner“), Jaqueline Giere („Die gesellschaftliche Kon-struktion des Zigeuners. Zur Genese eines Vorurteils“), Joachim S. Hohmann („Handbuch zur Tsig-anologie“) und Leo Lucassen („Zigeuner. Die Geschichte eines polizeilichen Ordnungsbegriffs in Deutschland 1700-1945“). Zu erwähnen wären ebenso Artikel von Wolfgang Benz („Feindbild und Vorurteil. Beiträge über Ausgrenzung und Verfolgung“), der sich im Rahmen seiner „erweiterten Antisemitismusforschung“ auch mit dem modernen Fremdbild des Zigeuners befaßt. In Heidelberg wurde ebenfalls 1996 ein Dokumentations- und Kulturzentrum deutscher Sinti und Roma eröffnet, dessen Ausstellung von der nationalsozialistischen „Lösung der Zigeunerfrage“ berichtet.

Der Autor des jüngsten themenrelevanten Buches wendet sich einem bislang kaum berücksichtigten Aspekt zu. In einer materialreichen, informativen und vergleichenden Überblicksdarstellung ver-folgt er das Nebeneinanderbestehen und die Entwicklung von Antisemitismus und Antiziganismus in sechs Jahrhunderten deutscher Vergangenheit. Bemüht um eine komplexe Sicht auf die beiden Erscheinungen zugrundeliegenden Ursachen, erhellt er insbesondere die politische Ideengeschichte. Seine Analyse von Luthers antisemitischen Schriften sowie der antiziganistischen Bücher von Al-bert Krantz (1448-1517), Sebastian Münster (1488-1552), Jacob Thomasius (1622-1684), Heinrich Moritz Gottlieb Grellmann (1756-1805), Robert Ritter (geb. 1901[-1951]), Hermann Arnold (geb. 1912[-2005]) u. a. m. bietet zahlreiche Aufschlüsse über die beispiellose Diskriminierung von „Zi-geunern“. Deren Entrechtung und Verfolgung waren sowohl sozial als auch religiös begründet und bereits lange vor der NS-Zeit rassistisch motiviert. Ihm gelingt es nachzuweisen, daß es viele ge-meinsame Merkmale gab, die sich durch wechselseitige Übertragungen formten und immer eng – gewissermaßen nach dem Prinzip kommunizierender Röhren – miteinander verbunden entfalteten. Sinti und Roma sind „wie die Juden“ und Juden „wie die Zigeuner“ entrechtet, verfolgt und schließ-lich auch ermordet worden.

Erschreckt muß der Leser zur Kenntnis nehmen, in welchem hohem Maße der Antiziganismus den Antisemitismus an Radikalität übertraf, und daß er niemals – auch nicht nach 1945 – in Frage ge-stellt worden ist. Während letzterer wenigstens formal und offiziell geächtet wurde, konnte ersterer mehr oder minder ungebrochen fortleben. Für das heutige Deutschland meint Wippermann, der An-tiziganismus sei etwa dreimal so weit verbreitet wie der Antisemitismus. Er lehnt die gängige Auf-fassung, Sinti und Roma würden eine „asoziale Randgruppe“ darstellen, strikt ab und sieht in ihr einen wesentlichen Bestandteil des „kulturellen Codes“ der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Eine seiner Schlußfolgerungen kleidet er in ein forderndes Bild: Der Rassismus sei dem Rost vergleich-bar. „Wenn man ihn nicht sofort beseitigt, frißt er sich durch die gesamte Gesellschaft.“

Wolfgang Wippermann: Wie die Zigeuner. Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich. Elefanten Press Verlag, Berlin 1997, 268 S. DM 39,90.

antifa, September 1997, S. 26.

„Leider sind so scharfe Mittel nur an der Front üblich“

Von der Deutschen Vaterlandspartei zur NSDAP

Die Bilder sind bekannt: Jubelnde Massen begrüßten im August 1914 den Ersten Weltkrieg wie eine Erlösung. Zahlreiche Deutsche wähten das Vaterland von Feinden angegriffen und meldeten sich als „Freiwillige“ zu dessen Verteidigung. In ihren Ohren klang auch das Wort des Kaisers verheißungsvoll, er kenne jetzt keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche. Doch rasch erwies sich auf den mörderischen Schlachtfeldern, daß der Krieg lediglich schlimme, verheerende Folgen zeitigte. Der Wunsch, endlich Frieden zu schließen, erfaßte breite Kreise der Bevölkerung. Sogar im Reichstag fand sich eine Mehrheit aus Liberalen, Sozialdemokraten und katholischer Zentrums-
partei, die am 19. Juli 1917 einen baldigen Abschluß des Krieges mit einem „Verständigungsfrieden“ forderte. Denen, die sich immer noch am Krieg erfreuen konnten oder wollten, erschien dies als „Vaterlandsverrat“. Sie fühlten sich zu neuem Tun berufen. So gründeten am 2. September 1917 konservativ-nationalistische Kräfte - unter ihnen Großadmiral Alfred von Tirpitz, Johann Albrecht Herzog von Mecklenburg und Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp - eine neue Organisation: die Deutsche Vaterlandspartei. Der zunächst als Vorsitzender vorgesehene Historiker Max Lenz hoffte, daß sich mit ihr „ein Chor von so starker Resonanz bildet, um dem Stumpfsinn und der Mattherzigkeit unserer Quasi-Reichsvertreter zu imponieren und die Flaumacher in Berlin oben und unten zum Schweigen zu bringen“.

Aus welchem trüben Geist solche Zielstellung stammte, macht insbesondere jener Gedanke kenntlich, den Lenz - voller Zorn auf die als zu „lasch“ bezeichnete Reichsregierung - anfügte: „Das Beste wäre ..., in der Wilhelmstraße Gas abzublasen, leider sind so scharfe Mittel nur an der Front üblich.“ Kompromißlos sollte jeder bekämpft werden, der für Frieden eintritt, den „deutschen Sieg“ gefährdet. In ihrem „Großen Aufruf“ verkündeten die Parteigründer: „Die Deutsche Vaterlandspartei will Stütze und Rückhalt sein für eine kraftvolle Reichsregierung, die nicht in schwächlichem Nachgeben nach innen und außen, sondern in deutscher Standhaftigkeit und unerschütterlichem Glauben an den Sieg die Zeichen der Zeit zu deuten weiß.“

Um ihre Ziele erreichen zu können, entfaltete die Parteiführung hektische Betriebsamkeit. Sie legte u. a. große Vorräte an Papier an, da sie Propaganda in neuem Ausmaß betreiben wollte. Zahllose Versammlungen wurden organisiert. Eine Flut von Erklärungen, Aufrufen und Schriften überschwemmte das Land. In Telegrammen an den Kaiser, die Regierung und die OHL sollten diese aufgefordert werden, das „Unheil und die Schmach eines Verzichtfriedens“ abzuwenden. Die Landesvereine erhielten dazu vorgestanzte Formulierungen, verbunden mit der Anweisung, dennoch nicht den „Eindruck einheitlicher Lenkung“ entstehen zu lassen.

Zugleich zielte diese Partei auf große Mitglieberscharen: „Beherrschung der Massen durch Umklammerung!“ Die im Januar 1918 erfolgte Einrichtung einer eigenen „Abteilung für Werbung und nationalpolitische Aufklärung unter Arbeitern“ ließ erkennen, wer vor allem geworben werden sollte. Man wandte sich an jene Arbeiter, die „unorganisiert abseits aller Gewerkschafts- und Parteistreitigkeiten“ stünden. Diese sollten „auf nationaler Grundlage zu einer einheitlichen Kampffront“ zusammengeführt werden.

In dem Maße, wie sich der Krieg seinem Ende zuneigte, zerfiel die Vaterlandspartei. Ihre Durchhalte-Parolen wurden im Sommer und Herbst 1918 immer unglaubwürdiger. Schweren Herzens beschloß der leitende Reichsausschuß am 10. Dezember, die Partei aufzulösen.

Die Vaterlandspartei existierte lediglich eineinhalb Jahre. Sie war mit ihren 1,25 Millionen Mitgliedern zeitweilig die größte unter den Parteien im damaligen Deutschland. Historisch bedeutsam sollte vor allem die Tatsache werden, daß kurze Zeit nach ihrem Ende eine neue Partei direkt an sie anknüpfte: die NSDAP. Zu deren Gründern gehörte Anton Drexler, der die Vaterlandspartei euphorisch als „Lichtstrahl“ begrüßt hatte. Keineswegs zufällig hatte sich an den Aktionen der Vaterlandspartei auch Max von Gruber beteiligt, Direktor des Hygienischen Instituts an der Münchener Universität. Er hatte bereits 1911 auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden eine be-

sondere Abteilung für „Rassenhygiene“ eingerichtet. Im Februar 1919 verkündete er in den rechtskonservativen „Süddeutschen Monatsheften“ seine kruden Gedankengänge über die Notwendigkeit, ein neues Volk, neue Geschlechter zu züchten, die Göttern gleichen.

Gleich, ob konzeptionell oder organisationsgeschichtlich - die Vaterlandspartei wirkte als eine Art Wegweiser in die braune Zukunft der Deutschen. Insbesondere hat sie als Modell für den Versuch zu gelten, einen ausreichenden Massenanhang zur Unterstützung nationalistischer und expansionistischer Ziele zu gewinnen. Insofern darf sie als ein Glied in der Kette betrachtet werden, die konservative und „nationalsozialistische“ Kräfte miteinander verband. Die Vaterlandspartei wies 1917/18 weit über das bis dahin bestehende System bürgerlicher Honoratioren-Parteien hinaus. Eine große Mitglieberscharen integrierende Partei wollte sie sein. Selbst einzelne Formulierungen offenbaren den Zusammenhang: Wenige Jahre später notierte Hitler für „Mein Kampf“ auch jenen Gedanken, demzufolge man den Krieg hätte gewinnen können, wenn nur 12.000 Juden „unter Gas“ gehalten worden wären ...

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 13./14. September 1997, S. 15.

Kontinuitäten von Macht und Wahn

Gewöhnlich unterscheiden sich geschichtswissenschaftliche, akribisch aus den Quellen erarbeitete Bücher von Produkten historischer Publizistik. Der Verfasser des vorliegenden Bandes beherrscht beide Darstellungsarten. Auch wenn nicht allen seinen Schlußfolgerungen zugestimmt werden kann und manches Urteil sehr pauschal formuliert erscheint – seine polemisch zugespitzten Texte sind allemal anregend. Das trifft sowohl auf seine Bücher zu (insbesondere die über die „Vordenker der Vernichtung“ und die „Endlösung“) als auch auf die hier zusammengestellten Beiträge, von denen einige bereits in der „taz“ oder an weniger leicht zugänglichen Stellen veröffentlicht worden sind. Die Spannweite der Themen reicht vom Verfahren gegen Erich Mielke (das allerdings zu Unrecht ein „Jahrhundertprozeß-Prozeß“ genannt wird) über das Wirken einzelner Wissenschaftler im Dritten Reich bis hin zur fehlenden „Vergangenheitsbewältigung“ führender Historiker der BRD (u. a. Werner Conze und Theodor Schieder) sowie zur Auseinandersetzung um das Goldhagen-Buch über „Hitlers willige Vollstrecker“.

Im Vordergrund dieser Streit provozierenden und erfahrenden Schrift stehen Verhaltensweisen von Deutschen und „deutschen Normkollektiven“, die über alle Wendepunkte von 1918, 1933, 1945 und 1989 hinweg gleich geblieben seien. Aly spricht von fatalen Kontinuitäten im Zusammenspiel von Macht und Geist, das bereits zweimal im Wahn geendet habe. Ihm geht es vor allem um die Selbstgerechtigkeit der Deutschen, um den Selbstbetrug im Umgang mit den Schatten der Vergangenheit. Anhand zahlreicher Lebensläufe und Begebenheiten weist er „die osmotische Ausbreitung und den kapillaren Aufstieg der mörderischen Ideen“ sowie „karrieristisches Kalkül und instrumentalisierte Vernunft“ (S. 182) nach. Das Thema konnte bei weitem nicht ausgeschöpft werden; jedoch darf auch ein kritischer Leser erwarten, daß Alys Anliegen Eingang in eine zusammenhängende, systematisierende und auch stärker differenzierende Analyse des hier eher episodisch behandelten „deutschen Denkens“ im 20. Jahrhundert finden wird.

Götz Aly: Macht – Geist – Wahn. Kontinuitäten deutscher Geschichte. Argon Verlag GmbH, Berlin 1997, 220 S.
antifa, Oktober 1997, S. 28.

Keine rosige Perspektive

Faschismus – Walter Laqueurs historisch-aktuelle Provokationen

Erstaunlich rasch – nur wenige Monate nach seinem Erscheinen in New York – kam das vorliegende Buch des international geachteten Historikers Walter Laqueur auch in Deutschland heraus. Weniger erstaunlich: Es fand bisher bei den historisierenden Meinungsmachern der Bundesrepublik kaum Beachtung. Dabei verdient allein die Verwendung des Begriffs Faschismus größte Aufmerksamkeit, bemühen sich doch zahlreiche deutsche Geschichtsschreiber und Publizisten seit langem und intensiv darum, ihn lediglich für das Italien Mussolinis gelten zu lassen sowie seine verallgemeinernde Anwendung regelrecht zu verteufeln. Dies spielte bekanntlich auch in ihren Vorwürfen vor Jahr und Tag bei der „Abwicklung“ marxistischer Faschismusforschungen der DDR keine unwesentliche Rolle ...

Mit großer Eindringlichkeit formuliert Laqueur, man könne zwar von einer gewissen „Domestizierung“ des Faschismus in Europa sprechen, jedoch sei es zu früh, dies bereits für einen „abgeschlossenen und unumkehrbaren Prozeß zu halten“. Trotz des Sieges der liberalen Demokratie 1989/90 scheint ihm deren Perspektive keineswegs „rosig“ zu sein, allzu sehr wachse die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen dem riesigen Heer der Arbeitslosen und der Unfähigkeit der Regierenden zu „weitreichenden Plänen für eine Umverteilung der Arbeit“. Angesichts solcher Tatsachen hält er eine mahnende Erinnerung für unabdingbar: „Wo immer der Faschismus in Europa erstarkte, war der Glaube an die demokratischen Institutionen verlorengegangen.“

Mit Recht geht L. von der Unvollkommenheit der meisten Begriffe im heutigen politischen Diskurs aus. Nach seinem Urteil gibt es jedoch keinen besseren Begriff als den des Faschismus, um extreme Erscheinungen antiaufklärerischer und antiwestlicher Politik charakterisieren zu können. Diese würden auf dem Boden gesellschaftlicher und politischer Krisen wachsen. Ihre Verfechter lehnten die Werte einer liberalen Gesellschaft und die Menschenrechte ab, ordneten das Individuum dem Kollektiv unter, befürworteten elitäre Führerschaft und diktatorische Regierung, nutzten kompromißlos und fanatisch alle propagandistischen und terroristischen Mittel für ihren missionarischen Eifer. Sie seien in der Regel zugleich extrem nationalistisch, militaristisch und expansionistisch.

Vorrangig unter ideologie- und politikgeschichtlichen Aspekten behandelt L. in den drei Teilen seines Buches den historischen Faschismus in Europa, insbesondere in Deutschland und Italien, den Neofaschismus (dem er kaum Zukunftschancen einräumt und den er nur als Ausdruck jugendlichen Strebens nach einer alternativen Lebensweise verstanden wissen will) sowie – abgegrenzt von letzterem – den Postfaschismus in Ländern der sogenannten Dritten Welt, Rußland und Osteuropa. Kenntnisreichtum und ein breiter Denkansatz erlauben ihm interessante Einblicke in Gemeinsamkeiten und Parallelen faschistischer Bewegungen. Dabei werden Unterschiede keineswegs verwischt.

Gewichtig sein Urteil zum Auftauchen faschistoider Bewegungen außerhalb Europas. Diese stünden gewöhnlich unter dem Banner des Ultranationalismus oder der fundamentalistischen Religion. Vor allem im Klerikalfaschismus sieht er eine der „faszinierendsten“ Varianten des neuen Faschismus. Ausführlich behandelt L. auch den islamischen Radikalismus und dessen Gemeinsamkeiten mit dem Faschismus. Obwohl nicht identisch, würden sie einander in wesentlichen Punkten ähneln. Darüber hinaus spürt er Fanatismus und Fundamentalismus, Intoleranz und Aggressivität auch in anderen Religionen nach. Eine fundamentalistische Machtübernahme bleibe dort ausgeschlossen, wo die Säkularisierung die größten Fortschritte erreicht habe.

Natürlich konnte in einem so weit gespannten Rahmen manch wichtiges Problemfeld nicht in wünschenswertem Maße behandelt werden. Anderes blieb zu Unrecht außerhalb der Betrachtungen. Es tauchen kaum Angaben und Überlegungen zu faschistischen oder faschistoiden Erscheinungen in den USA und in Japan auf. Möglicherweise erklärt sich dieses Defizit aus der Tatsache, daß ein Blick auf besonders entwickelte kapitalistische Länder die These vom Gegensatz zwischen zivilisatorischem Fortschritt und faschistischen Machtaussichten beeinträchtigt hätte. Zu kritisieren ist

auch, daß generell sozialökonomische Fragestellungen vermieden werden, obwohl seit eh und je gerade sie für alle Faschismusforschungen eine zentrale Rolle spielen. In dieser Hinsicht macht es sich der Verfasser etwas zu einfach, wenn er marxistischen Wissenschaftlern in allgemeinsten Weise unterstellt, sie hielten „die Monopole“ für schuldig. Vielleicht fehlen daher in der „Bibliographischen Notiz“ Hinweise auf ihre Publikationen? Dazu paßt im übrigen auch die nicht näher erläuterte Behauptung, die Niederlage des Faschismus und der bisher geringe Erfolg des Neofaschismus in Europa seien „nicht das Verdienst des Antifaschismus“.

In seiner ideologiegeschichtlichen Sicht kommt der Rassismus völlig zu kurz. Das gilt ebenso für Organisationsgeschichte und -Struktur des Faschismus. Hier unterlaufen Laqueur sogar widersprüchliche Aussagen. So bezeichnet er faschistische Parteien zwar als ein wesentliches Herrschaftsinstrument, erklärt an anderer Stelle jedoch, in Deutschland habe sich nach 1933 die faschistische Führung selten der NSDAP bedient. Er geht kaum der Frage nach, welche Rolle sie in den Parteiensystemen der einzelnen Länder gespielt haben und möglicherweise auch weiterhin spielen könnten. Von besonderem Interesse erscheint jedoch der Hinweis, daß im Klerikalfaschismus Gemeinschaften der Gläubigen die Rolle faschistischer Massenparteien einnehmen und von einer „Theologie der Bombe“ gesprochen werden könnte.

Auch wenn man nicht mit allen Thesen einverstanden sein kann – anregend ist das Buch allemal. Und es hebt sich wohltuend ab von jenen konservativ-national gefärbten geschichtsrevisionistischen Bemühungen, die das geistige Leben gerade im heutigen Deutschland für Antifaschisten aller Art wenig erträglich machen.

Walter Laqueur: Faschismus. Gestern – heute – morgen. Propyläen Verlag, Berlin 1997. 368 S., geb., 54 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 10. Oktober 1997, S. 13.

Verdienstvoll und kritikwürdig

Enzyklopädie des Faschismus

Wer sich über die Geschichte des deutschen Faschismus informieren will, steht vor einem riesigen Wust an detaillierten Untersuchungen und interpretierender Literatur. Allein über Hitler sind seit 1945 mehr als 120.000 Buchtitel gezählt worden. Der Wunsch nach systematisierender Darlegung des heute erreichten Wissensstandes ist daher mehr als verständlich. Zu bisherigen Versuchen gehören neben dem völlig mißlungenen „Jugend-Lexikon Nationalsozialismus“ auch die Großen Lexika des Dritten Reiches bzw. des Zweiten Weltkrieges von Christian Zentner und Friedemann Bedürftig. Nun liegt ein neues Standardwerk vor – wahrscheinlich das bislang beste. Es wird in vieler Hinsicht dem fixierten Anspruch einer Enzyklopädie gerecht, ungeachtet einiger Lücken und Mängel. Anerkennung verdienen nicht allein sein Umfang und die thematische Breite, sondern auch die Fülle des verarbeiteten Materials, die gestalterische Solidität, die überwiegend sachlich gehaltene Repräsentation des neueren Forschungsstandes und geschichtswissenschaftlicher Streitpunkte.

In dreierlei Weise kann sich der Benutzer das Werk erschließen. Sucht er zusammenhängende Antworten, findet er sie in den 26 essayistisch gehaltenen Artikeln des ersten Teils. Sie widmen sich ausführlich folgenden Themen: Ideologie, Hitler und Führerkult, Propaganda, Rassenpolitik und Völkermord, Außenpolitik, Justiz und innere Verwaltung, Wehrmacht, Wirtschaft, Sozialpolitik, Wissenschaft, Kunst (bildende Kunst und Architektur, Literatur und Theater, Film, Musik und Unterhaltung), Kirchen und Religion, Jugend, Frauen, Medizin, Sport, Technik, Verfolgung, Emigranten, Widerstand sowie dem Zweiten Weltkrieg. Ein eigenständiger Beitrag informiert über die archivalischen Quellen zum „Nationalsozialismus“. Der zweite Teil, gestaltet als Sachlexikon, enthält über 1000 alphabetisch geordnete Stichworte zu relevanten Ereignissen, Begriffen, Institutionen und Organisationen. Der dritte Teil schließlich bietet ein umfangreiches Personenregister.

Das Unternehmen vereint 132 Autoren. Was in der auf den „Faktor“ Hitler fixierten, funktionalistisch und sozialstrukturell orientierten Forschung Rang und Namen hat, verewigte sich im ersten Teil der Enzyklopädie: Ian Kershaw, Konrad Kwiet, Marie-Luise Recker, Bernd-Jürgen Wendt, Wolfgang Wippermann u. a. Mit Dietrich Eichholtz und Kurt Pätzold waren auch Faschismusforscher der DDR eingeladen, einige Stichworte beizutragen.

Ein beeindruckendes Werk. Dennoch seien Einwände gestattet – nicht wegen qualitativer Unterschiede der Beiträge, auch nicht hinsichtlich des unterschiedlichen Umgangs mit den Positionen anderer oder einiger Ungereimtheiten (daß beispielsweise der Bund Deutscher Osten erwähnt wird, der vergleichbare Bund Deutscher Westen dagegen nicht). Zu monieren ist vor allem eine unvertretbare Ausblendung wichtiger Fragestellungen zur Vorgeschichte des 30. Januar 1933. So wird u.a. auf ein Stichwort „Reichswehr“ verzichtet. Folgt der Leser dem Verweis auf den Artikel über die Wehrmacht, muß er feststellen, daß diese erst ab 1935 für die Autoren von Interesse ist. Spielten der Militarismus, die Militarisierung der Gesellschaft in der Weimarer Republik und letztlich die Rolle des Militärs 1933/34 eine solch untergeordnete Rolle, daß diese „Lücke“ verziehen werden kann?

Gewiß ist die Aussage berechtigt, daß in der älteren marxistischen Faschismusforschung die Finanzierung der Nazi-Partei durch einzelne Großindustrielle und Großagrarier überschätzt wurde, doch weshalb wird nun auf jegliche konkrete Angabe verzichtet? Ganz und gar unzutreffend ist die Behauptung, deutsche Wirtschaftskreise hätten erst seit Mitte der 20er Jahre und insbesondere unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise nach „autoritären Alternativen zur Weimarer Demokratie“ gesucht. Das 24-Zeilen-Stichwort über die DNVP läßt unerwähnt, wie diese konservative Partei 1928/29 mit ihrem Volksbegehren gegen den Young-Plan die NSDAP hoffähig gemacht hat. Und so gibt es noch einiges anzumerken, was in einer Kritik am schwachen Stichwort „Machtergreifung“ gipfeln mußte.

Unerklärlich bleibt auch, weshalb im ersten Teil der NSDAP und dem System ihrer Organisationen kein eigener Beitrag gewidmet worden ist. Die Partei spielte für das faschistische Herrschaftsgefüge

eine ausschlaggebende Rolle. Und gerade aus parteigeschichtlicher Sicht fehlen wichtige Stichworte: Nichts wird gesagt über den umfangreichen Mobilisierungs-Apparat der NSDAP, ihre Rolle in der Kriegsvorbereitung und ihre „Arbeitsbereiche“ in den besetzten Gebieten. Wichtige NS-Zeitschriften bleiben unerwähnt. Geradezu dürftig sind die Angaben zum „Winterhilfswerk“. Von den Gauleitern – den mächtigen Exponenten des Regimes auf territorialer Ebene – fand kaum die Hälfte Aufnahme. Es mag dem Zufall geschuldet sein, daß ausgerechnet auch die von Sachsen, Brandenburg, Magdeburg-Anhalt und Mecklenburg fehlen. So bleibt auch in diesem Zusammenhang festzustellen, daß sich die beachtlichen Ergebnisse jüngster regionalgeschichtlicher Forschungen im Band kaum widerspiegeln.

Bei enzyklopädischen Unternehmen ist Vollkommenheit kaum erreichbar. Bedenken und Hinweise schaden indes nie.

Wolfgang Benz/Hermann Graml/Hermann Weiß: Enzyklopädie des Nationalsozialismus. Klett-Cotta 1997. 878 S, geb., 68 DM; hei dtv brsch., 39,00 DM.

Neues Deutschland, 15. bis 20. Oktober 1997, S. 14.

Sündenabweisung und Selbstvergottung

Kritisch-streitbares Nachdenken über Vergangenes gehört ganz offensichtlich zur menschlichen Existenz. Auch die „historische“ Luft wird zum Atmen benötigt, und geschichtliches Selbstverständnis liegt jeder Weltanschauung zugrunde. Ohne Zeitperspektive und historische Dimension vermag keine Gegenwart zu bestehen, zumindest nicht in sinnvoller und an menschlicher Humanität zu messender Art und Weise. Sich an der Geschichte orientierende Ideale spielten immer eine wichtige Rolle, gleich ob positiven oder negativen Inhalts, gleich ob als Forderung an den politischen Gegner zu dessen Vergangenheitsbewältigung“ oder als „Vergangenheitsverklärung“ hinsichtlich des eigenen Wirkens. Unverkennbar läßt sich jede Rückschau auf die Geschichte von Interessen und politischer Gesinnung leiten. Somit sind weder der streitbare Umgang mit der Geschichte noch das Politische daran zu kritisieren – bedenklich und bekämpfenswert erscheinen jedoch die tendenziösen, in nachvollziehbarem Machtinteresse erfolgenden Abweichungen von solcher Normalität, die nun mal leider auch zur geschichtlichen Realität gehören. Ein „unnormaler“ Zustand ergibt sich vor allem dann, wenn Geschichte als zweckgebundener Steinbruch genutzt, aus ihm lediglich Geröll von einseitigem politischem Gebrauchswert herausgeklaut wird, wenn die Geschichte schlicht bemüht werden soll, bestehende oder erstrebte Verhältnisse, ideologische parteitaktische Grabenkämpfe zu sanktionieren.

Das Verhältnis der politischen Parteien zur Vergangenheit wurzelt in ihrer eigenen Geschichte. Sie entstanden im 19. Jahrhundert aus Vereinen, Zirkeln, Verbänden, Fraktionen usw. Ihr Anliegen bestand in der Vertretung und Durchsetzung von Interessen einzelner Teile der Gesellschaft; insofern beruhten ihre Existenzfähigkeit und ihre Machtorientierung vorrangig auf dem Konkurrenzprinzip der bürgerlichen Gesellschaft. Parallel zu ihren partiellen Anliegen erhoben sie gleichzeitig und von Anfang an auch den Anspruch, im Interesse der Allgemeinheit – des Staates, der Nation, des Volkes, des Gemeinwohls usw. – fungieren zu wollen. Daher leitet sich die konkrete Erscheinungsform politischer Parteien primär, doch keineswegs allein aus den jeweiligen Klasseninteressen und -gegensätzen ab. Sie wurde stets von einer Vielzahl geschichtswirksamer Faktoren geprägt, von sozialökonomischen Interessen ebenso wie von politischen Kräfteverhältnissen, von nationalstaatlichen Rahmenbedingungen, von unterschiedlichen Traditionen des Parlamentarismus, von Führerpersönlichkeiten u. a.m. Sie existieren jedoch niemals unabhängig vom Parteienegoismus.

Politische Parteien gelten im 20. Jahrhundert – endgültig seit den Revolutionen am Ende des Ersten Weltkrieges – als ein konstitutives Element jeder Herrschaftsausübung, als ein vermittelndes Glied zwischen Gesellschaft und Staat. Sie werden von allen Regimen benötigt, unabhängig von deren parlamentarischen oder diktatorischen Zuschnitt. Als sich die „Volksparteien“ herausbildeten, entstand für sie auch aus der wachsenden sozialen Heterogenität ihrer Mitglieder- und Wählerscharen eine neuartige Konkurrenzsituation. Diese war noch stärker von Interessenüberlagerungen und Gemeinschaftsdemagogie gekennzeichnet. Letztere erreichte ihre extreme Zuspitzung im faschistischen Axiom von der „Volksgemeinschaft der Deutschen“, wobei die NSDAP – trotz oder wegen ihrer barbarischen Intoleranz gegenüber allen Nichtdeutschen, insbesondere gegen die Juden, Slawen, Sinti usw. – größte Massenpartei der deutschen Geschichte werden konnte.

Gegenwärtig stehen den Notwendigkeiten einer demokratischen Entwicklung der Gesellschaft äußerst hinderlich im Wege: das von Skandalen aller Art geprägte Erscheinungsbild insbesondere der sogenannten Großparteien, ihr unzulängliches konzeptionelles und personelles Angebot, der von ihnen bevorzugte karrieristische Berufspolitikertyp, die Schamlosigkeit der Parteienfinanzierung, die mangelhafte innerparteiliche Willensbildung und die verkrusteten Strukturen der Parteiapparate. Das betrifft in gleicher Weise auch die Unzulänglichkeiten einer parteiorientierten Geschichtspolitik. Insofern resultieren die gegenwärtige Krise der deutschen Parteien und die zu beklagende Politikverdrossenheit großer Teile der Bevölkerung nicht zuletzt auch aus der Unehrlichkeit, den Täuschungsabsichten und den Instrumentalisierungsbestrebungen etablierter Parteien gegenüber der Geschichte.



Ein altes Beispiel

„Was der König eroberte, was der Fürst formte, was der Feldmarschall verteidigte, rettete und einigte der Soldat.“

Mit diesen Porträts und diesem Spruch feierten sich die Nationalsozialisten bereits 1933 – zum Tag von Potsdam. Hitler und Goebbels erwiesen sich als Meister in dem Falschspiel, die gesamte nationale Geschichte für sich zu reklamieren und die den Deutschen von der Schulzeit her vertrauten Gestalten zu ihren Vorfahren zu erklären. Indem sie das Preußentum und das von Bismarck geschaffene Kaiserreich verherrlichten, indem sie den Ersten Weltkrieg als einen ruhmreichen Waffengang darstellten, der nur im Ergebnis eines „Dolchstoßes von hinten“ verloren ging, indem sie die Beseitigung des „Schandfriedens von Versailles“ auf ihre Fahnen schrieben, gewannen sie Millionen Anhänger – und führten Deutschland ein zweites Mal in die Katastrophe.

Wissenschaftlicher Anspruch und politikdominierte Realität klaffen in unserer Gegenwart besonders arg auseinander. Statt des Ringens um den notwendigen Blick nach vorn, herrscht kleinlicher Wettlauf um Enthüllungen, Etikettierungen und Verdikte. Politikomödien mit historischer Garnierung huldigen einer erneuten „Erfindung der Vergangenheit durch die Gegenwart“. Seit 1989/90 öffnet eine Cloaca maxima in fast jeder Zeitungsausgabe ihren unappetitlichen Schlund – auch in solchen, deren Herausgeber behaupten, hinter ihr stecke gewöhnlich ein kluger Kopf. Es vermag nicht immer nur zu erheitern, was heute alles an historischen Haaren aus giftstrotzenden Suppen politischer Köchinnen und Köche gefischt werden kann, was Racheeifer, Geltungssucht, oder auch einfach eine unzulänglich -schlicht durch Parteien gehandhabte Geschichtspolitik zutage treten lassen. Tatsächlich kann man sich des Eindrucks kaum erwehren, als seien die früher ausschließlich von Militärs bevölkerten Schlachtfelder nunmehr von politisch engagierten Historikern, zumindest aber von einer Heerschar zeitgeschichtlich argumentierender Politiker übernommen worden. Thesen, Behauptungen und Unwahrheiten fliegen gleich Kanonenkugeln hin und her.

Die Debatte über solche Erscheinungen politischer Instrumentalisierung von Geschichte führt unweigerlich auch zur Kritik heutiger Formen und Methoden des Umgangs mit den Quellen geschichtswissenschaftlicher Tätigkeit. In der überaus verständlichen Freude über neue Akten, aber auch im Rahmen einer letztlich vorgegebenen Linie zur „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte werden elementare wissenschaftliche Grundregeln verletzt. Aktenkunde als unabdingbare Hilfwissenschaft der Historiker wird durch Aktenfetischismus ersetzt, Sorgfalt durch hurtige Geschäftigkeit, Solidität durch marktorientierte Geschäftstüchtigkeit. Der Erkenntnis-zuwachs durch die Öffnung bestimmter Archive verleitet allzu oft zu Aussagen, die von machtspezifischer Begrenztheit charakterisiert sind, jedoch ungeniert als letzte oder allerletzte Wahrheiten verkauft werden.

Daß der Umgang mit der DDR-Geschichte eher den Charakter einer radikal-einseitigen „Abrechnung“ trägt, hängt in einem besonderen Maße mit parteiegoistischen Machtorientierungen zusammen und erlaubt eine aufschlußreiche Sicht auf den Vorrang, den politische Parteien in der Regel den *Machtfragen* vor den *Sachfragen* einräumen. Eine Alternative dazu, die in einer freimütigen Auseinandersetzung und einer wirklichen, an der geschichtlichen Wahrheit orientierten Aufarbeitung bestehen könnte, blieb bislang reine Theorie. Wo sie nicht einmal angestrebt wird, verbreitet sich der Fanatismus von Wiederholungstätern, die kaum anderes im Sinne haben, als alte Schlachten noch einmal zu schlagen, als im Siegesrausch frühere Niederlagen oder uneinsichtig eigene Fehler vergessen zu machen. Und so verwundert wenig, daß auch heute noch kein Weg gefunden worden ist, dessen Beschreiten aus der Misere verlorener Fortschrittsperspektive, geistiger Orientierungslosigkeit und allgemeiner Politikverdrossenheit herausführen würde.

Sind wir, so wäre zu fragen, bereits an einem Scheitelpunkt der hier skizzierten Entwicklungslinien angelangt? Können sie quantitativ und qualitativ nicht mehr überboten werden? Es ist zu befürchten, daß eher vom Gegenteil gesprochen werden muß. Dabei ist keineswegs alle Schuld an solchen

Entwicklungen direkt den Parteien anzulasten; das Geflecht vielfältiger Wurzeln reicht tief und erweitert sich ständig. Beispielsweise hat das Verhältnis von Wissenschaft und Politik eine neue Stufe erreicht, ist die Polarisierung des gesamten öffentlichen Lebens vorangeschritten, verstärken sich die Tendenzen zu einer totalen Entmoralisierung der Politik und zu geistig-kultureller Demobilisierung. Allerdings läßt sich mit Gewißheit sagen: In dem Maße, wie sich die Krise der Parteien vertieft, werden sie sich der Geschichte immer unverfrorener bedienen; wie Politik- und Parteienverdrossenheit zunimmt, werden die in erster Linie gescholtenen Großparteien versuchen, dem durch einen verstärkten „Rückruf in die Geschichte“ zu entkommen.

Gewöhnungseffekte sind unübersehbar: Zu beobachten ist oft kaum mehr als ein ohnmächtiges Entsetzen, wachsende Gleichgültigkeit gegenüber Erscheinungen, die Madame Klio zu der wohl am meisten malträtieren unter den schönen Musen wenden lassen. Zu fragen ist z. B., wo eigentlich die lautstarke Forderung der Historiker-Zunft nach der Öffnung *aller* Archive bleibt. Es ist doch einfach nicht einzusehen, daß zwar das ehemalige SED-Archiv benutzt werden kann, aber nicht das der Ost-CDU und der ehemaligen LDPD, von denen des Bundesverfassungsschutzes und anderer Nachrichten- und Geheimdienste ganz zu schweigen. Wo bleiben, wenn schon solche Forderungen als unerfüllbar akzeptiert werden, die notwendigen Mahnungen zur Vorsicht im Umgang mit den Quellen? Wo bleiben die Konsequenzen aus den Warnungen von vereinseitigenden Aussagen, von der Gefährlichkeit befangenen Materialien-Schau? Wo blieb denn den Aufschrei gegenüber einem solchen Werk zur Geschichte des Westens wie dem Buch von Manfred Kittel, in dem zugunsten der vordergründigen These von einer gelungenen „Bewältigung der NS-Erblast“ während der Adenauerzeit auf Archivalien verzichtet wird, obwohl diese bereits vorliegen und zu anderen Ergebnissen führen? Die dazu passende und richtige Sentenz von Bernd Weisbrod, man dürfe das Rauschen im Blätterwald der Adenauerzeit nicht als schlüssigen Beweis für die These von einer Bewältigung der NS-Vergangenheit und damit verbundenen Freiheit von der „zweiten Schuld“ betrachten wollen, ist kaum bemerkt worden. Schließlich ist auch zu fragen, weshalb es die Zeithistoriker in auffälliger Weise einigen Juristen überlassen haben, die Geschichte der politischen Justiz aufzuarbeiten, die sich auf den Grundlage des Strafrechtsänderungsgesetzes von 1951 entfaltete und bis 1968 zu mehr als 500.000 politischen Ermittlungsverfahren führte, aus denen 25.000 bis 30.000 Verurteilungen hervorgegangen sind.

Das jüngste Beispiel

Die Fotos zeigen zwei Zeitgenossen, die der Herkunft, der politischen Gesinnung und der historischen Bedeutung nach grundverschieden, ja eindeutig Feinde waren – links: Wilhelm Liebknecht, rechts: Eduard von Simson. Nach der „Wende“ wurde der Platz vor dem Reichsgericht in Leipzig umbenannt, indem der Name des Helden des Reichstagsbrandprozesses Georgi Dimitroff einfach getilgt wurde. Jetzt, 1997, wurden gleich zwei Vorschläge gemacht, dem Platz wieder einen Namen zu geben. Die PDS-Fraktion im Stadtparlament schlug Wilhelm Liebknecht vor, der als Kampfgefährte von Marx, Engels und Bebel einer der ersten Führer der deutschen und internationalen Sozialdemokratie war und 1872 in Leipzig zu Festungshaft verurteilt wurde. Ausgerechnet die SPD-Fraktion schlug jedoch den Namen des ersten Reichsgerichtspräsidenten von Simson vor, der ein eingefleischter „Bebel-Feind“ war, 1885 den sogenannten Geheimbundprozeß gegen 236 Sozialdemokraten organisierte, was Zeitgenossen damals einen „juristischen Staatsstreich“, die „Unterordnung der Justiz unter die Polizei“ bezeichneten.

An ihrem Geschichtsverständnis erkennt man die Parteien.



Eine der größten Gefahren in den geistigen Auseinandersetzungen unserer Zeit – die einer erneuten, Nationalismus und Rechtsextremismus befördernden Schwarz- Weiß-Malerei – resultiert aus resignierender Unwilligkeit und wachsender Unfähigkeit, sich endlich aus vereinseitigenden, politisch instrumentalisierenden Geschichtsbetrachtungen zu lösen. Die enge Politikverbundenheit, aus der in der DDR eine allzu starke Politikgebundenheit geworden war, widerspiegelt sich heute vor allem in den geschichtsrevisionistischen Bemühungen um den Platz des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte. In ihnen manifestiert sich der Versuch einen weitgehend rückwärts gewandten Sinnstiftung der Gegenwart. Besorgt ist festzustellen, daß in Deutschlands Gegenwart nicht allein bereits die antifaschistische Vergangenheit „abgewickelt“ worden ist, sondern nun auch die nichtfaschistische Vergangenheit zu verändern beabsichtigt ist. Letzteres ist in vollem Gange. Es findet eine erhebliche Relativierung der Geschichte des Nationalsozialismus statt, aus der mehr und mehr dessen Rechtfertigung oder gar eine Verherrlichung erwachsen können, bzw. direkt erwachsen. Die Bemühungen von Rainer Zitelmann, Karlheinz Weißmann, Christian Striefler u. a.m. um die „Wiederherstellung nationaler Größe“ bereiten dafür einen fruchtbaren Boden. Ihre Arbeiten gehören in die zunehmende Reihe jenen Publikationen und distanzarmen Interpretationen des Nationalsozialismus, die die gegenauflärerischen, ja barbarischen Positionen des alten Deutschland verstehenssinnig für ein neues Geschichtsbild einer machtzentrierten Nation verlebendigen.

Vier Grundfehler

In der Beilage zur offiziellen Zeitschrift des Bundestages „Das Parlament“ – „Aus Politik und Zeitgeschichte vom 12. März 1993 nannte der wohl bekannteste Kritiker des heutigen Parteienwesens, Hans Herbert von Arnim in seinem Artikel „Ist die Kritik an den politischen Parteien berechtigt?“ vier fundamentale Strukturfehler:

1. die Bürgerferne und die Entmündigung des Volkes durch die Parteien; 2. die begrenzte Problemlösungs-kompetenz der Parteien;
3. die Aushöhlung des Grundsatzes von der Gewaltenteilung und die Entwicklung der Parteien zu einer Monopolmacht;
4. die Dominanz des Eigen-interesses und die wachsende Ausbeutung des Staates durch die Parteien.

Wir meinen: Gerade die Ereignisse dieses Jahres in Bonn unterstreichen diese Feststellungen. Daran sollte im nächsten Jahr Jeder denken, der zur Wahlurne geht.

Im Jahre 1981 diffamierte Dietrich Aigner in der rechtskonservativen Zeitschrift „Criticon“ die damalige Zeitgeschichtsschreibung der BRD, die von der deutschen Schuld am Zweiten Weltkrieg und den nationalsozialistischen Massenmorden auszugehen bereit war, als eine „nationale Sterbehilfe“ und eine deutsche „Daseinsverfehlung“. Mit Recht konnte dies als eine Stimme gegen viele andere bezeichnet werden. Jüngst wurde in der Festschrift zum 70. Geburtstag von Ernst Nolte die Zeitgeschichte als völlig gescheitert hingestellt, weil sie aus der NS-Forschung eine „Daueraufgabe“, weil sie angeblich einseitig und verengend den Nationalsozialismus zur „deutschen Normalität“ gemacht habe. Die Schlußfolgerung ist bekannt: Zeitgeschichte brauche „nicht noch mehr Tatsachen, sondern eine andere Fragestellung“, in der es, wie es unterstellend heißt, keine „Vergleichs- und Verstehensverbote“ auszusprechen gelte und mit der sie sich als unwissenschaftlich „überflüssig machen“ würde. Heute gelten für viele und in wachsendem Maße Nation und Nationalstaat wieder als das zentrale und vor allem anderen übergeordnete Wertkriterium. Nationalismus tritt in breitem Umfang in den Vordergrund und stellt wohl das wesentlichste ideologische Ferment für Haß, Fremdenfeindlichkeit, Gewaltbereitschaft und Kriegsakzeptanz dar. Beispiele der deutschen Alltäglichkeit könnten Bände füllen. Auch sie werden in unerträglichem Ausmaß unterschätzt und bagatellisiert, von wissentlicher Duldung und stillschweigender Förderung ganz abgesehen.

In diesem Sinne wäre zu fragen, ob Deutschland – in dem so viele Reformen notwendig sind – nicht auch ein neues Parteiengesetz braucht? Wäre nicht bereits etwas gewonnen, wenn damit wieder zu den rechts- und sozialstaatlichen Intentionen des Grundgesetzes, insbesondere seiner Artikel 20 und 21 zurückgekehrt wird? Anzustreben wäre, daß die geforderte Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volkes sich tatsächlich als „Mit“-wirkung vollziehen kann. Der Satz von der wünschbaren und als nützlich betrachteten Mitwirkung der Parteien, der sie als *einen* Bestandteil

des politischen Systems definiert, ist im Parteiengesetz von 1967 als verfassungsrechtlich notwendig betrachtet worden, ja es erhielt hier sogar den Zusatz, daß dies „auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“ zu erfolgen habe.

Über die im engeren Sinne lediglich auf organisatorische Veränderungen der Partei-strukturen orientierenden Reformvorschläge hinaus sind neue Inhalte von Parteientätigkeit und neue Kontrollmöglichkeiten der Gesellschaft gegenüber den Parteien gefordert. So könnte der durch die Parteien unkontrolliert bestimmten Praxis endlich durch die Einrichtung eines Parteienrechts-Senates als drittem Senat im Bundesverfassungsgericht (neben dem Grundrechts-Senat und dem Staatsrecht-Senat) sinnvoll Zügel angelegt werden. Die 1983 fixierte Pflicht den Parteien, über die Herkunft ihnen finanziellen Mittel und über deren Verwendung öffentlich Rechenschaft abzulegen, ist bis heute juristisch noch nicht zu erzwingen gewesen. In der Gesetzgebung herrscht darüber hinaus ein ausgesprochener Mangel hinsichtlich der Gestaltung und Durchsetzung innerparteilichen Demokratie. Ebenso offensichtlich ist der Mangel an klaren gesetzgeberischen Vorgaben für die öffentliche politische Bildungsarbeit, der zwar häufig beklagt wird, jedoch unaufhebbar zu sein scheint und heutzutage von allem zu einen verfassungswidrigen Ausgrenzung der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) mißbraucht wird.

Alle bisherigen Vorschläge, die Parteien und das Parteienwesen in Deutschland zu reformieren, gehen vorrangig von strukturell-organisatorischen Aspekten aus. Aus vielen Gründen steht jedoch insbesondere die Aufhebung jener parteiegoistischen Schranken auf der Tagesordnung, die inhaltliche Erkenntnisdimensionen in erschreckend parteiischer Weise einengen und lediglich zu einem unreflektierten Verständnis für die Geschichte des 20. Jahrhunderts führen können. Wer sich um die notwendige „Rolle vorwärts“ im Umgang mit der Geschichte bemüht, wird eine entscheidende Demokratisierung und Reformierung des Parteienwesens einzufordern haben.

antifa, November 1997, S. 17-20.

Wie Vorurteile wirken

Texte zur Entstehung von Feindbildern und Fremdenfeindlichkeit

Neun Beiträge des Verfassers, die zwischen 1991 und 1995 an unterschiedlichen Stellen veröffentlicht wurden, liegen nunmehr hier – teilweise stark überarbeitet – zusammengefaßt vor. Benz leistet mit ihnen einen gewichtigen Beitrag zur Erforschung und Bewertung von tradierten Vorurteilen, Fremdenhaß und Feindbildern. Eingehend untersucht er deren Wirkungsmechanismen: Selbstbestätigung und Ausgrenzung, Schuldzuweisung und Sinnstiftung, Angst und Realitätsverweigerung.

Sie ermöglichten und ermöglichen die ideologische Instrumentalisierung von Vorurteilen und ihre Umsetzung in politische Aggression nach außen und nach innen. An zahlreichen Beispielen zeigt er, auf welche Weise Minderheiten (z. B. Marxisten, Juden, Freimaurer, um nur drei wichtige Gruppen zu benennen) aus der „Mehrheitsgesellschaft“ ausgegrenzt worden sind (und z.T. immer noch werden!). Er behandelt ihre Wirkungen im Krieg Hitlerdeutschlands gegen den „jüdischen Bolschewismus“ sowie in den Zeiten des Kalten Krieges, ferner den Weg von der „Judenfrage“ zur „Endlösung“, die er als mörderische Begriffe bezeichnet, sowie den wiederbelebten Antisemitismus in Osteuropa.

Untersucht werden darüber hinaus auch antisemitische Stereotype (der Jude als Wucherer, Spekulant und Beherrscher des Finanzkapitals), die nach wie vor in der BRD anzutreffen sind, sowie deren literarische Äußerungen und Mythologisierungen. Insgesamt versteht Benz seine Antisemitismusforschung als eine vom Phänomen der Judenfeindschaft ausgehende

Vorurteilsforschung im weiteren Sinne, die alle Minderheiten einbezieht. Daher enthält der Band auch zwei Beiträge, die sich mit der Diskriminierung und Verfolgung der Sinti und Roma befassen. Benz bestätigt unter dem Titel „Die Aktualität des Vorurteils“, daß es in der DDR keine Judenfeindschaft gegeben hat, behauptet jedoch, daß ihr „Antizionismus als junge Erscheinungsform von Antisemitismus ... traditionelle antijüdische Feindbilder transportiert“ habe. Möglicherweise werden erst künftige Forschungen zu diesem strittigen Thema nahelegen, daß mitunter selbst Vorurteilsforschungen nicht frei von Vorurteilen sind

Wolfgang Benz: Feindbild und Vorurteil Beiträge über Ausgrenzung und Verfolgung. dtv, München, 219 Seiten, DM 24,90.

antifa, November 1997, S. 26.

Erneuter Versuch, die Nazis zu entlasten

Der Verfasser einer der jüngeren konservativen „geschichtsrevisionistischen“ Historiker – knüpft in der vorliegenden, chronologisch gegliederten und um 41 Dokumente ergänzten Überblicksdarstellung direkt an sein 1994 erschienenes Buch über die politische Utopie Hitlers an. Provozierend wirft er die Frage auf, ob Hitlers Herrschaft „nicht vielleicht sogar als das populärste politische Regiment“ im Deutschland des 20. Jahrhunderts anzusehen sei. Das Ergebnis entspricht eindeutig der Problemstellung: Der „Führer“ erscheint in innenpolitischer und gesellschaftlicher Hinsicht vorrangig als „Kind seiner Zeit“ und Verkörperung des Volkswillens, als „Impulsgeber“ und „Auslöser“. In außenpolitischer Hinsicht stellt ihn Syring als Getriebenen der Sachzwänge und von der Dynamik des internationalen Geschehens „Überrollten“ dar. „Geradezu zurückhaltend und besonnen“ habe sich Hitler 1933/34 im Vergleich „zum ungestümen Vorwärtsdrängen der konservativen Eliten in Diplomatie und Reichswehrführung verhalten. Hitlers Programmatik sei ursprünglich auf eine revolutionäre Verwirklichung innerhalb eines mehrerer Generationen umfassenden Zeitraumes hin konzipiert gewesen, so daß die außenpolitischen Zielsetzungen außerhalb dessen gelegen hätten, was er „in seiner Lebensspanne noch persönlich erreichen zu können glaubte.“

Gegen Dokumente, die klar und unwiderlegbar die Planmäßigkeit der Kriegsvorbereitung belegen, hat der Autor ansonsten nichts weiter einzuwenden als die Behauptung, solche Äußerungen Hitlers dürften nicht „für bare Münze genommen werden“. Es habe keine „kriegerische Absicht“ von Anfang an gegeben und 1939 allenfalls die Absicht, nur einen „kleinen Krieg“ herbeizuführen. Gegen Frankreich sei 1940 kein Eroberungsfeldzug geführt worden, nur eine „operative Verzweiflungsaktion“.

So steht Konstruiertes und selektiv Ausgewähltes neben mancher richtigen Aussage, z. B. über Intuitionen und Initiativen der Wehrmachtgenerale. Dem Verhältnis von Friedensdemagogie und Kriegsvorbereitung widmet Syring keinen Gedanken. Entsprechende Literatur (z. B. der von Kühnl/Schönwälder 1986 herausgegebenen Sammelband „Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg“) taucht nicht auf. Bei der Erwähnung des Buches von Broszat/Schwabe über die deutschen Eliten auf dem Weg zum Krieg „vergißt“ er den dazu gehörenden zweiten Band aus der Feder von DDR-Autoren.

Klingt am Ende sogar leises bedauern des Autors an, wenn er konstatiert, Hitlers Versuch eines „dritten Weges“ sei 1945 gescheitert? Zum zweiten Mal innerhalb von nur 30 Jahren habe sich das Deutsche Reich als nicht stark genug erwiesen, sich gegenüber der „demokratischen Welt des Westens“ und der „seit 1917 bolschewistischen des Ostens“ durchzusetzen oder zumindest zu behaupten. Dazu habe es „bei aller massenmörderischen Rücksichtslosigkeit wiederum nicht gereicht ...“

Enrico Syring: Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Führertum und Gefolgschaft. Bouvier Verlag, Bonn 1997, 240 S., DM 38,00.

antifa, Dezember 1997, S. 28.

Der König ist tot, es lebe der König!

Im Dezember 1997 stellte die Jenaer Friedrich-Schiller-Universität der Öffentlichkeit eine Serie von acht Bildern vor. Die in Frankreich lebende Malerin Anke Doberauer hatte den Auftrag erhalten, die umfang- und traditionsreiche Sammlung der Rektorenbildnisse zu vervollständigen. Zu malen waren sieben Rektoren aus der Zeit nach 1945, hinzugefügt hat sie – wie offiziell verlautbart wurde: aus eigenem Antrieb – ein achttes Bild, gewidmet dem Nazirektor Karl Astel. Vor allem dieses Gemälde rief sofort Empörung und Protest hervor. Es entbrannte ein heftiger Streit, zumal sich auch Professoren fanden, die teils mit gewundenen, teils mit unzweideutigen Argumenten den Skandal zu bemänteln oder gar zu rechtfertigen suchten.

Nun mag der Leser, der an dieser Stelle eine Besprechung der beiden neuesten Bücher Wolfgang Wippermanns erwartet, sich durchaus fragen, was das Geschehnis in Jena mit einer Geschichte von Faschismus- und Totalitarismustheorien verbinden kann. Indessen liegt der Zusammenhang für denjenigen klar auf der Hand, der weiß und nicht vergessen will, wer dieser porträtierte und so geehrte Mann gewesen ist.

Immerhin: Astel war nicht irgendein beliebiger unter den NS-„Wissenschaftlern“ und unter den Rektoren im braunen Deutschland. Sein Ziel war es, die Jenaer Universität zu einer rassenpolitischen SS-Musteruniversität umzugestalten. Er steht nicht schlechthin für ein Denken in den Kategorien der nationalsozialistischen Weltanschauung, sondern in besonderer Weise für die Verbrechen des faschistischen Regimes. Als Leiter des „Thüringischen Landesamtes für Rassenwesen“ und Intimus des NSDAP-Gauleiters Fritz Sauckel gehörte er zu denjenigen, die (pseudo!)wissenschaftlichen und praktischen Vorlauf für Völkermord und Auslöschung „lebensunwerten“ Lebens schufen. Der Befund ist augenfällig: Astel gehörte zu den geistigen Wegbereitern und Urhebern von Vertreibung und Vernichtung „nichtarischer Deutscher“. Als Herr über Tod und Leben stellte er den deutschen „Herrenmenschen“ par excellence dar. Mit Sicherheit wäre er als Verbrecher verurteilt worden, hätte er sich nicht im Mai 1945 selbst zu Tode gebracht.

Astel mit einem Bildnis ehren zu wollen, bedeutet letztlich nichts anderes, als die Naziverbrechen zu relativieren und die nationalistische Ideologie des „deutschen Herrenmenschen“ zu verharmlosen. Da helfen auch keine Versuche der Ertappten, sich verbal (allerdings nur so, dass gerade noch das Mindestmaß an *political correctness* erfüllt scheint) gegen den Nationalsozialismus zu äußern „wertfreien“ Beitrag zur Aufarbeitung der jüngsten Universitätsgeschichte zu deklarieren. Bilder reden jedoch keineswegs lediglich nur von „ihrem Bildsein unter Bildern“, wie Gottfried Willems als Vorsitzender des Konzils der Friedrich-Schiller-Universität in seiner Eröffnungsrede zur Ausstellung behauptete, sie reden auch von ihren Produzenten, Auftraggebern und deren außerästhetischen Vorstellungen.

Geradezu ungeheuerlich gerieten andere Erklärungen von Verantwortlichen des Skandals: So mancher von rechtem Zeitgeist besessene Matador – ausgewiesen etwa durch die überaus freundliche Haltung zu den Burschenschaften, selbst wenn diese die dritte Strophe des Deutschlandliedes singen, ausgewiesen auch durch das Fehlen jeglicher Stellungnahmen zu den großen Krisenzeichen unserer Zeit – meinte, es dürfe nicht allein das Astel-Bild und seine Aufhängung kritisiert werden, Kritik müsse auch den Bildern der Rektoren Wilhelmi, Schmigalla und Schmutzer gelten, schließlich hätten zwei von ihnen Informationen an das MfS geliefert (was in einem Falle nicht einmal der Wahrheit entspricht). Flugs sollte der in jüngster Zeit lautstark geforderte, von Sponsoren bevorzugt geförderte und zur Genüge praktizierte „Diktaturenvergleich“ herhalten, um den Wandel von früherer antinationalsozialistischer Gemeinsamkeit in einen „antitotalitären Konsens“ zu begründen, ungeachtet der Tatsache, dass mit dem Vergleich zwischen dem Hitler- und dem SED-Regime eigentlich – so Egon Bahr, der ganz sicher kein Schönredner des zusammengebrochenen Sozialismus war – Leichen- und Aktenberge in eines gesetzt werden.

Doch es sollte noch schlimmer kommen: Angesichte der Proteste gegen das Astel-Bild setzten einige nicht allein den Nazirektor mit den letzten Rektoren aus DDR-Zeiten auf eine Stufe, sondern hielten deren Porträts für weit bedenklicher. Angriff sei die beste Verteidigung, muss sich wohl der

Konzilsvorsitzende gedacht haben; bevor er in seiner Rede – betitelt: „Nachdenken über Gesprächskultur“ – überhaupt das erste Mal auf den Nazirektor zu sprechen kam, wagte er zu fordern, dass „jene Unfähigkeit zur Scham, die in den Protagonisten der PDS obszön vor der Öffentlichkeit posiert und deren rasende Suade die Splitter in den Augen aller Welt abgrast, um vom Balken im eigenen Auge abzulenken“, nun nicht „auch noch in unserer Universität triumphieren“ dürfe. Astel – der Splitter, die DDR-Rektoren – der Balken ...

Der lokale Vorgang reiht sich ein in eine Vielzahl von Beispielen, die Ausdruck und Bestandteil jener generellen Bemühungen konservativ-nationaler „Systemveränderer sind, in heutiger Zeit die Berliner Republik Schritt für Schritt nach rechts zu drängen. Mit Fug und Recht darf von einer akademischen Variante des konservativen Geschichtsrevisionismus und von anti-antifaschistischer „Geschichtsbewältigung“ gesprochen werden, welche die schlimmsten Schatten der deutschen Geschichte ausgerechnet bei denen aufzuspüren trachtet, die diese mit Entschiedenheit zu bekämpfen versucht haben.

Für die notwendige Auseinandersetzung mit allen Bemühungen, in Deutschland ein geistiges Klima zu schaffen, in dem das politische Farbensymbol rot ausschließlich pejorativ andere dagegen – gleich ob es sich um „schwarz“ oder „braun“ handelt – positiv erscheinen sollen, kommen Wippermanns Bücher über die Geschichte von Faschismus- bzw. von Totalitarismustheorien gerade recht. Sie regen vor allem dazu an, gründlicher als bisher auf empirisch gestützte und theoriefreie (sprich: politisch vorurteilslose) vergleichende Forschungen zu orientieren, denn erst diese könnten Theorien überhaupt ermöglichen, vorhandene korrigieren oder verwerfen. Wippermann leistet einen beachtlichen Beitrag, auch über die politischen Zusammenhänge nachzudenken, in die ihre Entstehung und Entwicklung, ihre Höhepunkte und Tiefen nun einmal einzuordnen sind.

Der Band über die Faschismustheorien geht auf ein bereits 1972 erschienenes Buch des Verfassers zurück und stellt dessen siebte und überarbeitete Auflage dar. Wippermann behandelt die Faschismustheorien von Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberalen und Konservativen in dreifacher Perspektive, benannt als historische, systematische und kritische Perspektive. Stets lässt er zunächst die von ihm herangezogenen Politiker und Ideologen für sich sprechen, bevor er sie in die geschichtliche Entwicklung der einzelnen Theorien einordnet und schließlich seine eigene Auffassung anfügt. An Deutlichkeit des Urteils fehlt es nicht. Vehement wendet er sich gegen alle Versuche, den Faschismusbegriff aufzugeben oder das Faschismuskonzept sogar als einen „Irrweg der Wissenschaftsgeschichte“ abtun zu wollen. Für ihn existiert der Begriff in dreifacher Gestalt: als „Selbstbezeichnung der Partei und des Regimes Mussolinis“, als „generischer“ (was nichts anderes bedeuten soll als „allgemeiner“) Faschismus, der den Gegnern unterschiedlichster parteipolitischer Zugehörigkeit als politischer „Kampfbegriff“ gedient habe, sowie als ein von der Wissenschaft erarbeiteter Begriff für ein epochales Phänomen. Sorgfältig sei zu beachten, wann und von wem welcher Begriff benutzt würde.

Angesichts der Fülle des von Wippermann verwendeten Materials kann hier nicht auf alles eingegangen werden, was eines Berichtes wert wäre oder auch notwendiger Detailkritik bedürfte. Hervorzuheben bleibt allerdings, wie der Verfasser hier (und ebenso in dem Band über die Totalitarismustheorien) subtil nachzuweisen versteht, dass Theoriegeschichte sich in vieler Hinsicht als Politikgeschichte darstellt, dass die als normal und vertretbar zu bezeichnende Politikverbundenheit zahlreicher Ideologen häufig, zu allen Zeiten und in allen politischen Systemen zu wissenschaftsfremder Politikgebundenheit geriet. *Daß* Zusammenhänge zwischen Politik und Ideologie bzw. Wissenschaft bestehen, ist unbestreitbar; von größtem Interesse wäre jedoch, darüber hinaus- und eingehend zu untersuchen, wie sich in der Gesellschaft die Beziehungsgeflechte zwischen ihnen entfalten, welche Wechselwirkungen stattfinden, worin die Funktionsmechanismen dieser Zusammenhänge bestehen und welcher Typus politischer Intellektueller sich unter welchen Bedingungen herausbildet. Möglicherweise wäre es auch im vorliegenden Falle günstiger gewesen, solche Problemfelder in die Darlegungen einzubeziehen, statt häufig (mitunter redundant) darüber zu meditieren, dass Faschismus und Totalitarismus als „Kampfbegriffe“ unrichtig bzw. auch zu Unrecht angewandt worden seien. In dieser Hinsicht deckt Wippermann zwar manche Zusammenhänge auf;

doch behandelt er sie zu wenig. So interessant, präzise und aufschlussreich seine theoriegeschichtlichen Darstellungen im einzelnen sind, so wenig vermögen daher die Schlussfolgerungen zu überzeugen. Insbesondere das den Band abschließende „Plädoyer für eine multikausale Faschismustheorie“ zeugt davon; vielleicht hängt dies auch mit einer eindeutig politisierten Verwendung des Antifaschismusbegriffs zusammen. Zumeist – vor allem wenn von Kommunisten oder von Historikern der DDR die Rede ist, wird er distanzierend in Anführungszeichen gesetzt, mal ohne solche verwendet, mal axiomatisch behandelt, mal reaktiv und verständniswerbend erklärt.

Antifaschismus – wie ich in sehe – war zunächst nichts anderes als ein allgemeiner Ausdruck des Reagierens unterschiedlichster Kräfte der Gesellschaft auf die Herausforderungen des Faschismus, wie er sich in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg entfaltete. In ihm und mit ihm wurden die neuartige militant-terroristische Gewaltbereitschaft abgelehnt, das Streben nach einer Revision der Ergebnisse des Krieges und der Revolution von 1917/18 gegeißelt, die völlig überzogene nationalistische Ideologie und der faschistische Anspruch auf Herrschaft über andere Völker erhellte sowie das „sozialistische“ verpackte Angebot an die „entnationalisierten“ Arbeitermassen gebrandmarkt. Reagieren mussten viele Kräfte der Gesellschaft und eigentlich alle, die irgendwie vom Faschismus bedroht waren. Daher bestanden die Merkmale des Antifaschismus von Anfang an hauptsächlich im „Anti“, darüber hinaus in dem, was als „Bindestrich“-Erscheinungsform zu bezeichnen wäre: kommunistischer Antifaschismus, sozialdemokratischer Antifaschismus usw. usf. Daraus ergibt sich, dass wohl eher von Antifaschismen geredet werden sollte und Antifaschismus nur als Einheit einer nichtfaschistischen Vielheit existieren konnte. Alle Antifaschisten, wenn sie denn welche sein wollten, hatten sich an diesen Voraussetzungen zu orientieren und den kleinsten Nenner an Gemeinsamkeit zu suchen. Zu den bitteren geschichtlichen Erfahrungen gehört leider, dass der Antifaschismus in seiner Gesamtheit versagt hat: Trennendes stand zwischen ihnen in größerem Maße als das gemeinsame Anliegen gegenüber dem Faschismus. Und wer in diesem Zusammenhang an die deutsche Linke von heute denkt, unabhängig vom jeweiligen Platz in ihr, muss Vergleichbares sagen ...

Im Gegensatz zum Faschismusbegriff handelt es sich bei dem des „Totalitarismus“ in keiner Weise um eine historisch gewachsene Selbstbezeichnung irgendwelcher Kräfte der Gesellschaft. Allein dies legt bereits nahe, in ihm ein konstruiertes Produkt zu vermuten, das ausschließlich politischen Zwecken zu dienen hat. Insofern trifft die Bezeichnung „Kampfbegriff“ hier völlig zu. Mit seiner Hilfe wird die realgeschichtliche Existenz unterschiedlicher Diktaturen in einem undifferenzierten „Gleichklang“ aufgehoben. Alle geschichtlichen Erscheinungen, die von den Verfechtern der Totalitarismustheorien miteinander verglichen und in aller Regel gleichgesetzt werden, resultierten aus jeweils eigenständigen (d. h. eben kaum vergleichbaren) Wurzeln, verfolgten divergierende Ziele und ließen unterschiedliche Entwicklungstendenzen erkennen.

Wippermann unterscheidet hinsichtlich des Totalitarismusbegriffs grundsätzlich zwischen Theorie und politischer Ideologie und misst den Wert jeder Theorie hauptsächlich daran, wie diese hilft, die singuläre Erscheinung des Holocaust zu erklären. Seine Positionen hebt er deutlich von jenen ab, die im letzten Jahrzehnt eine Renaissance der Totalitarismustheorie herbeigeführt haben. Überzeugend setzt er sich mit Jesse, Backes, Funke, Kraushaar und vielen anderen auseinander – sie erscheinen ihm als diejenigen, die den Totalitarismusbegriff zu einem neuen Geßler-Hut gemacht hätten, vor dem jeder aufrechte Demokrat seine Verbeugung zu machen habe. (S. 101)

Ausführlich befasst sich Wippermann in beiden Bänden mit Ernst Nolte, dessen Auffassungen vom „Kausalnexus“ zwischen „Klassenmord“ und „Rassenmord“ bereits 1986/87 die Totalitarismustheorie radikalisierten und über die Hervorhebung von Identitäten totalitärer Erscheinungen hinausgingen. Es sind aber gerade diese Auffassungen, die in heutigen Lesarten – siehe die am Anfang stehenden Bemerkungen zum Jenaer Bilderstreit – weite Verbreitung finden. Was als deren Vorgeschichte zu betrachten ist, belegt Wippermann sehr nachvollziehbar an den politischen Voraussetzungen seit dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems sowie am Beispiel der Gedankengänge jener französischen Intellektuellen, die, wie z. B. Jean-François Revel oder François Furet, sich rühmten, das – allerdings nirgendwo existierende – „Verbot eines Vergleichs von Kommunismus und Nazismus durchbrochen“ und bewiesen zu haben, dass letzterer die Folge des ersteren gewesen sei. Mit

Recht empfindet Wippermann den schlimmen Satz Furets als zynisch, wonach durch den Überfall vom 22. Juni 1941 mit Stalin „der Henker zum Opfer“ geworfen sei. Und sicher kann auch der These Wippermanns gefolgert werden, dass solchen Verfechtern der Totalitarismustheorie der Archipel Gulag näher stehe als Auschwitz. Das „Schwarzbuch des Kommunismus“ und insbesondere dessen Vorwort aus der Feder von Stéphane Courtois kannte Wippermann noch nicht, wohl aber die Richtung, in die sich die Totalitarismustheorie von heute entwickeln würde

Am Ende seiner informativen, anregendem und – es sei hier positiv vermerkt – auch zu produktivem Widerspruch reizenden Überlegungen gelangt Wippermann zu folgender Schlussfolgerung: „Kaum eine andere historische Theorie ist durch die Geschichte selber so völlig widerlegt worden wie das Totalitarismusmodell von Friedrich und Brzeziński. Daher sind auch alle Bemühungen, diese Totalitarismustheorie wieder zu beleben, zwecklos und von vornherein zum Scheitern verurteilt. Wenn man am Totalitarismuskonzept festhalten will, dann kann man dies nur mit Hilfe einer neuen oder zumindest einer anderen Theorie tun.“ (S. 104) Da die Demokratie – im Gegensatz zur Meinung Francis Fukuyamas keineswegs auf der ganzen Linie gesiegt habe und unangefochten da stehe, sei die Geschichte des Totalitarismus auch mit dem Zusammenbruch des Kommunismus noch nicht zu Ende gegangen. Man brauche daher, so schlussfolgert Wippermann, „eine Theorie, die diese neuen und alten Gefahren auf den Begriff bringt und die wie die alten Totalitarismustheorien durchaus Elemente einer Weltanschauung haben kann, ohne zu einer bloßen ‚Kampfparole‘ zu werden, und ohne dass ein Feindbild konstruiert wird, das ‚die anderen‘ trifft und treffen soll, wobei dann von unseren Fehlern und Schwächen abstrahiert wird.“ (S. 110)

Muss sich der Leser da nicht an das uralte Wort vom toten, zu vergessenden König und dem lebenden, dem neu zu bejubelnden Kronenträger erinnert fühlen? Folgt man jedoch diesem Gedanken, stellt sich nicht allein die Frage, ob er angesichts der immer und überall gegebenen Beziehungen zwischen Politik und Wissenschaft überhaupt richtig sein kann. Sollte sie bejaht werden, bleibt unweigerlich zu fragen, wie die neue Totalitarismustheorie konkret aussehen könnte oder sollte und müsste. Der Autor benennt hierfür lediglich einige Kriterien: sie dürfe keinen idealtypischen statischen Charakter haben, müsse die unterschiedlichen Voraussetzungen und konträren ideologischen Zielsetzungen berücksichtigen, der historischen Bedeutung des Holocausts gerecht werden und keine aufrechnenden Vergleiche zwischen den Verbrechen der einzelnen Totalitarismen begünstigen. Was das im einzelnen auch immer zur Konsequenz haben würde – die erforderlichen Anstrengungen sollten insbesondere auch einer kritischen Demokratietheorie gelten und mit ernsthaft betriebenen Analysen totalitärer Erscheinungen in allen Regimen verbunden sein.

Anmerkungen:

Wolfgang Wippermann: Faschismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, 7. überarb. Aufl., Primus Verlag Darmstadt 1997, 123 S.

Wolfgang Wippermann: Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Primus Verlag Darmstadt, 1997, 127 S.

Kalaschnikow. Ausgabe 10, Frühjahr 1998, S. 57-59.

Die Muse Klio und die Syphilis

Oder: Alte und neue Strickmuster zweckorientierter Geschichtspolitik

Kritisch-streitbares Nachdenken über Vergangenes gehört offensichtlich zu den Grundvoraussetzungen und -bedingungen menschlicher Existenz. Auch die „historische“ Luft wird zum Atmen benötigt, und ein am Geschichtlichen orientiertes Selbstverständnis liegt jeder Weltanschauung zugrunde. Ohne Zeitperspektive und historische Dimension vermag keine Gegenwart zu bestehen, zumindest nicht in sinnvoller und an menschlicher Humanität zu messender Art und Weise. Sich an der Geschichte orientierende Ideale spielten immer eine wichtige Rolle, gleich ob positiven oder negativen Inhalts, gleich ob als Forderung an den politischen Gegner zu dessen „Vergangenheitsbewältigung“ oder als „Vergangenheitsverklärung“ hinsichtlich des eigenen Wirkens. Unverkennbar lässt sich jede Rückschau auf die Geschichte von Interessen und politischer Gesinnung leiten. Somit sind weder der streitbare Umgang mit der Geschichte noch das Politische daran zu kritisieren – bedenklich und bekämpfenswert erscheinen allerdings jene tendenziösen, in nachvollziehbarem Machtinteresse erfolgenden Abweichungen von solcher Normalität, die nun einmal leider auch zu geschichtlicher Realität gehören. Ein in diesem Sinne „unnormaler“ zu benennender Zustand ergibt sich vor allem dann, wenn Geschichte als zweckgebundener Steinbruch genutzt, aus ihm lediglich Geröll von einseitigem politischem Gebrauchswert herausgeklaut wird, wenn die Geschichte schlicht bemüht werden soll, bestehende oder erstrebte Verhältnisse, ideologische Voreingenommenheiten und parteitaktische Grabenkämpfe zu sanktionieren.

Es darf, nein: es muss vermutet werden, dass Angehörige der Historiker-Zunft eine ganz besondere Species unter den der Politik eng verbundenen Wissenschaftlern darstellen. Denn häufig gerät ihre Politikverbundenheit allzu eng, ja sie mutiert sogar zu wissenschaftsfremder und wissenschaftsfeindlicher Politikgebundenheit. Gegen letztere geistreichelte bereits Schopenhauer zur Mitte des vorigen Jahrhunderts, die Muse Klio sei mit der Lüge so durchsetzt wie eine Hure mit der Syphilis. Trügt die Hoffnung, seitdem habe sich viel geändert? Oder lassen sich heutzutage gar noch weitaus schlimmere Krankheiten ins Spiel solcher Bilder und Analogien bringen? Jedenfalls ist allzu oft eine ausschließlich zweckorientierte geschichtspolitische Er- und Verarbeitung von Vergangenheit anzutreffen, bei der jede ernsthaft zu betreibende Geschichtswissenschaft auf der Strecke bleibt und total politisch dominierten Zweck-Mittel-Relationen untergeordnet wird.

Wer das „Schwarzbuch des Kommunismus“¹, insbesondere das Vorwort des französischen Herausgebers Stéphane Courtois sowie die der deutschen Ausgabe hinzugefügten Kapitel von Joachim Gauck und Erhard Neubert unvoreingenommen liest und nicht durch eine – für manche unentbehrlich scheinende – antikomunistische Brille betrachtet, der wird verwundert oder empört – je nach eigenem Temperament – wesentliche Prinzipien von Wissenschaftlichkeit vermissen. Natürlich machen die dargestellten Verbrechen betroffen machen. Niemand darf sie beschweigen oder gar rechtfertigen wollen. Gerade unter Linken sollte Nachdenklichkeit angesagt sein. Zahllose Fragen an die Geschichte kommunistischer Parteien bzw. sich des kommunistischen Namens bedienender Regimes sind zu stellen und zu beantworten. Dennoch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass diese verallgemeinernden Texte des „Schwarzbuches“ weniger die zweifellos problematische Geschichte stalinistischer Verbrechen erhellen sollen, sondern einseitig politischen Zwecken untergeordnet worden sind.

Insbesondere nach den Intentionen von Courtois und Neubert hat der Leser im „Kommunismus“ – was auch immer darunter zu verstehen ist, ganz zu schweigen von der Notwendigkeit, zwischen ihm und dem Stalinismus zu unterscheiden – die schlimmste, unmenschlichste und verbrecherischste Herrschaftsform aller Zeiten zu sehen. „Das zynische Mordverlangen ist die Vernunft des Kommunismus“ – verkündet Neubert und bezeichnet alle kommunistischen Revolutionen als „eine Metapher zur Veredelung von Verbrechen“ (S. 843). Die kommunistische Idee sei tödlich und im Vergleich

¹ Stéphane Courtois, Nicolas Werth u. a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. Mit dem Kapitel „Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR“ von Joachim Gauck und Erhard Neubert. Piper Verlag, München 1998, 988 S. (Die Seitenangaben im Text beziehen sich auf diese Ausgabe)

mit ihr habe die der Nazis nichts anderes dargestellt als „Kinderbuchphantasien von Kleinbürgern“ (S. 834) Im Zeichen der wiederbelebten und nun mehr auf kausale Zusammenhänge orientierenden Totalitarismustheorie erklären sie einerseits den Kommunismus zum eigentlichen totalitären System des 20. Jahrhunderts und relativieren andererseits den Faschismus (und damit also eine der Ausburten der bürgerlichen Gesellschaft, der möglichen Folgen ihres Dranges nach Maximalprofit und Expansion, einen ihrer Versuche, immanente ökonomische oder/und politische Krisen mit terroristischen Mitteln und chauvinistischer Ideologie bewältigen zu wollen, einen Ausdruck von Bemühungen, effektivste Kapitalverwertungsbedingungen zu schaffen, selbst wenn dies nur durch eine Aufhebung der ursprünglichen aufklärerisch-humanistischen Anliegen des Bürgertums und aller von der Arbeiterbewegung durchgesetzten Beschränkungen seiner Macht erreicht werden kann).

Mehr oder weniger deutlich formulieren die Autoren, alle anderen in der Geschichte begangenen Verbrechen, vor allem die der Faschisten seien vergleichsweise harmlos. Zu diesem Zweck wird vor allem „aufgerechnet“, auf Teufel komm’ raus, und das weder mit Taschenrechnern (Wippermann) noch mit Holzperlenrechenmaschinen (Gauck).² Frei nach dem Aschenputtel-Motto „die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen“ wird die Zahl der Opfer des Kommunismus hochgerechnet, die der Opfer des Faschismus vermindert. Es ist schon erstaunlich, was und wie da addiert oder subtrahiert wird, ohne überhaupt nach qualitativen Unterschieden der ausgewählten Zahlen zu fragen; der Zweck heiligt eben die unterschiedlichen Rechenoperationen ...³

Dies zu kritisieren trifft indessen kaum den Kern der Dinge. Entscheidender ist wohl, auf die zugleich stattfindende Vereinseitigung und Simplifizierung der Geschichte zu verweisen. Allgemeine kausale Zusammenhänge, unmittelbare Wechselwirkungen und direkte Folgeerscheinungen werden nicht unterschieden. Gerät die Reduzierung der Geschichte des Kommunismus auf eine bloße Verbrechensgeschichte schon wahrheitswidrig, so muss das Bild erst recht schief sein, wenn kausale Zusammenhänge ausgeblendet, Ursachen konstruiert oder eine Reihe von Entwicklungslinien unzulässig übersehen oder gezogen werden. Alles wird lediglich auf die „Utopie“ einer besseren Gesellschaft angelastet sowie auf den „Visionär“ Karl Marx zurückgeführt. Hier seien die „Quellen des großen Hasses“ und des Terrors zu suchen.⁴ Von den Kriegen als dem barbarischsten Ausdruck des Terrorismus in der menschlichen Gesellschaft wird nicht geredet. Kennt nicht aber die Geschichte mehr als 5000 Kriege, in denen sich bekanntlich die Menschheit – rein zahlenmäßig – bereits einmal ausgerottet hat? Waren diese eine Erfindung von Weltverbesserern? Selbst wer den Zweiten Weltkrieg auf Stalins Konto schreiben und die faschistische These vom Präventivkrieg⁵ wiederbeleben möchte, wird doch den Krieg von 1914/18 nicht den Kommunisten anlasten können, es sei denn, auch dieser würde aus den Ideen der französischen Revolution oder aus den Theorien des Marxismus abgeleitet. Mit ernsthaft betriebener Wissenschaft hat dies allerdings nichts, aber auch gar nichts zu tun.

Es darf daher auch kaum verwundern, dass Courtois und erst recht die Schreiber des Kapitels „Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR“ den Antifaschismus lediglich als kommunistisch-verordnet und als „Mythos“ bezeichnen. Mit Recht hat Rudolf Walther dem Herausgeber des „Schwarzbuches“ vorgeworfen, er spreche allen Formen von Antifaschismus jegliche Bedeutung ab, außer der einen – das Verbrechen des Kommunismus zu verschleiern.⁶ Politisch bedingte Abscheu und unverständliche Furcht vor dem Antifaschismus bewegt offensichtlich auch das SPD-Mitglied Heinrich

² Siehe Karlen Vesper: „Nehmen Sie ruhig einen mehr mit“. Polizei griff ein bei Diskussion um das „Schwarzbuch des Kommunismus“ in Berlin. In: Neues Deutschland, 18.6.1998, S. 3.

³ Wie beliebig auch in der Debatte um das „Schwarzbuch“ mit den Zahlen umgegangen wird, ist einem Artikel von Manfred Henningsen zu entnehmen. Für ihn geht es weder um die 25 Millionen Opfer des Nationalsozialismus noch um die 85 Millionen Opfer des Kommunismus, sondern – beleglos – um „annähernd 170 Millionen ... Opfer rechter und linker Terrorregime“ im 20. Jahrhundert. Das Jahrhundert der Demozide. Ist der Holocaust wirklich unvergleichbar? In: Die Zeit, Nr. 24 v. 4.6.1998, S. 39.

⁴ Siehe z. B. Albert C. Sellner: Karl Marx, der Visionär und Rassist. Zum „Schwarzbuch des Kommunismus – ein Essay über die Quellen des großen Hasses“. In: Die Zeit, Nr. 23 v. 28.5.1998, S. 4.

⁵ Zur Auseinandersetzung mit ihr siehe neuerdings Gerd R. Ueberschär/Lev A. Bezymenski (Hrsg.): Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941. Die Kontroverse um die Präventivkriegsthese, Darmstadt 1998.

⁶ Rudolf Walther: Nolte läßt grüßen. In: Die Zeit, 21.11.1997, S. 18.

August Winkler, der das „Schwarzbuch“ mit dem Argument verteidigt, die „totalitäre Linke“ habe sich diskreditiert, seit es sie gebe. Nach seiner Auffassung dient der Antifaschismus und damit jede „Beschwörung des Mythos von der Einheit der Linken“ durchsichtigen Zwecken. Und wer von Gemeinsamkeiten aller Linken spreche, der – so lautet sein Vorwurf – weiche vor der „unangenehmen Frage ... (aus), in welchem Maß die totalitäre Linke für die Katastrophen des zwanzigsten Jahrhunderts, darunter auch die deutsche Katastrophe der Jahre 1933 bis 1945, mitverantwortlich ist.“⁷

Einseitiger geht es kaum noch, eindeutig ist allein, dass die Anti-Antifaschismus-Keule mit dem Ziel geschwungen wird, jegliche Veränderung kapitaldominierter Verhältnisse bereits im Ansatz und präventiv ersticken zu können.

Zum Inhalt des „Schwarzbuches“, seines Vorwortes und der deutschen Ergänzung muss hier nicht noch einmal argumentiert werden. Den sachlichen, zudem mit triftig Begründungen verbundenen Einschätzungen von Lothar Baier, Klaus Gietinger, Kurt Pätzold, Rudolf Walther, Wolfgang Wippermann u. a. m. ist kaum etwas hinzuzufügen.⁸ Dagegen bedarf es eines Erklärungsversuches, weshalb mancher Historiker, der sich eigentlich geschichtlicher Wahrheit und wissenschaftlichen Methoden verpflichtet fühlen müßte, geneigt und bereit ist, dem jeweiligen politischen Zeitgeist zu frönen. Historiker dieses Typs wurden darob zwar bereits vielfach gescholten, doch scheint die Angst vor der Syphilis – um im Bilde Schopenhauers zu bleiben – kaum abgeschreckt zu haben. Es überrascht daher nicht, dass gegenwärtig die ohnehin recht lange Leporello-Liste übermäßig politisierender, wissenschaftsvergessener Geschichtsbetrachter erneut verlängert und erweitert werden muß. Wieder einmal geht es generell um jenes vielgestaltige und zweifellos schwierig zu beherrschende Beziehungsgeflecht von Politik und Geschichtsschreibung.

Dieses erfuhr in unserem Jahrhundert und insbesondere seit dem Ersten Weltkrieg und den gesellschaftlichen Umbrüchen an seinem Ende gravierende Veränderungen. Neben die Zunft der professionellen Historiker trat damals einerseits eine große Schar historisierender Politiker und Militärs, zudem fanden politische Interessen und machbezogene Ambitionen immer mehr Eingang in die Wissenschaft. Zudem glaubten viele Politiker, in ihrem Ringen um die Festigung der durch Krieg und Revolutionen erschütterten kapitalistischen Gesellschaft weniger ohne die Wissenschaft auskommen zu können, wie sich z. B. 1919 in der Entstehung eines „Wissenschaftlichen Beirates“ der konservativen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) unter der Leitung von Ulrich Kahrstedt zeigte, eines Mannes also, der in seiner berüchtigten „Irredenta-„Denkschrift vom Juni 1919 geschrieben hatte: „Wir müssen eine Hochflut von 10-Pfennig-Heften bekommen, mit bunten Titelbildern, in denen nichts geschieht, als die Verfolgung einer ideal guten Bürgerfamilie, die Brotlosmachung eines biedereren und treuen Handwerkers oder Arbeiters, als die Schändung lieblicher deutscher Mädchen durch Neger und Polen.“⁹ Damit war eine der vielen merkwürdigen Techniken des politischen Zwecken dienenden Umgangs mit der Geschichte benannt. Und sie fand in der folgenden Zeit

⁷ Heinrich August Winkler: Schlagt nach bei Marx. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.6.1998, S. 43.

⁸ Die weitere inhaltliche Kritik wird sich vor allem auf die vielen sachlichen Fehler und Fehlstellen im Kapitel „Warum“ von Courtois zu beziehen haben. Hier sei lediglich erwähnt, daß Ludendorff keineswegs bereits den Ersten Weltkrieg als einen „totalen Krieg“ bezeichnet hat (S. 801), im Gegenteil, er führte die deutsche Niederlage darauf zurück, daß das Reich den Krieg nicht „total“ geführt habe. Dieses Beispiel belegt, wie wenig der Krieg von 1914/18 berücksichtigt wird, wenn es gilt, die von ihm ausgehenden Prozesse einer Barbarisierung und Militarisierung der Zivilgesellschaft zu erklären. Stattdessen bietet Courtois lediglich als Erklärungsmuster an, in den sozialen Revolutionen Westeuropas herrsche stets latente Gewalt und in Rußland gebe es seit vielen Jahrhunderten eine besondere Tradition der Gewalt. Zu letzterem paßt, daß von „Iwan, dem Schrecklichen“ gesprochen und nicht die richtige Übersetzung seines Beinamens gewählt wird (S. 799). In seinen Überlegungen zur russischen Geschichte nähert sich Courtois mitunter dem Bild, das die NSDAP über Rußland und die Russen verbreitet hat. Siehe dazu auch Manfred Weißbecker: „Wenn hier Deutsche wohnten ...“ Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP. In: Das Rußlandbild im Dritten Reich. Hrsg. von Hans-Erich Volkmann. Köln, Weimar, Wien, 2. Auflage 1995, S. 9-54.

⁹ Zit. nach Wolfgang Ruge: Deutschnationale Volkspartei. In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke u. a., Bd. 2, Leipzig 1984, S. 522.

eifrige Nachahmer; je nach Belieben waren es dann die Juden, die „slawischen Untermenschen“ oder gemeinhin die „Ausländer“ ...

Auch für ein weiteres Strickmuster zweckorientierter Geschichtspolitik gaben bürgerliche Politiker bereits damals das Stichwort: Die liberale Deutsche Demokratische Partei bedauerte Ende 1918 zwar aufs tiefste die „parteiliche Ausnutzung der Vorgänge“¹⁰ – gemeint war die Debatte um die Niederlage im Ersten Weltkrieges und um die Novemberrevolution und erhob den Vorwurf der „Geschichtsklitterung“¹¹, jedoch formulierte sie – gegen eine konkrete Aussage konservativer Kräfte über die Ursachen der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg gerichtet – ein allgemeines Prinzip: „Diese Behauptung ist natürlich das Gegenteil der objektiven Wahrheit. Es wird aber doch notwendig sein, daß von Seite der Regierung einwandfrei festgestellt wird, welche Ereignisse und Vorgänge zu unserem politischen und militärischen Zusammenbruch geführt haben.“¹² Der darin zum Vorschein gelangende Grundsatz besagt schlicht und einfach: Der Gegner hat auf jeden Fall unrecht! Wahr ist, was wir sagen, selbst wenn es erst noch zu beweisen ist. Ferner wurde damals auch direkt dazu aufgefordert, geschichtswissenschaftliche Werke in „politische Kleinmünze“ umzuprägen.¹³ Heute geht es um wesentlich höhere Beträge, doch nach wie vor wird die Geschichte je nach Bedarf und Möglichkeit als Steinbruch genutzt. Nimmt man die Forderung von 1919 wörtlich, gerät zwangsläufig auch so etwas wie eine Finanzierungsanstalt für kleingeistig geratende Tagesgeschäfte der Politik in den Blick. Angesichts der seitdem feststellbaren und heute noch andauernden Entfaltung von „Umprägung“-Bemühungen lässt sich also generalisierend von einer Tendenz zum „Versilbern“ des Kapitals der Wissenschaft sprechen. Aber es muß umgekehrt ebenso nach der Verführbarkeit von Wissenschaft und Wissenschaftlern durch Silberlinge aus Kassen der Politiker gefragt werden.

Allerdings war (und ist!) insbesondere die Versuchung für den politisch interessierten und um politisches Engagement bemühten Zeithistoriker groß, seinen Beruf zu verfehlen. Allzuleicht wird es ihm gemacht, einem „Lumpensammler“ gleich die jüngste Vergangenheit zu durchstreifen, halbe Wahrheiten für ganze auszugeben, Legenden Vorschub zu leisten und einer – von Lucien Febvre beklagten – „Vergottung der Gegenwart mit Hilfe der Vergangenheit“ zu dienen.¹⁴ Die in dieser Hinsicht unzulänglichen Denkstrukturen erwachsen zwar primär aus der Sache selbst, d. h. aus der zweifellos komplizierten Geschichte und den ebenfalls sehr diffizilen Strukturen jedes historischen Denkens, doch das Bild bliebe unvollständig, würde nicht auch auf jene Quellen verwiesen, die in der mit der Geschichte geschäftstüchtig handelnden Historiker-Zunft liegen: Jeweilige politisch-weltanschauliche oder gar parteigebundene Positionen, Karrierestreben und Existenzsorgen, tatsächliche oder vermeintliche Lernprozesse, aber auch Charakterschwächen, anpasserische Verhaltensweisen und heuchlerisch dargebotene „unpolitische“ Selbstdarstellungen spielen bei so manchem Geschichtsschreiber keine geringe Rolle. Solche Faktoren lassen Historiker immer wieder über eine halbwegs „normale“ und erklärliche Politikverbundenheit hinausgehen. In der Regel überlagern dann – strikt politikgebunden und mehr oder weniger absichtsvoll – tatsächliche oder auch nur vermeintliche Schreckensbilder aus vorausgegangenen Zeiten die Schreckensbilder der Gegenwart. Von solchem Mißbrauch der Geschichte ist auch zu reden, wenn bestimmte Seiten der Vergangenheit regelrecht umgangen werden, nur weil sie nicht in das jeweilige Politikkonzept passen wollen. Das Konstrukt gleicht dann eher einem babylonischen Turm an Belastungen für die jeweiligen politischen Konkurrenten als einem wahrheitsgemäßen Bild. Auf solcher Grundlage erwächst ein letztlich Dummheit, Halbbildung und Arroganz geschuldetes Mißverstehen von Geschichte, dessen Konsequenzen sowohl der Geschichtswissenschaft als auch dem öffentlichen Geschichtsverständnis schaden und jegliche Kultur des historischen Streites verhindern.

¹⁰ Deutsche Demokratische Korrespondenz, 22.11.1918

¹¹ Ebenda, 15.2.1919. Der Vorwurf richtete sich an die „Kreuz-Zeitung“, die geschrieben hatte: „Hätten die Naumann, Scheidemann, Erzberger eine klare Vorstellung davon gehabt, was unser nach der Niederlage wartete, so hätten sie sich doch vielleicht vor einer Politik gehütet, die uns schließlich unseren Feinden ausliefern mußte.“

¹² Deutsche Demokratische Korrespondenz, 15.2.1919

¹³ Deutsche Demokratische Korrespondenz, 8.3.1919

¹⁴ Lucien Febvre: Das Gewissen des Historikers, Frankfurt a. M. 1990, S. 13 f.

Zweckorientierte Geschichtspolitik führte und führt stets zu Simplifikation und Schematisierung, zu dogmatisierender Enge und Realitätsverlust, niemals zu einer wirklichen „Bewältigung“ der Vergangenheit. Sie hilft, Machtfragen über den Sachfragen dominieren zu lassen. Eine Alternative dazu, die in einer freimütigen Auseinandersetzung und einer wirklichen, an der geschichtlichen Wahrheit orientierten Aufarbeitung bestehen könnte, blieb bislang reine Theorie. Wo sie nicht einmal angestrebt wird, verbreitet sich der Fanatismus von Wiederholungstätern, die kaum anderes im Sinn haben, als alte Schlachten noch einmal zu schlagen, als im Siegesrausch frühere Niederlagen oder uneinsichtig eigene Fehler vergessen zu machen. Und so verwundert wenig, daß auch heute noch kein Weg gefunden worden ist, dessen Beschreiten aus der Misere verlorener Fortschrittsperspektive¹⁵, geistiger Orientierungslosigkeit, politisch-konzeptioneller Hilflosigkeit und allgemeiner Politikverdrossenheit herausführen würde.

Es sei an dieser Stelle noch ein weiterer Rückgriff in die Geschichte wahrheitsverdrehender Geschichtspolitik erlaubt: Bekanntlich verschleierte die NSDAP ihren eigenen Terrorismus stets mit der Erklärung, man könne nur so und nicht anders dem „roten Terror“ begegnen. Dabei kann der Historiker Beispiel auf Beispiel häufen und belegen, daß das, worauf angeblich reagiert worden ist, keineswegs so radikal war, wie es dargestellt worden ist. Gerade der behauptete „rote Terror“ glich einem Popanz, einem den Linken angedichteten Ruf. Die überlieferten Zahlen beweisen, daß es sich um eine offensichtliche und bewußte Irreführung handelt, wenn die NSDAP ihren Terror mit der Notwendigkeit einer Abwehr des „roten Terrors – angeblich ausgeübt von den deutschen „Novemberverbrechern“ – begründet. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache: Die Revolution von 1918/19 vollzog sich zunächst außerordentlich gewaltarm und zählt zu den unblutigsten Revolutionen der Geschichte. Am 3. November 1918 starben acht Demonstranten, als ein Marineoffizier in Kiel auf sie schießen ließ; am 9. des gleichen Monats wurde in Berlin ein junger Kommunist vor der Maikäfer-Kaserne erschossen. Was das „roter Terror“? Blut begann in größerem Maße zu fließen, als am 7. Dezember 1918 ein erster Putschversuch gegen die Revolution stattfand und als die berüchtigten Plakate gegen die spartakusgruppe auftauchten: „Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht! Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben!“ Als konterrevolutionäre Truppen den sogenannten Weihnachtsputsch gegen die Volksmarinedivision organisierten und dies diese im Marstall verteidigte, gab es 67 Tote.

Darunter befanden sich 11 Matrosen und 56 Angehörige der gegen sie eingesetzten Truppen. Beide Putschaktionen bildeten ein Fanal für die nunmehr beginnenden und sich rasch verstärkenden bewaffneten Auseinandersetzungen. In ihrem Verlauf sind bis zum Mai 1919 Tausende von Arbeitern brutal ermordet worden, die meisten in Berlin nach dem Generalstreik von Anfang März und in Bayern nach der Münchener Räterepublik vom Ende April. Das Schreckgespenst des „roten Terrors“ – von der NSDAP immer und immer wieder beschworen – war in dieser Zeit wie auch danach weitgehend eine Erfindung derjenigen, die selbst kein anderes Mittel als das des Terrors kannten, um ihre Ziele – sowohl real als auch präventiv – gegen die junge Weimarer Republik durchzusetzen. Die in diesem Zusammenhang häufig zitierten Lichtenberger Beamtenmorde stellten sich schon damals als ein Schwindel heraus. Die Presse berichtete von 60 bis 150 Ermordeten. Tatsächlich waren zwei Kriminalbeamte ums Leben gekommen; einer in den bewaffneten Auseinandersetzungen, und über die Todesart des anderen konnte offiziell nichts festgestellt werden. Die Aburteilung von sieben Mitgliedern der Thule-Gesellschaft und weiterer drei Personen (bei denen Waffen und gefälschte Stempel von Institutionen der Räterepublik gefunden worden waren und die sich als Spione gegen die Räterepublik betätigt hatten) durch ein in arger Bedrängnis handelndes Revolutionstribunal erfuhr in der bürgerlichen Presse und erst recht in der nationalsozialistischen Propaganda als „Geismord“ eine völlig unzulässige Überhöhung.¹⁶

¹⁵ Damit wird ein Gedanke aufgegriffen, den Hans Mommsen 1992 auf der Tagung „Historische Orientierung nach der Epochenwende oder: Die Herausforderung der Geschichtswissenschaft durch die Geschichte“ an der Evangelischen Akademie Loccum vortrug und der in der Forderung nach der Entfaltung einer „republikanischen Geschichtswissenschaft“ in Deutschland gipfelte.

¹⁶ Siehe dazu Manfred Weißbecker „... da ist ein guter Stahlhelm und die Faust das beste Mittel“. Zu einigen Wurzeln und Entwicklungstendenzen des Terrors der NSDAP in der Weimarer Republik. In: Sozialistische Demokra-

Der Historiker Karl Alexander von Müller, bekannt als erstes NSDAP-Mitglied unter deutschen Ordinarien und als wesentlicher Förderer Hitlers auf dessen Weg an dessen Macht, ließ sich 1935 über „Probleme des Zweiten Reiches im Lichte des Dritten“ aus: Sein doppeldeutiges Wortspiel besagte nicht nur, daß da, wo Licht sei, auch Schatten anzutreffen sein müsse. Es versteht sich, daß er die Weimarer Republik mit einer völlig beleglosen Selbstverständlichkeit diskreditierte, um das braune Regime besonders kräftig lobpreisen zu können. Zugleich – ein weiteres Strickmuster tritt augenscheinlich hervor – betrieb er eine radikale Vergrößerung der geschichtlichen Schattenseiten. Er bezog sich auch auf das Bismarcksche Reich und meinte, dieses sei „keine letzte Erfüllung“ gewesen.¹⁷ Insofern habe es untergehen müssen, seien Fragen auch nach dem „Zersetzenden und Lebensunfähigen“ zu stellen: „Seit 1918 drängten diese Fragen sich uns auf und wir versuchten darauf zu antworten: aus dem Gesichtswinkel des wechselnden Tages ... (und) wie einer, der Perspektiven messen soll, während die Erde unter ihm bebt. Erst jetzt, seit dem Aufbau des dritten Reiches, gewinnen wir wieder sicheren Grund unter den Füßen; feste Richtlinien, um ein Urteil zu begründen; jetzt allmählich beginnen die geschichtlichen Maßstäbe unserer Entwicklung im letzten Jahrhundert sich in ihrer ganzen Größe vor unseren Augen zu enthüllen.“¹⁸

Wie stark die NSDAP die Eroberung der Macht 1933 als eine brutale Abrechnung mit der Weimarer Republik betrieb, geht u. a. aus der Gestaltung ihrer „Nationalsozialistischen Monatshefte“ hervor. So verschob der Herausgeber das ursprünglich geplante thematische Heft für den Monat April bis zum Juli. Statt des Richard Wagner zugeordneten Themas lauteten im April das Thema „Novemberverbrecher“, im Mai „Die Rassenfrage und das neue Reich“ und im Juni „Die deutsche Revolution“, wobei sich in letzterem Heft Franz Lüdtke dem Thema „Aufbruch in das dritte Jahrtausend deutscher Geschichte“ zugewandt hatte. In der Einleitung zu ersterem heißt es: „Als unter dem Jubel der Glocken von Potsdam das Novembersystem wie ein Spuk versank, da wandte sich der Blick des deutschen Volkes in neu erwachter Zuversicht nach vorwärts. Vergessen und ausgelöscht erschien mit einem Schlag das halbe Menschenalter der Schmach, das unser Volk durchlebte und, wie so oft, kam an vielen Stellen die alte unkluge Gutmütigkeit des germanischen Menschen wieder zum Vorschein, der wohl zu zürnen vermag, aber nur zu schnell erlittene Unbill vergißt. Wir aber wollen nicht vergessen! Wir decken nicht den Mantel der Liebe über das, was in diesen fünfzehn Jahren geschah. Wir werden schonungslos auch die letzte Schandtat aufdecken, durch die unser Volk entwürdigt worden ist ... niemals gab es ein kleineres und kläglicheres Geschlecht von Verrätern als das von 1918. Wir wollen nicht vergessen.“¹⁹

Nebenbei: Dieses Saubermann-Strickmuster erinnert direkt in die jüngste Vergangenheit antisozialistischer und anti-antifaschistischer Geschichtspolitik. Als die DDR zusammenbrach und Deutschland sich „wiedervereinigte“, wurde ein umfassender Eliten-Austausch betrieben, der rund eine Million ehemaliger DDR-Bürger betraf und auch ihre professionellen Geschichtsschreiber der Lehrstühle beraubte. So manchem der übereifrigen „Abwickler“ floß Begründung auf Begründung aus der Feder: Die Geschichte sei unter Ulbricht und Honecker so schlimm wie noch nie instrumentalisiert und mißbraucht worden, in der DDR habe es keine wissenschaftlichen Leistungen gegeben. Wie gesagt, an „Argumenten“ fehlte es nicht, und vieles an ihnen war durchaus berechtigt²⁰, doch läßt sich der schale Beigeschmack des Heuchlerischen und der „Haltet-den-Dieb“-Methode nicht übertünchen.

Indessen bietet das „Schwarzbuch des Kommunismus“ keineswegs allein solche und ähnlich überwiegend moralisierende Angriffspunkte. Nein, zuvörderst ist das Werk wohl als immanenter Be-

tie, Rechtsstaatlichkeit, Persönlichkeit und staatsbürgerliche Mitgestaltung. wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena 1990, S. 93 ff. Gegen die These vom „Geiselmord“ wendet sich vehement auch Gilbhardt, Die Thule-Gesellschaft, S. 121 f.

¹⁷ Karl Alexander von Müller: Probleme des Zweiten Reiches im Lichte des Dritten, München 1935, S. 28.

¹⁸ Ebenda, S. 11.

¹⁹ Thilo von Trotha: Einleitung. In: Nationalsozialistische Monatshefte, H. 37, April 1933, S. 145.

²⁰ Siehe u. a. meinen Beitrag Wahrheit und Irrtum in den Faschismusforschungen der DDR. Historiographische und andere Reminiszenzen. In: Deutsche Studien. Vierteljahresschrift der Deutschen Ostakademie Lüneburg, 29. Jg., H. 116, Dezember 1992, S. 397-415.

standteil und nützliches Instrument des konservativen geschichtsrevisionistischen „Rückrufs in die Geschichte“²¹ zu betrachten, den gerade jene Geschichtsschreiber lautstark erschallen lassen und zum Markenzeichen des gegenwärtigen „Zeitgeistes“ erheben, die den Thesen und Schlußfolgerungen von Courtois u. a. m. zustimmen. Manche nehmen sogar leichtfertig in Kauf; wie mit seiner Hilfe neuerliche politische Braunfärbung betrieben wird. Die Abrechnung mit einer Seite der Vergangenheit gerät zur Erhebung ihrer anderen Seiten. Die „Nie-wieder-Kommunismus“-Pose impliziert die Akzeptanz eines Versinkens in der faschistischen Barbarei. So war es sicher kein Zufall, daß der studierte Pfarrer, der berufene Verwalter der MfS-Akten und historisierende Politiker Gauck einmal in erfreulicher Offenheit erklärte, Adenauer sei „politisch unglaublich klug“ gewesen, als er in den 50er Jahren „die Reintegration der Nazi-Eliten betrieb.“²² Wer dies liest, noch dazu in Zeiten eines enthemmten Wahlkampfes, wird jene blindwütigen Attacken von Hintze, Hauser und Co. gegen die „verstockten Roten“ weder als zufällige Ausrutscher in der Hitze der politischen Gefechte noch als Wahn-Produkte in die Defensive geratener Erzkonservativer abtun können. Insofern ist schon wieder lesenswert und merkwürdig (im Sinne von des Merkens würdig!), was da Herausgeber und die deutschen Komplettierer des „Schwarzbuches“ an Einblicken in die Machart ihrer Produkte bieten ...

Kalaschnikow. Das Magazin für Wissenschafts- und Gesellschaftskritik. Ausgabe 11, Heft 2/1998, S. 41-45.

²¹ So lautete der Titel des Buches von Karlheinz Weißmann (Rückruf in die Geschichte. Die deutsche Herausforderung. Alte Gefahren – neue Chancen, Berlin 1993), das allerdings nach lebhaften Protesten vom Verlag wieder zurückgezogen werden mußte. Zum konservativen Geschichtsrevisionismus siehe u. a. Die selbstbewußte Nation und ihr Geschichtsbild. Geschichtslegenden der Neuen Rechten. Faschismus/Holocaust/Wehrmacht“. Hrsg. von Johannes Klotz und Ulrich Schneider, Köln 1997; Geschichtsrevisionismus. Hrsg. von Johannes Klotz, Heilbronn 1998; Michael Schneider: „Volkspädagogik“ von rechts. Ernst Nolte, die Bemühungen um die „Historisierung“ des Nationalsozialismus und die „selbstbewußte Nation“. In: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XXXV, 1995, S. 532-581; Wider den Geschichtsrevisionismus (Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung, Bd. 25), Köln 1995.

²² Amnestie oder Die Politik der Erinnerung in der Demokratie. Hrsg. von Gary Smith und Avishai Margalit (edition suhrkamp 2016) Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1997, S. 230.

Das gescheiterte Parteikonzept und der Weg „linker“ Parteien ins 21. Jahrhundert¹

Vor mehr als drei Jahrzehnten entstand am damaligen Historischen Institut der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität ein Forschungszentrum, das sich mit der Geschichte der bürgerlichen Parteien befassen wollte. Der im Zentralkomitee der SED für Wissenschaft und Ideologie zuständige Sekretär hatte allerdings zuvor nachdrücklich gefragt, wozu dies denn nützlich sein sollte, ob es nichts mehr zur Geschichte der eigenen Partei zu forschen und zu publizieren gäbe. Unterliegen wir heute – so frage ich mich angesichts mancher Debatten, die z. B. im Augenblick anlässlich des 80. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution geführt werden – nicht erneut einer ähnlichen Blickverengung, wenn wir nahezu ausschließlich auf Defizite, Fehlentwicklungen und strukturelle Grundschwächen des Realsozialismus schauen, wenn uns jene Ursachen zu wenig interessieren, die gesellschafts- und systemübergreifenden Charakter tragen? Einige parteiengeschichtliche Überlegungen sollen verdeutlichen, wie aktuelle Fragen des deutschen Parteienwesens in historische Zusammenhänge einzuordnen sind.

Möglicherweise läßt sich unser „kurzes Jahrhundert“ nicht nur anhand dreier Weltkriege (Erster, Zweiter und Kalter Krieg) und der ihnen folgenden drei systemverändernden Entwicklungsschübe charakterisieren, sondern auch als ein Säkulum unterschiedlichster Parteien² und Parteitypen, von Ein-, Mehr- und Vielparteiensystemen sowie von vielgestaltigen Symbiosen staatlicher und partei-gebundener Machtapparate bezeichnen. In Deutschland gab es den Parteienstaat in seiner Weimarer Ausprägung, die folgenreiche diktatorisch-terroristische Herrschaft der faschistischen Organisationen, den staatssozialistischen Machtmißbrauch „führender“ Parteien; und gibt es die verheerende Okkupation des Staates durch machtmonopolisierende, sich selbst gleichsam verstaatlichende Großparteien. Erfreulich mutet allein die Tatsache an, daß es immer auch alternative Organisationsformen gab, paradox aber, daß auch diese stets parteibezogen waren und sind.

Neues ist kaum noch denkbar. Unabhängig davon, daß Schönredner gegenwärtiger Verhältnisse gern die Parteiendemokratie als Gipfelpunkt massenpartizipatorischer und emanzipatorischer Wirk-

¹ Gekürzte und geringfügig veränderte Fassung eines Beitrages, den der Verfasser auf der Konferenz „Die Revolutionen von 1917/1918 und das Ende des 20. Jahrhunderts“ des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. am 26./27. September 1997 gehalten hat und der in ihrem Tagungsprotokoll erscheinen wird.

² Selbst die Definition des Parteienbegriffs ist außerordentlich unterschiedlich geraten. So lautet die Begriffsbestimmung von Alemanns beispielsweise: „Parteien sind auf Dauer angelegte gesellschaftliche Organisationen, die Interessen ihrer Anhänger mobilisieren, artikulieren und bündeln und diese in politisch Macht umzusetzen suchen - durch die Übernahme von Ämtern in Parlamenten und Regierungen.“ (Ulrich von Alemann: Parteien.rororo special. Reinbek bei Hamburg 1995. S. 9). Etwas präziser stellte das Bundesverfassungsgericht heraus, „daß in der Demokratie von heute allein die Parteien die Möglichkeit haben, die Wähler zu politisch aktionsfähigen Gruppen zusammenzuschließen. Sie erscheinen geradezu als Sprachrohr, dessen sich das mündig gewordene Volk bedient, um sich artikuliert äußern und politische Entscheidungen fällen zu können.“ ... (Siehe Hanno Drechsel/Wolfgang Hilligen/Franz Neumann: Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik. Bd. 5. Baden-Baden 1980. S. 423). Demgegenüber heißt es bei Neumann: „Zusammenschluß von Bürgern aufgrund von gemeinsamen Interessen und gemeinsamen politischen Vorstellungen über die staatliche Ordnung. Ziel der politischen Parteien ist die Übernahme der Herrschaft im Staat, allein oder in Koalition mit anderen Parteien [...] In repräsentativen Demokratien besitzen die Parteien ein faktisches Monopol in der Kandidatenaufstellung zu Parlamentswahlen auf allen Ebenen, sie bestimmen über die Fraktionen die Regierungen und entsenden in viele Institutionen ihre Vertreter. Die Bedeutung der Parteien in modernen Staaten entspricht die Bezeichnung Parteienstaat und die Forderung nach innerparteilicher Demokratie als Voraussetzung der Demokratie im Staat.“ (Ebenda. S. 415 f.). Im Kleinen Politischen Lexikon, das 1978 in der DDR erschien, hieß es: „Politische Vereinigung, gebildet aus Repräsentanten einer sozialen Klasse, die deren Ziele programmatisch fixiert, ihre politischen Schritte ideologisch begründet und organisiert und um die Durchsetzung ihrer Interessen kämpft. In den kapitalistischen Staaten werden die beiden Grundklassen von zwei Grundtypen der politischen Partei repräsentiert: von der Partei der Bourgeoisie und von der revolutionären Partei der Arbeiterklasse.“ (Siehe Kleines Politisches Lexikon. Berlin 1978. S. 481). Und in „Meyers Neues Lexikon“ von 1964 wurde kurzschlüssig geschrieben: „Politische Organisation, die die Interessen einer bestimmten Klasse oder Klassenfraktion vertritt und deren Kampf leitet. In der Partei vereinigen sich die aktivsten Vertreter von Klasseninteressen.“ (Meyers Neues Lexikon. Bd. 6. Leipzig 1964. S. 417).

samkeit bezeichnen, liegt der Gedanke nahe, daß sich die durch bisherige Parteien repräsentierten Existenzformen gesellschaftlicher Organisiertheit erschöpft haben. Folgt man ihm, würde es sich lohnen, über die Verbesserung der Verhältnisse durch einzelne Parteien, aber auch über generelle Alternativen zum bestehenden Parteienwesen nachzudenken. Auf jeden Fall kann ich mir keine mit Aussicht auf Erfolg agierende sozialistische Partei vorstellen, die nicht auch die parteiengeschichtlichen und die parteientheoretischen Aspekte ihres Ringens reflektiert, die nicht ihren Platz im Parteienwesen zu bestimmen trachtet und die nicht selbst ihre Organisationsformen dem Interesse der Zukunft zuzuordnen bereit ist.

Die Revolutionen der Jahre 1917/1918 und ihre Ergebnisse, vor allem aber deren weitgehende Aufhebung acht Jahrzehnte danach machten und machen zwar das realsozialistische Parteikonzept – gekennzeichnet u. a. durch die Begriffe Avantgarde, demokratischer Zentralismus, Politbürokratismus – zum Gegenstand lebhafter Debatten, doch übergreifende parteiengeschichtliche Aspekte, auf die es ganz wesentlich ankommt, werden immer noch zu wenig beachtet. Es scheint niemanden zu stören, bei der Behandlung der Jahre 1917/1918 lediglich die neu entstandenen Parteien in den Blick zu nehmen oder – wie in einer Publikation des Marxistischen Forums der PDS jüngst geschehen – deren Scheitern einzig und allein auf die sogenannte „Verbürgerlichung“ proletarischer Parteien zurückzuführen.³ Von komplexem, dialektisch-kausalem Denken kann bei einer solchen bloßen Binnensicht wohl kaum die Rede sein.

Zu erinnern wäre daran, daß der Erste Weltkrieg und die Revolutionen an seinem Ende keineswegs allein die Formierung kommunistischer Parteien mit sich brachten, sondern ebenso einen enorm großen Einfluß auf alle damals bestehende Parteien sowie auf die weitere Entwicklung des gesamten Parteienwesens in Deutschland ausübten. Auf jeden Fall ist die Tatsache unübersehbar, daß seither die politischen Parteien endgültig zu einem konstitutiven Element jeder Herrschaftsausübung geworden sind, sich ihre Bedeutung generell erhöht hat. Parteien wurden und werden von allen Regimen benötigt, unabhängig von deren demokratischem, liberalem oder diktatorischem Zuschnitt. Parteien waren stets abhängig vom jeweiligen Herrschaftssystem, d. h. von jener Art und Weise der Machtausübung des Staates, die den Herrschenden gefiel und die Beherrschte sich gefallen ließen. Ihre im Verhältnis zum Staat größere Wendigkeit und Beweglichkeit machten sie zu einem dynamischen Bestandteil der sich ausweitenden Machtapparate. Zugleich aber ließen deren Anfälligkeit gegenüber allen Erschütterungen des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens sie selbst von einer Krise in die andere geraten.

Ein notwendiger Rückblick führt ins 19. Jahrhundert. In ihm formierten sich die politischen Parteien aus Vereinen, Zirkeln, Verbänden, Fraktionen usw. Ihr Anliegen bestand in der Vertretung und Durchsetzung von Interessen einzelner Teile der Gesellschaft; insofern beruhten ihre Existenzfähigkeit und ihre Machtorientierung vorrangig auf dem Konkurrenz- und Klientelprinzip der bürgerlichen Gesellschaft. Parallel zu ihren partiellen Anliegen erhoben sie allerdings und von Anfang an zugleich den hehren Anspruch, im Interesse der Allgemeinheit – des Staates, der Nation, des Volkes, des Gemeinwohls usw. – fungieren zu wollen, was weder einer sprachlichen noch jeder inhaltlichen Logik entsprach, wohl aber der Realität. Die jeweilige konkrete Erscheinungsform politischer Parteien ergab sich daher zwar primär, jedoch keineswegs allein aus den jeweiligen Klasseninteressen und -gegensätzen. Sie wurde von einer Vielzahl geschichtswirksamer Faktoren geprägt, von sozialökonomischen Interessen ebenso wie von politischen Kräfteverhältnissen, von nationalstaatlichen Rahmenbedingungen, von unterschiedlichen Traditionen des Parlamentarismus, von Führerpersönlichkeiten u. a. m.

Mit anderen Worten: Parteiegoistische Interessen überlappten sich mit parteienübergreifenden. Letztere richteten sich zunächst und durchaus emanzipatorisch gegen feudalaristokratische Verhältnisse und monarchische Herrschaftsformen, mehr und mehr jedoch auf die Verteidigung erreichter bürgerlicher Besitzstände gegenüber dem Proletariat und dessen Parteien. Gerade in dieser Hinsicht

³ Siehe Gerhard Branstner: Verbürgerlichung – das Verhängnis der sozialistischen Parteien. In: Marxistisches Forum. Berlin (1996) 4. S. 2.

unterlagen die Parteien 1917/1918 in Deutschland einem nachhaltigen Wandlungsprozeß, wahrscheinlich sogar dem umfassendsten, seit sie in Erscheinung getreten waren. Sie standen unter dem Druck in Bewegung geratener und sich politisierender Massen. Diese schufen – nahezu spontan und in unterschiedlichsten Formen – erstmalig Korrektive für die Parteien. Insbesondere die Arbeiterräte, die Soldatenräte, ansatzweise auch sogenannte Kulturräte und nicht zuletzt auch Parteien und parteiähnliche Organisationen, die das Konzept eines „dritten Weges“ verfolgten, wiesen über die Grenzen hinaus, die den Parteien – und hier nehme ich ebenfalls die Arbeiterparteien nicht aus – nun einmal in der kapitalistischen Gesellschaft gesetzt sind.

Das neue Zusammenspiel von fortschrittsorientierten Parteien und sozialen Bewegungen bot der Demokratie und dem Übergang in eine nichtkapitalistische bzw. in eine den Kapitalismus einschränkende Gesellschaft eine große Chance. Ihr begegneten die konservativen Kreise der deutschen Gesellschaft mit offenem Haß und neue Formen suchender extremistischer Politik, aber auch mit parteiorganisatorischen Konsequenzen. Zu letzterem gehörte nicht allein der weitgehende Zusammenschluß ihrer Parteien zur DNVP, wobei selbst die Deutsche Vaterlandspartei integriert wurde, sondern auch das Bestreben, anders als bisher und orientiert am Beispiel der erfolgreichen Sozialdemokratie einen Massenanhang an sich zu binden. Schließlich zeichneten vor allem sie verantwortlich für die Herausbildung des Rechtsextremismus in ihrem Um- und Vorfeld. Als Ziel schwebte ihnen eine bürgerliche Einheitspartei vor. Der eingeschlagene Weg sollte schließlich zur faschistischen Partei als einer bürgerlichen Partei „neuen Typs“ führen.

Es war der endgültige Verzicht der konservativen und bürgerlich-liberalen Parteien auf ihre früheren emanzipatorischen Grundlinien, der das Parteienwesen polarisierte und alle programmatischen Ideale, Werte, Utopien – beispielsweise die einer parlamentarischen Demokratie – dem reinen Ringen um politische Macht bzw. um deren Erhaltung unterordnen ließ. Noch weniger als bis dahin konnten sie sich über ihren Parteien-Egoismus erheben: *Machtfragen* dominierten über *Sachfragen*, taktische Erwägungen über gesellschaftliche Notwendigkeiten. Das Weimarer Vielparteiensystem verdeckt etwas die Tatsache, daß ein Ergebnis der rein machtpolitisch bedingten Polarisierungsprozesse in einer quantitativen Vervielfältigung des Parteienwesens bei gleichzeitiger Herausbildung sogenannter Großparteien bestand. Die bis dahin üblichen „Honoratiorenparteien“ bemühten sich, zu großen Mitgliederorganisationen zu werden, zu Massen- bzw. Massenintegrationsparteien. Mit der wachsenden sozialen Heterogenität von Mitglieder- und Wählerscharen der fälschlicherweise „Volksparteien“ genannten Großparteien entstand auch Neuartiges für ihre Konkurrenzsituation. Diese war – neben den bereits genannten Faktoren – noch stärker von Interessenüberlagerung und Gemeinschaftsdemagogie gekennzeichnet. Letztere erreichte ihre extreme Zuspitzung im faschistischen Axiom von der „Volksgemeinschaft der Deutschen“, wobei die NSDAP – trotz oder wegen ihrer barbarischen Intoleranz gegenüber allen Nicht-Deutschen, insbesondere gegen die Juden, Slawen, Sinti, Roma usw. – sogar zur mitgliederstärksten Partei in der deutschen Geschichte werden konnte. Auch später haben die Vorstellungen von einer bürgerlichen Einheitspartei eine große Rolle gespielt, denken wir nur an die parteipolitischen Absichten in den antifaschistischen Oppositionskreisen um Carl Goerdeler 1943/1944, an die Vereinigung katholischer und protestantischer Parteien zur konservativen CDU/CSU nach dem Zweiten Weltkrieg.

Manche der damaligen Wandlungen im deutschen Parteienwesen lassen sich einem spezifizierten Olympia-Motto zuordnen: „Immer mehr Mitglieder – immer breiterer Anhang – immer festere Organisation“. Gerade sie beschleunigten einen Prozeß, den wir bisher zu wenig berücksichtigt haben dürften: Die aus dem Wesen gesellschaftlicher Organisationen erwachsende Oligarchisierung in den Parteien und die Bürokratisierung sich ausweitender Parteiapparate. Seit den Untersuchungen von Robert Michels sind diese Prozesse bekannt. Bereits 1911 stellte er fest, daß die SPD, obwohl sie die Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben hatte, die innerparteiliche Entdemokratisierung nicht bekämpfen konnte und ihre Führung offensichtlich diese auch nicht einmal bekämpfen wollte. Er sprach von den Wirkungen eines „ehernen Gesetzes der Oligarchie“, das seine Ursachen in der Parteiorganisation, im bürokratischen Apparat habe: „Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie [...] Mit zunehmender Organisation ist die Demokratie im Schwinden begriffen.“ Ferner heißt

es bei ihm: „Die Macht der Führer wächst im gleichen Maßstab wie die Organisation.“ Und schließlich: „Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Arbeitgeber, der Delegierten über die Delegierenden.“⁴ Parteien sind also ganz offensichtlich in organisationsstruktureller Hinsicht einander ähnlicher, als es die Gegensätzlichkeit ihrer Interessen und Ziele vermuten läßt.

Wie dem auch sei, während des 20. Jahrhunderts erhöhte sich die Bedeutung der politischen Parteien Schritt für Schritt. Heute kann Herrschaft ohne sie nicht ausgeübt werden, doch stehen sie den Notwendigkeiten einer demokratischen Entwicklung der Gesellschaft äußerst hinderlich im Wege. Die etablierten Großparteien sind unfähig, das grundgesetzlich fixierte politische Mitwirkungsgebot der Gesellschaft mit Leben zu erfüllen. Grundsätze wie das Prinzip der Gewaltenteilung, der institutionellen Machtbalance und der Ermöglichung einer kritischen Öffentlichkeit sind durch einen nichtöffentlichen Machtgebrauch und offensichtlichen Machtmißbrauch außer Kraft gesetzt. Arroganz, Selbstbezogenheit und nicht zuletzt auch eine Selbstversorgungsmentalität haben aufklärerische Prinzipien, demokratische und liberale Normen längst über den Haufen geworfen.

Die Repräsentation der Gesellschaft durch Parteien ist einer parteipolitischen „Kolonialisierung“ der Öffentlichkeit gewichen.⁵ Skandale aller Art prägen das Erscheinungsbild insbesondere der Großparteien. Sie unterbreiten ein unzulängliches konzeptionelles Angebot und bevorzugen in personeller Hinsicht den Typ karrieristisch-anpassungsfähiger Berufspolitiker. All die Schamlosigkeiten der Parteienfinanzierung, die mangelhafte innerparteiliche Willensbildung und die verkrusteten Strukturen der Parteiapparate, die Bemühungen zur Ausschaltung unbequemer oppositioneller Parteien haben ein Übermaß erreicht. Ulrich von Alemann – der wohl bekannteste Kritiker des heutigen Parteienwesens und weiß Gott kein „Linker“ – sieht vor allem vier Strukturmängel: *erstens* die Bürgerferne und die Entmündigung des Volkes durch die Parteien, *zweitens* die begrenzte Problemlösungskompetenz der Parteien, *drittens* die Aushöhlung des Grundsatzes von der Gewaltenteilung und die Entwicklung von Parteien zu einer Monopolmacht, und *viertens* die Dominanz des Eigeninteresses sowie die wachsende Ausbeutung des Staates durch die Parteien.

So steht also am Ende des 20. Jahrhunderts, an dem wesentliche Revolutionsergebnisse von 1917/1918 aufgehoben worden sind, auch die Frage zur Debatte, was denn die Parteien des 21. Jahrhunderts sein werden und sein können. Werden sie sich reformieren lassen und zu wirklichen demokratischen Organisationen umgestalten können? Werden sie Parteiegoismen wenigstens im Hinblick auf jene immer globaleren Charakter annehmenden Bedürfnisse der Gesellschaft bewältigen helfen? Oder soll auch künftig die sich verselbständigende Großparteienmacht jede Menschlichkeit ersticken? Parteien haben Konflikte der Gesellschaft auszutragen, doch – so denke ich – sind sie im Augenblick völlig ungeeignet zu gewährleisten, daß dies zumindest in einem einigermaßen geregelten Nebeneinander, in globalen Fragen auch in solidarischem Füreinander geschieht. Selbstvergottung und Sündenabweisung, geschichtspolitische Selbstverklärung und Verteufelung des Konkurrenten nehmen eher zu als ab.⁶

Die Frage, ob es zur Gestaltung einer demokratischen Zukunft völlig neuer Organisationstypen bedarf, kann ein Historiker als „rückwärtsgewandter Prophet“ nicht beantworten. Wie künftige parteipolitische Entwicklungsprozesse gestaltet oder zumindest beeinflusst werden können, hängt allerdings auch vom exakten Wissen um die Geschichte der politischen Parteien und des Parteienwesens ab. Das gilt m. E. auch für „linke“ Parteien. Sie befinden sich in einer paradoxen Situation: Ihr Erfolg – er ist wohl nur als Ergebnis jeweiliger Profilausprägung *und* gemeinsamer Bemühungen denkbar – hängt wahrscheinlich auch davon ab, inwieweit sie bereit sind, eine „Partei von unten“

⁴ Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens (1911). Neu hrsg. von Werner Conze. 3. Aufl. Stuttgart 1969. S. 47 f.

⁵ Siehe Rolf Ebbighausen [u. a.): Die Kosten der Parteiendemokratie. Studien und Materialien zu einer Bilanz staatlicher Parteienfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1996. S. 446.

⁶ Nach wie vor gilt, was „Die Weltbühne“ vom 10. November 1925 satirisch so charakterisierte: „Herr, mach uns frei! / Reinige uns vom Verdacht und der Sünde. / Wir haben parteipolitische Gründe, / daß unsere Weste sauber sei.“ (siehe Roter Dolchstoßseufzer. In: Die Weltbühne. Berlin (1925) 45. S. 739).

und *für* die Gesellschaft zu sein, inwieweit ihre Führungen innerparteiliche Prozesse ständig auf hohem demokratischen Niveau zu halten in der Lage und zugleich fähig sind, sich zielgerichtet an Korrektiv-Potentialen aus Gesellschaft, Wissenschaft, Medien u. ä. m. zu orientieren. Diese sich zunutze zu machen heißt, sie zu wollen, sie zu fordern und zu befördern, auch dort, wo vermittelte Einsichten schmerzen, auch dann, wenn pragmatische Tagesprobleme sie zu überlagern drohen. Nicht zuletzt kann es darauf ankommen, daß „linke“ Parteien in Deutschland für eine Reform des Parteienwesens einzustehen haben, die alle Parteien dazu zwingt und sie in die Lage versetzt, ihre grundgesetzlich fixierten Aufgaben erfüllen zu können. Denn daß sie z. B. bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken sollen, ist gut und schön, doch wäre zu gewährleisten, daß dies in jeder Hinsicht ungehindert, wirkungsvoll und zu jeder Zeit – nicht allein alle vier oder fünf Jahre bei Wahlen – erfolgen kann ...

Die Russische Revolution 1917 und die Linke auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Kolloquium aus Anlaß des 80. Jahrestages der Russischen Revolution am 8. November 1997. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 1998, S. 41-48

.

Wie rechts war der „Rechtssozialismus“?

Seit etablierte Historiker und Publizisten der BRD mit der These in Erscheinung traten, der Faschismus-Begriff dürfe lediglich für Italien gelten und könne nicht auf Deutschland angewendet werden, ist leider auch unter Antifaschisten die notwendige Analyse solcher politischen Strömungen obsolet geworden, die sich der Idee des Sozialismus bedienten und selbst als „Nationalsozialismus“ oder „nationalen“ bzw. „deutschen Sozialismus“ bezeichneten.

Beeindruckt vom Erstarken der marxistischen Arbeiterbewegung und erschreckt von deren internationalistischen Positionen, bemühten sich seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zahlreiche Vertreter der deutschen Geistes- und Ideengeschichte um eine „Synthese“ zwischen Nation und Sozialismus. Ihren Anstrengungen widmet sich der vorliegende Band. Der Verfasser bietet ein breit gefächertes, materialreiches Bild vom buntscheckigen Ideenkonglomerat konservativer Denker in der zweiten Hälfte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dies macht das Buch lesenswert, auch in jenen Partien, die sich gegen den bisher gebräuchlichen Begriff der „konservativen Revolution“ richten, und die den Versuch Zitelmanns widerlegen, in „geschichtsrevisionistischer“ Manier selbst Hitler bestätigen zu wollen, er habe ernsthaft den Sozialismus angestrebt.

Den behandelten Ideologen und Publizisten ging es zwar um die Herstellung einer „Synthese“ von Nation und Sozialismus, jedoch bestand ihr Ziel in der Unterordnung sozialer Gerechtigkeitsideale und sozialistischer Werte unter deutschnational-konservative Interessen. Ihre Gegnerschaft zum Liberalismus gaben sie als Antikapitalismus aus. Sie versuchten, den Sozialismus für konservativ-deutschnationale Ziele zu instrumentalisieren und zu mißbrauchen. Der Intention des Verfassers kann gefolgt werden, daß die Publizisten des „nationalen Sozialismus“ durchaus eigenständig ihre Modelle aus der deutschen und preußischen Vergangenheit abgeleitet und keineswegs Hitlers NS-Staat als angestrebtes Modell vor Augen gehabt hätten. Wäre diese Aussage allerdings als Gegenüberstellung zur Ideologie und Politik der NSDAP gemeint, entspräche sie keineswegs der historischen Realität: Aus der Verantwortung, dem Faschismus den Weg bereitet und geebnet sowie seinen Erfolg ermöglicht zu haben, können die „rechtssozialistischen“ Denker nun einmal nichtentlassen werden. Ihr Betätigungsfeld war weder ein „Vorfeld“ noch ein „Inkubationsraum“ des Nationalsozialismus. Sie sind nach wie vor als wesentliche „Wegbereiter“ der hitlerfaschistischen Diktatur zu charakterisieren.

Christoph H. Werth: Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologie-diskussion zwischen 1918 und 1945. Mit einem Vorwort von Karl Dietrich Bracher. Westdeutscher Verlag, Opladen 1996, 388 S.

Antifa, Januar 1998, S. 26.

Warnender Blick von außen

„Die Nazis“ – eine BBC-Dokumentation

An den Sonntagabenden der letzten Wochen strahlte der Fernsehsender N 3 die sechs Teile der BBC-Serie „The Nazis – A Warning from History“ aus. Gleich ob man sie sich angeschaut hat oder nicht, es lohnt der Griff zu dem Buch zum Film. Laurence Rees hat es in Zusammenarbeit mit dem englischen Historiker Ian Kershaw verfaßt. Der erste Blick bleibt bereits am Umschlagbild hängen: Es zeigt einen kleinen Jungen in SA-Kluft, der ein Hakenkreuz-Fähnchen schwenkt und den rechten Arm zum Hitler-Gruß erhebt. Dieses Motiv erschien auch jeweils zu Beginn der einzelnen TV-Folgen – und löste sich dort in einer Blutlache auf. Filmische Umsetzung des Untertitels: „Eine Warnung der Geschichte“.

Produktiv mischen sich historische Darstellungen, interessantes Bildmaterial und Erkenntnisse aus Befragungen von rund 50 Augenzeugen. Trotz des knappen Buchumfangs liefern die sechs Kapitel ein in sich abgerundetes Bild vom geistigen Klima, in dem der Nazismus gedeihen und 1933 siegen konnte, von einzelnen Aspekten der Herrschaftsausübung und der Funktionsmechanismen des Nazi-regimes, von dessen Vorbereitung auf den Krieg, von den rassistisch-ethnischen Völkerdeportationen in Osteuropa während der ersten Kriegsjahre, von den einzelnen Schritten zur Vernichtung der europäischen Juden, vom erbarmungslosen Vernichtungskrieg deutscher „Herrenmenschen“ gegen die Russen. Das letzte Kapitel gilt dem „Ende mit Schrecken“. In ihm bemüht sich Rees zu erklären, weshalb sich die Deutschen nicht von ihrem Diktator befreien konnten, wie das 1943 den Italienern mit der Absetzung Mussolinis gelungen war. Die Darstellung beeindruckt, sie regt zum Nachdenken an und provoziert auch. Selbst für den, der sich seit langem mit dem Thema beschäftigt, enthält sie viel Neues. Bilder werden gezeigt, die so noch nicht zu sehen waren, Dokumente vorgestellt, die bislang unbekannt geblieben sind. Immer wieder konfrontiert der BBC-Dokumentarist den Leser mit individuellen Schicksalen der Opfer, aber auch mit den Denk- und Verhaltensweisen einzelner Täter. Es wird nicht der pädagogische Zeigefinger erhoben, es werden keine vorschnellen Wertungen gefordert, und es findet auch kein vorsätzliches Werben für ein konservativ instrumentalisierendes Verstehen-Sollen des Geschehenen statt, wie dies vergleichbaren TV-Serien, insbesondere aus der ZDF-Geschichtswerkstatt, oft eigen ist.

Es gehört wohl zu den bedrückendsten und beängstigendsten Momenten, das lesen zu müssen, was Mörder, Schreibtischtäter und Profiteure der Judenvernichtung wie z. B. Petras Zelionka, Dr. Fritz Arlt und Eugen Zielke – schrecklich und wichtig zugleich – zum Ausdruck brachten: Unbelehrbares, Rechtfertigendes, Verantwortungsloses. Rees verzichtet auf vordergründige Hinweise auf die Aktualität seines Themas, man spürt jedoch, wie ihn heutige Gefahren erregen.

Die inhaltlichen Aussagen von Buch und Film stimmen weitgehend überein. Allerdings kolportiert das Buch nicht die im zweiten Filmteil dargebotene abstruse Behauptung des amerikanischen Historikers Galletely, das NS-Regime habe die Deutschen nicht „von oben“ manipuliert, sondern es sei „von unten“ manipuliert worden. Wer immer diesen Satz aus dem Buchtext gestrichen hat, tat recht daran. Herrschaftsverhältnisse sind so nicht auf den Kopf zu stellen, allenfalls zu verschleiern. Sicher, es gab vor allem Mitte der 30er Jahre und dann noch einmal 1942/43 eine erschreckende Fülle von Denunziationen mißliebiger Nachbarn und Bekannter, was die Arbeit der Gestapo erleichterte. Doch ist die Wirkung des faschistischen Terrors und der tagtäglichen Propaganda nicht außer Betracht zu lassen, kann man sich nicht mit der Aussage begnügen, es habe doch im „Dritten Reich“ niemals eine gesetzliche Pflicht zur Denunziation bestanden. Die Schlußfolgerung, alle Unterstützung des Regimes durch die Massen sei völlig „freiwillig“ und aus eigenem Antrieb erfolgt, verkennet Wesen und gesellschaftliche Bedingtheit individuellen Verhaltens und auch des Fehlverhaltens in jener Zeit. Wer nicht gleichzeitig zeigen will, wie manipuliert worden ist, kann historisches Geschehen lediglich verzerrt darstellen.

Ein erheblicher Mangel des Buches und der TV-Serie beruht auf dem in ihnen vermittelten Bild von Chaos und Anarchie, die im Herrschaftsapparat in Nazideutschland dominiert hätten, so daß dieser eine „effiziente“ Leistung nicht habe erbringen können. Allzuviel Arbeitszeit sei in den Ministerien

und sonstigen Ämtern für Streitereien, Kompetenzgerangel und Parallelarbeiten aufgewendet worden, heißt es. Fast alles sei chaotisch gelaufen: der Terror in den ersten Jahren, die Funktionsmechanismen des Regimes, der Einmarsch in Polen und schließlich auch der Entscheidungsprozeß, der zum Mord an den europäischen Juden geführt hat. Zur Erklärung der Tatsache, daß es für zahlreiche Aktionen der Nazidiktatur keinen exakt ausgearbeiteten und alle Maßnahmen systematisch vorbereitenden Plan gegeben hat, hilft jedoch der Chaos-Begriff herzlich wenig. Wer sich vergegenwärtigt, welches Ausmaß die deutsche Kriegsführung allein in territorialer und zeitlicher Hinsicht erreicht hat, dem dürften Zweifel an der „Effizienz“ des Herrschaftsapparates kaum in den Sinn kommen. Offensichtlich lassen sich diese und andere Unzulänglichkeiten aus der an sich guten Absicht des Autors erklären, die in Deutschland noch immer verbreitete und auch von Historikern vertretene Legende zu widerlegen, die da besagt: Der Hitler war's und er nur allein, alle anderen sind lediglich seinen Befehlen gefolgt.

Der warnende Blick auf deutsche Geschichte von außen ist dankenswert. Indes: Es mag keinem Zufall geschuldet sein, daß die BBC-Dokumentation hierzulande lediglich in einem der dritten Programme lief. Erinnerungen an den peinlichen Umgang bundesdeutscher Medien mit dem amerikanischen „Holocaust“-Film in den 70ern werden wach ...

Laurence Rees: Die Nazis. Eine Warnung der Geschichte. Mit einem Vorwort von Ian Kershaw. Aus dem Englischen von Wolfram Ströle und Helmut Dierlamm, Diana Verlag, München und Zürich 1997, 296 S., 44,00 DM.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 3./4. Januar 1998, S. 15.

Unüberhörbare Warnungen

Im Gegensatz zur großen Schar deutscher Geschichtsschreiber, die den Faschismusbegriff allenfalls für das Italien Mussolinis gelten lassen möchten und seine verallgemeinernde Anwendung regelrecht verteufeln, geht Laqueur davon aus, daß es keinen besseren Begriff gibt, um antiaufklärerische Ideologie und Politik charakterisieren zu können. Diese würden auf dem Boden gesellschaftlicher und politischer Krisen wachsen. Sie seien in der Regel zugleich extrem nationalistisch, militaristisch und expansionistisch.

Vorrangig unter ideologie- und politikgeschichtlichen Aspekten behandelt Laqueur in den drei Teilen seines Buches den historischen Faschismus in Europa, insbesondere in Deutschland und Italien, den Neofaschismus (dem er kaum Zukunftschancen einräumt und den er nur als Ausdruck jugendlichen Strebens nach einer alternativen Lebensweise verstanden wissen will) sowie – abgegrenzt von letzterem – den Postfaschismus in Ländern der sogenannten Dritten Welt, Rußland und Osteuropa. Kenntnisreichtum und ein breiter Denkansatz erlauben ihm interessante Einblicke in Gemeinsamkeiten und Parallelen faschistischer Bewegungen. Dabei werden Unterschiede keineswegs verwischt.

Von besonderem Interesse dürften alle Überlegungen sein, die der Verfasser zum Klerikalfaschismus der Gegenwart anstellt. In ihm sieht er eine gefährliche Variante des neuen Faschismus. Sorgfältig spürt er Erscheinungen von Fanatismus und Fundamentalismus, Intoleranz und Aggressivität auch in anderen Religionen nach, im Islam und im Christentum ebenso wie im Judentum und im Hinduismus.

Auch wenn man manches vermißt (z. B. eine Bewertung der Rolle des Rassismus in der faschistischen Ideologie und Analysen faschistoider Gruppen in Amerika), nicht mit allen Thesen und erst recht nicht mit den verkrampft wirkenden Äußerungen zu den Positionen ihm mißliebiger Gegner des Faschismus einverstanden sein kann – das Buch hebt sich wohltuend ab von jenen konservativ-national gefärbten geschichtsrevisionistischen Bemühungen, die das geistige Leben gerade im heutigen Deutschland für Antifaschisten aller Art wenig erträglich machen ...

Walter Laqueur: Faschismus. Gestern – heute – morgen. Propyläen Verlag, Berlin 1997, DM 54,00.

antifa, Februar 1998, S. 26.

Von Balken und Splittern

Jene, die das politische System des gegenwärtigen Deutschlands lautstark als unübertrefflichen Gipfelpunkt von Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit usw. preisen, überschlagen sich heutzutage regelrecht, alle Erscheinungen rechtsextremen Denkens und Verhaltens in der Bundeswehr als „Einzelfälle“ und Ausnahmen zu bewerten. Abgesehen von der beträchtlichen Summe aller Fälle gilt meine Besorgtheit der Tatsache, daß sich auch in vielen anderen Bereichen der Gesellschaft Bemühungen feststellen lassen, die Berliner Republik Schritt für Schritt nach rechts zu drängen.

Eine akademische Variante solcher Versuche bot jüngst die Jenaer Friedrich-Schiller-Universität, als sie Mitte Dezember 1997 der Öffentlichkeit eine Serie von acht Bildern vorstellte. Die in Frankreich lebende Malerin Anke Doberauer hatte den Auftrag erhalten, die umfang- und traditionsreiche Sammlung der Rektorenbildnisse zu vervollständigen. Zu malen waren sieben Rektoren aus der Zeit nach 1945, hinzugefügt hat sie – wie offiziell verlautbart wurde: aus eigenem Antrieb – ein achttes Bild, gewidmet dem Nazirektor Karl Astel. Vor allem dieses Gemälde rief sofort Empörung und Protest hervor.

Immerhin: Astel war nicht irgendein beliebiger unter den NS-„Wissenschaftlern“ und unter den Rektoren im braunen Deutschland. Seine Antrittsrede an der Uni galt dem Thema „Rassendämmung und ihre Meisterung durch Geist und Tat als Schicksalsfrage der weißen Völker“ und war Alfred Rosenberg gewidmet. Sein Ziel bestand in der Umwandlung der Jenaer Hohen Schule zu einer rassenpolitischen SS-Musteruniversität.

Als Leiter des „Thüringen Landesamtes für Rassenwesen“ und Intimus des NSDAP-Gauleiters Fritz Sauckel gehörte er zu denjenigen, die (pseudo!)wissenschaftlichen und praktischen Vorlauf für Völkermord und Auslöschung „lebensunwerten“ Lebens schufen. Er gehörte zu den geistigen Wegbereitern und Urhebern von Vertreibung und Vernichtung „nichtarischer Deutscher“.

Astel mit einem Bildnis ehren zu wollen, bedeutet letztlich nichts anderes, als die Naziverbrechen zu relativieren und die nationalistische Ideologie des „deutschen Herrenmenschen“ zu verharmlosen. Da helfen auch keine Versuche der Ertappten, sich verbal gegen den Nationalsozialismus zu äußern, wenn auch nur so, daß gerade noch das Mindestmaß an *political correctness* erfüllt scheint.

Da hilft auch nicht, das Problematische zu einer Frage von Ästhetik und Kunstgeschichte zu erheben und als angeblich „wertfreien“ Beitrag zur Aufarbeitung der jüngsten Universitätsgeschichte zu deklarieren.

Geradezu ungeheuerlich gerieten Erklärungen anderer Verantwortlicher des Skandals: So mancher von rechtem Zeitgeist besessene Matador – ausgewiesen etwa durch die überaus freundliche Haltung zu den Burschenschaften, selbst wenn diese die dritte Strophe des Deutschlandliedes singen, ausgewiesen auch durch das Fehlen jeglicher Stellungnahmen zu den großen Krisenzeichen unserer Zeit – meinte, es dürfe nicht allein das Astel-Bild und seine Aufhängung kritisiert werden, Kritik müsse auch den Bildern jener DDR-Rektoren, die „Menschenrechte mißachtet“ und Informationen an das MfS geliefert hätten.

Doch es sollte noch schlimmer kommen: Angesichts der Proteste gegen das Astel-Bild setzten einige nicht allein den Nazirektor mit den letzten Rektoren aus DDR-Zeiten – allesamt renommierte und international anerkannte Wissenschaftler – auf eine Stufe, sondern hielten deren Porträts für weit bedenklicher. Angriff sei die beste Verteidigung, muß sich wohl der Konzilsvorsitzende gedacht haben; bevor er in seiner Rede überhaupt das erste Mal auf den Nazirektor zu sprechen kam, wagte er zu fordern, daß „jene Unfähigkeit zur Scham, die in den Protagonisten der PDS obszön vor der Öffentlichkeit posiert und deren rasende Suade die Splitter in den Augen aller Welt abgrast, um vom Balken im eigenen Auge abzulenken“, nun nicht „auch noch in unserer Universität triumphieren“ dürfe. Astel – der Splitter, die DDR-Rektoren – der Balken ...

Wer kann wohl daran zweifeln, daß so ein geistiges Klima geschaffen bzw. unterstützt wird, in dem die politischen Farbensymbole „rot“ und „grün“ ausschließlich negativ, andere dagegen – gleich ob

es sich um „schwarz“ oder um „gelb“ handelt – positiv erscheinen sollen. Je schrecklicher erstere dargestellt werden, desto mehr verringert sich die bisherige Distanz zu deren „braunen“ Gegnern von gestern und heute. So kommt es denn auch zu dem beleidigenden Versuch, die schlimmsten Schatten der deutschen Geschichte ausgerechnet bei denen aufspüren zu wollen, die diese mit Entschiedenheit zu bekämpfen versucht haben (obgleich – leider – nicht ohne eigenen Fehl und Tadel, was selbstverständlich – kein Antifaschist beschönigen darf!).

Bilder reden eben keineswegs lediglich von „ihrem Bildsein unter Bildern“, wie Gottfried Willems als Vorsitzender der Konzils der Friedrich-Schiller-Universität in seiner Eröffnungsrede zur Ausstellung behauptete, sie reden auch von ihren Produzenten, Auftraggebern und deren außerästhetischen Vorstellungen.

antifa, Februar 1998, S. 28.

Notwendiger „Rückruf in die Geschichte“

Ein Beitrag wider die geschichtspolitische Sündenabweisung und Selbstvergottung deutscher Parteien im 20. Jahrhundert¹

„Her, mach uns frei!

Reinige uns vom Verdacht und der Sünde.

Wir haben parteipolitische Gründe,

daß unsere Weste sauber sei.“²

Der geschichtsrevisionistische „Rückruf in die Geschichte“³, den konservative und in noch stärkerem Maße rechtsextreme Geschichtsschreiber lautstark erschallen lassen und zu einem Markenzeichen des gegenwärtigen „Zeitgeistes“ erheben durchaus in der Lage sind, bedarf einer eingehenden Analyse. Erste und hilfreiche Ergebnisse liegen vor, beispielsweise in den von Johannes Klotz herausgegebenen Büchern sowie in den Arbeiten von Ulrich Schneider, Michael Schneider u. a. m.⁴ Allerdings fehlen fast durchgängig Vergleiche mit geschichtspolitischen „Streit“-Aktionen und -Gegenständen aus früheren Zeiten. Allzu leicht bliebe die notwendige Auseinandersetzung mit dem Geschichtsrevisionismus unserer Tage unvollständig, würde lediglich vorn „Historikerstreit“ der Jahre 1986/87, von der Debatte um den 8. Mai 1945, von den Auseinandersetzungen um „Hitlers willige Vollstrecker“ oder von jenen um die Geschichte der DDR ausgegangen. Auch in früheren Perioden unseres Jahrhunderts prallten unterschiedliche Auffassungen über historische Ereignisse aufeinander. Geschichtsdiskurse fanden in großer Zahl statt, unter Fachleuten wie in der Öffentlichkeit zumeist mit Verve und beachtlicher Intensität geführt. Häufig führten sie zu einer Veränderung des Geschichtsbildes und der politischen Kultur. In der Regel gaben sie Auskunft über die Beschaffenheit jener Gegenwart, in der sie jeweils stattfanden. Immer und überall verbanden sie sich mit Versuchen, die Vergangenheit zugunsten der Gegenwart zu „bewältigen“.

Kritisch-streitbares Nachdenken über Vergangenes gehört ganz offensichtlich zur menschlichen Existenz. Auch die „historische“ Luft wird zum Atmen benötigt, und geschichtliches Selbstverständnis liegt jeder Weltanschauung zugrunde. Ohne Zeitperspektive und historische Dimension vermag keine Gegenwart zu bestehen, zumindest nicht in sinnvoller und an menschlicher Humanität zu messender Art und Weise. Sich an der Geschichte orientierende Ideale spielten immer eine wichtige Rolle, gleich ob positiven oder negativen Inhalts, gleich ob als Forderung an den politischen Gegner zu dessen „Vergangenheitsbewältigung“ oder als „Vergangenheitsverklärung“ hinsichtlich

¹ Der vorliegende Beitrag führt bereits veröffentlichte Überlegungen des Verfassers fort. Siehe Manfred Weißbecker: Zur „Geschichtspolitik“ deutscher Parteien in gesellschaftlichen Umbrüchen des 20. Jahrhunderts. In: Gesellschaftliche Umbrüche und politischer Umgang mit den Schatten der Vergangenheit im 20. Jahrhundert (Schriftenreihe des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V., H. 1), Jena 1994, S. 3-24; ders., Wahrheit und Irrtum in den Faschismusforschungen der DDR. Historiographische und andere Reminiszenzen. In: Deutsche Studien, H. 116/1992, S. 397-415; ders., Der Ort des 30. Januar 1933 – alte Schwierigkeiten und neue Hemmnisse im Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus (Schriftenreihe des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V., H. 4), Jena 1993, 27 S.; ders., Der Nürnberger Prozeß und die Verurteilung der Hauptkriegsverbrecher. In: Wie rechts ist der Zeitgeist? Aktuelle Analysen und Erfahrungen. Texte von der antifaschistischen Konferenz am 25/26. Oktober 1996. Mit einem Vorwort von Gregor Gysi. Berlin 1997. S. 122 ff.; ders., Das deutsche Parteienwesen nach den Revolutionen von 1917/18. Bemerkungen zu blickverengenden Debatten über ein gescheitertes Parteikonzept. In: Die Revolutionen von 1917/18 und das Ende des 20. Jahrhunderts (Schriftenreihe des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V., H. 30), Jena 1997, S. 125-131; ders., Sündenabweisung und Selbstvergottung. Über das Verhältnis der Parteien zur Geschichte. In: antifa, H. 11/1997, S. 17-20.

² Die Weltbühne, Nr. 45 v. 10.11.1925.

³ So lautete der Titel des Buches von Karlheinz Weißmann (Rückruf in die Geschichte. Die deutsche Herausforderung. Alte Gefahren – neue Chancen, Berlin 1993), das allerdings nach lebhaften Protesten vom Verlag wieder zurückgezogen werden mußte.

⁴ Siehe u.a. Die selbstbewußte Nation und ihr Geschichtsbild. Geschichtslegenden der Neuen Rechten. Faschismus/Holocaustwehrmacht“. Hrsg. von Johannes Klotz und Ulrich Schneider. Köln 1997: Geschichtsrevisionismus. Hrsg. von Johannes Klotz. Heilbronn 1998: Michael Schneider: „Volkspädagogik von rechts. Ernst Nolte, die Bemühungen um die Historisierung des Nationalsozialismus und die selbstbewußte Nation“. In: Archiv für Sozialgeschichte. Bd. XXXV. 1995, S. 532-581; Wider den Geschichtsrevisionismus Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung. Bd. 25, Köln 1995.

des eigenen Wirkens. Unverkennbar läßt sich jede Rückschau auf die Geschichte von Interessen und politischer Gesinnung leiten. Somit sind weder der streitbare Umgang mit der Geschichte noch das Politische daran zu kritisieren – bedenklich und bekämpfenswert erscheinen jedoch die tendenziösen, in nachvollziehbarem Machtinteresse erfolgenden Abweichungen von solcher Normalität, die nun einmal leider auch zu geschichtlicher Realität gehören. Ein „unnormaler“ Zustand ergibt sich vor allem dann, wenn Geschichte als zweckgebundener Steinbruch genutzt, aus ihm lediglich Geröll von einseitigem politischem Gebrauchswert herausgeklaut wird, wenn die Geschichte schlicht bemüht werden soll, bestehende oder erstrebte Verhältnisse, ideologische Voreingenommenheiten und parteitaktische Grabenkämpfe zu sanktionieren.

Der Blick auf die Geschichte öffentlicher Geschichtsdebatten läßt zahlreiche Interdependenzen zwischen dem jeweiligen „Streit“ und dem Wirken politischer Parteien erkennen, auch wenn ursächliche Zusammenhänge und die Rolle der Parteien nicht immer so deutlich zutage getreten sind wie in den Bemühungen um die sogenannte Aufarbeitung der DDR-Geschichte durch die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages oder in den Attacken von CSU-Politikern gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“.⁵ Dennoch lassen sich häufig Parallelen und Gemeinsamkeiten beobachten. Daraus ergibt sich nicht allein die Frage nach dem allgemeinen Zusammenhang von Geschichtswissenschaft und Politik, nach dessen Ursachen und Funktionsmechanismen, sondern ebenso die nach der Geschichtspolitik⁶ von Parteien, nach deren Erscheinungsformen und Entwicklungstendenzen sowie nach den Wirkungen und Grenzen parteipolitischer Bemühungen um die Geschichte. Erkennbar ist, daß stets eine „geschichtliche Kompetenz“ ins Feld geführt wurde, um Voraussetzungen für parteipolitische Angebote an Zukunftsperspektiven entwickeln zu können.⁷ Dabei bediente sich vor allem der ins Nationalistische oder Gesamtstaatliche gehobene Parteienegoismus schlimmer Geschichtsmythen, eines unwissenschaftlich-selektiven Umgangs mit der Geschichte sowie mehr oder weniger primitiver Verfälschung historischer Wahrheiten.

Konkurrenzmittel Vergangenheit

Das Verhältnis politischer Parteien zur Vergangenheit wurzelt in ihrer eigenen Geschichte: Sie entstanden im 19. Jahrhundert aus Vereinen, Zirkeln, Verbänden, Fraktionen usw. Ihr Anliegen bestand in der Vertretung und Durchsetzung von Interessen einzelner Teile der Gesellschaft: insofern beruhten ihre Existenzfähigkeit und ihre Machtorientierung vorrangig auf dem Konkurrenzprinzip der bürgerlichen Gesellschaft. Parallel zu ihren partiellen Anliegen erhoben sie gleichzeitig und von Anfang an auch den Anspruch, im Interesse der Allgemeinheit – des Staates, der Nation, des Volkes, des Gemeinwohls usw. – fungieren zu wollen. Daher leitet sich die konkrete Erscheinungsform politischer Parteien primär, doch keineswegs allein aus den jeweiligen Klasseninteressen und -gegensätzen ab. Sie wurde stets von einer Vielzahl geschichtswirksamer Faktoren geprägt, von so-

⁵ Im „Bayern-Kurier“, dem offiziellen Organ der CSU, war während der Auseinandersetzungen um die Ausstellung im Februar 1997 sogar zu lesen, diese sei ein „moralischer Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk“. – Demgegenüber sah sich die „Süddeutsche Zeitung“ am 20.2.1997 veranlaßt, in einer Karikatur den aus der Gosse hervorlugenden Hitler sagen zu lassen: „Schön, daß es noch so viele alte Kameraden gibt.“

⁶ Hier wird davon ausgegangen, daß neben Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Bildungspolitik usw. auch eine „Geschichtspolitik“ existiert. Der Begriff lehnt sich an Norbert Freis Untersuchungen zum Umgang mit dem Nationalsozialismus in der Adenauer-Ära und seine Auseinandersetzung mit dem konzeptionell völlig anders orientierten Buch von Manfred Kittel (Die Legende von der „Zweiten Schuld“. Vergangenheitsbewältigung in der Adenauer-Ära, Berlin/Frankfurt a. M. 1993). Siehe Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1996; siehe ferner Peter Reichel, Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München 1995; Bert Pampel: Kann man aus der „Vergangenheitsbewältigung“ nach 1945 für die „Aufarbeitung“ nach 1989 Lehren ziehen? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ (künftig: APuZ), B 1-2 v. 6.1.1995, S. 27 ff.; Peter Steinbach: Die Vergegenwärtigung von Vergangenem. Zum Spannungsverhältnis zwischen individueller Erinnerung und öffentlichem Gedenken. In: APuZ, B 34 v. 17.1.1997, S. 3 ff.

⁷ Es erscheint allerdings als sehr kurzschlüssig, wenn Steinbach (ebenda, S. 5) schreibt: „Offensichtlich neigt die Vergegenwärtigung der Vergangenheit im Bewußtsein der Nachlebenden dazu, im Gedenken zu einer ‚rückprojizierten Gegenwart‘ zu werden, dies hat u. a. zur Folge, daß die längst abgeschlossene Vergangenheit wie ein beliebiges Thema aktueller Politik diskutiert wird.“

zialökonomischen Interessen ebenso wie von politischen Kräfteverhältnissen, von nationalstaatlichen Rahmenbedingungen, von unterschiedlichen Traditionen des Parlamentarismus, von Führerpersönlichkeiten u. a. m. Parteiegoistische Interessen überlappten sich mit parteienübergreifenden. Letztere richteten sich zunächst vor allem gegen die feudalaristokratischen Verhältnisse und monarchischen Herrschaftsformen, mehr und mehr jedoch auf die Verteidigung erreichter Besitzstände gegenüber dem Proletariat und dessen Parteien. Sie existierten jedoch niemals unabhängig vom Parteienegoismus. Ein jeweils wechselndes Geflecht spezifischer und allgemeiner Interessen bestimmte die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien, aber auch ihre Bereitschaft, miteinander Bündnisse unterschiedlichster Art einzugehen. Koalitionen und „Lager“-Bildung, Kompromißbereitschaft und Toleranz widerstreben zwar grundsätzlich dem Wesen politischer Parteien, dennoch gehören auch sie immer wieder zur Realität von Parteipolitik.

Politische Parteien gelten im 20. Jahrhundert – endgültig seit den Revolutionen am Ende des Ersten Weltkrieges – als ein konstitutives Element jeder Herrschaftsausübung, als ein vermittelndes Glied zwischen Gesellschaft und Staat. Sie werden von allen Regimen benötigt, unabhängig von deren parlamentarischen oder diktatorischen Zuschnitt. Als sich die „Volksparteien“ herausbildeten, entstand für sie auch aus der wachsenden sozialen Heterogenität ihrer Mitglieder- und Wählerscharen eine neuartige Konkurrenzsituation. Diese war – neben den bereits genannten Faktoren – noch stärker von Interessenüberlagerung und Gemeinschaftsdemagogie gekennzeichnet. Letztere erreichte ihre extreme Zuspitzung im faschistischen Axiom von der „Volksgemeinschaft der Deutschen“, wobei die NSDAP – trotz oder wegen ihrer barbarischen Intoleranz gegenüber allen Nicht-Deutschen, insbesondere gegen die Juden, Slawen, Sinti usw. – größte Massenpartei in der deutschen Geschichte werden konnte.

Gegenwärtig stehen den Notwendigkeiten einer demokratischen Entwicklung der Gesellschaft äußerst hinderlich im Wege: das von Skandalen aller Art geprägte Erscheinungsbild insbesondere der sogenannten Großparteien, ihr unzulängliches konzeptionelles und personelles Angebot, der von ihnen bevorzugte karrieristische Berufspolitikertyp, die Schamlosigkeiten der Parteienfinanzierung, die mangelhafte innerparteiliche Willensbildung und die verkrusteten Strukturen der Parteiapparate. Das betrifft in gleicher Weise auch die Unzulänglichkeiten einer parteiorientierten Geschichtspolitik. Insofern resultieren die gegenwärtige Krise der deutschen Parteien⁸ und die zu beklagende Politikverdrossenheit großer Teile der Bevölkerung nicht zuletzt auch aus der Unehrlichkeit, den Täuschungsabsichten und den Instrumentalisierungsbestrebungen etablierter Parteien gegenüber der Geschichte.

Jedoch ist auch die Geschichtswissenschaft selbst keineswegs gegen die Gefahren parteiorientierter Geschichtspolitik gefeit. Zahlreiche Historiker waren und sind – trotz ihrer Profession – den Tendenzen fälschlicher Geschichtsdeutung und eines parteipolitisch dominierten Umgangs mit der Geschichte erlegen. Groß war (und ist!) insbesondere die Versuchung für den politisch interessierten und um politisches Engagement bemühten Zeithistoriker, seinen Beruf zu verfehlen. Allzu leicht wird es ihm gemacht, einem „Lumpensammler“ gleich die jüngste Vergangenheit zu durchstreifen, halbe Wahrheiten für ganze auszugeben, Legenden Vorschub zu leisten und einer – von Lucien

⁸ Der wohl bekannteste Kritiker des heutigen Parteienwesens sieht vor allem vier Strukturmängel: 1. die Bürgerfeme und die Entmündigung des Volkes durch die Parteien: 2. die begrenzte Problemlösungskompetenz der Parteien: 3. die Aushöhlung des Grundsatzes von der Gewaltenteilung und die Entwicklung von Parteien zu einer Monopolmacht: 4. die Dominanz des Eigeninteresses und die wachsende Ausbeutung des Staates durch die Parteien. Hans Herbert von Arnim: Ist die Kritik an den politischen Parteien berechtigt? In: APuZ. B 11 v. 12.3.1993, S. 14 ff.; siehe auch Hans Rattinger: Abkehr von den Parteien? Dimensionen der Parteiverdrossenheit. In: APuZ, B 11 v. 12.3.1993, S. 24; Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993; Erwin und K. Scheuch: Cliques, Klüngel und Karrieren. Über den Verfall der politischen Parteien – eine Studie. Reinbek bei Hamburg 1994; Klaus Kinze: Der totale Parteienstaat. Abschied vom idealen Staat. Der Weg aus der Krise des deutschen Parteiensystems (1994). Es fällt auf, daß die vorwiegend von Soziologen und Politologen stammenden Kritiken am gegenwärtigen Parteienwesen kaum auf dessen Geschichte eingehen. Eine gewisse Ausnahme bildet Ulrich von Alemann: Parteien. Reinbek bei Hamburg 1995.

Febvre beklagten – „Vergottung der Gegenwart mit Hilfe der Vergangenheit“ zu dienen.⁹ Die in dieser Hinsicht unzulänglichen Denkstrukturen erwachsen primär aus der Sache selbst, d. h. aus der zweifellos komplizierten Geschichte und den ebenfalls sehr diffizilen Strukturen jedes historischen Denkens. Das Bild bliebe jedoch unvollständig, würde nicht auch auf jene Quellen verwiesen, die in der mit der Geschichte geschäftstüchtig handelnden Historiker-Zunft liegen: Jeweilige politisch-weltanschauliche oder gar parteigebundene Positionen, Karrierestreben und Existenzsorgen, aber auch Charakterschwäche, anpasserische Verhaltensweisen und heuchlerisch dargebotene „unpolitische“ Selbstdarstellungen so manchen Geschichtsschreibers spielen keine geringe Rolle ...

So waren und sind an die Adresse der Geschichtspolitik zahlreicher Parteien und ihnen mehr oder weniger direkt verbundener Historiker durchaus erhebliche Vorwürfe zu artikulieren.¹⁰ In striktem Gegensatz zu den auf einen sinnvollen, wahrhaftigen Umgang mit der Vergangenheit zielenden Aspekten – wie auch immer diese inhaltlich bestimmt werden –, ist feststellen, daß vor allem in den Zeiten großer gesellschaftlicher Umbrüche des 20. Jahrhunderts mehr oder weniger absichtsvoll Schreckensbilder der Gegenwart durch eine geschichtspolitische Nutzung tatsächlicher oder auch nur vermeintlicher Schreckens-bilder aus den vorausgegangenen Zeiten überlagert worden sind. Zugleich wurden häufig bestimmte Seiten der Vergangenheit regelrecht umgangen, weil sie nicht ins jeweilige Parteikonzept passen wollten. In der Regel sollte so von eigenem Versagen abgelenkt und ein babylonischer Turm an Belastungen für jeweils konkurrierende Parteien konstruiert werden. Auf dieser Grundlage erwuchs des öfteren ein letztlich aus Dummheit, Halbbildung und Arroganz erwachsendes Mißverstehen von Geschichte. Die mit parteiorientierter Geschichtspolitik verknüpften politischen und ideologischen Konsequenzen schadeten sowohl der Geschichtswissenschaft als auch dem öffentlichen Geschichtsverständnis. Sie führten stets zu Simplifikation und Schematisierung, zu dogmatisierender Enge und Realitätsverlust. niemals zu einer wirklichen „Bewältigung“ der Vergangenheit.

Die Menschheitsgeschichte kennt mehrere Arten und Formen von „Vergangenheitsbewältigung“. Da gab es – nach Helmut Quaritsch¹¹ – die Modelle der Ignoranz und der Amnestie. das „Gebot des Vergessens“ bei strengster Bestrafung einiger weniger, die rachsüchtigen Vergeltungsorgien und ausgebreitetes Lynchen. den „Abrechnungsfuror“ oder die Erscheinungen einer „Aufarbeitung mit staatlichen Mitteln“, wozu u. a. Sondergerichte, Sonderstrafgesetze und Sühnemaßnahmen wie Zwangsarbeit, Aberkennung der Staatsbürgerschaft und des Wahlrechtes gehören. Daß der Umgang mit der DDR-Geschichte seit 1989/90 eher den Charakter einer radikal-einseitigen „Abrechnung“ trägt, hängt – wie hier noch zu zeigen sein wird – in einem besonderen Maße mit parteiegoistischen Machtorientierungen zusammen und erlaubt eine aufschlußreiche Sicht auf den Vorrang, den politische Parteien in der Regel den Machtfragen gegenüber den Sachfragen einräumen. Eine Alternative dazu, die in einer freimütigen Auseinandersetzung und einer wirklichen, an der geschichtlichen Wahrheit orientierten Aufarbeitung bestehen könnte, blieb bislang reine Theorie. Wo sie nicht einmal angestrebt wird, verbreitet sich der Fanatismus von Wiederholungstätern, die kaum anderes im Sinn haben, als alte Schlachten noch einmal zu schlagen, als im Siegesrausch frühere Niederlagen oder uneinsichtige eigene Fehler vergessen zu machen. Und so verwundert wenig, daß auch heute noch kein Weg gefunden worden ist, dessen Beschreiten aus der Misere verlorener Fortschrittsperspektive¹², geistiger Orientierungslosigkeit, politisch-konzeptioneller Hilflosigkeit und allgemeiner Politikverdrossenheit herausführen würde.

⁹ Lucien Febvre: Das Gewissen des Historikers, Frankfurt a. M. 1990, S. 13 f.

¹⁰ Hier ist nicht näher zu erläutern, daß es sich um Vorwürfe handelt, die in den letzten Jahren berechtigt gegen die Geschichtswissenschaft in der DDR erhoben worden sind. Sie treffen jedoch in vieler Hinsicht ebenfalls auf frühere Verhältnisse zu und sind in der heutigen Bundesrepublik keineswegs überflüssig geworden: In fast allen Streitpunkten lassen sich nach wie vor politisch-instrumentalisierende Zwecke, seltsam zwielichtige Rollenzuweisungen, populistische Versuche zur Meinungsbeeinflussung und ein letztlich amoralischer Abbau jedweder Wissenschafts- und Diskussionskultur erkennen.

¹¹ Helmut Quaritsch: Theorie der Vergangenheitsbewältigung. In: Der Staat, H. 4/1992, S. 519-551.

¹² Damit wird ein Gedanke aufgegriffen, den Hans Mommsen 1992 auf der Tagung „Historische Orientierung nach der Epochenwende oder: Die Herausforderung der Geschichtswissenschaft durch die Geschichte“ an der Evan-

Die Geschichtspolitik der Parteien läßt sich anhand programmatischer Dokumente untersuchen, noch mehr aber anhand diverser Funktionärszeitschriften und interner Mitteilungsblätter, des publizistischen und parlamentarischen Niederschlags ihrer historisch-politischen Debatten, der Ergebnisse Historischer Kommissionen bei Parteivorständen, der Protokollbände von Enquête-Kommissionen, der Konzepte für symbolträchtige Gedenktage, Gedenkstätten und Ausstellungen, anhand von Briefen und Erinnerungen politisierender Historiker usw. Für eine themenrelevante Auswertung des reichhaltigen Materials findet sich in der umfangreichen, vorrangig politikwissenschaftlich und soziologisch-strukturell angelegten Parteienforschung kaum ein geeignetes methodisches Raster. Nahezu alle Standardwerke über die politischen Parteien und ihre Geschichte klammern die Geschichtsdebatten als Gegenstand von Parteipolitik aus. Wesentliche Problemfelder des historisch-politischen Agierens von Parteien sind noch zu befragen. Einige der dieses betreffenden Fragen seien hier angedeutet:

1.) Wie verhielten und verhalten sich Parteien zur Geschichte der überwiegend nationalstaatlich betriebenen Außenpolitik und deren Rechtfertigung mit Hilfe geschichtlich geprägter Bilder von Fremden, Freunden oder Feinden, von willkommenen Verbündeten oder widerwillig akzeptierten Partnern? Diese Frage ist gegenwärtig umso bedeutsamer, als gerade in außenpolitischer Hinsicht immer wieder eine nationalgeschichtlich begründete Konsensfähigkeit unterschiedlicher Parteien erreicht oder zumindest demonstriert worden ist, die den Deutschen letztlich nur zum Schaden gereichten: z. B. die Anti-Versailles-Stimmung aller politischen Kräfte in der Weimarer Republik, die „Volksgemeinschafts“-Bemühungen der deutschen Faschisten, die Tendenzen einer neuen Großmachtpolitik seit 1989/90. Der Zusammenhang zwischen der Parole „Wir sind ein Volk“ aus der vorläufig letzten „Wende“ deutscher Geschichte und der Beförderung eines neudeutschen Nationalismus unter dem Motto „Deutschland den Deutschen“ liegt auf der Hand.

2.) Welchen Platz nahmen und nehmen aus der Geschichte abgeleitete Programm- und Legitimationsansprüche von Parteien in ihren weltanschaulich-ideologischen Grundlegungen ein? Beispielsweise bedienen sich konservative und noch rechtere Parteien dazu in der Regel solcher Bezugspunkte wie Volk, Staat, nationale Größe und Ehre; andere gehen von Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit, Frieden usw. aus. Die Palette ist beliebig erweiterbar, in jedem Falle aber ein Ausdruck jeweiliger Machtorientierung und selektiver Geschichtsinterpretationen.

3.) Welche Wirksamkeit maßen und messen die Parteien in ihrem Ringen um eine ihrer Programmatik entsprechende Lösung innenpolitisch-gesellschaftlicher Konflikte den historischen Aspekten von Leit- und Feindbildern, von Vorurteilen und bei politischem Bedarf mobilisierungsfähigen Parolen bei? Tatsächlich dominierten in der Parteiengeschichte fast immer Feindbilder und gaben den Boden für die jeweiligen eigenen Leitbilder ab. Positionsbestimmungen erfolgten und erfolgen in der Regel als diffamierende Abgrenzungsversuche zu anderen Parteien oder auch zu anderen Bevölkerungsgruppen und Minderheiten jeglicher Art. Die deutschnationalen Verfechter der berühmten Legende vom tödlichen Dolchstoß, den die revolutionierten Massen im November 1918 angeblich dem deutschen Heere – bezeichnet als auf dem Schlachtfeld unbesiegt – in den Rücken versetzt hätten, fragten nicht nach den eigentlichen Ursachen des militärischen Desasters und schon gar nicht nach ihrer eigenen Verantwortung – sie nahmen ihr eigenes Feindbild für bare Münze: Marxismus und Liberalismus – darin eingeschlossen die Juden – hätten die Massen verführt und hinterücks den Stoß versetzt. Zusätzlich und weiterführend postulierten die Nazis ein umfassendes antisemitisches Feindbild, verbunden mit den völlig undefinierbaren Kategorien des Rassismus. Heute verhindert die stereotype Verwendung der Formel vom „Unrechtsstaat“ DDR jeden Ansatz zur Neubestimmung und Durchsetzung verbesserungswürdiger demokratischer Positionen. Aber auch der Antifaschismus ging nach 1945 -zumindest unüberlegt und wider eigene Zielsetzungen – von einem nicht mehr der Realität entsprechenden Feindbild aus. Trotz unterschiedlichster Inhalte lassen sich durchaus allgemeine Mechanismen einer vielgestaltigen, stets aber aus der Vergangenheit

gelischen Akademie Loccum vortrug und der in der Forderung nach der Entfaltung einer „republikanischen Geschichtswissenschaft“ in Deutschland gipfelte.

abgeleiteten „Sündenbock“-Konstruktion erkennen, wobei in entsprechenden Analysen die Möglichkeiten langfristiger, mittelfristiger und kurzfristiger Abrufbarkeit geschichtlicher Vorurteile und Aversionen von besonderem Interesse sein sollten.

4.) Wie sahen und sehen die Parteien das Verhältnis von Politik und Geschichtsschreibung sowie von politischer und historischer Propaganda? Welchen Rang räumen sie der Geschichte, insbesondere der Zeitgeschichte als einem Gegenstand öffentlich-demokratischer Diskussion ein?

5.) Wie wirken sich spezifische Eigenheiten des Parteienwesens aus? Das Verhalten einer Partei bestimmt sich ja nicht allein aus ihrem Programm, ihren Zielen und Interessen, sondern auch daraus, daß sie eine Organisation und keine staatliche Institution, daß sie keine wirtschaftliche, sondern eine politische Einrichtung ist, daß sie nicht mit irgendwelchen Vereinen gleichzustellen ist. Seit den klassischen Arbeiten von Ostrogorski und Michels¹³ sind die Tendenzen der Oligarchisierung, der bürokratischen Verkrustung und machutversessenen Realitätsverweigerung aller Parteiführungen eher verdrängt als einer Neubestimmung ihrer Politik zugrunde gelegt worden.

6.) Schließlich stellt sich auch die Frage, wie sich von Partei zu Partei das Inhaltlich-Konzeptionelle und die jeweilige politikorientierte Stoßrichtung unterscheiden. Das geschichtswissenschaftliche Urteil hat darin das entscheidende Kriterium zu sehen. Ob sich eine Partei beispielsweise für die Dolchstoßlegende oder gegen sie aussprach, ob sie sich für die braune Diskreditierung der Weimarer Republik als eines angeblich „verjudeten Systems“ oder für deren Charakterisierung als bürgerlich-parlamentarische Demokratie engagierte, ob sie sich für einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg oder für die Kontiguität des deutschen Nationalstaatsgedankens einsetzte, ob sie sich heute der These von der DDR als „Unrechtsstaat“ und zweiter deutscher Diktatur oder einer Deutung als legitimer antifaschistisch-antikapitalistischer Alternative anschließt – all das macht selbstverständlich den Kern und das Fundament des Urteils aus.

Vom Umgang mit Geschichte nach der Revolution von 1918

Anklagend-fordernde Parteienschelte scheint zeitlos gültig zu sein. Unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und der deutschen Novemberrevolution hieß es in der Korrespondenz der Deutschen Demokratischen Partei (DDP): „Aufs tiefste zu bedauern ist aber die jetzt einsetzende parteipolitische Ausnutzung der Vorgänge. Keine Partei sollte das tu tun.“¹⁴ Aus derselben Zeit und Quelle stammt der mit Selbstverständlichkeit und Verve erhobene Vorwurf der „Geschichtsklitterung“¹⁵, den fast alle Parteien, auch die proletarischen, an die Adresse jeweils anderer Parteien erhoben. Darüber hinaus hieß es in der Auseinandersetzung der DDP mit einer Aussage konservativer Kräfte: „Diese Behauptung ist natürlich das Gegenteil der objektiven Wahrheit. Es wird aber doch notwendig sein, daß von Seite der Regierung einwandfrei festgestellt wird, welche Ereignisse und Vorgänge zu unserem politischen und militärischen Zusammenbruch geführt haben.“¹⁶ Darin scheint bereits ein allgemeines Strickmuster parteipolitischen Umgangs mit der Vergangenheit auf, das besagt: Wahr ist, was wir sagen, selbst wenn es erst noch zu beweisen ist, der Gegner hat auf jeden Fall unrecht ...

Parteipolitische Gründe bestimmten auch die Verwendung der jeweiligen Mittel, sozusagen der „Weißmacher“ für die eigene Weste und der „Anschwärzer“ für die der anderen. So wurde 1919 ein geschichtswissenschaftliches Werk außerordentlich gelobt und die Rezension mit der aussage versehen, es schreie direkt „nach Umprägung in politische Kleinmünze“.¹⁷ Parteien sahen und sehen also offensichtlich seit eh und je in der Geschichte nicht nur einen Steinbruch zu beliebiger Ver-

¹³ Siehe Rolf Ebbinghausen: Die Krise der Parteiendemokratie und die Parteiensoziologie. Eine Studie über Moysy Ostrogorski. Robert Michels und die neuere Entwicklung der Parteienforschung. Berlin 1969.

¹⁴ Deutsche Demokratische Korrespondenz, 22.11.1919.

¹⁵ Ebenda, 15.2.1919. Der Vorwurf richtete sich an die „Kreuz-Zeitung“, die geschrieben hatte: „Hätten die Naumann, Scheidemann, Erzberger eine klare Vorstellung davon gehabt, was unser nach der Niederlage wartete, so hätten sie sich doch vielleicht vor einer Politik gehütet, die uns schließlich unseren Feinden ausliefern mußte.“

¹⁶ Deutsche Demokratische Korrespondenz, 15.2.1919.

¹⁷ Deutsche Demokratische Korrespondenz, 8.3.1919.

wendung, sondern auch – nimmt man diese Aussage wörtlich – auch so etwas wie eine Finanzierungsanstalt für ihre kleingeistig geratenden Tagesgeschäfte. Angesichts der seitdem feststellbaren und heute noch andauernden Entfaltung dieser „Umpräge“-Bemühungen läßt sich generalisierend von einer Tendenz zum „Versilbern“ des Kapitals der Wissenschaft sprechen. Und umgekehrt muß ebenso nach der Verführbarkeit von Wissenschaft und Wissenschaftlern durch parteipolitische Silberlinge gefragt werden.

Nach dem ersten großen gesellschaftlichen Umbruch Deutschlands in diesem Jahrhundert galten die Geschichtsdebatten vor allem den Ursachen des Ersten Weltkrieges und der militärischen Niederlage. Alle parteipolitisch relevante Beschäftigung mit der Vergangenheit konzentrierte sich auf die Frage der Kriegsschuld, zugleich aber auf die der sogenannten Umsturzschuld, d. h. auf den angeblichen Dolchstoß der Revolutionäre in den Rücken des vermeintlich unbesiegten deutschen Heeres. Hierbei bedienten sich die Parteien auch parlamentarischer Institutionen: Erstmals – in Deutschland gab es bis zur Novemberrevolution ein unterentwickeltes parlamentarisches Enquête-Recht – berief die Weimarer Nationalversammlung auf der Grundlage des Artikels 34 der neuen Verfassung im August 1919 einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß ein, dessen Aufgabe es sollte sein, Tatsachen festzustellen sowie die historische und moralische Schuld der Verantwortlichen am und im Ersten Weltkrieg zu prüfen.¹⁸ Der ursprüngliche Vorschlag der Regierungsparteien zur Einrichtung eines Staatsgerichtshofes – provoziert durch das Auftreten Ludendorffs – war vorher abgelehnt worden, die Suche nach der historischen Wahrheit sollte – so hieß es – nicht mit staatsanwaltlicher und richterlicher Tätigkeit verquickt werden.¹⁹ Sie wurde in die Hände von 28 Parlamentariern gelegt, letztlich also den jeweiligen Wahlergebnissen und wechselnden Parteimehrheiten überlassen; bis zur offiziellen Bestätigung des Berichts über den militärischen deutschen Zusammenbruch von 1918 durch den Reichstag am 17. Juli 1925 gehörte nur ein einziger Abgeordneter ständig einem Unterausschuß an ...

Der Reichstag sprach damals die Militärs und die Politiker von jeder kriminellen und selbstverständlich auch von jeder moralischen Schuld frei.²⁰ Obwohl sich 1919 alle Parteien grundsätzlich für die Schaffung des Untersuchungsausschusses eingesetzt hatten, ging dessen Tätigkeit nicht ohne Widerstände, Gerangel und Querelen über die Bühne. Die Deutsche Volkspartei (DVP) lehnte zunächst ihn als ein „Parteigericht“ der in Revolutionswirren zur Macht gelangten SPD, USPD und DDP ab. hielt ihn aber bald für ein „verdienstvolles Werk“, da er die Voraussetzung erfülle, das „Gesicht der wahrhaft Schuldigen ... sichtbar“ zu machen.²¹ Den rechten Parteien gelang es vor allem nach den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920, den Ausschuß für ihre Zwecke zu nutzen. Im Gegensatz zu seinen Initiatoren und Intentionen war ihr Bemühen um seine Zusammensetzung, die leitenden Posten, die Verbreitung ihrer Ergebnisse sowie um deren juristische Absicherung in den sogenannten Dolchstoß-Prozessen von Magdeburg und München erfolgreich. Auch vor antisemitischer Indienstnahme machten sie nicht halt: Nach ihrer Version hätten die Hindenburg und Ludendorff als große Deutsche nicht vor einem Gremium auftreten dürfen, in dem jüdische Politiker wie Hugo Sinzheimer (SPD) und Oskar Cohn (USPD) mitwirkten.²²

Insgesamt erfuhr das Beziehungsgeflecht von Politik und Geschichtsschreibung im gesellschaftlichen Umbruch der Jahre 1918/19 eine wichtige Veränderung. Neben die Zunft der Historiker trat eine große Schar historisierender Politiker und Militärs. Politische Interessen und machbezogenen Ambitionen fanden immer mehr Eingang in die Wissenschaft. Andererseits konnte die Politik im-

¹⁸ Es ist bemerkenswert, daß die dominierenden Parteien der BRD sich niemals zu einem Untersuchungsausschuß des Bundestages zu einer Untersuchung der faschistischen Vergangenheit entschließen wollten. Dagegen sind rasch nach dem Zweiten Weltkrieg umfangreiche zur „Vertriebenen“-Problematik und zur Situation deutscher Kriegsgefangener eingeleitet worden.

¹⁹ Siehe Ludwig Herz: Der parlamentarische Untersuchungsausschuß, sein Ziel und seine bisherigen Ergebnisse, Berlin 1920, S. 5. f.

²⁰ Siehe Albrecht Philipp: Die Ursachen des deutschen militärischen Zusammenbruchs 1918. Die Geschichte einer „parlamentarischen Untersuchung“ 1919-1925. Berlin 1925.

²¹ Eduard Spieß: Vier Wochen Untersuchungs-Ausschuß und ihr Ergebnis. Berlin 1920, S. 3 f. und S. 48.

²² Herz. S. 24 f.

mer weniger ohne Wissenschaft auskommen, wie sich z. B. 1919 in der Entstehung eines „Wissenschaftlichen Beirates“ der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) unter der Leitung von Ulrich Kahrstedt zeigte, eines Mannes also, der in seiner berüchtigten „Irredenta“-Denkschrift vom Juni 1919 geschrieben hatte: „Wir müssen eine Hochflut von 10-Pfennig-Heften bekommen, mit bunten Titelbildern, in denen nichts geschieht, als die Verfolgung einer ideal guten Bürgerfamilie, die Brotlosmachung eines biedereren und treuen Handwerkers oder Arbeiters. als die Schändung lieblichem deutscher Mädchen durch Neger und Polen.“²³

Es waren hauptsächlich die rechten Parteien, die – aus ihrer damaligen Defensivposition heraus – geschichtlich argumentierten und entscheidende Schatten des wilhelminischen Militarismus verteidigen, vergessen machen oder gar rechtfertigen und verherrlichen wollten. Aber selbst aus ihren Reihen wurde Kritik an immanenten Schwächen von Parteien und Parlamenten im Umgang mit der Geschichte geübt. Als es um die Frage ging, ob die Entscheidung über die historische Wahrheit allein Sache von Abgeordneten sein könnte und nicht auch Fachleute hinzugezogen werden müßten, lautete die ehrlich-entlarvende Einschätzung eines Vertreters der DNVP so: „Wir Parlamentarier – das wollen wir doch festhalten – sind gewohnt, bestimmte politische Vorgänge einseitig unter einem bestimmten Gesichtswinkel zu betrachten. Wir haben uns in Rede und Schrift dahin festgelegt ...“²⁴ Ähnlich argumentierte die DVP. Die Erinnerung an solche Aussagen provoziert zur Frage, wo denn bei heutigen Politikern siegreicher Parteien solche Einsichten geblieben sein mögen? Vorausgesetzt, es gäbe sie noch, müßten sich dann nicht alle Erscheinungen selbstgefälliger Nostalgie und historischer Rechthaberei verbieten? Vielleicht würde sich dann auch jene verletzende Selbstgerechtigkeit erübrigen, die heutige Christdemokraten und Christlichsoziale – darunter auch die große Schar politisierender Ex-Pfarrer – gegenüber der DDR- und der deutschen Teilungsgeschichte während des Kalten Krieges an den Tag legen?

Ebenso ist nach dem Verbleib anderer Erkenntnisse und Erfahrungen aus der langen Geschichte von „Vergangenheitsbewältigungen“ zu fragen. So erklärte Gustav Stresemann, Vorsitzender der Deutschen Volkspartei und langjähriger Außenminister der Weimarer Republik, im Jahre 1922 einmal, als der Deutsche Reichstag nach den Morden an Matthias Erzberger und Walther Rathenau, nach unzähligen Untaten frühfaschistischer Feinde des Weimarer Staates endlich über den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Republik debattierte, man könne auch als Herzensmonarchist und Vernunftrepublikaner – als solcher verstand er sich selbst – dem Gegenwartsstaate geben, was er verlange, ohne die eigene „Achtung und Pietät für Vergangenes“ aufzugeben. Der spätere Friedensnobelpreisträger fügte hinzu, daß der Staat doch eigentlich wirksamer als mit Gesetzesparagraphen zu schützen sei: „Ich glaube, die Republik würde eher moralische Eroberungen machen, wenn sie von Bilderstürmerei und Verletzung des Vergangenen absähe.“²⁵

Stresemann war weder der erste noch der letzte Parteipolitiker, der über einen unzureichenden Umgang mit der Geschichte zu klagen bzw. einen solchen zu rechtfertigen hatte. Die deutsche Geschichte – sicher auch die anderer Länder – ist voller Beispiele dafür, sowohl in der Politik als auch in der Geschichtswissenschaft. Zu bedenken wäre in diesem Zusammenhang zweierlei: Zum einen ist die Absicht von Parteipolitikern zu wirklichen „moralischen Eroberungen“ unbewiesen, zum anderen wissen wir, daß es bei großen Teilen der Deutschen solche „moralischen Eroberungen“ eher dank Bilderstürmerei und verletzender Vergangenheitspolitik gegeben hat. „Versöhnung“, wie sie Stresemann möglicherweise im Auge hatte, gab es kaum. Im Gegenteil: Wenn man die Geschichte verfolgt, zeigt sich, wie sehr die Geschichtspolitik ausgeweitet worden ist, auch dort, wo verbal von „Versöhnung“ und angeblich aufgehobener Klassenspaltung in einer „deutschen Volksgemeinschaft“ die Rede ging.

²³ Zit. nach Wolfgang Ruge: Deutschnationale Volkspartei. In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke u. a.. Bd. 2, Leipzig 1984. S. 522.

²⁴ Zit. nach Herz, S. 8. Hervorhebung durch den Vf.

²⁵ Gustav Stresemann: Schutz der Verfassung (Flugschriften der Deutschen Volkspartei. Folge 43), Berlin 1922, S. 12.

Der Historiker Karl Alexander von Müller, bekannt als erstes NSDAP-Mitglied unter deutschen Ordinarien und als wesentlicher Förderer Hitlers auf dessen Weg an die Macht, ließ sich 1935 über „Probleme des Zweiten Reiches im Lichte des Dritten“ aus: Sein doppeldeutiges Wortspiel besagte nicht nur, daß da, wo Licht sei, auch Schatten anzutreffen sein müsse. Es versteht sich, daß er die Weimarer Republik mit einer völlig beleglosen Selbstverständlichkeit diskreditiert. Aber er bezog sich, um das braune Regime besonders kräftig lobpreisen zu können, auch auf das Bismarcksche Reich. Dieses sei zwar notwendig, aber „keine letzte Erfüllung“ gewesen.²⁶ Insofern habe es untergehen müssen, seien Fragen auch nach dem Zersetzenden und Lebensunfähigen zu stellen: „Seit 1918 drängten diese Fragen sich uns auf und wir versuchten darauf zu antworten: aus dem Gesichtswinkel des wechselnden Tages; nach den auf- und niederschwankenden Erlebnissen dieser quälenden Nachkriegsjahre; wie einer, der Perspektiven messen soll, während die Erde unter ihm bebt. Erst jetzt, seit dem Aufbau des dritten Reiches, gewinnen wir wieder sicheren Grund unter den Füßen; feste Richtlinien, um ein Urteil zu begründen: jetzt allmählich beginnen die geschichtlichen Maßstäbe unserer Entwicklung im letzten Jahrhundert sich in ihrer ganzen Größe vor unseren Augen zu enthüllen.“²⁷ Der heute mit Recht vergessene Historiker Karl Siegmund Baron von Galera forderte in den „Nationalsozialistischen Monatsheften“, daß es für jeden, der „aufrichtig“ um die Probleme der jüngsten Geschichte ringe, nur einen „nationalen Stil seines Werkes“ geben könne. Ende 1932 setzte er hinzu: „... dieser ist bestimmt durch das Bekenntnis zum Nationalsozialismus, den man mit einem Worte kurz als die sinnvolle Überwindung einer brüchigen Vergangenheit bezeichnen kann.“²⁸

Eine besonders verhängnisvolle Folge dieses Umgangs mit der Geschichte bestand in der Aufwertung des deutschen Nationalismus. Gerade die gegen den Friedensvertrag von Versailles gerichtete Geschichtspolitik Weimarer Parteien half in hohem Maße, den nationalistischen Boden für den Erfolg der deutschen Faschisten von 1933 und für deren Entfesselung des Zweiten Weltkrieges zu bereiten.²⁹ Auf der Suche nach den Schuldigen am Kriegeausbruch und an der deutschen Niederlage hatten sich selbst viele sozialdemokratische und liberale Abgeordnete der Weimarer Nationalversammlung, als diese über die Einrichtung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses debattierte, auf solchen Bahnen bewegt: Sie lehnten zwar Gewalt und Krieg als Mittel zur Lösung politischer Konflikte ab, mehr aber noch trieb sie die Sorge um, man würde mit der Suche nach Schuldigen in Deutschland „deutschen Interessen im Ausland“ schaden und müsse um jeden Preis die „nationale Würde“ wahren. Gustav Stresemann war es, der die Parole ausgegeben hatte: „Es muß auf das allerentschiedenste der Kampf gegen das Zerrbild geführt werden, das man der Welt von Deutschland entworfen hat.“³⁰ Fast ausnahmslos haben die konservativen und liberalen Parteien dies befolgt, zunehmend aber auch das katholische Zentrum und die Sozialdemokratie.

Dennoch trog das Bild von weitgehender nationaler Einigkeit. Wenn es um parteipolitische Abgrenzungs- und Profilierungsarbeit ging, eröffneten alle diversen historisierenden Attacken. Dabei

²⁶ Karl Alexander von Müller: Probleme des Zweiten Reiches im Lichte des Dritten, München 1935, S. 28.

²⁷ Ebenda. S. 11.

²⁸ Karl Siegmund Baron von Galera: Aufgaben und Pflichten des modernen Geschichtsschreibers. In: Nationalsozialistische Monatshefte. H. 32, November 1932. S. 506. Die für die NSDAP so typische „Abrechnung“ mit der Weimarer Republik war in diesen Worten wie eine Selbstverständlichkeit vorausgesetzt und in den Blick auf Vorausgegangenes eingeordnet. Dennoch mutet die Einbeziehung von Weimars Vorgeschichte noch wissenschaftlich an, vergleicht man sie mit jenen totalitarismustheoretischen Deutungen der DDR-Geschichte, die weder die faschistische Diktatur als die eigentliche Wurzel zahlreicher Nachkriegsentwicklungen noch die Komplexität des weltweit geführten Kalten Krieges berücksichtigen wollen. Statt eines kausalen und komplexen Herangehens an die deutsche Geschichte werden die faschistische Diktatur und die DDR typologisch gleichgesetzt sowie vom Ersten Weltkrieg und der Weimarer Republik abgekoppelt. Auf solche Art und Weise wird der historische Anspruch der DDR als antikapitalistische und antifaschistische Alternative negiert, ohne den ist die Geschichte der DDR nicht zu begreifen ist.

²⁹ Siehe dazu auch Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920-1945, Köln 1998.

³⁰ Archiv der Deutschen Volkspartei, Nr. 10 v. 4.9.1920, S. 12.

richteten sich konservative Kreise keineswegs allein gegen die proletarischen Parteien, sondern ebenso vehement gegen die parteipolitischen Gegner aus dem Lager des Liberalismus. Das einigende Band des deutschen Nationalismus wurde nicht einmal von der NSDAP aufgenommen. Hitler setzte vor den Kampf gegen Versailles den gegen die „Novemberverbrecher“ ...

Wie stark die NSDAP die Eroberung der Macht 1933 als eine brutale Abrechnung mit der Weimarer Republik betrieb, geht u. a. aus der Gestaltung ihrer „Nationalsozialistischen Monatshefte“ hervor. So verschob der Herausgeber das ursprünglich geplante thematische Heft für den Monat April bis zum Juli. Statt des Richard Wagner zugeordneten Themas lauteten im April das Thema „Novemberverbrecher“, im Mai „Die Rassenfrage und das neue Reich“ und im Juli „Die deutsche Revolution“, wobei sich in letzterem Heft Franz Lüttke dem Thema „Aufbruch in das dritte Jahrtausend deutscher Geschichte“ zugewandt hatte. In der Einleitung zu ersterem heißt es: „Als unter dem Jubel der Glocken von Potsdam das Novembersystem wie ein Spuk versank, da wandte sich der Blick des deutschen Volkes in neu erwachter Zuversicht nach vorwärts. Vergessen und ausgelöscht erschien mit einem Schlag das halbe Menschenalter der Schmach, das unser Volk durchlebte und, wie so oft, kam an vielen Stellen die alte unkluge Gutmütigkeit des germanischen Menschen wieder zum Vorschein, der wohl zu zürnen vermag, aber nur zu schnell erlittene Unbill vergißt. Wir aber wollen nicht vergessen! Wir decken nicht den Mantel der Liebe über das, was in diesen fünfzehn Jahren geschah. Wir werden schonungslos auch die letzte Schandtat aufdecken, durch die unser Volk entwürdigt worden ist ... niemals gab es ein kleineres und kläglicheres Geschlecht von Verrätern als das von 1918. Wir wollen nicht vergessen.“³¹

Mechanismen und Strukturen parteiorientierter Geschichtsdebatten

Der hier in wenigen Streiflichtern angedeutete und ebenso in der deutsch-deutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg nachweisbare parteiorientierte Umgang mit der Geschichte läßt allgemeine quantitative und qualitative Entwicklungsmerkmale erkennen. Zu ihnen gehören u. a.

- die taktierende und stets auf Machtsicherung bedachte Art und Weise des Umgangs mit der Geschichte, die auf Pragmatismus statt auf Wissenschaft setzt, die niemals die Vergangenheit in ihrer Gänze zu akzeptieren bereit ist und lediglich das anerkennt, was der jeweiligen Partei nützlich scheint und sich sozusagen als „politische Kleinmünze“ rechnet;
- die Orientierung auf populistisch-historische Argumentationsmuster, die primär einer Rechtfertigung jeweiliger parteienegoistischer Ziele und Entscheidungen dienen, verbunden mit dem Ziel, Mitglieder, Anhänger und Wähler zu gewinnen;
- der moralisch unbekümmerte Einsatz von Interpretationsmacht, in dem selbst die Argumente der Sieger vor dem Siege keine Rolle mehr spielen und dem berüchtigten Desinteresse zahlreicher Parteipolitiker an ihrem „Geschwätz von gestern“ verfallen;
- eine aus dem gestörten Verhältnis machtversessener Parteien zur Geschichte erwachsende Begrenzung der an und für sich erforderlichen Lernfähigkeit, was seinerseits erheblich dazu beiträgt, die ohnehin geringen Chancen einzuschränken, innerhalb der Großparteien zu originellen Lösungen zu gelangen und demokratisierende innerparteiliche Reformversuche durchsetzen zu können;
- die legitimierende Selbstrechtfertigung, gleich ob in Gestalt vertuschter Kontinuitäten oder eines überbetonten Wandels.

Für die Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg kann hier der parteigebundene Umgang mit der Geschichte nicht einmal andeutungsweise konkret erfaßt werden. Ebensowenig sind Vergleiche anzustellen, obwohl es schon auffällt, daß zwischen der „Abrechnung“ der NSDAP mit dem Weimarer Staat und der „Abrechnung“ mit der DDR verhältnismäßig mehr Gemeinsamkeiten bestehen als zwischen diesen und den Bewältigungsversuchen zur Geschichte beider Weltkriege und der faschistischen Diktatur. Bereits ein allgemeiner Blick auf die geistige und politische Landschaft der

³¹ Thilo von Trotha: Einleitung. In: Nationalsozialistische Monatshefte, H. 37, April 1933, S. 145.

Gegenwart läßt als völlig zutreffend erscheinen, was eine Zeitung kritischer Christen als gängige Formel benannte: „Gestern Vorbilder – heute Sündenböcke!“³² Erst recht weiß der Zitatenkundige viel mit dem Wort anzufangen, das da heißt: Ein Gespenst geht um in Deutschland – das Gespenst der „Vergangenheitsbewältigung“.³³

Wissenschaftlicher Anspruch und politik-dominierte Realität klaffen in unserer Gegenwart besonders arg auseinander. Statt des Ringens um den notwendigen Blick nach vorn, das beispielsweise Manfred Kossok in seiner letzten Arbeit einforderte³⁴, herrscht kleinlicher Wettlauf um Enthüllungen, Etikettierungen und Verdikte. Politikomödien mit historischer Garnierung huldigen einer erneuten „Erfindung der Vergangenheit durch die Gegenwart“.³⁵ Seit 1989/90 öffnet eine Cloaca maxima in fast jeder Zeitungsausgabe ihren unappetitlichen Schlund – auch in solchen, deren Herausgeber behaupten, hinter ihr stecke gewöhnlich ein kluger Kopf. Es vermag nicht immer nur zu erheitern, was heute alles an historischen Haaren aus giftstrotzenden Suppen politischer Köchinnen und Köche gefischt werden kann, was Racheeifer, Geltungssucht, oder auch einfach eine unzulänglich-schlicht durch Parteien gehandhabte Geschichtspolitik zutage treten lassen. Tatsächlich kann man sich des Eindrucks kaum erwehren, als seien die früher ausschließlich von Militärs bevölkerten Schlachtfelder nunmehr von politisch engagierten Historikern, zumindest aber von einer ganzen Heerschar zeitgeschichtlich argumentierender Politiker übernommen worden. Thesen, Behauptungen und Unwahrheiten fliegen gleich Kanonenkugeln hin und her. Lügen dienen sich immer längere Beine an. Die Belastungen unserer krisenerschütterten Gegenwart finden kaum eine andere Herleitung als die aus irgendwelchen Schatten der Vergangenheit. Es existiert kein Thema, das nicht irgendeinen Bezug zu irgendeiner schlimmen oder für schlimm erklärten Erscheinung vorausgegangener Zeiten aufweisen würde. Es sind auch keineswegs allein die konservativen und anderweitig rechtslastigen „Historisierungs“-Bemühungen zur Geschichte des Nationalsozialismus, die einer bedauerlichen parteipolitischen Überbordung vor allem jener historischen Dimensionen dienen, es sind in hohem Maße jene Versuche, alles zu diskreditieren und zu delegitimieren, was sich bislang aus den Bemühungen um die Überwindung der Folgen von Faschismus und Krieg ergeben hat.

Die Debatte über solche Erscheinungen politischer Instrumentalisierung von Geschichte führt unweigerlich auch zur Kritik heutiger Formen und Methoden des Umgangs mit den Quellen geschichtswissenschaftlicher Tätigkeit. In der durchaus verständlichen Freude über neue Akten, aber auch im Rahmen einer letztlich vorgegebenen Linie zur „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte werden elementare wissenschaftliche Grundregeln verletzt. Aktenkunde als unabdingbare Hilfswissenschaft der Historiker wird durch Aktenfetischismus ersetzt, Sorgfalt durch hurtige Geschäftigkeit, Solidität durch marktorientierte Geschäftstüchtigkeit. Der Erkenntniszuwachs durch die Öffnung bestimmter Archive verleitet allzu oft zu Aussagen, die von Provenienz-Grenzen und machtspezifischer Begrenztheit charakterisiert sind, jedoch ungeniert als letzte oder allerletzte Wahrheiten verkauft werden.

Zunehmende Parteien- und Politikverdrossenheit

Sind wir, so wäre zu fragen, bereits an einem Scheitelpunkt der hier skizzierten Entwicklungslinien angelangt? Können sie quantitativ und qualitativ nicht mehr überboten werden? Es ist zu befürchten, daß eher vom Gegenteil gesprochen werden muß. Dabei ist keineswegs alle Schuld an solchen Entwicklungen direkt den Parteien anzulasten; das Geflecht vielfältiger Wurzeln reicht tief und erweitert sich ständig. Beispielsweise hat das Verhältnis von Wissenschaft und Politik eine neue Stufe erreicht, ist die Polarisierung des gesamten öffentlichen Lebens vorangeschritten, verstärken sich die Tendenzen zu einer totalen Entmoralisierung der Politik und zu geistig-kultureller Demobilisie-

³² Vorbilder von gestern – Sündenböcke von heute. Wie rechte Denker vom Versagen konservativer Politik ablenken. In: Politik-Forum. Zeitung kritischer Christen. 6.8.1993.

³³ Siehe Hans Treichel: Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst der „Vergangenheitsbewältigung“. In: Geschichte – Erziehung – Politik. H. 2/1993, S. 5 ff.

³⁴ Siehe Manfred Kossok: Im Gehäuse der selbstverschuldeten Unmündigkeit oder Umgang mit der Geschichte. In: Dietmar Keller u. a. (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 1. Bonn 1993. S. 11.

³⁵ Rudolf Walther: Die Erfindung der Vergangenheit durch die Gegenwart. In: Die Zeit, Nr. 3 v. 14.1.1994.

rung. Allerdings läßt sich mit Gewißheit sagen: In dem Maße, wie sich die Krise der Parteien vertieft, werden sie sich der Geschichte immer unverfrorener bedienen: wie Politik- und Parteiverdrossenheit zunimmt, werden die in erster Linie gescholtenen Großparteien versuchen, dem durch einen verstärkten „Rückruf in die Geschichte“ zu entkommen.

Gewöhnungseffekte sind unübersehbar: Zu beobachten ist oft kaum mehr als ein ohnmächtiges Entsetzen, wachsende Gleichgültigkeit gegenüber Erscheinungen, die Madame Klio zu der wohl am meisten malträtieren unter den schönen Musen werden lassen. Zu fragen ist z. B., wo eigentlich eine lautstarke Forderung der Historiker-Zunft nach der Öffnung aller Archive bleibt. Es ist doch einfach nicht einzusehen, daß zwar das ehemalige SED-Archiv benutzt werden kann, aber nicht das der Ost-CDU und der ehemaligen LDPD, von denen des Bundesverfassungsschutzes und andere Nachrichten- und Geheimdienste ganz zu schweigen. Wo bleiben, wenn schon solche Forderungen als unerfüllbar akzeptiert werden, die notwendigen Mahnungen zur Vorsicht im Umgang mit den benutzbaren Quellen? Wo bleiben die Konsequenzen aus den Warnungen vor vereinseitigenden Aussagen, vor der Gefährlichkeit befangener Materialien-Schau? Wo blieb denn der Aufschrei gegenüber einem solchen Werk zur Geschichte des Westens wie dem bereits erwähnten Buch von Manfred Kittel, in dem zugunsten der vordergründigen These von einer gelungenen „Bewältigung der NS-Erblast“ während der Adenauer-Zeit auf Archivalien verzichtet wird, obwohl diese bereits vorliegen und zu anderen Ergebnissen führen? Die dazu passende und richtige Sentenz von Bernd Weisbrod, man dürfe das Rauschen im Blätterwald der Adenauer-Zeit nicht als schlüssigen Beweis für die These von einer tatsächlichen Bewältigung der NS-Vergangenheit und damit verbundener Freiheit von der „zweiten Schuld“ betrachten wollen³⁶, ist kaum bemerkt worden. Schließlich ist auch zu fragen, weshalb es bisher die Zeithistoriker in auffälliger Weise einigen Juristen überlassen haben, die Geschichte der politischen Justiz aufzuarbeiten, die sich auf der Grundlage des Strafrechtsänderungsgesetzes von 1951 entfaltete und bis 1968 zu mehr als 500.000 politischen Ermittlungsverfahren führte, aus denen 25.000 bis 30.000 Verurteilungen hervorgegangen sind.³⁷

Eine der größten Gefahren in den geistigen Auseinandersetzungen unserer Zeit – die einer erneuten Nationalismus und Rechtsextremismus befördernden Schwarz-Weiß-Malerei – resultiert aus resignierender Unwilligkeit und wachsender Unfähigkeit, sich endlich aus vereinseitigenden, politisch instrumentalisierenden Geschichtsbetrachtungen zu lösen. Die enge Politikverbundenheit, aus der in der DDR eine allzu starke Politikgebundenheit geworden war, widerspiegelt sich heute vor allem in den „geschichtsrevisionistischen“ Bemühungen um den Platz des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte. In ihnen manifestiert sich der Versuch einer weitgehend rückwärtsgewandten Sinnstiftung der Gegenwart. Besorgt ist festzustellen, daß in Deutschlands Gegenwart nicht allein bereits die antifaschistische Vergangenheit „abgewickelt“ worden ist, sondern nun auch die nichtfaschistische Vergangenheit zu verändern beabsichtigt ist.³⁸ Letzteres ist in vollem Gange: Es findet eine erhebliche Relativierung der Geschichte des Nationalsozialismus statt, aus der mehr und mehr dessen Rechtfertigung oder gar eine Verherrlichung erwachsen können bzw. direkt erwachsen. Die Bemühungen von Rainer Zitelmann, Karlheinz Weißmann, Christian Striefler u. a. m. um die „Wiederherstellung nationaler Größe“ bereiten dafür einen fruchtbaren Boden. Ihre Arbeiten gehören in die zunehmende Reihe jener Publikationen und distanzarmen Interpretationen des National-

³⁶ Bernd Weisbrod: Die Wiederkehr der Krisen. Geschichtsbilder in der Wendezeit. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 11/1993, S. 1357.

³⁷ Siehe Diether Poster: Anwalt im Kalten Krieg. Ein Stück deutscher Geschichte in politischen Prozessen 1951-1968, München 1991, S. 219 ff. Siehe auch die bisher ergebnislose Behandlung des von der Gruppe PDS/Linke Liste im Bundestag eingereichten Gesetzentwurfes zur „Behebung und Wiedergutmachung von politischen Ungerechtigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland“. Zu einem Beispiel solcher Ungerechtigkeiten siehe Manfred Weißbecker: Auf der Anklagebank des Kalten Krieges. Erwin Eckert und der Düsseldorfer Prozeß gegen das „Westdeutsche Friedenskomitee“ 1959/60. In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Ärgernis und Zeichen. Erwin Eckert – Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben, Bonn 1993, S. 308-331.

³⁸ Ändert die Zukunft Deutschlands Vergangenheit? Eine Kritik an Rainer Zitelmann und Arnulf Baring. Hrsg. von der Antirassismuserbeitsgruppe am FB Geschichtswissenschaften in Verbindung mit dem Projekt für interdisziplinäre Faschismusforschung (PfiFf) der Freien Universität Berlin, Berlin 1992; siehe auch Joachim Perels: Wider die „Normalisierung“ des Nationalsozialismus. Interventionen gegen die Verdrängung, Hannover 1996.

sozialismus, die „die gegen aufklärerischen, ja barbarischen Positionen des alten Deutschland verstehensinnig für ein neues Geschichtsbild einer machtzentrierten Nation verlebendigen.“³⁹ Im Jahre 1981 diffamierte Dietrich Aigner in der rechtskonservativen Zeitschrift „Criticon“ die damalige Zeitgeschichtsschreibung der BRD, die von der deutschen Schuld am Zweiten Weltkrieg und den nationalsozialistischen Massenmorden auszugehen bereit war, als eine „nationale Sterbehilfe“ und eine deutsche „Daseinsverfehlung“.⁴⁰ Mit Recht konnte dies als eine Stimme gegen viele andere bezeichnet werden. Jüngst wurde in der Festschrift zum 70. Geburtstag von Ernst Nolte die Zeitgeschichte als völlig gescheitert hingestellt, weil sie aus der NS-Forschung eine „Daueraufgabe“, weil sie angeblich einseitig und verengend den Nationalsozialismus „zur deutschen Normalität gemacht“ habe. Die Schlußfolgerung ist bekannt: Zeitgeschichte brauche „nicht noch mehr Tatsachen, sondern eine andere Fragestellung“, in der es, wie es unterstellend heißt, keine „Vergleichs- und Verstehensverbote“ auszusprechen gelte und mit der sie sich als unwissenschaftlich „überflüssig machen“ würde.⁴¹ Heute gelten für viele und in wachsendem Maße Nation und Nationalstaat wieder als das zentrale und allem anderen übergeordnete Wertkriterium. Nationalismus tritt in breitem Umfang in den Vordergrund und stellt wohl das wesentlichste ideologische Ferment für Haß, Fremdenfeindlichkeit, Gewaltbereitschaft und Kriegsakzeptanz dar. Beispiele aus deutscher Alltäglichkeit könnten Bände füllen. Auch sie werden in unerträglichem Ausmaß unterschätzt und bagatellisiert, von wissentlicher Duldung und stillschweigender Förderung ganz abgesehen.

Zukunftslösungen mit den Parteien oder gegen sie?

Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, von Geschichte und Parteien kam stets einem gefährlichen, ja explosiven Minenfeld gleich. Erfolgen hier keine Wandlungen – keine Besinnung auf eine Wissenschaft ohne Politik-Dominanz, keine Durchsetzung des Primats vom humanistisch-wissenschaftlichen Ethos, keine der militärischen Abrüstung einigermaßen vergleichbare Bemühungen – dann wird es wohl auch künftig nicht nur ein Feld voller Probleme, sondern wiederum ein Ausgangspunkt zahlreicher neuer Opfer und Trümmer sein. Die Warnung spricht sich leicht aus. Sie durch eine Vorausschau auf andere, möglichst bessere Verhältnisse und Parteienstrukturen zu ergänzen, fällt schwer. Lassen sich nun dennoch und abschließend aus der überwiegend kritikwürdigen Geschichtspolitik von Parteien sinnvolle Forderungen an die Parteien von heute oder die von morgen schlußfolgern? Sicher läßt sich das 20. Jahrhundert als ein Säkulum unterschiedlichster Parteien, von Ein-, Mehr- und Vielparteiensystemen und vielgestaltiger Symbiosen aus Staat und Parteien betrachten. Es gab den Parteienstaat in seiner extremsten nationalsozialistischen Ausprägung, es gab den Mißbrauch des Staates durch Parteien sowie die Herrschaft sich selbst verstaatlichender Parteien. Neues ist kaum noch denkbar. Möglicherweise haben sich die durch die bisherigen Parteien repräsentierten Existenzformen gesellschaftlicher Organisiertheit sogar weitgehend erschöpft.

Angesichts der Unwilligkeit regierender Parteien, selbst geringfügigen Ansätzen einer Erweiterung innerparteilicher Strukturveränderungen Raum zu gewähren⁴², angesichts wachsender Bemühungen, den Rechtsstaat über die Demokratie zu erheben, und angesichts sich verstärkender konservativer Parlamentarismuskritik wäre es bereits ein Gewinn, wenn wenigstens die Politiker oppositioneller Parteien im Interesse hehrer Ideale – Demokratie, Gerechtigkeit, Menschenrechte, Frieden, Frei-

³⁹ Perels. S. 83; siehe auch Maria Zens: Vergangenheit verlegen – Über die Wiederherstellung nationaler Größe im Hause Ullstein. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. H. 9/1993, S. 1363 ff.

⁴⁰ Dietrich Aigner: Zeitgeschichtsschreibung als nationale Sterbehilfe? Deutsche Historiker und die Schuld am Zweiten Weltkrieg. In: Criticon, H. 67 v. Sept./Okt. 1981. S. 231 ff.

⁴¹ Friedrich Tenbruck: Zeitgeschichte als Vergangenheitsbewältigung? In: Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag. Hrsg. von Thomas Nipperdey, Anselm Doering-Manteuffel und Hans-Ulrich Thamer, Berlin 1993, S. 484, 491 und 494.

⁴² Siehe Stefan Schieren: Parteiinterne Mitgliederbefragungen: Ausstieg aus der Professionalität? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H 2/1996, S. 214 ff. Der Vf. behauptet u. a., direkte Demokratie innerhalb der Parteien verursache mehr Probleme als sie löse und stelle damit sogar die von den Parteien erfolgreich getragene Demokratie der Bundesrepublik in Frage. Kritisch äußerte sich dazu Bernd Becker: Wozu denn überhaupt Parteimitglieder? In: Ebenda. H. 4/1996, S. 712 ff.

heit, Solidarität, Patriotismus, Naturerhaltung usw. – bewußt mit der Erkenntnis dieses Tatbestandes umzugehen bereit wären. Nur so dürfte es eine einigermaßen aussichtsreiche Suche nach organisationsmäßig richtig fundierten Auswegen aus heutigen Dilemmata geben. Der Weg in eine künftig bessere Gesellschaft ist zweifellos ohne Parteien nicht vorstellbar, aber er sollte es ebensowenig ohne vielfältige Korrektive sein⁴³, ohne anderweitige demokratische Formen politischer Willensbildung in, neben und über den Parteien. Gerade in dieser Suche wird der kritisch-wahrhaftige Umgang mit der Geschichte gefragt sein. Bisher haben sich dazu fast alle Parteien als unwillig und unfähig erwiesen. Sie konnten auch dieser – selbst dieser! – Aufgabe nicht gerecht werden.

Allerdings implizierten alle gesellschaftlichen Umbrüche unseres Jahrhunderts immer auch eine Chance, mit den veralteten historischen Feind- und Leitbildern des Parteienwesens zu brechen sowie neue und bessere Vorstellungen über das Wesen und die Erscheinungsformen von Parteien auf die Tagesordnung zu setzen. Davon ist wenig wahrgenommen worden, fast alle reformierenden Ansätze sind lediglich in umkehrende oder strukturell begrenzte Bahnen gelenkt worden. Ein modernes Geschichts- und Zukunftsdenken sollte sich daher auch gegen den Mythos einer Unentbehrlichkeit bestehender Parteien richten, ebenso gegen deren Bemühungen um eine angebliche Unveränderbarkeit des im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse entstandenen und entfalteten Parteienwesens. Ein solches Denken sollte offen sein für die Suche nach Neuem, darin eingeschlossen auch nach alternativen Parteiformen und -strukturen.

In diesem Sinne wäre zu fragen, ob Deutschland – in dem so viele Reformen notwendig sind und so viele „Reformen“ wie noch nie praktiziert werden – nicht auch ein neues Parteiengesetz braucht? Wäre nicht bereits etwas gewonnen, wenn damit wieder zu den rechts- und sozialstaatlichen Intentionen des Grundgesetzes, insbesondere seiner Artikel 20 und 21 zurückgekehrt wird? Anzustreben wäre, daß die geforderte Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volkes sich tatsächlich als „Mit“-wirkung vollziehen kann. Der Satz von der wünschbaren und als nützlich betrachteten Mitwirkung der Parteien, der sie als einen Bestandteil des politischen Systems definiert, ist im Parteiengesetz von 1967 als verfassungsrechtlich notwendig betrachtet worden, ja es erhielt hier sogar den Zusatz, daß dies „auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“ zu erfolgen habe.

Über die im engeren Sinne lediglich auf organisatorische Veränderungen der Parteistrukturen orientierenden Reformvorschläge hinaus sind neue Inhalte von Parteientätigkeit und neue Kontrollmöglichkeiten der Gesellschaft gegenüber den Parteien gefordert. So könnte der durch die Parteien unkontrolliert bestimmten Praxis endlich durch die Einrichtung eines Parteienrechts-Senats als drittem Senat im Bundesverfassungsgericht (neben dem bestehenden Grundrechts-Senat und dem Staatsrecht-Senat) sinnvoll Zügel angelegt werden. Die 1983 fixierte Pflicht der Parteien, über die Herkunft ihrer finanziellen Mittel und über deren Verwendung öffentlich Rechenschaft abzulegen, ist bis heute juristisch noch nicht zu erzwingen gewesen. In der Gesetzgebung herrscht darüber hinaus ein ausgesprochener Mangel hinsichtlich der Gestaltung und Durchsetzung innerparteilicher Demokratie.⁴⁴ Ebenso offensichtlich ist der Mangel an klaren gesetzgeberischen Vorgaben für die öffentliche politische Bildungsarbeit, der zwar häufig beklagt wird, jedoch unaufhebbar zu sein scheint und heutzutage vor allem zu einer verfassungswidrigen Ausgrenzung der Partei des demokratischen Sozialismus mißbraucht wird.⁴⁵

Alle bisherigen Vorschläge, die Parteien und das Parteienwesen in Deutschland zu reformieren, gehen vorrangig von strukturell-organisatorischen Aspekten aus. Aus vielen Gründen steht jedoch insbesondere die Aufhebung jener parteiegoistischen Schranken auf der Tagesordnung, die inhaltli-

⁴³ Siehe Kunze. der totale Parteienstaat, S. 206 ff.: siehe dazu auch Manfred Weißbecker: Paul Levi – Biographische und andere Gedanken zu seinem Weg in und zwischen den Parteien der deutschen Arbeiterbewegung (Schriften des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V.), Jena 1993. S. 21.

⁴⁴ Siehe dazu u. a. Helmut Stubbe-da Lutz und Markus Wegner: Demokratie. Offenheit und Transparenz der Parteien: Elf Leitsätze für eine Novellierung des Parteiengesetzes. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. H. 2/1993, S. 189 f.

⁴⁵ Siehe Christa Luft: PDS-nahe Stiftung soll 1997 erneut keine Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt erhalten. Material der PDS-Bundestagsgruppe vom 29.11.1996.

che Erkenntnisdimensionen in erschreckend parteiischer Weise einengen und lediglich zu einem unreflektierten Verständnis für die Geschichte des 20. Jahrhunderts führen können. Wer sich um einen demokratischen, der Wahrheit verpflichteten und parteipolitischen Egoismus ablehnenden „Rückruf in die Geschichte“ bemüht, wird daher wohl auch eine entschiedene Demokratisierung und Reformierung des gegenwärtigen Parteienwesens einzufordern haben.

Rundbrief 4/98, AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS, S. 30-37.

Erwin Eckert (1893 bis 1972), Pfarrer und revolutionärer Sozialist

[Mitautor: Friedrich-Martin Balzer]

Zwei Jahrzehnte nach dem Tode jenes badischen Pfarrers, der zu seinen Lebzeiten als Kirchen- und Volkstribun sowie durch seinen Beitritt zur Kommunistischen Partei Deutschlands spektakuläres Aufsehen erregte, ließ ein anderer Pfarrer in den „Badischen Neuesten Nachrichten“ eine Anzeige erscheinen: „Wir danken Erwin Eckert ...“ Dank gebühre ihm, weil er aus christlichem Verantwortungsbewußtsein die Opfer unter dem Rad nicht nur verbunden habe, sondern dem Rad selbst in die Speichen gefallen sei. Das Bild des schicksalhaft rollenden und dennoch aufhaltsamen Rades der Geschichte war einem von Dietrich Bonhoeffer 1933 entwickelten Gedanken entlehnt und traf sich mit dem Wahlspruch, den sich Eckert gewählt hatte und den er stets zu verwirklichen trachtete: „Dem Ganzen dienen, sich selbst treu bleiben!“

Eckerts Gedankenwelt kreist vor allem und immer wieder um die Frage, wie eine Wiederholung des mörderischen Krieges zu verhindern sei. Im Mitteilungsblatt der Deutschen Friedensgesellschaft Süddeutschlands beklagt er im Oktober 1926, daß die Forderung „Nie wieder Krieg“ noch keine Selbstverständlichkeit geworden sei, obwohl dies gerade unter Christen der Fall sein sollte. „Nicht einmal die Christen in allen Völkern sind davon überzeugt, daß kein Krieg mehr sein wird und daß sie alles für den Frieden tun müssen.“ Er ruft dazu auf, daß alle „vernünftig Denkenden, alle wirtschaftlich Erfahrenen, alle kulturell Empfindenden, alle sittlich und religiös Bestimmten“ danach trachten sollten, einen „neuen Krieg“ zu verhindern. Als Mitglied der Sozialdemokratie, deren linkem Flügel er angehört, rückt er in einem mit „Klarheit“ überschriebenen Aufsatz des gleichen Jahres ab „von den bürgerlich pazifistischen Kreisen, die in überströmender Menschlichkeit und Rührung Friede und Versöhnung predigen, ohne den Sozialismus zu bejahen“.

In Zaisenhausen, einer Bauerngemeinde des Kreises Bretten im damaligen Großherzogtum Baden, kommt Erwin Eckert am 16. Juni 1893 zur Welt. Er ist das erste Kind des Hauptschullehrers Georg Ludwig Eckert und seiner Frau Emma, die ebenfalls einer Lehrerfamilie entstammte. Seine Eltern, die noch weitere sieben Kinder haben werden, gehörten zu jenen Kreisen in Baden, die sich gern der revolutionären Jahre 1848/49 erinnerten und entschieden republikanisch-demokratisch gesinnt waren. Vor allem die Eindrücke aus seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Armenpfleger ließen den Vater sich der deutschen Sozialdemokratie zuwenden.

Mitte der 20er Jahre beginnen Eckerts kirchliche Vorgesetzte, Mißfallen zu äußern und ihn abzumahnern. Der Evangelische Oberkirchenrat in Baden erteilt eine erste Strafe. Weil der sich für die Sozialdemokratie engagierende Pfarrer die Parteinahme des Kirchengemeinderates von Mannheim und des Oberkirchenrates für die Wahl des reaktionären Generals von Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl von 1925 kritisiert, wird ihm eine Geldstrafe von 50,– RM auferlegt. Als in Deutschland 1925/26 eingehend um die Forderung nach einer entschädigungslosen Enteignung der Fürsten gestritten wird, erhält er den „wohlgemeinten Rat“, sich einer öffentlichen Haltung zugunsten dieser Forderung zu enthalten. Daraufhin schreibt er am 10. August 1926 an den Oberkirchenrat, ein Verbot, über die Enteignung der Fürsten zu reden, stelle seine persönliche Freiheit als Staatsbürger in Frage und wolle ihn zu einer Ansicht zwingen, die sich nicht aus dem Evangelium begründen lasse: „Angesichts der Kriegsbeschädigten und Kriegsverwaisten, angesichts der durch die Inflation Enterbten und Beraubten unseres Volkes, angesichts der Arbeitsinvaliden und der vom Lebenskampf Zerbrochenen protestieren wir gegen die Verschleuderung von Volksgut an die Fürsten, bedauern wir nach wie vor auf das tiefste die verfehlte Stellungnahme großer kirchlicher Verbände und stehen als religiöse Sozialisten auf dem Standpunkt, daß es eine Versündigung im Geist des Evangeliums ist, Millionäre zu schaffen, solange das Geld den höchsten Wert des Lebens darstellt, und Menschen aus Hunger heraus sich selbst das Leben nehmen müssen.“ Verärgert beobachtet er, wie politisch weit rechts stehende Pfarrer ungehindert tätig sein dürfen, er aber daran gehindert werden soll, als evangelischer Christ zu erklären: „Der Kaiser hätte hören können, was Gott ihm und seinen Fürsten 1918 deutlich genug gesagt hat: Deine Zeit ist vorbei, Eure Zeit ist vorbei, gebt dem Volke, was des Volkes ist. Du sollst nicht stehlen.“ Und bedauernd fügt er hinzu: „Wenn wir 1918 eine Revolution gehabt hätten, dann gäbe es heute keine Unruhe mehr über die Fürstenenteignung.“

Nachdem ihm am 1. Januar 1926 die Schriftleitung des wöchentlich erscheinenden Bundesorgans der Religiösen Sozialisten übertragen wird, gelingt es Eckert, dessen Auflage von 2.000 auf 17.000 Exemplare bis zur Mitte des Jahres 1931 zu steigern. Im „Sonntagsblatt“ veröffentlicht er selbst bis zum Oktober 1931 zahlreiche Aufsätze, Predigten, Berichte und Reden.

Von Eckerts Sicht auf die sich in der großen Weltwirtschaftskrise zuspitzenden Konflikte, von seinen Auseinandersetzungen mit der aufsteigenden NSDAP, mit seinen Kirchenoberen und mit dem offiziellen Kurs seiner Partei zeugt eine geradezu beschwörende Rede, die er am 28. Dezember 1930 in Mannheim von der Kanzel der Trinitatis-Kirche herab hält. Ihr schlichter, aber weitgreifender Titel lautet: „Rüstet ab“. Eckert will, daß besonders in der Weihnachtszeit von den Kanzeln aller Kirchen gepredigt und geredet wird „gegen Krieg und Kriegsvorbereitungen“. Nach seiner zutreffenden Auffassung sei Deutschland „bereits über die Nachkriegszeit hinaus in die neue Vorkriegszeit hineingeraten“.

Enttäuscht, doch keineswegs resignativ beklagt er in dieser Rede, daß die neuen Gefahren zu wenig wahrgenommen würden. Weite Teile des Volkes hätten nicht nur alles vergessen; sie würden leider auch nicht erkennen, daß in Deutschland wieder damit begonnen werde, die Jugend „zum Kampf für die Freiheit“ zu gewinnen, wo es doch allein um die Sicherung von Rohstoffquellen und um die angestrebte neue weltpolitische Machtstellung Deutschlands geht. Sein Protest gilt der maßlosen Hetze gegen die zur Kriegsdienstverweigerung entschlossenen Männer. Mit aller Entschiedenheit – wie seine Freunde später meinen werden: auch von geradezu prophetischer Hellsichtigkeit – wendet sich Eckert gegen die „armselige Judenhetze“, gegen völkische Ideen und gegen die „Rassenhetze, die in einem grauenvollen Morden enden muß“. Der Mannheimer Rechtsanwalt Franz Hirschler, der Eckert gegenüber den Verleumdungen und Haßtiraden des „Völkischen Beobachters“ vergeblich zu schützen versucht, wird später in Auschwitz umgebracht werden.

Angesichts der wachsenden Wahlerfolge und des Aufstiegs der NSDAP warnt Eckert 1930/31 in unzähligen Reden eindringlich vor der nationalsozialistischen Bewegung, „die ihrer Theorie und ihrem Ziele nach durch und durch unchristlich, ja antichristlich ist und in der Maske des ‚positiven Christentums‘ die Kirche um den letzten Rest des Vertrauens bei allen nicht bürgerlich Frommen bringen muß“. Auf dem V. Kongreß des Bundes der religiösen Sozialisten in Stuttgart erklärt er Anfang August 1930, die große Gefahr bestehe darin, daß man in Deutschland versuche, „durch einen vielstimmigen Appell an den Rasse-Instinkt, den Nationalhaß, an kleinbürgerliche Besitzerfreude und an den Militarismus, die Urteilslosen auch in der Arbeiterschaft zu einer Schutztruppe der kapitalistischen Front zu machen, deren imperialistische Gelüste, deren Schrei nach der bürgerlichen Diktatur nur noch mühsam verheimlicht und unterdrückt werden kann.“

Wie auf der Kanzel zeigt er sich auch auf den Tribünen als ein glänzender, überzeugungsstarker Redner. Im Zeichen des Christuskreuzes argumentiert er gegen das Hakenkreuz, insbesondere gegen das soeben erschienene Buch „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ von Alfred Rosenberg: „Gott ist es, der das Herz aller Menschen, die ihm begegnet sind, auf die gleiche Weise bewegt, erschüttert, ergreift, zur Buße zwingt – auch das Herz eines Russen, eines Chinesen, eines Schwarzen ... Die gläubigen Christen in allen Völkern und Rassen meinen dasselbe, wenn sie Gott nennen. Die Nationalsozialisten aber, ihre Führer, sprechen vom deutschen Gott, der den arischen Menschen ausersehen habe zum Retter der Menschheit.“ Adolf Hitler spreche von den Schwarzen und Gelben als von Halbaffen. Der christliche Glaube dagegen sehe jeden Menschen, gleichgültig welcher Rasse, als Gottes Geschöpf an. Und ganz grundsätzlich heißt es bei ihm: „Christlicher Glaube weiß von solchen Nationalgötzen nichts, nach ihm gibt es auch keine Erwählung irgendeiner Rasse. Wir stellen an die Stelle des Rassentums das Menschentum. Das Göttliche, das durch Gott in jedem Menschen Aufgerufene, soll die Menschheit befreien, nicht irgendeine Rasse, irgendein Volk.“

Dem ersten kirchlichen Dienstgerichtsverfahren, ausgelöst durch die von Nazis organisierte Saalschlacht in Neustadt a. d. H., bei der Eckert zum Thema „Die große Lüge des Nationalsozialismus“ spricht, folgen ein Redeverbot und das zweite Verfahren. Dieses beginnt am 4. Februar 1931 und führt bereits zwei Tage darauf zu einer vorläufigen Amtsenthebung Eckerts. Ihm wird vorgeworfen, „gegen den angeblich (sic!) arbeiter- und christentumsfeindlichen Nationalsozialismus zu Felde zu

ziehen“. Das am 14. Juni 1931 ergehende Urteil bekräftigt das zu Beginn des Jahres verhängte Re-
deverbot. Eckert wird wegen „Unbotmäßigkeit“ im Dienstalter um sechs Jahre zurückgesetzt und
somit zu einer empfindlichen Geldstrafe verurteilt. – Wäre nicht im Vorfeld des Gerichtsverfahrens
vom 14. Juni 1931 eine breite Welle der Solidarität zustande gekommen, bei der über Hunderttau-
send badische Bürger mit ihrer Unterschrift die Wiedereinsetzung des suspendierten Pfarrers in sein
Amt forderten, hätte er wohl bereits im Juni 1931 seine Kanzel verloren; am Willen des Evangeli-
schen Oberkirchenrates mangelt es jedenfalls nicht. Ein halbes Jahr später – nachdem Eckert seine
wichtigste Lebensentscheidung getroffen hat – wird er am 11. Dezember 1931 endgültig, unehren-
haft und ruhegehaltslos aus dem Dienst der Evangelischen Kirche Badens entfernt.

Die kritische Sicht auf die Probleme seiner Zeit treibt Eckert zu gesteigerter politischer Aktivität. Vor allem engagiert er
sich in den Auseinandersetzungen vor der Reichstagswahl vom 14. September 1930. Das Ergebnis der Septemberwah-
len, bei der die NSDAP ihren Stimmenanteil nahezu verachtfachen kann, ruft ihn verstärkt auf den Plan.

Eckert sieht sich gefordert, Konsequenz gegenüber sich selbst zu bewahren, als sich nun auch die
Kluft zwischen ihm, dem revolutionären Sozialisten, und der Sozialdemokratischen Partei erweitert.
Der Parteivorstand trennt sich rigoros von ihm und schließt ihn am 2. Oktober 1931 offiziell aus der
Partei aus. Davon erfährt Eckert tags darauf durch die Zeitung. Gewiß, Eckert quälten seit längerem
Zweifel über die weitere Berechtigung seiner Mitgliedschaft in der SPD, doch jetzt fühlt er sich
regelrecht ausgestoßen. So ist eine neue Lebensentscheidung zu treffen, denn aufgeben – nein, das
will und das kann er nicht; er müßte sonst sich selbst untreu werden. Nach einem Gespräch, das er
am 3. Oktober mit Wilhelm Pieck und anderen Spitzenpolitikern der KPD führt, tritt er dieser Partei
bei. Für viele seiner bisherigen Bekannten und Freunde ist dies ein ungewöhnlicher Schritt, ein Ek-
lat. Der badischen Kirchenleitung bietet die von Eckert gewählte Alternative zum Ausschluß aus
der SPD sofort den Anlaß, das dritte Dienststrafverfahren einzuleiten und ihn vom Amt eines Pfar-
rers zu entbinden.

Am 18. November – Eckert befindet sich gerade auf einer Reise durch die Sowjetunion – setzt ihn
auch der Vorstand des Bundes der religiösen Sozialisten als Vorsitzenden ab und entzieht ihm die
Schriftleitung der Wochenzeitung „Der Religiöse Sozialist“.

Eckert sieht in dieser Zeit der politischen Polarisierung für sich keine andere Möglichkeit, seinen
Erkenntnissen gemäß politisch wirksam zu werden. Er möchte selbstverständlich seinen Kampf
gegen den Faschismus energisch fortsetzen und findet sich – ungewöhnlich für einen Mann seiner
Herkunft – an der Seite der Kommunisten wieder. Die alten Debatten um ein gemeinsames politi-
sches Wirken von Christen und Sozialisten scheinen ausgestanden zu sein, aber sie wiederholen
sich in der seither viel diskutierten Frage, was einen Pfarrer veranlassen kann, sich ausgerechnet
einer ausgesprochen atheistisch orientierten Partei zuzuwenden – und sogar bis zum Ende seines
Lebens, über viele Klippen und Hürden hinweg, in ihr verankert zu bleiben und für sie tätig zu sein.

Alle Reden, die er in diesen Tagen und Wochen vor mehreren zehntausend Zuhörern und Zuhöre-
rinnen hält und die der öffentlichen Begründung seines Schrittes dienen, sind von dem einen Ge-
danken getragen, daß er „als einfacher Soldat der Revolution“ nicht gegen sein Gewissen handeln
könne: „Sie müssen nicht denken, daß der Weg, den ich gegangen bin, einfach war und einfach sein
wird. Aber ich freue mich auf diesen Weg, freue mich, weil ich die Überzeugung habe, daß mein
Leben nichtbesser eingesetzt werden kann, als bei den Kommunisten, als da, wo es sich darum han-
delt, den Massen zu helfen, die leiden, die Kinder zu sättigen, die hungern, die Frauen zu unterstüt-
zen, die krank sind, als da, wo es sich darum handelt, die Leidenden zum Licht, die Unterdrückten
durch Kampf zum Sieg zu führen. Mein Leben kann keinen besseren Inhalt haben als den, ent-
schlossen mitten im Proletariat zu kämpfen um Freiheit und Sozialismus, um ein menschenwürdi-
ges Dasein, um Frieden und Gemeinschaft auf dieser Erde.“

Seit Oktober 1931 spricht Eckert auf unzähligen Veranstaltungen der KPD und des „Bundes der
Freunde des neuen Rußlands“. Für ihn beginnt ein gehetztes Leben, ein Leben sozusagen aus dem
Koffer, ein Leben, das fast ausschließlich aus Reisen und Reden, Reden und Reisen besteht. Finan-
zielle Probleme plagten ihn und seine Familie, von der er sich getrennt sieht. Er klagt bald über phy-

sische Erschöpfung und schwere körperliche Belastungen. Nach einigen Monaten ist er dem Zusammenbruch nahe. Doch sein unbändiger Wille hält ihn aufrecht. Er will seine Zuhörer – es waren zwischen Oktober 1931 und Februar 1933 mehr als 100.000 – nicht enttäuschen. Wellen von Sympathie, Begeisterung und Stolz schlagen ihm entgegen. Er wird begrüßt als einer, der „angekommen“ ist, der Altes und Überholtes mit Erfolg hinter sich gelassen hat. Er sieht die wachsenden Wähler- und Mitgliederlisten der Partei, hofft auf weitere, noch größere und entscheidende Erfolge. So hilft er, den von ihm als absolut richtig erkannten Satz verbreiten zu helfen: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg.“

Doch alles ist vergeblich; am 30. Januar 1933 beginnt die Herrschaft der NSDAP und für ihn ein Lebensabschnitt voller Qualen, Erniedrigungen und Enttäuschungen. Noch in der Nacht nach dem Reichstagsbrand wird er in Düsseldorf verhaftet. Eckert befindet sich – als die Badische Landeskirche wie alle anderen evangelischen Landeskirchen im Rausch der Begeisterung für das „Dritte Reich“ immer noch nicht begreifen will, was ihr „protestantisches Harzburg“, das Bündnis von NSDAP und DNVP innerhalb und außerhalb der Kirche, angerichtet hat – seit dem 1. März im Gefängnis. Nach seiner Entlassung aus siebenmonatiger Strafhaft läßt er sich mit seiner Frau im Bahnhofsviertel von Frankfurt nieder. Seinen bescheidenen Lebensunterhalt sichert er durch eine auf den Namen seiner Frau geschriebene Leihbücherei. Sie wird ein Treffpunkt des illegalen Widerstandes. Der Mannheimer Schriftsteller Siegfried Einstein wird nach dem Kriege schreiben: „In jenen Jahren der großen Finsternis ging der Name Erwin Eckerts in den Kreisen der Illegalen von Mund zu Mund. Er war ein deutscher Humanist, den Illegalen wohlbekannt; und nannte man die besten Namen, so hat man seinen auch genannt.“

Seinen christlichen Glauben gibt Eckert nicht auf. Als Christ kam er zur KPD, in ihr und im Widerstand bleibt er es auch. Niemals leugnet er das eine um des anderen willen, auch wenn er öffentlich „das Schweigen über die letzten Dinge“ auf sich nimmt. Darüber sinnt er nach, als er im Juni 1936 erneut verhaftet und am 1. November 1936 vom „Volksgerichtshof“ in Kassel wegen Vorbereitung des Hochverrats zu drei Jahren und acht Monaten Zuchthaus verurteilt wird.

Drei Jahre später – der Zweite Weltkrieg ist bereits entfesselt – schreibt er am 17. Dezember 1939 aus dem Zuchthaus Ludwigsburg bei Stuttgart: „Alle die verständlichen Depressionen, die mich hier und da überfallen wollen, lasse ich nicht Herr werden über mich. Immer hält mich der Trost und Gewißheit aufrecht, daß ich keinen leichtfertigen, schlechten Weg, sondern einen notwendigen Weg der Klärung und Prüfung gegangen bin. Die Lieblingsstellen aus dem Neuen Testament, Paulus- und Johannes-Briefe, tragen mich oft bis an die letzten Grenzen menschlicher Erkenntnis und Freiheit.“

antifa, April 1998, S. 17-20.

Ein politischer Kampf begriff

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems erleben jene Theorien eine Renaissance, die in den Zeiten des Kalten Krieges dominierten.

In den letzten Jahren wurde der Büchermarkt geradezu überschwemmt mit Werken, deren Autoren in aller Regel – eine rühmliche Ausnahme bildet das jüngste Buch von Wolfgang Wippermann – Kommunismus und Faschismus gleichsetzen oder ersteren sogar zum schlimmsten Totalitarismus aller Zeiten deklarieren. Erinnert sei hier nur an das Vorwort von Stéphane Courtois zum „Schwarzbuch des Kommunismus“, an den Begriff des „roten Holocaust“, den ausgerechnet die Redakteure der Wochenzeitung „Die Zeit“ erfanden. Der vorliegende Sammelband ging aus einer Tagung des Hamburger Instituts für Sozialgeschichte vom Juni 1994 hervor. Er konzentriert sich auf die ideengeschichtlichen Beiträge, die u. a. von Waldemar Guran, Franz Borkenau, Sigmund Neumann, Carl Schmitt, Ernst Rudolf Huber, Ruth Fischer, Hannah Arendt und Carl Joachim Friedrich zur klassischen Totalitarismustheorie der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte geleistet worden sind. Weiterhin werden jene Debatten verfolgt, die danach in Frankreich und im „geteilten Deutschland“ stattfanden und zu gewissen Modifikationen des Totalitarismuskonzepts, aber auch zu dessen strikter Ablehnung sowie zu einer Hinwendung zu Faschismus-theorien führten. Insbesondere Wolfgang Kraushaar plädiert hier für Beibehaltung und Weiterentwicklung des Totalitarismuskonzepts, verbunden mit der Aufforderung an die deutsche Linke, sich auf Positionen des Antitotalitarismus zu begeben; nur so hätte sie die Chance, „einen Teil ihrer Legitimationsfähigkeit wieder zurückzugewinnen.“

So wird auch verständlich, daß im Band bewußt ausgeklammert wurde, wie der Begriff des Totalitarismus entstanden ist: Es handelt sich dabei um eine strikte Absage an seine antifaschistischen Wurzeln und entspricht völlig den politischen Intentionen jener Historiker, welche die Geschichte des deutschen Faschismus relativieren und verharmlosen, aber auch denen alter Antikommunisten und neuer Anti-Antifaschisten. Man kann nur hoffen, daß solche Hin- und Annahme konservativer und rechtsliberaler Deutungsmuster der Geschichte durch die Linken nicht erfolgen wird. Benötigt wird statt dessen eine eigenständige, kritische und sinnvolle demokratische Alternativen anbietende Gesellschaftstheorie ...

Alfons Söllner, Ralf Walkenhaus und Karin Wieland (Hrsg.): Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts. Akademie Verlag Berlin 1997, 298 S.

antifa, April 1998, S. 24.

Simple Erklärungsmuster

„Hitlers Helfer“: Drittes Buch und neue Folgen im ZDF

Am gestrigen Abend begann das ZDF mit der Ausstrahlung der neuen Staffel über „Hitlers Helfer“ (Erste Folge: „Eichmann – Der Vernichter“, nächste Sendetermine jeweils dienstags, 20.15 Uhr). Mancher wird sich erinnern: Anfang 1997 liefen unter diesem Titel bereits Sendungen über Goebbels, Heß, Göring, Himmler, Speer und Dönitz. Fast 6,9 Millionen Zuschauer waren es jeweils. Der Sender war's zufrieden, die Quoten stimmten. Kritik an der leichthändigen Gestaltung und dem simplen Erklärungsmuster – Hitler befahl, die anderen führten aus – störten ihn nicht.

Nun mag also erneut auf Neuigkeiten gehofft werden. Sicher, da gibt es bestimmt neues Bildmaterial und Mitteilungen zu bislang unbekannten Fakten. Aber sind auch erhellende Antworten zu den Fragen nach den Ursachen der faschistischen Verbrechen zu erwarten? Wer die bisherigen Folgen gesehen und zudem Guido Knopps Bücher „Hitler. Eine Bilanz“ und „Hitlers Helfer“ kennt, muß zu Skepsis neigen. Erst recht bietet sich solche nach der Lektüre seines in diesen Tagen erschienenen dritten Buches an. In ihm – wie in den neuen Folgen – werden neben Adolf Eichmann, Baldur von Schirach („Der Hitler-Junge“), Martin Bormann („Der Schattenmann“), Joachim von Ribbentrop („Der Handlanger“), Roland Freisler („Der Hinrichter“) und Josef Mengele („Der Todesarzt“) vorgestellt. Wiederum liefert der Leiter des Ressorts Zeitgeschichte beim ZDF keine Begründung für die getroffene Auswahl. In keinem Fall wird über psychologisch-historisierende Versuche hinausgegangen, den Weg der Täter zu ihren Verbrechen zu erklären und in die faschistische Barbarei einzuordnen.

Bormann, Schirach usw. wären als Faschisten vorzustellen gewesen, doch dazu wollen sich Knopp und seine Mitautoren nicht verstehen. Nirgends definieren sie, was in ihren Augen eigentlich ein „Nationalsozialist“ war. Wichtiger als Schattierung und Variation sind ihnen die Divergenz zur Norm, Abweichung und Ausnahme. So liest man erstaunt, Bormann sei die nationalsozialistische Ideologie und Politik fremd gewesen, ja, er habe sie zur „Tarnung“ seiner sexuellen Triebe benutzt. Über Schirach heißt es, er könne nicht als ein „fanatischer“ Nazi und Judenhasser bezeichnet werden, was zwar nicht mit der Realität, sondern lediglich mit dessen späterer Schutzbehauptung übereinstimmt, einen „anständigen“ Antisemitismus angestrebt zu haben. Und weiter Ribbentrop habe sich nicht so radikal wie sein Meister gebärdet, Freisler sich nur darum bemüht, durch besonderen Eifer das Mißtrauen der NSDAP-Führer in seine „bolschewistische“ Vergangenheit Lügen zu strafen, und Massenmörder Mengele in Auschwitz vor allem zu „Forschungszwecken“ töten wollen.

Mitunter stehen widersprüchliche Aussagen nebeneinander Vom „Reichsjugendführer“ heißt es, er habe Hitlers „Mein Kampf“ zwar Zeile für Zeile studiert, aber nicht ernst genommen. Obwohl dessen initiierender Anteil an der Verfolgung der Wiener Juden bewiesen wird, heißt es erklärend, er habe sich mit opportunistischen „Verbalattacken“ gegen die Juden nur Hitlers Wohlwollen sichern wollen. Erneut löst Knopp penetrant alles Biographische aus wesentlichen gesellschaftlichen Kontexten heraus. Nichts erfährt man darüber, wie die Lebensentschlüsse der einzelnen nach dem Ende des Kaiserreichs und unter dem Eindruck der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg zustande kamen. Unbehandelt bleibt, wie sich der nach außen gekehrte Mordspatriotismus in maßlosen Haß gegen Revolution und Republik umkehrte. Nationalistisches Gedankengut unterliegt einem Tabu; nur bei Bormann findet es am Rande Erwähnung. Die Behauptung Eichmanns, er sei nie Antisemit, wohl aber Nationalist gewesen, wird zitiert, aber nicht hinterfragt.

Natürlich bietet Knopp zu seiner unterhaltsamen, quotenorientierten Darstellung auch, wie er es nennt, eine „Moral von der Geschichte“. Auf einer halben Seite des Vorworts heißt es bedeutungsschwanger, daß die „menschliche Natur“ nun einmal schwach sei und jeder ein Helfer Hitlers hätte werden können. Zudem wäre es seiner Meinung nach leichtfertig, auf die „Menschlichkeit des Menschen zu vertrauen, die labil ist und zerbrechlich“. Lapidar wird gefolgert, der „Eichmann in uns“ sei immer da, verbunden jedoch mit der zum heutigen Zeitgeist der Rechten passenden Behauptung, nur „ein starker Staat“ könne Unrecht verhindern. Lohnt es sich überhaupt, die neuen

Folgen anzuschauen? Die Antwort sollte positiv ausfallen, denn wer heutzutage hauptsächlich solche Kost vorgesetzt bekommt, muß wissen, was und wie er zu verdauen hat.

Guido Knopp: Hitlers Helfer Täter und Vollstrecker. C. Bertelsmann Verlag, München 1998. 380 Seiten, 46,90 DM.

Neues Deutschland, Mittwoch, 8. April 1998, S. 9.

Verdammungsurteil oder Diskussionsangebot?

Stets war der Umgang mit der Philosophie Nietzsches schwierig, stets gab es um den Philosophen Streit und stets handelte es sich beim Rückgriff auf ihn um ein brisantes Politikum. Seine Wirkungsgeschichte ist daher in besonderem Maße von Verkennung und Mißdeutung, von Verdikten und überschwenglich-undifferenzierter Rezeption gekennzeichnet. Dem geht der Verfasser nach. Vehement verteidigt er Nietzsche gegen die Identifikation seiner Lehre vom „Willen zur Macht“ mit dem Machtwahn des deutschen Faschismus. Im Mittelpunkt steht jedoch seine Kritik an der Behandlung Nietzsches „im Schatten der Nachkriegszeit“. So berechtigt vieles davon sein mag – seine Attacken zeugen mitunter von einem geringen Geschichtsverständnis.

Die DDR habe Nietzsche zum „Staatsfeind“ erklärt, hier sei er „im Namen des Antifaschismus ... realsozialistisch banalisiert“ worden. Wieder einmal zeigt sich, wie wenig hilfreich diese Art von „Aufarbeitung“ der jüngsten Geschichte ist. Nicht zuletzt zeigte sich dies auch bei der Absage, die Riedel der Stiftung Weimarer Klassik erteilte, als diese am 20./21. Juni 1997 eine Tagung „Nietzsche im Marxismus“ durchführte und sich „erdreistete“, auch den Marxisten Klaus Höpcke referieren zu lassen.

Geht das „deutsche Drama“ weiter? Auf jeden Fall empfiehlt es sich, andere Literatur heranzuziehen, so z.B. die vom Leipziger Rosa-Luxemburg-Verein herausgegebene Schrift Werner Schuberts („Friedrich Nietzsche und seine Nachwelt in Weimar“) wie auch den erwähnten Vortrag Höpckes („In den Orkus mit ihm oder ins Bücherregal? Zum Streit um die Aufhebung des Verdikts über Nietzsche in der DDR während der 80er Jahre“).

Manfred Riedel: Nietzsche in Weimar – ein deutsches Drama. Reclam Verlag Leipzig 1997, 358 S., 39,00 DM.

Antifa, Mai 1998, S. 26.

Unfähigkeit wird kaum benannt

Wer nach den Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik fragt, dem geraten unweigerlich die Parteien ins Blickfeld, die zwischen den Jahren 1918 und 1933 auf der politischen Bühne agierten und gegenüber der faschistischen NSDAP total versagten. Und: Wer heute die Partei- und Politikverdrossenheit sowie die zahllosen Skandale der etablierten, machtvessenen Großparteien analysiert, dem kommt ebenfalls die Geschichte der Parteien zwischen 1918 und 1933 in den Sinn. Da lag es nahe, daß sich Historiker und Verfassungsrechtler eingehend mit dieser Problematik befassen und Vergleiche zwischen damals und heute anstellen.

Der vorliegende Band dokumentiert Beiträge, die 1994 auf einer Tagung der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte zum Thema „Parlament und Parteien in der Weimarer Republik“ vorgetragen und diskutiert wurden. Den Diskrepanzen zwischen der damaligen Verfassungstheorie und der Verfassungswirklichkeit, insbesondere den Mitwirkungsbefugnissen des Reichspräsidenten bei der Regierungsbildung spürt der Düsseldorfer Politologe Hans Boldt nach. Der Zeithistoriker Lothar Albertin untersucht die Auflösung der sogenannten bürgerlichen Mitte, die Konzeptionslosigkeit des Linksliberalismus und deren Folgen in der Krise des parlamentarischen Systems von Weimar. Den Aufstieg der NSDAP stellt Hans Mommsen dar, verbunden mit Darlegungen zu den Versuchen rechter Kräfte, den Staat von Weimar zu einem autoritären, berufsständisch organisierten „überparteilichen“ Präsidialstaat umzuwandeln, die politischen Parteien für überflüssig zu erklären und zu einer Regierung ohne Parteien zu gelangen. Diese „illusionäre Wirklichkeitswahrnehmung“ sei dafür verantwortlich gewesen, daß der NSDAP von bürgerlichen Kreisen kein oder zu später Widerstand entgegengesetzt wurde. Anders als die Autoren der vorangegangenen Beiträge befaßt sich der Göttinger Historiker Peter Lösche mit Problemen des „Parteienstaates“ BRD. Die Möglichkeiten des Vergleichs mit Weimar schränkt er jedoch bewußt ein: Für ihn stellt sich die damalige Republik nicht als ein „Parteienstaat“ dar. Auch die einleitenden Überlegungen von Johannes Rau zielen ins Aktuelle. Sie betreffen die Politik- und Parteienverdrossenheit von damals und heute, wobei der Grundgedanke kaum zu überzeugen vermag, der da lautet: Es liege in dem Parteiensystem zwar manches im Argen, doch seien die „deutschen Politiker und die demokratischen Parteien“ besser als ihr derzeitiger Ruf. Als Alternative zu den heutigen Parteien sieht Rau „erneuerte, verbesserte Parteien“. Indessen: Zu erfragen, wie diese aussehen könnten, scheint nicht das Anliegen der Tagung gewesen zu sein. Gerade dazu würde der kritische Leser aber gern mehr erfahren, natürlich auch dazu, wie und weshalb die traditionellen bürgerlich-demokratischen Prinzipien der Gewaltenteilung, der institutionellen Machtbalance und der Ermöglichung einer kritischen Öffentlichkeit durch einen nichtöffentlichen Machtgebrauch und offensichtlichen Machtmißbrauch der regierenden Parteien außer Kraft gesetzt worden sind, wie parteipolitische Arroganz, Selbstbezogenheit und nicht zuletzt auch eine Selbstversorgungsmentalität an die Stelle aufklärerischer und liberaler Normen treten konnten. Die Unfähigkeit und Unwilligkeit der etablierten Großparteien, das grundgesetzlich fixierte politische Mitwirkungsgebot der Gesellschaft mit Leben zu erfüllen, wird kaum benannt. Und ebenso sucht man vergeblich nach konkreten unterstützungswürdigen oppositionellen Reformwünschen ...

Eberhard Kolb/Walter Mühlhausen (Hrsg.): Demokratie in der Krise. Parteien im Verfassungssystem der Weimarer Republik. Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bd. 5, R. Oldenbourg Verlag München 1997, 170 S., 38,00 DM.

Antifa, Mai 1998, S. 7.

Hitlers Generale im Porträt

Wer waren die Männer, die bereits während der 30er Jahre zu Hitlers militärischer Elite zählten und wie weit stellten sie sich in den Dienst des faschistischen Regimes? Diese Fragen suchen Herausgeber und Autoren des vorliegenden Bandes – sich bewußt in die aktuellen Auseinandersetzungen um die Rolle der Wehrmacht während des Dritten Reiches einmischend – anhand relativ knapper biographischer Skizzen zu beantworten. Aus der Gesamtzahl von 3191 Generalen und Admiralen, die es zwischen 1933 und 1945 in Deutschland gegeben hat, wählten sie 33 aus, darunter viele bekannte und manchen, dem bislang noch keine Biographie gewidmet worden ist.

Aufgenommen wurden auch Angehörige des in der Literatur oft weniger beachteten Führerkorps der Militärjuristen und Militärärzte (Generalarzt Ernst Rodenwald, Generaloberstabsrichter Rudolf Lehmann), außerdem ein SS-Oberstgruppenführer (Paul Hausser). Eine Abhandlung Peter Steinbachs „Zwischen Gefolgschaft, Gehorsam und Widerstand“ beschließt den Band. Er spricht vom damaligen soldatischem und kameradschaftlichem Versagen der Generale und Admirale und meint konstatieren zu können, daß „die Zeit des unbedingten Gehorsams von Militärs vorüber ist, daß sich auch militärischer Gehorsam an Zielen einer menschenwürdigen Gesellschaft auszurichten“ habe.

Alle Beiträge analysieren in betont zurückhaltender Sachlichkeit das Verhältnis der Militärs zu NSDAP und nationalsozialistischer Ideologie, zu Hitler und zur faschistischen Kriegführung. In unterschiedlichem Maße wenden sich die Verfasser sowohl gegen verharmlosende oder gar rechtfertigende Legenden als auch gegen einseitige Verurteilungen. Nachdrücklich wird die traditionelle konservativ-nationale Prägung des Offizierskorps hervorgehoben und als einer der entscheidenden Faktoren für die Akzeptanz der Naziherrschaft und selbst deren verbrecherischster Befehle bewertet.

Der gute Gesamteindruck schließt Detailkritik nicht aus. So bleibt z. B. unerklärlich, weshalb im Beitrag über Beck dessen Auseinandersetzung mit dem Ludendorffschen Konzept des „totalen Krieges“ nicht einmal erwähnt wird. Keitels Rolle wird ausschließlich als die eines Befehlsempfängers gesehen, noch dazu soll er vor allem unter dem Einfluß seiner ehrgeizigen Frau gehandelt haben. Nur an wenigen Stellen wird deutlich, wie begierig Hitlers Dotationen – in der Regel handelte es sich um 250.000 RM – angenommen oder (so bei Keitel und Leeb) sogar noch weiter aufgestockt worden sind; allerdings kündigte der Herausgeber eine eigenständige Arbeit über das „Dienen und Verdienen“ der Wehrmachtsführer an, der mit Interesse entgegenzusehen ist.

Gerd R. Ueberschär (Hrsg.): Hitlers militärische Elite. Bd. 1: Von den Anfängen des Regimes bis Kriegsbeginn. Primus Verlag, Darmstadt 1998, 302 S., DM 49,80.

antifa, Juli 1998, S. 29.

„Amerikadeutsche“ in den Staaten im Visier der NSDAP

Punkt eins des NSDAP-Programms vom Februar 1920 forderte den „Zusammenschluß aller Deutschen“ und die Schaffung eines Großdeutschen Reiches. Wie wir wissen, bedeutete dies wesentlich mehr als eine – auch von anderen politischen Kräften geforderte – Wiederherstellung der Grenzen von 1914 und auch mehr als einen „Anschluß“ Österreichs, denn nahezu jeder dritte Deutsche lebte in einem anderen europäischen Staat. Die Nazis behaupteten außerdem, daß weitere 20 Millionen „Amerikadeutsche“ zum sogenannten Deutschtum gehören würden. Von deren vielfältigen Organisationsbemühungen und -strukturen in den USA handelt das vorliegende Buch.

Im einzelnen unterscheidet die Autorin sorgfältig zwischen Deutschamerikanern, Deutschstämmigen und Amerikadeutschen und weist das völlig überhöhte Zahlenmaterial der Nazis als illusorisch aus. Aufschlußreiches Material bietet das Buch ebenso zur USA-Politik der NSDAP sowie zu den Versuchen ihrer Auslandsorganisation (die zeitweilig sogar einen eigenständigen Gau USA unterhielt), dem Volksbund für das Deutschtum im Ausland, des Deutschen Auslands-Instituts und der Volksdeutschen Mittelstelle, in den USA die zahlreichen deutsch-amerikanischen Vereine als „Bewegung“ zu bündeln, um sie als Instrument der faschistischen Außenpolitik nutzen zu können. Im Unterschied zu „geschichtsrevisionistischen“ Auffassungen, welche die im Dritten Reich propagierte „deutsche Volksgemeinschaft“ nur auf die innerstaatliche Sozialordnung beziehen würden, enthüllt Wilhelm die große Relevanz, die das sogenannte Überseedeschtum in der „Lebensraum“-Politik des braunen Regimes besaß. Dabei unterliegen Tätigkeit und Rolle einzelner Vereine, Institutionen und Personen sowie die Reaktionen der amerikanischen Gesellschaft auf das Wirken der deutschen Faschisten einer lesenswerten Analyse.

Der Leser erfährt u. a. viel über Heinz Kloss (Volkstumsexperte des Stuttgarter Deutschen Auslands-Instituts) und Fritz Kuhn (Leiter des 1936 gegründeten und rund 30.000 Mitglieder umfassenden Amerikadeutschen Volksbundes).

Abschließend erklärt die Verfasserin in ihrer über 1945 hinausweisenden Schlußbetrachtung, daß „das deutsche Element als solches“ in den USA keine politische Repräsentation mehr suche. Dies sei ebenso eine Folge der dargestellten nationalsozialistischen Bemühungen in den Jahren zuvor wie der Tatsache, daß es unter den in den USA lebenden Deutsch-stämmigen keine neonazistischen Tendenzen gäbe. Angaben über die in Nebraska angesiedelte NSDAP/AO und den kürzlich rechtskräftig verurteilten Gerhard (Gary Rex) Lauck sucht man demzufolge hier vergeblich ...

Cornelia Wilhelm: Bewegung oder Verein? Nationalsozialistische Volkstumspolitik in den USA: Transatlantische Historische Studien, Bd. 9. Franz Steiner Verlag Stuttgart 1998, 3289 S., 72,00 DM.

antifa August 1998, S. 28.

Eine folgenreiche Fälschung

Bevor die israelische Autorin mit der Ausarbeitung ihres Buches begann, war sie als Richterin tätig. Immer wieder sei sie, wie in nahezu autobiographischer Weise berichtet wird, auf die berüchtigten „Protokolle der Weisen von Zion“ gestoßen, also auf jenen fingierten Geheimplan, der einen verschwörerischen Weg zur Errichtung der jüdisch-freimaurerischen Weltherrschaft skizziert und der als das Urdokument des modernen Antisemitismus bezeichnet werden kann.

Und so unglaublich es klingen mag: Sie zählen heute noch immer zu den am meisten gedruckten Texten aller Zeiten. Detailliert, präzise, fast kriminalistisch und zugleich in geschliffener literarischer Form wird seziert, wie die „Protokolle“ im Intrigengespinnst des zaristischen Rußlands aus zahlreichen Vorlagen entstanden sind.

Ausführlich geht sie auf die Rolle des religiösen Fanatikers Sergej Nilus ein, der 1905 (im „Jahr der ersten bolschewistischen Revolution“) die bereits seit längerem kursierenden Vorlagen der „Protokolle“ als Anhang in sein Buch „Das Große im Kleinen“ aufnahm.

Im Mittelpunkt des Bandes steht jedoch nicht die „Anatomie“ der Fälschung, sondern das umfangreiche Material, das für den 1934/35 die Geschichte der „Protokolle“ eindeutig erhellenden Prozeß in Bern zusammengetragen worden ist.

Die Schweizer Anwälte Georges Brunschvig und Emil Raas hatten im Namen jüdischer Gemeinden geklagt und die „Protokolle“ als Schundliteratur vor Gericht gebracht. Ihre Bemühungen sowie die des Richters Walter Meyer werden ausführlich dargestellt.

Die Prozeßakten bieten der Autorin zugleich den darstellerischen Rahmen für ihre eigenen Schilderungen und Interpretationen. Immer wieder folgt sie den Arbeitsschritten der Ankläger. In diese fügt sie auch informative Aussagen über frühere Auseinandersetzungen und andere Prozesse ein.

So erfährt der Leser viel über die Geschichte des Buches „Der internationale Jude“ von Henry Ford, über die aufklärerischen Bemühungen von Philip Graves, über den Prozeß in Südafrika von 1934, über einzelne Personen, die in den Zeugenstand gerufen worden waren, sowie über eine Vielzahl widersprüchlicher, gerissener und unverschämter Argumentationen fanatischer „Verteidiger“ des antisemitischen Machwerks. Ebenso aufschlußreich wird über die Versuche deutscher Institutionen (z. B. des vom Braunen Haus geschaffenen und von Ulrich Fleischhauer geleiteten „Weltdienstes“) berichtet, den Prozeß zu beeinflussen und für die Propaganda des Dritten Reiches zu nutzen.

Zustimmend zitiert die Autorin aus einem Artikel der Londoner „Times“ von 1983: „Wenn man bedenkt, welche Tragödien sie bereits ausgelöst haben und noch auslösen können, dann sind die Protokolle wohl die erfolgreichste und heimtückischste Fälschung der Geschichte.“

Umfangreich und bis in feinste Verästelungen verfolgt Hadassa Ben-Itto die einzelnen Fälschungsaktionen und die entlarvenden Bemühungen ihrer Gegner. Das Bild, das sie zu zeichnen vermag, ist außerordentlich beeindruckend, allerdings nicht immer in sich geschlossen.

Mitunter gibt es verwirrende Brüche und Sprünge in ihrer Darstellung, welche die Vielzahl der einzelnen Geschichten um die „Protokolle“ wenig und zudem kaum chronologisch zu bündeln vermag.

Leider verweist die engagierte Autorin nur in sehr allgemeiner Form auf die von ihr benutzte Literatur; Belege fehlen, obwohl sie gerade bei einem solchen Thema angebracht gewesen wären.

So wäre es z. B. gut zu wissen, wann und in welchem Zusammenhang Fleischhauer die folgende, auf Seite 338 zitierte ungeheuerliche, jedoch nicht aus den Prozeßakten entnommene Äußerung von sich gegeben hat: „Der Jude muß aus unserem Kulturkreis verschwinden. Es gibt nur einen Weg, unser Land von dieser schrecklichen Pest zu befreien – die totale, hundertprozentige Eliminierung der Juden, die nur durch ihre physische Vernichtung erreicht werden kann.“

Hadassa Ben-Itto: „Die Protokolle der Weisen von Zion“ – Anatomie einer Fälschung. Aus dem Englischen von Helmut Ettinger und Juliane Lochner. Aufbau-Verlag, Berlin 1998. 419 Seiten, DM 49,90.

antifa, September 1998, S. 29.

Das inszenierte „Plebiszit“

Jene NSDAP-Veranstaltung, die vor 55 Jahren – unmittelbar nach der Schlacht um Stalingrad – am 18. Februar 1943 im Berliner Sportpalast stattfand und in der Goebbels seine berüchtigte Wollt-ihr-den-totalen-Krieg-Rede hielt, findet immer wieder die Aufmerksamkeit von Historikern, Psychologen, Politikwissenschaftlern u. a. Neues scheint sich kaum noch in Erfahrung bringen zu lassen. Vor allem die Zwecke, die der Reichspropagandaminister verfolgte, sind bekannt: Er versuchte, das Stimmungstief der Niederlage an der Wolga zu nutzen, um die Bereitschaft der Deutschen zur totalen Radikalisierung der Kriegführung zu erheischen. Mit wohldurchdachtem Geschick und gerissenem Kalkül erreichte Goebbels, daß sich die Teilnehmer lautstark und fanatisiert dazu bekannten, der Krieg müsse von nun an noch „totaler“ als bisher und als überhaupt vorstellbar geführt werden. Darüber hinaus bemühte er sich, die Kriegsgegner zu spalten; die westlichen Alliierten sollten durch verdeckte Friedensfühler gewonnen werden, gemeinsam mit dem faschistischen Deutschland der Gefahr einer „Bolschewisierung“ Europas entgegenzuwirken.

Dennoch liegt nun ein Band vor, der nicht allein die Rede vorzüglich und einschließlich aller Zwischenrufe und Sprechchöre, sondern erstmalig auch das Echo in Deutschland und im Ausland umfassend dokumentiert. „Ein nüchterner Leser wird erstaunt sein, daß mit so wenig sachhaltigen Argumenten Menschen ... sich erneut zu ‚Siegeszuversicht‘ motivieren lassen konnten“ – so lautet das Urteil des Autors.

Akribisch zeichnet dieser des weiteren auf, was in der Presse anderer Länder geschrieben worden war und wie dies Goebbels in seinen Tagebüchern dargestellt hat. Gerade weil diese manchem Historiker als Top-Quelle der Faschismusforschung gelten, ist die Enthüllung des selektiven und teilweise völlig realitätsfernen Blicks so wichtig, der in der Hinterlassenschaft des eitlen und selbstgefälligen Propagandaministers zum Vorschein kommt; auch dies läßt Fetscher schlußfolgern, Goebbels sei nicht einmal sich selbst gegenüber ehrlich gewesen.

Ebenso enthalten viele andere Passagen aufschlußreiche Informationen und Interpretationen. Aus der Wiedergabe der Reaktionen deutscher Emigranten auf die Goebbels-Rede ist insbesondere das kluge Urteil Thomas Manns hervorzuheben.

Iring Fetscher: Joseph Goebbels im Berliner Sportpalast 1943. „Wollt ihr den totalen Krieg?“, Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 1998, 277 Seiten, DM 38,00.

antifa, Oktober 1998, S. 26.

Vorwärts in die Vergangenheit?

Welten tun sich auf, stellt irgendwo im heutigen Deutschland irgendwer eine nachdenkliche oder gar kritische Frage nach der Rolle des Militärs im Nazi-Reich. So tobt, wie es landläufig heißt, ein „Streit um die Wehrmacht“. Doch eigentlich ist dies keiner, denn allzu klar und eindeutig liegen die Tatsachen auf der Hand: Generäle und Führungsstäbe haben tatkräftig geholfen, den Zweiten Weltkrieg planmäßig vorzubereiten. Sie wußten und billigten, daß es nicht um nationale Interessen oder gar um historisch zu rechtfertigende Ansprüche oder die Rettung bedrohter Deutscher ging. Die Wehrmacht hat auch keineswegs fremde Länder nur erobert und dann deren weitere Geschicke anderen – den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei, der Waffen-SS usw. – überlassen. Nein, sie war für die dort begangenen Verbrechen mitverantwortlich, nicht nur in sie verstrickt oder gar wider ihren Willen hineingezogen. „Lebensraum“ und „Weltmacht Großdeutschland“ – das waren auch ihre Ziele.

Worum aber geht es jetzt, wenn die Rolle der Wehrmacht als wichtigstes Instrument eines aggressiv-unmäßigen Eroberungs- und Vernichtungskrieges bestritten wird? Was bedeutet es, ihren Platz in einem Kriege, der mit verbrecherischen Mitteln geführt wurde und sich auf verbrecherische Ziele richtete, beschönigen zu wollen? Worauf läuft es hinaus, wenn diejenigen kriminalisiert werden, die Kriminelles belegen und anklagen? Gediegene Antworten auf solche Fragen können helfen, Voraussetzungen und Ursachen des rechtsextremen Einflusses in der Bundeswehr sowie die Unglaubwürdigkeit der üblichen „Einzelfall“-Litanei zu erkennen. Sie erhellen zugleich jene Zukunftsvorstellungen, die sich hinter der Sorge von Regierung und Militärs um den angeblich gefährdeten „Ehrenschatz“ der Bundeswehr verbergen.

Nicht zufällig fordern genau diejenigen, die in jüngster Zeit für eine neue militärisch abgestützte Weltmachtpolitik Deutschlands eintreten, zu deren Nutz und Frommen auch eine Bereinigung unliebsamer Geschichte. In die „sakrale Erhöhung alles Militärischen“ – von der Otto Schily 1996 einmal sprach – paßt weder Kritik an der Bundeswehr noch ein Kratzer auf dem Bild der Wehrmacht. Woran Anstoß genommen werden darf, hängt vom Selbstverständnis heute Herrschender ab. Diese schert selbst der Vorwurf wenig, den Gerhard Zwerenz der Abgeordnetenmehrheit des Bundestags während der Deserteur-Debatte ins Stammbuch schrieb: Sie tue nichts anderes, als im nachhinein die Marschbefehle der Wehrmacht sowie den deutschen Eroberungs- und Vernichtungskrieg zu legitimieren.

Die Literatur über die neuen Orientierungen für die Bundeswehr und den Streit um die Wehrmacht läßt sich kaum noch überblicken. Aus ihr ragt jedoch ein Bändchen heraus, das jüngst erschienen ist. Johannes Klotz als Herausgeber und der PapyRossa-Verlag haben fünf Autoren Raum für informative, anregende Beiträge geboten. Aus diesen Untersuchungen geht überzeugend hervor, daß die Wehrmacht keineswegs „sauber“ geblieben ist, wie Nationalkonservative und Rechtsradikale wider besseres Wissen behaupten. Christian Gerlach, der sich insbesondere mit den wirtschaftlichen Aspekten deutscher Besatzungspolitik in der Sowjetunion befaßt, legt dar, in welch hohem Maße die Wehrmacht selbst auf ein Konzept von Deindustrialisierung, Entstädterung und Aushungern setzte. Ihr Verhalten wertet er als Ergebnis einer Übereinstimmung ökonomischer und ideologischer Interessen. Nachdrücklich warnt er vor dem „Mißverständnis“, Vernichtung sei um ihrer selbst willen begangen worden.

Martin Seckendorf fegt das oft zu hörende Argument vom Tisch, ein Vernichtungskrieg sei lediglich gegen die Sowjetunion geführt worden. Seine Recherchen zu den Untaten der Wehrmacht in Italien ergaben, wie mit eindeutigen Mordbefehlen und mit rassistischer Hetze seit dem 8. September 1943 die Deutschen „zu hartem, brutalem Vorgehen gegen die italienischen Soldaten regelrecht aufgeputscht“ worden sind. In Griechenland verhielten sich die deutschen Besatzer nicht anders: Wehrmachtsführer sprachen vom „griechischen Dreckvolk“, vom „Land der Nichtsteuer, Schieber und Korrupteure“ und stachelten zu Verbrechen gegen die als rassistisch minderwertig diffamierten „levantinischen“ Untermenschen an.

Mit gewohnter Präzision und didaktischem Geschick erklärt Reinhard Kühnl, welchen Platz die Wehrmacht im deutschen Faschismus einnahm. Er übersieht dabei keineswegs die Differenzen und

Konfliktpotentiale zwischen Wehrmacht und NSDAP, doch größeres Gewicht hat für ihn die Feststellung, die Generaloberst Brauchitsch im Dezember 1938 als Oberbefehlshaber des Heeres traf: „Wehrmacht und Nationalsozialismus sind desselben geistigen Stammes.“

Wie sich die deutschen „Machtphantasien im Zeichen der Neuen Militärpolitik und des Rechtsradikalismus“ in den Bemühungen der Bundeswehr um ihre Traditionspflege ausnehmen, behandelt Wolfram Wette. Besorgt konstatiert er, wie die seit 1990 verkündete „Neue Normalität“ und das offizielle Verwischen der Grenzen zwischen konservativen und rechtsradikalen Positionen als Erlaubnis zum Rückgriff auf Traditionen der Wehrmacht verstanden wird: „Manche sehen sich legitimiert, nun wieder braunes Theater spielen zu dürfen.“ Seine Thesen über die Ursachen des Rechtsextremismus in der Bundeswehr (s. Ossietzky 7/98) sind bei jeder weiteren Analyse und Debatte unbedingt zu berücksichtigen.

Gerd Wiegels Beitrag „Vorwärts in die Vergangenheit“ beschließt den Band. Hier werden einige jener Geschichtsbilder vorgestellt, die Deutschlands Rückkehr „in die Kontinuität einer imperialistischen Machtpolitik“, die jetzt auch wieder mit militärischen Mitteln verfochten wird, stützen sollen und für Bundeswehrangehörige von besonderer Bedeutung sind.

Das Ergebnis kritischer Bestandsaufnahme deutscher Außen- und Militärpolitik bringt der Herausgeber auf den Punkt: Bislang ist viel zu wenig unternommen worden, um den „Vorbildcharakter der Wehrmacht“ zu brechen. Dieses Defizit steht aller Demokratie entgegen und verheißt für neue krisenhafte Situationen nichts Gutes.

Johannes Klotz (Hrsg.): „Vorbild Wehrmacht? Wehrmachtsverbrechen, Rechtsextremismus und Bundeswehr“, Papy-Rossa Verlag Köln, 177 Seiten, 24.80 Mark

Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, 3. Oktober 1998, Heft 19, S. 602-604.

Aktion „Tannenbaum“

Hitlers Pläne gegen die Schweiz

Ein einziges mitteleuropäisches Land blieb vom Expansionskrieg der deutschen Faschisten verschont, die Schweiz. Doch irrt, wer meint, Hitler habe deren Neutralität bzw. wirtschaftliche Bedeutung akzeptiert und sei allein durch schweizerisches Wohlverhalten zur Mäßigung veranlaßt worden. Ebenso täuscht sich, wer da glauben machen will, die Pläne für einen Überfall auf das Land der Eidgenossenschaft wären lediglich fiktive Präventivplanungen unterbeschäftigter Stäbe gewesen. Mit solchem Aberwitz räumt Klaus Uerner in seinem bereits 1990 erschienenen und jetzt erweiterten Buch kräftig auf. Anhand aussagestarker Dokumente – darunter einige bisher unbekannte, erstmals veröffentlichte – belegt er überzeugend, daß es sich sehr wohl um Angriffskonzepte gehandelt hat, die fortlaufend revidiert, ergänzt, präzisiert und auf die jeweils verfügbaren Truppen abgestimmt worden sind.

Im Sommer und Herbst des Jahres 1940 wurden in den Stäben der Wehrmacht mindestens sechs Pläne ausgearbeitet, die jeweils eine handstreichartige Besetzung der Schweiz vorsahen. Am 4. Oktober 1940 wurden sie unter dem Stichwort „Tannenbaum“ zusammengefaßt. Ihre Entstehungsgeschichte wirft aufschlußreiche Schlaglichter auf die Bemühungen der Naziführung, jede sich bietende Gelegenheit skrupellos zu nutzen. Als Frankreichs Kapitulation abzusehen war, trafen sich Hitler und Mussolini am 18. Juni 1940. Sie verabredeten, die Schweiz zu isolieren; die deutschen Truppen sollten das Gebiet entlang der Linie zwischen Basel und Genf besetzen, die italienischen das südlich gelegene Savoyen. Um demonstrieren zu können, daß deutsche Truppen bereits die französisch-schweizerische Grenze erreicht hätten, wurde am 16. Juni gegen 22 Uhr der Panzerarmee Guderian befohlen: „Noch heute Schweizer Grenze erreichen. Sofortige Meldung aus politischen Gründen wichtig.“ Damit begann eine Aktion, deren militärische Abenteuerlichkeit und Sinnlosigkeit auf der Hand lag: Ein gerade mal zwei Panzer umfassendes Kommando sollte in wenigen Stunden rund 80 km mitten durch französische Truppen hindurch auf den Grenzzort Pontarlier vorstoßen ...

Der militärische Coup gelang zwar, blieb aber bedeutungslos. Die italienischen Faschisten zeigten sich außerstande, Savoyen zu erobern. Doch für Hitler und die Wehrmachtsführung galt: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Am gleichen Tag notierte Propagandaminister Goebbels in seinem Tagebuch, erfüllt von Sieges euphorie und maßlosem Großmachtstreben: „Die Welt wird neu verteilt, und wer sich nicht heranhält, kommt dabei zu kurz.“ In den Schweizern sah Hitler nicht mehr als einen „mißratenen Zweig“ des deutschen Volkes. Dankbar griffen die SD-Berichte auf, was damals auch in der deutschen Bevölkerung gefordert wurde: Die Schweiz dürfe „bei einer Neuordnung Europas nicht übergangen werden“ und sei nach dem Erfolg über Frankreich ebenfalls zu „schlucken“. Noch bis zum späten Herbst 1940 liefen die konkreten Planungen als „Sonderaufgabe“ für die deutschen Truppen im besetzten Teil Frankreichs weiter. Sie wurden schließlich ausgesetzt und erübrigten sich, als am 11. November 1942 auch das restliche Frankreich okkupiert wurde: Die Schweiz sah sich nun total eingekreist.

Zweifellos: Ein lesenswertes Buch, an dem nur zu bemängeln bleibt, daß weder die ebenfalls im Juni 1940 einsetzenden Überlegungen zum Unternehmen „Barbarossa“ noch die unterschiedlichen Positionen in der Berner Politik ausreichend in die Darstellung einbezogen worden sind und so manche Frage zur Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg noch der Klärung bedarf.

Klaus Uerner, „Die Schweiz muß noch geschluckt werden!“ Hitlers Aktionspläne gegen die Schweiz. Pendo Verlag, Zürich 1998. 215 S., geb., 19,90 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 9. Oktober 1998, S. 13.

Kritik und Polemik gegen Goldhagen

Zweifelloos weist Goldhagens viel diskutiertes Buch über „Hitlers willige Vollstrecker“ (neuerdings oft als „HWV“ zitiert) Fehler und Schwachstellen auf. Darin waren und sind sich professionelle Historiker einig.

Dennoch löste es mannigfaltige Zustimmung und emphatische Debatten aus, was besorgte Beobachter zeitgeschichtlicher Debatten bereits von einer Spaltung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft sprechen ließ. Der ersten Welle fachlicher Kritik folgte bekanntlich weit verbreitete Nachdenklichkeit.

Die Fülle der rasch vorgelegten „Bücher zum Buch“ erfährt nunmehr eine weitere Ergänzung, deren Wert und Nützlichkeit zumindest bezweifelt werden kann. Sie vereint die (1997 in den Zeitschriften „Historical Journal“ und „New Left Review“ veröffentlichten) Beiträge der beiden schärfsten Kritiker Goldhagens. Dieser habe seine Thesen anhand einer allzu schmalen Quellenbasis, mit unzulässig selektiven Methoden und ohne jeden Vergleich mit dem Antisemitismus in nichtdeutschen Ländern entwickelt.

Das „HWV“-Opus gilt ihnen als absolut unwissenschaftlich und unhaltbar.

Während Bettina Birn aus ihrer eigenen Kenntnis der von Goldhagen benutzten Archivalien heraus noch relativ sachlich argumentiert, bevorzugt Finkelstein überspitzte Polemik und schreckt auch vor Unterstellungen nicht zurück. Daß „Deutschland eine Nation von mordlustigen Judenhassern war“, läßt sich bei aller berechtigten Kritik an falschen Aussagen und inneren Widersprüchen des Buches von Goldhagen kaum resümieren.

Auch Hans Mommsen – unter den deutschen Historikern wohl der entschiedenste Tadler des jungen Amerikaners – sah sich veranlaßt, vorsichtig auf Distanz zu gehen und zu erklären, man könne die Thesen von Finkelstein als eine spiegelbildliche Verzerrung der Extremposition Goldhagens auffassen.

Allen drei Beiträgen ist anzumerken, wie um eine Erklärung der erstaunlichen Tatsache gerungen wird, daß „Hitlers willige Helfer“ ein Bestseller geworden ist. Während Mommsen meint, Goldhagen habe als eine Art Katalysator für das Aufbrechen einer Jahrzehnte alten „Verdrängungsfront“ fungiert, führt Finkelstein alles darauf zurück, daß mit ihm die Grenze zwischen der „Holocaust-Literatur“ und der „Holocaust-Forschung“ überschritten worden sei. Erstere belegt er insbesondere mit Primo Levi und Elie Wiesel, deren Erinnerungsschriften „sensationalistisch“ und monokausal angelegt seien und inzwischen zu einer regelrechten „Holocaust-Industrie“ geführt hätten.

Wie Goldhagen weichen er und Bettina Birn völlig der zentralen Frage aus, in welchem unauflöslichen Zusammenhang die Kriegs- und Eroberungspolitik der deutschen Faschisten einerseits und der Völkermord an den europäischen Juden andererseits standen.

Norman G. Finkelstein und Ruth Bettina Birn: Eine Nation auf dem Prüfstand. Die Goldhagen-These und die historische Wahrheit. Mit einer Einleitung von Hans Mommsen. Aus dem Amerikanischen von Bernd Leineweber. Claassen Verlag, Hildesheim 1998, 192 Seiten, DM 32,00.

antifa, November 1998, S. 28.

Saubere Militärs ohne eigenen Willen?

„Hitlers Krieger“ im ZDF – die neue Knopp-Serie

Vor einigen Monaten hielt Guido Knopp im Deutschen Nationaltheater zu Weimar eine Rede mit dem beziehungsreichen Titel „Versöhnen heißt nicht vergessen“. Sein Versuch, ein Jahrhundert deutscher Geschichte zu erfassen, scheiterte kläglich. Selbst thüringische Zeitungen, die ansonsten eher obrigkeitlich berichten, ließen Töne der Enttäuschung vernehmen. Was soll man auch von Platitüden halten, die der Leiter des ZDF-Geschichtsressorts da von sich gab? Eine von ihnen lautete: „Die Diktatur kennt keine Demokratie“, eine andere: „... es waren Menschen, die die sogenannte Machtergreifung '33 möglich machten.“

In diesen Wochen meldet sich Guido Knopp wieder zu Wort. Es sind „Hitlers Krieger“, über die er sich – unterstützt von einem riesigen Stab an Mitarbeitern – sowohl am Bildschirm als auch im Buch zur Serie äußert: Erwin Rommel, das „Idol“, Wilhelm Keitel, der „Gehilfe“, Erich von Manstein, der „Strateg“, Friedrich Paulus, der „Gefangene“, Ernst Udet, der „Flieger“, und Wilhelm Canaris, der „Verschwörer“. Über den Bildschirm „geflimmert“ sind bereits Rommel und Manstein, als nächster, am morgigen Dienstag, erscheint Paulus.

Die Auswahl muß schwierig gewesen sein. Immerhin gab es im faschistischen Deutschland weit über 3000 Generale und Admirale, die in ihrer überwiegenden Mehrheit willig und dienstefrig den Krieg vorbereiteten und führten. Kaum einer, der sich nicht mit den Zielen des braunen Regimes identifiziert hätte. Nur ein kleines Häuflein unter den Spitzen von Reichswehr und Wehrmacht verzichtete wegen nicht-„nationalsozialistischer“ Gesinnung auf Beförderung und Anerkennung, und nur ganz wenige Offiziere zeigten sich bereit, gegen den Diktator vorzugehen und dabei auch ihr Leben einzusetzen.

Sechs unterschiedliche Karrieren will Knopp vorstellen. Sie würden vom Konflikt zwischen Gehorsam und Gewissen, Verdrängung und Protest zeugen. Die Summe der Lebensläufe könne Fragen beantworten helfen: Was brachte diese Offiziere dazu, ihr Geschick in den Dienst eines mörderischen Kriegsherrn zu stellen? Was wußten sie von den Verbrechen des Regimes, wie tief waren sie verstrickt? Bis an welche Grenze reichte ihr Gehorsam?

Darin verrät sich bereits das Konzept. Deutsches Soldatentum, verkörpert in den Begriffen Treue und Pflichterfüllung, hat sich dem Dienst für eine schlechte Sache untergeordnet. Eigene Vorstellungen und Ziele scheint es nicht gegeben zu haben. In der Regel hätten sich die Militärs von Politik und Partei ferngehalten. Als ob sich darin politisches Denken und Handeln erschöpfen würde! Daß die Militärs in der Weimarer Republik strikt zwischen Politischem und Militärischem trennen wollten, besaß in ihren Augen gute Gründe. Sie wollten nicht für diesen Staat eintreten und trugen erheblich zu seiner Beseitigung bei. Wer aber will allen Ernstes diese Haltung „unpolitisch“ nennen? Knopp tut es. Möglicherweise kommt deshalb in nahezu allen biographischen Skizzen viel zu kurz, was die „Krieger“ vor 1933 gedacht und getan hatten.

Ohne die Militärs hätte kein Krieg vorbereitet, entfesselt, geschweige denn geführt werden können und wären auch die Kriegsverbrecher unmöglich gewesen. Die Führung des Dritten Reiches sah das deutlicher, als manche Geschichtsinterpreten wahrnehmen wollen. Bekanntlich standen vor der 1938/39 erbauten Neuen Reichskanzlei zwei Breker-Skulpturen: ein Fackelträger und ein Schwertträger. Beide symbolisierten die sogenannten Säulen des Regimes, die Partei und die Wehrmacht. Davon wird nicht berichtet. Ebenso hielten es Autoren und Filmemacher nicht für nötig, eine Erklärung wiederzugeben, die im Dezember 1938 Walther von Brauchitsch – damals im Range eines Generaloberst und Oberbefehlshabers des Heeres – knapp und präzise von sich gab: „Wehrmacht und Nationalsozialismus sind desselben geistigen Stammes.“

Um Tatsachen kommt eigentlich keiner herum. Wer es dennoch versucht, will offensichtlich die verharmlosende These von einer Instrumentalisierung der an und für sich „sauberen“ Generäle durch den „bösen“ Hitler glaubwürdig machen. So finden sich beispielsweise im Beitrag über Rommel ganz in diesem Sinne zahllose Formulierungen: Er sei 1914 der allgemeinen Kriegshyste-

rie und nach 1933 dem Einfluß des neuen Reichskanzlers „erlegen“, er ließ sich „täuschen“, sei in den Bann des Diktators „geraten“ und habe sich von diesem „an der Nase herumführen lassen“. An anderen Stellen wird davon gesprochen, die „Militärs“ hätten eigentlich einen „Krieg ohne Tadel“, einen „fairen Krieg“, einen „Soldatenkrieg“ oder einen „Krieg ohne Haß“ führen wollen. Die Sprache ist verräterisch, auch wenn es heißt, die deutsche Generalität habe sich in einem „Dilemma“ befunden. Häufig wird ihr ein Fluchtverhalten attestiert; sie sei vor der „Verantwortung“ geflohen oder habe sich – zum Beispiel Keitel – in Arbeitswut und „grenzenlosen Gehorsam“ geflüchtet. Wen wundert's also, daß jene kritischen Einschätzungen, die Heinrich Graf von Einsiedel und Inge Deutschkron im Film über Rommel äußern durften, im Buch nicht vermerkt sind.

Mehrfach ist von „militärischen Genies“ die Rede, ebenso von tapferen, mutigen, entschlossenen, beherzten, leistungsstarken Kriegern. Doch inwieweit Kriegsvorbereitung – an ihr waren alle schon beteiligt, als Hitler noch nicht an die Macht gebracht war – und Krieg gegen die Menschlichkeit verstoßen, wird als Problem völlig ausgeblendet.

Mit der These vom „unpolitischen“ Militär, das unter dem gewaltigen Druck der Verhältnisse versagt habe, erscheint nicht zuletzt eine Grenze zwischen Politik und Wissenschaft als aufgehoben. Jene, die in jüngster Zeit für eine neue deutsche und militärisch abgestützte Weltmachtpolitik eintreten, fordern zu deren Nutz und Frommen auch eine Bereinigung unliebsamer Geschichte. In die neuerliche „sakrale Erhöhung alles Militärischen“ – von der Otto Schily vor Jahren gelegentlich sprach – passen weder Kritik an der Bundeswehr noch Kratzer auf dem Bild der Wehrmacht. Und woran unumgänglich Anstoß zu nehmen bleibt, das hat sich dem Selbstverständnis heute Herrschender anzupassen. So unterstützt, wird wohl auch weiterhin um die Wehrmacht „gestritten“ und soll versucht werden, Tatsachen zu bestreiten, an denen es nichts zu deuteln gibt: Hitlers Generäle und Führungsstäbe haben tatkräftig geholfen, den Zweiten Weltkrieg vorzubereiten. Sie waren für die am Frieden und die im Kriege begangenen Verbrechen mitverantwortlich, nicht nur in sie verstrickt oder gar wider ihren Willen hineingezogen.

„Hitlers Krieger“ jeweils Dienstags im ZDF um 20.15 Uhr; das Buch zum Film erschien dieser Tage im Bertelsmann Verlag (415 S., geb., 46,90 DM).

Neues Deutschland, Montag, 2. November 1998, S. 12.

Fiktive Unverträglichkeit?

Betrachtungen zu Ian Kershaws Hitler-Biographie und deren Ansprüchen

Zu den rund 120 000 Büchern die bislang über Hitler geschrieben worden sind, ist nun ein neues gekommen. Ein großes? Ja, so könnte man meinen, wenn allein dem Urteil gefolgt wird, um das sich in Deutschland sowohl geschäftstüchtige Reklame-Strategen als auch die vorherrschenden Meinungsmacher bemühen. Annoncen, Rezensionen, Vorträge und Interviews ließen das Erscheinen des Buches vor ein paar Wochen zu einem Ereignis werden; allein die FAZ widmete ihm mehrere ihrer teuren großformatigen Seiten.

Obgleich inzwischen andere Themen wieder das Feuilleton beherrschen, lohnt ein Blick auf das wissenschaftliche und politische Anliegen des britischen Historikers, der gegen den „Schoß“ anschreibt, aus dem damals der deutsche Faschismus gekrochen ist. Mit Kershaw kann keiner argumentieren, der am liebsten das Nazi-Kapitel zu einem „Betriebsunfall“ in der ansonsten so heilen und ehrwürdigen deutschen Geschichte deklarieren und die faschistische Herrschaft als völlig überwundene Ausnahme von der Regel hinstellen möchte. Auf ihn wird sich auch niemand berufen können, der nach wie vor alle Schuld allein der „charismatischen“ Person namens Adolf Hitler zuschieben gedenkt, um von anderen Ursachen und eigenem Versagen ablenken zu können.

Kershaw verhehlt nicht, eigentlich kein Biograph sein zu wollen. Nach eigener Bekundung geht es ihm vielmehr um die Beantwortung der Frage, wie und wodurch die verheerende Macht eines Mannes möglich geworden ist, den er als einen Exponenten der deutschen Gesellschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sehen, aber nicht als Ursache ihrer Entwicklung zwischen 1918 und 1945 verstehen will. Dem „Führer“ attestiert er ausdrücklich geringe geistige Gaben und das Fehlen sozialer Fähigkeiten. Außerhalb seines politischen Lebens sei er „wenig mehr als ein herrenlos auf den Wellen treibendes Boot“ und weitgehend ereignislos“ gewesen. Die Politik sei zu Hitler gekommen, wird konstatiert, und dieser nicht zu ihr gegangen. Man müsse auf das Wesen seiner Macht und daher nicht so sehr auf seine Persönlichkeitsmerkmale, sondern in erster Linie auf die anderen schauen, d. h. in Kershaws Diktion auf jene, die „Hitler unterschätzten, Fehler begingen, Schwächen hatten und mit ihm kollaborierten“. Im unaufhörlichen Streit zwischen Historikern, die sich – benannt als „Intentionalisten“ – auf Hitler konzentrieren und aus seiner Persönlichkeit heraus den Geschichtsverlauf zu erklären versuchen, und jenen, die eher von den gesellschaftlichen Strukturen sowie von den Funktionen Hitlers für die Gesellschaft sprechen, nimmt Kershaw eine vermittelnde Position ein. Sowohl als auch – so könnte sein methodischer Grundsatz lauten, denn er will beide Betrachtungsweisen zusammenbringen. Er sucht eine Synthese unterschiedlicher Forschungsansätze und beruft sich ausdrücklich auf Karl Marx, der bekanntlich davon gesprochen hatte, daß die Menschen ihre eigene Geschichte machen würden, dies aber nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.

Zweifellos ist diese neue Biographie allemal besser als jene Vielzahl hitlerzentrierter, persönlichkeitsorientierter, psychologisierender oder irrationale Faktoren in den Vordergrund schiebender Darstellungen. Ein solches Lob muß sein. Kershaw hat ein anregendes und viele Zusammenhänge erhellendes Werk vorgelegt. Es befindet sich – von Ausnahmen abgesehen – auf dem neuesten Stand der Forschung (wovon auch die zirka 3300 Fußnoten zeugen), es ist hervorragend geschrieben und bietet gute Einblicke in historiographische Auseinandersetzungen unter den Geschichtsschreibern westlicher Provenienz. Dennoch: Für eine allzu überschwengliche Anerkennung besteht kein Anlaß, gerade wenn das Ergebnis am Anspruch des Autors gemessen wird. Es gibt doch manche Unzulänglichkeiten, von denen hier nur einige exemplarisch benannt werden können. Sie lassen sich vor allem aus Beschränkungen erklären, die das Beziehungsgeflecht zwischen Individuum und Gesellschaft in der Darstellung erfährt. Zwar sieht Kershaw seinen Hitler als ein Produkt der Gesellschaft, was er allerdings mit letzterem Begriff meint, geht kaum über „gesellschaftliche Erwartungen und Motivationen“ hinaus, die Hitlers Anhänger auf ihn übertragen hätten. Wie die Stimmungen und Emotionen zustande kamen, welche Interessen und Widersprüche ihnen zugrunde lagen, das interessiert ihn kaum. Von ihren Ursachen erfährt der Leser wenig.

Die Geschichte der Gesellschaft, welche Hitler die Basis seiner Macht bot, aus solchem Verständnis heraus gesehen, führt auch zu Einengungen des Blickwinkels und peinlichen Lücken: So erscheint der Erste Weltkrieg, dessen Bedeutung für das aggressiv-expansionistische und völkisch-rassistische Konzept großer Teile der deutschen Eliten nicht überschätzt werden kann, lediglich als Folie für nationalistische Bewußtseinsprozesse in einer undifferenziert dargestellten Bevölkerung oder als Stichwort, das helfen soll, Begeisterung und Enttäuschung unter den Deutschen zu erklären. Die Novemberrevolution gilt Kershaw im Grunde nur als ein Ereignis, auf das speziell in Bayern reagiert worden ist und das antikommunistische Gesinnung bewirkte. Über das Münchener Umfeld, das in seiner Gänze die Entstehung der DAP und ihres Weges zur NSDAP beförderte, wird unzureichend berichtet. Im Vordergrund stehen die Bemühungen der Reichswehr, ansonsten finden hier selbst die berüchtigte Thule-Gesellschaft und ihre reaktionären Aktionen nur einmal eine fast beiläufige Erwähnung. Von jenem breiten Netzwerk aus politischen Parteien und paramilitärischen Verbänden, Vereinen und Zirkeln, Verlagen und Zeitschriften sowie aus Einrichtungen und Gelehrten der Universität, das den Geist der Revanche für die Niederlage von 1918 und des völkisch-nationalistischen Rassismus verbreitete, das gleichsam Sorge für den Bedarf an einem neuen „Führer“ trug, erfährt der Leser zu wenig, um sich ein zutreffendes Bild von der die faschistische Bewegung ermöglichenden deutschen Gesellschaft machen zu können. Der notwendige Blick auf das reale Geschehen muß sich trüben, wenn auf Seite 181 überzogen von „Menschenmassen“ gesprochen wird, die bereits 1919 und 1920 Hitler zugeströmt seien. Ebenso wirkt es zumindest überraschend, daß dem 25-Punkte-Programm der NSDAP lediglich eine knappe Seite gewidmet wird, an dessen Spitze die Forderung nach einem „Reich aller Deutschen“ stand und nicht nur, wie Kershaw erwähnt, die nach „Großdeutschland“.

Sehr deutlich charakterisiert Kershaw jene Kräfte in Bayern, die Hitler zu seinem Start in der Politik verholfen und ihn zu einer Schlüsselfigur der bayerischen Rechten gemacht hatten. Er weist auch nach, daß sie es waren, die nach dem Putsch vom 9. November 1923, als Hitlers Karriere hätte beendet sein können, Pläne zu seiner Rettung entwickelten. Ähnliches wäre zu erwarten gewesen bei der Darstellung der Rolle deutscher Wirtschaftseliten, die sich nach der Wiedergründung der NSDAP für diese Partei interessierten – was sie taten, ohne ihr bereits für die Zukunft eine größere Rolle zuzutrauen – und den „Aufstieg“ Hitlers in unterschiedlichster Weise förderten. Ausführlich wird beschrieben, wie und mit welchen Thesen Hitler in Veranstaltungen mit „betuchtem“ Publikum auftrat, doch über diese oft begeistert reagierende Zuhörerschaft schweigt sich der Autor aus. Möglicherweise zeigt sich hier ein Tribut, den Kershaw an die „Abwicklung“ der DDR-Faschismusforschung zu zahlen bereit ist: Bezeichnete er z. B. 1988 in seinem Buch „Der NS-Staat“ die fundamentale Arbeit von Kurt Gossweiler über die Rolle von Kapital und Reichswehr für die NSDAP als eine „gut durchdachte Darstellung“, so ist ihm diese (wie auch Gossweilers Band „Aufsätze zum Faschismus“ und so manches andere Werk) heute keine Erwähnung wert. Es spricht auch nicht unbedingt für einen Autor seines Ranges, lediglich einzelne überzogene und schon lange vor 1989 überwundene Positionen marxistischer Historiker zu zitieren und damit ein generell negatives Urteil zu verbinden.

Seine zentrale These entwickelt Kershaw im umfangreichen 13. Kapitel, das „Dem Führer entgegen arbeiten“ betitelt ist. Hitler habe Diktator sein können, weil andere sich darum bemüht hätten, ihm in seinem Sinne „entgegen zu arbeiten“. Ohne die radikalen Initiativen von unten und deren Rückendeckung von oben wäre das Regime nicht funktionsfähig gewesen. Diese These hat viel für sich und wäre sinnvoll zu diskutieren. Ihr ambivalenter Charakter darf jedoch nicht übersehen werden: Sie unterstellt Anpassung, Bereitwilligkeit, Opportunismus, aber auch eigenständige Absichten und Konzepte usw. Eine Schlußfolgerung, die aus ihr in einer von Kershaw betreuten Fernsehdokumentation gezogen wurde, sollte besagen, daß die Manipulation des Regimes „von unten“ (z. B. durch Denunziationen) wichtiger gewesen sei als die von oben. Damit wird ein verzerrtes Bild vom historischen Geschehen und den diktatorischen Verhältnissen gezeichnet. Was der „Stellvertreter“ Rudolf Heß 1933 strikt forderte, Kershaw aber nicht zitiert, war in vieler Hinsicht eindeutiger: Jeder müsse mit den Augen des Führers sehen lernen ... Möglicherweise handelt es sich bei dem Versuch,

biographische und sozialgeschichtliche Sichtweisen unter einen Hut zu bringen, tatsächlich um ein zum Scheitern verurteiltes Unterfangen. Kershaw will jedoch nur eine „fiktive Unverträglichkeit“ beider Methoden des geschichtswissenschaftlichen Arbeitens gelten lassen. Das läßt hoffen, denn trotz seines anerkennenswerten Bemühens ist Zusammengehörendes noch immer nicht zusammengewachsen. Sollte es nur ein quantitatives Problem sein? Eine in Italien erschienene Biographie Mussolinis umfaßt insgesamt fünf Bände. Der britische Historiker hat nur noch einen zweiten Band angekündigt, der im nächsten Jahr erscheinen und die letzten neun Lebensjahre Hitlers erfassen soll. Man darf auf jeden Fall gespannt sein.

junge Welt, Dienstag, 03.11.1998, S. 12.

Gespensstisches Vorspiel

Vor 75 Jahren: Der Hitler-Ludendorff-Putsch

Bei aller Notwendigkeit, die erschütternden Ereignisse vom 9 November 1938 nicht zu vergessen und Erinnerungsarbeit zu leisten, darf ein anderes Datum nicht ausgeblendet werden: Zur Vorgeschichte des Pogroms gehörte auch jener Putsch, mit dem die späteren Täter bereits 1923 ein diktatorisches Regime hatten errichten wollen.

Unter Hitlers Führung war am Abend des 8. November 1923 eine bewaffnete SA-Formation in den Münchener Bürgerbräukeller eingedrungen, um in einer Veranstaltung regierender bayerischer Kreise den Beginn einer „nationalen Revolution“ auszurufen. Es sei, so wurde verkündet, eine neue Reichsregierung mit Adolf Hitler, Erich Ludendorff und Gustav Ritter von Kahr an der Spitze gebildet worden. Die Verantwortlichen für die Revolution von 1918/19 – wüst als jüdische Novemberverbrecher beschimpft – sollten vor ein Gericht gestellt und innerhalb von drei Stunden hingerichtet werden. Augenzeugen berichteten von begeistertem Geschrei und dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes.

In der Nacht zum 9 November 1923 gaben die Putschisten dann noch eine Probe ihres terroristischen Könnens: Der „Stoßtrupp Hitler“ stürmte und verwüstete auf Befehl Hermann Görings das Verlagsgebäude der sozialdemokratischen „Münchener Post“. Unter Leitung des Hauptmanns Ernst Röhm besetzte eine Gruppe das Wehrkreiskommando. Rudolf Heß organisierte die Geiselnahme und Bewachung von Mitgliedern der bayerischen Regierung und des Münchener Stadtrates. Aus einer Buchdruckerei stahlen sie den Sold für ihre SA-Meuten.

Und wahllos wurden jüdische Bürger verhaftet. Um dem Putschversuch Nachdruck zu verleihen, befahl die NSDAP ihre Anhänger für die späten Vormittagsstunden des 9. November zu einem „Erkundungs- und Demonstrationmarsch“ durch die Münchener Innenstadt. Eine Polizeisperre konnte den Zug der rund 3000 Faschisten zunächst nicht aufhalten; beim ersten Schuß, so hatte Göring gedroht, werde man die inhaftierten Geiseln erschießen. Als das Regierungsviertel erreicht wurde, fiel ein Schuß, dem ein kurzer heftiger Feuerwechsel folgte. Bei der Feldherrnhalle stoppten einige Salven der hier aufmarschierten Landespolizei nun die vordringenden Putschisten. 16 Mitglieder der NSDAP und drei Polizisten lagen tot oder sterbend auf der Straße. Ludendorff und einige wenige noch ließen sich an Ort und Stelle verhaften. Ansonsten zerstreuten sich die Marschierer in wilder Flucht, allen voran Hitler.

Nach den Gesetzen der Weimarer Republik hätten die Putschisten als Hochverräter bestraft werden müssen. Doch das rechte Auge der Justiz erwies sich wieder einmal als blind. Zwar sprach das Münchener Volksgericht am 1. April 1924 eine Strafe aus, die deutlich machen sollte, daß der Putsch zur falschen Zeit, mit falschen Mitteln und mit falschen Verbündeten versucht worden war. Die Urteile indes blieben milde. Hitler erhielt zwar fünf Jahre Festungshaft, allerdings stellte das Gericht ihm die Entlassung mit Bewährungsfrist nach einem halben Jahr in Aussicht. Auch die anderen Urteile ließen nur Distanzierung von der Tat, nicht von den Tätern und deren Gesinnung und Zielen erkennen.

Noch nicht einmal ein Jahr darauf durfte sich die NSDAP erneut konstituieren. Barbarisch-antisemitische Aktionen folgten. Eine davon drei Jahre nach dem gescheiterten Putsch: Am 10. Juni 1926 legte die NSDAP-Fraktion dem Thüringer Landtag sieben Gesetzentwürfe zur Entscheidung vor. Diese sahen den Ausschluß von Juden aus öffentlichen Ämtern vor, ferner deren „Nichtzulassung“ als Ärzte, Notare, Vieh- und Getreidehändler, Studenten und Schüler. Doch damit nicht genug: Was später als „Arisierung“ praktiziert wurde, ließ sich in der Forderung erkennen, die „Ostjuden aus dem Freistaat Thüringen“ auszuweisen und ihr „Vermögen“ zu beschlagnahmen. Wohin die Reise also gehen würde, sollte die NSDAP jemals Regierungsgewalt übernehmen, war bereits damals klar – in diesem Falle nachzulesen in der Denkschrift der Nazi-Fraktion im Thüringer Landtag, die ihr Weimarer Mitglied Willy Marschler veröffentlichte ...

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 14./15. November 1998, S. 15.

„Fort mit dem Schlafrock, die Stiefel her ...“

Die Metamorphose bürgerlicher Parteien 1918

Im Satireblatt „Kladderadatsch“ erschien am 19. Januar 1919 - es war der Tag, an dem die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung gewählt wurde – ein Spottgedicht über das Verhalten der bürgerlichen Parteien in der Novemberrevolution:

„Das Vaterland durchbraust ein Sturmeswehen,
Da können, da dürfen wir nicht stille stehen.
Fort mit dem Schlafrock, den gestickten Schuh'n!
Die Stiefel her! Wir müssen etwas tun.“

Auf die Frage, was denn zu tun sei, hieß es lakonisch; „Wir wechseln unsre Firmen.“

Tatsächlich war der Austausch von Firmenschildern bereits im November und Dezember 1918 vor sich gegangen. In rascher Folge entstanden aus den alten Parteien die Bayerische Volkspartei (12. November), welche sich vom katholischen Zentrum abspaltete, die Deutsche Demokratische Partei (20. November), die Deutschnationale Volkspartei (24. November) und die Deutsche Volkspartei (15. Dezember). Die Deutsche Zentrumspartei - ihre Parole lautete „Mit der alten Fahne in die neue Zeit“ - nannte sich vorübergehend Christdemokratische bzw. Christlichsoziale Volkspartei. Generell wollten sie nun alle eine „Volks“-partei sein, um ihre in der Regel während der Revolution nach links tendierenden Mitglieder halten und möglichst zahlreiche neue hinzugewinnen zu können. Gewandelt, modernisiert, neu, volksverbunden - ein solches Bild wollte ihre werbesüchtige Selbstdarstellung suggerieren.

Die „Freiheit“, das Organ der USPD, schrieb am 15. November dazu: „Das politische Programm dieser in seinen Anfängen stehenden bürgerlichen Bewegung heißt: Einigung möglichst aller bürgerlichen Parteien zur Vorbereitung für den Wahlkampf zur Nationalversammlung, Verwischung aller Parteigegensätze innerhalb des Bürgertums, Kampf gegen den Sozialismus unter der Parole ‚Schutz dem Privateigentum‘.“

Hektisch beteiligten sich die bürgerlichen Parteien auch an der Gründung und den Aktivitäten anderer, überparteilicher Organisationen. Sie unterstützten die Bürgerräte, Einwohnerwehren, Freikorps und Vereine wie die „Antibolschewistische Liga“. Zugleich bemühten sich die parteipolitischen Träger des gestürzten Regimes, so viel wie nur irgend möglich von ihren früheren Machtinstrumenten in die neuen Verhältnisse hinüber zu retten. Viele „Herzemonarchisten“ stellten sich auf den Boden der Tatsachen und betätigten sich als „Vernunftrepublikaner“, keinesfalls aber wollten sie ihr „Haupt unter die neue Obrigkeit“ beugen. Mit aller Deutlichkeit formulierten vor allem jene bürgerlichen Politiker diesen antirevolutionären Kurs, welche der sozialdemokratische Volksbeauftragte Friedrich Ebert zur weiteren Tätigkeit in den Reichsämtern anhielt. Bereits am 14. November schrieb das „Berliner Tageblatt“: „Der gegenwärtige Zustand, daß zahlreiche bürgerliche Elemente die öffentlichen Geschäfte führen unter der Diktatur einer ihnen prinzipiell fremden Obrigkeit, mag im Augenblick als Notbehelf unvermeidlich sein; aber er ist nur auf kürzeste Zeit haltbar“. Offene Worte, dennoch berief Ebert den Verfasser dieses Artikels an die Spitze der für die deutsche Innenpolitik zuständigen Behörde und beauftragte ihn zugleich mit der Ausarbeitung eines Entwurfs der neuen Verfassung.

Hugo Preuß – von ihm stammte der Text – erwies sich angesichts der Entwicklung in der Weimarer Republik allerdings als einer der wenigen lernfähigen Demokraten. Er unterstützte 1922 den zum Zentrum gehörenden Reichskanzler Joseph Wirth: „Der Feind steht rechts!“. Zwei Jahre darauf kritisierte er als Erbübel, Schwäche und Kurzsichtigkeit des deutschen Bürgertums, daß es leider dazu neige, „die Gefahren von links mit einem Vergrößerungsglas und aus Furcht vor diesen Gefahren die von rechts gar nicht zu sehen“. Aus solcher Erkenntnis heraus wäre verantwortungsvolle Politik auf einen Ausbau der Weimarer Demokratie zu richten gewesen. Doch da dies nicht geschah, blieb die parlamentarische Demokratie unvollkommenes Stückwerk, das leicht ausgehöhlt und nach rechts gewendet werden konnte. Als die Weltwirtschaftskrise begann und die Nazis ihre ersten grö-

ßeren Erfolge errangen, schienen die Warnungen von Wirth und Preuß völlig vergessen. Neurotische Furchtsamkeit und hysterische Realitätsverkenntung führten zu immer weiter nach rechts gewendeten Formen der parlamentarischen Demokratie und ließen bedenkenlos, nahezu gierig nach der sich anbietenden rechtsextremen „Hilfe“ greifen.

Woran mag es also liegen, wenn gegenwärtig erstaunlich wenig über jene Revolution gesprochen wird, die ein morsches und kriegsschuldbeladenes Regime hinwegfegte, die den Ersten Weltkrieg beenden half und einen ernsthaften Versuch unternahm, mit belastenden Traditionen vorausgegangener Jahrhunderte zu brechen sowie den verhängnisvollen Einfluß des preußisch-deutschen Militarismus einzudämmen? Im Vergleichs zu dem, was die Zunft der Historiker und die bundesrepublikanischen Medien zum 150. Jahrestag der Revolution von 1848/49 veranstalteten, ist Funkstille über den November des Jahres 1918 angesagt. Wird diese gelegentlich unterbrochen, erfährt der Leser aus Zeitungen und Zeitschriften allenfalls etwas über das Wirken der Sozialdemokratie sowie über die Entstehung jener Organisationen, die danach am rechten bzw. am linken Rand des deutschen Parteienwesens existierten. Über die anderen Parteien und deren Kampf gegen den Weimarer Staat wird beharrlich geschwiegen. Sollte es wirklich unwichtig sein zu wissen, wie sich jene verhielten, die zuvor voller Begeisterung in den Krieg gezogen waren, die Monarchismus und Militarismus lautstark bejubelt, die noch im Sommer und Herbst 1918 üble Durchhalte-Parolen auf ihre Fahnen geschrieben hatten? Auch aus ihren Reihen erhielten später die deutschen Faschisten Förderung und Zulauf, bis ein Nazi schließlich formulieren konnte, es habe niemals „ein kleineres und kläglicheres Geschlecht von Verrätern als das von 1918“ gegeben. Das Verdammungsurteil stammt aus jenem Jahr, in dem die Weimarer Republik endgültig zerschlagen wurde. Die historischen Schuldanteile von DNVP, DVP, BVP, Zentrum an der Fehlentwicklung und dem Untergang Weimars waren gewiß nicht die geringsten.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 28./29. November 1998, S. 15.

Debatte um Präventivkrieg

Die These, Hitler sei am 22. Juni 1941 lediglich einem Überfall der UdSSR auf Deutschland zuvorgekommen, wurde in der Stunde des Angriffs in die Welt gesetzt und gehörte zum Propaganda-Arsenal der deutschen Faschisten. Nach 1945 wurde sie zwar von rechtsextremen und nationalkonservativen Kräften gelegentlich aufgewärmt, eine neue Blüte erlebte sie jedoch erst Mitte der 80er Jahre, als Ernst Nolte den „Historikerstreit“ auslöste, und natürlich nach dem Zusammenbruch des realsozialistischen Systems. Herausgeber und Autoren des vorliegenden Bandes widerlegen sie nun erneut mit überzeugenden Argumenten, welche sich neben bereits bekanntem Material auch auf jene Dokumente stützen, die erst in jüngster Zeit aus russischen Archiven bekannt geworden sind. Insbesondere anhand der Quellen, deren Wiedergabe nahezu die Hälfte des Bandes füllt, kann sich jeder Leser ein Bild vom Wert – genauer: vom Unwert – der Behauptungen von Nolte, Ernst Topitsch, Joachim Hoffmann, Günther Gillessen, Gerd-Klaus Kaltenbrunner oder Werner Maser machen. Sie leugnen die tatsächlichen Ursachen des deutschen Überfalls und charakterisieren den Zweiten Weltkrieg als Krieg „zweier Diktatoren“ oder ganz und gar als „Stalins Krieg“.

Demgegenüber läßt sich als Fazit aller soliden und gut aufeinander abgestimmten Beiträge der beiden Herausgeber sowie von Wolfram Wette, Wigbert Benz, Bernd Bonwetsch, Michail I. Semirjaga, Nikolai M. Romanicew und Alexander I. Borosnjak erkennen, daß die Rote Armee 1941 weder eine Offensive vorbereitet hat noch zu einer solchen fähig gewesen ist und daß selbst die deutsche Führung 1941 von keiner akuten Bedrohung durch die sowjetischen Streitkräfte ausgegangen ist. Nach Auffassung Ueberschärs drohen sich in den jüngsten Debatten um die Präventivkriegsthese die Grenzen zwischen der seriösen Geschichtswissenschaft und der apologetischen Literatur zu verwischen. Mehr und mehr würden auch die Übergänge zwischen konservativen und neonazistischen Positionen als „fließend“ erscheinen. Es sind eben nicht allein Außenseiter, Ewiggestrige, Hobbyhistoriker und Autoren aus dem rechtsextremen Umfeld, die den Präventivkriegsthese-Gedanken verbreiten wollen. Es handelt sich um renommierte nationalkonservative Kräfte aller Art, die solche Positionen „salonfähig“ machen und sich damit – nach einem Wort Arno Klönnes – bereits „in philosophischen Vorräumen des historischen Faschismus“ befinden. Und wohin mag wohl der neue „Historikerstreit“ in Rußland führen? hier wurden z.B. seit 1992 mehr als eine Million Exemplare des berühmten „Eisbrecher“-Buches von Viktor Suworow (d. i. Wladimir B. Resun) verkauft.

Gerd R. Ueberschär/Lev A. Bezymenskij (Hrsg.): Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941. Die Kontroverse um die Präventivkriegsthese. Primus Verlag, Darmstadt 1998, 291 Seiten, DM 49,80.

antifa, Dezember 1998, S. 25.

Die Geschichte der NSDAP als Erfahrung für die Gegenwart

Lassen Sie mich bitte mit der Schilderung zweier Episoden beginnen. Sie stammen aus jener Zeit, da Kurt Pätzold und ich erstmalig über einem Manuskript zur Geschichte der NSDAP brüteten. Dem Erscheinen von „Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens“ wurde 1981 nichts mehr in den Weg gelegt, als der oberste Ideologie-Manager der DDR sein Placet gegeben und gemeint hatte, im Personenregister sollten unter dem Buchstaben „H“ doch mehr Namen als nur die von Hitler, Heß, Himmler und Heydrich auftauchen. Wir betrachteten dies mit der Erwähnung von Honecker, Hoffmann und Hager als erfüllbaren Wunsch. Einem anderen Verlangen wollten wir dagegen nicht folgen: Allen Ernstes hatte einer der Gutachter mit der Autorität eines großen Instituts im Rücken erklärt, es seien jene Kapitel bis 1929 glatt zu streichen, da erst mit der Weltwirtschaftskrise die Geschichte dieser Partei beginnen würde.

Doch gerade um diese wird es heute in hohem Maße gehen. Froh darüber, will ich mich für die Einladung nach Köln danken, zumal Kurt Pätzold und ich ja erst vor kurzem eine „Geschichte der NSDAP 1920-1945“ im hiesigen PapyRossa Verlag veröffentlicht haben. Seither treibt uns mehr denn je die Erwartung spannender, ja auch kontroverser und vor allem hilfreicher Debatten, die vielleicht ein wenig dazu beitragen könnten, eines Tages tatsächlich die faschistische Vergangenheit als erledigten Politikfaktor abhaken zu können. Indes fehlt dahin noch sehr, sehr viel ...

Aktuell wurde das Thema nicht erst seit den DVU-Erfolgen bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt vom April dieses Jahres. Die Auffassung, daß es nach den Bundestagswahlen mit ihrem erfreulich geringeren Stimmenanteil der extremen Rechten dennoch keinerlei Sorglosigkeit geben darf, darf ich in unserem Kreis wohl als selbstverständlich voraussetzen. Nach wie vor existiert ein starkes rechtsextremes Potential in den deutschen Landen, unübersehbar und weitaus furchterregender aber ebenso jenes Potential, das die Gesellschaft einschließlich ihrer etablierten Parteien für den Rechtsextremismus bietet.

Eben in diesem Sinne haben wir unser Buch als „Warnung“ angelegt. Wir sehen im Faschismus eine der Ausgeburten der bürgerlichen Gesellschaft, eine der möglichen Folgen ihres Dranges nach Maximalprofit und Expansion, einen ihrer Versuche, immanente ökonomische oder/und politische Krisen mit terroristischen Mitteln und chauvinistischer Ideologie bewältigen zu wollen. Nicht zuletzt sehen wir den Faschismus als Ausdruck von Bemühungen, effektivste Kapitalverwertungsbedingungen zu schaffen, selbst wenn dies nur durch eine Aufhebung der ursprünglichen aufklärerisch-humanistischen Anliegen des Bürgertums und aller von der Arbeiterbewegung durchgesetzten Beschränkungen seiner Macht erreicht werden kann. Und die NSDAP sehen wir als Bestandteil, Ergebnis und Ausdruck von 25 Jahren deutscher Geschichte sowie zugleich als einen Teil der Geschichte des Parteienwesens im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts.

Wenn im folgenden vorrangig einige Aspekte parteipolitischer Erscheinungs- und Wirkungsformen des deutschen Faschismus in den Jahren der Weimarer Republik benannt werden, ist dennoch zunächst einmal darauf zu verweisen, welches Ausmaß und welche Geschichtsmächtigkeit der Faschismus – nicht zuletzt dank des Wirkens seiner Partei – zu erreichen in der Lage war: Der NSDAP war es gelungen, von einer der kleinsten Organisationen zur mitglieder- und wählerstärksten Partei der deutschen Geschichte zu werden. Ihre Mitgliederkartei verzeichnete, als Hitler ihr beitrug, 55 und 1943, bevor sie „kriegsbedingt“ eingestellt wurde, rund achteinhalb bis neun Millionen Namen. Die NSDAP stand an der Spitze eines – bereits in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre sorgfältig vorbereiteten – umfassenden Organisationensystems, deren einzelne Verbände – gleich ob DAF, HJ, SA, SS u. a. m. – wiederum selbst Millionen erfaßten und in jeden Winkel der Gesellschaft hinein reichten. Ohne sie hätte das faschistische Regime nicht funktionieren können, ohne die „willigen“ Helfer insbesondere aus ihren Reihen wären kein totaler Krieg, keine barbarische Okkupationspolitik und erst recht kein Völkermord zu realisieren gewesen, ohne sie hätte während des Zweiten Weltkrieges das System der rund 20.000 Zwangsarbeiterlager nicht funktionieren können, ohne sie wären schließlich auch nicht die meisten Deutschen bereit gewesen, den Krieg so sinnlos und opferreich bis „fünf Minuten nach zwölf“ zu unterstützen.

Daß die NSDAP aus ihrem ursprünglichen Zustand einer Splitterpartei heraustreten und sich zur erfolgreichen Massenpartei entwickeln konnte, beruhte auf einer Vielzahl geschichtswirksamer, sich vor allem in der Zeit der Weltwirtschaftskrise bündelnder Faktoren. Grundsätzlich gilt: Sie wurde entscheidend von konservativ-deutschnationalen Großindustriellen, Bankiers, Großagrarierern, Militärs, Beamten und Politikern anderer bürgerlicher Parteien gefördert welche sie – in Kenntnis des Programms und der Ideologie des Nationalsozialismus wohlgemerkt – für ihre eigenen wirtschaftlichen, politischen und geistigen Zwecke auszunutzen und organisatorisch zu instrumentalisieren versuchten. Ein solches Bestreben kam letztlich allein der NSDAP zugute.

Seither besagt eine der wesentlichsten geschichtlichen Erfahrungen: Wer damals, speziell in jenen 14 Jahren der Weimarer Republik, das Potential der Rechtsten unter den Rechten zu nutzen versucht hatte, trug dazu bei, es entscheidend zu fördern. Man denke an den bayerischen Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr, der den ersten Putsch der nationalsozialistischen Bewegung vorbereiten half und gleich dem Zauberlehrling die Geister nicht wieder los wurde, als sie ihm überflüssig erschienen. Man denke an das Münchener Volksgericht, das den Putschisten Hitler mit einem Urteil bedachte, in dem auch bei bestem Willen keine Strafe zu erkennen war. Man erinnere sich an die von den Deutschnationalen eingefädelte Kooperation mit der gerade von lediglich 2,8 Prozent der Stimmen in den Reichstag gewählten NSDAP gegen den Young-Plan, zu deren Ergebnis Hof- und Salonfähigkeit der deutschen Faschisten gehörten. Man denke schließlich an das Konzept, das unter den Stichworten „Einrahmung“ und „Zähmung“ in die Geschichte rechtskonservativ-nationalsozialistischer Bündnispolitik einging. Man denke auch an die nahezu rührseligen Nachkriegserzählungen und Unschuldsbeteuerungen, die z. Z. vor allem in der sogenannten Wehrmachtsdebatte und den von Gewissenskonflikten tiefenden Filmen des Herrn Knopp vom ZDF wieder auftauchen.¹

Die Vergangenheit läßt sich allenfalls verdrängen und umdeuten, aber nicht aufheben. Es bleibt dabei: Die Duldung und Unterstützung chauvinistischer und rassistischer Forderungen, der Versuch, sie zu legalisieren und – je nach Möglichkeit und Erfordernis – für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, erhoben den sich braun färbenden Rand der Gesellschaft in den Rang von Normalität. Ihre Träger machten die tagespolitische Einträglichkeit zum obersten politischen Prinzip und ließen schließlich die vielgerühmte „Mitte“ der Gesellschaft zum opferwilligen Spielball selbstzerstörerischer Absagen an jegliche Form von Demokratie werden. Wer seine Gegner hauptsächlich unter den deutschen Linken, unter Antifaschisten aller Richtungen sah, stärkte den Rechten den Rücken, der erleichterte die schrittweise Hinwendung nach rechts und lieferte zugleich Munition für die zahllosen Argumente, mit denen Gefahren kleingeredet und unterschätzt wurden. Wer den Demagogen einer rassereinen deutschen Volksgemeinschaft nach dem Munde redete, besorgte auch deren undemokratische Geschäfte. Und wie nimmt sich das Gesagte aus, setzt man die hier verwendeten Verben in den Präsens? Gewiß kaum anders ...

Die historische Wahrheit gebietet allerdings, auch auf eine andere bittere Erfahrung zu verweisen: Zugunsten der NSDAP wirkte sich ebenso aus, daß zahlreiche Argumente des damals so hilflos versagenden Antifaschismus sich als null und nichtig erwiesen: Bitter rächte sich jede Verniedlichung des Problems, jedes Kleinreden der Gefahren (ich nenne nur den beschwichtigenden Satz: „Deutschland ist nicht Italien“), jede Spekulation auf einen Zerfall, jede Hoffnung auf ein Auseinanderbrechen dieser Partei, jede letztlich aus allzu egoistischen Gründen getroffene Entscheidung gegen antifaschistische Bündnisse und gemeinsame Aktionen aller vom Faschismus bedrohten Kräfte. Bekanntlich wurden die 2,8% der NSDAP bei den Reichstagswahlen vom Mai 1928 in der Presse nicht erörtert; übrigens auch nicht von der „Roten Fahne“. Solche Erfahrung besagt, daß Rechtsextremismus in keinem Falle als eine zu vernachlässigende Größe betrachtet werden sollte, auch wenn er als relativ kleine Partei oder in einer Vielzahl unterschiedlicher Organisationen daherkommt. Sein – wenn ich es einmal so nennen darf – „Gemeinsamkeitspotential“ war damals wesentlich größer als organisationsstrukturelle Differenzen vermuten ließen. An der Lernfähigkeit

¹ Siehe dazu meine Besprechung des letzten Buches von Knopp („Hitlers Krieger“) in: Neues Deutschland vom 2.11.1998, S. 12.

heutiger rechtsextremer Parteien zu zweifeln, kann wiederum bittere Folgen aufweisen. Zersplitterte Organisationen einer bestimmten Parteienrichtung müssen nicht auf immer und ewig von Zusammenschluß und Vereinheitlichung entfernt bleiben ...

Mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise bewegte sich die NSDAP nicht nur mehr und mehr in die bislang zur Mitte der Gesellschaft gehörenden Eliten hinein. In gleicher Weise bewegten sich deren Parteien zu ihr hin. Ohne den Nährboden einer wirtschaftlich krisengeschüttelten, aber ebenso ohne die politisch versagende deutsche Gesellschaft hätte die NSDAP weder so enorm anwachsen und sich entfalten noch an die Macht gelangen können. Und sie selbst erbrachte beträchtliche „Vorleistungen“, um als Faktor bürgerlicher Politik anerkannt zu werden: Dazu gehörte ihre sie von allen anderen Parteien unterscheidende Fähigkeit, programmatisch wie demagogisch an tatsächliche und vermeintliche Bedürfnisse, Wünsche und Ängste der Massen anzuknüpfen sowie eine große Zahl von Mitgliedern und Wählern an die Erfüllbarkeit ihrer Heilsversprechungen dank terroristischer und rassistisch-friedloser Methoden glauben zu lassen. Zu ihren „Vorleistungen“ gehörte auch die durchaus geschickte Verknüpfung ihres Konzeptes „national plus sozialistisch“ mit dem Bemühen, Massen zu politisieren und zu mobilisieren.

Wie keine andere deutsche Partei erreichte die NSDAP nach 1933 einen bis dahin unbekannten, einen nicht für möglich gehaltenen flächendeckenden Grad individueller und gesellschaftlicher Organisiertheit der Bevölkerung. Sie wuchs zum Träger einer „Organisationen“-Gesellschaft heran, in der sich kaum einer – ob Arbeiter oder Gewerbetreibender, ob jung oder alt, Mann oder Frau usw. – dem Einfluß ihres breit gefächerten Systems von Gliederungen, angeschlossenen Verbänden und betreuten Organisationen entziehen konnte. Nimmt man allein die Tatsache zum Vergleich, daß bis 1933 jede gesellschaftliche Schicht oder Gruppe – Frauen, Kinder, Lehrer, Ärzte usw. – mehrere Organisationen entsprechend der politisch-ideologischen Grundströmungen in der deutschen Parteienlandschaft besaßen und zudem große Teile der Bevölkerung – z. B. fast die Hälfte derer, die statistisch zur Arbeiterklasse zählten – überhaupt keiner politischen oder gewerkschaftlichen Organisation angehörten, läßt sich leicht ermessen, zu welcher enormen Schlagkraft die Organisiertheit der deutschen Faschisten führen konnte.

Daß sich die meisten Deutschen dem nicht entziehen wollten und sich sowohl mit den nationalistisch-expansionistischen als auch mit den vorgeblich sozialistischen Ambitionen der Nazis identifizierten, sei hier ausdrücklich konstatiert. Es bietet bekanntlich viel Stoff für unterschiedlichste Interpretationsversuche. Dennoch stellte die NSDAP weder eine Arbeiterpartei noch gar eine „Volkspartei“ dar. Letzterer Begriff findet häufig Verwendung, um einen grundlegenden Unterschied zu anderen Parteien markieren und die NSDAP quasi aus der deutschen Parteiengeschichte herauslösen zu können. Tatsächlich bedeutete ihre Existenz den Höhepunkt in der Geschichte jenes Typs von Parteien, die im Unterschied zu den vorhergehenden Honoratioren- oder Wählervereinen, den Interessen- und Klientelparteien als Massenparteien oder – nach Sigmund Neumann – Mitgliederintegrationsparteien zu bezeichnen sind. Rund zehn bis zwölf Prozent aller Bürger des sogenannten Großdeutschen Reiches gehörten der NSDAP an. Die Korrelation zwischen Parteimitgliedschaft und dem Grad an Politisierung liegt auf der Hand, auch wenn sie sich kaum mit Zahlen belegen läßt. Sie ergibt sich jedoch letztlich auch aus der Tatsache, daß für viele Deutsche das gesamte nationalsozialistische Organisationssystem ein attraktives Integrationsangebot darstellte, bot dieses doch dem einzelnen berufliche Chancen, eine Verbesserung seines sozialen Status und auch Möglichkeiten persönlicher Bereicherung. Es mag daher durchaus auch als ein „Versicherungsunternehmen“ betrachtet werden (wie dies beispielsweise Mallmann und Paul tun), dessen Inanspruchnahme vor den Unwägbarkeiten des Arbeitsmarktes schützen und den Umsatz der Gewerbetreibenden garantieren konnte oder als „Eintrittsbillet“ in ein erfolgversprechendes Berufsleben, als Startposition im Ringen um sozialen Aufstieg empfunden werden konnte.

Die Millionengefolgschaft der NSDAP bestimmte allerdings weder das Programm, noch den Kurs und das Ziel der Partei – das tat deren Führungsgruppe, in deren Kalkül jene Millionen Mitglieder und Wähler bereits vor 1933 ein unentbehrliches Instrument und Faustpfand im Kampf um die Staatsmacht dargestellt hatte. Aber sie stellte eine Voraussetzung ihres Erfolges dar. Insofern war

der Masseneinfluß zugleich eines ihrer wichtigsten Kennzeichen, insofern muß Faschismusforschung auf seine Ursachen großes Augenmerk legen.

Eine Vielzahl von Faktoren ist dabei in Betracht zu ziehen; hier bliebe nicht einmal Zeit dafür, sie alle zu benennen, geschweige denn zu erörtern. Ich will daher im folgenden lediglich auf zwei Aspekte verweisen, deren Aktualität unverkennbar ist: **erstens** auf die Frage nach dem Rang, den sozialpolitische bzw. sozialistische Parolen in der NSDAP einnahmen, sowie **zweitens** auf das organisationspolitische Konzept der NSDAP.

Zu ersterem: Massen zu gewinnen, ohne ihre Lage und ihre Interessen in irgendeiner Weise zu berühren, konnte und kann bei keiner Partei gelingen. Der NSDAP lag, wie sie formulierte, an der „Nationalisierung“ der deutschen Arbeiter, d. h. an der Gewinnung einer vorwiegend proletarischen Massenbasis für die gegen die proletarischen Organisationen gerichteten Ziele. Dies machte von vornherein jede Verwendung sozialpolitischer oder gar „sozialistischer“ Formeln zu einem zweckbezogenen Mittel. Das Wesen einer faschistischen Partei läßt sich an ihnen nicht erkennen, eher ihre Taktik. So verwundert es eben nicht, daß die NSDAP damals ihren Nationalsozialismus besonders in stark industrialisierten Teilen Deutschlands – im Gegensatz zu ihrem bayerischen Stammland – als „nationalen Sozialismus“ anbieten wollten. Dazu wurde zeitweise sogar eine „Arbeitsgemeinschaft der nord- und nordwestdeutschen Gauleiter“ gegründet, die das 25-Punkte-Programm revidiert, zumindest aber ergänzt wissen wollten. Diese Gauleiter galten als „Linke“ in der NSDAP, wurden jedoch bald von der Münchener Parteileitung zur Räson gerufen. Ich frage mich, ob nicht heute aus vergleichbaren Gründen rechtsextreme Organisationen in den neuen und von der Massenarbeitslosigkeit besonders hart betroffenen Bundesländern ihrer Agitation und Wahlpropaganda wiederum einen „sozialistischen“ Anstrich geben.

Ich denke auch an die Erklärung Franz Schönhubers vor den Bundestagswahlen, er werde jene Partei wählen, die einen „maßvollen Patriotismus mit radikalen sozialen Reformen“ verbinde, wobei in seinem Falle es mehr als bezeichnend sein dürfte, daß er in diesem Zusammenhang auch forderte, die „Prüfung von Sozialmodellen aus NS-Deutschland und dem faschistischen Italien hinsichtlich partieller Verwendbarkeit zur Überwindung der Arbeitslosigkeit“ dürfe nicht länger „tabuisiert oder gar strafrechtlich verfolgt“ werden.²

Zweitens: Mein Rekurs auf einige parteiengeschichtliche Aspekte ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, daß heutzutage die politischen Parteien in Deutschland kaum zwei bis drei Prozent der Bevölkerung in ihren Reihen und damit wesentlich weniger als in der Zeit vor 1933 erfassen. Dies wirkt sich selbstverständlich auch auf den Rechtsextremismus unserer Tage aus. Der allgemeine Rückgang des Grades parteipolitischer Organisiertheit der Bevölkerung macht um die Rechten einen Bogen. Die heutige Debatte wird wohl auch dennoch der Frage gelten, ob gegenwärtig ein am Beispiel der NSDAP orientiertes „Modell“ neuerlicher rechtsextremer Parteientwicklung erwartet werden kann oder nicht.

Nach meiner Auffassung ist in dieser Hinsicht durchaus vieles möglich, denkt man dabei an das breite Fundament des nationalistisch-rassistischen Netzwerkes von Verlagen, Zirkeln, Vereinen, Gesellschaften usw., das ein notwendiges Vor- und Umfeld aller politischen Parteien darstellt. Die parlamentarischen Rahmenbedingungen – ich sehe sie in ihrer Gänze und nicht allein die relativ willkürlich gesetzte Fünfprozentklausel – lassen Erfolge nur durch Bündelung der Kräfte zu. Hinzu kommt, daß zwar im Erscheinungsbild und in der Wirkungsmächtigkeit rechtsextremer Parteien von damals und heute relativ wenige Übereinstimmungen existieren, dafür aber mehr Gemeinsamkeiten in den parteienstaatlichen Rahmenbedingungen für den Rechtsextremismus der zwanziger Jahre und der Gegenwart festgestellt werden müssen.

Wer nach Erfahrungen aus der Geschichte der NSDAP fragt, sollte erkunden wollen, wie und unter welchen Bedingungen es der NSDAP in der Weimarer Republik möglich geworden ist und was sie selbst unternommen hat, sieh über eine Vielzahl anderer völkisch-nationalistischer und rassistisch-

² Nation & Europa, H. 3/1998, S. 14.

antisemitischer Parteien zu erheben. Im Gegensatz zu der Vorstellung, die Geschichte der NSDAP stelle ein einziges Kontinuum an Aufwärtsentwicklung dar, lassen sich Stagnations- und Krisenzeiten der Partei gerade an bestimmten Momenten ihres Verhältnisses zu anderen faschistischen Organisationen festmachen. Das galt bereits im Juli 1921, als die Drexler-Gruppe eine Übereinkunft mit der Deutschsozialistischen Partei herbeizuführen suchte, das galt im Jahre 1924, als sich mehrere Organisationen – darunter vor allem die Deutschvölkische Freiheitspartei – um eine Nachfolgerschaft der im Putsch gescheiterten NSDAP bemühten, das galt 1928/29, als das Lager der Völkischen und die paramilitärischen Verbände überrollt werden konnte. Daß Hitler später jenen unter den „Parteigenossen“ eine nahezu nibelungische Treue hielt, die besonders geholfen hatten, seinen kompromißlosen Kurs „Anschluß statt Vereinigung“ durchzusetzen, läßt sich am Beispiel Julius Streichers gut erkennen und als eine organisationslogische Kehrseite der personellen Querelen bezeichnen. Haßerfüllt ließ er demgegenüber alle jene umbringen, denen er vorwarf, die Geschlossenheit der Partei gefährdet zu haben, wie das Beispiel Gregor Strasser belegt.

In mancherlei Hinsicht spiegelten sich in Herausbildung und Entwicklung der NSDAP während der zwanziger Jahre Grundzüge des deutschen Parteienwesens wider, seiner allgemeinen Erscheinungsformen, Organisationsprinzipien und Defizite. Selbst die weit verbreitete Enttäuschung unter den Deutschen über die anderen politischen Parteien konnte die NSDAP für ihre Zwecke nutzen. Zudem stellte sie sich mit Vorliebe nicht nur als eine Bewegung der „Jungen“, sondern auch als eine „Partei über den Parteien“ bzw. als „Bewegung“ dar. Die von Enttäuschung, Verärgerung, Hoffnungslosigkeit und Zukunftsangst getragene „Politik- und Parteienverdrossenheit“ großer Teile der deutschen Bevölkerung trug dazu bei, daß schließlich eine an Radikalität und vermeintlicher Kompromißlosigkeit unübertroffene Organisation alle anderen zu überwältigen und eine das Parteienwesen konterkarierende Einparteienherrschaft zu errichten in der Lage war.

Wie in jeder anderen Partei auch erkennbar, bemühte sich die Führung der NSDAP um Geschlossenheit, Einheitlichkeit und möglichst straffe Organisiertheit ihrer Mitgliedschaft. Divergierende Partei-„Flügel“ wurden entschieden und mit taktischem Geschick bekämpft. Innere Differenzen – ein generelles Merkmal aller größeren Parteien – erreichten nicht jenen Grad, der für Hitler „Konkurrenz“ hätte bedeuten können; stets ging es tatsächlich um potentiellen Kontrahenten um einen angemessenen Platz in der „zweiten Reihe“. Im Unterschied zu anderen Parteien entstand so mit und in der NSDAP ein neuartiges Interessengeflecht, das weitgehend von absoluter Autoritätsakzeptanz und Übernahme des militärischen Führer-Gefolgschafts-Prinzips, zugleich aber auch von Hausmacht- und Ressortpartikularismus, von Verbände-Egoismus und Pfründensicherungs-Trieb geprägt war.

Zu den Erfahrungen gehört nicht zuletzt, daß sich die NSDAP – trotz ihrer Besonderheiten und ihrer Abgrenzungsbemühungen gegenüber den anderen bürgerlichen Parteien – nicht einer Reihe allgemeiner Entwicklungstendenzen politischer Parteien entziehen konnte. Gerade sie beförderte und beschleunigte einen Entwicklungsstrang, dem so etwas wie ein auf das Parteienwesen spezifiziertes Olympia-Motto zugrundelag: „Immer mehr Mitglieder – immer breiteren Anhang – immer festere Organisation“. Allerdings erwuchs (und erwächst wohl immer wieder!) aus dem Wesen gesellschaftlicher Organisation generell die Tendenz zu ihrer Oligarchisierung sowie zur Bürokratisierung sich ausweitender Parteiapparate. Nebenbei: Seit den Untersuchungen von Robert Michels sind diese Prozesse bekannt. Bereits 1911 stellte er fest, daß die SPD, obwohl sie die Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben hatte, die innerparteiliche Entdemokratisierung nicht bekämpfen konnte und ihre Führung offensichtlich diese auch nicht einmal bekämpfen wollte. Er sprach von den Wirkungen eines „ehernen Gesetzes der Oligarchie“, das seine Ursachen in der Parteiorganisation, im bürokratischen Apparat habe: „Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie ... Mit zunehmender Organisation ist die Demokratie im Schwinden begriffen.“ Ferner hieß es bei ihm: „Die Macht der Führer wächst im gleichen Maßstab wie die Organisation.“ Und schließlich: „Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Arbeitgeber, der Delegierten über die Delegierenden.“³

³ Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens (1911). Neu hrsg. von Werner Conze, Stuttgart 3/1969.

Parteien scheinen also ganz offensichtlich in organisationsstruktureller Hinsicht einander ähnlicher zu sein, als es die Gegensätzlichkeit ihrer Interessen und Ziele vermuten läßt. Im Falle der NSDAP läßt sich möglicherweise an das bekannte Bild vom Eisberg und seiner erkennbaren, über das normale Maß hinausragenden Spitze erinnern ...

Doch wieder zurück zur Frage einer möglichen parteiengeschichtlichen Wiederholbarkeit: Ihr stehen einige Faktoren entgegen, die erwarten lassen, daß sich andere „Modelle“ durchsetzen bzw. völlig neue entstehen. Die Zeit für Massenintegrationsparteien scheint, wie bereits gesagt, vorüber zu sein. Neue Technologien und mediale Möglichkeiten erlauben andere, wesentlich diffizilere und erheblich wirksamere Methoden der Massenbeeinflussung. Vor allem sehen sich rechtsextremistische Parteien jedoch heute in einer veränderten historischen Situation: Die NSDAP entstand in einer Zeit, die vom Ersten Weltkrieg und seinem Ausgang sowie von den Erschütterungen und Wandlungen der gesellschaftlichen Verhältnisse nach der Novemberrevolution geprägt war. Ihre Führer dachten und handelten grundsätzlich in den Kategorien des Krieges und konnten sich dabei auf tradierte Denkstrukturen einer überwiegenden Mehrheit der Deutschen stützen. Ihr aggressions- und expansionsorientiertes Programm, ihre ebenso umfassende wie skrupellose Kriegsvorbereitung und schließlich auch ihre Kriegführung lassen die NSDAP als eine friedlose Partei bewerten, als eine Partei, deren Existenz und Wirksamkeit in engstem Zusammenhang mit den beiden das 20. Jahrhundert prägenden Weltkriegen zu sehen ist, d.h. mit den größten, letztlich von Profitgier und Expansionsdrang verursachten Menschheitskatastrophen.

Zu denken ist etwa an den ersten Punkt des Parteiprogramms, der die Schaffung eines Reiches aller Deutschen forderte, womit nicht allein die 60 Millionen Bürger des Reiches sowie die acht Millionen Österreicher, sondern auch weitere 30 Millionen sogenannter Auslandsdeutscher gemeint waren. Im Dienste ihres Expansionsstrebens vertrat die NSDAP zugleich ein aggressives, terroristisches Konzept zur Schaffung innenpolitischer Voraussetzungen für den Kurs auf eine Wiederherstellung „deutscher Weltgeltung“, zur Diskreditierung, Verfolgung und Vertreibung aller „Nicht-Deutschen“. Existenz und Entwicklung, vor allem aber der „Aufstieg“ der NSDAP am Ende der Weimarer Republik widerspiegeln allgemeine und situationsbedingte Bedürfnisse der durch den Weltkrieg und die Novemberrevolution in ihren Machtpositionen besonders stark erschütterten sowie zur völligen Revision des Jahres 1918 strebenden Teile deutscher Eliten aus Wirtschaft, Militär, Politik und Bürokratie.

Indessen kann gerade die Tatsache, daß die NSDAP in die totale militärische Niederlage Deutschlands geführt hat und sie darin selbst zugrundeging, seit 1945 nicht unbedingt als förderlich für Nachfahren und Nachahmer gelten. Orthodoxer Neofaschismus einschließlich einer neuen faschistischen Massenpartei dürfte kaum eine Chance haben. Neue Expansionsziele und neuer Drang nach deutscher Vorherrschaft in Europa und in der Welt machen neue Methoden, Taktiken und Mittel notwendig. Wer heute nach den Perspektiven des Rechtsextremismus fragt, wird vor allem auch die veränderten Existenzbedingungen der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft in Rechnung setzen müssen. Aus ihnen ergeben sich größere Differenzpunkte zwischen den ökonomisch Mächtigen und politisch Herrschenden auf der einen Seite und den neuen Faschisten auf der anderen.

Zwar meinen offensichtlich unbelehrbare Kräfte auch unabhängig von der Tatsache, daß die NSDAP vor mehr als einem halben Jahrhundert schmachvoll und schändlich endete, im faschistischen Müllhaufen der deutschen Geschichte irgend etwas finden zu können, was ihnen künftig von Nutzen sein könnte. Ebenso wie andere sind sie keineswegs ein für alle Mal vor Irrungen und Wirrungen gefeit. Zu schauen wäre aber vor allem auf die neuen Erscheinungen in der deutschen Gesellschaft und auf die Rahmenbedingungen des Rechtsextremismus unserer Tage, wenn Antifaschisten nicht erneut hilflos agieren oder gar erneut versagen wollen. Die kapitalistische Gesellschaft ist in vieler Hinsicht nicht unbedingt eine bessere, aber eine andere als sie es damals war. Sie steht am Ende dieses Jahrhunderts zugleich vor „neuen Herausforderungen“ und hat seit den siebziger Jahren bisher ungekannte krisenhafte Zustände in Vielgestalt hervorgebracht, die sie nicht zu meistern vermag. So wahrscheinlich wie deren Zuspitzung, so ungewiß sind deren politische Folgen.

Im Nachwort unserer „Geschichte der NSDAP“ schrieben wir, daß die Geschichte sich nicht einfach wiederholt, jedoch einmal gewonnene geschichtliche Erfahrungen, Herrschaftserfahrungen zumal, im Verlauf der Geschichte auch nicht einfach verlorengehen. Es sei beunruhigend zu sehen, daß neue Randgruppen Skandal auf Skandal und – entsetzlich und herausfordernd genug – Gewalttat auf Gewalttat häufen, daß sie schon wieder eine Blutspur in die deutsche Geschichte ziehen. Wichtiger noch erschien uns indessen darauf zu verweisen, daß das nach 1945 zunächst abgewiesene Erbe des Faschismus längst schon an anderer Stelle auf seine Verwendbarkeit durchgesehen und sortiert wird, daß seine Teilstücke unter anderen Namen in der Erprobung sind. Aber das muß nicht notwendigerweise mit der Existenz und mit den bisherigen Erscheinungsformen politischer Parteien verbunden sein ...⁴

Antifaschistische Nachrichten 26, 24.12.1998, S. 5-9.

⁴ Möglicherweise läßt sich unser „kurzes Jahrhundert“ nicht nur anhand der drei Weltkriege (Erster, Zweiter und Kalter Krieg) und der ihnen folgenden drei systemverändernden Entwicklungsschübe charakterisieren, sondern auch als ein Säkulum unterschiedlichster Parteien und Parteitypen, von Ein-, Mehr- und Vielparteiensystemen sowie von vielgestaltigen Symbiosen staatlicher und parteigebundener Machtapparate bezeichnen. In Deutschland gab es den Parteienstaat in seiner Weimarer Ausprägung, die folgenreiche diktatorisch-terroristische Herrschaft der faschistischen Organisationen, den staatssozialistischen Machtmißbrauch „führender“ Parteien; und gibt es die verheerende Okkupation des Staates durch machtmonopolisierende, sich selbst gleichsam verstaatlichende Großparteien. Erfreulich mutet allein die Tatsache, daß es immer auch alternative Organisationsformen gab, paradox aber, daß auch diese stets parteibezogen waren und sind. Neues ist kaum noch denkbar. Unabhängig davon, daß Schönredner gegenwärtiger Verhältnisse gern die Parteiendemokratie als Gipfelpunkt massenpartizipatorischer und emanzipatorischer Wirksamkeit bezeichnen, liegt der Gedanke nahe, daß sich die durch bisherige Parteien repräsentierten Existenzformen gesellschaftlicher Organisiertheit erschöpft haben. Folgt man ihm, würde es sich lohnen, über die Verbesserung der Verhältnisse durch einzelne Parteien, aber auch über generelle Alternativen zum bestehenden Parteienwesen nachzudenken. Auf jeden Fall kann ich mir keine mit Aussicht auf Erfolg agierende sozialistische Partei vorstellen, die nicht auch die parteiengeschichtlichen und die parteientheoretischen Aspekte ihres Ringens reflektiert, die nicht ihren Platz im Parteienwesen zu bestimmen trachtet und die nicht selbst ihre Organisationsformen dem Interesse der Zukunft zuzuordnen bereit ist.

Die Weimarer Republik und ihr Platz in der Bilanz des Jahrhunderts: Ein Versuch

„[...] niemals gab es ein kleineres und kläglicheres Geschlecht von Verrätern als das von 1918.“¹ Aus welchem politischen Umfeld dieses Verdammungsurteil stammt, mag jedem ersichtlich sein: Formuliert wurde es in jenem Jahr, in dem die Weimarer Republik endgültig zerschlagen worden ist. Der ebenso pauschal wie apodiktisch klingende Schuldspruch half eine Inquisitionsmaschinerie zu rechtfertigen, welche mit allen Gegnern der NSDAP barbarisch abzurechnen begann – begeistert als marxistisch-jüdische „Novemberverbrecher“, als „rote“ Gewalttäter und Terroristen, als „Ungeziefer“ an Leib und Seele des deutschen Volkes ...

Auf Weimar folgte ein Herrschaftssystem, das die Unzulänglichkeiten von parlamentarischer Demokratie, Parteienstaatlichkeit und anderem mehr verblassen ließ. Dennoch, zwölf Jahre darauf, als das Hitlerregime am Boden lag, gab es im zerstörten Deutschland kaum eine Kraft, die kundzutun bereit gewesen wäre, sie wolle unmittelbar an Weimar anknüpfen, obgleich Überlebende und nun Handelnde vielfach gerade dort und so wieder begannen, wo und wie sie 1932/1933 aufzuhören gezwungen worden waren. Ein neues Deutschland sollte es sein, in Ost wie in West. Keine Wiederholung der Fehler von 1918 – dieser Satz galt orientierend für antifaschistisch-demokratische Ideale im östlichen Teil Deutschlands, im Westen sahen Sozialdemokraten den Sozialismus auf der Tagesordnung stehen. Und es handelte sich keineswegs allein um Arbeiterparteien, die andere, völlig neuartige gesellschaftliche Verhältnisse im Sinne hatten; wer vergäße wohl, was damals CDU-Politiker in ihr Ahlener Nachkriegsprogramm geschrieben haben.

Veränderung, so lautete nach 1945 für viele Jahrzehnte das Vermächtnis jener, die den Weimarer Staat – in welchem Maße und mit welchen Schwächen auch immer – verteidigt hatten, jedoch unterlegen waren. Immer wieder brüsteten sich die Oberen der DDR, wie grundsätzlich doch in ihrem Lande der „Schoß“ beseitigt wäre, aus dem der Faschismus gekrochen sei. In der Bundesrepublik hieß es stets und ständig, Bonn sei nicht Weimar;² was im Grunde durchaus berechtigt war, mitunter jedoch mehr nach beschwörender Voraussage und behaupteter Überlegenheit oder sogar ein wenig nach dem Motto klang, daß nicht sein könne, was nicht sein dürfe ...

Wie dem auch sei: Vergleiche zum Zwecke strikter Unterscheidung standen seit der Jahrhundertmitte allerorten im Zentrum geschichtspolitischer Stützungsaktionen für neue Politik. Weimar galt generell als der fruchtbare Boden, auf dem die braune Saat hatte aufgehen können. In der Regel bestimmte die Erinnerung an den 30. Januar 1933 das Bild seiner vierzehnjährigen Vorgeschichte. Schließlich hatte ja – unübersehbar – deren unmittelbares Ergebnis in der faschistischen Diktatur und ihrer folgenreichen Absicht bestanden, Großmachtchauvinismus, kriegsbereites Expansionsstreben und barbarische Rassenideologie in grauenvolle Taten umzusetzen. Zwar hatte es fast bis in die Endzeit der Republik Chancen gegeben, der Entwicklung eine andere Richtung zu verleihen, doch waren sie kaum wahrgenommen, nicht genutzt, unbewußt ausgelassen oder gar wissentlich verspielt worden.

Inzwischen gilt den meisten unter uns, die wir von der Warte eines zu Ende gehenden Jahrhunderts auf mannigfaltige Erfahrungen zurückschauen, daß die Weimarer Republik besser war als ihr Ruf. Darauf haben bereits in den siebziger und achtziger Jahren Historiker beider deutscher Staaten aufmerksam gemacht. Ich nenne unter anderen Hans Mommsen³ und erinnere an Wolfgang Ruges bewegende Rede, die er 1986 anlässlich seiner Ehrenpromotion in Jena hielt – in ihr ebenso nachdrücklich wie debattenfordernd betonend, daß von der Weimarer Republik kein Krieg ausgegangen

¹ Thilo von Trotha: Einleitung. In: Nationalsozialistische Monatshefte. München (April 1933) 37. S. 145.

² So lautet Titel des Buches von Fritz René Allemann, der zu dem bekannten Schlagwort geriet.

³ Siehe Hans Mommsen. Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918-1933. Propyläen Geschichte Deutschlands. Bd. 8. Berlin 1989.

sei.⁴ Ja, Weimar darf tatsächlich als ein ernsthafter Versuch seiner Träger wie auch großer Teile seiner linken Kritiker betrachtet werden, mit belastenden Traditionen des vorausgegangenen Jahrhunderts zu brechen, das Reich aus dem kriegsschuldbeladenen monarchistischen Herrschaftssystem herauszuführen, den verhängnisvollen Einfluß des preußisch-deutschen Militarismus einzudämmen.

Weimar, das war darüber hinaus auch ein Versuch, soziale Schranken und Ungerechtigkeiten in einem von den Revolutionären erzwungenen System demokratischer Regularien zu verringern. Insofern darf Weimar insgesamt mit Fug und Recht als bedeutsamer Schritt gelten, einen geschichtlichen Sonderweg zu beenden, endlich in Deutschland den großen idealen bürgerlicher Revolutionen und der Aufklärung zum Durchbruch zu verhelfen, die Prinzipien der Gewaltenteilung zu verwirklichen und des Volkes Souveränität zu sichern, wovon jede Demokratie auszugehen hat – zumindest der Theorie zufolge. Im Ansatz boten sich Chancen für eine Beschränkung bürgerlich-autoritärer Macht, für Mitbestimmung bislang unterjochter Klassen und Schichten an Politik und Wirtschaft, für die Aufhebung frauenfeindlicher Männerherrschaft. Es gab zukunftsorientierte Ansätze in Sozialpolitik, Schul- und Bildungswesen, Wohnungsbau usw. Wohl gemerkt, ich spreche von Chancen. Doch jedes Nachdenken über Weimar und das Jahrhundert verlangt ihre Anerkennung und Würdigung ebenso wie die Beantwortung der Frage, weshalb sie ausgerechnet unzureichend wahrgenommen worden sind, als es galt, den „Aufstieg“ der deutschen Faschisten zur Macht zu verhindern, und viele, allzu viele jener, um deren Interessen es vorrangig gegangen war, sie mit Füßen traten.

Zu erinnern wäre ferner an herausragende künstlerische und technische Leistungen, an das Wort von den „goldenen Zwanzigern“. Mit Recht aber wurde Weimar auch als „Republik der Außenseiter“⁵ charakterisiert. Jene, deren politische, geistige, literarische und künstlerische Leistungen Bestand haben sollten und in die Jahrhundertbilanz eingingen, fanden damals wenig Lobby und noch weniger Sponsoren (wie an der Schwelle zum 21. Jahrhundert ungenau zu formulieren modisch geworden ist). Keiner wolle bitte vergessen, daß jene humanistische Literatur, die im Gedächtnis haften geblieben ist, damals kaum einen Anteil von fünf Prozent des Buchmarktes erreichte und auf diesem statt dessen Produkte schillernder Kriegsverherrlichung, völkischer Ideologie und schlimmsten Trivialismus absolute Vorherrschaft besaßen.

Gewarnt werden muß also vor allzu viel Euphorie. Auf dem Hintergrund des Schreckensbildes der Barbarei gerinnt möglicherweise leichtfertig auch Katastrophales und Katastrophenförderliches zu einem positiv verfärbten Bild. Oder gar zu einem wenig hinterfragten Vor-Bild? Über den weitreichenden und anerkennungswürdigen wirkungsgeschichtlichen Aspekten der Weimarer Republik darf ihre widerspruchsvolle, krisengeschüttelte und schillernde Realität nicht in den Hintergrund geraten. Wer diese geringer schätzen möchte als langfristige Reflexe und Effekte, muß vielleicht der Mahnung gewärtig sein, einer geschichtsrevisionistischen Einebnung aufzusitzen. Denn am Ende unseres Säkulums, ja gerade in seinem letzten Jahrzehnt erhalten alle immer wieder gestellten, bohrenden Fragen neues Gewicht: Wie und wodurch kam dieser Staat eigentlich zustande? Was stellte die Republik dar? Worin bestanden ihre Leitideen, ihre begrenzte Demokratie und das doch recht unvollkommene parlamentarische System? Welche Rolle spielten die politischen Parteien in ihr, welche die weit verbreitete Verdrossenheit gegenüber dem Parteienwesen? Wie entwickelten sich in ihr die gegensätzlichen sozialen Interessen, wie die unterschiedlichen Formen von parlamentarischer und quasidiktatorischer Herrschaftsausübung? Wer überführte wann und wozu die guten Absichten der Verfassungsväter in autokratische und präsidential-diktatorische Regierungspraxis? Worauf schließlich ist das schmachliche, obgleich keineswegs zwangsläufige Scheitern zurückzuführen?

⁴ Wolfgang Ruge: Nachdenken über Weimar. In: Ehrenpromotion Wolfgang Ruge. Hrsg. von der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Jena 1988. S. 12 f. – Siehe auch Macht und Ohnmacht der Weimarer Republik. Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Manfred Weißbecker. Berlin 1990.

⁵ So der Titel des erstmals 1968 in New York erschienenen Buches von Peter Gay: Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur in der Weimarer Zeit. 1918-1933.

Antworten finden sie in Hülle und Fülle. Von der demokratischen, aber „ungeliebten Republik“ ist ebenso oft die Rede wie von „verspielter Freiheit“ oder von „Macht und Ohnmacht“ in ihr. Zumeist unterliegen ihre rechtsten Feinde der Ablehnung, mehr und mehr jedoch nur noch im unterschiedslosen Verbund mit herben Absagen an jene, die sich damals um Besseres bemühten, weil es Verschlechterungen und Schlechteres zu verhüten galt. Indes kann hier kein Raum sein für eine Analyse historischer und historiographischer Darstellungen. Hervorzuheben wäre statt dessen die Tatsache, daß hinter allen Einschätzungen und Bewertungen der Weimarer Republik zu allen Zeiten hauptsächlich das Interesse stand und nach wie vor steht, veränderten politischen Verhältnissen mit jeweils „zeitgemäßen“ Betrachtungen jeweiligen politischen Tagesinteressen dienlich sein zu können. Natürlich wurden Antworten zumeist im Zusammenhang mit mehr oder weniger „runden“ Jahrestagen artikuliert. Daran wird sich wohl auch künftig nichts ändern – Erinnerung und anlaßbietende faszinierende Zahlen bedingen offensichtlich einander.

Aber selbst in das Aufspüren solcher Anlässe mischen sich politische Interessen. Gerät nicht bereits derjenige, der einen bestimmten Tag zum Gründungs- und Jubeltag der Weimarer Republik deklarieren will, in Schwierigkeiten? Jeden, der ihrer gedenken, sie feiern oder geißeln wollte, peinigte stets die Qual der Wahl. Allzu langwierig, qualvoll und widersprüchlich hatte sich vor nunmehr 80 Jahren die Konstituierung dieses Staates vollzogen. Keiner der 276 Tage zwischen dem Sturz der Monarchie, dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Unterzeichnung seines Grundgesetzes ließ sich als Tag seiner Geburt in Anspruch nehmen. Zwar rangen die politischen und geistigen Väter der Republik darum, ein Ereignis der Jahre 1918/1919 hervorzuheben und als würdigen Anlaß eines Ehrentages der Republik zu nutzen, jedoch blieben sie in ihrem partei- und politikgebundenen Geschichtsverständnis befangen, so daß die Suche wie das Hornberger Schießen endete. Den einen, von furchtgetränktem Revolutionsschauer erfüllt, paßte der 9. November nicht ins Konzept – schließlich sei doch das Reich in den „Strudeln von Niederlage und Revolution“ versunken, wie sogar in jüngster Zeit wieder einmal zu lesen war.⁶ Nein, für konservative Geister durfte nicht sein, daß die Republik sich über die Untiefen des deutschen Militarismus wilhelminischer Prägung und über schlimmste Makel der Kapitaldominanz erhoben hatte. Anderen wiederum erschienen weder der Tag, an dem die Wahlen zur Nationalversammlung stattfanden, noch der Tag des ersten Zusammentretens des neuen Parlaments oder jener, an dem die Verfassung unterzeichnet worden war, von repräsentationsfähiger Bedeutung. Ja, selbst die Wahl des Ortes für die Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung verband sich mit einer Lebenslüge: Man habe sich – so wird demnächst in der Ausstellung „Wege nach Weimar“ zu erfahren sein – auf geistige Größe besonnen, die an die Stelle des Strebens zur Weltmacht treten sollte. Die hehren Worte hätten nur nicht eingelöst werden können.⁷ Die Interpretation entspricht nicht den Quellen. Diesen kann entnommen werden, daß es viel, viel weniger um jenen häufig beschworenen Geist von Weimar gegangen ist, der den von Potsdam ersetzen sollte. Rein praktisch-politische Gründe sprachen unter anderem gegen Jena, Kassel, Nürnberg oder Frankfurt am Main. Die mit der Suche nach einer geeigneten Stadt beauftragten Berliner Beamten fanden entweder keine ansprechenden Säle oder ausreichende Unterbringungsmöglichkeiten; an den meisten Orten erschienen ihnen die Verhältnisse zu unruhig und – wichtigstes Kriterium – der militärische Schutz der neuen Volksvertreter zu schwierig. Alle diese Voraussetzungen erfüllte das thüringische Residenzstädtchen, dem damit namensgebender Ruhm zufiel.

Im Gewirr pragmatischer Machtbestrebungen verschwammen die Konturen der Republikgründung. Verständlich, daß schließlich auch die Verfassungstage während jener 14 Jahre unter einem schlechten Stern standen. Da wäre beispielsweise jener von 1924 zu nennen, der den Schöpfer der Verfassung zu einer eindeutigen Philippika veranlaßte: Hugo Preuß wiederholte die zwei Jahre zuvor getroffene Feststellung Joseph Wirths „Der Feind steht rechts!“ und kritisierte als Erbübel, Schwäche und Kurzsichtigkeit des deutschen Bürgertums, daß es leider dazu neige, „die Gefahren

⁶ Theo Sommer: Mahnung zu Maß und Mitte. In: „Die Zeit“. Hamburg vom 30. Juli 1998. S. 2.

⁷ Gerald Felber: Suche nach Einheit von Kunst und Politik. In Berlin wurde das 1999er Ausstellungsprojekt Thüringens „Wege nach Weimar“ vorgestellt. In: „Thüringische Landeszeitung“. Erfurt vom 12. November 1998.

von links mit einem Vergrößerungsglas und aus Furcht vor diesen Gefahren die von rechts gar nicht zu sehen“.⁸ Aus solcher Erkenntnis heraus wäre verantwortungsvolle Politik auf einen Ausbau der Weimarer Demokratie zu richten gewesen, auf ihre verstärkte und breitere Anwendung, auf ihre Sicherung durch ernsthafte Schwächung alter und neuer rechtsradikaler Feinde der Republik.

Doch als die Weltwirtschaftskrise begann, der Reichsverband der Deutschen Industrie als Alternative „Aufstieg oder Niedergang“ vorgab und die Nazis ihre ersten größeren Erfolge errangen, schienen die Warnungen von Wirth und Preuß völlig vergessen. Im Gegenteil: Da dominierten einerseits selbstgefällige Lobpreisungen der sich demokratisch nennenden bürgerlichen Parteien, da war andererseits von Gefährdungen der Demokratie die Rede und diese vor allem den Linken, sowohl den Kommunisten als auch sozialdemokratischen Organisationen, zugeordnet. Neurotische Furchtsamkeit und hysterische Realitätsverkennung führten zu immer weiter nach rechts gewendeten Formen der parlamentarischen Demokratie und ließen bedenkenlos, nahezu gierig nach der sich anbietenden rechtsextremen „Hilfe“ greifen.

Und seither besagt eine Erfahrung: Wer damals, in jenen 14 Jahren, das Potential der Rechtsten unter den Rechten zu nutzen versucht hatte, half es entscheidend zu fördern. Man denke an den bayerischen Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr, der den ersten Putsch der nationalsozialistischen Bewegung vorbereiten half und gleich dem Zauberlehrling die Geister nicht wieder los wurde, als sie ihm überflüssig erschienen. Man denke an das Münchner Volksgericht, das den Putschisten Hitler mit einem Urteil bedachte, in dem auch beim besten Willen keine Strafe zu erkennen war. Man erinnere sich an die von den Deutschnationalen eingefädelte Kooperation mit der gerade von lediglich 2,6 Prozent der Stimmen in den Reichstag gewählten NSDAP gegen den Young-Plan, zu deren Ergebnis Hof- und Salonfähigkeit der deutschen Faschisten gehörten. Man denke schließlich an das Konzept, das unter den Stichworten „Einrahmung“ und „Zähmung“ in die Geschichte rechtskonservativ-nationalsozialistischer Bündnispolitik einging.

Insbesondere diese Duldung und Unterstützung chauvinistischer und rassistischer Forderungen, der Versuch, sie zu legalisieren und – je nach Möglichkeit und Erfordernis – für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, erhoben den sich braun färbenden Rand der Gesellschaft in den Rang von Normalität. Ihre Träger machten die tagespolitische Einträglichkeit zum obersten politischen Prinzip und ließen schließlich die vielgerühmte „Mitte“ der Gesellschaft zum opferwilligen Spielball selbstzerstörerischer Absagen an jegliche Form von Demokratie werden. Wer seine Gegner hauptsächlich unter den deutschen Linken, unter Antifaschisten aller Richtungen sah, stärkte den Rechten den Rücken, der erleichterte die schrittweise Hinwendung nach rechts und lieferte zugleich Munition für die zahllosen Argumente, mit denen Gefahren kleingeredet und unterschätzt wurden. Wer den Demagogen einer rassereinen deutschen Volksgemeinschaft nach dem Munde redete, besorgte auch deren undemokratische Geschäfte.

Nicht zuletzt ist einer Bilanz von Schuld und Verantwortung zuzurechnen, daß der Spielraum für die damaligen rechtsextremen Kreise in dem Maße erweitert worden ist, wie deutsche Linke einander sinnwidrig bekämpften. Damals meinte mancher, im Sozialfaschismus oder in den „rotlackierten Nazis“ seinen unmittelbaren Feind sehen zu müssen, oft nicht wissend, wie sehr er damit die realen Wurzeln der damaligen Zukunftsgefährdungen verdunkeln und vertuschen half. Wer allerdings heute den einen oder den anderen Vorwurf wiederbeleben möchte, muß wissen, daß er kaum einer menschlicheren Zukunft dienlich sein kann. Ich will mich hier ausdrücklich auch gegen jene Kollegen meines Faches wenden, die in der Debatte zum „Schwarzbuch des Kommunismus“ mit der Behauptung auftraten, die „totalitäre Linke“ habe sieb diskreditiert, seit es sie gebe. Nach dieser Auffassung diene – und diene – auch der Antifaschismus nur einer „Beschwörung des Mythos von der Einheit der Linken“. Wer von Gemeinsamkeiten aller Linken spreche – so lautete der Vorwurf –, weiche „unangenehmen“ Fragen über die Ursachen der Katastrophen des zwanzigsten Jahrhunderts aus und verfolge „durchsichtige Zwecke“.⁹ Doch zurück zu Weimar. Je mehr sich die NSDAP

⁸ Hugo Preuß: Um die Reichsverfassung von Weimar. Berlin 1924. S. 72.

⁹ Heinrich August Winkler: Schlagt nach bei Marx. In: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 19. Juni 1998. S. 43.

so unterstützt und zur „Salonfähigkeit“ erhoben fühlen durfte, desto stärker kehrte sie ihren Haß auf die Republik heraus. Die erfolgreiche Methode politischen Raumgewinns schien ihren Führern auch für weitere Erfolge geeignet. In ihren Gazetten avancierte die Bezeichnung „System“ zum Schimpfwort. In der Republik sahen sie vollends nicht mehr als das Symbol eines katastrophalen Untergangs der deutschen Nation. Konservative und faschistische Organisationen bemühten sich, den Eindruck zu vermitteln, lediglich mit ihrer Hilfe und unter ihrer Führung sei dem selbst an die Wand projizierten Menetekel zu entgehen. Unter den Argumenten, mit denen die deutschen Faschisten ihre Ziele und Methoden bemäntelten, spielte jenes vom „roten Terror“ eine außerordentlich große Rolle. Wo inhaltliche Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner nicht fruchteten, sollte eine sich menschenfreundlich gebende Warnung vor den Untaten der Linken greifen. So verschleierte die NSDAP ihren eigenen Terrorismus stets mit der These, man könne nun einmal nicht anders dem „roten Terror“ begegnen.

Es war dies nicht mehr als eine Behauptung – auch wenn sie sich in „Kausalnexus“-Thesen und analogen totalitarismustheoretischen Deutungen des 20. Jahrhunderts fortsetzt. Historiker können Beispiel auf Beispiel häufen und belegen, daß in Deutschland das, worauf reagiert worden sei, keineswegs so radikal gewesen ist, wie es dargestellt wurde. Gerade Novemberrevolution und Weimarer Republik weisen aus, wie sehr die Behauptung vom „roten Terror“ einem Popanz glich, wie falsch und irreführend das Wort von den „Novemberverbrechern“ war. Die überlieferten Zahlen sprechen eine andere Sprache: Die Revolution von 1918/1919 vollzog sich zunächst außerordentlich gewaltarm und zählte zu den unblutigsten Revolutionen der Geschichte. Am 3. November 1918 starben acht Demonstranten, als ein Marineoffizier in Kiel auf sie schießen ließ; am 9. des gleichen Monats wurde in Berlin ein junger Kommunist vor der Maikäfer-Kaserne erschossen. War das „roter Terror“? Blut begann in größerem Maße zu fließen, als ein erster Putschversuch gegen die Revolution stattfand – am 7. Dezember 1918 – und wenig später der sogenannte Weihnachtsputsch gegen die Volksmarinedivision organisiert wurde. Beide Aktionen bildeten das Fanal für die dann im Januar 1919 beginnenden und sich rasch verstärkenden bewaffneten Auseinandersetzungen. Der gutmütigen Revolution, so Sebastian Haffner, folgte die grausame Konterrevolution.¹⁰

Das Schreckgespenst des „roten Terrors“ in Deutschland und der „Novemberverbrecher“ – von der NSDAP immer und immer wieder beschworen¹¹ – war in dieser Zeit wie auch danach weitgehend eine Erfindung derjenigen, die selbst kein anderes Mittel als das des Terrors kannten, um ihre Ziele – sowohl real als auch präventiv – gegen die junge Weimarer Republik durchzusetzen. Das Argument diente der NSDAP in allen Jahren der Republik ihrem Streben nach Einfluß und Macht. Seit dem 30. Januar 1933 benutzte sie es als Grundlage ihrer politischen, juristischen und ideologischen Abrechnung mit der Weimarer Republik. Auffällig änderten z. B. die Herausgeber der „Nationalsozialistischen Monatshefte“ ursprüngliche Publikationsabsichten. Statt des zunächst Richard Wagner zugedachten Themas lautete im April 1933 das neue Thema „Novemberverbrecher“. Im Mai widmete man sich dem Thema „Die Rassenfrage und das neue Reich“, im Juni der „deutschen Revolution“ und dem „Aufbruch in das dritte Jahrtausend deutscher Geschichte“. Thilo von Trotha – ein

¹⁰ In ihrem Verlauf sind bis zum Mai 1919 Tausende von Arbeitern brutal ermordet worden, die meisten in Berlin nach dem Generalstreik von Anfang März und in Bayern nach der Münchner Räterepublik von Ende April. Auch die häufig zitierten Lichtenberger Beamtenmorde stellten sich schon damals als ein Schwindel heraus. Die Presse berichtete von 60 bis 150 Ermordeten. Tatsächlich waren zwei Kriminalbeamte ums Leben gekommen: einer in den bewaffneten Auseinandersetzungen, und über die Todesart des anderen konnte offiziell nichts festgestellt werden. Die Aburteilung von sieben Mitgliedern der Thule-Gesellschaft und weiterer drei Personen (bei denen Waffen und gefälschte Stempel von Institutionen der Räterepublik gefunden worden waren und die sich als Spione gegen die Räterepublik betätigt hatten) durch ein in arger Bedrängnis handelndes Revolutionstribunal erfuhr in der bürgerlichen Presse und erst recht in der nationalsozialistischen Propaganda als „Geiselmord“ eine völlig unzulässige Überhöhung. Gegen die These vom „Geiselmord“ wendet sich vehement auch Hermann Gilbhardt: Die Thule-Gesellschaft. Vom okkulten Mummenschanz zum Hakenkreuz. München 1994. S. 121 f.

¹¹ Siehe dazu Manfred Weißbecker: „... da ist ein guter Stahlhelm und die Faust das beste Mittel“. Zu einigen Wurzeln und Entwicklungstendenzen des Terrors der NSDAP in der Weimarer Republik. In: Sozialistische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Persönlichkeit und staatsbürgerliche Mitgestaltung. Wissenschaftliche Beiträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Jena 1990. S. 93 ff.

Mann aus der Umgebung Alfred Rosenbergs – schrieb einleitend zum vierten Monatsheft: „Als unter dem Jubel der Glocken von Potsdam das Novembersystem wie ein Spuk versank, da wandte sich der Blick des deutschen Volkes in neu erwachter Zuversicht nach vorwärts. Vergessen und ausgelöscht erschien mit einem Schlag das halbe Menschenalter der Schmach, das unser Volk durchlebte und, wie so oft, kam an vielen Stellen die alte unkluge Gutmütigkeit des germanischen Menschen wieder zum Vorschein, der wohl zu zürnen vermag, aber nur zu schnell erlittene Unbill vergißt. Wir aber wollen nicht vergessen. Wir decken nicht den Mantel der Liebe über das, was in diesen fünfzehn Jahren geschah. Wir werden schonungslos auch die letzte Schandtat aufdecken, durch die unser Volk entwürdigt worden ist.“

Vielleicht meint mancher, ich hätte an dieser Stelle fälschlicherweise Texte älterer Diktion mit solchen aus jüngeren Zeiten vermischt? Ich muß ihn enttäuschen. Es handelt sich um jene Schrift von 1933, der ich auch das einleitend verwendete ungestüme Wortgefüge entnahm: „[...] niemals gab es ein kleineres und kläglicheres Geschlecht von Verrätern als das von 1918. Wir wollen nicht vergessen.“¹² Und dennoch läßt sich ein übergreifendes Problem erkennen: Bonn ist keineswegs mit Weimar und erst recht nicht mit der faschistischen Diktatur gleichzusetzen, und selbstverständlich ist solches auch nicht möglich, wenn es um den Umgang der deutschen Faschisten mit Weimar und um den heutigen Umgang mit der Geschichte der DDR geht. Dennoch muß statt unerlaubter und verzerrender Gleichsetzung Vergleichen erlaubt sein, auch zwischen dem gerade Zitierten und ähnlich klingenden Dämonisierungen in der deutsch-deutschen Vergangenheit oder auch den pauschalisierenden „Abwicklungs“-Urteilen aus jüngeren Zeiten. So wenig die verschiedenen Wendepunkte unseres Jahrhunderts inhaltlich zueinander passen, so sehr weisen sie dennoch gewisse strukturelle und formelle Übereinstimmungen auf. Unabhängig vom jeweiligen Herrschaftssystem existieren offensichtlich generelle Strickmuster machterstrebender und machterhaltender Geschichtspolitik. Durchaus absichtsvoll überlagern tatsächliche oder auch nur vermeintliche Schreckensbilder aus vorausgegangenen Zeiten unangenehme Seiten der jeweiligen Gegenwart.¹³ „Vergottung der Gegenwart mit Hilfe der Vergangenheit“ – so benannte dies 1990 Lucien Febvre.¹⁴

Solcher Geschichtspolitik half auch Karl Alexander von Müller – bekannt als erstes NSDAP-Mitglied unter den deutschen Ordinarien der Historiker-Zunft und als wesentlicher Förderer Hitlers –, als er sich 1935 über „Probleme des Zweiten Reiches im lichte des Dritten“ ausließ: Sein doppeldeutiges Wortspiel besagte nicht nur, daß da, wo Licht sei, auch Schatten anzutreffen sein müsse. Es versteht sich, daß er die Weimarer Republik mit völlig belegloser Selbstverständlichkeit diskreditierte, um das braune Regime um so kräftiger preisen zu können. Dem Verfahren immanent vergrößerte er radikal die Schattenseiten vorangegangener Geschichtsperioden. Er bezog sich auch auf das Bismarcksche Reich und meinte, dieses sei „keine letzte Erfüllung“ gewesen.¹⁵ Insofern habe es untergehen müssen, seien Fragen auch nach dem „Zersetzenden und Lebensunfähigen“ zu stellen: „Seit 1918 drängten diese Fragen sich uns auf und wir versuchten, darauf zu antworten: aus dem Gesichtswinkel des wechselnden Tages [... und] wie einer, der Perspektiven messen soll, während die Erde unter ihm bebt. Erst jetzt, seit dem Aufbau des dritten Reiches, gewinnen wir wieder sicheren Grund unter den Füßen; feste Richtlinien, um ein Urteil zu begründen; jetzt allmählich beginnen die geschichtlichen Maßstäbe unserer Entwicklung im letzten Jahrhundert sich in ihrer ganzen Größe vor unseren Augen zu enthüllen.“¹⁶

Ein Gedankensprung von solchen Erklärungen zur Frage, wie denn heute Glanz und Elend des Weimarer Staates und seines Platzes im 20. Jahrhundert bestimmt werden können, mag unpassend und gewagt erscheinen. Und dennoch: Wie steht es um den Grund, von dem aus wir urteilen, wel-

¹² Thilo von Trotha: Einleitung. In: Nationalsozialistische Monatshefte. München (April 1933) 37. S. 145.

¹³ Siehe dazu auch Manfred Weißbecker: Notwendiger „Rückruf in die Geschichte“ – Ein Beitrag wider die geschichtspolitische Sündenabweisung und Selbstvergottung deutscher Parteien im 20. Jahrhundert. In: Rundbrief. Hrsg. von der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS. Berlin (1998) 4. S. 30-37.

¹⁴ Lucien Febvre: Das Gewissen des Historikers. Frankfurt am Main 1990. S. 13 f.

¹⁵ Karl-Alexander von Müller: Probleme des Zweiten Reiches im Lichte des Dritten. München 1935. S. 28.

¹⁶ Ebenda. S. 11.

ches sind unsere Maßstäbe? Wie steht es um die Akzeptanz von Revolutionen und revolutionären Bemühungen? Wenn alle sozialen Revolutionen, wie jüngst im Vorwort des Herausgebers und in den deutschen Ergänzungen zum „Schwarzbuch des Kommunismus“¹⁷ zu lesen war, als potentiell gewalttätig eingeschätzt werden,¹⁸ wäre dann nicht logischerweise auch die Weimarer Republik als Produkt der Novemberrevolution zu verurteilen? Was soll es also bedeuten und bewirken, wenn alle Menschheitsverbrechen der „Utopie“ einer besseren Gesellschaft angelastet sowie auf die angeblich nur gewalttätig denkbaren sozialen Revolutionen seit 1789 und auf den „Visionär“ Karl Marx zurückgeführt werden? Gebär etwa die Utopie von Weltverbesserern den Krieg, in dessen Überwindung die Weimarer Republik entstand? Waren Faschismus und Zweiter Weltkrieg, für dessen Vorbereitung Weimar geopfert wurde, eine Ausgeburt der Vernunft oder nicht doch eher das Ergebnis ihres Schlafes, den einst schon Goya beklagte?

Was enthüllt die Weimarer Republik nun uns Heutigen von sich, von ihren Anstrengungen, von ihrem Versagen? Zum einen gewiß, daß sie Rahmen und Boden für ein großes Experimentierfeld unterschiedlichster Kräfte der Gesellschaft bot, daß sie einen Versuch darstellte, tastende Schritte in eine von Gerechtigkeit, Solidarität und politischer Freiheit geprägte Gesellschaft zu tun. An den demokratischen Grundelementen seiner Verfassung ging der Staat von Weimar – zweifelsfrei eines der markantesten Kennzeichen deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert – keineswegs zugrunde, auch nicht an den Bemühungen, sie sichern und vertiefen zu wollen. Diese Republik scheiterte vor allem an ihren Unzulänglichkeiten und Widersprüchlichkeiten, an den stets erlaubten und unzureichend bekämpften Verletzungen ihrer Geburts- und Grundsatzdokumente. Konkret benennbare Kräfte konnten sich entfalten zugunsten undemokratischer Machtausübung, politischen Wahns und zuungunsten demokratischer Organisationen. Weimar ging am Übermaß jener Chancen zugrunde, die in ihm ausgesprochen rechten Parteien zuteil wurden, und die sie dem damaligen Rechtsextremismus boten, hoffend, ihn in ihre Machtambitionen einbinden und als Juniorpartner gegen die Linken nutzen zu können. Die Republik zerbrach schließlich auch an einer allzu duldungsvollen, Chancen ausschlagenden Hinnahme ihres systematisch betriebenen Abbaus.¹⁹

Wer – so wage ich ein Fazit – tatsächliche Leistungen und zukunftssträchtige Ansätze der Weimarer Republik würdigen will, wird dem ihre Gründer so total negierenden Diktum vom „schwächlichen und verräterischen Geschlecht“ entschieden begegnen müssen und zugleich nicht vergessen dürfen, auf ihre inneren Widersprüchlichkeiten, Unvollkommenheiten und Inkonsequenzen zu verweisen. Denn in diesen spiegelten sich nicht allein unterschiedlichste, sondern auch schlimmste Entwicklungsmöglichkeiten des Säkulums. Leider nimmt mir nichts – wenn diese sehr persönliche Bemerkung noch erlaubt wird – die Skepsis, daß selbst bittere und bitterste Lektionen unseres Jahrhunderts offensichtlich immer noch nicht begriffen worden sind. Bonn ist zwar nicht Weimar geworden, aber wohin wird acht Jahrzehnte nach der Novemberrevolution die neue, die Berliner Republik gehen? Wenn aber am Ende des 20. Jahrhunderts kein allzu optimistischer Ausblick gegeben werden kann, wie ist dann künftig über Weimar zu urteilen? Oder wird gar Carl Amerys Vermutung zu folgen sein, in Hitler und Auschwitz seien die Vorläufer des 21. Jahrhunderts zu vermuten?²⁰

¹⁷ Stephane Courtois/Nicolas Werth [u. a.]: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. Mit dem Kapitel „Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR“ von Joachim Gauck und Ehrhart Neubert. München 1998.

¹⁸ Nach den Auslassungen Ehrhart Neuberts hat der Leser im „Kommunismus“ – was auch immer darunter zu verstehen ist, ganz zu schweigen von der Notwendigkeit, zwischen ihm und dem Stalinismus zu unterscheiden – die schlimmste, unmenschlichste und verbrecherischste Herrschaftsform aller Zeiten zu sehen. „Das zynische Mordverlangen ist die Vernunft des Kommunismus“ verkündet der Mann aus der Gauck-Behörde und bezeichnet alle kommunistischen Revolutionen als „eine Metapher zur Veredelung von Verbrechen“. Die kommunistische Idee sei tödlich und im Vergleich mit ihr habe die der Nazis nichts anderes dargestellt als „Kinderbuchphantasien von Kleinbürgern“ (ebenda. S. 843 und 834).

¹⁹ Siehe Manfred Weißbecker: Das Übermaß der Chancen für die Bourgeoisie führte 1933 zur Niederlage aller nichtfaschistischen Kräfte. In: Susanne Miller/Malte Ristau (Hrsg.): Erben deutscher Geschichte. DDR-BRD. Protokolle einer historischen Begegnung, Reinbek bei Hamburg 1988. S. 154 ff.

²⁰ Carl Amery: Hitler als Vorläufer. Auschwitz – der Beginn des 21. Jahrhunderts? München 1998.

Der Historiker kann darauf keine Antwort geben, die Prophetie seiner Zunft richtet sich allein in die Vergangenheit. Doch einer voranhelfenden Debatte kann er und sollte er sich nicht entziehen wollen.

Zeitgemäße Betrachtungen über die deutsche Linke zwischen Revolutionarismus und Reformismus achtzig Jahre nach der Deutschen Revolution 1918/1919, der Konstituierung des deutschen Parteikommunismus und der Entstehung der ersten deutschen Republik, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 1999, S. 35-47.

Wider die Gleichsetzung von „Rechts-“ und „Linksextremismus“

Manfred Weißbecker über demagogische Wanderprediger

Die politischen Begriffe „Rechts“ und „Links“ kamen, gemeinsam mit dem Begriff der „Mitte“ im 19. Jahrhundert auf und spiegelten zunächst nur Sitzordnungen in Parlamenten wider, kennzeichneten sozusagen eine parlamentarische „Gesäß-Geographie“. Allerdings entsprachen sie auch den drei politisch-ideologischen Grundströmungen, die damals in der bürgerlichen Gesellschaft existierten (Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus). Deren weitere Entwicklung im 20. Jahrhundert war vor allem durch innere Differenzierung und Aufspaltung (z. B. in mehrere Parteien) sowie durch Verselbständigung einzelner Bestandteile zu neuen Strömungen (u. a. Faschismus, Kommunismus) charakterisiert.

Heutzutage kann von einer Renaissance der Totalitarismustheorie und von einer endgültigen Desavouierung aller antifaschistischen Elemente, von einer den Rechtsextremismus fördernden Vereinseitigung gesprochen werden. Unter dem irreführenden Diktum vom „Diktaturenvergleich“ wird auf einer Folie des Schreckensbildes „Extremismus“ das vermeintliche Selbstbild des Westens entwickelt. Zugleich nehmen Verharmlosung und Relativierung des Faschismus zu, was sich auch in den von deutschen Rechten und Rechtsextremen gierig aufgenommenen Positionen Stephane Courtois‘ im „Schwarzbuch des Kommunismus“ niederschlug.

Der westdeutsche Historiker Ernst Nolte konstruierte einen kausalen Zusammenhang zwischen „Rassenmord“ und „Klassenmord“, was nicht zuletzt auch einer Rechtfertigung des Faschismus als verständlicher Reaktion auf den Bolschewismus gleichkam, und löste damit den bekannten „Historiker-Streit“ aus.

Rechts, Links – und die Mitte

Gegenwärtig rechnen sich zahlreiche Parteien, Medien und Wissenschaftler mit Vorliebe der politischen „Mitte“ zu. Zugleich erheben sie sich zum Maßstab aller Politik und einer Theorie, welche sich nahezu ausschließlich am Gegensatz von Demokratie und Diktatur orientiert. Ich habe immer noch im Ohr, wie z. B. Pfarrer Hintze auf dem vorletzten CDU-Parteitag – noch in Erwartung eines Sieges – in einen maßlosen Rundumschlag davon sprach, allein seine Partei und insbesondere Helmut Kohl würden die Mitte Deutschlands bilden. Auch nach den Bundestagswahlen vom 27. September 1998 können es manche konservative Politiker einfach nicht lassen, wider besseres Wissen und entgegen allen Regeln der Demokratie dort von Extremisten bzw. von einer Unterstützung für diese zu reden, wo ohne CDU und möglicherweise sogar gegen sie regiert werden soll. Die „Mitte“, so verstanden und definiert, entzieht sich nicht ohne Erfolg einer Überprüfung des Charakters ihrer Politik. Unterschiedslos bewertet sie – vor allem in Wahlkampfzeiten – andere Parteien und Bewegungen als „Antithese des demokratischen Verfassungsstaates“ oder beschimpft sie als „Rattenfänger von links und rechts“, die nur darauf warten, „aus Zukunftsängsten und Hoffnungslosigkeit Profit zu schlagen.“

Nach solchem Verständnis gilt als Extremist, wer – tatsächlich oder vermeintlich – andere Prinzipien anstrebt, als sie in der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ festgeschrieben worden sind. Eine der allgemeinsten und zugleich widersinnigsten Definitionen des Extremismus besagt, dieser sei „eine gegen die Wertvorstellungen einer Gemeinschaft von Menschen gerichtete Verhaltensweise.“

Mir will es wie pure Heuchelei und politischer Dummenfang erscheinen, wenn einerseits die Erinnerung an die Revolution von 1848/49 gepflegt wird (und ähnliches werden wir sicher im Gedenken an die vor 80 Jahren entstandene Weimarer Republik erleben), und andererseits solche Definitionen geboten werden. Auf solche Art und Weise werden Veränderungen in der Gesellschaft grundsätzlich ausgeschlossen. Mit der Ablehnung von auf Veränderung bedachter Verhaltensweisen sollen jegliche Reformen, von Revolutionen ganz zu schweigen, mit dem Extremismus-Verdikt bedacht werden können.

Wir wissen, daß sich heutige Verfechter von Extremismus- und Terrorismustheorien auf die Lehre vom „Totalitarismus“ stützen und insbesondere – ungeachtet programmatischer und kausaler Unterschiede – Faschismus und Kommunismus gleichsetzen. Sie betrachten „braun“ und „rot“ bzw.

„rechtsextrem“ und „linksextrem“ als gleichermaßen abzulehnende, aber auch sich miteinander verbündende Phänomene.

Auf dieser Grundlage fordern sie einen sogenannten antitotalitären Konsens, diesen zu einem identitätsstiftendem „Geßler-Hut“ erhebend, vor dem jeder seinen tiefen Bückling zu machen hat, will er in Deutschland als Demokrat anerkannt sein.

Zum historischen Verständnis

Die Herausbildung jener Erscheinungen, die mit dem Begriff „totalitär“ zu erfassen versucht werden, erfolgte nach dem Ersten Weltkrieg. Dessen Ursachen und Folgen wurzelten in den damaligen Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnissen. Er stellte ihr Ergebnis dar und geriet zum Ausgangspunkt aller Barbarisierungstendenzen des 20. Jahrhunderts. Die bürgerliche Gesellschaft erwies sich als unfähig, die in ihr bestehenden sozialen Probleme einigermaßen gerecht und human zu lösen. Sie zeigte sich darüber hinaus auch gar nicht willens, friedliche und gerechte Lösungen internationaler Gegensätze zu praktizieren. Zunehmend militarisierte und brutalisierte sich das „zivile“ Leben der Gesellschaft. Die der konkurrenz-dominierten Gesellschaft wesenseigene Gewalt wuchs sich zu einem entscheidenden Mittel aller innen- und außenpolitischen Konfliktlösungen aus. So geriet das 20. Jahrhundert zu einem Säkulum der Extreme“.

Die Lehre vom Totalitarismus

Der Erste Weltkrieg stellte den Ausgangspunkt von Versuchen dar, den bestehenden Verhältnissen entgegenzuwirken und im Sinne traditioneller humanistisch-utopischer Ideen eine menschlichere Gesellschaft auf nichtkapitalistischer Grundlage zu schaffen. Diesen Bestrebungen standen die Versuche zur Sicherung und Fortentwicklung kapitalistischer Herrschaftssysteme von Anfang an diametral gegenüber, und dies sowohl in ihren Ursachen als auch in ihren Zielsetzungen. Dennoch stimmten manche Formen und Methoden der Machtausübung überein: Zum einen waren offensichtlich alle politischen und geistigen Strömungen ihrer „Zeit“ verhaftet, zum anderen gibt es zu allen Zeiten allgemeine, systemübergreifende Erscheinungen im Verhältnis von Herrschenden und Beherrschten, von „oben“ und „unten“.

Erstmalig tauchte der Begriff totaler Staat nach Mussolinis „Marsch auf Rom“ auf. Vor allem Liberale (Giovanni Amendola, Piero Gobetti, Francesco Nitti), aber auch Kommunisten (Antonio Gramsci, Filippo Turati) machten so auf die Tatsache aufmerksam, daß der Faschismus eine neuartige gesellschaftliche Erscheinung darstellt, die nicht mit alten monarchistischen, oligarchischen oder despotischen Verhältnissen vergleichbar ist.

Dabei hatten sie insbesondere jene Radikalisierung der Gewalt im Auge, mit deren Hilfe die Organisationen der Arbeiterbewegung vollständig beseitigt werden sollten, ferner die Tatsache, daß sich die neue Strömung im Inneren gegen die bürgerlich-parlamentarische Demokratie wandte und nach außen neuen, chauvinistisch und völkisch-rassistisch rechtfertigten Großmacht- und Expansionsbestrebungen huldigte, denken wir nur an die Vorstellung, das Mittelmeer habe als italienisches Binnengewässer zu gelten oder an die Forderung der NSDAP nach „Boden im Osten und nach der Schaffung eines „großdeutschen Reiches aller Deutschen“, wie es im 25-Punkte-Programm vom Februar 1920 hieß. Jeder weiß, daß sich letzteres nicht allein gegen den Versailler Friedensvertrag auch nicht nur gegen die kleindeutsche“ Lösung zwischen Preußen und Österreich in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts richtete; es ging es um das Ziel, eine totale Vormachtstellung in Europa und in der Welt gewinnen zu können.

Angesichts solcher Ziele fiel es den Faschisten in Italien und Deutschland nicht schwer, den Begriff „total“ zu übernehmen und mit einem eigenständigen Konzept totalitärer Politik und Herrschaft zu verbinden. So formulierte ein Vertreter des „Großrates“ der faschistischen Partei Italiens 1926: „Wenn die Gegner uns sagen, wir seien totalitär, Dominikaner, unversöhnlich, tyrannisch, dann erschreckt vor diesen Adjektiven nicht. Akzeptiert sie mit Ehre und Stolz ... Jawohl, wir sind totalitär! Wir wollen es sein vom Morgen bis zum Abend, ohne abweichende Gedanken.“

Die Gedankenwelt des deutschen Faschismus

Im deutschen Faschismus, der sich selbst als Nationalsozialismus bezeichnete, ist gleiches Gedankengut erkennbar. Für sein totalitäres Konzept lassen sich drei weitere Quellen benennen:

- die Ideologie der NSDAP, die in dieser Hinsicht direkt an die des italienischen Faschismus anknüpfte und ihr Expansionsstreben („Reich aller Deutschen“, „Lebensraum“) mit einem aggressiven Rassismus sondergleichen (gerichtet gegen „Nicht-Deutsche“) koppelte und die Gewalt zum Terror steigerte, und ihren Terrorismus als Mittel zur Lösung politischer, wirtschaftlicher, rassistischer oder kultureller Konflikte ausdrücklich rechtfertigte. Dabei spielte gerade das Argument eine zentrale Rolle, man sei gezwungen Gewalt anzuwenden, um sich vor „roter Gewalt“ schützen und verteidigen zu können. Wie verlogen es war, belegt nicht zuletzt die Tatsache, daß es in der deutschen Revolution von 1918/19 Opfer erst im Ergebnis konterrevolutionärer Attacken und vor allem in der blutigen „Abrechnung“ mit den Revolutionären gegeben hat;
- die Bemühungen konservativer Staatsideologen, den parlamentarisch verfaßten Regierungssystemen neue Modelle entgegenzusetzen;
- die Versuche der Militärs des 1918 geschlagenen deutschen Heeres, ihre Niederlage damit zu erklären, daß es leider keine „totale“ Kriegführung, keinen Einsatz aller Ressourcen, kein erforderliches Zusammenspiel von äußerer und innerer Front, keinen ausreichenden Kampf gegen die Arbeiterbewegung gegeben habe.

Vergleiche des Nichtvergleichbaren

Von Anfang verglichen Kritiker des Faschismus diesen mit dem bolschewistischen Machtmechanismus in der UdSSR. Als wichtigste Gemeinsamkeit erschien ihnen die Ablehnung liberaler Freiheitsvorstellungen durch beide Systeme, die Anwendung von Terror und die Ausschaltung politischer Gegner. Allerdings bestritten sie weder Notwendigkeit noch Legitimität der russischen Oktoberrevolution. Sie gingen von den spezifischen Entwicklungen innerhalb der miteinander verglichenen, jedoch keineswegs gleichgesetzten Regime aus. Sie betonten die Existenz erheblicher Unterschiede, die sowohl in den jeweiligen Erscheinungsformen als auch in den Ursachen und Zielsetzungen gesehen wurden. Einige sprachen von „Berührungspunkten“, die es im Kampf beider Systeme gegen den Liberalismus und dessen Freiheitsprinzipien geben würde. Andere leiteten die an der UdSSR zu kritisierenden Erscheinungen aus ökonomischen Notwendigkeiten ab, unter deren Druck aus der ursprünglichen Diktatur des Proletariats die Diktatur einer über den Klassen stehenden Kaste geworden sei. Häufig wurde im Kommunismus eine soziale Bewegung, im Faschismus ein Herrschaftsprinzip gesehen. Zu Unrecht werden solche Auffassungen in der heutigen theoriegeschichtlichen Literatur völlig verdrängt. Ebenso wird übersehen, daß in der sogenannten „Renegaten“-Literatur (Buber-Neumann, Koestler, Leonhardt u. a.) die antistalinistischen Positionen eng mit antifaschistischen und vielfach auch mit prosozialistischen Grundhaltungen verbunden waren.

Doch selbst hier sind anfangs noch antifaschistische Aspekte spürbar: Gerade das bedeutsame Buch von Hannah Arendt („Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft“, 1951) kann primär als Versuch gesehen werden, Rassismus und Holocaust zu erklären. Da es im Verlaufe mehrerer Jahre entstand, lassen sich in ihm Radikalisierung und Entdifferenzierung erkennen, die der weltweiten bipolaren Konfrontation geschuldet waren. Schließlich dominierten ein schlichtes Bild-Gegenbild-Produkt, ein starres Schwarz-weiß-Bild und ein apodiktisches Freund-Feind-Schema, das die immer wieder zitierten und in den Rang sakrosankter Kriterien sechs Kennzeichen von Totalitarismus umfaßte: Ideologie mit Ausschließlichkeitsanspruch, monolithischer Machtapparat, Massenmobilisierung durch eine Einheitspartei, Propaganda- und Kommunikationsmonopol, politischer Terror und Zentralverwaltungswirtschaft.

Zum historischen Verständnis

Die Verarbeitung totalitärer faschistischer Erscheinungen sowie des Vergleiches mit dem Stalinismus zu einer Theorie setzten in den 30er Jahren ein. Diese verband sich sofort mit politischer Instrumentalisierung, und zwar bezeichnenderweise je nach Situation und Erfordernis. Das läßt sich unter anderem an jenen politikwissenschaftlichen Konferenzen belegen, die 1935 und 1939 in den USA stattfanden und maßgeblich zur Entwicklung der Totalitarismustheorie beitrugen. Ihre Teilnehmer gelangten allerdings noch zu sehr differenzierten Urteilen und warfen zudem berechnete Fragen nach generellen Wurzeln totalitärer Erscheinungen in allen Gesellschaften – auch in demokratisch verfaßten – auf. Während des gegen Hitlerdeutschland geführten Krieges spielte die Totalitarismustheorie in den westlichen Ländern keine Rolle. Ihre Blütezeit erlebte sie dagegen im Kalten Krieg.

Erfahrungen der sechziger Jahre

Bereits in den 60er Jahren setzten ernsthafte Zweifel am Realitätsgehalt der Totalitarismustheorie ein. Die Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus wurde mehr und mehr relativiert oder direkt abgelehnt. Dies geschah in einer Zeit, in der – es erste Entstalinisierungsversuche in den realsozialistischen Ländern gab („Taufwetter“-Phase in der UdSSR nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956, Streben nach einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ in der ČSSR 1968),

- erste Tendenzen zu einer Entspannung zwischen den beiden Weltsystemen spürbar wurden,
- angesichts des barbarischen USA-Krieges gegen Vietnam eine Desillusionierung unter der Bevölkerung westlicher Länder einsetzte,
- neue sozialwissenschaftliche Untersuchungen zur Geschichte des Faschismus feststellten, daß es unter seiner Herrschaft weder ein Wirtschaftsmonopol des Staates noch einen monolithischen Block der Herrschenden gegeben habe,
- neue Faschismustheorien debattiert wurden und
- ein Neuansatz in den soziologischen und politikwissenschaftlichen Forschungen über den Kommunismus gesucht wurde, der z. B. dazu führte, daß die DDR nur noch als System eines „konsultativen Autoritarismus“ bezeichnet wurde und sich zu einem autoritären Staat „zurückentwickelt“ habe.

Die Gefahren von heute

Diesen Zweifeln und Infragestellungen begegnete seit Beginn der 80er Jahre eine Welle konservativer Wiederbelebungsversuche und gleichzeitiger Radikalisierung der Totalitarismustheorie. Geschichtliche Erfahrungen belegen:

- Wer Rechtsextremismus und Linksextremismus zu gleichartigen Phänomenen erklärt oder gar ersteren mit letzterem rechtfertigt, diffamiert Antifaschisten und Antirassisten als undemokratisch und erschwert die Schaffung eines breiten Bündnisses gegen jeglichen Rechtsdrall der deutschen Gesellschaft.
- Wer einen „Abschied vom Antifaschismus“ fordert oder im Antifaschismus ein „Hindernis für eine humane und demokratische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ sieht, bewirkt (gleich ob ungewollt oder gewollt) eine Erweiterung des Spielraumes rechtsextremer Kräfte.
- Wer meint, daß diejenigen, die mit Linksextremen paktieren würden, den Rechtsextremismus auf den Plan riefen (wie gegen die Initiatoren und Verfechter der „Erfurter Erklärung“, gegen die Regierungsbildung in Sachsen-Anhalt und vor den Bundestagswahlen vom 27. September 1998 zu hören war), verdunkelt und vertuscht die realen Wurzeln neuer Zukunftgefährdungen.
- Wer seine Gegner hauptsächlich in den Linken sieht, stärkt die Rechten, erleichtert eine Entwicklung nach rechts und stärkt die ohnehin schon vorhandenen großen (und nicht zu unterschätzenden!) Potentiale des Rechtsextremismus.
- Wer den rechtsextremen Demagogen nach dem Munde redet, besorgt deren undemokratische und anti-antifaschistische Geschäfte.

Totalitarismus- und Extremismustheorien können nur als willkürliche, reduktionistische und an der Wirklichkeit nicht zu verifizierende Pseudowissenschaft bezeichnet werden. Sie dienen ebenso als Rechtfertigungsgrundlage für die Delegitimierung des Antifaschismus als „verordnet“ und „stalinistisch“ sowie für die Auseinandersetzung mit jenen Kräften in der BRD, die vor der Wende von 1989/90 für einen „Wandel durch Annäherung“ und für eine kooperative Partnerschaft zwischen beiden deutschen Staaten eingetreten sind. Sie dienen einer verbalen Verurteilung und politischen Diskriminierung vieler Bewegungen und Kräfte, die sich gegen unterschiedlichste Erscheinungen der Gesellschaft wenden: gegen neuerlichen Rassismus und wachsende Fremdenfeindlichkeit, ge-

gen die Entleerung des Verfassungsgebots von gleichem Recht für alle, beispielsweise für Asylsuchende. Letztlich ermöglichen sie auch eine weitere verhängnisvolle Gewöhnung an erneutes Denken in den Kategorien militärischer Konfliktlösungsstrategien und neuer Kriege.

Es sind solche Gefährdungen der Gesellschaft und einer Zukunft der Menschheit in Frieden und demokratischer Gleichberechtigung, die Verantwortungsbewußte und vernünftig Denkende veranlassen sollten, ihrem weiteren Ringen auch die Ergebnisse einer intensiver als bislang zu betreibenden Auseinandersetzung mit totalitarismustheoretischen Auffassungen und ihrem Mißbrauch in der Gleichsetzung von rechtsextrem und linksextrem zugrunde zu legen. Erforderlich ist jedoch zugleich ihre Debatte um eine überzeugende Demokratietheorie, die sich nicht ausschließlich am dämonisierten Gegenbild des westlichen Parlamentarismus und Pluralismus, sondern gleichermaßen und an den Stärken und den Defiziten aller bestehenden demokratischen Systeme orientiert.

antifa, Januar 1999, S. 17-20.

Vorwort

Zwar gab es bei den jüngsten Wahlen in Deutschland – von Sachsen-Anhalt einmal abgesehen – keine spektakulären Erfolge rechtsextremistischer Parteien, dennoch sollte ihr unübersehbares und immer gewaltbereiteres Auftreten niemanden zu Sorglosigkeit veranlassen. Es könnte verhängnisvoll sein, erneut einen Fehler zu begehen, der sich in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts verheerend ausgewirkt hat. Damals wurde die faschistische Partei der „Nationalsozialisten“ arg unter- und der eigene Einfluß überschätzt. Gemeinsame Aktionen antifaschistischer Organisationen sind auch deshalb leider unterblieben.

Eine weitere geschichtliche Erfahrung besagt: Wer damals das Potential der Rechtsten unter den Rechten für seine eigenen Zwecke zu nutzen versuchte, trug dazu bei, es entscheidend zu fördern. Man denke an den bayerischen Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr, der den ersten Putsch der nationalsozialistischen Bewegung vorbereiten half und gleich dem Zauberlehrling die Geister nicht wieder los wurde, als sie ihm überflüssig erschienen. Man denke an das Münchener Volksgericht, das den Putschisten Hitler mit einem Urteil bedachte, in dem auch bei bestem Willen keine Strafe zu erkennen war. Man erinnere sich an die von den Deutschnationalen eingefädelte Kooperation mit der von lediglich 2,8 Prozent der Stimmen in den Reichstag gewählten NSDAP gegen den Young-Plan, zu deren Ergebnis Hof- und Salonfähigkeit der deutschen Faschisten gehörten. Man denke schließlich an das Konzept, das unter den Stichworten „Einrahmung“ und „Zähmung“ in die Geschichte rechtskonservativnationalsozialistischer Bündnispolitik einging.

Jede absichtsvolle Duldung, jede ideelle und materielle Unterstützung chauvinistischer und rassistischer Forderungen sowie der Versuch, die NSDAP – je nach Möglichkeit und Erfordernis – für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, ermöglichten dieser, einen Status von „Normalität“ zu erlangen. Indem die vielgerühmte „Mitte“ der Gesellschaft tagespolitische Einträglichkeit zum obersten politischen Prinzip erhob, machte sie sich selbst schließlich zum opferwilligen Spielball selbstzerstörerischer Absagen an jegliche Form von Demokratie. Seither wissen wir: Wer seine Gegner hauptsächlich unter den deutschen Linken, unter Antifaschisten aller Richtungen sah, stärkte den Rechten den Rücken, erleichterte die schrittweise Hinwendung nach rechts und lieferte zugleich Munition für die zahllosen Argumente, mit denen die drohende Gefahr unterschätzt wurde. Wer den Demagogen einer rassereinen deutschen Volksgemeinschaft nach dem Munde redete, besorgte auch deren undemokratische Geschäfte.

Die nachfolgenden Beiträge wurden von ihrem Verfasser, einem ausgewiesenen Kenner der heutigen rechtsextremistischen Szene, dem Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. dankenswerterweise zur Verfügung gestellt. Sie enthalten eine Fülle von Informationen, Anregungen zu weiterem Nachdenken und nicht zuletzt einen dringlichen Appell, dem braunen Spuk nachdrücklich zu begegnen sowie jeglicher Rechtfertigung von Gewalt und Krieg eine Absage zu erteilen.

Jean Cremet, Die extreme Rechte auf der Suche nach neuen ideologischen Ansätzen – Positionen und Polemik –. Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Schriftenreihe Heft 41, Jena 1999, S. 3-4.

Rechtsextreme am Ende?

Nach der Bundestagswahl, die den Rechtsextremen geringere Stimmenanteile brachte, als allgemein erwartet worden war, lehnte sich die öffentliche Meinung beruhigt zurück – als wäre sie das Problem los. Zu unrecht, denn das rechtsextreme Potential besteht weiter. Auch die Hoffnung, die konzeptionellen, ideologischen und personellen Differenzen zwischen NPD, DVU, Republikanern und anderen Gruppen erlaubten in absehbarer Zeit keine Bündelung, könnte sich als irreführend erweisen. Vielleicht vermag aber ein Blick in die Geschichte der NSDAP, uns vor Illusionen zu bewahren.

Aus kleinsten Anfängen wuchs die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei zur mitglieder- und wählerstärksten Partei heran, die es je in der deutschen Geschichte gegeben hat. Ihre Mitgliederkartei verzeichnete 55 Namen, als Hitler ihr beitrug, und achteinhalb bis neun Millionen, als sie „kriegsbedingt“ ihre Arbeit einstellte. Nach 1933 erreichte sie – wie keine deutsche Partei vor oder nach ihr – einen bis dahin nicht für möglich gehaltenen Grad von Organisiertheit der Bevölkerung. Kaum einer – ob Arbeiter oder Gewerbetreibender, jung oder alt, Mann oder Frau – konnte sich auf Dauer dem Einfluß ihres breit gefächerten Systems von Gliederungen, angeschlossenen Verbänden und betreuten Organisationen entziehen. Bis 1933 hatten sich um die Angehörigen einzelner gesellschaftlicher Schichten, Alters-, Berufs- oder Interessengruppen jeweils mehrere Organisationen entsprechend den politisch-ideologischen Grundströmungen in der deutschen Parteienlandschaft bemüht; zudem hatten große Teile der Bevölkerung – z. B. fast die Hälfte derer, die statistisch zur Arbeiterklasse zählten – überhaupt keiner politischen oder gewerkschaftlichen Organisation angehört. Nimmt man dies zum Vergleich, läßt sich die gewonnene Schlagkraft leicht ermessen. Ohne diese Organisiertheit der Bevölkerung hätte das faschistische Regime nicht funktionieren können – bis hin zum totalen Krieg, zur barbarischen Okkupationspolitik, zum Völkermord, und die meisten Deutschen wären sonst auch nicht bereit gewesen, den Krieg so sinnlos und opferreich bis „fünf Minuten nach zwölf“ zu unterstützen.

Ihren Aufstieg zur Macht verdankte die Partei vor allem jenen Bestrebungen konservativ-deutschnationaler Großindustrieller, Bankiers, Großagrarien, Militärs, Beamter und Politiker, sie für eigene wirtschaftliche und politische Zwecke auszunutzen. So durfte sie am Ende der zwanziger Jahre, als sie noch keine Massenpartei war und nur wenige Wähler für sich gewonnen hatte, die Rolle eines Juniorpartners übernehmen. Alle Instrumentalisierungsversuche stärkten die NSDAP. Seither besagt eine der wesentlichsten Erfahrungen: Wer in jenen 14 Jahren der Weimarer Republik versuchte, das Potential der Rechtesten unter den Rechten zu nutzen, förderte es. Man denke an den bayerischen Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr, der den ersten Putsch der nationalsozialistischen Bewegung vorbereiten half und gleich dem Zauberlehrling die Geister nicht wieder los wurde, als sie ihm überflüssig erschienen. Oder an das Münchener Volksgericht, das den Putschisten Hitler mit einem Urteil bedachte, in dem bei bestem Willen keine Strafe zu erkennen war. Oder an die von der Deutschnationalen Volkspartei eingefädelte Kooperation mit der gerade von lediglich 2,8 Prozent der Stimmen in den Reichstag gewählten NSDAP gegen den Young-Plan, zu deren Ergebnis Hof- und Salonfähigkeit der deutschen Faschisten gehörten. Oder schließlich an das Konzept, das unter den Stichworten „Einrahmung“ und „Zähmung“ in die Geschichte rechtskonservativ-nationalsozialistischer Bündnispolitik einging.

Jedoch erbrachte die NSDAP selbst beträchtliche Vorleistungen, um als Faktor rechter bürgerlicher Politik anerkannt zu werden. Programmatisch wie demagogisch knüpfte sie an tatsächliche und vermeintliche Bedürfnisse, Wünsche und Ängste der Massen an. Zudem gelang es ihr, Mitglieder und Wähler an die Erfüllbarkeit ihrer Heilsversprechungen glauben zu lassen, wobei mancher Vorbehalt gegen terroristische Methoden schwand. Allerdings bestimmte die Millionengefolgschaft der NSDAP weder das Programm noch den Kurs oder gar die Ziele der Partei – das tat ihre Führung, in deren Kalkül jene Millionen Mitglieder und Wähler bereits vor 1933 ein unentbehrliches Instrument und Faustpfand im Kampf um die Staatsmacht dargestellt hatten.

Die historische Wahrheit gebietet, auch eine andere Erfahrung nicht zu vergessen: Zugunsten der NSDAP wirkten zahlreiche Argumente des hilflos versagenden Antifaschismus, die sich als null

und nichtig erwiesen. Es rächte sich jede Verniedlichung des Problems, jedes Kleinreden der Gefahren, jede Spekulation auf einen Zerfall, jede Hoffnung auf ein Auseinanderbrechen dieser Partei, jede letztlich aus allzu egoistischen Gründen getroffene Entscheidung gegen antifaschistische Bündnisse und gemeinsame Aktionen aller vom Faschismus bedrohten Kräfte.

Nein, Rechtsextremismus sollte in keiner Situation als eine zu vernachlässigende Größe betrachtet werden, auch wenn er als relativ kleine Partei oder in einer Vielzahl unterschiedlicher Organisationen daherkommt. Sein „Gemeinsamkeitspotential“, wie ich es einmal nennen will, war damals wesentlich größer, als organisationsstrukturelle Differenzen vermuten ließen. Die Lern- und Organisationsfähigkeit rechtsextremer Parteien darf man nicht unterschätzen, schon gar nicht in Zeiten mit gravierenden sozialen Probleme, an denen ihre Demagogie ansetzt. Organisatorische Zersplitterung schließt nicht auf immer wirksame Absprachen oder Zusammenschlüsse aus. Gewiß, der Rechtsextremismus befindet sich gegenwärtig in einer Umbruchkrise, doch muß diese ihn auf Dauer schwächen?

Im Gegensatz zu der Vorstellung, die Geschichte der NSDAP stelle ein einziges Kontinuum an Aufwärtsentwicklung dar, lassen sich Stagnations- und Krisenzeiten dieser Partei gerade an bestimmten Momenten ihres Verhältnisses zu anderen faschistischen Organisationen festmachen. Das galt bereits im Juli 1921, als die Drexler-Gruppe eine Übereinkunft mit der Deutschsozialistischen Partei herbeizuführen suchte, das galt im Jahre 1924, als sich mehrere Organisationen – darunter vor allem die Deutschvölkische Freiheitspartei – um eine Nachfolgeschaft der im Putsch gescheiterten NSDAP bemühten, das galt 1928/ 29, als das Lager der Völkischen und die paramilitärischen Verbände überrollt werden konnten. Daß Hitler später jenen unter den „Parteigenossen“ eine nahezu nibelungische Treue hielt, die besonders geholfen hatten, seinen kompromißlosen Kurs „Anschluß statt Vereinigung“ durchzusetzen, läßt sich am Beispiel Julius Streichers gut erkennen; haßerfüllt ließ er andererseits alle umbringen, denen er vorwarf, die Geschlossenheit der Partei gefährdet zu haben, wie das Beispiel Gregor Strasser belegt.

Daß sich Parteigeschichte wiederholt, ist unwahrscheinlich. Eben weil es die NSDAP war, die in den Zweiten Weltkrieg und in eine totale militärische Niederlage geführt hat, bleibt die Massenwirksamkeit ihrer Nachfahren und Nachahmer eingeschränkt. Die Zeit für Massen- und Mitgliederintegrationsparteien scheint ohnehin vorüber zu sein. Neue Techniken, neue Medien erlauben diffizilere, wirksamere Einflußnahme auf Denken und Handeln der Massen. Heutiger Expansionsdrang und neues deutsches Vorherrschaftsstreben werden geradezu zwangsläufig neue Methoden und Taktiken hervorbringen. Gleichwohl und gerade deswegen wäre es gefährlich, historische Erfahrungen zu vergessen.

Ossietzky, Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, Heft 1/16. Januar 1999, S. 9-11.

Nicht Geistesheroen, Ruhe und Ordnung lockten

Vom Start einer deutschen Republik – Weimar 1919

Jene Stadt, deren Name zum Synonym der ersten deutschen Republik geriet, ist wieder einmal in aller Munde. Für die nächsten zwölf Monate zur „Europäischen Kulturstadt“ gekürt, bietet sie so manchem Jubelredner willkommenen Anlaß, vom „Mythos Weimar“ zu reden. Häufig werden die Zeiten der Klassik und andere großartige Höhepunkte in der Geschichte Weimars als deutscher Parnas charakterisiert. Mitunter schimmert jedoch die Absicht hindurch, die weniger schönen Seiten in Weimars Vergangenheit – zum Beispiel die des „Zwillingsortes Buchenwald“, wie es Peter Merseburger in seiner politischen Kulturgeschichte Weimars formuliert – vergessen zu machen. Möglicherweise werden sich insbesondere jene des Themas annehmen wollen, die da meinen, heute sei nun endlich der die deutsche Geschichte so stark prägende Zwiespalt zwischen Geist und Macht aufgehoben ...

Wie dem auch sei: Zu erinnern ist daran, daß Weimar vor acht Jahrzehnten, unmittelbar nach der Revolution vom November 1918, ebenfalls im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stand. Hier tagte – fern der Hauptstadt des Deutschen Reiches – ein halbes Jahr lang die am 19. Januar 1919 gewählte Nationalversammlung, hier wurden zahlreiche programmatische Reden gehalten und entstand die Verfassung jenes Staates, der als Weimarer Republik in die Geschichte eingegangen ist.

Seine Gründungsväter gerieten allerdings in Schwierigkeiten, als sie einen bestimmten Tag zum Gründungs- und Jubeltag des neuen Staatswesens deklarieren wollten. Wer auch immer des Starts der Republik gedenken und diese feiern oder geißeln wollte, den peinigte stets die Qual der Wahl. Allzu langwierig, qualvoll und widersprüchlich hatte sich vor 80 Jahren die Konstituierung des neuen Staates vollzogen: Keiner der 276 Tage zwischen dem Sturz der Monarchie am 9. November 1918 und der Unterzeichnung seines Grundgesetzes am 11. August 1919 ließ sich als Tag seiner Geburt in Anspruch nehmen. Zwar rangen die politischen und geistigen Väter der Republik darum, so manches Ereignis der Jahre 1918/19 hervorzuheben und als würdigen Anlaß eines Ehrentages der Republik zu nutzen, jedoch blieben sie in ihrem partei- und politikgebundenen Geschichtsverständnis befangen. Die Suche endete wie das Hornberger Schießen, und derjenige, der sich dennoch auf ein Datum festlegte, bekundete mit ihm zugleich seinen politischen Standort.

Den einen, von Revolutionsschauder erfüllt, paßte der 9. November nicht ins Konzept – schließlich sei doch das Reich in den „Strudeln von Niederlage und Revolution“ versunken (wie jüngst sogar in der „Zeit“ wieder zu lesen war). Nein, für konservative Geister durfte nicht sein, daß Revolutionäre Deutschland zur Republik erhoben hatten. Für sie bedeutete die Niederlage des preußisch-deutschen Militarismus ebenso eine Schmach wie die Ansätze zu einer Einschränkung schlimmster Auswüchse der Kapitaldominanz. Anderen wiederum erschien weder der 19. Januar 1919, der Tag, an dem die Wahlen zur Nationalversammlung stattfanden und eine Mehrheit von 54,5 Prozent für die neuen bürgerlichen Parteien votierte, noch der 6. Februar 1919, der Tag, an dem das Parlament erstmalig im Deutschen Nationaltheater Weimar zusammentrat, von repräsentationsfähiger Bedeutung.

Die Wahl des Ortes für die Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung wurde bereits damals mit einer Legende verknüpft: Man habe sich auf die geistige Größe Weimars besonnen, die an die Stelle des bisherigen deutschen Strebens zur Weltmacht treten solle. Friedrich Ebert beschwor bei der Eröffnung der Nationalversammlung am 6. Februar den Geist der großen Philosophen und Dichter, der mit Leben zu erfüllen sei und den des Potsdamer Militarismus zu ersetzen habe. Deutschland vollziehe eine Wendung vom Imperialismus zum Idealismus, hieß es. Diese Sätze Eberts werden gegenwärtig viel zitiert, zumeist jedoch ohne jeden Hinweis darauf, daß seine Rede auch folgende Aussage enthielt: „Wir sind auf dem Wege, der Welt noch einmal sozialistisch voranzuschreiten, indem wir dem Sozialismus dienen, der allein Dauer haben kann ..., dem Sozialismus der werdenden Wirklichkeit.“

Das Argument, man sei nach Weimar wegen seiner Geistesheroen gegangen, erwies sich indes nur als willkommene Zugabe. Es waren rein politische und polizeilich-militärische Gründe, die zum

fluchtartigen Verlassen der deutschen Hauptstadt und zur Suche nach einem anderen Tagungsort Anlaß geboten hatten. Emissäre des Reichsamtes des Innern waren zuvor auch nach Jena, Kassel, Nürnberg, Frankfurt (Main) und in andere Städte gefahren, um Ausschau zu halten nach geeigneten Sälen und ausreichenden Unterbringungsmöglichkeiten für die Parlamentarier und ihren Troß von mehr als 3000 Begleitern. Sie fanden jedoch nichts Zufriedenstellendes. Zudem erschienen ihnen an den meisten Orten die politischen Verhältnisse zu unruhig und – wichtigstes Kriterium! – der militärische Schutz der neuen Volksvertreter zu schwierig. Das kleine thüringische Residenzstädtchen jedoch erfüllte alle Voraussetzungen, so daß ihm schließlich der namensgebende Ruhm zufiel.

Im Gewirr pragmatischer Machtbestrebungen verschwammen die Konturen der Republikgründung. Verständlich, daß schließlich auch die offiziellen Verfassungstage während der 14 Jahre Weimarer Republik unter einem schlechten Stern standen. Da wäre beispielsweise jener von 1924 zu nennen, der den Schöpfer der Verfassung zu einer eindeutigen Philippika veranlaßte: Hugo Preuß wiederholte die bereits zwei Jahre zuvor getroffene Feststellung Joseph Wirths „Der Feind steht rechts!“ und kritisierte als Erbübel, Schwäche und Kurzsichtigkeit des deutschen Bürgertums, daß es leider dazu neige, „die Gefahren von links mit einem Vergrößerungsglas und aus Furcht vor diesen Gefahren die von rechts gar nicht zu sehen“. Aus solcher Erkenntnis heraus wäre verantwortungsvolle Politik auf einen Ausbau der Demokratie zu richten gewesen, auf ihre Sicherung gegen die Angriffe alter und neuer rechtsradikaler Feinde der Republik.

So kam es, daß zum Start des neuen Staates – der zweifellos ein bedeutsamer Fortschritt in der deutschen Geschichte war – immer auch sein Versagen und das schmachvolle Ende hinzugedacht werden muß. Die Weimarer Republik bot durchaus Rahmen und Boden für ein großes Experimentierfeld unterschiedlichster Kräfte der Gesellschaft, sie stellte einen Versuch dar, tastende Schritte in eine von Gerechtigkeit, Solidarität und politischer Freiheit geprägte Gesellschaft zu tun. An den demokratischen Grundelementen ihrer Verfassung, die zweifelsfrei zu den markantesten Kennzeichen deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert zählt, ging sie keineswegs zugrunde. Auch nicht an den Bemühungen, diese sichern und vertiefen zu wollen. Sie scheiterte an den stets erlaubten und unzureichend bekämpften Verletzungen ihrer Geburts- und Grundsatzdokumente. Weimar ging am Übermaß jener Chancen zugrunde, die rechten und rechtsextremen Parteien zuteil wurden, hoffend darauf, diese als Juniorpartner gegen die Linken nutzen zu können. Die Republik zerbrach an einer allzu duldungsvollen Hinnahme ihres systematisch betriebenen Abbaus. So konnte der Weimarer Staat zerschlagen und durch die barbarische Herrschaft der deutschen Faschisten ersetzt werden.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 16./17. Januar 1999, S. 15.

Politische Bildung und die Forderung nach „Demokratisierung der Demokratie“

Wir leben in einer widerspruchsvollen, uns bewegenden und häufig genug erschütternden Zeit. In ihr ist es allerdings auch möglich, politische Bildungsarbeit vielgestaltig zu betreiben. Dies bietet dem Heranwachsen und dem aktiven Tätigsein mündiger Bürger große Chancen. Nach meiner Auffassung nutzt die Linke sie gegenwärtig zu wenig, und wenn, dann mitunter ineffektiv und zu oft sehr defensiv. Doppelte Ursachenkomplexe sind erkennbar – sie liegen sowohl in den undemokratischen Beschränkungen von „oben“ als auch in einem unzureichenden Verständnis für die politische Bildung von „unten“.

Zu beidem sollte heute debattiert werden, denn das notwendige Mehr an Demokratie im heutigen Deutschland schreit regelrecht nach mehr politischer Bildung, genauer: nach qualitativ besserer und zugunsten von Menschlichkeit und Gerechtigkeit wirkender politischer Bildung. Bessere politische Bildung – das verlangt vor allem nach Überwindung aller von konservativen Politikern gewollten Einseitigkeiten und der mit ihnen beabsichtigten Verhinderung aktiver gesellschaftsfördernder Betätigung der Linken. Thüringen darf dafür geradezu als ein Paradebeispiel gelten ...

Im Grunde geht es um *die* „Demokratie“, als deren Bestandteil und Voraussetzung, Hilfsmittel und Ausdrucksform politische Bildungsarbeit zu begreifen ist. Jedoch weiß wohl jeder: Kein Begriff wird so häufig gebraucht wie dieser, kaum ein anderer Begriff erlebt so unterschiedlichste Interpretationen, sei es von seinen Verfechtern oder von seinen Gegnern. Die Zahl der Entstellungen ist Legion. Viele Beispiele ließen sich dafür anführen, daß er als Tarnkappe benutzt oder als wohlklingende und dennoch hohle Worthülse mißbraucht worden ist. Von politischer Ethik, demokratischem Verantwortungsbewußtsein, ja nicht einmal von gedanklicher Logik ist zu sprechen, wenn manche der regierenden Parteien für sich das Etikett demokratisch beanspruchen und andere als undemokratisch abzustempeln weder Mühe und Geld noch Verleumdung und Fälschung scheuen. Wie im großen Leben so auch im kleinen – ich denke hier beispielsweise an die von fast jedem fünften Thüringer gewählte PDS – läßt einzig und allein die der Macht so wesenseigene Arroganz grüßen ...

Heute ist es für die etablierten Großparteien üblich geworden, ihre eigene Position gleich einem Geßler-Hut zu schwenken, den alle tief gebeugt zu grüßen haben, bevor man ihnen verfassungsmäßig fixierte Rechte tatsächlich gewährt will. Die einzige oppositionelle Fraktion des Thüringer Landtages weiß davon ein endlos langes Klagelied zu singen. Und nicht nur sie weiß, wie wenig da tatsächengestützte Argumente und nicht zu widerlegende historische Erfahrungen zählen. Geht es gegen die Partei der demokratischen Sozialisten, werden nahezu gebetsmühlenartig verbrauchte Schlagworte wiederholt, alte Klischees aus den übelsten Zeiten des Kalten Krieges erneut gebraucht, wird mit neuen stigmatisieren den Feindbildern tagespolitischer Gewinn erstrebt. Was wird wohl in dieser Hinsicht der 50. Jahrestag der Verabschiedung des BRD-Grundgesetzes bringen?

Soll man sich dem beugen, weil es nun einmal so sei und weil es eben schon immer so gewesen ist? Dies kann kein Anliegen der Linken sein. Sich zu verkriechen und mit einem einigermaßen erträglichen Leben in den Nischen der bestehenden Gesellschaft abzufinden, entspricht weder dem Weltbild noch den Vorstellungen von einer verbesserungswürdigen Gegenwart und einer friedlich-humanen Zukunft, von den Idealen der Gleichheit und Brüderlichkeit. Wir brauchen das bessere, überzeugendere Argument, ohne das es kaum erfolgversprechende Aktionen geben kann. Dem hat linke politische Bildungsarbeit zu dienen, die auf umfangreichem Wissen und genauer Kenntnis aller gesellschaftlichen Vorgänge basiert.

Doch liegt nicht gerade hierin ein Problem für uns? Ich denke, wir wissen z. B. zu wenig von anderen, nicht zuletzt wegen der Neigung zu Selbstbespiegelung und Nabelschau, zu Streitsucht untereinander. Und ich denke auch, daß wir zu wenig mit unserem Wissen anfangen; Wissen ist Macht – so lautete bekanntlich eine treffliche Parole der frühen Arbeiterbewegung. Unternehmen wir aber bereits genug, um der Öffentlichkeit zu zeigen, wie unsinnig gerade der Vorwurf an die Adresse der demokratischen Sozialisten ist, nicht demokratisch zu sein? Argumentieren wir beispielsweise ausreichend mit der Tatsache, daß in Deutschland keineswegs nur die PDS, sondern daß in der gesamten deutschen Gesellschaft über Veränderungen der bestehenden Verhältnisse nachgedacht wird? Wer heute wirklich

eine andere Republik will, geht doch deutlich aus den politischen Verlautbarungen der Herren Henkel und Stihl hervor. Den von ihnen repräsentierten Unternehmerverbänden hat die CDU jedoch noch niemals – ich wage den Vergleich zum Volkssport Nr. 1 – die gelbe Karte, geschweige denn eine rote gezeigt.

Man sehe sich auch einmal die Schriften der Zentralen für politische Bildung an. Diesen Institutionen kann ja weder im Bund noch in den Ländern – von Thüringen ganz zu schweigen – nachgesagt werden, sie würden die als „undemokratisch“ verunglimpften Aktivitäten der PDS unterstützen. Aber gerade in ihnen wimmelt es nur so von kritischen Analysen und an weitreichenden Vorschlägen zur Veränderung der bestehenden Organisationsformen der Demokratie. Einige Beispiele – mit ihnen sollte im Rahmen linker politischer Bildung unbedingt gearbeitet werden – will ich hier anführen:

Wo könnte wohl die Aussage veröffentlicht worden sein, daß das deutsche Modell parlamentarisch-repräsentativer Demokratie „an Glanz verloren“ habe und „keine absolut ideale Staatsform“ darstelle? Nun, es stammt aus dem Heftchen „Parlamentarische Demokratie“, das von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen herausgegeben worden ist, einer Einrichtung, die bislang wohl kaum als ein Hort wirklich pluralistisch-demokratischer Bildungsarbeit bekannt geworden sein dürfte.

In der Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament „Aus Politik und Zeitgeschichte“. Heft B. 29-30/98 vom 10. Juli 1998, S. 16-23) warnt Joachim Krause in einem Artikel (betitelt „Strukturprobleme der Demokratien zu Beginn des 21. Jahrhunderts“) regelrecht davor, trotz des Triumphes der demokratischen Gesellschaften über die kommunistischen Gesellschaftsmodelle die tiefen Krisen der Demokratien übersehen zu wollen. Diese seien durch das Zusammentreffen alter und neuer Strukturprobleme charakterisiert und aufs engste mit der Krise des modernen Wohlfahrtsstaates verbunden. Als Strukturprobleme bezeichnet er den „Verlust des Politischen“ und eine „Politikblockierung“ durch die Parteien, die wachsende Verschuldung öffentlicher Haushalte, das erschreckende Absinken des Ansehens der sogenannten politischen Klasse, die abnehmende Kompetenzerwartung, welche die Bevölkerung den Regierenden entgegenbringe. Ähnlich bringt es der von Krause zitierte Peter Glotz auf den Punkt: „Das Volk beginnt sich immer häufiger zu fragen, ob die Politiker eigentlich das Geld wert sind, das für sie ausgegeben wird.“ (S. 19) Krauses Schlußfolgerung lautet, es komme darauf an, „sich aus den Fesseln des traditionellen Verständnisses von demokratischen Verfassungen und Staatsgebilden zu lösen.“ (S. 21) Ich frage mich, welchen Aufschrei alter antisozialistischer Seelen es wohl geben würde. hätte dies ein PDS-Politiker von sich gegeben!

Ein weiteres Beispiel ist den Arbeiten des bekannten Soziologen und Gesellschaftstheoretikers Ulrich Beck zu entnehmen. Zum Thema „Das Demokratie-Dilemma im Zeitalter der Globalisierung“ publizierte er in der Beilage zur Wochenzeitung „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Heft B 3 8/98, S. 3-11. Für ihn stellt das Dilemma der Demokratie auch eines der Souveränität dar. Er überlegt, welche Formen wohl nachparlamentarische Demokratie haben könnte und forderte andernorts („Die Zeit“, 16. Juli 1998, S. 43) sehr nachdrücklich, neue Demokratieformen jenseits des Nationalstaates zu erproben. Interessant finde ich auch seine Warnung vor Bestrebungen, in der sich globalisierenden Gesellschaft auf die eine oder andere Weise „die Schleusen für demokratische Legitimationen *jenseits von bzw. ohne* Parlamente“ öffnen zu wollen. Er sieht die Grenzen von Demokratie und Nicht-Demokratie verschwimmen und befürchtet, es könne sich die Tendenz verstärken, „die Fahnen zukünftiger Demokratie nach dem Wind des höchst kritikwürdigen Status quo zu richten.“ (Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/98, S. 8) Auch hier wäre die Frage durchaus angebracht, wie z.B. der Thüringische Ministerpräsident in seinem maßlosen, häufig auch kenntnislosen Eifer reagieren würde, könnte er solche Befürchtungen und Fragestellungen der PDS in die Schuhe schieben. Und schon gar nichts ist bekannt von einer Beschimpfung Becks oder Glotz' als undemokratisch oder gar linksextremistisch

Noch ein Beispiel: Ich entnehme es dem sich selbst als liberal bezeichnenden Wochenblatt „Die Zeit“, das ja wahrlich kein Freund der PDS ist und auch keinen Interessenvertreter ostdeutscher

Belange darstellt. Aber es sorgt sich sehr häufig um Veränderungen: Am 8. April 1998 hieß es auf den Seiten 17 bis 19: „Jetzt werden wir direkt. Überall fordern Bürger Volksabstimmungen. Die Zeit ist reif für mehr Demokratie.“ Der Leitartikel derselben Ausgabe trug den Titel: „Demokratisiert die Demokratie!“ und mündete in die Feststellung, daß Demokratie Vertrauen in die Menschen voraussetze.

Schließlich will ich noch auf Frau Hildegard Hamm-Brücher verweisen, was in unserem Zusammenhang beinahe heißt, Eulen nach Athen zu tragen. Sie trat mehrfach mit ihren Plädoyers für eine Reform der Demokratie auf (z. B. in „Die Zeit“ vom 24. September 1998, S. 71) Ihr Hauptaussage lautet: „Die Verfassung unserer Demokratie ist prekär“. Selbst die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ ließ am 23. Mai 1998 einen Professor Johann Braun aus Passau zu Wort kommen: Er spricht gar von einer regelrechten „Entparlamentarisierung des politischen Lebens, die sich in unserem Jahrhundert bereits zum zweitenmal vollzieht.“ Den Parteien sei es gelungen, „das Parlament faktisch zu entmachten.“ Man gebe die Fassade für die Sache aus und täusche darüber hinweg, daß „die demokratische Substanz zunehmend fehlt.“

Genug der Beispiele. Sie alle zeugen davon, wie kritisch über bestehende Organisationsformen der Demokratie und wie intensiv über Neues nachgedacht wird. Darin kommt viel Besorgnis zum Vorschein. Neuerdings fragt man sich auch, ob denn „die deutsche Demokratie“ den Herausforderungen der Zukunft gewachsen sei, ob sie schon die Reife erreicht habe, die – ich zitiere – „enttäuschungsfest und unverführbar“ mache. Die Stabilität einer Demokratie, so heißt es in einem Artikel von Renate Köcher („Das Parlament“, 16. April 1999, S. 14) entscheide sich gerade in schwierigen Phasen und bei der Organisation von ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen.“ Aus den Ergebnissen einer demoskopischen Befragung leitet sie die Warnung ab: „Die Systemdebatte ist durch den Zusammenbruch der sozialistischen Planwirtschaft nicht obsolet geworden, sondern ist ungebrochen aktuell.“

Solche Orientierung auf eine krisenfeste Demokratie ist in Wahrheit wohl eher eine auf eine reduzierte Form von Demokratie und zugleich von politischer Bildung. Dazu paßt – gleichsam wie die Faust aufs Auge –, daß gleichzeitig jede Idee, jeder Vorschlag, jegliche Forderung zur Veränderung bestehender Verhältnisse, wenn sie von Linken aus dem Umfeld der PDS kommt, um mehr Demokratie zu erreichen bzw. die Demokratie zu demokratisieren, eine negative Behandlung durch CDU/CSU- und FDP-Politiker erfährt. Dahinter soll offensichtlich verschwinden, was sie selbst betreiben und in welchem hohem Maße ihre Politik in der Regel einer Entdemokratisierung der Verhältnisse dient. Gleichgültig was in den letzten Jahren durchgesetzt werden konnte – die sich stetig militarisierende Außenpolitik [nur wenige Wochen, nachdem der vorliegende Beitrag verfaßt worden ist, begann der schändliche Krieg der NATO gegen Jugoslawien, der Vf.], die schändliche Asylpraxis, der Sozialabbau, selbst die Art und Weise, wie der Euro eingeführt worden ist – alles weicht erheblich von Sinn und Anliegen des Grundgesetzes ab.

Linke politische Bildung hat daher den Bürgern immer und immer wieder zu erläutern, worin wirkliche Probleme der Demokratie bestehen und wohin die Konsequenzen der verschiedenen Reformvorschläge führen würden. Und natürlich sind ebenso die eigenen Vorstellungen zu entwickeln und möglichst überzeugend darzustellen. Jede Erfahrung besagt, wie wichtig es ist, statt gewohnte Theoreme einfach zu wiederholen, richtige und an der Realität orientierte Fragen zu stellen, z. B.

- Was verstehen wir unter einer Partizipation möglichst vieler Bürger an der Politik über den Wahltag hinaus, auf den sich die verfassungsmäßig fixierte, in der Praxis jedoch weitgehend zurückgedrängte Souveränität des Volkes nicht länger beschränken darf?
- Wie stellen wir uns eine kritische Öffentlichkeit vor, wie das Zusammenwirken von parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktivität?
- Wie ist jener wachsenden parteipolitischen Steuerung der Massenmedien zu begegnen, die den Meinungspluralismus auszuhöhlen sucht statt ihn zu praktizieren?
- Wie sollen sich die Parteien von parteipolitischem Egoismus lösen und wirkliche Interessen der Gesellschaft gegenüber dem Staat wahrnehmen?

Abschließend möchte ich hier ein Problem, das mit dem weitverbreiteten Denken sogenannter Demokraten in den Kategorien der rechts- und linksextremistisch gleichsetzenden Totalitarismustheorie zusammenhängt, nicht außen vor lassen: Linke politische Bildung hat zugleich deutlich zu machen, daß es für Rechtsextremismus und Rassenhaß keine Zugeständnisse unter dem Mäntelchen wärmender Demokratie geben darf. „Demokratie heißt auch, ausreden zu dürfen“ – so betitelte am 20. Januar d. J. die Thüringische Landeszeitung ihren knappen Bericht über eine Veranstaltung in der Jenaer Grete-Unrein-Schule, in der ein „Beitrag zur Entspannung der Situation“ geleistet werden sollte, indem eben auch Neonazis zu Wort kommen durften. Es handelt sich übrigens um die gleiche Veranstaltung, in der Dr. Helmut Roewer, Präsident des Thüringer Amtes für Verfassungsschutz auf einen Meinungswandel unter den mit 1000 bezifferten rechten Jugendlichen hinwies: „Verbrechen der Nazizeit werden nicht mehr geleugnet, sondern für gut befunden.“

Es ist dies ein Problem, das mit den Kategorien der Totalitarismuskonzeption nicht gelöst werden kann. Dennoch setzen deren Verfechter – sie dürfen das sozusagen regierungsoffiziell verbreiten – rechts- und linksextremistisch gleich und leiten davon ihre Demokratie-Auffassungen ab. Es sollte aber Schluß sein mit Demokratie-„Theorien“, die lediglich auf klischeehaften Negativfolien beruhen, mit deren Hilfe jene beruhigt und auch zum Schweigen gebracht werden sollen, die mehr Demokratie und eine Demokratisierung der bestehenden Verhältnisse fordern. Linke politische Bildung hat daher wohl auch eine neue Theorie der Demokratie ins Auge zu fassen.

Politische Bildung und demokratischer Sozialismus. Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Schriftenreihe Heft 40, Jena 1999, S. 14-18.

Das Radio als „SA der Propaganda“

Das sich seit den 20er Jahren zu einem Massen- und Leitmedium entwickelnde Radio spielte für das faschistische Herrschaftssystem in Deutschland eine außerordentlich bedeutsame Rolle. Keineswegs zufällig verglich Hadamowsky (1933 von Goebbels zum „Reichssendeleiter“ ernannt) den Rundfunk mit der NSDAP-Terrororganisation. Die NS-Rundfunkpolitik ist bereits häufig untersucht worden. Die Verfasserinnen des vorliegenden Bandes stützen sich auf die Ergebnisse, zitieren sie ausführlich (mit Ausnahme von Publikationen aus der DDR!), verfolgen aber ein anderes Ziel. Sie wollen mit ihren Arbeiten die Wirkungen des Rundfunks im „privaten Raum“ verorten und einen Beitrag zur Verknüpfung von Sozial-, Alltags- und Kulturgeschichte leisten.

Der Band besteht aus drei umfangreichen und selbständigen Abhandlungen, ferner aus einer Einleitung der beiden Herausgeberinnen und einem Resümee. Im ersten Teil widmet sich Inge Marßolek der „Produktionssphäre“ des Radios. Im einzelnen untersucht sie die Widerspiegelung der Herrschaftspraxis in der Personalpolitik, in der Professionalisierung von rundfunkspezifischen Berufen und die Entwicklung der Programmstrukturen. Im zweiten Teil „Rundfunkangebote“ werden die Inhalte einzelner Rundfunkprogramme, darunter z. B. des „Wunschkonzerts“ analysiert, das als ein „Meisterstück bei der Nutzung des Rundfunks zur Herstellung einer entpolitisierten ‚Volksgemeinschaft‘“ bezeichnet wird. Der abschließende Teil („Zur politischen und kulturellen Polyvalenz des Radios“) bestätigt, wie erfolgreich die Instrumentalisierung des Radios für die Herausbildung einer „virtuellen Volksgemeinschaft“ war, in der die völkisch-rassistische Ideologie der NSDAP weitestgehend akzeptiert worden ist. Es sei zugleich von folgenschwerer Bedeutung gewesen, daß gerade in dieser Zeit medienspezifische Hörgewohnheiten entstanden und verinnerlicht worden sind, die auch nach 1945 fortwirkten.

Alle Autorinnen stellen auch die geschlechts-spezifischen Aspekte ihrer jeweiligen Themen heraus und erschließen dazu aufschlußreiches Material. Insgesamt erschweren sie indessen die Lesbarkeit ihrer an sich hochinteressanten und aufschlußreichen Texte durch überbordende methodische Darlegungen. Man darf jedoch auf die angekündigte Fortsetzung des Projektes gespannt sein! Es soll sich ein zweiter Band anschließen, der das „Radio in der DDR der fünfziger Jahre“ behandeln wird. Ob da auch von der Rolle des Radios in der BRD und im Kalten Krieg die Rede sein oder sich am Ende möglicherweise wieder einmal das Ergebnis auf den „Diktaturen-Vergleich“ beschränken wird?

Inge Marßolek/Adelheid von Saldern (Hrsg.): Zuhören und Gehörtwerden 3. Radio im Nationalsozialismus. Zwischen Lenkung und Ablenkung. Unter Mitarbeit von Daniela Münkler, Monika Pater, Uta C. Schmidt. edition diskord, Tübingen 1998, 415 S.

antifa Februar 1999, S. 27.

Vom deutschen „Durchschnittssoldaten“

Dem „unbekannten Soldaten“ sind zwar immer wieder Denkmäler gesetzt worden, größere Aufmerksamkeit fanden die Alltagsgeschichte des Krieges und die Sicht des einfachen Soldaten auf den Krieg jedoch erst in jüngster Zeit. Die traditionelle Militärgeschichte galt bislang nahezu ausschließlich dem Blick „von oben“, obwohl von den rund 20 Millionen deutscher Soldaten während des Zweiten Weltkrieges kaum ein Prozent zu den höheren Offizieren gehörte. In ihrem Mittelpunkt standen die Konzepte und Entscheidungen der Führung, das Tun und Lassen der Wehrmachtselite.

Darüber reicht der vorliegende Band – ähnlich wie der 1992 von Wolfram Wette herausgegebene eindrucksvolle Band über den „Krieg des kleinen Mannes“ – weit hinaus. Nicht zuletzt gebührt ihm Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit der von rechten Kräften so arg attackierten Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ und mit der Debatte über das Buch „Hitlers willige Helfer“ von Daniel Goldhagen. Fritz gelangt anhand seiner Auswertung von Briefen, Tagebüchern und Erinnerungsschriften deutscher Landser sowie literarischer Darstellungen ebenfalls zu dem Ergebnis, daß die Soldaten in hohem Maße ideologisch motiviert gewesen sind. In weit größerem Umfang als bisher angenommen worden sei, hätten sie sich an der Ostfront aus rassistischen und weltanschaulichen Gründen an schlimmen Greueln beteiligt.

Das lesenswerte Buch stellt insgesamt mehr als eine redaktionell bearbeitete Sammlung von Texten dar, in denen Impressionen von einzelnen Kriegssituationen dargestellt werden. Es verdeutlicht den Blick, den Soldaten aus dem Schützengraben auf den Krieg hatten, und erhellt deren Gefühle, Befürchtungen, Ängste, Einsichten, Freuden und Sorgen. Dem Leser bietet sich ein aussagekräftiges, zugleich sehr differenziertes Bild auf die individuelle Dimension des Krieges. Allerdings gilt es, den spezifischen Charakter dieses Buches zu beachten: Im Unterschied zu Publikationen mit strengem geschichtswissenschaftlichen Anspruch bietet der Autor keine Analyse, ja nicht einmal eine nachvollziehbare Einschätzung der verwendeten Quellen. Ihm dient der Zweite Weltkrieg „lediglich als Hintergrund, vor dem menschliche Handlungsweisen und Gefühle verdeutlicht“ werden sollen. Ihm geht es um die Entäußerung der Natur des Menschen im Krieg, die er mit zahlreichen und jeweils knapp kommentierten Zitaten belegt. Einfühlsam läßt er deutlich werden, wie menschenverachtend die Soldaten diszipliniert worden sind, wie sich unter ihnen spontane Brutalität und Gleichgültigkeit breit machten. Die gleichzeitig feststellbare Kameradschaftlichkeit betrachtet Fritz als „Kompensation für ein Leben am Rande des Todes“.

Stephen G. Fritz: Hitlers Frontsoldaten. Der erzählte Krieg. Aus dem Amerikanischen von Klaus Kochmann. Henschel Verlag, Berlin 1998, 335 S.

antifa Februar 1999, S. 29.

Die Geschichte der NSDAP (1920-1945).

Überlegungen zu Ergebnissen und Defiziten ihrer Erforschung*

Unter jenen Historikern, die sich ernsthaft um die Erforschung der Geschichte des deutschen Faschismus mühen, besteht in einer Vielzahl von Fragen Übereinstimmung. Intentionalistisch dominierte, einzig und allein alles von Hitler herleitende Auffassungen sehen sich seit langem in den Rückwärtsgang verwiesen. Die politisch bedingte und instrumentalisierte Auffassung aus den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit, der Faschismus könne als „Betriebsunfall“, als Ausnahmeerscheinung oder einzig als Produkt eines pathologischen Hirns abgetan werden, hat sich als unhaltbar erwiesen. Jüngst wurde dies deutlich in der Gegenüberstellung der beiden großen Hitler-Biographien von Joachim Fest aus dem Jahre 1973 und der des Briten Ian Kershaw von 1998. Letzterer suchte nach einer vermittelnden Position zwischen biographischer und gesellschaftsgeschichtlicher Methodik, nach einer Synthese unterschiedlicher Forschungsansätze und berief sich ausdrücklich auf Karl Marx, der davon gesprochen habe, daß die Menschen ihre eigene Geschichte machen würden, dies aber nicht unter selbstausgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.

Ebenso wanderten jene Einseitigkeiten, die der oft zitierten Dimitroff-Formel zugeschrieben werden können oder ihr schlicht unterstellt wurden, in den Orkus, und dies keineswegs erst in den letzten zehn Jahren. Beachtliche Forschungsergebnisse konnten trotz mancherlei Beschränktheit und konzeptionell-selektiver Schlichtheit¹ erbracht werden, auch wenn die bundesdeutsche Historikerkunft und erst recht die meinungsbestimmenden Medien davon kaum noch Notiz zu nehmen wünschen. Ohne jene Forschungen, auch ohne ihre Erklärungsansätze und Resultate wäre es u. a. Kurt Pätzold und mir gewiß nicht möglich gewesen, jüngst das Buch „Geschichte der NSDAP 1920-1945“ vorzulegen², dessen Erscheinen wohl Anlaß zur heutigen Veranstaltung geboten hat, was mich wiederum veranlaßt, herzlich für die Einladung zu danken.

Nun, wie es auch immer um wissenschaftliche Streitpunkte und vor allem um die stets wirksamen außerwissenschaftlichen Beschränkungsversuche stehen mag: Heute wird das faschistische Regime – nach meiner Auffassung zu oft und zu leichtfertig als ein nationalsozialistisches benannt – relativ einvernehmlich in jene Periode der deutschen Geschichte eingeordnet, die hauptsächlich von den beiden Weltkriegen, den Revolutionen der Jahre 1917/18 und den Auseinandersetzungen zwischen den sozialen Hauptgruppen der Gesellschaft, ferner zwischen den Parteien konservativer Antidemokraten und demokratischer Republikaner, zwischen Faschismus und Antifaschismus geprägt worden ist. Und vor allem wissen wir im Ergebnis unzähliger Untersuchungen, angestellt in West und Ost, welches Ausmaß, welche Geschichtsmächtigkeit der deutsche Faschismus nicht zuletzt dank des Wirkens seiner Partei zu erreichen in der Lage war. Wann hat je die Führungsclique einer Partei die Welt so in Flammen zu setzen vermocht, wann systematisch Massenverbrechen organi-

* Vortrag vor dem Plenum der Leibniz-Sozietät am 18. Februar 1999 in Berlin. Der Beitrag führt den Artikel des Vf. fort, der unter dem Titel „Die Geschichte der NSDAP - ein aktueller Gegenstand der Faschismusforschung“ in der Zeitschrift Berliner Debatte INITIAL, H. 5/1993, S. 59-70, erschien.

¹ Dies belegen nicht zuletzt drei Episoden: Die erste stammt vom Anfang der 60er Jahre, als in Jena der Forschungsschwerpunkt „Geschichte der bürgerlichen Parteien“ eingerichtet werden sollte. Kurt Hager sah sich damals zu der Bemerkung veranlaßt, es müsse zunächst die Vergangenheit der eigenen Bewegung erforscht sein, bevor man sich den Parteien des Klassengegners zuwenden könne. Die anderen begaben sich, als Kurt Pätzold und ich erstmalig über einem Manuskript zur Geschichte der NSDAP brüteten. Dem Erscheinen von „Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens“ wurde 1981 nichts mehr in den Weg gelegt, als der oberste Ideologie-Manager der DDR sein Placet gegeben und gemeint hatte, im Personenregister sollten unter dem Buchstaben „H“ doch mehr als Namen als nur die von Hitler, Heß, Himmler und Heydrich auftauchen. Wir betrachteten dies mit der Erwähnung von Honecker, Hoffmann und Hager als erfüllbaren Wunsch. Einem weiteren Verlangen wollten wir dagegen nicht folgen: Allen Ernstes hatte einer der Gutachter mit der Autorität eines großen Instituts im Rücken erklärt, es seien jene Kapitel vor 1929 glatt zu streichen, da die Geschichte dieser Partei erst mit der Weltwirtschaftskrise beginnen würde ...

² Kurt Pätzold / Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920-1945, Köln 1998.

sieren können, wann den Menschen – auch den Deutschen selbst – solch unermeßliches Leid und Unheil aufgebürdet?

Der NSDAP gelang es, von einer der kleinsten Organisationen im deutschen Parteienspektrum der Weimarer Republik zur mitglieder- und wählerstärksten Partei zu werden, die es je in der deutschen Geschichte gegeben hat und wahrscheinlich in diesem Ausmaß nie wieder geben wird. Ihre Mitgliederkartei verzeichnete 55 Namen, als Hitler der Deutschen Arbeiterpartei beitrug, und 1943, bevor sie „kriegsbedingt“ eingestellt wurde, rund 6,5 Millionen. Danach sind noch Hunderttausende – lax formuliert – eingetreten worden, etwa bei den rigorosen Überführungsaktionen der Hitler-Jugend in die Partei anlässlich des jeweiligen „Führer“-Geburstages. Genauer ist nicht ermittelt, aber was besagen quantitative Angaben in diesem Zusammenhang überhaupt? Ein Beispiel mag das Problem veranschaulichen: Es war es sicher kein Zufall, daß sich Robert Ley, seines Zeichens Reichsorganisationsleiter der NSDAP, gerade in den letzten Phasen des Zweiten Weltkrieges intensiv um eine exakte zahlenmäßige Übersicht über die Parteigenossen bemühte und Ende 1943 einen umfangreichen Bericht über „Einsatz und Bewährung der Parteigenossen im Wehr- und anderweitigen Kriegsdienst seit dem 1.9.1939 nach dem Stande vom 1.5.1943“ vorlegte.

Die Zahl der Mitglieder wurde mit 6.542.261 angegeben, wovon 226.726 gefallen, gestorben, vermißt bzw. in Gefangenschaft geraten seien. 40,3 Prozent aller Parteigenossen stünden zur Zeit im „Wehr- oder anderweitigen Kriegsdienst“. Das klingt nach einem hohen Anteil und sollte natürlich den Eindruck erwecken, die Partei sei vorbildlich, ehrenhaft usw. usf. Die Zahl wird jedoch erst nach einer Aufschlüsselung interessant: Diejenigen, die „Kriegsdienst“ leisteten, machten nur 8,6 Prozent aus, dagegen standen in dem nicht näher definierten „Wehrdienst“ 91,4 Prozent. Hinzu kam die bemerkenswerte Tatsache, daß die Hälfte der Parteimitglieder (3.277.482 = 50,1%) bis dahin überhaupt keinen Wehr- oder Kriegsdienst geleistet hatte. Davon wiederum waren 1.035.715 (28,1%, also fast ein Drittel!) Politische Leiter, die ihre Funktionen sowohl in der Partei als auch in den Gliederungen und angeschlossenen Verbänden ausübten. Daraus läßt sich schlußfolgern: Die NSDAP hatte ihren „Wehr- und Kriegseinsatz“ an der sogenannten „Heimatfront“ zu absolvieren. Und: Sie führte Krieg im Innern als Voraussetzung des Krieges nach außen. Sie war also in vielfacher Hinsicht eine Kriegspartei. Sie erstrebte und entfesselte Kriege zur „Schaffung eines Großdeutschen Reiches aller Deutschen“ – wie es in Punkt eins des Parteiprogramms hieß –, zur Gewinnung von „Lebensraum“, der anderen Völkern sowohl den Raum als auch das Leben raubte.

Solche Zielsetzungen und die zu ihrem Erreichen verwendeten terroristisch-rassistischen Mittel lassen die NSDAP als eine bürgerliche Partei „neuen Typs“ erkennen. Sie war eine faschistische Partei und damit *die* Partei einer der Ausgeburten der bürgerlichen Gesellschaft. Sie war eine der *möglichen* Folgen des Dranges ökonomisch und politisch Mächtiger dieser Gesellschaft nach Maximalprofit und Expansion, einer ihrer *Versuche*, immanente ökonomische und/oder politische Krisen mit allen Mitteln bewältigen zu wollen, koste es was es wolle. Sie war Ergebnis und extremster Ausdruck von Bemühungen, effektivste Kapitalverwertungsbedingungen zu schaffen, selbst wenn dies nur durch eine Aufhebung der ursprünglichen aufklärerisch-humanistischen Anliegen des Bürgertums und aller im Laufe der Zeit und insbesondere von der Arbeiterbewegung durchgesetzten Beschränkungen seiner Macht erreicht werden konnte. Die NSDAP verfolgte unter allen bürgerlichen Parteien das strikteste Modell des Kampfes gegen die Arbeiterbewegung und strebte nach einer vollständigen „Ausrottung des Marxismus“. Ihre auf solcher Zielsetzung beruhende Forderung nach einer „Nationalisierung der Arbeiter“ ging einher mit der Entgegensetzung von Deutschen und „Nicht-Deutschen“, mit der Konstruktion einer deutschen Volksgemeinschaft, die in Wohlstand und Ordnung leben könne, sobald sie sich „Lebensraum“ erobere sowie „fremdrassische“ Völker unterwerfe, verjage oder ausrotte.

* * *

Daß die NSDAP einer der wesentlichsten Bestandteile und „Säulen“ des Regimes gewesen ist, darf allgemein als bekannt betrachtet werden. Allerdings sehe ich in den Fragen, wie sie zu wirken vermochte, *welcher* Mechanismen sie sich im einzelnen und zu unterschiedlichen Zeiten bediente, wo-

rauf sie sich verlassen konnte oder worauf nicht, wesentliche Defizite aller NSDAP-Forschungen. So wissen wir vor allem noch viel zu wenig über das Denken und Handeln jener „Parteigenossen“, die nicht zum Stamm der sogenannten Hoheitsträger gehörten. Mit diesem terminus technicus jener Zeit – dabei sollte es übrigens bleiben – wurden rund 150.000 Reichs-, Gau-, Kreis- und Verbändeleiter bezeichnet. Im gesamten Apparat der NSDAP waren etwa eine Million hauptamtlicher und ehrenamtlicher Nazifunktionäre tätig. Was aber taten die anderen fünf bis sechs Millionen Mitglieder?

Als völlig willenslose Beitragszahler und bloße Akklamations-Verfügbarmasse wird man sie nicht abtun können. Es wäre z. B. zu untersuchen, weshalb führende Nazis häufig von „Karteileichen“ sprachen oder vor allem in den letzten Kriegsjahren beklagten, daß „die augenblickliche Parteigenossenschaft ... noch keine aktivistische Kampfgruppe“ darstelle.³ Mehrere Gauleiter forderten von Bormanns Partei-Kanzlei die Einführung einer neuen Disziplinar- und Strafordnung. Im Generalgouvernement Polen sollte sogar eine völlige „Neubildung des Parteiapparates“ erfolgen, da dieser hier nur noch „ein Nebeninstrument der staatlichen Verwaltung und eine Fahnenträger- und Aufmarsch-Organisation“ sei. Im Juni 1943 wurden alle „Mobilisierungs-Beauftragten“ der NSDAP über die Handhabung der „Uk-Stellung“ von Parteifunktionären instruiert; dabei erhielten sie unter anderem auch die Order, „besonders ins Auge springende politisch unzuverlässige Elemente“ an die Front zu schicken. Etwas später hieß es dazu noch: „Wir haben ... keinen Anlaß, uns mit den Uk-Gestellten auch noch Miesmacher und Defaitisten in der politisch schon schwach genug besetzten Heimat zu erhalten.“

Tatsächlich wuchs die Unzufriedenheit der NSDAP-Führung mit den Geführten, je länger der Krieg dauerte. Bereits 1942 hatte Bormann eine Kampagne zur „Aktivierung der Partei“ gestartet. In einer seiner unzähligen Anordnungen verlangte er im Dezember 1943 die entschiedene Fortsetzung der „begonnenen Aktivierungsmaßnahmen.“ Ein halbes Jahr danach forderte er erneut von den Politischen Leitern auf mittlerer und höherer Ebene, „alle Ansätze von Schwäche und schwankender Haltung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln abzustellen“. Einer der 42 Gauleiter konkretisierte dies mit den bezeichnenden Worten: „Da wo mit den Mitteln der Aufklärung, Propaganda und Schulung Andersdenkende nicht zu belehren sind, ist das *Abstempeln zum Volksverräter und Wehrkraftzersetzer* das einzig beste Mittel, das stets die gewünschte Wirkung erzielt.“ In einem Material des Schulungshauptamtes beim Reichsorganisationsleiter hieß es, angesichts der mehr als sieben Millionen Parteigenossen dürfe eigentlich die „schlechte Stimmung innerhalb des deutschen Volkes ... unmöglich sein.“

Dennoch blieb die NSDAP bis zum Schluß intakt und in ihrem Sinne voll funktionsfähig. Dies darf auch als Resultat aller Aktivitäten des umfassenden, bereits in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre sorgfältig vorbereiteten Organisationensystems gesehen werden, an dessen Spitze sie stand. Die einzelnen Gliederungen und angeschlossenen Verbände – gleich ob DAF, HJ, SA, SS u. a. m. – erfaßten wiederum selbst Millionen Deutsche und nahezu jeden Winkel der Gesellschaft. Wie keine andere deutsche Partei hatte die NSDAP nach 1933 einen bis dahin unbekannten, einen nicht für möglich gehaltenen flächendeckenden Grad individueller und gesellschaftlicher Organisiertheit der Bevölkerung erreicht. Sie war zum Träger einer „Organisationen“-Gesellschaft geworden, in der sich kaum einer – ob Arbeiter oder Gewerbetreibender, ob jung oder alt, Mann oder Frau usw. – dem Einfluß ihres breit gefächerten Systems sogenannter Gliederungen, angeschlossener Verbände und betreuter Organisationen entziehen konnte. Nimmt man allein die Tatsache zum Vergleich, daß bis 1933 jede gesellschaftliche Schicht oder Gruppe – Frauen, Kinder, Lehrer, Ärzte usw. – mehrere Organisationen entsprechend der politisch-ideologischen Grundströmungen in der deutschen Parteienlandschaft besaßen und zudem große Teile der Bevölkerung – z. B. fast die Hälfte derer, die statistisch zur Arbeiterklasse zählten – überhaupt keiner politischen oder gewerkschaftlichen Organisation angehörten, läßt sich leicht ermessen, zu welcher enormen Schlagkraft die Organisiertheit der deutschen Faschisten führen konnte.

³ Siehe dazu ebenda, S. 471 und 478.

Die Millionengefolgschaft der NSDAP stellte eine Voraussetzung ihres Erfolges dar und geriet zugleich zu einem ihrer wichtigsten Kennzeichen, obgleich sie zu keiner Zeit das Programm, den Kurs und das Ziel der Partei bestimmte – das tat ihre Führungsgruppe, in deren Kalkül jene Millionen Mitglieder und Wähler bereits vor 1933 ein unentbehrliches Instrument und Faustpfand im Kampf um die Staatsmacht dargestellt hatten. Dennoch und noch einmal: Das faschistische Regime hätte ohne sie nicht funktionieren können. Ohne die „willigen“ Helfer insbesondere aus ihren Reihen wären kein totaler Krieg, keine barbarische Okkupationspolitik und erst recht kein Völkermord zu realisieren gewesen, ohne sie hätte während des Zweiten Weltkrieges das System der rund 20.000 Zwangsarbeiterlager nicht geschaffen werden können, ohne sie wären nicht die meisten Deutschen bereit gewesen, den Krieg so sinnlos und opferreich bis „fünf Minuten nach zwölf“ zu unterstützen.

Daß sich allerdings die meisten Deutschen dem Einfluß der NSDAP nicht entziehen wollten und sich sowohl mit den chauvinistisch-expansionistischen als auch mit den vorgeblich sozialistischen Ambitionen der Nazis identifizierten, sei hier ausdrücklich konstatiert. Diese Tatsache hat zu unterschiedlichsten Interpretationsversuchen geführt. Einer stellt die NSDAP als Arbeiter- bzw. als „Volkspartei“ dar. Letztere Bezeichnung findet häufig Verwendung, um über das Merkmal sozialstruktureller Heterogenität hinaus grundlegende Unterschiede zu anderen Parteien markieren und die NSDAP quasi aus der deutschen Parteiengeschichte herauslösen zu können. Tatsächlich bedeutete ihre Existenz den Höhepunkt in der Geschichte jener Parteien, die im Unterschied zu den vorhergehenden Honoratioren- oder Wählervereinen, den Interessen- und Klientelparteien als Massenparteien oder – nach Sigmund Neumanns Begriffsinstrumentarium aus den zwanziger Jahren – als Mitgliederintegrationsparteien zu bezeichnen sind. Rund acht Prozent aller Bürger des sogenannten Großdeutschen Reiches gehörten am Ende des Krieges der NSDAP an. Die Korrelation zwischen Parteimitgliedschaft und dem Grad an Politisierung liegt auf der Hand, auch wenn dieser anhand von Zahlen sich kaum allein belegen, geschweige denn erklären läßt. Leider gehört auch die Frage, weshalb das gesamte nationalsozialistische Organisationensystem für viele ein durchaus attraktives Integrationsangebot darstellte, immer noch zu den Forschungsdefiziten.

Sicher muß die Tatsache Berücksichtigung finden, daß dieses dem einzelnen berufliche Chancen, eine Verbesserung seines sozialen Status und auch dankbar angenommene Möglichkeiten zu persönlicher Bereicherung bot. Die vielgestaltigen Organisationen der NSDAP können daher wohl auch als ein „Versicherungsunternehmen“ betrachtet werden (wie dies beispielsweise Mallmann und Paul tun), dessen Inanspruchnahme vor den Unwägbarkeiten des Arbeitsmarktes schützen und den Umsatz der Gewerbetreibenden garantieren konnte oder als „Eintrittsbillet“ in ein erfolgversprechendes Berufsleben, als Startposition im Ringen um sozialen Aufstieg empfunden werden konnte.

Massen zu gewinnen, ohne ihre Lage und ihre Interessen in irgendeiner Weise zu berühren, konnte und kann übrigens keiner politischen Partei gelingen. Jede versucht es auf ihre Weise. Der NSDAP lag, wie sie es in völliger Übereinstimmung mit dem konservativen Publizisten Arthur Moeller van den Bruck formulierte, an einer „Nationalisierung“ der deutschen Arbeiter, mithin an der Gewinnung einer vorwiegend proletarischen Massenbasis. Dies ließ von vornherein jede Verwendung sozialpolitischer oder gar „sozialistischer“ Formeln als zweckbezogenes Mittel erscheinen. Das Wesen einer faschistischen Partei läßt sich an ihnen nicht erkennen, eher an ihrer Programmatik und an ihrem taktischen Verhalten. So verwundert es eben nicht, daß die NSDAP während der zwanziger Jahre ihren „Nationalsozialismus“ besonders in stark industrialisierten Teilen Deutschlands – im Gegensatz zu ihrem bayerischen Stammland – als „nationalen Sozialismus“ anbieten wollte. Dazu wurde zeitweise sogar eine „Arbeitsgemeinschaft der nord- und nordwestdeutschen Gauleiter“ gegründet, die das 25-Punkte-Programm revidiert, zumindest aber ergänzt wissen wollten. Diese Gauleiter galten als „Linke“ in der NSDAP, wurden jedoch bald von der Münchener Parteileitung zur Räson gerufen.⁴

⁴ Zu fragen wäre daher in aktuellen Debatten, ob nicht rechtsextreme Organisationen in den neuen und von der Massenarbeitslosigkeit besonders hart betroffenen Bundesländern aus vergleichbaren Gründen ihrer Agitation

Für die Forschung stellt sich m. E. immer noch vorrangig die Frage, *weshalb* und *wie* die Eliten der Weimarer Gesellschaft es der NSDAP leicht gemacht bzw. ihr ermöglicht hat, aus ihrem ursprünglichen Zustand einer Splitterpartei heraustreten und sich zur erfolgreichen Massenpartei entwickeln zu können. Zu nennen wäre eine Vielzahl sich vor allem in der Zeit der Weltwirtschaftskrise bündelnder Faktoren. Unter ihnen spielte m. E. eine entscheidende Rolle, daß die 1919/20 entstandene Partei vielgestaltige Förderung durch konservativ-deutschnationale Großindustrielle, Bankiers, Großagrariere, Militärs, Beamte und Politiker anderer bürgerlicher Parteien erfuhr, welche sie – wohlgerne in Kenntnis des Programms und der Ideologie des Nationalsozialismus – für ihre eigenen wirtschaftlichen, politischen und geistigen Zwecke auszunutzen und organisatorisch zu instrumentalisieren versuchten. Ein solches Bestreben kam letztlich allein der NSDAP zugute. Seither besagt eine der wesentlichsten geschichtlichen Erfahrungen: Wer damals, speziell in jenen 14 Jahren der Weimarer Republik, das Potential der Rechtsten unter den Rechten zu nutzen versuchte, trug dazu bei, es entscheidend zu fördern. Man denke an den bayerischen Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr, der den ersten Putsch der nationalsozialistischen Bewegung vorbereiten half und gleich dem Zauberlehrling die Geister nicht wieder los wurde, als sie ihm überflüssig erschienen. Man denke an das Münchener Volksgericht, das den Putschisten Hitler mit einem Urteil bedachte, in dem auch bei bestem Willen keine Strafe zu erkennen war. Man erinnere sich an die von den Deutschnationalen eingefädelt Kooperation mit der gerade von lediglich 2,8 Prozent der Stimmen in den Reichstag gewählten NSDAP gegen den Young-Plan, zu deren Ergebnis Hof- und Salonfähigkeit der deutschen Faschisten gehörten. Man denke schließlich an das Konzept, das unter den Stichworten „Einrahmung“ und „Zähmung“ in die Geschichte rechtskonservativ-nationalsozialistischer Bündnispolitik einging.⁵

Jede absichtsvolle Duldung, erst recht die ideelle und zunehmend auch die materielle Unterstützung chauvinistischer und rassistischer Forderungen sowie der Versuch, die Partei der Nationalsozialisten – je nach Möglichkeit und Erfordernis – für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, ermöglichten dieser, einen Status von „Normalität“ zu erlangen. Indem die vielgerühmte „Mitte“ der Gesellschaft die tagespolitische Einträglichkeit zum obersten politischen Prinzip erhob, machte sie sich selbst schließlich zum opferwilligen Spielball selbstzerstörerischer Absagen an jegliche Form von Demokratie. Wer seine Gegner hauptsächlich unter den deutschen Linken, unter Antifaschisten aller Richtungen sah, stärkte den Rechten den Rücken, der erleichterte die schrittweise Hinwendung nach rechts und lieferte zugleich Munition für die zahllosen Argumente, mit denen die drohende Gefahr unterschätzt wurde. Wer den Demagogen einer rassereinen deutschen Volksgemeinschaft nach dem Munde redete, besorgte auch deren undemokratischen Geschäfte.

Zu fragen wäre jedoch nicht nur, unter *welchen* Bedingungen sich die NSDAP in der Weimarer Republik entfalten konnte, sondern in gleicher Intensität auch danach, was sie selbst unternommen hat, sich erfolgreich über eine Vielzahl anderer völkisch-nationalistischer und rassistisch-antisemitischer Parteien zu erheben. Ihre Ermöglichung durch die Gesellschaft setzte auch voraus, daß sie sich gleichsam selbst „möglich zu machen“ fähig erwies. Natürlich hätte die NSDAP ohne den Nährboden einer wirtschaftlich krisengeschüttelten, aber ebenso ohne die politisch versagenden Eliten der deutschen Gesellschaft weder so enorm anwachsen und sich entfalten noch an die Macht gelangen können. Aber sie selbst erbrachte eben auch beträchtliche „Vorleistungen“, um als Faktor

und Wahlpropaganda wiederum einen „sozialistischen“ Anstrich geben. Ich denke auch an die Erklärung Franz Schönhubers vor den Bundestagswahlen, er werde jene Partei wählen, die einen „maßvollen Patriotismus mit radikalen sozialen Reformen“ verbinde, wobei in seinem Falle es mehr als bezeichnend sein dürfte, daß er in diesem Zusammenhang auch forderte, die „Prüfung von Sozialmodellen aus NS-Deutschland und dem faschistischen Italien hinsichtlich partieller Verwendbarkeit zur Überwindung der Arbeitslosigkeit“ dürfe nicht länger „tabuisiert oder gar strafrechtlich verfolgt“ werden. (Nation & Europa, H. 3/1998, S. 14)

⁵ Man denke auch an die nahezu rührseligen Nachkriegserzählungen und Unschuldsbeteuerungen, die z. Z. vor allem in der sogenannten Wehrmachtsdebatte sowie in den von Gewissenskonflikten triefenden Filmen des Herrn Guido Knopp vom ZDF wieder auftauchen. Siehe dazu meine Besprechung seines Buches „Hitlers Krieger“ in: Neues Deutschland vom 2.11.1998, S. 12.

bürgerlicher Politik anerkannt zu werden: Dazu gehörte insbesondere ihre sie von allen anderen Parteien unterscheidende Fähigkeit, programmatisch wie demagogisch an tatsächliche Ängste und vermeintliche Bedürfnisse der Massen anzuknüpfen sowie eine große Zahl von Mitgliedern und Wählern an die Erfüllbarkeit ihrer Heilsversprechungen dank terroristischer und rassistisch-friedloser Methoden glauben zu lassen. Zu ihren „Vorleistungen“ gehörte die durchaus geschickte Verknüpfung ihres Konzeptes „national plus sozialistisch“ mit dem Bemühen, Massen zu politisieren und für nationalistisch-rassistische Ideen zu mobilisieren.

Im Gegensatz zu der Vorstellung, die Geschichte der NSDAP stelle ein einziges Kontinuum an Aufwärtsentwicklung dar, lassen sich Stagnations- und Krisenzeiten der Partei gerade an bestimmten Momenten ihres Verhältnisses zu anderen faschistischen Organisationen festmachen. Das galt bereits im Juli 1921, als die Gruppe um den Parteivorsitzenden Anton Drexler eine Übereinkunft mit der Deutschsozialistischen Partei herbeizuführen suchte, das galt im Jahre 1924, als sich mehrere Organisationen – darunter vor allem die Deutschvölkische Freiheitspartei – um eine Nachfolgerschaft der im Putsch gescheiterten NSDAP bemühten, das galt 1928/29, als das Lager der Völkischen und die paramilitärischen Verbände überrollt werden konnte. Daß Hitler später jenen unter den „Parteigenossen“ eine nahezu nibelungische Treue hielt, die besonders geholfen hatten, seinen kompromißlosen Kurs „Anschluß statt Vereinigung“ durchzusetzen, läßt sich am Beispiel Julius Streichers gut erkennen und als eine organisationslogische Kehrseite der personellen Querelen bezeichnen. Haßerfüllt ließ er demgegenüber alle jene umbringen, denen er vorwarf, die Geschlossenheit der Partei gefährdet zu haben, wie das Beispiel Gregor Strasser belegt.

* * *

Der bisher knapp und punktuell skizzierte Erkenntnisstand spiegelt sich nicht in der deutschen Publizistik und schon gar nicht in der medialen Vermarktung des Themas wider. Das Auseinanderfallen von Wissenschaft und zweckorientierter Darstellung in den Massenmedien dürfte auf keinem anderen Gebiet der Geschichte so erheblich sein. Fast könnte von einer geschichtspolitischen Barriere gesprochen werden, die der Vermittlung wissenschaftlicher Ergebnisse und dem Dialog über sie aufgetürmt wird. Setzt man die Zahl jener Bücher, die sich mit Hitler beschäftigen, und die Darstellungen zur fünfundzwanzigjährigen Geschichte der NSDAP miteinander ins Verhältnis, so muß zum einen die Zahl 120.000 und zum anderen die Zahl fünf genannt werden; unter letzteren auch die von Dietrich Orlow und Michael Kater, die bislang nicht ins Deutsche übersetzt worden sind. Darüber hinaus kann von Konsens unter Historikern keine Rede sein, wenn die NSDAP vor allem unter parteiengeschichtlichen Aspekten und als Bestandteil der Geschichte des Parteienwesens in Deutschland betrachtet wird. Selbstverständlich findet sie in vielen Darstellungen Erwähnung. Wer aber nach Voraussetzungen und Wirkungen fragt, die ihr das Parteienwesen in Deutschland bot, wird in ihnen jedoch nur unzureichende Antworten finden. Denn wer sich nicht grundsätzlich davon lösen will, in Hitler das „Bewegungszentrum“ der Geschichte zu sehen, sucht kaum danach, die Rolle der Partei und der sie ermöglichenden und fördernden Faktoren in den Blick zu nehmen.

Dies gilt insbesondere für die Zeit von 1933 bis 1945. Sie wird regelrecht als ein parteiengeschichtliches „Loch“ behandelt. Man schaue nur in einige der als Standardwerke gepriesenen Darstellungen, gleich welcher Schule sie entstammen. Weder im 750-Seiten-Buch von Heino Kaack „Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems“ noch in der „Geschichte der deutschen Parteien von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart“ von Robert Hofmann – verbreitet vor allem durch die Bundeszentrale für politische Bildung – kann der Leser etwas über die NSDAP an der Macht und über ihren Platz im faschistischen Herrschaftssystem erfahren. Ebenso wenig Gehalt bieten Thesen, sie habe im Regime der braunen Diktatur einen untergeordneten Platz eingenommen und zunehmenden Bedeutungsschwund erlebt, zumal die NSDAP-Führung – was wenig erwähnt wird – die Wehrmacht und sich selbst die als die beiden ausschlaggebenden Grundfesten, die „Säulen“ des Dritten Reiches, der Kriegs Vorbereitung und schließlich auch der Kriegführung betrachtet hat. Schildträger und Waffenträger – so benannte Arno Breker seine Figuren, die im sogenannten Ehrenhof der Neuen Reichskanzlei aufgestellt wurden ...

Demgegenüber ist nachdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß aus der singulären Stellung der NSDAP innerhalb des 1933 geschaffenen Machtsystems nicht zu schlußfolgern ist, sie sei – da parlamentarischer Rahmen und andere Parteien gefehlt hätten – parteiengeschichtlich unwirksam und dem deutschen Parteienwesen nicht zugehörig gewesen. Die NSDAP war ihrem Charakter nach bürgerliche Partei, der Form nach eine auf dem Boden kapitaldominierter Verhältnisse entstandene und stehende politische Organisation, die in Wesen und Anliegen, in Struktur und Betätigungsfeld wesentliche Übereinstimmungen mit anderen bürgerlichen Organisationen aufwies. Sie alle miteinander zu vergleichen, also das Parteienwesen in Gänze und in seiner Wirkung auf seine einzelnen Bestandteile zu untersuchen, halte ich für erforderlich, wie überhaupt die Geschichte jeder politischen Partei zugleich eine Geschichte der durch das Parteienwesen gesetzten Rahmenbedingungen darstellt. Eine erstere herauslösende und letzteres vernachlässigende Forschung führt lediglich zu selektiven und fragmentierenden Ergebnissen. In dieser Hinsicht erlaubt auch eine strikte Gegenüberstellung bürgerlicher und proletarischer – bzw. modischer formuliert: demokratischer und totalitärer – Parteien keinen umfassenden Blick auf die geschichtliche Realität. Das Konstrukt solcher Parteigeschichte kann in aller Regel selbst als ein Resultat parteipolitisch orientierten oder gar parteiegoistischen Denkens gesehen werden.

Blicken wir kurz ins 19. Jahrhundert zurück. In ihm formierten sich die politischen Parteien aus Vereinen, Zirkeln, Verbänden, Fraktionen usw. Sie vertraten die Interessen einzelner Teile der in besitzend oder unvermögend, reich oder arm, oben oder unten, jung oder alt und in Geschlechter gespaltenen Bevölkerung. Ihre Machtorientierung und Existenzfähigkeit beruhten vorrangig auf dem alles überschattenden Konkurrenz- und Klientelprinzip der bürgerlichen Gesellschaft. Allerdings erhoben sie von Anfang an zur Durchsetzung ihrer partiellen Anliegen zugleich den hehren Anspruch, im Interesse der Allgemeinheit – des Staates, der Nation, des Volkes, des Gemeinwohls usw. – fungieren zu wollen. Das entsprach nun zwar weder einer sprachlichen noch jeder gedanklichen Logik des Begriffs „Partei“, wohl aber der Realität. Zunehmend sahen sich die Parteien gezwungen, zugunsten ihrer Wirksamkeit ein auf Erweiterung bedachtes Image zu schaffen und zu stützen. Umfassender und übergreifender sollte es sein als die unmittelbare, auffällig egoistische Klienteldienstbarkeit. Jeweilige konkrete Erscheinungsformen politischer Parteien ergaben sich daher zwar primär aus jeweiligen Klasseninteressen und -gegensätzen, jedoch keineswegs allein aus diesen. Sie wurden von einer Vielzahl geschichtswirksamer Faktoren geprägt, von sozialökonomischen Interessen ebenso wie von politischen Kräfteverhältnissen, von zentralstaatlichen oder föderalistischen Strukturen, von unterschiedlichen Traditionen des Parlamentarismus, von Führerpersönlichkeiten u. a. m.

Indessen scheint aber immer Parteiegoismus dominiert zu haben, überlappt und beeinflusst von parteienübergreifenden Interessen. Letztere richteten sich zunächst in durchaus emanzipatorischer Weise gegen feudalaristokratische Verhältnisse und monarchische Herrschaftsformen, mehr und mehr jedoch auf die Verteidigung erreichter bürgerlicher Besitzstände gegenüber dem Proletariat und dessen Parteien. Gerade in dieser Hinsicht unterlagen die Parteien 1918/19 in Deutschland nachhaltigen Wandlungsprozessen, wahrscheinlich sogar den umfassendsten, seit sie in Erscheinung getreten waren. Sie standen nun unter dem Druck in Bewegung geratener Massen, die sich politisierten und radikalisierten, die aus dem bestehenden Parteiengefüge auszubrechen drohten. Sie schufen – nahezu spontan, in unterschiedlichsten Formen und voller Unzulänglichkeiten – erstmalig andere Formen der Organisiertheit zugunsten bestimmter Interessen. Man könnte vielleicht von Korrektiven für die etablierten Parteien sprechen. Insbesondere die Arbeiter- und Soldatenräte, ansatzweise auch sogenannte Kulturräte und andere wiesen zeitweilig über die Grenzen hinaus, die den politischen Parteien – und hier nehme ich die Arbeiterparteien keinesfalls aus – nun einmal in der kapitalistischen Gesellschaft gesetzt sind. Eine der Bewegungsformen dieses Prozesses vollzog sich nicht zuletzt in der Herausbildung neuer Parteien und parteiähnlicher Organisationen.

Die NSDAP spiegelte nicht nur allgemeine Merkmale und Organisationsprinzipien des deutschen Parteienwesens wider, sondern auch die mit dem Ersten Weltkrieg und den Revolutionen zutage tretenden neuen Erscheinungsformen deutscher Parteien. Es gelang ihr, die verbreitete Enttäuschung

unter den Deutschen über die politischen Parteien für ihre Zwecke zu nutzen. Mit Vorliebe stellte sie sich nicht nur als eine „Bewegung“, sondern auch als eine „Partei über den Parteien“ dar. Die von Enttäuschung, Verärgerung, Hoffnungslosigkeit und Zukunftsangst getragene „Politik- und Parteienverdrossenheit“ großer Teile der deutschen Bevölkerung trug dazu bei, daß schließlich eine an Radikalität und vermeintlicher Kompromißlosigkeit unübertroffene Organisation alle anderen zu überwältigen und eine das Parteienwesen eigentlich konterkarierende Einparteienherrschaft zu errichten in der Lage war.

Wie in jeder anderen Partei auch erkennbar, bemühte sich die Führung der NSDAP um Geschlossenheit, Einheitlichkeit und möglichst straffe Organisiertheit ihrer Mitgliedschaft. Divergierende Partei-„Flügel“ wurden entschieden und mit taktischem Geschick bekämpft. Innere Differenzen – eine generelles Merkmal aller größeren Parteien – erreichten nicht jenen Grad, der für Hitler „Konkurrenz“ hätte bedeuten können; stets ging es tatsächlichen wie potentiellen Kontrahenten um einen angemessenen Platz in der „zweiten Reihe“. Im Unterschied zu anderen Parteien entstand so in der NSDAP ein neuartiges Interessengeflecht, welches weitgehend von absoluter Autoritätsakzeptanz und Übernahme des militärischen Führer-Gefolgschafts-Prinzips, zugleich aber auch von Hausmacht- und Ressortpartikularismus, von Verbände-Egoismus und Pfründensicherungs-Trieb geprägt war. Dies eine Polykratie zu nennen und von Ämter-Chaos sprechen zu wollen, ist sicher möglich, daraus jedoch zu schlußfolgern, das Regime sei schwach und wenig effektiv gewesen sowie letztlich an sich selbst gescheitert, ist abwegig und bedient konservativ-nationalistischen Geschichtsrevisionismus. Die solchen Thesen immanente Frage, wie es denn hätte besser gemacht werden können, zielt auf historisierende Relativierung des Faschismus und mehr noch auf dessen Rechtfertigung. Vielleicht darf ich an dieser Stelle erneut aktuell werden und den Präsidenten des Thüringischen Landesamtes für Verfassungsschutz zitieren, der kürzlich berichtete, die rund tausend Neonazis im Freistaat würden die Verbrechen Hitlers nicht mehr leugnen, sie würden sie jetzt gutheißen.⁶ Sicher stützte er seine Erkenntnis auch auf die Besucherbücher der Gedenkstätte Buchenwald, in denen zunehmend Dank für Hitler artikuliert wird.⁷ Das Schreckbild Faschismus wandelt sich auch dann unversehens in neue Vorbildlichkeit, wenn um Differenzierung bemühte Historiker beweisen wollen, manches sei am Nationalsozialismus doch „moderner“ und richtungsweisender – sprich: besser – gewesen als sogenannte antifaschistische Volkspädagogik wahrhaben wolle.

* * *

Auf Übereinstimmungen in Zielsetzung und Formen politischer Parteien im einzelnen einzugehen bleibt keine Zeit, obgleich beispielsweise die Frage schon interessant wäre, weshalb wohl damals alle Parteien „Führer“ auf den Schild hoben und es an kultischen Verehrungspraktiken nicht missen ließen. Benannt seien hier nur Ähnlichkeiten in der generell so charakteristischen Diskrepanz zwischen den Parteiapparaten und den Mitgliedern bzw. Anhängern. Ihr konnte sich auch die NSDAP – trotz ihrer Besonderheiten und ihrer Abgrenzungsbemühungen gegenüber den anderen bürgerlichen Parteien – nicht entziehen. Mehr noch: Gerade sie beförderte und beschleunigte organisationspezifische Entwicklungstendenzen politischer Parteien, denen so etwas wie ein für das Parteienwesen spezifiziertes Olympia-Motto zugrundelag: „Immer mehr Mitglieder – immer breiteren Anhang – immer festere Organisation“. Aus dem Wesen gesellschaftlicher Organisiertheit erwuchs (und erwächst wohl immer wieder!) die Tendenz zu ihrer Oligarchisierung sowie zur Bürokratisierung sich ausweitender Parteiapparate. Solche Prozesse veranlaßten bereits vor dem Ersten Weltkrieg Soziologen und Politologen zu aufschlußreichen Untersuchungen. In ihrem Ergebnis stellte beispielsweise Robert Michels fest, daß die SPD, obwohl gerade sie die Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben hatte, eine fortschreitende innerparteiliche Entdemokratisierung nicht bekämpfen konnte und ihre Führung offensichtlich diese auch nicht einmal bekämpfen wollte. Er sprach von den Wirkungen eines „ehernen Gesetzes der Oligarchie“, das seine Ursachen in der Parteiorganisation, im bürokratischen Apparat habe: „Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie ... Mit zunehmen-

⁶ Thüringische Landeszeitung, 13.1.1999.

⁷ Die Zeit, 21.1.1999, S. 37.

der Organisation ist die Demokratie im Schwinden begriffen.“ Ferner hieß es bei ihm: „Die Macht der Führer wächst im gleichen Maßstab wie die Organisation.“ Und schließlich: „Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Arbeitgeber, der Delegierten über die Delegierenden.“⁸

Politische Parteien scheinen also ganz offensichtlich in organisationsstruktureller Hinsicht einander ähnlicher zu sein, als es die Gegensätzlichkeit ihrer Interessen und Ziele sowie ihre stets schönfärbenden Selbstdarstellungen vermuten lassen. Liegt hierin vielleicht auch einer der Gründe damaliger Hilflosigkeit und schließlichen Versagens antifaschistischer und nichtnationalsozialistischer Parteien? Zahlreiche Argumente aus deren Reihen erwiesen sich als null und nichtig – ich nenne nur den beschwichtigenden Satz: „Deutschland ist nicht Italien“ Bitter rächte sich jede Verniedlichung des Problems, jedes Kleinreden der Gefahren, jede Spekulation auf einen Zerfall, jede Hoffnung auf ein Auseinanderbrechen dieser Partei, jede letztlich aus allzu egoistischen Gründen getroffene Entscheidung gegen antifaschistische Bündnisse und gemeinsame Aktionen aller vom Faschismus bedrohten Kräfte. Bekanntlich wurden die 2,8 % der NSDAP bei den Reichstagswahlen vom Mai 1928 in der Presse nicht erörtert; auch nicht von der „Roten Fahne“. Seither kann jeder wissen, daß Rechtsextremismus in keinem Falle als eine zu vernachlässigende Größe betrachtet werden darf, auch wenn er als relativ kleine Partei oder in einer Vielzahl unterschiedlicher Organisationen daherkommt. Sein – wenn ich es einmal so nennen darf – „Gemeinsamkeitspotential“ war damals wesentlich größer als politische und strukturelle Differenzen vermuten ließen. An der Lern- und Organisationsfähigkeit rechtsextremer Parteien zu zweifeln, erwies sich – gestatten Sie bitte an dieser Stelle die Einfügung des Wortes: schon – zu Weimarer Zeiten als ein überaus verhängnisvoller Fehler. Zersplitterte Organisationen einer bestimmten Parteienrichtung müssen nicht auf immer und ewig Zusammenschluß und Vereinheitlichung fern bleiben, es sei denn, sie kultivieren Gegensätze um der Gegensätze und Nischenplätze in der Gesellschaft um eben dieser Nischen willen, und es sei denn, linke Streitsucht postuliere auch rechte Uneinigkeit ...

* * *

Wer sich mit der Geschichte der NSDAP befaßt, sieht sich unweigerlich auch vor die Frage gestellt, ob heute ein am Beispiel der NSDAP orientiertes „Modell“ rechtsextremer Parteientwicklung erwartet werden kann oder nicht. Ja, vieles scheint in dieser Hinsicht durchaus möglich zu sein. Es existiert ein breites Fundament in Gestalt nationalistisch-rassistischer Netzwerke von Verlagen, Zirkeln, Vereinen, Gesellschaften usw., das ein notwendiges Vor- und Umfeld aller politischen Parteien darstellt. Unübersehbar agiert das nach wie starke rechtsextreme Potential. Weitaus furchterregender gilt mir jenes Potential, das die Gesellschaft einschließlich ihrer etablierten Parteien für den Rechtsextremismus bietet. Vieles spricht jedoch gegen eine neue NSDAP, deren Grundstock z. B. Jürgen Elsässer bereits in dem zu erwartenden Bündnis von NPD und DVU vermutet.⁹ Die Zeit für Massenintegrationsparteien scheint vorüber zu sein. Heutzutage reihen sich kaum zwei bis drei Prozent der Bevölkerung in die politischen Parteien ein, d. h. wesentlich weniger als in früheren Zeiten. Sollte dieser allgemeine Rückgang des Grades direkter parteipolitischer Organisiertheit um die Rechten etwa einen Bogen machen? Eher ist zu erwarten, daß sich andere „Modelle“ durchsetzen bzw. völlig neue entstehen, und zwar „jenseits des üblichen Faschismus“ – wie Carl Amery meint.¹⁰ Neue Technologien und mediale Möglichkeiten erlauben andere, wesentlich diffizilere und erheblich wirksamere Methoden der Massenbeeinflussung.

Auch kann die Tatsache, daß die NSDAP in die totale militärische Niederlage Deutschlands geführt hat und sie darin selbst zugrundeging, nicht unbedingt als förderlich für Nachfahren und Nachahmer gelten. Orthodoxer Neofaschismus einschließlich einer neuen faschistischen Massenpartei dürfte

⁸ Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens (1911). Neu hrsg. von Werner Conze, Stuttgart 3/1969.

⁹ Jürgen Elsässer: Braunbuch DVU. Eine deutsche Arbeiterpartei und ihre Freunde. Mit einem Vorwort von Jürgen Trittin. Hamburg 1998, S. 69.

¹⁰ Carl Amery: Hitler als Vorläufer. Auschwitz - der Beginn des 21. Jahrhunderts, München 1998, S. 63.

kaum eine Chance haben.¹¹ Wer heute nach den Perspektiven der Rechtsextremismus fragt, wird vor allem auch die veränderten Existenzbedingungen der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft in Rechnung setzen müssen. Aus ihnen ergeben sich größere Differenzpunkte zwischen den ökonomisch Mächtigen und politisch Herrschenden auf der einen Seite und den neuen Faschisten auf der anderen. Zu schauen wäre vor allem auf die neuen Erscheinungen in der deutschen Gesellschaft und auf die Rahmenbedingungen des Rechtsextremismus unserer Tage, wenn Antifaschisten nicht erneut hilflos agieren oder gar wieder einmal versagen wollen. Zu schauen wäre nicht zuletzt auch auf jene Wirkungen, die totalitarismustheoretisch begründete Absagen an die NSDAP erbringen, was ja nicht bedeuten muß und kann, doktrinaire und inhaltlich nicht begründbare Gleichsetzungen zwischen ihr und anderen Parteien – etwa der SED – zu akzeptieren; doch das wäre bereits ein neues, ein wichtiges und gründlich zu diskutierendes Thema ...

Erlauben Sie mir bitte, an dieser Stelle meinen Vortrag mit dem Hinweis auf das Nachwort unseres Buches über die Geschichte der NSDAP zu schließen. Hier schrieben wir, daß die Geschichte sich nicht einfach wiederholt, jedoch einmal gewonnene geschichtliche Erfahrungen, Herrschaftserfahrungen zumal, im Verlauf der Geschichte auch nicht einfach verlorengehen. Das nach 1945 zunächst abgewiesene Erbe des Faschismus wird längst schon an anderer Stelle auf seine Verwendbarkeit durchgesehen und sortiert, Teilstücke sind unter anderen Namen in der Erprobung.¹² Daher verstehe ich die Beschäftigung mit der NSDAP nach wie vor als ein Mittel der „Warnung“, als ein äußerst aktuelles Thema, auch wenn neue Gefahren nicht notwendigerweise mit der Existenz und mit den bisherigen Erscheinungsformen politischer Parteien verbunden sein müssen.¹³

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 35, Jg. 1999, H. 8, S. 31-48

¹¹ Die steht in Gegensatz zur Meinung von Heinz Niemann, der vermutet, daß zu den Merkmalen des Faschismus im 21. Jahrhundert „eine populistische Massenpartei“ gehören werde und es nicht unbedingt terroristischer Schlägertrupps gegen Linke, Ausländer und Juden bedürfe. (Neues Deutschland, 27.1.1998, S. 12).

¹² Pätzold/Weißbecker, Geschichte der NSDAP 1920-1945, S. 521.

¹³ Möglicherweise läßt sich unser „kurzes Jahrhundert“ nicht nur anhand der drei Weltkriege (Erster, Zweiter und Kalter Krieg) und der ihnen folgenden drei systemverändernden Entwicklungsschübe charakterisieren, sondern auch als ein Säkulum unterschiedlichster Parteien und Parteitypen, von Ein-, Mehr- und Vielparteiensystemen sowie von vielgestaltigen Symbiosen staatlicher und parteigebundener Machtapparate bezeichnen. In Deutschland gab es den Parteienstaat in seiner Weimarer Ausprägung, die folgenreiche diktatorisch-terroristische Herrschaft der faschistischen Organisationen, den staatssozialistischen Machtmißbrauch „führender“ Parteien; und gibt es die verheerende Okkupation des Staates durch machtmopolisierende, sich selbst gleichsam verstaatlichende Großparteien. Erfreulich mutet allein die Tatsache, daß es immer auch alternative Organisationsformen gab, paradox aber, daß auch diese stets parteibezogen waren und sind. Neues ist kaum noch denkbar. Unabhängig davon, daß Schönredner gegenwärtiger Verhältnisse gern die Parteiendemokratie als Gipfelpunkt massenpartizipatorischer und emanzipatorischer Wirksamkeit bezeichnen, liegt der Gedanke nahe, daß sich die durch bisherige Parteien repräsentierten Existenzformen gesellschaftlicher Organisiertheit erschöpft haben. Folgt man ihm, würde es sich lohnen, über die Verbesserung der Verhältnisse durch einzelne Parteien, aber auch über generelle Alternativen zum bestehenden Parteienwesen nachzudenken. Auf jeden Fall kann ich mir keine mit Aussicht auf Erfolg agierende sozialistische Partei vorstellen, die nicht auch die parteiengeschichtlichen und die parteitheoretischen Aspekte ihres Ringens reflektiert, die nicht ihren Platz im Parteienwesen zu bestimmen trachtet und die nicht selbst ihre Organisationsformen dem Interesse der Zukunft zuzuordnen bereit ist. Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Band 35, Jahrgang 1999, S. 31-48.

Weimar 1919 – eine gute Verfassung, aber zu wenig Demokraten?

Manfred Weißbecker über einen Jahrestag, der Fragen aufwirft

Oft wird in diesen Wochen und Monaten der Weimarer Verfassung gedacht, denn 80 Jahre liegt ihre Verabschiedung zurück. Am 31. Juli 1919 wurde sie mit 262 Stimmen von der in Weimar tagenden Nationalversammlung angenommen. 80 Abgeordnete nahmen an der Sitzung des verfassungsgebenden Parlamentes nicht teil, weitere 75 stimmten gegen das neue Grundgesetz, das die Reichsverfassung von 1871 ablöste.

Am 11. August wurde sie vom Reichspräsidenten Friedrich Ebert, von Ministerpräsident Gustav Bauer und den Reichsministern unterschrieben. Mit ihrer Veröffentlichung im Gesetzblatt trat sie drei Tage später in Kraft. Faktisch wurde sie 1933 aufgehoben, obgleich es niemals einen offiziellen Beschluß der nunmehr regierenden deutschen Faschisten gegeben hat. Allerdings war sie zuvor bereits erheblich ausgehöhlt und sinnentstellend angewandt worden.

Seither ist um sie gestritten worden, ergossen sich Lob und Tadel über sie. Eines der Argumente zu ihrer Verherrlichung als „freieste Verfassung der Welt“, mit dem zugleich ihr Scheitern zu erklären versucht wird, lautet schlicht, es habe eben zu wenig Demokraten zu ihrer Verteidigung gegeben. Ein Argument, das so daherkommt, als brauche man, hat man es akzeptiert, nun nicht mehr nach weiteren Ursachen zu fragen und vor allem nicht zu forschen, weshalb es wohl so wenig Demokraten gegeben hat.

Darf man die Novemberrevolution vergessen?

Jüngst tauchte dieses Argument auf, als einer der Kandidaten für die bevorstehende Wahl zum deutschen Bundespräsidenten am 6. Februar 1999 im Weimarer Nationaltheater einen Vortrag hielt. Verständlich war, daß er besonders gern an Friedrich Ebert, den ersten sozialdemokratischen Präsidenten Deutschlands erinnern wollte. Allerdings verlor er über die Revolution von 1918/19 kein Wort. Von ihr war übrigens auch keine Rede, als am gleichen Tage der CDU-Ministerpräsident des Freistaates Thüringen die Ausstellung „Wege nach Weimar. Auf der Suche nach der Einheit von Kunst und Politik“ eröffnete. Statt dessen schwebte großkoalitionärer Geist über dieser Veranstaltung. Vor allem Bernhard Vogel drechselte artige Komplimente an den sozialdemokratischen Kandidaten. Und wen wundert's, daß beide sich nicht bereit zeigten, die eigene Geschichte kritisch befragen. Dabei würde sich gerade eine Analyse des Verhaltens von Christ- und Sozialdemokraten lohnen, um erkennen zu können, wer die Demokratie behinderte, aushöhlte und schließlich preisgab. Nein, an die Novemberrevolution zu erinnern, schickt sich gegenwärtig für die etablierten Parteien nicht. In ihr Geschichts- und Politikverständnis paßt kein 9. November 1918. Andere Traditionen gilt es zu pflegen, auch wenn dies nur mit dem selektierenden oder beschönigenden Blick in die Vergangenheit möglich ist. Daß weder die Wahl und die Einberufung der Nationalversammlung noch die Konstituierung der ersten deutschen Republik ohne die Revolution möglich gewesen wären, wird aus ihren Betrachtungen schlicht ausgeklammert. Das Ergebnis nimmt man an, seine Ursache soll jedoch im Orkus des Vergessens verschwinden. Und: War es ein Zufall, daß damals eher die entschiedenen Gegner der Republik an jenen Tag erinnern wollten, an dem die Monarchie gestürzt worden war? Am 9. November 1923 wurde sogar ein Putsch inszeniert, von dem aus bayerischen Gefilden der „Marsch auf Berlin“ ausgehen sollte.

Im Umgang mit Ebert schreckt man übrigens heute vor einer einseitigen Auswahl der Zitate aus dessen Rede zur Eröffnung der Nationalversammlung nicht zurück. Immerhin hatte er sich nicht nur eindeutig auf die Revolution bezogen, sondern auch den Sozialismus als Ziel benannt:

„Ein Deutscher hat den Arbeitern aller Völker den wissenschaftlichen Sozialismus geschenkt. Wir sind auf dem Wege, der Welt noch einmal sozialistisch voranzuschreiten, in dem wir dem Sozialismus dienen, der allein Dauer haben kann ... dem Sozialismus der werdenden Wirklichkeit.“

Schon gar nicht wird daran erinnert, welche Häme vieler Abgeordneter der bürgerlichen Parteien ihm entgegenschlug, als er erklärte: „In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine ver-

altete zusammenbrechende Gewaltherrschaft.“ Er solle abwarten, zischten ihm alte Monarchisten und Konservative zu. Das wichtigste Ergebnis der Nationalversammlung, die Weimarer Verfassung, bedeutete vor 80 Jahren einen gewaltigen Fortschritt gegenüber den verfassungsrechtlichen Grundlagen des Kaiserreiches. Es ließ in einer ganzen Reihe von Bestimmungen, insbesondere in den fixierten politischen und sozialen Grundrechten des Volkes, den heißen Atem der Revolution erkennen.

Fortschritte und Mängel der Weimarer Verfassung

Der Text gliederte sich in zwei Hauptteile und 181 Artikel und enthielt einige Übergangs- und Schlußbestimmungen. Der erste Teil – zu Aufbau und Aufgaben des Reiches – wurde mit dem Satz eingeleitet: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ In ihm spiegelte sich das demokratische Prinzip der Volkssouveränität, das einst das Bürgertum in seinem Kampf gegen den Feudalabsolutismus und die ausschließliche Souveränität der Fürsten auf seine Fahnen geschrieben hatte. In der Verfassung von 1871 war das deutsche Volk nicht einmal einer Erwähnung für würdig befunden worden.

Bereits am zitierten ersten Satz der Verfassung läßt sich jedoch auch erkennen, wie im ersten Halbjahr 1919 am Verfassungstext „gearbeitet“ worden ist. Der zur Deutschen Demokratischen Partei gehörende Hugo Preuß hatte als verantwortlicher Staatssekretär des Inneren und als Staatsrechtler ursprünglich einen Entwurf vorgelegt, den anzuschauen und mit dem Ergebnis zu vergleichen lohnt. Dieser ursprüngliche Text war viel demokratischer geraten als die schließlich angenommene Verfassung. Preuß' Vorschlag für den ersten Artikel hatte gelautet: „Alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volke“. Mit dieser weiterreichenden und radikaleren Formulierung konnte er sich nicht durchsetzen; selbst gegen die abgeschwächte Variante, die von der Mehrheit der Abgeordneten bestätigt wurde, meldeten Vertreter der großbürgerlich-katholischen Zentrumsparlei noch Bedenken und Vorbehalte an. Einige der weiteren Abänderungen des Entwurfes sind ebenso aufschlußreich. Ursprünglich sollte der zweite Teil der Verfassung an ihrem Anfang stehen, also jener Katalog von Grundrechten des Volkes, auf den man sich heute so gern beruft. Die Regeln der Machtausübung wurden für wichtiger gehalten, ein Fehler, den auch die Väter des Grundgesetzes der BRD vor 50 Jahren korrigiert sehen wollten. Von größtem Gewicht war 1919 jedoch die Streichung des Artikels 107 aus dem Entwurf der Verfassung. Er hatte vorgesehen, daß die Grundrechte und Grundpflichten „Richtschnur und Schranke für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reich und in den Ländern“ zu bilden hätten. Eine solche Festlegung hätte viel bedeutet, weil mit ihr den demokratischen Rechten des Volkes eine unmittelbar verpflichtende und gesetzliche Kraft zugesprochen worden wäre. Sie hätte von normativer Kraft für die Ausarbeitung von Gesetzen, für die Tätigkeit von Parlamenten, Regierungen, Reichspräsidenten und allen Verwaltungen (in denen ja immer noch die alten Kräfte des Kaiserreiches saßen!) sein können. Doch gegen einen solchen Verfassungsgrundsatz liefen die bürgerlichen Parteien Sturm. Sie unternahmen alles, um es möglichst bei nicht einklagbaren Absichtserklärungen zu belassen. Gerade das, was in der Weimarer Verfassung an „Grundrechten und Grundpflichten der Deutschen“ seinen Niederschlag fand, machte ihre demokratische Substanz aus. Hier war vieles von dem verankert, was in den ersten Revolutionstagen erkämpft worden war, einschließlich des Wahlrechts für Frauen. Fixiert war nunmehr vor allem die grundsätzliche Gleichheit aller vor dem Gesetz. Dazu gehörte insbesondere das Recht auf die Freiheit der Person (Art. 114), das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 115), das Postgeheimnis (Art. 117), das Recht auf freie Meinungsäußerung (Art. 118) und auf Versammlungsfreiheit (Art. 123) sowie das Recht aller, sich zu einem „politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck“ frei in Vereinen und Gesellschaften zusammenzuschließen (Art. 124). Auch die „Vereinigungsfreiheit zur Wahrung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ sollte für jedermann und für alle Berufe gewährleistet sein (Art. 159). Die Unterstützung von Arbeitslosen, ein umfassendes Versicherungswesen sowie ein einheitliches Arbeitsrecht (Art. 163, 161, 157) galten als erstrebenswerte Ziele. Die „Ordnung des Wirtschaftslebens“ hatte dem Ziel der „Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle“ zu dienen (Art. 151). Selbst der Rätegedanke war in die Verfassung aufgenommen worden. Im wortreichen Artikel 165 wurde den Arbeitern zugestanden, „gleichberechtigt und in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken“.

Je gesicherter die Verhältnisse im Laufe der Zeit den ökonomisch und politisch Mächtigen der Weimarer Republik erschienen, desto mehr attackierten und verletzten diese die Verfassung. Daß sie auch dazu genutzt werden konnte, die in ihr enthaltene demokratische Substanz zu bekämpfen und schließlich zu vernichten, reflektiert deutlicher als alles andere, in welchem hohem Maße die Weimarer Republik ein widerspruchsvolles Ergebnis sowohl der Novemberrevolution als auch des nach wie vor vorhandenen Einflusses monarchistisch-militaristischer, konservativer und völkisch-rassistischer Kräfte darstellte. Ihrer Herrschaftsform nach war sie im wesentlichen zu einem parlamentarisch angelegten Staat mit ausgeprägten präsidialen Zügen geraten, ausgestattet mit einem Regierungssystem, in dem die Exekutivgewalt immer mehr in den Vordergrund der politischen Machtausübung drängte. Was übrigens auch mitunter vergessen wird: Es war nicht Hindenburg allein, der mit Hilfe des Ausnahme-Artikels 48 regierte. Bereits Reichspräsident Ebert wandte ihn in 146 Fällen an.

Schritte zum Scheitern

Die Geschichte der Weimarer Republik geriet in hohem Maße zu einer Geschichte von Einschränkungen und Verletzungen des demokratischen Willensbildungsprozesses jener Teile des Volkes, die nicht zu den ökonomisch und politisch Mächtigen gehörten und die den Grundsatz der Gleichheit aller vor dem Gesetz nicht mit Leben erfüllt sehen wollten. Die Verfassungswirklichkeit hatte schließlich mit den demokratischen Grundsätzen der Verfassung kaum noch etwas gemeinsam, allenfalls mit jenen verwaschenen Formulierungen, die von den bürgerlichen Parteien 1919 in sie hineindebattiert worden waren. Der Gedanke, das Volk sei der höchste Souverän, wurde rasch der Vorstellung geopfert, es gäbe etwas Höheres, das „Heil des Ganzen“ oder wie auch immer dies formuliert worden ist.

Weimar – das war ein Versuch, soziale Schranken und Ungerechtigkeiten in einem von den Revolutionären erzwungenen System demokratischer Regularien zu verringern. Insofern darf Weimar insgesamt mit Fug und Recht als bedeutsamer Schritt gelten, einen geschichtlichen Sonderweg zu beenden, endlich auch in Deutschland den großen Idealen bürgerlicher Revolutionen und der Aufklärung zum Durchbruch zu verhelfen, die Prinzipien der Gewaltenteilung zu verwirklichen und des Volkes Souveränität zu sichern, wovon jede Demokratie auszugehen hat – zumindest der Theorie zufolge. Im Ansatz boten sich Chancen für eine Beschränkung bürgerlich-autoritärer Macht, für Mitbestimmung bislang unterjochter Klassen und Schichten an Politik und Wirtschaft, für die Aufhebung frauenfeindlicher Männerherrschaft. Es gab zukunftsorientierte Ansätze in Sozialpolitik, Schul- und Bildungswesen, Wohnungsbau usw. Wohlgemerkt: Ich spreche von Chancen, doch jedes Nachdenken über Weimar und das Jahrhundert verlangt ihre Anerkennung und Würdigung ebenso wie die Beantwortung der Frage, weshalb sie ausgerechnet unzureichend wahrgenommen worden sind, als es galt, den Aufstieg der deutschen Faschisten zur Macht zu verhindern. Und viele, allzu viele jener sie mit Füßen traten, um deren Interessen es vorrangig gegangen war.

Zur Erinnerung

Die systematische Mißachtung und Aushöhlung der Weimarer Verfassung verstärkte sich vor allem in den Jahren 1930 bis 1932: Wurden 1930 noch 94 Reichstagsitzungen durchgeführt, waren es 1931 nur noch 41, 1932 nur noch 13. 1930 wurden 98 Gesetze im Reichstag beraten und beschlossen und nur 5 Notverordnungen erlassen. 1931 waren es nur noch 34 Gesetze und bereits 44 Notverordnungen. 1932 standen 5 vom Reichstag beschlossenen Gesetzen 66 Notverordnungen gegenüber. Die Macht lag zunehmend bei Präsidialkabinetten ohne ausreichende parlamentarische Mehrheiten. Die zunehmende Anwendung von Notverordnungen führte zu einem rapiden Verfall der Autorität des Reichstages und zu einer zunehmenden Parteienverdrossenheit. Das förderte den Ruf der Rechten nach einem „starken Mann“ und schuf so den Boden für den wachsenden Einfluß der Nationalsozialisten.

Wo stand der Feind?

Schon 1924 sah sich einer der Schöpfer der Verfassung zu einer eindeutigen Philippika veranlaßt. Hugo Preuß wiederholte die zwei Jahre zuvor getroffene Feststellung Joseph Wirths: „Der Feind steht rechts!“ und kritisierte als Erbübel Schwäche und Kurzsichtigkeit des deutschen Bürgertums, daß es leider dazu neige, „die Gefahren von links mit einem Vergrößerungsglas und aus Furcht vor diesen Gefahren die von rechts gar nicht zu sehen.“ Aus solcher Erkenntnis heraus wäre verantwor-

tungsvolle Politik auf einen Ausbau der Weimarer Demokratie zu richten gewesen, auf ihre verstärkte und breitere Anwendung, auf ihre Sicherung durch ernsthafte Schwächung alter und neuer rechtsradikaler Feinde der Republik. Doch als die Weltwirtschaftskrise begann, der Reichsverband der Deutschen Industrie als Alternative „Aufstieg oder Niedergang“ vorgab und die Nazis ihre ersten größeren Erfolge errangen, schienen die Warnungen von Wirth und Preuß völlig vergessen. Da dominierten einerseits selbstgefällige Lobpreisungen der sich demokratisch nennenden bürgerlichen Parteien. Da wurden andererseits – war von Gefährdungen der Demokratie die Rede – diese vor allem den Linken, sowohl den Kommunisten als auch sozialdemokratischen Organisationen zugeordnet. Neurotische Furchtsamkeit und hysterische Realitätsverkennung führten zu immer weiter nach rechts gewendeten Formen der parlamentarischen Demokratie und ließen bedenkenlos, nahezu gierig nach der sich anbietenden rechtsextremen „Hilfe“ greifen.

Zur Erinnerung

Die Weimarer Verfassung wurde – ohne daß es dazu einen formellen Beschluß gab – faktisch durch die „Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 (die sogenannte „Reichstagsbrand-Verordnung“) außer Kraft gesetzt. Sie enthielt im ersten Satz die verlogene Zielsetzung: „Zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“ und wurde bereits wenige Stunden nach dem Reichstagsbrand von Reichspräsident Hindenburg unterschrieben.

Mit ihr wurden sieben Artikel der Verfassung außer Kraft gesetzt (114, 115, 117, 118, 123, 124, 153). Das bedeutete die Einschränkung der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung, der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes. Den Organen der Staatsmacht wurde die durch keine parlamentarische oder juristische Kontrolle eingeschränkte Möglichkeit eröffnet, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telefon- und Telegrafengeheimnis vorzunehmen, ohne richterliche Verfügung Beschlagnahmen von persönlichem Eigentum und Verhaftungen durchzuführen. Von jetzt an gab es die Möglichkeit der „Schutzhaft“ ohne gesetzliche Begrenzung. Für zahlreiche Delikte, bei denen bisher nur Haftstrafen vorgesehen waren, wurde die Todesstrafe festgelegt. Diese Verordnung wurde niemals außer Kraft gesetzt, sie war die Grundlage des Terrorregimes der Nazis bis 1945.

Wer aber seine Gegner hauptsächlich unter den deutschen Linken, unter den Antifaschisten aller Richtungen sah, stärkte den Rechten den Rücken, der erleichterte die schrittweise Hinwendung nach rechts und lieferte zugleich Munition für die zahllosen Argumente, mit denen Gefahren kleingeredet und unterschätzt wurden. Wer den Demagogen einer rassereinen deutschen Volksgemeinschaft nach dem Munde redete, besorgte auch deren undemokratische Geschäfte.

Und die Lehren für heute?

Was enthüllen Weimarer Republik und Weimarer Verfassung uns Heutigen von sich, von ihren Anstrengungen, von ihrem Versagen? Zum einen gewiß, daß sie Rahmen und Boden für ein großes Experimentierfeld unterschiedlichster Kräfte der Gesellschaft boten, daß sie einen Versuch darstellten, tastende Schritte in eine von Gerechtigkeit, Solidarität und politischer Freiheit geprägte Gesellschaft zu tun.

An den demokratischen Grundelementen seiner Verfassung ging der Staat von Weimar – zweifellos frei eines der markantesten Kennzeichen deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert – keineswegs zugrunde, auch nicht an den Bemühungen, sie sichern und vertiefen zu wollen. Diese Republik scheiterte vor allem an den Unzulänglichkeiten und Widersprüchlichkeiten ihrer „Demokraten“, an den stets erlaubten und unzureichend bekämpften Verletzungen ihrer Geburts- und Grundsatzdokumente.

Konkret benennbare Kräfte konnten sich zugunsten undemokratischer Machtausübung und politischen Wahns sowie zuungunsten demokratischer Organisationen entfalten. Weimar ging am Übermaß jener Chancen zugrunde, die den ausgesprochen rechten Parteien zuteil wurden und die dem damaligen Rechtsextremismus geboten wurden, hoffend, diesen in ihre Machtambitionen einbinden und als Juniorpartner gegen die Linken nutzen zu können. Die Republik zerbrach an einer allzu duldungsvollen, Chancen ausschlagenden Hinnahme ihres systematisch betriebenen Abbaus.

antifa, April 1999, S. 20.

Zur Entstehung der Verfassung von 1919 und des Weimarer Parteienstaates

Wer in die Weimarer Republik und auf ihre Verfassung zurückschaut, befragt sowohl einen der widersprüchlichsten Abschnitte deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert als auch Gegenwartsprobleme und die Chancen der Zukunft. Weimar – der Name hält bestimmte Erinnerungen und zielorientierte Traditionslinien wach, selbst wenn dies nur mit beschönigendem oder gar verfälschendem Blick in die Vergangenheit möglich ist. Hier am Ort wurde – um ein passendes Beispiel zu demonstrieren – am 6. Februar 1999 die Ausstellung „Wege nach Weimar. Auf der Suche nach der Einheit von Kunst und Politik“ eröffnet, und das mit Pomp und politisch-historischem Gestus.¹ Kein Redner vergaß, die Eröffnung der Nationalversammlung und insbesondere die Rede Friedrich Eberts zu rühmen, die beide genau auf den Tag 80 Jahre zurücklagen.² In der die Ausstellung begründenden und vorbereitenden Konzeption war indessen noch davon ausgegangen worden, sie habe ihre Pforten am 9. November 1998 zu öffnen.³ Tatsächlich waren weder Wahl und Einberufung der Nationalversammlung noch die Konstitution der ersten deutschen Republik ohne die Revolution denkbar gewesen. Doch offensichtlich paßt ein Gedenken am Tag der Novemberrevolution nicht in das offiziöse Geschichts- und Politikverständnis unserer Zeit. Nimmt man also das Ergebnis der Revolution zwar gern an, wünscht jedoch zugleich seine Ursache sowie den engen Zusammenhang von Revolution und Verfassungsfortschritt in den Orkus des Vergessens?

Es darf niemanden verwundern, wenn es den etablierten Parteien gegenwärtig wenig schicklich zu sein scheint, an die unmittelbare Vorgeschichte und an die Entstehung der Weimarer Verfassung zu erinnern. Zu offensichtlich wirkte, als es um die Ausarbeitung des Entwurfs dieser Verfassung ging und über ihn als Drucksache Nr. 59 zwischen dem 28. Februar und dem 18. Juni 1919 in 42 Sitzungen des 8. Ausschusses der Nationalversammlung debattiert wurde, noch der heiße Atem der Revolution. Jeder weiß: Die Verfassung, das wichtigste Resultat der vor 80 Jahren hier in Weimar tagenden Nationalversammlung, bedeutete einen gewichtigen Fortschritt gegenüber der des Kaiserreiches.⁴ Dem Zeitgeist der Revolution war vor allem die Fixierung der politischen, aber auch einer ganzen Reihe sozialer Grundrechte des Volkes zu verdanken. Überhaupt scheint es gegenwärtig sehr sinnvoll zu sein, generell die demokratische Substanz der Weimarer Verfassung und die „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“ in Erinnerung zu rufen. In ihnen war vieles von dem verankert, was in den ersten Revolutionstagen hatte erkämpft werden können, einschließlich des Wahlrechts für Frauen. Fixiert war nunmehr vor allem die grundsätzliche Gleichheit aller vor dem Gesetz. Dazu gehörte insbesondere das Recht auf die Freiheit der Person (Artikel 114), das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 115), das Postgeheimnis (Artikel 117), das Recht auf freie Meinungsäußerung (Artikel 118) und auf Versammlungsfreiheit (Artikel 123) sowie das Recht aller, sich zu einem „politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck“ frei in Vereinen

¹ Siehe Jörg Völkerling, Von Idealismus zu Ideologie. Wege nach Weimar. Ausstellung zum Geist der Stadt. In: Neues Deutschland, 8.2.1999, S. 11.

² Bezeichnenderweise wurde nirgendwo erwähnt, daß am 6.2.1919 auch eine öffentliche Veranstaltung des „Deutschen Wirtschafts-Kongresses“ in der Berliner Philharmonie stattfand. Curt Köhler, Geschäftsführer des „Hansa-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie“ forderte hier in seinem Vortrag, der Deutsche Wirtschafts-Kongreß, der sich am 16.12.1918 konstituiert hatte, müsse „Richtlinien für das künftige soziale Deutschland“ schaffen. Zur Begründung führte er aus: „Wir haben uns gesagt, unter dem zukünftigen Wahlrecht bestehen die Wahlberechtigten aus 15 Millionen Männern und 19 Millionen Frauen. In diese Masse von Menschen muß plötzlich die Notwendigkeit des Fortbestehens, müssen die Zustände und die inneren Zusammenhänge unserer Volkswirtschaft hineingehämmert werden. Neben dieser Masse von Wählern steht nicht eine Obrigkeitsregierung, sondern eine Parlamentsregierung, die von der Mehrheit der Stimmen im Volke abhängig ist. Diese Dinge erkennen, heißt aber für uns auch Mittel und Organisationen zu schaffen, die im Leben stehend sich dazu berufen fühlen, in diese großen Massen die bitter notwendige wirtschaftliche Aufklärung zu bringen, um sie an die Volkswirtschaft heranzuziehen und ihnen zugleich das Verständnis für die Mitarbeit zu ermöglichen ... Wir wollen auf dem Kongreß die großen Richtlinien, ich möchte fast sagen, die Wahlparolen formulieren, damit in diesen großen Schlagworten das deutsche Volk zur Mitarbeit an unseren wirtschaftlichen Dingen erzogen werden kann.“ Bundesarchiv, Abt. R, Reichsinnenministerium, Film Nr. 16822, Bl. 22.

³ Konzept der Ministerin für Bundesangelegenheiten in der Staatskanzlei des Freistaates Thüringen, S. 3.

⁴ Siehe dazu u. a. Dieter Grimm: Die Bedeutung der Weimarer Verfassung in der deutschen Verfassungsgeschichte, Heidelberg, 2/1992.

und Gesellschaften zusammenzuschließen (Artikel 124). Auch die „Vereinigungsfreiheit zur Wahrung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ sollte für jedermann und für alle Berufe gewährleistet sein (Artikel 159). Die Unterstützung der Arbeitslosen, ein umfassendes Versicherungswesen sowie ein einheitliches Arbeitsrecht (Artikel 163, 161, 157) galten als erstrebenswertes Ziel. Die „Ordnung des Wirtschaftslebens“ habe dem Ziele der „Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle“ zu dienen. (Artikel 151) Selbst der Rätegedanke war in die Verfassung aufgenommen worden. Im wortreichen Artikel 165 wurde den Arbeitern und Angestellten zugestanden, „gleichberechtigt und in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken“.

Ebenso enthielt die Weimarer Verfassung erstmalig den präjudizierenden Satz: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Darin spiegelte sich das demokratische Prinzip der Volkssouveränität, das einst das Bürgertum in seinem Kampf gegen den Feudalabsolutismus und gegen die ausschließliche Souveränität der Fürsten auf seine Fahnen geschrieben hatte. Noch in der Verfassung von 1871 war das Volk nicht einmal einer Erwähnung für würdig befunden worden. Am zitierten ersten Satz der Weimarer Verfassung läßt sich jedoch bereits erkennen, wie die Abgeordneten der Nationalversammlung an dem von Hugo Preuß am 3. Januar 1919 vorgelegten und in der Sitzung des Rates der Volksbeauftragten vom 14. Januar 1919 mit Veränderungen bestätigten „Entwurf einer künftigen Reichsverfassung“ umgegangen sind.⁵ In diesem Text hatte der erwähnte erste Satz anders gelautet: „Alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volke.“ Diese weiterreichende und radikalere, dem Prinzip der Volkssouveränität stärker entsprechende Formulierung konnte nicht durchgesetzt werden. Aber selbst gegen die abgeschwächte Variante, die von der Mehrheit der Abgeordneten bestätigt wurde und 1948 auch in das Grundgesetz der BRD aufgenommen wurde, meldeten insbesondere die Vertreter der großbürgerlich-katholischen Zentrumspartei und Vorläufer der heutigen „C“-Parteien noch Bedenken und Vorbehalte an. Selbst einige Abgeordnete der Deutschen Demokratischen Partei, der auch Preuß angehörte, verweigerten ihm die Zustimmung.

Es lohnt wohl auch in anderer Hinsicht, den ursprünglichen Entwurf näher anzuschauen und ihn mit dem verabschiedeten Text zu vergleichen. Dies kann helfen, Antwort auf die Frage zu finden, was wodurch und durch wen in die Weimarer Verfassung hineinkam bzw. was und auf wessen Drängen aus dem Entwurf herausfiel. Ebenso sind andere Abänderungen neben der bereits erwähnten deutlicheren Positionsbestimmung des Souveränitätsgrundsatzes⁶ aufschlußreich. So sollte ursprünglich, wenn auch in kürzerer Fassung der zweite Teil der Verfassung an ihrem Anfang stehen, also jener Katalog an Grundrechten des Volkes, auf den man sich heute so gern beruft. Die Regeln der Machtausübung wurden für wichtiger gehalten; ein Fehler, den auch die Schöpfer des Grundgesetzes vor 50 Jahren korrigiert sehen wollten. Zu untersuchen wäre ferner das dem Verlauf der revolutionären Kämpfe von 1918/19 angepaßte Auf und Ab in der Bereitschaft der Nationalversammlung, sozialstaatliche Kriterien in der Verfassung zu verankern oder gar ein Sozialisierungsgesetz zu verabschieden.⁷ Mit Nachdruck erklärte der sozialdemokratische Reichswirtschaftsminister Rudolf Wis-

⁵ Vorwiegend mit den staatsrechtlichen Fragestellungen befaßt sich detailliert in seiner Dissertationsschrift Jasper Mauersberg: *Ideen und Konzeption Hugo Preuß' für die Verfassung der deutschen Republik 1919 und ihrer Durchsetzung im Verfassungswerk von Weimar*, Frankfurt am Main u. a. 1991.

⁶ Siehe dazu auch: *Macht und Ohnmacht der Weimarer Republik*. Autorenkollektiv unter Leitung von Manfred Weißbecker, Berlin 1990, S. 41 ff.

Im Rahmen des vorliegenden Beitrages ist es nicht möglich, auf die eigentlich auch zu stellende Frage einzugehen, wie der Souveränitätsgrundsatz in den Verfassungen der DDR behandelt worden ist. Artikel 3 der Verfassung vom 7.10.1949 enthält auch die Formel „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Die Übernahme des Satzes aus der Weimarer Verfassung erfolgte möglicherweise in Unkenntnis seiner Entstehungsgeschichte, wäre aber sicher auch im Zusammenhang mit anderen Artikeln zu sehen, die einer Realisierung des Prinzips der Volkssouveränität hätten dienen können. Die Entwicklung der DDR und ihrer Verfassungswirklichkeit setzten jedoch den Souveränitätsrechten des Volkes nicht nur enge Grenzen, sondern hoben sie in vieler Hinsicht sogar auf.

⁷ Zur zeitlichen Einordnung der Parole „Die Sozialisierung marschiert“ siehe als jüngste Veröffentlichung Manfred Behrend: „Der Wandschirm, hinter dem nichts geschieht“. *Bildung, Tätigkeit und Ende der ersten deutschen*

sell Anfang März 1919, als Generalstreiks und bewaffnete Zusammenstöße aufgeflammt waren, es gehe nicht allein darum, die „aufgehetzten Massen“ zu beschwichtigen. Man könne „die äußere Ordnung schon wieder herstellen“, wenn man militärische Mittel einsetze. Seine Furcht galt jedoch jenem Teil der aufbegehrenden Arbeiterschaft, welcher zwar Gewaltmaßnahmen verabscheue, nun aber „unsicher geworden“ sei. Daher, so seine Schlußfolgerung, gelte es, „den Arbeitern, die ruhig bleiben und zur Regierung halten wollten, ein Panier aufzurichten, sonst könne alles verloren sein“.⁸

Von größtem Gewicht war jedoch die Streichung des Artikels 107 aus dem Entwurf. Dieser hatte vorgesehen, daß die Grundrechte und Grundpflichten „Richtschnur und Schranke für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reich und in den Ländern“ bilden. Eine solche Festlegung hätte viel bedeutet, wäre mit ihr doch den demokratischen Rechten des Volkes eine unmittelbar verpflichtende und gesetzliche Kraft zugesprochen worden. Sie hätte von normativer Kraft für die Ausarbeitung von Gesetzen, für die Tätigkeit von Parlamenten, Regierungen, Reichspräsidenten und allen Verwaltungen (in denen ja immer noch die Beamten des Kaiserreiches saßen!) sein können. Mit ihr wäre eine direkte gerichtliche Überprüfbarkeit des Grundrechtsteils der Verfassung festgeschrieben worden. Doch dagegen liefen die bürgerlichen Parteien Sturm. Sie unternahmen alles, um es möglichst bei nicht einklagbaren Absichtserklärungen zu lassen und setzten in der Debatte der Nationalversammlung vom 11. und 15. Juli 1919 eine der folgenschwersten Entscheidungen durch.

Die damalige Auseinandersetzung um „107“ galt im Kern der Frage, ob Grundrechte in eine Verfassung aufgenommen werden sollten oder nicht. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei sprach sich scharf und ganz generell gegen Grundrechte als Verfassungsgegenstand aus,⁹ aus der Deutschen Demokratischen Partei tönte der Vorwurf, dieser Teil der Verfassung sei ganz und gar ein „interfraktionelles Parteiprogramm“, dem praktisch wahllos von jeder Seite deren spezielle Programmsätze beigelegt worden waren.¹⁰ Ein sozialdemokratischer Redner hieb in die gleiche Kerbe und bezeichnete den Grundrechtsteil des Entwurfes als eine „salatähnliche Komposition“.¹¹ Lediglich Oskar Cohn, der die Unabhängige Sozialdemokratische Partei im Verfassungsausschuß vertrat, wies auf die Notwendigkeit hin, der Verfassung zu einer „Wahrhaftigkeit“ zu verhelfen, die in dem Sinne zu verstehen sei, daß Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit „miteinander in Einklang“ zu stehen hätten.¹² Preuß rückte ebenfalls vom Artikel 107 ab, möglicherweise geleitet von dem auch von Abgeordneten der Zentrums- und Sozialdemokratischen Partei vertretenen Gedanken, damit den Grundrechtsteil für die zu verabschiedende Verfassung überhaupt erhalten zu können.¹³

Die SPD gab 1919 zugunsten der Regierungskoalition mit DDP und Zentrums- und Sozialdemokratischen Partei leider auch den Entwurfsartikel 107 preis. Daran erinnert heute allerdings kaum ein sozialdemokratischer Historiker mehr, selbst wenn darauf verwiesen werden könnte, daß sich davon im Artikel 20 des Grundgesetzes ein Teil wiederfindet und es hier heißt: „Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.“ Als kürzlich Susanne Miller in einer Gesprächsrunde des Radiosenders MDR-Kultur auf den Entwurf verwies, beklagte sie einzig und allein, die Sozialdemokratie habe die Abschaffung der Todesstrafe nicht durchsetzen können. Demgegenüber könnte ich mir gerade den Inhalt und die Geschichte des ursprünglichen Artikels 107 gut als einen geeigneten, nachdenklich stimmenden Gegenstand heuti-

Sozialisierungskommission. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 4/1998, S. 18-35, hier vor allem S. 29 ff.

⁸ Zit. nach ebenda, S. 30; Hervorhebung durch den Vf.

⁹ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte, Bd. 328, S. 1498.

¹⁰ Ebenda, S. 1500. Später sprach Carl Schmitt diffamierend von einem „dilatorischen Formelkompromiß“.

¹¹ Ebenda, S. 1504.

¹² Ebenda, S. 1505 f. Die beachtliche Rolle Cohns in der Diskussion um die Justiziabilität der Grundrechte hebt in seiner Dissertationsschrift hervor Hans Beyersdorff: Die Staatstheorien in der verfassungsgebenden Nationalversammlung, Kiel 1928, S. 47.

¹³ Siehe Friedrich Völtz: Der Sozialstaatsgedanke in der Weimarer Reichsverfassung, Frankfurt am Main u. a. 1992, S. 270 ff.

ger Verfassungsdebatten vorstellen, deren Notwendigkeit sich vor allem aus dem Gegensatz zwischen völlig anzuerkennenden Verfassungsgrundsätzen und der sich wesentlich anders darstellenden Verfassungswirklichkeit ableitet. Zwar wurde die günstige Chance von 1990 vertan, doch muß das m. E. noch lange nicht bedeuten, daß sozialistische, sozialdemokratische und andere Politiker untätig abwarten und sich mit den Mängeln des Bestehenden abfinden ...

Zurück zum Weimarer Staat, den der SPD-Politiker Eduard David im Amte des Reichsinnenministers am 31. Juli 1919 als „die demokratischste Demokratie der Welt“ pries.¹⁴ Je gesicherter die Verhältnisse im Laufe der Zeit den ökonomisch und politisch Mächtigen erschienen, desto mehr attackierten und verletzten sie die Verfassungsgrundsätze. Daß manche Artikel der Verfassung auch dazu genutzt werden konnten, die in ihr enthaltene demokratische Substanz zu bekämpfen und schließlich zu vernichten, reflektiert deutlicher als alles andere, in welchem hohem Maße die Weimarer Republik ein widerspruchsvolles Ergebnis sowohl der Novemberrevolution als auch des nach wie vor vorhandenen Einflusses monarchistisch-militaristischer, konservativer und völkisch-rassistischer Kräfte darstellte. Ihrer Herrschaftsform nach war sie im wesentlichen zu einem parlamentarisch angelegten Staat mit ausgeprägten präsidentialen Zügen geraten, ausgestattet mit einem Regierungssystem, in dem die Exekutivgewalt immer mehr in den Vordergrund der politischen Machtausübung drängte. Was übrigens in diesem Zusammenhang allzu oft vergessen wird: Es war nicht Hindenburg allein, der mit Hilfe des Ausnahme-Artikels 48 regierte – Friedrich Ebert wandte ihn auch in 146 Fällen an, nachdem er bereits am 14. Januar 1919 zugunsten einer „geschlossenen und kraftvollen Führung der Reichsgeschäfte“ für das Präsidentenamt „gewisse Machtbefugnisse“ gefordert und erklärt hatte, andernfalls nicht länger politisch tätig sein zu wollen.¹⁵

Die Geschichte der Weimarer Republik geriet daher in hohem Maße zu einer Geschichte von Einschränkungen demokratischer Willensbildungsprozesse und Verletzungen der Rechte jener Teile des Volkes, die nicht zu den ökonomisch und politisch Mächtigen gehörten und für die sich der Gleichheitsgrundsatz nicht mit Leben zu erfüllen vermochte. Daß dies zielorientiert, ja nahezu planmäßig durch die Rechtsparteien und deren Klientel erfolgte, sei hier ausdrücklich festgestellt. Aus der Fülle der Belege sei hier auf die Denkschrift „Die Rechtsparteien und das Räteystem“ verwiesen, die Max Hildebert Boehm erarbeitet und am 17. Februar 1919 an den DNVP-Politiker Kuno Graf von Westarp übersandt hat. In ihr hieß es u. a.: „Nachdem die Gefahr einer Verhinderung der Nationalversammlung behoben ist, drängt alles auf eine Klärung der taktischen Grundfrage, wie die Rechte sich in Zukunft in der Frage des Abbaues oder der Fortbildung des Räteystems zu stellen habe. Hand in Hand geht damit die Frage der bürgerlichen Einheitsfront und damit der unüberbrückbaren Trennung der Rechten von den tragenden Kräften des Sozialismus. Meiner Überzeugung tut der Rechten nichts dringlicher not als die Einsicht, daß die Hauptfrontstellung der Rechten auf die Dauer gegen den bürgerlichen Demokratismus aus dem linksliberalen Lager gerichtet sein und daß unter dieser Parole ein Zusammenschluß einer größeren Rechten angebahnt werden muß – vorerst wohl als taktischer Block, nicht als Einheitspartei ... Eine überstürzte Einführung des Räteystems bedeutet also, wie Spartakus ganz richtig sieht, einen gewaltigen Vorsprung, ja nahezu einen glatten Sieg des Proletariats. Diesen Sieg zu verhindern ist die Aufgabe der Nationalversammlung; die letztere trotzdem nicht zu einer Verewigung des überständigen westlerischen Parlamentarismus werden zu lassen, muß zum mindesten das geheime Leitziel auch der Rechtsparteien werden ... Das Endziel, Mattsetzung des Parlamentarismus, kann heute an der Öffentlichkeit noch nicht erörtert werden, taktisch jedoch dürfen wir es keinen Augenblick aus dem Auge verlieren.“¹⁶

Die Verfassungswirklichkeit hatte schließlich mit den demokratischen Grundsätzen der Verfassung kaum noch etwas gemeinsam, allenfalls mit jenen verwaschenen, vieldeutigen und hintersinnigen

¹⁴ Eduard Heilfron (Hrsg.): Die Deutsche Nationalversammlung im Jahr 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates, Berlin 1919, Bd. 7, S. 453.

¹⁵ Protokoll der Beratung vom 14.1.1919 in der Reichskanzlei. In: Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Zweiter Teil, eingeleitet von Erich Matthias, bearbeitet von Susanne Miller unter Mitarbeit von Heinrich Pott-hoff, Düsseldorf 1969, S. 240.

¹⁶ Bundesarchiv, Nachlaß Westarp, Nr. 33, Bl. 65, 69 und 73.

Formulierungen, die von den bürgerlichen Parteien 1919 in sie hinein debattiert worden waren. Der Gedanke, das Volk sei der höchste Souverän, wurde rasch der Vorstellung geopfert, es gebe etwas „Höheres“, sei es nun das „Heil des Ganzen“ oder, wie die Faschisten es nannten, die „Vorsehung“, oder wie heutzutage immer deutlicher zu erkennen ist, oberste Gerichte als Verkünder letzter Wahrheiten.

Einen besonderen Platz nahmen die politischen Parteien in der Verfassungswirklichkeit von Weimar ein. Gewiß, die Republik entstand als ein Parteienstaat, doch wage ich zu bezweifeln, daß sie auch als Parteiendemokratie charakterisiert werden darf, wie dies in der Literatur häufig getan wird.¹⁷ Aber über die Auseinandersetzung mit der These von der Weimarer Parteiendemokratie hinaus möchte ich auch Bedenken gegen Auffassungen anmelden, die sozusagen Parteien und Demokratie grundsätzlich und von vornherein in eins setzen.

In der Weimarer Verfassung wurden die Parteien lediglich an einer Stelle und zudem in einem negativen Zusammenhang erwähnt. Lapidar hieß es im Artikel 130, Absatz 1: „Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht der Parteien.“ Im dickleibigen, fünf Bände umfassenden „Handbuch der Politik“, das 1920 in dritter Auflage von Gerhard Anschütz u.a.m. herausgegeben worden ist, befaßten sich ganze sechs Seiten mit dem Thema „Die Bedeutung der Parteien“. Aber auch hier war mehr von den Gefahren der „Parteiung“ die Rede als von ihrer Funktion, ein Mittler zwischen Gesellschaft und Staat zu sein.¹⁸ Heinrich Triepel bezeichnete die Parteien ganz und gar als eine „extrakonstitutionelle Erscheinung“ und beschrieb sie als „dem Staatsorganismus fremde soziale Körper“. Auf der Gedenkmünze, die zur Erinnerung an die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten 1925 geprägt wurde, stand: „Für das Vaterland beide Hände, aber nichts für die Parteien“, was stark an Wilhelms II. Erklärung vom August 1914 erinnerte und die spätere Formel vorwegnahm „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“, bei der es zusätzlich noch hätte heißen müssen: „...eine Partei“.¹⁹

Was in der Weimarer Verfassung fixiert worden ist, entsprach in keiner Weise der vor und vor allem in der Revolutionszeit enorm gewachsenen Rolle der politischen Parteien, weder ihrem zweifellos vorhandenen Potential zugunsten von Demokratie noch einer notwendigen Schranke gegenüber jenen Gefahren, die im Parteienwesen selbst für den Bestand demokratischer Verhältnisse liegen. Wer über ersteres spricht, vergißt gern das zweite. Gerade aber dieser Aspekt wurde mit dem Beginn parteistaatlicher Verhältnisse von Bedeutung, und das unabhängig davon, ob es sich jeweils um regierende oder opponierende, um große oder kleine, um bürgerliche oder proletarische Parteien handelte. Der Übergang zum Parlamentarismus und das allgemeine Wahlrecht hatten den Parteien eine monopolartige Stellung bei Auswahl und Steuerung der Abgeordneten beschert. Über ihre Fraktionen besaßen sie in Reichstag und Landtagen maßgeblichen Einfluß auf Gesetzgebung und Regierung. Mehr und mehr geriet auch die Verwaltung unter ihre Kontrolle. Ämterpatronage, Postenschacher, Korruption und andere undemokratische Erscheinungen griffen um sich. Zur Bewältigung dieser (hier nicht näher zu beschreibenden) parteistaatlichen Realität bot die Weimarer Verfassung keine Handhabe. Für Anhänger und Verteidiger der Republik wirkte sich dies äußerst nega-

¹⁷ Ich stimme hier überein mit Peter Lösche: Parteienstaat Bonn – Parteienstaat Weimar? Über die Rolle von Parteien in der parlamentarischen Demokratie. In: Eberhard Kolb und Walter Mühlhausen (Hrsg.): Demokratie in der Krise. Parteien im Verfassungssystem der Weimarer Republik, München 1997, S. 141 ff.

¹⁸ Wilhelm von Blume: Die Bedeutung der Parteien. In: Handbuch der Politik. Erster Band: Grundlagen der Politik. Hrsg. Von Gerhard Anschütz u. a., Berlin und Leipzig 1920, S. 346-35 1.

¹⁹ Es blieb einem Gauleiter der NSDAP vorbehalten, während des zweiten Weltkrieges und im Zusammenhang mit den Bestrebungen, ihn als „totalen Krieg“ zu führen, auf diesen Zusammenhang aufmerksam zu machen. Er schrieb 1941: „In einem Jahre 1914 sprach der Kaiser das komische Wort: Er kenne keine Parteien mehr. Das war die Äußerung eines frommen Wunsches. Mit frommen Wünschen sind wir dann in diesen Krieg gegangen und standen am Ende vor der Vernichtung. Adolf Hitler hat bereits schon Jahre vorher die Parteien vernichtet und beseitigt. Er hatte bereits, als er in diesen Krieg ging, keine Parteien mehr, sondern hatte ein deutsches Volk. Damals war es so, daß im Jahre 1918 der deutsche Soldat des Krieges sich seiner eigenen Heimat schämen mußte; denn während er Gut und Blut zum Einsatz brachte, trieben in der Heimat Schieber, Schleichhändler, Kriegsgewinnler und Hamsterer ihr Werk. Während er für seine Nation sein Blut zum Einsatz brachte, verrieten in der Heimat sogenannte Regierungen ihr eigenes Volk. Heute ist es anders.“ Rudolf Jordan: Wir und der Krieg. Gedanken aus Reden in diesem Krieg, Dessau 1941, S. 16 f.

tiv aus. Die Rechten und insbesondere die damaligen Rechtsextremen konnten Weimar im Zeichen eines konservativ-populistischen Antiparlamentarismus und Antidemokratismus bekämpfen, die ihr verhängnisvolles Gift auch aus den vermeintlichen Absagen an das „fremde“, vom Westen nach Deutschland verpflanzte Parteienwesen sogen. Der diskriminierende Begriff vom „System“ schloß die Ablehnung der „Systemparteien“ ein, denen Korruption und Egoismus wesenseigen seien, darüber hinaus ebenso die „volksgemeinschaftliche“ Vorstellung, es könne einen Staat ohne Parteien oder die Herrschaft einer „Bewegung“ bzw. einer „Partei über den Parteien“ geben.

Parteien spiegeln seit ihrer Entstehung in der Mitte des vorigen Jahrhunderts die Interessen einzelner Teile der in besitzend oder unvermögend, reich oder arm, oben oder unten, jung oder alt und in Geschlechter gespaltenen Bevölkerung. Ihre Existenz beruht vorrangig auf dem grundlegenden Konkurrenz- und Klientelprinzip der bürgerlichen Gesellschaft. Zunehmend sehen sich die Parteien im Interesse der ihnen wesenseigenen Machtorientierung veranlaßt, sich ein auf Erweiterung ihres Einflusses bedachtes Image zu schaffen und zu stützen: Umfassender und übergreifender hat es zu sein als die unmittelbare, auffällig egoistische Klienteldienstbarkeit. Gerade in dieser Hinsicht unterlagen die Parteien 1918/19 in Deutschland nachhaltigen Wandlungsprozessen, wahrscheinlich sogar den umfassendsten, seit sie in Erscheinung getreten waren. Sie standen nun unter dem Druck in Bewegung geratener Massen, die sich politisierten und radikalisierten, die aus dem bestehenden Parteiengefüge auszubrechen drohten. Sie schufen – nahezu spontan, in unterschiedlichsten Formen und voller Unzulänglichkeiten – erstmalig andere Formen der Organisiertheit zugunsten bestimmter Interessen. Man könnte vielleicht von Korrektiven für die etablierten Parteien sprechen. Insbesondere die Arbeiter- und Soldatenräte, ansatzweise auch sogenannte Kulturräte und andere wiesen zeitweilig über die Grenzen hinaus, die den politischen Parteien – und hier nehme ich die Arbeiterparteien keinesfalls aus – nun einmal in der kapitalistischen Gesellschaft gesetzt sind. Eine der Bewegungsformen dieses Prozesses vollzog sich nicht zuletzt in der Herausbildung neuer Parteien und parteiähnlicher Organisationen.

Alle Erfahrungen besagen seither, daß Parteien und Demokratie in einem unaufhebbar erscheinenden Spannungsverhältnis zueinander stehen. Ihr Wirken für die Demokratie kann schädlich sein, wenn es nicht zwingend demokratischen, vom Parteienwesen unabhängigen Normen unterworfen und effektiv kontrolliert wird, wenn ihre parlamentarische Betätigung verabsolutiert und sie außerparlamentarische Bewegung negieren. Denn nicht allein aus den unterschiedlichen Interessen der Parteien und ihrer Klientelgruppen erwachsen Probleme für die Gesellschaft, sondern diese beruhen ebenso auf dem Wesen von Organisiertheit, das einen seit Beginn unseres Jahrhunderts beobachteten Trend zur Oligarchisierung und Bürokratisierung sich ausweitender Parteiapparate bedingt. Mit dem Blick zurück ist die Frage zu stellen, ob nicht vielleicht auch hierin einer der Gründe damaliger Hilflosigkeit und schließlichen Versagens antifaschistischer und nichtnational-sozialistischer Parteien lag? Zahlreiche Argumente aus deren Reihen erwiesen sich als null und nichtig – ich nenne nur den beschwichtigenden Satz: „Deutschland ist nicht Italien“. Bitter rächte sich jede Verniedlichung des Problems, jedes Kleinreden der Gefahren, jede Spekulation auf einen Zerfall, jede Hoffnung auf ein Auseinanderbrechen der NSDAP, jede letztlich aus allzu egoistischen Gründen getroffene Entscheidung gegen antifaschistische Bündnisse und gemeinsame Aktionen aller vom Faschismus bedrohten Kräfte. Jedenfalls darf nie vergessen werden, daß aus dem Weimarer Parteienstaat, dem jegliche Grundlage für ein zur Demokratie befähigtes und rechtlich ausgestattetes Parteienwesen fehlte, nicht zuletzt eine Partei wie die NSDAP erwachsen konnte.²⁰ Wie recht hatte doch

²⁰ Ihre Ermöglichung führte nach 1933 zu einem umfassenden Organisationensystem, an dessen Spitze sie stand. Die einzelnen Gliederungen und angeschlossenen Verbände – gleich ob DAF, HJ, SA, SS u. a. m. – erfaßten Millionen Deutsche und nahezu jeden Winkel der Gesellschaft. Wie keine andere deutsche Partei hatte die NSDAP nach 1933 einen bis dahin unbekannten, einen nicht für möglich gehaltenen flächendeckenden Grad individueller und gesellschaftlicher Organisiertheit der Bevölkerung erreicht. Sie war zum Träger einer „Organisationen“-Gesellschaft geworden, in der sich kaum einer – ob Arbeiter oder Gewerbetreibender, ob jung oder alt, Mann oder Frau usw. – dem Einfluß ihres breit gefächerten Systems sogenannter Gliederungen, angeschlossener Verbände und betreuter Organisationen entziehen konnte. Nimmt man allein die Tatsache zum Vergleich, daß bis 1933 jede gesellschaftliche Schicht oder Gruppe – Frauen, Kinder, Lehrer, Ärzte usw. – mehrere Organisationen

der religiöse Sozialist Emil Fuchs, als er 1932 warnte: „Ein Staat, der mit Parteielle und Vorurteilen mißt, wird des aufsteigenden Unheils nicht Herr werden.“²¹

Der Blick in unsere Gegenwart und erst recht die Sorge um die Zukunft führt aus meiner Sicht nahezu zwangsläufig auch zur Frage nach der Zukunftsfähigkeit einzelner politischer Parteien bzw. nach der des gesamten Parteienwesens. Niemand kann daran zweifeln wollen, daß das Verhältnis insbesondere der maßgebenden und etablierten Parteien zur Gesellschaft ernsthaft gestört ist.²² Die Dominanz des Eigeninteresses an Macht, Posten und Geld ist unübersehbar. Affären, Cliquenwirtschaft, Bereicherungsdrang, mangelnde Transparenz – das sind nur einige Stichworte, die das Erscheinungsbild von Politikern und Parteien charakterisieren. Damit gewinnt aber die Frage zunehmende Bedeutung, welches Gewicht Deutschlands Linke der Forderung nach einer Reform des Parteienwesens beimessen sollten. In ihrem Denken für eine menschliche Zukunft sollten auch die Parteien und das Parteienwesen zur Disposition stehen. Gesellschaftskritik, die es nicht vermag, institutionelle Alternativen zu entwickeln, ist dazu verdammt, die moralisierende Position schöner Seelen von einer besseren Welt einzunehmen.²³ Dabei kann es nicht um die Abschaffung der Institution „politische Parteien“ oder um ihr Aufgehen in einem Einparteiensystem gehen. Das Entwerfen von Politiksystemen, die das Ende von Parteienherrschaft zur Voraussetzung haben, führt ins Abseits. Wir werden auch weiterhin mit Parteien leben müssen.²⁴ Wohl aber muß über ihre Veränderung, ihre Befähigung, demokratisch zu handeln, intensiv nachgedacht werden. Jeder Wunsch nach mehr Demokratie setzt auch neue Maßlatten für die Parteien voraus.

Natürlich kann keiner die Frage schlüssig beantworten oder gar ein Rezept dafür vorlegen, wie denn eigentlich die Parteien für die Zukunft beschaffen sein sollten. Der Zustand, daß sich zur Zeit niemand findet, der das Problem überhaupt zur Debatte stellt, hat jedoch nichts mit Demokratie zu tun. Kritiker wie Herbert von Arnim, das Ehepaar Erwin K. und Ute Scheuch, der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker, die der FDP angehörende Hildegard Hamm-Brücher und einige andere sind einsame Rufer in der Wüste. Es mag auch sein, daß sie über das Ziel hinausschießen, wie ihnen das Ulrich von Alemann vorhält.²⁵ Dennoch – gerade ihre Kritik sollte allemal Anlaß sein, nach Wegen zu suchen, wie die Analysen mit Reformideen zu verbinden sind. Ansonsten bliebe es bei jener so oft zu hörenden und jedes Nachdenken erstickenden These, es gehe nun einmal in einer demokratischen Gesellschaft nicht ohne Parteien. Nein, es geht überhaupt nicht gut mit diesen Parteien! Sie selbst sind es, die den Parlamentarismus und die Prinzipien der Gewaltenteilung konter-

entsprechend der politisch-ideologischen Grundströmungen in der deutschen Parteienlandschaft besaßen und zudem große Teile der Bevölkerung – z. B. fast die Hälfte derer, die statistisch zur Arbeiterklasse zählten – überhaupt keiner politischen oder gewerkschaftlichen Organisation angehörten, läßt sich leicht errassen, zu welcher enormen Schlagkraft die Organisiertheit der deutschen Faschisten führen konnte. Existenz und Wirken der NSDAP bedeuteten den Höhepunkt in der Geschichte jener Parteien, die im Unterschied zu den vorhergehenden Honoratioren- oder Wählervereinen, den Interessen- und Klientelparteien als Massenparteien oder – nach Sigmund Neumanns Begriffsinstrumentarium aus den zwanziger Jahren – als Mitgliederintegrationsparteien zu bezeichnen sind. Massen zu gewinnen, ohne ihre Lage und ihre Interessen in irgendeiner Weise zu berühren, konnte und kann übrigens keiner politischen Partei gelingen. Jede versucht es auf ihre Weise. Der NSDAP lag, wie sie es in völliger Übereinstimmung mit dem konservativen Publizisten Arthur Moeller van den Bruck formulierte, an einer „Nationalisierung“ der deutschen Arbeiter, mithin an der Gewinnung einer vorwiegend proletarischen Massenbasis. Dies ließ von vornherein jede Verwendung sozialpolitischer oder gar „sozialistischer“ Formeln als zweckbezogenes Mittel erscheinen. Das Wesen einer faschistischen Partei läßt sich an ihnen nicht erkennen, eher an ihrer Programmatik und an ihrem taktischen Verhalten. So verwundert es eben nicht, daß die NSDAP während der zwanziger Jahre ihren „Nationalsozialismus“ besonders in stark industrialisierten Teilen Deutschlands – im Gegensatz zu ihrem bayerischen Stammland – als „nationalen Sozialismus“ anbieten wollte. Dazu wurde zeitweise sogar eine „Arbeitsgemeinschaft der nord- und nordwestdeutschen Gauleiter“ gegründet, die das 25-Punkte-Programm revidiert, zumindest aber ergänzt wissen wollten. Diese Gauleiter galten als „Linke“ in der NSDAP, wurden jedoch bald von der Münchener Parteileitung zur Räson gerufen.

²¹ Emil Fuchs: Politik der Woche, 6-13.2.1932. In: Der religiöse Sozialist. Den Text stellte mir dankenswerterweise Dr. Friedrich-Martin Balzer (Marburg) aus seinem Privataarchiv zur Verfügung.

²² Siehe Rolf Reissig: Sind die Parteien nur noch Papiertiger? In: Neues Deutschland, 27./28.5.1995, S. 1.

²³ Siehe Michael Brie: Die Demokratisierung der Demokratie. In: Neues Deutschland, 3./4.8.1996, S. 10.

²⁴ Reissig, a. a. O.

²⁵ Ulrich von Alemann: Parteien, Reinbek bei Hamburg 1995, S. 97

karieren. Und wer statt der Politiker die Bürger schelten will, sie seien nicht demokratisch genug gesinnt oder stünden passiv beiseite, kritisiert das Produkt der Verhältnisse und nicht so sehr diese selbst.²⁶

Bereits 1911 stellte der Parteiensoziologe Robert Michels fest, daß die SPD, obwohl gerade sie demokratische Ziele auf ihre Fahnen geschrieben hatte, eine fortschreitende innerparteiliche Entdemokratisierung nicht bekämpfen konnte und ihre Führung diese nicht einmal bekämpfen wollte. Er sprach von den Wirkungen eines „ehernen Gesetzes der Oligarchie“, das seine Ursachen in der Parteiorganisation, im bürokratischen Apparat habe: „Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie ... Mit zunehmender Organisation ist die Demokratie im Schwinden begriffen.“ Ferner hieß es bei ihm: „Die Macht der Führer wächst im gleichen Maßstab wie die Organisation.“ Und schließlich: „Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Arbeitgeber, der Delegierten über die Delegierenden.“²⁷ Politische Parteien, so wäre zu schlußfolgern, scheinen offensichtlich in organisationsstruktureller Hinsicht einander ähnlicher zu sein, als es die Gegensätzlichkeit ihrer Interessen und Ziele sowie ihre stets schönfärbenden Selbstdarstellungen vermuten lassen. Und sollte gar jenes pragmatische, von einer gewissen Resignation zeugende Konzept stimmen, das da besagt, einzelne Parteienoligarchien könne man nur mit anderen Oligarchien aushebeln?²⁸

Angesichts der Unwilligkeit regierender Parteien, selbst geringfügigen Ansätzen einer Erweiterung innerparteilicher Strukturveränderungen Raum zu gewähren²⁹, angesichts wachsender Bemühungen, den Rechtsstaat über die Demokratie zu erheben, angesichts der Unfähigkeit, soziale Probleme zu lösen, und angesichts sich verstärkender konservativer Parlamentarismuskritik wäre es bereits ein Gewinn, wenn wenigstens die Politiker oppositioneller Parteien im Interesse hehrer Ideale – Demokratie, Gerechtigkeit, Menschenrechte, Frieden, Freiheit, Solidarität, Patriotismus, Naturerhaltung usw. – bewußt mit der Erkenntnis dieses Tatbestandes umzugehen bereit wären.³⁰ Nur so dürfte es eine einigermaßen aussichtsreiche Suche nach organisationsmäßig richtig fundierten Auswegen aus dem heutigen Dilemma geben. Auch derjenige, dem der Weg in eine künftig bessere Gesellschaft ohne Parteien nicht vorstellbar erscheint, sollte zumindest nach Korrektiven³¹ suchen und anderweitigen demokratischen Formen politischer Willensbildung Raum in, neben und über den Parteien schaffen.

Insofern halte ich eine Auseinandersetzung mit dem, was als „Mythos von der Unentbehrlichkeit bestehender Parteien“ benannt werden kann, für äußerst sinnvoll. Das existierende Parteienwesen ist eine historische Erscheinung und schon insofern ständiger Veränderung unterworfen. Es entstand und entfaltete sich im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse. Bisherige Alternativen, soweit sie überhaupt als solche betrachtet werden können, vermochten leider nicht, darüber hinaus zu weisen.

²⁶ Im Grunde dient auch das Argument, die Weimarer Republik sei am „Mangel an Demokraten“ gescheitert, einer die Parteien entlastenden „Bürgerschelte“. Siehe Manfred Weißbecker: Weimar 1919 – eine gute Verfassung, aber zu wenig Demokraten? Zu einem Jahrestag, der Fragen aufwirft. In: *antifa*, H. 4/1999, S. 17 ff.

²⁷ Robert Michels: *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens* (1911). Neu hrsg. von Werner Conze, Stuttgart 1969.

²⁸ Joseph A. Schumpeter: *Capitalism, Socialism and Democracy*, New York 1942. Zit. nach Jürgen Dittberner: *Neuer Staat mit alten Parteien? Die deutschen Parteien nach der Wiedervereinigung*, Opladen und Wiesbaden 1997, S. 19.

²⁹ Siehe Stefan Schieren: *Parteiinterne Mitgliederbefragungen: Ausstieg aus der Professionalität?* In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, H. 2/1996, S. 214 ff. Der Verfasser behauptet u. a., direkte Demokratie innerhalb der Parteien verursahe mehr Probleme als sie löse und stelle damit sogar die von den Parteien erfolgreich getragene Demokratie der Bundesrepublik infrage. Kritisch äußerte sich dazu Bernd Becker: *Wozu denn überhaupt Parteimitglieder?* In: *Ebenda*, H. 4/1996, S. 712 ff.

³⁰ Siehe dazu auch Manfred Weißbecker: *Das gescheiterte Parteikonzept und der Weg „linker“ Parteien in das 21. Jahrhundert*. In: *Die russische Revolution 1917 und die Linke auf dem Marsch in das 21. Jahrhundert*, Leipzig 1998, S. 4 1-48.

³¹ Siehe Kunze, *Der totale Parteienstaat*, S. 206 ff.; siehe dazu auch Manfred Weißbecker: *Paul Levi – Biographische und andere Gedanken zu seinem Weg in und zwischen den Parteien der deutschen Arbeiterbewegung* (Schriften des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V.), Jena 1993, S. 21 f.

Neues ist zu suchen. In diesem Sinne wäre z. B. zu fragen, ob Deutschland – wo so viele Reformen notwendig sind und so viele „Reformen“ wie noch nie praktiziert werden – nicht auch ein neues Parteiengesetz braucht? Die 1994 erfolgte Novellierung des Parteiengesetzes aus dem Jahre 1967 ist unzureichend, weil sie den negativen Trends des Parteienwesens keinerlei Schranken wies.

Wie wäre es, in Volksbefragungen und Volksabstimmungen zu eruieren, was denn Parteien eigentlich sein bzw. tun und lassen sollen? Bislang entscheiden darüber Abgeordnete von Parteien, die in ihren Mitgliederlisten nicht einmal fünf Prozent der wahlberechtigten Bürger verzeichnen können. Noch prekärer wird dies mit dem Wissen um die Tatsache, daß von den Mitgliedern der Parteien in Deutschland kaum 10 bis 15 Prozent sich aktiv in den Parteien betätigen. Einer Demokratie, in der das Volk der Souverän sein soll, auch einer Parteiendemokratie stünde allein daher wirklich gut zu Gesicht, die „restlichen“ 95 Prozent der Wähler nicht nur alle vier Jahre einmal befragen zu wollen.

Gefordert sind neue Inhalte von Parteientätigkeit, neue Kontrollmöglichkeiten der Gesellschaft gegenüber den Parteien und vor allem eine neue Funktionsbestimmung für ein demokratieförderndes Wirken von Parteien in den Parlamenten. Die Praxis verstößt bekanntlich gegen so ziemlich alles, was an Demokratietheorien entwickelt worden ist. Parteien und Fraktionen haben den Parlamentarismus in eine Form gestutzt, die mit dem Grundsatz der Volksvertretung kaum noch etwas gemein hat. Alle geschichtlichen Erfahrungen sowie der nicht anders, denn als kritisch denkbare Blick auf die Parteien und das Parteienwesen in Deutschland besagen: Es scheint hohe Zeit zu sein, eine Reform des gegenwärtigen Parteienwesens einzufordern.³²

Das aber hat für mich auch zur Konsequenz, daß jene Partei, die sich als demokratische und sozialistische Alternative versteht, für sich selbst ebenfalls nach alternativen Existenz- und Wirkungsformen zu suchen hat und sich bewußt sein sollte, daß ein lediglich pragmatisches Verharren in vorgegebenen parteistrukturellen Bahnen wenig Aussicht auf dauernden Erfolg zu bieten vermag.³³

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Die Weimarer Verfassung von 1919. Anspruch, Ambivalenz, Erbe. Gedenkveranstaltung im Deutschen Nationaltheater in Weimar am 14. April 1999. Kolloquium in Weimar am 16. und 17. April 1999. Bundesstiftung Rosa Luxemburg. Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft. Protokolle 2/1999, S. 5-7, 156-172.

³² Siehe dazu auch Dittberner, S. 29.

³³ Ausdrücklich sei hier auf die Beiträge von Birgit Klaubert und Kurt Ludwig in diesem Band verwiesen, die ähnliche Forderungen an die PDS stellen und Fragen zu deren weiterer Entwicklung als einer „Partei von unten“ aufwerfen.

Der Überfall

Die letzten Tage

Es lohnt den Versuch, wie in einem Puzzle alle Teile des Geschehens zwischen dem 21. August und dem 31. August 1939, die letzten Tage vor dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen und der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, chronologisch zusammenzustellen. Auch die Rekonstruktion dessen, was damals in Berlin, London, Prag, Warschau, Moskau, New York und anderswo gedacht, getan oder unterlassen worden ist, bietet zahlreiche Aufschlüsse darüber, wie das zweite große Völkermorden unseres Jahrhunderts herbeigeführt werden konnte. Mit großem Fleiß sammelte der Publizist Manfred Vasold Material für sein detailreiches und lesenswertes Buch. Geschickt fügte er zusammen, was er in Quellenpublikationen, Darstellungen und Erinnerungen fand. Neues kam dabei kaum zutage, jedoch treten Stimmungslage und mentale Verhaltensweisen breiter Kreise der Bevölkerung deutlicher als in anderen Werken hervor. So erfährt der Leser nicht nur vom Gefühl der Ungewißheit vieler Deutscher, sondern beispielsweise auch vom Ärger darüber, daß auf der polnischen Westernplatte nicht für das am 25. August in den Hafen von Danzig einlaufende Linienschiff „Schleswig- Holstein“ geflaggt worden war ... Dennoch: In zahlreichen Aussagen bleibt es ein unbefriedigendes Buch. Völlig unkritisch wird alle Kriegstreiberei einzig Hitler zugeschrieben. Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag erfährt eine überzogene Darstellung, während in den Rückblicken auf Ereignisse vor dem 21. August die britisch-französisch-sowjetischen Militärverhandlungen nahezu völlig ausgeblendet wurden.

Manfred Vasold: August 1939 Die letzten Tage vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Kindler Verlag, München 1999 272 S., geb., 39,80 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 16. April 1999, S. 13.

Vielgeschundener Mythos

Für die Tatsache, daß in der deutschen Geschichte Gipfelpunkte und schlimmste Tiefen eng miteinander verquickt sind, kann Weimar sinnfällig als Beleg und Symbol gelten. Am Beispiel dieser thüringischen Stadt läßt sich vieles verdeutlichen: der beklagens- und bekämpfenswerte Zwiespalt zwischen Geist und Macht ebenso wie der zwischen Weltoffenheit und Provinzialismus, zwischen humanistischen Idealen und grausamster Barbarei, zwischen Größe und Schande. Peter Merseburger, studierter Germanist und streitbarer Publizist, stellt diese Gegensätzlichkeit in den Mittelpunkt seines Buches. In 14 Kapiteln behandelt er Weimar, Kulturhauptstadt 1999, als einen ambivalenten Schicksalsort, dessen Zwilling Buchenwald geworden sei. Hier ist weder Platz noch Gelegenheit, auf die zahlreichen lobenswerten Seiten des mit spitzer Feder und erfrischend despektierlich geschriebenen Werkes einzugehen. „antifa“-Leser werden vor allem nach der Sicht des Autors auf die jüngste Geschichte fragen. Hier jedoch bietet das Buch wenig Erfreuliches. Der Autor läßt kaum eines jener Klischees aus, die sich gegen den „verordneten“ Antifaschismus und die Geschichte der DDR richten. Völlig undifferenziert wird von den „Blutspuren“ zweier Diktaturen gesprochen, wider die Aktionen von Buchenwald-Häftlingen zu ihrer Befreiung argumentiert und werden marxistische Deutungen der deutschen Klassik ausschließlich als Bemühungen zu stalinistischer Instrumentalisierung dargestellt. Schade, Anliegen und Gehalt des Buches haben die letzten Kapitel so nicht verdient. Je mehr sich Merseburger in seiner Darstellung der jüngsten Geschichte nähert, desto befangener und einseitiger wird er: Während im Literaturverzeichnis Werke der Faschisten Sauckel, Dinter, Schirach, Ziegler u. a. angeführt sind, so daß der Leser Zitate und ihre Auffassungen überprüfen kann, fehlen grundsätzlich Belege zu jener vehementen Auseinandersetzung, die er mit Reden und Schriften von Grotewohl, Ulbricht, Abusch, Holtzhauer, Schulmeister u. a. betreibt. Hängt solches möglicherweise mit seiner auf Seite 405 zu findenden Klage zusammen, daß die Kommunisten immer noch zu wenig als „Täter“ gesehen würden, die im Bunde mit den Nationalsozialisten die Weimarer Republik vernichtet hätten und „nur deshalb... zu Hitlers ersten Opfern werden“ konnten? Das Buch wendet sich (mit Recht) gegen jedweden instrumentalisierenden Mißbrauch der deutschen Klassiker durch Politiker, die seit Goethes Tod in unerschöpfliche Zitatentruhen griffen, um jeweilige Ziele stützen und rechtfertigen zu können. Man darf jedoch gespannt sein, ob nach dem Ende des Kulturstadtjahres das Buch in einer um ein neues Kapitel erweiterten Auflage erscheinen wird ...

Peter Merseburger: Mythos Weimar. Zwischen Geist und Macht. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1998, 432 S., DM 48,00.

antifa, Mai 1999, S. 28.

Zwanzig kritische Essays

Der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler – bekannt geworden durch seine mehrbändige „Deutsche Gesellschaftsgeschichte“ und seine im Historikerstreit der 80er Jahre ausgesprochene Warnung vor einer „Entsorgung der deutschen Vergangenheit“ – faßt im vorliegenden Band 20 Beiträge aus seiner Feder zusammen.

Sie sind, von vier Ausnahmen abgesehen, seit 1993 verfaßt und vor allem in der Wochenzeitung „Die Zeit“ publiziert worden. In der Regel handelt es sich um ausführliche Rezensionen zu aktuellen Publikationen. Er schrieb sie zu Büchern z. B. von Daniel Goldhagen (dessen Thesen trotz aller Kritik ernstzunehmen seien) oder Eric Hobsbawm (den er als Kenner von Wirtschafts- und Kulturgeschichte lobt und zugleich wegen politikgeschichtlicher Erklärungslücken kritisiert). Dabei erweist sich Wehler als gedankenreicher und anregender Kritiker. Produktiv mischt er sich in die Auseinandersetzungen um jene langfristig wirksamen Entwicklungsprozesse ein, die in Deutschland zur faschistischen Diktatur führten. Der ihm eigene Stil ist scharfzüngig, aber überwiegend sachlich-argumentativ. Lediglich seine Ausfälle gegen den britischen „Edelmarxisten“ Geoff Eley sowie die mitunter arg klischeehaften Aussagen über die DDR-Geschichtsschreibung heben sich davon unangenehm ab.

Der Titel des Bandes verspricht mehr, als sein Inhalt zu bieten vermag. Die Gliederung in drei Teile läßt sich kaum inhaltlich begründen. Ebenso wenig überzeugt die Hineinnahme der (selbst in den Fußnoten nicht hinterfragten) Rückgriffe auf die Debatte um den deutschen „Sonderweg“ und geopolitische Trends vom Anfang der 80er Jahre.

Trotz der einleuchtenden Attacken gegen die neueren, vor allem von konservativen Historikern getragenen Bemühungen um eine „moderne Politikgeschichte“ wird die Rolle der Politik in den bzw. für die geschichtswissenschaftlichen Streitereien wenig erhellt. Wie bei vergleichbaren Buchbinder-synthesen mangelt es auch hier an einem Beitrag, der über das Bisherige hinauszugehen und weiterführende Positionen zu gewinnen versucht.

Anlaß dazu wäre genügend gegeben, hat doch gerade in jüngster Zeit das (Miß-)Verhältnis zwischen Politik und Geschichtswissenschaft im wiedervereinigten Deutschland so manch seltsame Blüte getrieben.

Vermißt werden auch jene Beiträge Wehlers, mit denen er 1997 in die Auseinandersetzungen um die Positionen der Historiker Werner Conze und Karl Dietrich Erdmann in der Zeit der faschistischen Diktatur zwischen 1933 und 1945 eingegriffen hat.

Hans-Ulrich Weber: Politik in der Geschichte. Essays (Beck'sche Reihe 1240). C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung 1998, 269 S.

antifa, Juni 1999, S. 29.

Vorwort

Das Erinnern an die vor 80 Jahren verabschiedete Weimarer Verfassung rührt an höchst Gegenwärtiges und steht daher wie von selbst in der Verpflichtung zur politischen Standortbestimmung. Die Geburtsurkunde deutscher Demokratie und Volkssouveränität trägt als ein von der deutschen Revolution 1918/19 erzwungenes System demokratischer Regularien den Stempel der großen Ideen bürgerlicher Revolutionen und der Aufklärung ebenso wie den der sozialistischen Ideale der Revolutionäre von 1918/19. „Wir sind auf dem Wege, der Welt noch einmal sozialistisch voranzuschreiten, indem wir dem Sozialismus dienen ...“, hatte Friedrich Ebert in seiner Rede zur Eröffnung der Nationalversammlung erklärt. In der Folge wurden sehr rasch nicht nur diese Ideale, sondern auch die grundlegenden Prinzipien von Gewaltenteilung und Volkssouveränität von der Verfassungswirklichkeit eingeschränkt und konterkariert. Behinderung, Aushöhlung und schließlich Preisgabe von Demokratie führten auf direktem Wege in die faschistische Diktatur.

Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit stehen auch heute im vielfachen Gegensatz, sie driften sogar immer weiter auseinander, was Millionen Menschen tagtäglich am eigenen Leibe verspüren können. Massenarbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, fremdenfeindliche Asyl-gesetzgebung, nahezu ungebremste Diktatur des Profitinteresses stehen in offenem Widerspruch zu den festgeschriebenen Verfassungsgrundsätzen von Menschenwürde, freier Entfaltung der Persönlichkeit, Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung und der sozialen Verpflichtung des Eigentums.

Die jüngste Verletzung des Grundgesetzes durch die Beteiligung Deutschlands an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg ist in ihrer Tragweite vollständig noch gar nicht überschaubar. Mit freier Selbstbestimmung der Deutschen, wie sie die Verfassungspräambel zitiert, hat sie angesichts der großen Ablehnung des Krieges in der deutschen Bevölkerung nichts gemein. Angesichts der realen Bedrohung von elementaren Menschenrechten und der Stigmatisierung von Verteidigern der Verfassung als Verfassungsgegner ist der Blick in die Geschichte der Erarbeitung, Verabschiedung und des Scheiterns der Weimarer Reichsverfassung hilfreich für den Kampf um die Bewahrung und den Ausbau politischer und gesellschaftlicher Demokratie.

Diesem Anspruch stellten sich an drei Apriltagen dieses Jahres die PDS-nahen Bildungsvereine der ostdeutschen Länder. Am 16. und 17. April wurde auf einem Kolloquium in Weimar der 80. Jahrestag der Weimarer Verfassung Auslöser einer überaus lebhaften Diskussion über „Volkssouveränität, Demokratie und Antifaschismus im Widerstreit der Interessen“. Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Gewerkschaft thematisierten den engen Zusammenhang von politischen und sozialen Grundrechten in Geschichte und Gegenwart.

Der Kampf gegen die zunehmende Gefährdung der Demokratie, Antimilitarismus, Antifaschismus und Antirassismus, das wurde in der Diskussion deutlich, sind untrennbar miteinander verbunden. Am 18. April gedachten die Bundesstiftung Rosa Luxemburg und das Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft der Weimarer Reichsverfassung am historischen Ort ihrer Verabschiedung, dem Deutschen Nationaltheater. Vor fast genau 80 Jahren, am 15. April 1919, hatten hier Reichspräsident Friedrich Ebert und der Präsident des Reichsministeriums Philipp Scheidemann in einem Appell das Ziel, das in der neuen Verfassung seinen Ausdruck finden sollte, beschworen. „Das neue Deutschland“, so hieß es, „soll aufgebaut werden im Wege energischer organischer Ausgestaltung zum sozialen Volksstaat.“

Wie immer man einzelne Bestandteile dieser Verfassung im historischen Rückblick beurteilen mag: Insgesamt handelt es sich um ein progressives Verfassungswerk, das getragen wurde von dem Bestreben, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit in den Fundamentalnormen des Rechtssystems zu verankern. Hierin findet das verfassungspolitische Wirken der demokratischen Linken nicht nur einen wichtigen historischen Bezugspunkt, sondern die Formulierung der Aufgabe selbst, die sich unter veränderten Bedingungen immer wieder neu stellt.

Als das Kolloquium und die Gedenkveranstaltung geplant wurden, befanden wir uns noch in einem anderen politischen Kontext. Die Beteiligung deutscher Streitkräfte an den Kriegshandlungen gegen

die Föderative Republik Jugoslawien stellt nicht nur eine außenpolitische und völkerrechtliche, sondern auch eine verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Zäsur dar. Es handelt sich um einen gravierenden Verfassungsbruch durch die Verfassungsorgane des Bundes. Und es ist ein alarmierendes Signal für den Zustand der Verfassungsordnung, wenn diese Tatsache von den Verfassungsorganen und dem Großteil der veröffentlichten Meinung offensichtlich als eine Art Kavaliersdelikt behandelt wird.

Neben den Reden des Hamburger Verfassungsrechtlers Norman Paech und des PDS-Bundesvorsitzenden Lothar Bisky machte ein künstlerisches Antikriegsprogramm, gestaltet von Reinhold Andert, Axel Wandke und Christoph Theusner, den Besuchern im überfüllten Nationaltheater deutlich, wie direkt das Erinnern an Geschichtliches in Heutiges greift.

Möge die Veröffentlichung der Redebeiträge beider Veranstaltungen in diesem Band, an dem bereits vor seinem Erscheinen ein breites öffentliches Interesse bekundet wurde, das Nachdenken über Demokratie und den Mut zu ihrer Verteidigung weiter befördern.

Berlin und Jena, im Juni 1999

Tarnkappe oder aber leere Worthülse?

Politische Bildung und die Forderung nach einer „Demokratisierung der Demokratie“

Wir leben in einer widerspruchsvollen, häufig genug erschütternden Zeit. In ihr ist es allerdings auch möglich, politische Bildungsarbeit vielgestaltig zu betreiben. Dies bietet dem Heranwachsen und dem aktiven Tätigsein mündiger Bürger große Chancen. Nach meiner Auffassung nutzt die Linke sie gegenwärtig zu wenig, und wenn, dann mitunter ineffektiv und zu oft sehr defensiv. Doppelte Ursachenkomplexe sind erkennbar – sie liegen sowohl in den undemokratischen Beschränkungen von „oben“ als auch in einem unzureichenden Verständnis für die politische Bildung von „unten“.

Es geht im Grunde um die „Demokratie“, als deren Bestandteil und Voraussetzung, Hilfsmittel und Ausdrucksform politische Bildungsarbeit zu begreifen ist. Jedoch: Kein Begriff wird so häufig gebraucht wie dieser, kaum ein anderer Begriff erlebt so unterschiedlichste Interpretationen. Die Zahl der Entstellungen ist Legion. Viele Beispiele ließen sich dafür anführen, daß er als Tarnkappe benutzt oder als wohlklingende und dennoch hohle Worthülse mißbraucht worden ist. Von politischer Ethik, demokratischem Verantwortungsbewußtsein, ja nicht einmal von gedanklicher Logik ist zu sprechen, wenn manche der regierenden Parteien für sich das Etikett demokratisch beanspruchen und andere als undemokratisch abzustempeln weder Mühe und Geld noch Verleumdung und Fälschung scheuen.

Geht es gegen die Partei der demokratischen Sozialisten, werden nahezu gebetsmühlenartig verbrauchte Schlagworte wiederholt, alte Klischees aus den übelsten Zeiten des Kalten Krieges erneut gebraucht, wird mit neuen stigmatisierenden Feindbildern tagespolitischer Gewinn erstrebt.

Soll man sich dem beugen, weil es nun einmal so sei? Dies kann kein Anliegen der Linken sein. Sich mit einem einigermaßen erträglichen Leben in den Nischen der bestehenden Gesellschaft abzufinden, entspricht weder dem Weltbild noch den Vorstellungen von einer verbesserungswürdigen Gegenwart und einer friedlich-humanen Zukunft.

Argumentieren wir beispielsweise ausreichend mit der Tatsache, daß in Deutschland keineswegs nur in der PDS, sondern daß in der gesamten deutschen Gesellschaft über Veränderungen der bestehenden Verhältnisse nachgedacht wird? Wer heute wirklich eine andere Republik will, geht doch auch deutlich aus den politischen Verlautbarungen der Herren Henkel und Suhl hervor. Doch den von ihnen repräsentierten Unternehmerverbänden hat die CDU noch niemals – ich wage den Vergleich zum Volkssport Nr. 1 – die gelbe Karte, geschweige denn eine rote gezeigt.

Wo könnte wohl die Aussage veröffentlicht worden sein, daß das deutsche Modell parlamentarisch-repräsentativer Demokratie „an Glanz verloren“ habe und „keine absolut ideale Staatsform“ darstelle? Nun, es stammt aus dem Heftchen „Parlamentarische Demokratie“, das von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen herausgegeben worden ist, einer Einrichtung, die bislang wohl kaum als ein Hort wirklich pluralistisch-demokratischer Bildungsarbeit bekannt geworden sein dürfte.

In der Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ („Aus Politik und Zeitgeschichte“, 10. Juli 1998) warnt Joachim Krause regelrecht davor, trotz des Triumphes der demokratischen Gesellschaften über die kommunistischen Modelle die tiefen Krisen der Demokratien übersehen zu wollen. Diese seien durch das Zusammentreffen alter und neuer Strukturprobleme charakterisiert und aufs engste mit der Krise des modernen Wohlfahrtsstaates verbunden. Als Strukturprobleme bezeichnet er den „Verlust des Politischen“ und eine „Politikblockierung“ durch die Parteien, die wachsende Verschuldung öffentlicher Haushalte, das erschreckende Absinken des Ansehens der sogenannten politischen Klasse, die abnehmende Kompetenzerwartung, welche die Bevölkerung den Regierenden entgegenbringe.

Ähnlich bringt es der von Krause zitierte Peter Glotz auf den Punkt: „Das Volk beginnt sich immer häufiger zu fragen, ob die Politiker eigentlich das Geld wert sind, das für sie ausgegeben wird.“

Krauses Schlußfolgerung lautet, es komme darauf an, „sich aus den Fesseln des traditionellen Verständnisses von demokratischen Verfassungen und Staatsgebilden zu lösen.“ Ich frage mich, welchen Aufschrei alter antisozialistischer Seelen es wohl geben würde, hätte dies ein PDS-Politiker von sich gegeben!

Ein weiteres Beispiel ist den Arbeiten des bekannten Soziologen und Gesellschaftstheoretikers Ulrich Beck zu entnehmen. Zum Thema „Das Demokratie-Dilemma im Zeitalter der Globalisierung“ publizierte er in der erwähnten Beilage zur Wochenzeitung „Aus Politik und Zeitschichte“. Für ihn stellt das Dilemma der Demokratie auch eines der Souveränität dar. Er überlegt, welche Formen wohl nachparlamentarische Demokratie haben könnte und forderte andernorts sehr, nachdrücklich, neue Demokratieformen jenseits des Nationalstaates zu erproben.

Interessant auch seine Warnung vor Bestrebungen, in der sich globalisierenden Gesellschaft auf die eine oder andere Weise „die Schleusen für demokratische Legitimationen jenseits von bzw. ohne Parlamente“ öffnen wollen. Er sieht die Grenzen von Demokratie und Nicht-Demokratie verschwimmen und befürchtet, es könne sich die Tendenz verstärken, „die Fahnen zukünftiger Demokratie nach dem Wind des höchst kritikwürdigen Status quo zu richten.“

Die Beispiele zeugen davon, wie kritisch über bestehende Organisationsformen der Demokratie und wie intensiv über Neues nachgedacht wird. Die Stabilität einer Demokratie, so heißt es in einem Artikel von Renate Köcher („Das Parlament“, 16. April 1999) entscheide sich „gerade in schwierigen Phasen und bei der Organisation von ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen.“ Aus den Ergebnissen einer demoskopischen Befragung leitet sie die Warnung ab: „Die Systemdebatte ist durch den Zusammenbruch der sozialistischen Planwirtschaft nicht obsolet geworden, sondern ist ungebrochen aktuell.“

Solcher Verweis auf eine krisenfeste Demokratie ist in Wahrheit wohl eher eine Orientierung auf eine reduzierte Form von Demokratie und zugleich von politischer Bildung. Dazu paßt, daß gleichzeitig jede Idee, jeder Vorschlag, jegliche Forderung zur Veränderung bestehender Verhältnisse, wenn sie von Linken aus dem Umfeld der PDS kommt, eine negative Behandlung durch CDU/CSU- und FDP-Politiker erfährt. Dahinter soll offensichtlich verschwinden, was diese Parteien selbst betreiben und wie ihre Politik in der Regel einer Entdemokratisierung der Verhältnisse dient.

Linke politische Bildung hat den Bürgern wieder und wieder zu erläutern, worin wirkliche Probleme der Demokratie bestehen und wohin die Konsequenzen der verschiedenen Reformvorschläge führen würden. Jede Erfahrung besagt, wie wichtig es ist, statt gewohnte Theoreme einfach zu wiederholen, richtige und an der Realität orientierte Fragen zu stellen.

Was verstehen wir unter einer Partizipation möglichst vieler Bürger an der Politik? Über den Wahltag hinaus, auf den sich die verfassungsmäßig fixierte, in der Praxis jedoch weitgehend zurückgedrängte Souveränität des Volkes nicht länger beschränken darf.

Wie stellen“ wir uns eine kritische Öffentlichkeit vor, wie das Zusammenwirken von parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktivität?

Wie ist jener wachsenden parteipolitischen Steuerung der Massenmedien zu begegnen, die den Meinungspluralismus auszuhöhlen suchen?

Wie sollen sich die Parteien von parteipolitischem Egoismus lösen und wirkliche Interessen der Gesellschaft gegenüber dem Staat wahrnehmen?

Linke politische Bildung hat zugleich deutlich zu machen, daß es für Rechtsextremismus und Rassenhaß keine Zugeständnisse unter dem Mäntelchen wärmender Demokratie geben darf. „Demokratie“ heißt auch, ausreden zu dürfen“ – so betitelte am 20. Januar dieses Jahres die „Thüringische Landeszeitung“ ihren knappen Bericht über eine Veranstaltung in der Jenaer Grete-Unrein-Schule, in der ein „Beitrag zur Entspannung der Situation“ geleistet werden sollte, indem eben auch Neonazis zu Wort kommen durften.

Es ist dies ein Problem, das mit den Kategorien der Totalitarismuskategorie nicht gelöst werden kann. Dennoch setzen deren Verfechter – sie dürfen das sozusagen regierungsoffiziell verbreiten – rechts- und linksextremistisch gleich und leiten davon ihre Demokratie-Auffassungen ab. Es sollte aber Schluß sein mit Demokratie-„Theorien“, die lediglich auf klischeehaften Negativfolien beruhen, mit deren Hilfe jene zum Schweigen gebracht werden sollen, die mehr Demokratie und eine Demokratisierung der bestehenden Verhältnisse fordern.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 12./13. Juni 1999, S. 14.

Die Saat für den nächsten Krieg

Vor 80 Jahren: Der Frieden von Versailles

Machtlüsterne deutsche Monarchisten und Militärs zogen 1914 in den Ersten Weltkrieg mit der Vorstellung, sie könnten den geschlagenen Feinden einen „Siegfrieden“ aufzwingen. Doch der Krieg verlief nicht wie von ihnen geplant. Im Herbst 1918 mußte Reichskanzler Prinz Max von Baden um Waffenstillstand bitten. Der Obersten Heeresleitung um Hindenburg und Ludendorff galt die Lage als aussichtslos, obgleich zu diesem Zeitpunkt noch kein Soldat der Entente auf deutschem Boden stand; ein Realitätssinn immerhin, den es bekanntlich 27 Jahre später nicht mehr gab ...

Seit dem 18. Januar 1919 führten die Siegermächte (27 alliierte und assoziierte Staaten) eine Friedenskonferenz im Pariser Vorort Versailles durch. Termin und Ort besaßen symbolische Bedeutung. Es handelte sich um den Tag, an dem gewöhnlich in Deutschland des Kaisers Geburtstag mit Pomp und Brimborium gefeiert worden war. Und um den Ort, den die Sieger des Krieges von 1870/71 ausgewählt hatten, um das Zweite Deutsche Reich aus der Taufe zu heben.

Während sich die Weimarer Republik konstituierte, handelten die Siegermächte untereinander einen Vertrag aus, den der Verlierer zu akzeptieren hatte. Am 7. Mai 1919 wurde erstmals eine deutsche Delegation unter Leitung des Außenministers Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau zugelassen. In belanglosen Fragen hatte ihr Einspruch Erfolg, mehr nicht. In Deutschland erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Niemand wollte mehr daran denken, wie über einen deutsch-diktierten Frieden gejubelt worden wäre.

Die Nationalversammlung tagte am 11. Mai in der Berliner Universität – für das Thema ein passenderer Ort als das provinzielle Weimar, wohin man im Februar aus Furcht vor der Revolution gezogen war. Der sozialdemokratische Reichspräsident Philipp Scheidemann hielt eine flammende Rede: Die Hand dessen werde verdorren, der den Versailler Vertrag zu unterzeichnen wage. Doch Stimmung und Realität fielen weit auseinander. Trotz aller Empörung – der Friedensvertrag konnte nicht abgelehnt werden. Scheidemann demissionierte am 20. Juni. Die Nationalversammlung ermächtigte mit 237 gegen 136 Stimmen die neue Regierung unter dem Sozialdemokraten Gustav Bauer zur Unterzeichnung des Friedensvertrages, die dann vor 80 Jahren, am 28. Juni 1919, im Schloß von Versailles erfolgte. Am 9. Juli 1919 ratifizierte die Nationalversammlung den Vertrag mit 208 gegen 115 Stimmen, am 10. Januar 1920 trat er in Kraft.

Nun hatten also die Deutschen einen „Sieg“-Frieden. Zu seinen 15 Teilen und 440 Artikeln gehörte auch die Satzung des neuen Völkerbundes, der in Konfliktfällen schlichten und so den Weltfrieden erhalten sollte. Wie wenig er in der Lage war, für Abrüstung zu sorgen und Kriege zu verhindern, zeigte sich bald.

Das Deutsche Reich unterlag einer Vielzahl folgenreicher territorialer, militärischer, wirtschaftlicher, juristischer und politischer Bestimmungen. Zugleich enthielt der Versailler Vertrag eine Reihe von Sanktionsdrohungen für den Fall seiner Nichterfüllung. Die politisch-moralische Rechtfertigung aller Festlegungen und Wiedergutmachungsforderungen beruhte auf dem Artikel 231, der die alleinige Schuld der Mittelmächte am Kriege konstatierte. Die Bedingungen waren zweifellos hart, jedoch nicht existenzbedrohend für Deutschland.

Die territorialen Festlegungen betrafen fast alle deutschen Grenzgebiete, Elsaß-Lothringen kehrte zu Frankreich zurück, das Saargebiet wurde für 15 Jahre der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt und wirtschaftlich mit Frankreich verbunden, wobei 1935 in einer Volksbefragung endgültig über die Zugehörigkeit zu Deutschland oder Frankreich entschieden werden sollte. Belgien erhielt die Kreise Eupen und Malmedy sowie das Gebiet von Moresnet zugesprochen. Für Schleswig waren Plebiszite vorgesehen, die am 10. Februar und 14. März 1920 stattfanden und zum Anschluß von Nordschleswig an Dänemark führten. Der neugegründete polnische Staat bekam den größten Teil der Provinzen Posen und Westpreußen sowie kleinere Gebiete von Pommern, Ostpreußen und Oberschlesien zugesprochen; für strittige Gebiete war eine Volksbefragung vorgesehen, die 1920 im südlichen Ostpreußen und am 20. März 1921 in Oberschlesien stattfand. Um Polen einen Zu-

gang zum Meer zu ermöglichen, wurde der sogenannte polnische Korridor geschaffen, der Ostpreußen vom übrigen Deutschland abtrennte. Die Stadt Danzig erhielt den Status einer unter der Hoheit des Völkerbundes stehenden „Freien Stadt“. Das deutsche Kolonialreich wurde unter den Siegermächten in Gestalt von Völkerbundsmandaten aufgeteilt. Zwischen dem Deutschen Reich und Österreich sollte es keine staatliche Vereinigung geben. Insgesamt verlor Deutschland rund 73 000 Quadratkilometer, rund 13,5 Prozent seines Territoriums von 1914 sowie etwa 6,5 Millionen Einwohner.

Die umfangreichen militärischen Bestimmungen des Vertrages zielten auf eine möglichst nachhaltige Schwächung des geschlagenen Rivalen. Mit Rücksicht auf die innenpolitischen Gefährdungen wurde – bei Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht – ein 100.000-Mann-Heer mit 4000 Offizieren sowie eine Marine mit 10.000 Mann gestattet. Die linksrheinischen Gebiete besetzten alliierte Truppen; die Räumung sollte in drei Etappen nach fünf, zehn und 15 Jahren erfolgen und von der Erfüllung der Vertragsverpflichtungen abhängig sein. Östlich des Rheins wurde eine 50 Kilometer breite entmilitarisierte Zone geschaffen. Bezeichnenderweise mußten allerdings nur die Festungen im Westen abgerüstet werden, die im Osten und Südosten Deutschlands blieben dagegen erhalten. Die Alliierten verlangten die Auslieferung deutschen Kriegsmaterials und das Recht zur Kontrolle der Abrüstung und der Rüstungsproduktion in Deutschland. Der Generalstab und eine Reihe militärischer Schulen sollten aufgelöst werden.

In wirtschaftlicher Hinsicht sollte Deutschland die Schäden wiedergutmachen, die es seinen Gegnern zugefügt hatte. Als „Anzahlung“ galt 1919 die Auslieferung fast der gesamten Handelsflotte, eines großen Teiles des rollenden Eisenbahnmaterials und einer bedeutenden Menge an Kohle, Farbstoffen und chemisch- pharmazeutischen Erzeugnissen. Die Höhe der Reparationszahlungen blieb späteren Berechnungen vorbehalten. Im Januar 1921 wurde eine Höchstsumme von 226 Milliarden Mark genannt, der Dawes- und der Young-Plan legten 1924 bzw. 1929 wesentlich niedrigere Summen fest. Die letzten Reparationen zahlte Deutschland im Jahre 1931, obgleich sie bis 1988 vorgesehen waren.

Ohne Zweifel lag im Versailler Vertrag eine der Ursachen für die spätere Beseitigung der Weimarer Republik durch den Faschismus und für den Zweiten Weltkrieg. Doch dieses Ergebnis war keineswegs zwangsläufig und unabwendbar. Ausschlaggebend ist das Sinnen und Trachten jener deutschen Unternehmer, Militärs und Politiker gewesen, für die es nur ein Ziel gab: völlige Revision des Versailler Friedensvertrages, selbst wenn dies die Gefahr eines neuen Weltkrieges heraufbeschwört.

Es fiel den Apologeten solcher Ziele relativ leicht, beträchtliche Teile des deutschen Volkes mit ihren nationalistischen und friedensdemagogischen Parolen gegen den Vertrag von Versailles aufzuputschen und die Weimarer Republik mit dem Odium einer angeblich unnötigen Vertragsunterzeichnung zu belasten. Allein im 1921 gegründeten „Arbeitsausschuß deutscher Verbände“ fanden nahezu 2000 Vereinigungen, Bünde, Gesellschaften und Parteien ein Dach. Eine seiner Arbeitsrichtlinien trug den Titel „Erweiterung der deutschen Volksbewegung für die Revision von Versailles zur Weltbewegung“. Für Hitler, die NSDAP und ihre Förderer ging es keineswegs nur um eine Wiederherstellung der Grenzen von 1914. Ein großes Reich „aller“ Deutschen zu schaffen, so lautete der erste Punkt des Parteiprogramms. Der Kampf gegen Versailles diente lediglich als Vehikel umfassenderer Pläne ...

Nach deren Scheitern stand die Welt 1945 erneut vor der Frage, wie denn ein Frieden auszusehen habe. Manche Fehler von 1919 wurden nicht wiederholt, manches wurde besser gemacht, auch wenn es zu keinem Friedensvertrag mit Deutschland kam. In dem Maße, wie aus den Verbündeten der Antihitlerkoalition Feinde wurden, suchten sie ihre Bündnispartner auch unter früheren Gegnern.

Und heute? Das Ende des Kalten Krieges, in Vertragswerken fixiert, hat zu keinem Frieden geführt. Der „Sieg“-Frieden von 1919 stand am Beginn einer Zwischenkriegszeit. Werden wir eines Tages die Zeit von 1945 bis 1989 möglicherweise wieder so bezeichnen müssen?

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 26./27. Juni 1999, S. 13.

Ein besonderes Nachschlagewerk

Groß ist die Zahl der Lexika und Enzyklopädien, die demjenigen unentbehrlich sind, der sich mit der Geschichte des deutschen Faschismus befaßt. Neues ist kaum denkbar, und dennoch liegt nun ein umfangreicher Band vor, der eine Lücke schließen hilft und gewiß auf großes Interesse stoßen wird. In ihm finden sich etwas mehr als 500 leserfreundlich, d. h. einheitlich und übersichtlich gestaltete Stichworte. Die Autorin stützt sich auf relevante Quellen, darunter auf Wörterbücher und lexikalische Publikationen jener Zeit, ferner auf die SD-„Meldungen aus dem Reich“, die „Anweisungen der Pressekonferenz der Reichsregierung“, die Unterlagen des Nürnberger Prozesses u. a. m.. Entwicklungsprozesse werden anhand von Neuausgaben verfolgt, leider zu wenig am Beispiel des sogenannten Volks-Brockhaus, der als „Deutsches Sach- und Sprachwörterbuch für Schule und Haus“ zwischen 1931 und 1940 in neun Auflagen erschien. Sicher bereitete die Auswahl größte Schwierigkeiten. Die Autorin hat diese gut, wenngleich in unterschiedlichem Maße bewältigt. Von besonderem Interesse sind wohl jene Begriffe, die auf der Grundlage bevorzugter Wortstämme – Arier, Art, Blut, deutsch, Gemeinschaft, Jude, Volk, Sippe – gebildet worden sind. Allein deren Vielzahl ist aufschlußreich. Zu fragen bleibt, ob nicht der Sprachgebrauch der NSDAP vor 1933 hätte stärker berücksichtigt werden müssen, da hier die gesuchte Spezifik noch besser aufzuspüren gewesen wäre. Daß rein militärische Wortschöpfungen („Absetzbewegung“) Aufnahme fanden, ist kaum nachzuvollziehen. Nicht immer wird zwischen dem (wohl in allen Zeiten!) grauenvoll bürokratisch verklausulierten Behörden-Deutsch und dem spezifisch nationalsozialistischen Sprachgebrauch unterschieden. Ähnliches ließe sich für Journalisten sagen. Waren „Leistung“, „marschieren“, „gigantisch“ u. a. „rassisch definierte“ Modewörter? Sprachwissenschaftler werden sicher ebenso bemängeln, daß kaum zwischen Wörtern getrennt wird, die Realien widerspiegeln („Adolf-Hitler-Schulen“) oder konzeptiven Charakter („Weltjudentum“) trugen. Offen bleibt auch, was wirklich in die Alltagssprache gehörte oder wie sich nationalsozialistisches Vokabular in der sogenannten gehobenen Publizistik und Literatur ausnahm.

Dennoch: Das Nachschlagewerk erweist sich in vieler Hinsicht als wahre Fundgrube und verdient Anerkennung.

Cornelia Schmitz-Berning: Vokabular des Nationalsozialismus. Verlag Walter de Gruyter, Berlin, 1998, 710 antifa, Juli 1999, S. 27.

„Da sind Tränen nicht genug ...“

Hitler und Weimar – Der Fall einer Kulturstadt

Das Spektakel „Weimar 1999“ ist noch längst nicht vorüber, doch droht bereits die Fülle der Publikationen über die europäische Kulturstadt, ihre Geschichte und den häufig einseitig beschworenen „Mythos“ zu ermüden. Da tut es gut, ein herzerfrischend mutiges Buch lesen zu können, das den kritischen Blick in die Geschichte bürgerlicher Parteien und Eliten nicht scheut und deren Verantwortung für Heraufkommen und Erfolg des deutschen Faschismus benennt, ohne modisch gewordener Relativierung und Verständnis heischender Bagatellisierung zu frönen.

Sein Autor, bislang als ARD-Korrespondent in Köln, Madrid, Berlin und Bonn tätig, erteilt jeder Schlußstrich-Mentalität gegenüber dem schrecklichen Erbe des „Nationalsozialismus“ eine klare Absage. Diese Hinterlassenschaft könne man nicht nach Belieben abschütteln und ausblenden. Die „Wahrheit hinter dem Hakenkreuz“ will er suchen, sich nicht „mit Tränen“ begnügen. Denn: „Da sind Tränen nicht genug, mein Junge“, sagte ihm dereinst ein Häftling mit rotem Winkel.

Zunächst sah sich Volker Mauersberger veranlaßt, die Geschichte seiner Familie aufzuarbeiten. Als SS-Scharführer hatte sein Vater zu den Bewachern und Aufsehern des KZ Buchenwald gehört. Den 1939 auf dem Ettersberg Geborenen trieb die Frage, wie der aus gutbürgerlichem Hause stammende Vater zu einem der „Täter“ hatte werden können. Er weiß: Schuld, Verstrickung, Verbrechen, Abscheu, Gedankenlosigkeit, Wissen und Nichtwissen tauchen zwar im persönlichen Schicksal auf, doch ihre Wurzeln liegen in der Gesellschaft.

Am Beispiel der Stadt Weimar und des faschismusfördernden Verhaltens ihrer geistigen Elite stellt er den Fall Deutschlands in die Barbarei dar. Schonungslos schildert Mauersberger, in welchem Ausmaß und wie sich Weimarer Bildungsbürgertum als Steigbügelhalter der NSDAP betätigt hat. Antidemokratismus und Antiparlamentarismus, Antimarxismus und Nationalismus öffneten Herz und Tür dem schändlichen Rassismus der NSDAP, von dem dann, nach 1945, so mancher weder etwas gewußt noch geahnt haben wollte. Nachzulesen ist, wie man sich in Weimar als Hort des Humanismus verstand und dennoch dessen Zerschlagung beförderte, wie ausgerechnet aus der Hochkultur dieser Stadt zahlreiche geistige Wegbereiter der braunen Diktatur hervorgehen konnten: „Jene tonangebende Schicht von Adel und Großbürgertum, von Museumsdirektoren und Goethe-Philologen, von Beamten, Studienräten und Lehrern, Fabrikdirektoren, Offizieren und Händlern war es, die der Nazi-Partei jenen Rückenwind gab, mit dem sie schon 1924 zu einem bestimmenden Faktor in der Landespolitik und schließlich im Jahre 1931 zum Koalitionspartner einer bürgerlichen Regierung in Thüringen werden sollte.“ (S. 27 f.)

Dem Verfasser gilt bereits das Jahr 1924 als ein „Wendejahr“ für die thüringische Landeshauptstadt. Bekannte und unbekannte Tatsachen teilt er dazu mit: erste Wahlergebnisse völkisch-nationalsozialistischer Parteien (die allerdings in keiner Weise rechtfertigten, den noch relativ kleinen Trupp thüringischer Nazis zum Zünglein an der parlamentarischen Waage werden zu lassen), die Vertreibung des Bauhauses, der Jubelempfang für Ludendorff, die duldende Hinnahme schamloser antisemitischer Ergüsse des NSDAP-Gauleiters Arthur Dinter ... In den Aktionen gegen Loeb – Jude und Mitglied der Sozialdemokratischen Partei – sei ein Sündenbock gefunden und gespenstisch der Schatten von Buchenwald vorweggenommen worden, so Mauersberger.

Wen wundert es, daß in Weimar auch die ersten großen Auftritte Hitlers außerhalb Bayerns ermöglicht worden sind? Nach seiner vorzeitigen Entlassung aus der Festung Landsberg war er in anderen Ländern noch mit Redeverböten belegt, doch die Mächtigen Thüringens kungelten mit ihm, betrieben wohlfeile Unterstützung um eigener Vorteile willen. Alle wußten, wes Geistes Kind der Mann war. Sie kannten sein Programm, seinen fanatischen Rassismus und Chauvinismus, seine Bereitschaft zum Einsatz selbst schlimmster terroristischer Mittel. Selbstverständlich konnten sie auch ahnen, was mit den Juden passieren würde, sollten die Nazis an die Macht kommen. Alle hatte beispielsweise Kenntnis von den 1925/26 gestellten Anträgen der Landtagsfraktion der NSDAP, jüdischen Menschen die Ausübung des Arzt- oder des Lehrerberufes zu verweigern, die Jenaer Univer-

sitäten für „ausländische Juden zu sperren“, den Kindern jüdischer Eltern den Besuch öffentlicher Schulen zu verwehren, alle seit 1914 „eingewanderten Ostjuden“ unter Beschlagnahme ihres Vermögens auszuweisen etc.

Mauersberger kennt diese Dokumente nicht, auch wurde manches Detail nicht ausgelotet, vor allem in den Aussagen über Dinter und Sauckel. Dennoch: Sein Buch handelt überzeugend von der Mitschuld deutscher Intellektueller am rasanten Sturz in die Barbarei. Es mahnt, nicht zu vergessen, nicht zu verdrängen.

Volker Mauersberger: Hitler in Weimar. Der Fall einer deutschen Kulturstadt. Rowohlt Berlin 1999. 346 S., geb., 39,80 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 16. Juli 1999, S. 13.

Lebendig unterm Schutt begraben ...

Rasch liest sich, was der bekannte Publizist und frühere Präsident des bundesdeutschen PEN-Zentrums jüngst zu Papier gebracht hat. Es schnell beiseite zu legen, will dagegen nicht gelingen und kann auch keinem geraten werden. Teil erschreckende, teils Zustimmung heischende Gedanken verlangen gründliches Bedenken, bevor Urteil und Orientierung gewonnen werden. Natürlich steht kein neuer 30. Januar 1933 bevor und kein Hitler ante portas, doch Sorglosigkeit und blindes Zukunftsvertrauen erscheinen dem Autor völlig unangebracht. Es wäre naiv anzunehmen, so argumentiert er, die Hitlersche Reduzierung von Geschichte auf Naturgeschichte ließe sich – von ihrem krassen Dilettantismus gereinigt und mit etwas wissenschaftlichem Glanz versehen – in den nächsten Jahrzehnten nicht wieder aktualisieren. Auschwitz gilt ihm daher als eine „noch reichlich primitive Vorwegnahme einer möglichen Option“ des anbrechenden neuen Jahrhunderts.

Vor allem in Hitlers Vorstellung, die Natur sei eine „grausame Königin“ und daher müsse unerbittlich um „Lebensraum“ gekämpft werden, wenn es nicht genug für alle gäbe, erblickt der Verfasser Parallelen zur heutigen Situation der Menschheit. Erneut könne dem Diktat „globaler Sachzwänge“ jener Geist des barbarischen Sozialdarwinismus und der Eugenik folgen, den Hitler in „Mein Kampf“ beschworen habe. Angesichts der Verwerfungen der Gegenwart und existentieller Orientierungslosigkeit können – so Amerys Warnung – Hitlers brutale Modernisierung, ideologische Regression und antihumane Barbarei sich als zukunftsträchtig erweisen, vorausgesetzt, die Möglichkeiten, der Krise „durch ein tiefgreifendes, aber humanistisches Programm beizukommen“, werden als unrealistisch verworfen.

Man muß nicht mit allen Detailaussagen übereinstimmen, jedoch darf die eindringliche Warnung des Autors nicht überhört werden. Seine Forderung, den bedrohlichen neuen Entwicklungen „jenseits des üblichen Faschismus“ konsequenten Widerstand auf der Grundlage „eines gänzlich neuen Kulturentwurfs“ entgegenzusetzen, hilft zugleich, den Blick auf gewichtige Inhalte des Antifaschismus in unserer Zeit zu öffnen.

Carl Amery: Hitler als Vorläufer, Auschwitz – der Beginn des 21. Jahrhunderts. Luchterhand Verlag, München 1998.
antifa, August 1999, S. 27.

Grundrechte – nur eine salatähnliche Komposition?

Vor 80 Jahren: Annahme der Weimarer Verfassung

Es dürfte niemanden verwundern, wenn es den etablierten Parteien in Deutschland gegenwärtig wenig schicklich zu sein scheint, an die unmittelbare Vorgeschichte und an die Entstehung der Weimarer Verfassung zu erinnern. Zu offensichtlich wirkte noch der heiße Atem der Revolution, als es um die Ausarbeitung des Entwurfs dieser Verfassung ging und über ihn als Drucksache Nr. 59 zwischen dem 28. Februar und 18. Juni 1919 in 42 Sitzungen des 8. Ausschusses der Nationalversammlung debattiert wurde. Dem Geist der Revolution war vor allem die Fixierung der politischen, aber auch einer Reihe sozialer Grundrechte des Volkes zu verdanken.

In den „Grundrechten und Grundpflichten der Deutschen“ der vor 80 Jahren, am 11. August 1919, angenommenen Verfassung der ersten deutschen Republik war vieles von dem verankert, was in den ersten Revolutionstagen hatte erkämpft werden können, einschließlich des Wahlrechtes für Frauen. Fixiert war nunmehr vor allem die grundsätzliche Gleichheit aller vor dem Gesetz. Dazu gehörten insbesondere das Recht auf die Freiheit der Person (Art. 114), das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 115), das Postgeheimnis (Art. 117), das Recht auf freie Meinungsäußerung (Art. 118) und auf Versammlungsfreiheit (Art. 123) sowie das Recht aller, sich zu einem „politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck“ frei in Vereinen und Gesellschaften zusammenzuschließen (Art. 124). Auch die „Vereinigungsfreiheit zur Wahrung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ sollte für jedermann und für alle Berufe gewährleistet sein (Art. 159).

Die Unterstützung von Arbeitslosen, ein umfassendes Versicherungswesen sowie ein einheitliches Arbeitsrecht (Art. 163, 161, 157) galten als erstrebenswerte Ziele. Die „Ordnung des Wirtschaftslebens“ habe dem Ziele der „Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle“ zu dienen. (Art. 151) Selbst der Rätegedanke war in die Verfassung aufgenommen worden. Im wortreichen Artikel 165 wurde den Arbeitern und Angestellten zugestanden, „gleichberechtigt und in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.“

Das Prinzip der Volkssouveränität

Erstmalig enthielt die Weimarer Verfassung den präjudizierenden Satz: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ In der Verfassung von 1871 war das Volk nicht einmal einer Erwähnung für würdig befunden worden. Am zitierten ersten Satz der Weimarer Verfassung lässt sich jedoch auch bereits erkennen, wie die Abgeordneten der Nationalversammlung mit dem von Hugo Preuß am 3. Januar 1919 vorgelegten und in der Sitzung des Rates der Volksbeauftragten vom 14. Januar 1919 mit Veränderungen bestätigten „Entwurf einer künftigen Reichsverfassung“ umgegangen sind. Im ursprünglichen Text hatte der erwähnte erste Satz anders gelautet: „Alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volke.“ Diese weiter reichende und radikalere, dem Prinzip der Volkssouveränität stärker entsprechende Formulierung konnte nicht durchgesetzt werden.

Aber selbst gegen die abgeschwächte Variante, die dann auch 1948/49 in das Grundgesetz der BRD aufgenommen werden sollte, meldeten insbesondere die Vertreter der großbürgerlich-katholischen Zentrumspartei und Vorläufer der heutigen „C“-Parteien noch Bedenken und Vorbehalte an. Sogar einige Abgeordnete der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), der Preuß angehörte, verweigerten diesem Satz die Zustimmung.

Es lohnt auch in anderer Hinsicht, den Entwurf mit dem verabschiedeten Text zu vergleichen. So sollte ursprünglich, wenn auch in kürzerer Fassung, der zweite Teil der Verfassung, also der Grundrechts-Katalog, an ihren Anfang. Doch die Regeln der Machtausübung wurden für wichtiger gehalten – ein Fehler, den die Schöpfer des Grundgesetzes vor 50 Jahren korrigierten.

Ferner sei an das dem Verlauf der revolutionären Kämpfe von 1918/19 angepaßte Auf und Ab in der Bereitschaft der Nationalversammlung zu erinnern, sozialstaatliche Kriterien in der Verfassung zu verankern oder gar ein Sozialisierungsgesetz zu verabschieden. Mit Nachdruck erklärte Reichs-

wirtschaftsminister Rudolf Wissell (SPD) Anfang März 1919, als Generalstreiks und bewaffnete Zusammenstöße aufgeflammt waren, es gehe nicht allein darum, die „aufgehetzten Massen“ zu beschwichtigen. Man könne „die äußere Ordnung schon wieder herstellen“, wenn man militärische Mittel einsetze. Seine Furcht galt jedoch jenem Teil der aufbegehrenden Arbeiterschaft, welcher zwar Gewaltmaßnahmen verabscheue, nun aber „unsicher geworden“ sei. Daher, so seine Schlussfolgerung, gelte es, „den Arbeitern, die ruhig bleiben und zur Regierung halten wollten, ein Panier aufzurichten, sonst könne alles verloren sein.“

Von größtem Gewicht war die Streichung des Artikel 107 aus dem Entwurf. Dieser hatte vorgesehen, dass die Grundrechte und Grundpflichten „Richtschnur und Schranke für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reich und in den Ländern“ bilden. Mit einer solchen Festlegung wäre den demokratischen Rechten des Volkes eine unmittelbar verpflichtende und gesetzliche Kraft zugesprochen worden. Sie hätte von normativer Kraft für die Ausarbeitung von Gesetzen, für die Tätigkeit von Parlamenten, Regierungen, Reichspräsidenten und allen Verwaltungen (in denen ja immer noch die des Kaiserreiches saßen!) sein können. Mit ihm wäre eine direkte gerichtliche Überprüfbarkeit des Grundrechtsteils der Verfassung festgeschrieben worden. Doch dagegen liefen die bürgerlichen Parteien Sturm. Sie unternahmen alles, um es möglichst bei nicht einklagbaren Absichtserklärungen zu lassen.

Die damalige Auseinandersetzung um „107“ galt im Kern der Frage, ob Grundrechte in eine Verfassung aufgenommen werden sollten oder nicht. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei (DVP) sprach sich scharf und ganz generell gegen Grundrechte als Verfassungsgegenstand aus. Aus der DDP tönte der Vorwurf, dieser Teil der Verfassung sei ganz und gar ein „interfraktionelles Parteiprogramm“, dem praktisch wahllos von jeder Seite deren spezielle Programmsätze beigefügt worden wären. Ein sozialdemokratischer Redner hieb in die gleiche Kerbe und bezeichnete den Grundrechtsteil des Entwurfes als „salatähnliche Komposition“.

Lediglich Oskar Cohn, der die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) im Verfassungsausschuss vertrat, wies auf die Notwendigkeit hin, der Verfassung zu einer „Wahrhaftigkeit“ zu verhelfen, die in dem Sinne zu verstehen sei, dass Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit „miteinander in Einklang“ zu stehen hätten. Preuß rückte ebenfalls vom Artikel 107 ab, möglicherweise geleitet von dem auch von Abgeordneten der Zentrumsparlei vertretenen Gedanken, damit den Grundrechtsteil für die zu verabschiedende Verfassung überhaupt erhalten zu können.

Auch die SPD gab 1919 zugunsten der Regierungskoalition mit DDP und Zentrumsparlei leider den Entwurfsartikel 107 preis. Daran erinnert heute allerdings kaum ein sozialdemokratischer Historiker mehr, obgleich darauf verwiesen werden könnte, daß sich davon im Artikel 20 des Grundgesetzes ein Teil wieder findet, heißt es doch hier: „Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.“ Die Historikerin Susanne Miller beklagte jüngst einzig und allein, dass die Sozialdemokratie damals die Abschaffung der Todesstrafe nicht habe durchsetzen können. Gerade Artikel 107 jedoch wäre ein geeigneter Gegenstand für heutige Verfassungsdebatten.

Der SPD-Politiker Eduard David pries im Amte des Reichsinnenministers am 31. Juli 1919 den Weimarer Staat als „die demokratischste Demokratie der Welt“. Je gesicherter die Verhältnisse im Laufe der Zeit den ökonomisch und politisch Mächtigen erschienen, desto mehr attackierten und verletzten sie die Verfassungsgrundsätze. Dass manche Artikel der Verfassung auch dazu genutzt werden konnten, die in ihr enthaltene demokratische Substanz zu bekämpfen und schließlich zu vernichten, reflektiert deutlicher als alles andere, in welchem hohem Maße die Weimarer Republik ein widerspruchsvolles Ergebnis sowohl der Novemberrevolution als auch des nach wie vor vorhandenen Einflusses monarchistisch-militaristischer, konservativer und völkisch-rassistischer Kräfte darstellte. Ihrer Herrschaftsform nach war sie im wesentlichen zu einem parlamentarisch angelegten Staat mit ausgeprägten präsidialen Zügen geraten, ausgestattet mit einem Regierungssystem, in dem die Exekutivgewalt immer mehr in den Vordergrund der politischen Machtausübung drängte. Was übrigens in diesem Zusammenhang allzu oft vergessen wird: Es war nicht Hindenburg allein, der

mit Hilfe des Ausnahme-Artikels 48 regierte. Friedrich Ebert wandte ihn auch in 146 Fällen an, nachdem er bereits am 14. Januar 1919 zugunsten einer „geschlossenen und kraftvollen Führung der Reichsgeschäfte“ für das Präsidentenamt „gewisse Machtbefugnisse“ gefordert und erklärt hatte, andernfalls nicht länger politisch tätig sein zu wollen ...

Die Geschichte der Weimarer Republik geriet daher in hohem Maße zu einer Geschichte von Einschränkungen demokratischer Willensbildungsprozesse und Verletzungen der Rechte jener Teile des Volkes, die nicht zu den ökonomisch und politisch Mächtigen gehörten und für die sich der Gleichheitsgrundsatz nicht mit Leben zu erfüllen vermochte. Dass dies zielorientiert, ja nahezu planmäßig durch die Rechtsparteien und deren Klientel erfolgte, sei hier ausdrücklich festgestellt.

Aus der Fülle der Belege sei auf die Denkschrift „Die Rechtsparteien und das Rätssystem“ verwiesen, die Max Hildebert Boehm erarbeitet und am 17. Februar 1919 an den Politiker der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) Kuno Graf von Westarp übersandt hat. In ihr hieß es u. a.: „Meiner Überzeugung tut der Rechten nichts dringlicher not als die Einsicht, daß die Hauptfrontstellung der Rechten auf die Dauer gegen den bürgerlichen Demokratismus aus dem linksliberalen Lager gerichtet sein und daß unter dieser Parole ein Zusammenschluss einer größeren Rechten angebahnt werden muss ... Das Endziel, Mattsetzung des Parlamentarismus, kann heute an der Öffentlichkeit noch nicht erörtert werden, taktisch jedoch dürfen wir es keinen Augenblick aus dem Auge verlieren.“

Die Verfassungswirklichkeit hatte schließlich mit den demokratischen Grundsätzen der Verfassung kaum noch etwas gemeinsam. Der Gedanke, das Volk sei der höchste Souverän, wurde rasch der Vorstellung geopfert, es gebe etwas „Höheres“, sei es nun das „Heil des Ganzen“ oder, wie die Faschisten es nannten, die „Vorsehung“, oder wie heutzutage immer deutlicher zu erkennen ist, oberste Gerichte als Verkünder letzter Wahrheiten.

Die Monopolisierung durch die Parteien

Wie steht es nun mit der Kennzeichnung der Weimarer Republik als Parteiendemokratie, wie dies in der Literatur häufig getan wird? In der Weimarer Verfassung wurden die Parteien lediglich an einer Stelle und zudem in einem negativen Zusammenhang erwähnt. Lapidar hieß es im Artikel 130, Absatz 1: „Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht der Parteien.“ Und im dickleibigen, fünf Bände umfassenden „Handbuch der Politik“, das 1920 in dritter Auflage von Gerhard Anschütz u. a. herausgegeben worden ist, befassten sich ganze sechs Seiten mit dem Thema „Die Bedeutung der Parteien“. Auch hier war mehr von den Gefahren der „Parteiung“ die Rede als von ihrer Funktion, ein Mittler zwischen Gesellschaft und Staat zu sein. Heinrich Triepel bezeichnete die Parteien ganz und gar als eine „extrakonstitutionelle Erscheinung“ und beschrieb sie als „dem Staatsorganismus fremde soziale Körper“. Auf der Gedenkmünze, die zur Erinnerung an die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten 1925 geprägt wurde, stand: „Für das Vaterland beide Hände, aber nichts für die Parteien“, was stark an Wilhelms II. Erklärung vom August 1914 erinnerte und die spätere Formel vorwegnahm „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“ ...

Was in der Weimarer Verfassung fixiert worden ist, entsprach in keiner Weise der vor und vor allem in der Revolutionszeit enorm gewachsenen Rolle der politischen Parteien, weder ihrem zweifellos vorhandenen Potential zugunsten von Demokratie noch einer notwendigen Schranke gegenüber jenen Gefahren, die im Parteienwesen selbst für den Bestand demokratischer Verhältnisse liegen. Wer über ersteres spricht, vergisst gern das zweite. Gerade aber dieser Aspekt wurde mit dem Beginn parteienstaatlicher Verhältnisse von Bedeutung.

Der Übergang zum Parlamentarismus und allgemeines Wahlrecht hatten den Parteien eine monopolartige Stellung bei Auswahl und Steuerung der Abgeordneten beschert. Über ihre Fraktionen besaßen sie in Reichstag und Landtagen maßgeblichen Einfluss auf Gesetzgebung und Regierung. Mehr und mehr geriet auch die Verwaltung unter ihre Kontrolle. Ämterpatronage, Postenschacher, Korruption und andere undemokratische Erscheinungen griffen um sich. Zur Bewältigung dieser parteienstaatlichen Realität bot die Weimarer Verfassung keine Handhabe.

Die Rechten und insbesondere die damaligen Rechtsextremen konnten Weimar auch im Zeichen eines konservativ-populistischen Antiparlamentarismus und Antidemokratismus bekämpfen, die ihr verhängnisvolles Gift auch aus den vermeintlichen Absagen an das „fremde“, vom Westen nach Deutschland verpflanzte Parteienwesen sogen. Der diskriminierende Begriff vom „System“ schloss die Ablehnung der „Systemparteien“ ein, denen Korruption und Egoismus wesenseigen seien, darüber hinaus ebenso die „volksgemeinschaftliche“ Vorstellung, es könne einen Staat ohne Parteien oder die Herrschaft einer „Bewegung“ bzw. „Partei über den Parteien“ geben.

Parteien spiegeln seit ihrer Entstehung in der Mitte des vorigen Jahrhunderts die Interessen einzelner Teile der in Besitzend oder Unvermögend, Reich oder Arm, Oben oder Unten, Jung oder Alt und in Geschlechter gespaltenen Bevölkerung. Ihre Existenz beruht vorrangig auf dem grundlegenden Konkurrenz- und Klientelprinzip der bürgerlichen Gesellschaft. Zunehmend sehen sich die Parteien im Interesse der ihnen wesenseigenen Machtorientierung veranlasst, sich ein auf Erweiterung ihres Einflusses bedachtes Image zu schaffen und zu stützen: Umfassender und übergreifender hat es zu sein als die unmittelbare, auffällig egoistische Klienteldienstbarkeit.

Gerade in dieser Hinsicht unterlagen die Parteien 1918/19 in Deutschland nachhaltigen Wandlungsprozessen, wahrscheinlich sogar den umfassendsten, seit sie in Erscheinung getreten waren. Sie standen nun unter dem Druck in Bewegung geratener Massen, die sich politisierten und radikalisierten, die aus dem bestehenden Parteiengefüge auszubrechen drohten. Sie schufen – nahezu spontan, in unterschiedlichsten Formen – erstmalig andere Formen der Organisiertheit zugunsten bestimmter Interessen. Man könnte vielleicht von Korrektiven für die etablierten Parteien sprechen. Insbesondere die Arbeiter- und Soldatenräte, ansatzweise auch sogenannte Kulturräte u. ä., wiesen zeitweilig über die Grenzen hinaus, die den politischen Parteien – und hier sind die Arbeiterparteien keinesfalls auszunehmen – nun einmal in der kapitalistischen Gesellschaft gesetzt sind. Eine der Bewegungsformen dieses Prozesses vollzog sich nicht zuletzt in der Herausbildung neuer Parteien und parteiähnlicher Organisationen.

Die warnenden Worte des Emil Fuchs

Alle Erfahrungen seither besagen, dass Parteien und Demokratie in einem (möglicherweise unaufhebbarer?) Spannungsverhältnis zueinander stehen. Ihr Wirken für die Demokratie kann schädlich sein, wenn es nicht zwingend demokratischen, vom Parteienwesen unabhängigen Normen unterworfen und effektiv kontrolliert wird. Denn nicht allein aus den unterschiedlichen Interessen der Parteien und ihrer Klientelgruppen erwachsen Probleme für die Gesellschaft. Diese beruhen ebenso auf dem Wesen von Organisiertheit, das einen seit Beginn unseres Jahrhunderts beobachteten Trend zur Oligarchisierung und Bürokratisierung sich ausweitender Parteiapparate bedingt.

Mit dem Blick zurück ist die Frage zu stellen, ob nicht vielleicht auch hierin einer der Gründe damaliger Hilflosigkeit und schließlichen Versagens antifaschistischer und nichtnationalsozialistischer Parteien lag. Jedenfalls konnte aus dem Weimarer Parteienstaat, dem jegliche Grundlage für ein zur Demokratie befähigtes und rechtlich ausgestattetes Parteienwesen fehlte, schließlich auch eine Partei wie die NSDAP erwachsen. Wie Recht hatte doch der religiöse Sozialist Emil Fuchs, als er 1932 warnte: „Ein Staat, der mit Parteielle und Vorurteilen mißt, wird des aufsteigenden Unheils nicht Herr werden.“

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 7./8. August 1999, S. 13.

Von „Tiefen“ und Höhen

Bekanntlich findet die Ausstellung „Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ in Deutschland seit 1995 vor allem unter Jugendlichen große Aufmerksamkeit. Sie stieß zunehmend auf allgemeines Interesse und beförderte eine Nachdenklichkeit, die offizieller Politik und den Tendenzen zu neuerlicher Militarisierung des Denkens und Handelns entgegensteht. Sie rief zugleich wütende Attacken und letztlich anti-antifaschistische Einwendungen hervor. Gegen das bedrückende Material der Hamburger Exposition war vielfache Relativierung der Verbrechen angesagt, die von der Wehrmacht begangen worden sind.

Im Grunde prägt dieses Anliegen auch den vorliegenden Band, der auf eine Tagung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes zum Thema „Die Wehrmacht“ vom Spätsommer 1997 zurückgeht. In ihm sind 66 Beiträge aus der Feder von 61 Autoren vereint. Unter diesen befinden sich auch zwei, die in der DDR zum Thema geforscht haben. Nach den Namen ausgesprochen kritischer Historiker aus der Wehrmachtforschung sucht man vergeblich; weder Johannes Heer, der die oben erwähnte Ausstellung maßgeblich initiiert und betreut hat, noch Manfred Messerschmidt, Wolfram Wette, Christian Streit, Karl Heinz Roth u. a. tauchen hier auf.

Die Herausgeber streben eine Zwischenbilanz aller bisherigen Forschungen als Voraussetzung für eine bislang fehlende Gesamtdarstellung zur Geschichte der Wehrmacht an. Sie gliedern den Band in sieben Kapitel.

In ihm dominieren allerdings „trotz grundsätzlicher Anerkennung vieler interessanter Fragestellungen und neuer empirischer Forschungsergebnisse „kritische Töne. Sie betreffen in erster Linie das Konzept, das die Beschäftigung mit den Verbrechen der Wehrmacht als einseitig und verengend ausweisen möchte. Es handele sich zwar um einen Mythos, wenn von der angeblich „sauberen“ Wehrmacht gesprochen werde, aber ebenso würde es der Realität widersprechen, wenn „die gegenteilige Behauptung aufgestellt oder doch der Eindruck erweckt (wird), die Wehrmacht habe sich aus eigenem Entschluß selbständig an den Unrechtsmaßnahmen beteiligt“. Daß neben den „Tiefen in der Geschichte der Wehrmacht“, die nicht geleugnet oder verdrängt werden können, auch deren „Höhen“ gesehen werden müßten, macht das Vorwort des MGFA-Chefs Friedhelm Klein deutlich. Soll Wissenschaftlichkeit also nur als Kriterium gelten, wenn auch von den „Höhen“ gesprochen wird? Bedeutet dies etwa, wieder die „Erfolge“ der Wehrmacht in den Blick zu nehmen oder gar ihre „Leistung“ zu würdigen? Nach Synonymen und ähnlichen Begriffen befragt, bietet übrigens der Thesaurus meines Computers an: Glanzleistung, Meisterwerk, Bravourstück, Großtat, Heldentat ...

Die im Band immer wieder auftauchende Forderung nach differenzierender und die Komplexität berücksichtigender Forschung ist völlig berechtigt. Was aber ist beispielsweise davon zu halten, daß sie der Rüstungswirtschaft keinen Beitrag geschweige denn ein eigentlich erforderliches Kapitel widmen? Von den „Wehrwirtschaftsführern“ des Dritten Reiches ist nicht die Rede.

Schließlich: Die Texte wurden vor dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien geschrieben. Einer eingehenderen Durchsicht muß die Frage vorbehalten bleiben, ob sie den mit diesem eindeutig völkerrechtswidrigen Krieg verbundenen und nach ihm zu erwartenden Entwicklungen wirklich standzuhalten vermögen? Sie wäre sicher vor allem an jene Beiträge zu stellen, in denen die Wehrmacht pauschal und de facto entschuldigend als „Spiegel“ der damaligen deutschen Gesellschaft hingestellt wird, Zweifel am politischen Eigengewicht von Reichswehr und Wehrmacht geäußert werden oder die sich in Lobpreisungen der Bundeswehr als „Defensiv-Armee“ und „Kind unserer Demokratie“ ergehen ...

Die Wehrmacht. Mythos und Realität. Im Auftrage des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes herausgegeben von Rolf-Dieter Müller und Hans-Erich Volkmann, R. Oldenbourg Verlag München 1999, 1318 S.

antifa, September 1999, S. 25.

Gedanken zur Thälmann-Ehrung am 18. August 1999 in der Gedenkstätte Buchenwald

Heute, liebe Kameradinnen und Kameraden, sind es auf den Tag 55 Jahre her, daß hier an Ort und Stelle ein Mensch ermordet worden ist. Brutal, hinterrücks und unbarmherzig wurde ein Mensch seines Rechts auf Leben beraubt. Und dies im willigen Dienste von Faschisten, die nichts anderes im Sinne hatten, als – mit Waffengewalt, blindwütigem Rassenhaß und planmäßigem Völkermord – ein Großdeutsches Reich, ach was sage ich, ein sogenanntes Großgermanisches Reich zu errichten, zu dessen Ruhm und im Zeichen ihres Sieges über Europa für das Jahr 1955 geplant war, die deutsche Hauptstadt Berlin in „Germania“ umzubenennen. Ihren machtgierigen und weltherrschaftsversessenen Terror gegen andere Völker begleitete ein mörderisches Programm gegen jeden Deutschen, der solches nicht wollte und dem der Gedanke an einen menschenwürdigen Frieden für alle und an unteilbare Humanität noch nicht zu hohler Phrase oder demagogischem Argument verkommen war.

Der, der an diesem Ort sein Leben verlor, trug einen Namen. Er war bei Freund und Feind bekannt, bei ersteren beliebt, den anderen verhaßt. Ernst Thälmann, Mitglied und Repräsentant einer deutschen Arbeiterpartei, ein deutscher Politiker, geprägt durch seinen internationalistischen Zuschnitt, den er auch dann nicht aufzugeben bereit war, als ihm keine Hoffnung mehr auf Befreiung aus nazistischer Haft blieb, da er selbst zu einem Objekt politischer Instrumentalisierung für Stalins Zwecke geworden war.

Thälmann – das ist für mich in erster Linie ein Mensch wie jeder andere auch. Er konnte lachen und weinen, reden und belehren, schimpfen und sensibel reagieren, lieben und hassen. Ihm waren Stärken und Schwächen eigen, wie jedem anderen auch. Worin er irrte – und ausschließlich daran zu erinnern ist in Mode gekommen – das haben auch wir schmerzlich erfahren. Darüber jedoch seine Verdienste vergessen und in neuerlicher Einseitigkeit auf seine Biographie schauen zu wollen, erscheint mir bei aller Notwendigkeit kritischer Rückschau dennoch als ein ungerechtfertigtes Anliegen. Thälmann einzig und allein an seinen Schwächen und Fehlern messen zu wollen, stellt für mich ebenso ein ausschließlich politisch motiviertes Unterfangen dar wie frühere Betrachtungen, die nichts anderem entsprangen als heroisierender Selbstrechtfertigung.

Die damaligen Verhältnisse und Denkweisen gehören der Vergangenheit an. Wo sich diese zu wiederholen scheinen, müssen auch sie heutigen Betrachtungen zugrunde gelegt werden. Wie aktuell ist doch gerade seit dem verhängnisvollen 24. März 1999 das 1932 ausgesprochene Wort Thälmanns geworden, es bedeute Krieg, käme Hitler an die Macht. Er hatte das Programm der NSDAP gelesen, an dessen Spitze die Forderung stand, es müsse ein Großdeutsches Reich aller Deutschen geschaffen werden, also ein gemeinsames Reich der 60 Millionen, die in Deutschland lebten sowie der rund 35 Millionen Deutschen, die in anderen europäischen Ländern oder gar in Übersee lebten. Er kannte „Mein Kampf“, in dem Hitler davon gesprochen hatte, daß die Deutschen Land und Boden im Osten erkämpfen mußten, um als das stärkste Volk in der Welt gelten und als Herrenmenschen über das Schicksal anderer Völker gebieten zu können.

Wir kennen die Geschichte, die dem mißachteten Warnruf Thälmanns folgte. Die Partei Hitlers wurde an die Macht geschoben, es begann eine Aufrüstung sondergleichen, die Kriegsgefahr wuchs. Nun hieß es, vom jüdisch-bolschewistischen Feind des „Ariers“ gehe Gefahr aus, vor diesem müsse man sich schützen, und diesen müsse man besiegen, mit welchen Mitteln auch immer und koste es was es wolle. Schritt für Schritt gingen die Völker einem neuen Weltkrieg entgegen, sich selbst des Widerstands beraubend, das faschistische Treiben duldend oder gar unterstützend. Für viele, ja für allzu viele schien es richtig zu sein, daß sich der Hauptstoß gegen den Osten richtete. Schließlich entfesselte das hochgerüstete Regime wenige Jahre nach dem 30. Januar 1933 den mörderischsten Krieg aller Zeiten, von der Mehrheit der ideologisch hochgeputzten Deutschen unterstützt.

Tatsächlich glaubten die meisten das, was ihnen gesagt wurde. Es schien ja auch einleuchtend zu sein, wenn es hieß, der Versailler Verträge müsse revidiert werden. Viele zeigten sich einverstan-

den, nach dem vergeblichen Bemühen von 1914/1918 nun mit größerer Erfolgsaussicht die deutschen „Erbfeinde“ im Osten und im Westen zu schlagen. Thälmann dagegen erkannte frühzeitig die innere Logik von Gewaltbereitschaft und Rüstung. Er wußte, daß es nicht bei den öffentlich benannten Zielen bleiben würde, so wie es auf einer schiefen Bahn für die rollende Kugel kein Halten geben kann. Die deutsche Reaktion, so schrieb er bereits 1935, werde nicht bei der propagierten „Rückeroberung der verlorengegangenen Ostprovinzen“ stehen bleiben, sondern in einen neuen umfassenden Krieg führen. Nach seinen Worten bestand die Gefahr, durch den „polnischen Korridor“ in einen neuen Krieg hineinzutaumeln.

Wir wissen heute um die Dynamik, mit der Politik in Krieg zu treiben vermag. Wir wissen auch um einen weiteren Zusammenhang. Die deutschen Faschisten, denen Waffengeklirr und Kriege als möglich, sinnvoll und notwendig zur Durchsetzung ihrer expansionistischen Ziele galten, griffen bedenkenlos auch zu den Mitteln völkerrechtswidrigen, rassistisch begründeten Massenmordes an den Einwohnern der okkupierten Gebiete. Die Opfer des schließlich vollzogenen Genozids mahnen uns, dies niemals zu vergessen. Und ebenso mahnen die Überlebenden jenes schändlichen Systems nazistischer Sklavenarbeit, um deren Entschädigung Manager der deutschen Wirtschaft noch heute in menschenverachtender Weise feilschen und eine unendliche Skandalgeschichte produzieren. Die bittere und Thälmanns Warnung bestätigende Erkenntnis, daß die Weltmachtwünsche und der Rassismus der Nazis zu folgenreichen militärischen Auseinandersetzungen geführt haben, mündete nach dem Zweiten Weltkrieg in die Forderung: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ Von deutschem Boden dürfe nie wieder ein Krieg ausgehen – ein Motto, dessen so einleuchtende Selbstverständlichkeit jüngst so leichtfertig, so schamlos und zugleich wiederum mit Argumenten ausgehebelt worden ist, die auf den ersten Blick überzeugend scheinen und die dennoch ihren eigentlichen Sinn dem prüfenden zweiten Blick und kritischen Fragen zu verbergen nicht imstande sind.

Verwundert angesichts solcher Entwicklungen, daß sich noch heute die Geister an dem Menschen scheiden, dessen wir heute gedenken? In einer gespaltenen Gesellschaft wird nun einmal auch in getrennten Erinnerungen gelebt. Daher spiegelt sich nicht zuletzt gerade im Urteil über Thälmann viel von den realen Gegebenheiten der deutschen Gesellschaft, darunter der Gegensatz zwischen Herrschenden und Beherrschten, darunter die Auseinandersetzungen zwischen den diese jeweils vertretenden Parteien, die Gegensätze zwischen Macht und Ohnmacht, zwischen Nationalismus und Patriotismus sowie – im Ergebnis deutsch-deutscher Nachkriegsgeschichte und der jüngsten „Vereinigungsergebnisse“ – auch zwischen Ost und West.

Ich sagte eingangs: Hier ist ein Mensch umgebracht worden, kein „Untermensch“, wie es in der Sprache der Faschisten hieß, kein Unmensch, kein Verbrecher oder gar ein räudiges Tier. Man braucht Thälmann nicht zu lieben, aber er hatte weder seine elfjährige Haft noch den Tod an dieser Stätte verdient. Er verdient es erst recht nicht, entweder haßerfüllt dargestellt oder aus heutigen Geschichtsbetrachtungen völlig ausgeblendet zu werden. Wer sein Andenken aus der Zwiespältigkeit seiner Zeit herauslösen oder ihn mit neuerlicher Einseitigkeit abschätzen will, begibt sich – ob gewollt oder ungewollt, ob bewußt oder von wütender Dummheit umfassen – in die ausgetretenen Spuren jener, die ihn zunächst beschimpften, dann verfolgten und schließlich vernichteten. Es hat nun einmal nichts, aber auch gar nichts mit Menschlichkeit und Demokratie zu tun, wenn am Mensch-Sein gezweifelt wird, allein weil einer ein Kommunist war oder ist, weil einer wie er anderes wollte, als die Herrschenden es wollten.

Unser Blick in die Geschichte berührt – gerade am Tage seiner Ermordung – aufs Neue den drohenden Verlust an Menschlichkeit in unserer Gesellschaft und die verheerenden Auswirkungen schändlicher Feindbilder. Noch sind die enormen Schäden nicht behoben, welche die NATO-Bomber angerichtet haben: In Serbien, im Kosovo und nicht zuletzt auch in den Köpfen vieler Menschen, die dem Argument Glauben schenken, man müsse zerstören und sogar sogenannte Kollateralschäden hinnehmen, um für die Rechte von Menschen eintreten zu können. Menschenrechte indessen stellen ein unteilbares Gut dar. Sie besitzen einen universellen Geltungsanspruch. Es kann kein Menschenrecht geben, das dem einen Schutz und dem anderen Unheil bringt, das für den einen Freiheit und für den anderen Unfreiheit bedeutet, das dem einen brüderlich begegnet und dem ande-

ren Elend oder gar den Tod verheißt. Der Krieg um „Menschenrechte“ im Kosovo war eine Aktion zur gewaltsamen Durchsetzung einer an bestimmten Machtinteressen orientierten Bedeutung dieses Begriffs, die nichts mehr mit der großen, die bürgerliche Demokratie verkündenden Losung der französischen Revolution von 1789 gemein hat: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“. Wo die Gleichheit der Menschenrechte aufgehoben wird, kann von Brüderlichkeit keine Rede mehr sein. Wo die Ungleichheit der Menschen zum Postulat erhoben wird, da bleiben Freiheit und Demokratie auf der Strecke.

Heute, an der Schwelle eines neuen Säkulums dürfen und wollen wir nicht vergessen, daß das Antlitz des 20. Jahrhunderts von Massenverbrechen bar jeglicher Humanität geprägt werden ist, begangen leider auch im Zeichen einer neuen Gesellschaft und hehrer Ideale. Zwei Weltkriege liegen hinter uns, dazu ein Kalter Krieg, der länger dauerte als das Morden von 1914 bis 1918 und von 1939 bis 1945. Dazu kamen auch die unzähligen „kleinen“ Kriege, die in den sogenannten Zwischenkriegszeiten Nachhutgefechte darstellten oder der Schaffung neuer Fronten dienten. Am Ende unseres Jahrhunderts artikuliert sich wiederum in abscheulicher Weise an 78 Tagen mit 30.000 Bombereinsätzen unmenschliche Kriegsbereitschaft.

Erneut hat sich aber zugleich die Vergeblichkeit bisheriger Bemühungen um eine friedfertige, um eine gerechte und des Menschen würdige Gesellschaft erwiesen. In unserer zweifellos schwierigen Zeit nichts von dem zu vergessen, was nötig ist zu neuer und besserer, zu einer wirklich menschlichen Orientierung – das sind wir auch dem Antifaschismus und Antimilitarismus Ernst Thälmanns schuldig. Behalten wir fest in Erinnerung, daß für ihn Kriegsgefahr und Kriege keine fatalistisch hinzunehmende, keine unvermeidbare Größen, sondern Anlaß für neue und größere Aktionen im Dienste des Friedens gewesen sind.

Gewiß, Thälmann war in seiner persönlichen und historischen Größe widersprüchlich; doch wann und wo lebt eine Gesellschaft ohne Zwiespältigkeit, ohne Widersprüche? Lassen Sie mich daher meine Worte des Gedenkens mit einer Bitte schließen: Verstehen wir ihn, seine persönliche und historische Größe aus den Problemen und Widersprüchen seiner Zeit heraus, so also wie wir Heutigen eines Tages auch daran gemessen werden wollen, ob und wie wir den Herausforderungen unserer Tage haben standhalten können.

Das rote Ginkgo-Blatt. Zeitung des PDS-Gebietsverbandes Apolda/Weimar, 72. gemeinsame Ausgabe, Nr. 9/1999 vom 20.09.1999, S. 8-9.

Die Formkraft der Münchener Käseglocke

Immer wieder sind Nürnberg, Bayreuth, Berlin oder – in jüngster Zeit – auch Weimar als jene Städte charakterisiert worden, die am engsten mit der Geschichte des Nationalsozialismus verbunden gewesen wären. Dennoch: Die besten Voraussetzungen für Entstehung und Wachstum der NSDAP gab es in der bayerischen Metropole; ihr verlieh Hitler 1935 offiziell einen Titel, der schon lange gebräuchlich war: „Hauptstadt der Bewegung“. Nach 1945 unternahm man hier Versuche, diese Tatsache zu verdrängen oder sich gar als „Hauptstadt der Gegenbewegung“ zu präsentieren. Der amerikanische Historiker schreibt im vorliegenden Band gegen solche Beschönigungen und Legenden an. Sein lesenswertes Buch besticht durch Materialfülle und glänzenden Stil, ausgewogenes Urteil und nicht zuletzt durch die kluge Verknüpfung allgemeiner und stadtgeschichtlicher Analysen.

Der Verfasser bekräftigt: In keiner anderen deutschen Stadt hätte die NSDAP einen derart günstigen Nährboden finden können wie in München. Hier kombinierte sich nach seinem Urteil „ein extremer Konservatismus mit einer misstrauischen provinziellen Selbstgenügsamkeit“. Anders als jene, die den Faschismus als eine Reaktion auf den angeblichen Tenor der Novemberrevolution und der Münchener Räterepublik verständlich machen wollen, schaut Large weiter in die Geschichte zurück. Was sich bis 1918 in München vollzogen habe, sei nicht nur ein Ableger allgemeiner Entwicklungen gewesen, sondern „durchaus wegweisend“ für Tendenzen, die zu einer Transformation Deutschlands und Europas geführt haben. Das München der Kriegsjahre sei eine „Retorte für die neue Welt“ gewesen. Die eindeutige Position brachte ihm bezeichnenderweise das FAZ-Urteil ein, ein „strenger Sittenwächter“ zu sein und alles zu vernachlässigen, was gegen seine These von der bedenklichen Formkraft der Münchener Käseglocke spreche.

David Clay Large: Hitlers München. Aufstieg und Fall der Hauptstadt der Bewegung. Aus dem Englischen von Heinz Siber, Verlag C. H. Beck, München, 515 S.

antifa, Oktober 1999, S. 26.

Die Lebenslüge

Eine Karriere: Kurt Becher

Der devot und geradezu makaber anmutende Titel „Reichsführers gehorsamster Becher“ ist der von Kurt Becher stets verwendeten Grußformel unter seinen Briefen an Heinrich Himmler entlehnt. Aus ihm spricht die Denk- und Verhaltensweise eines fügsamen und zu jeder Untat bereiten deutschen Faschisten aus der dritten oder vierten Führer-Garnitur. Dies ist bereits die dritte Publikation, die Bechers Karriere in Nazideutschland und in der BRD darstellt. Die erste wurde von Kurt Emmenegger 1962/63 in der Zeitschrift „Sie und Er“ veröffentlicht, die zweite 1982 im Konkret-Literaturverlag von der Autorin des jetzt in erweiterter Form vorgelegten Bandes.

Bechers Name ist dennoch nur wenigen bekannt. Der Mann, der noch am 9 April 1945 zum „Reichskommissar für sämtliche deutschen Konzentrationslager“ ernannt wurde, taucht selbst in Standardwerken zur jüngsten deutschen Geschichte selten auf. Dabei spiegelt er diese in besonders aufschlussreichem Maße wider. Wahrscheinlich ist es auch weniger die Person, die auf Interesse stößt. Neugier auf seinen Lebensweg weckt vor allem die außergewöhnlich steile Karriere während des Zweiten Weltkrieges, wecken seine Untaten als Himmlers Sonderbeauftragter in Ungarn, die er wie kaum ein anderer nach 1945 zu verschleiern verstand. Er starb als angesehener Chef einer der größten westdeutschen Import- und Exportfirmen.

1934, kurz vor seinem 25. Geburtstag, trat Becher in die SS-Kavallerie ein. 1937 bewarb er sich um die Mitgliedschaft in der NSDAP. Mit der 1. SS-Totenkopf-Reiterstandarte nahm er an der „Befriedung“ und Ausplünderung Polens teil, von ihm später als Einsatz mit „rein militärischen Aufgaben“ deklariert. Auch nach dem Überfall auf die Sowjetunion war er hinter der Front an „Säuberung“ und „Partisanenbekämpfung“ beteiligt, die in Belorussland Zehntausenden von Juden das Leben kostete.

Seine steile NS-Karriere begann dann als Sonderbeauftragter Himmlers in Ungarn. Hier raubte er 1944 Wirtschaftsgüter im Gesamtwert von rund drei Milliarden Dollar zu Gunsten der SS. Vor allem gelang ihm handstreichartig und trickreich, den größten ungarischen Industriekonzern für die SS zu sichern. Etwas anders als Adolf Eichmann, aber ebenso in direktem Auftrag seines „Reichsführers“, beteiligte sich Becher auch an der Verfolgung ungarischer Juden. Ihm oblag es, daraus ein Geschäft zu machen, als Himmler auf diese Idee verfallen war und sich damit ein Alibi für die Nachkriegszeit zu schaffen versuchte. Gegen dringend benötigte Devisen und rüstungsrelevantes Material organisierte Becher u. a. den Transport von „300 Stück“ in die Schweiz – gemeint waren mit seiner menschenverachtenden Formulierung ungarische Juden. Allein dieser „Coup“ brachte der SS zwei Millionen Reichsmark ein. Geplant war auch, für die Lieferung von zehntausend Lastwagen eine Million Juden freizulassen.

Aus diesem Handel leitete Becher nach 1945 ab, ein „Retter“ ungarischer Juden gewesen zu sein. Dass davon überhaupt keine Rede sein kann, weist die Autorin sachkundig und detailliert nach. Becher und Eichmann waren nicht mehr und nicht weniger als die zwei Seiten einer rassistisch-antisemitischen Medaille. Dass sich mit Rudolf Kasztner ein Mitglied des Jüdischen Hilfs- und Rettungskomitees in Ungarn fand, der Becher einen Persilschein ausstellte (gewiss die Grundlage für seine Legende vom „Judenretter“), änderte daran nichts. Vor allem in moralischer Hinsicht dürfte der Unterschied zwischen Mord oder Degradierung zu kriegsförderlichen Verkaufsobjekten wohl nicht allzu groß gewesen sein. Gewidmet ist das Buch folgerichtig allen Kindern im Ghetto von Budapest, die Bechers „Rettung“ überlebt haben.

Die Darstellung erfolgt strikt anhand der reichlich zur Verfügung stehenden Quellen sowie in stetem Vergleich zu den späteren Aussagen Bechers, in denen er Unwissenheit vortäuschte und seine SS-Vergangenheit schönlog. Mit Bestürzung liest man auch, wie die westdeutsche Justiz schützend ihre Hände über den angeblich ahnungslosen Becher hielt. So konnte ihm – als „Mitläufer“ eingestuft – eine weitere Karriere glücken. So ungewöhnlich die Untaten Bechers während des Krieges und so außergewöhnlich seine Karriere in der SS waren, so dreist und gewissenlos vollzog sich schließlich auch die Erfolgsgeschichte des Bremer Kaufmannes. Es bleibt beschämend für den

Rechtsstaat BRD und wohl auch typisch für seinen Umgang mit den Naziverbrechen, dass niemals geklärt werden konnte, woher Becher nach dem Krieg das Geld nahm, um sein Handelsunternehmen Monimpex aufzubauen.

Karla Muller-Tupath: Reichsführers gehorsamster Becher Eine deutsche Karriere. Aufbau Verlag. 239 S., geb., 36 DM.
Neues Deutschland, 13.-18. Oktober 1999, S. 12.

Ohne Not kein Gebot

Zur Kritik friedensdemagogischer Bemühungen im 20. Jahrhundert

Das 20. Jahrhundert wird wohl insgesamt als ein Säkulum ständigen Waffengeklirrs, imperialistischen Machtgebarens und misslungener Friedenszeiten in die Geschichte eingehen. Neben zwei Weltkriegen charakterisieren mörderische Massenverbrechen das 20. Jahrhundert. Zudem fanden in ihm ständig Kriege geringerer Größe statt. Kriegsbereitschaft und Kriegführung artikulierten sich erst jüngst und in wiederum abscheulicher Weise an 78 Tagen mit 30.000 Bombereinsätzen. Deren Folgen sind noch nicht völlig überschaubar; schließlich kann der NATO-Krieg gegen Jugoslawien noch nicht als beendet gelten.

Die bereits erkennbaren und mehr noch die zu vermutenden Folgen lassen sich jedoch messen an dem, was in vergleichbaren geschichtlichen Zusammenhängen stets festzustellen war. Sie können eingeordnet werden in zwei Kontinuitätslinien: in die des Wachstums profitabler Rüstungswirtschaft einerseits sowie in die eines raffiniert-verlogenen Vertuschens und Beschönigens aller Kriegsursachen andererseits.

Bereits der Beginn des 20. Jahrhunderts sah sich von Kriegen geprägt. Viele von ihnen sind zu Unrecht vergessen, u. a. der spanisch-amerikanische Krieg, der 1898 auf dem Rücken Kubas ausgetragen worden ist, der Burenkrieg von 1899 bis 1902, in dem die so genannte Krüger-Depesche des deutschen Kaisers eine gewichtige Rolle spielte, die brutale Niederschlagung des Boxer-Aufstandes von 1900 bis 1901, an der sich verbündete Truppen von elf westlichen Ländern beteiligten. Weitere Stationen auf dem Weg zum Ersten Weltkrieg stellten der russisch-japanische Krieg, die beiden Marokko-Krisen von 1905 und 1911 und schließlich die Balkan-Kriege dar.

Alle diese Aktionen entsprangen dem Konkurrenzkampf imperialistischer Mächte um den „Platz an der Sonne“ sowie der Behauptung kolonialer Besitztümer. Niemand ist in sie hineingeschlittert, wie wohlmeinende Geschichtsschreiber sie zu erklären versuchen. Sie wurden in der Regel zielstrebig ins Visier genommen und herbeigeführt. Politisches Denken vollzog sich in militärischen Kategorien. Krieg galt den Herrschenden als ultima ratio.

Aber: Die Kriege wurden zwar gewollt, dennoch als ungewollt hingestellt. Diese Gleichzeitigkeit von Kriegsvorbereitung und Friedensdemagogie ist frappierend. Erkenntnisse über sie gibt es jedoch seit langem. So schrieb bereits im Jahre 1931 der US-amerikanische Philosoph John Dewey: „Je schauervoller ein unpersönlicher wissenschaftlicher Massenkrieg wird, um so notwendiger wird es, allgemein wirkende, ideale Beweggründe aufzufinden, die ihn rechtfertigen.“

Solcher heuchlerisch-demagogischen Rechtfertigung soll mein Beitrag ein wenig nachspüren, da im Laufe des Jahrhunderts zwar die Inhalte der jeweiligen Argumentation wechselten, ihre zielorientierten Strukturen und ihre von Machtbesessenheit geprägte innere Logik bis in unsere Tage durchgängig gleich geblieben sind. Aus der viele Belege bietenden Geschichte möchte ich ein Beispiel anführen, auf das mich die Meldung brachte, die Hereros im südwestafrikanischen Namibia würden beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag einen Wiedergutmachungsbescheid gegen Deutschland wegen der Massaker am Waterberg von 1904 erwirken wollen. Damals hatten deutsche Kolonialtruppen die Aufständischen in die Wüste verjagt, in der fast zwei Drittel des Stammes verdursteten. Zwei Jahre nach diesen Ereignissen, am 13. Dezember des Jahres 1906, sprach der deutsche Reichskanzler Fürst von Bülow im Reichstag zu Gunsten eines Nachtragsetats, der es ermöglichen sollte, die Unbotmäßigen total zu besiegen. Gegen Einwände und Bedenken trat Bülow mit Argumenten auf, die erschreckende Parallelen widerspiegeln und auf Kontinuität schließen lassen. Zunächst wurde ein Schreckensbild gemalt und die angeblich unvermeidliche Dynamik von Verlust und Untergang dargestellt:

„Eine Einstellung der militärischen Aktion vor völliger Niederwerfung des Aufstandes würde aber schwerwiegende Folgen nach sich ziehen. Die Folgen würden bestehen nicht nur in dem Verlust des Südens unseres Schutzgebietes, wir würden auch die Mitte und den Norden auf das schwerste gefährden. Wir würden – das sagen alle Kenner der Verhältnisse – binnen kurzer Frist neue Aufstände

in allen Teilen unseres Schutzgebietes zu gewärtigen haben, deren Bewältigung uns die doppelten und dreifachen Opfer kosten würde, wie wir sie bisher schon gebracht haben. Solche Aufstände in unserem südwestafrikanischen Schutzgebiet würden naturgemäß auf unsere anderen Kolonien überspringen.“

Die geschilderte Kette der Folgen reichte also von einem kleinen Gebiet im Süden Namibias bis zum Untergang der weißen Rasse. Drei Jahrzehnte später war es die von der „Vorsehung“ zur Vorrherrschaft in der Welt berufene Rasse der Arier, die – folgt man den Reden Hitlers und anderer Naziführer – von allen Seiten bedroht sei und Opfer bringen müsse, um siegen zu können.

Im Kalten Krieg hieß es, die Gefahr gehe von der jeweils anderen Seite der beiden Supermächte und ihrer Trabanten aus. Das atomare Patt zwang allerdings zu Vorsicht und Koexistenzbemühungen. Heute, nachdem nur ein Gesellschaftssystem übriggeblieben ist, wird erneut von schrecklichen Gefahren geredet. Robert E. Hunter, Chefberater der RAND Corporation, schrieb in der Washington Post vom 21. April 1999 zur „Clinton-Doktrin“, Kosovo sei „das Tor zu Bereichen intensiven westlichen Interesses: arabisch-israelischer Konflikt, Irak und Iran, Afghanistan, Kaspisches Meer und Transkaukasien. Stabilität in Südosteuropa muss ein Vorläufer für den Schutz westlicher Interessen und den Abbau von Bedrohungen von weiter ostwärts her sein.“

Niemals ging es wirklich um Frieden, allenfalls um einen „Siegfrieden“ und kaschierte Ziele. Auch im Krieg gegen Jugoslawien geht es nicht um „die Menschenrechte“, schon gar nicht um das auf Leben und auf Frieden. Es kann kein Menschenrecht geben, das den einen Schutz und den anderen Unheil bringt, das für den einen Freiheit und für den anderen Unfreiheit bedeutet, das dem einen brüderlich begegnet und dem anderen Elend oder gar den Tod verheißt. Wo die Gleichheit der Menschenrechte aufgehoben wird, da bleibt auch die Demokratie auf der Strecke.

In jedem Krieg unseres Jahrhunderts brauchten die Kriegswilligen die Kampf- und Opferbereitschaft derer, die in die Schlachten zu ziehen und zu leiden hatten. Wo von Markt- und Machtinteressen nicht gesprochen werden darf, wurden stets höhere Zwecke bemüht. Unterlassung, Versündigung, Kleinmut, Ansehensverlust einerseits, Nation, Vaterland, Waffenehre, Tapferkeit, Segen usw., andererseits – das waren die negativ bzw. positiv aufgeladenen Worthülsen vom Anfang des Jahrhunderts. 1914 kamen noch ein paar hinzu: Schicksal, Abwehr des Neides der anderen, Verteidigung im aufgezwungenen Kriege, Nibelungen-Treue. Offensichtlich gehört es seitdem zur politisch-geistigen Praxis derjenigen, die Kriege wollten, sich selbst nicht wahrheitsgemäß darzustellen, sondern zu verharmlosen und zu schönen bzw. das Eigenbild schlicht zu fälschen. Stattdessen wurde und wird ein pauschales Feindbild propagiert, das alle Schuld dem Gegner anlastet. Um sich selbst ins rechte Licht zu rücken, erklärte der deutsche Reichskanzler 1914 unter stürmischem Beifall fast aller Abgeordneten: „Unsere Truppen haben sich dem Befehle gemäß zunächst gänzlich auf die Abwehr beschränkt. Wir sind in der Notwehr, und Not kennt kein Gebot!“

Not kennt kein Gebot – das könnten auch alle gesagt haben, die nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland dem Versailler Vertrag alle Schuld an Inflation und Krise, an Arbeitslosigkeit und Elend zuschrieben, von ihrer eigenen Friedensliebe schwatzten und intern ganz anders redeten. Aus den Quellen war später zu erfahren, wie z.B. im Umfeld des Friedensnobelpreisträgers Gustav Stresemann Klartext gesprochen wurde: „Gerade in unserer jetzigen Lage müssen wir den Mund vollnehmen von Friedensphrasen, Völkerversöhnung usw., ohne deshalb wie die pazifistischen Phantasien an diesen Schwindel zu glauben, uns leichtfertig darauf einzustellen und dann bei jeder Gelegenheit damit hereinzufallen“.

Das Denken in den Kategorien von Rache und Revanche mündete in Kriegsvorbereitung und sollte zu neuem Kriege führen. Hitler postulierte in diesem Sinne in seiner Kannibalen-Bibel „Mein Kampf“, dass die Frage nicht lauten dürfe, wie man Waffen produziere, sondern es müsse heißen: „Wie erzeugen wir den Geist, der ein Volk befähigt, Waffen zu tragen?“ Zugleich hieß es bei ihm: „Wenn dieser Geist ein Volk beherrscht, findet der Wille tausend Wege, von denen jeder bei einer Waffe endet!“ Dieses „Sich-durchhauen“, kostete es was es wolle, und das rücksichtslose Kämpfen

bis zum letzten Atemzug – darin bestanden schließlich die Anforderungen des braunen Regimes an die Deutschen.

Und trotz dieser bitteren Erfahrungen endet heute erneut Politik bei der Waffe. Dass es Friedensdemagogie gab und gibt, bewegt mich übrigens weniger als die Zustimmung, die sie fand und findet. Wo war denn beim Krieg gegen Jugoslawien die früher so aktive Friedensbewegung, die Schwerter zu Pflugscharen schmieden wollte? Wo blieb die Bürgerrechtsbewegung (in der sich ein Wolfgang Ullmann vermutlich wie ein unpassendes Sandkorn in einer wandernden grünen Düne vorkommt)?

Mit Recht wird demgegenüber eine Militarisierung der Gefühle, des Denkens und der Sprache beklagt. Bellizismus und geopolitische Konzepte gewannen ebenso an Akzeptanz wie die zielorientierte Einseitigkeit und Oberflächlichkeit der Medienberichterstattung.

Gewagt sei hier die These, dass über das ganze 20. Jahrhundert hinweg friedensdemagogische Bemühungen von Herrschenden bei den Beherrschten psychologische Schäden bewirkt haben. Wie anders wäre zu erklären, dass der heutige Außenminister des Krieg führenden Deutschlands den Spitzenplatz in der politischen Beliebtheitskala einnimmt oder ein farbloser Verteidigungsminister nun gar die Geschäfte einer neuen Programm-Kommission der sich sozialdemokratisch nennenden Partei übernehmen soll? Wie sonst ist das Fehlen eines Aufschreis gegen die Forderungen von Politikern und Militärs zu bewerten, die das Bombardement Jugoslawiens aus zu großer Höhe als einen „halben Krieg“ abtun wollten und sich mit dem Einsatz von Bodentruppen einen ganzen wünschten?

Deuten sich mit dieser zynischen Formulierung vielleicht Kriegsmodelle des 21. Jahrhunderts an, in denen die Grenzen zwischen Politik und Waffeneinsatz verwischen und die zwischen Krieg und Frieden verschwinden? Wenn dies zutreffen sollte, wären wir im Grunde wohl wieder beim Beginn des jetzt zu Ende gehenden Säkulums angekommen, bei einer Geschichte ohne Zukunft.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 30./31. Oktober 1999, S. 14.

Des Guten zuviel getan? – nun ja, Kollege Kocka

Anmerkung zu einem Interview in „Sozialismus“

[Mitautor: Kurt Pätzold]

Wie gelangen Historiker zu ihren Themen? Wie erklären sich ihre Interessen an Zeiten und Ereignissen, Prozessen und Personen? Welche Hinwendung entspringt Antrieben, die sich aus dem logischen Fortgang ihrer Beschäftigung ergeben, welche ist Reflex gesellschaftlicher Veränderungen, welche rührt aus aktuell-politischem Auftrag her? Fragen, die ins Beziehungsgeflecht von Wissenschaft und Politik führen.

Seit einiger Zeit befasst sich die bestallte Zunft deutscher Historiker forschend und debattierend mit Themen, die sie über Jahrzehnte mied. Sie wandte sich „weißen Flecken“ der Geschichtsschreibung über den deutschen Faschismus zu. Am meisten öffentliches Aufsehen erregten die nicht mehr zu kaschierenden „dunklen Seiten“ deutscher Bank- und Industriekonzerne, die Ausbeutung von KZ-Häftlingen, Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen. Es kam die eng verflochtene Aktion von Politikern, Kapitaleignern und Managern in Rede. Die an dieser „Verstrickung“ (wie eine freundlich umschreibende, an Omas Lieblingsbeschäftigung erinnernde Kennzeichnung lautet) beteiligten Personen sind mittlerweile tot.

Das gilt auch für die Angehörigen des ungleich weniger beachteten Personals, die unter Hitler und dann im Westdeutschland der Nachkriegszeit die geschichtswissenschaftlichen Lehrstühle der Universitäten eingenommen und teils staatliche Großaufträge erhalten hatten. Sie waren die Lehrer derjenigen, die heute als Professoren selbst an der Schwelle zur Emeritierung stehen. Jedoch nicht die Schüler, sondern jüngere Wissenschaftler lenkten die Blicke zurück auf die Anfänge und zwangen diejenigen zum Reden und Schreiben, die Studenten und Assistenten jener Spezies von „Hitlers Helfern“ waren. Nun wird von ersteren erklärt, man habe gewusst, aber tieferes Fragen unterlassen. Der eigenen Karriere förderlich wäre das auch kaum gewesen. Doch geht es nicht darum, dass die Enkel den Vätern zum Vorwurf machen, sie hätten sich gegenüber den Großvätern als Opportunisten verhalten. Gelichtet wird der Nebel, der über der Frühgeschichte der Bundesrepublik liegt. Doch nur ein wenig, wie ein in der Zeitschrift „Sozialismus“ (Nr. 9, S. 17-20) veröffentlichtes Interview mit Jürgen Kocka, Professor an der Freien Universität Berlin, unter der Überschrift „Historiker als Vordenker der Vernichtung?“ zeigt.

Ja, die „Kultur des Schweigens“ war besorgniserregend, antwortet Kocka. Und: „Ein Stück Verdrängung war in gewisser Weise Bedingung des Aufschwungs.“ Über diese „Dialektik“ lohne es sich weiter nachzudenken. Tut er aber nicht. Die Historiker, die nach 1945 ungeschoren davonkamen, waren Nutznießer einer Politik der Restauration der Kapitalherrschaft und alsbald auch des Kalten Krieges. Wo Urteile alliierter Gerichte gegen Kriegsverbrecher herabgesetzt wurden, Verurteilte wenig später auf freien Fuß gelangten, der Bundeskanzler den im Zeichen der deutsch-französischen „Aussöhnung“ freigeschickten Fallschirmjärgergeneral Ramcke zur Audienz empfing – wer richtete da Scheinwerfer auf ein paar Geschichtsprofessoren, die zwar, wie Kocka hervorhebt, für die Vertreibung von Menschengruppen in und aus den eroberten Ländern des Ostens eingetreten waren, aber doch nicht für deren Vernichtung? Differenzierung gehört gewiss zur Wissenschaft. Aber Tote hat es nicht nur bei der Vertreibung der Deutschen nach Kriegsende gegeben.

Die Vor- und Frühgeschichte der BRD soll wohl, obendrein im Feierjahr 1999, nicht unter die Lupe genommen werden. Lediglich eine Ursache des Schweigens und Verdrängens sieht der Forscher: „In dem Maße, in dem seitens der DDR, durch Sprecher und auch durch Historiker der DDR, der Vorwurf der nationalsozialistischen Vergangenheit auch instrumentell eingesetzt, häufig auch übertrieben wurde, in dem Maße haben sich Westdeutsche, die eine nationalsozialistische Vergangenheit tatsächlich hatten, sicher fühlen können, weil sich die westdeutsche Kritik angesichts der schrillen Herausforderung aus dem Osten zurückhielt.“

Ins Allgemeine gehoben: Wie viel schöner hätten sich die frühen Jahre der Bundesrepublik gestaltet, hätte es den ostdeutschen Staat nicht gegeben, in dem Geschichtsprofessoren wirken konnten

wie Leo Stern, vordem Offizier der sowjetischen Armee, Alfred Meusel, vordem Flüchtling in Großbritannien, Walter Markov, vordem Häftling im Zuchthaus Siegburg, Walter Bartel, vordem Häftling im KZ Buchenwald, Erich Paterna, vordem Häftling im Zuchthaus Brandenburg-Görden usw. Erst mit dem Ende der DDR, so Kocka, sei eine „gewisse Befreiung“ eingetreten. Seitdem habe im Westen die „Selbstkritikfähigkeit“ zugenommen. Nun kennen wir die Zusammenhänge, die dazu führten, dass deutsche Großindustrielle so spät ihr beschämendes Zahlungsangebot an die von ihnen ausgepowerten Sklavenarbeiter machten.

Wenden wir uns dem Gedankensprung zu, ohne den es am Ende des Interviews nicht abging, denn die Biographien der ersten Nachkriegsgruppe westdeutscher Historiker kamen doch jüngst auch deshalb in Rede, weil sich deren Lebenswege nach dem Untergang des faschistischen Staates so erheblich von den Wegen der DDR-Historiker nach 1990 unterscheiden. Es ergab sich ein Erklärungs- und Rechtfertigungsbedürfnis. Das verspürt Kocka auch für sich, denn er war an der Herstellung dieser Differenz beteiligt. Doch vermerkt er seine Rolle gar bescheiden, wenn er, damals Mitglied des Wissenschaftsrates der Bundesrepublik, von sich sagt, er habe „am Rande teilgehabt“, „an einigen Teilentscheidungen, die im Zuge (sic!) der Wiedervereinigung anfielen“.

Immerhin, Kocka bekennt sich zu seiner Tätigkeit während der „Abwicklung“ ostdeutscher Wissenschaftler, wenn er sie auch nicht in den Zusammenhang stellt, in den sie gehört. Angehörige seiner Lehrergeneration nennt er klar „Komplizen, Helfershelfer oder Kollaborateure“, beschreibt sich selbst hingegen als „Teilhaber“ an der Schließung so renommierter wissenschaftlicher Einrichtungen wie des Akademieinstituts für Wirtschaftsgeschichte, das – gegründet von Jürgen Kuczynski, vordem Emigrant in Großbritannien – in der Tradition marxistischer Kapitalismuskritik stand. Kocka nennt sich Mithelfer bei einem „Personalaustausch, insbesondere auf der obersten Ebene der einflussreichen Professuren“. Diese Formulierung erfüllt den Tatbestand der Beschönigung von Geschichte mittels unangemessener Wortwahl. Wenn der Personalchef eines Großunternehmens die Direktoren des Betriebes A nach B und B nach A schickt, damit sie an anderen Orte Erfahrungen sammeln, dann wurde Personal ausgetauscht. Wenn die Inhaber von „einflussreichen Professuren“ von ihren Arbeitsplätzen in Arbeitslosigkeit oder Vorruhestand befördert werden und die freigemachten Plätze Wissenschaftler, die nicht bei den Arbeitsämtern notiert sind, einnehmen – inwiefern ist das „Personalaustausch“?

Es handelt sich wohl nicht um einen gesprächsweisen Lapsus, wie der einfühlsame Satz am Ende des Interviews bezeugt, der den Bogen von 1945 zu 1990 schlägt: „Ich kann gut verstehen, dass Betroffene des erzwungenen Personalaustauschs nach 1989/90 jetzt, wenn sie diese Befunde über Erdmann, Conze und Schieder lesen, darauf aufmerksam machen, dass jene eine zweite Chance bekamen, sie selbst aber nicht.“ Also, die Ostdeutschen sind doch nicht ausgetauscht worden, sondern sie waren chancenlos. Und das betraf auch jüngere Instituts-Mitarbeiter, die sich heute berufsfremd durchschlagen oder die Geschichte von Sparkassen, Schützenhäusern und Schrebergärten-Vereinen schreiben.

Heute ist Kocka der Meinung, es sei damals beim Abwickeln und Kündigen doch „des Guten zuviel getan worden“. Nun ja. Wie unlängst im britischen Wissenschaftsmagazin „Nature“ zu lesen war, ist die Zahl ostdeutscher Professoren weiter gesunken. Das wird so fortgehen, weil hoffnungsvolle Wege zu Promotion und Habilitation nach 1990 gnadenlos gekappt worden sind. Die Berufung einer „oststudierten“ Chemikerin auf einen Lehrstuhl in Rostock scheint heute eine bemerkenswerte Tat, ist sie auch. Freilich, niemand wird ihr wendende Wirkung zuschreiben.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 30./31. Oktober 1999, S. 15.

Besser vergessen als benutzen

Seriöser Geschichtsforschung, gleich welcher Richtung, gilt Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel als überaus williger Gefolgsmann Hitlers. Wann und wo auch immer über die Verbrechen der Wehrmacht debattiert wird – das Urteil über den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht von 1938 bis 1945 fällt völlig negativ aus. An den Tatsachen, die im Nürnberger Prozess aufgedeckt worden sind, hat auch Walter Görnitz nicht rütteln können, als er 1961 Teile von Keitels Aufzeichnungen, Erklärungen und Briefe unter der Fragestellung „Verbrecher oder Offizier?“ veröffentlichte.

Nun legt Werner Maser – in der bundesdeutschen Geschichtsschreibung bereits mehrfach durch unhaltbare Behauptungen hervorgetreten – den vollständigen Text der autobiographischen Notizen vor, die Keitel 1945/46 zu seiner Verteidigung, aber auch zu einer gewissen Selbstprüfung in Nürnberg angefertigt hat. Angekündigt ist die Revision „einiger wesentlicher Aspekte und Kriterien, die mit Hitler und Keitel zusammenhängen“.

Von einer Erfüllung dieses unbescheidenen und ungerechtfertigten Anspruchs ist nichts zu spüren, allenfalls ist darin ein Zeichen zu sehen, dass die Frage, ob es sich bei Keitel um einen Verbrecher gehandelt habe, bezeichnender Weise überhaupt nicht mehr auftaucht. Maser will 1980 die handschriftlichen Aufzeichnungen Keitels entdeckt haben. Wo, bleibt ungesagt. Nach seiner Auffassung würden die maschinenschriftlichen Abschriften, die Görnitz benutzt hat, eigenwillige Korrekturen enthalten, die „im stalinistischen Sinne“ vorgenommen worden seien. Nirgendwo wird erklärt, wer die Abschriften angefertigt hat, natürlich auch nicht, was daran „stalinistisch“ geraten ist. Reine Verdächtigung, plumpe Beschuldigung. Kein einziger Beleg für seine These, im Gegenteil: Auf den zwei Seiten, die Faksimiles der handschriftlichen Aufzeichnungen Keitels enthalten und mit der Übertragung durch den Verfasser verglichen werden können, lassen sich in seiner Version auf den ersten Blick drei gravierende Fehler erkennen. So wie der sorglose Umgang mit den Quellen wäre ebenso die Sparsamkeit der erläuternden und zumeist wenig aussagekräftigen Fußnoten zu kritisieren. Stilistische Korrekturen, die Maser „im Sinne“ von Keitels Wünschen vorgenommen hat, sind als solche nicht gekennzeichnet.

Wieder liegt ein Buch vor, das besser vergessen denn benutzt werden sollte ...

Wilhelm Keitel: Mein Leben. Pflichterfüllung bis zum Untergang. Hitlers Generalfeldmarschall und Chef des Oberkommandos der Wehrmacht in Selbstzeugnissen. Hrsg. Von Prof. Dr. Werner Maser. Mit 35 Fotos und Dokumenten. Edition q in der Quintessenz Verlags-GmbH, Berlin 1998, 445 S.

antifa, November 1999, S. 28.

Das Rätsel Hitler im Rätsel Mensch gelöst?

Eine „Schreckensgestalt“ und das erschreckende Ende der „Spiegel“-Serie

Nun, gespannt konnte man schon sein: Was würde im Wochenmagazin „Der Spiegel“ wohl den krönenden Höhepunkt jener Artikelreihe bilden, die sich bislang den wichtigsten Ereignissen und Entwicklungen im zu Ende gehenden Säkulum gewidmet sah? Immerhin fiel auf, dass gelegentlich vom „Jahrhundert des Faschismus“ gesprochen worden ist, obwohl landauf und landab gerade dieser Begriff offiziöser Verabscheuung unterliegt. Das Anspruchsniveau sollte hoch sein. Tatsächlich vermittelten einzelne Beiträge bedenkenswerte und diskussionswürdige Aussagen. Trifft ein solches Urteil aber auch auf die abschließende Meditation zu (s. „Der Spiegel“, Nr. 43), in der Joachim Fest „Das Böse als reale Macht“ zum Thema machte?

Zweifel und Kritik schüttelt Fest ab

1973 veröffentlichte der langjährige Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ seine umfangreiche, von vielen gelesene Hitler-Biographie. In ihr stellte er den „Führer“ der deutschen Faschisten als ein Phänomen an sich dar, so als habe es keinen Nährboden, keine Partner, kein Umfeld gegeben. Das stieß bereits damals auf viel Kritik, und seither hat sich in der geschichtswissenschaftlichen Forschung viel bewegt.

Doch davon scheint den Autor nichts erreicht zu haben. Weder von den zahlreichen Zweifeln gegenüber seiner ausschließlich Hitler-zentrierten Sicht auf die Geschichte noch vom neuen Wissen über die gesellschaftlichen Wurzeln der NSDAP, des „Dritten Reiches“ und des Zweiten Weltkrieges ist etwas zu spüren. Alles, was andere zutage gefördert haben prallte offensichtlich an ihm ab wie Regen an einer wasserdichten Pelerine. Damit nicht genug: Alle anderen Auffassungen werden zusätzlich mit dem Verdikt belegt, Theorien zu stützen, die „von einem vorgefassten Ausgangspunkt her“ entwickelt worden seien. Fest bleibt bei seinen einseitig psychologisierenden Deutungsmustern der Geschichte, natürlich ohne sich zu fragen, ob nicht er ebenfalls von einer „vorgefassten“ Meinung ausgehe und wie es um seine eigene Lernfähigkeit bestellt sei. Hitler gilt ihm trotz aller Forschungsergebnisse als „Meister der Bewegung“, als Zentrum allen Geschehens und zugleich als eine Symbolfigur des allgemeinen „Kulturbruches“. Statt zu fragen, welche Faktoren dazu beitrugen, dass so sein konnte, was gewesen ist, verbreitet er in gewohnt feinsinnig klingendem Stile Nebelschwaden und nimmt letztlich irrationale Schuldzuweisungen vor.

Das beginnt bereits mit der Interpretation der Hitlerschen Ziele. Die Rede ist keineswegs von imperialistischen Weltherrschaftsbestrebungen, wie sie bereits im ersten Punkt des Parteiprogramms der NSDAP formuliert worden waren. Da hieß es bekanntlich, man fordere ein „großdeutsches Reich aller Deutschen“, also einen Staat für die rund 60 Millionen, die in Deutschland wohnten sowie für jene 35 Millionen Menschen deutscher Nationalität, die in anderen Teilen Europas oder gar in Übersee lebten.

Von solchen profanen, aber realen Groß- und Weltmachtinteressen will Fest nicht reden, schon gar nicht von jenen Kräften der Gesellschaft, die in Deutschland das Sagen hatten und sich mit vielen Mitteln darum bemühten, ihre Ziele der Politik aufzuprägen. Stattdessen erfährt der Leser, dass das, was Hitler „einzigartig machte und den mit seinem Namen verbundenen Schrecken nicht enden lässt“, in der Radikalität seines Aggressionswillens bestanden hätte, in der „Unverhohlenheit, mit der er alle Gesittungsnormen eines Kulturzusammenhangs“ verworfen habe. Hitlers Programm sei die Formulierung einer Kriegserklärung gegen die bestehende Weltauffassung gewesen. Und weiter: Beim „Aufstieg“ Hitlers zur Macht soll „mehr Täuschung im Spiel“ gewesen sein, als sich „standpunktfeste Klugheit von heute“ träumen lasse. Niemand sei sich auch nur halbwegs bewusst gewesen, was da kommen würde.

Offensichtlich kann die eigene Geschichtsbetrachtung nur existieren, wenn Tatsachen, die nicht ins Bild passen, schlicht ausgeblendet werden: Hat es denn keine Warnrufe, keine Mahnungen gegeben? Und es waren doch nicht allein die Kommunisten, die da erklärten, käme Hitler an die Macht, würde dies Krieg bedeuten. Antifaschismus kommt bei diesem Autor in keiner Variante vor.

Allen Deutungen, die nicht die seinen sind, unterstellt Fest „Hilflosigkeit“. Ausdrücklich benennt er in diesem Zusammenhang auch die „jüngeren, der sozialgeschichtlichen Richtung entstammenden Deutungen“. Diese würden Hitler als „bloßen Vereinigungspunkt gesellschaftlicher Strömungen“ oder als „Mittelsmann und Repräsentanten übermächtiger Gruppen“ interpretieren. Grobschlächtig – wie nicht nur das irreführende Wörtchen „bloß“ verrät – trifft sein Bannstrahl selbstverständlich zunächst marxistische Historiker. Sie würden, so behauptet er wider besseres Wissen, Kapitalismus und Faschismus gleichsetzen. Über Zusammenhänge zwischen beiden zu reden, ist für ihn von vornherein obsolet.

Auch andere bekommen ihr Fett weg, z. B. Hans Mommsen, Martin Broszat und Daniel Goldhagen. Den britischen Hitler-Biographen Ian Kershaw verschweigt er vorsichtshalber, hatte der sich doch jüngst bemüht, im unaufhörlichen Streit zwischen Historikern, die sich – benannt als „Intentionalisten“ – auf Hitler konzentrieren und aus seiner Persönlichkeit heraus den Geschichtsverlauf zu erklären versuchen, und jenen, die eher von den gesellschaftlichen Strukturen sowie von den Funktionen Hitlers für die Gesellschaft sprechen, eine vermittelnde Position einzunehmen. Sowohl als auch – so lautete der von ihm vertretene methodische Grundsatz für eine Synthese der unterschiedlichen Betrachtungsweisen. Dazu bezog Kershaw sich sogar auf Karl Marx, der bekanntlich davon gesprochen hatte, dass die Menschen ihre eigene Geschichte machen würden, dies aber nicht unter selbstausgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Nicht einmal das jüngst erschienene Buch Ron Rosenbaums (Europa Verlag) findet bei Fest Erwähnung, obgleich dieser US-Historiker die Geschichte der Debatten über Hitler als Suche nach den Ursprüngen des Bösen angelegt hat.

Die einsame Masse, die nach dem Diktator dürstet

Die Festsche Zurückweisung allen Wissens um Interessen und Ziele wirtschaftlicher, militärischer, politischer und geistiger „Eliten“ der deutschen Gesellschaft überrascht kaum wegen ihres Inhalts, eher wegen ihrer Plumpheit, die selbst geschliffenste Wortwahl des erprobten Journalisten kaum verdeckt. Beachtenswert erscheint allerdings, mit welcher Beharrlichkeit unternommen wird, die außerhalb Hitlers liegenden Verantwortlichkeiten für Diktatur und Krieg den Menschen schlechthin zuzuschreiben. Zu suchen sei, „woher selbst in hoch entwickelten Nationen das Hordenglück unter flatternden Fahnen, bei Gemeinschaftsgelöbnissen oder vor rußigen Eintopfküchen“ komme. Denn die „einsame Masse“ suche nun einmal stets nach „einem gebieterischen Willen, nach Gemeinschaft, Dramatik, Hingebung und allem nach einem fremdbestimmten Dasein“.

In Hitler habe das Menschenbild der Aufklärung seine Widerlegung gefunden, so lautet der anthropologisierende Befund Fests. Der Mensch schlechthin sei es, dem Schlechtes und Böses von Natur aus eigen ist. Erkundet werden müsse daher, „wie die totalitäre Sehnsucht überhaupt entsteht“ und wie „der Mensch“ von heute sich nach wie vor in Hitler „eine zeitgerecht umgeformte Gestalt des Bösen zu erschaffen sucht“. Das Rätsel Hitler löse sich also im Rätsel Mensch auf. Das Schreckensbild des „Führers“ zwingt zum Erschrecken vor dem Menschen – so muss wohl der Gedanken interpretiert werden, dass dank Hitler auf lange Zeit dem zivilisatorischen Grundvertrauen in den Menschen der Boden entzogen worden sei.

Eine Aussage aus dem Beitrag von Fest stimmt: Hitler hat ein beispielloser Zerstörungswerk angeordnet. Sein Wirken darf als „Gipfel“ des an Diktatoren, Kriegen und Massenverbrechen so reichen 20. Jahrhunderts gelten. Doch es genügt nicht die Beschreibung der reinen Tatsache. Ein geistiger Tiefpunkt markierte das Ende der „Spiegel“-Serie.

Neues Deutschland, Montag, 1. November 1999, S. 3.

Antifaschismus – gestern, heute und morgen

*Ein Diskussionsbeitrag**

Antifaschismus – wie ich ihn sehe – war zunächst nichts anderes als ein allgemeiner Ausdruck des Reagierens unterschiedlichster Kräfte der Gesellschaft auf die Herausforderungen des Faschismus, wie er sich in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg entfaltete. Reagieren mussten viele Kräfte der Gesellschaft und eigentlich alle, die irgendwie von diesem bedroht waren. Daher bestanden die Merkmale des Antifaschismus von Anfang an hauptsächlich im „Anti“, darüber hinaus in dem, was als „Bindestrich“-Erscheinungsformen zu bezeichnen wäre: kommunistischer Antifaschismus, sozialdemokratischer Antifaschismus usw. usf.¹⁾ Aus dieser Pluralität ergibt sich, dass wohl eher von Antifaschismen geredet werden sollte und Antifaschismus nur als Einheit einer nichtfaschistischen Vielheit existieren konnte. Alle, die sich gegen den Faschismus wandten, haften sich an diesen Voraussetzungen zu orientieren und den kleinsten Nenner an Gemeinsamkeit zu suchen. Zu den bitteren geschichtlichen Erfahrungen gehört leider, dass der Antifaschismus in seiner Gesamtheit versagt hat: Trennendes stand zwischen ihnen in größerem Maße als das gemeinsame Anliegen gegenüber dem Faschismus. Und wer in diesem Zusammenhang an die deutsche Linke von heute denkt, unabhängig vom jeweiligen Platz in ihr, muss leider Vergleichbares sagen ...

Verheerende Wirkungen

Wer das Thema „Antifaschismus heute“ behandelt, hat sich Gedanken zu machen über den Faschismus von gestern, mehr noch über faschistisches Denken und Handeln in der Gegenwart sowie über ihm adäquate Gefährdungen menschlicher Zukunft. Meines Erachtens war er gekennzeichnet

- erstens durch eine expansions- und kriegsorientierte Ideologie völkisch-nationalistischen Zuschnitts, durch Rassismus in unterschiedlichster Gestalt sowie durch strikte Ablehnung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und jeglicher sozialistischen Alternative zu der auf Privateigentum und Konkurrenz beruhenden kapitaldominierten Gesellschaft;
- zweitens durch eine völlig entdemokratisierte, auf terroristischer Einschüchterung beruhende Herrschaftspraxis, die – ohne Veränderung grundlegender gesellschaftlicher Verhältnisse – in allen Lebensbereichen das dem Militärwesen entlehnte Führer-Gefolgschafts-Prinzip realisiert sehen wollte;
- drittens durch Rechtfertigung extremster Menschenfeindlichkeit und Bereitschaft zu militant-terroristischem Einsatz aller verfügbaren Mittel je nach politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Erfordernis;
- viertens durch ein „sozialistisch“ verpacktes Angebot an die als „entnationalisiert“ bzw. internationalistisch bewerteten Arbeitermassen
- und schließlich fünftens – was für die Bestimmung dessen, was Antifaschismus heute sein kann und sollte besonders wichtig ist – durch seine spezifische Ausprägung in einzelnen Ländern, aber auch in den unterschiedlichen geschichtlichen Perioden.

Auf Letzteres möchte ich hier etwas näher eingehen, da häufig zwischen dem historischen Faschismus, Neonazismus und analogen Tendenzen zu wenig unterschieden wird. In engerem und unmittelbar geschichtlichem Sinne gehört der Faschismus – mithin also auch der Antifaschismus – nur in jene Zeit, die vom Ende des Ersten Weltkrieges bis zu seiner totalen Niederlage im Jahre 1945 reicht. Dennoch reichen seine verheerenden politischen, militärischen und geistigen Wirkungen weit darüber hinaus. Die Auseinandersetzungen um seine Wirkungskraft charakterisieren das gesamte Säkulum. Vieles aus seinen Arsenalen wird noch in den kommenden Zeiten spürbar sein, also auch antifaschistischer Gegenwirkung bedürfen.

* Der hier abgedruckte Beitrag fußt auf einem Vortrag, den Manfred Weißbecker am 13. Oktober in Berlin zu den in der „antifa“-Oktoberausgabe veröffentlichten Thesen von Ludwig Elm „Antifaschismus an der Schwelle des neuen Jahrtausends“ gehalten hat. (Siehe auch Seite 5). Zwischenüberschriften von der Redaktion.

¹ Siehe Manfred Weißbecker: Gedanken zum Antifaschismus-Verlust in der Geschichte der DDR. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 2/1991, S. 194-201.

Faschismus und Krieg

Von nachhaltigster Wirkung erwies sich der Zusammenhang von Faschismus und Krieg. Wann hat je die Führungsclique eines Landes die Welt so in Flammen zu setzen vermocht, wann so systematisch industrialisierte Massenverbrechen organisieren können, wann den Menschen – auch den Deutschen selbst – solch unermeßliches Leid und Unheil aufgebürdet? Faschismus – das bedeutete Krieg, und der von ihm entfesselte Zweite Weltkrieg den absoluten Tiefpunkt des Jahrhunderts. Wie aktuell ist doch gerade seit dem verhängnisvollen 24. März 1999 das 1932 ausgesprochene Wort geworden, es bedeute Krieg, käme Hitler an die Macht. Die solches sagten, haften das Programm der NSDAP gelesen, an dessen Spitze die Forderung stand, es müsse ein „großdeutsches Reich aller Deutschen“ geschaffen werden, also ein gemeinsames Reich jener 60 Millionen, die in Deutschland wohnten, sowie der rund 35 Millionen Deutschen, die in anderen europäischen Ländern oder gar in Übersee lebten. Sie kannten „Mein Kampf“, in dem Hitler davon gesprochen hatte, dass die Deutschen Land und Boden im Osten erkämpfen müssten, um als das stärkste Volk in der Welt gelten und als Herrenmenschen über das Schicksal anderer Völker gebieten zu können.²

Erinnerung an Zwangsarbeit

Zwei Gedenktafeln für ehemalige polnische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sind an der Wilhelmsburg in Ulm angebracht worden. 1944/45 waren hierher 1.500 polnische Menschen, meist noch Kinder, zur Zwangsarbeit verschleppt worden. Sie mussten unter oft schrecklichen Lebensbedingungen für die Rüstungsproduktion der Firma Telefunken elektronische Röhren herstellen. Die Realisierung der Gedenktafeln geht auf eine Initiative des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg zurück. In den Jahren 1996 und 1997 hatte das Zentrum 160 ehemalige polnische Zwangsarbeiter nach Ulm eingeladen.

Faschismus bedeutet Krieg – darüber ist bereits viel nachgedacht worden. Gilt auch die Umkehrung, derzufolge Kriege zu Faschismus führen? Dem war bisher nicht so, auch wenn der Erste Weltkrieg als ein wesentlicher Geburtshelfer des Faschismus gilt. Im Gegenteil: Vor allem die Niederlagen in Kriegen führten eher zu Linksverschiebungen im jeweiligen Politik- und Parteienspektrum. Zumindest ist heute aber zu sagen, dass Kriege als die schlimmste Form politischer Gewalt unter den Bedingungen allgemeiner Existenzbedrohung sowie der Tendenzen zunehmender Barbarisierung und Entmoralisierung der Gesellschaft entdemokratisierend bzw. faschismusfördernd wirken können.

Antifaschismus heute

Am Ende unseres Jahrhunderts, das ja wohl als ein Zeitalter ständigen Waffengeklirrs, imperialistischen Machtgebarens und misslungener Friedenszeiten in die Geschichte eingehen wird, scheint durch die neuerliche Kriegsbereitschaft das Gefahrenpotential für alle antifaschistischen Werte enorm angewachsen zu sein. Daraus ergibt sich für mich als Historiker: Antifaschismus heute – das bedeutet, jeder verfälschenden oder beschönigenden Darstellung der Geschichte des Faschismus und insbesondere die der faschistischen Diktatur in Deutschland energisch zu widersprechen und mit den mir zur Verfügung stehenden Mitteln als das zu charakterisieren, was sie war und was sie erneut sein würde. In Deutschland heißt Antifaschismus zudem, nicht vergessen zu wollen, dass seine Gegner nichts anderes im Sinne hatten als – mit Waffengewalt, blindwütigem Rassenhass und planmäßigem Völkermord – ein Großdeutsches Reich, ach was sage ich, ein so genanntes Großgermanisches Reich zu errichten, zu dessen Ruhm und im Zeichen ihres Sieges über Europa für das Jahr 1955 geplant war, die deutsche Hauptstadt Berlin in „Germania“ umzubenennen. Ihren machtgierigen und weltherrschaftsversessenen Terror gegen andere Völker begleitete ein mörderisches Programm gegen jeden Deutschen, der solches nicht wollte und dem der Gedanke an einen menschenwürdigen Frieden für alle und an unteilbare Humanität noch nicht zu hohler Phrase oder demagogischem Argument verkommen war.

Antifaschismus heute – das bedeutet zugleich, jenen zu widersprechen, die gegenwärtig oder künftig deutsche Politik ohne den erforderlichen Rückbezug zu Kriegstreiberei und allen anderen Nazi-verbrechen betreiben. In diesem Sinne hat Antifaschismus meines Erachtens insbesondere heute generell friedensbewahrend, friedensfördernd oder gar friedenssichernd zu wirken.

² Siehe dazu Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920-1945, Köln 1998, S. 38 ff.

Antifaschismus heute – das heißt für mich ferner, im Sinne des Widerstandes gegen Krieg und Diktatur allen neuen Gefahren widerstehen zu wollen, gleich ob sie aus Wirtschaft, Politik oder Geisteshaltungen erwachsen, gleich ob sie orthodoxe oder moderne Formen diktatorischer Herrschaft, gleich ob sie offen rassistisch sind oder in „vornehmeren“ Formen gezielter Fremdenfeindlichkeit daherkommen. Auf die Kontinuität faschistischer Denk- und Verhaltensweisen hat jüngst sehr nachdrücklich Carl Amery aufmerksam gemacht.³

Antifaschismus heute verlangt ebenso, jenen entschieden zu widersprechen, die im letzten Jahrzehnt mit ihrer Kritik am legitimatorischen Antifaschismus der DDR zugleich das legitime antifaschistische Erbe preiszugeben trachteten. Zu diskutieren wäre, ob in diesem Zusammenhang wir nicht bald daran gehen sollten, eine Bilanz aller Antifaschismus-Debatten seit der „Wende“ zu ziehen, kritisch-konstruktiv mit den Ergebnissen umzugehen und dem bleibenden Erbe wieder zu Ansehen und Geltung zu verhelfen.

Antifaschismus ja – aber wie?

Welcher Mittel muss er sich, darf sich der Antifaschismus heute bedienen? Jener, deren Wurzeln in der kapitalistischen Gesellschaft liegen, gewiss nicht – das belegt nicht zuletzt auch seine Geschichte in der DDR. Die gute Sache diskreditiert sich nun einmal auch durch schlechte Mittel. Lassen Sie mich bitte dazu noch ein paar historische Reminiszenzen äußern zu dem auch von Antifaschisten häufig verwendeten, anscheinend so einleuchtenden Satz: „Not kennt kein Gebot!“

Dieser wurde am 4. August 1914 in die deutsche Politik eingeführt: Um die auf einen „Platz an der Sonne“ gerichtete deutsche Kriegspolitik ins rechte Licht zu rücken, erklärte der damalige Kanzler in der Reichstagsdebatte über die Bewilligung der Kriegskredite unter stürmischem Beifall fast aller Abgeordneten, man sei gezwungenermaßen in den Krieg gegangen und die deutschen Truppen würden sich zunächst gänzlich auf die Abwehr beschränken. Aber: „Wer so bedroht ist, wie wir, und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut.“⁴ Auch der folgende Satz „Wir sind in der Notwehr, und Not kennt kein Gebot!“⁵ wurde keineswegs nur so dahin gesagt; die Verstöße gegen bestehende internationale Verträge und Verabredungen folgten rasch. Freimütig wurde davon gesprochen, dass man gewillt sei, völkerrechtliche Gebote außer Kraft zu setzen. Nebenbei: Die Verletzung der christlichen Gebote schien von vornherein selbstverständlich zu sein.

Seither gehörte es immer und immer wieder zur Praxis derjenigen, die Kriege wollten, dies und sich selbst nicht wahrheitsgemäß darzustellen. Stets waren Verharmlosung, Schönrednerei und schlichte Fälschung des Eigenbildes im Spiel. Stattdessen wurde – und wird bis auf den heutigen Tag – ein pauschales Feindbild propagiert, das alle Schuld dem Gegner anlastet. Dem eigenen Handeln eine Gloriole weben und den Gegner verteufeln – so lautete das Motto.

Not kennt kein Gebot – das könnten auch alle gesagt haben, die nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland dem Versailler Vertrag alle Schuld an Inflation und Krise, an Arbeitslosigkeit und Elend zuschrieben, von ihrer eigenen Friedensliebe schwatzten und intern ganz anders redeten. Aus den Quellen war Klartext gesprochen wurde: „Gerade in unserer jetzigen Lage müssen wir den Mund vollnehmen von Friedensphrasen, Völkerversöhnung usw., ohne deshalb wie die pazifistischen Phantasten an diesen Schwindel zu glauben, uns leichtfertig darauf einzustellen und dann bei jeder Gelegenheit damit hereinzufallen.“⁶

³ Carl Amery: Hitler als Vorläufer, Auschwitz – der Beginn des 21. Jahrhunderts. Luchterhand Verlag, München 1998.

⁴ Zit. nach Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten 1849-1934. Urkunden und Aktenstücke zur inneren und äußeren Politik des Deutschen Reiches in vier Bänden. Hrsg. von Johannes Hohlfeld, Bd. II: 1906-1926, Berlin 1934, S. 526.

⁵ Zit. nach ebenda, S. 523.

⁶ Zit. nach Wolfgang Ruge: Stresemann und die „Friedenspolitik“ der Weimarer Republik im Urteil der Jahrzehnte. In: Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg. Friedensdemagogie und Kriegsvorbereitung in Geschichte und Gegenwart. Hrsg. von Reinhard Kühnl und Karen Schönwälder, Köln 1986, S. 111.

Krieg als Mittel ...

Das Denken in den Kategorien von Rache und Revanche beschönigte die eigentlichen Pläne, die auf eine Vormachtstellung in der Welt zielten und dazu sich auch eines Krieges als Mittel großmachversessener Politik bedienen wollten. Solches galt keineswegs allein bei den Nazis. Auch die Planer der Reichswehr hegten die Absicht, mehr zu erreichen als nur die Grenzen von 1918/19 zu revidieren. Sie zielten auf eine militärische Macht, die jene des Kaiserreiches noch in den Schatten stellen sollte. Die Führung der Reichswehr ging gleichermaßen auf Täuschung und Tricks, auf Lug und Trug aus. Dabei legte sie in politischer und erst recht in moralischer Hinsicht eine „verblüffende Unbekümmertheit“ an den Tag.⁷ Alle geheime Aufrüstung verstieß nicht allein gegen den Friedensvertrag, sondern auch gegen das Verfassungsrang besitzende Wehrgesetz von 1921. Man scherte sich den Teufel um internationale Verträge und Absprachen, später – während des Zweiten Weltkrieges – kamen planmäßige und praktizierte Verstöße gegen das damals geltende deutsche Militärstrafgesetzbuch hinzu, das z. B. Fledderei von Gefangenen unter Androhung des Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte als schweres Verbrechen behandelte.⁸

Am deutlichsten postulierte Hitler in „Mein Kampf“, dass die Frage nicht lauten dürfe, wie man Waffen produziere, sondern dass es müsse heißen: „Wie erzeugen wir den Geist, der ein Volk befähigt, Waffen zu tragen? ... Wenn dieser Geist ein Volk beherrscht, findet der Wille tausend Wege, von denen jeder bei einer Waffe endet!“⁹ Folgerichtig bedienten sich auch die Nazis der Begründung, man sei „in Not“. Die Anforderungen des braunen Regimes an die Deutschen bestanden schließlich in dem „Sichdurchhauen“, koste es was es wolle, im rücksichtslosen Kämpfen bis zum letzten Atemzug.

Antifaschismus neu bestimmen

Bestreitet, so will ich abschließend fragen, derjenige, der für einen Antifaschismus ohne eine Übernahme von Mitteln des Kampfes plädiert und fordert, sich nicht an das Gewalt und Terror erlaubende Wort „Not kennt kein Gebot“ zu halten, damit etwa auch die Berechtigung des Satzes „Antifaschismus tut Not“ und dies auch in unserer Gegenwart?

Nein, aber Antifaschismus heute – das heißt in diesem Zusammenhang selbstverständlich, sich gegen jede politische Willkür und gegen militärischen Terror zur Wehr zu setzen. Mit dem Blick auf die schlimmen Folgen des Satzes „Not kennt kein Gebot“ scheint es mir besonders dringlich zu sein, den Antifaschismus von heute und für morgen neu zu bestimmen. Dies sollte eine Abkehr von allen jenen Mitteln und Methoden des politischen Kampfes einschließen, die ursprünglich auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft und ihres profitorientierten Konkurrenzprinzips zwischen allem und jedem erwachsen sind. Erfolgt eine solche Abkehr nicht, wird das humanistische Anliegen des Antifaschismus verletzt und seine Wirksamkeit als Alternative zu unmenschlichen Praktiken des Gegners eingeschränkt. Die Diskussion darüber hat noch keinen Abschluss gefunden. Die Kompliziertheit liegt auf der Hand: Stets hat Gewalt in der Geschichte eine Rolle gespielt, auch im Kampf gegen den historischen Faschismus. Da gab es – frühzeitig als falsch erkannt – die Parole, dass Faschisten zu schlagen wären, wo man sie treffe. Da gab es aber auch den Einsatz mit der Waffe, und ohne den Krieg der Alliierten hätte es keinen Sieg über den faschistischen Mächteblock gegeben.

Aber heute? Kann es erneut die bloße Vorzeichen-Umkehrung geben: faschistische Gewalt negativ – antifaschistische Gewalt positiv? Kann es sein, dass der Krieg den Herrschenden und den Beherrschten gleichermaßen als Ultima Ratio zu gelten hat? Ich denke, wir brauchen einen Antifaschismus, der vor allem auch in dieser Hinsicht zukunftsweisende Prinzipien verkörpert. Und ich denke auch, dass für unseren Antifaschismus von heute und morgen Schlussfolgerungen zu ziehen

⁷ Siehe Carl Dirks und Karl-Heinz Janßen: Der Krieg der Generäle. Hitler als Werkzeug der Wehrmacht, Berlin 1999, S. 123.

⁸ Ebenda, S. 156.

⁹ Adolf Hitler: Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe. 390/394. Aufl., München 1939, S. 365.

wären aus der Tatsache, dass es vor zehn Jahren in der DDR eine gewaltfreie Beendigung unhaltbar gewordener Zustände gegeben hat während in der neuen Bundesrepublik Deutschland Verhältnisse geschaffen worden sind, die sogenannte Anti-Antifaschisten vielfach begünstigen.

antifa, Dezember 1999, S. 17-20.

Krieg an der „inneren Front“

Obgleich bislang mehr als 120.000 Bücher über Hitler geschrieben worden sind, muss das unheilvolle Wirken der NSDAP während des Zweiten Weltkrieges noch als relativ unerforscht gelten. Dies beruht nicht allein auf der Dominanz hitlerzentrierter Interpretationen, sondern auch auf der (leider von manchem der in Deutschland tonangebenden Historiker vertretenen) These vom Bedeutungsverlust, den die Partei angeblich im Krieg erlitten habe. Die vorliegende Untersuchung belegt zumindest für das regionale Beispiel exakt das Gegenteil. Die Verfasser stellen detailliert und überzeugend dar, welche Vielzahl von Tätigkeitsfeldern die NSDAP neu besetzt und wie diese den Krieg an der „inneren Front“ geführt hat. Erst für die letzten acht Monate – während der Einsätze zur „Reichsverteidigung im Westen“ und des so genannten Volkssturmes – sprechen sie von einem Scheitern der Parteiaktivitäten. Zugleich belegen sie das enge, völlig unproblematische Zusammenarbeiten von Partei und Wehrmacht.

Anhand eines umfangreichen Quellenbestandes gelingt es den Autoren vor allem, das Wirken des Kreisleiters Wedderwille eingehend nachzuvollziehen. Zahlreiche Probleme der Parteigeschichte machen sie an der Person dieses „Hoheitsträgers“ fest. Ob es allerdings gerechtfertigt ist, an seinem Beispiel Stärken und Defizite eines „modernen“ Herrschaftsverständnisses charakterisieren zu wollen, sei dahingestellt. Dazu reicht nicht aus, was die Autoren an Übereinstimmungen zwischen der regionalen und den allgemeinen Entwicklungstendenzen in Deutschland fixieren bzw. als Lippische Besonderheiten darstellen können. Zuzustimmen ist ihnen, wenn sie die Eigenverantwortung der Nazifunktionäre auf der Kreisebene hervorheben und deren Rolle für die bis zum Kriegsende erstaunliche Stabilität des Regimes betonen; ihre Kritik gilt demzufolge auch der amerikanischen Entnazifizierungspolitik, derzufolge Kreisleiter zunächst in die Kategorie „Minderbelastete“, später sogar in die der „Mitläufer“ eingeordnet wurden. Aufschlussreich sind auch jene Passagen, die eine weitgehende Akzeptanz des faschistischen Regimes durch die Bevölkerung belegen. Die Verfasser führen diese weniger auf die ideologische und terroristische „Herrschaft von oben“ zurück, vielmehr auf die Tatsache, dass nach 1933 keine revolutionären Veränderungen der traditionellen Gesellschaftsstrukturen vorgenommen worden sind. Die These, dass die Tätigkeit der NSDAP von jenen Teilen der Bevölkerung, die sich Hilfe suchend an sie wandten und tatsächlich Unterstützung erfuhren, Anerkennung gefunden hat, kann sicher für weitere Untersuchungen produktiv genutzt werden.

Andreas Ruppert/Hansjörg Riechert: Herrschaft und Akzeptanz. Der Nationalsozialismus in Lippe während der Kriegsjahre. Analyse und Dokumentation, Leske + Budrich, Opladen, 337 S.

antifa, Dezember 1999, S. 26.

Personenregister

A

Abendroth, Wolfgang 119, 417, 423
Abosch, Heinz 91
Abusch, Alexander 564
Adenauer, Konrad 80, 206, 216, 225, 226, 263, 280,
292, 395, 402, 441, 456, 479
Aigner, Dietrich 480
Albers, Hans 263, 273
Albertin, Lothar 491
Alemann, Ulrich von 414, 560
Aly, Götz 434
Amann, Max 309
Amendola, Giovanni 525
Amery, Carl 522, 548, 576, 598
Andert, Reinhold 567
Anschütz, Gerhard 579
Apel, Hans 263, 273
Arendt, Hannah 487, 526
Arlt, Fritz 463
Arnim, Herbert von 560
Arnold, Hermann 431
Asendorf, Manfred 235
Astel, Karl 353, 446, 447, 466
Augstein, Rudolf 272, 392
Augustat, Willy 246

B

Backes, Uwe 104
Baden, Max von 413, 571
Bahr, Egon 446
Baier, Lothar 452
Balzer, Friedrich-Martin 483
Banse, Ewald 191
Bartel, Walter 112, 592
Bartels, Adolf 326, 346, 347
Bauer, Gustav 550
Bebel, August 441
Becher, Johannes R. 49, 54, 237
Becher, Kurt 586, 587
Beck, Ludwig 212, 231, 305, 309, 492
Beck, Reinhart 52
Beck, Ulrich 535, 569
Bedürftig, Friedemann 437
Begley, Louis 285, 286
Ben-Itto, Hadassa 494
Benjamin, Walter 106
Bensing, Manfred 369
Benz, Wigbert 508
Benz, Wolfgang 431, 444
Beradt, Charlotte 149
Berger, Gottlob 337
Bernstein, Eduard 8, 285
Best, Werner 13, 384
Bethmann Hollweg, Theobald 77, 78
Biddle, Francis 341
Birn, Bettina 499
Bisky, Lothar 567
Bismarck, Otto von 181, 222, 248, 250, 369, 373, 440,
455, 476, 521

Bloch, Charles 211
Bloch, Ernst 106
Blomberg, Werner von 292, 302, 304, 305, 306, 307,
311, 356
Boehm, Max Hildebert 29, 37, 557, 579
Bohle, Ernst Wilhelm 330
Boldt, Hans 491
Böll, Heinrich 261
Bollmus, Reinhard 93
Bonhoeffer, Dietrich 212, 231, 483
Bonwetsch, Bernd 508
Borkenau, Franz 487
Bormann, Martin 74, 133, 190, 193, 199, 298, 315,
334, 338, 341, 349, 359, 363, 364, 418, 419, 428,
429, 488, 542
Borosnjak, Alexander Iwanowitsch Borosnjak 508
Bracher, Karl Dietrich 9
Bramke, Werner 114, 284
Brandt, Willy 379
Brass, Otto 152
Brauchitsch, Walther von 308, 309, 497, 500
Braun, Eva 74
Braun, Johann 536
Bräutigam, Otto 306, 335
Brecht, Bert 87, 106, 116, 258, 267, 268, 277, 278,
369
Bredow, Ferdinand von 304
Brehm, Bruno 203, 339
Breitscheid, Rudolf 156, 230, 236
Breker, Arno 500, 545
Brendler, Gerhard 53, 369
Brill, Hermann 351, 378, 379
Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf von 571
Broder, Hendryk M. 421
Broszat, Martin 65, 66, 67, 69, 92, 102, 103, 109, 115,
445, 595
Browning, Christopher 390
Bruck, Arthur Moeller van den 29, 37, 324, 385, 543
Bruckmann, Hugo 326
Brückner, Wilhelm 209
Brüning, Heinrich 73, 80, 207
Brunschvig, Georges 494
Brzeziński, Zbigniew 449
Buber-Neumann, Margarete 526
Buchmann, Erich 355, 358
Bülow, Bernhard von 369, 588
Bülow, Bernhard Wilhelm von 68
Bürckel, Josef 122
Busch, Wilhelm 203
Butterwegge, Christoph 425

C

Canaris, Wilhelm 308, 313, 500
Castro, Fidel 256
Chamberlain, Houston Stewart 327
Chaussy, Ulrich 298
Churchill, Winston 256, 272, 428
Claß, Heinrich 30, 75
Clemenceau, George 9
Clinton, Bill 589

Cohn, Oskar 220, 474, 556, 578
Conze, Werner 434, 565, 592
Coudenhove-Kalergi, ? 95
Courtois, Stéphane 449, 450, 451, 456, 487
Craig, Gordon A. 252

D

Darré, Walther 328
Däumig, Ernst 152
David, Eduard 557, 578
Dawes, Charles G. 126, 163, 572
Dehoust, Peter 397, 404, 416
Delp, Alfred 212, 231
Deutschkron, Inge 501
Dewey, John 36, 588
Diehl, Ernst 57
Diewerge, Wolfgang 196, 294
Dimitroff, Georgi 441, 540
Dinter, Artur 346, 347, 348, 349, 350, 564, 574, 575
Doberauer, Anke 446, 466
Doernberg, Stefan 112
Dönitz, Karl 25, 74, 317, 327, 340, 345, 418, 420, 488
Donnedieu de Vabres, Henri 319, 341
Donnerhack, Arno 350
Dörner, Bernward 299
Dostojewski, Fjodor Michailowitsch 192
Dregger, Alfred 263, 273, 395, 400
Drexler, Anton 27, 322, 513, 531
Dschugaschwili, Jossif Wissarionowitsch (d. i. Josef Stalin) 256
Duesterberg, Theodor 75
Dumont, René 422
Dwinger, Edwin Erich 203, 339

E

Eberhardt, Otto 355
Ebert, Friedrich 532, 550, 552, 554, 557, 566, 579
Eckart, Dietrich 322
Eckert, Erwin 146, 483, 484, 485, 486
Eichengrün, Familie 298
Eichholtz, Dietrich 68, 114, 437
Eichler, Willi 417
Eichmann, Adolf 238, 241, 488, 586
Einsiedel, Heinrich Graf von 501
Einstein, Siegfried 486
Eisner, Kurt 322
Eley, Geoff 565
Elm, Ludwig 284, 425
Elsässer, Jürgen 548
Embser, Johann Valentin 40
Emmenegger, Kurt 586
Engelberg, Ernst 53, 369
Engels, Friedrich 34, 51, 55, 368, 371, 441
Epp, Franz Xaver Ritter von 72
Eppelmann, Rainer 236, 239
Erdmann, Karl Dietrich 565
Erdmann, Walter 592
Erzberger, Matthias 10, 153, 221, 287, 369, 475
Eschebach, Insa 290
Escherich, Georg 11
Eucken, 407

Eucken, Rudolf 407

F

Falin, Valentin Michailowitsch 227, 252
Falter, Jürgen W. 104
Färber, Gotthard 298
Faulenbach, Bernd 299
Febvre, Lucien 215, 453, 471, 521
Feder, Gottfried 70, 310, 349
Fellgiebel, Erich 315
Fest, Joachim C. 64, 65, 101, 370, 375, 540, 594, 595
Fetscher, Iring 495
Fichte, Johann Gottlieb 49
Fink, Heinrich 284
Finkelstein, Norman G. 499
Finker, Kurt 213
Fischer, Fritz (KZ-Arzt in Ravensbrück) 291
Fischer, Ruth 487
Fleischer, Helmut 103
Fleischhauer, Ulrich 494
Fonsaca, Isabel 431
Fontaine, Lisa (Ehefrau von Wilhelm Keitel) 302
Ford, Henry 494
Forster, Albert 80
Förster, Gerhard 110
Fraenkel, Ernst 119
Fraenkel, Heinrich 101
Franco, Francisco 87, 116
Frank, Hans 104, 400
Frank, Karl 393
Frankfurter, David 19
Frei, Norbert 392
Freisler, Roland 151, 488
Freyer, Hans 385
Frick, Wilhelm 71, 79, 82, 129, 207, 209, 326, 350, 351, 353, 355, 357, 400, 424
Fricke, Dieter 52, 61
Fried, Erich 229
Friedrich II. 369
Friedrich, Carl J. 449
Friedrich, Carl Joachim 487
Fries, Jakob Friedrich 50, 407
Fritsch, Werner Freiherr von 292, 304, 306, 307, 308
Fritz, Stephen G. 539
Fröhlich, Elke 101
Fuchs, Emil 560, 580
Fukuyama, Francis 449
Furet, François 448, 449

G

Gadolla, Josef Rotters von 273
Galera, Karl Siegmar Baron von 476
Galéra, Karl Siegmar Baron von 223
Galletely, Robert 463
Gass, Karl 420
Gauck, Joachim 450, 451, 456
Gehm, Ludwig 417
Geigengack, Otto 355
Geiss, Imanuel 105
Genoud, François 101
Gerlach, Christian 496

Geyer, Florian 148, 157
 Giere, Jaqueline 431
 Gietinger, Klaus 452
 Gilbert, Gustave 340
 Gillessen, Günther 508
 Giordano, Ralph 88, 226, 241
 Gleichen-Rußwurm, Heinrich von 29
 Glotz, Peter 535, 568
 Gobetti, Piero 525
 Godolla, Josef Rotters von 263
 Goebbels, Harald 102
 Goebbels, Joseph 19, 20, 21, 101, 102, 132, 134, 172, 173, 178, 183, 184, 187, 190, 192, 195, 196, 198, 200, 201, 250, 294, 309, 324, 327, 329, 330, 331, 336, 338, 340, 341, 349, 352, 355, 356, 364, 386, 418, 419, 429, 440, 488, 495, 498
 Goebbels, Magda 102
 Goerdeler, Carl 80, 212, 231, 234, 413, 459
 Goethe, Johann Wolfgang von 16, 48, 49, 53, 351, 352, 363, 564, 574
 Goldhagen, Daniel Jonah 65, 390, 391, 392, 400, 401, 420, 424, 434, 499, 539, 565, 595
 Göring, Hermann 21, 71, 72, 74, 95, 170, 192, 193, 298, 306, 307, 309, 311, 317, 319, 331, 332, 334, 357, 362, 371, 395, 400, 402, 416, 418, 419, 429, 488
 Görlitz, Walter 593
 Gossweiler, Kurt 369, 503
 Goya, Francisco de 522
 Graefe, Albrecht von 347
 Gramsci, Antonio 525
 Grass, Günter 392
 Graves, Philip 494
 Grebing, Helga 235
 Greife, Hermann 133, 190
 Grellmann, Heinrich Moritz Gottlieb 431
 Groehler, Olaf 383
 Grosse, Ernst 29
 Grotewohl, Otto 564
 Gruber, Max von 432
 Gruhn, Erna (Eva) 306
 Grün, Max von der 53
 Grynszpan, Herschel 19
 Guderian, Heinz 498
 Gumbel, Emil Julius 11, 12, 288
 Günther, Hans F. K. 351
 Guran, Waldemar 487
 Gustloff, Wilhelm 19, 82, 357
 Gutsche, Willibald 369

H

Haack, Christoph 290
 Haase, Ludolf 253
 Habel, Fritz Peter 388
 Hadamowsky, Eugen 200, 201, 538
 Haeckel, Ernst 407
 Haffner, Sebastian 289, 367, 370, 375
 Hager, Kurt 114, 370, 509
 Hamm-Brücher, Hildegard 536, 560
 Hanfstaengl, Ernst 248
 Hanke, Karl 359
 Hanna-Daoud, Thomas 386

Harrer, Karl 27
 Härtle, Heinrich 204
 Hartung, Ulrich 299
 Hassell, Ulrich von 212
 Hauptmann, Gerhart 148, 157, 302, 351
 Hauser, Otto 456
 Haushofer, Karl 72
 Hausser, Paul 492
 Heartfield, John 374
 Heer, Johannes 581
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 49, 87, 407
 Heiber, Helmut 101
 Heiden, Konrad 370
 Heine, Heinrich 16
 Heinemann, Manfred 283, 284
 Heinrici, Gotthart 317
 Heißmeyer, Kurt 394
 Helldorf, Wolf Heinrich Graf 306
 Henke, Klaus-Dietmar 263, 272
 Henkel, Hans-Olaf 535, 568
 Herbert, Ulrich 382, 384
 Herbst, Ludolf 66, 68, 387
 Herder, Johann Gottfried 189, 203
 Hermlin, Stephan 401, 421
 Herre, Paul 29
 Herzfelde, Wieland 241
 Herzog, Roman 388
 Heß, Rudolf 46, 72, 84, 114, 170, 187, 258, 267, 277, 330, 418, 419, 428, 429, 430, 488, 503, 505, 509
 Heydrich, Reinhard 509
 Heym, Stefan 86
 Hildebrand, Klaus 93
 Himmler, Heinrich 71, 74, 114, 315, 317, 328, 331, 334, 337, 340, 341, 353, 357, 362, 364, 366, 418, 419, 429, 488, 509, 586
 Hindenburg, Paul von 38, 73, 78, 144, 220, 369, 371, 372, 373, 424, 474, 483, 486, 552, 553, 571, 578, 579
 Hintze, Peter 456, 524
 Hirsch, Martin 394
 Hirschler, Franz 484
 Hitler, Adolf 7, 10, 12, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 24, 25, 26, 27, 31, 36, 38, 39, 40, 41, 43, 44, 45, 47, 62, 64, 65, 67, 72, 73, 75, 78, 80, 81, 82, 84, 85, 87, 89, 92, 93, 101, 102, 104, 109, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 124, 125, 127, 128, 129, 130, 131, 133, 134, 136, 141, 142, 143, 144, 145, 159, 160, 161, 164, 166, 167, 168, 169, 170, 172, 173, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 191, 192, 193, 194, 199, 200, 201, 203, 204, 205, 206, 207, 209, 210, 211, 212, 213, 222, 230, 231, 232, 234, 235, 236, 237, 244, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 255, 256, 257, 258, 259, 262, 263, 265, 266, 267, 268, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 280, 285, 286, 287, 288, 292, 293, 294, 295, 297, 298, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 314, 315, 316, 317, 318, 320, 321, 322, 324, 325, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 337, 338, 339, 340, 341, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 382, 383, 384, 387, 390, 392, 395, 396, 397, 399, 403,

404, 418, 419, 420, 422, 423, 424, 428, 429, 433,
434, 437, 440, 444, 445, 446, 455, 462, 463, 464,
468, 476, 484, 486, 488, 492, 498, 499, 500, 501,
502, 503, 504, 505, 508, 509, 510, 513, 516, 519,
521, 522, 530, 531, 539, 540, 541, 544, 545, 547,
572, 573, 574, 576, 582, 585, 589, 591, 593, 594,
595, 597, 599, 601

Hitler, Alois 73

Hobsbawn, Eric 422

Hochhuth, Rolf 101

Hoepner, Erich 293, 396

Hoffmann, Adolph 152

Hoffmann, Albert 46

Hoffmann, Ernst Theodor Amadeus 230

Hoffmann, Heinz 114, 509

Hoffmann, Joachim 508

Hofmann, Robert 545

Hohmann, Joachim S. 431

Holtzhauer, Helmut 564

Hondrich, Karl Otto 227

Honecker, Erich 89, 109, 114, 118, 369, 509

Höpcke, Klaus 490

Horkheimer, Max 106

Hoßbach, Alfred 308

Huber, Ernst Rudolf 487

Hugenberg, Alfred 32, 73, 75, 207, 424

Hunter, Robert E. 589

Hupfauer, Theodor 363

Hürten, Heinz 66, 69

Hussein, Saddam 403

I

Irving, David 255

J

Jäckel, Eberhard 392, 422

Jackson, Robert H. 363, 416

Jakob, Mathilde 149, 156

Janeff, Janko 189

Janßen, Karl-Heinz 292

Jens, Walter 150, 421

Jodl, Alfred 308, 311, 312, 315, 316, 317, 318, 319,
400

Jogiches, Leo 152

Johst, Hanns 326, 356

Jordan, Rudolf 201

Jung, Edgar Julius 385

Jünger, Ernst 39, 385

K

Kaack, Heino 545

Kahr, Gustav Ritter von 62, 210, 505, 510, 519, 529,
530, 544

Kahrstedt, Ulrich 221, 452, 475

Kaltenbrunner, Ernst 395, 400, 402

Kaltenbrunner, Gerd-Klaus 508

Kanzler, Rudolf 11

Kapp, Wolfgang 8, 10, 11, 31, 32, 73, 77, 78, 79, 155,
286, 287, 432

Karadzić, Radovan 403

Kasztner, Rudolf 586

Kater, Michael 545

Kaufmann, Erich 40

Kautsky, Karl 8, 285

Keitel, Bodewin (Bruder von Wilhelm Keitel) 308

Keitel, Karl-Heinz (Sohn von Wilhelm Keitel) 306

Keitel, Wilhelm 194, 301, 302, 303, 304, 305, 306,
307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316,
317, 318, 319, 334, 400, 418, 492, 500, 501, 593

Kemnitz, Mathilde von 78

Kempner, Robert M. W. 396, 400, 402

Keppler, Wilhelm 356

Kerrl, Hanns 330

Kershaw, Ian 65, 437, 463, 502, 503, 504, 540, 595

Kipphardt, Heinar 241

Kirdorf, Emil 73, 75

Kittel, Manfred 216, 225, 423, 441, 479

Klagges, Dietrich 328

Klaus, Georg 407

Klee, Ernst 291

Klein, Friedhelm 581

Klein, Fritz 383

Klein, Hans 394

Klier, Freya 291

Klönne, Arno 508

Kloss, Heinz 493

Klotz, Johannes 496

Knobloch, Heinz 149

Knopp, Guido 300, 375, 376, 418, 419, 420, 488, 500,
510

Koch, Erich 199, 204, 337, 338, 341, 359

Koch, Peter-Ferdinand 101

Köcher, Renate 569

Kocka, Jürgen 52, 53, 89, 591, 592

Koestler, Arthur 526

Kohl, Helmut 524

Kolbenheyer, Guido 326

Korch, Helmut 283, 407, 408

Kosmala, Beate 299

Kossok, Manfred 224, 478

Kowalsky, Wolfgang 104

Kracauer, Siegfried 106

Krantz, Albert 431

Kraus, Karl 130

Krause, Joachim 535, 568

Kraushaar, Wolfgang 487

Kriebel, Hermann 209

Krüger, Peter 66, 68, 69

Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 75

Kuczynski, Jürgen 425, 592

Kuhn, Fritz 493

Kühnen, Michael 167

Kühnl, Reinhard 283, 284, 365, 445, 496

Künstler, Franz 156

Kusserow, Wilhelm 290

Kwiet, Konrad 437

L

Lammers, Hans Heinrich 194, 315, 334

Laqueur, Walter 435, 436, 465

Latussek, Paul 389, 403, 404

Lauck, Gerhard (Gary Rex) 493

Lawrence, Sir Geoffrey 341

Leber, Julius 212
 Leeb, Wilhelm Ritter von 492
 Lehmann, Günther K. 422
 Lehmann, Julius Friedrich 326
 Lehmann, Rudolf 492
 Leibbrandt, Georg 188, 204, 329, 335
 Leiser, Erwin 214
 Lemke-Müller, Sabine 417
 Lenard, Philipp 326
 Lenin, Wladimir Iljitsch 58, 149, 151, 154
 Lenz, Max 432
 Leonhardt, Wolfgang 526
 Lessing, Gotthold Ephraim 15, 16
 Leuchter, ? 104
 Leuschner, Wilhelm 212, 236
 Levi, Paul 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157
 Levi, Primo 499
 Ley, Robert 128, 142, 178, 193, 199, 201, 327, 329, 330, 338, 363, 429, 541
 Lichtenstein, Heiner 390
 Liebenfels, Jörg Lanz von 73
 Liebknecht, Karl 10, 12, 151, 152, 287, 288, 454
 Liebknecht, Wilhelm 441
 Liehr, Gundi 246
 Link, Werner 417
 List, Guido von 290
 Lloyd George, David 9
 Loeb, Simon 574
 Loewenheim, Walter 393
 Loewenstein, Freiherr Hans von und zu 75
 Longerich, Peter 62
 Lortzing, Albert 197
 Lösche, Peter 491
 Lossow, Otto von 170, 210
 Lotter, Michael 27
 Löwenthal, Richard 393
 Lucassen, Leo 431
 Luden, Heinrich 48, 49, 50, 51, 54, 55, 56, 61
 Ludendorff, Erich 38, 73, 78, 104, 209, 210, 220, 290, 293, 309, 346, 347, 474, 492, 505, 571, 574
 Lüder, Carl 40
 Ludewig, Hans-Ulrich 150
 Lüdtke, Franz 223, 455, 477
 Ludwig, Emil 368
 Lueger, Karl 73
 Lukács, Georg 90, 106, 118
 Luther, Martin (Reformator) 369
 Lüttwitz, Walther von 11, 31, 77, 78, 79, 287
 Luxemburg, Rosa 8, 10, 54, 148, 149, 151, 152, 155, 286, 287, 566
 Lyssenko, Trofim Denissowitsch 407

M

Maaß, Hermann 212
 Mahn, Frieda 345
 Mai, Gunther 104
 Maislinger, Andreas 104
 Mallmann, Klaus-Michael 122, 123, 511
 Malta, Joe 395, 402
 Mann, Thomas 351, 495
 Manstein, Erich von 500

Manvell, Roger 101
 Marcu, Valeriu 156
 Markov, Walter 592
 Marschler, Willy 349, 350, 505
 Marßolek, Inge 538
 Marx, Karl 51, 55, 65, 97, 109, 119, 140, 150, 154, 159, 368, 441, 451, 502, 522, 540, 595
 Maser, Werner 508, 593
 Mauersberger, Volker 574, 575
 Maxwell-Fyfe, David 400
 Mayer, Hans 421
 Mayr, Karl 31
 Mecklenburg, Johann Albrecht Herzog von 432
 Mehring, Franz 368
 Meissner Otto 424
 Mengele, Josef 419, 488
 Merseburger, Peter 564
 Messerschmidt, Manfred 292, 581
 Meusel, Alfred 592
 Meyer, Alfred 335
 Meyer, Walter 494
 Michels, Robert 219, 413, 414, 459, 473, 547, 561
 Mielke, Erich 434
 Mierendorff, Carlo 212, 231
 Miller, Susanne 556, 578
 Mittenzwei, Ingrid 369
 Mittenzwei, Werner 369
 Mollin, Gerhard Th. 95
 Molos, Walter von 351
 Moltke, Hellmuth Graf von (der Ältere) 40
 Moltke, Helmuth James Graf von 85, 212, 231
 Mommsen, Hans 65, 92, 93, 227, 374, 383, 392, 491, 499, 595
 Mosse, George L. 9, 162, 286
 Müller, Armin 18
 Müller, Karl Alexander von 222, 455, 476, 521
 Müller, Klaus-Jürgen 66, 67
 Müller-Hegemann, Dietfried 112
 Münster, Sebastian 431
 Müntzer, Thomas 369
 Mussolini, Benito 50, 98, 109, 233, 326, 332, 447, 465, 498, 504

N

Napoleon I. 61, 203, 256, 396, 402
 Naumann, Klaus 425
 Nehru, Jawarharlal 256
 Neithardt, Georg 209, 210
 Neubert, Erhard 450
 Neumann, Franz 95, 119, 161
 Neumann, Robert 238, 240, 241
 Neumann, Sigmund 161, 487, 511
 Neurath, Konstantin Freiherr von 328
 Niethammer, Lutz 291, 417
 Nietzsche, Friedrich 40, 490
 Nikittschenko, Iona Timofejewitsch 341
 Nilus, Sergej Alexandrowitsch 494
 Nitti, Francesco 525
 Nolte, Ernst 53, 226, 231, 249, 252, 294, 403, 423, 508, 524

O

Oken, Lorenz 50, 407
Olbricht, Friedrich 212, 231
Orlow, Dietrich 545
Ortlepp, Walter 349, 358
Orwell, George 243
Ossietzky, Carl von 331
Oster, Hans 212
Ostrogorski, Moysi 219, 473
Oven, Wilfred von 101, 419

P

Paech, Norman 567
Paff, Werner 60
Papen, Franz von 73, 75, 371, 372, 374, 424
Paterna, Erich 592
Pätzold, Kurt 114, 119, 255, 266, 276, 288, 365, 401, 425, 428, 437, 452, 509, 540, 591
Paul, Gerhard 511
Paulus, Friedrich 500
Paulus, Günter 115
Pech, Cyrill 246
Pechel, Rudolf 80
Pernet, Ernst 209
Petzold, Joachim 114
Pieck, Wilhelm 22, 235, 485
Pinochet, Augusto 89
Plechanow, Georgi 368
Poelchau, Harald 212
Pöhner, Ernst 209
Ponomarenko, Alexander 246
Popitz, Johannes 212
Poser, Günter 396, 403
Preuß, Hugo 506, 507, 518, 519, 533, 551, 552, 553, 555, 556, 577, 578
Püschner, Christoph 298

Q

Quack, Sibylle 150, 151
Quaritsch, Helmut 471
Quisling, Vidkun 332

R

Raas, Emil 494
Radek, Karl 149
Rákosi, Mátyás 153
Ramcke, Hermann-Bernhard 591
Ranke, Leopold von 51
Rathenau, Walther 10, 287, 475
Rau, Johannes 491
Rauh, Manfred 93
Rauschnig, Hermann 80
Rebentisch, Dieter 92
Recker, Marie-Luise 437
Rees, Laurence 463
Reich, Wilhelm 119
Reichel, Peter 106, 167
Reimann, Viktor 101
Reinicke, Hermann 308
Remarque, Erich Maria 351

Rennspieß, Uwe 299
Reuth, Ralf Georg 101
Revel, Jean-François 448
Reventlow, Graf Ernst zu 183
Ribbentrop, Joachim von 317, 319, 328, 330, 395, 400, 402, 488
Richter, Edelbert 284
Richter, Rolf 86
Riecke, Hans-Joachim 335
Riege, Gerhard 7, 260, 261
Riess, Curt 101
Ritschl, Albrecht 104
Ritter, Robert 431
Rodenwald, Ernst 492
Roewer, Helmut 537
Röhm, Ernst 43, 62, 63, 72, 73, 81, 209, 325, 347, 370, 418, 505
Röhr, Werner 93, 114, 299
Romanicew, Nikolai M. 508
Romm, Michail Iljitsch 240, 293, 391
Rommel, Erwin 315, 500, 501
Roosevelt, Franklin D. 256
Rose, Romani 431
Rosenbaum, Ron 65, 595
Rosenberg, Alfred 40, 178, 179, 180, 181, 183, 185, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 194, 195, 196, 198, 199, 200, 203, 204, 205, 249, 250, 300, 309, 318, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 348, 359, 360, 376, 400, 418, 466, 484, 521
Rosenberg, Tina 424
Rosenfeld, Kurt 151, 156
Rosh, Lea 421
Roth, Karl Heinz 299, 581
Rousseau, Jean-Jacques 50
Ruge, Wolfgang 88, 114, 369, 410
Rust, Bernhard 330

S

Salmann, Otto 345
Saukel, Fritz 82, 199, 268, 278, 338, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 400, 446, 466, 564, 575
Schacht, Hjalmar 73
Schäuble, Wolfgang 398, 406, 423
Schaumburg-Lippe, Christian Prinz zu 101
Schaxel, Julius 407
Scheidemann, Philipp 566, 571
Schelling, Friedrich Wilhelm Joseph 49, 407
Scheuch, Erwin K. 560
Scheuch, Ute 560
Schickedanz, Arno 329, 335
Schieder, Theodor 434, 592
Schiller, Friedrich 15, 16, 49
Schily, Otto 496, 501
Schirach, Baldur von 488, 564
Schleicher, Barbara 299
Schleicher, Kurt von 73, 304, 424
Schlotterer, Gustav 335
Schmidt, Max 60

Schmidt, Rainer F. 430
 Schmidt, Walter 111
 Schmigalla, Hans 446
 Schmitt, Carl 385, 423, 487
 Schmundt, Rudolf 308
 Schmutzer, Ernst 446
 Schnee, Heinrich 83
 Schneider, Michael 468
 Schneider, Ulrich 468
 Schnurbein, Siegmar von 290
 Schnurr, Stefan 299
 Schönerer, Georg von 73
 Schönhuber, Franz 397, 404, 416, 512
 Schönwälder, Karen 445
 Schopenhauer, Arthur 452
 Schreiner, Albert 111, 373
 Schröder, Kurt von 428
 Schulenburg, Fritz-Dietlof Graf von der 212
 Schulmeister, Karl-Heinz 564
 Schultze-Naumburg, Paul 326
 Schultz-Hencke, Harald 29
 Schumacher, Kurt 235
 Schumann, Heinz 110, 115
 Schuschnigg, Kurt 308
 Schwabe, Klaus 66, 69, 445
 Schwarberg, Günther 394
 Schwarz, Hans-Peter 263, 272, 280
 Schwertfeger, Bernhard 192
 Seckendorf, Martin 496
 Seeger, Ernst 386
 Seghers, Anna 87, 116
 Seibertz, Norbert 290
 Seidler, Franz W. 104
 Seißer, Hans Ritter von 170, 210
 Seldte, Franz 75
 Semelin, Jacques 297
 Semirjaga, Michail Iwanowitsch 508
 Sereny, Gitta 420
 Seydewitz, Max 156
 Seyß-Inquart, Arthur 400
 Sichelschmidt, Gustav 397, 405
 Sidorow, Valentin Mitrofanowitsch 246
 Siefert, Rolf Peter 385
 Siekmeier, Karl 355
 Simon, Dieter 284
 Simson, Arthur 356
 Simson, Eduard von 441
 Simson, Julius 356, 357
 Sinzheimer, Hugo 220, 474
 Solz, Adam von Trott zu 212
 Sontheimer, Kurt 263, 273
 Speer, Albert 341, 344, 355, 359, 361, 362, 363, 372, 374, 399, 418, 420, 488
 Spengler, Oswald 37, 189, 385
 Sperling, Dietrich 246
 Spiecker, Carl 80
 Spranger, Carl-Dieter 263, 273
 Stadler, Eduard 28, 29, 37
 Stalin, Josef 18, 149, 184, 188, 195, 256, 263, 272, 273, 280, 336, 368, 395, 396, 402, 508
 Stang, Walter 327
 Stauffenberg, Claus Schenk Graf von 22, 74, 85, 212, 232

Stauffenberg, Franz Ludwig Graf von 231
 Steinacher, Hans 84
 Steinbach, Peter 492
 Steinmetz, Max 369
 Stephan, Werner 101
 Stern, Leo 112, 592
 Stihl, Hans-Peter? 535
 Stinnes, Hugo 11, 287
 Stöver, Bernd 393
 Strasser, Gregor 73, 142, 183, 184, 185, 253, 324, 347, 418, 428, 513
 Strasser, Otto 73, 183, 184, 253, 324
 Streicher, Julius 150, 347, 367, 371, 400, 513
 Streit, Christian 292, 581
 Stresemann, Gustav 221, 222, 369, 475, 476, 589
 Striefler, Christian 226, 442, 479
 Strippel, Arnold 394
 Stürmer, Michael 53
 Suhl, ? 568
 Suppé, Franz von 197
 Suworow, Viktor (Wladimir Bogdanowitsch Resun) 508
 Syberberg, Hans-Jürgen 262, 272, 300, 375
 Syring, Enrico 105, 445
 Syrup, Friedrich 382

T

Taubert, Eberhard 186
 Taylor, Telford 381
 Teske, Knut 395, 396, 402, 403
 Thalheimer, August 119
 Thälmann, Ernst 230, 368, 582, 583, 584
 Theusner, Christoph 567
 Thoma, Alfred 341
 Thomas, Georg 308, 315
 Thomasius, Jacob 431
 Thye, Elke 290
 Thyssen, Fritz 428
 Tippelskirch, Kurt von 317
 Tirpitz, Alfred von 432
 Tito, Josip Broz 256
 Tobias, Fritz 104
 Todt, Fritz 427
 Togliatti, Palmiro 28
 Tōjō, Hideki 416
 Tomin, W. T. 112
 Topitsch, Ernst 508
 Treitschke, Heinrich von 40
 Tresckow, Henning von 212, 231
 Treviranus, Gottfried 80
 Triepel, Heinrich 558, 579
 Troost, Paul 331
 Trotha, Thilo von 329, 330, 520
 Trott zu Solz, Adam 85
 Tse-tung, Mao 256
 Turati, Filippo 525
 Turner, Henry Ashby jr. 424

U

Udet, Ernst 500
 Ulbricht, Walter 111, 564

Ullmann, Wolfgang 590
Urban, Gotthard 327
Urner, Klaus 498

V

Vestermanis, Margers 104
Vogel, Bernhard 550
Vögler, Albert 75
Vogler, Günther 369
Volkman, Hans-Erich 66, 68, 248

W

Wagner, Richard 223, 326, 455, 477, 520
Wagner, Robert 209, 298
Waigel, Theo 397, 404
Wallenberg, Raoul 401
Walther, Rudolf 451, 452
Wandke, Axel 567
Wangenheim, Gustav von 17
Wangenheim, Inge von 15, 16, 17, 18
Warlimont, Walter 308
Weber, Friedrich 209
Weber, Hermann 86
Weber, Max 95
Wedderwille, Adolf 601
Wehler, Hans-Ulrich 95, 565
Wehling, Wilhelm 110
Weisbrod, Bernd 226, 441, 479
Weiß, Helmut 132, 133, 189
Weiss, Peter 409
Weißmann, Karlheinz 226, 290, 383, 387, 423, 442, 479
Weizsäcker, Carl Friedrich von 407
Weizsäcker, Richard von 261, 271, 280
Wendelborn, Gerhard 369
Wendt, Bernd-Jürgen 104, 105, 437
Wessel, Horst 102
Westarp, Kuno Graf von 557, 579
Wette, Wolfram 497, 508, 539, 581

Wetzel, Elisabeth 346
Wiesel, Elie 499
Wilhelm II. 245, 558, 579
Wilhelmi, Bernd 446
Willems, Gottfried 446, 467
Wilson, Thomas W. 9
Winkler, Heinrich August 150, 286, 452
Wippermann, Wolfgang 437, 446, 447, 448, 449, 451, 452, 487
Wirmer, Josef 212
Wirth, Joseph 506, 507, 518, 519, 552
Wissell, Rudolf 556, 578
Witzleben, Erwin von 212, 315
Wlassow, Andrei Andrejewitsch 205
Wolf, Christa 237, 241
Wolf, Hans 246
Wolf, Konrad 237, 241
Wolffsohn, Michael 104
Wollenberg, Jörg 425
Wunder, Dieter 227
Wunder, Gerd 196, 204

Y

Yat-sen, Sun 256
Young, Owen D. 75, 207, 437, 510, 519, 529, 530, 544, 572

Z

Zelionka, Petras 463
Zentner, Christian 437
Zetkin, Clara 149, 152, 153
Ziegler, Hans Severus 347, 349, 351, 352, 356, 564
Zielke, Eugen 463
Zimmermann, Rüdiger 150
Zitelmann, Rainer 226, 383, 400, 423, 442, 479
Zschäbitz, Gerhard 369
Zumpe, Lotte 114
Zunkel, Gustav 350
Zwerenz, Gerhard 421, 496